

---

– Normerosion –

Zur Schwächung von Tabus in den internationalen  
Beziehungen

Nukleares Tabu und Folterverbot

Inauguraldissertation

zur Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie  
im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften  
der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität  
zu Frankfurt am Main

vorgelegt von Sonja Schirmbeck  
aus: Frankfurt am Main

---

## Struktur

1. Einleitung: Erodierende Normen und gebrochene Tabus .....	1
2. Theoretischer Hintergrund: Die Normdebatte in den IB.....	19
3. Fragestellung und Forschungsdesign.....	114
4. Hintergrund: die innenpolitische Konstellation in den USA.....	141
5. Ausgangslage: Tabuentstehung und Internalisierung.....	167
6. Erosion zweier internationaler Tabus.....	249
7. Fazit.....	515

# Inhaltsverzeichnis

Struktur .....	iii
I. Einleitung: Erodierende Normen und gebrochene Tabus .....	I
1.1 Warum diese Arbeit? .....	I
1.2 Überblick über den Argumentationsgang.....	3
1.2.1 Die Normtheorie und ihre Schwächen .....	4
1.2.2 Zwei Seiten des ASP: Tabus und norm contestedness.....	7
1.2.3 Fragestellung und passgenaue Herangehensweise .....	8
1.2.4 Folter und Nuklearwaffen: zwei sehr unterschiedliche Tabus .....	10
1.2.5 Akteure und Argumente: Parallelen der Erosionsprozesse.....	11
1.2.6 Ausblick auf zentrale Ergebnisse .....	15
1.3 Vorarbeiten im Rahmen der Magisterarbeit .....	17
1.4 Aufbau der Arbeit.....	17
2. Theoretischer Hintergrund: Die Normdebatte in den IB.....	19
2.1 Einführung in die Normdebatte .....	19
2.1.1 Entstehung und Bedeutung der Normdebatte.....	19
2.1.2. Was sind Normen? Verschiedene Definitionsversuche .....	21
2.1.3 Wie entstehen Normen? .....	25
2.1.4 Wie wirken Normen? Drei Handlungslogiken.....	27
Die logic of consequences .....	27
Die logic of appropriateness .....	29
Exkurs: Identitätsbegriffe und naming and shaming .....	31
Die logic of arguing.....	33
2.2 Modelle der Normdiffusion.....	36
2.2.1 Grundlagen: Sozialisierung und soziales Lernen.....	36
2.2.2 Das Spiralmodell des Menschenrechtswandels.....	39
2.2.3 Der Norm Life Cycle.....	43
2.2.4 Weitere Konzepte der Norminternalisierung.....	46
2.3 Schwächen der Modelle zur Normdiffusion .....	48
2.3.1 Kritik an der theoretischen Ausrichtung der Modelle.....	48
Rationalistische Kritik.....	49
Konstruktivistische Kritik.....	49
Alternative Erklärungen.....	51
2.3.2 Empirische Kritik.....	51

Undifferenzierte Betrachtung des Staates .....	52
Undifferenzierte Betrachtung von Normen .....	53
Schwierigkeit der Einordnung in Phasen .....	54
2.3.3 Unberücksichtigte Faktoren .....	55
Fälle von non-compliance und unterschiedliche Norm-Interpretationen.....	56
Fälle von Normerosion .....	57
2.4 Das Akteur-Struktur-Problem vor dem Hintergrund der Normtheorie.....	58
2.4.1 Das ASP in den IB .....	59
2.4.2 Was ist agency? .....	60
Sind Staaten auch nur Menschen?.....	60
Was macht einen Akteur zum Akteur? .....	62
2.4.3 Was sind Strukturen?.....	64
2.4.4 Des ASPs Kern: die Wechselwirkung von Akteur und Struktur .....	67
Monokausale Ansätze: Voluntarismus und Determinismus .....	67
Mittelposition 1: Giddens Dualität.....	69
Mittelposition 2: Archers und Carlsnaes Dualismus.....	70
Mittelposition 3: Wendts Verweis auf die Forschungsfrage.....	72
Mittelposition 4: zwei Fragen von Hollis und Smith .....	73
Poststrukturalistische Positionen: das ASP als sozial(wissenschaftlich)es Konstrukt.....	74
2.4.5 Selbstverortung in der ASP-Debatte.....	76
2.5 Agency rules: norm contestedness.....	78
2.5.1 Die logic of contestedness als jüngste der vier Handlungslogiken .....	78
2.5.2 Wann und warum sind Normen (besonders) umstritten?.....	79
2.5.3 Unter welchen Bedingungen sind Normen weniger umstritten? .....	81
2.5.4 Selbstverortung: Normen ohne Eigenleben? .....	84
2.6 Structure rules: Tabus in den Internationalen Beziehungen.....	87
2.6.1 Die Karriere eines polynesischen Normkonzepts.....	87
2.6.2 Unzugänglich im Unterbewusstsein: der Tabubegriff Freuds.....	90
2.6.3 Was ist tabu? Heutige Beschreibungsversuche.....	94
2.6.4 Sicherheit und Schutz: die Funktionen eines Tabus.....	98
2.6.5 Entstehen Tabus von selbst?.....	101
2.6.6 Tabus umgehen und brechen.....	103
2.6.7 (Wie) Können Tabus verschwinden? .....	105
2.6.8 Tabus in den IB .....	108

2.6.9 Selbstverortung: Tabus als agency-freier Raum? .....	112
3. Fragestellung und Forschungsdesign.....	114
3.1 Fragestellung .....	114
3.1.1 Problematischer Fortschrittsglaube.....	114
3.1.2 Das Ausblenden von agency.....	115
3.1.3 Unpräzises Internalisierungskonzept.....	117
3.1.4 Vernachlässigung innerstaatlicher Prozesse und der Landeskultur.....	118
3.1.5 Empirische Lücke und Verortung der Forschungsfrage .....	119
3.2 Forschungsdesign: back to the (constructivist) roots.....	119
3.2.1 No more models: der Fall als Gesamtkunstwerk.....	120
Zwei Logiken, zwei Fragestellungen: kausal oder konstitutiv?.....	120
Der tiefere Sinn von Fallstudien und das Problem der Vorannahmen...	125
Akteurszentriertheit und ein kleines Akteur-Struktur-Problem.....	127
3.2.2 Diskursanalyse "light": method follows function.....	128
Warum Diskursanalyse als Methode?.....	128
Exkurs: der Stellenwert von Sprache in den IB.....	130
Forschungsfrage vor Diskurs .....	134
3.2.3 Umsetzung des Forschungsdesigns: was wird wie untersucht? .....	136
Begründung der Fallauswahl .....	136
Eingrenzung zu untersuchender Akteure und Primärquellen .....	136
4. Hintergrund: die innenpolitische Konstellation in den USA.....	141
4.1 Stellung und Zusammenspiel staatlicher politischer Institutionen.....	141
4.1.1 Der Präsident.....	141
4.1.2 Kongress.....	144
4.1.3 Die Administration.....	147
4.1.4 Stellung des Supreme Court vor dem Hintergrund des US-amerikanischen Rechtssystems.....	151
4.1.5 Die großen Parteien.....	153
4.2 Stellung und Zusammenspiel zivilgesellschaftlicher Akteure.....	155
4.2.1 Interessengruppen und think-tanks.....	155
4.2.2 Öffentlichkeit.....	160
4.2.3 Medien .....	161
4.3 Politische Kultur .....	164
5. Ausgangslage: Tabuentstehung und Internalisierung.....	167
5.1 Das internationale Folterverbot.....	167

5.1.1	Worin besteht das Foltertabu? .....	167
5.1.2	Wie ist das Foltertabu entstanden, internalisiert und durchgesetzt worden?.....	172
	Frühe Normverfechter: von der Renaissance zum ersten Folterverbot	173
	Rückblick: Kosten-Nutzen-Abwägungen antiker und mittelalterlicher Rhetoren.....	173
	Moralische und naturrechtliche Argumentation der Frühaufklärung .....	175
	Preußens Beweis der praktischen Umsetzbarkeit des Folterverbots .....	177
	Norm entrepreneurs der Aufklärung: die Internalisierung des Folterverbots.....	179
	Drei Wurzeln des Folterverbots in den Vereinigten Staaten .....	181
	Scham und Ekel: Emotionalisierung und Tabuisierung der Folterdiskussion .....	185
	Tabuisierte non-compliance: die universellen Folterverbote des 20. Jahrhunderts.....	187
	Rechtliche Situation in den USA: öffentliche Vorbildfunktion und geheime non-compliance.....	193
5.1.3	Wie wirkt das Foltertabu?.....	196
5.2	Das nukleare Tabu.....	199
5.2.1	Worin besteht das nukleare Tabu? .....	199
	Monster und Schutzmacht: die Ambivalenz des nuklearen Tabus.....	199
	Self-fulfilling prophecy: der Sonderstatus von Nuklearwaffen.....	204
	Tabubruch undenkbar: die Nicht-Einsatzbarkeit von Nuklearwaffen.....	207
	Nuklearwaffen als Totems der Moderne .....	209
	Nukleare Hierarchien: Haves und Have-Nots.....	211
	Der rechtliche Status von Nuklearwaffen: beinahe völkerrechtswidrig.	216
5.2.2	Die politikwissenschaftliche Diskussion über das nukleare Tabu.....	219
	Nuclear Non-Use als Streitfall der IB.....	219
	Innerkonstruktivistische Unklarheiten: was umfasst das nukleare Tabu?	223
5.2.3	Locking nukes in Pandora's Box: die Entstehung des nuklearen Tabus...	225
	Hiroshima und Nagasaki: keine Tabubrüche .....	226
	Norm entrepreneurs der ersten Stunde: der Präsident und die Physiker .....	228
	Weitere norm entrepreneurs: die UN und die Öffentlichkeit.....	229
	Steigende Hemmschwellen des Kalten Krieges.....	232
	Das nukleare Tabu im "second nuclear age" .....	238

5.2.4 Zusammenfassung und Erosionskriterien.....	243
5.3 Zwischenfazit: Gemeinsamkeiten und Unterschiede zweier globaler Tabus...	245
6. Erosion zweier internationaler Tabus.....	249
6.1 Erosion des Folterverbots.....	250
6.1.1 Zeitraum und Ablauf der Debatte.....	250
Vor dem 11. September 2001:	
letzte Schritte bei der Internalisierung des Folterverbots.....	252
Nach dem 11. September 2001: "Time to think about torture" .....	253
6.1.2 Akteurspositionen für und gegen eine Legalisierung von Folter.....	257
Winter 2001: vom Stammtisch in die Medienlandschaft.....	258
Ausweitung der öffentlichen Debatte 2002 und 2003:	
"There are ways to make them talk" .....	260
2002 bis 2004: die interne Debatte in Regierung und Militär .....	263
Mai 2004: der Abu Ghraib-Skandal.....	272
Sommer 2004: die Veröffentlichung der Regierungsmemoranden .....	276
Herbst 2004 bis Herbst 2005:	
intellektuelle Auseinandersetzung vor schweigender Öffentlichkeit.....	285
Herbst/Winter 2005:	
juristisches Tauziehen über das McCain Amendment.....	291
Herbst 2006: justistisches Tauziehen über die Genfer Konventionen....	296
2007 bis 2008: Wahlkampf – und Kritik an der Debatte selbst.....	299
Winter 2008 bis Winter 2009: Euphorie und Enttäuschungen.....	304
Zusammenfassung: Drei zentrale Erkenntnisse .....	312
6.1.3 Argumentationsweisen im Streit über das Foltertabu.....	316
Neue Situation aus Sicht der norm challenger:	
Folter als Notwendigkeit im Zeitalter des Terrorismus.....	316
Moral aus Sicht der norm challenger: "	
Should the ticking bomb terrorist be tortured?" .....	321
Die ungeschickte Debattenführung der FoltergegnerInnen.....	326
Erweiterte Kosten-Nutzen-Argumentation der FoltergegnerInnen .....	335
"Does the Bush administration have a moral compass?"	
Moralische Argumentation der FoltergegnerInnen .....	340
Fünf Schritte zur Entmoralisierung von Folter	
durch die TabugegnerInnen.....	343
Das Absolute abwägen: the constitution is not a suicide pact.....	343
"Geneva for demagogues":	

Einblicke in die Rechts(lücken)argumentation der Regierungsmemoranden.....	345
Der "folterbare" Terrorist als neues Menschenbild .....	350
Die Verwendung von Euphemismen: "‘We Do Not Torture’ and Other Funny Stories” .....	355
Frontalangriffe: Das Foltertabu als irrationale Konstruktion, die Folterdiskussion als irrationale Antwort.....	364
6.1.4 Empiriefazit: Erosion ja, aber wie?.....	366
6.2 Die Erosion des nuklearen Tabus .....	374
6.2.1 Einleitung: Überblick über das Kapitel.....	374
6.2.2 Ablauf und Akteure des Diskurses .....	375
A new nuclear world (1995-2009).....	377
Das Besitztabu unter Druck: weltweite Ausweitung der Proliferation (1995-2009).....	380
Adieu Einsatztabu: die Horrorvision des Nuklearterrorismus (2001-2009).....	391
Die Nuclear Posture Review und ihre Folgedokumente (2002-2009)..	400
Zankapfel "RNEP" (2003-2005).....	414
Schutz von Einsatz- und Besitztabu: Abschreckung im 21. Jahrhundert? (2004-2009) .....	428
Blockadehaltung auf internationalem Parkett: die NPT-Review Konferenz (2005) .....	439
"Good Nukes, Bad Nukes": der Nuklear-Deal mit Indien (2006-2008) .....	443
Held von Hiroshima? Der Tod Paul Tibbets (2007).....	450
Der RNEP ist tot, es lebe der RRW! (2007-2009).....	451
A world without nuclear weapons? (2007-2009) .....	460
6.2.3 Gedankengerüste: Zusammenfassung der Unterdiskurse .....	472
Die Sonderstellung von Nuklearwaffen: verwirrende Positionierungen	472
Das Einsatztabu: Bruch nötig und möglich? .....	478
Das Besitztabu – beibehalten, ausweiten oder umschreiben?.....	484
Das Sprachtabu: die Diskussion aus der Vogelperspektive.....	491
6.2.4 Empiriefazit: erst Erosion, dann Retabuisierung.....	496
Abgleich mit Erosionskriterien: mehrheitlich eingetreten.....	496
Erosionstendenzen über die Erosionskriterien hinaus.....	498
Debattenverlauf: Erosion ja, aber wie? .....	499



Interpretation: fünf tabu-feindliche Entwicklungen.....	501
Wellen der Normentwicklung: Retabuisierungstendenzen.....	503
6.3 Zwischenfazit: Empirische Ergebnisse zweier diskursiver Tabubrüche .....	506
6.3.1 Unterschiede I: Diskursstruktur, Datenmenge und Diskursverlauf.....	506
6.3.2 Gemeinsamkeiten I: Positionierung von Akteursgruppen .....	507
6.3.3 Gemeinsamkeiten II: Argumentationsmuster.....	509
6.3.4 Unterschiede II: Retabuisierungstendenzen.....	513
7. Fazit.....	515
7.1 Rückschlüsse auf die politikwissenschaftliche Normtheorie.....	516
7.1.1 Lücken der Normtheorie aus empirischer Perspektive.....	516
7.1.2 Nebenbefunde zur Entstehung und Durchsetzung von Normen .....	519
7.2 Deep structures und Machthierarchien:	
Rückschlüsse auf das Akteur-Struktur-Problem .....	520
7.3 Gemischter Befund mit normativen Fragezeichen:	
Rückschlüsse auf die norm contestedness .....	525
7.3.1 Empirische Befunde.....	525
7.3.2 Normative Erwägungen .....	527
7.4 Neues Weltbild, neue Begriffe:	
Rückschlüsse auf den Stellenwert von Sprache.....	529
7.5 Normtheoretisch unterbelichtet: Rückschlüsse auf das Konzept der Tabus.....	531
7.5.1 Tabus als Ergänzung politikwissenschaftlicher Normtheorie .....	531
7.5.2 Empirische Rückschlüsse auf Tabukonzepte .....	533
7.6 Wie erodieren Tabus? .....	534
7.6.1 Infragestellung durch neue Situation.....	535
7.6.2 Inkompatible Normen.....	537
7.6.3 Tabus umgehen .....	539
7.6.4 Multiple Identitäten.....	540
7.6.5 Unglückliche Diskurskonstellation .....	543
7.6.6 Die Schwächen des Alters.....	546
7.6.7 Dammbbruch statt Denkverbot .....	548
7.6.8 Das Ausbleiben schrecklicher Konsequenzen .....	549
7.6.9 Die Überwindung der Angst aus Angst.....	551
7.6.10 Auswegslose Erosion?.....	553
7.7 Möglichkeiten einer Retabuisierung .....	554
7.7.1 Empirische Rückschlüsse auf förderliche Bedingungen.....	554
7.7.2 Empirische Rückschlüsse auf hinderliche Bedingungen .....	556

---

## Abbildungsverzeichnis

Abb. 1:	
Verteilung als direkt relevant eingestufte Dokumente zur Folterdiskussion.....	251
Abb. 2:	
Verteilung als relevant eingestufte Dokumente aus dem Untersuchungszeitraum 1995-2005 zur Nukleardiskussion.....	376
Abb. 3:	
Verteilung als relevant eingestufte Dokumente aus dem Untersuchungszeitraum 2006-2009 zur Nukleardiskussion.....	377
Abb. 4: Die Sonderstellung von Nuklearwaffen.....	473
Abb. 5: Das Einsatztabu.....	481
Abb. 6: Das Besitztabu.....	487
Abb. 7: Das Sprachtabu.....	491

## Abkürzungsverzeichnis

Akteur-Struktur-Problem (ASP)  
Alien Tort Claims Act (ACTA)  
American Israel Public Affairs Committee (AIPAC)  
Amnesty International (AI)  
Aviation Thermobaric Bomb of Increased Power (ATBIP)  
Central Intelligence Agency (CIA)  
Comprehensive Test Ban Treaty (CTBT)  
Department of Defense (DOD)  
Department of Homeland Security (DHS)  
Department of State (DOS)  
Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW)  
Elektromagnetischen Impuls (EMP)  
Executive Office of the President (EOP)  
Federal Bureau of Investigation (FBI)  
Fissile Material Cut Off Treaty (FMCT)  
Genfer Konventionen/Geneva Conventions (GC)  
Guantanamo Bay (Gitmo)  
Hard and Deeply Buried Target (HDBT)  
Hard and Deeply Buried Target Defeat System (HDBTDS)  
Highly coercive interrogation (HCI)  
Highly enriched uranium (HEU)  
Human Rights Watch (HRW)  
Intermediate-Range Nuclear Forces Treaty (INF)  
Internationale Atomenergiebehörde (IAEO) bzw. International Atomic Energy Agency (IAEA)  
Internationale Beziehungen (IB)  
Internationaler Gerichtshof (IGH)  
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (IPBPR)  
Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) bzw. International Committee of the Red Cross (ICRC)  
Joint Chiefs of Staff (JCS)  
Khalid Shaikh Mohammed (KSM)  
Komitee für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR (KGB)

Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen“ (BWÜ)

Massenvernichtungswaffen bzw. Weapons of Mass Destruction (WMD)

Massive Ordnance Air Blast Bomb (MOAB)

Memoranden (memos)

Militärisch-industrieller Komplex (MIK)

Mutual assured destruction (MAD)

National Intelligence Estimate (NIE)

National Security Administration (NNSA)

National Security Council (NSC)

National Security Directive (NSPD)

New York Times (NYT)

Nichtregierungsorganisation (NRO) bzw. Non-Governmental Organization (NGO)

Nichtverbreitungsvertrag (NVV) bzw. Non-Proliferation Treaty (NPT)

Nuclear Posture Review (NPR)

Nuklearwaffenfreie Zone/Nuclear Weapons Free Zone (NWFZ)

Nuclear Weapons Employment Policy (NUWEP)

Office of Legal Council (OLC)

Prisoner of War (POW)

Proliferation Security Initiative (PSI)

Reliable Replacement Warhead (RRW)

Robust Nuclear Earth Penetrator (RNEP)

Stockpile Stewardship Program (SSP)

Strategic Arms Limitation Talks (SALT)

Strategic Arms Reduction Treaty (START)

Strategic Command (STRATCOM)

Survival, Evasion, Resistance, Escape-Program (SERE-Program)

Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und über die Vernichtung solcher Waffen (CWÜ)

United Nations Committee against Torture (CAT)

Vereinte Nationen/United Nations (UN)

Wall Street Journal (WSJ)

Washington Post (WP)

# 1. Einleitung: Erodierende Normen und gebrochene Tabus

## 1.1 Warum diese Arbeit?

*“During the last few weeks (...) the pieties about torture have lain so thick in the air that it has been impossible to have a reasoned discussion.”<sup>1</sup>*

*“[Nuclear] weapons don’t kill people; people kill people.”<sup>2</sup>*

Welch ein Ärgernis, dass es unmöglich ist, eine rationale Debatte über die Einführung von Folter zu führen! Wie unzeitgemäß, Nuklearwaffen als etwas Schlechtes und Unmoralisches anzusehen, unabhängig davon, wer sie besitzt! Die angeführten Zitate, beide aus der Feder des Pulitzer-Preisträgers Charles Krauthammer, stehen stellvertretend für tausende ähnlicher Statements, die in den vergangenen zehn Jahren zum Thema Folter und Nuklearwaffen ausgetauscht wurden – nicht in menschenrechtsverletzenden und nukleartechnisch ambitionierten Regimen wie dem Iran oder Nordkorea, sondern in den USA und nicht im verschämten Flüsterton und hinter verschlossenen Türen, sondern in aller Öffentlichkeit, in Medien, im US-Kongress und in U-Bahnen.

Wie konnte es dazu kommen, dass ethische Grundwerte wie das selbstverständliche Verbot von Folter und die ebenso selbstverständliche Ansicht, dass Nuklearbomben keine “normalen” Waffen sind, offen in Frage gestellt und kritisiert wurden – obwohl sie das Handeln und das Selbstverständnis der USA zuvor über Jahrzehnte oder sogar Jahrhunderte stabil geprägt hatten? Diese Frage stellten sich nicht nur BefürworterInnen dieser beiden Normen, die ihr eigenes Land kaum wiedererkannten –<sup>3</sup> und ihre Beantwortung ist nicht nur moralisch und politisch relevant. Sie rührt auch an eine Forschungslücke der politikwissenschaftlichen Normtheorie, in deren Rahmen zwar eine beeindruckende Fülle an Literatur zu den Fragen der Entstehung, Durchsetzung und Wirkung von Normen vorgelegt worden ist, deren VertreterInnen sich aber erstaunlicherweise bisher nicht mit dem Problem auseinandergesetzt haben, dass Normen auch zerstört werden und wieder verschwinden können. Ganz im Gegenteil wird in prominenten Modellen der Normdurchsetzung wie dem “Spiralmodell des Menschenrechtswandels” von Risse et al und dem “Norm Life Cycle” von Finnemore/Sikkink davon ausgegangen, dass Normen, nach einer langen Phase der Entwicklung, von einem Akteur *internalisiert* werden können, so dass sie unhinterfragt und teilweise unbewusst immer weiter eingehalten und somit reproduziert werden.<sup>4</sup> Solche internalisierten Normen sind unumstößlicher Teil der Identität eines Akteurs – und bilden somit einen wichtigen Bestandteil seiner Selbstwahrnehmung, wie auch der Fremdwahrnehmung durch andere Akteure (z.B. als “zivilisierter” westlicher Staat). In Abgrenzung zu rationalistischen Ansätzen gehen konstruktivistisch ausgerichtete Studien

<sup>1</sup> Krauthammer, Charles 2005: The Truth about Torture; It’s time to be honest about doing terrible things, in: The Weekly Standard, 05.12.2005.

<sup>2</sup> Krauthammer, Charles 2008: Detering the Undeterrable, in: WSJ, 18.04.2008.

<sup>3</sup> “I hardly recognize my own country. I am incredibly sad.“ Leserbrief von Kenoe, Andrew F. 2005: Gonzales and the Torture Question, in: NYT, 08.01.2005.

<sup>4</sup> Dies sind die beiden einflussreichsten Schriften zur Normdurchsetzung: Risse, Thomas/Jetschke, Anja/Schmitz, Hans Peter 2002: Die Macht der Menschenrechte. Internationale Normen, kommunikatives Handeln und politischer Wandel in den Ländern des Südens, Baden-Baden und Finnemore, Martha/Sikkink, Kathryn 1998: International Norm Dynamics and Political Change, in: International Organization 52:4, S. 887-917.

somit davon aus, dass Normen nicht nur instrumentell eingehalten werden, sondern dass Akteure aufgrund internalisierter Normen bestimmte Handlungsalternativen – wie z.B. die Einführung von Folter oder Sklaverei – überhaupt nicht mehr als gangbare Möglichkeiten wahrnehmen. Diese Annahme hat sich – zurecht – innerhalb der Disziplin mehr und mehr durchgesetzt. Allerdings schwingt in ihr auch ein für den (frühen) IB-Konstruktivismus typischer Fortschrittsglaube mit, der von einer immer stärkeren Verregelung und “Zivilisierung” der internationalen Beziehungen ausgeht. Diese Perspektive lässt die Möglichkeit, dass Normen nicht nur etabliert, sondern auch wieder geschwächt werden können, völlig aus dem Blickfeld geraten. Die Möglichkeit, dass es einem Akteur gelingt, die eingeübten Handlungs- und Denkweisen zu hinterfragen, die Möglichkeit einer *Normerosion* also, ist gerade beim Konzept automatisch wirkender internalisierter Normen überhaupt nicht gegeben.

Wie oben gesehen, hält die Annahme, starke, internalisierte Normen könnten nicht mehr erodieren, bereits einer *empirischen* Überprüfung nicht Stand. Auch aus *normtheoretischer* Sicht sind jedoch Zweifel an dem Konzept endlos vor sich hin wirkender und dem Zugriff von Akteuren entzogener Normen anzumelden: Insbesondere die VertreterInnen konstruktivistischer Ansätze in den Internationalen Beziehungen (IB) haben sich im zurückliegenden Jahrzehnt um die Erneuerung und Erweiterung der politikwissenschaftlichen Normtheorie verdient gemacht. Ihre Ansätze entwickelten sie vor dem Hintergrund der Debatte über das sog. *Akteur-Struktur-Problems* (ASP), wobei das Grundverständnis, dass Akteure und Strukturen niemals unabhängig voneinander existieren können und sich permanent wechselseitig reproduzieren müssen, zu einer der Kernthesen wurde, auf denen der IB-Konstruktivismus generell und die konstruktivistische Normtheorie im Besonderen, aufbaut. Nimmt man die Prämisse einer permanenten wechselseitigen Abhängigkeit von Akteuren und Strukturen ernst, kann es schon aus theoretischer Sicht ein Phänomen wie unangreifbare internalisierte Normen, auf die ein Akteur keine Zugriffsmöglichkeiten mehr hat, gar nicht geben. Genau an dieser empirisch wie theoretisch bedingten Forschungslücke setzt meine Arbeit an:

*Ich frage, wie es möglich ist, dass eine bereits internalisierte Norm von Seiten eines Akteurs wieder in Frage gestellt werden kann und auf diese Weise geschwächte Tabus erodieren.*

Um meine Fragestellung zu beantworten habe ich, grob gesehen, einen Blick auf beide Seiten des ASPs geworfen – auf die der Normen, die Akteurshandeln prägen und auf die der Akteure, die Normen wieder zerstören:

Im Zentrum des einführenden, theoretischen Teils meiner Arbeit steht die Frage, wie(so) Normen extrem stabil wirken, d.h. das Handeln von Akteuren lange Zeit unhinterfragt prägen können. Hierzu setze ich mich zunächst mit der konstruktivistischen Normtheorie auseinander, die beschreibt, wie und warum Normen überhaupt entstehen, von Staaten übernommen werden und sich bishin zur Internalisierung zunehmend zu strukturell wirkenden Verhaltensmaßstäben verfestigen. Weitere Einsichten dazu, wie Normen so internalisiert werden, dass sie dem Zugriff des sich nach ihnen richtenden Akteurs entzogen scheinen (!), erhalte ich zudem aus dem Konzept des Tabus, wie es v.a. in der Literatur an die IB angrenzender Disziplinen, wie der Psychologie, der Soziologie oder der Ethnologie entwickelt worden ist. Da meine Fragestellung selbstverständlich impliziert, dass es das Phänomen internalisierter Normen und Tabus überhaupt gibt und

meine Fallstudien bestätigen, dass solche Normen einen großen Einfluss in unseren Gesellschaften entfalten, grenze ich mich zudem vom konstruktivistischen Ansatz der *norm contestedness* ab. Diesem sehr akteurslastigen Ansatz zufolge bleiben Normen immer fragil und umstritten und können niemals die stabile und unhinterfragte Stellung erreichen, die Tabus aus meiner Sicht in allen Gesellschaften zukommt.

Da sich in der Literatur kaum Hinweise darauf finden lassen, unter welchen Umständen internalisierte Normen wieder geschwächt werden und wie solche Erosionsprozesse ablaufen können, stehen im Zentrum des zweiten Teils meiner Arbeit zwei Tiefenfallstudien, anhand derer ich nachvollziehe, wie es Akteuren möglich war, bestehende Tabus zu hinterfragen und eine Erosion dieser früheren Grundwerte einzuleiten. Meinem Ziel entsprechend, erst einmal aufzuzeigen, *dass* es überhaupt zu Normerosionen kommen kann und deren Verlauf nachzuvollziehen, habe ich mich für die Untersuchung zweier sehr offensichtlicher Fälle von Normerosionen entschieden, nämlich denen des Folterverbots und des nuklearen Tabus in den USA. Da Tabus im Medium der Sprache hinterfragt werden und es bereits ein Indiz für ihre Schwächung ist, wenn ihr normativer Gehalt offen diskutiert werden kann, habe ich mich für eine Untersuchung entschieden, die die Argumentationsweise der Akteure in den Mittelpunkt stellt, also *agency* selbst sprechen lässt. Die hieraus gewonnenen Erkenntnisse binde ich in einem dritten Schritt an die im ersten Teil vorgestellten theoretischen Annahmen und Modelle zurück.

Meine Arbeit versteht sich damit primär als Beitrag zur Erweiterung der politikwissenschaftlichen Normtheorie und insbesondere zu deren (ur-)konstruktivistischen Ansätzen. Sie soll einen ersten Schritt auf das normtheoretisch neue Forschungsgebiet erodierender, verschwindender und zerstörter Normen bieten, welches sicherlich noch weit mehr Fälle und Einsichten bereithält, als ich sie hier herauszustellen vermag.

Daneben kann meine Arbeit aber auch als Plädoyer dafür gelesen werden, sich verstärkt mit dem Phänomen internalisierter Normen und Tabus auseinanderzusetzen, die über Generationen hinweg stabil reproduziert, innerhalb von Gesellschaften weitergegeben und nicht selten unbewusst befolgt werden. Während die Möglichkeit einer Internalisierung von Normen in der klassischen IB-Literatur zumindest angesprochen wird, findet sich nur ein halbes Dutzend Studien, das überhaupt mit dem Begriff des Tabus operiert – und dies meist ohne eine starke theoretische Fundierung, wie sie aus den “Nachbardisziplinen” der IB leicht abzuleiten wäre. Dies ist umso bedauerlicher, als sich Tabus, nach meinen Erkenntnissen, leicht als eine (wenn auch mit Eigenheiten ausgestattete) Unterkategorie von Normen beschreiben lassen.

Nicht zuletzt können auch meine beiden Fallstudien für sich gelesen werden. Wer mehr über die Entstehung und Infragestellung des Folterverbots und des nuklearen Tabus erfahren möchte, wird in den entsprechenden sechs Unterkapiteln hierzu eine dichte empirische Beschreibung finden – auch, wenn ich mit meinem Fokus auf Normerosionen hier einen speziellen Blickwinkel eingenommen habe.

## 1.2 Überblick über den Argumentationsgang

Im Folgenden werde ich meinen Argumentationsgang überblicksartig skizzieren. Da es innerhalb einer knappen Einleitung schlicht nicht möglich ist, auf die komplexeren Fragen der folgenden 500 Seiten in Bezug auf theoretische Hintergründe, meine Fallstudien und

meine Ergebnisse einzugehen, fällt die folgende Beschreibung notwendigerweise stark verkürzt und unvollständig aus. Sie soll jedoch auch nur nachvollziehbar machen, wie der „rote Faden“ meiner Arbeit verläuft.

### **1.2.1 Ein Ausblick vorab**

Internalisierte Normen können erodieren. Dieser Befund mag, als Ergebnis meiner Arbeit, nicht überraschen, habe ich doch für meine Fallstudien gerade zwei Normen ausgewählt, die sich in einem offensichtlichen Erosionsprozess befanden. Er ist dennoch zentral, wenn man sich vor Augen hält, dass die politikwissenschaftliche Normtheorie dieses wichtige Phänomen außer Acht gelassen hat.

Ebenso zentral wie diese Feststellung sind jedoch die Erkenntnisse, *wie* die von mir untersuchten, individuellen Erosionsprozesse abgelaufen sind und was sie vorangetrieben hat. Auch hier lassen sich interessante Rückschlüsse auf die Normtheorie ziehen. So haben z.B. deren sozialkonstruktivistische VertreterInnen früh erkannt, dass Akteure bei der Befolgung von Normen nicht nur eng gefasste Kosten-Nutzen-Kalküle befolgen, sondern sich bemühen, sich einer Situation angemessen zu verhalten. Nun wird die Befolgung einer *internalisierten* Norm immer als angemessen vorausgesetzt, so dass sich der betroffene Akteur gar keine Gedanken über ihre Einhaltung zu machen braucht – es sei denn, die Befolgung besagter Norm konfliktiert plötzlich mit der Befolgung einer anderen, tief verankerten Norm. In Fällen einer solchen Normkonkurrenz können selbst Tabus wieder an die „Oberfläche“ des Bewusstseins geholt und ihre Einhaltung ggf. kritisch hinterfragt werden. Dies war zum während des Erosionsprozesses des Folterverbots der Fall, in dessen Verlauf das – auch gegenüber mutmaßlichen Terroristen geltende – Folterverbot immer wieder gegen das Gebot abgewogen wurde, Unschuldige zu schützen. In ähnlicher Weise haben VertreterInnen des Sozialkonstruktivismus früh erkannt, dass Normen nicht nur regulativ das Verhalten von Akteuren, sondern auch konstitutiv deren Identität prägen. Nicht beantwortet wurde jedoch in diesem Zusammenhang die Frage, was geschieht, wenn ein Akteur feststellt, dass das Festhalten an einer internalisierten Norm – vermeintlich – mit dem Fortbestand seiner Gesamtidentität in Konflikt gerät. Solche argumentative Figuren brachten das nukleare Tabu ins Wanken, wurde doch in der Diskussion darüber häufig darauf gepocht, dass ein nuklearer Angriff auf die USA (präemptiv) nur abgewendet werden könne, wenn man sich selbst über das Einsatztabu hinwegsetze, spich, dem Feind mit einem Nuklearschlag auf sein Nuklearprogramm zuvor komme.

Die hier nur angerissenen Ergebnisse, welche unter Punkt 1.2.7 dieser Übersicht und weit ausführlicher in Kapitel 7 dieser Arbeit aufgegriffen werden, zeigen vor allen eines: Dass die politikwissenschaftliche Normtheorie einen großen Betrag zum besseren Verständnis des Handels und des (normativen) Selbstbildes von Akteuren geleistet hat, dass hier jedoch weiterhin Erklärungs- und Forschungslücken bestehen. Konsequenterweise setzt deshalb auch die Übersicht über meinen Argumentationsgang an dieser Stelle an.

### **1.2.2 Die Normtheorie und ihre Schwächen**

Da ich mich einem konstruktivistischen Normverständnis anschließe, gehe ich davon aus, dass Normen, neben der ihnen auch von einigen VertreterInnen rationalistischer Ansätze zugestandenem regulativen Wirkung, auch konstitutiv wirken können. Sie schränken einen



Akteur nicht nur in seiner Handlungsfreiheit ein, sondern prägen auch seine Identität, die ihm bestimmte Handlungsalternativen erst eröffnet.<sup>5</sup> Eine solche durch die (selbstverständliche) Einhaltung bestimmter Normen geprägte Identität ist jedoch nicht nur für sich genommen wichtig, sondern signalisiert häufig auch die Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe. Konstitutiv wirkende Normen dienen hier als Maßstab dafür, welche Akteure einer bestimmten, als positiv angesehen *in-group* (wie der “zivilisierter” Staaten) zugerechnet werden und sich gegenüber einer als unintegrierbar angesehenen *out-group* (wie sog. “Schurkenstaaten”) abgrenzen können. Eine weitere breit geteilte Ansicht innerhalb der sonst recht heterogenen Ansätze der Normtheorie ist, dass Normen durch soziales Lernen übernommen werden können, d.h. sich Akteure nicht nur an solche Verhaltensstandards halten, wenn dies in ihrem (rationalistisch definierten) Interesse liegt, sondern Verhaltensweisen, die im Einklang mit bestimmten Normen stehen, ohne erkennbaren materiellen Druck einüben und reproduzieren.

Auf den genannten Grundsätzen fußen auch die zwei prominentesten Modelle zur Normdiffusion, das Spiralmodell und der *Norm Life Cycle*. Beide Modelle beschreiben, allerdings in unterschiedlicher Art und Weise, wie sich Normen, verschiedene Phasen durchlaufend, global ausbreiten und von immer mehr Staaten übernommen werden. Am Endpunkt der Normkarriere stimmen die beiden Modelle, wie gesehen, jedoch darin überein, dass Normen von einem Akteur internalisiert werden können und quasi automatisch wirken:

“At the extreme of a norm cascade, norms may become so widely accepted that they are internalized by actors and achieve a ‘taken-for-granted’ quality that makes conformance with the norm almost automatic. For this reason, internalized norms can be both extremely powerful (because behavior according to the norm is no longer questioned) and hard to discern (because actors do not seriously consider or discuss whether to conform). Precisely because they are not controversial, however, these norms are often not the centerpiece of political debate and for that reason tend to be ignored by political scientists.”<sup>6</sup>

Dabei tritt das von den Autorinnen des *Norm Life Cycles* beschriebene Problem, dass internalisierte Normen nur selten zum Gegenstand politikwissenschaftlicher Analysen werden, gerade weil sie für uns so selbstverständlich sind, auch auf sie selbst zu. Ähnlich wie die AutorInnen des Spiralmodells um Thomas Risse deuten sie nur grob an, was für sie die Internalisierung einer Norm bedeutet. Dass es neben den knappen Schilderungen der AutorInnen des *Norm Life Cycle* und des Spiralmodells auch nur wenige weitere PolitikwissenschaftlerInnen gibt, die sich mit dem Konzept internalisierter Normen auseinandergesetzt haben, muss umso stärker verwundern, als mit March/Olsen bereits die “Urväter” des IB-Konstruktivismus über dieses Thema geschrieben haben.<sup>7</sup> Drei Aspekte,

<sup>5</sup> Zur Illustration des Unterschieds zwischen den beiden Wirkungen, die Normen entfalten können, sei das Beispiel der Souveränitätsnorm genannt. Diese wirkt konstitutiv, indem sie Staaten eine bestimmte Identität und damit bestimmte Handlungsweisen (Steuern eintreiben, Grenzen verteidigen) erst ermöglicht. Eine regulative Wirkung entfaltet die Norm, wenn sie Staaten aufgrund des Souveränitätsprinzips verbietet, sich in innere Angelegenheiten anderer Nationen einzumischen.

<sup>6</sup> Finnemore, Martha/Sikkink, Kathryn 1998: *International Norm Dynamics and Political Change*, in: *International Organization* 52:4, S. 887-917, hier S. 904; vgl. auch S. 43 der Arbeit.

<sup>7</sup> “...actors comply with norms because these have been internalized and form part of the actor’s identity. Individual action is thus explained by reference to how actors respond to the ‘dictates’ of their identity.” March, James G./Olsen, Johan P. Olsen 1995: *Democratic Governance*, New York, S. 36. Vgl. auch Sending, Ole Jacob 2002: *Constitution, Choice and Change: Problems with the ‘Logic of Appropriateness’ and its Use in*

die die wenigen Beschreibungen internalisierter Normen gleichermaßen zuordnen, sind, dass diese “von innen heraus” wirken, ohne dass für ihre Einhaltung eine äußere Sanktionsdrohung nötig wäre, dass Akteure sie aus Routine befolgen, ohne überhaupt Handlungsalternativen in Erwägung zu ziehen und dass sie aus dem öffentlichen Diskurs verschwinden, da ihre Gültigkeit nicht mehr hinterfragt wird.

Die durchaus unterschiedlichen konstruktivistischen Ansätze zur Entstehung, Durchsetzung, Wirkungen und auch die wenigen zur Internalisierung von Normen haben die bis dahin von sehr akteurszentrierten, rationalistischen Annahmen geprägte Normtheorie revolutioniert. Sie haben sich von der Annahme verabschiedet, dass Schaffung und Einhaltung von Normen sich allein am rationalen Eigeninteresse der Akteure bemisst und Normen keinerlei “Eigenleben” zugesprochen werden kann. Dies führte allerdings aus Sicht vieler KritikerInnen bestehender Ansätze (viele davon ebenfalls konstruktivistische NormtheoretikerInnen) allerdings zu einer Überbewertung der strukturellen Komponente des wechselseitigen Verhältnisses von Normen und Akteuren. Dieser Verlust von *agency* drückt sich z.B. in der kritischen Nachfrage aus, ob Akteure durch soziales Lernen nur in bereits bestehende normative Strukturen “hineinsozialisiert” werden, oder ob sie die Normen, die sie übernehmen, auch anpassen und verändern können. Zudem ist im Hinblick auf die beiden Modelle der Normdiffusion die Frage aufgeworfen (jedoch nicht beantwortet) worden, ob Normen, die sich im internationalen Durchsetzungsprozess befinden, auf frühere Stufen ihrer Diffusion zurückfallen können – was bereits sehr nah an meiner Feststellung liegt, dass selbst internalisierte Normen, die die im jeweiligen Modell letzte Phase der Normdurchsetzung erreicht haben, diesen Status wieder verlieren und erodieren können.

Diese Feststellung hängt mit einem weiteren Kritikpunkt zusammen, der neben dem der Vernachlässigung von *agency* nicht nur von mir genannt wird: der Fortschritts-*bias* prominenter normtheoretischer Ansätze, der sich wiederum in zwei Aspekten äußert: Erstens werden nur – aus westlicher geprägter Sicht – “gute” Normen untersucht. Der Fokus auf den Schutz der Wale, der Ozonschicht und der Menschenrechte hat die Ausbreitung als “schlecht” angesehener Normen wie z.B. radikal-religiöser Strömungen, aus dem Blickfeld rücken lassen. Da auch ich mich auf die Erosion “positiver” Normen fokussiere, sehe ich hier ein wichtiges Forschungsdesiderat. Zweitens gibt die Normtheorie ein insgesamt sehr zukunftsoptimistisches Bild ab, da sie, wie oben beschrieben, von einer zunehmenden Verregelung der internationalen Beziehungen ausgeht, in der Stagnation und Rückschritt kaum einen Platz haben.

Dieser doppelte Fortschritts-*bias* ist zum Teil historisch zu erklären, da bahnbrechende Studien der konstruktivistischen Normtheorie in den 1990er Jahren, in einem Klima der Euphorie über das plötzliche Ende des Kalten Krieges entstanden, als nicht nur PolitikwissenschaftlerInnen die Hoffnung hegten, das Zeitalter der Demokratie und der Menschenrechte würde nun weltweit anbrechen. Die damalige Sichtweise, auf die die heutige Ernüchterung gefolgt ist, mag somit erklärt sein – dennoch ist es an der Zeit, diesen “rosa-Wölkchen-Konstruktivismus” nun *ad acta* zu legen.

---

Constructivist Theory, in: European Journal of International Relations 8:4, S. 443-470, hier S. 457; vgl. auch S. 46 der Arbeit.

### 1.2.3 Zwei Seiten des ASP: Tabus und norm contestedness

Die Frage, wie Akteure und Strukturen sich aus normtheoretischer Sicht zueinander verhalten, rührt an ein Kernproblem der IB, nämlich das Akteur-Struktur-Problem. Neben der für meine empirische Untersuchung relevanten Frage, ob Staaten als Akteure oder Strukturen oder beides betrachtet werden sollten und grundlegenden Überlegungen dazu, was überhaupt *agency* ist und was Strukturen sind, gehe ich hier auf das Problem ein, ob sich Strukturen und Akteure überhaupt unabhängig voneinander denken und wissenschaftlich untersuchen lassen oder ob eine solche (künstliche?) Trennung die enge Verflechtung der beiden, wie sie z.B. im Konzept konstitutiv wirkender Normen zum Ausdruck kommt, außer Acht lässt. Ich schlage mich hier auf die Seite Wendts, der dafür plädiert, die Entscheidung, ob Strukturen und Akteure zusammen oder getrennt gedacht werden, an der jeweils vorliegenden Forschungsfrage festzumachen. Diese legt bei mir sowohl eine Beschreibung im Sinne einer Verflechtung von Akteuren mit identitätsprägenden Normen nahe wie ich sie v.a. in den Unterkapiteln zur Wirkung der von mir untersuchten Normen leiste, als auch eine Trennung der beiden Aspekte, v.a., wenn ich in den empirischen Kapiteln zu den beiden Erosionsprozessen der Frage nachgehe, wie sich Akteurshandeln auf (früher) identitätsprägende Normen auswirkt.

Bevor ich hierzu komme, stelle ich jedoch zunächst zwei Ansätze vor, die den beiden "Seiten" des Verhältnisses von Akteuren und Strukturen zugeordnet werden können, nämlich die *norm contestedness* und Tabus. Die *norm contestedness* geht, als ein relativ junger Ansatz innerhalb der konstruktivistischen Normtheorie, davon aus, dass Normen keinen festen Gehalt haben, sondern "*meaning in use*" sind. Sie werden von Akteuren vor dem Hintergrund aktueller Situationen immer neu und vor dem individueller Erfahrungshintergründe und Ansichten immer unterschiedlich interpretiert. Normen wird somit kein "Eigenleben" zugesprochen, durch das sie Akteurshandeln stabil prägen könnten. Für mich interessant ist hierbei nicht nur die Annahme, dass ausnahmslos jede Norm (wieder) *contested* werden kann, sondern auch der normative Gehalt des Ansatzes, der davon ausgeht, dass eine Norm gestärkt wird, je mehr Akteure sich – in einem demokratisch-offenen Diskurs – an ihrer Aushandlung und Neuinterpretation beteiligen.

Der Unterschied zwischen diesen Annahmen und jenen, die in der Literatur zu Tabus vorgelegt worden sind, könnte größer nicht sein. AutorInnen so verschiedener Disziplinen wie der Rechtswissenschaft, der Ethnologie und der Psychoanalyse (leider viel zu selten der IB) stimmen darin überein, dass es sich bei Tabus um äußerst starke Strukturen handelt, die unser Denken und Handeln stabil beeinflussen, ohne, dass uns dies notwendigerweise überhaupt bewusst wäre. Dass uns unsere eigenen Tabus selten bewusst sind, hängt mit der ersten von zwei wichtigen Funktionen zusammen, die ihnen in der einschlägigen Literatur zugeschrieben werden, nämlich "*der Störung des Zusammenlebens durch den menschlichen Aggressions- und Selbstvernichtungstrieb Herr zu werden.*"<sup>8</sup> Tabus regulieren individuell potentiell gefährliche Triebe und Neigungen wie Aggressionen oder den unverstellten Wunsch nach Macht, indem diese ins Unterbewusstsein verdrängt und dort tabuisiert werden. Die sich daraus ergebende Ambivalenz zwischen dem latenten Wunsch des Tabubruchs und der Angst vor den schrecklichen Konsequenzen einer solchen Tat

---

<sup>8</sup> Freud, Sigmund 2010 [1930]: Das Unbehagen in der Kultur, Frankfurt am Main, S. 260; vgl. auch S. 92 der Arbeit.

(insbes. sozialer Ausgrenzung) ist ein Alleinstellungsmerkmal, das Tabus im Kreis (internalisierter) Normen zu einzigartig komplexen, „schillernden“ Phänomenen macht. Die zweite Funktion, die auf der ersten basiert, ist der identitätsstiftenden Wirkung aller konstitutiv wirkender Normen sehr ähnlich:

“Die Gruppenmitglieder bestätigen sich gegenseitig die Sinnhaftigkeit und Gültigkeit ihrer Tabus und damit ihre Zusammengehörigkeit. Insofern lassen sich Tabuisierungen und Tabus als gewichtige psychosoziale Mechanismen verstehen, mit deren Hilfe das Bedürfnis nach Identität (...) befriedigt wird.”<sup>9</sup>

Sowohl die Ansicht, dass Tabus im Unterbewusstsein verankert sind, als auch die, dass sie einen gesamtgesellschaftlich geteilten *“blinden Fleck [markieren], auf dem man sieht, ohne ihn sehen zu können, der aber erst ermöglicht, die Welt sinnhaft, nämlich aus einer Perspektive, zu sehen”*<sup>10</sup> schließt natürlich aus, dass sie offen debattiert, kritisiert und uminterpretiert werden können. Denn wie soll es möglich sein, eine Norm offen zu diskutieren und zu hinterfragen, wenn man sich ihrer Bedeutung gar nicht bewusst ist? Auch in unserem alltäglichen Sprachverständnis hat sich das Verständnis festgesetzt, dass Tabus etwas sind, über das gerade *nicht* offen gesprochen werden kann und soll. Ganz anders, als der Ansatz der *contestedness*, in dem der öffentliche Diskurs keine Grenzen zu haben scheint, weist der des Tabus darauf hin, dass bestimmte Themen von vornherein als so *“irrational”* und illegitim angesehen werden, dass eine etwaige Diskussion hierüber sofort abgeblockt wird: Wer sich heute offen für die Legalisierung von Kannibalismus, Vergewaltigung oder Sklaverei ausspricht, erntet bestenfalls verständnisloses Kopfschütteln, schlimmstenfalls eine Vorladung vor Gericht oder zum Psychiater.

Nachdem ich beide Ansätze teilweise *“gekauft”* habe, also sowohl annehme, dass es nahezu unhinterfragbare Tabus gibt, wie auch, dass es Akteuren möglich sein muss, diese irgendwann wieder zu *contesten*, was vor dem Hintergrund des ASP, das Wert auf *agency* und Strukturen legt, wie auch vor dem meiner empirischen Studien, die beide Einsichten bestätigt haben, angezeigt ist, stellt sich natürlich die Frage: Wie um alles in der Welt können diese Annahmen zusammenpassen?

### 1.2.4 Fragestellung und passgenaue Herangehensweise

Vor dem nun etwas näher erläuterten theoretischen Hintergrund meines Forschungsinteresses nimmt sich insbesondere der zweite Teil meiner Forschungsfrage, *wie es möglich ist, dass eine bereits internalisierte Norm von Seiten eines Akteurs wieder in Frage gestellt werden kann und auf diese Weise geschwächte Tabus erodieren*, vielleicht verständlicher aus.<sup>11</sup> Bei der Beantwortung meiner Fragestellung ging es primär darum, aufzuzeigen, *dass* Normerosionen überhaupt möglich sind und wie solche Erosionsprozesse verlaufen *können*. Deshalb war es für mich angezeigt, besonders offensichtliche Prozesse von Normerosionen zu analysieren, was mich schließlich zur Untersuchung des Folterverbots und des nuklearen Tabus geführt hat, die in den letzten Jahren v.a. in den USA in die Kritik geraten sind. Hieraus ergab sich auch die Wahl meines Untersuchungszeitraums (1995-

<sup>9</sup> Kraft, Hartmut 2004: Tabu. Magie und soziale Wirklichkeit, Düsseldorf, S. 208f; vgl. auch S. 100 der Arbeit.

<sup>10</sup> Depenheuer, Otto 2003: Recht und Tabu – ein Problemaufriß, in: Depenheuer, Otto (Hrsg.): Recht und Tabu, Wiesbaden, S. 7-23, hier S. 15.

<sup>11</sup> Ich verwende die Begriffe *“internalisierte Normen”* und *“Tabus”* aufgrund ihrer Ähnlichkeit in der Sache synonym, bin mir aber dessen bewusst, dass sie aus völlig unterschiedlichen Diskursen stammen und in diesen selbstverständlich unterschiedliche Funktionen einnehmen. Vgl. S. 96 der Arbeit.

2008) sowie meiner Quellen, die ich hauptsächlich großen US-Tageszeitungen entnommen habe.

Dabei ging es mir explizit nicht darum, ein generalisierendes Modell der Normerosion zu entwickeln, welches sich als "zweite Hälfte" des *Norm Life Cycles* oder des Spiralmodells lesen ließe. Letzteres würde meinem ur-konstruktivistischen Grundverständnis widersprechen, nach dem es sozialwissenschaftlichen Analysen wie meiner letztlich nicht darum gehen sollte, überzeitliche Gesetzmäßigkeiten aus einer möglichst großen Anzahl von Fällen "herauszudestillieren" und zu generalisierenden Aussagen *à la* "wenn Akteur A, dann Struktur B" bzw. "wenn Struktur C, dann Akteur D" zu gelangen. Vielmehr sollte, aus meiner Sicht, wie es der Name "Konstruktivismus" schon sagt, die soziale Konstruiertheit der Welt, so wie wir sie wahrnehmen, herausgestellt und damit gleichzeitig unterstrichen werden, dass auch ganz andere Konstruktionen dieser Welt möglich wären.

Vor diesem Hintergrund ist ersichtlich, dass eine *large-n*-Analyse zur Herausstellung möglichst vieler Gemeinsamkeiten zwischen verschiedenen Fällen von Normerosionen für mich nicht in Frage kam, sondern ich mich statt dessen für die detaillierte Untersuchung zweier Fälle in Tiefenfallstudien entschieden habe.

Neben der Durchführung von Tiefenfallstudien erschien mir vor dem Hintergrund der einleitend vorgestellten, theoretischen Anmerkungen eine zweite methodische Festlegung sinnvoll, nämlich die auf die Analyse von Argumentationsmustern. Schließlich werden Tabus und internalisierte Normen im Medium der Sprache hinterfragt, wobei ein offen über ihre Gültigkeit geführter Diskurs bereits eine erhebliche Schwächung eines Tabus bedeutet. Mit der Fokussierung auf die Argumente, die die Akteure meiner Untersuchung zur Schwächung der beiden Tabus vorbrachten, war es mir möglich, ein Akteurshandeln (also *agency*) ins Zentrum zu stellen, das sich zu Lasten der untersuchten Normen auswirkte. Dabei ging es mir allerdings nicht darum, genau nachzuzeichnen, welcher Akteur wann gegenüber wem welches Argument gebraucht hätte, sondern darum, herauszustellen, welche Argumentationsmuster bei anderen Akteuren so "verfingen", dass diese sich der Einschränkung ihrer Handlungsfreiheit durch die entsprechenden Tabus wieder bewusst wurden und nun selbst an der uneingeschränkten Gültigkeit des Tabus zu zweifeln begannen. Mit diesem Fokus mache ich mir gleichzeitig auch das Konzept des *Sprechhandels* zu eigen mache, welches impliziert, dass es Akteuren möglich ist, etwas (instrumentell oder unabsichtlich) mit Sprache zu tun, z.B. die geteilte Wahrnehmung unserer Welt neu zu konstruieren. Vor dem Hintergrund dieses empirischen Interesses bot sich eine Diskursanalyse für meine Untersuchung geradezu an. Allerdings führe ich nur eine "halbe" Diskursanalyse durch, da ich mir zwar einerseits ihren Fokus auf Sprechakte und ihre metatheoretische Verankerung zu eigen mache, andererseits aber nicht der Forderung nachkomme, möglichst offen und ohne Vorannahmen "ins Feld" zu gehen – denn mit dem Fokus auf Normerosionen ist die Perspektive meiner Untersuchung bereits vorgegeben. Allgemein mache ich mir also den Ansatz zu eigen, dass eine Methode nicht die Gestalt einer Untersuchung bestimmen, sondern umgekehrt die Methode dem jeweiligen Forschungsinteresse angepasst werden sollte: *Method follows function*.

### 1.2.5 Folter und Nuklearwaffen: zwei sehr unterschiedliche Tabus

Mit dem Folterverbot und dem nuklearen Tabu habe ich zwei sehr unterschiedliche Normen für meine Fallstudien gewählt:

Folterungen scheinen mit rechtstaatlichen Prinzipien und darüber hinaus mit der Identität westlicher Staaten nicht in Einklang zu bringen zu sein. Allein die Erwähnung des Begriffs weckt Assoziationen an “unzivilisierte” Praktiken mittelalterlicher Despoten. Die von der heutigen “zivilisierten Welt” geteilten Grundannahmen fußen dagegen auf dem Konzept vorstaatlich gegebener Menschenwürde, nach dem Individuen niemals zu bloßen Objekten staatlichen Handelns herabgesetzt werden dürfen. Genau dies geschieht aber bei jeder Art von Folter oder unmenschlicher Behandlung, weshalb das Folterverbot als absolutes und notstandfestes Recht kodifiziert wurde. Diese Überzeugungen haben zwar nie zur weltweiten Einstellung von Folterungen geführt, wohl aber dazu, dass es bis vor wenigen Jahren keinerlei Versuche gab, solche Verstöße zu rechtfertigen. Folter ist “*so horrible, that our mind rebels even at the notion of thinking about evil options*”, betonte selbst ein prominenter Folterbefürworter während der Debatte in den USA.<sup>12</sup>

Das Folterverbot ist somit ein klassisches Tabu: Es dient der klaren Abgrenzung zwischen “guten” *in-groups* zivilisierter Staaten, insbesondere liberaler Demokratien, und “schlechten” *out-groups* wie menschenverachtenden Regimen, aber auch lange überkommenden, barbarischen Regierungsformen westlicher Staaten – und hilft so bei der Stabilisierung des Selbstverständnisses eines Staates, seiner Identität. Wie alle Tabus wirkt das Folterverbot jedoch nicht nur auf der Ebene sozialer Gruppen, sondern auch individuell. Unschwer zu erkennen ist, dass mit dem Foltertabu aggressive, teilweise auch sexuelle Triebe sowie der Wunsch nach unumschränkter Macht über andere Menschen ins Unterbewusstsein verdrängt werden. Die Tabuisierung des Denkens oder Sprechens über solche Handlungen ist “im Westen” spätestens seit Beginn des 19. Jahrhunderts über Generationen hinweg weitergegeben und mit Gefühlen wie Scham und Ekel besetzt worden. Bereits im 17. Jahrhundert (!) galt das Sprechen über verschiedene Folterpraktiken – die durchaus noch angewendet wurden – als äußerst unschicklich. Dementsprechend galt das offene Hinterfragen des Folterverbots bis vor kurzem als undenkbares, illegitimes Diskursposition, während ein Bruch des Foltertabus selbst zur völligen sozialen Ausgrenzung der TäterInnen, wie tragischerweise auch der Opfer, führte.

Im Vergleich zum Folterverbot ist das nukleare Tabu selbstverständlich nicht nur deutlich jünger, sondern auch komplexer. Während das Folterverbot allein bestimmte Handlungen sowie eine Diskussion hierüber tabuisiert, bezieht sich das nukleare Tabu (allerdings wie viele seiner polynesischen “Urahn”) sowohl auf den Besitz, als auch auf den Einsatz eines tabuisierten Gegenstandes. Dabei speisen sich sowohl Einsatz-, wie auch Besitztabu aus der breit geteilten Ansicht, dass Nuklearbomben ganz besondere, mit konventionellen Waffen unvergleichbare Waffen sind. Jede dieser drei Ebenen des nuklearen Tabus, das, im Unterschied zum auch in der Wissenschaft weitgehend tabuisierten Folterverbot, bereits Gegenstand (weniger) politikwissenschaftlicher Studien wurde, weist interessante Aspekte auf: So bildete sich die Wahrnehmung einer

---

<sup>12</sup> Dershowitz, Alan D. 2002: *Why Terrorism Works. Understanding the Threat, Responding to the Challenge*, New Haven, S. 133.

Sonderstellung dieser Waffen nicht direkt nach den Abwürfen über Japan heraus, nach denen Atombomben zunächst weiterhin als ganz normale Kriegswaffen angesehen wurden. Zur Sonderstellung und Tabuisierung bedurfte es erst der Überzeugungsarbeit in der Normtheorie beschriebener sog. *norm entrepreneurs*. Die Sonderstellung gilt, wie auch das Einsatztabu, generell, d.h. für alle Akteure und ausnahmslos alle Nuklearwaffen, während das Besitztabu auch dazu dient, nukleare Machthierarchien zu stabilisieren. Für einige Staaten, denen ein hohes Prestige als *nuclear highpriest* zukommt, gilt der Besitz dieser Waffen als legitim, während er allen anderen Mitgliedern der Völkergemeinschaft versagt ist. Auch innerhalb der – vertraglich im Nichtverbreitungsvertrag festgeschriebenen – rechtmäßigen Nuklearstaaten ist der Zugang zu diesen Waffen einer extrem begrenzten wissenschaftlichen und politischen Elite vorbehalten. Zwischen dem Einsatz- und dem Besitztabu besteht dabei ein Spannungsverhältnis nach der Formel “*shame in use, glory in possession*”.<sup>13</sup> Der Besitz aber gleichzeitige nicht-Einsatz von Nuklearwaffen begründet so die noch exklusivere *in-group* der *responsible nuclear powers*, die als legitime Nuklearwaffenbesitzer das nukleare Tabu auf allen Ebenen achten. Hierzu gehört die Festlegung, dass ein Einsatz von Nuklearwaffen allerhöchstens als *last resort* in Erwägung gezogen werden darf, wenn das Überleben des eigenen Staates auf dem Spiel steht ebenso, wie die Überzeugung, dass selbstverständlich sämtliche Nuklearwaffen vom Einsatztabu gedeckt sind.

### 1.2.6 Akteure und Argumente: Parallelen der Erosionsprozesse

Da die Analyse der beiden Fälle einen Großteil des Umfangs meiner Arbeit ausmacht, wäre es kaum machbar und vor vornherein müßig, diese im Rahmen einer Einleitung zu wiederholen. Ich möchte deshalb an dieser Stelle lediglich auf einige zusammenfassende Parallelen bei der Erosion der von mir untersuchten Normen hinweisen, neben denen es selbstverständlich auch viele Unterschiede gab.

Schon einige Jahre vor dem Ende meines Untersuchungszeitraums mussten BefürworterInnen des Folterverbots resigniert einräumen, dass “[i]t is clear that this taboo has been significantly eroded”<sup>14</sup> und auch BefürworterInnen des nuklearen Tabus frustriert feststellen, dass “[t]his was probably the most important taboo in the history of warfare.”<sup>15</sup> In den zurückliegenden Jahren, aber auch denen, die noch folgen sollten, wurden sie Zeugen zweier Diskurse, die früher völlig “*unthinkable*” und “*beyond the pale*” gewesen waren.<sup>16</sup> Beide Tabus wurden öffentlich kritisiert und so vielen Akteuren wieder als hinterfragbare Einschränkung ihrer Handlungsfreiheit bewusst gemacht, als irrational und sogar unmoralisch hingestellt sowie sprachlich zu umgehen und zu verdrehen versucht.

Neben der grundsätzlichen Feststellung, dass es in den ersten Jahren des neuen Jahrtausends zu einer Erosion beider Tabus in USA kam, ist erstaunlich, dass sich

<sup>13</sup> Walker, William 2010: The absence of a taboo on the possession of nuclear weapons, in: Review of International Studies 36, S. 865-876, S. 869; vgl. auch S. 214 der Arbeit.

<sup>14</sup> Allen, Jonathan 2005: Warrant to Torture? A Critique of Dershowitz and Levinson, in: ACDIS Occasional Paper 2005: 1, S. 1.

<sup>15</sup> Krepton, Michael zitiert in: Schmemmann, Serge 2003: Nuclear War Strategists Rethink the Unthinkable, in: NYT, 19.01.2003, Herv. SoSchi.

<sup>16</sup> Gordon, Michael R. 2002: Nuclear Arms. For Deterrence or Fighting?, in: NYT, 11.03.2002; bzw. Herbert, Bob 2006: The Stranger in the Mirror, in: NYT, 19.06.2006.

hinsichtlich der Frage, *wie* diese Prozesse abliefen, deutliche Parallelen sowohl in Bezug auf die Akteurskonstellationen wie auch in Bezug auf deren Argumentationsmuster ergaben.

In Bezug auf die Akteurskonstellation handelte es sich bei keinem der beiden Prozesse um einen *top-down*-Prozess, in dem die damalige US-Regierung versucht hätte, ihrer Bevölkerung eine Verabschiedung von den beiden Normen nahezubringen. Ganz im Gegenteil waren die VertreterInnen der Regierung von Beginn an darauf bedacht, ihre Ansichten und Handlungen zu vertuschen – was ihnen allerdings nicht gut gelang. In Bezug auf das nukleare Tabu sickerten ab 2002 die *Nuclear Posture Review*, ebenso wie einige ihrer Nachfolgedokumente durch, im Fall des Folterverbots ab 2004 die Folter-Memoranden (kurz *memos*) und die bekannten Fotos aus *Abu Ghraib*. Dass die US-Regierung diese Dokumente als hochbrisant einstufte, mag auf den ersten Blick nicht verwundern, wurden hier doch langjährige Tabus gebrochen: Die *Nuclear Posture Review* legte, gemeinsam mit der noch gravierenderen *Doctrine of Joint Operations* (und wohl einigen weiteren Papieren, die bis heute unter Verschluss sind) einen völligen Wandel der US-Nuklearstrategie nahe: Vor dem Hintergrund der Annahme, dass die Abschreckungsstrategien des Kalten Krieges hinfällig seien und aus Angst vor dem Aufstieg nuklear ambitionierter “Schurkenstaaten”, die das Besitztabu ignorierten und denen, als irrationale Feinde, die keinesfalls mit den legitimen und verlässlichen “*responsible nuclear powers*” gleichzusetzen seien, ein nuklearer Angriff auf die USA zugetraut wurde, sollte dem US-Nukleararsenal eine neue Rolle zukommen: Es sollte nun nicht nur offensiv in der Kriegsführung eingesetzt werden, sondern auch präventiv – um “Schurkenstaaten” von vornherein die Möglichkeit zu nehmen, die USA anzugreifen, bzw. überhaupt ein eigenes Nuklearprogramm erfolgreich zum Abschluss zu bringen. In die Sprache des nuklearen Tabus übersetzt wurde also die Überzeugung formuliert, dass das Besitztabu in seiner bisherigen Form nur einzuhalten sei, wenn man das Einsatztabu übertrete und feindliche Nuklearprogramme per Nuklearschlag auslösche. Für einem solchen Angriff benötige man spezielle nukleare Gefechts Waffen, die in der Lage wären, zunächst meterdicke Bunkerdecken zu durchschlagen und erst in der Tiefe des “verbunkerten” feindlichen Nuklearprogramms oder –arsenals nuklear zu detonieren und somit die Waffen des Feindes restlos zu zerstören. Nicht nur die Möglichkeit eines Nukleareinsatzes allein, sondern insbesondere auch die Ansicht, man könne diese Waffen rein aus technischer Notwendigkeit, z.B. je nach Bunkertiefe, einsetzen, lief der etablierten Vorstellung der Sonderstellung von Nuklearwaffen diametral entgegen.

Dass die US-Regierung unter George W. Bush offensichtlich davon ausging, dass es ihr als bedeutendstem *nuclear highpriest* zustehe, das Besitztabu nach Belieben umzuformen, zeigte sich nicht nur am Umgang mit nuklear ambitionierten “Schurkenstaaten”, sondern auch an der Akzeptanz der USA gegenüber vermeintlichen neuen *responsible nuclear powers*, die ebenfalls außerhalb der einschlägigen Völkerrechtsverträge agierten. Im Jahr 2006 eskalierte der Streit über einen *Deal* zur Lieferung nuklearen Materials an Indien, welchen die US-Regierung schließlich durchsetzte. Diese Ungleichbehandlung deutet, wie es auch viele DebattenteilnehmerInnen offen aussprachen, darauf hin, dass sich die Ansicht, Nuklearwaffen seien an sich nichts Schlechtes, sondern nur eine Bedrohung, wenn sie in die falschen Hände gerieten, immer weiter verbreitete – was wiederum das Besitztabu in seiner heutigen Form ebenso angriff, wie die Vorstellung von der Sonderstellung von



Nuklearwaffen, welche ja auf der Annahme, es handele sich hier um besonders grausame Bomben, beruht.

Das nukleare Tabu wurde somit auf allen drei Ebenen angegriffen, wobei sowohl das Besitz- und das Einsatztabu (im Hinblick auf “Schurkenstaaten”), als auch das Besitztabu und die Sonderstellung von Nuklearwaffen (im Hinblick auf den *Indien-Deal*) als zunehmend inkompatibel hingestellt wurden. Tat die US-Regierung also gut daran, mit ihrer Meinung hinterm Berg und einschlägige Dokumente geheimzuhalten?

Sowohl Umfragen, als auch Zeitungskommentare, Expertenstatements und Leserbriefe legen das Gegenteil nahe. Ein großer Teil der US-Bevölkerung, *think-tank*-MitarbeiterInnen und MedienvertreterInnen eingeschlossen, teilte die Bedrohungsanalyse der Regierung und wäre wohl bereit gewesen, die von der US-Regierung abgeleiteten Schlüsse mitzutragen. Ja, über meinen gesamten Untersuchungszeitraum hinweg beschwerten sich TabugegnerInnen über die Geheimniskrämerei der Regierung, welche ihre Standpunkte endlich offen vertreten und argumentativ untermauern sollte, was sie in Bezug auf den *Indien-Deal* dann auch teilweise tat. So ergab sich die bizarre Konstellation, dass viele TabugegnerInnen in Regierung und Bevölkerung zwar der gleichen, tabukritischen Ansicht waren, jedoch jeder für sich parallel an der Demontage des Tabus arbeitete.

Diese Debattenkonstellation war in der Folterfallstudie nicht nur sehr ähnlich, sondern sogar noch etwas absurder, da die öffentliche Debatte über eine Legalisierung von Folter erstens viel breiter geführt wurde und wesentlich mehr gesellschaftliche Gruppen erreichte, als die über das nukleare Tabu und zweitens – soweit sich dies heute rekonstruieren lässt – auch vor der regierungsinternen Debatte einsetzte, nämlich nur wenige Tage nach “9/11”. Während innerhalb der Bevölkerung quasi sofort nach den Anschlägen eine, sich allerdings im Verlauf der Jahre erst ausweitende, Debatte darüber einsetzte, ob man Terrorverdächtige in US-Gewahrsam foltern sollte, um ihnen Informationen über evtl. weitere Anschläge abzupressen, wurde die regierungsinterne Debatte über diese Frage wohl erst gestellt, als sich tatsächlich das Problem ergab, dass einige gefangenen *al Qaida*-Kämpfer in Verhören hartnäckig schwiegen. So kam es, dass das Folterverbot zwischen zwei parallel laufenden Debatten wie in einer Zangenbewegung zerbrach: Von “unten” drängte ein großer Teil der Bevölkerung, wiederum einschließlich vieler MedienvertreterInnen und Intellektueller, auf die Aufhebung der absoluten Gültigkeit des Folterverbots. Gleichzeitig und vor der Bevölkerung verborgen, bastelte die US-Administration an einer (schein-)juristischen Begründung für diese Forderung.

Neben dieser interessanten Parallele auf der Seite der TabugegnerInnen in Regierung und Öffentlichkeit ergab sich eine weitere auf der Seite der TabuschützerInnen: Diese versuchten nicht, die beginnenden Debatten mit Verweis auf die bestehenden Tabus sofort abzublocken, sondern befeuerten die Debatte v.a. in zweierlei Hinsicht zusätzlich: Erstens hielten sie die Debatte durch ein ständiges Anprangern der Regierung nach dem “Durchsickern” wichtiger Dokumente am Laufen und zweitens verlegte sich der Großteil von ihnen auf eine Kosten-Nutzen-Argumentation. Mit Argumenten wie denen, dass Folter keine wahren Geständnisse erbringe oder dass neue Nuklearsprengköpfe niemals in der Lage seien, verbunkerte Anlagen zu zerstören, luden sie jedoch die TabukritikerInnen geradezu ein, Gegenbeispiele zu bringen und Gegenmeinungen zu formulieren und somit

in einen argumentativen Austausch über die Gültigkeit der beiden Tabus zu treten, der so nie hätte geführt werden dürfen.

Insbesondere in der Folterdebatte gelang es den TabukritikerInnen im Laufe der Jahre immer mehr NormschützerInnen auf ihre Seite zu ziehen oder sie zumindest an der Sinnhaftigkeit des erodierenden Tabus zweifeln zu lassen – trotz der Offenlegung schockierender Regierungsdokumente und der schrecklichen Bilder aus *Abu Ghraib*. Dies wurde insbesondere durch eine (absichtlich oder unabsichtlich) geschickte Diskursführung möglich, die sich, im Blick auf beide Erosionsprozesse, in drei wichtige Aspekte (neben einigen weiteren, die an dieser Stelle auszuführen zu kompliziert wäre) zusammenfassen läßt:

Erstens wurden die oben aufgeführte Beschreibung einer neuen Wirklichkeit nach dem Ende des Kalten Krieges und mit dem Aufstieg “nuklearer Schurkenstaaten” bzw. nach den Anschlägen vom 11. September 2001 zu *ticking-bomb-scenarien* verdichtet, die ständig wiederholt und den TabuschützerInnen als Beweis für die Irrationalität ihrer Tabus vorgehalten wurden. Im Fall des Folterverbots lautet das *ticking-bomb-scenario* in etwa so: Stellen Sie sich vor, Sie hätten einen Terroristen festgenommen, der eine tickende Zeitbombe in Manhattan versteckt hat und nun keine Veranlassung sieht, beim Verhör den Standort der Bombe zu verraten, zumal er selbst nur an seinem eigenen Märtyrertum interessiert ist. Würden Sie sich an das absolute Folterverbot halten, d.h. den Terroristen schonen und damit in Kauf nehmen, dass ein Teil von Manhattan in die Luft fliegt und es viele Opfer zu beklagen gibt oder würden Sie versuchen, den Anschlag mit allen Mitteln zu verhindern, auch wenn dies bedeuten würde, dem Terroristen die Fingernägel herausreißen zu müssen? Das Szenario wird typischerweise so lange variiert – z.B. bezüglich der Anzahl zu erwartenden Opfer, ggf. inklusive des Terroristen oder Ihnen selbst, bezüglich der Vorliegen einer Anweisung der Präsidenten oder auch bezüglich der zuvor ausgeschöpften Mittel, bis auch der Letzte sich eingesteht, dass Folter, wenn vielleicht auch nicht moralisch geboten, so doch zumindest eine rational in Erwägung zu ziehende Option ist. Hiermit wird schließlich zugegeben, dass es keine Letztbegründung für das Folterverbot gibt und “*all that’s left is to haggle about is the price.*”<sup>17</sup> Viele DebattenteilnehmerInnen kamen so zu der “Einsicht”, dass eine solche “Rettungsfolter” sowohl alternativlos als auch moralisch geboten sei.

Das *ticking-bomb-scenario* im Fall des nuklearen Tabus funktioniert sehr ähnlich: Stellen Sie sich ein Land vor, das im Begriff ist, Nuklearwaffen zu bauen und Ihr Land sofort angreifen wird, wenn die Bomben einsatzbereit sind. Da die Nuklearanlagen tief unter der Erde verbunkert sind, haben Sie keine Möglichkeit, sie mit einer konventionellen Explosion zu zerstören. Wären Sie nun dafür, das Land sein Nuklearprogramm weiterentwickeln zu lassen oder greifen Sie es möglichst frühzeitig nuklear an, um sicherzugehen, dass das feindliche Nuklearprogramm restlos zerstört wird? Genau wie im Fall des Folterverbots müssen Sie eine Abwägungsentscheidung zwischen dem vermeintlich kleineren Übel des Abwurfs einer (neuartigen, sauberen und kleinen) Nuklearwaffe auf einen feindlichen Bunker und zwischen einem sehr wahrscheinlich eintretenden Horrortod vieler Ihrer MitbürgerInnen treffen – wobei eine weitere Pointe im

---

<sup>17</sup> Editorial der *New York Times* vom 11. Dezember 2005 mit dem Titel “*Case Study: Terrorist Hides Bomb. Terrorist Is Captured, but Won’t Speak. Is Torture O.K.?*”

Fall des nuklearen Tabus darin besteht, zu betonen, dass der unweigerlich irgendwann erfolgende Nuklearschlag des Feindes natürlich mit einer massiven nuklearen Vergeltungsaktion Ihrerseits beantwortet werden müsste, so dass weniger die Frage ist, *ob* Sie bereit sind, Nuklearwaffen einzusetzen, sondern nur, *wann* Sie *wieviele* davon abwerfen und wieviele Menschen in Ihrem und im Gegnerland dabei umkommen werden.

Zweitens wurden, vielleicht um sich selbst und den NormschützerInnen die Einsicht zu erleichtern, dass das Festhalten an überkommenen Tabus in diesen Situationen nicht angezeigt ist, Tabu-Begriffe inhaltlich neu definiert. So wurde behauptet, die USA würden Nuklearwaffen weiterhin nur als *weapons of last resort* einsetzen – wobei allerdings “*last resort*” nicht mehr einen unmittelbar bevorstehenden Großangriff der UdSSR, sondern die Bedrohung durch das fortschreitende Nuklearprogramm des Irans bedeutete. Ebenso wurde behauptet, die USA würden ihre Gefangenen nicht foltern – jedoch vor dem Hintergrund, dass Terrorverdächtige nicht mehr als “Gefangene” sondern als “*unlawful combatants*” oder “*detainees*” bezeichnet wurden und der Folterbegriff durch interne Memoranden der Regierung soweit verengt worden war, dass er nur noch körperliche Schmerzen, die mit Organversagen oder dem Tod vergleichbar seien, umfasste – das Abhacken von Fingern oder simuliertes Erschießen also keine Folter darstellen sollte.

Drittens wurden, in Ergänzung hierzu, einige völlig neue Begriffe in die Debatte eingeführt, wie z.B. der der *mini-nukes*, die aufgrund ihrer geringen Größe, ihres verminderten *fallouts* und der somit geringeren Wahrscheinlichkeit vieler ziviler Opfer gar keine “richtigen” Nuklearwaffen seien oder der der “*coersive interrogation methods*”, die unterhalb der – neu definierten – Folterschwelle anzusiedeln seien. Hierdurch wurden bestimmte zuvor tabuisierte Praktiken bzw. Gegenstände, die zuvor selbstverständlich vom Tabu gedeckt gewesen waren, selektiv enttabuisiert und das Tabu somit diskursiv zerfasert: Wäre es früher z.B. undenkbar gewesen, offen zu diskutieren, wie CIA-AgentInnen ihre Gefangenen foltern sollten, wird nun seit gut zehn Jahren darüber gestritten, wo eine Grenze zwischen Folter und “*coersive interrogation*” zu ziehen sei – was mit einem stabil im Unterbewusstsein verankerten Tabu nicht mehr viel zu tun hat.

### 1.2.7 Ausblick auf zentrale Ergebnisse

Da ich meine empirischen Ergebnisse nur sehr verkürzt dargestellt habe, stelle ich an dieser Stelle nur einige wenige empirische Schlussforderungen vor, die vor dem Hintergrund des bisher Erläuterten nachvollziehbar sind.

Im Hinblick auf die politikwissenschaftliche Normtheorie ist aus meiner Sicht eine Erweiterung in zwei Richtungen angezeigt: Erstens ist durch meine Analyse deutlich geworden, dass selbst stark verankerte Normen wieder erodieren können. Da sich Erosionsprozesse höchst individuell gestalten können, wären weitere Fallstudien hier wünschenswert. Zweitens hat sich, quasi als Nebenprodukt, herausgestellt, dass internalisierte Normen und Tabus ein in den IB unterforschtes, jedoch hoch interessantes Thema darstellen. So sind bisher nicht nur Erosionsprozesse unerforscht geblieben, sondern auch die Phase einer Norminternalisierung bestenfalls skizziert worden, wobei z.B. die Fragen offengelassen wurden, ob jedes Mitglied einer Gesellschaft eine Norm internalisiert haben muss, um von diesem Stadium sprechen zu können. Möglicherweise halten sich einige Mitglieder einer Gesellschaft, denen die Einschränkung ihrer

Handlungsoptionen durch ein Tabu bewusst ist, nur *instrumentell* daran, d.h. ihre Ansichten für sich, um nicht aufgrund ihrer Haltung in die soziale Isolation zu geraten. Meine Ergebnisse legen daher eher nahe, Norminternalisierung nicht als eine abschließende Phase der Normentwicklung, sondern als *Prozess* anzusehen, der vielleicht niemals vollständig abgeschlossen wird und der prinzipiell umkehrbar bleibt.

Im Hinblick auf diese Umkehrbarkeit hat es sich aus Sicht der TabugegnerInnen als sinnvoll erwiesen, nicht allein die bestehende Norm zu kritisieren, sondern diese, wie im *ticking-bomb-scenario*, gegen andere, ebenfalls wichtige Normen abzuwägen – z.B. gegen die Sicherheit und das Leben der MitbürgerInnen. Eine Abwägungsentscheidung in einer dilemmatischen Situation kann aber schlecht unbewusst getroffen werden – die normalerweise “automatisch” befolgte Norm rückt wieder ins Bewusstsein, wo ihre Gültigkeit im Hinblick auf die jeweilige Situation kritisch hinterfragt werden kann.

Diese Abwägungsentscheidung kann auch in Bezug auf die eigene Identität angestellt werden: Sicherlich waren das Folterverbot und das nukleare Tabu als konstitutiv wirkende Normen Teil der Identität der USA. Viele DebattenteilnehmerInnen waren jedoch der Ansicht, dass durch die neue Situation die *Gesamtidentität* der USA, das Land und seine BewohnerInnen selbst, bedroht seien, so dass sie es als gangbare oder sogar unumgängliche Lösung ansahen, sich von “überkommenen”, früher identitätsstiftenden Normen loszusagen.

Speziell für Tabus hat sich herausgestellt, dass einige der Mechanismen, die zur Stärke bestehender Tabus beitragen, sich gleichzeitig als “Einfallstor” für ihre Schwächung erweisen können. Dies gilt z.B. im Hinblick auf das Vergessen von Begründungsmustern, die einmal zur Etablierung von Tabus beigetragen haben: Dass die Einhaltung von Tabus innerhalb einer Gruppe selbstverständlich ist, keiner Begründung bedarf und vielen Gruppenmitgliedern gar nicht bewusst ist, ist für die Reproduktion bestehender Tabus selbstverständlich vorteilhaft. Wenn Tabus plötzlich hinterfragt werden, so zeigen sich TabuschützerInnen (wie in meinen beiden Fallstudien) allerdings “diskursiv überrumpelt”, da sie keine guten Argumente für den Erhalt des Tabus vorzubringen im Stande sind. Und selbst, wenn die Begründungsmuster, die vor Jahrzehnten oder gar Jahrhunderten zur Etablierung eines Tabus geführt haben, wieder erinnert werden, ist es gut möglich, dass sie auf die aktuelle Situation nicht mehr zu passen scheinen. In meinen beiden Fallstudien äußerte sich dies u.a. in der “Einsicht”, dass Folter nicht mehr wie in früheren Jahrhunderten im Rahmen von Gerichtsprozessen zur Erlangung von Geständnissen bezüglich bereits *begangener* Taten anzuwenden sei, sondern zur Informationsgewinnung, um drohende Straftaten zu *verhindern*, oder auch in der Feststellung, dass ein Bruch des Einsatztabus z.B. gegen den Iran heute nicht mehr so schreckliche Konsequenzen haben würde, wie gegen die UdSSR zu Zeiten des Kalten Krieges.

Im Anschluss hieran sei darauf hingewiesen, dass es zumindest in einem der von mir untersuchten Fälle, dem zum nuklearen Tabu, zu Retabuisierungstendenzen kam. Diese fielen allerdings nicht in Form einer Rückkehr zu den vormals felsenfest verankerten Überzeugungen aus, sondern präsentierten sich vielmehr in Form einer *Alternativlösung* für die von den TabugegnerInnen skizzierten neuen Probleme. Wenn es, so die neuen NormverfechterInnen, tatsächlich zunehmend schwieriger würde, das Besitztabu in der heutigen Form zu wahren und die USA mit einem Angriff “nuklearer Irrer” zu rechnen

hätten, die sich von der Abschreckungsfähigkeit der USA nicht einschüchtern ließen – wäre es dann nicht der sicherere Weg, auf eine völlig nuklearwaffenfreie Welt hinzuarbeiten? Dass die Anzahl der BefürworterInnen dieser Position, angeführt von prominenten *norm entrepreneurs*, stark zunahm, zeigt, dass selbst im Fall bereits erodierter Normen eine Retabuisierung denkbar ist und dass es letztlich immer möglich ist, sich in einer Debatte festsetzende Prämissen, wie die der *ticking-bomb-scenarien*, zu hinterfragen oder auch alternative Handlungsmöglichkeiten zu den auf den ersten Blick so aussichtslos wirkenden Dilemmata zu entwickeln. Knapp zusammengefasst bedeutet dies: Tabus *können* erodieren, *müssen* aber nicht.

### 1.3 Vorarbeiten im Rahmen der Magisterarbeit

Meine Promotionsarbeit basiert auf einer 2006 eingereichten Magisterarbeit, die ich gemeinsam mit meiner Kommilitonin Elvira Rosert verfasst habe.<sup>18</sup> Aufgrund des großen Interesses, auf das das Thema der Normerosion gestoßen ist,<sup>19</sup> sowie aufgrund des Anratens unserer damaligen Betreuer, habe ich mich entschlossen, das Thema im Rahmen dieser Promotionsarbeit noch einmal konzeptionell zu erweitern, die bereits in der Magisterarbeit diskutierten Elemente zu vertiefen sowie den jeweils neuesten Forschungsstand zu Grunde zu legen. Insbesondere die Kapitel, die in der Magisterarbeit von Elvira Rosert verfasst worden waren (die sich gegen eine Vertiefung und Erweiterung unserer Magisterarbeit im Rahmen ihrer Promotion entschieden hat, mit ihrer Dissertationsarbeit jedoch dem weiten Feld der Normtheorie verbunden bleibt), nämlich die zur Normtheorie, zu Tabus generell sowie zum nuklearen Tabu im Besonderen, habe ich grundlegend überarbeitet, woraufhin sich eine neue Strukturierung anbot, was mich zusammengenommen wiederum zu interessanten neuen Ergebnissen geführt hat. Völlig neu hinzugekommen sind v.a. die Auseinandersetzung mit dem Ansatz der *norm contestedness*, der explizite Fokus auf die Literatur zu Tabus außerhalb der IB, eine Reihe von Unterdiskursen neben denen zur *Nuclear Posture Review* (NPR) und zum *Robust Nuclear Earth Penetrator* (RNEP) im Rahmen der Fallstudie zur Erosion des nuklearen Tabus sowie die Frage, inwieweit es möglich ist, bereits erodierte Normen wieder zu retabuisieren. Durch die konzeptionelle Erweiterung und inhaltliche Vertiefung auch der weiteren Kapitel erklärt sich auch der recht große Umfang der vorliegenden Promotionsschrift.

### 1.4 Aufbau der Arbeit

Meine Arbeit besteht aus fünf Abschnitten. Auf die vorliegende Einleitung (Punkt 1) folgt der Abschnitt zu den theoretischen Grundlagen meines Themas (Punkt 2). Hier gehe ich zunächst auf die politikwissenschaftliche Normtheorie (2.1) und insbesondere Modelle der Normdiffusion (2.2) sowie auf die hieran geübte Kritik (2.3) ein. Im Anschluss auf die Diskussion des hinter der Normtheorie stehenden Akteur-Struktur-Problems (2.4) stelle ich den sehr aktorslastigen Ansatz der *norm contestedness* (2.5) und auf den sehr

<sup>18</sup> Vgl. Rosert, Elvira/Schirmbeck, Sonja 2006: Das Ende der Selbstverständlichkeit. Zur Erosion internationaler Normen. Folterverbot und nukleares Tabu, Frankfurt am Main.

<sup>19</sup> Folgende Publikationen wurden vorgelegt: Rosert, Elvira/Schirmbeck, Sonja 2006: Zur Erosion internationaler Normen, Papier für die Nachwuchstagung der IB-Sektion der Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) in Arnoldshain 2006 sowie Rosert, Elvira/Schirmbeck, Sonja 2007: Zur Erosion internationaler Normen: Folterverbot und nukleares Tabu in der Diskussion, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 14:2, S. 253-287.

strukturlastigen der Tabus (2.6) vor. Aus diesen Ansätzen, ihren Unvereinbarkeiten und ihren Lücken leite ich in einem dritten Abschnitt meine Fragestellung ab (3.1) und entwickle eine auf diese Forschungsfrage zugeschnittene Herangehensweise (3.2). Der vierte und weitaus längste Abschnitt meiner Arbeit widmet sich meinen empirischen Fallstudien. Um die Erosionsprozesse besser nachvollziehbar zu machen, stelle ich in einem knappen Überblick zunächst das politische System der USA vor, in dem sich die beiden Erosionsprozesse vollzogen haben (Punkt 4). Die Entstehung und Wirkung des Folterverbots wird unter Punkt 5.1, die des nuklearen Tabus unter Punkt 5.2 beschrieben und die wichtigsten Erkenntnisse in einem Zwischenfazit (5.3) abgeglichen. Die Erosionsprozesse der beiden Normen, die sich völlig unterschiedlich gestaltet haben, werden detailliert unter den Punkten 6.1 (Folterverbot) und 6.2 (nukleares Tabu) aus- und wiederum in einem Zwischenfazit (6.3) zusammengeführt. Im fünften Abschnitt, dem Fazit, binde ich die aus der Empirie gewonnenen Erkenntnisse an die im ersten Abschnitt vorgestellten theoretischen Ansätze zurück (Punkt 7).

## 2. Theoretischer Hintergrund: Die Normdebatte in den IB

### 2.1 Einführung in die Normdebatte<sup>20</sup>

#### 2.1.1 Entstehung und Bedeutung der Normdebatte

Die Existenz und der Einfluss internationaler Normen wurden in der Politikwissenschaft lange Zeit ignoriert. Erst nach der sog. "konstruktivistischen Wende" Anfang der 1990er Jahre rückten diese immateriellen sozialen Konstrukte in den Fokus der Internationalen Beziehungen – und rangieren seitdem hoch auf deren Forschungsagenda.<sup>21</sup> Spätestens seit der Jahrtausendwende gilt es als weitgehend akzeptiert, *dass* Normen das internationale System als Ganzes und staatliches Verhalten im Besonderen prägen.<sup>22</sup> Aktuelle Debatten kreisen nun um die Frage, *wie* diese Beeinflussung vonstatten geht und welcher Stellenwert Normen im internationalen System zukommt.

Mit dem Aufkommen der Normtheorie und ihrem gedanklichen Vorläufer, der Regimetheorie, vollzog sich in der Forschungslandschaft der IB eine grundlegende Wende: Die bisher vorherrschenden Theorien wie Neorealismus und Neoliberalismus hatten das *Handeln von Akteuren* im internationalen System ins Zentrum ihrer Analyse gestellt. Als Faktoren, die dieses Akteurshandeln prägen, wurden ausschließlich *materielle und quantifizierbare Faktoren* wie geographische Lage, Größe der Armee oder Handelsvolumina, betrachtet. Regime- und Normtheorie setzten einen Gegenpol zu diesen Ansätzen, indem sie zum einen *immaterielle Strukturen* untersuchen wollten und zum anderen ihren Untersuchungsschwerpunkt auf die *Wirkung dieser Strukturen* auf Akteurshandeln legten.<sup>23</sup>

Zwar setzen sich mittlerweile auch IB-ForscherInnen, die anderen theoretischen Ansätzen zuzuordnen sind, mit dem Stellenwert von Normen auseinander,<sup>24</sup> doch fand die Normdebatte von Beginn an v.a. innerhalb des sich konstituierenden konstruktivistischen "Lagers" statt. Aufgrund dieser Verortung im Konstruktivismus ist es bis heute nicht möglich, von einer einheitlichen *Normtheorie* zu sprechen – denn der Konstruktivismus in den IB ist ebenfalls nicht als einheitliche Theorie, vielleicht nicht einmal als einheitliche

<sup>20</sup> Jeweils einige Abschnitte der Unterkapitel 2.1.2 bis 2.1.4, 2.2.1 und 2.2.3 sowie 2.6.2 beruhen auf Kapiteln, die Elvira Rosert für unsere Magisterarbeit verfasst hat. Die Unterkapitel sind jedoch grundlegend überarbeitet worden.

<sup>21</sup> S. Hofferberth, Matthias/Weber, Christian 2009: Lost in translation – Constructivist norm research and its conceptual limits, Paper to be presented at the 5th ECPR General Conference, 10 - 12 September 2009, S. 6. March und Payne weisen richtigerweise darauf hin, dass konstruktivistische Ideen bereits in den 1960er Jahren begannen, die Sozialwissenschaften zu beeinflussen. Allerdings erreichten diese Ansichten die IB erst 30 Jahre später. S. Marsh, Christopher/Payne, Daniel P. 2007: The Globalization of Human Rights and the Socialization of Human Rights Norms, in: Brigham Young University Law Review 2007:3, S. 665-687, hier S. 666.

<sup>22</sup> "Only a few diehard realists?" würden dies heute noch leugnen. Kersbergen, Kees van/Verbeek, Bert Jan 2007: The Politics of International Norms: Subsidiarity and the Imperfect Competence Regime of the European Union, in: European Journal of International Relations 13:2, S. 217-238, hier S. 219. Vgl. auch Herrmann, Richard/Shannon, Vaughn 2001: Defending International Norms: The Role of Obligation, Material Interest, and Perception in Decision Making, in: International Organization 55:3, S. 621–654, hier S. 622.

<sup>23</sup> Vgl. Shor, Eran 2008: Conflict, Terrorism, and the Socialization of Human Rights Norms. The Spiral Model Revisited, in: Social Problems 55:1, S. 117-138, hier S. 120.

<sup>24</sup> S. Shor, Eran 2008: Conflict, Terrorism, and the Socialization of Human Rights Norms. The Spiral Model Revisited, in: Social Problems 55:1, S. 117-138, hier S. 119.

Theorieschule, anzusehen, innerhalb derer sich die Normtheorie eingruppiert ließe.<sup>25</sup> Die leidenschaftlichen Debatten, die zwischen AnhängerInnen verschiedener konstruktivistischer Ausrichtungen – meist zwischen dem um Vermittlung mit rationalistischen Theorien bemühten *mainstream*-Konstruktivismus und dem radikalen Konstruktivismus, der solche Annäherungsversuche strikt ablehnt – ausgetragen werden, spiegeln sich entsprechend in sehr unterschiedlichen Verständnissen darüber, wie man Normen und ihre Wirkung konzeptualisieren und erforschen sollte.

Trotz all dieser Unstimmigkeiten liegen der Normdebatte einige von allen DebattenteilnehmerInnen – auch mir selbst – geteilte Prämissen zu Grunde, die Birdsall wie folgt aufgelistet hat:

“First, normative and ideational structures are seen to be as important as material structures. (...) Second, understanding how these structures condition actor’s identities is important, because identities inform interests which in turn influence actions. (...) Third, agents and structures are seen as interacting and being mutually constituted...”<sup>26</sup>

Auch über diese Prämissen, nach denen Normen als eine bestimmte Form von *Strukturen* angesehen werden, könnte jedoch heftig gestritten werden, wenn man begönne, die unterschiedlichen Definitionen der hier verwendeten zentralen Begriffe offenzulegen: Was sind Normen? Wer sind die betrachteten Akteure? Was sind Strukturen? Wie interagieren Akteure und Strukturen? Und was genau bedeutet es, Handlungen zu beeinflussen – diese kausal zu determinieren oder nur einen vagen Handlungsrahmen aufzumachen?

Es sind diese grundlegenden Fragen der Normtheorie, die den theoretischen Hintergrund meiner Studie darstellen und die deshalb in den folgenden Unterkapiteln ins Zentrum gestellt werden sollen: Zunächst werde ich kurz auf verschiedene Definitionsversuche von Normen eingehen (2.1.2), um dann zu skizzieren, wie Normen überhaupt entstehen (2.1.3). Etwas breiteren Raum wird die Darstellung dreier unterschiedlicher Verständnisse zur Normwirkung einnehmen, die die Normdiskussion bis heute prägen (2.1.4). Kernpunkt dieses Kapitels wird aber die Vorstellung verschiedener Modelle der Normdiffusion sein (2.2), aus deren Schwächen (2.3) ich später meine Fragestellung ableiten werde. Den Fragen, was Akteure und Strukturen sind und wie sie zusammenwirken, werde ich ein eigenes Unterkapitel (2.4) widmen, da diese Akteur-Struktur-Debatte diejenige um die Normtheorie stark beeinflusst und strukturiert hat und somit auch für die Entwicklung und Beantwortung meiner Fragestellung von großer Bedeutung ist. Abschließend werde ich zwei sehr unterschiedliche Konzepte der Normtheorie vorstellen, die ich beide zur Diskussion und Lösung meines Forschungsproblems heranziehen werde (2.5 und 2.6): den stark akteurslastigen Ansatz der *norm contestedness* und das Konzept von Tabus in den Internationalen Beziehungen, das im Gegensatz zu *contestedness* auf sehr stabile Strukturen fokussiert.

<sup>25</sup> So weist z.B. Birdsall darauf hin, dass “[c]onstruktivism is a method of approach rather than a distinct theory of international relations“. Birdsall, Andrea 2009: *The International Politics of Judicial Intervention. Creating a More Just Order*, London, S. 31.

<sup>26</sup> Birdsall, Andrea 2009: *The International Politics of Judicial Intervention. Creating a More Just Order*, London, S. 31.



### 2.1.2. Was sind Normen? Verschiedene Definitionsversuche

Viele politikwissenschaftliche Texte über Normen geben gar keine Definition ihres Untersuchungsgegenstands, was vermutlich sowohl der Schwierigkeit geschuldet ist, immaterielle soziale Konstrukte begrifflich "dingfest" zu machen,<sup>27</sup> als auch mit unserem unausgesprochenem Vorverständnis von ihnen zusammenhängt: Wenn von Normen die Rede ist, scheinen wir intuitiv zu wissen, was gemeint ist – auch wenn sich diese Annahmen, einmal offengelegt, durchaus stark unterscheiden können. Letzteres zeigt sich bereits an der (Nicht-)Verwendung unterschiedlicher Synonyme wie "Tradition", "Konvention" oder "Regel", die die Diskussion zusätzlich erschweren. Den meisten offengelegten Definitionen wird zudem vorgeworfen, sie versuchten Normen darüber zu beschreiben, "*by what they do – their consequences for social life – rather than by what they are*".<sup>28</sup> Tatsächlich scheint eine Unterscheidung zwischen den *Auswirkungen* von Normen und deren inneren Wesenskern äußerst schwierig zu sein.

Wie lässt sich der politikwissenschaftliche Normbegriff dennoch beschreiben oder zumindest eingrenzen? Zunächst lassen sich Normdefinitionen der IB von denen angrenzender Disziplinen unterscheiden: Im Unterschied zur Rechtswissenschaft werden nicht nur verschriftlichte Rechtsquellen als Normen angesehen, sondern auch Verhaltenserwartungen, die nur mündlich bzw. durch Traditionen weitergegeben werden.<sup>29</sup> Dies erschwert allerdings die Abgrenzung von ähnlichen sozialen Phänomenen wie Regeln oder Bräuchen. Anders als in der Psychologie, in der Normen in engem Zusammenhang mit Moralvorstellungen gesehen werden, können sie nach politikwissenschaftlichem Verständnis niemals rein individuelle Überzeugungen sein, sondern gelten immer intersubjektiv für eine bestimmte Gruppe von Akteuren, welche die gleichen Verhaltenserwartungen haben.<sup>30</sup> Kelley unterscheidet zudem eine politikwissenschaftliche von einer soziologischen Normdefinition:

"...sociologists refer to norms as institutions and define them as 'a relatively stable collection of practices and rules defining appropriate behaviour for specific groups in specific situations.'"<sup>31</sup>

Ob diese Unterscheidung soziologischer und politikwissenschaftlicher Normbegriffe sinnvoll ist, sei dahingestellt. Dass sie sehr nah beieinander liegen, zeigt jedenfalls die Tatsache, dass Kelley hier March/Olsen zitiert,<sup>32</sup> die jedoch auch in den IB als Begründer der Normdebatte angesehen werden.

---

<sup>27</sup> So bezeichnete Kaase den Versuch, das Konzept der "politischen Kultur" zu definieren, treffend als "*Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln*". Kaase, Max 1983: Sinn oder Unsinn des Konzepts "Politische Kultur" für die Vergleichende Politikforschung, oder auch: Der Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln, in: Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980, Opladen, S. 144-171. Ähnliche Definitionsprobleme bereiten auch die Begriffe "Identität" und "Tabu", vgl. S. 31 und 94 der Arbeit.

<sup>28</sup> Elster, Jon 1989: *The Cement of Society. A Study of Social Order*, Cambridge, S. 100.

<sup>29</sup> S. Porsche-Ludwig, Markus 2007: *Die Abgrenzung der sozialen Normen von den Rechtsnormen und ihre Relevanz für das Verhältnis von Recht(swissenschaft) und Politik(wissenschaft)*, Baden-Baden.

<sup>30</sup> Vgl. Risse, Thomas/Jetschke, Anja/Schmitz, Hans Peter 2002: *Die Macht der Menschenrechte. Internationale Normen, kommunikatives Handeln und politischer Wandel in den Ländern des Südens*, Baden-Baden, S. 17.

<sup>31</sup> Kelley, Judith 2008: *Assessing the Complex Evolution of Norms: The Rise of International Election Monitoring*, in: *International Organization* 62:1, S. 221-255, hier S. 223.

<sup>32</sup> March, James/Olsen, Johan 1998: *The Institutional Dynamics of International Political Orders*, in: *International Organization* 52:4, S. 943-969, hier S. 948.

Konsens scheint, wie das Zitat von Birdsall zeigte, darüber zu herrschen, dass Normen eine bestimmte Form von Strukturen sind: *“Normen sind Teil der sozialen Struktur, in die Akteure eingebettet sind.”*<sup>33</sup> Als typisch politikwissenschaftlichen Normbegriff führt Kelley eine von Katzenstein vorgeschlagene, konstruktivistische Standarddefinition an: Normen seien *“collective expectations for the proper behavior of actors with a given identity.”*<sup>34</sup> Aus diesem Verständnis lassen sich drei Grundannahmen herauslesen, die – ebenso wie der Satz selbst – von den meisten KonstruktivistInnen als zutreffend erachtet werden dürften: Erstens wird mit Normen ein imperativer Anspruch ausgedrückt, sie können also immer in “Du sollst”- oder “Es wird erwartet, dass Du”-Sätze umformuliert werden. Zweitens dienen sie als intersubjektive Verhaltensmaßstäbe, indem sie definieren, welches Verhalten als angemessen einzuordnen ist. Drittens gelten sie für bestimmte Akteure bzw. Gruppen, die sich durch eine gemeinsame Identität auszeichnen und deshalb auch ähnlich strukturierte Perspektiven, also *“collectively shared understandings of reality”*, haben.<sup>35</sup>

Obwohl Katzensteins Definition in den IB mittlerweile breite Verwendung findet, lässt sie bei näherem Hinsehen doch viele Fragen offen. So weisen Hofferberth/Weber darauf hin, dass der Standardsatz weder bei der Unterscheidung von Normen und Regeln helfe, die ebenfalls als Standards angemessenen Verhaltens angesehen werden könnten, noch deutlich mache, wer darüber entscheiden könne, welches Verhalten für wen als angemessen gilt.<sup>36</sup> Mindestens ebenso problematisch ist das Voraussetzen einer *gegebenen* Identität, denn wie bereits im oben angeführten Zitat von Birdsall angeklungen ist,<sup>37</sup> gehen KonstruktivistInnen davon aus, dass Identitäten gerade durch das Übernehmen von Normen (neu-)geformt werden und sich damit wandeln. Es bietet sich also an, dass Satzende zu streichen, bzw. durch eines zu ersetzen, das betont, dass Normen immer nur in einer bestimmten sozialen Gruppe – eben der, in der intersubjektiv geteilte Überzeugungen bestehen – eine Bedeutung haben.<sup>38</sup> Ohne die zunächst aufgeführten Schwächen umgehen zu können, lautete meine Arbeitsdefinition von Normen deshalb: *Normen sind kollektive Erwartungen bezüglich des angemessenen Verhaltens von Akteuren innerhalb einer sozialen Gruppe.*

Mit dieser typisch konstruktivistischen Normdefinition, die Normen als verhaltensbezogene Einstellungen und Erwartungshaltungen, d.h. Verhaltensstandards auffasst, grenze ich mich von behaviouralistischen Ansätzen ab. Diese beziehen sich auf

<sup>33</sup> Risse, Thomas/Jetschke, Anja/Schmitz, Hans Peter 2002: Die Macht der Menschenrechte. Internationale Normen, kommunikatives Handeln und politischer Wandel in den Ländern des Südens, Baden-Baden, hier S. 17.

<sup>34</sup> Katzenstein, Peter 1996: Introduction: Alternative Perspective on International Security, in: Katzenstein, Peter (Hrsg.): The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics, New York, S. 1-32, hier S. 5.

<sup>35</sup> Elgström, Ole 1998: Norm Negotiations. The Construction of New Norms Regarding Gender and Development in EU Foreign Aid Policy, in: Journal of European Public Policy 7:3, S. 457-76, hier S. 459.

<sup>36</sup> Vgl. Hofferberth, Matthias/Weber, Christian 2009: Lost in translation – Constructivist norm research and its conceptual limits, Paper to be presented at the 5th ECPR General Conference, 10 - 12 September 2009, Potsdam, S. 9.

<sup>37</sup> Vgl. S. 22 der Arbeit.

<sup>38</sup> Mit Gruppen sind hier nicht nur Kleingruppen gemeint (so wie der Begriff in der Sozialpsychologie meist verwendet wird), sondern eine beliebige Vielzahl von Individuen oder auch kollektiven Akteuren. So könnte eine Gruppe nach meinem Verständnis auch aus einer Vielzahl von Staaten bestehen. S. hierzu auch das Unterkapitel ab S. 60 der Arbeit

das tatsächliche Verhalten von Akteuren und konzipieren Normen daher als bestimmte, immer wiederkehrende Verhaltensweisen, wobei abweichendes Verhalten mit Sanktionen bestraft würde.<sup>39</sup> Während bei behaviouralistischen Beschreibungen also das Element der *Normalität*, die die Beachtung von Normen für Akteurshandeln hat, im Vordergrund steht, heben KonstruktivistInnen v.a. die *Normativität* von Normen hervor.

Ob dieser Fokus auf Normativität bedeutet, dass Akteure, die bestimmte Normen anerkennen, diese *immer* als moralisch richtig ansehen müssen, ist unter konstruktivistischen NormtheoretikerInnen allerdings umstritten: Eine Reihe von AutorInnen sieht den moralischen Anspruch kollektiver Erwartungen und die damit einhergehende moralische Empörung über evtl. Normverstöße als integralen Bestandteil jeder Normdefinition an.<sup>40</sup> Demgegenüber stehen Ansätze, die Normen, die aus moralischen Gründen Beachtung finden, nur als eine bestimmte Unterkategorie ansehen und darauf verweisen, dass Normen auch rein funktionaler Natur sein können.<sup>41</sup> So ist z.B. die Norm, sein Gegenüber ausreden zu lassen, breit anerkannt – dennoch würden Unterbrechungen und Zwischenrufe zwar sehr wohl als Normverstöße registriert, jedoch nicht unbedingt als unmoralisch bewertet werden.<sup>42</sup> Ich schließe mich letzterer Ansicht an, möchte aber bereits vorwegnehmen, dass die von mir untersuchten Normen ganz eindeutig in die Unterkategorie moralisch begründeter Verhaltensstandards fallen – zumindest aus der Sicht der von mir untersuchten Akteursgruppen.<sup>43</sup>

Neben der Frage, ob der moralische Gehalt von Normen in deren Definition mit einbezogen werden müsse oder nicht, wird auch diskutiert, ob es auch zum Wesen jeder Norm gehöre, dass ihre Verletzung Sanktionen nach sich zieht:<sup>44</sup> Einerseits werden

---

<sup>39</sup> Ein typisches Beispiel für eine solche Normdefinition lässt sich bei Axelrod finden: “*A norm exists in a given social setting to the extent that individuals usually act in a certain way and are often punished when seen not to be acting in this way. (...) According to this definition, the extent to which a given type of action is a norm depends on how often the action is taken and just how often someone is punished for not taking it.*” Axelrod, Robert 1986: An Evolutionary Approach to Norms, in: American Political Science Review 80:4, S. 1095-1111, hier S. 1097.

<sup>40</sup> Siehe hierzu Goertz, Gary/Diehl, Paul F. 1992: Toward a Theory of International Norms: Some Conceptual and Measurement Issues, in: Journal of Conflict Resolution, S. 634-664; Kübler, Dorothea 2001: On the Regulation of Social Norms, in: The Journal of Law, Economics & Organization 17:2, S. 449-476 und Nadelmann, Ethan 1990: Global Prohibition Regimes: The Evolution of Norms in International Society, in: International Organization 44:4, S. 479-526.

<sup>41</sup> So bezeichnet etwa Elster sämtliche Handlungsanweisungen, die sich in die Form “Do X” bzw. “Don’t do X” übersetzen ließen, unabhängig von ihrem moralischen Gehalt, als Normen. Vgl. Elster, Jon 1989: The Cement of Society. A Study of Social Order, Cambridge, S. 98ff. Ähnliche Ansichten vertreten z.B. Bull (Vgl. Bull, Hedley 1977: The Anarchical Society: A Study of Order in World Politics, London, S. 53f.) oder auch Hoffmann, der moralische Verhaltensstandards von normativen und institutionellen unterscheidet (Hoffmann, Matthew J.: Entrepreneurs and Norm Dynamics: An Agent-Based Model of the Norm Life Cycle, im Reviewverfahren der American Political Science Review, S. 3).

<sup>42</sup> Vgl. Klotz, Audie 1996: Norms in International Relations. The Struggle Against Apartheid, Ithaca, S. 14 oder Deitelhoff, die solche Normen zusätzlich in “Konventionen“, die die Reibungen zwischen Mitgliedern einer sozialen Gruppe möglichst gering halten sollen und “Sitten“ bzw. “Bräuchen“ unterscheidet, welche (wie etwa Lebensmittelhygiene) auf Klugheitserwägungen basieren. Vgl. Deitelhoff, Nicole 2006: Überzeugen in der Politik. Grundzüge einer Diskurstheorie internationalen Regierens, Frankfurt am Main, S. 41.

<sup>43</sup> S. z.B. S. 340 oder 385 der Arbeit.

<sup>44</sup> Wobei in der Diskussion nicht immer klar gemacht wird, was mit Sanktionen gemeint ist; z.B. ob es sich hierbei um sog. interne Sanktionen (wie Schuldgefühle des normverletzenden Akteurs) oder externe Sanktionen (von Gewaltanwendung über Embargos bis zu diplomatischen Folgen, wie dem Abziehen von BotschafterInnen, die häufig eines formellen Rechtsaktes bedürfen) handelt.

Sanktionen als *“essential component[s]”* von Normen beschrieben.<sup>45</sup> Andererseits ist z.B. Bull der Ansicht, dass zumindest als legitim erachtete Normen keinerlei Sanktionsmechanismen bedürften, weil die in ihnen enthaltenen Wertvorstellungen geteilt würden.<sup>46</sup> Für Katzenstein, den Autor der oben genannten Standarddefinition, sind mit Normen häufig, jedoch nicht immer, sanktionierende Elemente verbunden.<sup>47</sup>

Innerhalb des konstruktivistischen “Lagers” ist zudem eine dritte Frage der Normdefinition sehr bedeutsam geworden, nämlich die, ob zwischen regulativen und konstitutiven Normen unterschieden werden könne und solle oder nicht. Als regulative Normen gelten hierbei solche, die Handlungsanleitungen für Akteure mit einer bereits recht klar umrissenen (*“given”*) Identität beinhalten und sich in die oben beschriebene Form “Du sollst (nicht)...” umformulieren lassen. Hiervon werden konstitutive Normen unterschieden, die die Identität eines Akteurs – bzw. diesen selbst – erst etablieren. Häufig wird hier auf die Souveränitätsnorm verwiesen, die Staaten erst zu eben jenen kollektiven Akteuren des internationalen Systems werden lasse. Vereinfacht gesagt legen regulative Normen Akteuren ein bestimmtes Verhalten nahe, während regulative Normen dem Akteur aufzeigen, was er ist. Letztlich, so die Argumentation, können regulative Normen nur vor dem Hintergrund bereits etablierter konstitutiver Normen einen Sinn entfalten – denn ohne eine Norm, die Staaten als solche konstituiert (Souveränität), mache es keinen Sinn, ihnen zu verbieten, einander zu überfallen (Gewaltverbot).<sup>48</sup> Diese Unterscheidung mag in einigen, wenigen Fällen plausibel erscheinen, in Bezug auf die allermeisten Normen trägt sie meiner Ansicht nach jedoch eher zur Verwirrung bei. Normen lassen sich selten eindeutig einer der beiden Kategorien zuordnen, da, wie oben bereits angeführt, die Identität eines Akteurs kaum als statisches “Ausgangsgerüst” aufgefasst werden kann, in dass sich die ein oder andere regulative Norm einpassen lässt. Vielmehr erscheint Identität als hoch komplexes Gebilde ineinander verflochtener Ansichten und Überzeugungen, in dem sich die Anerkennung vermeintlicher “regulativer” Normen immer auch auf die Identität als Ganzes auswirkt und sie somit verändert.<sup>49</sup> Das Einhalten bestimmter Normen wirkt somit immer konstitutiv, indem sie nicht nur für den Akteur selbst zu Bestandteilen seiner Identität werden, sondern das Vorhandensein dieser Identität auch gegenüber anderen Akteuren zum Ausdruck bringen. Deshalb erscheint es mir eher sinnvoll, von

<sup>45</sup> Goertz, Gary/Diehl, Paul F. 1992: Toward a Theory of International Norms: Some Conceptual and Measurement Issues, in: Journal of Conflict Resolution, S. 634-664, S. 638. S. auch Cancian, Francesca M. 1975: What are norms? A Study of Beliefs and Action in a Maya Community, Cambridge, S. 7.

<sup>46</sup> Vgl. Bull, Hedley 1977: The Anarchical Society: A Study of Order in World Politics, London, S. 56f.

<sup>47</sup> Katzenstein, Peter 1996: Cultural Norms and National Security, Ithaca/London, S. 21.

<sup>48</sup> Searle hat die Unterscheidung zwischen *“constitutive and regulative rules”* 1969 eingeführt und ausführlich beschrieben. S. Searle, John R. 1995: The Construction of Social Reality, New York, S. 27ff. und 43ff. oder Kratochwil, Friedrich V. 1991 [1989]: Rules, Norms, and Decisions. On the Conditions of Practical and Legal Reasoning in International Relations and Domestic Affairs, Cambridge, S. 26, der die bekannte Metapher von (regulativen) Schachregeln, die nur innerhalb eines Schachspiel (konstitutive Norm) Sinn ergeben, vorstellt.

<sup>49</sup> So beschreiben auch Risse et al, dass sich soziale Normen niemals nur als *“Verbots- und Gebotsschilder”* auffassen ließen, *“sondern daß sie zugleich konstitutive Wirkungen auf die Akteure entfalten, indem sie über deren soziale Identitäten auf die Interessensdefinition einwirken.”* Zudem verweisen sie darauf, dass selbst die Norm staatlicher Souveränität mittlerweile an die Einhaltung – oft als regulativ eingestuft – Menschenrechtsnormen geknüpft werde. Risse, Thomas/Jetschke, Anja/Schmitz, Hans Peter 2002: Die Macht der Menschenrechte. Internationale Normen, kommunikatives Handeln und politischer Wandel in den Ländern des Südens, Baden-Baden, S. 18.

einer konstitutiven oder regulativen *Wirkung* zu sprechen, die *jede* Norm entfalten kann.<sup>50</sup> Die Trennung bleibt dennoch eine analytische; reell lassen sich diese beiden Normwirkungen nicht auseinander dividieren. Festzuhalten bleibt jedoch in jedem Fall, dass Normen sowohl für Konstruktion einer *Akteursidentität* als auch für *Akteursverhalten* von enormer Bedeutung sind.

Nachdem ich mich einer Arbeitsdefinition von Normen angeschlossen und die wichtigsten damit einhergehenden Schwierigkeiten und Debatten aufgezeigt habe, werde ich mich im folgenden Unterkapitel der Frage widmen, wie Normen überhaupt entstehen, welche in der Politikwissenschaft kaum behandelt wird – fallen Normen in den IB vom Himmel?

### 2.1.3 Wie entstehen Normen?

Im Gegensatz zur Publikationsflut zu den Themen Normdurchsetzung und Normwirkung ist das Thema der Normentstehung in den IB bisher vernachlässigt worden.<sup>51</sup> Auch in den unten aufgeführten Handlungslogiken und Modellen der Normdiffusion wird meist von bereits existierenden Normen ausgegangen. Vielfach wird die Entstehung von Normen gar mit ihrer Durchsetzung gleichgesetzt, was darin begründet sein könnte, dass unter Normentstehung weniger die Evolution der Idee zu Konstruktion einer neuen Norm, als ihr “Werdegang” von einer wenig verbreiteten Überzeugung zu einem breit geteilten, kollektiven Verhaltensstandard verstanden wird.

Bei der Suche nach den Gründen für die Entstehung von Normen schließe ich mich einer funktionalistischen Betrachtungsweise an, wie sie etwa Kratochwil vertritt, die annimmt, dass neue Normen sich als Antwort auf neue (oder als neu wahrgenommene) Problemstellungen entwickeln.<sup>52</sup> Natürlich setzt auch dieses Handeln bereits die Existenz anderer Normen voraus – denn nur vor deren Hintergrund können Akteure überhaupt ein Problem erkennen und kollektiv zu lösen versuchen.<sup>53</sup> Was als solches Problem angesehen werden kann, wird von VertreterInnen rationalistischer und konstruktivistischer Ansätze unterschiedlich beurteilt: Während RationalistInnen von offensichtlichen Problemen und einer exogen gegebenen Akteurspräferenz ausgehen, diese zu verregeln, um Transaktionskosten zu senken,<sup>54</sup> sehen KonstruktivistInnen zunächst die Herausbildung eines kollektiven Problembewusstseins als notwendig an, das ggf. erst in kollektiven Aushandlungsprozessen hergestellt werden muss.

---

<sup>50</sup> So kann bei der Souveränitätsnorm neben deren konstitutiver Wirkung auch deren regulative betrachtet werden; etwa, wenn es um die diplomatischen Abläufe zur Anerkennung eines neuen Staates geht.

<sup>51</sup> S. auch S. 43 der Arbeit.

<sup>52</sup> Kratochwil, Friedrich V. 1991 [1989]: *Rules, Norms, and Decisions. On the Conditions of Practical and Legal Reasoning in International Relations and Domestic Affairs*, Cambridge, S. 69. Die Idee, “*dass Normen als Lösung für bestimmten Situationen inhärenten Handlungsprobleme entstehen*” wurde jedoch bereits in den 1970er Jahren in der Soziologie formuliert. Vgl. Behnke, Natalie 2004: *Ethik in Politik und Verwaltung. Entstehung und Funktion ethischer Normen in Deutschland und den USA*, Baden-Baden, S. 37.

<sup>53</sup> Vgl. Kübler, Dorothea 2001: *On the Regulation of Social Norms*, in: *The Journal of Law, Economics & Organization* 17:2, S. 449-476, hier S. 451.

<sup>54</sup> Siehe als zentralen Text dieses Ansatzes Axelrod, Robert/Keohane, Robert O. 1986: *Achieving Cooperation under Anarchy: Strategies and Institutions*, in: Oye, Kenneth A. (Hrsg.): *Cooperation Under Anarchy*, Princeton, S. 226-254.

Zwar legen beide Verständnisse nahe, dass es sich bei der Entstehung von Normen um eine wichtige Funktion des internationalen Systems, mit Problemstellungen umzugehen, handelt, doch lassen auch sie die Frage nach der eigentlichen Quelle der Normentstehung offen. Sehr nah an dem skizzierten "Problemlösungsverständnis" liegt eine Antwort von Kowert/Legro auf diese Frage:<sup>55</sup> Sog. "*external shocks*", dramatische Veränderungen des eigenen Umfelds, mit denen sich Akteure plötzlich konfrontiert sähen, könnten zur Herausbildung neuer Normen führen. Dies könne entweder sehr schnell, in einer Revolution, geschehen oder durch eine langsame Annäherung der eigenen Ansprüche an die Realität. Neben diesen Folgen einer *Interaktion eines Akteurs mit seiner Umwelt* nennt das Autorenduo noch zwei weitere mögliche Quellen der Normentstehung: So könnten sich neue Normen aus bereits bestehenden entwickeln, also aus einer *Interaktion zwischen Normen*, nämlich entweder, indem sich untergeordnete Normen aus übergeordneten ableiten ließen (so ergibt sich das Folterverbot aus dem Grundsatz unantastbarer Menschenwürde) oder neue Normen könnten bestehende ergänzen (wie Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit, die nur gemeinsam den gewünschten Sinn ergeben, die eigene freie Meinung kundtun zu können). Eine dritte mögliche Quelle neuer Normen sehen sie in der *Interaktion zwischen Akteuren*: Diese könnten zum einen im Verlauf eines Kommunikationsprozesses ein "*shared knowledge*" entwickeln und in eine Norm umsetzen, zum anderen aber auch neue Normen im Rahmen von Identitätsbildungsprozessen konstruieren, welche mit Prozessen der Inklusion- und Exklusion einhergingen. Wie genau letztgenannte Entwicklungen ablaufen, wird von den Autoren nicht erklärt. Es liegt jedoch nahe, dass sich kollektive Akteure im Rahmen gruppenspezifischer Prozesse nicht nur auf die einheitliche Übernahme bestimmter, von vornherein erwünschter Normen einigen, sondern auch neue Normen setzen, die zur Abgrenzung von anderen Gruppen dienen sollen, also den kollektiven Verhaltensstandards der "Außenseiter"-Gruppe zuwiderlaufen.

In allen drei von Kowert/Legro vorgestellten Szenarien werden neue Normen von menschlichen Akteuren bewusst entwickelt, um mit spezifischen Problemstellungen umzugehen. Einen Ansatz, der diese Prämissen ablehnt und somit von der funktionalistischen Logik abbrückt, hat Sugden vorgeschlagen: "*...rules regulating human action can evolve without conscious human design.*"<sup>56</sup> Er beschreibt die Entstehung von Normen als reines Zufallsprodukt menschlicher Interaktion: Hier stellten sich zunächst Verhaltensgewohnheiten ein, die ihrerseits Verhaltenserwartungen erzeugten, denen die Akteure aufgrund ihres "*desire for the approval of others*" Folge leisteten und die damit zu einer Norm würden.<sup>57</sup> Auch Florini nimmt, indem sie eine Analogie von Normen und Genen

<sup>55</sup> Vgl. auch für die folgenden Vorschläge der Autoren Kowert, Paul/Legro, Jeffery 1996: Norms, Identity and Their Limits, in: Katzenstein, Peter (Hrsg.): The Culture of National Security, New York, S. 451-479, hier S. 470ff.

<sup>56</sup> Vgl. für das Folgende Sugden, Robert 1989: Spontaneous Order, in: Journal of Economic Perspectives 3:4, S. 85-97, hier S. 86 bzw. S. 95.

<sup>57</sup> Diesen Prozess veranschaulichte Kratochwil, der sonst eher für eine funktionalistische Haltung steht, am Beispiel eines Ehepaares (wobei die Frau natürlich diejenige ist, die zuhause auf ihren Mann wartet, der von der Arbeit heimkehrt): Die Tatsache, dass er gewöhnlich zu einer bestimmten Uhrzeit nach Hause komme, würde, sollte er unpünktlich sein, zur Verärgerung der Frau beitragen, da ihre über die Zeit entwickelten Erwartungen enttäuscht würden. Auch wenn ihre Erwartungshaltung vorher niemals ausgesprochen wurde, würde es aufgrund der Verspätung zu einem Gespräch der Ehepartner kommen, an dessen Ende eine neu vereinbarte Norm (pünktlich nach Hause zu kommen oder Verspätungen anzukündigen) stehen könnte. Vgl. Kratochwil, Friedrich V. 1991 [1989]: Rules, Norms, and Decisions.

herstellt, eine evolutionistische Perspektive ein:<sup>58</sup> So wie die Evolution kein teleologischer Prozess ist, sei auch der Prozess der Entstehung von Normen nicht unbedingt Ausdruck konkreter Zielsetzungen. Vielmehr handele es sich bei Normen wie bei Genen um das Resultat zahlreicher, den Mechanismen der Selektion unterworfenen Verhaltensanpassungen, die bewirkten, dass das Akteursverhalten den Anforderungen der Umwelt am besten entspreche.

### 2.1.4 Wie wirken Normen? Drei Handlungslogiken

Herauszufinden, wie Normen wirken, d.h. ob und wie sie das Verhalten eines Akteurs beeinflussen, ist ein sehr schwieriges Unterfangen, zumal Normen keinen *„faktischen Zustand [bezeichnen], sondern intersubjektiv einen normativen, d.h. wünschenswerten Anspruch an die gegebene Realität [richten].“*<sup>59</sup> Mittlerweile setzt sich deshalb in den IB die Meinung durch, dass Normwirkung *„nicht unmittelbar am Verhalten einzelner Akteure abgelesen werden [kann], da die Motivation, eine bestimmte Handlung auszuführen, nicht direkt beobachtbar ist.“*<sup>60</sup>

Die an der Debatte um die Beschreibung von Normwirkung beteiligten NormtheoretikerInnen werden meist als VerfechterInnen verschiedener *Handlungslogiken* angesehen, die in unterschiedlicher Weise erklären bzw. verstehen wollen, warum sich ein Akteur an Normen hält, also sein Handeln an ihnen ausrichtet. Wurde die Debatte in den 1990er Jahren v.a. in zwei *„Lager“* eingeteilt und mit den Schlagworten *„logic of consequences“* und *„logic of appropriateness“* belegt, so stellt sich das Feld heute differenzierter dar. Um die Jahrtausendwende wurde zusätzlich die *„logic of arguing“* in die Diskussion eingeführt, die mittlerweile durch die *„logic of contestedness“* als neuestem Ansatz abgelöst worden ist.<sup>61</sup> Da die *„logic of contestedness“* für meine Argumentation einen zentralen Stellenwert hat, werde ich in Kapitel 2.5 näher auf sie eingehen. Die Unterschiede der drei erstgenannten Logiken, in denen es v.a. um die Gewichtung der Faktoren Interesse, Kosten-Nutzen-Kalkül, Identität, Sprache und Normen und deren Beziehungen geht, möchte ich im Folgenden kurz vorstellen.

#### *Die logic of consequences*

Der *logic of consequences* liegt das Bild des *homo oeconomicus* zu Grunde, dem in *rationalistischen* Argumentationen eine zentrale Rolle zukommt.<sup>62</sup> Zunächst scheint die Befolgung von ggf. moralisch begründeten Normen gar nicht zum Bild eines nur auf den individuellen Nutzen

---

On the Conditions of Practical and Legal Reasoning in International Relations and Domestic Affairs, Cambridge, S. 82f.

<sup>58</sup> Die Ähnlichkeit zwischen Normen und Genen plausibilisiert sie anhand folgender Charakteristika, die sie sowohl bei Normen als auch bei Genen ausmacht: Beide seien erstens *„instructional units directing the behavior of their respective organisms“*, sie werden, zweitens, weitervererbt bzw. kulturell übermittelt und drittens sind sie *„contested“*, d.h. sie befinden sich in einem ständigen Wettbewerb mit anderen Einheiten. Florini, Ann 1996: The Evolution of International Norms, in: International Studies Quarterly 40:3, S. 363-389, hier S. 367 bzw. S. 369.

<sup>59</sup> Deitelhoff, Nicole 2006: Überzeugen in der Politik. Grundzüge einer Diskurstheorie internationalen Regierens, Frankfurt am Main, S. 38.

<sup>60</sup> Deitelhoff, Nicole 2006: Überzeugen in der Politik. Grundzüge einer Diskurstheorie internationalen Regierens, Frankfurt am Main, S. 38.

<sup>61</sup> Es sei jedoch darauf verwiesen, dass eine Minderheit von AutorInnen diese *„Vierteilung“* ablehnt und statt dessen die *logic of arguing* und die *logic of contestedness* als Unterkategorien der *logic of appropriateness* ansehen, so dass sich weiterhin eine Zweiteilung in *logic of consequences* und *logic of appropriateness* ergibt.

<sup>62</sup> Für eine Zusammenfassung der zentralen Annahmen dieses Ansatzes s. Hasenclever, Andreas/Mayer, Peter/Rittberger, Volker 1997: Theories of International Regimes, Cambridge S. 23ff.

bedachten und diesen in ständig neuen Kosten-Nutzen-Abwägungen kalkulierenden *homo oeconomicus* zu passen. Konsequenterweise wurde zunächst angenommen, dass sich Akteure nur dann an Normen halten, wenn sie sich davon einen Nutzen versprechen, dies also in ihrem – a priori festgelegten – Interesse liegt und dass sie Normen andernfalls brechen (sog. *non-compliance*) bzw. sich ihnen gar nicht erst unterwerfen.<sup>63</sup> Dass eine Gruppe solcher Akteure eine Norm kollektiv einhält, ist nach Annahmen der sog. Spieltheorie ebenfalls möglich – nämlich dann, wenn die Normeinhaltung jedem der beteiligten Akteure einen höheren Nutzen verspricht, als ein nicht abgestimmtes Verhalten und das kollektive Handeln die Gruppe als ganze so dem bestmöglichen erreichbaren Ergebnis am nächsten bringt. Die Einhaltung von Normen dient in diesen Modellen natürlich nicht der Verwirklichung moralischer Standards, sondern soll in erster Linie helfen, Transaktionskosten zu senken, die entstehen, wenn Akteure ihr Handeln untereinander abzustimmen versuchen: Hier stellen Normen (zumal wenn sie in Verträge, Regime oder Institutionen überführt werden)<sup>64</sup> einen stabilen Handlungsrahmen bereit, der es überflüssig macht, die Erwartungen und Handlungen der beteiligten Akteure für jedes “Spiel” neu auszuhandeln oder auch für ein Spiel wichtige Informationen immer neu auszutauschen.<sup>65</sup> Zudem wächst über mehrere Spiele hinweg das Vertrauen der normeinhaltenden Akteure untereinander, so dass deren Kooperationsbereitschaft steigt und die Erzielung höherer Kooperationsgewinne möglich wird. Enttäuscht ein Akteur dagegen das in ihn gesetzte Vertrauen, sieht er sich ggf. mit Sanktionen konfrontiert – ein Risiko, dass es bei der Kalkulation seiner Kosten-Nutzen-Rechnung zu berücksichtigen gilt. Neuere Ansätze verleihen dem *homo oeconomicus* im Hinblick auf Sanktionen eine soziale Komponente, indem sie nicht nur materielle Sanktionen in ihre Untersuchungen einbeziehen, sondern darauf verweisen, dass auch der Verlust von Reputation oder dem Vertrauen anderer Akteure als Sanktion gewertet werden muss, die Akteure zu vermeiden versuchen (solange ihr Nutzen aus normverletzendem Verhalten nicht ungleich höher ist).<sup>66</sup>

Eine interessante Spielart der “*logic of consequences*” ist die Annahme, dass Akteure nicht in ständigen Kosten-Nutzen-Kalkulationen die Risiken und Chancen von Normeinhaltung oder –verletzung gegeneinander aufrechnen, sondern kollektive Normen gerade dazu dienen, diese zeit- und ressourcenintensiven Kalkulationen überflüssig zu machen – hier fungieren Normen also als “*cognitive energy-saver*”.<sup>67</sup>

<sup>63</sup> Diese Annahmen waren auch außerhalb der Politikwissenschaft weit verbreitet und wirkten sich u.a. auf die Gestaltung von Regimen aus, die früher selten mit elaborierten Sanktionsmechanismen ausgestattet wurden. Denn dass Staaten zwar in großer Zahl internationale Abkommen unterzeichneten (dies also scheinbar nach ihrer Kosten-Nutzen-Rechnung sinnvoll war), diese dann jedoch nicht einhielten, war aus rationalistischer Perspektive zunächst rätselhaft.

<sup>64</sup> Mit der Frage, warum “rationale“ Akteure in einem anarchischen Staatensystem ihr Handeln aufeinander abstimmen und Institutionen bilden, setzt sich seit Beginn der 1980er Jahre besonders die Regimetheorie auseinander. Grundlegend für diesen Ansatz sind die Sammelbände von Krasner, Stephen 1983 (Hrsg.): *International Regimes*, Ithaca/London und Oye, Kenneth A. 1986 (Hrsg.): *Cooperation Under Anarchy*, Princeton.

<sup>65</sup> Mit “Spielen“ sind meist Verhandlungssituationen gemeint, in denen die unterschiedlichen Präferenzen verschiedener Akteure aufeinander treffen.

<sup>66</sup> Für nähere Ausführungen s. Akerlof, George 1980: *A Theory of Social Custom, of Which Unemployment May Be One Consequence*, in: *Quarterly Journal of Economics* 94:4, S. 749-775 und Bernheim, Douglas B. 1994: *A Theory of Conformity*, in: *The Journal of Political Economy* 102:5, S. 841-877.

<sup>67</sup> Vgl. Epstein, Joshua 2001: *Learning to Be Thoughtless: Social Norms and Individual Computation*, in: *Computational Economics* 18:1, S. 9-24, hier S. 9f.



In beiden Varianten der *logic of consequences* können Normen also die *Strategien* von Akteuren beeinflussen, mit denen diese ihre Präferenzen zu erreichen suchen, indem sie neue Kooperationsmöglichkeiten aber auch Sanktionsdrohungen setzen. Auf die von den Akteuren verfolgten *Ziele* haben Normen jedoch keinerlei Einfluss.

### *Die logic of appropriateness*

In Abgrenzung von den Annahmen der *logic of consequences* wurde die *logic of appropriateness* Ende der 1980er Jahre von March/Olsen entwickelt.<sup>68</sup> Diese Handlungslogik basiert auf dem Modell des *homo sociologicus*, der mit seinen Handlungen nicht die Maximierung individuell bemessenen Nutzens anstrebt, sondern primär (weiterhin) als Mitglied einer sozialen Gruppe oder Ordnung anerkannt werden möchte.<sup>69</sup> Zudem beruht diese zweite Handlungslogik auf der typisch konstruktivistischen Annahme einer wechselseitigen Bedingtheit von Akteuren und Strukturen: Würden Normen nach der *logic of consequences* ausschließlich als „*Verbotsschilder*“, konzipiert, „*die mit materiellen oder ideellen Sanktionen bewehrt sind und an denen sich Individuen im täglichen Handeln stoßen*“,<sup>70</sup> wiesen die AnhängerInnen der *logic of appropriateness* dagegen darauf hin, dass Normen auch dazu dienen, die Identität eines Akteurs überhaupt erst zu konstruieren und zudem dessen Problemwahrnehmung und damit dessen Interessen entscheidend beeinflussen.<sup>71</sup> Gleichzeitig schaffen Akteure in kollektiven Handlungen Normen, die wiederum auf sie selbst zurückwirken, so dass sich ein beständiger Kreislauf gegenseitiger Beeinflussung ergibt.

Da nun den unterschiedlichen Identitäten von Akteuren eine Bedeutung zugemessen wird, muss auch berücksichtigt werden, dass Akteure eine Situation ganz unterschiedlich beurteilen und daraus unterschiedliche Konsequenzen ziehen können.<sup>72</sup> Nach einem Schema von March/Olsen nehmen Akteure deshalb Selbstverortungen vor, indem sie sich folgende Fragen stellen:<sup>73</sup>

- “1. What kind of situation is this?
2. Who am I?
3. How appropriate are different actions for me in this situation?

<sup>68</sup> S. v.a. March, James G./Olsen, Johan P. 1989: *Rediscovering Institutions. The Organizational Basis of Politics*, New York.

<sup>69</sup> Da, wie oben angeführt, auch rationalistische Modelle mittlerweile die Reputation eines Akteurs als handlungsleitendes Element berücksichtigen, ist eine trennscharfe Unterscheidung der beiden Handlungslogiken in diesem Punkt nicht mehr möglich. An dieser Stelle könnte die *logic of appropriateness* auch konsequenzialistisch gelesen werden – nämlich dann, wenn man unterstellt, dass es die oberste Präferenz jedes Akteurs ist, soziale Anerkennung zu erfahren und es ihm deshalb immer nützt, Regime zu bilden und sich an Normen zu halten.

<sup>70</sup> Risse, Thomas/Jetschke, Anja/Schmitz, Hans Peter 2002: *Die Macht der Menschenrechte. Internationale Normen, kommunikatives Handeln und politischer Wandel in den Ländern des Südens*, Baden-Baden, S. 17.

<sup>71</sup> Damit lehnt die *logic of appropriateness* auch die Annahme eines Akteurs, der vor einer Verhandlungssituation unter Hinzuziehung aller ihm zur Verfügung stehenden Informationen immer zunächst eine individuelle Präferenzordnung entwirft, ab und nimmt an, dass sich Akteure gar nicht immer über ihre Präferenzen im Klaren sein müssen.

<sup>72</sup> Mit dieser Feststellung wurde bereits die Grundlage für die später entwickelte „*logic of contestedness*“ gelegt, die großes Gewicht auf die Unterschiedlichkeit der Interpretation von Normen durch einzelne Akteure legt.

<sup>73</sup> S. v.a. March, James G./Olsen, Johan P. 1989: *Rediscovering Institutions. The Organizational Basis of Politics*, New York., S. 23, zitiert nach Sending, Ole Jacob 2002: *Constitution, Choice and Change: Problems with the 'Logic of Appropriateness' and its Use in Constructivist Theory*, in: *European Journal of International Relations* 8:4, S. 443-470, hier S. 447.

## 4. Do what is most appropriate?"

Bei der Bewertung einer Situation setzen Akteure also nicht primär auf eine individuelle Kosten-Nutzen-Rechnung, an deren Ende die Entscheidung für Normeinhaltung oder *non-compliance* steht, sondern ein Akteur akzeptiert von vornherein die Gültigkeit mehrerer Normen, die gemeinschaftlich gesetzt wurden und die nun alle Akteure einer Gruppe teilen. Er muss "nur" in einem Abwägungsprozess entscheiden, welche Norm ihm und den anderen Gruppenmitgliedern als die in der jeweiligen Situation angemessenste erscheint. In Erweiterung der *logic of consequences* bieten Regime und Institutionen hierzu einen gemeinsamen Handlungs- und Interpretationsrahmen, in dem sich Akteure vorab in weiten Teilen darauf verständigen, was als angemessenes Verhalten zu gelten hat und was nicht.<sup>74</sup>

Innerhalb eines solchen Rahmens und solange ein Akteur sich der grundsätzlichen sozialen Anerkennung seiner Gruppenmitglieder sicher ist, kann er aber durchaus versuchen, seine individuelle Präferenzordnung durchzusetzen. Deshalb sehen viele VertreterInnen der *logic of appropriateness* diese nicht als völligen Gegensatz zur *logic of consequences* an, sondern verweisen darauf, dass je nach Situation die ein oder andere Handlungslogik dominieren könne,<sup>75</sup> bzw. dass das Verhalten des Akteurs in einer Situation sowohl von den erwarteten Konsequenzen und Kosten-Nutzen-Kalkülen als auch von seiner Identität mitsamt der dazugehörigen Normen beeinflusst wird: "*any particular action probably involves elements of each [logic, SoSchi]*".<sup>76</sup>

Zudem haben die VertreterInnen beider Handlungslogiken ein gemeinsames Ziel, nämlich das Verhalten von Akteuren zu *erklären*. Allerdings weisen die AnhängerInnen der *logic of appropriateness* darauf hin, dass das Handeln eines Akteurs nur mit Rückgriff auf dessen (spezifische) Normen, Werte und Identitäten verständlich und damit nur so erklärbar ist.<sup>77</sup> Bei der Erklärung von Akteursverhalten spielen auch materielle Gegebenheiten (klassisch: strategische Lage, Bevölkerungsgröße, Wirtschaftskraft usw.), die im Zentrum rationalistischer Ansätze stehen, eine Rolle. Im Unterschied zu rationalistischen Ansätzen wird aber darauf hingewiesen, dass die sozial konstruierte Bedeutung, die diesen Faktoren zugemessen wird, über Zeit stark schwanken kann.<sup>78</sup>

Trotz aller Ähnlichkeiten mit der "Vorgängerlogik" sieht die *logic of appropriateness* den Hauptgrund für die Einhaltung von Normen nicht in einem daraus resultierenden höheren Nutzen, sondern darin, dass normkonformes Handeln im Einklang mit der eigenen Identität steht, in deren Konstruktion die Anerkennung bestimmter Normen bereits

<sup>74</sup> Vgl. dazu Sending, dessen Kritik, die *logic of appropriateness* vernachlässige damit Akteurshandeln gegenüber den Akteur beeinflussenden Strukturen, auf S. 50 der Arbeit wieder aufgegriffen wird. Sending, Ole Jacob 2002: Constitution, Choice and Change: Problems with the 'Logic of Appropriateness' and its Use in Constructivist Theory, in: European Journal of International Relations 8:4, S. 443-470, S. 451.

<sup>75</sup> Finnemore, Martha/Sikkink, Kathryn 1998: International Norm Dynamics and Political Change, in: International Organization 52:4, S. 887-917, hier S. 888.

<sup>76</sup> March, James G./Olsen, Johan P. 1998: The Institutional Dynamics of International Political Orders, in: International Organization 52:4, S. 943-969, hier S. 952.

<sup>77</sup> Siehe zu diesem Punkt: Finnemore, Martha/Sikkink, Kathryn 1998: International Norm Dynamics and Political Change, in: International Organization 52:4, S. 887-917, hier S. 912f. und March, James G./Olsen, Johan P. 1998: The Institutional Dynamics of International Political Orders, in: International Organization 52:4, S. 943-969, hier S. 951f.

<sup>78</sup> So hat z.B. der "Standortfaktor Weihrauch", der früher ein enormer Wirtschafts- und Machtfaktor war, innerhalb der letzten 1500 Jahre stark an Bedeutung verloren.

eingeflossen ist. Spätestens an dieser Stelle stellt sich die Frage, was die Identität eines Akteurs überhaupt ist.

### *Exkurs: Identitätsbegriffe und naming and shaming*

Ebenso wie beim Begriff "Norm" geben die wenigsten politikwissenschaftlichen AutorInnen, die sich mit Identitäten auseinandersetzen, eine Definition hierfür an – wiederum vermutlich, weil sie davon ausgehen, dass jedermann "*know[s] how to employ the word and (...) understands it in other peoples' sentences*".<sup>79</sup> Dieser Annahme steht der Befund entgegen, dass sich die vorhandenen Definitionen inhaltlich wie hinsichtlich ihrer Komplexität stark unterscheiden.<sup>80</sup>

Große, wenn auch oft implizit bleibende, Einigkeit scheint zunächst darüber zu bestehen, dass hoch komplexen kollektiven Akteuren wie Staaten überhaupt eine (einheitliche) Identität zugesprochen werden kann, die der Identität eines Individuums ähnelt.<sup>81</sup> Ausgehend von dieser Prämisse lassen sich jedoch drei verschiedene Identitätsverständnisse unterscheiden:

Das einfachste Konzept staatlicher Identität ist das der *state identity*, das zunächst all jene Attribute einbezieht, die einen Staat zu einem Staat "*and not some other kind of thing*" machen.<sup>82</sup> Hier spielt zwar die Norm staatlicher Souveränität eine wichtige Rolle, andere Normen, auch solche, die für bestimmte Staatstypen bezeichnend sind und Staaten voneinander unterscheidbar machen, werden jedoch nicht betrachtet.

Im Unterschied dazu geht das Konzept einer *personalen Identität* von "individuellen Charakterzügen" (staatlicher) Akteure aus. Dieses Konzept berücksichtigt auch das Selbstverständnis, die Selbstwahrnehmung und – damit verbunden – die Wertvorstellungen eines Akteurs. Für diese drei Faktoren sind Normen von essentieller Bedeutung, spiegeln sie doch die Grundüberzeugungen eines Akteurs und geben so darüber Aufschluss, wie er sich selbst sieht. Ohne Rückgriff auf die von einem Akteur anerkannten Normen ist das Konzept der personalen Identität also undenkbar. Dieses Konzept liegt den meisten konstruktivistischen Studien zu diesem Thema zu Grunde, auch wenn sich deren Definitionen im Einzelnen noch unterscheiden.<sup>83</sup>

<sup>79</sup> Fearon, James 1999: What Is Identity (as We Use the Word)?, draft manuscript, Stanford University, S. 4, online unter <<http://www.stanford.edu/~jfearon/papers/iden1v2.pdf>>, rev. 19.02.2010.

<sup>80</sup> S. statt vieler zu unterschiedlichen Identitätsbegriffen Fearon, James 1999: What is identity (as we use the word)?, draft manuscript, Stanford University, online unter <<http://www.stanford.edu/~jfearon/papers/iden1v2.pdf>>, rev. 19.02.2010.

<sup>81</sup> Dies hängt vermutlich damit zusammen, dass in der Politikwissenschaft Staaten seit jeher als einheitliche *Akteure* betrachtet werden und dies selten problematisiert wird. S. hierzu S. 60 der Arbeit.

<sup>82</sup> Fearon, James 1999: What Is Identity (as We Use the Word)?, draft manuscript, Stanford University, S. 34, online unter <<http://www.stanford.edu/~jfearon/papers/iden1v2.pdf>>, rev. 19.02.2010.

<sup>83</sup> So beschrieb z.B. Wendt Identitäten als "*relatively stable, role-specific understandings and expectations about self*" (bevor er die Kernannahme, Staaten könnten als einheitliche Akteure betrachtet werden, hinterfragte, s. S. 61 der Arbeit), Kowert/Legro sehen Identitäten knapp als "*self-understandings*" und für Jepperson et. al sind Identitäten "*the basic character of states*". S. Wendt, Alexander 1992: Anarchy is what states make of it: the social construction of power politics, in: *International Organization* 46:2, S. 391-425, hier S. 397, Kowert, Paul/Legro, Jeffrey 1996: Norms, Identity and Their Limits, in: Katzenstein, Peter (Hrsg.): *The Culture of National Security*, New York, S. 451-479, hier S. 33 und Jepperson, Ronald R./Wendt, Alexander/Katzenstein, Peter 1996: Norms, Identity and Culture in National Security, in: Katzenstein, Peter (Hrsg.): *The Culture of National Security*, New York, S. 33-75, hier S. 33.

Ebenfalls in konstruktivistischen Ansätzen, v.a. solchen, die sich mit sozialen Rollen auseinandersetzen, findet sich das Konzept der *sozialen Identität*, das die Fremdwahrnehmung eines Akteurs durch andere in den Mittelpunkt stellt, also darauf verweist, dass für die Konstruktion von Identitäten nicht nur die Selbstwahrnehmung ausschlaggebend ist, sondern ebenso wichtig, wie andere Akteure einen Mit-Akteur einschätzen. Entsprechend heben Ansätze, die von einer sozialen Identität ausgehen, v.a. auf Gruppenzugehörigkeiten, soziale Positionen oder die Einordnung in soziale Kategorien ab, indem sie Kriterien aufzeigen, die ein Akteur erfüllen muss, um als einer bestimmten Gruppe zugehörig zu gelten. Erfüllt ein Akteur diese Kriterien nicht länger, droht der Ausschluss aus der Gruppe – die Stellung und damit die Identität eines Akteurs ist somit von der Einschätzung seiner Identität durch andere abhängig.<sup>84</sup> Ebenso wie beim Konzept der personalen Identität sind auch hier die von einem Akteur anerkannten Normen mit dessen Identität eng verflochten bzw. konstituieren diese erst. Normen dienen dabei sowohl einem Akteur selbst als Maßstab für – einer Rolle – angemessenes Verhalten, als auch als Maßstab für andere Akteure, die anhand der Normeinhaltung oder –verletzung entscheiden können, ob ein Akteur “aus der Rolle fällt”, also in ihre Gemeinschaft passt oder nicht. Nach der sozialen Identität ist es somit durchaus möglich, dass ein Akteur eine Norm nur instrumentell einhält, um seine Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe zu signalisieren,<sup>85</sup> während das Konzept der personalen Identität davon ausgeht, dass ein Akteur von der (moralischen) Richtigkeit der von ihm anerkannten Normen überzeugt ist.

Wenn auch eine unterschiedliche Gewichtung oder eine konzeptionelle Trennung möglich ist, so werden in (konstruktivistischen) Analysen personale und soziale Identität eines Akteurs doch meist zusammengedacht. Dieses Identitätsverständnis liegt auch meiner Arbeit zu Grunde.

Ein wichtiges Mittel, einem Gruppenmitglied deutlich zu machen, dass es im Begriff ist “aus der Rolle zu fallen” und dass seine Handlungen nicht im Einklang mit seiner personalen Identität stehen, ist das sog. *naming and shaming* (im Deutschen oft mit “Anprangern” übersetzt). Es wird davon ausgegangen, dass ein Staat, der international angeprangert wird, sein Verhalten wahrscheinlich ändert, will er nicht seinen Ruf und das Vertrauen anderer Akteure auf’s Spiel setzen (denen ja, wie gesehen, sogar neueren Ansätzen der *logic of consequences* eine Bedeutung zugemessen wird).<sup>86</sup>

Das Konzept wird nicht nur in der konstruktivistischen Literatur immer wieder verwendet, sondern ist auch Handlungsgrundlage vieler NGOs, wie etwa Amnesty International, die Aufmerksamkeit für das Fehlverhalten von Staaten erzeugen und die betroffenen Staaten auf diese Weise “beschämen” wollen. Ähnlich wirken sollen öffentliche Anhörungen von StaatenvertreterInnen vor Organen der Vereinten Nationen

---

<sup>84</sup> Fearon, James 1999: What Is Identity (as We Use the Word)?, draft manuscript, Stanford University, S. 6 und Cancian, Francesca M. 1975: What are norms? A Study of Beliefs and Action in a Maya Community, Cambridge, S. 137.

<sup>85</sup> Dennoch enthält auch dieses Verständnis eine motivationale Komponente – denn es muss für den Akteur ja eine wichtige Bedeutung haben, von der gewünschten Gruppe als Mitglied anerkannt zu werden.

<sup>86</sup> Vgl. S. 28 der Arbeit.

(UN), die häufig als einzige Sanktionsmechanismen für nicht normkonformes Verhalten angewendet werden.<sup>87</sup>

Dass *naming and shaming* meistens zur besseren Einhaltung von Normen beiträgt, haben empirische Untersuchungen mittlerweile gezeigt.<sup>88</sup> Allerdings gibt es auch Fälle, in denen kein Wandel staatlichen Verhaltens zu beobachten ist oder *naming and shaming* gar den gegenteiligen Effekt hat – etwa, wenn Regierungen versuchen, Menschenrechtsaktivisten mundtot zu machen, damit Informationen über staatliches Fehlverhalten gar nicht erst an die Öffentlichkeit dringen.

Trotz solcher Gegenbeispiele ist das Konzept des *naming and shaming* wichtiger Bestandteil von Ansätzen zur Normwirkung, insbesondere der *logic of appropriateness* und der *logic of arguing*, auf die ich im Folgenden eingehen werde.

### Die *logic of arguing*

Laut ihrem "Erfinder" Thomas Risse ist die *logic of arguing* eine Weiterentwicklung der *logic of appropriateness*, deren Grundausrichtung sie teilt.<sup>89</sup> Indem sie u.a. an Habermas' Theorie des kommunikativen Handelns anschließt, trägt sie der zunehmenden Berücksichtigung von Kommunikation und Sprache in den IB Rechnung, welche sie als zentrales Instrument zur Konstruktion von Realität (und damit auch von Akteursidentitäten) auffasst. Denn die klassischen Ansätze der *logic of appropriateness* gehen zwar im Gegensatz zur *logic of consequences* davon aus, dass sich Akteurswahrnehmungen, -präferenzen etc. in Verhandlungssituationen verändern können, sie machen jedoch keine Angaben darüber, *wie* es zu diesem Wandel kommt. Zudem wird darauf verwiesen, dass typische Mechanismen der *logic of appropriateness* wie das genannte *naming and shaming* noch stark in rationalistischen Denkweisen verhaftet seien – schließlich wird hier ein Akteur hier eher durch (sozialen) Druck zur Übernahme bzw. Einhaltung einer Norm gebracht, als wirklich von der Gültigkeit einer Norm überzeugt.<sup>90</sup> Um diese Lücken zu füllen, stellt Risse den argumentativen Austausch in den Mittelpunkt seines Ansatzes und verweist darauf, dass Akteure sich vom besseren Argument eines anderen überzeugen ließen. Deitelhoff führt hierzu aus, dass es sich beim Überzeugen um "*eine kommunikativ gesteuerten Interaktionsprozess*" handelt, "*innerhalb dessen Akteure Argumente austauschen, um zu gemeinsamen Wahrnehmungen, Verhaltensweisen oder Vorstellungen bezüglich einer Handlungssituation zu gelangen.*"<sup>91</sup> Im Vergleich mit den Vorgängerlogiken geht es in der *logic of arguing* also weniger um die Interaktion eines Akteurs *mit* einer Norm, als um die Interaktion *zwischen* mehreren Akteuren *in Bezug auf* eine Norm. Dabei ist zum einen wichtig, dass derjenige Akteur, der für die Gültigkeit einer

<sup>87</sup> Hafner-Burton hat in einer aktuellen Untersuchung gezeigt, dass NGOs am häufigsten von *naming and shaming* Gebrauch machen, gefolgt von den Medien und der UN. Vgl. Hafner-Burton, Emilie M. 2008: Sticks and Stones: Naming and Shaming the Human Rights Enforcement Problem, in: International Organization 62:3, S. 689–716, hier S. 690. Ich verwende die englische Abkürzung NGO für "*non-governmental organization*", da sie geläufiger ist, als die deutsche Abkürzung "NRO" für "Nichtregierungsorganisation".

<sup>88</sup> Vgl. auch für das folgende Hafner-Burton, Emilie M. 2008: Sticks and Stones: Naming and Shaming the Human Rights Enforcement Problem, in: International Organization 62:3, S. 689–716, hier S. 691f.

<sup>89</sup> Vgl. als ersten zentralen Text der *logic of arguing* Risse, Thomas 2000: Let's argue! Communicative Action in World Politics, in: International Organization 54:1, S. 1-39.

<sup>90</sup> Vgl. Deitelhoff, Nicole 2006: Überzeugen in der Politik. Grundzüge einer Diskurstheorie internationalen Regierens, Frankfurt am Main, S. 19.

<sup>91</sup> Deitelhoff, Nicole 2006: Überzeugen in der Politik. Grundzüge einer Diskurstheorie internationalen Regierens, Frankfurt am Main, S. 78, Herv. SoSchi.

Norm eintritt – ein *norm entrepreneur* –<sup>92</sup> zwar der moralisch Überlegene sein kann, dass jedoch auch der Akteur, der von der Bedeutung einer Norm überzeugt werden soll, ein Mitspracherecht hat und es ihm durchaus gelingen kann, den *norm entrepreneur* von der Richtigkeit seiner Argumentation zu überzeugen: “Überzeugung bedingt in dieser Hinsicht, dass beide Akteure für Überzeugung offen sind...”<sup>93</sup> Die dahinterstehende Annahme, dass ein Akteur, der qua Sprache eine bestimmte Position deutlich macht (also einen bestimmten Geltungsanspruch erhebt) diese auch argumentativ belegen kann, ist wiederum der Theorie des kommunikativen Handelns entlehnt.<sup>94</sup> Zum anderen ist auch die Konzeption der Verhandlungssituation weniger statisch, als in der *logic of appropriateness*, denn in dieser wird ja angenommen, dass von vornherein feststeht, welches Verhalten das normativ richtige und angemessene wäre, während die angemessenste Lösung für die gemeinsam zu beschreibende Problematik in der *logic of arguing* erst noch gefunden werden muss.<sup>95</sup> Statt ins Zentrum der Analyse zu stellen, wie es einem Akteur gelingen kann, einen anderen (möglicherweise durch Druck) zur Übernahme einer von vornherein feststehenden Norm zu bewegen, wird hier also der Fokus darauf gelegt, wie mehrere Akteure im gemeinsamen Austausch eine neue Wahrnehmung eines Problems oder Möglichkeiten zu dessen Verregelung entwickeln können.<sup>96</sup>

Eine verbreitete Kritik an dieser “Urform” der *logic of arguing*, lautet, Risse verschiebe die zuvor aufgezeigte Erklärungslücke nur, ohne sie füllen zu können. Denn *welches* Argument als das bessere eingestuft wird und so überzeugend auf einen Akteur wirkt, erklärt Risse nicht – er erkenne also nur die Bedeutung eines kommunikativen Austausches, ohne jedoch auf dessen Inhalte einzugehen.<sup>97</sup> Diesem Problem hat sich insbesondere Nicole Deitelhoff angenommen und untersucht, unter welchen Bedingungen verständigungsorientiertes Handeln auf internationaler Ebene zu Stande kommen und wann sich somit ein Akteur von den Argumenten eines anderen überzeugen lassen kann. Deitelhoff stellt heraus, dass Akteure, um es überhaupt als sinnvoll anzusehen, miteinander in einen argumentativen Austausch zu treten, davon ausgehen müssen, dass

“...sie sich innerhalb der gleichen Welten bewegen, d.h., dass sie dieselbe Welt von Fakten und Tatsachen wahrnehmen (objektive Welt), sich den gleich interpersonalen Beziehungen verpflichtet fühlen (soziale Welt) und zumindest kommensurable innere Welten von Gefühlen teilen (subjektive Welt).”<sup>98</sup>

Hierzu gehört u.a. auch die Ansicht, dass Kommunikation eine hilfreiche Strategie zur Problemlösung sein kann. Wichtig für meine Untersuchung ist dabei insbesondere die

<sup>92</sup> Vgl. auch S. 40f. der Arbeit.

<sup>93</sup> Deitelhoff, Nicole 2006: Überzeugen in der Politik. Grundzüge einer Diskurstheorie internationalen Regierens, Frankfurt am Main, S. 19.

<sup>94</sup> Vgl. Deitelhoff, Nicole 2006: Überzeugen in der Politik. Grundzüge einer Diskurstheorie internationalen Regierens, Frankfurt am Main, S. 91.

<sup>95</sup> Vgl. Deitelhoff, Nicole 2006: Überzeugen in der Politik. Grundzüge einer Diskurstheorie internationalen Regierens, Frankfurt am Main, S. 90.

<sup>96</sup> Vgl. Deitelhoff, Nicole 2006: Überzeugen in der Politik. Grundzüge einer Diskurstheorie internationalen Regierens, Frankfurt am Main, S. 21.

<sup>97</sup> Vgl. Hanrieder, Tine 2008: Moralische Argumente in den Internationalen Beziehungen. Grenzen einer verständigungsorientierten “Erklärung“ moralischer Debatten, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 15:2, S. 161-186 und Deitelhoff, Nicole 2009: The Discursive Process of Legalization: Charting Islands of Persuasion in the ICC Case, in: International Organization 63:1, S. 33–65.

<sup>98</sup> Deitelhoff, Nicole 2006: Überzeugen in der Politik. Grundzüge einer Diskurstheorie internationalen Regierens, Frankfurt am Main, S. 92.

Feststellung, dass auch die Wahrnehmung dieser Lebenswelt selbst Gegenstand kommunikativer Aushandlungsprozesse werden und diese entsprechend gemeinsam neu interpretiert werden kann – z.B., wenn Akteure feststellen, dass sich Teile der sonst als gemeinsam wahrgenommenen Lebenswelten nicht (mehr) überlappen.<sup>99</sup>

Neben Deitelhoff, die in ihrer Studie v.a. auf die institutionellen Gegebenheiten eingeht, die für die Aushandlung internationaler Normen förderlich sind, versucht auch Hawkins, die *logic of arguing* in der Frage wann welches Argument für einen Akteur überzeugend wirkt, weiterzuentwickeln, indem er darauf verweist, dass “[i]deas and arguments are persuasive when they fit well or resonate with widespread preexisting understandings”,<sup>100</sup> wobei mit “preexisting understandings” jene der internationalen Gemeinschaft gemeint sind. Dies mag zunächst überraschen, gehen doch nicht nur psychologische Studien davon aus, dass Akteure insbesondere dann bereit sind, neue Überzeugungen anzunehmen, wenn diese anschlussfähig an ihre *eigenen* Vorverständnisse sind.<sup>101</sup> In beiden Fällen dürften jedoch die Anschlussfragen, welche Vorverständnisse ein Akteur mitbringt, bzw. welche “preexisting understandings” in der internationalen Gemeinschaft bestehen, je nach betrachteter Situation sehr unterschiedlich ausfallen, weshalb der Versuch, über diese Vermutungen hinausgehende, generalisierende Aussagen zu treffen, wenig sinnvoll erscheint.<sup>102</sup>

Wichtig ist jedoch der Verweis Hawkins auf zwei Mechanismen, die in der *logic of arguing* zur Anwendung kommen können, damit sich ein Akteur von einem “besseren” Argument überzeugen lässt: Erstens kann ein Akteur *lernfähig* sein und sich bereitwillig von der Ansicht überzeugen lassen, dass eine andere als seine eigene Auffassung die logisch oder normativ bessere ist. Ein solcher Ansatz muss den Grundgedanken der Möglichkeit komplexen sozialen Lernens von Akteuren übernehmen (was bei den meisten neueren konstruktivistischen Arbeiten der Fall ist).<sup>103</sup> Ist ein Akteur nicht von vornherein “lernwillig”, kann er jedoch, zweitens, in eine “rhetorische Falle” tappen. Dieses von Schimmelfennig beschriebene sog. “*rhetorical entrapment*” geht davon aus, dass ein Akteur zumindest zu Lippenbekenntnissen genötigt werden kann, in denen er einer von anderen Akteuren vertretenen, “besseren” Argumentation Rechnung zollt.<sup>104</sup> So kommt es zur “argumentativen Verstrickung” eines Akteurs, der, sollte er seinem Bekenntnis zuwider handeln, von anderen auf die Inkonsistenz seiner Worte und seiner Taten hingewiesen wird. Schimmelfennigs Konzept entfernt sich insofern vom Habermas’schen Idealmodell des kommunikativen Handelns, als er Sprache als instrumentelles Mittel auffasst – also nicht als Medium, mit dessen Hilfe zwei gleichberechtigte Akteure Argumente austauschen und gemeinsam nach Problemlösungen suchen können, sondern als strategisch eingesetztes

<sup>99</sup> Vgl. Deitelhoff, Nicole 2006: *Überzeugen in der Politik. Grundzüge einer Diskurstheorie internationalen Regierens*, Frankfurt am Main, S. 93.

<sup>100</sup> Hawkins, Darren 2004: *Explaining Costly International Institutions: Persuasion and Enforceable Human Rights Norms*, in: *International Studies Quarterly* 48:4, S. 779–804, hier S. 784.

<sup>101</sup> Vgl. hierzu auch S. 53 der Arbeit.

<sup>102</sup> Bezeichnenderweise beantwortet auch Deitelhoff diese Fragen im Rahmen einer Fallstudie, die sie zu hoch interessanten, jedoch kaum generalisierbaren Ergebnissen führt. S. Deitelhoff, Nicole 2009: *The Discursive Process of Legalization: Charting Islands of Persuasion in the ICC Case*, in: *International Organization* 63:1, S. 33–65.

<sup>103</sup> S. hierzu Checkel, Jeffrey. T. 2001: *Why Comply? Social Learning and European Identity Change*, in: *International Organization* 55:3, S. 553–588 sowie S. 38 der Arbeit.

<sup>104</sup> S. Schimmelfennig, Frank 2001: *The Community Trap. Liberal Norms, Rhetorical Action, and the Eastern Enlargement of the European Union*, in: *International Organization* 55:1, S. 47–80.

Instrument, um ein Gegenüber argumentativ in die Ecke zu drängen und ihm die eigene moralische Ansicht geschickt “überzustülpen”.<sup>105</sup> Risse hat den Mechanismus des “*rhetorical entrapment*” in sein Spiralmodell des Menschenrechtswandels übernommen,<sup>106</sup> jedoch gleichzeitig darauf verwiesen, dass Debatten keinesfalls nur aus dem Austausch strategisch gewählter Argumente bestehen könnten, sondern dass auch echte Überzeugungsarbeit geleistet werden müsse, sonst könnten die beteiligten Akteure “*argue strategically until they are blue in the face and still not change anyone’s mind.*”<sup>107</sup>

Allerdings wird Schimmelfennig wie Risse gleichermaßen vorgeworfen, dass sie ihre kommunikativen Auseinandersetzungen wie strategische Verhandlungen vor Gericht konzipieren, in der eine Seite gewinnt, statt ein *verständigungsorientiertes Handeln* in den Vordergrund zu stellen, in der es, wie oben skizziert, allen Parteien, die an einem argumentativen Austausch teilnehmen, um eine gemeinsame Suche nach Wahrheit oder moralischer Richtigkeit geht.<sup>108</sup>

## 2.2 Modelle der Normdiffusion

Im vorangegangenen Abschnitt habe ich normtheoretische Debatten zu den Fragen, was Normen *sind*, wie sie *entstehen* und wie Normen (nach verschiedenen Handlungslogiken) *wirken*, aufgezeigt. Im folgenden Unterkapitel steht nun die Frage im Zentrum, wie Normen sich *verbreiten* bzw. aktiv *durchgesetzt* werden.

Ähnlich wie bei der für die *logic of arguing* zentralen Frage, wie und warum sich Akteure von einem Argument überzeugen lassen, müssen auch für das Modell eines Akteurs, der einen Norm übernimmt, bestimmte Grundannahmen getroffen werden: Der Akteur muss ebenfalls zu komplexem sozialen *Lernen* fähig sein und er muss einen Prozess der *Sozialisierung* durchlaufen können, in dessen Rahmen er sich an die an ihn gestellten kollektiven Erwartungen einer Gruppe anpasst. Diese beiden Prozesse werde ich im Folgenden skizzieren, bevor ich mich den beiden prominentesten Modellen der Normdiffusion, dem Spiralmodell des Menschenrechtswandels und dem *Norm Life Cycle*, zuwende, welche auf diese beiden Prozesse zurückgreifen. Dabei werde ich den *Norm Life Cycle* erst nach dem Spiralmodell diskutieren, obwohl er zeitlich früher entstanden ist, da dem *Norm Life Cycle* und seinen Schwächen in meiner Argumentation ein größerer Stellenwert zukommt.

### 2.2.1 Grundlagen: Sozialisierung und soziales Lernen

Als grundlegender Mechanismus der Sozialisierung (oder Sozialisation) eines Akteurs wird dessen Wunsch angesehen, einer bestimmten Gruppe anzugehören, mit der er sich positiv identifiziert.<sup>109</sup> ForscherInnen, die sich mit Sozialisierungsprozessen auseinandersetzen,

<sup>105</sup> Vgl. Deitelhoff, Nicole 2006: Überzeugen in der Politik. Grundzüge einer Diskurstheorie internationalen Regierens, Frankfurt am Main, S. 103ff.

<sup>106</sup> Vgl. Kapitel 2.2.2 der Arbeit.

<sup>107</sup> Risse, Thomas 2000: “Let’s argue!” – Communicative Action in World Politics, in: International Organization 51:1, S. 1-41, hier S. 8.

<sup>108</sup> Vgl. Hanrieder, Tine 2008: Moralische Argumente in den Internationalen Beziehungen. Grenzen einer verständigungsorientierten “Erklärung“ moralischer Debatten, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 15:2, S. 161-186, S. 164.

<sup>109</sup> Vgl. Flockhart, Tine 2006: Complex Socialization: A Framework for the Study of State Socialization, in: European Journal of International Relations 12:1, S. 89-118, hier S. 97.



stellen sich die Frage, wie genau eine solche Annäherung eines Akteurs an einer Gruppe abläuft und welche Lernprozesse ein Akteur dabei durchmacht.

Wie viele sozialkonstruktivistische Konzepte in den IB stammt auch das der Sozialisierung ursprünglich aus der Soziologie. Eine Sozialisierungstheorie formulierte erstmals Durkheim, der darunter die Vergesellschaftung eines Individuums verstand:<sup>110</sup> Ein zunächst asoziales Wesen würde im Rahmen einer Sozialisierung von anderen Akteuren an das soziale Leben herangeführt. Ebenso wie seine NachfolgerInnen betrachtete Durkheim die Sozialisierung von *Individuen*, die durch eine bestimmte Erziehung zu Mitgliedern einer Gesellschaft wurden und nicht die Sozialisierung kollektiver Akteure. Dass jeder Sozialisierungsprozess mit dem Übernehmen und Verinnerlichen von Normen zu tun hat, stellten Parson und Mead heraus, die den Fokus ihrer Betrachtung auf die in einem Interaktionsprozess mit anderen Akteuren stattfindende Rollenübernahme eines Individuums legten.<sup>111</sup>

Die in der konstruktivistischen Literatur der Internationalen Beziehungen angeführten Definitionen von Sozialisierung übernehmen die Kernelemente ihrer soziologischen Vorgänger, indem auch sie sich auf die Prozesse der Anpassung an Erwartungen, der Verinnerlichung von Normen und der Interaktion mit anderen Akteuren beziehen.<sup>112</sup> Häufig zitiert wird die Kurzdefinition von Alderson, der Sozialisierung *“as the process by which states internalize norms originating elsewhere in the international system”* beschreibt.<sup>113</sup> Diese Definition hat jedoch zwei große Schwächen, von denen eine für die Einordnung meiner Arbeit besonders wichtig ist.

Erstens wird der Begriff der Sozialisierung (eines Akteurs in eine Gruppe) hier mit dem der Internalisierung (von Normen durch einen Akteur) gleichgesetzt. *“Internalisierung”* wird also, sehr weit gefasst, als jener Prozess beschrieben, in dem ein Akteur sich die innerhalb einer Gruppe geteilten Normen aneignet (wobei umstritten ist, ob dies rein instrumentell geschehen kann oder ob ein sozialisiert werdender Akteur immer einen *“individual belief change”* durchmachen muss).<sup>114</sup> In der vorliegenden Arbeit verwende ich jedoch einen engeren Begriff von Internalisierung, wie er v.a. in Modellen der Normdurchsetzung beschrieben worden ist und der ein bestimmtes Stadium der Normdurchsetzung bezeichnet, in dem ein Akteur eine Norm aus Gewohnheit unreflektiert verfolgt.<sup>115</sup>

Zweitens wird den traditionellen konstruktivistischen Definitionen vorgeworfen, nach ihnen würde ein Akteur lediglich in vorgegebene Strukturen *“hineinsozialisiert”*, ohne

<sup>110</sup> Ausführlich s. Durkheim, Emile 1972 [1922]: *Erziehung und Soziologie*, Düsseldorf, S. 28ff.

<sup>111</sup> Siehe z.B. Mead, George H. 1973 [1934]: *Identität*, in: Mead, George H. (Hrsg.): *Geist, Identität und Gesellschaft*, Frankfurt am Main, S. 177-271 und Parsons, Talcott 2003 [1972]: *Das System moderner Gesellschaften*, München.

<sup>112</sup> Dennoch werden die soziologischen Quellen des Konzepts meist verschwiegen und stattdessen auf Wendt verwiesen, der den Begriff in die IB eingeführt hat.

<sup>113</sup> Alderson, Kai 2001: *Making Sense of State Socialization*, in: *Review of International Studies* 27:3, S. 415-433, hier S. 417.

<sup>114</sup> Vgl. die unterschiedlichen Auffassungen von Alderson (Alderson, Kai 2001: *Making Sense of State Socialization*, in: *Review of International Studies* 27:3, S. 415-433, hier S. 418) und Wendt (Wendt, Alexander 1992: *Anarchy is what states make of it: the social construction of power politics*, in: *International Organization* 46:2, S. 391-425, hier S. 399), der Sozialisierung v.a. als kognitiven, über bloße Verhaltensanpassungen hinausgehenden, Prozess konzipiert.

<sup>115</sup> Vgl. S. 45 der Arbeit.

dass er diese Strukturen ändern könne.<sup>116</sup> Deutlich wird dies besonders an einer ausführlicheren Definition von Hooghe:<sup>117</sup>

“Socialization refers to the process of *inducting individuals into the norms and rules of a given community*. The mechanisms by which this occurs may range from the self-conscious (for example, normative suasion) to the subconscious (for example, social mimicking or role playing), and from the instrumental (for example, shaming) to the noninstrumental (for example, communication). Socialization demands that *individuals change their preferences in accordance with organizational norms*.”

Bei solchen Ansätzen wird nicht bedacht, dass die zu sozialisierenden Akteure selbst die Gruppe, der sie sich anschließen und die darin herrschenden Vorstellungen verändern können, es also zu einer *gegenseitigen* Anpassung kommt. Selbst wenn ein Akteur “nur” die intersubjektiv geteilten Normen einer Gruppe übernimmt, so werden diese hierdurch doch gestärkt und die Gruppe als Ganzes aufgewertet.

Ein weiteres Problem mit den in den IB verwendeten Sozialisierungskonzepten ist, dass sie ursprünglich auf Individuen ausgerichteten soziologischen Modelle – meist unkritisch – auf die Ebene kollektiver Akteure übertragen haben. Selbst wenn man die generelle Möglichkeit einer Übertragbarkeit des Konzepts bejaht, stellen sich noch die Fragen, welche Akteure innerhalb eines Staates in einen Sozialisierungsprozess durch die internationale Gemeinschaft einbezogen werden müssen und wie solche Prozesse innerstaatlich ablaufen.<sup>118</sup> Auch um die Nachprüfbarkeit innerstaatlicher Sozialisierungsprozesse ist es schlecht bestellt. Zwar lassen sich institutionelle Anpassungsschritte, wie etwa die Übernahme bestimmter Normen in nationales Recht, aufzeigen, doch dürfte es schwer möglich sein, nachzuweisen, ob sich die kognitiven Einstellungen der zu sozialisierenden innerstaatlichen Akteure geändert haben.

Trotz dieser Unklarheiten im Detail ist sicher, dass sozialisiert werdende Akteure einen Prozess *komplexen sozialen Lernens* durchlaufen. Als wesentliches Mittel bei der “Einübung” neuer Normen sieht Finnemore die Nachahmung des Verhaltens anderer Akteure an.<sup>119</sup> Dieser Prozess kann entweder von einem anpassungsbereiten Akteur selbst ausgehen (“*learning*”) oder von anderen Akteuren, die diesem (unaufgefordert) etwas beibringen möchten (“*teaching*”). In letzterem Fall spielen *norm entrepreneurs* eine entscheidende Rolle, sind sie es doch, die aktiv auf die Präferenzen eines Akteurs einwirken, indem sie sein Problembewusstsein schärfen und bestimmte Lösungswege (z.B. die Übernahme neuer internationaler Normen) aufzeigen.

Als einer der wenigen Autoren hat Checkel sich der Frage gewidmet, wie Staaten als kollektive Akteure lernen können.<sup>120</sup> Als *learning* identifiziert er einen Lernprozess staatlicher Eliten, die ohne ersichtlichen materiellen oder sozialen Druck internationale

<sup>116</sup> Vgl. Thies, Cameron G. 2003: Sense and Sensibility in the Study of State Socialisation: a Reply to Kai Alderson, in: Review of International Studies 29:4, S. 543–550, hier S. 549.

<sup>117</sup> Hooghe, Lisbet 2005: Several Roads Lead to International Norms, but Few Via International Socialization: A Case Study of the European Commission, in: International Organization 59:3, S. 861–898, hier S. 865, Herv. SoSchi.

<sup>118</sup> S. Flockhart, Tine 2006: Complex Socialization: A Framework for the Study of State Socialization, in: European Journal of International Relations 12:1, S. 89–118, hier S. 90.

<sup>119</sup> Vgl. auch für das Folgende Finnemore, Martha 1996: National Interests in International Society, Ithaca/London, S. 12f.

<sup>120</sup> Vgl. Checkel, Jeffrey T. 1997: International Norms and Domestic Politics: Bridging the Rationalist-Constructivist Divide, in: European Journal of International Relations 3:4, S. 473–495, hier S. 477ff.

Normen übernehmen, welche daraufhin *“top-down”* innerstaatlich diffundieren können. Dieser *“elite learning dynamic”* sei in stark staatlich kontrollierten Systemen oft die einzige Möglichkeit einer nachhaltigen Normdurchsetzung. In liberal verfassten Gesellschaften sei es hingegen wahrscheinlicher, dass ein Lernprozess *“bottom up”* von der Zivilgesellschaft initiiert würde, die die (an ihrer Wiederwahl interessierten) politischen Eliten mittels Druck dazu bringen könnte, sich internationalen Normen anzupassen und diese innerstaatlich umzusetzen.

Ausgehend von den Prozessen sozialen Lernens und der Sozialisation sind in den IB mehrere Modelle der Normdurchsetzung entwickelt worden. Die beschriebenen Prozesse der Normdiffusion sind den oben skizzierten der Sozialisierung sehr ähnlich und teilen mit ihnen viele Vorannahmen. Dennoch liegt das Augenmerk hier zum einen mehr auf einer einzelnen Norm, die unter verschiedenen Akteuren Verbreitung findet, als auf einem einzelnen Akteur, der in komplexe Strukturen *“hinein sozialisiert”* wird. Zum anderen stellen diese Modelle einzelne Phasen oder Schritte der Normdurchsetzung vor, die immer wieder anzutreffen, also generalisierbar seien. Die beiden prominentesten dieser Modelle sind das *“Spiralmodell des Menschenrechtswandels”* und der *“Norm Life Cycle”*.<sup>121</sup>

### 2.2.2 Das Spiralmodell des Menschenrechtswandels

Das Spiralmodell des Menschenrechtswandels wurde um die Jahrtausendwende von Thomas Risse und zahlreichen Co-AutorInnen entwickelt, die sich größtenteils in der *“Forschungsgruppe Menschenrechte”* zusammengeschlossen hatten.<sup>122</sup> Dementsprechend setzt sich das Modell mit der Durchsetzung elementarer Menschenrechtsnormen auseinander und stellt sich die Fragen, warum die *“Länder des Südens”* internationale Menschenrechtsnormen übernehmen und wie dies im Einzelnen vonstatten geht.

In ihren vergleichenden Länderfallstudien zur Durchsetzung von Menschenrechtsnormen haben die ForscherInnen parallele Entwicklungen festgestellt und diese in ein Modell mit fünf Phasen übertragen. Sie weisen ausdrücklich darauf hin, dass es, erstens, dennoch länderspezifische Unterschiede (z.B. hinsichtlich der gewählten Formen der Normdurchsetzung)<sup>123</sup> gibt und zweitens, dass nicht jede Norm in jedem Staat die Phasen automatisch durchläuft.<sup>124</sup> Vielmehr ist es möglich, dass eine Norm sehr lange in einem Stadium *“stecken bleibt”* und vielleicht niemals die späteren Phasen des Modells

<sup>121</sup> Es gibt jedoch eine Vielzahl ähnlicher Modelle, die sich teilweise an die beiden genannten anlehnen und diese abwandeln. S. z.B. Brysk, Alison 1993: From Above and Below: Social Movements, the International System and Human Rights in Argentina, in: Comparative Political Studies 26:3, S. 259–285.

<sup>122</sup> Die drei zentralen Texte, in denen das Modell vorgestellt wurde, sind Risse, Thomas/Sikkink, Kathryn 1999: The Socialization of International Human Rights Norms into Domestic Practices: Introduction, in: Risse, Thomas/Ropp, Stephen/Sikkink, Kathryn (Hrsg.) 1999: The Power of Human Rights: International Norms and Domestic Change, Cambridge, S. 1-38 sowie Forschungsgruppe Menschenrechte 1998: Internationale Menschenrechtsnormen, transnationale Netzwerke und politischer Wandel in den Ländern des Südens, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 5:1, S. 5-41 bzw. die in Buchform erschienene Langfassung mit ausführlichen Länderfallstudien: Risse, Thomas/Jetschke, Anja/Schmitz, Hans-Peter 2002: Die Macht der Menschenrechte. Internationale Normen, kommunikatives Handeln und innenpolitischer Wandel in den Ländern des Südens, Baden-Baden.

<sup>123</sup> Vgl. für das Folgende Risse, Thomas/Jetschke, Anja/Schmitz, Hans Peter 2002: Die Macht der Menschenrechte. Internationale Normen, kommunikatives Handeln und politischer Wandel in den Ländern des Südens, Baden-Baden, S. 186.

<sup>124</sup> Vgl. für das Folgende Risse, Thomas/Jetschke, Anja/Schmitz, Hans Peter 2002: Die Macht der Menschenrechte. Internationale Normen, kommunikatives Handeln und politischer Wandel in den Ländern des Südens, Baden-Baden, S. 35.

erreicht. Dies hängt v.a. mit den von Phase zu Phase unterschiedlichen Wirkkräften und Akteuren zusammen, die den “Menschenrechtswandel” vorantreiben müssen. Bei der Betrachtung der einzelnen Stufen wird deutlich, wie stark Risse und seine KollegInnen auf die zuvor skizzierten Ansätze verschiedener Handlungslogiken zurückgreifen:<sup>125</sup>

In der ersten Phase, der *Repression*, sieht sich eine Regierung, die sich systematische Menschenrechtsverletzungen zuschulden kommen lässt, einer nur schwachen (meist unterdrückten) innenpolitischen Opposition gegenüber, die nicht die Möglichkeit hat, einen Menschenrechtswandel einzufordern. Anstöße zu einem Wandlungsprozess können demnach nur von außen kommen. Sie werden durch NGOs oder internationale Organisationen, die in dieser Phase als *norm entrepreneurs* auftreten, initiiert, wenn es ihnen gelingt, Informationen über die Vorgänge im normverletzenden Staat zu erhalten und eine kritische Öffentlichkeit für die Missstände zu erzeugen.

In der zweiten Phase des *Leugnens* findet, anschließend an die Berichte der *norm entrepreneurs* aus der ersten Phase, die Herausbildung eines Problembewusstseins in der internationalen Gemeinschaft statt (Stichwort: *logic of appropriateness*). Falls nötig, werden (meist “westliche”) Regierungen von *norm entrepreneurs* öffentlichkeitswirksam auf ihre Verantwortung hingewiesen, auf die Einhaltung elementarer Menschenrechte, die Teil ihrer eigenen Identität sind, auch in anderen Ländern zu achten (Stichwort: *naming and shaming*). Die in die Pflicht genommenen Regierungen werden nun selbst zu *norm entrepreneurs* und üben moralischen und materiellen Druck auf das menschenrechtsverletzende Regime aus. Auf dessen Menschenrechtspraxis hingewiesen, tappt der beschuldigte Staat in eine rhetorische Falle: Er leugnet zwar Menschenrechtsverletzungen auf seinem Gebiet, erkennt damit jedoch die generelle Gültigkeit von Menschenrechten an.

In der dritten Phase der *taktischen Konzession* entfaltet der sog. “Bumerang-Effekt” seine volle Wirkung: Das beschuldigte Regime wird weiterhin von der internationalen Gemeinschaft unter Druck gesetzt, wodurch sich auch die innenpolitische Opposition, oft unterstützt durch innerstaatlich wie international wirkende Menschenrechts-NGOs, ermutigt sieht, sich stärker zu engagieren.<sup>126</sup> Der immer größer werdende Kreis der *norm entrepreneurs* kann zudem auf die vorangegangene rhetorische Anerkennung der Gültigkeit von Menschenrechten durch die betroffene Regierung verweisen – die rhetorische Falle schnappt zu und “*the logic of arguing takes over*”.<sup>127</sup> Die Regierung sieht ihren

<sup>125</sup> Vgl. für das Folgende Risse, Thomas/Jetschke, Anja/Schmitz, Hans Peter 2002: Die Macht der Menschenrechte. Internationale Normen, kommunikatives Handeln und politischer Wandel in den Ländern des Südens, Baden-Baden, S. 37-49.

<sup>126</sup> Der “Bumerang“ besteht also darin, dass sich die innerstaatliche Opposition zunächst nicht direkt mit der repressiven Regierung auseinandersetzt, sondern diese Ebene umgeht, indem sie Unterstützung auf der internationalen Ebene sucht, die dann wiederum auf die beschuldigte Regierung einwirkt. Entwickelt wurde das Konzept bereits in Keck, Margaret E./Sikkink, Kathryn 1998: *Activists beyond Borders. Advocacy Networks in International Politics*, Ithaca/London, S. 12f.

<sup>127</sup> Risse, Thomas/Ropp, Stephen/Sikkink, Kathryn (Hrsg.) 1999: *The Power of Human Rights: International Norms and Domestic Change*, Cambridge, S. 1-38, hier S. 28. Risse et al verwiesen später darauf, dass der Argumentationsprozess in mehrere Phasen unterschieden werden kann. Zunächst reden “*Menschenrechtsaktivisten und Regierungen, die der Normverletzung angeklagt werden, (...) weniger mit- als vielmehr übereinander. Sie versuchen weniger, sich gegenseitig zu überzeugen, als vielmehr, die internationalen und nationalen Öffentlichkeiten auf ihre jeweilige Seite zu ziehen.*“ Ab einem gewissen Punkt müssten sich aber beide Seiten auf die Argumente des Gegners einlassen und diese zumindest als Argumentationsbasis akzeptieren, denn wer “*immer wieder die gleichen Argumente vorträgt, hat vor dem ‘Gericht’ der internationalen Öffentlichkeit schon verloren.*“ So müssen sich die beiden Seiten “*im Zeitverlauf als gleichberechtigte Sprecher anerkennen. Hier*

Handlungsspielraum nun von zwei Seiten stark eingeschränkt, gegenüber denen sie ihr Handeln argumentativ legitimieren muss. Sie beginnt, ihre Menschenrechtspolitik zu ändern und taktische Konzessionen an ihre Kritiker zu machen, deren Wirkung sie jedoch wie beim *rhetorical entrapment* unterschätzt. Typisch für diese Phase sind etwa die Freilassung politischer Gefangener oder die Einsetzung eines Menschenrechtsbeauftragten (mit mehr oder weniger Befugnissen). Die Regierung handelt in dieser Phase jedoch noch instrumentell, d.h. eher nach der *logic of consequences*. Von der moralischen Richtigkeit der Einhaltung von Menschenrechten ist sie (noch) nicht überzeugt. Am Ende dieser Phase steht deshalb oft ein Regimewechsel hin zu einer Regierung, die Menschenrechtspolitik aus Überzeugung einen hohen Stellenwert einräumt.

Politikwandel oder Regimewechsel stehen am Beginn der vierten Phase, des *präskriptiven Status*, in der die Richtigkeit der Einhaltung einer Norm nicht länger kontrovers diskutiert wird. Die Phase instrumenteller Normeinhaltung wird überwunden, da die Regierung im Rahmen des argumentativen Austauschs mit ihren Kritikern von der Richtigkeit der Einhaltung der Menschenrechte überzeugt werden kann. Es tritt also ein "*belief change*" ein und das staatliche Verhalten lässt sich nun mit der *logic of appropriateness* beschreiben. Dass die Statements der Regierung keine reinen Lippenbekenntnisse mehr sind, lässt sich z.B. daran ablesen, dass sie ihre Rhetorik nicht mehr je nach Publikum ändert, sondern konsistent für die Einhaltung von Menschenrechten argumentiert. Zwar kommt es auf dem Staatsgebiet noch zu Menschenrechtsverletzungen, für die sich die Regierung nun aber entschuldigt und denen sie durch die Institutionalisierung von Menschenrechtsnormen entgegenzuwirken versucht.

In der fünften Phase, dem *präskriptiven Status*, hat ein Staat eine Norm internalisiert. Die Norm, von deren Richtigkeit nun alle überzeugt sind, wird aus Gewohnheit befolgt und ist Teil der politischen Alltagspraxis. Sollte es noch zu Menschenrechtsverletzungen kommen, werden diese juristisch verfolgt. Dennoch wirken die meisten Normen nun auch ohne die Androhung solcher Sanktionen *von selbst*. Risse führt als Beispiel für eine solche Normwirkung das Verhalten beim Überqueren einer Ampel an. Zwar sei es durchaus nachvollziehbar, dass man eine rote Fußgängerampel nicht überquert, wenn Kinder in der Nähe sind, da ein solches Verhalten ein Verkehrsdelikt darstelle und man sich die moralische Missbilligung umstehender Erwachsener zuzöge.<sup>128</sup>

"Aber rechtliche und soziale Sanktionen können nicht erklären, warum die meisten Deutschen auch noch nachts um drei im Wald an der roten Ampel anhalten, obwohl weder Polizei noch kleine Kinder noch Erwachsene oder andere Autos in der Nähe

---

*beobachten wir einen Prozeß argumentativer Selbstverstrickung, und zwar auf beiden Seiten.*" Im besten Fall entwickeln beide Seiten einen ähnlichen Blickwinkel auf die zu überwindenden Probleme und arbeiten gemeinsam an einer Lösung. Risse, Thomas/Jetschke, Anja/Schmitz, Hans Peter 2002: Die Macht der Menschenrechte. Internationale Normen, kommunikatives Handeln und politischer Wandel in den Ländern des Südens, Baden-Baden, S. 192ff.

<sup>128</sup> Einen ganz ähnlichen Internalisierungsbegriff, allerdings angewandt auf Individuen, hat Alderson, wenn er beispielhaft anführt, dass wir unseren Abfall nicht einfach auf die Straße kippen, selbst wenn uns niemand dabei beobachtet. Vgl. Alderson, Kai 2001: Making Sense of State Socialization, in: Review of International Studies 27:3, S. 415-433, hier S. 418.

sind. In diesem Fall wurde die Regel internalisiert, d.h. man hält sie für 'normal' und denkt kaum noch darüber nach, ob man sie einhalten soll oder nicht."<sup>129</sup>

Dennoch, so Risse et al, sei es kein Beweis gegen die Internalisierung einer Norm, wenn diese sporadisch verletzt würde oder wenn nicht

"...jede einzelne Person die entsprechende Regel auch für angemessen oder gar moralisch richtig hält. Für die praktische Normeinhaltung reicht es aus, wenn Akteure um die Regel *wissen*..."<sup>130</sup>

Dennoch betonen die AutorInnen des Spiralmodells, dass mit dem Eintritt einer Norm in die fünfte Phase von einer "*dauerhaften (...) Respektierung grundlegender Menschenrechte*" auszugehen sei.<sup>131</sup> Nur in den vorherigen vier Phasen könne es "*immer wieder zu Rückschritten und erneuter staatlicher Repression*" kommen, was zuletzt jedoch aufgrund einer "*grundlegenden Verhaltensänderung*" ausgeschlossen sei.<sup>132</sup> Leider können sie keine Beispiele aus den "Ländern des Südens" dafür anführen, wie sich die Umsetzung der fünften Phase in der Praxis gestaltet, da keine der in den Blick genommenen Normen einen *präskriptiven Status* in den untersuchten Ländern erreicht hat. Lediglich die Philippinen befanden sich damals nach Einschätzung der AutorInnen in der Übergangsphase zwischen den Stadien vier und fünf.<sup>133</sup>

Dies wirft die Frage auf, für welche Länder das Spiralmodell des Menschenrechtswandels angewendet werden kann. Einerseits verweisen Risse et al darauf, dass das Spiralmodell "*offenbar kontextunabhängig wirksam ist*" und somit auch davon auszugehen sei, dass Menschenrechte in allen Kulturen anschlussfähig und umsetzbar sind.<sup>134</sup> Andererseits sehen sie Schwierigkeiten bei der Übertragung des Modells auf liberale Demokratien, denn diese müssten "*per definitionem [das Kriterium des präskriptiven Status, SoSchi] erfüllen*".<sup>135</sup> Kommt es allerdings in entwickelten Demokratien zu Verstößen gegen elementare Menschenrechte, sehen sie ähnliche Mechanismen am Werk, wie sie den späteren Phasen ihres Modells beschrieben werden.<sup>136</sup> Sie attestieren an dieser Stelle zwar

<sup>129</sup> Vgl. auch für das folgende Zitat Risse, Thomas/Jetschke, Anja/Schmitz, Hans Peter 2002: Die Macht der Menschenrechte. Internationale Normen, kommunikatives Handeln und politischer Wandel in den Ländern des Südens, Baden-Baden, S. 19.

<sup>130</sup> Risse, Thomas/Jetschke, Anja/Schmitz, Hans Peter 2002: Die Macht der Menschenrechte. Internationale Normen, kommunikatives Handeln und politischer Wandel in den Ländern des Südens, Baden-Baden, S. 19, Herv. i. Org.

<sup>131</sup> Risse, Thomas/Jetschke, Anja/Schmitz, Hans Peter 2002: Die Macht der Menschenrechte. Internationale Normen, kommunikatives Handeln und politischer Wandel in den Ländern des Südens, Baden-Baden, S. 35.

<sup>132</sup> Risse, Thomas/Jetschke, Anja/Schmitz, Hans Peter 2002: Die Macht der Menschenrechte. Internationale Normen, kommunikatives Handeln und politischer Wandel in den Ländern des Südens, Baden-Baden, S. 35.

<sup>133</sup> Risse, Thomas/Jetschke, Anja/Schmitz, Hans Peter 2002: Die Macht der Menschenrechte. Internationale Normen, kommunikatives Handeln und politischer Wandel in den Ländern des Südens, Baden-Baden, S. 49.

<sup>134</sup> Risse, Thomas/Jetschke, Anja/Schmitz, Hans Peter 2002: Die Macht der Menschenrechte. Internationale Normen, kommunikatives Handeln und politischer Wandel in den Ländern des Südens, Baden-Baden, S. 179.

<sup>135</sup> Risse, Thomas/Jetschke, Anja/Schmitz, Hans Peter 2002: Die Macht der Menschenrechte. Internationale Normen, kommunikatives Handeln und politischer Wandel in den Ländern des Südens, Baden-Baden, S. 181.

<sup>136</sup> So sei es z.B. in der Frage der Todesstrafe in den USA zu Fortschritten gekommen, seit sich die internationale Gemeinschaft verstärkt gegen diese Praxis wende.

ein Forschungsdesiderat, kommen aber zu dem Schluss, „*daß unser Spiralmodell auch auf hochindustrialisierte Demokratien übertragbar zu sein scheint.*“<sup>137</sup>

Seit seiner Veröffentlichung ist das Spiralmodell in einer Vielzahl weiterer Länderfallstudien getestet worden, die dessen Befunde teilweise belegen, teilweise aber auch zu anderen Schlüssen kommen.<sup>138</sup> Dennoch wurde es allgemein gewürdigt, so dass einige ehemalige Mitglieder der „Forschungsgruppe Menschenrechte“ heute den Schluss ziehen:

“Still, no one ever doubts as to its overall usefulness. And no competing (middle-range) model has emerged so far.”<sup>139</sup>

Die Bedeutung, die das Modell erlangt hat, lässt sich auch daran ablesen, dass es extrem häufig zitiert wird. Nur ein Ansatz zur Normdiffusion wird noch häufiger zitiert, nämlich der „*Norm Life Cycle*“.<sup>140</sup>

### 2.2.3 Der Norm Life Cycle

Der *Norm Life Cycle* wurde von Finnemore/Sikkink wenige Jahre vor dem Spiralmodell entwickelt, dessen Fokus auf Prozesse der Normdiffusion er teilt.<sup>141</sup> Ähnlich wie die AutorInnen des Spiralmodells gehen auch Finnemore/Sikkink in ihrem *Norm Life Cycle* davon aus, dass Staaten von einem eher zweckrationalen Handeln nach der *logic of consequences* durch einen Sozialisierungsprozess zu einem normkonformen Handeln übergehen, dass sich mit der *logic of appropriateness* beschreiben lässt. Die (damals noch nicht beschriebene) *logic of arguing* spielt im *Norm-Life-Cycle* dagegen keine Rolle. Wichtig für mein Vorhaben ist, dass jedoch auch am Ende des *Norm Life Cycle*-Modells eine Habitualisierung eintritt und der betreffende Staat die untersuchte Norm *internalisiert*. Dies ist beim *Norm-Life-Cycle* in der letzten von drei Phasen der Fall.

Die Bezeichnung der ersten Phase als *norm emergence* ist eigentlich unzutreffend, da die Autorinnen nicht beschreiben, wie Normen in die Welt kommen,<sup>142</sup> sondern „nur“ die ersten Schritte zur deren Verbreitung. Allerdings setzten die Autorinnen mit ihrem Modell zu einem früheren Zeitpunkt der Normentwicklung an als Risse et al, da sich letztere auf die Untersuchung bereits lange bestehender und innerhalb der „westlichen Welt“ akzeptierter Normen fokussieren, während die von Finnemore/Sikkink untersuchten Normen noch in keinem Staat Gültigkeit erlangt haben müssen.

<sup>137</sup> Risse, Thomas/Jetschke, Anja/Schmitz, Hans Peter 2002: Die Macht der Menschenrechte. Internationale Normen, kommunikatives Handeln und politischer Wandel in den Ländern des Südens, Baden-Baden, S. 182.

<sup>138</sup> S. Punkt 2.3.2 der Arbeit.

<sup>139</sup> Jetschke, Anja/Liese, Andrea 2009: The Spiral Model: How Does It Score After Ten Years?, Paper presented for the Workshop: The Power of Human Rights – Ten Years After Workshop at the University of Wyoming Conference Center, Laramie WY, August 27-29, 2009, online unter <[http://faculty.maxwell.syr.edu/hpschmitz/Human\\_Rights\\_2009/JetschkeLiese\\_Spiral%20Model\\_Review.pdf](http://faculty.maxwell.syr.edu/hpschmitz/Human_Rights_2009/JetschkeLiese_Spiral%20Model_Review.pdf)>, rev. 02.02.2012, S. 23.

<sup>140</sup> Vgl. Jetschke, Anja/Liese, Andrea 2009: The Spiral Model: How Does It Score After Ten Years?, Paper presented for the Workshop: The Power of Human Rights – Ten Years After Workshop at the University of Wyoming Conference Center, Laramie WY, August 27-29, 2009, online unter <[http://faculty.maxwell.syr.edu/hpschmitz/Human\\_Rights\\_2009/JetschkeLiese\\_Spiral%20Model\\_Review.pdf](http://faculty.maxwell.syr.edu/hpschmitz/Human_Rights_2009/JetschkeLiese_Spiral%20Model_Review.pdf)>, rev. 02.02.2012, S. 4.

<sup>141</sup> In die Diskussion eingeführt wurde der *Norm-Life-Cycle* durch folgenden Artikel: Finnemore, Martha/Sikkink, Kathryn 1998: International Norm Dynamics and Political Change, in: International Organization 52:4, S. 887-917.

<sup>142</sup> Vgl. S. 25 der Arbeit.

Wie Risse et al legen aber auch Finnemore/Sikkink ihr Hauptaugenmerk in der ersten Phase auf *norm entrepreneurs*, die in der Verbreitung bestimmter Normen eine Möglichkeit zur Lösung von Problemen sehen. Diese *norm entrepreneurs* der ersten Stunde können aus altruistischen, emphatischen oder ideellen Motiven handeln – oder auch selbst von Missständen betroffen sein, wie das von Finnemore/Sikkink angeführte Beispiel der Frauenwahlrechtsbewegung zeigt. Schwierig, so Finnemore/Sikkink, sei das Unterfangen der *norm entrepreneurs* zu Beginn v.a. deshalb, weil:

“...new norms never enter a normative vacuum but instead emerge in a highly contested normative space where they must compete with other norms and perceptions of interest”.<sup>143</sup>

Als zwei Strategien, um neue Normen gegenüber bestehenden Verhaltensstandards und Interessen zu behaupten, führen die Autorinnen *strategic social construction* und *framing* an, in denen bereits die Gedanken enthalten sind, dass Akteure ihre Umwelt und insbesondere die Wahrnehmung anderer Akteure (aktiv) beeinflussen können und dass dies v.a. im Medium der Sprache geschieht. Hierzu bedienen sich die *norm entrepreneurs* einer bis dato ungewohnten, oft dramatisierenden Sprache und der Verwendung bestimmter neuer sprachlicher Kombinationen, was die Denkgewohnheiten anderer Akteure verändern und bei ihnen ein Problembewusstsein entstehen lassen soll. Haben andere Akteure die Ansicht übernommen, dass Handlungsbedarf zur Überwindung eines Problems besteht, schlagen die *norm entrepreneurs* Lösungsvorschläge, d.h. die Etablierung neuer Normen vor, die als Standards angemessenen Verhaltens allgemein akzeptiert werden sollen.

Um über längere Zeit konstant auf die Durchsetzung solcher neuen Normen drängen zu können, bedürfen die *norm entrepreneurs* einer Plattform, von der aus sie agieren können: “...all norm promoters at the international level need some kind of organizational platform from and through which they promote their norms.”<sup>144</sup> Diese Plattform können bereits bestehende internationale Organisationen bereitstellen oder auch durch den Zusammenschluss der *norm entrepreneurs* zu neuen Netzwerken erst gebildet werden. Solche Zusammenschlüsse sind aus drei Gründen für das Vorantreiben der Normdiffusion elementar wichtig: Erstens können hier das Expertenwissen zum speziellen Problem und zu Lösungsmöglichkeiten in Form von Normen gebündelt und die erarbeiteten Vorschläge öffentlichkeitswirksam nach außen dargestellt werden. Zweitens verfügen insbesondere große und etablierte Organisationen häufig über strukturelle Mittel (wie Sanktionen oder finanzielle Anreize), mit der sie auf eine Durchsetzung der Norm hinwirken können. Die jeweils angewendeten Mittel können und sollen dabei von Staat zu Staat variieren: Während ärmeren Staaten ihre Zustimmung zur neuen Norm “abgekauft” werden kann (was eher auf ein Kosten und Nutzen abwägendes Verhalten hindeutet), müssen finanziell und machtpolitisch gut gestellte Staaten tatsächlich von der Richtigkeit einer Norm überzeugt werden (was der *logic of appropriateness* bzw. der später entwickelten *logic of arguing* entspricht).<sup>145</sup> Drittens bieten v.a.

<sup>143</sup> Finnemore, Martha/Sikkink, Kathryn 1998: International Norm Dynamics and Political Change, in: International Organization 52:4, S. 887-917, hier S. 897.

<sup>144</sup> Finnemore, Martha/Sikkink, Kathryn 1998: International Norm Dynamics and Political Change, in: International Organization 52:4, S. 887-917, hier S. 899.

<sup>145</sup> Finnemore, Martha/Sikkink, Kathryn 1998: International Norm Dynamics and Political Change, in: International Organization 52:4, S. 887-917, hier S. 900.



internationale Organisationen ein geeignetes Forum zur Kodifizierung einer Norm, sei dies in Form einer unverbindlichen Resolution oder in Form bindenden internationalen Rechts.

Um zur zweiten Phase des Modells übergehen zu können, ist es nötig, dass die Norm einen sog. *tipping point* erreicht. Dies geschieht, wenn eine kritische Masse von Staaten auf die Forderungen der *norm entrepreneurs* eingeht, indem sie die neue Norm anerkennen, innenpolitisch umsetzen und damit zu *norm leaders* werden. Wie viele Staaten genau jene kritische Masse darstellen und den Prozess der Normdurchsetzung zu einem *tipping point* führen, geben die Autorinnen nicht an. Sie verweisen jedoch auf empirische Studien, denen zufolge hierzu die Übernahme der Norm durch ca. ein Drittel der Staaten nötig ist – wobei wichtig ist, warum sich Staaten der neuen Norm anschließen, d.h., ob sie von der Norm betroffen und somit gezwungen sind, ihr Verhalten zu ändern oder ob sie über einen hohen moralischen Status verfügen und als Vorbilder gelten können.

Das Erreichen des *tipping points* löst eine Normkaskade aus und läutet die zweite Phase des *Norm Life Cycle* ein.<sup>146</sup> Diese ähnelt dem von Risse et al beschriebenen Spiralmodell, geht es hier doch um die Übernahme von Normen durch Staaten, die deren (moralische) Richtigkeit zunächst nicht anerkannt haben. Während der zweiten Phase wächst die Anzahl der Staaten, die eine Norm anerkennen, nicht mehr linear, sondern exponentiell. Dies erklären die Autorinnen mit dem typischen hinter einer Kaskade stehenden Verhaltensmuster: Ein Staat übernimmt eine Norm nicht mehr nur deshalb, weil er von ihrer Richtigkeit überzeugt ist, sondern er imitiert in erster Linie das Verhalten anderer (angesehener) Staaten, die die Norm bereits akzeptiert haben (unabhängig von deren Inhalt). Zentraler Mechanismus der Normdurchsetzung ist im *Norm Life Cycle* also nicht der durch "Bumerang-Würfe" ausgeübte Druck auf eine Regierung, sondern die Anpassung staatlichen Verhaltens im Rahmen internationaler Sozialisationsprozesse.<sup>147</sup> Gemäß der *logic of appropriateness* möchte sich ein Staat als Teil einer internationalen Gemeinschaft wahrnehmen können, in der er Anerkennung und Wertschätzung erfährt und übernimmt zu diesem Zweck die neu entstandene Norm. Allerdings läuft eine Normkaskade nicht unbedingt von selbst ab: Ein Staat wird nicht von einer Norm passiv "angesteckt", vielmehr bedarf es weiterhin der aktiven Propagierung einer Norm durch *norm entrepreneurs* und *norm leaders*.<sup>148</sup>

In der jeweils letzten Phase stimmen Spiralmodell und *Norm Life Cycle* überein: In der von Finnemore/Sikkink vorgeschlagenen dritten Phase werden Normen internalisiert. Ein Staat hält nun nicht mehr nur eine Norm ein, um Anerkennung in der internationalen

<sup>146</sup> Die Idee der Normkaskade ist an das von Bikchandani et al entwickelte (rationalistische!) Modell einer Informationskaskade ("*informational cascade*") angelehnt: Danach imitieren Akteure das Verhalten anderer Akteure nicht nur, weil sie von einem Sachverhalt überzeugt sind, sondern lassen sich v.a. von den Entscheidungen anderer Akteure für oder gegen einen Sachverhalt leiten. Demnach wird die Wahl einer Handlungsalternative desto wahrscheinlicher, je häufiger sie im Vorfeld der eigenen Entscheidung von anderen Akteuren in gleicher Weise getroffen wurde. Vgl. Bikchandani, Sushil/Hirshleifer, David/Welch, Ivo 1992: A Theory of Fads, Fashion, Custom, and Cultural Change as Informational Cascades, in: The Journal of Political Economy 100:5, S. 992-1026, hier S. 994.

<sup>147</sup> So weisen die Autorinnen explizit darauf hin, dass internationaler Konformitätsdruck in dieser Phase höher zu bewerten sei, als der innenpolitisch geäußerte Wunsch zur Anerkennung einer Norm. Vgl. Liese, Andrea 2006: Staaten am Pranger. Zur Wirkung internationaler Regime auf innerstaatliche Menschenrechtspolitik, Wiesbaden, S. 48.

<sup>148</sup> Finnemore, Martha/Sikkink, Kathryn 1998: International Norm Dynamics and Political Change, in: International Organization 52:4, S. 887-917, hier S. 902.

Gemeinschaft zu finden, sondern weil ihm *compliance* als inhaltlich und moralisch richtiges Verhalten erscheint. Wie im Spiralmodell lässt sich diese Habitualisierung aus der Perspektive der *logic of consequences* nicht mehr erklären. Die Beschreibung internalisierter Normen von Finnemore/Sikkink bringt einige ihrer Eigenschaften auf den Punkt, die in dem Beispiel der Ampelüberquerung von Risse et al bereits angedeutet wurden:

“At the extreme of a norm cascade, norms may become so widely accepted that they are internalized by actors and achieve a ‘taken-for-granted’ quality that makes conformance with the norm almost automatic. For this reason, internalized norms can be both extremely powerful (because behavior according to the norm is no longer questioned) and hard to discern (because actors do not seriously consider or discuss whether to conform). Precisely because they are not controversial, however, these norms are often not the centerpiece of political debate and for that reason tend to be ignored by political scientists.”<sup>149</sup>

Wichtig ist hier v.a. die Aussage, dass internalisierte Normen aus dem Diskurs verschwinden, da sie nicht mehr umstritten sind – eine Eigenschaft, die sie mit Tabus gemeinsam haben, worauf ich in Kapitel 2.6 näher eingehen werde. Interessant ist außerdem, dass die Autorinnen eine (spekulative) Erklärung dafür abgeben, warum internalisierte Normen so selten ein Untersuchungsgegenstand der Politikwissenschaft sind: Während die Soziologie durchaus den Anspruch habe, überraschend große Gemeinsamkeiten zwischen Akteuren aufzuzeigen und diese zu dekonstruieren (auch, um eine evtl. Neubeschreibung möglich zu machen), fokussierten PolitikwissenschaftlerInnen meist darauf, die Unterschiede im Verhalten verschiedener Staaten aufzuzeigen und (mit Verweis auf verschiedene Einflussfaktoren) zu erklären.

## 2.2.4 Weitere Konzepte der Norminternalisierung

Das Konzept der Internalisierung ist nicht erst durch die oben genannten Modelle der Normdiffusion in die IB-Diskussion eingeführt worden. Vielmehr gingen schon March/Olsen, die “Urväter” der Normdebatte in den IB, davon aus, dass Normen durch eine Internalisierung – wie der Name schon sagt – nicht mehr von außen auf einen Akteur einwirken, sondern ihre Wirkung “von innen heraus” entfalten:

“...actors comply with norms because these have been internalized and form part of the actor’s identity. Individual action is thus explained by reference to how actors respond to the ‘dictates’ of their identity.”<sup>150</sup>

Deshalb ist es auch für die Einhaltung einer Norm nicht nötig, dass “von außen” (also anderen Akteuren oder Institutionen) mit der Sanktionierung eines Normbruchs gedroht wird. Jedoch argumentiert etwa Elster, dass ein Akteur beim Übertreten einer Norm interne Sanktionen wie Scham, Verlust von Selbstachtung oder Unsicherheit über die eigene Identität empfinde.<sup>151</sup> Die Vorstellung, die Verletzung einer Norm sei “*psychologically painful even if the direct material benefits are positive*”, hatte bereits Axelrod dargelegt, der zudem darauf verwies, dass in solch einem Fall auch andere Akteure, die die gleiche Norm

<sup>149</sup> Finnemore, Martha/Sikkink, Kathryn 1998: International Norm Dynamics and Political Change, in: International Organization 52:4, S. 887-917, hier S. 904.

<sup>150</sup> March, James G./Olsen, Johan P. Olsen 1995: Democratic Governance, New York, S. 36. Vgl. auch Sending, Ole Jacob 2002: Constitution, Choice and Change: Problems with the ‘Logic of Appropriateness’ and its Use in Constructivist Theory, in: European Journal of International Relations 8:4, S. 443-470, hier S. 457.

<sup>151</sup> Elster, Jon 1989: The Cement of Society. A Study of Social Order, Cambridge, S. 131.

verinnerlicht hätten, das Bedürfnis verspürten, diese Verletzung lautstark anzuprangern und besonders stark zu sanktionieren – denn dies würden sie selbst als persönlichen Gewinn empfinden.<sup>152</sup>

Mit ihrem Verweis auf die Verlagerung äußerer Gegebenheiten – einschließlich Sanktionsdrohungen – nach innen, knüpfen die zitierten IB-Theoretiker wiederum stark an frühere soziologische Studien an. So brachte z.B. Berger das Zusammenspiel von äußeren Gegebenheiten und deren innerer Verortung bereits 1973 auf den Punkt:

“Internalisierung impliziert also, daß die objektive Faktizität der sozialen Welt zugleich eine subjektive wird. Das Individuum begegnet den Institutionen als *Gegebenheiten* der objektiven Welt ‘da draußen’, doch sie sind auch *Gegebenheiten* seines eigenen Bewusstseins. (...) Das Individuum macht sich die Wirklichkeit der Institutionen zusammen mit seinen Rollen und seiner Identität zu eigen. Es eignet sich z.B. die typischen Verwandtschaftsregelungen einer Gesellschaft an. Es spielt nicht nur Onkel, es *ist* Onkel. Wenn seine Sozialisation einigermaßen gelungen ist, möchte es gar nichts anderes sein. Seine Einstellungen zu anderen und seine Gründe für bestimmte Handlungen sind dann ‘eingeboren’ onkelhaft.”<sup>153</sup>

So erscheint es einem Individuum nicht so, als ‘diktieren’ und determinieren seine Identität ihm ein bestimmtes Verhalten – es handelt aus Routine, ohne überhaupt mögliche Alternativen in Erwägung zu ziehen.<sup>154</sup> Dies wirft wiederum die Frage auf, ob ein Akteur eine Norm bewusst als legitim anerkennen muss, um sich an sie zu halten. Übertragen auf Bergers Beispiel wird deutlich, dass dies *nicht immer* der Fall sein muss. So zeigt man kein “eingeboren onkelhaftes” Verhalten, weil man das Konzept der Verwandtschaftsbeziehungen “Onkel” bewusst als legitim und richtig einstuft, sondern weil es einem gar nicht in den Sinn kommt, jene seit Jahrhunderten tradierten Kategorien der Verwandtschaftsbeziehungen zu hinterfragen.<sup>155</sup> In diesem Punkt widerspreche ich u.a. Deitelhoff, die annimmt, dass moralische Normen in heutigen (!) Gesellschaften immer einer “*Vernunftmoral*” entspringen, “*die grundsätzlich mit Gründen verteidigt und kritisiert werden kann*”<sup>156</sup> und Normen dementsprechend “*nur so lange [wirken], wie ein Akteur sie als vernünftig ansieht und akzeptiert.*”<sup>157</sup> Demgegenüber gehe ich davon aus, dass Normen zwar bei ihrer Entstehung durchaus als legitim anerkannt werden müssen, um weiterverbreitet werden zu können, dass jedoch internalisierte Normen auch heute noch über Generationen hinweg in Sozialisationsprozessen weitergegeben und wirken können, ohne, dass sich jedes in dieser

<sup>152</sup> Axelrod, Robert 1986: An Evolutionary Approach to Norms, in: American Political Science Review 80:4, S. 1095-1111, hier S. 1104.

<sup>153</sup> Berger, Peter L. 1973: Zur Dialektik von Religion und Gesellschaft. Elemente einer soziologischen Theorie, Tübingen, S. 19, Herv. i. Orig.

<sup>154</sup> Vgl. auch Sandholtz: “*Some norms become internalized so that some behaviors become routine and others are simply not considered.*” Sandholtz, Wayne 2008: Dynamics of International Norm Change: Rules against Wartime Plunder, in: European Journal of International Relations 14:2, S. 101-131, hier S. 105.

<sup>155</sup> Der Vollständigkeit halber sei darauf hingewiesen, dass sich die typischen innerhalb einer Großfamilie an Onkel gestellten Ansprüche mit der Zeit stark gewandelt haben, ohne jedoch den “Onkelstatus“ an sich aufzuheben.

<sup>156</sup> Deitelhoff, Nicole 2006: Überzeugen in der Politik. Grundzüge einer Diskurstheorie internationalen Regierens, Frankfurt am Main, S. 40.

<sup>157</sup> Hanrieder, Tine 2008: Moralische Argumente in den Internationalen Beziehungen. Grenzen einer verständigungsorientierten “Erklärung“ moralischer Debatten, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 15:2, S. 161-186, S. 172.

Zeit sozialisierte Individuum mit allen an es herangetragenen Normen kritisch auseinandersetzen und nur die weiter anwenden würde, die es für richtig hält.<sup>158</sup>

Selbstverständlich ist es schwierig, dieses Konzept auf kollektive Akteure wie Staaten zu übertragen. Hier stimme ich Deitelhoff zu, dass, um von einer Internalisierung einer Norm durch einen Staat zu sprechen, nicht jeder einzelne Bürger eine Norm internalisiert haben muss.<sup>159</sup> Sandholtz äußert sich etwas näher zu diesem Prozess:<sup>160</sup>

“When international rules alter the terms of domestic policy debates, get incorporated into domestic legislation, affect the decisions of domestic judges, and become integrated in the organizational cultures and routines of domestic bureaucracies, then international rules have been absorbed into a country’s own practices and institutions. Even superpowers internalize international norms.”

Die Problematik, dass sich den oben angeführten Modellen der Normdiffusion nur schwer entnehmen lässt, wann genau eine Norm in einem kollektiven Gebilde wie dem Staat als internalisiert betrachtet werden kann, ist jedoch nur ein Kritikpunkt von mehreren an diesen Modellen. Einige weitere zentrale Punkte möchte ich im Folgenden aufgreifen.

### 2.3 Schwächen der Modelle zur Normdiffusion

Obwohl gegen die beiden oben skizzierten Modelle der Normtheorie eine Reihe unterschiedlicher Kritikpunkte vorgebracht worden sind, weisen doch die KritikerInnen selbst meist auf die Bedeutung des Spiralmodells und des *Norm Life Cycles* hin. Letztlich ist die häufige (auch kritische) Auseinandersetzung mit ihnen ein weiterer Beleg für die große Bedeutung, die diese Konzepte innerhalb des IB-Konstruktivismus erlangt haben.<sup>161</sup> Aus diesem Grund kann die unten aufgeführte theoretische Kritik vielfach auch auf die gesamte Normdebatte der IB bezogen werden.

Da die Kritik an Spiralmodell und *Norm Life Cycle* auf sehr ähnliche Punkte rekurriert, werde ich sie im Folgenden gemeinsam diskutieren. Dagegen erscheint es sinnvoll, zwischen Kritikpunkten zu unterscheiden, die sich auf die *theoretischen* Ambitionen der Modelle beziehen und solchen, die sich aus der *empirischen* Anwendung der Modelle ergeben haben.

#### 2.3.1 Kritik an der theoretischen Ausrichtung der Modelle

Viele NormtheoretikerInnen sehen das Spiralmodell und den *Norm Life Cycle* als Versuch, rationalistische und konstruktivistische Ansätze in einem Modell zu kombinieren, heben doch beide sowohl auf die *logic of consequences* als auch auf die *logic of arguing* bzw. die *logic of appropriateness* ab. Wie häufig bei solchen “Kombinationsversuchen” beklagen

<sup>158</sup> In diese Richtung weisen nicht nur die oben angeführten Zitate, sondern auch psychologische Studien, die Moralvorstellungen schwerpunktmäßig im “Über-Ich“ ansiedeln. Da das “Über-Ich“ als Quelle eigener Identität angesehen wird und eine Person in ihrem Selbstempfinden stabilisiert, ist es äußerst schwierig, es zu verändern. Allein die Offenlegung dieser Grundüberzeugungen, also die Bewusstwerdung der eigenen Wertvorstellungen, sei ein komplizierter Prozess, der geeigneter Mittel (wie etwa einer Psychoanalyse) bedürfe.

<sup>159</sup> Deitelhoff, Nicole 2006: Überzeugen in der Politik. Grundzüge einer Diskurstheorie internationalen Regierens, Frankfurt am Main, S. 107.

<sup>160</sup> Sandholtz, Wayne 2008: Dynamics of International Norm Change: Rules against Wartime Plunder, in: European Journal of International Relations 14:2, S. 101-131, S. 105.

<sup>161</sup> Aufgrund der Vielzahl der an der Debatte um die beiden Modelle beteiligten AutorInnen, die oftmals sehr ähnliche Kritikpunkte vorbringen, werde ich im Folgenden für jeden angeführten Kritikpunkt nur auf *einen* hierzu einschlägigen Text hinweisen.

VertreterInnen des rationalistischen wie des konstruktivistischen “Lagers”, die Modelle berücksichtigten ihren jeweiligen Ansatz zu wenig.

### *Rationalistische Kritik*

AutorInnen, die beklagen, die Modelle seien nicht rationalistisch genug ausgelegt, verweisen auf die mangelnde Einhaltung typisch positivistischer Wissenschaftsstandards. Sie werfen den Modellen insbesondere vor, dass diese nicht falsifizierbar seien: Da die Aktivitäten von *norm entrepreneurs* immer als Voraussetzung für Normwandel angesehen werden, diese Aktivitäten jedoch nur schwer quantifizierbar sind, kann man ein Ausbleiben des erwarteten Wandels immer damit begründen, dass die *norm entrepreneurs* nicht stark genug waren, um einer Norm zur Durchsetzung zu verhelfen.<sup>162</sup> Daneben wird die mangelnde Operationalisierung der (implizit) genannten Variablen beklagt, was eine empirische Überprüfung der Modelle erschwere.<sup>163</sup> Überhaupt würden die in den Fallstudien angewandten Methoden nicht offengelegt (da es gar kein typisch konstruktivistisches Methodenset gäbe), was zulasten der Reproduzierbarkeit und Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse gehe. Ein weiterer häufig vorgebrachter Kritikpunkt ist, dass die Möglichkeit eines weiterhin strategischen Handelns eines Akteurs in späteren Phasen des Modells nicht mehr vorgesehen ist, da die strategischen Interessen eines Akteurs immer mit der Befolgung einer Norm in eins fielen.<sup>164</sup> Falls ein Akteur dennoch eine Norm breche, sei dies folglich aus einem konstruktivistischen Blickwinkel nicht mehr erklärbar, sondern müsse Gründe haben, die mit der *logic of consequences* zu beschreiben seien.<sup>165</sup> Allerdings sei die Frage, welche der Logiken ein Akteur verfolge, gerade in den späteren Phasen der Modelle kaum noch empirisch “abtestbar”.

### *Konstruktivistische Kritik*

Die Kritik konstruktivistischer IB-TheoretikerInnen an den aus ihrem theoretischen Bereich stammenden Modellen ist weit vielfältiger, als die von Seiten rationalistischer KritikerInnen. Wie unter einem Brennglas zeigt sich hier die fokussierte Kritik vieler “radikaler” KonstruktivistInnen am sog. *mainstream*-Konstruktivismus, der viele Anleihen an früher vorherrschende rationalistische Ansätze macht. Im Zentrum der Kritik stehen dabei die – von mir unter Punkt 2.3.1 aufgegriffenen und in mein Forschungsdesign einfließenden – Vorwürfe, die Modelle seien zu sehr an einem rationalistischen

<sup>162</sup> Vgl. Schwarz, Rolf 2002: Staat, Macht und Menschenrechte in Algerien. Eine Dekonstruktion konstruktivistischer Erklärungsversuche, Münster, S. 69 und Shor, Eran 2008: Conflict, Terrorism, and the Socialization of Human Rights Norms. The Spiral Model Revisited, in: Social Problems 55:1, S. 117-138, hier S. 131.

<sup>163</sup> Vgl. Rouleau, Mark/Cioffi-Revilla, Claudio 2008: International Norm Complexity: Modeling the Evolution of Norms, Communities, and Action in the European Union, Presentation to the DIMETIC Maastricht Session 16 October 2008, online unter <[http://dimetic.dime-eu.org/dimetic\\_files/RouleauText.pdf](http://dimetic.dime-eu.org/dimetic_files/RouleauText.pdf)>, rev. 02.02.2012, S. 3. Interessanterweise sprechen die beiden Autoren auch zwei zentrale *konstruktivistische* Kritikpunkte an, nämlich erstens, dass insbesondere der *Norm Life Cycle* Staaten zu sehr als *black boxes* darstelle und zweitens, dass *norm entrepreneurs* zwar Staaten mit ihren Argumenten überzeugen könnten, dies jedoch nicht andersherum möglich sei. Vgl. S. 52 und 54 der Arbeit.

<sup>164</sup> Vgl. Hurd, Ian 2008: States and Rules, Norms and Interests, in: Research Group in International Security, Universität Montreal: Working Paper 26.

<sup>165</sup> Dem widerspreche ich mit meiner Arbeit, die (auch) *non-compliance* gegenüber internalisierten Normen aus einem konstruktivistischen Blickwinkel verständlich machen will.

Wissenschaftsbild orientiert, sie sprächen den untersuchten Akteuren zu wenig Handlungsspielraum zu und sie seien zu zukunftsoptimistisch.

Den ersten Vorwurf führen u.a. Hofferberth/Weber aus:<sup>166</sup> Sie kritisieren, dass das hinter den Modellen stehende Wissenschaftsverständnis sehr nahe an dem des Rationalismus liege. So werde mit den Modellen weiterhin davon ausgegangen, dass es sinnvoll sei, generalisierende Aussagen über eine sich immer wiederholende, objektiv gegebene und beobachtbare Realität zu treffen und die Modelle in einem zweiten Schritt gegen diese "Wirklichkeit" abzutesten. Dies impliziert, dass es das Ziel wissenschaftlicher Untersuchungen sein müsse, die "Wirklichkeit" treffender zu beschreiben, als alle anderen Ansätze, anstatt den Blick gerade auf *verschiedene* Perspektiven und die Möglichkeit der Neubeschreibung einer sozial konstruierten und sich ständig wandelnden Welt zu richten. In dieses Gesamtbild passt gut, dass Normen wie (unabhängige oder intervenierende) Variablen behandelt werden, die das Verhalten von Staaten determinieren können. Der *mainstream*-Konstruktivismus, so der Kern des Vorwurfs, beschäftige sich somit zwar mit sozial konstruierten Forschungsobjekten wie Normen und Identitäten, füge diese jedoch in eine weitgehend rationalistische Forschungslogik ein, anstatt auch hier neue Wege zu gehen.

Im Anschluss an diese Generalkritik, die letztlich als Aufruf zur Abkehr von *jedlicher* Modellbildung gelesen werden kann, weisen einige AutorInnen darauf hin, dass auch die beschriebenen Mechanismen der Normdiffusion stark rationalistisch anmuten. So sei zwar vielfach von der *logic of arguing* die Rede, de facto würde man die beteiligten Akteure aber nie wirklich argumentieren sehen.<sup>167</sup> Vielmehr sei in beiden Modellen immer wieder von (sozialem) Druck und von (sozialen) Sanktionen die Rede, welche sich problemlos unter eine erweiterte *logic of consequences* fassen ließe. Ob Staaten tatsächlich argumentativ überzeugt würden (*persuasion*) oder ihr Verhalten nur unter Druck anpassten (*coersion*), sei im Einzelnen schwer festzustellen.<sup>168</sup>

Der Handlungsspielraum, der Akteuren in den Modellen zugestanden wird, ist somit sehr begrenzt: Entweder stehen sie unter starkem (sozialem) Druck oder ihr Handeln wird von variablenähnlichen Normen bestimmt bzw. stark beeinflusst. Entsprechend wird die mangelnde Eigenständigkeit und Entscheidungsfreiheit der untersuchten Akteure kritisiert.<sup>169</sup> Dies mag zunächst erstaunen, waren doch Risse et al explizit mit dem Ziel angetreten, ein Modell zu entwickeln, in dem Akteurshandeln eine große Rolle spielen sollte – gerade weil der *mainstream*-Konstruktivismus dieses bis dato eher vernachlässigt hatte.<sup>170</sup> Dieses Anliegen haben die ForscherInnen auch insofern umgesetzt, als sie ihren Fokus auf *norm entrepreneurs* als die treibende Kraft des Menschenrechtswandels gelegt

<sup>166</sup> Vgl. Hofferberth, Matthias/Weber, Christian 2009: Lost in translation – Constructivist norm research and its conceptual limits, Paper to be presented at the 5th ECPR General Conference, 10 - 12 September 2009, Potsdam, S. 10ff.

<sup>167</sup> Vgl. Crawford, Neta 2002: *Argument and Change in World Politics*, Cambridge, S. 97.

<sup>168</sup> S. z.B. Landolt, Laura 2004: Feature Review: (Mis)constructing the Third World? Constructivist analysis of norm diffusion, in: *Third World Quarterly* 25:3, S. 579-591, hier S. 584.

<sup>169</sup> Vgl. Sending, Ole Jacob 2002: Constitution, Choice and Change: Problems with the 'Logic of Appropriateness' and its Use in Constructivist Theory, in: *European Journal of International Relations* 8:4, S. 443-470, hier S. 458.

<sup>170</sup> Vgl. Gränzer, Sieglinde/Jetschke, Anja/Risse, Thomas/Schmitz, Hans Peter 1998: Internationale Menschenrechtsnormen, transnationale Netzwerke und politischer Wandel in den Ländern des Südens, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 5:1, S. 5-35, hier Vgl. S. 7.

haben. Unterbelichtet bleibt dabei jedoch der Handlungsspielraum der von den *norm entrepreneurs* unter Druck gesetzten Regierung – ein Kritikpunkt, der auch in der empirischen Anwendung des Modells immer wieder zu Tage tritt.<sup>171</sup>

Im Zusammenhang mit dieser Kritik ist der Vorwurf zu sehen, die Modelle seien zu deterministisch und ließen Normwandel nur in eine Richtung, nämlich die des Fortschritts bei der Durchsetzung von Normen, zu. So bemängeln etwa Marsh/Payne:

“...the Risse and Sikkink model is very linear, even teleological: it has an ultimate destination and there are no points along the way marking possible detours or obstacles to derail movement in the planned direction.”<sup>172</sup>

Dementsprechend sind Fälle des *Scheiterns* einer Normdiffusion nicht in die Modellentwicklung eingeflossen.<sup>173</sup> Problematisch an diesem Zukunftsoptimismus sei zudem, dass die AutorInnen der Modelle für sich in Anspruch nähmen, zu wissen, was überhaupt “gute” Normen und damit ein “wünschenswerter” Normwandel sei. Dieser “*nice norm bias*”<sup>174</sup> würde nicht offengelegt, geschweige denn kritisch reflektiert.<sup>175</sup>

### Alternative Erklärungen

Der Vollständigkeit halber sei eine dritte Gruppe von AutorInnen genannt, die kritisiert, die Modelle würden sich zu wenig mit möglichen *alternativen Erklärungen* auseinandersetzen. Hier wird insbesondere auf die Modernisierungstheorie verwiesen,<sup>176</sup> aus deren Blickwinkel die vergleichsweise geringe Berücksichtigung materieller Faktoren und deren unterschiedlicher Verteilung in “Nord” und “Süd” in den Modellen bemängelt wird. Stattdessen wird vermutet, dass eine stärkere Beachtung von Menschenrechten automatisch mit ökonomischem Wachstum und Entwicklung einhergeht.<sup>177</sup> Deshalb wird die Forderung erhoben, auch zu prüfen, ob es einen “Menschenrechtstransfer” zwischen entwickelten westlichen Staaten gäbe. Zudem wird die Frage gestellt, ob diese westlichen Staaten ihren fortschrittlichen Umgang mit Menschenrechten tatsächlich über Mechanismen gelernt hätten, wie sie Spiralmodell und *Norm Life Cycle* beschreiben, oder ob man nicht auch hier nach alternativen Erklärungen suchen müsse.<sup>178</sup>

### 2.3.2 Empirische Kritik

Die Kritikpunkte, die sich aus dem Versuch einer empirischen Anwendung der beiden Modelle ergeben haben, sind sehr vielfältig und sollen deshalb nur grob umrissen werden.

<sup>171</sup> Vgl. S. 52 der Arbeit.

<sup>172</sup> Marsh, Christopher/Payne, Daniel P. 2007: The Globalization of Human Rights and the Socialization of Human Rights Norms, in: Brigham Young University Law Review 2007:3, S. 665-687, hier S. 668.

<sup>173</sup> Vgl. Heike Brabandt 2007: Gender Mainstreaming in der Asyl- und Flüchtlingspolitik in Großbritannien und Deutschland. Ein Beispiel für erfolgreiche Politikdiffusion?, in: Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 38/2007, S. 297-326, hier S. 299.

<sup>174</sup> McKeown, Ryder 2009: Norm Regress: US Revisionism and the Slow Death of the Torture Norm, in: International Relations 23:5, S. 5-25, hier S. 7.

<sup>175</sup> Vgl. Hanrieder, Tine 2008: Moralische Argumente in den Internationalen Beziehungen. Grenzen einer verständigungsorientierten “Erklärung“ moralischer Debatten, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 15:2, S. 161-186, hier S. 181. Vgl. auch S. 6 der Arbeit.

<sup>176</sup> Vgl. Evans Tony 2001: Review: The Power of Human Rights, in: The Journal of Modern African Studies 39:2, S. 380-387, hier S. 380.

<sup>177</sup> Vgl. Schwarz, Rolf 2002: Staat, Macht und Menschenrechte in Algerien. Eine Dekonstruktion konstruktivistischer Erklärungsversuche, Münster, S. 70.

<sup>178</sup> Vgl. Marsh, Christopher/Payne, Daniel P. 2007: The Globalization of Human Rights and the Socialization of Human Rights Norms, in: Brigham Young University Law Review 2007:3, S. 665-687, hier S. 668.

Ordnen lassen sich die Kritikpunkte unter a) die zu undifferenzierte Betrachtung des Staates, b) die zu undifferenzierte Betrachtung von Normen und c) die Schwierigkeit der Einordnung in Phasen.

### *Undifferenzierte Betrachtung des Staates*

Der Staat, so die Kritik vieler AutorInnen, würde in den beiden Modellen beinahe als *black box* behandelt.<sup>179</sup> Insbesondere der Regimetyp des untersuchten Staates würde nicht in die Überlegungen mit einbezogen und deshalb der "Faktor" Demokratie unterschätzt. Generell laufe die Normdiffusion innerhalb von Demokratien viel schneller ab und zudem stünde am Beginn eines grundlegenden Menschenrechtswandels (Übergang von Phase drei zu vier im Spiralmodell) *immer* ein Wechsel hin zu einer demokratischen Regierung.<sup>180</sup> Dies wirft die Frage auf, ob es tatsächlich möglich ist, auch autoritäre Regime von der Anerkennung grundlegender Menschenrechte zu überzeugen (Stichwort: *logic of arguing*), wie es die Modelle nahelegen. Eine entgegengesetzte Argumentation lautet, dass Demokratien generell einen solch guten Ruf genossen, dass sie es sich leisten könnten, manche Normen *nicht* anzuerkennen (wie etwa Norwegen das Walfangverbot), ohne gleich das Vertrauen der internationalen Gemeinschaft auf's Spiel zu setzen.<sup>181</sup>

Immer wieder verwiesen wird auch auf die Position mächtiger und geostrategisch wichtig gelegener Staaten, die von der internationalen Gemeinschaft selten stark unter Druck gesetzt würden (z.B. China).<sup>182</sup> Selbst Staaten, die unter erheblichem Druck der internationalen Gemeinschaft stünden, könnten jedoch lernen, sich diesem Druck anzupassen und mit ihrem "Schurkenstaat"-Image zu leben (Bsp. Nordkorea) oder alternativ lernen, Anschuldigungen effektiv zurückzuweisen, was besonders gut funktioniere, wenn sie die innerstaatliche Opposition mundtot machten oder z.B. paramilitärischen Gruppen die alleinige Schuld an Menschenrechtsverletzungen zuwiesen.<sup>183</sup>

Abgesehen von der Position bzw. dem Verhalten des Staates als ganzem wird auch kritisiert, dass der Prozess der innerstaatlichen Umsetzung von Normen nicht differenziert genug abgebildet würde.<sup>184</sup> So würde z.B. die bedeutende Rolle von Gerichten völlig unterschätzt<sup>185</sup> und auch der von verschiedenen Seiten unter Druck gesetzten Regierung

<sup>179</sup> Vgl. Landolt, Laura 2004: Feature Review: (Mis)constructing the Third World? Constructivist analysis of norm diffusion, in: *Third World Quarterly* 25:3, S. 579-591, hier S. 585.

<sup>180</sup> Vgl. Schwarz, Rolf 2002: Staat, Macht und Menschenrechte in Algerien. Eine Dekonstruktion konstruktivistischer Erklärungsversuche, Münster, S. 74ff. Schwarz bezweifelt, dass das Konzept der Durchsetzung elementarer Menschenrechte überhaupt von dem der Demokratie getrennt werden kann.

<sup>181</sup> Vgl. Bailey, Jennifer L. 2008: Arrested Development: The Fight to End Commercial Whaling as a Case of Failed Norm Change, in: *European Journal of International Relations* 14:2, S. 289-318.

<sup>182</sup> Vgl. Pace, Gerald Robert 2001: Human Rights from Paper to Practice: How Far Have We Come?, in: *Human Rights & Human Welfare* 1:1, S. 9-11, hier S. 11.

<sup>183</sup> Vgl. Jetschke, Anja/Liese, Andrea 2009: The Spiral Model: How Does It Score After Ten Years?, Paper presented for the Workshop: The Power of Human Rights – Ten Years After Workshop at the University of Wyoming Conference Center, Laramie WY, August 27-29, 2009, online unter <[http://faculty.maxwell.syr.edu/hpschmitz/Human\\_Rights\\_2009/JetschkeLiese\\_Spiral%20Model\\_Review.pdf](http://faculty.maxwell.syr.edu/hpschmitz/Human_Rights_2009/JetschkeLiese_Spiral%20Model_Review.pdf)>, rev. 02.02.2012, S. 30f.

<sup>184</sup> Vgl. McKeown, Ryder 2009: Norm Regress: US Revisionism and the Slow Death of the Torture Norm, in: *International Relations* 23:5, S. 5-25, hier S. 6.

<sup>185</sup> Vgl. Heike Brabandt 2007: Gender Mainstreaming in der Asyl- und Flüchtlingspolitik in Großbritannien und Deutschland. Ein Beispiel für erfolgreiche Politikdiffusion?, in: *Politische Vierteljahresschrift Sonderheft* 38/2007, S. 297-326, hier S. 297.



kein eigenständiger Handlungsspielraum zugebilligt.<sup>186</sup> Der Einfluss der Zivilbevölkerung würde dagegen überschätzt – denn das Volk positioniere sich nicht immer auf Seiten der internationalen Gemeinschaft und gegen die eigene Regierung.<sup>187</sup> Vielmehr könne auch der bekannte Effekt eintreten, dass sich das Volk mit der eigenen Bevölkerung solidarisiere, wenn diese von außen (wenn auch nur mit Worten) angegriffen würde.<sup>188</sup> In Bezug auf die letztgenannten Kritikpunkte weisen die AutorInnen des Spiralmodells allerdings zurecht darauf hin, dass zur Zeit der Publikation ihres Ansatzes noch nicht absehbar war, dass eine Vielzahl von Staaten internationale Menschenrechtsabkommen zwar unterzeichnen, dann jedoch nicht innerstaatlich umsetzen würden und ihnen die Darstellung einer *innerstaatlichen* Normdiffusion deshalb nebensächlich erschien.<sup>189</sup>

### *Undifferenzierte Betrachtung von Normen*

Der Vorwurf, man hätte alle Staaten “über einen Kamm geschert” wird auch in Bezug auf die untersuchten Normen erhoben: Die AutorInnen gingen unhinterfragt von *universellen* Normen aus, ohne auf kulturellrelativistische Gegenpositionen einzugehen.<sup>190</sup> Im Gegensatz dazu wird betont, dass nur diejenigen Normen große Chancen hätten, die Modelle zu durchlaufen, die an die bereits durch einen Staat anerkannten Normen anschlussfähig seien.<sup>191</sup> Da die bereits anerkannten Normen die soziale Ordnung und die Identität eines Staates bestimmen, macht diese Annahme durchaus so lange Sinn, wie ein Akteur es sich nicht zum Ziel setzt, seine Gruppenzugehörigkeit und damit seine (v.a. personale) Identität stark zu wandeln.<sup>192</sup> Trotz dieser Einschränkung scheint die Frage, ob man jedem Staat unabhängig von seinem kulturellen Hintergrund jede Norm als rechtmäßig vermitteln kann, sehr berechtigt.<sup>193</sup>

In diesem Zusammenhang wird auch die Möglichkeit einer möglichen *Normkonkurrenz* angesprochen. Diese von den AutorInnen der beiden Modelle ebenfalls nicht bedacht, obwohl bereits Kratochwil auf dieses Problem hingewiesen hatte – so stünden z.B. Freiheit und Gleichheit in einem nahezu unauflösbaren

<sup>186</sup> Vgl. Checkel, Jeffrey/Strom, Kaare 2000: Book Reviews: Thomas Risse, Stephen Ropp, and Kathryn Sikkink (Hrsg.), *The Power of Human Rights: International Norms and Domestic Change*, in: *Comparative Political Studies* 33:10, S. 1337-1343, hier S. 1339.

<sup>187</sup> Vgl. Laursen, Andreas: *Israel’s Supreme Court and International Human Rights Law: The Judgement on ‘Moderate Physical Pressure’*, in: *Nordic Journal of International Law* 69:4, S. 413–447. Er verweist auch darauf, dass diejenigen Bevölkerungsgruppen, die starken Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt sind, nicht unbedingt mit der Masse der Bevölkerung deckungsgleich sein müssen (wie z.B. palästinensischstämmige Israelis).

<sup>188</sup> Vgl. Laursen, Andreas: *Israel’s Supreme Court and International Human Rights Law: The Judgement on ‘Moderate Physical Pressure’*, in: *Nordic Journal of International Law* 69:4, S. 413–447, hier S. 445.

<sup>189</sup> Vgl. Jetschke, Anja/Liese, Andrea 2009: *The Spiral Model: How Does It Score After Ten Years?*, Paper presented for the Workshop: *The Power of Human Rights – Ten Years After Workshop* at the University of Wyoming Conference Center, Laramie WY, August 27-29, 2009, online unter <[http://faculty.maxwell.syr.edu/hpschmitz/Human\\_Rights\\_2009/JetschkeLiese\\_Spiral%20Model\\_Review.pdf](http://faculty.maxwell.syr.edu/hpschmitz/Human_Rights_2009/JetschkeLiese_Spiral%20Model_Review.pdf)>, rev. 02.02.2012, S. 13.

<sup>190</sup> Vgl. Marsh, Christopher/Payne, Daniel P. 2007: *The Globalization of Human Rights and the Socialization of Human Rights Norms*, in: *Brigham Young University Law Review* 2007:3, S. 665-687, hier S. 670.

<sup>191</sup> Vgl. Acharya, Amitav 2004: *How Ideas Spread: Whose Norms Matter? Norm Localization and Institutional Change in Asian Regionalism*, in: *International Organization*, 58:2, S. 239- 275, hier S.

<sup>192</sup> Klassisches Beispiel für einen solchen Identitätswandel ist Neuseeland, das sich lange Zeit als dem “Westen“ zugehörig empfand, sich heute aber als Mitglied der Pazifikstaaten sieht.

<sup>193</sup> Vgl. Payne, Rodger A. 2001: *Persuasion, Frames and Norm Construction*, in: *European Journal of International Relations* 7:1, S. 37-61, hier S. 45.

Spannungsverhältnis.<sup>194</sup> Ein Blick in die Empirie zeigt, dass Staaten sehr häufig einander widersprechende bzw. in einem Spannungsverhältnis zueinander stehende Normen anerkennen und dass es in vielen Staaten Routine ist, jene Rechte ggf. gerichtlich gegeneinander abzuwägen (wie etwa in Deutschland Persönlichkeitsrechte und Pressefreiheit). Dies beantwortet jedoch die Frage nicht, ob es einem Staat möglich ist, einander widersprechende Normen zu internalisieren oder ob ihn dies in unlösbare Identitätskonflikte verwickeln würde.<sup>195</sup>

Die untersuchten Normen selbst erscheinen vielen AutorInnen als zu statisch konzipiert. Schließlich sei es eher unwahrscheinlich, dass eine internationale Norm nach einem Diffusionsprozess und ihrer innerstaatlichen Verankerung noch exakt den gleichen Inhalt habe, wie am Beginn dieses Prozesses.<sup>196</sup> Dabei könnten “Normempfängerländer” den Inhalt einer Norm nicht nur ihren eigenen Bedürfnissen und kulturellen Gegebenheiten anpassen, sondern durchaus auch einen Wandel der Auslegung dieser Norm bei anderen Akteuren bewirken. Gerade durch den engen Dialogprozess, den ein Staat mit *norm entrepreneurs* führe, sei es sogar wahrscheinlich, dass sich das Normverständnis auch bei den *norm entrepreneurs* wandle – der Dialog also keine Einbahnstraße sei.<sup>197</sup>

### *Schwierigkeit der Einordnung in Phasen*

Eine dritte große Schwierigkeit, die bei Versuchen, Modelle der Normdiffusion empirisch zu überprüfen, immer wieder auftritt, ist die Einordnung der Situation eines Landes in die einzelnen Phasen der Modelle. Viele AutorInnen gehen auf die bereits und Punkt 2.1.3 geäußerte Kritik ein, dass die Phase der Entstehung einer Norm nicht in den Blick genommen, sondern lediglich die Durchsetzung bereits bestehender Normen beschrieben wird – beide Modelle also eine weitere, vorgelagerte Stufe einführen sollten.<sup>198</sup>

Bezüglich der beschriebenen Phasen weist z.B. Schwarz darauf hin, dass sich die Menschenrechtssituation in einem Land teilweise nicht einheitlich einer Phase zuordnen ließe und ein Land – je nach aktueller politischer Situation – ständig zwischen den beschriebenen Phasen hin- und herspringen könne, wie es in Algerien der Fall gewesen sei.<sup>199</sup> Daran anschließend wird kritisiert, dass in den im Spiralmodell angeführten Fallstudien ein Staat immer als Ganzes eine Stufe “weiterrückt” oder in einer Phase verharret, obwohl es empirisch häufig der Fall sei, dass ein Staat verschiedene (Menschenrechts-)Normen unterschiedlich schnell umsetzt.<sup>200</sup> Unbemerkt findet hier auch

<sup>194</sup> Vgl. Kratochwil, Friedrich V. 1989: *Rules, Norms and Decisions: On the Conditions of Practical and Legal Reasoning in International Relations and Domestic Affairs*, Cambridge, S. 62.

<sup>195</sup> Dieser Frage kam in meinen Fallstudien eine wichtige Rolle zu; vgl. S. 537 der Arbeit.

<sup>196</sup> Vgl. Kersbergen, Kees van/Verbeek, Bert Jan 2007: *The Politics of International Norms: Subsidiarity and the Imperfect Competence Regime of the European Union*, in: *European Journal of International Relations* 13:2, S. 217-238, hier S. 222.

<sup>197</sup> Vgl. Marsh, Christopher/Payne, Daniel P. 2007: *The Globalization of Human Rights and the Socialization of Human Rights Norms*, in: *Brigham Young University Law Review* 2007:3, S. 665-687, hier S. 670.

<sup>198</sup> Vgl. Hofferberth, Matthias/Weber, Christian 2009: *Lost in translation – Constructivist norm research and its conceptual limits*, Paper to be presented at the 5th ECPR General Conference, 10 - 12 September 2009, Potsdam, S. 13.

<sup>199</sup> Vgl. Schwarz, Rolf 2002: *Staat, Macht und Menschenrechte in Algerien. Eine Dekonstruktion konstruktivistischer Erklärungsversuche*, Münster, S. 129.

<sup>200</sup> Vgl. Shor, Eran 2008: *Conflict, Terrorism, and the Socialization of Human Rights Norms. The Spiral Model Revisited*, in: *Social Problems* 55:1, S. 117-138, hier S. 118.

ein Fokuswandel von der Diffusion (einzelner) Normen hin zur Frage, ob und wie Staaten in ihrer Gesamtheit die Phasen des Spiralmodells durchlaufen, statt.

Schon sehr nah an meiner Vermutung einer Normerosion liegt die Feststellung, dass ein Rückfall in frühere Phasen von den AutorInnen nicht betrachtet wird. Zwar geben die AutorInnen des Spiralmodells in ihrer theoretischen Einführung an, ihr Modell erlaube auch Rückschritte in der Normentwicklung,<sup>201</sup> dies wird später jedoch nicht wieder aufgegriffen. Ganz im Gegenteil stufen die AutorInnen den einzigen ihrer untersuchten Fälle, in dem eine solche Rückentwicklung eintrat (Tunesien), einfach als Ausnahme ab, die die Regel bestätige.<sup>202</sup> Dagegen werfen einige KritikerInnen die Frage auf, ob ein Staat, der eine Norm noch nicht internalisiert hat, nicht automatisch auf eine frühere Modellstufe zurückfallen müsse, sobald der Druck von Seiten der internationalen Gemeinschaft und der eigenen Zivilbevölkerung nachlasse.<sup>203</sup> In Bezug auf den *Norm Life Cycle* wird in ähnlicher Form kritisiert, dass eine Normdurchsetzung nach Erreichen des *tipping points* als unumkehrbar dargestellt wird.<sup>204</sup> Allerdings beziehen sich diese Kritiken auf die Phasen *vor* der Norminternalisierung; diese letzte Stufe wird weiterhin als unumkehrbar angesehen. Entsprechend stehen im Fokus dieser Kritik Staaten, die noch nicht als Mitglieder einer Gemeinschaft angesehen werden, welche die Anerkennung bestimmter Normen zur Grundlage hat.

Speziell an der Phase der Norminternalisierung wird kritisiert, diese werde zum einen zu wenig operationalisiert, d.h. es bleibe unklar, welche Akteure innerhalb eines Staates eine Norm internalisiert haben müssen, um generell von einer internalisierten Norm ausgehen zu können.<sup>205</sup> Dies hänge mit dem Problem zusammen, dass zumindest in den Fallstudien des Spiralmodells kein Staat die Internalisierungsphase erreicht habe und diese deshalb den entsprechenden Kapiteln nicht mehr behandelt würden.<sup>206</sup>

### 2.3.3 Unberücksichtigte Faktoren

Neben der theoretischen und empirischen Kritik an den Inhalten der beiden Modelle wird bemängelt, dass diese einige bei der Normdiffusion wichtige Faktoren völlig unberücksichtigt lassen. Ich reihe mich in diese Kritik ein, werde jedoch kurz auf meine Mit-KritikerInnen eingehen, die sich mit der mangelnden Auseinandersetzung der Modelle

<sup>201</sup> Vgl. Risse, Thomas/Jetschke, Anja/Schmitz, Hans Peter 2002: Die Macht der Menschenrechte. Internationale Normen, kommunikatives Handeln und politischer Wandel in den Ländern des Südens, Baden-Baden, S. 53.

<sup>202</sup> Vgl. Shor, Eran 2008: Conflict, Terrorism, and the Socialization of Human Rights Norms. The Spiral Model Revisited, in: *Social Problems* 55:1, S. 117-138, hier S. 121.

<sup>203</sup> Vgl. Beyer, Jessica L./ Hofmann, Stephanie C. 2005: Is Neutrality Out of Fashion? The Decline of the Norm of Neutrality in Austria, Finland, Ireland, and Sweden, Paper presented at the Annual Meeting of the International Studies Association in Honolulu, Hawaii, March 2005, S. 5.

<sup>204</sup> Vgl. Hofferberth, Matthias/Weber, Christian 2009: Lost in translation – Constructivist norm research and its conceptual limits, Paper to be presented at the 5th ECPR General Conference, 10 - 12 September 2009, Potsdam, S. 13.

<sup>205</sup> Vgl. Kelley, Judith 2008: Assessing the Complex Evolution of Norms: The Rise of International Election Monitoring, in: *International Organization* 62:1, S. 221-255, hier S. 232.

<sup>206</sup> Vgl. Jetschke, Anja/Liese, Andrea 2009: The Spiral Model: How Does It Score After Ten Years?, Paper presented for the Workshop: The Power of Human Rights – Ten Years After Workshop at the University of Wyoming Conference Center, Laramie WY, August 27-29, 2009, online unter <[http://faculty.maxwell.syr.edu/hpschmitz/Human\\_Rights\\_2009/JetschkeLiese\\_Spiral%20Model\\_Review.pdf](http://faculty.maxwell.syr.edu/hpschmitz/Human_Rights_2009/JetschkeLiese_Spiral%20Model_Review.pdf)>, rev. 02.02.2012, S. 13.

mit Fragen der *non-compliance* und der unterschiedlichen Interpretation von Normen sowie der Möglichkeit einer Normerosion auseinandersetzen.

### *Fälle von non-compliance und unterschiedliche Norm-Interpretationen*

Wie bereits unter Punkt 1.2.1 angeführt, können weder Spiralmodell noch *Norm Life Cycle* erklären, wie es in späteren Phasen der Normdiffusion zu *non-compliance* kommen kann, da die entsprechend angepasste Identität eines Akteurs diesem eine permanente Normbefolgung nahelegt. Die Frage, was geschieht, wenn ein Akteur eine Norm einmal nicht einhält, wird folglich nicht thematisiert. Ein Blick in die Empirie zeigt jedoch, dass vereinzelte Normverletzungen weniger Staaten meist keine schwerwiegenden Folgen haben. Würden die Normverstöße von der internationalen Gemeinschaft sanktioniert, könne dies sogar zu einer internationalen Stärkung der Norm führen, da potentielle Nachahmungstäter abgeschreckt und die Gültigkeit der Norm international bekräftigt würde.<sup>207</sup> Ich teile zwar diese Ansicht, sie beantwortet jedoch nicht meine Frage, wie es überhaupt möglich ist, dass ein Akteur eine internalisierte Norm bricht.

Eine mögliche Antwort, die auf die Ausgangskonstellation meiner Fälle nicht zutrifft, hier aber dennoch nicht unberücksichtigt bleiben soll, ist der Verweis auf die unterschiedliche Interpretation von Normen. So könnte manches Verhalten von der internationalen Gemeinschaft als Normbruch bewertet werden, das der beschuldigte Akteur selbst aufgrund einer anderen Auslegung der Norm als normkonform bezeichnen würde.<sup>208</sup> Kersbergen verweist zu Recht darauf, dass gerade AnhängerInnen des Konstruktivismus damit rechnen müssten, dass unterschiedliche Akteure Normen höchst unterschiedlich betrachten und für sich sozial konstruieren würden – oder auch eine Situation dahingehend unterschiedlich einschätzten, welche Norm gerade die angemessenste Verhaltensrichtlinie sei. Entsprechend käme es unter Akteuren, die eine Norm bereits anerkannt haben, also in den Stadien der Normdiffusion bereits weit fortgeschritten seien, zu permanenten Debatten über die “richtige” Auslegung einer Norm. Sandholtz geht deshalb davon aus, dass Normen in Wellenbewegungen von Akteuren zunächst als statisch und verhaltensregulierend wahrgenommen werden, sich aber nach einiger Zeit häufig ein Disput über die tatsächliche Anwendung einer Norm ergibt, der z.B. durch zuvor nicht bedachte technische Neuerungen hervorgerufen werden kann. Schließlich würden sich die Akteure auf ein bestimmtes, als angemessen angesehenes Verhalten einigen und den Bereich der Normanwendung somit neu festlegen.<sup>209</sup> Noch einen Schritt weiter gehen die AnhängerInnen der *logic of contestedness*, indem sie davon ausgehen, dass Normen sich niemals “verfestigen”, sondern ihr Gehalt und ihre Anwendbarkeit permanent umstritten und von den verschiedenen Perspektiven unterschiedlicher Akteure abhängig bleiben. Da eine solche Grundeinstellung mit der Annahme von Normdiffusionsprozessen hin zu einer Norminternalisierung nicht in Einklang zu bringen ist, werde ich erst unter Punkt 2.5 näher auf sie eingehen. Wichtig

<sup>207</sup> Vgl. Sandholtz, Wayne 2008: Dynamics of International Norm Change: Rules against Wartime Plunder, in: European Journal of International Relations 14:2, S. 101-131, hier S. 109.

<sup>208</sup> Vgl. Kersbergen, Kees van/Verbeek, Bert Jan 2007: The Politics of International Norms: Subsidiarity and the Imperfect Competence Regime of the European Union, in: European Journal of International Relations 13:2, S. 217-238, hier S. 221.

<sup>209</sup> Vgl. Sandholtz, Wayne 2008: Dynamics of International Norm Change: Rules against Wartime Plunder, in: European Journal of International Relations 14:2, S. 101-131, hier S. 103f.

erscheint jedoch, festzuhalten, dass Normen weder in der Phase ihrer Diffusion, noch nach ihrer Anerkennung, immer als statische Konstrukte aufgefasst werden, deren Gehalt von den beteiligten Akteuren nicht mehr neu bestimmt werden kann.

### *Fälle von Normerosion*

Unter Fälle von Normwandel ist letztlich auch die Möglichkeit einer Normerosion zu fassen. Dieses Thema erwähnt haben meiner Kenntnis nach vier AutorInnen, die jedoch meist nur mit wenigen Sätzen darauf eingehen. So bemängelt Schwarz, das Spiralmodell mache *“keine Aussagen, wann und vor allem aufgrund welcher Kausalitäten es zu einer Verschlechterung der Menschenrechtssituation kommen kann.”*<sup>210</sup> Ein ähnliches Forschungsdesiderat formulieren Beyer/Hofmann in Bezug auf den *Norm Life Cycle*, in dem *“understanding the decline and the appearance of norms has remained undertheorized.”*<sup>211</sup>

Crawford widmet dem Phänomen einer *“Denormalization”* immerhin zwei Seiten und erkennt mit ihrem Fokus auf argumentative Praxen bereits, dass hierbei das Hinterfragen bestimmter Grundsätze eine wichtige Rolle spielt: *“The move to denormalize is successful to the extent that previously taken-for-granted practices are no longer seen as givens.”*<sup>212</sup>

McKeown schließlich versucht, dem *Norm Life Cycle* eine *“Norm Death Series”* gegenüberzustellen.<sup>213</sup> Entsprechend entwickelt er ein ebenfalls dreistufiges Modell des *“norm regress”*, in dem anstelle von *norm entrepreneurs* sog. *norm revisionists* eine wichtige Rolle spielen, die gezielt auf die Zerstörung einer Norm hinwirken und die McKeown allein mit der Regierung eines untersuchten Staates gleichsetzt. Die erste Phase seines Modells ist zunächst mit der letzten des *Norm Life Cycle*, also der Norminternalisierung, identisch (in den drei zuvor genannten Texten wird der Ausgangspunkt der Normerosion dagegen nicht explizit genannt). In ihr treten jedoch bereits *norm revisionists* auf, *“who actively seek to re-shape understandings of their country’s relationship to the norm”*.<sup>214</sup> In der zweiten Phase kommt es zu einer *“reverse cascade”*, in deren Verlauf die Norm zunächst innerstaatlich, dann international immer mehr an Wirkung verliert:

“...at the far end of the second stage of the reverse cascade, if the challenge is sufficiently echoed by other respected members of the system, the norm suffers an international crisis of legitimacy where the ‘rightfulness’ of its precepts is questioned. If this crisis is not resolved, then norm regress reaches the final stage of the norm death series: the expiration of the norm.”<sup>215</sup>

Mit seinem Ansatz des *norm regress* steht McKeown meiner Auffassung einer Normerosion noch am nächsten. Allerdings weichen mein Forschungsanliegen und meine Vorgehensweise von den seinigen stark ab – u.a. deshalb, weil es mir gerade nicht um die

<sup>210</sup> Schwarz, Rolf 2002: Staat, Macht und Menschenrechte in Algerien. Eine Dekonstruktion konstruktivistischer Erklärungsversuche, Münster, S. 81.

<sup>211</sup> Beyer, Jessica L./ Hofmann, Stephanie C. 2005: Is Neutrality Out of Fashion? The Decline of the Norm of Neutrality in Austria, Finland, Ireland, and Sweden, Paper presented at the Annual Meeting of the International Studies Association in Honolulu, Hawaii, March 2005, S. 3.

<sup>212</sup> Crawford, Neta 2002: Argument and Change in World Politics, Cambridge, S. 102.

<sup>213</sup> McKeown, Ryder 2009: Norm Regress: US Revisionism and the Slow Death of the Torture Norm, in: International Relations 23:5, S. 5-25, hier S. 6.

<sup>214</sup> McKeown, Ryder 2009: Norm Regress: US Revisionism and the Slow Death of the Torture Norm, in: International Relations 23:5, S. 5-25, hier S. 11.

<sup>215</sup> McKeown, Ryder 2009: Norm Regress: US Revisionism and the Slow Death of the Torture Norm, in: International Relations 23:5, S. 5-25, hier S. 11.

Entwicklung weiterer Modelle geht und weil McKeown von einem intentionalen Handeln der Regierung ausgeht, die eine Norm bewusst zerstören will.<sup>216</sup> Eine solche Vorannahme widerspricht jedoch meiner methodischen Vorgehensweise ebenso, wie meinen empirischen Ergebnissen.<sup>217</sup>

## 2.4 Das Akteur-Struktur-Problem vor dem Hintergrund der Normtheorie

*“...it is part and parcel of experience to feel both free and enchained, capable of shaping our own future and yet confronted by towering, seemingly impersonal constraints.”<sup>218</sup>*

Im vorangegangenen Unterkapitel ist bereits deutlich geworden, dass sämtliche Ansätze der Normtheorie bezüglich der Definition, Entstehung, Durchsetzung und Internalisierung von Normen höchst umstritten sind. Die Normdebatte wird dabei von einem der zentralen Probleme der Sozialwissenschaften beeinflusst: dem Akteur-Struktur-Problem. Die verschiedenen Positionen und Lösungsansätze zum ASP spiegeln sich – oft unausgesprochen – in den unterschiedlichen Haltungen der NormtheoretikerInnen: So es uns z.B. in der Kritik am Spiralmodell begegnet, dieses würde den Regierungen menschenrechtsverletzender Staaten zu wenig Handlungsspielraum zugestehen oder in der Frage, ob Staaten als kollektiven Akteuren eine Identität zugeschrieben werden kann.<sup>219</sup>

Für meine Fragestellung von besonderer Relevanz sind diejenigen Arbeiten zum ASP, die sich auf den Status internalisierter Normen und die Möglichkeit einer vom Akteur ausgehenden Normerosion beziehen lassen. Denn letztlich steht hinter meinem Forschungsinteresse die metatheoretische Frage, wie es möglich ist, dass das Wechselverhältnis von Akteurshandeln (*agency*) und stark verfestigten Strukturen (internalisierten Normen) zulasten letzterer kippt, obwohl die handlungsleitenden Strukturen den Akteuren zuvor kaum noch bewusst waren. Zwar ist die exakte Frage, wie Akteure ihren Handlungsspielraum auf Kosten von Strukturen ausweiten können, nicht Gegenstand der Debatte (sonst wäre auch meine Dissertation überflüssig), doch bietet die ASP-Diskussion eine Klärung der für mich grundlegenden Konzepte von *agency* und Strukturen (deren Unterkategorie Normen sind) sowie verschiedene Sichtweisen darauf, wie deren Wechselwirkung überhaupt konzipiert werden kann.

Um der Antwort auf meine Frage etwas näher zu kommen, werde ich mich in diesem Sinne kurz der Frage widmen, was die Akteur-Struktur-Debatte ausmacht (2.4.1), dann auf die Fragen eingehen, was eigentlich als Akteur und was als Struktur bezeichnet werden kann (2.4.2 bzw. 2.4.3) sowie schließlich verschiedene Möglichkeiten ihres Wechselverhältnisses skizzieren (2.4.4) und zuletzt deutlich machen, in welchen Ansätzen ich meine Arbeit verorte (2.4.5).

<sup>216</sup> Vgl. Kapitel 3.2.1 der Arbeit. Um dem Vorwurf eines Plagiaten dennoch vorzubeugen, möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass meine Dissertation in Teilen auf meiner gemeinsam mit Elvira Rosert verfassten Magisterarbeit beruht, die bereits 2006 fertiggestellt wurde (also drei Jahre vor der Veröffentlichung des Modells von McKeown). Ein späterer Austausch via e-Mail hat ergeben, dass Ryder McKeown sein Modell auch unabhängig von meiner und Elvira Roserts Arbeit entwickelt hat.

<sup>217</sup> Vgl. S. 120 bzw. 534 der Arbeit.

<sup>218</sup> Archer, Margaret 1996: *Culture and Agency: The Place of Culture in Social Theory*, Cambridge, S. XII.

<sup>219</sup> Vgl. S. 52 bzw. 61 der Arbeit.

### 2.4.1 Das ASP in den IB

Der Beginn der Debatte über das ASP in den Internationalen Beziehungen ist im Zusammenhang mit dem Aufkommen des IB-Konstruktivismus zu sehen: Wie oben angeführt, ist es eine der (wenigen) Grundüberzeugungen aller KonstruktivistInnen, dass Akteure und Strukturen in einem Wechselverhältnis stehen. Entsprechend waren es v.a. AnhängerInnen der damals neu entstehenden konstruktivistischen Ansätze, die ab Mitte der 1980er Jahre begannen, sich mit dieser metatheoretischen Fragestellung auseinanderzusetzen.<sup>220</sup> Dessler umriss das Problem 1989 wie folgt:

“This problem is, strictly speaking, a philosophical one. It emerges from two uncontentious truths about life: first, that human agency is the only moving force behind the actions, events, and outcomes of the social world; and second, that human agency can be realized only in concrete historical circumstances that condition the possibilities for action and influence its course. (...) These truths impose two demands on our scientific explanations: first, that they acknowledge and account for the powers of agents; and second, that they recognize the causal relevance of ‘structural factors’, that is, the condition of action. The ‘agent-structure-problem’ refers to the difficulties of developing theory that successfully meets both demands.”<sup>221</sup>

Dass Desslers Anspruch, Theorien zu entwickeln, die dem postulierten Wechselverhältnis Rechnung tragen, so einfach nicht umzusetzen ist, zeigt schon die Tatsache, dass die ASP-Debatte (nach einigen Höhen und Tiefen) bis heute anhält,<sup>222</sup> so dass mittlerweile die Forderung laut wird, das ASP endlich *ad acta* zu legen, denn es sei “*a hindrance to much-needed research into issues of vital concern.*”<sup>223</sup> Dagegen pochen v.a. TeilnehmerInnen der ASP-Debatte auf deren große Relevanz für *alle* Sozialwissenschaften, da es unmöglich sei, Theorien über soziale Phänomene zu entwickeln, ohne (unbewusst) eine bestimmte soziale Ontologie zu Grunde zu legen: “*...any attempt to conceptualise political phenomena inevitably involves the adaptation of some picture of the nature of social being.*”<sup>224</sup> Um evtl. Unstimmigkeiten innerhalb von Theorien aufdecken und theoretische Ansätze besser miteinander vergleichen zu können, sei es deshalb elementar wichtig, die darin enthaltenen ontologischen Vorverständnisse offen zu legen.

<sup>220</sup> Als erster Text zum ASP in den IB gilt Wendt, Alexander 1987: The Agent-Structure Problem in International Relations Theory, in: International Organization 41:3, S. 335–370.

<sup>221</sup> Dessler, David 1989: What's at Stake in the Agent-Structure Debate?, in: International Organization 43:3, S. 441-473, hier S. 443.

<sup>222</sup> Bieler sieht eine erste “Debattenwelle“ in den IB Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre und eine zweite um die Jahrtausendwende. Vgl. Bieler, Andreas/Morton, Adam David 2001: The Gordian Knot of Agency-Structure in International Relations: A Neo-Gramscian Perspective, in: European Journal of International Relations 7:1, S. 5-36, hier S. 5. Die Debatte hält jedoch bis heute an, so dass die neusten von mir berücksichtigten Texte aus den Jahren 2007/2008 stammen. Die ASP-Diskussion wird v.a. von einigen wenigen, sehr prominenten IB-Theoretikern geführt, deren Positionen teilweise unten kurz aufgeführt werden – ohne, dass ich hier Anspruch auf Vollständigkeit erheben möchte. Ich betone dies auch deshalb, weil die Debatte bedauerlicherweise immer weniger um inhaltliche Fragen kreist, sondern in zunehmendem Maße einem Schlagabtausch darüber gleicht, welcher Standpunkt welcher Schule zuzuordnen sei und wer wen falsch verstanden bzw. falsch “einsortiert“ habe.

<sup>223</sup> Wight, Colin 2002: Philosophy of Social Science in International Relations, in: Carlsnaes, Walter/Risse, Thomas/Simmons, Beth A. (Hrsg.): Handbook of International Relations, London, S. 23-51, hier S. 24. Vgl. auch Sjöberg, Gideon 1995: Review of Sztomka, Piotr 1995: Agency and Social Structure. Reorienting Social Theory, in: Social Forces 73:4, S. 1624.

<sup>224</sup> Lewis, Paul A. 2002: Agency, Structure and Causality in Political Science: A Comment on Sibeon, in: Politics 22:1, S. 17-23, hier S. 17.

Wight, von dem die oben zitierte Generalkritik stammt, ist jedoch in der Annahme recht zu geben, dass sich die ASP-Debatte in den IB auch deshalb so schwierig gestaltet, weil noch immer nicht klar ist, was genau deren Gegenstand sein sollte und was nicht:<sup>225</sup>

“The alleged debate on structure and agency is actually a loose constellation of at least three debates: (a) the relationship between objective and subjective; (b) levels of analysis; and (c) the structuration debate about the co-constitution of structures and agents.”<sup>226</sup>

Für mein Forschungsinteresse ist die dritte dieser Fragen ausschlaggebend, weshalb ich auf die anderen beiden Fragen in diesem Unterkapitel nicht eingehen (wohl aber implizit in den folgenden Kapiteln dazu Stellung beziehen) werde.

## 2.4.2 Was ist agency?

*Sind Staaten auch nur Menschen?*

Um ein Wechselverhältnis von Akteuren und Strukturen beschreiben zu können, muss zunächst geklärt werden, wer überhaupt als Akteur anerkannt wird und welche Eigenschaften einen Akteur als solchen konstituieren.

In den IB ist dabei besonders die Frage, ob Staaten als einheitliche Akteure behandelt werden können, zentral.<sup>227</sup> Generell sprechen sich nur wenige “IBlerInnen” gegen diese Annahme aus, dafür umso mehr SoziologInnen und ForscherInnen, die im Grenzgebiet dieser beiden Disziplinen arbeiten. So ist etwa Sibeon überzeugt, dass

“...the state is not an actor: the state is an institutional domain made up of individual and social actors, but ‘the state’ is a highly differentiated phenomenon that is not sufficiently integrated to constitute a unitary actor possessed of the capacity to formulate and act upon decisions.”<sup>228</sup>

Insbesondere Wendt, der die ASP-Debatte in den IB ausgelöst hatte, wird vorgeworfen, mit Akteuren automatisch und unreflektiert Staaten zu assoziieren,<sup>229</sup> obwohl ein Staat nichts weiter sein könne, als die Summe all seiner BewohnerInnen und deren Handlungen – also eine von Individuen etablierte *Struktur*.<sup>230</sup> Den Staat als einheitlichen Akteur aufzufassen, hieße nicht nur, innerstaatliche “*human agency*” zu verschweigen, wie z.B. die Aktivitäten nationaler Menschenrechtsnetzwerke, sondern auch, ihn als ein zu statisches Konstrukt aufzufassen, dessen Wandlungen – z.B. hin zu einem respektierten Mitglied der

<sup>225</sup> Vgl. Wight, Colin 2002: Philosophy of Social Science in International Relations, in: Carlsnaes, Walter/Risse, Thomas/Simmons, Beth A. (Hrsg.): Handbook of International Relations, London, S. 23-51, hier S. 24.

<sup>226</sup> Wæver, Ole 1994: Resisting the Temptation of Post Foreign Policy Analysis, in: Carlsnaes, Walter/Smith, Steve (Hrsg.): European Foreign Policy, London, S. 238-273, hier S. 260.

<sup>227</sup> Eine andere Frage, die eher in der Soziologie debattiert wird, ist, ob *Dingen*, wie Computern, die die Arbeitswelt revolutioniert haben, *agency* zugesprochen werden kann. Im Unterschied zur Debatte in den IB geht es hier jedoch nicht um soziale Konstrukte. S. Cooren, François/Thompson, Fiona/Canestraro, Donna/Bodor, Tamás 2006: From Agency to Structure. Analysis of an Episode in a Facilitation Process, in: Human Relations 59:4, S. 533-566.

<sup>228</sup> Sibeon, Roger 1999: Agency, Structure and Social Chance as Cross-disciplinary Concepts, in: Politics 19:3, S. 139-144, hier S. 141.

<sup>229</sup> Vgl. Wendt, Alexander 1987: The Agent-Structure Problem in International Relations Theory, in: International Organization 41:3, S. 335-370, hier S. 338.

<sup>230</sup> Vgl. Wight, Colin 1999: They Shoot Dead Horses Don't They? - Locating Agency in the Agent-Structure Problematique, in: European Journal of International Relations, 5:1, S. 109-142, hier S. 127f. Wight beruft sich dabei auch auf die Auffassung Bhaskars, auf den Wendt wiederum stark Bezug genommen hatte.



internationalen Gemeinschaft – nur noch schwer nachvollziehbar gemacht werden könnten.<sup>231</sup> Wendt selbst hat sich der Kritik, Akteure zu unreflektiert mit Staaten gleichgesetzt zu haben, inzwischen angenommen und diese Gleichsetzung ausführlich begründet.<sup>232</sup> Für die Annahme, dass Staaten als einheitliche Akteure behandelt werden könnten, spräche zunächst einmal, dass sie nicht nur in der Politikwissenschaft, sondern seit langem auch in Politik, Medien und Öffentlichkeit personalisiert würden.<sup>233</sup> So erklären uns Nachrichtensprecher jeden Tag, dass Iran die Menschenrechte missachte, Island das Walfangverbot nicht unterzeichnen wolle oder Marokko sich verstärkt bemühe, in der internationalen Gemeinschaft anerkannt zu werden.

Speziell in den Internationalen Beziehungen hängt die Tradition der starken Personalisierung des Staates aber auch mit dem Verlauf der Herausbildung verschiedener Theorieschulen zusammen. So war es immer ein Kernanliegen der IB, staatliches Verhalten *nach außen*, d.h. im internationalen System zu erklären. Da neorealistic Ansätze zunächst davon ausgingen, dass staatliches Verhalten maßgeblich von der anarchischen Struktur des internationalen Systems, also *von außen* bestimmt wurde, innerstaatlichen Prozessen somit nur eine untergeordnete Rolle zukam und zudem Staaten als Hauptakteure des internationalen Systems betrachtet wurden, machte es Sinn, Staaten als einheitlich handelnde *black boxes* zu beschreiben. Erst, als immer klarer wurde, dass sich nur ein Bruchteil staatlichen Außenverhaltens mit diesen Ansätzen erklären ließ, dass staatliches Verhalten z.B. mit der Staatsform in Zusammenhang stehen könnte (Stichwort: demokratischer Friede) oder dass Staaten durchaus nicht die einzigen prägenden Akteure des internationalen Systems sind (Stichwort: NGOs als *norm entrepreneurs*), wurden Theorien, die die *black box* Staat bewusst öffneten, immer populärer – was allerdings nicht bedeutete, dass Ansätze, die Staaten weiterhin personalisieren, generell delegitimiert worden wären. Wie oben gesehen, betrachten selbst neuere konstruktivistische Ansätze den Staat teilweise als einheitlichen Akteur, etwa, wenn es um die Frage geht, warum ein Staat eine Norm anerkennt oder bricht. Im Gegensatz zu anderen Theorien gehört es jedoch zu den selbstgesteckten Aufgaben des Konstruktivismus, zu hinterfragen, wie es zu einer Wahrnehmung eines Staates als Einheit überhaupt kommt – etwa, indem die Frage nach einer einheitlichen und klar von anderen Staaten unterscheidbaren Identität gestellt wird. KonstruktivistInnen fassen den Staat somit bewusst als soziales Konstrukt auf, auf das ein Zurückzugreifen in der Theoriebildung auch deshalb legitim ist, weil es als solches weite Verbreitung findet, d.h. in- und außerhalb der Disziplin ständig reproduziert wird (und weniger, weil vereinfachende *parsimony* in der Theoriebildung gefragt wäre). So schließe ich mich der Ansicht an, dass es auch vor dem Hintergrund unserer Disziplingeschichte für die Theoriebildung in den IB weiterhin Sinn macht, Staaten als einheitliche Akteure behandeln zu *können*. Bejaht man die Frage, ob so komplexe Gebilde wie Staaten als einheitliche Akteure angesehen werden können, so fällt die Betrachtung (noch) homogenerer

<sup>231</sup> Vgl. Smith, Steve 2000: Wendt's World, in: Review of International Studies 26:1, S. 151-163, hier S. 162.

<sup>232</sup> Vgl. Wendt, Alexander 2000: On the Via Media. A Response to the Critics, in: Review of International Studies 26:1, S. 165-180 und insbesondere Wendt, Alexander 2004: The State as Person in International Relations Theory, in: Review of International Studies 30:2, S. 289-316.

<sup>233</sup> Laut Wendt ist die Personalisierung von Staaten zumindest im "Westen" seit dem 18. Jh. gang und gäbe. Vgl. Wendt, Alexander 2004: The State as Person in International Relations Theory, in: Review of International Studies 30:2, S. 289-316, hier S. 289.

kollektiver Akteure, wie etwa Menschenrechts-NGOs, die einheitliche Ziele verfolgen, als Akteure umso leichter.

Wenn es einem theoretischen Ansatz dagegen eher dient, (nur) auf innerstaatliche Prozesse zu fokussieren und den Staat als übergeordnete *Struktur* zu begreifen, ist dies jedoch ebenfalls legitim. Wie der Staat eingeschätzt wird, hängt somit von der jeweiligen Perspektive und die gewählte Perspektive wiederum von der vorliegenden Forschungsfrage ab.<sup>234</sup> So betont auch Wendt, dass es ihm, als er Akteure mit Staaten gleichsetzte, um die Frage ging “*how should we understand the social construction of the state system*”, not, “*how should we understand the social construction of the state*?”<sup>235</sup> Ein Beispiel für einen Ansatz, der beide Perspektiven vereint, ist das Spiralmodell des Menschenrechtswandels, das den Staat sowohl als einheitlichen, in die internationale Gemeinschaft “hinein sozialisierten” Akteur beschreibt, als auch Einblicke in innerstaatliche Aushandlungsprozesse (und die Vernetzung nicht-staatlicher Akteure über Ländergrenzen hinweg) gewährt.<sup>236</sup>

### Was macht einen Akteur zum Akteur?

Wenn aber ein und dasselbe Subjekt, der Staat, wie oben gesehen, sowohl als Akteur, als auch als Struktur aufgefasst werden kann, wie lassen sich dann Akteure und Strukturen überhaupt voneinander unterscheiden? Welche *Eigenschaften* machen einen Akteur zu einem Akteur und eine Struktur zu einer Struktur?

So einfach, wie sie auf den ersten Blick erscheint, lässt sich die Frage nicht beantworten. Buzan z.B. meint einen Akteur daran erkennen zu können, dass er eine “*capacity to do*” habe.<sup>237</sup> Aber “tun” Normen nicht auch etwas, wenn sie das Verhalten von Staaten beeinflussen, obwohl Normen offensichtlich keine Akteure, sondern Strukturen sind?<sup>238</sup> NormtheoretikerInnen würden diese Frage sicherlich bejahen – wobei allerdings umstritten bliebe, ob Normen (Strukturen) in gleicher Weise Handlungsmacht besitzen wie Staaten (Akteure) oder ob hier nicht zwei unterschiedliche Handlungskonzepte zugrunde

<sup>234</sup> Dieser Wechsel der Perspektive von Akteur/Einheit zu Struktur ist sicherlich nichts Ungewöhnliches. So würde auch eine typisch soziologische Perspektive einen Menschen als “Einheit“ ansehen, während ein Mediziner oder Psychologe hier vielleicht eine ganz andere Auffassung hat, eine Biologin das Zusammenspiel einzelner menschlicher Zellen betrachten, deren innerzelluläre Prozesse von einer Chemikerin oder Physikerin noch viel detaillierter beschrieben würden. Ähnlich verhält es sich mit dem Verhältnis von KlimatologInnen und MeteorologInnen etc.

<sup>235</sup> Zudem argumentiert er, dass eine Fokussierung auf den Staat als Akteur auch normativ richtig sei, denn “*[f]or all their faults, states are the only democratically-accountable institutions we have today to provide security and social order.*” Wendt, Alexander 2000: On the Via Media. A Response to the Critics, in: Review of International Studies 26:1, S. 165-180, hier S. 174.

<sup>236</sup> Diesen Schritt lehnt Wendt allerdings ab, der betont, dass eine Forschungsfrage immer nur eine der Ebenen beleuchten und die andere als statisch betrachten solle. Vgl. Wendt, Alexander 2000: On the Via Media. A Response to the Critics, in: Review of International Studies 26:1, S. 165-180, hier S. 175.

<sup>237</sup> Buzan, Barry/Little, Richard/Jones, Charles (Hrsg.) 1993: The Logic of Anarchy. Neorealism to Structural Realism, New York, zitiert nach Wight, Colin 1999: They Shoot Dead Horses Don't They? - Locating Agency in the Agent-Structure Problematique, in: European Journal of International Relations, 5:1, S. 109-142, hier S. 133.

<sup>238</sup> Für eine Einordnung von Normen als Strukturen vgl. S. 22 der Arbeit.

gelegt werden müssen.<sup>239</sup> Schließlich wird in der Debatte immer wieder betont, dass nur Akteure zu *agency* fähig sind:<sup>240</sup>

“In order to avoid reification – by which is meant the illegitimate attribution of agency to entities that are not actors – it is appropriate to define an actor as an entity that, in principle, has the means of formulating and acting upon decisions.”<sup>241</sup>

Als spezielle Eigenschaft des Akteurshandelns wird hier also die Fähigkeit bezeichnet, Entscheidungen zu treffen. Ob es eine notwendige Voraussetzung ist, dass ein Akteur seine Entscheidung bewusst trifft, oder nicht, ist hierbei umstritten. Insbesondere Giddens, auf den sich viele IB-TheoretikerInnen in ihren Arbeiten beziehen, geht davon aus, dass es das Wissen eines Akteurs über seinen Zustand ist, der ihn in die Lage versetzt, seine Situation durch bewusstes Handeln zu verändern: “*It is (...) the knowledge of rules that makes people capable of action.*”<sup>242</sup> Dagegen pocht etwa Hays darauf, dass Akteure zwar bewusst handeln können, was ein *Selbstbewusstsein* dieser Akteure impliziert,<sup>243</sup> dass Entscheidungen aber durchaus unbewusst getroffen werden können (s. Risses Beispiel einer roten Ampel) – wichtig sei nur, dass es eine *Handlungsalternative* gegeben hätte.<sup>244</sup> In beiden Fällen dient jedoch das Kriterium der Entscheidungsfreiheit zur Abgrenzung von Strukturen und Akteuren – denn schließlich kann eine Norm weder bewusst noch unbewusst *entscheiden*, ob sie auf Akteurshandeln einwirken möchte oder nicht.

Allerdings kann die Entscheidungsfreiheit von Akteuren nicht völlig unabhängig von Strukturen konzipiert werden: Die konstruktivistische Normtheorie geht ja gerade davon aus, dass Akteure *nicht* jederzeit völlige Entscheidungsfreiheit haben, ob sie Normen beachten oder nicht, sondern dass ihre Handlungsfreiheit von Strukturen begrenzt wird. Mehr noch, wieviel Wahl- und Handlungsfreiheit ein Akteur hat, wieviel *agency* ihm also zugesprochen wird, hängt maßgeblich von den – ihn als Akteur erst konstituierenden – Strukturen ab:

<sup>239</sup> Eine detaillierte Kritik einer ontologischen Gleichsetzung von Akteuren und Strukturen findet sich bei Hollis, Martin/Smith, Steve 1994: Two Stories about Structure and Agency, in: Review of International Studies 20:3, S. 241-251, hier S. 247f.

<sup>240</sup> *Agency* wird im Deutschen meist mit “Akteurshandeln“ übersetzt; die korrekte aber unschöne Übersetzung des “*agency-structure-problems*“ lautete also eigentlich “Akteurshandeln-Struktur-Problem“, die im deutschen Diskurs jedoch nicht verwendet wird.

<sup>241</sup> Sibeon, Roger 1999: Agency, Structure and Social Chance as Cross-disciplinary Concepts, in: Politics 19:3, S. 139-144, hier S. 140f. Vgl. Lewis, Paul A. 2002: Agency, Structure and Causality in Political Science: A Comment on Sibeon, in: Politics, 22:1, S. 17-23, hier S. 18.

<sup>242</sup> Sewell, William H. 1992: A Theory of Structure: Duality, Agency, and Transformation, in: American Journal of Sociology 98:1, S. 1-29, hier S. 7.

<sup>243</sup> S. zur Frage der Eigenschaft eines Selbstbewusstseins von Akteuren auch Friedman, Gil/Starr, Harvey 1997: Agency, Structure, and International Politics. From Ontology to Empirical Inquiry, London, S. 33 oder Joseph, Jonathan 2008: Hegemony and the Structure-Agency Problem in International Relations. A Scientific Realist Contribution, in: Review of International Studies 34:1, S. 109-128, hier S. 117.

<sup>244</sup> Vgl. Hays, Sharon 1994: Structure and Agency and the Sticky Problem of Culture, in: Sociological Theory 12:1, S. 57-72, hier S. 63. Einen Schritt weiter als Hays geht Shilling, der darauf verweist, dass die Debatte nur um die kognitiven Fähigkeiten kreise, die Akteuren zugestanden würden und dabei die Emotionen eines Akteurs, die bei der Entscheidungsfindung eine wichtige Rolle spielten, vernachlässige. In Bezug auf Individuen ist dem sicherlich zuzustimmen, allerdings ist es fraglich, ob kollektiven Akteuren ähnliche Emotionen unterstellt werden können. Vgl. Shilling, Chris 1999: Towards an Embodied Understanding of the Structure-Agency Relationship, in: The British Journal of Sociology, 50:4, S. 543-562.

“Structures (...) empower agents differently, which also implies that they embody the desires, intentions, and knowledge of actors differently as well. Structures, and the human agency they endow, are laden with differences in power.”<sup>245</sup>

Festzuhalten wäre also, dass Strukturen die Handlungsmacht und Wahlfreiheit von Akteuren einschränken oder auch erweitern können, dass die (bewusste) Entscheidung für bestimmte Handlungen innerhalb dieses von Strukturen begrenzten *Handlungsspektrums* aber Akteuren vorbehalten bleiben muss – etwa, wenn es um die Entscheidung geht, welche Norm in einer spezifischen Situation die angemessenste ist:

“...agency (...) can be understood as human social action involving choices among the alternatives made available by the enabling features of social structure, and made possible by a solid grounding in structural constraints. I use the term ‘choice’ to denote agency because it directs our attention to the central point that is implied in all definitions of agency: alternative courses of action are available, and the agent therefore could have acted otherwise.”<sup>246</sup>

Diesem Verständnis läuft die Annahme zuwider, dass Normen das Verhalten von Akteuren vollständig determinieren können, d.h. dem Akteur keinerlei Wahlfreiheit in seinem Handeln mehr zugestehen. In diese Problematik ist die oben angesprochene Diskussion einzuordnen, ob Normen als (unabhängige) Variablen betrachtet werden dürfen, die das Verhalten von Staaten kausal beeinflussen – denn wenn eine bestimmte Handlung eines Akteurs als abhängige Variable gesetzt wird, die *allein* durch die unabhängige Variable einer geltenden Norm bestimmt wird, schließt dies natürlich die Freiheit des Akteurs, anders handeln zu können, aus.

KonstruktivistInnen pochen zudem darauf, dass es Akteuren möglich sein muss, ihren eigenen Handlungsrahmen, also die sie in ihrer Handlungsfreiheit einschränkenden Strukturen, nicht nur durch routiniertes Handeln zu reproduzieren, sondern auch zu verändern, z.B. indem sie neue Normen beschließen und ihren selbstgesetzten Handlungsrahmen somit verengen. Bereits an dieser Stelle sollte deutlich werden, weshalb das Konzept internalisierter Normen (meta-)theoretisch betrachtet einiges Kopfzerbrechen bereiten muss, spricht es doch einem Akteur, der eine Norm internalisiert hat, die Wahlfreiheit, über Einhaltung oder Veränderung der Norm selbst zu entscheiden, völlig ab, zumal er die sein Handeln beschränkende Struktur gar nicht mehr bewusst als solche wahrnimmt.

### 2.4.3 Was sind Strukturen?

Schon in Kapitel 2.1.2 hat sich gezeigt, dass es sehr schwierig sein kann, Normen, also eine bestimmte Kategorie von Strukturen, zu definieren – und v.a., dies unabhängig von ihrer *Wirkung* zu tun. Um die einfachste Möglichkeit von vornherein auszuschließen: Strukturen sind nicht einfach das, was Akteure nicht sind. Diese Annahme verbietet sich schon

<sup>245</sup> Sewell, William H. 1992: A Theory of Structure: Duality, Agency, and Transformation, in: American Journal of Sociology 98:1, S. 1-29, hier S. 21. Sewell spricht hier von Individuen, die unterschiedliche soziale Rollen ausfüllen, also eine sehr unterschiedliche personale Identität haben.

<sup>246</sup> Hays, Sharon 1994: Structure and Agency and the Sticky Problem of Culture, in: Sociological Theory 12:1, S. 57-72, hier S. 63, ähnlich Bieler, Andreas/Morton, Adam David 2001: The Gordian Knot of Agency-Structure in International Relations: A Neo-Gramscian Perspective, in: European Journal of International Relations 7:1, S. 5-36, hier S. 16 und Wight, Colin 1999: They Shoot Dead Horses Don't They? - Locating Agency in the Agent-Structure Problematique, in: European Journal of International Relations, 5:1, S. 109-142, hier S. 120.

deshalb, weil, wie gesehen, ein und dieselbe Sache sowohl als Akteur als auch als Struktur betrachtet werden kann und, wie unten aufgeführt, Akteure und Strukturen so eng zusammenhängen, dass eine Definition *ex negativo* unmöglich ist.<sup>247</sup> Sewell geht sogar davon aus, dass es eine einheitliche Definition des Begriffs "Struktur" gar nicht geben kann:

"In fact, structure is less a precise concept than a kind of founding or epistemic metaphor of social scientific – and scientific – discourse. For this reason, no formal definition can succeed in fixing the term's meaning..."<sup>248</sup>

Auch wenn es Strukturen wie Normen gar nicht "wirklich" gibt, es sich also "nur" um soziale (oder sozialwissenschaftliche) Konstrukte handelt, kann man jedoch in konstruktivistischer Tradition versuchen, das Konzept zumindest genauer zu beschreiben. So versucht Hays, das Konzept von Strukturen gegen das von *agency* abzugrenzen. Dabei gesteht sie Strukturen eine Wirkung zu, die sich teilweise dem Einfluss von Akteuren entzieht (ebenso wie zuvor definiert wurde, dass Akteure eine Entscheidungsmacht haben, die von Strukturen zwar beeinflusst, jedoch nicht determiniert wird):

"...the term 'social structure' is (...) generally used to highlight those patterns of social life that are not reducible to individuals and are durable enough to withstand the whims of individuals who would change them..."<sup>249</sup>

Die gegenüber der Definition von Akteuren noch größere Schwierigkeit bei der Bestimmung von Strukturen besteht darin, dass diese als etwas (überzeitlich) Stabiles angesehen werden müssen (andernfalls könnten sie Akteurshandeln nicht strukturieren), gleichzeitig aber auch als wandelbar konzipiert werden müssen.<sup>250</sup> Am unkompliziertesten scheint dabei die mittlerweile weit verbreitete Annahme zu sein, dass Strukturen ständig von Akteuren reproduziert werden müssen, um weiter bestehen zu können.<sup>251</sup> Anders als in Bezug auf Akteurshandeln zugunsten der Veränderung einer Norm, scheint unter den DebattenteilnehmerInnen Konsens zu herrschen, dass diese Reproduktion auch unbewusst geschehen kann:

"...the notion of structure does denominate, however problematically, something very important about social relations: the tendency of patterns of relations to be reproduced, even when actors engaging in the relations are unaware of the pattern or do not desire their reconstruction."<sup>252</sup>

Schwieriger, als die Reproduktion einer Struktur (oder Norm) zu beleuchten, ist es, die Frage zu beantworten, wie *wandelbar* eine Struktur ist, d.h. welcher Voraussetzungen es bedarf, um eine Struktur verändern zu können. Ähnlich wie Akteure unterschiedlich stark mit *agency* ausgestattet sind, d.h. auch unterschiedlich große Befugnisse haben, Normen/Strukturen zu schaffen oder zu verändern, sind auch Strukturen unterschiedlich stark wandelbar. Es stellt sich also immer die Frage, wie stabil eine Struktur oder Norm in einer bestimmten Ära an einem bestimmten Ort, bzw. in einer bestimmten Kultur ist.

<sup>247</sup> Vgl. Hays, Sharon 1994: Structure and Agency and the Sticky Problem of Culture, in: Sociological Theory 12:1, S. 57-72, hier S. 57ff.

<sup>248</sup> Sewell, William H. 1992: A Theory of Structure: Duality, Agency, and Transformation, in: American Journal of Sociology 98:1, S. 1-29, hier S. 2.

<sup>249</sup> Vgl. Hays, Sharon 1994: Structure and Agency and the Sticky Problem of Culture, in: Sociological Theory 12:1, S. 57-72, hier S. 60f.

<sup>250</sup> Vgl. hierzu das Konzept der "*dual quality*" von Normen, S. 82 der Arbeit.

<sup>251</sup> Dies ist ein weiterer Grund, weshalb es problematisch ist, Normen als unabhängige Variablen zu betrachten: Die Abhängigkeit auch scheinbar stabiler Norm von Akteurshandeln gerät aus dem Blick.

<sup>252</sup> Sewell, William H. 1992: A Theory of Structure: Duality, Agency, and Transformation, in: American Journal of Sociology 98:1, S. 1-29, hier S. 3.

Diese Frage ist uns bereits in den Modellen zur Normdiffusion begegnet, in deren Verlauf eine Norm einen zunehmend stabileren und unhinterfragbaren Status einnimmt. Bereits vor der Entwicklung dieser Modelle ist jedoch in verschiedene “Level” der Stärke bzw. der Unantastbarkeit von Strukturen unterschieden worden: So unterscheidet z.B. Sewell (im Anschluss an Levi-Strauss und Bhaskar) in tief liegende und oberflächliche Strukturen, wobei tiefer liegende Strukturen mehrere oberflächliche hervorbringen und strukturieren können. So hat etwa unsere übliche Einteilung der Menschheit in Männer und Frauen als Tiefenstruktur eine ganze Reihe von Traditionen, Gesetzen und Normen hervorgebracht.<sup>253</sup> In ihrer Konzeption ähneln diese Tiefenstrukturen internalisierten Normen:

“They [the deep structural schemas, SoSchi] also tend to be relatively unconscious, in the sense that they are taken-for-granted mental assumptions or modes of procedure that actors normally apply without being aware that they are applying them.”<sup>254</sup>

Da uns “*deep structures*” weniger bewusst sind, als oberflächliche, ist es naturgemäß schwieriger, sie zu ändern: So schwer es sein mag, die Gleichberechtigung von Männern und Frauen durchzusetzen, so würde es uns doch noch viel schwerer fallen, unser Konzept der Zweigeschlechtlichkeit aufzugeben und uns z.B. der Auffassung des bolivianischen Amarete-Volks anzunähern, dass es zehn verschiedene Geschlechter gibt.<sup>255</sup>

Wie aber kann es sein, dass sich solche “*deep structures*” größtenteils unserem Bewusstsein entziehen? Eine Antwort hierauf könnten die von Giddens vorgeschlagenen sogenannten “*memory traces*” sein:<sup>256</sup> Strukturen würden irgendwann etabliert und dann über Generationen hinweg immer wieder reproduziert, bis die Reproduktion selbst quasi automatisch verlaufe und unser Handeln bestimme, ohne, dass wir uns darüber Gedanken machen würden. Auch wenn dieser Ansatz an die oben beschriebenen Modelle zur Normdiffusion erinnert, deren Fallbeispiele sich (typisch politikwissenschaftlich) nur über wenige Jahrzehnte erstrecken, hatte Giddens hier sicherlich Strukturen vor Augen, die über weit längere Zeiträume tradiert werden – wie etwa verschiedene Sprachen, die sich zwar immer wieder leicht verändern, bei denen sich die Grundfrage, ob man einem Kind zu sprechen beibringen solle oder nicht, jedoch nicht stellt. Entsprechend folgert Lewis:

“...every person is born into a world of antecedent social structures, learning a language and entering a culture and mode of economic organization that are not of their own choosing. These social structures are bequeathed ‘ready made’ to the current generation of actors and are therefore ontologically irreducible to the latter’s current actions. Hence, an ontological distinction must be drawn between pre-

<sup>253</sup> Vgl. Sewell, William H. 1992: A Theory of Structure: Duality, Agency, and Transformation, in: American Journal of Sociology 98:1, S. 1-29, hier S. 9.

<sup>254</sup> Sewell, William H. 1992: A Theory of Structure: Duality, Agency, and Transformation, in: American Journal of Sociology 98:1, S. 1-29, hier S. 22.

<sup>255</sup> Vgl. Rösing, Ina 2005: Die zehn Geschlechter von Amarete, in: Spektrum der Wissenschaft 07/2005, S. 70-75. Die binäre Unterscheidung ist mittlerweile auch unter GenetikerInnen umstritten, da sich Hinweise häufen, dass das Geschlecht nicht nur von X- und Y-Chromosomen, sondern von mehr als einem Dutzend Genen bestimmt wird, die in verschiedenen Zusammensetzungen bei Männern und Frauen vorkommen können.

<sup>256</sup> Vgl. Giddens, Anthony 1984: The Constitution of Society: Outline of the Theory of Structuration, Berkeley, S. 377. Giddens entwickelte sein Konzept der “*memory traces*” allerdings unabhängig von der Unterscheidung in oberflächliche und Tiefenstrukturen, welche er in seinen Texten nicht unterstützt.

constituted social structure, inherited 'already formed' from the past, and current social activity."<sup>257</sup>

Damit müsse Strukturen ein gewisses Eigenleben zugestanden werden, da sie weder immer auf das Handeln heutiger Akteure zurückzuführen, noch jederzeit für heutige Akteure erkennbar und wandelbar seien.<sup>258</sup>

Mit der Frage, wie "*deep structures*" überhaupt verändert werden können, bewegen wir uns schon sehr nahe an meiner Fragestellung, wie es zu einer Normerosion kommen kann. Hays tastet sich an diese Antwort heran, indem sie vermutet, dass

"[s]tructurally transformative agency (...) is made possible under particular historical circumstances – when portions of what were once deeper social structures become particularly malleable and provide occasion for significant collective refashioning."<sup>259</sup>

Wie ein solcher Prozess vonstatten gehen kann, dessen Möglichkeit von Hays nur gestreift wird, werde ich in meinen Fallstudien nachzeichnen. Um jetzt schon den Bogen zur Politikwissenschaft zurückzuschlagen, sei jedoch auf Alexander Wendts augenöffnende Feststellung verwiesen, dass "*anarchy is what states makes of it*", womit er die "*deep structure*" des heutigen internationalen Systems erstmals als abhängig von Akteurshandeln und damit als grundsätzlich wandelbar beschrieb.<sup>260</sup> Wichtig an Wendts und Hays Aussagen ist, dass Strukturen nur durch "*transformative agency*" veränderbar sind – während Akteure also die Möglichkeit haben, sich selbst zu wandeln (z.B., indem sie Menschenrechtsnormen internalisieren und damit ihre Identität ändern), können sich Strukturen niemals aus sich selbst heraus verändern. Hierzu bedarf es immer mindestens eines Akteurs, der – von Strukturen als Akteur konstituiert – auf Strukturen einwirkt.

#### 2.4.4 Des ASPs Kern: die Wechselwirkung von Akteur und Struktur

##### *Monokausale Ansätze: Voluntarismus und Determinismus*

Die oben angeführten Erklärungsversuche zur Abgrenzung von Akteuren und Strukturen haben bereits gezeigt, dass heute meist von einer Wechselwirkung von Akteuren und Strukturen ausgegangen wird. Voluntaristische Ansätze, die Akteurshandeln als einzig wichtige Kategorie sehen, sind ebenso wie deterministische Ansätze, die Akteure als von Strukturen bestimmte "Automaten" auffassen, aus der Mode gekommen. Da sie am Beginn der ASP-Debatte standen, sei trotzdem kurz auf sie verwiesen.

Der Voluntarismus, auch Intentionalismus oder (methodologischer) Individualismus genannt, wird oft auf Weber zurückgeführt, der in seinen Ansätzen davon ausging, dass Individuen sich freiwillig in gesellschaftliche Zusammenhänge einordnen.<sup>261</sup> Ein

<sup>257</sup> Lewis, Paul A. 2002: Agency, Structure and Causality in Political Science: A Comment on Sibeon, in: *Politics*, 22:1, S. 17-23, hier S. 19. Vgl. auch Joseph, Jonathan 2008: Hegemony and the Structure-Agency Problem in International Relations. A Scientific Realist Contribution, in: *Review of International Studies* 34:1, S. 109-128, hier S. 117.

<sup>258</sup> Vgl. Lewis, Paul A. 2002: Agency, Structure and Causality in Political Science: A Comment on Sibeon, in: *Politics*, 22:1, S. 17-23, hier S. 19.

<sup>259</sup> Hays, Sharon 1994: Structure and Agency and the Sticky Problem of Culture, in: *Sociological Theory* 12:1, S. 57-72, hier S. 63.

<sup>260</sup> Vgl. Wendt, Alexander 1992: Anarchy is what states make of it: the social construction of power politics, in: *International Organization* 46:2, S. 391-425.

<sup>261</sup> Vgl. Wight, Colin 1999: They Shoot Dead Horses Don't They? - Locating Agency in the Agent-Structure Problematique, in: *European Journal of International Relations* 5:1, S. 109-142, hier S. 113.

politikwissenschaftlicher Ansatz, der dem Voluntarismus zugeordnet werden kann, ist uns bereits auf S. 28 begegnet: die Spieltheorie, die in ihrer ursprünglichen Form von voneinander unabhängigen Akteuren ausgeht, welche ihre Handlungen ständig individuellen Kosten-Nutzen-Rechnungen unterwerfen, ohne, dass sie bei ihren Kalkulationen oder Zielsetzungen von äußeren Strukturen beeinflusst würden.<sup>262</sup> Zwar können, wie oben gesehen, Akteure durchaus Strukturen etablieren, wenn dies ihrem individuellen Nutzen entspricht, diese Strukturen wirken jedoch nicht auf ihre Präferenzordnung und ihre Handlungen zurück. Dementsprechend kann die Existenz von Normen erklärt werden, diese müssten jedoch gebrochen werden, sobald einem Akteur durch ihre Einhaltung mehr Kosten als Nutzen entstehen. Ein moderner, (beinahe) voluntaristischer Ansatz in den IB ist die *norm contestedness*, die davon ausgeht, dass Normen und ihre Geltung immer an die individuelle Interpretation der sie hervorbringenden Akteure gebunden ist und Normen somit sehr wenig "Eigenleben" zugesteht.<sup>263</sup>

Als Begründer des Determinismus (auch als Strukturalismus oder Holismus bezeichnet) wird Durkheim angesehen, der die Gesellschaft als eine Wirklichkeit *sui generis* bezeichnete, die ihre Mitglieder formt.<sup>264</sup> Deutlich wurde dies bereits in dem unter 2.2.1 vorgestellten Konzept der Sozialisierung von Individuen in bestehende gesellschaftliche Strukturen – und der entsprechenden Kritik an Modellen der Normdiffusion, nach denen betroffene Staaten in die internationale Gemeinschaft "hineinsozialisiert" würden.<sup>265</sup> Der Gedanke, dass Akteure den sie umgebenden Strukturen "ausgeliefert" sind, d.h. dass Strukturen ihre Interessen bestimmen und sie somit gar keine Möglichkeit haben, anders zu handeln, als es ihnen strukturell vorgegeben wurde, fand sich später v.a. in marxistischen Theorien wieder, deren AutorInnen diesen Zustand qua Revolution überwinden wollten. Typischerweise betrachten marxistische Theorien sehr lange Zeiträume, in denen vereinzelt individuellen Handlungen kaum eine Bedeutung zukommt – ganz im Gegensatz zur voluntaristischen Spieltheorie, die auf einzelne Verhandlungs- und Entscheidungssituationen fokussiert. Auch wenn dies von ihren AutorInnen sicherlich nicht intendiert wurde, kann auch die Annahme einer Internalisierung von Normen als deterministischer Ansatz eingeordnet werden, ganz ähnlich wie das Konzept des Tabus, mit dem ich mich in Kapitel 2.6 auseinandersetze.

Auf die konstruktivistische Wende, die in den IB eine Abkehr von beiden monokausalen Ansätzen bedeutete, ist bereits mehrfach verwiesen worden. Voluntaristische und deterministische Konzepte wurden dabei nicht nur deshalb verworfen, weil sie empirisch nicht zu halten waren, sondern auch, weil sie das forschungstechnische Problem mit sich brachten, dass sich dasjenige Konzept, das als

---

<sup>262</sup> Vgl. auch Carlsnaes, Walter 1992: The Agency-Structure Problem in Foreign Policy Analysis, in: *International Studies Quarterly* 36:3, S. 245-270, hier S. 249. Dagegen ist umstritten, ob der Neorealismus als voluntaristischer Ansatz gewertet werden soll, weil auch hier Staaten allein danach streben, ihren eigenen Nutzen zu maximieren, oder ob es sich um eine deterministische Theorie handelt, da die Interessen und somit das Verhalten der Staaten allein durch die Bedingungen des anarchischen Staatensystems vorgegeben werden, ohne dass Staaten hieran etwas ändern könnten.

<sup>263</sup> Vgl. Kapitel 2.5 der Arbeit.

<sup>264</sup> Vgl. Wight, Colin 1999: They Shoot Dead Horses Don't They? - Locating Agency in the Agent-Structure Problematique, in: *European Journal of International Relations*, 5:1, S. 109-142, hier S. 113.

<sup>265</sup> Vgl. S. 37 der Arbeit.



unabhängige Variable gesetzt wurde (also entweder staatliches Handeln oder Beschaffenheit des internationalen Systems) kaum untersuchen ließ.<sup>266</sup>

Mit der Verbreitung der Annahme, dass Akteure und Strukturen sich wechselseitig beeinflussen, war das ASP aber noch lange nicht gelöst – vielmehr begann nun eine Debatte, wie diese Wechselwirkung theoretisch zu konzipieren und empirisch zu untersuchen sei. Auch diese Diskussion hat ihren Ursprung in der Soziologie, weshalb sich viele IB-AutorInnen auf soziologische Positionen beziehen (und vorgeworfen bekommen, diese falsch verstanden zu haben). Ich möchte im Folgenden die vier (aus meiner Sicht) prominentesten Mittelpositionen umreißen, mich dabei aber auf diejenigen Aspekte beschränken, die der Erläuterung bzw. Abgrenzung meiner Fragestellung dienen. Eine Darstellung aller vorgeschlagenen Positionen oder auch aller Elemente der vorgestellten Ansätze (und der Kritik hieran) wäre hier nicht zielführend und eher im Rahmen einer gesonderten Dissertationsarbeit leistbar.

### *Mittelposition 1: Giddens Dualität*

Giddens gilt als Autor der *structuration theory*, auf die sich später Wendt bezog und deren Hauptmerkmal die Dualität von Akteuren und Strukturen ist.<sup>267</sup> Diese sind für Giddens zwei Seiten derselben Medaille, die sich grundsätzlich nicht voneinander getrennt denken lassen – weder könne Akteurshandeln rein aus Strukturen erklärt werden, noch sei das Gegenteil möglich.<sup>268</sup> Auch Strukturen selbst haben einen “dualen” Charakter, da sie gleichzeitig als Medium, in denen soziales Handeln stattfindet (wie z.B. das internationale Staatensystem) und als Ergebnis solcher sozialer Handlungen (“*outcome*”) angesehen werden (wie z.B. Souveränitätsnormen).<sup>269</sup> Da soziales Handeln nicht immer gleich abläuft, können die Ergebnisse dieser Handlungen sich in veränderten Strukturen niederschlagen (z.B., indem Souveränität durch humanitäre Interventionen hinterfragt wird, so dass Staaten nicht mehr als “unantastbare Einheiten” des internationalen Systems gelten). Entsprechend bezeichnet Giddens seinen Ansatz als “*structuration*”, also *Strukturierung*, was dessen Fokussierung auf Prozesse zum Ausdruck bringt.<sup>270</sup> Zwei andere Überzeugungen von Giddens sind bereits angeklungen, nämlich, dass er von “*knowledgeable*” Akteuren ausgeht, die sowohl ein Selbstbewusstsein haben, als auch bewusst handeln und dass Strukturen “*memory traces*” über Generationen von Akteuren hinweg hinterlassen können.

Zudem pochte Giddens als einer der ersten Theoretiker darauf, dass Strukturen Akteure in ihren Handlungen nicht nur beschränken, sondern Akteure auch als solche konstituieren und somit Handlungsmöglichkeiten eröffnen (was sich heute in der Trennung von konstitutiven und regulativen Normen wiederfinden lässt). Somit sind Strukturen ebenso eine Voraussetzung für Akteurshandeln, wie Akteurshandeln eine

<sup>266</sup> Vgl. Bieler, Andreas/Morton, Adam David 2001: The Gordian Knot of Agency-Structure in International Relations: A Neo-Gramscian Perspective, in: European Journal of International Relations 7:1, S. 5-36, hier S. 7.

<sup>267</sup> Vgl. Giddens, Anthony 1979: Central Problems in Social Theory, London.

<sup>268</sup> Vgl. Sibeon, Roger 1999: Agency, Structure and Social Chance as Cross-disciplinary Concepts, in: Politics 19:3, S. 139-144, hier S. 139.

<sup>269</sup> Vgl. Shilling, Chris 1999: Towards an Embodied Understanding of the Structure-Agency Relationship, in: The British Journal of Sociology 50:4, S. 543-562, hier S. 545.

<sup>270</sup> Vgl. Sewell, William H. 1992: A Theory of Structure: Duality, Agency, and Transformation, in: American Journal of Sociology 98:1, S. 1-29, hier S. 4.

Voraussetzung für das Entstehen und die Reproduktion von Strukturen ist. Diese Verschmelzung (*“conflation”*) von *agency* und Strukturen ist Giddens von seinen KritikerInnen zum Vorwurf gemacht worden:<sup>271</sup> Denn wenn man Strukturen und Akteure als *“Knäuel”* permanenter wechselseitiger Beeinflussung ansieht, sei es sowohl unmöglich, eine einzelne der beiden Seiten genauer zu untersuchen, als auch schwierig, ein Wechselspiel zwischen den beiden *“Polen”* zu betrachten (da diese ja permanent zusammenfielen). Außerdem sei es kaum möglich, Giddens Theorie empirisch umzusetzen – denn genau wie in seinem Bild einer Medaille mit zwei Seiten sei es praktisch ausgeschlossen, beide Seiten gleichzeitig zu betrachten, vielmehr könne man immer nur eine Seite untersuchen und sich dann wieder der anderen zuwenden.<sup>272</sup> Mit dem Hinweis auf das nach Giddens erlaubte *“bracketing”* weist Dany diesen Vorwurf jedoch zurück: *“It can be legitimate for analytical purposes to bracket structural properties, i.e. to assume that they are ‘given’, in order to analyze the ways in which actors draw on them...”*<sup>273</sup>

### *Mittelposition 2: Archers und Carlsnaes Dualismus*

Archer, auf die ein Großteil der Kritik an Giddens zurückgeht, möchte die Probleme seines Ansatzes von vornherein umgehen, indem sie Akteurshandeln und Strukturen als zwei getrennte *“Pole”* auffasst, zwischen denen sich ein wechselseitiger Austausch ergibt.<sup>274</sup> So lassen sich beide Konzepte getrennt und zudem die Wechselwirkung zwischen ihnen untersuchen:

“Fundamentally, what is wrong with conflationary theorizing is that it prevents the interplay between ‘parts’ and ‘people’ from being the foundation of cultural dynamics. (...) the elision of the elements withdraws any autonomy or independence from one of them, if not from both.”<sup>275</sup>

Nur, wenn man beide Elemente trenne und voraussetze, dass auch Akteure Strukturen als etwas von ihnen getrenntes auffasst, könne man auch Wandel erklärbar machen, denn...

“[i]f structures cannot be separated from actions and their agential properties (...) then there is no possible autonomous reflexivity (and agency) since an actor can think about something, and try to change it, only if it is seen as external to him or her.”<sup>276</sup>

Archers Ansatz erinnert somit an die oben genannten Modelle der Normdiffusion, in der Normen auch von den beteiligten Akteuren selbst als extern gegebene Strukturen

<sup>271</sup> Vgl. Carlsnaes, Walter 1992: The Agency-Structure Problem in Foreign Policy Analysis, in: International Studies Quarterly 36:3, S. 245-270, hier S. 258.

<sup>272</sup> Vgl. Dessler, David 1989: What’s at Stake in the Agent-Structure Debate?, in: International Organization 43:3, S. 441-473, hier S. 442 oder Bates, Stephen R. 2006: Making Time for Change. On Temporal Conceptualizations within (Critical Realist) Approaches to the Relationship between Structure and Agency, in: Sociology 40:1, S. 143-162, hier S. 151.

<sup>273</sup> Dany, Charlotte 2010: The Ambiguity of Participation. Limits of NGO Influence at the World Summit on the Information Society, Bremen, S. 44.

<sup>274</sup> Vgl. Archer, Margaret S. 1985: Structuration versus Morphogenesis, in: Eisenstadt, Samuel N./Helle, Horst Jürgen.: Macro-Sociological Theory. Perspectives on Sociological Theory, Thousand Oaks, S. 58-88; Archer, Margaret 1988: Culture and Agency: The Place of Culture in Social Theory, Cambridge; Archer, Margaret 1988: Structuration Versus Morphogenesis, in Eisenstadt, S. N./Helle, H. J. (Hrsg.): Macro-sociological Theory: Perspectives on Sociological Theory, Vol. 1, Newbury Park, X 4688, Bd. 1 oder Archer, Margaret 1996: Culture and Agency: The Place of Culture in Social Theory, Cambridge.

<sup>275</sup> Archer, Margaret 1996: Culture and Agency: The Place of Culture in Social Theory, Cambridge, S. XV.

<sup>276</sup> Dépelteau, François 2008: Relational Thinking. A Critique of Co-Deterministic Theories of Structure and Agency, in: Sociological Theory 26:1, S. 51-73, hier S. 56.

angesehen werden – zumindest bis sie internalisiert, d.h. zu einem Teil der Akteursidentität werden.

Ein weiterer Faktor, der für sich genommen betrachtet werden kann und bei Giddens nicht berücksichtigt wird, ist für Archer die Zeit. So ist ihre Theorie nicht nur dualistisch sondern auch sequenziell ausgerichtet. Sie unterscheidet dabei aber nicht in zwei Zeitphasen, in denen entweder *agency* oder Strukturen das dominierende Element wären, sondern schlägt einen sich immer wiederholenden, dreistufigen Kreislauf vor: Zunächst würden in der Vergangenheit etablierte Strukturen Akteurshandeln ermöglichen bzw. begrenzen (*“conditioning”*), was an die oben genannten *“deep structures”* erinnert, die nicht auf das Handeln heutiger Akteure zurückgeführt werden können. In einem zweiten Schritt käme es zu einer *“social interaction”* und diese soziale Interaktion führe schließlich zu einer Reproduktion von Strukturen (*“morphostasis”*, wie z.B. die Anerkennung eines neuen Staates im Sinne der klassischen Souveränitätsnorm) oder zur Änderung von Strukturen (*“morphogenesis”* oder *“structural elaboration”*, wie sie z.B. die *responsibility to protect* für die Souveränitätsnorm darstellt), bevor der Kreislauf mit den nun modifizierten Strukturen von vorn begönne.<sup>277</sup>

In den IB ist Archers Ansatz insbesondere von Carlsnaes aufgegriffen worden, der versucht, ihn auf die Analyse staatlicher Außenpolitik zu übertragen.<sup>278</sup> Wie Archer geht auch er von einer Trennung von Akteuren und Strukturen aus und plädiert für eine Sequenzierung zu untersuchender Ereignisse in Phasen, in denen entweder *agency* oder Strukturen die wichtigere Rolle zukommt. Damit handelt er sich die leichtere Kritik ein, dass er schlecht begründen könne, wann ein Zeitabschnitt beginne und ein anderer ende<sup>279</sup> und den schwerwiegenderen Vorwurf, dass es gar nicht möglich sei, Zeitabschnitte sinnvoll voneinander abzugrenzen, weil man in jeder Situation den Fokus eher auf Strukturen oder eher auf Akteure richten könne:

“Take for example the case of President Bush’s decisions over the Gulf War. Are these to be explained from within (by stressing the meanings Bush attributed to the crisis) or from without (by stressing the external structural causes of the war)? (...) Crucially, saying that structure and agency co-determined US policy over the Gulf War does not solve the problem, because what matters is not that structure and agency both determined the outcome, nor simply that we need to show how and in what way and in what combinations they did; rather, the fundamental problem with morphogenesis is that it does not make sense of how we integrate structures and agents into a single story. It is perfectly possible to explain US policy in the Gulf War by starting with Bush’s choices and calculations and then fitting in external causes in a

<sup>277</sup> Vgl. Archer, Margaret 1996: *Culture and Agency: The Place of Culture in Social Theory*, Cambridge, S. XXIV. Bates wirft ihr allerdings vor, dass Archer mit diesem Modell noch nicht erklärt habe, *warum* es zu Wandel komme, sondern dass man auf diese Weise lediglich feststellen könne, *dass* Strukturen über Zeit unterschiedlich konstruiert würden. Vgl. Bates, Stephen R. 2006: *Making Time for Change. On Temporal Conceptualizations within (Critical Realist) Approaches to the Relationship between Structure and Agency*, in: *Sociology* 40:1, S. 143-162, hier S. 147.

<sup>278</sup> Vgl. Carlsnaes, Walter 1992: *The Agency-Structure Problem in Foreign Policy Analysis*, in: *International Studies Quarterly* 36:3, S. 245-270 oder Carlsnaes, Walter 1994: *In Lieu of a Conclusion: Compatibility and the Agency-Structure Issue in Foreign Policy Analysis*, in: Carlsnaes, Walter/Smith, Steve (Hrsg.): *European Foreign Policy*, London, S. 274-287.

<sup>279</sup> Vgl. Doty, Roxanne Lynn 1997: *Aporia. A Critical Exploration of the Agent-Structure Problematique in International Relations Theory*, in: *European Journal of International Relations* 3:3, S. 365-392, hier S. 374.

specific historical sequence, but it is just as possible to tell the whole story the other way round, starting with structures and fitting in choices.”<sup>280</sup>

*Einen* möglichen Ausweg aus diesem Dilemma hat Wendt bereits vor Carlsnaes Schriften zum ASP gewiesen, indem er die jeweilige Forschungsfrage in den Mittelpunkt gerückt hatte.

### *Mittelposition 3: Wendts Verweis auf die Forschungsfrage*

Wendt griff Ende der 1980er Jahre die in der Soziologie u.a. zwischen Giddens und Archer geführte ASP-Debatte auf, verknüpfte sie mit dem typischen Fokus von IB-Theorien und versuchte, einige Empfehlungen für die Umsetzung seiner Annahmen in konkrete Forschungsdesigns zu geben.<sup>281</sup> In IB-Theorien, so Wendt, dürften weder Staaten noch das internationale Staatensystem als extern gegeben vorausgesetzt werden, vielmehr müssten alle Theorien in der Lage sein, über den Ursprung von Akteuren und Strukturen, der in deren wechselseitigen Beziehungen liege, Auskunft zu geben, also sowohl *agency* als auch Strukturen *endogenisieren*.<sup>282</sup> Damit fielen alle damals populären IB-Theorien durch Wendts Raster, was den Ruf nach einer neuen, konstruktivistischen Theorie bestärkte – welche allerdings, wie oben gesehen, kaum einheitlich zu formulieren ist.

Wendt macht allerdings einen Unterschied zwischen einer Theorie als ganzer und einzelnen Forschungsstudien: Auch im Unterschied zu Giddens und Archer geht er davon aus, dass nicht jede Studie, die sich mit dem ASP auseinandersetzt, den gleichen Fokus haben muss, also etwa immer eine *“conflation”* von Akteuren und Strukturen oder einen immergleichen Kreislauf wechselseitiger Beeinflussung voraussetzen sollte, sondern dass die genauere Betrachtung von Strukturen *oder* Akteuren *oder* deren Wechselwirkung von der Forschungsfrage abhängt. Dabei könne man entweder bei Akteuren oder bei Strukturen ansetzen und das jeweils andere Konzept *“einklammern”* (sog. *“bracketing”*, das an die Sequentialisierung von Archer bzw. Carlsnaes erinnert und mit ähnlichen Problemen behaftet ist):

“...neither state agents nor the domestic and international system structures which constitute them should be treated always as given or primitive units; theories of international relations should be capable of providing explanatory leverage on both.

<sup>280</sup> Hollis, Martin/Smith, Steve 1994: Two Stories about Structure and Agency, in: Review of International Studies 20:3, S. 241-251, hier S. 250.

<sup>281</sup> Wendts ursprüngliche Motivation war es, herauszustellen, dass die beiden damals populärsten IB-Theorien, der Neorealismus und die Weltsystemtheorie, zwar beide als strukturalistisch eingestuft wurden, aber mit sehr unterschiedlichen Strukturbegriffen operierten. Vgl. den *“Auftaktartikel”* zur ASP-Debatte: Wendt, Alexander 1987: The Agent-Structure Problem in International Relations Theory, in: International Organization 41:3, S. 335–370, hier S. 335. Wendt hat über fünfzehn Jahre lang immer wieder zum ASP publiziert und seine Standpunkte dabei teilweise an die Forderungen seiner KritikerInnen angepasst. Vgl. Wendt, Alexander 1991: Bridging the Theory/Meta-Theory Gap in International Relations, in: International Studies Review 17:4, S. 383-392; Wendt, Alexander 1992: Levels of Analysis vs. Agents and Structures. Part III, in: Review of International Studies 18:2, S. 181-185; Wendt, Alexander 2000: On the Via Media. A Response to the Critics, in: Review of International Studies 26:1, S. 165-180 und zuletzt Wendt, Alexander 2004: The State as Person in International Relations Theory, in: Review of International Studies 30:2, S. 289-316.

<sup>282</sup> Vgl. Wendt, Alexander 1992: Levels of Analysis vs. Agents and Structures. Part III, in: Review of International Studies 18:2, S. 181-185, hier S. 184. Diese Forderung ist durchaus auf Widerspruch gestoßen. So fordern z.B. Friedman/Starr, eine Theorie eher nach ihrer Anwendbarkeit und Nützlichkeit in empirischen Studien zu bewerten, als nach ihrer metatheoretischen Konsistenz. Vgl. Friedman, Gil/Starr, Harvey 1997: Agency, Structure, and International Politics. From Ontology to Empirical Inquiry, London, S. 13.

This does not mean that a particular research endeavor cannot take some things as primitive: scientific practice has to start somewhere. It does mean, however, that what is primitive in one research endeavor must be at least potentially problematic (...) in another.”<sup>283</sup>

Für Wendt, wie auch für Wæver, kann die Wechselwirkung von Akteuren und Strukturen damit sowohl im Sinne eines Dualismus wie auch einer Dualität aufgefasst werden:

“...structure and agency are both ‘mutually constituted’ and ‘co-determined’, the former referring to the internal relationship and the latter to relationships of causality.”<sup>284</sup>

Eine für Wendt typische – aber eben nicht die einzig erlaubte – Vorgehensweise ist es, ein bestimmtes Ereignis (wie z.B. die Anerkennung einer Menschenrechtsnorm durch einen Staat) in den Blick zu nehmen und rückblickend zu fragen, welche Akteure und strukturellen Faktoren sowie deren Wechselwirkungen zu diesem Ereignis geführt haben – ohne dabei aus dem Blick zu verlieren, dass auch andere Entwicklungen mit anderen Ergebnissen möglich gewesen wären.<sup>285</sup>

#### *Mittelposition 4: zwei Fragen von Hollis und Smith*

Hollis/Smith bewegen sich sehr nah an Wendts Annahme, dass die genaue Betrachtung der Relevanz und des Zusammenspiels von Akteuren und Strukturen von der Forschungsfrage abhängt.<sup>286</sup> Im Unterschied zu Wendt (mit dem sie diese Ansichten über Jahre hinweg in Fachzeitschriften diskutiert haben) gehen sie jedoch davon aus, dass man jedes Problem aus (nur) zwei grundlegend verschiedenen Perspektiven betrachten könne, nämlich der von innen heraus verstehenden (z.B.: wie ist es möglich, dass wir Staaten als souveräne Akteure auffassen?) und der von außen erklärenden (z.B.: welche Faktoren sind nötig, damit ein Staat eine Norm bricht?). Diese beiden Perspektiven ließen sich niemals kombinieren – und auch das ASP stelle sich aus den verschiedenen Perspektiven sehr unterschiedlich dar.<sup>287</sup> Während nach positivistischer, erklärender Lesart durchaus die Frage gestellt werden könne, wie sich Akteure und Strukturen als zwei getrennte Konzepte *kausal* beeinflussen (Akteur bricht Norm, weil dies seiner Kosten-Nutzen-Rechnung entspricht), verbiete sich eine solche Vorgehensweise für subjektive, verstehende Untersuchungen –

<sup>283</sup> Wendt, Alexander 1987: The Agent-Structure Problem in International Relations Theory, in: International Organization 41:3, S. 335–370, hier S. 349.

<sup>284</sup> Wæver, Ole 1994: Resisting the Temptation of Post Foreign Policy Analysis, in: Carlsnaes, Walter/Smith, Steve (Hrsg.): European Foreign Policy, London, S. 238-273, hier S. 263. Für die letztgenannte Einschätzung, dass auch kausale Beziehungen zwischen Akteuren und Strukturen möglich sind, ist Wendt häufig kritisiert worden.

<sup>285</sup> Bieler, Andreas/Morton, Adam David 2001: The Gordian Knot of Agency-Structure in International Relations: A Neo-Gramscian Perspective, in: European Journal of International Relations 7:1, S. 5-36, hier S. 11. Diese Form eines Forschungsdesigns steht der von mir gewählten klar am nächsten, vgl. Punkt 3.2.1 der Arbeit.

<sup>286</sup> Vgl. Hollis, Martin/Smith, Steve 1992: Structure and Action. Further Comment, in: Review of International Studies 18:2, S. 187-188, hier S. 188 aber auch Hollis, Martin/Smith, Steve 1990: Explaining and Understanding International Relations, Oxford; Hollis, Martin/Smith, Steve 1991: Beware of Gurus: Structure and Action in International Relations, in: Review of International Studies 17:4, S. 393-410; Hollis, Martin/Smith, Steve 1994: Two Stories about Structure and Agency, in: Review of International Studies 20:3, S. 241-251; Hollis, Martin/Smith, Steve 1996: A Response: Why Epistemology Matters in International Theory, in: Review of International Studies 22:1, S. 111-116 und schließlich Smith, Steve 2000: Wendt’s World, in: Review of International Studies 26:1, S. 151-163.

<sup>287</sup> Vgl. zur Unterscheidung positivistischer und post-positivistischer Designs das Unterkapitel ab S. 120. der Arbeit.

denn hier stünde die gegenseitige konstituierende Wirkung von Akteuren und Strukturen im Vordergrund, die sich einer kausalen Betrachtungsweise entziehe (Staaten sind ohne die sie konstituierende Souveränitätsnorm nicht denkbar, deshalb können Akteur und Norm hier nicht analytisch getrennt werden).

Die letztgenannte Annahme gehöre, so Wendt, nicht mehr in die klassische ASP-Debatte, da diese sich mit rein ontologischen Fragen auseinandersetze (also etwa der Frage, *ob* Normen als unsichtbare soziale Konstrukte überhaupt einen gültigen Untersuchungsgegenstand darstellen könnten), sondern in die epistemologische ASP-Diskussion, die von ersterer zu trennen und weniger bedeutend sei (und z.B. die Frage umfasst, *wie* man soziale Konstrukte untersuchen kann und sollte).<sup>288</sup> Hier schimmert wieder die konstruktivistische “Spaltungsfrage” hervor, ob Ansätze wie der Konstruktivismus, deren Ontologie unsichtbare soziale Konstrukte einschließt, *grundsätzlich* mit einer entsprechenden Epistemologie gekoppelt werden müssten, die der sozialen Konstruiertheit der Untersuchungsobjekte Rechnung trägt und deshalb einer Variablenlogik entsagt oder ob dies nicht notwendig sei.<sup>289</sup>

### *Poststrukturalistische Positionen: das ASP als sozial(wissenschaftlich)es Konstrukt*

Neben dem Debattenstrang der ASP-Diskussion, welche Fragen eigentlich behandelt werden sollten und welche nebensächlich sind, wird in der aktuellen Diskussion (prominent von Suganami und Doty) auch die Position vertreten, das ASP sei lediglich ein in den Sozialwissenschaften aufgebauschtes Konstrukt sozialer Praxen oder Diskurse, welche das Problem eher reproduzierten, als es zu lösen:<sup>290</sup>

“The agent-structure issue in International Relations has been framed with an oppositional logic that presumes structures and agents, or some combination of the two, are the only alternatives, i.e. the only significant forces that are operative in social/political life. Far from resolving the issue, this presumption merely replicates it.”<sup>291</sup>

Suganami erkennt in der ASP-Debatte sogar ein Dreiecksverhältnis zwischen Akteuren (1), die in Diskursen das ASP hervorbrächten bzw. reproduzierten (2) und dabei in bestimmte Strukturen (z.B. der wissenschaftlichen Auseinandersetzung) eingebunden wären (3):

“In short, a society is what is partly is and actors are what they partly are partly because of the stories told about them. But stories, in turn, are told by agents acting as

<sup>288</sup> Vgl. Hollis, Martin/Smith, Steve 1991: Beware of Gurus: Structure and Action in International Relations, in: *Review of International Studies* 17:4, S. 393-410, hier S. 393.

<sup>289</sup> Vgl. S. 121 der Arbeit.

<sup>290</sup> Vgl. insbes. Suganami, Hidemi 1999: Agents, Structures, Narratives, in: *European Journal of International Relations* 5:3, S. 365-386 sowie Doty, Roxanne Lynn 1997: Aporia. A Critical Exploration of the Agent-Structure Problematique in International Relations Theory, in: *European Journal of International Relations* 3:3, S. 365-392; 39 und Doty, Roxanne Lynn 1999: A Reply to Colin Wight, in: *European Journal of International Relations* 5:3, S. 387-390 sowie als Kritik daran Wight, Colin 1999: They Shoot Dead Horses Don't They? - Locating Agency in the Agent-Structure Problematique, in: *European Journal of International Relations*, 5:1, S. 109-142 und Wight, Colin 2000: Interpretation All the Way Down? A Reply to Roxanne Lynn Doty, in: *European Journal of International Relations* 6:3, S. 423-430.

<sup>291</sup> Doty, Roxanne Lynn 1997: Aporia. A Critical Exploration of the Agent-Structure Problematique in International Relations Theory, in: *European Journal of International Relations* 3:3, S. 365-392, hier S. 368.

story-tellers as enabled by their social structures (which include conventions about story-telling).”<sup>292</sup>

Entsprechend fordern die beiden Autorinnen, man dürfe nicht nur den Stellenwert von Akteuren, Strukturen und deren Wechselwirkung in die Diskussion miteinbeziehen, sondern müsse insbesondere die sozialen Praxen bzw. Diskurse, die diese erst hervorbrächten (wie z.B. Debatten in IB-Fachzeitschriften), berücksichtigen. Gerade mit der Fokussierung auf soziale Praxen, die weder völlig auf Akteure, noch auf Strukturen zurückgeführt werden könnten, könne man das Problem, sich (ggf. zeitlich sequenziert) für das Vorziehen einer der beiden Konzepte entscheiden zu müssen, umgehen.<sup>293</sup>

Zum Verstehen historischer Ereignisse müssten darüber hinaus noch viele weitere Faktoren, z.B. der Zufall, berücksichtigt werden, so dass “*the range of items which must be taken into consideration is so broad that the very language of ‘agents and structures’ seems unnecessarily restrictive.*”<sup>294</sup>

Im letzten Punkt stimme ich den Autorinnen in Bezug auf die Analyse von historischen Einzelereignissen zu. Ich gehe aber weiterhin davon aus, dass es durchaus sinnvoll ist, sich bei der Entwicklung und Analyse von Theorien darüber Gedanken zu machen, welche Akteur- und Strukturbegriffe verwendet werden und welcher Wechselwirkungsbegriff zugrunde gelegt wird, um, wie oben beschrieben, die Konsistenz der Theorie zu prüfen und die Abgrenzung von Theorien mit abweichenden Grundannahmen zu erleichtern.<sup>295</sup> Dass das ASP ein Konstrukt insbesondere der Sozialwissenschaften ist, erscheint mir hierbei nicht als problematisch, sondern als selbstverständlich – schließlich sind SozialwissenschaftlerInnen geradezu prädestiniert, in ihren Debatten soziale Konstrukte hervorzubringen und sie in ihren Theorien zu verwenden, gleich, ob sich diese auf metatheoretische Konzepte wie Akteure und Strukturen beziehen oder auf Untersuchungs-”gegenstände” von *middle range* Theorien wie “Staat”, “Demokratie” oder “Friede”, die ebenfalls alle abstrakte, diskursiv konstruierte Konzepte sind, über deren Inhalt oft genug gestritten wird. Ohne die Inkaufnahme solcher abstrahierenden, sozial(wissenschaftlich)en Konstrukte wäre eine Theoriebildung gar nicht vorstellbar.<sup>296</sup>

---

<sup>292</sup> Suganami, Hidemi 1999: Agents, Structures, Narratives, in: European Journal of International Relations 5:3, S. 365-386, hier S. 379.

<sup>293</sup> Vgl. Bieler, Andreas/Morton, Adam David 2001: The Gordian Knot of Agency-Structure in International Relations: A Neo-Gramscian Perspective, in: European Journal of International Relations 7:1, S. 5-36, hier S. 16. Allerdings kritisiert Wight an diesem Konzept, dass Doty nicht erkläre, wie sich soziale Praxen bildeten und dass – wenn man annähme, dass sich soziale Praxen immer aus bereits bestehenden Praxen entwickelten – hier ein tautologisches Argument vorgelegt würde. Vgl. Wight, Colin 1999: They Shoot Dead Horses Don’t They? - Locating Agency in the Agent-Structure Problematique, in: European Journal of International Relations 5:1, S. 109-142, hier S. 122.

<sup>294</sup> Suganami, Hidemi 1999: Agents, Structures, Narratives, in: European Journal of International Relations 5:3, S. 365-386, hier S. 379, hier S. 373.

<sup>295</sup> Vgl. S. 59 der Arbeit.

<sup>296</sup> Die Frage mag sich in den Sozialwissenschaften in besonderer Weise stellen, allerdings könnte man sie teilweise auch an die Naturwissenschaften richten. Hier wäre es ebenso absurd, einer Physikerin, die den idealen Zeitpunkt für einen *Space Shuttle*-Start berechnet, vorzuwerfen, dass gerade sie wissen und berücksichtigen müsse, dass Zeit immer relativ und nur ein soziales Konstrukt sei.

### 2.4.5 Selbstverortung in der ASP-Debatte

Wenn die ASP-Debatte primär dazu dienen soll, in sich logische Theorien zu entwickeln und diese von anderen Ansätzen abzugrenzen, erscheint die Frage, ob hierbei eine "Ideallösung" für das ASP gefunden werden kann, als weniger wichtig. Vielmehr halte ich es mit Wight, der der Ansicht ist, dass es die *eine* Lösung des ASP nicht geben wird und die Debatte eher um die Frage kreisen sollte, welche Beschreibung unter welchen Bedingungen einen *besseren* Umgang mit dem ASP ermöglichen, als konkurrierende Ansätze.<sup>297</sup> Damit wären wir bei dem Versuch, meine Arbeit in der ASP-Debatte zu verorten.

Im Rückblick auf das Kapitel möchte ich die Grundannahmen meiner Arbeit im Hinblick auf das ASP noch einmal deutlich machen. Dabei greife ich auch die Aspekte der Debatte auf, die sich direkt auf meine Frage, wie es Akteuren möglich ist, ihren Handlungsspielraum zulasten einer Struktur auszuweiten, beziehen lassen:

- Meiner Ansicht nach können *kollektive Akteure* wie Staaten sowohl als einheitliche Akteure, als auch als Strukturen angesehen werden – je nachdem, welche Forschungsfrage gestellt wird. Da ich im Folgenden innerstaatliche Prozesse betrachte, werde ich v.a. auf substaatliche kollektive Akteure, wie etwa NGOs, Bezug nehmen.
- Das Hauptkennzeichen von Akteuren ist *agency*, d.h. die Entscheidungsfreiheit eines Akteurs, wobei Akteursentscheidungen meist *innerhalb* eines von Strukturen aufgemachten Handlungsspektrums getroffen werden (d.h. z.B. die Frage betreffen, welche von mehreren angemessenen Normen in einer Situation befolgt wird). Ob solche Entscheidungen bewusst oder unbewusst getroffen werden, ist dabei unerheblich.
- Zu *agency* gehört jedoch auch die Fähigkeit, die das eigene Handlungsspektrum begrenzenden Strukturen/Normen *selbst* zu ändern. Umgekehrt ausgedrückt: Da Strukturen sich niemals aus sich selbst heraus wandeln können, bedarf es hierzu immer der *transformative agency* eines Akteurs.
- Um eine bestehende Struktur/Norm ändern zu können, muss ein Akteur auch hier grundsätzlich eine Handlungsalternative *wahrnehmen* und sich somit auch dessen bewußt sein, von welchen Strukturen (die er ändern möchte) sein Handlungsspektrum begrenzt wird.
- Zudem spielt bei einer Änderung von Strukturen die Frage eine wichtige Rolle, welche *Position* ein Akteur in einer Gemeinschaft einnimmt.
- Die Änderung von Strukturen ist besonders schwierig, wenn es sich um "*deep structures*", die konstitutiv wirkenden Normen ähneln, handelt, die von Akteuren kaum noch bewusst wahrgenommen werden, da sie lange unreflektiert tradiert wurden. Um "*deep structures*" verändern zu können, bedarf es zunächst einer Bewusstmachung dieser Strukturen.
- Zusammenfassend können also weder Strukturen Akteurshandeln so stark determinieren, dass Akteure keine Entscheidungsfreiheit mehr hätten, noch

---

<sup>297</sup> Vgl. Wight, Colin 1999: They Shoot Dead Horses Don't They? - Locating Agency in the Agent-Structure Problematique, in: European Journal of International Relations 5:1, S. 109-142, hier S. 111.



haben Akteure jederzeit “Zugriff” auf Strukturen, da diese sich bereits dem Bewusstsein eines Akteurs entziehen können.

- Bei der Analyse historischer Einzelfälle ist zudem zu beachten, dass nicht nur Akteure und Strukturen zu einem bestimmten Ergebnis beigetragen haben können, sondern auch Faktoren wie etwa der Zufall, denen in der metatheoretischen Fragen dienenden ASP-Debatte kein Platz eingeräumt wird.
- Betrachtet man in Einzeluntersuchungen jedoch allein Akteure und Strukturen, so hängt die Beschreibung deren Zusammenspiels von der gewählten Forschungsfrage ab: Möglich ist eine Beschreibung im Sinne des Dualismus – wie es in den Modellen der Normdiffusion zumindest in den ersten Phasen der Fall ist und wie Regierungen (als Akteure) an sie herangetragene Normen (Strukturen), die es innerstaatlich umzusetzen gilt, wohl auch wahrnehmen. Eine Beschreibung im Sinne einer Dualität ist jedoch ebenfalls möglich und insbesondere dann angebracht, wenn es um die Beschreibung einer konstitutiven Wirkung von Strukturen geht, nach der sich Akteure von den sie konstituierenden Strukturen auch analytisch nicht mehr trennen lassen.
- In die letztgenannte Kategorie fallen auch internalisierte Normen, die die Identität eines Akteurs (mit-)konstituieren – entsprechend ist es hoch problematisch, zu verstehen, wie es möglich ist, dass ein Akteur gegen eine solche Norm handelt, wenn er sie nicht mehr als extern gegebene Struktur ansieht.
- In meinen Fallstudien werde ich bei der Beschreibung der *Wirkung* der untersuchten internalisierten Normen deren *strukturähnlichen* Charakter in den Mittelpunkt stellen (s. Kapitel 5.1 bzw. 5.2 der Arbeit). In den anderen Kapiteln meiner Fallstudien nehme ich dagegen eine stark *akteurszentrierte* Perspektive ein – sowohl bei der Frage, wie die untersuchten Normen konstruiert wurden, als auch bei der Frage, wie Akteurshandeln zu ihrer Erosion führen konnte (s. Kapitel 6.1 bzw. 6.2).

Metatheoretisch gut gerüstet wende ich mich nun zunächst zwei Ansätzen zu, die die aufgeworfene Frage nach dem Stellenwert (internalisierter) Normen sehr unterschiedlich beantworten: Die *norm contestedness* geht davon aus, dass der Gehalt von Normen grundsätzlich immer vom Akteur abhängig bleibt, während das Konzept des Tabus einen Akteur nahe legt, der den von ihm internalisierten Normen nahezu willenlos “ausgeliefert” ist.

## 2.5 Agency rules: norm contestedness

“...auch wenn der Wortlaut der Normen unverändert bleibt, ihre Interpretationen sind im Fluss.”<sup>298</sup>

Die *norm contestedness*, im Deutschen oft mit der “Umstrittenheit von Normen” übersetzt, ist ein relativ junger Ansatz der Normtheorie, der nach der Jahrtausendwende v.a. von Wiener in die Diskussion eingeführt wurde.<sup>299</sup> Für meine Arbeit ist die Auseinandersetzung mit *norm contestedness* aus drei Gründen von hoher Relevanz: Erstens ist hier ein stark akteurszentrierter Ansatz vorgelegt worden, der darauf pocht, dass Normen prinzipiell immer umstritten bleiben müssen: “*While norms may acquire stability over time, they remain flexible by definition.*”<sup>300</sup> Dies liegt nah an meiner Annahme, dass selbst die Internalisierung von Normen nicht der Endpunkt einer Normkarriere sein muss, sondern dass es vielmehr möglich bleibt, selbst solche Normen wieder zu “*contesten*”, d.h. sie inhaltlich anzuzweifeln und ihre generelle Gültigkeit zu bestreiten. Zweitens ist für mich der Fokus der *norm contestedness* auf deliberative Aushandlungsprozesse hoch interessant, da ich davon ausgehe, dass internalisierte Normen insbesondere dann an Geltungskraft verlieren, wenn sie wieder Gegenstand eines öffentlichen Diskurses werden.<sup>301</sup> Die Erosion von Normen könnte sich somit auch als Prozess zunehmender *contestedness* beschreiben lassen – während internalisierte Normen und Tabus *per definitionem* als erstaunlich wenig *contested* erscheinen. Drittens beziehen die AnhängerInnen der *norm contestedness* explizit normative Stellung (was in den IB sehr ungewöhnlich ist) und treten *für* eine permanente *contestation* von Normen, ggf. in speziell hierfür geschaffenen Verhandlungsforen, ein. Mit dieser normativen Position werde ich mich allerdings erst im Fazit auseinandersetzen.<sup>302</sup>

### 2.5.1 Die logic of contestedness als jüngste der vier Handlungslogiken

Wie bereits angesprochen, lässt sich die *norm contestedness* als vierter und neuester Ansatz in die Reihe der von NormtheoretikerInnen vorgeschlagenen Handlungslogiken einordnen.<sup>303</sup> Inhaltlich schließt sie somit den Bogen von frühen, positivistisch orientierten Ansätzen (*logic of consequences*), über Ansätze des frühen *mainstream*-Konstruktivismus (*logic of appropriateness*) und späteren Konstruktivismus (*logic of arguing*) hin zu postmodernen Ansätzen (*logic of contestedness*), welche von ihren AutorInnen auch als “*reflexive approaches*” bezeichnet werden.<sup>304</sup> Obwohl die *logic of contestedness* mit ihren konstruktivistischen Vorgängerlogiken viel gemein hat, steht sie überraschenderweise in ihrer Perspektive auf das ASP der *logic of consequences* am nächsten – denn in beiden Logiken steht v.a. die Frage im Zentrum, wie sich *agency* auf Strukturen auswirkt (nicht umgekehrt).

Inhaltlich stimmt die *logic of contestedness* mit der *logic of appropriateness* jedoch grundsätzlich darin überein, dass Akteure und Strukturen als sich wechselseitig

<sup>298</sup> Habermas, Jürgen 1992: Faktizität und Geltung, Frankfurt am Main, S. 629.

<sup>299</sup> Vgl. als relativ frühen Text Wiener, Antje 2004: Contested Compliance: Interventions on the Normative Structure of World Politics, in: European Journal of International Relations 10:2, S. 189–234.

<sup>300</sup> Wiener, Antje 2007: Making Normative Meaning Accountable in International Politics, in: WZB Discussion Papers SP IV 2007-305, S. 4.

<sup>301</sup> Vgl. S. 96 der Arbeit.

<sup>302</sup> Vgl. Punkt 7.3.2 der Arbeit.

<sup>303</sup> Deshalb verwende ich die Begriffe “*norm contestedness*“ und “*logic of contestedness*“ synonym.

<sup>304</sup> Vgl. Wiener, Antje 2004: Contested Compliance: Interventions on the Normative Structure of World Politics, in: European Journal of International Relations 10:2, S. 189–234, hier S. 200.

konstituierend angesehen werden müssen und dass Strukturen Akteurshandeln sowohl beschränken, als auch ermöglichen können. So verweist Fierke darauf, dass gerade die Einhaltung von Menschenrechtsnormen immer weniger als Einschränkung der Handlungsfreiheit wahrgenommen, sondern von liberalen Demokratien, zunehmend aber auch von anderen Staaten, als identitätsstiftendes Element angesehen würde.<sup>305</sup> Aus der Perspektive der v.a. auf *agency* fokussierenden *logic of contestedness* erscheint die *logic of appropriateness* allerdings als zu strukturlastig:

“It considers the impact of norms as predominantly structural and less as relational. The stability assumption of the behaviourist perspective [hiermit ist der *mainstream-Konstruktivismus* gemeint, SoSch] manifests itself in three key observations: Firstly, it implies that norms entail recognizable and hence enforceable prescriptions for behaviour. Subsequently, and secondly, it recognizes no significant difference in the impact of social and legal norms (...). Thirdly, it means that while the kind of norm (...) is arguable, contestation of a norm’s meaning, say between norm-setter and designated norm-follower, between different groups of norm followers or over time, remains analytically bracketed.”<sup>306</sup>

Der dritte Vorwurf ist uns bereits im Unterkapitel zur Kritik an den Modellen der Normdiffusion begegnet, wo er v.a. auf die Unterschiedlichkeit der Normauffassung und –wirkung in verschiedenen Kulturkreisen bezogen worden war.<sup>307</sup>

Aus Sicht der AnhängerInnen der *logic of contestedness* konnten diese theoretischen Schwächen auch von der *logic of arguing* nicht überwunden werden. Zwar sei diese ein Fortschritt, weil nicht mehr nur gefragt würde, warum sich Akteure an Normen halten, sondern auch der Prozess der “Herausbildung gemeinsamer Referenzrahmen durch Argumentation in Verhandlungssituationen [aufgezeigt]” wurde.<sup>308</sup> Habe sich ein Staat in einem Argumentationsprozess aber erst einmal von der Richtigkeit einer Norm überzeugen lassen, dann seien die Gültigkeit und der Inhalt der Norm nicht weiter umstritten – das Akteursverhalten ginge also zu einer *compliance* nach der *logic of appropriateness* über.<sup>309</sup> Im Gegensatz dazu bleiben Normen laut der *logic of contestedness* auch nach ihrer Anerkennung durch einen Staat *contested*.

## 2.5.2 Wann und warum sind Normen (besonders) umstritten?

Die AnhängerInnen der *logic of contestedness* gehen davon aus, dass Normen prinzipiell immer bestritten werden können: “Norms and their meanings evolve through interaction in context. They are therefore contested by default.”<sup>310</sup> Wie oben angeführt, gehen die VertreterInnen der *norm contestedness* zwar davon aus, dass Normen eine Zeitlang relativ stabil wirken können, dass es aber nach einer Zeit unweigerlich zu einer erneuten “*contestation*” von Normen auch nach ihrer Entstehung und Durchsetzung kommen wird. Hinter diese Aussage steht die (sehr

<sup>305</sup> Vgl. Fierke, K. M. 2007: Constructivism, in: Dunne, Tim/Kurki, Milja/Smith, Steven: International Relations Theory. Discipline and Diversity, Oxford, S. 166-184, hier S. 170.

<sup>306</sup> Wiener, Antje 2008: The Invisible Constitution of Politics: Contested Norms and International Encounters, Cambridge, S. 11.

<sup>307</sup> Vgl. S. 53 der Arbeit.

<sup>308</sup> Vgl. Wiener, Antje 2006: Demokratischer Konstitutionalismus jenseits des Staates? Perspektiven auf die Umstrittenheit von Normen, in: WZB Discussion Papers 2006-13, hier S. 10.

<sup>309</sup> Vgl. Wiener, Antje 2007: The Dual Quality of Norms and Governance beyond the State: Sociological and Normative Approaches to ‘Interaction’, in: Critical Review of International Social and Political Philosophy 10:1, S. 47-69, hier S. 10.

<sup>310</sup> Wiener, Antje 2007: Making Normative Meaning Accountable in International Politics, in: WZB Discussion Papers SP IV 2007-305, S. 4.

voluntaristisch anmutende) Annahme, dass die Bedeutung einer Norm nichts weiter sei, als ihr *“meaning in use”*, dass also die *Praxis* der Auslegung und Anwendung einer Norm deren Gehalt definiere. Dies gelte nicht nur für soziale Normen, sondern selbst für kodifiziertes Recht: *“...understanding about legally stipulated norms in treaties, constitutions or otherwise formally composed and publicly accessible documents is generated by social interactions.”*<sup>311</sup>

Dabei sei es wahrscheinlich, dass sich Praxen zum einen über Zeit änderten, weil sie selten als *“Blaupause”* für ein bestimmtes Verhalten dienen könnten, sondern auf immer neue Einzelfälle bezogen werden müssten, bei denen häufig unklar sei, ob sie unter die betreffende Norm fielen oder nicht.<sup>312</sup> Zum Anderen würden Normen vor verschiedenen kulturellen Hintergründen ganz unterschiedlich interpretiert, so dass Normen, die von einem Staat übernommen werden sollten, zunächst kulturell *“validiert”* werden müssten, um eine Chance zu haben, innerstaatlich anerkannt zu werden.<sup>313</sup> Dieser Prozess schließe immer eine Auseinandersetzung über die *generelle Anerkennung* und die *inhaltliche Auslegung* einer Norm ein – denn es sei unwahrscheinlich, dass alle Mitglieder einer Gesellschaft einer Norm uneingeschränkt zustimmten *und diese gleich interpretierten*. Neben den generellen *“Umstrittenheitsfaktoren”* Zeit und Kultur trügen also auch die verschiedenen Perspektiven von Individuen zur unterschiedlichen Interpretation von Normen bei: *“[u]nderstanding [einer Norm, SoSchi] is never unmediated but subsequent to interpretation against the background of individual experience.”*<sup>314</sup>

Auch nach der Etablierung einer Norm nehmen diese unterschiedlichen Ansichten und Auslegungen nicht unbedingt ab.<sup>315</sup> Dies sei jedoch kein Problem, sondern Ausdruck demokratischer Vielfalt und Debattenkultur.<sup>316</sup> Zudem seien die laufenden Diskurse der Ort, an dem der Bedeutungsgehalt einer Norm ständig neu konstruiert würde: *“Discourse has therefore been conceptualized as ‘the location of meaning’.”*<sup>317</sup> Würde eine Norm dagegen nicht qua Diskurs sich wandelnden Kontexten angepasst, bliebe sie toter Text und würde nicht implementiert.<sup>318</sup>

Diese generelle Umstrittenheit würde durch drei Faktoren verstärkt, was mit einer erhöhten *Sichtbarkeit* (*“political visibility”*) von Normen einherginge.<sup>319</sup>

<sup>311</sup> Vgl. Wiener, Antje 2007: Making Normative Meaning Accountable in International Politics, in: WZB Discussion Papers SP IV 2007-305, S. 3.

<sup>312</sup> Vgl. Puetter, Uwe/Wiener, Antje 2007: Accommodating Normative Divergence in European Foreign Policy Co-ordination: The Example of the Iraq Crisis, in: Journal of Common Market Studies, 45:5, S. 1065-1088, hier S. 9 des Word-Dokuments.

<sup>313</sup> Vgl. Wiener, Antje 2007: Contested Meanings of Norms: A Research Framework, in: Comparative European Politics 2007/5, S. 1–17, hier S. 5.

<sup>314</sup> Wiener, Antje 2009: Enacting Meaning in Use: Qualitative Research on Norms and International Relations, in: Review of International Studies 35:1, S. 175-193, hier S. 179.

<sup>315</sup> Vgl. Wiener, Antje 2007: The Dual Quality of Norms and Governance beyond the State: Sociological and Normative Approaches to ‘Interaction’, in: Critical Review of International Social and Political Philosophy 10:1, S. 47-69, hier S. 63.

<sup>316</sup> Vgl. für dieses normative Argument Punkt 7.3.2 der Arbeit.

<sup>317</sup> Wiener, Antje 2004: Contested Compliance: Interventions on the Normative Structure of World Politics, in: European Journal of International Relations 10:2, S. 189–234, hier S. 201.

<sup>318</sup> Vgl. Wiener, Antje 2007: Making Normative Meaning Accountable in International Politics, in: WZB Discussion Papers SP IV 2007-305, S. 3.

<sup>319</sup> Vgl. für das Folgende Wiener, Antje 2006: Demokratischer Konstitutionalismus jenseits des Staates? Perspektiven auf die Umstrittenheit von Normen, in: WZB Discussion Papers 2006-13, hier S. 12.

- *Historische Kontingenenz*: Nicht nur die kurzfristige Anpassung an neue Einzelfälle, sondern auch ein sich wandelnder gesamtgesellschaftlicher Kontext könnten zur Umstrittenheit althergebrachter Normen führen, da viele den Sinn, den sie einmal hatten, verlieren könnten (so wurden mit dem Bedeutungsverlust des Adels als Gesellschaftsstand eine ganze Reihe spezieller Verhaltensnormen obsolet).
- *Krisensituationen*: In Krisenzeiten rückten “betroffene” Normen besonders ins Zentrum der Aufmerksamkeit und seien demnach besonders umstritten, zumal es sich hier meist um neuartige, wichtige Einzelfälle handele, in denen über die Anwendung von Normen neu entschieden werden müsse.<sup>320</sup>
- *Wandel von Governance-Prozessen*: Wenn innergesellschaftlich ausgehandelte Normen auf eine höhere Ebene des Regierens übertragen werden (Stichwort: EU) könne es zu besonderer *contestedness* kommen, da sowohl unterschiedliche nationale Vorstellungen aufeinanderprallten, als auch typische innerstaatliche Aushandlungsmechanismen und –foren fehlten. Die sozialen Kontexte der Norm-Setzer und der Norm-Befolger, die sich idealerweise diskursiv über den Gehalt von Normen austauschen sollten, klappten auseinander.<sup>321</sup> Zudem trafen hier unterschiedliche Rechtstraditionen aufeinander, deren Interpretationsweisen kodifizierter Normen stark voneinander abweichen könnten.

Eine Forderung der VertreterInnen der *logic of contestedness* an die Praxis ist es deshalb, auch innerhalb supranationaler Organisationen wie der EU, Foren einzurichten, in denen die verschiedenen Interpretationen (bereits beschlossener) Normen offen gelegt und diskutiert werden können, um das Aufeinanderprallen inkompatibler Interpretationen im Ernstfall zu verhindern.<sup>322</sup>

### 2.5.3 Unter welchen Bedingungen sind Normen weniger umstritten?

*“Norm stability follows only if and when contestation regarding both type and the meaning of norms has been overcome. That is, it cannot be assumed as given but needs to be established.”<sup>323</sup>*

Wenn aber Normen permanent umstritten sind, verschieden ausgelegt werden und auf neue Kontexte bezogen werden müssen – wie können sie dann überhaupt noch strukturierend wirken? Hängen Normen immer von *agency* ab und haben keinerlei “Eigenleben” außerhalb der ihre Bedeutung konstruierenden Diskurse? Ganz so

<sup>320</sup> Vgl. Puetter, Uwe/Wiener, Antje 2007: Accommodating Normative Divergence in European Foreign Policy Co-ordination: The Example of the Iraq Crisis, in: Journal of Common Market Studies, 45:5, S. 1065-1088, hier S. 11 des Word-Dokuments.

<sup>321</sup> Vgl. Wiener, Antje 2009: Enacting Meaning in Use: Qualitative Research on Norms and International Relations, in: Review of International Studies 35:1, S. 175-193, S. 180.

<sup>322</sup> Vgl. Wiener, Antje 2008: Contested Norms and Democratic Governance Beyond the State, in: Kohler-Koch, Beate/Larat, Fabrice (Hrsg.): Efficient and Democratic Governance in the European Union, S. 189-210, hier S. 195.

<sup>323</sup> Wiener, Antje 2007: The Dual Quality of Norms and Governance beyond the State: Sociological and Normative Approaches to ‘Interaction’, in: Critical Review of International Social and Political Philosophy 10:1, S. 47-69, hier S. 66. Zu dieser Ansicht haben z.B. die Unstimmigkeiten innerhalb der EU am Beginn des letzten Irak-Kriegs beigetragen.

voluntaristisch, wie die *logic der contestedness* zunächst scheint, ist sie nicht, wird doch darauf verwiesen, dass Normen eine doppelte Qualität (“*dual quality*”) hätten:

“...it [der Ansatz der *norm contestedness*, SoSchi] stresses the dual – constructive and structuring – quality of norms. That is, interpretations of a norm’s meaning are not only derived from social facticity (agreed reference to one particular norm) and legal validity (implementation of the norm in domestic legal systems), but such interpretations are also based on recognition grounded in day-to-day practices (associative connotations with a norm).”<sup>324</sup>

Die VertreterInnen der *norm contestedness* gehen also von einer *gleichzeitigen* Stabilität und Umstrittenheit von Normen aus: “*While norm validity is in principle contested, norm facticity does structure behaviour.*”<sup>325</sup> Um eine gewisse Stabilität erlangen zu können, müssen jedoch alle drei im oben angeführten Zitat genannten “Dimensionen” gegeben sein:<sup>326</sup>

- Die *formelle Gültigkeit* erlangt eine (internationale Rechts-)Norm durch offizielle Vertragsverhandlungen mit all ihren formellen Regeln (Anwesenheit befugter UnterhändlerInnen usw.). Bei formellen Aushandlungsprozessen kann es durchaus dazu kommen, dass Formulierungen bewusst offen gewählt werden, um unterschiedliche Interpretationen zuzulassen.<sup>327</sup>
- Die Dimension der *sozialen Anerkennung* oder *sozialen Faktizität*, die Wiener daran festmacht, dass eine Norm einer Gruppe als angemessen erscheint,<sup>328</sup> beinhaltet die typischen Elemente der Normdiffusion wie soziales Lernen und Internalisierung einer Norm.
- Das dritte Element der *kulturellen Validierung* einer Norm ist oben bereits angesprochen worden und verweist insbesondere auf die Bedeutung innerstaatlicher Aushandlungsprozesse zur Anerkennung einer Norm.

Im Anschluss an das Konzept einer liberalen Diskursgemeinschaft wird angenommen, dass eine Norm umso legitimer und umso stabiler wird, je mehr Mitglieder einer Gesellschaft sich an entsprechenden Aushandlungsprozessen beteiligen und die Gültigkeit der Norm als ganzer sowie eine grundlegende Auslegung derselben anerkennen. Die *contestation* einer Norm könne, so empirische Ergebnisse aus Fallstudien zur *logic of contestedness*, zwar die (innerstaatliche) Implementierung einer Norm verzögern. Im Endeffekt wäre die Wahrscheinlichkeit, dass solche Normen auch eingehalten würden, jedoch größer.<sup>329</sup> An dieser Stelle stehen die Annahmen der *logic of contestedness* in starkem Widerspruch zum Konzept internalisierter Normen und, wie noch ausgeführt wird, Tabus, die ja ihre Stärke

<sup>324</sup> Wiener, Antje 2007: Making Normative Meaning Accountable in International Politics, in: WZB Discussion Papers SP IV 2007-305, S. 13.

<sup>325</sup> Wiener, Antje 2008: The Invisible Constitution of Politics: Contested Norms and International Encounters, Cambridge, hier S. 50. Bereits durch die Verwendung der Begriffe “*validity*” und “*facticity*” wird deutlich, dass Wiener hier an Habermas anknüpft, aus dessen Werk “Faktizität und Geltung“ auch das Einleitungszitat stammt.

<sup>326</sup> Vgl. für das Folgende Wiener, Antje 2008: The Invisible Constitution of Politics: Contested Norms and International Encounters, Cambridge, S. 6.

<sup>327</sup> Deshalb mache es für NormforscherInnen auch wenig Sinn, sich bei ihren Analysen allein mit Vertragstexten auseinanderzusetzen und darüber die Analyse des staatlichen Umgangs mit Normen zu vernachlässigen.

<sup>328</sup> “...*appearing as appropriate to a group...*“. Wiener, Antje 2007: Contested Meanings of Norms: A Research Framework, in: Comparative European Politics 2007/5, S. 1–17, S. 5.

<sup>329</sup> Vgl. Wiener, Antje 2004: Contested Compliance: Interventions on the Normative Structure of World Politics, in: European Journal of International Relations 10:2, S. 189–234, hier S. 218.

und Stabilität auch dadurch gewinnen, dass sie aus dem öffentlichen Diskurs verschwunden sind und ihre Geltung völlig unumstritten ist. Zugespitzt könnte man sagen, dass öffentliche Debatten nach der *logic of contestedness* der Geltung einer Norm nützen, während diese Debatten nach dem Konzept internalisierter Normen und Tabus diesen schaden.<sup>330</sup>

Wie umstritten oder vergleichsweise unumstritten eine Norm ist, hängt nach der *logic of contestedness* weder vom Stadium der Diffusion ab, in dem sich eine Norm befindet, noch mit der Unterscheidung von “*deep structures*” und Oberflächenstrukturen zusammen – laut Wiener ist der jeweilige Normtyp entscheidend. Hierbei unterscheidet sie in “*fundamental norms, organising principles and standardised procedures*.”<sup>331</sup> Die von mir untersuchten Normen fallen klar in die Gruppe fundamentaler Normen, die neben grundlegenden Verfassungsrechten auch Kernverhaltensweisen im internationalen System (z.B. Nichtintervention) umfassen. Davon unterschieden werden “*organising principles*”, die Richtlinien für konkretes politisches Handeln wie Transparenz oder Gleichberechtigung umfassen. Bei den “*standardised procedures*” geht es schließlich um prozedurale Normen, die z.B. reibungslose politische Abläufe durch Sitzungsordnungen oder Vorschriften bei Wahlen garantieren.

Neben der Tatsache, dass diese Unterscheidung keinesfalls trennscharf ist – so könnten Gleichberechtigung und Transparenz meiner Ansicht nach auch als fundamentale Normen eingestuft werden – kann ich den Schlussfolgerungen, die aus dieser Einteilung gezogen werden, nicht zustimmen. An Wieners Annahme, dass fundamentale Normen immer die *am meisten umstrittensten* sein müssten, weil sie die generellsten und *am wenigsten spezifiziertesten* seien, ist nämlich bereits die Prämisse höchst zweifelhaft, wie ein Blick in die Empirie zeigt: Mittlerweile existieren eine ganze Reihe bis ins Detail ausformulierte Völkerrechtsverträge, die kaum noch Spielraum für Interpretationen lassen und damit die Möglichkeit zu *contestation* beschränken – man denke nur an Seerechtskonventionen, nach denen sich der Umfang eines Festlandssockels metergenau bestimmen lässt, die telefonbuchdicken Listen verbotener Substanzen der Chemiewaffenkonvention oder eben die (vermeintlich) völkerrechtlich sehr genaue Eingrenzung dessen, was nach der Anti-Folterkonvention unter Folter zu verstehen ist.<sup>332</sup> Natürlich könnte man dagegen argumentieren, dass solche elaborierten Völkerrechtsverträge keine fundamentalen Normen darstellen (obwohl das Folterverbot explizit als solche eingestuft wird).<sup>333</sup> Dann würde jedoch erstens das Argument tautologisch und zweitens in der vorgestellten Einteilung eine Kategorie fehlen. Wichtiger als diese Feststellung ist jedoch der erneute Verweis darauf, dass internalisierte Normen und Tabus, die sicherlich meist als fundamentale Normen einzustufen sind (von Risses Ampel-Beispiel einmal abgesehen) besonders stark wirken, weil sie *besonders unumstritten* sind. Dabei scheint es nebensächlich zu sein, ob diese fundamentalen Normen besonders stark kodifiziert und ausformuliert sind (wie das Folterverbot) oder also solche nirgends schriftlich fixiert und spezifiziert sind

<sup>330</sup> Vgl. auch Punkt 7.3.2 der Arbeit.

<sup>331</sup> Wiener, Antje 2008: *The Invisible Constitution of Politics: Contested Norms and International Encounters*, Cambridge, S. 65.

<sup>332</sup> Vgl. hierzu S. 191 der Arbeit.

<sup>333</sup> Vgl. Wiener, Antje 2008: *The Invisible Constitution of Politics: Contested Norms and International Encounters*, Cambridge, S. 67.

(wie etwa die Einteilung in Männer und Frauen). Auch Wiener scheint auf diesen Punkt anzuspielen, wenn sie schreibt, dass fundamentale Normen eine Gesellschaft zusammenhalten und diejenigen Grundwerte darstellen, auf die sich eine Gemeinschaft *geeignet* habe:

“...fundamental norms are considered as the glue of a community. They express that what is agreed to. (...) ...in the context of global politics, fundamental norms are agreed by the international interaction of ‘civilized nations’ and are defined as ‘basic procedural norms’ including sovereign equality, respect for human rights and non-intervention in international affairs among others.”<sup>334</sup>

Wie sich diese Ansicht, die sehr an die der AutorInnen von Modellen der Normdiffusion erinnert, mit der Aussage verträgt, dass fundamentale Normen besonders umstritten seien, ist mir schleierhaft. An dieser Stelle wird deutlich, dass der grundlegende Fokus der *logic of contestedness*, der von einer Umstrittenheit auch fundamentaler Normen ausgeht, ein sehr interessanter, aber sicherlich nicht der einzig mögliche ist.

### 2.5.4 Selbstverortung: Normen ohne Eigenleben?

Wie bereits deutlich geworden sein sollte, nehme ich zu den Aussagen der *logic of contestedness* eine “ja, aber”-Position ein, indem ich die meisten Kernthesen zwar als richtig erachte, jedoch – v.a. mit dem Verweis auf den Sonderstatus internalisierter Normen und Tabus – darauf verweise, dass es Ausnahmen von den Feststellungen der *logic of contestedness* gibt:

Forschungspraktisch ist der Hinweis bedeutsam, dass Normen schwer unabhängig von sozialen Praxen analysiert werden können (Stichwort: *conflation*). So sind (Rechts-) Normen mehr als ein einmal niedergeschriebener, unveränderbar auf Akteurshandeln einwirkender Text und die *logic of contestedness* mit ihrem Verweis auf mehrere Dimensionen der Normanerkennung “*shift[s] the perspective from analysing treaty texts towards understanding the input of social practices that form expectations of treaty substance.*”<sup>335</sup> Hier würde ich allerdings eine Differenzierung vornehmen, je nachdem, ob nach der *praktischen Wirkung* einer Norm gefragt wird (z.B. welchen Einfluss hat das Walfangverbot?) oder nach dem *normativen Gehalt* der Norm (was sollte das Ziel des Walfangverbots sein?). Im ersten Fall ist die oben genannte Aussage zutreffend, im letzten nicht (zumindest nicht, wenn nicht gefragt wird, welche unterschiedlichen Absichten die Konstrukteure des Walfangverbots hatten). Da meine Unterkapitel zur Konstruktion und zum Erosionsprozess der von mir untersuchten Normen klar dem ersten Fall zuzuordnen sind, fokussiere ich dort insbesondere auf die Praxen sozialer Akteure.<sup>336</sup>

Generell ist es richtig und wichtig hervorzuheben, dass Normen, nachdem ein Akteur von ihrer Richtigkeit überzeugt wurde, nicht plötzlich unabhängig von dessen Zutun wirken, sondern weiterhin umstritten bleiben *können*: Akteure konstruieren Normen nicht nur, sondern formen sie durch diskursive und soziale Praxen immer wieder um. Dabei ist die Bedeutung von Normen schon deshalb im Fluss, weil sich unsere Perspektive

<sup>334</sup> Wiener, Antje 2008: *The Invisible Constitution of Politics: Contested Norms and International Encounters*, Cambridge, hier S. 67.

<sup>335</sup> Wiener, Antje 2008: *The Invisible Constitution of Politics: Contested Norms and International Encounters*, Cambridge, S. 6, Herv. i. Org.

<sup>336</sup> Vgl. Unterkapitel 5.1.2 und 5.2.3 bzw. 6.1 und 6.2 der Arbeit.



auf sie ständig wandelt (da wir bestehende Normen häufig auf neuartige Situationen beziehen müssen) und individuell höchst unterschiedlich ausfallen kann. Nur so lässt sich z.B. erklären, dass verschiedene RichterInnen Normen völlig unterschiedlich auslegen und Einzelfälle entsprechend unterschiedlich bewerten. *Deshalb muss auch anerkannt werden, dass keine Norm, wie stark sie auch sein mag, immer, überall und für jedermann gilt, was eine Kernthese auch meiner Arbeit ist.*

Allerdings kann genau diese These aus zwei sehr unterschiedlichen Perspektiven gelesen werden. So kann daraus sowohl der Schluss gezogen werden, dass Normen immer etwas sehr fragiles, von Akteurshandeln abhängiges und wandelbares sind, wie es die AnhängerInnen der *logic of contestedness* tun. Man kann diese These aber auch als richtig und dennoch nebensächlich (“geschenkt”) ansehen: Selbstverständlich werden selbst internalisierte Normen nicht in alle Ewigkeit reproduziert – spätestens mit dem Aussterben der Menschheit dürfte auch ihr Ende gekommen sein. Erstaunlich und untersuchenswert erscheint aus einer *Langzeitperspektive* vielmehr, wie es manchen Normen möglich ist, über sehr lange Zeiträume stabil reproduziert zu werden.<sup>337</sup>

Beim Einnehmen der Langzeitperspektive rücken meist *fundamentale Normen* ins Zentrum, die auch ich, allerdings unter den Begriffen *internalisierte Normen* bzw. *Tabus* als Sonderfall betrachte.<sup>338</sup> Allerdings leite ich aus dieser Differenzierung verschiedener Normtypen Schlüsse ab, die denjenigen der VertreterInnen der *logic of contestedness* diametral entgegenstehen: So nehme ich nicht an, dass fundamentale Normen die am meisten, sondern im Gegenteil die am wenigsten umstrittenen sind und ein diskursiver Austausch einer solchen Norm dieser nicht (wie allen Normen) nützt und Legitimität verschafft, sondern ihr vielmehr schadet und ihre Gültigkeit untergräbt. Während erstere Annahme davon ausgeht, dass gerade auch fundamentale Normen immer vollständig von Akteurshandeln abhängig bleiben und kaum ein “Eigenleben” haben, stellt es sich bei näherem Hinsehen gar nicht so einfach dar, Handlungsmacht über die von Akteuren geschaffenen Strukturen insbesondere in Form fundamentaler Normen zu behalten, wie die *logic of contestedness* es nahe legt. Ein bekannter Kritikpunkt, der immer wieder gegen Habermas Diskurstheorie, an den die *logic of contestedness* anschließt, hervorgebracht wird, ist, dass selbstverständlich nicht jedermann Zugang zu Diskursen hat, in denen über Normen entschieden wird (was regelmäßig mit dem Argument gekontert wird, Habermas entwerfe hier ein Idealbild, nicht eine Beschreibung gesellschaftlicher Gegebenheiten). Doch selbst wenn man sich an den Debatten um die Anerkennung und den Gehalt von Normen beteiligen *dürfte* und *wollte* (wen interessiert schon die Auslegung der EU-Bananenmarktordnung?), gibt es doch auch Grenzen dessen, was überhaupt als qualifizierter Wortbeitrag und als angemessenes Diskussionsthema gilt. Würde ich mich z.B. in einem Diskurs über den Sinn oder Unsinn des Verzehrs von Fleisch (mit dem für solche Debatten typischen Verweis auf die Praktiken unserer Ahnen) konsequent für die Legalisierung von Kannibalismus aussprechen, würde dies vermutlich weniger als

<sup>337</sup> Eine amüsante Parallele ergibt sich hier zur Paläonthologie, in der einige ForscherInnen eher den Grundstandpunkt einnehmen, die Dinosaurier wären zum Aussterben vor 65 Mio. Jahren verurteilt gewesen, weil sie sich nicht schnell genug anpassen konnten, während andere ForscherInnen sie von vornherein als sehr erfolgreiche Spezies ansehen, da sie über 160 Mio. Jahre die Erde dominierten, was gerade im Vergleich zum Menschen ein enorm langer Zeitraum ist.

<sup>338</sup> Vgl. ausführlich S. 94 der Arbeit.

demokratisch legitimerter Wortbeitrag gelten, als als Grund, mich in die Psychiatrie einzuweisen. Trotz der Tatsache, dass Kannibalismus lange Zeit praktiziert wurde, heute noch bei (sehr wenigen) Völkern praktiziert wird und es vielleicht wirklich einen Gedanken wert wäre, ob es so viel schlimmer ist, einen Mitmenschen zu essen, als Tausende auf ein Schlachtfeld zu schicken, *verbieten sich diese Sichtweise und diese Diskussion von selbst*.<sup>339</sup>

Der Einwand der VertreterInnen der *norm contestedness*, selbst die strikte Ablehnung des Kannibalismus könne irgendwann wieder bestritten werden, wäre zwar weiterhin gerechtfertigt, aus einer Langzeitperspektive jedoch vergleichsweise irrelevant. Interessanter wäre hier die Frage, wie v.a. fundamentale Normen sich so lange öffentlichen Diskursen und Praxen, vielleicht sogar unserem unmittelbaren Bewußtsein entziehen und dennoch ihre Gültigkeit behalten konnten.<sup>340</sup> Müssen Normen hierfür nicht doch ein "Eigenleben" haben.

---

<sup>339</sup> So führt Seibel aus: *"Menschenfleisch zu essen, die eigene Mutter zu heiraten, Tote in der Umgebung der Lebenden zu belassen, erscheint uns völlig absurd; solche Handlungen sind für uns Ausdruck einer Geistesgestörtheit, wir halten solche Menschen für gefährlich, wir schließen sie aus der Gemeinschaft aus. Uns erscheinen diese Regeln als so selbstverständliche moralische Gesetze, daß es gar keiner Diskussion darüber bedarf, wir fragen weder nach der Herkunft, nach der Bedeutung, noch nach der Wirkung oder dem Einfluß auf unsere Gesellschaft bzw. unser Handeln. Ein solches Tabu zu brechen, ist nicht emanzipiert, es ist völlig indiskutabel, wir stellen es überhaupt nicht zur Debatte, es liegt außerhalb eines strategisch bewußten Zugriffs; eine solche Tabuverletzung erschüttert uns im Innersten."* Seibel, Karin 1990: Zum Begriff des Tabus. Eine soziologische Perspektive, Frankfurt am Main, S. 26.

<sup>340</sup> Bezogen auf das Kannibalismus-Verbot spricht für diese Sichtweise, dass die Möglichkeit eines solchen Tabubruchs nicht einmal im deutschen Strafgesetzbuch vorgesehen ist. Erst als es 2003 zu einem spektakulären Fall von Kannibalismus kam und der Täter mangels einschlägiger Paragraphen wegen Mordes und Störung der Totenruhe verurteilt werden musste, kam es zu Überlegungen, Kannibalismus als gesonderte Straftat aufzunehmen.

## 2.6 Structure rules: Tabus in den Internationalen Beziehungen

### 2.6.1 Die Karriere eines polynesischen Normkonzepts

*“There is another custom amongst them call’d Taboo whose precise meaning we do not well understand. The world itself implies no more than that a thing is not to be touch’d (...). It seems to be a custom of great force and extent and in some measure may be reckon’d of the sacred or religious cast, relating to things hollow’d and forbidden.”<sup>341</sup>*

James Cook ist einer Struktur zum Opfer gefallen, die er selbst erstmals beschrieben hatte: einem Tabu. Eine Möglichkeit, diese “Strukturverletzung” zu umgehen oder gar das Tabu zu ändern, konnte es für es für ihn nicht geben, da er in der hawaiianischen Kealakekua-Bucht, die er im Februar 1779 anlief, nichts weiter sah, als einen geeigneten Ort, um den Mast der HMS Resolution zu reparieren. Für die Hawaiianer stellte diese Handlung jedoch eine Normverletzung ersten Grades dar, die es zu sanktionieren galt, war die Bucht doch mit einem Tabu belegt und damit Normalsterblichen nicht zugänglich. In einem Handgemenge wurde Cook, ebenso wie einige Hawaiianer, getötet.<sup>342</sup> Die tragische Begebenheit deutet bereits darauf hin, dass Tabus die oben aufgeführten Eigenschaften von Normen teilen und somit als eine Unterkategorie von Normen betrachtet werden können.<sup>343</sup> Sie werden von Mitgliedern einer sozialen Gruppe geteilt und sind damit innerhalb einer bestimmten Kultur, d.h. meist geographisch begrenzt, gültig. Dennoch wird häufig erwartet, dass auch Fremde die in einem Kulturraum geltenden Tabus (und Normen) einhalten.<sup>344</sup> AnhängerInnen der *logic of contestedness*, deren Kritik an einem zu statischen Normverständnis auch auf Tabus zutrifft, ist wie immer zuzugestehen, dass auch das über die Kealakekua-Bucht verhängte Tabu irgendwann wieder bestritten worden sein muss – denn heute tummeln sich dort TouristInnen ebenso ungehindert, wie auf ganz Hawaii. Die Begebenheit zeigt jedoch auch, dass es für Akteure besonders dann schwer ist, ein Tabu zu ändern, wenn ihnen das Tabu selbst nicht bewusst ist – sei es, weil man aus einer anderen Kultur stammt oder weil man ein bestimmtes Verhalten, ähnlich dem in

<sup>341</sup> Logbucheintrag von James Cook, zitiert nach: Gutjahr, Ortrud 2008: Tabus als Grundbedingungen von Kultur. Siegmund Freuds Totem und Tabu und die Wende in der Tabuforschung, in: Benthien, Claudia/Gutjahr, Ortrud (Hrsg.): Tabu. Interkulturalität und Gender, München, S. 19-50. Auf die Wörter “*tapu*“, “*kapu*“ bzw. “*tabu*“ war Cook in mehreren polynesischen Sprachen gestoßen.

<sup>342</sup> Früher wurde vermutet, dass Cook, der einige Tage zuvor in der gleichen Bucht geankert hatte, von den Hawaiianern für deren Gott Lono gehalten wurde, zu dessen Ehren das über die Bucht verhängte “*kapu*“ aufgehoben worden war, um dort ein festliches Ritual begehen zu können. Als Cook nach dem Ende des Festes – und mit einem ramponierten Schiff – erneut eintraf, hätten die Hawaiianer ihren Fehler jedoch eingesehen. Die modernere Lesart übernimmt zumindest die Ansicht, dass Cooks Ansehen durch die Tabuverletzung stark geschädigt wurde und es infolgedessen zu Diebstählen kam, die Cook zu unterbinden versuchte, indem er einen hawaiianischen Häuptling als Geisel nahm. Diese Handlung hätte schließlich den Ausschlag für das Scharmützel in der Bucht gegeben. Vgl. Salmond, Anne 2009: Tod auf Hawai’i, in: Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH/Kunsthistorisches Museum mit Museum für Völkerkunde und Österreichisches Theaternuseum, Wien/Historisches Museum Bern (Hrsg.): James Cook und die Entdeckung der Südsee, München, S. 37-38, hier S. 38.

<sup>343</sup> Vgl. ausführlich S. 94 der Arbeit.

<sup>344</sup> Gerade da Tabus tief verwurzelt sind und selten explizit gemacht werden, ist eine Anpassung jedoch schwierig. Der sog. “Kulturschock“ beruht in Teilen darauf, dass ein Fremder die Tabus einer für ihn neuen Kultur nicht kennt und deshalb soziale Ablehnung erfährt, was zu Frustration führt. Vgl. auch Allan/Burridge: “*Even an unintended contravention of taboo risks condemnation and censure; generally, people can and do avoid tabooed behaviour unless they intend to violate a taboo.*” Allan, Keith/Burridge, Kate 2006: Forbidden Words. Taboo and the Censoring of Language, Cambridge, S. 1.

Bezug auf internalisierte Normen diskutierten Onkel-Sein, von früheren Generationen “erbt” hat – oder wenn man überhaupt nicht auf den Gedanken verfällt, dass es eine Handlungsalternative gegeben hätte. So lag dem hawaiianischen Häuptling die Deutung, dass Cook ein uraltes Tabu verletzte, offensichtlich näher, als die Überlegung, dass Cooks unbekümmertes Verhalten in der Bucht ein Hinweis darauf sein könnte, dass das Tabu ein soziales Konstrukt sei und Gott Lono das Betreten der ihm geweihten Bucht nicht ahnden würde.

Cook selbst hatte vor seinem Tod einige Beobachtungen in Bezug auf Tabus machen können, die noch unser heutiges Verständnis von ihnen prägen: So stellte er fest, dass verschiedenste Objekte mit Tabus belegt werden konnten (wie es auf die Verregelung durch Normen generell zutrifft) – Orte, Nahrungsmittel oder auch Personen. Dabei hatten sie meist einen moralisch oder religiös motivierten Hintergrund, auch wenn dies – ebenso wie bei Normen – in polynesischen Gesellschaften nicht immer der Fall war.<sup>345</sup> Cook erkannte auch den Zusammenhang von Tabus und Macht, indem er feststellte, dass diejenigen Personen, für die Tabus nicht galten, häufig auch diejenigen waren, die die Befugnis hatten, Tabus zu setzen. Wie oben angeführt, hängt also auch hier die Befugnis, Strukturen zu setzen oder zu verändern, stark von der sozialen Stellung ab.<sup>346</sup> Dementsprechend gelten Tabus, wie alle Normen, in bestimmten Kontexten, d.h. nicht überall für jedermann – so durften z.B. bestimmte Personen tabuisierte Kultplätze betreten oder Frauen an Bord der englischen Schiffe keine Speisen zu sich nehmen.<sup>347</sup> Allerdings blieben Cook, wie das Einleitungs zitat andeutet, all diese Rituale und ihr Zusammenhang recht unverständlich.<sup>348</sup> Zu diesem Umstand trug auch die Tatsache bei, dass die Einheimischen häufig selbst nicht in der Lage waren, Cook den Ursprung ihrer Tabus zu erklären. Auch diese mystische und irrationale Komponente schwingt noch heute in unserem Tabuverständnis mit – wer sich an Tabus hält, tut dies selten aus rationaler Überzeugung.<sup>349</sup> King, der nach Cooks Tod dessen Reisetagebuch weiterführte, bemerkte zudem, dass ein Tabu sowohl heilige, als auch unreine und verbotene Dinge bezeichnen konnte, was bereits auf die widersprüchlichen Gefühle hindeutet, die insbesondere Freud Tabus zuschrieb.<sup>350</sup> Zuletzt wies er auf die Konsequenzen eines Tabubruchs hin: Der Tabubrecher würde selbst tabu, Tabus könnten sich also ausweiten und “ansteckend” wirken. Deshalb würden TabubrecherInnen aus der Gemeinschaft ausgeschlossen, was für ein Stammesmitglied eine existentielle Gefährdung bedeutete (und mit der oben in Bezug auf die personale Identität getroffenen Feststellung korrespondiert, dass die Androhung

---

<sup>345</sup> Vgl. zur Diskussion des moralischen Gehalts von Normen S. 23 der Arbeit. Bei den Polynesiern hatten manche Tabus einen eher profanen, rationalen Zweck, wie z.B. die Rationierung von Lebensmitteln in bestimmten Jahreszeiten, in denen diese knapp wurden.

<sup>346</sup> Vgl. S. 63 der Arbeit.

<sup>347</sup> Vgl. auch Adler, Jeremy/Fardon, Richard (Hrsg.) 2008: Franz Baermann Steiner: Zivilisation und Gefahr. Wissenschaftliche Schriften, Göttingen, S. 310.

<sup>348</sup> Vgl. Adler, Jeremy/Fardon, Richard (Hrsg.) 2008: Franz Baermann Steiner: Zivilisation und Gefahr. Wissenschaftliche Schriften, Göttingen, S. 309.

<sup>349</sup> Vgl. zur Diskussion über die Rolle der Überzeugung bei der Einhaltung von Normen S. 33 der Arbeit.

<sup>350</sup> Vgl. S. 92 der Arbeit. Im Polynesischen gibt es keine einzelnen Adjektive, die eine Unterscheidung zwischen “heilig“ und “verboten“ zulassen. Vgl. Adler, Jeremy/Fardon, Richard (Hrsg.) 2008: Franz Baermann Steiner: Zivilisation und Gefahr. Wissenschaftliche Schriften, Göttingen, S. 315.

von sozialem Ausschluss ein wichtiger Aspekt bei der Einhaltung von Normen ist, selbst wenn man nicht von deren Bedeutung überzeugt ist).<sup>351</sup>

Erstaunlicherweise erwies sich dieses komplexe und unverständlich scheinende Konzept als kulturell höchst anschlussfähig: Innerhalb kürzester Zeit nach der Rückkehr der Expedition etablierte sich das Wort "Tabu" in vielen europäischen Sprachen, fand sich in Lexika wie auch im öffentlichen Sprachgebrauch wieder.<sup>352</sup> Zwar sind einzelne Tabus kulturell gebunden und der Begriff "Tabu" nur in der polynesischen Sprachfamilie verwurzelt, Tabus als generelles Phänomen waren und sind jedoch zu jeder Zeit in jeder Kultur anzutreffen<sup>353</sup> – nur existierte bis 1779 in Westeuropa hierfür kein passender Begriff.<sup>354</sup> Entsprechend findet sich das Wort "noa", das in polynesischen Sprachen das Gegenteil eines Tabus bezeichnet und mit "gewöhnlich" oder "frei zugänglich" übersetzt werden kann, nicht in unserem Wortschatz wieder.<sup>355</sup> Da auch andere Begriffe (wie "mana" als die einem Tabu innewohnende Kraft) und Objekte (wie etwa Tabustäbe, mit denen Objekte tabuisiert werden konnten), die mit dem polynesischen Tabukonzept in engem Zusammenhang standen, nicht übernommen wurden, warnen Ethnologen heute davor, unser Verständnis von Tabus mit dem speziellen Stellenwert gleichzusetzen, den dieses Konzept in polynesischen Religionen, Gesellschafts- und "Rechtsordnungen" hat(te):

"So kann in der Südsee, dies belegen die zahlreichen Reiseberichte, von denjenigen, die ein Tabu befolgen, ausführlich über dieses Tabu palavert werden, was bei heutigen Tabus in bezug auf diejenigen, für die sie gelten, nicht der Fall ist."<sup>356</sup>

Mit dem Wandel des gesellschaftlich-kulturellen Hintergrunds in Europa wandelte sich auch der dortige Tabubegriff. So erlebte er im viktorianischen Zeitalter einen regelrechten Aufschwung, da er im öffentlichen Sprachgebrauch eine der wenigen "Inseln" magisch-mystischer Bedeutung darstellte, um die herum der Rest der Umwelt zunehmend "entzaubert" und rationalisiert wurde.<sup>357</sup> Gleichzeitig entwickelten sich verschiedene Stränge der modernen Ethnologie, deren Vertreter die Tabubegriffe und -bräuche verschiedener Völker (meist anhand von Missionsberichten) zu analysieren versuchten. Hier wurzelt das heute verstärkt vorherrschende Problem, dass das Verständnis von Tabus

<sup>351</sup> Vgl. Kraft, Hartmut 2004: Tabu. Magie und soziale Wirklichkeit, Düsseldorf, S. 34, bzw. S. 29ff. der Arbeit.

<sup>352</sup> Vgl. Adler, Jeremy/Fardon, Richard (Hrsg.) 2008: Franz Baermann Steiner: Zivilisation und Gefahr. Wissenschaftliche Schriften, Göttingen, S. 310. Außerdem lernten europäische Seefahrer, ihre Schiffe gegenüber polynesischen Völkern als "tabu" zu erklären, damit diese ihnen nicht zu nahe kamen. Das Wort wird heute selbst im Japanischen verwendet, obwohl dort bereits ein ähnlicher Begriff existierte. Vgl. Kraft, Hartmut 2004: Tabu. Magie und soziale Wirklichkeit, Düsseldorf, S. 35.

<sup>353</sup> So schreibt Hondrich: "Das Tabu-Prinzip ist die Universalie aller Kulturen." Hondrich, Karl Otto 2003: Wie sich Gesellschaft schafft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.06.2003, S. 7.

<sup>354</sup> Dass das Wort nicht schon früher "importiert" wurde, hängt damit zusammen, dass die früheren Seefahrmächte wie Portugal und Holland lediglich an handelbaren Waren, nicht aber an der Kultur der "neuentdeckten" Völker interessiert waren. Cooks Methode, fremde Sprachen aufzuschreiben und teilweise zu erlernen, war dementsprechend revolutionär. Vgl. Adler, Jeremy/Fardon, Richard (Hrsg.) 2008: Franz Baermann Steiner: Zivilisation und Gefahr. Wissenschaftliche Schriften, Göttingen, S. 105.

<sup>355</sup> Vgl. Adler, Jeremy/Fardon, Richard (Hrsg.) 2008: Franz Baermann Steiner: Zivilisation und Gefahr. Wissenschaftliche Schriften, Göttingen, S. 321.

<sup>356</sup> Kuhn, Fritz 1987: Tabus, in: Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht 60, S. 19-35, hier S. 22. Vgl. auch S. 96 der Arbeit. Treffend auch Mitscherlichs Feststellung: "Man kann Worte nicht importieren wie Pfeffer und Bananen." Mitscherlich, Alexander 1960: Vom gehantten zum gelenkten Tabu, in: Magnum: Zeitschrift für das moderne Leben, August 1960, Heft 31, S. 27-28, hier S. 27.

<sup>357</sup> Vgl. Adler, Jeremy/Fardon, Richard (Hrsg.) 2008: Franz Baermann Steiner: Zivilisation und Gefahr. Wissenschaftliche Schriften, Göttingen, S. 333.

im öffentlichen Sprachgebrauch von dem verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen, die sich untereinander ebenso uneinig sind, stark abweicht. Unter den frühen ethnologischen Schriften sind diejenigen von Frazer<sup>358</sup> und Smith hervorzuheben, welcher als erster

„...von der Idee einer Selbstregulierung von Tabus ausging (...). Denn Tabus generieren sich seiner Meinung nach selbst, insofern eine Berührung des Reinen durch das Unreine zu Infizierung führt.“<sup>359</sup>

War die Annahme, dass Tabus als Strukturen *von selbst* wirkten, bereits bei Cook dergestalt erschienen, dass weder Cook noch die Polynesier sich ihren Ursprung erklären konnten, so wurde Tabus im ausgehenden 19. Jh. noch mehr Eigenleben zu- (und ein rationaler Hintergrund ab-)gesprochen, da sie vollends in die Sphäre des Transzendenten und der mythischen „Urglauben“ gerückt wurden.<sup>360</sup> Dieses Konzept verträgt sich selbstverständlich nicht mit dem eines bewusst handelnden Akteurs, der allzeit bereit ist, die ihn umgebenden Strukturen nach Belieben zu dekonstruieren. Freud, dessen Auffassung unseren Tabubegriff bis heute prägt, würde dieser Ansicht ebenfalls widersprechen, bilden Tabus für ihn doch einen wichtigen Teil unseres Unterbewusstseins.

## 2.6.2 Unzugänglich im Unterbewusstsein: der Tabubegriff Freuds

*“Die Tabuverbote entbehren jeder Begründung, sie sind unbekannter Herkunft; für uns unverständlich, erscheinen sie jenen selbstverständlich, die unter ihrer Herrschaft leben.”<sup>361</sup>*

In seinem 1913 erschienenen Band „Totem und Tabu“ machte Freud das Konzept des Tabus für die Psychologie bzw. neu entstehende Psychoanalyse fruchtbar. Da Freud seine Thesen aus einer hoch spekulativen Geschichte ableitet, welche nach sämtlichen, wie auch immer gearteten wissenschaftlichen Standards unhaltbar ist, wurden sie von Freuds Kollegen und den in diesem Feld forschenden Ethnologen als unsinnig verworfen.<sup>362</sup> Dies stellte sich allerdings als vorschnell heraus, denn anders als Freuds Geschichte von den Brüdern einer Urhorde, die einen „Urtabubruch“ begehen, indem sie ihren Vater ermorden und verspeisen, um eine sexuelle Beziehung zur eigenen Mutter aufnehmen zu können, dann jedoch die Schutzmacht des Vaters vermissen, ihre Verfehlung einsehen und ihren gemordeten Vater in Gestalt von Totemtieren verehren,<sup>363</sup> trifft Freuds Analyse *heutiger*

<sup>358</sup> James Frazer ging in seinem Werk „Der goldene Zweig“ (1906-1915), ebenfalls davon aus, dass das Tabu in Polynesien einen besonderen Stellenwert habe, dass sich Spuren solcher Praktiken jedoch bei allen Völkern finden ließen.

<sup>359</sup> Gutjahr, Ortrud 2008: Tabus als Grundbedingungen von Kultur. Sigmund Freuds Totem und Tabu und die Wende in der Tabuforschung, in: Benthien, Claudia/Gutjahr, Ortrud (Hrsg.): Tabu. Interkulturalität und Gender, München, S. 19-50, hier S. 34.

<sup>360</sup> Allerdings verweist Kraft darauf, dass selbst der irrationalste Tabuglaube aus psychologischer Sicht doch einen wichtigen Zweck erfüllt, nämlich Ereignisse, denen wir ohnmächtig ausgeliefert sind (Krankheit, Naturkatastrophen etc.) als Folgen eines Tabubruchs einzuordnen und damit zu rationalisieren. Vgl. Kraft, Hartmut 2004: Tabu. Magie und soziale Wirklichkeit, Düsseldorf, S. 37f.

<sup>361</sup> Freud, Sigmund 1990 [1956]: Totem und Tabu. Einige Übereinstimmungen im Seelenleben der Wilden und der Neurotiker, Frankfurt am Main, S. 26. Der Band umfasst vier aufeinander aufbauende Aufsätze Freuds, von denen der zweite *“Das Tabu und die Ambivalenz der Gefühlsregungen“* der für meine Zwecke zentrale ist.

<sup>362</sup> Vgl. als bereits zeitgenössische Kritik Kroeber, A.L. 1920: Totem and Taboo: An Ethnologic Psychoanalysis, in: American Anthropologist 22:1, S. 48-55, hier S. 50ff. oder Kroeber, A.L. 1939: Totem and Taboo in Retrospect, in: The American Journal of Sociology 45:3, S. 446-451, hier S. 448ff. Lob erntete Freud dagegen bezeichnenderweise bei Thomas Mann.

<sup>363</sup> Freud, Sigmund 1990 [1956]: Totem und Tabu. Einige Übereinstimmungen im Seelenleben der Wilden und der Neurotiker, Frankfurt am Main, S. 145f.

Tabukonzepte den Nagel auf den Kopf.<sup>364</sup> Nicht nur greift Freud in seiner Geschichte (unbewusst?) auf zwei “Urtabus” zurück, die sich tatsächlich in fast allen Kulturen finden lassen, nämlich Kannibalismus und Inzest,<sup>365</sup> er schließt auch in vielen Punkten an die Ansichten seiner Vorgänger, insbesondere der Ethnologen Wundt und Frazer, an. So beschreibt er Tabus, wie im Einleitungszitat deutlich wird, als von *außen* unverständliche, innerhalb einer Gruppe aber *selbstverständliche* Konstrukte – so selbstverständlich, dass der Ursprung eines Tabus oft nicht erklärt werden könne. Sie gelten unhinterfragt und ohne eine rationale Begründung. Dennoch seien Tabus funktional, wobei sie folgende Kernfunktionen erfüllten:<sup>366</sup>

- Die Orte, Objekte oder Personen, die einer Gemeinschaft besonders wichtig oder gar heilig seien, würden durch Tabus vor der Verunreinigung durch “Profanes” geschützt. Der angestrebte Schutz des zu Bewahrenden wird durch eine Tabuisierung von (bestimmten Personen vorbehaltenen) Handlungen, Orten sowie heiligen, geweihten und deshalb unberührbaren *Totems* sichergestellt. Eine Gemeinschaft versuche auf diese Weise *indirekt*, sich vor dem Unglück zu schützen, dass mit der Entweihung eines Ortes und dem entsprechenden Schwinden des Schutzes (etwa eines Totems) einhergehen würde, indem es das Gute schützt. Personen oder Orte, die eine herausgehobene Bedeutung hätten, könnten somit auch dem Neid des Volkes entzogen werden, das von wichtigen Funktionen oder Stätten ausgeschlossen bleibt.<sup>367</sup>
- Neben dem Schutz des “Wahren, Schönen, Guten”, vor Verunreinigung schützen Tabus aber auch die einfache Bevölkerung vor den Gefahren, die mit Tabus einhergehen. Gegenstand von Tabus werden dann gefährliche, unreine oder unheimlich Orte, Objekte oder Personen. In diesem Fall richtet sich eine Tabuisierung *direkt* gegen das Böse, mit dem ausnahmslos niemand in Berührung kommen darf.<sup>368</sup>
- Damit werden insbesondere Tabus der ersten Kategorie zu einem Mittel sozialer Unterscheidungen in solche Personen, die genügend Macht (“*mana*”) besitzen, um allgemeingültige Tabus zu übertreten, sich von Tabus “anstecken” zu lassen und selbst tabu zu werden (wie Schamaninnen, die heilig genug sind, geweihte Orte zu betreten oder den König zu berühren) und solche Personen, denen bei Übertretung eines Tabus der Ausschluss aus der Gemeinschaft droht.

Im letzten Fall, so Freud im Anschluss an ethnologische Studien, könnten manchmal bestimmte Reinigungszeremonien durchgeführt werden, weitaus häufiger sei jedoch die Verstoßung aus der Gemeinschaft, was er mit der Angst begründet, ein ungestraft

<sup>364</sup> Vgl. als zeitgenössische Würdigung z.B. Haas, Eberhard Th. 2002: Ist Totem und Tabu ein exotischer Tagtraum oder Grundlage einer allgemeinen Kulturtheorie?, in: *Psyche* 56/2002, S. 139-144.

<sup>365</sup> Vgl. Kraft, Hartmut 2004: *Tabu. Magie und soziale Wirklichkeit*, Düsseldorf, S. 62.

<sup>366</sup> Freud, Sigmund 1990 [1956]: *Totem und Tabu. Einige Übereinstimmungen im Seelenleben der Wilden und der Neurotiker*, Frankfurt am Main, S. 27.

<sup>367</sup> Ein bis typisches, (auch) in unserem Kulturkreis gültiges Beispiel ist die Norm, dass die hinter dem Altar liegenden Kirchenräume nur von bestimmten Würdenträgern betreten werden dürfen.

<sup>368</sup> Freud, Sigmund 1940: *Totem und Tabu. Einige Übereinstimmungen im Seelenleben der Wilden und der Neurotiker*, London, S. 26f.

bleibender Tabubruch könne wiederum Neid hervorrufen und viele Nachahmer finden, wenn er nicht drastisch sanktioniert und der Übeltäter aus der Gruppe entfernt würde.

Wichtiger erscheint hier jedoch Freuds Feststellung, dass Tabus sich selbst rächen können, ohne, dass von außen eine Strafe auferlegt würde.<sup>369</sup> Er führt den Fall einer Maori-Frau an, welche, nachdem sie erfahren hatte, dass von ihr verzehrte Früchte von einem dem Häuptling vorbehaltenen Ort stammen, der für sie tabu war, binnen zwei Tagen starb – das *mana* des Häuptlings war für sie einfach zu stark. Den Akteuren, die an ein Tabu glauben, ist also nicht nur nicht bewusst, wie, wann und wozu dieses Tabu sozial konstruiert wurde – es kann auch seine Wirkung ohne die Sanktionen dieser Akteure entfalten. Freud erklärt dies im Rückgriff auf die Ambivalenzthese, dem Kernstück seines Aufsatzes zu Tabus:<sup>370</sup> Bereits King hatte sich darüber gewundert, dass das Wort “tabu” sowohl einen positiven Zustand (“heilig”/“geweiht”) wie auch einen negativen (“unrein”/“verboten”) bezeichnen konnte, wozu es in westeuropäischen Sprachen keine Entsprechung gab. Für Freud kam das Konzept der “heiligen Scheu” dem des Tabus noch am nächsten.<sup>371</sup> Aus der Feststellung, dass nichts, was man gar nicht wolle, mit derart starken Sanktionsdrohungen wie sozialem Ausschluss belegt werden müsse, leitete er ab, dass es für die Mitglieder einer Tabugemeinschaft einen starken Anreiz geben müsse, dieses zu übertreten: “*Wo ein Verbot vorliegt, muss ein Begehren dahinter sein.*”<sup>372</sup> Verboten würde deshalb gerade das, was man sich besonders stark wünsche, weil es ebenso verführerisch wie beängstigend und falsch erscheine. Gerade bei den “Urtabus” handele es sich um den Versuch, die ältesten Gelüste der Menschheit zu bannen. Hierbei hatte Freud v.a. den Aggressionstrieb des Menschen vor Augen:

“Die Schicksalsfrage der Menschenart scheint mir zu sein, ob und in welchem Maße es ihrer Kulturentwicklung gelingen wird, der Störung des Zusammenlebens durch den menschlichen Aggressions- und Selbstvernichtungstrieb Herr zu werden.”<sup>373</sup>

Diese Neigungen seien jedoch nicht bewusst, sondern ins Unterbewusste (Es) verdrängt worden – so erkläre sich auch, dass “Tabugläubige” keine Begründung für ein Tabu anführen könnten.<sup>374</sup> Der unbewussten Neigung zum Tabubruch stünde, wie beim klassischen Verdrängungsprozess, die Angst vor den Folgen dieser Handlung gegenüber, die im Gewissen (Über-Ich) internalisiert worden sei. Um das ambivalente Verhältnis zwischen Wunsch und Angst aushalten zu können, sei das Individuum gezwungen, seinen Wunsch zu verdrängen und ihm eine besonders rigorose Verabscheuung entgegenzusetzen. Deshalb müsse einem Tabu umso größere Bedeutung zugemessen werden, je stärker die

<sup>369</sup> Vgl. Freud, Sigmund 1990 [1956]: Totem und Tabu. Einige Übereinstimmungen im Seelenleben der Wilden und der Neurotiker, Frankfurt am Main, S. 28f.

<sup>370</sup> Vgl. Freud, Sigmund 1990 [1956]: Totem und Tabu. Einige Übereinstimmungen im Seelenleben der Wilden und der Neurotiker, Frankfurt am Main, S. 37ff.

<sup>371</sup> Vgl. Freud, Sigmund 1990 [1956]: Totem und Tabu. Einige Übereinstimmungen im Seelenleben der Wilden und der Neurotiker, Frankfurt am Main, S. 26.

<sup>372</sup> Freud, Sigmund 1940: Totem und Tabu. Einige Übereinstimmungen im Seelenleben der Wilden und der Neurotiker, London, S. 87.

<sup>373</sup> Freud, Sigmund 2010 [1930]: Das Unbehagen in der Kultur, Frankfurt, S. 260.

<sup>374</sup> Ein amüsanter Beleg für diese These ist die Tatsache, dass Personen, die sich immer an Sprachtabus gehalten und z.B. Flüche vermieden haben, mit zunehmender Altersdemenz zwar einen Großteil ihres Wortschatzes verlieren, “*aber zu fluchen beginnen wie die Seelente (Übers. SoSchi)*”, da das Unterbewusstsein nicht mehr von einem hemmenden Gewissen kontrolliert wird. Allan, Keith/Burridge, Kate 2006: Forbidden Words. Taboo and the Censoring of Language, Cambridge, S. 12.



Lust an dessen Übertretung *und* die Angst vor diesem Schritt sei.<sup>375</sup> Einerseits sei es dem Gewissen kaum möglich, die Triebe des Unterbewusstseins vollständig zu unterdrücken. Andererseits produziere das Gewissen jedoch beim Übertreten eines Tabus ein starkes Schuldbewusstsein: Da im Über-Ich auch die eigenen Identitätsvorstellungen angesiedelt sind,<sup>376</sup> handelt ein Individuum, das ein Tabu bricht, gegen die eigenen Selbst- und Wertvorstellungen und fühlt sich deshalb auch dann schuldig, wenn die Tat nicht mit externen Sanktionen belegt wird.<sup>377</sup> Diese permanente Ambivalenzhaltung wird auch von heutigen „TabuforscherInnen“ zu Grunde gelegt. So bestätigt etwa Mertes:

„Die Übertretung der symbolischen Schranke erregt elementaren Abscheu. Zugleich weckt das heilige Verbot ein elementares Verlangen: die Lust auf das Entfesseln der tabuisierten Triebregung.“<sup>378</sup>

Und Gutjahr führt aus, dass *„[d]ie psychodynamische Antriebskraft von Tabus mithin in ihrer Fähigkeit [besteht], ambivalente Selbstverhältnisse und Beziehungskonstellationen latent zu halten.“*<sup>379</sup> Der von Freud beschriebene Verdrängungsprozess müsse jedoch nicht bei jeder Person individuell ablaufen, Tabus könnten auch von einer äußeren Autorität aufgedrängt und dann über Generationen übertragen werden.<sup>380</sup>

Nach dem skizzierten Rückblick auf die Entstehung unseres Tabubegriffs, bei dem bereits einige zentrale Elemente von Tabus aufgezeigt worden sind, werde ich mich im Folgenden den heute verwendeten Tabubegriffen zuwenden und dabei auf die für mein Projekt relevanten Fragen eingehen, was Tabus sind (2.6.3), welche Funktionen sie haben (2.6.4), wie sie entstehen (2.6.5), wie sie umgangen und gebrochen werden und welche Folgen dies hat (2.6.6) und schließlich, wie sie verschwinden können (2.6.7). Da in den IB zu diesen Fragen – ganz im Unterschied zum generellen Normbegriff – nur sehr wenige Publikationen vorliegen, werden hier WissenschaftlerInnen ganz unterschiedlicher Disziplinen zur Sprache kommen. Da der (verkürzte) Tabubegriff in den IB für mich selbstverständlich zentral ist, werde ich ihn für sich genommen in einem eigenen Unterkapitel umreißen (2.6.8) und schließlich eine Selbstverortung in der Debatte vornehmen (2.6.9).

---

<sup>375</sup> Freud, Sigmund 1940: Totem und Tabu. Einige Übereinstimmungen im Seelenleben der Wilden und der Neurotiker, London, S. 42.

<sup>376</sup> Vgl. S. 31ff. der Arbeit.

<sup>377</sup> Dass Tabus „ansteckend“ wirken können, erklärt Freud damit, dass das Unterbewusstsein immer neue Wege suche, ähnliche Handlungen wie die tabuisierten auszuführen, auf die das Gewissen (noch) keinen Zugriff habe. Er sieht hier eine Parallele zwischen Tabus und Zwangsneurosen, die inzwischen als überholt gilt. Vgl. Freud, Sigmund 1990 [1956]: Totem und Tabu. Einige Übereinstimmungen im Seelenleben der Wilden und der Neurotiker, Frankfurt am Main, S. 34ff.

<sup>378</sup> Mertes, Michael 2003: Das Tabu in der politischen Kommunikation. Politisches Handeln im Bereich des Unsagbaren, in: Depenheuer, Otto (Hrsg.): Recht und Tabu, Wiesbaden, S. 93-111, hier S. 93.

<sup>379</sup> Gutjahr, Ortrud 2008: Tabus als Grundbedingungen von Kultur. Sigmund Freuds Totem und Tabu und die Wende in der Tabuforschung, in: Benthien, Claudia/Gutjahr, Ortrud (Hrsg.): Tabu. Interkulturalität und Gender, München, S. 19-50, hier S. 42. Vgl. auch Balle, Christel 1990: Tabus in der Sprache, Frankfurt am Main, S. 18.

<sup>380</sup> Vgl. Freud, Sigmund 1990 [1956]: Totem und Tabu. Einige Übereinstimmungen im Seelenleben der Wilden und der Neurotiker, Frankfurt am Main, S. 42.

### 2.6.3 Was ist tabu? Heutige Beschreibungsversuche

“Dem Begriff ‘Tabu’ wäre wohl am besten entsprochen, indem man nicht über ihn spricht.”<sup>381</sup>

Es scheint unmöglich, ein so hochkomplexes Phänomen, das nicht nur aus einer uns fremden Kultur stammt, sondern über Jahrtausende bei unterschiedlichsten Völkern bestand und besteht und zudem heute Forschungsgegenstand verschiedenster Wissenschaftsdisziplinen ist, in eine allgemeingültige Definition pressen zu wollen.<sup>382</sup> Dementsprechend gibt es – je nach Disziplin – verschiedenste Einteilungen von Tabus z.B. in profane und religiöse, vorbewusste und unbewusste, Sprach- und Handlungstabus sowie Tabus verschiedenster Epochen und Kulturen, die hier alle aufzulisten weder machbar noch zweckdienlich wäre.<sup>383</sup> Dass es zum Wesen von Tabus gehört, dass man über sie nicht spricht, erschwert eine Definition zusätzlich:

“Das Wort ist flexibel, diffus, implizit, international, kann immer und überall eingesetzt werden, wird immer verstanden – Tabu hat den Charakter eines verbalen Joker, der immer gezogen wird, wenn man nicht konkret werden will oder darf.”<sup>384</sup>

Da es zu meinem Zweck nicht nötig ist, eine allgemeingültige Definition zu entwickeln, werde ich in diesem und den folgenden Unterkapiteln aktuelle Vorschläge verschiedener Disziplinen skizzieren und hieraus die für mein Forschungsinteresse wichtigsten Aspekte hervorheben (ohne den Anspruch zu erheben, dass sie dies auch für psychoanalytische oder sprachwissenschaftliche Studien sein müssten). Deshalb fokussiere ich mich insbesondere auf die Abgrenzung von Tabus von (anderen) Normen.

Tabus sind, wie aus den beiden vorherigen Unterkapiteln bereits hervorgegangen ist, *Strukturen*, die das Verhalten von Akteuren über lange Zeiträume sehr stabil prägen. Sie erfüllen alle Anforderungen eines sozialkonstruktivistischen Normbegriffs, denn auch sie sind (besonders stabile) “*kollektive Erwartungen bezüglich des angemessenen Verhaltens von Akteuren innerhalb einer sozialen Gruppe.*”<sup>385</sup> In der Literatur (wie auch in meiner Arbeit) werden sie häufig als eine spezielle Unterkategorie von Normen angesehen,<sup>386</sup> die sich

<sup>381</sup> Rudas, Stephan 1994: Stichworte zur Sozialpsychologie der Tabus, in: Bettelheim, Peter/Streibel, Robert (Hrsg.): Tabu und Geschichte. Zur Kultur des kollektiven Erinnerens, Wien, S. 17-20, hier S. 17.

<sup>382</sup> “...schon der kleinste gemeinsame Nenner unter allen denkbaren Diskursteilnehmern zum Thema Tabu wäre unklar.“ Horn, Hans-Peter. 2003: Brauchen wir Tabus? Antwort auf die Preisfrage der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung vom Jahr 2000, Göttingen, S. 17.

<sup>383</sup> Es sei aber darauf verwiesen, dass viele AutorInnen darin übereinstimmen, dass Tabus v.a. in folgenden Bereichen zu finden sind: Sexualität (Praktiken, Ausdrücke), Religion (z.B. Respektlosigkeit gegenüber religiösen Gefühlen anderer), Tod (z.B. mit Todkranken offen darüber zu sprechen), Körper (sämtliche Ausscheidungen, aber auch “Ersatzteile“ wie Perücken), Politik (schwere Verletzungen der *political correctness* wie die Worte “Nigger“ in den USA oder “Judensau“ in Deutschland), Gefühle (Gier, Hass), Verhalten im Zusammenhang mit Kontrollverlust oder dem Ignorieren sozialer Normen, Versagen (z.B. Analphabetismus, Einsamkeit). Vgl. Hoffmann, Arne 2003: Das Lexikon der Tabubrüche, Berlin, S. 10f. Zudem wird meist zwischen der Schwere der Verletzung von “Alltagstabus“ (wie z.B. bestimmten Flüchen) und der Verletzung “fundamentaler“ oder “religiöser“ Tabus (wie Folter) unterschieden. Seibel, Karin 1990: Zum Begriff des Tabus. Eine soziologische Perspektive, Frankfurt am Main, S. 3.

<sup>384</sup> Seibel, Karin 1990: Zum Begriff des Tabus. Eine soziologische Perspektive, Frankfurt am Main, S. 3.

<sup>385</sup> Vgl. S. 22 der Arbeit.

<sup>386</sup> So auch Tannenwald: “*A taboo is a particular type of norm.*” Tannenwald, Nina 2007: The Nuclear Taboo. The United States and the Non-Use of Nuclear Weapons Since 1945, Cambridge, S. 10. Vgl. auch Wahrendorf, Erich 2003: Schutz und Käfig. Brauchen wir Tabus?, München, S. 42 oder Rada, Roberta 2001: Tabus und Euphemismen in der deutschen Gegenwartssprache. Mit besonderer Berücksichtigung der Eigenschaften von Euphemismen, Budapest, S. 31.

wiederum von Traditionen, Verboten, Sünden oder Gesetzen abgrenzen lässt.<sup>387</sup> Dabei ist die Unterscheidung in generelle Normen und Tabus als Spezialfall meist eine graduelle:

- Tabus sind immer *Meidungsgebote*,<sup>388</sup> also Verbote, wohingegen Normen sowohl in “*Don’t do X-*”, als auch in “*Do X-*” Aussagen übersetzt werden können.<sup>389</sup> Damit determinieren sie nicht das Handeln eines Akteurs, sondern schließen vielmehr eine Handlungsalternative aus, die ihm sonst zur Verfügung stünde: “*Sie schreiben den Gläubigen nicht vor, bestimmte Leistungen zu vollbringen, sondern sie beschränken sich darauf, ihm bestimmte Handlungen zu verbieten.*”<sup>390</sup>
- Sie dienen dabei immer dem (direkten oder indirekten) Schutz vor drohenden Gefahren (sei es dem Zorn der Götter oder dem Kontrollverlust über den eigenen Aggressionstrieb): “*...it is a particularly forceful kind of normative prohibition that deals with the ‘sociology of danger.’*”<sup>391</sup>
- Sie beinhalten nach unserem heutigen Verständnis *immer* einen moralischen Kern, während dies bei Normen nicht der Fall sein muss.<sup>392</sup>
- Anders als Normen, die bewusst oder unbewusst eingehalten werden können, entziehen sich Tabus meistens (nach Freud immer) unserem Bewusstsein und ähneln somit “*deep structures*”, deren Änderung durch *agency* nur schwer möglich ist.<sup>393</sup> Sie haben die Funktion von “*Vorurteilsgewissheiten*” und bedeuten Akteuren, ihnen zu “*gehobchen, ohne zu fragen,*”<sup>394</sup> so dass sie als diejenigen Normen

<sup>387</sup> Vgl. z.B. Keller, Rudi 1987: Worttabu und Tabuwörter, in: Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht 60, S. 2-9, S. 2.

<sup>388</sup> Vgl. z.B. Schröder, Hartmut 2008: Zur Kulturspezifität von Tabus. Tabus und Euphemismen in interkulturellen Kontaktsituationen, in: Benthien, Claudia/Gutjahr, Ortrud (Hrsg.): Tabu. Interkulturalität und Gender, München, S. 51-70, hier S. 55 oder Gutjahr, Ortrud 2008: Tabus als Grundbedingungen von Kultur. Sigmund Freuds Totem und Tabu und die Wende in der Tabuforschung, in: Benthien, Claudia/Gutjahr, Ortrud (Hrsg.): Tabu. Interkulturalität und Gender, München, S. 19-50, hier S. 19.

<sup>389</sup> Vgl. Fußnote S. 23 der Arbeit.

<sup>390</sup> Durkheim, Emile 1981: Die elementaren Formen des religiösen Lebens, Frankfurt am Main, S. 406. Ähnlich die Beschreibung Depenheuers, ein Tabu sei “*eine Alternative, die es nicht geben darf.*“ Depenheuer, Otto 2003: Recht und Tabu – ein Problemaufriß, in: Depenheuer, Otto (Hrsg.): Recht und Tabu, Wiesbaden, S. 7-23, hier S. 18.

<sup>391</sup> Tannenwald, Nina 2007: The Nuclear Taboo. The United States and the Non-Use of Nuclear Weapons Since 1945, Cambridge, S. 10. Vgl. auch die Forderung von Mead, der Begriff des Tabus müsse “*darauf begrenzt werden, Verbote zu beschreiben, die sich gegen die Teilnahme an all jenen Situationen richtet, die so gefährlich sind, daß bereits der Akt der Teilnahme auf den Tabubrecher zurückwirkt.*“ Mead, Margaret, zitiert nach: Adler, Jeremy/Fardon, Richard (Hrsg.) 2008: Franz Baermann Steiner: Zivilisation und Gefahr. Wissenschaftliche Schriften, Göttingen, S. 304.

<sup>392</sup> Vgl. S. 23 der Arbeit. Selbst Nahrungsmitteltabus, die bei polynesischen Völkern noch sehr rational sein konnten, haben heute eine ethische und/oder religiöse Begründung. So weist Eggert darauf hin, dass “*[i]n der säkularisierten Welt (...) das Tabu unter dem breiten Spektrum von Verbotsnormen dasjenige [wäre], das die Aura des Sakralen durch Überbühungsstrategien zugewiesen bekommt.*“ Eggert, Hartmut 2002: Thesen zur Eröffnung der Diskussion, in: Eggert, Hartmut/Golec, Janusz (Hrsg.): Tabu und Tabubruch: Literarische und sprachliche Strategien im 20. Jahrhundert. Ein deutsch-polnisches Symposium, Stuttgart, S. 15-24, hier S. 19, Herv. i. Org. Ähnlich weist Bahrtd darauf hin, dass mit Tabus früher immer religiöse Verbote gemeint waren und es heute noch so erscheine “*als ob hinter ihnen eine religiöse Forderung stünde.*“ Bahrtd, Hans Paul 1961: Wohlstands-Tabus, in: Magnum: Zeitschrift für das moderne Leben, Juli 1961, Heft 36, S. 54-56, hier S. 54, Herv. i. Org.

<sup>393</sup> Vgl. S. 66 der Arbeit.

<sup>394</sup> Schröder, Hartmut 2008: Zur Kulturspezifität von Tabus. Tabus und Euphemismen in interkulturellen Kontaktsituationen, in: Benthien, Claudia/Gutjahr, Ortrud (Hrsg.): Tabu. Interkulturalität und Gender, München, S. 51-70, hier S. 18 bzw. S. 19.

bezeichnet werden können, die sich am meisten von den sie konstruierenden Akteuren “verselbstständigt” haben.

- Sie sind mit der Identität eines Akteurs verflochten, weshalb ihre Übertretung unabhängig von externen Sanktionen (die es jedoch geben kann) Schuldgefühle auslöst.<sup>395</sup>
- Während vereinzelte Übertretungen einer Norm normalerweise nicht schaden,<sup>396</sup> hat ein Tabubruch meist weitreichende Konsequenzen, da hier sowohl die vom jeweiligen Tabu gebannte Gefahr als auch Nachahmung droht: “...crossing the line has a transformative effect, and extensive measures might have to be undertaken to restore the familiar world.”<sup>397</sup>

Tabus sind damit dem oben beschriebenen Konzept *internalisierter Normen* sehr ähnlich, weshalb ich diese beiden Begriffe in den folgenden Kapiteln synonym verwenden werde.<sup>398</sup>

Wie internalisierte Normen wirken Tabus von innen heraus:

“Die wichtigsten Tabus einer Gesellschaft sind so stark verinnerlicht, dass sie ihren Mitgliedern gar nicht mehr bewußt sind. Tabus wirken von innen heraus und werden nicht wie ein Verbot von außen gesetzt erlebt. Tabus erscheinen dem Individuum nicht als von Anderen auferlegte Beschränkungen, sondern als ganz natürliche Verhaltensweisen.”<sup>399</sup>

Wie internalisierte Normen werden auch Tabus nicht mehr hinterfragt.<sup>400</sup> Da ihre Gültigkeit nicht länger umstritten ist, verschwinden auch Tabus aus dem öffentlichen Diskurs. Noch mehr jedoch als bei internalisierten Normen “[stellt] schon die Benennung [eines Tabus, SoSchi] eine Verletzung dar.”<sup>401</sup> So sind Tabus “[z]ugleich (...) Sprachverbote, mit ihnen betritt man vermintes Sprachgelände.”<sup>402</sup> Da sie als selbstverständlich angesehen werden, “markieren [sie] Grenzen des Handelns, Redens und Denkens, ohne das zu Meidende direkt und explizit benennen zu müssen.”<sup>403</sup>

<sup>395</sup> Vgl. S. 31 der Arbeit.

<sup>396</sup> Vgl. S. 56 der Arbeit.

<sup>397</sup> Tannenwald, Nina 2007: *The Nuclear Taboo. The United States and the Non-Use of Nuclear Weapons Since 1945*, Cambridge, S. 11.

<sup>398</sup> Hierbei sei angemerkt, dass ich eine synonyme Verwendung für angebracht halte, da sich die beiden Konzepte in dem sozialen Phänomen, das sie beschreiben, sehr stark ähneln. Ich habe mich allerdings dagegen entschieden, nur einen der beiden Begriffe zu gebrauchen, da die Begriffe aus völlig unterschiedlichen Diskursen (moderne Normtheorie versus Anfänge der europäischen Ethnologie und Psychoanalyse) kommen und entsprechend sehr unterschiedliche Assoziationsketten bei uns auslösen (z.B. *Norm Life Cycle* und Spiralmodell und Abgrenzung zu rationalistischen Normverständnissen versus Hawaii, Cook, Freud und das Sprechen über den Holocaust).

<sup>399</sup> Schröder, Hartmut 2008: Zur Kulturspezifität von Tabus. Tabus und Euphemismen in interkulturellen Kontaktsituationen, in: Benthien, Claudia/Gutjahr, Ortrud (Hrsg.): *Tabu. Interkulturalität und Gender*, München, S. 51-70, hier S. 56.

<sup>400</sup> “Tabus sind Meidungsverbote bzw. negative Konventionen, die stark affektiv geladen sind, weil sie tief verwurzelte und nicht hinterfragbare Normen und Werte einer Gemeinschaft betreffen.“ Schröder, Hartmut 2008: Zur Kulturspezifität von Tabus. Tabus und Euphemismen in interkulturellen Kontaktsituationen, in: Benthien, Claudia/Gutjahr, Ortrud (Hrsg.): *Tabu. Interkulturalität und Gender*, München, S. 51-70, hier S. 55.

<sup>401</sup> Gembart, Ulrich 1961: Tabu ist – was besteht, in: *Magnum: Zeitschrift für das moderne Leben*, Juli 1961, Heft 36, S. 56-58, hier S. 56.

<sup>402</sup> Braun, Michael (Hrsg.) 2007: *Tabu und Tabubruch in Literatur und Film*, Würzburg, S. 7.

<sup>403</sup> Schröder, Hartmut 2008: Zur Kulturspezifität von Tabus. Tabus und Euphemismen in interkulturellen Kontaktsituationen, in: Benthien, Claudia/Gutjahr, Ortrud (Hrsg.): *Tabu. Interkulturalität und Gender*, München, S. 51-70, hier S. 55, Herv. SoSchi. Ähnlich Fabricius: “Freilich ist die Begrifflichkeit oft vage, aber man unterstellt ein geteiltes Vorverständnis. (...) Das vollendete Tabu bezeichnet etwas Undenkbare, Unsagbare und Unausführbare. Wer daran denkt, sündigt schon.“ Fabricius, Dirk 2003: *Der Begriff des Tabus: Funktion,*

Dass der Gegenstandsbereich eines Tabus nicht expliziert werden muss und als allgemein bekannt gilt, deutet darauf hin, dass ein Tabu immer uneingeschränkt für *alle* Objekte einer bestimmten Kategorie gilt – denn es würde sich nicht mit der oben genannten Feststellung vertragen, offen darüber zu diskutieren, ob Ausnahmen von Tabus gemacht werden können.<sup>404</sup> Auch Freud hatte bereits darauf verwiesen, dass ein *“Totemcharakter (...) nicht an einem Einzeltier oder Einzelwesen, sondern an allen Individuen der Gattung [haftet]”*<sup>405</sup>

Da Tabus in einer Gemeinschaft intersubjektiv geteilt werden und als selbstverständlich gelten, ist es *nicht nötig* (und den Befragten oft nicht möglich), ein Tabu zu begründen:

“Es fällt schwer, Tabus zu begründen, weil man sie nicht formulieren darf und weil Scham und Peinlichkeit bei verletzten Tabus sich noch in der Begründung einstellen würden (...) Was Tabubegründungen selten macht oder (...) eigentümlich verkürzt, ist der beschriebene Umstand der tabuisierten Ausstrahlung von Tabus auch auf ihre Formulierung.”<sup>406</sup>

Ist aber schon die positive Begründung eines Tabus schwierig, so erscheint die Begründung eines etwaigen Tabubruchs als schlicht *unmöglich*, da hiermit nicht nur die Denk- und Sprachverbote, die ein Tabu schützen, verletzt werden, sondern auch dessen inhaltliche Geltung hinterfragt wird. Etwaige Überlegungen eines Tabubruchs werden meist schon beim Individuum selbst durch ein schlechtes Gewissen unterbunden,<sup>407</sup> spätestens jedoch durch andere Gruppenmitglieder affektiv – und wiederum ohne weitere Begründung – zurückgewiesen.<sup>408</sup> Die Affektivität der Reaktion lässt sich damit begründen, dass der Gedanke an einen Tabubruch an unterdrückte Wünsche appelliert, die vom eigenen Gewissen (zwecks Wahrung des positiven Selbstbilds) sofort unter Kontrolle gebracht werden müssen. Somit ist auch ein *“achselzuckendes Abtun”* solcher Vorschläge ausgeschlossen: *“[I]mmer beobachten wir dabei eine hohe affektive Besetzung des Tabuthemas – oder, anders ausgedrückt: Tabu und Gleichgültigkeit schließen einander aus.”*<sup>409</sup> Solange ein Tabu gilt, ist es somit *per definitionem* unumstritten, also *“uncontested”*. Dagegen wäre der Beginn einer Debatte, in der Begründungen für die Gültigkeit eines Tabus angeführt werden müssten, bereits Ausdruck der Schwächung eines Tabus – ganz zu schweigen von einer *“contestation”*, in der DebattenteilnehmerInnen legitim die Meinung kund tun könnten, ein Tabu solle aufgehoben werden – wobei sich dann strenggenommen nicht mehr von einem Tabu

---

Entstehung und Auflösung individueller und kollektiver Tabus, in: Deppenheuer, Otto (Hrsg.): Recht und Tabu, Wiesbaden, S. 27-59, hier S. 27f.

<sup>404</sup> *“Tabus gelten uneingeschränkt.”* Rada, Roberta 2001: Tabus und Euphemismen in der deutschen Gegenwartssprache. Mit besonderer Berücksichtigung der Eigenschaften von Euphemismen, Budapest, S. 32.

<sup>405</sup> Freud, Sigmund 1940: Totem und Tabu. Einige Übereinstimmungen im Seelenleben der Wilden und der Neurotiker, London, S. 26f.

<sup>406</sup> Kuhn, Fritz 1987: Tabus, in: Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht 60, S. 19-35, hier S. 30f. Ähnlich Hoffmann: *“Tabus auf ihre Berechtigung abzuklopfen ist allerdings selbst bereits tabu. Sie sind Selbstverständlichkeiten, für die man keine weitere Begründung mehr braucht.”* Hoffmann, Arne 2003: Das Lexikon der Tabubrüche, Berlin, S. 10.

<sup>407</sup> Vgl. Kraft, Hartmut 2004: Tabu. Magie und soziale Wirklichkeit, Düsseldorf, S. 206.

<sup>408</sup> Quester weist darauf hin, dass schon das Anstellen von rationalen Kalkulationen bei tabuisierten Themen nicht stattfinden kann. Quester, George H. 2005: If the Nuclear Taboo gets Broken, in: Naval College Review 58:2, S. 71-91, hier S. 74.

<sup>409</sup> Kraft, Hartmut 2004: Tabu. Magie und soziale Wirklichkeit, Düsseldorf, S. 42.

sprechen ließe: *“Überall dort, wo es um Regeln geht, (...) wo etwas zur Debatte gestellt wird, wo Verhältnismäßigkeit und Abwägung ins Spiel kommen, ist der Bereich des Tabus verlassen.”*<sup>410</sup>

### 2.6.4 Sicherheit und Schutz: die Funktionen eines Tabus

*“Du sollst das eigene kollektive Böse nicht kennen...”*<sup>411</sup>

Tabus sind für ihre AnhängerInnen zwar unaussprechbar und unerklärlich, dennoch erfüllen sie wichtige soziale Funktionen. In der heutigen Literatur zur Funktion von Tabus fallen sehr häufig die Worte “Schutz” und “Sicherheit”. Generell werden Tabus also als etwas Rückwärtsgewandtes angesehen, das etwas in der Vergangenheit Etabliertes in Gegenwart und Zukunft sichern und vor Veränderung schützen soll.<sup>412</sup> Auf die Frage, was genau durch Tabus geschützt bzw. gesichert werden soll, werden über Disziplinargrenzen hinweg immer wieder fünf Möglichkeiten angeführt, auf die ich im Folgenden kurz eingehen möchte:

- Der Schutz vor Gefahr, die sowohl in einem Individuum bzw. in einer Gruppe angelegt sein, als auch von außen kommen kann;
- die Sicherung einer Gemeinschaft durch Schutz vor inneren Konflikten bzw. durch
- Sicherung einer gemeinsamen Perspektive, die bestimmte Handlungsoptionen ausschließt;
- die Sicherung einer eigenen Identität, auch durch Mechanismen der Ab- und Ausgrenzung
- und die Sicherung der innerhalb einer Gemeinschaft bestehenden Hierarchien.

Dass Tabus Schutz vor tatsächlichen oder wahrgenommenen Gefahren bieten sollen, hatten bereits Cook und Freud beschrieben, wobei letzterer v.a. auf die in einer Person lauernden Gefahren abstellte, die es durch das eigene Gewissen in Schach zu halten gelte.<sup>413</sup>

Auch diese These Freuds wird weiterhin als gültig angesehen:

*“[S]ie [Tabus, SoSchi] markieren affektiv hoch besetzte Grenzen, deren Scherung prekär ist. Denn Tabus beziehen sich zu einem Gutteil auf zu kanalisierende aggressive und sexuelle Energien und können als angstbesetzte Schwellenphänomene*

<sup>410</sup> Fabricius, Dirk 2003: Der Begriff des Tabus: Funktion, Entstehung und Auflösung individueller und kollektiver Tabus, in: Depenheuer, Otto (Hrsg.): Recht und Tabu, Wiesbaden, S. 27-59, hier S. 30. Ähnlich Isensee: *“Ein Verbot, dessen Inhalt rational diskutiert werden darf, bildet kein Tabu”* (Isensee, Josef 2003: Verbotene Bäume im Garten der Freiheit. Das Tabu im Verfassungsstaat, in: Depenheuer, Otto (Hrsg.): Recht und Tabu, Wiesbaden, S. 115-140) oder Braungart: *“Wird über ein Tabu diskutiert und wird es im kritischen Diskurs reflektiert, beginnt damit bereits seine sozial regulierende Funktion zu schwinden.”* (Braungart, Wolfgang 2004: Tabu, Tabus. Anmerkungen zum Tabu “ästhetischer Affirmation“, in: Braungart, Wolfgang/Ridder, Klaus/Apel, Friedmar (Hrsg.): Wahrnehmen und Handeln. Perspektiven einer Literaturanthropologie, Bielefeld, S. 297-327, hier S. 302.

<sup>411</sup> Hondrich, Karl Otto 2003: Wie sich Gesellschaft schafft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.06.2003, S. 7.

<sup>412</sup> Vgl. Farberow, Norman 1963: Introduction, in: Farberow, Norman (Hrsg.): Taboo Topics, New York, S. 1-7, hier S. 2 oder Benthien, Claudia/Gutjahr, Ortrud 2008: Interkulturalität und Gender-Spezifität von Tabus. Zur Einleitung, in: Benthien, Claudia/Gutjahr, Ortrud (Hrsg.): Tabu. Interkulturalität und Gender, München, S. 7-16, hier S. 7.

<sup>413</sup> Vgl. S. 92 der Arbeit.

verstanden werden, weil sie wegen ihrer potentiellen Kraft zur Zerstörung und Vernichtung, zu Exzess und Auflösung überhaupt erst etabliert wurden.“<sup>414</sup>

So ermöglichen es Tabus jedem einzelnen, sich mit dem “Bösen in mir” nicht auseinanderzusetzen – was es vielleicht erst heraufbeschwören würde – und auf diese Weise ein positives Selbstbild und die eigene Identität zu wahren.<sup>415</sup> Übertragen auf eine gesellschaftliche Ebene bedeutet dies, dass all jene Phänomene tabuisiert werden, die einer Gesellschaft von innen heraus gefährlich werden können:

“Was in diesen Tabus äußerlich zum Tragen kommt, sind archaische Bedürfnisse, die im Entwicklungsprozeß von Gesellschaft bedrohlich für die soziale Organisation waren (und bleiben) und deshalb ausgegrenzt wurden (und werden).“<sup>416</sup>

Auf diese Weise dienen Tabus der *Verhinderung von Konflikten*, die den inneren Zusammenhalt einer Gruppe und damit deren Bestehen als solche gefährden könnten: “Mit der Tabuisierung einer bestimmten Thematik werden soziale Konflikte um Ideen, Werte, Ideale, Sinngebungen unter der Abwägung eines Kosten-Nutzen-Kalküls gewissermaßen auf Eis gelegt.“<sup>417</sup> So wird z.B. darauf verwiesen, dass in demokratisch organisierten Gesellschaften die Gleichwertigkeit aller Menschen nicht hinterfragt werden darf oder dass die Demokratie als (beste) Staatsform in Demokratien als unhinterfragbar gilt – wobei in Deutschland Tabus dann in der Formulierung der Freiheitlich Demokratischen Grundordnung und der Unabänderlichkeit der Artikel 1 und 20 des Grundgesetzes ihren rechtlichen Niederschlag gefunden hätten.<sup>418</sup> Laut Tannenwald wären diese Rechtsgrundsätze ein möglicher Weg einer Gesellschaft, (auch äußere) Gefahren zu lokalisieren und einzuhegen:

“It [das Tabu, SoSchi] is concerned with the protection of individuals and societies from behaviour that is defined as or perceived to be dangerous, and it is central to the classification and identification of kinds of transgression. (...) It thus involves socially constructed notions of danger as well as institutional mechanisms to localize the danger and regulate behaviour.“<sup>419</sup>

Gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht dabei nicht nur in der gemeinsamen *Abwehr* von Gefahren, sondern auch in einer geteilten *Wahrnehmung* von Gefahren. Bestimmte, als gefährlich wahrgenommene Handlungsalternativen werden von vornherein ausgeschlossen. Insofern können Tabus auch als Grundstandpunkte einer Gesellschaft beschrieben

<sup>414</sup> Gutjahr, Ortrud 2008: Tabus als Grundbedingungen von Kultur. Sigmund Freuds Totem und Tabu und die Wende in der Tabuforschung, in: Benthien, Claudia/Gutjahr, Ortrud (Hrsg.): Tabu. Interkulturalität und Gender, München, S. 19-50, hier S. 48. Vgl. auch Rudas, Stephan 1994: Stichworte zur Sozialpsychologie der Tabus, in: Bettelheim, Peter/Streibel, Robert (Hrsg.): Tabu und Geschichte. Zur Kultur des kollektiven Erinnerns, Wien, S. 17-20, hier S. 17.

<sup>415</sup> Vgl. Hondrich, Karl Otto 2003: Wie sich Gesellschaft schafft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.06.2003, S. 7.

<sup>416</sup> Seibel, Karin 1990: Zum Begriff des Tabus. Eine soziologische Perspektive, Frankfurt am Main, S. 35. Vgl. auch Kraft, Hartmut 2004: Tabu. Magie und soziale Wirklichkeit, Düsseldorf, S. 111.

<sup>417</sup> Seibel, Karin 1990: Zum Begriff des Tabus. Eine soziologische Perspektive, Frankfurt am Main, hier S. 20.

<sup>418</sup> Vgl. Pelinka, Anton 1994: Tabus in der Politik. Zur politischen Funktion von Tabuisierung und Enttabuisierung, in: Bettelheim, Peter/Streibel, Robert (Hrsg.): Tabu und Geschichte. Zur Kultur des kollektiven Erinnerns, Wien, S. 21-28, hier S. 21 und speziell zum deutschen Grundgesetz Kaufmann, Matthias 2002: Gefahr und Chance durch Grenzüberschreitung. Tabus und Tabuverletzungen im Recht, in: Brugger, Winfried/Haverkate, Görg (Hrsg.) 2002: Grenzen als Thema der Rechts- und Sozialphilosophie. Referate der Tagung der deutschen Sektion der Internationalen Vereinigung für Rechts- und Sozialphilosophie vom 22. bis 23. September 2000 in Heidelberg, Stuttgart, S. 23-36, hier S. 28f.

<sup>419</sup> Tannenwald, Nina 2007: The Nuclear Taboo. The United States and the Non-Use of Nuclear Weapons Since 1945, Cambridge, S. 10.

werden, die sich einer Letztbegründung entziehen – und von dem aus sich erst eine stabile Perspektive auch auf andere Fragen entwickeln lässt:

“In der Sprache der Systemtheorie markiert das Tabu den blinden Fleck, auf dem man sieht, ohne ihn sehen zu können, der aber erst ermöglicht, die Welt sinnhaft, nämlich aus einer Perspektive, zu sehen und rational zu gestalten.”<sup>420</sup>

Damit bieten Tabus auch eine “*Entlastungsfunktion*”, nicht immer über die Kernüberzeugungen der eigenen Gesellschaft nachdenken zu müssen.”<sup>421</sup> Durch das Vertrauen darauf, dass auch alle anderen Gruppenmitglieder ähnliche Standpunkte haben, entsteht ein Gefühl sozialer Zugehörigkeit und kollektiver Identität:

“Die Gruppenmitglieder bestätigen sich gegenseitig die Sinnhaftigkeit und Gültigkeit ihrer Tabus und damit ihre Zusammengehörigkeit. Insofern lassen sich Tabuisierungen und Tabus als gewichtige psychosoziale Mechanismen verstehen, mit deren Hilfe das Bedürfnis nach Identität (...) befriedigt wird. Ängste vor einem Identitätsverlust oder auch nur vor einer Identitätsdiffusion, einer Verunsicherung der eigenen Position, können damit abgewehrt werden.”<sup>422</sup>

Selbstverständlich kann die Nicht-Hinterfragung kollektiver Wertmaßstäbe auch negative Folgen haben, gerade, wenn sich das eigene Handeln und Denken mit einem “Herdenbewusstsein” entschuldigen lässt.<sup>423</sup> Dies gilt insbesondere dann, wenn die Inhalte von Tabus über Generationen hinweg in Lernprozessen weitergegeben werden und ihrem heutigen “Regelungsbereich” eigentlich nicht mehr angemessen sind.<sup>424</sup>

Natürlich bieten die eigenen, durch Tabus geschützten Wertmaßstäbe – wie alle Normen – auch ein wichtiges Mittel der Abgrenzung der eigenen Gruppe nach außen und damit wiederum der Stabilisierung der eigenen Identität:

“Mit Hilfe der Tabus definiert eine Gruppe, was zu ihr gehört – und was nicht. Wir können Tabus deshalb als eine interpersonelle Abwehr verstehen, mit der sich Personen und Gruppen gegeneinander abgrenzen (...) Gleichzeitig beugen sie dabei einer Identitätsdiffusion vor, da das bedrohliche, als unintegrierbar geltende Fremde ausgegrenzt wird.”<sup>425</sup>

Vor diesem Hintergrund wird auch die für Tabubrüche typischerweise verhängte Sanktion des sozialen Ausschlusses nachvollziehbar: Wenn jemand die kollektiv geteilten Grundüberzeugungen einer Gruppe verletzt, *kann er/sie folglich kein Mitglied dieser Gruppe (mehr) sein.*<sup>426</sup>

<sup>420</sup> Depenheuer, Otto 2003: Recht und Tabu – ein Problemaufriß, in: Depenheuer, Otto (Hrsg.): Recht und Tabu, Wiesbaden, S. 7-23, hier S. 15.

<sup>421</sup> Wahrendorf, Erich 2003: Schutz und Käfig. Brauchen wir Tabus?, München, S. 12. Vgl. auch Schröder, Hartmut 2008: Zur Kulturspezifität von Tabus. Tabus und Euphemismen in interkulturellen Kontaktsituationen, in: Benthien, Claudia/Gutjahr, Ortrud (Hrsg.): Tabu. Interkulturalität und Gender, München, S. 51-70, hier S. 55.

<sup>422</sup> Kraft, Hartmut 2004: Tabu. Magie und soziale Wirklichkeit, Düsseldorf, S. 208f.

<sup>423</sup> Vgl. Roksandic, Drago 1994: Nationale Konflikte in Titos Jugoslawien – ein Tabu?, in: Bettelheim, Peter/Streibel, Robert (Hrsg.): Tabu und Geschichte. Zur Kultur des kollektiven Erinnerns, Wien, S. 100-128, hier S. 100 und zu einer normativen Diskussion der Vor- und Nachteile von Tabus Punkt 7.3.2 der Arbeit.

<sup>424</sup> Mertes, Michael 2003: Das Tabu in der politischen Kommunikation. Politisches Handeln im Bereich des Unsagbaren, in: Depenheuer, Otto (Hrsg.): Recht und Tabu, Wiesbaden, S. 93-111, hier S. 94f.

<sup>425</sup> Kraft, Hartmut 2008: Nigger und Judensau. Tabus heute, in: Benthien, Claudia/Gutjahr, Ortrud (Hrsg.): Tabu. Interkulturalität und Gender, München, S. 261-273, hier S. 265.

<sup>426</sup> Vgl. Kraft, Hartmut 2008: Nigger und Judensau. Tabus heute, in: Benthien, Claudia/Gutjahr, Ortrud (Hrsg.): Tabu. Interkulturalität und Gender, München, S. 261-273, hier S. 265, bzw. S. 32 der Arbeit.



Wie oben bereits angedeutet wurde, dienen Tabus aber auch der sozialen Abgrenzung innerhalb einer Gruppe, d.h. der Aufrechterhaltung bestimmter Hierarchien. Durkheim sieht sie gar als *“die Basis für elaborierte Sozialstrukturen”* generell an.<sup>427</sup> So können manche Mitglieder der Gesellschaft Tabus eher in Frage stellen und übertreten – was jedoch nicht immer mit sozialer Macht gekoppelt sein muss (ein historisches Gegenbeispiel wären Narren, ein heutiges die bildende Kunst).<sup>428</sup> Tabus zu setzen obliegt jedoch meist sozial hochgestellten Gesellschaftsmitgliedern, womit wir bei der Frage wären, wie Tabus entstehen.

### 2.6.5 Entstehen Tabus von selbst?

Bei der Frage, wie Tabus entstehen, gibt es zwei unversöhnliche Ansichten: Eine Minderheit von AutorInnen ist der Ansicht, dass Tabus bewusst gesetzt werden können. Dies war sicherlich zum Teil in polynesischen Gesellschaften der Fall, in denen z.B. ein Stammeshäuptling mit seinem Tabustab eine Schildkröte berühren und damit den Verzehr all dieser Tiere untersagen konnte. Weber war der Ansicht, dass v.a. religiös begründete Tabus in allen Gesellschaften von Personen zur Erhaltung ihrer Macht gesetzt, diesen rationalen Zweck jedoch vor ihren Untertanen verschleiern würden: *“Sie bedienen sich dabei einer ‘direkten Dienstbarmachung des Religiösen für außerreligiöse Interessen’”*<sup>429</sup> Dagegen geht Mertes davon aus, dass gerade die heutige postmoderne Zeit eine bewusste Setzung von Tabus ermögliche: *“In einer solchen Welt sind Tabus Verhandlungssache. (...) Sie können willentlich abgeschafft, aber auch bewusst aufgerichtet werden, beispielsweise als Befestigungsanlagen zum Schutz partikularer Interessen.”*<sup>430</sup> Daase, von dem der oben angeführte Verweis auf Weber stammt, lehnt diese Ansicht jedoch ab:

“Mit diesem individualistischen Verständnis kann Weber allerdings konkrete Tabus nicht erklären. Denn ohne ein dichotomes Klassifikationsprinzip muss jedes Tabu willkürlich und irrational, einzig als Machtinstrument verständlich erscheinen.”<sup>431</sup>

Tatsächlich erscheint die Möglichkeit, gleichzeitig ein Tabu einzuhalten und um dessen rationalen Ursprung zu wissen, eher unwahrscheinlich: *“Bewusste Tabusetzungen kann es im eigentlichen Sinne nicht geben, weil das Bewußtsein der autonomen Setzung die Orientierung vermittelnde Entlastungswirkung des Tabus hindert.”*<sup>432</sup> Dies gelte gerade für fundamentale Tabus, die nicht *“vom Einzelnen gesetzt werden, sondern (...) in der sozialen Struktur selbst enthalten [sind]”*, welche *“kollektiv unbewußt”* sei.<sup>433</sup>

---

<sup>427</sup> Daase, Christopher 2003: Der Anfang vom Ende des nuklearen Tabus. Zur Legitimitätskrise der Weltnuklearordnung, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 10:1, S. 7-41, hier S. 20.

<sup>428</sup> Vgl. Oberreuter, Gabriele 2006: Zur Schau gestellt? Über den Umgang mit Tabus beim Kunstgenuss, in: Radeck, Heike (Hrsg.): Tabu. Welche Grenzen sollen wir überschreiten?, Hofgeismar, S. 65-89.

<sup>429</sup> Weber, Max 1980 [1922]: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie, Tübingen, S. 264, zitiert in: Daase, Christopher 2003: Der Anfang vom Ende des nuklearen Tabus. Zur Legitimitätskrise der Weltnuklearordnung, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 10:1, S. 7-41, hier S. 21.

<sup>430</sup> Mertes, Michael 2003: Das Tabu in der politischen Kommunikation. Politisches Handeln im Bereich des Unsagbaren, in: Depenheuer, Otto (Hrsg.): Recht und Tabu, Wiesbaden, S. 93-111, hier S. 94.

<sup>431</sup> Daase, Christopher 2003: Der Anfang vom Ende des nuklearen Tabus. Zur Legitimitätskrise der Weltnuklearordnung, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 10:1, S. 7-41, hier S. 21.

<sup>432</sup> Depenheuer, Otto 2003: Recht und Tabu – ein Problemaufriß, in: Depenheuer, Otto (Hrsg.): Recht und Tabu, Wiesbaden, S. 7-23, hier S. 16.

<sup>433</sup> Seibel, Karin 1990: Zum Begriff des Tabus. Eine soziologische Perspektive, Frankfurt am Main, S. 35.

Spätestens an dieser Stelle würden VertreterInnen der *logic of contestedness* beginnen, sich die Haare zu raufen: Tabus als unbewusste und unhinterfragbare Strukturen, die sich selbst rächen können und nun auch noch von selbst entstehen? *Agency* scheint in diesem Konzept überhaupt keine Rolle, geschweige denn größere Gestaltungsmacht zuzukommen. Selbst Durkheim, der explizit von Akteuren beim Entstehen von Tabus spricht, scheint diesem Handeln keine (bewusste) Entscheidung zugrunde legen zu wollen:

“Tabus entspringen eben keinem individuellen oder kollektiven voluntaristischen Akt; vielmehr sind sie sozialen Ursprungs, also spontan aus der Wechselwirkung zwischen sozialen Akteuren entstanden.”<sup>434</sup>

In der Literatur existieren jedoch zwei Mittelpositionen, die *agency* zumindest mittelbar berücksichtigen und beide bereits angeklungen sind. Die eine geht davon aus, dass sich manche Tabus aus Normen entwickelt haben, die von bewusst und rational handelnden Akteuren gesetzt wurden, dann jedoch ihren bewussten Verbotscharakter verloren.<sup>435</sup> Ein Beispiel hierfür wäre das Verbot des Verzehrs von Schweinefleisch gerade in sehr heißen Regionen, da Schweinefleisch bei Hitze schnell verdirbt und zudem häufig gefährliche Fadenwürmer enthält, die sich früher medizinisch nicht behandeln ließen. Später wandelte sich das rationale Verbot in ein religiös begründetes, *internalisiertes* Nahrungsmitteltabu:

“Schweinefleisch ißt ein Moslem nicht deshalb nicht, weil der Koran es verbietet (äußerer Verbotscharakter), sondern weil es eklig ist (objektive Eigenschaft des Tabuobjekts). Genau deswegen ist sein Verzehr im Koran verboten.”<sup>436</sup>

Diese erste Mittelposition wäre zumindest für eine meiner beiden Fallstudien, nämlich die Entstehung des Folterverbots belegbar.<sup>437</sup>

Die zweite Mittelposition geht davon aus, dass Akteure zumindest insofern an der Konstruktion von Tabus beteiligt sind, als sie (individuell) einen Verdrängungsprozess durchmachen müssen, wobei “*Tabuisieren (...) ein in uns angelegter sowohl intrapsychisch als auch interpersonell wirkender psychosozialer Mechanismus [ist], der sich in immer neuen Tabus manifestieren kann.*”<sup>438</sup> Allerdings laufen diese Prozesse im Unterbewusstsein ab und setzten zudem in einer sehr frühen Phase der individuellen Entwicklung ein. Laut psychologischen Studien erlernen Kinder elementare Tabuvorschriften meist im Verlauf des zweiten Lebensjahres und können sie bei Vollendung des dritten Lebensjahres verstehen und respektieren.<sup>439</sup> Es ist fraglich, ob sich das Verständnis von *agency* so weit ausweiten lässt, dass es auch solche Verdrängungsprozesse, also das unbewusste “Handeln” von Zweijährigen umfasst. Diese Frage kann ich als Politikwissenschaftlerin nicht entscheiden, auch wenn sie in meinem Fazit zu diesem Unterkapitel noch einmal aufgegriffen wird.<sup>440</sup>

<sup>434</sup> Daase, Christopher 2003: Der Anfang vom Ende des nuklearen Tabus. Zur Legitimitätskrise der Weltnuklearordnung, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 10:1, S. 7-41, hier S. 20.

<sup>435</sup> Vgl. Kaufmann, Matthias 2002: Gefahr und Chance durch Grenzüberschreitung. Tabus und Tabuverletzungen im Recht, in: Brugger, Winfried/Haverkate, Görg (Hrsg.) 2002: Grenzen als Thema der Rechts- und Sozialphilosophie. Referate der Tagung der deutschen Sektion der Internationalen Vereinigung für Rechts- und Sozialphilosophie vom 22. bis 23. September 2000 in Heidelberg, Stuttgart, S. 23-36, hier S. 28.

<sup>436</sup> Rada, Roberta 2001: Tabus und Euphemismen in der deutschen Gegenwartssprache. Mit besonderer Berücksichtigung der Eigenschaften von Euphemismen, Budapest, S. 26.

<sup>437</sup> Vgl. S. 174 der Arbeit.

<sup>438</sup> Kraft, Hartmut 2004: Tabu. Magie und soziale Wirklichkeit, Düsseldorf, S. 265.

<sup>439</sup> Meiser, Ute 1994: Sie leben mit den Ahnen. Krankheit, Adoption und Tabukonflikt in der polynesisch-tonganischen Kultur, Hanau, S. 12f.

<sup>440</sup> Vgl. S. 112 der Arbeit.

Dagegen halte ich den Ansatz Krafts für sehr sinnvoll, bei der *Weitergabe* von Tabus bestimmte Akteursgruppen zu unterscheiden. Denn alle Tabus müssen (unbewusst) von Akteuren reproduziert und über Generationen hinweg (unbewusst?) weitergegeben worden sein. Bei dieser "Tabuweitergabe" lassen sich auch verschiedene Arten von Akteurshandeln unterscheiden: TabugeberInnen, TabunehmerInnen und TabuwächterInnen.<sup>441</sup> Als TabugeberInnen können z.B. die Eltern oder kirchliche Autoritätspersonen fungieren, denen die Autorität, Tabus zu setzen, auch von den TabunehmerInnen zugeschrieben wird. In kleinen Gesellschaften können TabusetzerInnen gleichzeitig die Rolle von TabuwächterInnen innehaben, in größeren Gesellschaften sind sie eher in Gestalt von PolizistInnen, RichterInnen, aber auch MedienvertreterInnen anzutreffen. In diesem Fall sind TabuwächterInnen meist gleichzeitig TabunehmerInnen.

Bei der Entstehung und Weitergabe von Tabus spielen Akteure also eine gewisse Rolle. Schließlich sind sie es, die Tabus verinnerlichen müssen (wobei sie allerdings wenig Wahlfreiheit haben) und weitergeben (wobei die Weitergabe an von Strukturen vorgegebene, soziale Rollen gebunden ist). Haben Akteure aber auch genug Entscheidungsspielraum, um Tabus zu ignorieren oder zumindest zu umgehen?

### 2.6.6 Tabus umgehen und brechen

Während in den vorherigen Unterkapiteln v.a. PsychologInnen und SoziologInnen zu Wort gekommen sind, setzten sich mit der Frage, wie Tabus umgangen werden können, insbesondere LinguistInnen auseinander – denn das Mittel der Wahl zur *Umgebung* des Verbots, über Tabus zu sprechen, sind Euphemismen. In einem Dialog können aber auch beredtes Schweigen, Ironie oder die Wiedergabe von Gesagtem andeuten, dass um ein Tabu "herumgeredet" wird und die GesprächsteilnehmerInnen peinliche Situationen vermeiden möchten.<sup>442</sup> Insbesondere die Verwendung eines Euphemismus unterstützt jedoch die *konfliktvermeidende Wirkung* von Tabus, "indem er die mit dem umschriebenen Wort verknüpfte negative Assoziation ausschaltet."<sup>443</sup> So soll mit dem Streichen des provokativen Begriffs "Unterschicht" aus dem Vokabular und der Verwendung "verhübschender" Umschreibungen wie "bildungsferne Schichten" der sprachliche Zusammenhalt unserer Gemeinschaft gestärkt werden. Manche "Ersatzworte" nehmen allerdings nach und nach die Bedeutung des ursprünglich tabuisierten Wortes an und werden somit selbst tabu. Ein geläufiges Beispiel für diese selbsttragende Ausweitung von Tabus sind die Begriffe "Nigger", "Neger" und "Farbiger"/"Schwarzer", die v.a. in den USA nacheinander tabuisiert wurden, bis hin zum heute politisch korrekten Begriff "Afroamerikaner".<sup>444</sup>

Bereits einen Hinweis auf die Umstände, unter denen Tabus *gebrochen* werden, beinhaltet Rada's Feststellung dass

"...Gruppen, die eine Veränderung der Verhältnisse wünschen, die nicht regierenden Parteien etwa, an dem Gebrauch von Euphemismen nicht interessiert [sind]. Ihr

<sup>441</sup> Vgl. auch für das Folgende Kraft, Hartmut 2004: Tabu. Magie und soziale Wirklichkeit, Düsseldorf, S. 130.

<sup>442</sup> Für eine Darstellung dieser und noch einem Dutzend weiterer Umgehungsstrategien vgl. Balle, Christel 1990: Tabus in der Sprache, Frankfurt am Main, S. 170ff.

<sup>443</sup> Rada, Roberta 2001: Tabus und Euphemismen in der deutschen Gegenwartssprache. Mit besonderer Berücksichtigung der Eigenschaften von Euphemismen, Budapest, S. 74.

<sup>444</sup> Für letzteren gibt es allerdings noch keine europäische Entsprechung durchgesetzt. Vgl. Balle, Christel 1990: Tabus in der Sprache, Frankfurt am Main, S. 27.

Sprachverhalten wird in der Regel darauf abzielen, die Dinge beim Namen zu nennen und dabei zugleich die Strategien, auch die sprachlichen, ihrer Gegner zu durchkreuzen.”<sup>445</sup>

Hier klingt bereits an, dass das Brechen von Tabus meist eine bewusste Handlung ist, die Veränderungen bewirken und der rückwärtsgerichteten, bewahrenden Funktion von Tabus etwas entgegensetzen soll: *“Eine Tabuverletzung (in der eigenen Gesellschaft) ist (...) in der Regel ein bewußter und willentlicher Akt, möglicherweise gezielte Provokation.”*<sup>446</sup> Zudem werden Tabus selten gesamtgesellschaftlich, sondern zunächst von bestimmten Gruppen gebrochen:

“Es ist immer eine anfänglich sozial keineswegs hochgeachtete Gruppe, die das Tabu verletzt, den tabuisierten Raum so weit entdämonisiert und sicher macht, daß auch die Menschheit ihn zu betreten wagt.”<sup>447</sup>

Dabei müssten diejenigen, die ein Tabu zuerst brächen, zunächst lernen, sich ihre Triebwünsche bewusst zu machen und erfolgreich zu kontrollieren.<sup>448</sup> Dieser Lernprozess wird jedoch nicht immer auf die gesamte Gesellschaft ausgeweitet – so ist das Aufschneiden und Untersuchen von Leichen seit Jahrhunderten nur sehr kleinen Berufsgruppen erlaubt, wobei das Abtrainieren der für solche Tabubrüche typischen Gefühls- und Ekelreaktionen einen Teil des Studiums ausmacht. Hier wird also gezielt geübt, *agency* über in uns wirkende Strukturen auszuüben.

Eine wichtige Rolle, nicht nur “berufstypische”, sondern immer wieder neue Tabus “versuchsweise” zu brechen, bietet in unserer Gesellschaft die Kunst: Künstler haben die Freiheit, Tabus quasi auf Probe zu brechen und uns damit zu konfrontieren:

“Von diesen Tabubrüchen im Rahmen der Künste geht für etliche ein Reiz aus: Wir dürfen etwas ungeschminkt erleben – und gehen dann zurück in unser reguliertes Leben, in die schützenden Tabuzonen.”<sup>449</sup>

Gerade von KünstlerInnen (aber nicht nur von ihnen) werden Tabubrüche deshalb häufig inszeniert, um Aufmerksamkeit zu erregen, so dass das Brechen von Tabus in entsprechenden “Probezonen” heute geradezu kommerzialisiert wird.<sup>450</sup> Durch diese Kommerzialisierung, d.h. die Zuweisung z.B. einer mit Fäkalien beschmierten Leinwand, in einen ganz bestimmten Bereich der Gesellschaft, nämlich den Markt für zeitgenössische Kunst, wird ein Tabubruch “entschärft” und teilweise legitimiert. Selbstverständlich würden ähnliche Verhaltensweisen nicht künstlerisch tätiger Erwachsener gesellschaftlich missbilligt und sanktioniert.

Die auf einen Tabubruch außerhalb abgegrenzter Räume folgenden Sanktionen sind oben bereits angedeutet worden:<sup>451</sup> Zu unterscheiden ist hier zwischen der *inneren* Sanktion durch das eigene Gewissen und der *äußeren* Sanktion der Gruppe des Tabubrechers, welche

<sup>445</sup> Rada, Roberta 2001: Tabus und Euphemismen in der deutschen Gegenwartssprache. Mit besonderer Berücksichtigung der Eigenschaften von Euphemismen, Budapest, S. 74.

<sup>446</sup> Seibel, Karin 1990: Zum Begriff des Tabus. Eine soziologische Perspektive, Frankfurt am Main, S. 16.

<sup>447</sup> Mitscherlich, Alexander 1960: Vom gehantten zum gelenkten Tabu, in: Magnum: Zeitschrift für das moderne Leben, August 1960, Heft 31, S. 27-28, hier S. 27.

<sup>448</sup> Vgl. Mitscherlich, Alexander 1960: Vom gehantten zum gelenkten Tabu, in: Magnum: Zeitschrift für das moderne Leben, August 1960, Heft 31, S. 27-28, hier S. 27.

<sup>449</sup> Oberreuter, Gabriele 2006: Zur Schau gestellt? Über den Umgang mit Tabus beim Kunstgenuss, in: Radeck, Heike (Hrsg.): Tabu. Welche Grenzen sollen wir überschreiten?, Hofgeismar, S. 65-89, hier S. 65.

<sup>450</sup> Vgl. Hoffmann, Arne 2003: Das Lexikon der Tabubrüche, Berlin, S. 8.

<sup>451</sup> Vgl. S. 92 der Arbeit.

meist mit einer sozialen Distanzierung einhergeht.<sup>452</sup> Bei der Furcht vor den sozialen Folgen eines Tabubruchs sind wiederum unbewusste Ängste im Spiel:

“Der angedrohte Ausschluss trifft auf frühkindlich geformte Ängste vor einem Verlassen-Werden, einem Ausgesetzt-Werden. Auf dieser Entwicklungsstufe geht es um existenzielle Ängste (...) Im Rahmen hirnpfysiologischer Forschungen gibt es inzwischen erste Hinweise, dass eine soziale Ausgrenzung oder auch nur Missachtung ähnliche Areale im Gehirn aktiviert, wie dies bei körperlichen Schmerzen geschieht.”<sup>453</sup>

Hinter beiden Sanktionsarten steht der gleiche Mechanismus, da im Fall von externen Sanktionen die Identität einer Gruppe, im Fall von internen Sanktionen die eigene Identität durch einen Tabubruch in Frage gestellt wird.<sup>454</sup> Der radikalsten externen Sanktion, dem völligen Ausschluss aus einer Gemeinschaft (früher: Verbannung, heute: geschlossene Psychiatrie), entspricht im zweiten Fall schlimmstenfalls der Selbstmord, also die Auslöschung der eigenen Identität, wenn das eigene Handeln nicht mehr mit einem positiven Selbstbild in Einklang zu bringen ist. Wichtig ist jedoch, *dass* auf einen Tabubruch immer eine scharfe Sanktion folgt, da sonst die Tendenz, die Wirksamkeit eines Tabus in Frage zu stellen und zu unterhöhlen, zunimmt. Ein Beispiel für die gezielte Ausnutzung dieses Effekts ist die Christianisierung Deutschlands, bei der viele Missionare die heiligen Bäume germanischer Stämme bewusst fällen ließen, um zu demonstrieren, dass die vermeintlichen germanischen Götter hierauf nicht mit ungeheurem Zorn reagieren würden.<sup>455</sup> Allerdings rächten sich die hiermit verletzten Tabus insofern selbst, als die Gemeinschaften, die sie zusammengehalten hatten, zerfielen. Die Folgen eines Tabubruchs ähneln somit einer *self-fulfilling prophecy*: Die durch Tabubrüche entstehende Gefahr ist nicht unbedingt darin zu sehen, dass sie *unmittelbar* zu negativen Konsequenzen führen *müssen*, diese können jedoch dennoch eintreten – und zwar bereits deshalb, weil bestimmte Handlungen eben nicht nur als Übertretung bestimmter Verbote, sondern als unerhörte Tabubrüche *wahrgenommen* werden. Da diese, laut dem solche Tabus umgebenden Mythos, nicht ohne schreckliche Folgen bleiben *können*, sorgen die entsprechenden Gemeinschaften durch ihre – intendierten oder nicht intendierten – Reaktionen dafür, dass sich der Mythos bewahrheitet.

### 2.6.7 (Wie) Können Tabus verschwinden?

Aus Erfahrung wissen wir, dass auf einen Tabubruch jedoch nicht immer soziale Distanzierung, Gewissensbisse bis zur Selbstaufgabe oder gar die Auflösung einer Gemeinschaft folgen muss. Vielmehr gibt es auch *erfolgreiche* Tabubrüche, die – zumindest in bestimmten Kreisen – mehr Anerkennung als Ablehnung erfahren. Zu unterscheiden sind demnach Tabubrüche, auf die typischerweise mit affektiver Ablehnung reagiert wird

<sup>452</sup> Mertes spricht hier von einer häufig einsetzenden “Empörungskommunikation“, die auch gezielt angefacht werden könne, um (vermeintliche) TabubrecherInnen zu isolieren. Vgl. Mertes, Michael 2003: Das Tabu in der politischen Kommunikation. Politisches Handeln im Bereich des Unsagbaren, in: Deppenheuer, Otto (Hrsg.): Recht und Tabu, Wiesbaden, S. 93-111, hier S. 94.

<sup>453</sup> Kraft, Hartmut 2008: Nigger und Judensau. Tabus heute, in: Benthien, Claudia/Gutjahr, Ortrud (Hrsg.): Tabu. Interkulturalität und Gender, München, S. 261-273, hier S. 256.

<sup>454</sup> “Tabubrüche sind Angriffe auf die Identität einer Person oder Gruppe, die sich auf ein bestimmtes Tabu verständigt hat.“ Kraft, Hartmut 2004: Tabu. Magie und soziale Wirklichkeit, Düsseldorf, S. 173.

<sup>455</sup> Bekannt ist v.a. das Fällen der sog. “Donar-Eiche“, einem Heiligtum der Chatten, durch Bonifatius (723) und des symbolischen Weltenbaums “Irmisul“ der Sachsen, das am Beginn der Sachsenkriege (772 bis ca. 805) stand.

und erfolgreiche Tabubrüche, die Veränderungsprozesse in Gang setzen können. Letztere können wiederum zur Aufhebung von Tabus für bestimmte Gruppen bzw. in speziellen "Probesituationen" führen oder zu einer Tabuerosion, an deren Ende ein Tabu gesamtgesellschaftlich aufgehoben wird.<sup>456</sup> Dabei sind erfolgreiche Tabubrüche bei Personen wie bei Gruppen immer ein Indikator für einen Wandel ihrer Identität:

"Beide Aspekte stehen in einer Wechselwirkung zueinander: Änderungen der Identität führen zu Tabubrüchen und –aufhebungen, Tabubrüche führen, sofern sie erfolgreich sind, zu Änderungen der Identität."<sup>457</sup>

Motive für einen solchen Identitätswandel, mit dem vielleicht gerade eine soziale Distanzierung von Mitgliedern der "Ursprungsgruppe" erzielt werden soll, gibt es viele; ein typisches Beispiel hierfür ist die bewusste Abgrenzung einer Generation, die einmal eine eigene "Gruppe" bilden wird, von der ihrer Eltern. Was dennoch häufig vor solchen als richtig eingestuften Tabubrüchen zurückschrecken lässt, ist die Angst, dass hierdurch nicht nur die (moralisch) abgelehnten, sondern auch die positiven Aspekte einer (Gruppen-) Beziehung gefährdet werden können.<sup>458</sup> Entsprechend ist das *Aufgeben* von Tabus immer ein Anzeichen einer grundlegenden Identitätsveränderung: "*Somit können Veränderungen oder gar die Aufhebung von Tabus als signifikanter Indikator kulturellen und gesellschaftlichen Wandels gelten.*"<sup>459</sup>

Wie aber kommt man zu der Ansicht, dass es Zeit ist, die eigene Identität zu ändern und bisherige Tabus zu hinterfragen? Auf diese Frage gibt die vorhandene, umfangreiche Tabu-Literatur nur sehr wenige Antworten, die sich zu drei Möglichkeiten zusammenfassen lassen. Der ersten Möglichkeit sind wir bereits am Beginn dieses Unterkapitels begegnet: Der Austausch mit Mitgliedern anderer Kulturgruppen kann einen Anlass bieten, die eigenen Tabus zu überdenken – wenn der/die Fremde nicht weiterhin sozial isoliert bleibt oder sich so stark in die neue Gruppe integriert, dass er/sie die dort geltenden Tabus übernimmt.<sup>460</sup> Depenheuer verweist jedoch darauf, dass die Konfrontation mit neuen Perspektiven ein Tabu sowohl gefährden, als auch stabilisieren kann:

"Abweichende Weltansichten untergraben die stabilisierende Funktion des Tabus, weil dadurch gerade die Alternative thematisiert wird, die systemimmanent nicht thematisiert werden darf. Die Alternative kann nur ignoriert oder bekämpft werden; daher gehört zu jedem Tabu der Feind. Paradoxe Weise stabilisiert der Feind das Tabu aber gerade dadurch, daß er es bereits durch seine Existenz in Frage stellt..."<sup>461</sup>

---

<sup>456</sup> Vgl. für diese Unterscheidungen Schröder, Hartmut 2008: Zur Kulturspezifität von Tabus. Tabus und Euphemismen in interkulturellen Kontaktsituationen, in: Benthien, Claudia/Gutjahr, Ortrud (Hrsg.): Tabu. Interkulturalität und Gender, München, S. 51-70, hier S. 62.

<sup>457</sup> Kraft, Hartmut 2004: Tabu. Magie und soziale Wirklichkeit, Düsseldorf, S. 209.

<sup>458</sup> Diese Konstellation ergab sich in Deutschland insbesondere für die Nachkriegsgeneration, die einerseits die Nazi-Vergangenheit der Eltern aufdecken, andererseits die Beziehung zu den Eltern aber nicht grundlegend gefährden wollte. Vgl. Kraft, Hartmut 2004: Tabu. Magie und soziale Wirklichkeit, Düsseldorf, S. 186.

<sup>459</sup> Gutjahr, Ortrud 2008: Tabus als Grundbedingungen von Kultur. Sigmund Freuds Totem und Tabu und die Wende in der Tabuforschung, in: Benthien, Claudia/Gutjahr, Ortrud (Hrsg.): Tabu. Interkulturalität und Gender, München, S. 19-50, hier S. 19.

<sup>460</sup> Gutjahr, Ortrud 2008: Tabus als Grundbedingungen von Kultur. Sigmund Freuds Totem und Tabu und die Wende in der Tabuforschung, in: Benthien, Claudia/Gutjahr, Ortrud (Hrsg.): Tabu. Interkulturalität und Gender, München, S. 19-50, hier S. 49.

<sup>461</sup> Depenheuer, Otto 2003: Recht und Tabu – ein Problemaufriß, in: Depenheuer, Otto (Hrsg.): Recht und Tabu, Wiesbaden, S. 7-23, hier S. 17.

Wann die stabilisierende und wann die destabilisierende Kraft der Auseinandersetzung mit anderen Perspektiven überwiegt, wird in der Literatur nicht diskutiert und ist möglicherweise auch nur im Einzelfall beantwortbar. Neben der Feststellung, dass man für die Aufhebung von Tabus „*sehr starke Gründe*“ brauche, verweist Kaufmann auf eine zweite Situation, in denen Tabus innergesellschaftlich, d.h. ohne die Zuhilfenahme fremder Weltansichten, in Frage gestellt werden können, nämlich in „*moralisch zweifelhaften Situationen*“, in denen unklar ist, welchem von mehreren Grundprinzipien der Vorzug zu geben ist:

“Selbst wenn man einen gemeinsamen Grundbestand von Prinzipien besitzt, kann man sich darüber uneins sein, welche Rangordnung sie einnehmen, ob etwa die Lebenserhaltung eines Kranken über seiner Schmerzensfreiheit steht oder umgekehrt.”<sup>462</sup>

Hier handelt es sich also um Situationen, in denen die oben angeführte, von March/Olsen beschriebene Selbstverortung eines Akteurs nach der *logic of appropriateness* („*do what is most appropriate?*“) zwei moralisch gleichberechtigte Antworten zulässt und es um die Abwägung zweier normativer Grundsätze geht, die zueinander in Konkurrenz stehen (was, wie oben gesehen, ein bisher von NormtheoretikerInnen vernachlässigtes Thema ist).<sup>463</sup>

Eine dritte Möglichkeit, die ebenfalls in einer innergesellschaftlichen Tabuhinterfragung wurzelt, sehen Rada und Balle darin, dass die zunächst tabuisierte Handlung gesellschaftliche Akzeptanz gewinnt und somit die Begründung für ein Tabu schwindet:

“Das Ableben eines Tabus (Enttabuisierung) lässt sich damit erklären, daß auch die gesellschaftliche Haltung gegenüber dem dahinter stehenden Verhalten verschwunden ist. (...) Bleibt das hinter einem Tabu stehende Verhalten sozial relevant, wird das Tabu bewahrt.”<sup>464</sup>

Zwar gehen die Autorinnen nicht weiter auf solche Situationen ein, es liegt aber nahe, anzunehmen, dass in diesen Fällen die oben beschriebene Schutzfunktion eines Tabus, die sozialen Zusammenhalt und ein positives Selbstbild garantiert, nicht mehr als nötig erachtet wird. In dem Moment, in dem z.B. außerehelich geborene Kinder oder gleichgeschlechtliche Partnerschaften nicht mehr als eklatante Bedrohung der gesellschaftlichen Ordnung, die ausschließlich aus traditionellen Kernfamilien zu bestehen hatte und des sozialen Zusammenhalts angesehen werden, können die entsprechenden Tabus langsam abgebaut werden. Gerade am Beispiel der Homosexualität zeigt sich jedoch, dass diese Prozesse selten schlagartig verlaufen und eine Gesellschaft plötzlich „vom Tabu befreit“ wäre, sondern dass sich gesellschaftliche Akzeptanz erst sehr langsam etabliert. Zwar verliert ein in die Diskussion geratenes Tabu sofort an Wirkung und kann, wie oben beschrieben, eigentlich nicht mehr als solches bezeichnet werden – die Erosion eines Tabus bis zu dessen vollständigem Verschwinden ist jedoch ein langwieriger *Prozess*, der

<sup>462</sup> Kaufmann, Matthias 2002: Gefahr und Chance durch Grenzüberschreitung. Tabus und Tabuverletzungen im Recht, in: Brugger, Winfried/Haverkate, Görg (Hrsg.) 2002: Grenzen als Thema der Rechts- und Sozialphilosophie. Referate der Tagung der deutschen Sektion der Internationalen Vereinigung für Rechts- und Sozialphilosophie vom 22. bis 23. September 2000 in Heidelberg, Stuttgart, S. 23-36, hier S. 32.

<sup>463</sup> Vgl. S. 29 bzw. S. 53 der Arbeit.

<sup>464</sup> Rada, Roberta 2001: Tabus und Euphemismen in der deutschen Gegenwartssprache. Mit besonderer Berücksichtigung der Eigenschaften von Euphemismen, Budapest, S. 33. Vgl. auch Balle, Christel 1990: Tabus in der Sprache, Frankfurt am Main, S. 20.

auch von gegenläufigen Strömungen gekennzeichnet ist (so wie Homosexualität vor der Tabuisierung in westlichen Ländern in der griechischen Antike befürwortet wurde):

“Dabei handelt es sich nicht um stetige Entwicklungen, sondern um langwellig wirkende Tabuisierungs- und Enttabuisierungsprozesse, die immer wieder Gegendynamiken erzeugen können. Denn Tabodynamiken sind keine linear ablaufenden Prozesse hin zu sukzessiven Enttabuisierungen (...). Vielmehr können Tabus, auch nachdem sie einmal gebrochen wurden, immer wieder neuen Retabuisierungen unterworfen sein – und umgekehrt.”<sup>465</sup>

Eine ähnliche *Wellenbewegung* beschreibt Pelinka, wenn er davon ausgeht, dass in allen Gesellschaften ein ständiger Prozess der Tabuisierung und Enttabuisierung im Gange sei.<sup>466</sup> Im Fokus einer Untersuchung könnte also – wie bei allen Normen – entweder ein bestimmtes Tabu gestellt werden, dessen Entstehung, Stärkung und Schwächung über Zeit untersucht wird oder die Frage gestellt werden, welche Tabus zu einem bestimmten Zeitpunkt in einer Gesellschaft gelten, bzw. gerade im Entstehen sind oder erodieren, wobei ich den ersten Ansatz verfolge. Hier schließt sich – im wahrsten Sinne des Wortes – der Kreis zu den Modellen der Normdiffusion wie dem *Norm Life Cycle*, die allerdings nur die “Aufwärtsbewegung” einer solchen Welle im Sinne einer Normstärkung bis hin zur tabuähnlichen Internalisierung beschreiben, nicht aber deren Abwärtsbewegung im Sinne einer Normerosion bzw. dem Spezialfall einer Enttabuisierung. Dabei deutet das letztgenannte Zitat bereits darauf hin, dass es sich hierbei keineswegs um eine lineare Abfolge von Phasen handelt, sondern um komplexe, durch Widersprüche und Gegenbewegungen gekennzeichnete Prozesse.<sup>467</sup> So wie auch diese Schlüsse in der vorliegenden Literatur nur angedeutet werden, sind mir keine umfassenden Fallstudien bekannt, die einen solchen Prozess einer Enttabuisierung (und ggf. Retabuisierung) untersuchen würden. Bevor ich im folgenden Kapitel zu meinem Forschungsdesign umreißer, wie ich diesem Mangel abhelfen möchte, werfe ich jedoch noch einen Blick in (seltene) Beschreibung von Tabus in den IB.

### 2.6.8 Tabus in den IB

Zwar wird, wie zu Beginn dieses Kapitels dargestellt, seit langem eine breite Diskussion in den IB über Normen geführt. Tabus dagegen haben in der IB-Literatur bisher nur sehr wenig Beachtung gefunden, obwohl ihnen eine wichtige Funktion bei der Stabilisierung der Identität und des sozialen Zusammenhalts einer Gemeinschaft zukommt. Möglicherweise hängt dies mit der häufig fehlenden Definition bzw. Typologisierung von Normen zusammen – oder mit der Befürchtung, bei der Beschäftigung mit Tabus die Wechselwirkung von *agency* und Strukturen zu sehr aus dem Blick zu verlieren. Dennoch ist dieser Mangel an Literatur erstaunlich, zumal WissenschaftlerInnen anderer Disziplinen viele Tabus explizit im Bereich der (internationalen) Politik verorten. So will z.B. Horn in der Alternativlosigkeit und scheinbaren Unhinterfragbarkeit der Globalisierung ein starkes

<sup>465</sup> Benthien, Claudia/Gutjahr, Ortrud 2008: Interkulturalität und Gender-Spezifität von Tabus. Zur Einleitung, in: Benthien, Claudia/Gutjahr, Ortrud (Hrsg.): Tabu. Interkulturalität und Gender, München, S. 7-16, hier S. 8f.

<sup>466</sup> Vgl. Pelinka, Anton 1994: Tabus in der Politik. Zur politischen Funktion von Tabuisierung und Enttabuisierung, in: Bettelheim, Peter/Streibel, Robert (Hrsg.): Tabu und Geschichte. Zur Kultur des kollektiven Erinnerns, Wien, S. 21-28, hier S. 27.

<sup>467</sup> Dies war, wie oben angeführt, bereits ein häufiger Kritikpunkt an den Modellen der Normdiffusion. Vgl. S. 54 der Arbeit.



modernes Tabu erkennen,<sup>468</sup> während es von Seiten der Linguistik viele Verweise darauf gibt, wie durch Tabuisierungen politische Diskurse vermieden oder eingegrenzt werden können.<sup>469</sup> Zur Beziehung von Tabus und internationalem Terrorismus, der auch in dieser Arbeit eine große Rolle zukommen wird, liegt sogar eine ethnologische Studie aus den 1990er Jahren (!) vor.<sup>470</sup>

Diejenigen AutorInnen, die sich innerhalb der IB mit Tabus auseinandersetzen, lassen sich an einer Hand abzählen. Dabei ist auffällig, dass sich sämtliche Publikationen auf Tabus aus einem bestimmten Politikfeld, nämlich der Rüstungskontrolle, beziehen. Im Zentrum der Arbeiten steht dabei – bis auf eine Ausnahme – das sog. *nukleare Tabu*, mit dem auch ich mich im Anschluss an die wenigen vorliegenden Arbeiten auseinandersetzen werde.<sup>471</sup> Lediglich Price beschäftigt sich mit einem von ihm postulierten Tabu in Bezug auf Chemiewaffen, wobei er zwar die Entwicklung und Institutionalisierung verschiedener Chemiewaffenverbote beschreibt, jedoch nicht darauf eingeht, was er unter einem Tabu versteht und inwiefern sich welche Chemiewaffen als tabuisiert bezeichnen lassen.<sup>472</sup> Der einzige Satz, in dem sich Anklänge an die oben genannten Eigenschaften von Tabus, v.a. deren Angstbasiertheit und moralischer Ablehnung, finden lassen, lautet:

“When the subject of chemical weapons is raised, it is routinely accompanied by adjectives such as ‘barbaric’, ‘immoral’, ‘horrible’, and ‘inhumane’, appellations that are not so indelibly attached to so many other weapons despite the suffering their use entails.”<sup>473</sup>

Etwas weiter gehen seine Kollegen Quester und Paul, die ihren Ausführungen zum nuklearen Tabu jeweils eine mehrzeilige Tabudefinition voranstellen, in die Paul auch geschichtliche Elemente aufnimmt:

“The term *taboo* is derived from the Polynesian word *tabu* (prohibition). In its sociological aspects, it refers to ‘a system of prohibitions observed as customs’ (...). A taboo arises from the fear of something ‘mystically dangerous’ and generally, its authority is based on custom rather than any positive legal, moral, or religious codes. As Webster stated: ‘The authority of a taboo is unmatched by that of any other prohibition. There is no reflection on it, no reasoning about it, no discussion of it. A taboo amounts simply to an imperative thou-shalt-not in the presence of the danger apprehended.’ Taboo denoted the prohibitions arising from the mysterious attributes of a person, thing, or a transitory condition. (...) Assumptions of danger and fear or repercussions of the particular act committed characterize most social taboos.”<sup>474</sup>

<sup>468</sup> Vgl. Horn, Hans-Peter. 2003: Brauchen wir Tabus? Antwort auf die Preisfrage der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung vom Jahr 2000, Göttingen, S. 16.

<sup>469</sup> Vgl. Musolff, Andreas 1987: Sind Tabus tabu? Zur Verwendung des Wortes Tabu im öffentlichen Sprachgebrauch, in: Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht 60, S. 10-18, hier S. 13 oder S. 94 der Arbeit.

<sup>470</sup> Nämlich Zulaika, Joseba/Douglas, William A. 1996: Terror and Taboo. The Follies, Fables, and Faces of Terrorism, New York.

<sup>471</sup> Deshalb konzentriere ich mich im Folgenden auf die Aussagen der AutorInnen zu Tabus allgemein, während ich ihre Ansichten speziell bezüglich des nuklearen Tabus ab S. 219 diskutiere.

<sup>472</sup> Vgl. Price, Richard M. 1997: The Chemical Weapons Taboo, Ithaca.

<sup>473</sup> Price, Richard M. 1997: The Chemical Weapons Taboo, Ithaca, S. 1.

<sup>474</sup> Paul, T. V. 1995: Nuclear Taboo and War Initiation in Regional Conflicts, in: Journal of Conflict Resolution 39:4, S. 696-717, hier S. 701, Herv. i. Org. Paul selbst zitiert Webster, Hutton 1942: Taboo. A Sociological Study, Stanford, S. 13. Questers einleitende Beschreibung von Tabus ist kürzer und weniger präzise: “One often hears references to a ‘taboo’ on the use of nuclear weapons, but people usually have difficulty putting their finger on exactly what that means. A taboo surely is more than simply something we want to avoid, something we disapprove of, for we do not hear of taboos on bank robberies or on murder. A taboo, then, refers to something that we are not willing even to think about doing, something about which we do not weigh benefits and costs but that we simply reject.”

Paul nimmt damit einige wesentliche Elemente der oben angeführten Eigenschaften von Tabus auf. Außer der Tatsache, dass er eine ganze Reihe ebenfalls wichtiger Eigenschaften, wie z.B. die Entstehung und soziale Funktion von Tabus, nicht weiter beschreibt, ist ihm höchstens vorzuwerfen, dass er bei seiner Übersetzung von "tabu" mit "Verbot" die im Begriff angelegte, grundlegende Ambivalenz nicht erkennt und dass er Tabus sämtlichen verschriftlichten Quellen gegenüberstellt, was zwar im Fall des nuklearen Tabus zutrifft, nicht jedoch z.B. im oben angeführten Verbot des Verzehrs von Schweinefleisch in Koran und Thora. Tabus *können* zwar schriftlich fixiert sein, anders als bei Rechtsnormen ist dies jedoch nicht *notwendig*.

Die drei AutorInnen, die sich am ausführlichsten mit Tabukonzepten auseinandergesetzt haben, sind Tannenwald, Daase und Herring, die allerdings unterschiedliche Eigenschaften in den Vordergrund ihrer Analysen stellen.<sup>475</sup> Daase interessiert in erster Linie der Zusammenhang zwischen Tabus und Macht, d.h. die Funktion von Tabus, Hierarchien zu stabilisieren:

"Das [das Beispiel des nuklearen Tabus, SoSchi] impliziert, dass Tabus nicht nur isolierte Verbotsnormen sind, sondern vielmehr *Verbotsysteme, die durch dichotome Klassifizierung soziale Hierarchien etablieren*. Mit diesem an Sigmund Freud, Emil Durkheim und Mary Douglas orientierten Verständnis politischer Tabus lässt sich die internationale Nuklearordnung als eine auf Ungleichheit basierende Machtordnung interpretieren."<sup>476</sup>

In diesem Zitat wird auch deutlich, dass sich Daase mit Quellen verschiedener Disziplinen auseinandersetzt – anders als seine KollegInnen (denen er dies zum Vorwurf macht).<sup>477</sup> Daases Rückgriff insbesondere auf Freud ist sehr erfreulich, bezieht er sich doch im Unterschied auf die zuvor genannten Autoren auf dessen Ambivalenzthese, die den Kern vieler moderner Tabuvorstellungen ausmacht.<sup>478</sup> Er stellt auch eine Verknüpfung zwischen Ambivalenzthese und der Stabilisierung von Herrschaft durch Tabus her:

"Das Tabu reguliert diese Ambivalenz, indem es die Grenzen zwischen erlaubtem und verbotenem Tun markiert. (...) Das Tabu nimmt damit zugleich eine Differenzierung vor: Nicht alles Verbotene ist für alle gleichermaßen verboten, nicht alles Heilige ist in jeder Situation gleichermaßen heilig. (...) Das Tabu reguliert, unter welchen Bedingungen das Heilige rein oder unrein, heilvoll oder unheilvoll ist."

---

Quester, George H. 2005: If the Nuclear Taboo Gets Broken, in: Naval War College Review 58:2, S. 70-91, hier S. 79.

<sup>475</sup> Letzterer hat seinen Artikel leider noch nicht veröffentlicht: Herring, Eric 1997: Nuclear Totem and Taboo: Or how we learned to Stop loving the Bomb and start worrying, Paper presented at the British International Studies Association (BISA) Annual Conference, Leeds, unveröffentlichtes Manuskript. Die einschlägigen Publikationen der beiden anderen Autoren sind: Daase, Christopher 2003: Der Anfang vom Ende des nuklearen Tabus. Zur Legitimitätskrise der Weltnuklearordnung, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1/2003, S. 7-41 und Daase, Christopher 2003: Nonproliferation und das Studium internationaler Legitimität. Eine Antwort auf meine Kritiker, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 2/2003, S. 351-364 bzw. Tannenwald, Nina 1999: The Nuclear Taboo: The United States and the Normative Basis of Nuclear Non-Use, in: International Organization 53:3, S. 433-468; Tannenwald, Nina 2005: Stigmatizing the Bomb. Origins of the Nuclear Taboo, in: International Security 29:4, S. 5-49 und Tannenwald, Nina 2007: The Nuclear Taboo. The United States and the Non-Use of Nuclear Weapons Since 1945, Cambridge.

<sup>476</sup> Daase, Christopher 2003: Der Anfang vom Ende des nuklearen Tabus. Zur Legitimitätskrise der Weltnuklearordnung, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 10:1, S. 7-41, hier S. 9, Herv. i. Org.

<sup>477</sup> Allerdings erstaunt vor diesem Hintergrund, dass Daase keine zeitgenössischen Quellen aufgreift, obwohl diese, wie oben gesehen, in Hülle und Fülle vorhanden sind.

<sup>478</sup> Daase, Christopher 2003: Der Anfang vom Ende des nuklearen Tabus. Zur Legitimitätskrise der Weltnuklearordnung, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 10:1, S. 7-41, hier S. 18f.

Bezogen auf sein Forschungsinteresse sieht Daase die spezielle Funktion des nuklearen Tabus darin, den Zugang zu Nuklearwaffen zu regulieren und nur sehr wenigen Staaten zu ermöglichen, deren Sonderstatus jedoch von der internationalen Gemeinschaft regelmäßig legitimiert werden müsse.<sup>479</sup>

Tannenwald und Herring verbindet die gemeinsame Annahme, dass das nukleare Tabu v.a. eine plausible Erklärung für den Nicht-Einsatz (*“non-use”*) von Nuklearwaffen nach 1945 sei.<sup>480</sup> Aufgrund dieser Annahme rücken sie auch andere Eigenschaften von Tabus ins Zentrum, als Daase, wobei Tannenwald v.a. auf den Charakter von Tabus als besonders starke Verbotsnormen abhebt und ihre Arbeit entsprechend als Beitrag zur Normdiskussion in den IB auffasst. Wie oben beschrieben, betrachte ich Tabus aus einem ähnlichen Blickwinkel wie Tannenwald, weshalb ich mich auch ihrer Unterscheidung von generellen Normen und Tabus als deren Unterkategorie anschließe, die als wichtigen Bestandteil die Unaussprechlichkeit und Unhinterfragbarkeit von Tabus umfasst.<sup>481</sup>

“The word *taboo* is generally associated with a stronger and more developed normative prohibition than the word *norm* and connotes such qualities as absoluteness, unthinkingness, and taken-for-grantedness. It also involves expectations of awful consequences or sanctions to follow in the wake of a taboo violation.”

Obwohl Tannenwald im Unterschied zu Daase bei ihrer Definition keine Vorgängerliteratur aus anderen Disziplinen anführt, trifft sie damit doch den Kern der meisten, oben diskutierten Tabukonzepte. Zudem übernimmt auch sie die Ambivalenzthese Freuds: *“The taboo is a reminder of the danger that lurks behind this temptation and why the latter should be resisted.”*<sup>482</sup> Im Anschluss an die generellen Funktionen von Normen spricht sie Tabus drei verschiedene Effekte zu: Diese könnten sowohl regulativ wirken, d.h. Handlungsalternativen beschränken (Einsatz von Nuklearwaffen ist schlecht), als auch konstitutiv und damit identitätsbildend (gute Staaten werfen keine Atombomben). Daneben verweist sie auf nicht intendierte Folgen von Tabuisierungen, sog. permissive Effekte.<sup>483</sup>

Herrings Ansatz ähnelt dem von Tannenwald, zusätzlich interessiert ihn jedoch ein Phänomen, das insbesondere in frühen ethnologischen Studien und bei Freud Beachtung gefunden hat: das Totem, das er mit nuklearen Waffen gleichsetzt. So würden Nuklearwaffen wie Totems gefürchtet, aber auch als besonders mächtige Schutzobjekte verehrt, die Gefahren bannen könnten. Tatsächlich haben die Rituale, die mit Nuklearwaffen in Zusammenhang stehen – angefangen von ihrer geheimen Herstellung von wenigen, auserwählten und besonders begabten Personen über die Beschränkung des Zugangs zu ihnen auf einige wenige Staaten und innerhalb dieser Staaten auf einen sehr kleinen Personenkreis (was Daases Hierarchie-These unterstreicht) bis hin zur *“Massenverehrung”*, die den Waffen bei seltenen Gelegenheiten wie Militärparaden entgegengebracht wird – etwas Mystisches, das uns an die rituelle Verehrung typischer

<sup>479</sup> Warum Daase genau diese Funktion in Gefahr sieht, werde ich unten erläutern, vgl. S. 225 der Arbeit.

<sup>480</sup> Vgl. hierzu ausführlich S. 221ff. der Arbeit.

<sup>481</sup> Vgl. S. 99 der Arbeit.

<sup>482</sup> Tannenwald, Nina 2007: *The Nuclear Taboo. The United States and the Non-Use of Nuclear Weapons Since 1945*, Cambridge, S. 11f.

<sup>483</sup> *“Finally, permissive effects – a subset of constitutive effects – are secondary, indirect, or shadow effects, often unintended consequences of the operation of a norm.”* Tannenwald, Nina 1999: *The Nuclear Taboo: The United States and the Normative Basis of Nuclear Non-Use*, in: *International Organization* 53:3, S. 433-468, hier S. 437.

Totems denken lässt.<sup>484</sup> Entsprechend unwillig seien Nuklearmächte, ihre gleichzeitig Macht und Schutz gewährenden Totems zu zerstören.<sup>485</sup>

Diejenigen Punkte, die in der Literatur der IB zu Tabus am meisten hervorgehoben werden, sind also die Stabilisierung von Hierarchien, die hinter Tabus stehende Ambivalenz und die Verwendung des Totem-Konzepts. Damit werden in den IB zwar einige der wichtigsten Punkte der laufenden Tabudiskussionen anderer Disziplinen aufgegriffen (ohne letztere zur Kenntnis zu nehmen) – sehr überraschend ist jedoch, dass drei genuin *politische* Funktionen von Tabus, nämlich die Stabilisierung der Identität auch von Gruppen, deren sozialer Zusammenhalt und Konfliktvermeidung, nicht erwähnt werden. Möglicherweise lässt sich dies damit erklären, dass zumindest die ersten beiden Funktionen in der Normdebatte breit diskutiert werden. Dann muss jedoch wiederum verwundern, wie selten in den wenigen Publikationen zu Tabus die Brücke zur allgemeinen Normdiskussion geschlagen wird.

### 2.6.9 Selbstverortung: Tabus als agency-freier Raum?

Nach den bisherigen Ausführungen kann ich mein aus der Literatur verschiedener Disziplinen gewonnenes Konzept von Tabus wie folgt zusammenfassen: Ich verstehe Tabus als eine Unterkategorie sozialer Normen, nämlich als Meidungsverbote, die immer einen moralischen Kern haben, der den AnhängerInnen eines Tabus jedoch nicht bewusst sein muss. Bezogen auf Individuen sind Tabus das Ergebnis eines Verdrängungsprozesses, der in der Ambivalenz zwischen dem Wunsch, ein Tabu zu brechen und der Angst hiervor begründet ist. Dementsprechend sind sie im Unterbewusstsein verankert, dienen der Aufrechterhaltung eines positiven Selbstbilds und somit der Stabilisierung unserer Identität. In ähnlicher Weise stabilisieren sie die Identität einer sozialen Gruppe, indem sie gemeinsame, unhinterfragbare Kernprinzipien voraussetzen, einen Abgrenzungsmaßstab gegenüber Fremden sowie Schutz vor innergesellschaftlichen Konflikten bieten. Weil sie als selbstverständlich angesehen werden, werden sie nicht öffentlich diskutiert. Dementsprechend verletzt das Ansprechen eines Tabus bereits dessen Geltungsanspruch. Umso mehr bedeutet das öffentliche Hinterfragen eines Tabus immer eine Tabuschwächung, die zu einer Erosion und vollständigen Enttabuisierung führen kann.

Sind Tabus damit der radikale Gegenentwurf zu *contestedness* als *agency*-lastiger Antwort auf das Akteur-Struktur-Problem? Lassen sie keinen oder nur sehr eingeschränkten Raum für *agency*? Um diese Frage beantworten zu können, müsste zunächst über die Definition zweier Konzepte, die bereits im Unterkapitel zum ASP vorgestellt worden sind, entschieden werden, nämlich *agency* und – als grundlegende Bedingung hierfür – Wahlfreiheit. Wie oben bereits angeklungen ist, stellt sich in Bezug auf *agency* die Frage, ob *unbewusstes* Handeln, wie das Verdrängen eines Wunsches, als *agency* gewertet werden soll, oder nicht.<sup>486</sup> Damit wären wir bei einem Problem, mit dem sich typischerweise weniger PolitikwissenschaftlerInnen, als HirnforscherInnen, PsychologInnen und PhilosophInnen auseinandersetzen, die sich völlig uneinig sind,

<sup>484</sup> Vgl. hierzu ausführlich S. 209ff. der Arbeit.

<sup>485</sup> Vgl. Herring, Eric 1997: Nuclear Totem and Taboo: Or how we learned to Stop loving the Bomb and start worrying, Paper presented at the British International Studies Association (BISA) Annual Conference, Leeds, unveröffentlichtes Manuskript, S. 17.

<sup>486</sup> Vgl. S. 112 der Arbeit.

welche unserer Handlungen als Ausdruck eines freien Willens gewertet werden können. Aus Sicht der Hirnforschung spricht mittlerweile einiges dafür, dem Menschen einen freien Willen für viele seiner Handlungen abzusprechen.<sup>487</sup> Momentan wird die Frage allerdings v.a. sachlogisch mit dem Hinweis darauf beantwortet, dass unser Gesellschaftssystem zusammenbrechen würde, wenn wir die Unterscheidung in unbewusst geleitetes und bewusst entschiedenes Handeln ernst nähmen. Am deutlichsten wird dies im juristischen Bereich, in dem es z.B. nicht mehr möglich wäre, einen im Affekt begangenen Mord zu ahnden. Wenn wir aber auch noch die unbewussteste Handlung als *agency* werten, erscheint das Konzept des Tabus auf einen Schlag viel weniger strukturlastig. Dann wäre es *agency*, die Tabus in Verdrängungsprozessen entstehen lässt, sie reproduziert und Tabuverstöße sanktioniert, statt all diese Prozesse auf Tabus selbst als spezielle *Struktur* zurückzuführen.

Selbst nach dem Kunstgriff, Verdrängungsprozesse als Handlung im Sinne von *agency* aufzufassen, bliebe jedoch immer noch die Frage, wie es um die Wahlfreiheit von Akteuren, die Tabus internalisiert haben, bestellt ist. Denn, wie oben ausgeführt, ist es die Möglichkeit, Handlungsalternativen zu ergreifen, die *agency* v.a. ausmacht. Zwar wird in der Literatur, wie oben gesehen, durchaus davon ausgegangen, dass es möglich ist, Tabus zu brechen, d.h. eine andere Handlungsalternative zu wählen oder sie gar erodieren zu lassen, doch bleibt die Frage *wie dies möglich ist* weitgehend unbeantwortet. Hiermit bewegen wir uns bereits sehr nah an meiner Forschungsfrage, wie es möglich ist, dass ein unserem Bewusstsein entzogenes Tun so umgestaltet werden kann, dass es zu einem *bewussten* Hinterfragen eines Tabus im Sinne einer echten *contestedness* kommen kann.

---

<sup>487</sup> Berühmt geworden ist insbesondere das sog. "Libet-Experiment", das beweisen soll, dass selbst über einfache Handbewegungen nicht bewusst entschieden wird. Für eine anschauliche Diskussion dieser Ergebnisse s. Precht, Richard David 2007: Wer bin ich und wenn ja, wie viele? Eine philosophische Reise, München, S. 146-156.

### 3. Fragestellung und Forschungsdesign

#### 3.1 Fragestellung

Auf die Fragestellung meiner Arbeit ist im vorangegangenen Kapitel an unterschiedlichen Stellen verwiesen worden – und tatsächlich laufen in ihr die Kernaussagen der vorangestellten Unterkapitel zusammen:

*Ich frage, wie es möglich ist, dass eine bereits internalisierte Norm von Seiten eines Akteurs wieder in Frage gestellt werden kann und auf diese Weise geschwächte Tabus erodieren.*

Mit dieser Fragestellung verorte ich mich in der konstruktivistischen Normdebatte der IB und schließe an Diskussionen zur Diffusion von Normen an, deren Konzept internalisierter Normen ich übernehme. Gleichzeitig greife ich jedoch fünf Kritikpunkte an den beiden prominentesten Modellen der Normdiffusion, dem *Norm Life Cycle* und dem Spiralmodell, auf, die im Folgenden noch einmal kurz zusammengefaßt werden soll. Dabei verbinde ich meine Kritik mit drei dahinterstehenden bzw. angrenzenden Konzepten, die oben diskutiert worden sind, nämlich

- dem Konzept der permanenten Wechselwirkung von *agency* und Struktur als der Sichtweise auf das ASP, auf die sich alle AnhängerInnen der sozialkonstruktivistischen Normtheorie verständigt haben,
- dem Konzept der *contestedness*, die das Ernstnehmen eben dieser immerwährenden Wechselwirkung vehement einfordert und darauf verweist, dass Normen trotz dieses Grundsatzes als zu statisch und zu wenig von Akteurshandeln abhängig beschrieben werden
- und dem Konzept des Tabus, das im Gegensatz dazu zu erklären vermag, warum es für Akteure äußerst schwierig sein kann, bestimmte Normen zu hinterfragen und darauf verweist, dass solche Normen bereits dann stark an Wirkung verlieren, wenn sie öffentlich diskutiert werden.

#### 3.1.1 Problematischer Fortschrittsglaube

Weite Teile der sozialkonstruktivistischen Normliteratur sind einem *Fortschritts glauben* verhaftet, der eine kontinuierliche Verregelung und Zivilisierung der internationalen Beziehungen nahelegt.<sup>488</sup> Demnach schränken neu entstehende Normen den Handlungsspielraum von Akteuren immer stärker ein, während die Ablösung einer Norm durch eine schwächere Norm, die eben diesen Handlungsspielraum wieder erweitern würde, nicht bedacht wird. Darauf, dass dieser Fortschrittsglaube teilweise historisch zu erklären ist, haben Jetschke/Liese hingewiesen:<sup>489</sup> Zwischen Beginn und Mitte der 1990er Jahre, als die Basis der neuen normtheoretischen Ansätze gelegt wurde, herrschte auch außerhalb der Politikwissenschaft die Meinung vor, mit dem Ende des Kalten Krieges sei

<sup>488</sup> Vgl. S. 51 der Arbeit.

<sup>489</sup> Vgl. Jetschke, Anja/Liese, Andrea 2009: The Spiral Model: How Does It Score After Ten Years?, Paper presented for the Workshop: The Power of Human Rights – Ten Years After Workshop at the University of Wyoming Conference Center, Laramie WY, August 27-29, 2009, online unter <[http://faculty.maxwell.syr.edu/hpschmitz/Human\\_Rights\\_2009/JetschkeLiese\\_Spiral%20Model\\_Review.pdf](http://faculty.maxwell.syr.edu/hpschmitz/Human_Rights_2009/JetschkeLiese_Spiral%20Model_Review.pdf)>, rev. 02.02.2012.

das “*Ende der Geschichte*” gekommen,<sup>490</sup> die Ausbreitung der Demokratie als vorherrschender Staatsform und damit die Verbreitung von Menschenrechten sei beinahe ein “Selbstläufer” und die Notwendigkeit kriegsverhindernder Maßnahmen wie Abrüstungsnormen sei kaum noch gegeben.<sup>491</sup> Rückblickend erscheinen uns diese Wunschvorstellungen (leider) als unbegründet und naiv.

Der Hinweis darauf, dass solche Vorstellungen auf die im nämlichen Zeitraum entwickelten Modelle der Normdiffusion stark “abgefärbt” haben, mag zwar dazu dienen, entsprechende Vorwürfe zu entschärfen – doch sollte dies keinen Hinderungsgrund dafür darstellen, die fortschrittsoptimistischen Modelle vor dem Hintergrund heutiger empirischer Fälle “zurecht zu rücken”. Um dies zu tun, müsste eine Ausweitung des Forschungsfokus in zweierlei Hinsicht vorgenommen werden: Zum einen müssten Normen ins Zentrum der Analyse gestellt werden, deren Ausbreitung von den sie untersuchenden ForscherInnen als *nicht wünschenswert* erachtet wird. Bis heute herrscht in der Normforschung ein “*nice norm bias*” der Beschäftigung mit Normen vor, die als normativ richtig eingestuft werden, ohne dies zu thematisieren.<sup>492</sup> Gegenbeispiele, wie etwa die Ausbreitung der Scharia-Gesetzgebung, stehen nicht im Fokus empirischer Studien. Die zweite Möglichkeit, den Sozialkonstruktivismus seiner “rosa Brille” zu berauben, ist der hier eingeschlagene Weg, nicht nur die Durchsetzung moralisch “richtiger” Normen zu beleuchten, sondern auch deren Erosion.

### 3.1.2 Das Ausblenden von agency

Dass Studien, denen klassisch sozialkonstruktivistische Handlungslogiken wie die *logic of appropriateness* und die *logic of arguing* zu Grunde liegen, strukturalistischer ausgerichtet sind, als ihre “Vorgängerlogik” der *logic of consequences*, ist bereits thematisiert worden.<sup>493</sup> Zwar sehen sich die AutorInnen der vorgestellten Modelle zur Normdiffusion, welche v.a. auf der *logic of appropriateness* und der *logic of arguing* basieren, dem Grundsatz der wechselseitigen Konstituiertheit von Akteuren und Strukturen verpflichtet und die Betonung von Akteurshandeln (Stichwort: *norm entrepreneurs*) wird v.a. im Spiralmodell des Menschenrechtswandels auch sehr deutlich.<sup>494</sup> Dennoch geht die Betonung des permanenten Zusammenspiels von Akteurshandeln und Normen spätestens in der letzten Phase der Modelle verloren: Nach dem Erreichen dieses Endpunkts der Normkarriere scheint die jeweilige Norm vor dem Zugriff des Akteurs “in Sicherheit” und kann dessen Verhalten stabil beeinflussen – internalisierte Normen werden somit als automatisch wirkende, unangreifbare Normen beschrieben. Beide prominenten Modelle der Normdiffusion legen nahe, dass ein Akteur einer durch ihn internalisierten Norm immer folgen muss und nicht nur Normbrüche unwahrscheinlich werden, sondern auch

<sup>490</sup> Diese These vertrat Fukuyama in seinem populären Buch: Fukuyama, Francis 1992: *The End of History and the Last Man*, New York.

<sup>491</sup> So wurde die für Rüstungskontrolle und Abrüstung zuständige Abteilung der Vereinten Nationen, das *Department for Disarmament Affairs*, geschlossen, weil man davon ausging, dass die Großmächte nun von selbst abrüsten würden.

<sup>492</sup> Ryder McKeown 2009: *Norm Regress: US Revisionism and the Slow Death of the Torture Norm*, in: *International Relations* 23:5, S. 5-25, hier S. 5.

<sup>493</sup> Vgl. S. 50 der Arbeit.

<sup>494</sup> Dennoch wird auch an der Akteursauffassung der früheren Phasen Kritik geübt, wie oben gesehen. Erinnerung sei an den Vorwurf, die untersuchten würden als zu wenig wandelbar konzipiert und den “Normempfangern” würde kaum *agency* zugestanden.

Diskussionen über ihre Gültigkeit aus dem Rahmen des Möglichen gerückt werden. Die Norm als Struktur wird also dem Zugriff des Akteurs entzogen, *agency* als der Struktur ausgeliefert aufgefasst. Damit rückt nicht nur die Notwendigkeit einer permanenten Reproduktion auch internalisierter Normen aus dem Blickfeld, sondern auch die Möglichkeit eines vom Akteur ausgehenden Normwandels oder einer Normschwächung auch *nach* oder *während* dem Erreichen der Internalisierungsphase. Die Beschreibung internalisierter Normen ähnelt damit sehr stark dem oben diskutierten Konzept des Tabus.

Die Kritik daran, dass Normen als Strukturen beschrieben werden, die das Handeln von Akteuren stabil und direkt (ggf. kausal) beeinflussen können, haben insbesondere VertreterInnen der *logic of contestedness* aufgegriffen. Ihnen ist darin recht zu geben, dass es keinen Endpunkt einer Normkarriere gesehen werden *darf*, nach dessen Erreichen Akteure keine Handlungsmacht mehr haben. Eine solche Ansicht verbietet sich bereits aus dem – selbstgewählten – Blickwinkel aller SozialkonstruktivistInnen auf das ASP, nach dem *immer* ein Wechselverhältnis von Akteuren und Strukturen bestehen muss. Auch ohne Verweis auf das ASP erscheint es aber selbstverständlich, dass jede Norm irgendwann an Gültigkeit verliert und wieder *contested* werden kann – die Frage ist nur, wie es dazu kommen kann. Hier schlage ich einen anderen Weg ein, als die AnhängerInnen der *logic of contestedness*, die Normen kaum ein Eigenleben zugestehen und das Konzept internalisierter Normen bzw. Tabus vermutlich von vornherein ablehnen würden. Indem sie *sämtliche* Normen als permanent *contested* einstufen, schießen sie nach meinem Dafürhalten über das Ziel hinaus.<sup>495</sup> Diesem Gedanken widerspricht das Konzept des Tabus, dem ich mich anschließe, indem es darauf verweist, dass manche Normen so stark mit unserer Identität verflochten, ja für deren Aufrechterhaltung geradezu zentral sind, dass es einem Akteur enorm schwer fallen muss, diese zu hinterfragen und dass ein solches Hinterfragen häufig außerhalb des als möglich wahrgenommenen Handlungsspielraums eines Akteurs liegt. Ich bejahe damit gleichzeitig das Vorhandensein von Tabus und internalisierter Normen gerade auch in wichtigen Bereichen der (internationalen) Politik *und* den Grundsatz, dass es Akteuren möglich sein muss, selbst diese Normen wieder zu bestreiten, d.h. die *Entscheidungsfreiheit* darüber zu haben, ob sie bestimmte Normen als gültig erachten oder nicht. Damit rückt für mich das Moment ins Zentrum der Aufmerksamkeit, *in dem ein Akteur wieder Handlungsmacht über eine bereits beinahe “automatisch” wirkende Struktur gewinnt*.

Die Literatur zu internalisierten Normen und zu Tabus beinhaltet bereits Hinweise darauf, woran zu erkennen ist, dass das Verhältnis von Akteurshandeln und strukturähnlich wirkenden Normen zulasten letzterer “kippt”: Da diese Standards zuvor als *unhinterfragbar* galten und dementsprechend aus dem öffentlichen Diskurs verschwunden waren, *leitet ein öffentliches Hinterfragen solcher Normen bereits deren Erosion ein*. Das öffentliche und ernsthafte Hinterfragen internalisierter Normen bzw. Tabus und der Beginn der Normerosion, also der Schwächung der Gültigkeit dieser Norm, fallen demnach notwendigerweise in eins (Stichwort: *conflation* von *agency* und Struktur). Mit diesem Fokus grenze ich mich von der umfangreichen *compliance*-Literatur ab,<sup>496</sup> in deren Zentrum die Frage steht, unter welchen

<sup>495</sup> Vgl. S. 85 der Arbeit.

<sup>496</sup> Wie etwa Chayes, Abram/Chayes, Antonia Handler 1993: On Compliance, in: International Organization 47:2, S. 175-205; Checkel, Jeffrey T. 2001: Why Comply? Social Learning and European Identity Change, in: International Organization 55:3, S. 553-588; Börzel, Tanja 2001: Non-Compliance in the



Bedingungen sich Akteure (in der Regel) an eine Norm halten und wann normkonformes Verhalten weniger wahrscheinlich ist – denn durch den Bruch einer Norm muss deren Existenz oder Existenzberechtigung noch lange nicht in Frage gestellt werden.<sup>497</sup> Im Sinne meines Tabubegriffs ist es vielmehr wichtig, einen Einstellungswandel gegenüber dem *Geltungsanspruch* einer Norm aufzuzeigen, d.h. den schwindenden Glauben an ihre uneingeschränkte (moralische) Richtigkeit.

Dabei möchte ich nicht behaupten, dass das Einleiten eines solchen Erosionsprozesses immer die Abschaffung der jeweiligen Norm bzw. eine vollständige Enttabuisierung zur Folge haben muss. Wie in Bezug auf Enttabuisierungsprozesse bereits skizziert, können solche Abläufe sich sehr lange hinziehen, von Widersprüchen gekennzeichnet sein und auch in “Wellenbewegungen” münden, in deren Verlauf Normen immer wieder Phasen der Stärkung und Schwächung erfahren.<sup>498</sup> Im Bild einer solchen Wellenbewegung würde mich insbesondere der Zeitpunkt des beginnenden Abfallens kurz nach dem Scheitelpunkt der Welle (der Internalisierung nämlich) interessieren. Da die von mir beschriebenen Fallbeispiele noch laufende Debatten zum Gegenstand haben, anhand derer sich der Prozess des erneuten Anstoßens einer Debatte sehr gut nachvollziehen lässt, kann ich über den tatsächlichen Ausgang der Fälle im Rahmen dieser Arbeit keine Aussage treffen. So wäre neben der Möglichkeit einer vollständigen Normerosion ebenfalls denkbar, dass die untersuchten Taus aus den Diskussionen gestärkt – da mit einer neuen oder neu bestätigten Begründung versehen – hervorgehen. Dieser Gedanke wäre wiederum an die *logic of contestedness* anschlussfähig, die davon ausgeht, dass eine Norm durch öffentliche Diskussion an Legitimität gewinnt.<sup>499</sup>

### 3.1.3 Unpräzises Internalisierungskonzept

Indem ich das Konzept internalisierter Normen übernehme, jedoch näher betrachte, wie es zur Internalisierung der von mir untersuchten Normen kam und wie es dazu kommen konnte, dass diese wieder hinterfragt werden, leiste ich auch einen Beitrag zur näheren Beschreibung der Internalisierungsphase, die, wie oben angeführt, in den Modellen zur Normdiffusion häufig unterspezifiziert bleibt.<sup>500</sup> Letztlich begreife ich

---

European Union. Pathology or Statistical Artefact?, in: Journal of European Public Policy 8:5, S. 803-824 oder

<sup>497</sup> Auf diesen Unterschied wiesen Kratochwil und Ruggie bereits Mitte der 1980er Jahre hin: “[N]orms are counterfactually valid. No single counterfactual occurrence refutes a norm. Not even many such occurrences necessarily do. (...) To be sure, the law (norm) is violated thereby. But whether or not violations also invalidate or refute a law (norm) will depend upon a host of other factors, not the least of which is how the community assesses the violation and responds to it.”

Kratochwil, Friedrich/Ruggie, John Gerald 1986: International Organization: a state of the art on an art of the state, in: International Organization 40: 4, S. 753-775, hier S. 767. Im Gegenteil kann ein Normbruch sogar zu deren Stärkung führen, wie es etwa bei den Chemiewaffen der Fall war: Nachdem Saddam Hussein in den 1980er Jahren im Krieg gegen den Iran Chemiewaffen eingesetzt hatte, ist im Januar 1989 von den USA die Pariser Chemiewaffen-Konferenz initiiert worden, mit dem Ziel, das geschwächte Tabu wieder zu stärken. Die hier vorgebrachte Forderung der arabischen Staaten, Chemiewaffen im Rahmen eines umfassenden Verbots von Massenvernichtungswaffen zu verbieten, sollte zwar in erster Linie Druck auf die nuklearen Mächte ausüben, hat jedoch letztendlich zu einer Stärkung des Chemiewaffen-Stigmas beigetragen. S. Price, Richard 1995: A Genealogy of the Chemical Weapons Taboo, in: International Organization 49:1, S. 73-103, hier S. 99ff.

<sup>498</sup> Vgl. S. 108 der Arbeit.

<sup>499</sup> Vgl. S. 82 der Arbeit.

<sup>500</sup> Vgl. S. 55 der Arbeit.

Norminternalisierung nicht als "einheitliches Endstadium" einer Normkarriere, sondern als *Prozess*, der auch von inneren Widersprüchen gekennzeichnet sein kann.

### 3.1.4 Vernachlässigung innerstaatlicher Prozesse und der Landeskultur

Neben diesen zentralen Ausgangspunkten meiner Arbeit sei auch darauf verwiesen, dass ich durch mein Forschungsdesign, das *innerstaatliche Aushandlungsprozesse* in den Blick nimmt, auch die Tendenz bisheriger sozialkonstruktivistischer Studien umgehe, v.a. Sozialisierungsprozesse von Staaten in den Blick zu nehmen und die innerstaatliche Anpassung und Veränderung Normen zu vernachlässigen.<sup>501</sup> Mein Fokus auf nationale Diskurse hängt wiederum mit der Feststellung zusammen, dass Normerosionen durch öffentliche Diskussion einsetzen: Da dieses öffentliche Hinterfragen vermutlich seltener in internationalen Foren, d.h. durch befugte Regierungsmitglieder oder –vertreterInnen seinen Ursprung hat, als im weniger verregelten nationalen Diskurs (auch) in der Öffentlichkeit, liegt eine Untersuchung eben solcher innerstaatlicher Diskurse nahe. Allerdings wäre es sicherlich auch interessant, zu untersuchen, wie sich solche nationalen Debatten über Ländergrenzen hinweg fortsetzen und zu einer internationalen Normerosion führen können.<sup>502</sup> Mit meiner Fokussierung handle ich auch in Übereinstimmung den Forderungen Kratochwils, der sich gegen die Vernachlässigung innenpolitischer Akteure wendet, da er davon ausgeht, dass die...

"[r]eproduction of the practices of international actors (i.e., states) depends on the reproduction of practices of domestic actors (i.e., individuals and groups). Therefore, fundamental changes in international politics occur when beliefs and identities of domestic actors are altered thereby also altering the rules and norms that are constitutive of their political practices."<sup>503</sup>

Zudem wird durch diese Fokussierung die Frage, ob Staaten als einheitliche Akteure behandelt werden können, weniger zentral. Bedeutsamer wird dagegen für mich die Beachtung der politischen Kultur, die innerhalb des von mir untersuchten Landes vorherrscht – denn die Identität dieses Landes und seiner Mitglieder wird, wie oben gesehen, durch die von mir untersuchten internalisierten Normen mitbestimmt und bewahrt.<sup>504</sup> Entsprechend dem oben skizzierten Tabukonzept müsste demnach mit der einsetzenden Erosion zentraler Normen ein Identitätswandel des nämlichen Staates einhergehen.<sup>505</sup> Mit diesem Gedanken gebe ich auch denjenigen KritikerInnen der Modelle zur Normdiffusion recht, die darauf pochen, dass die politische Kultur und Identität eines "Normempfängerlandes" einen entscheidenden Anteil daran hat, wie Normen aufgefasst und während des Diffusionsprozesses angepasst werden.

---

<sup>501</sup> Vgl. S. 52 der Arbeit.

<sup>502</sup> Allerdings wird in den von mir untersuchten, innerstaatlichen Diskursen auf die Möglichkeit, bzw. Gefahr einer solchen Ausweitung verwiesen, so dass es sicherlich interessant wäre, zu untersuchen, inwiefern solche internationalen Erosionsprozesse tatsächlich einsetzen und sich ausweiten können.

<sup>503</sup> Koslowski, Rey/Kratochwil, Friedrich V. 1994: Understanding Change in International Politics. The Soviet Empire's Demise and the International System, in: International Organization 48:2, S. 215-247, hier S. 216. Vgl. hierzu auch Zehfuß, Maja 2002: Constructivism in International Relations. The Politics of Reality, Cambridge, S. 94f.

<sup>504</sup> Dieses Thema wird insbesondere auf S. 31 aufgegriffen, klingt aber auch in den Kapiteln zur Durchsetzung und Erosion der untersuchten Normen immer wieder an.

<sup>505</sup> Vgl. S. 100 der Arbeit.

### 3.1.5 Empirische Lücke und Verortung der Forschungsfrage

Neben diesen fünf *theoretischen Elementen* meiner Fragestellung, die sich um die *theoretische Forschungslücke* der Möglichkeit einer Normerosion gruppieren, gibt es auch einen empirischen Ausgangspunkt meiner Fragestellung: Die Möglichkeit einer Normerosion muss es nämlich nicht nur theoretisch geben, weil andernfalls die von KonstruktivistInnen zu Grunde gelegte, permanente Wechselwirkung von *agency* und Strukturen nicht mehr gegeben wäre – sondern es lassen sich auch *empirisch* Fälle von Normerosion feststellen, die in der Normtheorie bisher nicht aufgegriffen worden sind. Aus der Untersuchung solcher empirischer Fälle von Normerosionen, wie sie in meiner Arbeit in Abschnitt 6 vorgestellt werden, können auch Schlüsse auf einer *policy*-Ebene über den Erosionsprozess zweier bestimmter Normen gezogen werden.

Damit lässt sich meine Fragestellung auf drei Ebenen verorten: Auf einer metatheoretischen Ebene gehe ich, angelehnt an das einleitende Kapitel zum ASP, der Frage nach, wie es einem Akteur möglich sein kann, seinen durch Strukturen begrenzten Handlungsspielraum wieder auszuweiten bzw. wie es ihm möglich ist, eine solche Handlungsoption überhaupt wahrzunehmen. Auf der theoretischen Ebene steht die Frage im Zentrum, wie internalisierte Normen und Tabus durch das Wiederaufkeimen einer Diskussion geschwächt werden können und wie der einsetzende Prozess dieser diskursiven Normschwächung verläuft. Dabei knüpfe ich an die Debatten der Normtheorie an, wobei ich auf die hilfreichen, jedoch gegensätzlichen Konzepte der *logic of contestedness* und des Tabus verstärkt eingehe. Auf einer *policy*-Ebene erfahren wir etwas über die Infragestellung des nuklearen Tabus und des Folterverbots in den und durch die Vereinigten Staaten Amerika. Dass hierbei der mittleren, theoretischen Ebene, die wichtigste Rolle zukommt, sollte vor dem Hintergrund der theoretischen Einführung deutlich geworden sein. Die Normtheorie wird deshalb auch wesentlicher Ansatzpunkt meiner Interpretation und Schlussfolgerungen sein. Die (auch) *policy*-relevante Komponente meiner Arbeit, die Fallstudien nämlich, muss jedoch ebenfalls einen breiten Raum einnehmen – umfasst sie doch nicht nur die Darstellung und erste Interpretation meiner Primärquellen, sondern auch die Einführung in die von mir untersuchten Tabus und ihrer Entstehungsgeschichte sowie die Skizzierung der innenpolitischen Situation in den USA als Umfeld der analysierten Normerosion.

Wie ich die hierzu analysierten Tabus und Erosionsprozesse ausgewählt und welche Konzepte mich bei der Fallstudienarbeit geleitet haben, ist Gegenstand des nächsten Unterkapitels.

### 3.2 Forschungsdesign: back to the (constructivist) roots<sup>506</sup>

*“Let us be understood that we are not advocating a coup whereby the reign of positivist explanations is replaced by explanatory anarchy. But we would insist that, just as epistemology has to match ontology,*

---

<sup>506</sup> Das hier vorgestellte Forschungsdesign basiert in weiten Teilen auf dem bereits in meiner Magisterarbeit erprobten, so dass die Anschlussfähigkeit der neu erhobenen Daten an die bereits vorliegenden Quellenauswertungen gewährleistet ist. Das Forschungsdesign haben Elvira Rosert und ich im Austausch entwickelt, wobei dessen Beschreibung in der Magisterarbeit von mir stammte.

*so too does the explanatory model have to be compatible with the basic structure of the particular scientific enterprise at hand.”<sup>507</sup>*

In möchte in meiner Analyse versuchen, die oben dargelegten Schwächen der sozialkonstruktivistischen Normforschung auch methodisch zu umgehen. Fünf Hauptaspekte der Überlegungen, die mich schließlich zu meiner Herangehensweise geführt haben, sollen im Folgenden umrissen werden: Erstens setze ich dem Ziel des Gewinnens von Modellen aus *large-n* Studien einen offenen, explorativen Zugriff auf Tiefenfallstudien (zweitens) entgegen – womit ich mich, drittens, für die Untersuchung konstitutiver statt kausaler Zusammenhänge entscheide. Dies erlaubt mir, viertens, Akteure stärker in den Blick zu nehmen, indem ich, fünftens, primär ihre Argumentationsweisen untersuchen werde.

Gerade vor dem Hintergrund anhaltender Streitigkeiten um sozialwissenschaftliche Methoden sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass es mir in diesem Kapitel nicht darum geht, eine “Mustermethode” für die Untersuchung von Norm(erosion)en vorzuschlagen oder gar als einzig richtige hinzustellen. Meine Herangehensweise ist vielmehr ein kreativer Versuch, eine neue Fragestellung mit der Methode zu bearbeiten, die mir zur Beantwortung meiner Fragestellung am vielversprechendsten erscheint – ohne, dass ich behaupten wollte, hiermit die beste aller Möglichkeiten gefunden zu haben.

Nach einem einführenden Überblick, in dem ich die Auswahl meiner Methode erläutern werde (3.2.1 und 3.2.2), gehen ich in einem zweiten Schritt auf die Gegenstände meiner Analyse ein und beschreiben, wie ich mich ihnen konkret genähert habe (3.2.3).

### 3.2.1 No more models: der Fall als Gesamtkunstwerk

#### *Zwei Logiken, zwei Fragestellungen: kausal oder konstitutiv?*

Wie bei der Vorstellung der Modelle der Normdiffusion bereits exemplarisch angesprochen worden ist, geht es bei vielen sozialkonstruktivistischen Analysen zu eindeutig sozial konstruierten Phänomenen wie Normen und Identitäten darum, Modelle sozialer Praxen zu entwickeln, die – im Sinne einer positivistischen Wissenschaftslogik – sowohl generalisierbar als auch falsifizierbar sind. Ebenfalls bereits angedeutet worden ist, dass an diesem sehr rationalistisch anmutenden Anspruch vieler SozialkonstruktivistInnen inzwischen vermehrt Kritik laut wird.<sup>508</sup>

Bereits Hollis/Smith hatten darauf verwiesen, dass es immer zwei Fragen zu stellen gäbe, nämlich eine von außen erklärende und eine von innen verstehende.<sup>509</sup> Dabei ist die erste Art der Fragestellung meist auf die Form “Welche Ursachen hat Y?” reduzierbar und kann z.B. durch generalisierende Modelle zu beantworten versucht werden. Dass in einem Modell, anders als bei einem Gesetz, meist mehrere Ursache-Wirkungs-Phasen in Kausalketten hintereinander geschaltet werden, ändert nichts an der Tatsache, dass den einzelnen Beziehungen ein überzeitlicher Gültigkeitsanspruch innewohnt, der durch immer weitere Reduktion fallspezifischer Besonderheiten gewonnen wird, bis nur noch einige grundlegende Gesetzmäßigkeiten übrig bleiben, welche wiederum an möglichst vielen

<sup>507</sup> Kratochwil, Friedrich/Ruggie, John Gerald 1986: International Organization: A State of the Art on an Art of the State, in: International Organization 40:4, S. 753-775, hier S. 768.

<sup>508</sup> Vgl. S. 49 der Arbeit.

<sup>509</sup> Vgl. S. 73 der Arbeit.

Fällen (*lange-n*) überprüft werden sollten.<sup>510</sup> Das genaue Gegenteil solcher auf Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge ausgerichteter Fragen sind solche nach den *Bedingungen der Möglichkeit* bestimmter Phänomene, wie auch ich sie in meiner Analyse stelle. Hier wird eine viel breitere Perspektive auf bestimmte Fälle eingenommen, die zum Ersten gerade nicht auf Generalisierbarkeit ausgerichtet ist, weil die gewählten Fälle nicht ohne weiteres auf wenige, voneinander isolierbare Faktoren reduzierbar erscheinen. Zum Zweiten erscheinen die gewählten Fälle an sich bereits als so einzigartig und überraschend, dass das Aufzeigen der sich wechselseitig beeinflussenden Faktoren, die das Eintreten eines speziellen Falles als eine Alternative unter *vielen* ermöglicht haben, zum Selbstzweck wird. Die vormaligen fallspezifischen Besonderheiten, die auch Aufschluss über (frühere) mögliche Handlungsalternativen und unterschiedliche Sichtweisen beteiligter Akteure geben können, rücken also ins Zentrum der Untersuchung.<sup>511</sup> Zusammengefasst lautet die Kernaussage solcher Untersuchungen also nicht “dieser Zusammenhang besteht immer”, sondern “es hätte auch ganz anders sein können”.

Bereits zu Beginn der konstruktivistischen Wende hatten Kratochwil/Ruggie darauf gepocht, dass für konstruktivistische Forschungsdesigns *immer* die zweite Art der Fragestellung zu wählen sei:<sup>512</sup> So scheint es absurd, auf immer weitere Bestätigung oder Widerlegung ausgerichtete Modelle sozialer Praxen entwickeln zu wollen, welche durch die permanente wechselseitige Bedingtheit von *agency* und Strukturen *per definitionem* einem ständigen Wandel unterworfen sind. Wenn Anarchie das ist, was Staaten daraus machen,<sup>513</sup> erscheint es nur bedingt sinnvoll, einer Theorierichtung, die gerade auf diese Interaktionsprozesse fokussiert, ein überzeitlich gültiges Anarchiemodell abzuverlangen. Genau in dieser Hinsicht müssten sich konstruktivistische Ansätze von positivistisch ausgerichteten IB-Theorien unterscheiden, wie Onuf betont:

“Constructivism is not a theory of change because it explains change indiscriminately. By definition, everything social changes – everything social. Constructivism does offer a general description of the sites of change. Every rule is an occasion of choice, every choice an incidence of change.”<sup>514</sup>

Daran anschließend unterstreicht Onuf, dass dies auch für Normen gelte, die stabil reproduziert werden:

“Every time agents choose to follow a rule, they change it – they strengthen it by making it more likely that they and others will follow the rule in the future. Every time agents choose not to follow a rule, they change the rule by weakening it, and in doing so they may well contribute to the construction of some new rule.”<sup>515</sup>

<sup>510</sup> Vgl. insbesondere für den Grundsatz der Generalisierbarkeit Kurki, Milja 2006: Causes of a Divided Discipline: Rethinking the Concept of Cause in International Relations theory, in: Review of International Studies 32:2, S. 189-216, hier S. 193f.

<sup>511</sup> Letzteres sollte Krumm der Kerngedanke *jeder* qualitativen Untersuchung sein: “Durch die Interpretation einer Handlung oder Situationsdeutung kann man auf spezifische Sichtweisen und Deutungsmuster bei den Akteuren schließen.“ Krumm, Thomas 2009: Grundgedanken und Grundelemente qualitativer Forschung, in: Westle, Bettina (Hrsg.): Methoden der Politikwissenschaft, Baden-Baden, S. 96-108, hier S. 97.

<sup>512</sup> Vgl. Kratochwil, Friederich/Ruggie, John Gerald 1986: International Organization: A State of the Art on an Art of the State, in: International Organization 40:4, S. 753-775.

<sup>513</sup> Vgl. Wendt, Alexander 1992: Anarchy is what states make of it. The social construction of power politics, in: International Organization 46:2, S. 391-425.

<sup>514</sup> Onuf, Nicolas G. 1994: The Construction of International Society, in: European Journal of International Law 5:1, S. 1-19, hier S. 18f.

<sup>515</sup> Onuf, Nicolas G. 1994: The Construction of International Society, in: European Journal of International Law 5:1, S. 1-19, hier S. 18f.

Ebenfalls speziell im Hinblick auf die Existenz und Wirkung von Normen weisen Kratochwil/Ruggie darauf hin, dass auch das positivistische Kernkriterium der Falsifizierbarkeit ins Leere laufe, weil weder die Verletzung einer Norm noch deren nicht-Verschriftlichung als Beweis gegen ihre Existenz angeführt werden könnten.

Ebenso wenig sinnvoll wie die Entwicklung generalisierbarer und falsifizierbarer Modelle sozialer Praxen erscheint auch der Versuch, (stabil reproduziert werdende) Normen eine variabelgleiche Wirkung zuzuschreiben, also anzunehmen, Normen könnten das Verhalten von Akteuren stabil determinieren. Auf den Rat, dies zu unterlassen, sind wir bereits in der Kritik an den Modellen zur Normdiffusion sowie bei der Diskussion des ASP gestoßen, bei der darauf hingewiesen wurde, dass Strukturen nicht so verstanden werden sollten, als würden sie Akteurshandeln vollständig determinieren, d.h. dem Akteur keine Wahlfreiheit mehr lassen. Nach einem auf Wechselseitig bedachten Akteur-Struktur-Verständnis sollten Normen als Strukturen verstanden werden, die Möglichkeitsräume aufspannen und beschränken, jedoch nicht als *Ursachen* für Akteurshandeln dargestellt werden, so wie es Kratochwil/Ruggie anhand eines Beispiels verdeutlichen:

“...unlike the initial conditions in positivist explanations, norms can be thought of only with great difficulty as ‘causing’ occurrences. Norms may ‘guide’ behaviour, they may ‘inspire’ behaviour, they may ‘rationalize’ or ‘justify’ behaviour, they may express ‘mutual expectation’ about behaviour, or they may be ignored. But they do not effect cause in the sense that a bullet through the heart causes death or an uncontrolled surge in the money supply causes price inflation.”<sup>516</sup>

Damit verneinen Kratochwil/Ruggie klar die Frage, ob die Wirkung von Normen als *kausal* beschrieben werden kann – ohne hier allerdings das Alternativmodell explizit zu benennen. Als Gegenmodell zur Kausallogik wird in konstruktivistischen Analysen meist die Konstitutionslogik genannt, wobei dieser Begriff selten und wenn doch, dann nicht unter den AutorInnen einheitlich definiert wird.<sup>517</sup> Häufig rekurriert wird jedoch auf Wendts Beschreibung einer *engen Konstitutionslogik*, in der er gleichzeitig erklärt, warum das Postulieren von Kausalbeziehungen bei wechselseitig bedingten, sozialen Phänomenen keinen Sinn macht und die etwas an Giddens *conflation*-These erinnert.<sup>518</sup> Eine typische Kausalbeziehung zwischen einer unabhängigen Variable X und einer abhängigen Variable Y liegen immer drei Annahmen zu Grunde: X und Y existieren unabhängig voneinander, X

<sup>516</sup> Kratochwil, Friedrich/Ruggie, John Gerald 1986: International Organization. A State of the Art on an Art of the State, in: International Organization 40:4, S. 753-775, hier S. 767. Vgl. ähnlich Klotz: “*International norms, for a constructivist, do not, strictly speaking, determine behaviour since they constitute identities and interests and define a range of legitimate policy options*” oder auch Finnemore: “...*the connection assumed here between norms and action is one in which norms create permissive conditions for action but do not determine action*”. S. Klotz, Audie 1995: Norms Reconstituting Interests: Global Racial Equality and U.S. Sanctions Against South Africa, in: International Organization 49:3, S. 451-478, hier S. 461 bzw. Finnemore, Martha 1996: Constructing Norms of Humanitarian Intervention, in: Katzenstein, Peter (Hrsg.): The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics, New York, S. 153-185, hier S. 158. Allerdings machen Kratochwil/Ruggie es sich mit dem Gegenbeispiel eines tödlichen Schusses leicht. Genau zu bestimmen, bei welchen Zusammenhängen noch von Kausalität gesprochen werden kann und bei welchen nicht, dürfte äußerst schwer sein. Schließlich könnten im ersten Gegenbeispiel auch die Kategorien “*individueller Körper*“ und “*Tod*“ als soziale Konstrukte hinterfragt werden, während viele Ökonomen heute die gradlinige Kausalität des zweiten Beispiels nicht mehr unterschreiben würden.

<sup>517</sup> Vgl. Tannenwald, Nina 2005: Ideas and Explanation: Advancing the Theoretical Agenda, in: Journal of Cold War Studies 7: 2, 13-42, hier S. 35.

<sup>518</sup> Vgl. Wendt, Alexander 1998: On Constitution and Causation in International Relations, in: Review of International Studies 24:5, S. 101-117, hier S. 105f.

geht Y zeitlich voraus und Y wäre ohne X nicht aufgetreten. Untersucht man nun eine wechselseitige Bedingtheit, z.B. im Sinne einer *conflation* von Strukturen und *agency*, dann verlieren in jedem Fall die ersten beiden Aussagen ihre Bedeutung, in den meisten Fällen auch die dritte, wie Wendt am Beispiel des Kalten Krieges (anstelle der sonst häufig angeführten Herr/Knecht-Beziehung) aufzeigt:

“The relation between the factors constituting the social kind ‘Cold War’ and a Cold War is one of identity, in the sense that those factors define what a Cold War is, not one of causal determination. (...) The factors constituting a Cold War do not exist apart from a Cold War, nor do they precede it in time; when they come into being with them, by definition and at the same time.”<sup>519</sup>

Ersetzt man hier den Begriff “Kalter Krieg” durch das Wort “Normerosion”, so wird deutlich, dass es sich um vergleichbare logische Konstellationen handelt: Beschrieben wird hier eine *logische Abhängigkeit*, ein “Zusammenfallen”, das sich weder zeitlich sequenzieren noch in Ursache und Wirkung unterscheiden ließe.<sup>520</sup> Ähnlich verhält es sich generell mit der konstitutiven Wirkung von Normen. So stellt Tannenwald fest, dass...

“[c]onstitutive effects are the effects of ideational structures that define actors or entities and their properties rather than simply provide guidelines for actor behavior.”<sup>521</sup>

Dieser enge Begriff von Konstitutionslogik dürfte mittlerweile unumstritten gelten. Wie aber ist z.B. die regulative Wirkung von Normen einzuschätzen? Einerseits scheint auch sie sich einer kausalanalytischen Betrachtung zu entziehen, weil sie, wie oben gesehen, Handlungsräume “nur” beschränken oder erweitern, Akteurshandeln jedoch nicht determinieren kann. Dennoch ließe sich hier zwar nicht ein strenger Ursache-Wirkungszusammenhang feststellen, der sich mit einer Variablenlogik beschreiben ließe, wohl aber behaupten, dass zwischen Norm und Akteurshandeln doch *Zusammenhang* zwischen zwei analytisch unterscheidbaren Phänomenen besteht (Stichwort: Dualität von Akteuren und Strukturen). Solche Zusammenhänge fallen zwar – meiner Ansicht nach – noch unter eine *erweiterte* Konstitutionslogik, jedoch nicht mehr unter deren oben skizzierten, engen Begriff. Der Vorwurf, dass eine “postmoderne” oder wie auch immer zu bezeichnende, erweiterte Konstitutionslogik nicht den Anspruch haben dürfe oder könne, Zusammenhänge festzustellen, läuft also nach meinem Verständnis ins Leere: Selbstverständlich können DiskursanalytikerInnen einen Zusammenhang zwischen bestimmten Diskursstrukturen und der Stabilisierung von Herrschaft feststellen oder ForscherInnen im Feld der *Securitization* Zusammenhänge zwischen bestimmten Narrativen der Versicherheitlichung und verteidigungspolitischen Verhalten. Ähnlich werde auch ich u.a. einen Zusammenhang zwischen dem (Sprech-)Handeln bestimmter Akteursgruppen und der enormen Geschwindigkeit der Erosion des Folterverbots beschreiben.<sup>522</sup> In Teilen mögen diese festgestellten Zusammenhänge sogar generalisierbar sein. Nach meinem Verständnis unterscheiden sich auch solche Untersuchungen dennoch in drei zentralen

<sup>519</sup> Wendt, Alexander E. 1998: On Constitution and Causation in International Relations, in: Review of International Studies 24:5, S. 101-117, hier S. 105.

<sup>520</sup> Vgl. hierzu auch Herborth, Benjamin 2004: Die via media als konstitutionslogische Einbahnstraße. Zur Entwicklung des Akteur-Struktur-Problems bei Alexander Wendt, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 11:1, S. 61-88, hier S. 63.

<sup>521</sup> Tannenwald, Nina 2005: Ideas and Explanation: Advancing the Theoretical Agenda, in: Journal of Cold War Studies 7: 2, 13-42, hier S. 33.

<sup>522</sup> Vgl. S. 529 der Arbeit.

Punkten von kausalanalytischen Projekten: Erstens sind, wie gesehen, die beschriebenen Zusammenhänge nicht deterministisch zu verstehen (“wenn X, dann Y”), zweitens sind sie nicht notwendigerweise immer und überall gültig (“immer wenn X, dann Y”) und drittens liegt das Ziel der Untersuchung eben nicht darin, einen möglichst einfachen bzw. vereinfachbaren Zusammenhang zwischen X und Y festzustellen, sondern im Herausstellen einer Vielzahl von Faktoren, die zu einem Ereignis geführt haben, sich dabei noch wechselseitig beeinflusst haben und wahrscheinlich noch durch historische Zufälle “bereichert” worden sind (also: “Y war möglich durch A-X, deren Wechselwirkung + Zufall”).

Ich poche deshalb so darauf, dass dieses Konzept von enger und erweiterter Konstitutionslogik meinem eigenen Verständnis entspricht, weil eben diese Zuschreibungen alles andere als klar und unumstritten sind. Denn zum einen wird unter Konstitutionslogik teilweise nur deren enger Begriff verstanden und zum anderen gibt es seit kurzem einige Plädoyers für einen erweiterten Kausalitätsbegriff, der dem oben skizzierten Verständnis erweiterter Konstitutionslogik sehr nahe kommt.<sup>523</sup> Insbesondere Tannenwald und Kurki verweisen darauf, dass der heute in den IB verwendete Kausalitätsbegriff eine extreme Engführung sei, die sich am rein positivistischen Wissenschaftsideal Humes mit den bekannten Stichworten Generalisierbarkeit, Falsifizierbarkeit, Reproduzierbarkeit usw. orientiere. Dieser *enge* Kausalitätsbegriff sei aber keinesfalls der einzig mögliche (und so hätten dies Humes Vorgänger seit Aristoteles auch gesehen) und überdies derjenige, der den komplexen Untersuchungsgegenständen der Gesellschaftswissenschaften am wenigsten entspreche.<sup>524</sup>

Diesem Verständnis folgend gibt es wohl eine große “Grauzone” zwischen erweiterter Kausal- und Konstitutionslogik, in die sich heute schon eine Vielzahl von Untersuchungen in den IB einordnen ließe. Wo genau man sich im Mittelfeld zwischen den beiden Polen einer engen Kausallogik und eines engen Konstitutionsbegriffs positioniert, bleibt bisher v.a. der eigenen Intuition überlassen, da es keine (näherungsweise) Abgrenzung gibt, wo in den IB Kausallogik endet und Konstitutionslogik beginnt. Solche Klärungsbemühungen würden nämlich eine – vermutlich sehr fruchtbare – Debatte über die Reichweite der beiden “Kerndesigns” erfordern, die jedoch leider nicht geführt wird, da die meisten VertreterInnen beider Seiten bestenfalls ein mehr oder weniger verächtliches Schweigen gegenüber ihren Counterparts vorziehen bzw. diesen schlimmstenfalls mit mehr oder weniger gerechtfertigten Vorwürfen und Unterstellungen begegnet.

Ich orientiere mich in meiner Untersuchung jedenfalls an den Vorstellungen Wendts, der Theorien, die Handlungsräume anstelle deterministischer Zusammenhänge aufzeigen, als konstitutiv einstuft: “*Ideally such a theory would define exhaustively the possible ways of acting of*

<sup>523</sup> So schreibt Tannenwald über ihren weiten Kausalitätsbegriff: “By ‘cause’ I mean something that brings about a particular event, and not, as in the Humean sense, just something that regularly precedes events of its type.” Tannenwald, Nina 2005: Ideas and Explanation: Advancing the Theoretical Agenda, in: Journal of Cold War Studies 7: 2, 13-42, hier S. 29. Kurzi sich für einen ähnlich weiten Kausalitätsbegriff stark, vgl. Kurki, Milja 2006: Causes of a Divided Discipline: Rethinking the Concept of Cause in International Relations theory, in: Review of International Studies 32:2, S. 189-216, hier S. 198f bzw. S. 202.

<sup>524</sup> Vgl. Kurki, Milja 2006: Causes of a Divided Discipline: Rethinking the Concept of Cause in International Relations theory, in: Review of International Studies 32:2, S. 189-216, hier S. 198f bzw. S. 206ff.



*state agents, rather than generate determinate predictions about particular state behaviour.*<sup>525</sup> Dies sollte nicht nur beim Anstellen von Vermutungen über die Zukunft gelingen, d.h. nach den Möglichkeiten zukünftigen staatlichen Handelns und dessen Einschränkungen fragen, wie Wendt es hier anspricht, sondern auch bezüglich bereits vollzogenen Handelns möglich sein. Wie Herborth herausstellt soll “[d]er so gewendete Strukturbegriff (...) also nicht länger erklären, warum etwas passiert, er soll einen Möglichkeitsraum aufspannen, der jedem staatlichen Handeln konstitutionslogisch vorausgeht.”<sup>526</sup> In meinem Fall werde ich die letztgenannte Möglichkeit verfolgen, also ausgehend von einem Ereignis rückblickend fragen, wie es zu ihm kommen konnte. Damit liege ich sehr nah an dem von Wendt skizzierten und im Kapitel zum ASP vorgestellten *möglichen* Forschungsdesigns, das eine “Mittelposition” in der ASP-Debatte aufzeigt.<sup>527</sup>

Leider ist in beiden oben angeführten Möglichkeiten insofern das Verschwinden von *agency* zumindest insofern angelegt, als sie nicht berücksichtigen, dass es Akteuren auch möglich sein muss, nicht nur innerhalb eines Möglichkeitsrahmens zu handeln, sondern diesen auch im Sinne einer Verengung oder Ausweitung zu verändern, oder präziser, die Möglichkeit einer Ausweitung des eigenen Handlungsspielraums überhaupt wahrzunehmen.

### *Der tiefere Sinn von Fallstudien und das Problem der Vorannahmen*

Eine empirische Untersuchung der Prozesse wechselseitiger Konstituierung wie ich sie anstrebe, ist am ehesten im Rahmen von Tiefenfallstudien möglich.<sup>528</sup> Diese sind im Sinne einer sog. *thick description* um die Berücksichtigung möglichst vieler Faktoren, die zu einer bestimmten Handlung geführt haben und dabei alternative Handlungen aus dem Blickfeld haben rücken lassen, bemüht:

“Ziel einer qualitativen Einzelfallstudie ist das *ideographische Verstehen*, das Verstehen der Besonderheiten des einzelnen Falls. Im Unterschied zum deduktiv-nomologischen Vorgehen der quantitativen Forschung gehen qualitative Einzelfallstudien häufig induktiv-ideographisch oder abduktiv vor und bilden über Einzelfallanalysen und Fallvergleiche z.B. Typologien und Theorien mit raum-zeitlich begrenzten Aussagen mittlerer oder geringer Reichweite. (...) Qualitative Einzelfallstudien befassen sich bevorzugt mit *Fragestellungen* und Gegenständen, deren Vorkommen tendenziell singular ist, mit Phänomenen ohne zunächst erkennbare Regelmäßigkeit.”<sup>529</sup>

Diese Ausrichtung kommt natürlich auch dann noch zum Tragen, wenn mehrere solcher Einzelfallstudien durchgeführt und anschließend verglichen, also *Fallvergleiche* angestrebt werden, so wie ich es tue.<sup>530</sup> Da die Gewinnung von Modellen und damit die Generalisierbarkeit der Fallstudien kein wichtiges Kriterium darstellt, verläuft allerdings die

<sup>525</sup> Wendt, Alexander E. 1987: The Agent-Structure-Problem in International Relations, in: International Organization 41:3, S. 335-370, hier S. 365.

<sup>526</sup> Herborth, Benjamin 2004: Die via media als konstitutionslogische Einbahnstraße. Zur Entwicklung des Akteur-Struktur-Problems bei Alexander Wendt, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 11:1, S. 61-88, hier S. 65. Ein ähnliches, von Wendt vorgeschlagenes Forschungsdesign, war schon auf S. 122 der Arbeit skizziert worden.

<sup>527</sup> Vgl. S. 72 der Arbeit.

<sup>528</sup> Vgl. hierzu Krumm, Thomas 2009: Grundgedanken und Grundelemente qualitativer Forschung, in: Westle, Bettina (Hrsg.): Methoden der Politikwissenschaft, Baden-Baden, S. 96-108, hier S. 99ff.

<sup>529</sup> Krumm, Thomas 2009: Grundgedanken und Grundelemente qualitativer Forschung, in: Westle, Bettina (Hrsg.): Methoden der Politikwissenschaft, Baden-Baden, S. 96-108, hier S. 99, Herv. i. Org.

<sup>530</sup> Vgl. Krumm, Thomas 2009: Grundgedanken und Grundelemente qualitativer Forschung, in: Westle, Bettina (Hrsg.): Methoden der Politikwissenschaft, Baden-Baden, S. 96-108, hier S. 100.

Fallauswahl anders, als bei den meisten Fallstudien üblich: Hier ist es nicht wichtig, auf die Wahl möglichst kontrastierender oder möglichst ähnlicher Fälle zu achten, aus denen sich dann weitergehende Schlüsse ziehen ließen. Ebenso wenig müssen die Fallstudien den Kriterien von *hard cases* beim Testen einer Theorie (oder abgeleiteter Hypothesen) genügen. Dass ihr Ausgang ganz offensichtlich in eine bestimmte Richtung weist, kann vielmehr zum Kriterium der Fallauswahl gemacht werden. So ist in meiner Untersuchung bereits von Beginn an klar, dass es sich bei den analysierten Fällen um besonders offensichtliche Prozesse der Normerosion handelt – denn die Frage, die ich stelle, ist eine nach den Bedingungen der Möglichkeit einer Normerosion und eben nicht, *ob* oder *warum* es zu Normerosionen kommt, was in die Richtung einer positivistisch-orientierten Untersuchung weisen würde.

In politikwissenschaftlichen Methodenbüchern wird durchaus darauf hingewiesen, dass Fallstudien neben dem Testen von Hypothesen auch der Theorieentwicklung dienen können, dies ist jedoch meist im Sinne der oben beschriebenen Modellbildung gemeint.<sup>531</sup> Solchen Untersuchungen liegen bereits bestimmte Hypothesen zu Grunde, die im Feld abgetestet werden, evtl. verworfen oder angepasst und schließlich zu einem Modell zusammengefügt werden sollen.<sup>532</sup> Da ich meine Fallstudien nicht als Mittel zu einem anderen Zweck (im Sinne der Modellbildung) ansehe, sondern primär an den Besonderheiten der Fälle selbst interessiert bin, habe ich mich für einen *explorativen* Zugriff entschieden. Dies steht auch im Einklang mit der Forderung, explorative Designs primär für Untersuchungsgegenstände bzw. –fragen zu wählen, über die noch sehr wenig bekannt ist.<sup>533</sup> Trotz dieser klar qualitativen Methoden zuzuordnenden Vorgehensweise ist es auch anhand solcher Fallstudien möglich, bestehende Theorien (in Teilen) zu falsifizieren, so wie ich es mit meiner Untersuchung vorhabe (wobei am für quantitative Analysen typischen Kriterium der Falsifizierbarkeit deutlich wird, dass die Grenzen zwischen beiden methodischen “Schulen” fließend sind).<sup>534</sup> Als Ausgangspunkt der Untersuchung dient mir dabei eine theoretische Lücke, welche in der Empirie ihre Entsprechung findet und von der aus ich einen explorativen “Sprung ins kalte Wasser” wage, ohne mir den Blick auf die Eigenheiten meiner Fälle durch vorgefertigte Annahmen verstellen zu wollen. So erscheint es mir vielversprechender, mir erst einmal möglichst unvoreingenommen anzusehen, welche Prozesse und Entwicklungen sich im Feld finden lassen, als mit einem bestimmten Modell der Normerosion ins Feld zu gehen – z.B. um zu prüfen, ob dieser Prozess im Sinne eines *Norm Life Cycle* rückwärts als stufenhaft beschrieben werden kann.<sup>535</sup> Dabei ist natürlich nicht ausgeschlossen, dass meine Fälle in die Richtung eines solchen

---

<sup>531</sup> Vgl. z.B. Van Evera, Stephen 1997: *Guide to Methods for Students of Political Science*, Ithaca, S. 64f. Ein seltenes, sehr aufschlussreiches Gegenbeispiel stellt der bereits zitierte Text von Krumm dar: Vgl. Krumm, Thomas 2009: *Grundgedanken und Grundelemente qualitativer Forschung*, in: Westle, Bettina (Hrsg.): *Methoden der Politikwissenschaft*, Baden-Baden, S. 96-108.

<sup>532</sup> S. Von Alemann, Ulrich/Tönnemann, Wolfgang 1995: *Grundriß Methoden in der Politikwissenschaft*, in: Von Alemann, Ulrich (Hrsg.): *Politikwissenschaftliche Methoden. Grundriß für Studium und Forschung*, Opladen, S. 17-138, hier S. 60.

<sup>533</sup> Vgl. Westle, Bettina 2009: *Methodologie und Methoden der empirischen Politikwissenschaft*, in: Westle, Bettina (Hrsg.): *Methoden der Politikwissenschaft*, Baden-Baden, S. 31-48, hier S. 34.

<sup>534</sup> Vgl. Krumm, Thomas 2009: *Grundgedanken und Grundelemente qualitativer Forschung*, in: Westle, Bettina (Hrsg.): *Methoden der Politikwissenschaft*, Baden-Baden, S. 96-108, hier S. 99.

<sup>535</sup> Einen solchen Ansatz verfolgt Ryder McKneown, auf den bereits im Kapitel zur Normdebatte verwiesen wurde. McKneown, Ryder 2009: *Norm Regress: US Revisionism and the Slow Death of the Torture Norm*, in: *International Relations* 23:5, S. 5-25, hier S. 6.

Rückwärtsprozesses weisen (obwohl ich dies für sehr unwahrscheinlich halte), doch wäre dies dann das Ergebnis einer Untersuchung, die zunächst das Feld “sprechen” lässt.

Wie an der Anmerkung darüber, dass ich ein bestimmtes Ergebnis für unwahrscheinlich halte, bereits absehbar ist, kann auch ich natürlich nicht gänzlich ohne Vorannahmen ins Feld gehen. Zwar möchte ich mit meiner Untersuchung keine Hypothesen abtesten, doch gehe auch ich von Vorannahmen, nämlich insbesondere von der Existenz von Normerosionsprozessen und einer großen Bedeutung von *agency* bei deren Auslösung aus, die mir bereits einen bestimmten theoretischen Blickwinkel vorgeben sowie einen theoretischen Hintergrund für die spätere Interpretation der Ergebnisse meiner Fallstudien darstellen. Darüber hinaus unterliege auch ich als Angehörige als einer sich als “zivilisiert” empfindenden Nation den Auswirkungen der beiden beschriebenen Tabus, was sich insbesondere in den einleitenden Kapiteln über die Entstehung und Wirkung derselben niedergeschlagen hat.

Deshalb werde ich versuchen, meine Vorgehensweise bei der Auswahl, Auswertung und Interpretation meiner Quellen soweit wie möglich offenzulegen. Um methodisch kontrolliert zu nachvollziehbaren Ergebnissen zu kommen, habe ich ein an meinem Forschungsinteresse ausgerichtetes Vorgehen entwickelt, welches ich im Wechselspiel mit der Analyse relevanter Quellen zugespitzt habe. Zuvor habe auch ich, wie üblich, gewisse Einschränkungen des Untersuchungsfeldes vornehmen müssen – nämlich zum einen, indem ich den Prozess der Normerosion primär über das Handeln wichtiger *Akteure* nachzeichnen werde und zum anderen, indem ich auf die *Aussagen* dieser Akteure fokussiere.

### *Akteurszentriertheit und ein kleines Akteur-Struktur-Problem*

Tiefenfallstudien bieten den Raum, das Handeln einzelner Akteure oder Akteursgruppen in den Blick zu nehmen. Dies ist für mich besonders wichtig, weil im Zentrum meiner Aufmerksamkeit der Prozess steht, in dem Akteure wieder Handlungsmacht über Normen gewinnen, die zuvor deren Handlungsrahmen begrenzt haben. Dabei ist es, wie bereits angesprochen worden ist, unmöglich, eine Normerosion selbst vom Prozess des sie auslösenden Akteurshandelns zu trennen – die Normerosion fällt mit dem Prozess des Infragestellens der Norm *in eins*, so dass nicht eines als dem anderen vorgelagert konzeptualisiert werden könnte.<sup>536</sup> Wenn der Prozess der Normerosion sich am ernsthaften Infragestellen der untersuchten Tabus von immer mehr Akteuren zeigt, wird das Akteurshandeln für mich zur zentralen Kategorie. Dabei vermute ich, dass eine Normerosion immer weiter um sich greift und mehr und mehr Akteursgruppen an der Richtigkeit eines Tabus zu zweifeln beginnen, während wieder andere danach streben, die Norm – durch Versuche, die laufenden Diskussionen zu unterbinden oder mit Hilfe neuer Begründungen – wieder zu stärken. Auf dieser Ebene lässt sich ein direktes Wechselspiel von (handlungsbeschränkender) Norm und (um Erweiterung des Handlungsspielraums bemühtem) Akteur beobachten.

Auf einer höher gelagerten Ebene betrachte ich – im Sinne eines akteurszentrierten Ansatzes – Strukturen jedoch nicht mehr direkt, sondern nur noch durch die Augen der

---

<sup>536</sup> Vgl. S. 123 der Arbeit.

involvierten Akteure: Begründet ein Akteur eine gegen die absolute Gültigkeit einer Norm gerichtete Aussage z.B. mit der nach den Anschlägen vom 11. September 2001 veränderten Weltlage, so ist dieses Begründungsmuster für mich natürlich von großem Interesse. Ich nehme jedoch keine Vogelperspektive auf Zusammenhänge zwischen solchen “Überstrukturen” und Akteurshandeln ein, etwa, indem ich als Außenstehende die Ereignisse vom 11. September 2001 als ausschlaggebend für die nachfolgende Entwicklung der Normerosion bezeichnen würde. Strukturen – außer den untersuchten Tabus selbst – nehme ich also nur dann in den Blick, wenn ein Akteur dies selbst tut. Hier könnte mir zwar vorgeworfen werden, ich tappte nur von der anderen Seite in die Falle des Akteur-Struktur-Problems, ich sehe jedoch keine Möglichkeit, auch diese höhere Strukturebene noch gleichberechtigt in meine Analyse einzubeziehen.

### 3.2.2 Diskursanalyse “light”: method follows function

#### *Warum Diskursanalyse als Methode?*

*“A discourse analysis tries to find the structures and patterns in public statements that regulate political debate so that certain things can be said while other things will be meaningless or less powerful or reasonable.”<sup>537</sup>*

Da ich nicht auf Fragen von *compliance* oder *non-compliance* fokussiere,<sup>538</sup> stehen nicht die Taten der von mir untersuchten Akteure im Zentrum meiner Untersuchung, sondern deren Aussagen.<sup>539</sup> Da Akteure nur mit (andere überzeugenden) Argumenten ein Tabu in Frage stellen können (Stichwort: *contestedness*), drängt sich eine auf Argumentationsstrukturen ausgerichtete Analyse geradezu auf. Mich interessiert, wie und welche vorgebrachten Argumente, die zu einer Normschwächung führen, bei anderen Akteuren verfangen, so dass diese ebenfalls an einem Tabu zu zweifeln beginnen. Das Augenmerk liegt hier also zunächst auf dem Prozess des argumentativen Austauschs zwischen Akteuren. Dabei geht es mir allerdings weder darum, exakt nachzuzeichnen, wer wann was gesagt und wer welches Argument von wem übernommen hat, noch um die Entwicklung eines Stufenmodells, wie etwa der Verlagerung einer Debatte aus der politischen in die öffentliche Sphäre, um mehr AnhängerInnen für das Kippen eines Tabus zu mobilisieren, sondern um das Herausstellen besonders relevanter Begründungsmuster, die den beteiligten Akteuren die Möglichkeit und Notwendigkeit der Ausweitung eigener Handlungsspielräume auf Kosten der jeweiligen Norm vor Augen führen.

<sup>537</sup> Wæver, Ole 2003: Discursive Approaches, in: Wiener, Antje/Dietz, Thomas (Hrsg.): European Integration Theory, Oxford, S. 197-216., hier S. 199.

<sup>538</sup> Vgl. jedoch für einen Ansatz, der die Entwertung von Normen über Prozesse von *non-compliance* beschreibt Panke, Diana/Petersohn, Ulrich 2012: Why Some International Norms Disappear, in: European Journal of International Relations Parsons, in Press.

<sup>539</sup> In die Sprache von DiskursanalytikerInnen übersetzt, bedeutet dies, dass ich mich im Dreieck von Dispositiven auf die Untersuchung diskursiver Praxen (also der Diskussion um eine Legitimierung von Folter in bestimmten Situationen) verlege, während nicht-diskursive Praxen (Foltern selbst) oder Vergegenständlichen (Einrichtung von Gefangenenlagern in rechtsfreien Räumen, in denen gefoltert werden darf) nur sekundäre Bedeutung zukommt. Vgl. Jäger, Siegfried 2001: Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse, in: Keller, Reine/Hirsland, Andreas/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden, Opladen, S. 81-112, hier S. 106.

Obwohl auch ich mich auf die gedruckte Version von Aussagen konzentriere, ist es mir vor dem Hintergrund dieses Ziels nicht möglich, mit den in der Politikwissenschaft etablierten Methoden der Dokumenten- oder Inhaltsanalyse zu arbeiten, da diese nur auf den Sinngehalt eines *abgeschlossenen* Dokuments oder gar Dokumentenabschnitts ausgerichtet sind, während mich die Interaktion interessiert, die zwischen den von mir untersuchten Dokumenten stattgefunden hat.<sup>540</sup> Die übliche Methode, um solche sprachlichen Interaktionsmuster in den Blick zu nehmen, ist die Diskursanalyse:

“Textanalyse wird zur Diskursanalyse dadurch, dass Texte als Elemente eines überindividuellen sozio-historischen Diskurses begriffen werden: ‘Diese Elemente bezeichne ich als Diskursfragmente. Sie sind Bestandteile bzw. Fragmente von Diskurssträngen (=Abfolgen von Diskursfragmenten mit gleicher Thematik), die sich auf verschiedenen Diskursebenen (= Orte, von denen aus gesprochen wird, also Wissenschaft, Politik, Medien, Alltag etc.) bewegen und in ihrer Gesamtheit den Gesamtdiskurs einer Gesellschaft ausmachen, den man sich als ein großes wucherndes Gewimmel vorstellen kann; zugleich bilden die Diskurse (bzw. dieses gesamte diskursive Gewimmel) die jeweiligen Voraussetzungen für den weiteren Verlauf des gesamtgesellschaftlichen Diskurses.’”<sup>541</sup>

Trotz der Ansicht, Diskursanalyse sei eigentlich gar keine Methode, sondern vielmehr “*eine Forschungsperspektive auf besondere, eben als Diskurse begriffene Forschungsgegenstände*”,<sup>542</sup> die viele verschiedene Vorgehensweisen in sich vereine, scheint Einigkeit darüber zu bestehen, dass sich, wer Diskursanalyse betreibt, zwei grundlegende Annahmen zu eigen macht, von denen ich einer uneingeschränkt zustimme und die zweite zur Hälfte umsetze – weshalb ich mich dem Vorwurf, gar keine “richtige” Diskursanalyse durchzuführen, gerne stelle.<sup>543</sup> Ich sehe Diskursanalyse *gerade* als Methode, d.h. als Mittel zur Erreichung eines bestimmten (Forschungs-)Zwecks und ordne damit, wie eingangs bereits erwähnt, nicht mein Forschungsinteresse einer Methode unter, sondern richte umgekehrt diese an meinen Interessen aus. Zunächst stimme ich jedoch dem von DiskursanalytikerInnen breit geteilten Verständnis des Verhältnisses von Sprache und Realität zu und schließe mich damit – einmal mehr – neuen Strömungen des Konstruktivismus an, welche von den Annahmen des um Vermittlung mit positivistischen Ansätzen bemühten Sozialkonstruktivismus abweichen. Um diese Positionierung verständlich zu machen (und

<sup>540</sup> S. Mayring, Philipp 1995: Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken, Weinheim. Ähnlich verhält es sich mit der Argumentationsanalyse, die auf die Untersuchung der inneren Logik, des Aufbaus und der anschließenden Typisierung von Einzelargumenten, nicht aber eines argumentativen Austausches ausgerichtet ist. S. statt vieler Govier, Trudy 2000: A Practical Study of Argument, Calgary.

<sup>541</sup> Jäger, Siegfried 1999: Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung, Münster, S. 177, zitiert nach: Keller, Reiner 2004: Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen, Opladen, S. 33.

<sup>542</sup> Keller, Reiner 2004: Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen, Opladen, S. 8. Ähnlich bezeichnet Wæver Diskursanalyse als “(non-)method”. Wæver, Ole 2003: Discursive Approaches, in: Wiener, Antje/Dietz, Thomas (Hrsg.): European Integration Theory, Oxford, S. 197-216., hier S. 197.

<sup>543</sup> Ich verwende den Begriff “Diskursanalyse” dennoch, da ich genau das hiermit bezeichnete tue – nämlich Diskurse analysieren – und mir gerade deshalb nicht einleuchtet, warum dieses Schlagwort nur von einer bestimmten ForscherInnengruppe “gepachtet” sein sollte. Dies gilt umso mehr, als die populäre Formel Habermas’, nach der ein Diskurs eine “*durch Argumentation gekennzeichnete Form der Kommunikation, in der problematisch gewordene Geltungsansprüche zum Thema gemacht und auf ihre Gültigkeit hin untersucht werden*” darstellt und Habermas weiter ausführt, dass wir, um Diskurse zu führen “*in gewisser Weise aus Handlungs- und Erfahrungszusammenhängen heraustreten*” müssen, worunter auch fällt, dass “*Tatsachen wie Normen unter dem Gesichtspunkt möglicher Existenz bzw. Legitimität betrachte[t] (d.h. hypothetisch behandel[t]) [werden] können*” – was trefflich auf meine Unternehmung passt. Habermas, Jürgen 1973: Wahrheitstheorien, in: Fahrenbach, Helmut (Hrsg.): Wirklichkeit und Reflexion. Walter Schulz zum 60. Geburtstag, Pfullingen, S. 211-265, hier S. 214.

nicht, um einen Überblick über dieses komplexe Thema in seiner Gesamtheit zu geben!), bietet sich ein kurzer Exkurs über den Stellenwert der Sprache in konstruktivistischen Ansätzen an.

### *Exkurs: der Stellenwert von Sprache in den IB*

Untersuchungen in den IB, die sich in irgendeiner Form mit Sprache auseinandersetzen – sei es, dass hermeneutische Verfahren angewendet werden oder dass Diskurse im Zentrum stehen – nehmen stark zu. Die Feststellung, dass Sprache in den IB weiterhin marginalisiert wird, lässt sich also heute nicht mehr unterschreiben.<sup>544</sup> Vielmehr lassen sich in den IB heute drei verschiedene Verständnisse vom Umgang mit Sprache in politikwissenschaftlichen Analysen unterscheiden, die nebeneinander existieren:<sup>545</sup>

- Nach dem ersten Verständnis sollte Sprache keine Rolle in politikwissenschaftlichen Untersuchungen zukommen, da man sich nie sicher sein könne, ob der Sprecher wirklich sage, was er denke und es auch keine Möglichkeit gäbe, dies zu überprüfen. Sprechen wird also als *“cheap talk”* angesehen, das mit den *“wahren”* Absichten und Handlungen eines Akteurs nichts zu tun hat und deshalb marginalisiert werden kann.
- Beim zweiten Verständnis wird eben dieser instrumentelle Einsatz von Sprache ins Zentrum gerückt: Sprache wird als ein Mittel angesehen, die eigenen Interessen – ggf. mit bewußter Verstellung – durchzusetzen, was etwas an das oben skizzierte *“rhetorical entrappement”* bei der Verbreitung von Normen erinnert.<sup>546</sup>
- Dem dritten Verständnis zufolge ist es unerheblich, ob Akteure gar nicht meinen, was sie sagen oder sie Sprache instrumentell verwenden, da davon ausgegangen wird, dass jede Äußerung, egal wie sie motiviert ist, immer sowohl Ausdruck gesamtgesellschaftlicher Einstellungen und Überzeugen ist, als auch immer zur gesamtgesellschaftlichen Sinnstiftung beiträgt.

Wie aus den vorangestellten Ausführungen zur Diskursanalyse vielleicht schon deutlich geworden ist, schließe ich mich in meiner Arbeit dem dritten Verständnis an. Diesen Verständnis liegt nicht nur, wie oben gesehen, die Annahme zu Grunde, dass jede Äußerung in gesamtgesellschaftliche *Diskurse* eingebettet ist, sondern auch, dass mit Sprache gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge verändert (oder reproduziert) werden, dass es also möglich ist, *etwas mit Sprache zu tun*.<sup>547</sup> Diese Überzeugung wird meist mit dem

<sup>544</sup> *“Studies involving discourse as a key theoretical concept have in recent years been one of the most active and interesting areas of International Relations.”* Milliken, Jennifer 1999: The Study of Discourse in International Relations. A Critique of Research and Methods, in: European Journal of International Relations 5:2, S. 225-254, hier S. 225.

<sup>545</sup> Die folgende Aufzählung basiert auf Hellmann, Gunther/Weber, Christian/Sauer, Frank/Schirmbeck, Sonja 2008: Vokabularanalyse – Ein sprachanalytischer Ansatz zur Erforschung außenpolitischer Identität, in: Hellmann, Gunther/Weber, Christian/Sauer, Frank (Hrsg.) 2008: Die Semantik der neuen deutschen Außenpolitik. Eine Analyse des außenpolitischen Vokabulars seit Mitte der 1980er Jahre, Wiesbaden, S. 9-28, hier S. 10f., wobei Hellmann et al sich hier nur auf Äußerungen von Politikern beziehen.

<sup>546</sup> Vgl. S. 35 der Arbeit.

<sup>547</sup> Diez, Thomas 1999: Speaking ‘Europe’: the Politics of Integration Discourse, in: Journal of European Public Policy 6:4, S. 598-613, hier S. 600. Diez weist allerdings darauf hin, dass die von Austin aufgeworfene Frage *“how to do things with words?”* heute eher in der Form *“how are things done by words?”*

Schlagwort des *“Sprechhandelns”* auf den Punkt gebracht: *“Das Sprechen selbst rückt somit – als Wirklichkeit erzeugendes (Sprech-)Handeln – in das Zentrum der Forschung.”*<sup>548</sup> Wenn Sprache aber die von uns wahrgenommene *“Realität”* mitbestimmt, kann Sprache niemals nur ein Medium der *Abbildung* von Wirklichkeit sein, wie es ein positivistisches Weltbild nahelegt. Vielmehr schließe ich mich auch in diesem Punkt der (ur-)konstruktivistischen Sichtweise an, dass *“a constructivist view denies that world and words are independent; it sees them as mutually constitutive.”*<sup>549</sup> Auch hier haben wir es also wieder mit einer Wechselwirkung von Sprache, die Realitätswahrnehmungen beeinflusst und wahrgenommener Realität, die Sprache prägt, zu tun.<sup>550</sup>

Wie oben angedeutet, kann Sprache dabei als eine Art *Struktur* aufgefasst werden,<sup>551</sup> wie auch Diskurse als Strukturen angesehen werden, die die (sprachlichen) Handlungsmöglichkeiten von Akteuren erweitern oder beschränken. Sprechen selbst wird jedoch – gemäß dem Konzept des Sprechhandelns – als eine Form von *agency* angesehen, mit der Akteure auch die Struktur und Grenzen eines Diskurses (gezielt) beeinflussen und verändern können.<sup>552</sup> Am Beispiel von Tabus lassen sich diese beiden Grundsätze schön illustrieren: Tabus engen als Strukturen, die v.a. als Sprechverbote wirken, die Möglichkeiten des Sagbaren und die in einem Diskurs legitimer Weise einzunehmenden Positionen stark ein. Durch *agency* im Sinne von Sprechhandeln können Tabus jedoch hinterfragt und zerstört werden, wobei sich die Grenzen des Sag- und Denkbaren wieder ausweiten.

Natürlich sind auch das Setzen und die Geltung von Tabus und generell Normen immer an Sprechakte gekoppelt:

“...human beings construct reality through their deeds. Crucially, these deeds may be speech acts. Speech acts in turn may, through repetition, be institutionalized into rules and thereby provide the context and basis for meaning of human action.”<sup>553</sup>

Mit dem Kontext menschlichen Handelns ist hier auch ein *gemeinsamer Bezugsrahmen* gemeint, den DiskursteilnehmerInnen miteinander teilen müssen, um eine Debatte über Normen erst führen und um Normen generell überhaupt eine Bedeutung zuschreiben zu können: *“[R]ules are speech acts which depend on successful communication. They function only if they*

---

gestellt wird, in der nicht mehr auf eine bestimmte Intention eines Sprechers, sondern vielmehr auf die Untrennbarkeit von Sprache und Handeln hingewiesen wird.

<sup>548</sup> Hellmann, Gunther/Weber, Christian/Sauer, Frank/Schirmbeck, Sonja 2008: Vokabularanalyse – Ein sprachanalytischer Ansatz zur Erforschung außenpolitischer Identität, in: Hellmann, Gunther/Weber, Christian/Sauer, Frank (Hrsg.) 2008: Die Semantik der neuen deutschen Außenpolitik. Eine Analyse des außenpolitischen Vokabulars seit Mitte der 1980er Jahre, Wiesbaden, S. 9-28, hier S. 15, Herv. i. Org.

<sup>549</sup> Onuf, Nicolas G. 1989: *World of Our Making: Rules and Rule in Social Theory and International Relations*, Columbia, S. 94.

<sup>550</sup> *“Discourse does not stand apart from ‘reality’. On the one hand, it is hard to conceive of any meaningful concept of a reality of which we can talk when excluding discourse and thereby meaning. On the other hand, where would discourse exist if not embedded in reality in the sense of actions, materiality, and institutions?”* Wæver, Ole 2003: *Discursive Approaches*, in: Wiener, Antje/Dietz, Thomas (Hrsg.): *European Integration Theory*, Oxford, S. 197-216., hier S. 197.

<sup>551</sup> So wird Sprache zu dem einen Akteur in großen Teilen vorgegebenen *“deep structures”* gezählt, vgl. S. 66 der Arbeit.

<sup>552</sup> Vgl. Wæver, Ole 2003: *Discursive Approaches*, in: Wiener, Antje/Dietz, Thomas (Hrsg.): *European Integration Theory*, Oxford, S. 197-216., hier S. 199.

<sup>553</sup> Zehfuß, Maja 2002: *Constructivism in International Relations. The Politics of Reality*, Cambridge, S. 151.

*achieve the desired effect with the addressee.*”<sup>554</sup> Somit sagen Diskurse über Normen nicht nur etwas über die debattierten Normen selbst aus, sondern spiegeln gleichzeitig geteilte Bezugsrahmen (trotz gegensätzlicher Argumentationsweisen) sowie gesellschaftliche Positionierungen und Geltungsansprüche, denn...

“Normen sind ja nicht bloß deshalb interessant, weil sie gemeinsame Erwartungshaltungen repräsentieren, sondern auch deshalb, weil sie im Diskurs zur Verständlichmachung und Rechtfertigung bestimmter Positionen benutzt werden können. Insbesondere der letztere Aspekt macht deutlich, daß es darum gehen muß, die intersubjektive Dimension angemessen zu untersuchen. Sprechakte funktionieren nur dann richtig, wenn sie von den KommunikationspartnerInnen ‘angenommen’ werden. Insofern muß es um gemeinsame Bezugsrahmen gehen, nicht um individualistische Realitätsauffassungen.”<sup>555</sup>

Obwohl also Normen immer in Diskurse eingebettet sind (und nur so verstanden werden können), möchte ich jedoch – wie die meisten DiskursanalytikerInnen – nicht behaupten, dass es außerhalb des Diskurses nichts gäbe:

“Discourse analysis does not claim that discourse is all there is to the world, only that since discourse is the layer of reality where meaning is produced and distributed, it seems promising for an analysis to focus on it.”<sup>556</sup>

Vor dem Hintergrund dieser Feststellung erscheint es dennoch erstaunlich, wie lange Sprache in den IB überhaupt keine Bedeutung zugemessen wurde – und v.a., dass sich dies mit dem Aufkommen des IB-Konstruktivismus nicht bereits Ende der 1980er Jahre änderte, sondern erst in den letzten Jahren ein grundlegender Wandel festzustellen ist. Zwar hatte Onuf, wie oben angeführt, nicht nur bereits 1989 darauf verwiesen, dass KonstruktivistInnen Sprache und Realität als sich wechselseitig konstituierend auffassen müssten, sondern auch später hinzugefügt, dass *“talking is undoubtedly the most important way that we go about marking the world what it is.”*<sup>557</sup> Allerdings wurden diese frühen konstruktivistischen Wurzeln bereits im Verlauf der 1990er Jahre “verschüttet”, obwohl die zunehmende Untersuchung v.a. sprachlich konstruierter Phänomene wie Identitäten oder Normen das Gegenteil nahegelegt hätte.<sup>558</sup> Zehfuß erklärt diesen schnellen Bedeutungsverlust von Sprache in konstruktivistischen Ansätzen mit der Tatsache, dass sprachzentrierte Ansätze wie der Onufs schnell aus dem Blickfeld gerückt seien, da der frühe Konstruktivismus vielfach mit den Arbeiten seines prominentesten Vertreters, Wendt, gleichgesetzt wurde, in denen Sprechhandeln keine Bedeutung zukommt.<sup>559</sup> Wendts Akteure “unterhalten sich” bezeichnenderweise mit Gesten.

So ist auch zu erklären, dass sich Müller Mitte der 1990er Jahre in seinem “Eröffnungsstatement” der maßgeblich um verschiedene konstruktivistische

<sup>554</sup> Zehfuß, Maja 2002: *Constructivism in International Relations. The Politics of Reality*, Cambridge, S. 17.

<sup>555</sup> Zehfuß, Maja 1998: Sprachlosigkeit schränkt ein. Zur Bedeutung von Sprache in konstruktivistischen Theorien, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 5:1, S. 109-138, hier S. 132.

<sup>556</sup> Wæver, Ole 2003: *Discursive Approaches*, in: Wiener, Antje/Dietz, Thomas (Hrsg.): *European Integration Theory*, Oxford, S. 197-216., hier S. 197.

<sup>557</sup> Onuf, Nicolas G. 1998: *Constructivism: A User’s Manual*, in: Kubálková, Vendulka/Onuf, Nicholas G./Kowert, Paul (Hrsg.): *International Relations in a Constructed World*, Armonk, S. 58-78, hier S. 59.

<sup>558</sup> Vgl. Zehfuß, Maja 1998: Sprachlosigkeit schränkt ein. Zur Bedeutung von Sprache in konstruktivistischen Theorien, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 5:1, S. 109-138, hier S. 132.

<sup>559</sup> Vgl. Zehfuß, Maja 1998: Sprachlosigkeit schränkt ein. Zur Bedeutung von Sprache in konstruktivistischen Theorien, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 5:1, S. 109-138, hier S. 124.



Handlungslogiken kreisenden sog. ‐ZIB-Debatte‐ wiederum sehr verwundet darüber zeigte, dass Sprache in den IB kein wichtiger Status beigemessen würde, obwohl

‐...die internationale Politik ganz überwiegend aus Sprechhandlungen [besteht]. Diplomatie ist weitgehend Sprache. Und auch wo sprachlose Transaktionen stattfinden – z.B. Geldzahlungen oder militärische Aktionen –, sind diese in sprachliches Handeln eingebettet.‐<sup>560</sup>

Zwar wurde daraufhin mit der Debatte um die *logic of arguing* eine Diskussion angeregt, in der der Kommunikation von Akteuren ein hoher Stellenwert eingeräumt wurde.<sup>561</sup> Auch in dieser Diskussion wurde jedoch der Forderung nach einer stärkeren theoretischen Fundierung und empirischen Umsetzung des Konzepts des Sprechhandelns kaum Rechnung getragen.<sup>562</sup>

Für diesen Mangel werden verschiedene Gründe genannt: Bezogen auf die ZIB-Debatte stellte Agricola fest, dass ‐*Sprache selbst als Gegenstand immer weniger thematisiert [wurde] und zu Gunsten einer Auslegung von Kommunikation [wird], die das Medium der Verständigung kaum berücksichtigt[e].*‐<sup>563</sup> Diese erstaunliche Entwicklung sah Zehfuß wiederum in der Annahme begründet, dass ein ‐moderater‐ Konstruktivismus, der die Implikationen des Grundsatzes einer primär durch Sprache konstruierten ‐Wirklichkeit‐ ignoriert, anschlussf higer an andere, positivistischen Wissenschafts- und Weltbildern verpflichtete IB-Theorien und somit automatisch besser sei:

‐Die Debatte in der ZIB steht insbesondere in der Gefahr, die homogenisierende Tendenz in bezug auf konstruktivistische Ansätze, die im englischen Sprachraum stattgefunden hat, nachzuvollziehen und damit die Rolle von Sprache für die Konstruktion von Wirklichkeit zu mi bachten.‐<sup>564</sup>

Der Wunsch vieler KonstruktivistInnen, sich als möglichst offen gegenüber konkurrierenden positivistischen Ansätzen zu zeigen, mag auch darin begründet gewesen sein, dass viele AnhängerInnen des Positivismus DiskursanalytikerInnen pauschal vorwarfen, ‐*bad scientists*‐ zu sein.<sup>565</sup> Neben solchen krampfhaften Annäherungsversuchen gab es jedoch besonders in der Frühphase der politikwissenschaftlichen Diskursanalyse auch radikale Selbstaussgrenzungstendenzen aus der als generell als zu positivistisch orientiert empfundenen ‐IB-Gemeinschaft‐, die, selbst wiederum ein Sprachspiel, mit entsprechenden ‐Labels‐ einhergingen.<sup>566</sup> Da selbstverständlich keine dieser

<sup>560</sup> Müller, Harald 1994: Internationale Beziehungen als kommunikatives Handeln. Zur Kritik der utilitaristischen Handlungstheorien, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1:1, S. 15-45, hier S. 25.

<sup>561</sup> Vgl. S. 33ff. der Arbeit.

<sup>562</sup> Vgl. Zehfuß, Maja 1998: Sprachlosigkeit schränkt ein. Zur Bedeutung von Sprache in konstruktivistischen Theorien, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 5:1, S. 109-138, hier S. 128.

<sup>563</sup> Agricola, Rebecca 2008: Von Lücken und Brücken. Zur Konzeptionalisierung von Sprache in den Theorien der Internationalen Beziehungen, Diplomarbeit, Frankfurt am Main, S. 29. Agricola sieht dies auch in der mangelnden Abgrenzung der Begriffe ‐Sprache‐ und ‐Kommunikation‐ begründet, die dazu geführt hätte, dass die beiden Begriffe in Teilen der ZIB-Debatte synonym verwendet wurden.

<sup>564</sup> Zehfuß, Maja 1998: Sprachlosigkeit schränkt ein. Zur Bedeutung von Sprache in konstruktivistischen Theorien, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 5:1, S. 109-138, hier S. 128. Zehfuß wendet sich hier auch explizit gegen die nicht weiter begründete Annahme, dass konsensfähigen Theorien der Vorzug vor anderen Ansätzen zu geben sei.

<sup>565</sup> Vgl. Milliken, Jennifer 1999: The Study of Discourse in International Relations. A Critique of Research and Methods, in: European Journal of International Relations 5:2, S. 225-254, hier S. 227.

<sup>566</sup> Ein prominentes Beispiel hierfür ist bereits der Titel des Artikels Ashley, Richard K./Walker, R. B. J. 1990: Introduction: Speaking the Language of Exile. Dissident Thought in International Studies, in: International Studies Quarterly 34:3, S. 259-268. Gegen solche Tendenzen der Selbstexklusion forderte

Verhaltensweisen zur Überwindung des gegenseitigen Mißtrauens besonders hilfreich war, stellte Fierke noch 2003 (!) fest, dass viele KonstruktivistInnen sich weiterhin nicht mit Sprache und Sprechhandeln auseinandersetzen wollten.<sup>567</sup> Sie sah dies v.a. in der Angst vor dem Vorwurf begründet, dass sich AnhängerInnen konstruktivistischer Ansätze “nur” mit Sprache beschäftigten, während VertreterInnen positivistischer Ansätze sich mit “wirklichen Tatsachen” auseinandersetzen könnten. Dabei sei diese Problembeschreibung bereits Teil des Problems selbst – denn nach urkonstruktivistischem Verständnis, nach der eine wahrgenommene Wirklichkeit erst durch Sprache konstruiert werden kann, würde eine Unterscheidung zwischen Sprechen und Handeln obsolet.

Auch wenn diese Mißverständnis zunehmend weniger anzutreffen ist und sich diskursanalytische und andere Ansätze, die Sprache in den Mittelpunkt rücken, immer größerer Beliebtheit erfreuen, besteht nunmehr eine große Uneinigkeit darüber, *wie* man Diskurse am besten untersuchen sollte. In diesem Punkt weiche ich, wie angekündigt, stark vom vorherrschenden Konzept klassischer Diskursanalysen ab.

### *Forschungsfrage vor Diskurs*

Dem Gedanken folgend, dass der in einem Diskurs implizit kommunizierte “Subtext” für das Verständnis einer bestimmten, intersubjektiv geteilten “Realitäts”-Beschreibung zentral sein kann, fragen sich DiskursanalytikerInnen meist, *was* im Rahmen eines bestimmten Diskurses geschieht, d.h. welche von verschiedenen Beschreibungen (und damit auch Konstruktionen) von Welt durch einen Diskurs gefördert oder unterdrückt werden – z.B., indem sie auf bestimmte Machtkonstellationen fokussieren, die durch einen herrschenden Diskurs etabliert, reproduziert oder unterlaufen werden.<sup>568</sup> Ihr primäres Interesse gilt daher der Suche nach tieferliegenden Sinnstrukturen, die den untersuchten Dokumenten inhärent sind und über die sie eine mögliche “Neukonstruktion von Welt” zu entschlüsseln suchen. Von dieser Frage, was durch einen neuen Diskurs konstruiert oder etabliert wird, weiche ich klar ab, da ich dieses – die Normerosion – ja bereits klar vor Augen habe. Ich sehe es zunächst als überraschend an, dass es überhaupt einen Diskurs über “Tabuthemen” gibt und frage mich im Anschluss daran, wie sich Normerosion durch bestimmte Diskurse vollzieht. Dementsprechend beginne ich unsere Analyse auch nicht mit der Wahl eines Diskurses, der dann Dreh- und Angelpunkt der Untersuchung ist und aus dessen Analyse sich nach und nach eine genaue Forschungsfrage herauskristallisiert, sondern gehe mit einem bereits recht weit präzisierten Anliegen ins Feld, welches ich mithilfe der Techniken der Diskursanalyse sehr gut weiter strukturieren kann. Strenggenommen untersuche ich mit der Fokussierung auf zwei von mir schon im Vorfeld recht klar abgegrenzte Themengebiete keine vollständigen “*diskursiven Gewimmel*”, sondern nur Diskursstränge im Sinne “[*t*]hematisch einheitliche[r] Diskursverläufe”, die sich wiederum aus Diskursfragmenten, also den Passagen von Texten, die sich dem Thema eines Diskursstranges widmen,

---

Wæver, dass die Verwendung von Diskursanalysen nicht “*as a pretext for a general rehearsal of post-modern attacks on the mainstream*” betrieben werden sollte. Wæver, Ole 2003: Discursive Approaches, in: Wiener, Antje/Dietz, Thomas (Hrsg.): European Integration Theory, Oxford, S. 197-216., hier S. 197. Ähnlich auch Milliken, Jennifer 1999: The Study of Discourse in International Relations. A Critique of Research and Methods, in: European Journal of International Relations 5:2, S. 225-254, hier S. 227.

<sup>567</sup> Vgl. Fierke, Karin 2003: Breaking the Silence. Language and Method in International Relations, in: Debrix, François (Hrsg.): Language, Agency, and Politics in a Constructed World, London, S. 66-86, hier S. 69.

<sup>568</sup> Diesen Ansatz verfolgt v. a. die kritische Diskursanalyse im Anschluss an Foucault.

zusammensetzen.<sup>569</sup> Der Einfachheit halber wird im Folgenden aber weiterhin von “Diskursen” und “Texten” die Rede sein. Denn letztlich geht es auch mir um die Frage

“...nach den Deutungsstrukturen, die in einem Diskurs aufgebaut und im zeitlichen Verlauf stabilisiert werden oder modifiziert werden, [welche] auch zur Analyse der eingesetzten sprachlich-rhetorischen Mittel [führt], wenn es darum geht, Strategien und Mechanismen der Resonanzzeugung in einem soziokulturellen Kontext zu analysieren.”<sup>570</sup>

Genauer gesagt baue auch ich auf der Definition auf, dass ein Diskurs ein “*system, that regulates the formation of statements*”<sup>571</sup> ist und mache mir, daran anschließend, den Grundsatz zu eigen, dass “[n]icht alles was sich sagen ließe, (...) gesagt [wird]; und nicht überall (...) alles gesagt werden [kann]”,<sup>572</sup> wie es bereits im Einleitungszitat angedeutet wurde und was sich aufs beste mit meiner Annahme von zunächst nicht hinterfragbaren Tabus verknüpfen lässt. Darüber hinaus mache ich mir zunutze, dass “*Diskursanalyse (...) auch Strategien [erfasst], mit denen das Feld des Sagbaren ausgeweitet oder auch eingeschränkt wird*”, wobei solche Strategien “*auf Aussagen [verweisen], die zu einem bestimmten Zeitpunkt in einer bestimmten Gesellschaft noch nicht oder nicht mehr sagbar sind, da es besonderer ‘Tricks’ bedarf, wenn man sie doch äußern will, ohne negativ sanktioniert zu werden*,”<sup>573</sup> was an die im Tabukapitel beschriebenen Euphemismen erinnert, die dazu genutzt werden, Tabus zu umgehen. Grundsätzlich geht es also auch mir um die Frage, wie sich “Diskursgrenzen” so verschieben konnten, dass bestimmte Normen, deren Diskursion zuvor außerhalb der Grenzen eines als “gültig” anerkannten Diskurses lagen, wieder zu legitimen Gegenständen eines öffentlichen Diskurses werden können

Auch zwei weitere zentrale Punkte der frühen Foucault’schen Diskursanalyse passen sich exakt in mein Forschungsdesign ein, nämlich erstens die Berücksichtigung des “*Orts des Aussagens, d.h. den historisch, sozial und kulturell bestimmten Ausgangspunkt (nicht: Ursprung) einer Serie ähnlicher Aussagen*”, welche in meinem Fall ein Tabu wieder in Frage zu stellen erlauben, und daran anschließend, zweitens, die Frage nach der “*Einschreibung, d.h. Wiederholung ähnlicher Aussagen*”, welche “*durch deren Gleichförmigkeit ein neues Ordnungsschema bzw. eine diskursive Regelmäßigkeit entsteh[en lässt], nach deren Muster die Aussagen im Feld dieses Diskurses generiert werden*”<sup>574</sup>. Im Rahmen dieser Frage ist Diskursanalyse für eine Reihe von Analysepunkten sensibel, die an den vorliegenden Dokumenten überprüft werden. Welche davon ich mir zu eigen mache, soll im nächsten Abschnitt geklärt werden, in dem ich die praktische Anwendung meiner methodischen Überlegungen erläutere.

<sup>569</sup> Jäger, Siegfried 2001: Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse, in: Keller, Reiner/Hirsland, Andreas/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden, Opladen, S. 81-112, hier S. 97.

<sup>570</sup> Keller, Reiner 2004: Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen, Opladen, S. 68.

<sup>571</sup> Wæver, Ole 2003: Discursive Approaches, in: Wiener, Antje/Dietz, Thomas (Hrsg.): European Integration Theory, Oxford, S. 197-216., hier S. 199.

<sup>572</sup> Keller, Reiner 2004: Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen, Opladen, S. 45.

<sup>573</sup> Jäger, Siegfried 2001: Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse, in: Keller, Reiner/Hirsland, Andreas/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden, Opladen, S. 81-112, hier S. 83f.

<sup>574</sup> Jäger, Siegfried 2001: Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse, in: Keller, Reiner/Hirsland, Andreas/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden, Opladen, S. 81-112, hier S. 83f.

### 3.2.3 Umsetzung des Forschungsdesigns: was wird wie untersucht?

#### *Begründung der Fallauswahl*

Die Durchführung einer Diskursanalyse „*light*“ oder einer *thick description* von Fallstudien ist auch im Rahmen einer Dissertation nur bei einer begrenzten Anzahl von Fällen möglich. Da, wie oben dargelegt, meine Untersuchung nicht auf die Generalisierbarkeit meiner Ergebnisse abzielt oder Hypothesen an einer großen Anzahl von Fällen abtesten muss, ist dies für mich jedoch unproblematisch. Eine Beschränkung auf zwei Fallstudien lag aber nicht nur aus arbeitstechnischen Gründen, sondern auch deshalb nah, weil es sich nur wenige Erosionsprozesse internalisierter Normen in den letzten Jahren so offensichtlich (und nicht im Verborgenen, über Jahrzehnte hinweg) ereignet haben, dass sie für mich auswertbar waren. Da gerade die Offensichtlichkeit eines Erosionsprozesses für mich jedoch ein zentrales Kriterium war, um klar zeigen zu können, *dass* internalisierte Normen erodieren und um möglichst leicht nachvollziehen zu können, *wie* dies von statten geht, habe ich mich auf recht bekannte Beispiele verlegt, die sich – im Sinne der Nachvollziehbarkeit – zudem in einem Sprachraum abspielen, der mir die Analyse relevanter Dokumente erleichterte. Neben diesem Kriterium stellte sich an die von mir untersuchten Normen nur noch die Anforderung, dass sie von der einschlägigen Sekundärliteratur eindeutig als Tabus eingeordnet wurden. Vor diesem Hintergrund und im Anschluss an meine Magisterarbeit,<sup>575</sup> habe ich mich für die Analyse des nuklearen Tabus und des Folterverbots entschieden, die, wie in den Kapiteln zur Entstehung und Wirkung dieser Tabus gezeigt wird, eindeutig als internalisierte Normen klassifiziert wurden und die heute wieder vermehrt in Frage gestellt werden.

Die Tatsache, dass die Infragestellung beider Tabus zunächst in den USA aufgetreten ist, kann nur zum Teil als Zufall gewertet werden: Zum Einen liegt es nahe, dass die USA als Mitglied einer „zivilisierten“, „westlichen“ Staatengemeinschaft besonders viele internationale Normen internalisiert haben. Zum Anderen meinen die Vereinigten Staaten, es sich als innerhalb dieser Gruppe weiterhin stärkste Kraft leisten zu können, etablierte und international geteilte Überzeugungen heute wieder infrage zu stellen, ohne sofortige Sanktionen anderer Staaten oder Institutionen fürchten zu müssen.

#### *Eingrenzung zu untersuchender Akteure und Primärquellen*

Die für mich zentrale Feststellung, dass ein kritisches Hinterfragen der Gültigkeit der von mir untersuchten Normen früher außerhalb der Grenzen eines Diskurses lag und unter die „*Verbote des Sagbaren*“ fiel, kurz, dass ich es tatsächlich mit Tabus zu tun habe, plausibilisiere ich zunächst anhand einschlägiger Sekundärliteratur, die die Zeiträume der Entstehung der jeweiligen Tabus mit abdeckt. Die aus dieser Literatur gewonnenen Einführungen in die beiden Fallstudien dienen gleichzeitig auch als Interpretationsbasis für die Auswertung meiner Primärdokumente. Zum anderen wähle ich einen recht langen Untersuchungszeitraum, der einige Jahre vor dem (von mir vermuteten) Einsetzen der Normerosion beginnt, um zu zeigen, dass es in diesen Jahren tatsächlich keinerlei ernsthafte Diskussion gab, die eine Tabuschwächung bedeutet hätten. Für die Suche nach

---

<sup>575</sup> Die gemeinsam von mir und Elvira Rosert verfasste Magisterarbeit hatte – vor dem Hintergrund der beschriebenen Auswahlkriterien – die gleichen Fälle zum Gegenstand.

Primärmaterialien habe ich mich hierbei für das Jahr 1995 entschieden, also das Jahr, in dem die unbefristete Verlängerung des Nichtverbreitungsvertrags beschlossen worden war und die Ratifizierung der UN-Antifolterkonvention durch die USA etwa ein Jahr zurücklag, so dass die in diesem Dokument geforderten Schritte zur Umsetzung der (Rechts-)Norm auf nationaler Ebene hätten initiiert werden müssen. Die Frage, wann die untersuchten Normerosionen einsetzen, lasse ich bewusst offen. Das Aufzeigen dieses Zeitpunkts und woran ich ihn festmachen kann, soll vielmehr ein Ergebnis meiner Studie sein. Anders verhält es sich mit der Wahl des Endpunktes meiner Untersuchung: Wie bereits bei der Erläuterung der Fragestellung angeführt, untersuche ich nicht abgeschlossene Diskussionsprozesse, deren Ausgang (endgültige Enttabuisierung oder Wiedererstarken der Norme) noch offen ist, so dass die Auswahl eines Endpunktes besonders schwierig (um nicht zu sagen willkürlich) ist. Letztlich habe ich mich für einen Untersuchungszeitraum bis Ende 2009 entschieden, was dem Ende des ersten Jahres der Präsidentschaft Barack Obama entspricht. Von seiner Regierung hatte sich viele BefürworterInnen der beiden untersuchten Normen ein Wiedererstarken derselben, also eine einsetzende Retabuisierung, versprochen. Damit weite ich den Untersuchungszeitraum gegenüber meiner gemeinsam mit Elvira Rosert verfassten Magisterarbeit stark aus,<sup>576</sup> was einen geringeren praktischen Grund hat, nämlich, auf möglichst aktuelle Entwicklungen in den Fällen eingehen zu können, sowie die bedeutendere Möglichkeit, evtl. bereits „Wellenbewegungen“, also ein Wiedererstarken einer Norm nach deren diskursiver Schwächung, aufzeigen zu können.

Während des Untersuchungszeitraums bin ich hauptsächlich auf die Analyse von Primärquellen angewiesen, da ich nur so den Prozess der Formierung von Diskurskonstellationen und –koalitionen, die ein Tabu infrage stellen oder zu halten bzw. zu stärken versuchen, direkt nachvollziehen kann. Zudem liegt bisher wenig Sekundärliteratur zu den laufenden Debatten vor, welche jedoch selbstverständlich in die Analyse einbezogen wird – und zwar in gleicher Form wie die ausgewerteten Primärquellen, da solche Publikationen auch als (besonders geartete) Beiträge zur tabuschwächenden Debatte gelesen werden können. Auch wenn für mich der Austausch bestimmter Argumente zwischen verschiedenen Akteuren zentral ist, ist es mir natürlich nicht möglich, tatsächlich alle für die Erosionsprozesse wichtigen Akteure als Individuen zu betrachten (obwohl einzelne, prominente DebattenteilnehmerInnen auch namentlich benannt werden).<sup>577</sup> Vielmehr betrachte ich das Wechselspiel zwischen verschiedenen Akteursgruppen bzw. Diskurskoalitionen. Unter letzteren verstehe ich im Anschluss an Hajer *“eine Gruppe von Akteuren, die aus einer Reihe von Gründen dazu kommen, ein bestimmtes Set von Story-Lines zu verwenden”*, wobei *story-lines* *“ein knackiges Statement, das die Erzählung [also das diskursive Anliegen einer Gruppe, SoSchi] zusammenfasst, das Leute als einer Art Kurzform in der Diskussion benutzen”*, darstellen.<sup>578</sup> Bezüglich der zu beteiligten Akteursgruppen unterscheide

<sup>576</sup> Der Untersuchungszeitraum endete dort im Herbst 2004 (Folter) bzw. Ende 2005 (nukleares Tabu).

<sup>577</sup> Dies hätte z.B. durch Interviews geschehen können, wie sie bei explorativen Studien häufig Verwendung finden.

<sup>578</sup> Hajer, Maarten 2004 [2003]: Argumentative Diskursanalyse. Auf der Suche nach Koalitionen, Praktiken und Bedeutung, in: Keller, Reiner/Hirsland, Andreas/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 2: Forschungspraxis, Wiesbaden, S. 271-298, hier S. 277, Herv. i. Org. In den untersuchten Fällen wären solche *story-lines* etwa die Notwendigkeit, verbunkerte Nukleararsenale zu zerstören in der Diskussion über den RNEP oder das *ticking-bomb-scenario* im Fall der Folter, vgl. S. 415 bzw. 321ff. der Arbeit.

ich in die Gruppen der MedienvertreterInnen, MitarbeiterInnen bedeutender *think-tanks*, UnterstützerInnen einschlägiger Interessengruppen wie NGOs sowie in Mitglieder der Legislative (US-Kongress), der Judikative (*Supreme Court*) und der US-Administration, auf deren jeweilige politische Stellung im folgenden Kapitel eingegangen wird. Eine herausgehobene Stellung kommt natürlich dem US-Präsidenten zu, der als Einzelperson der – soweit möglich – ebenfalls untersuchten breiten Öffentlichkeit in ihrer Gesamtheit gegenübersteht.

Selbst mit dieser Einschränkung wäre der Korpus auszuwertender Dokumente für meine Untersuchung jedoch noch viel zu groß, so dass ich nicht von vornherein alle relevant erscheinenden Aussagen der in den Prozess der Normerosion involvierten Akteure über den gesamten Zeitraum hinweg in den Blick nehmen kann. Dies ist jedoch auch nicht unbedingt nötig, da ich primär nach Argumenten suche, die den Erosionsprozess vorantreiben, d.h. mehrere Akteure erreichen und damit einen weitergehenden Einstellungswandel der Norm gegenüber zur Folge haben. Die Annahme, dass solche an andere gerichteten Argumente primär über Medien ausgetauscht werden, liegt nahe. Deshalb mache ich die mediale Verbreitung normbezogener Argumente zum Ausgangspunkt eines Schneeballsystems der Dokumentensuche, durch das ich mich zu weiteren wichtigen Dokumenten wie Regierungserklärungen, Protokollen über (ExpertInnen-)Anhörungen im US-Kongress oder Strategiepapieren führen lasse, die im entsprechenden Grundlagenartikel aufgegriffen wurden.<sup>579</sup> Im Sinne eines Wechselspiels von der Erstellung eines Textkorpus und fortschreitender Analyse vorliegender Dokumente schließe ich jedoch nicht aus, meine Untersuchung auf weitere Dokumente, die in den Medien nicht angeführt werden (etwa interne *think-tank*-Papiere, die Grundlage bestimmter Regierungsargumentationen waren) auszuweiten oder zunächst in den Textkorpus aufgenommene Dokumente wieder auszuschließen, sollte sie sich als nicht relevant herausstellen, wie es auch bei “normalen” Diskursanalysen üblich ist.<sup>580</sup>

Eine ungewollte Einschränkung ist, dass ich mich bei der Auswahl zu analysierender Dokumente auf die Printmedien beschränken muss, da es keine (kostenfreien oder zumindest –günstigen) Archive für relevante Fernsehsendungen gibt. Dies ist umso ärgerlicher, als ein Großteil der US-Bevölkerung das Fernsehen als primäres Informationsmedium ansieht, während die Zahl der ZeitungsleserInnen vergleichsweise gering ist.<sup>581</sup> Diesen Umstand habe ich abzumildern versucht, indem ich die beiden Zeitungen mit der höchsten Auflage der USA, die von einer sehr breiten Leserschaft profitieren, nämlich *USA Today* und *Wall Street Journal* (WSJ), zu einer der vier Ausgangsquellen meiner Analyse mache. Die anderen beiden Zeitungen, die *Washington Post* (WP) und die *New York Times* (NYT), gelten gegenüber dem Boulevardblatt *USA Today* als elitenzentriert, obwohl auch sie natürlich an eine möglichst breites Publikum gerichtet sind und gegenüber dem *Wall Street Journal* als eher linkslastig. Da diese beiden Zeitungen

<sup>579</sup> Wird beispielsweise über eine Rede des Präsidenten ein Leitartikel geschrieben, so sehe ich mir die entsprechende Rede im Original an und suche darin nach weiteren Hinweisen. Stoße ich auch einen interessanten Gastbeitrag einer Forscherin, so werde ich mir ihre weiteren Publikationen ansehen, soweit sie relevant erscheinen. Auch Querverweisen auf Artikel anderer Zeitungen oder Zeitschriften wird im Schneeballsystem natürlich nachgegangen.

<sup>580</sup> Vgl. Keller, Reiner 2004: Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen, Opladen, S. 81.

<sup>581</sup> Vgl. S. 162 der Arbeit.

aber immer wieder Foren qualitativ hochwertigen Meinungsaustausches für verschiedene gesellschaftliche Gruppen waren und sind, erwarte ich mir besonders viele Ausgangspunkte für mein Schneeballsystem.<sup>582</sup>

Da ich im Sinne eines explorativen Zugriffs keinerlei festgelegtes Analyseraster mit in die Untersuchung genommen, sondern meinen speziellen Zugriff erst im Wechselspiel mit dem Feld entwickelt habe, wählte ich – bereits vor der Auswertungsphase meiner Magisterarbeit gemeinsam mit Elvira Rosert – als Einstieg in die Auswertung der Primärquellen je zwei vielversprechende Artikel aus jeder der drei Zeitungen und jedem Untersuchungsjahr, aus deren Analyse eine Strukturierung für die weiterhin festzulegenden Analyseschritte gewonnen werden konnte.<sup>583</sup> Dabei sei nicht verschwiegen, dass ich mich hierbei zum Teil an den von Keller vorgeschlagenen Eckposten zur Feinanalyse von Daten im Rahmen einer Diskursanalyse orientierte, die wiederum an die Foucault'sche "interpretative Analytik" angelehnt sind und als drei Kernpunkte der Untersuchung eines Dokuments die "Analyse seiner Situiertheit und materialen Gestalt, die Analyse der formalen und sprachlich-rhetorischen Struktur und die interpretativ-analytische Rekonstruktion der Aussageinhalte" vorsieht.<sup>584</sup> Aufgeschlüsselt und auf meine Analyse bezogen bedeutet dies für mich die – allerdings nicht für alle Dokumente relevanten – Fragen nach (a) Materialart und Umfang eines Textes, (b) dessen AuftraggeberIn, AutorIn, primäre AdressatInnen und ggf. weiteres Publikum, (c) den breiteren Kontext der Textproduktion (also etwa nach/vor dem Beginn des letzten Irak-Krieges) und (d) den direkten Kontext in Bezug auf Ereignisse (z.B. Rahmen einer *State of the Union Address*) oder auf VorrednerIn als groben Rahmen, in den ein Dokument eingeordnet werden kann. In Bezug auf den Inhalt des Textes selbst wird v. a. relevant, (e) welche Kernargumente er beinhaltet, ob anhand dieser eine bestimmte Wirkungsabsicht (f) erkennbar wird, (g) in welcher Form die Argumente präsentiert werden (emotional, appellativ, sachlogisch usw.) sowie – und für mich besonders wichtig – (h) von welchen Argumenten sich der Autor/die

<sup>582</sup> Zudem sei der Vollständigkeit halber erwähnt, dass der kostenlose Zugang zu den Onlinearchiven dieser Zeitungen bei der Quellenauswahl ebenfalls eine Rolle gespielt hat.

<sup>583</sup> Dieser Schritt ging bereits der Fallstudienarbeit meiner Magisterarbeit voraus und wurde dementsprechend gemeinsam mit Elvira Rosert durchgeführt. Die Gesamtmenge der in die Auswertung einbezogenen Artikel wurde über eine Stichwortsuche bei den drei Zeitungen erstellt. Im Fall des Foltertabus habe ich über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg nach der Wortkombination "*torture AND United States*" gesucht, die sich nicht sinnvoll eingrenzen lies (vgl. S. 376 der Arbeit). Im Falle des nuklearen Tabus umfasste diese Suche die Begriffe "*nuclear taboo*", "*nuclear posture*", "*bunker buster*", "*mini-nukes*", "*nukes*" sowie in manchen Jahrgängen "jahrspezifische" Stichwörter wie "B61-11", "RNEP" und "CTBT" für den von Elvira Rosert ausgewerteten Zeitraum bis Ende 2005. Für den von mir untersuchten Zeitraum bis Ende 2009 habe ich mich entschlossen, mit ähnlich offenen Suchbegriffen, wie in der Folterfallstudie zu suchen, nämlich "*nuclear weapons AND United States*", was die Treffermenge – auch der schließlich in die Analyse einfließender Artikel – nach oben schnellen ließ. Jahresspezifisch habe ich zudem nach den Begriffen "*nuclear weapons AND democracy*" sowie "*nuclear weapons AND responsible nuclear power*" gesucht. Das *Wall Street Journal* war ursprünglich nicht als Basisdokument vorgesehen, wurde aber in der Hoffnung auf Gegenstandspunkte hinzugezogen, nachdem deutlich wurde, dass die drei genannten Zeitungen sich sehr ähnlich – für das nukleare Tabu bzw. für das Folterverbot – positionierten und ProtagonistInnen mit einer eher tabukritischen Meinung verhältnismäßig selten direkten Raum boten, sondern diese vielmehr lediglich im Abdruck der sich von ihnen abgrenzenden Positionen vorkamen. Da sich zum Zeitpunkt der Einbeziehung des WSJ die Zeiträume der breiten Debatten relativ deutlich abzeichneten, habe ich es für ausreichend erachtet, seine Auswertung auf die Jahre 2001-2009 zu beschränken.

<sup>584</sup> Keller, Reiner 2004: Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen, Opladen, S. 93. Vgl. für das Folgende auch S. 96f.

Autorin abgrenzt und (i) mit welchen Prämissen oder Hinweisen auf bestimmte Sachverhalte ein Argument gestützt wird.

Die meisten der zuletzt aufgeworfenen Fragen könnten wir nicht ohne die Kenntnis dessen beantworten, wie die oben angeführten Akteure im politischen System der USA zueinander stehen und welche Rolle den Medien in den Vereinigten Staaten zukommt. Im folgenden Kapitel soll deshalb ein kurzer Überblick über das politische System der USA gegeben werden.



## 4. Hintergrund: die innenpolitische Konstellation in den USA<sup>585</sup>

*“Wer die amerikanische Verfassung untersucht, findet, daß es sich in Wahrheit nicht um eine Verfassung handelt, sondern um eine Charta der Anarchie. Sie ist keine Regierungsordnung, sondern eine Garantie dafür, daß das amerikanische Volk niemals regiert werden kann. Und das ist genau das, was die Amerikaner wollen.”*<sup>586</sup>

Im Folgenden soll ein Überblick über die wichtigsten politischen Akteure der USA und deren komplexes Zusammenspiel gegeben werden, wobei der Schwerpunkt auf letzterem liegen wird, um das Nachvollziehen der in den beiden Fällen analysierten Dynamiken zwischen den wichtigsten Gruppen und Individuen zu erleichtern. Aus dem gleichen Grund ist die kurze Darstellung auf die für meine Analyse zentralen Akteure fokussiert; eine vollständige Aufzählung der in den politischen Prozess involvierten Gruppen und Institutionen scheint für meine Zwecke ebenso nebensächlich,<sup>587</sup> wie historische oder ideengeschichtliche Herleitungen, die höchstens im zusammenfassenden Schlusskapitel zur politischen Kultur der USA eine größere Rolle spielen könnten.

### 4.1 Stellung und Zusammenspiel staatlicher politischer Institutionen

Die hier aufgeführten Institutionen umfassen den US-Präsidenten, den Kongress, die US-Administration, den *Supreme Court* und die (beiden großen) Parteien.<sup>588</sup> Mit Ausnahme der Parteien und der Administration, deren zentrale Stellung sich erst im 20. Jh. herausgebildet hat, wurden diese Akteure von den Verfassungsvätern durch das komplexe System der *checks and balances* miteinander verbunden, welches Neustadt als “*separated institutions sharing powers*” beschreibt.<sup>589</sup> Einer institutionellen Gewaltentrennung steht das funktionale Verhältnis einer Gewaltenschränkung gegenüber. Ziel dieser noch klareren Gewaltentrennung, als sie in vielen moderneren Demokratien zu finden ist, war es, “*das amerikanische Regierungssystem als Antipode eines omnipotenten Staates*” zu konzipieren.<sup>590</sup>

#### 4.1.1 Der Präsident

Der Präsident der Vereinigten Staaten ist die zentrale Figur des politischen Lebens. Aufgrund des präsidentialen Regierungssystems muss er sich keine Kompetenzen mit einem (von der Legislative bestimmten) Regierungschef teilen, sondern ist als alleinige “Spitze” der Exekutive der durch den Kongress repräsentierten Legislative gegenübergestellt. Welche Machtbefugnisse einem Präsidenten tatsächlich zukommen, ergibt sich in einem

<sup>585</sup> Das folgende Kapitel stellt eine aktualisierte Fassung der Übersicht zum politischen System der USA meiner Magisterarbeit dar.

<sup>586</sup> Bernhard Shaw 1932 bei einem Vortrag in der Metropolitan Opera, zitiert in: von Uthmann, Jörg 1988: Volk ohne Eigenschaften. Amerika und seine Widersprüche, Stuttgart, S. 20.

<sup>587</sup> Vernachlässigt wird v. a. die bundesstaatliche Ebene der USA, da für mich in erster Linie nationale Institutionen und nicht an einzelne Bundesstaaten gebundene zivilgesellschaftliche Akteure relevant sind, sich das beobachtete Geschehen also auf die Hauptstadt konzentriert.

<sup>588</sup> Letztere bezeichnen sich zwar selbst häufig als private Vereine, gehören nach Ansicht des *Supreme Court* jedoch zur öffentlichen Sphäre. Vgl. Fraenkel, Ernst 1981: Das amerikanische Regierungssystem. Eine politologische Analyse, Braunschweig, S. 56.

<sup>589</sup> Neustadt, Richard E. 1980 [1960]: *Presidential Power*, New York, S. 33.

<sup>590</sup> Fraenkel, Ernst 1981: Das amerikanische Regierungssystem. Eine politologische Analyse, Braunschweig, S. 167.

“Tauziehen” mit dem Kongress, da die Reichweite der Kompetenzen des Präsidenten gegenüber dem Kongress weder in der Verfassung des Landes abschließend geklärt werden,<sup>591</sup> noch der *Supreme Court* in dieser Frage Entscheidungen getroffen hat, die über Einzelfälle hinausgegangen wären:

“Die Grenze zwischen den Kompetenzen des Kongresses und des Präsidenten ist ungenau definiert und fließend; sie ergibt sich weitgehend aus dem politischen Kräftefeld und unterliegt damit dem historischen Wandel.”<sup>592</sup>

Das momentan zunehmende Gewicht des Präsidenten in diesem “Tauziehen” lässt sich v. a. auf seine verstärkten gesetzgeberischen Aktivitäten sowie auf seine vor dem Hintergrund zunehmender Interdependenzen bedeutender werdenden außen- und sicherheitspolitischen Kompetenzen zurückführen. Nach der US-Verfassung sind gesetzgeberische Aktivitäten des Präsidenten überhaupt nicht vorgesehen,<sup>593</sup> doch erwartet mittlerweile auch die Legislative, dass er seiner Funktion als *chief legislator* gerecht wird, indem er Gesetzesentwürfe entweder den Vorsitzenden des Kongresses zuleitet und um deren Diskussion bittet oder, was häufiger der Fall ist, Gesetzesvorlagen über ihm nahe stehende Abgeordnete ins Parlament einbringen lässt.<sup>594</sup> Allerdings passieren längst nicht alle präsidentiellen Gesetzesinitiativen tatsächlich den Kongress, die “Erfolgsrate” dieser Vorlagen schwankte vielmehr von Präsident zu Präsident zwischen 50% und 90%.<sup>595</sup>

Im Hinblick auf die Verteilung außenpolitischer Kompetenzen lässt sich die Verfassung recht eindeutig zugunsten eines größeren Einflusses des Präsidenten auslegen.<sup>596</sup> Dennoch gibt es auch hier eine “*zone of twilight*”,<sup>597</sup> in die insbesondere das Recht des Präsidenten, internationale Verträge zu zeichnen, Entscheidungen über Einsätze der US-Streitkräfte sowie Notstandsregelungen fallen – was angesichts der im 20. Jh. rapide gestiegenen außenpolitischen Bedeutung der USA immer wieder zu Streitfällen geführt hat.<sup>598</sup> Die *treaty power* des Senats, nach der dieser der Verabschiedung eines internationalen

<sup>591</sup> Der allgemeine Kompetenzbereich des Präsidenten wird jedoch in Art. II der US-Verfassung abgesteckt. Online unter: <[http://www.archives.gov/exhibits/charters/constitution\\_transcript.html](http://www.archives.gov/exhibits/charters/constitution_transcript.html)>, rev. 02.02.2012.

<sup>592</sup> Jäger, Wolfgang 2007: Der Präsident, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 129-170, hier S. 129.

<sup>593</sup> Vgl. Art. I, Abschnitt 1 der Verfassung der Vereinigten Staaten: “*All legislative Powers herein granted shall be vested in a Congress of the United States, which shall consist of a Senate and House of Representatives.*” Online unter: <[http://www.archives.gov/exhibits/charters/constitution\\_transcript.html](http://www.archives.gov/exhibits/charters/constitution_transcript.html)>, rev. 02.02.2012.

<sup>594</sup> Vgl. Jäger, Wolfgang 2007: Der Präsident, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 129-170, hier S. 147. Als gesetzliche Grundlage dieses Vorgehens wird das Instrument der *State of the Union Address* bemüht, mittels derer der Präsident laut Verfassung dem Kongress die Gesamtlage der Nation vor Augen führen und Gesetzesinitiativen anregen sollte.

<sup>595</sup> Die mitunter niedrige Quote erklärt sich auch durch den Umstand, dass der Präsident sich in der Regel nicht auf die Unterstützung aller Abgeordneten seiner Partei verlassen kann, vgl. S. 146 der Arbeit. Weil die Abgeordneten sich der hohen Legitimität eines neu gewählten Präsidenten bewusst sind, bringt dieser besonders wichtige und umstrittene Gesetzesvorhaben meist zu Beginn einer Amtszeit ein (sog. *first hundred days*-Prinzip).

<sup>596</sup> So stellte der *Supreme Court* 1936 fest, dass “*the President [i]s the sole organ of the federal government in the field of international relations – a power which does not require as a basis for its exercise an act of Congress.*”, was den Kongress aber nicht von der Kontrolle solcher Handlungen ausschließen soll. Entscheidung *United States v. Curtiss-Wright Export Corporation* (299 U.S. 304).

<sup>597</sup> So formulierte es der *Supreme Court* 1952 in einem Gutachten über das Verhältnis von Präsident und Kongress: Fall *Youngstown Sheet & Tube Co. v. Sawyer* (343 U.S. 579).

<sup>598</sup> So brach der erste Streit über die Frage, wer befugt sei, den Kriegseintritt oder die Neutralität der USA zu entscheiden, bereits 1793 zwischen Hamilton und Madison aus. Bis heute sind die US-Streitkräfte über 100 Mal von Präsidenten eingesetzt worden, ohne auf eine Kriegserklärung des Kongresses zu warten

Vertrages mit Zweidrittelmehrheit zustimmen muss, wird schon länger als Fehlkonstruktion der Verfassung angesehen.<sup>599</sup> Die Handhabung des Präsidenten, diese Regelung mit Hilfe sog. *executive agreements*, die Verträgen in ihrer völkerrechtlichen Wirkung gleichkommen, jedoch dem Kongress nicht vorzulegen sind, zu umgehen, wird aber ebenfalls heftig kritisiert.<sup>600</sup>

Verfassungsrechtlich vorgesehen war dagegen das Recht des Präsidenten, gegen Gesetze des Kongresses ein Veto einzulegen, welches nur von einer Zweidrittelmehrheit beider Parlamentskammern außer Kraft gesetzt (*overruled*) werden kann (was äußerst selten der Fall ist). Allerdings kann ein Gesetz nur als Ganzes vom Präsidenten zurückgewiesen werden, weshalb der Kongress in wichtige Vorlagen sog. *riders*, also wichtige Bestimmungen, einbaut, die dem Präsidenten eine Zurückweisung des Gesetzes erschweren sollen.<sup>601</sup> Solche *riders* spielten insbes. in meiner Fallstudie zum nuklearen Tabu eine große Rolle, bei der es zu einem monatelangen Tauziehen zwischen US-Kongress und Präsident Bush um das sog. *McCain Amendment* kam.<sup>602</sup>

Die Möglichkeit, Druck auf das Parlament auszuüben, indem es ihm mit Auflösung droht, ist dem amerikanischen Staatsoberhaupt aber verwehrt, während das Parlament zumindest da Recht hat, den Präsidenten im Rahmen eines Gerichtsverfahrens (*impeachment*) wegen vermuteter Amtsvergehen anzuklagen.<sup>603</sup>

Die dennoch insgesamt starke Stellung des Präsidenten gegenüber den Kongressabgeordneten leitet sich aber nicht nur aus seinem Vetorecht, sondern v. a. aus seiner Position als einziger vom gesamten Volk gewählter Politiker ab.<sup>604</sup> Aufgrund dieser

---

(darunter der Kriegsbeginn gegen den Irak 2003). Vgl. Jäger, Wolfgang 2007: Der Präsident, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 129-170, hier S. 154.

<sup>599</sup> Vgl. Jäger, Wolfgang 2007: Der Präsident, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 129-170, hier S. 156.

<sup>600</sup> Mit zwei *Case Acts* aus den Jahren 1972 und 1977 verpflichtete der Kongress zunächst nur den Präsidenten, dann aber auch alle anderen Exekutivbehörden, beide Kammern des Parlaments innerhalb eines bestimmten Zeitraumes zumindest über die Unterzeichnung solcher Abkommen zu informieren. Allerdings wird dies seitens der Exekutive nicht immer eingehalten.

<sup>601</sup> Vgl. Jäger, Wolfgang 2007: Der Präsident, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 129-170, hier S. 150.

<sup>602</sup> Vgl. S. 291ff. der Arbeit.

<sup>603</sup> Dabei beschließt "das Repräsentantenhaus mit einfacher Mehrheit über die Erhebung der Anklage, während der Senat unter dem Vorsitz des Chief Justice des Obersten Bundesgerichts als Gericht fungiert." Jäger, Wolfgang 2007: Der Präsident, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 129-170, hier S. 137, Herv. i. Org. Um einen Präsidenten zu verurteilen, bedarf es einer Zweidrittelmehrheit.

<sup>604</sup> Bekanntermaßen wird der Präsident auf vier Jahre, mit der Möglichkeit einer einmaligen Wiederwahl gewählt – jedoch nicht direkt, sondern über Wahlmänner. Das heutige Wahlsystem war in der Verfassung nicht vorgesehen und unterstreicht einmal mehr den Kompetenzverlust des Kongresses gegenüber dem Präsidenten: Eigentlich war man davon ausgegangen, dass sich wesentlich mehr (da nicht durch Parteien vorgekürte) Kandidaten zur Wahl stellen würden und eine absolute Mehrheit für einen Kandidaten deshalb unwahrscheinlich sei. In diesem Fall obliegt es dem Repräsentantenhaus, einen der drei Kandidaten mit den meisten Stimmen zum Präsidenten zu ernennen, was allerdings seit 1824 nicht mehr der Fall war. Als Präsidentschaftskandidat kann sich nur aufstellen lassen, wer in den USA geboren und mindestens 35 Jahre alt ist sowie seit mindestens 14 Jahren in den USA lebt. Eine Änderung dieser in Art. II der US-Verfassung niedergelegten Regelung (für Arnold Schwarzenegger) ist derzeit nicht in Sicht. Vgl. Jäger, Wolfgang 2007: Der Präsident, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 129-170, hier S. 131f. bzw. <[http://www.archives.gov/exhibits/charters/constitution\\_transcript.html](http://www.archives.gov/exhibits/charters/constitution_transcript.html)>, rev. 02.02.2012.

Machtfülle des Präsidenten kommt seiner Persönlichkeit und seinem Amtsführungsstil ein großes Gewicht zu, wie sich gerade am Wechsel von Präsident Bush zu Präsident Obama während meines Untersuchungszeitraums feststellen ließ.

#### 4.1.2 Kongress

Die Abgeordneten des amerikanischen Zweikammerparlaments,<sup>605</sup> des Kongresses, verteilen sich auf das Repräsentantenhaus, dessen Mitglieder in 435 Wahlkreisen mit vergleichbaren Einwohnerzahlen auf zwei Jahre gewählt werden und den 100-köpfigen Senat, der mit je zwei für sechs Jahre gewählten Senatoren aus jedem Bundesstaat besetzt ist, wobei alle zwei Jahre ein Drittel der Senatoren neu bestimmt wird.<sup>606</sup> Bis auf den Vizepräsidenten, der den Vorsitz im Senat innehat (dort als *president officer* aber nur in Patt-Situationen Stimmrecht besitzt) darf kein Vertreter der Exekutive Kongressmitglied sein. Die einzelnen Fraktionen werden durch *majority* bzw. *minority floor leaders* angeführt, welche durch sog. *whips*, die die Abgeordneten zur "richtigen" Stimmabgabe drängen, unterstützt werden.<sup>607</sup> Zum Sprecher (*speaker*) des Repräsentantenhauses und gleichzeitig zum Parlamentspräsidenten wird meist der dortige Vorsitzende der Mehrheitsfraktion ernannt.

Zwar hat die US-amerikanische Legislative ihre überragende Stellung beim Einbringen von Gesetzesentwürfen verloren, doch werden in ihren zahlreichen Ausschüssen und Unterausschüssen nahezu alle der ca. 9.000 Vorhaben pro Legislaturperiode ausgearbeitet – oder, was noch häufiger der Fall ist, zum Scheitern gebracht.<sup>608</sup>

"Mit der Zeit hat sich eine Art Spezialisierung herausgebildet: Der Präsident kümmert sich als Hauptgesetzgeber um das Ganze, der Kongreß um die Teile. Der Präsident drückt das nationale Interesse aus, der Kongreß die Interessen der Einzelstaaten, Kommunen und Gruppeninteressen."<sup>609</sup>

Diese starke Berücksichtigung von Einzelinteressen bringt jedoch die Gefahr einer "Atomisierung" der Arbeit des Kongresses, die auch in der immer stärkeren Unterteilung in immer mehr Ausschüsse begründet liegt. Eine 1995 durchgeführte Parlamentsreform sollte dem zwar entgegenwirken,<sup>610</sup> dennoch ist der Gesetzgebungsprozess auch weiterhin maßgeblich von der Arbeit in den insgesamt 37 ständigen Parlamentsausschüssen gekennzeichnet (was den Einfluss des Kongresses gerade in außenpolitischen Fragen

<sup>605</sup> Die Abgeordneten bezeichnen ihr Legislativorgan allerdings nicht als "Parlament", da hierunter im Anschluss an das britische, parlamentarische Regierungssystem ein Organ verstanden wird, dass die Regierung wählen und abberufen kann. Vgl. Haas, Christoph M./Steffani, Winfried/Welz, Wolfgang 2007: Der Kongreß, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang: Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 99-128, hier S. 99.

<sup>606</sup> Vgl. Haas, Christoph M./Steffani, Winfried/Welz, Wolfgang 2007: Der Kongreß, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang: Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 99-128, hier S. 102f.

<sup>607</sup> Vgl. Lösche, Peter 2007: Die politischen Parteien, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 289-325, hier S. 317.

<sup>608</sup> Hübner spricht von 19 von 20 Gesetzesinitiativen, die bereits in Ausschüssen verworfen werden. Vgl. Hübner, Emil 2003: Das politische System der USA. Eine Einführung, München, S. 118. Allerdings können die Plenen der beiden Kammern unter bestimmten Voraussetzungen die Weiterleitung von solchen *killed in committee*-Gesetzesentwürfen erzwingen.

<sup>609</sup> Sundquist, James L. 1981: The Decline of Resurgence of Congress, Washington D.C., S. 153, zitiert nach Jäger, Wolfgang 2007: Der Präsident, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 129-170, hier S. 153.

<sup>610</sup> Die Reform konnte jedoch nicht verhindern, dass sich weiterhin informelle Gruppen (sog. *caucuses*) zur Diskussion spezifischer Sachthemen herausbildeten.

schmälert, da die gesetzgeberische Arbeit hier zwischen je drei Ausschüssen in Senat und Repräsentantenhaus und 24 bzw. sogar 37 Unterausschüssen sowie mehreren informellen Gruppen aufgeteilt ist).<sup>611</sup> Sogar das Plenum wird als Ausschuss, „*Committee of the Whole House*“, bezeichnet.<sup>612</sup>

Beim Gesetzgebungsprozess sind beide Kammern des Kongresses gleichberechtigt. Haben beide Häuser ein Gesetz mit jeweils einfacher Mehrheit beschlossen, muss es „nur noch“ vom Präsidenten unterzeichnet werden. Ein unterschiedliches Abstimmungsergebnis in Repräsentantenhaus und Senat (was recht häufig vorkommt), macht die Einschaltung eines mit Experten beider Häuser besetzten *conference committee* nötig, dessen Kompromissvorschlag noch einmal von beiden Kammern bestätigt werden muss. Neben den üblichen Bundesgesetzen (*acts*) können die beiden Parlamentskammern auch *joint resolutions*, gemeinsame Beschlüsse mit der Wirkung eines Bundesgesetzes, verabschieden.<sup>613</sup> Eine besondere Stellung im Gesetzgebungsprozess nimmt die Verabschiedung des Haushaltes ein, der, wie andere Gesetze auch, in Ausschüssen so detailliert ausgearbeitet wird, dass der Kongress hierüber wichtige politische Steuerungsfunktionen – gerade auch in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik – ausüben kann, was bei den von mir untersuchten Fällen vielfach zu Konflikten mit dem US-Präsidenten führte.<sup>614</sup>

Neben der Verabschiedung eines detaillierten Haushalts hat sich im Blick auf meine Fallstudien v.a. zwei weitere Rechte des Kongresses als wichtig erwiesen: Erstens das Recht, über Personalfragen der Administration abzustimmen und die vom Präsidenten vorgeschlagenen KandidatInnen zuvor eingehend zu befragen (was im Fall des Folterverbots immer wieder wichtige Befragungen von hochrangigen, in den Folterskandal verwickelten Personen ermöglichte) und zweitens das Recht, internationale Verträge zu ratifizieren (was sich für die nukleare Abrüstungspolitik Barack Obamas als äußerst hinderlich erwies; der internationale Teststoppvertrag wurde beispielsweise nicht einmal zur Abstimmung vorgelegt).

Erstaunlicherweise wird nicht nur der US-Präsident als vergleichsweise mächtig, sondern auch der Kongress als eines der stärksten Parlamente in der Welt bezeichnet.<sup>615</sup> Dies hängt mit der Unabhängigkeit der Kongressabgeordneten von anderen politischen Akteuren, v. a. von ihrer Partei sowie vom Präsidenten (Stichwort: starke Gewaltentrennung) zusammen: Weil der Kongress nicht, wie in typisch parlamentarischen

---

<sup>611</sup> Beide Kammern verfügen über einen Ausschuss zu *Foreign* bzw. *International Relations* und *Armed Services* sowie einen für die Arbeit der Geheimdienste zuständigen. Vgl. Dittgen, Herbert 2007: Präsident und Kongreß im außenpolitischen Entscheidungsprozeß, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 395-419, hier S. 406.

<sup>612</sup> Haas, Christoph M./Steffani, Winfried/Welz, Wolfgang 2007: Der Kongreß, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang: Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 99-128, hier S. 111.

<sup>613</sup> Auch Verfassungsänderungen oder -ergänzungen (*constitutional amendments*), für die eine Zweidrittelmehrheit in beiden Häusern nötig ist, werden in Form von *joint resolutions* verabschiedet.

<sup>614</sup> Dabei ist die Anzahl von Änderungsanträgen, die im Kongress insbesondere bezüglich des seitens der Exekutive vorgeschlagenen Verteidigungshaushalts gestellt wurden, in den letzten Jahren enorm gestiegen. Vgl. Dittgen, Herbert 2007: Präsident und Kongreß im außenpolitischen Entscheidungsprozeß, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 395-419, hier S. 407.

<sup>615</sup> Vgl. Hübner, Emil 2003: Das politische System der USA. Eine Einführung, München, S. 111.

Demokratien, als "Mehrheitsbeschaffer" für Gesetzesvorhaben der Exekutive erhalten muss, da er die Exekutive weder wählt, noch ihr durch die Zustimmung zu Gesetzen ihr Vertrauen ausdrücken muss, wird es der Exekutive auch nicht sofort als Versagen ausgelegt, wenn ihre Gesetzesentwürfe selbst bei günstigen Mehrheitsverhältnissen scheitern.<sup>616</sup> Aufgrund der vergleichsweise geringen Rolle der US-amerikanischen Parteien im politischen System kann auch von Fraktionsdisziplin im Kongress kaum die Rede sein: Als *party vote* gilt heute bereits eine Abstimmung, bei der 50% der Abgeordneten einer Partei gegen die einfache Mehrheit der Mitglieder einer anderen Partei stimmen – und selbst dies ist nur selten der Fall.<sup>617</sup>

Allerdings müssen sich Kongressabgeordnete stark an den in ihrem Wahlkreis bzw. Bundesstaat vorherrschenden Interessen orientieren, da sie nicht über Wahllisten abgesichert sind, wie etwa ein Teil ihrer deutschen Kollegen. Da sie in ihrem Wahlkampf auch nur in geringem Maße von ihrer Partei unterstützt werden, sind sie zudem auf hohe Wahlkampfspenden angewiesen, die Abgeordnete meist von Interessensverbänden erhalten, welche sich eine Gesetzgebung in ihrem Sinne erhoffen (und eine Reihe von Korruptionsskandalen ausgelöst haben).

Nur vor diesem Hintergrund ist zu verstehen, dass für meine beiden Fallstudien maßgebliche Gesetzesvorhaben der US-Präsidenten im Kongress durchfielen. So gelang es etwa George W. Bush aufgrund des Widerstands republikanischer (!) Senatoren nicht, Haushaltsmittel für wichtige nukleare Rüstungsprojekte zu erlangen, während Barack Obama die Finanzmittel für sein Vorhaben, das Gefangenenlager *Guantanamo Bay* (kurz „*Gitmo*“) zu schließen, nicht bewilligt wurden, da viele SenatorInnen fürchteten, die Gefangenen könnten in ihre Bundesstaaten verlegt werden. Gleichzeitig gelang es prominenten SenatorInnen, sich über wichtige Gesetzesvorhaben – wie z.B. das *McCain Amendment* - in einem Maße zu profilieren, wie es den Abgeordneten im Bundestag kaum möglich wäre.

Bei der Kommunikation mit anderen politischen Akteuren kommt den in den Kongressausschüssen durchgeführten *hearings* eine bedeutende Rolle zu. Nicht nur sind 90% der Ausschusssitzungen öffentlich,<sup>618</sup> hier wird Experten, Interessenvertretern und Mitarbeitern der Administration auch dann Rederecht eingeräumt, wenn die Abgeordneten sie nicht selbst eingeladen haben. Zudem besitzen alle ständigen Ausschüsse (seit dem *Legislative Reorganization Act* von 1946) das Recht, jede Person (abgesehen vom Präsidenten) zwecks Vernehmung vorzuladen sowie alle benötigten Akten und sonstigen Unterlagen

---

<sup>616</sup> Haas, Christoph M./Steffani, Winfried/Welz, Wolfgang 2007: Der Kongreß, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang: Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 99-128, hier S. 122.

<sup>617</sup> Vgl. Hübner, Emil 2003: Das politische System der USA. Eine Einführung, München, S. 111. Allerdings weist Lösche darauf hin, dass die Fraktionen seit Beginn der 1990er Jahre wesentlich geschlossener abstimmen, als zuvor, wobei dieser Trend auch durch immer häufigere Treffen innerhalb der Fraktionen verstärkt wird. Vgl. Lösche, Peter 2007: Die politischen Parteien, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 289-325, hier S. 315ff.

<sup>618</sup> Plenumsdebatten dürfen auch im Fernsehen übertragen werden, vgl. Hübner, Emil 2003: Das politische System der USA. Eine Einführung, München, S. 127.

einzusehen.<sup>619</sup> Gerade letzteres Recht wurde von der US-Administration unter George Bush im Fall des Folterskandals häufig missachtet, was unter den Abgeordneten zu großem Unmut führte. Um zu ermöglichen, dass der Kongress auch über die sicherheitstechnisch brisantesten Fragen unterrichtet wird, erstatten die US-Geheimdienste meist nur den beiden *Select Committees on Intelligence* Bericht und ggf. auch nur den wichtigsten VertreterInnen dieser Gremien, was in meiner Fallstudie zum Foltertabu wichtig werden sollte.<sup>620</sup>

#### 4.1.3 Die Administration

Bevor als eigentliche dritte Gewalt der *Supreme Court* vorgestellt wird, soll aufgrund vielfältiger Verfechtungen mit Exekutive und Legislative die Rolle der vielschichtigen (lies: ausufernden) US-Administration diskutiert werden. Hierunter werden sowohl die Mitarbeiter des Präsidenten und der Kongressabgeordneten wie auch die der Ministerien und Behörden verstanden.

Dass die US-Administration wenig hierarchisch gegliedert ist, liegt zum einen an der relativ großen Autonomie der derzeit 15 Ministerien,<sup>621</sup> die häufiger Eigeninteressen als den Vorgaben des Präsidenten zu folgen scheinen.<sup>622</sup> Dies hängt wiederum mit der geringen Rolle des Kabinetts zusammen, das nur zu formalen Anlässen zusammentritt und kaum als Entscheidungsgremium gewertet werden kann.<sup>623</sup> Insbesondere in der Folterfallstudie wirkte sich diese nicht-Kabinetts Struktur doppelt nachteilig aus, da einerseits einzelne Minister in ihren jeweiligen Ministerien bei dem Versuch, Folter zu legitimieren, relativ freie Hand hatten und andererseits Minister, die sich gegen diese Praxis wandten (insbes. der damalige Außenminister Colin Powell) aufgrund des geringen Austauschs leicht von Informationen über das Betreiben ihrer Amtskollegen abgeschnitten werden konnte.

Der Vizepräsident nahm lange Zeit eine untergeordnete Stellung (als Vorsitzender des Senats und evtl. Nachfolger eines aus dem Amt geschiedenen Präsidenten in Wartestellung) ein.<sup>624</sup> Dies hat sich mittlerweile jedoch stark geändert, was während meines

<sup>619</sup> Vgl. Haas, Christoph M./Steffani, Winfried/Welz, Wolfgang 2007: Der Kongreß, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang: Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 99-128, hier S. 108.

<sup>620</sup> Vgl. S. 307 der Arbeit.

<sup>621</sup> Anzahl und zum Teil auch Zuschnitt der einzelnen Ministerien werden vom Kongress bestimmt. Vgl. Sattar, Majid/Welz, Wolfgang 2007: Verwaltung und Vollzug, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 248f.

<sup>622</sup> Hübner spricht deshalb davon, dass die exekutive Macht zwar nicht zwischen Präsident und Regierungschef, wohl aber zwischen ersterem und seinen Mitarbeitern auf der einen und den Ministerien und der restlichen Bürokratie auf der anderen Seite gespalten sei. Vgl. Hübner, Emil 2003: Das politische System der USA. Eine Einführung, München, S. 130. Allerdings kann der Präsident zur Steuerung und Kontrolle der ihm unterstellten Behörden *executive orders* erlassen, denen teilweise Gesetzeskraft zukommt. Vgl. Sattar, Majid/Welz, Wolfgang 2007: Verwaltung und Vollzug, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 253.

<sup>623</sup> Dies liegt u.a. daran, dass ein Kabinetts in der Verfassung nicht vorgesehen war und bei der Vergabe der "Minister"-Posten v.a. der Parteienproporz und der sog. "egg test" (bezüglich *ethnicity*, *gender* und *geography*, also Herkunft innerhalb der USA) ausschlaggebend sind. Vgl. Jäger, Wolfgang 2007: Der Präsident, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 129-170, hier S. 141.

<sup>624</sup> So hielt es Theodore Roosevelt nicht einmal für nötig, seinen damaligen Vizepräsidenten Harry S. Truman über den Bau der Atombombe zu informieren. Vgl. Hübner, Emil 2003: Das politische System der USA. Eine Einführung, München, S. 133. Heute werden die Vizepräsidenten als wichtiger Teil der

Untersuchungszeitraums v.a. an der Person Dick Cheneys deutlich wurde, der wohl (nicht nur) die Position der US-Regierung in der Folterfrage maßgeblich geprägt hat.

Zum Anderen liegt der recht unübersichtliche Aufbau der Administration darin begründet, dass der Kongress der Ernennung eines Großteils des Spitzenpersonals zustimmen muss<sup>625</sup> und die US-Präsidenten entsprechend versucht haben, daneben eigene, unabhängige Gremien zu etablieren. Das *Executive Office of the President* (EOP), an dessen Spitze meist ein recht einflussreicher *Chief of Staff* steht, nimmt hier eine hervorgehobene Stellung ein.<sup>626</sup> Die insgesamt ca. 2.000 ohne Zustimmung des Kongresses berufenen Mitarbeiter des EOP sollen eigentlich den persönlichen Stab des Präsidenten bilden. Die schiere Größe dieses eine Vielzahl von Kompetenzbereichen abdeckenden "Parallelministeriums" macht es allerdings fraglich, ob das EOP seinem ursprünglichen Zweck, nämlich dem Präsidenten die effiziente Durchsetzung von Gesetzesvorgaben zu erleichtern, noch gerecht werden kann. Unter den US-Präsidenten ergab sich deshalb die Tendenz, nicht mehr als EOP als Ganzes als persönlichen Stab anzusehen, sondern sich verstärkt auf die Mitarbeiter des *White House Office* zu verlassen, welches zwar in das EOP eingegliedert ist, jedoch jederzeit nach den Wünschen des Präsidenten umgestaltet werden kann.<sup>627</sup> Dagegen ist der Aufbau der anderen, größtenteils vom Kongress mitbestimmten Gremien des EOP festgelegt. Hierunter fallen als wichtigste Organe das *Office of Management and Budget*, welches als "Oberbehörde" gilt, da es Haushaltsvorlagen für die Ministerien erstellt und deren Einhaltung kontrolliert und der *Council of Economic Advisors*, der den Präsidenten in wirtschaftspolitischen Fragen berät. Früher war auch das *Office of Homeland Security* Teil des EOP, nach den Anschlägen vom 11. September 2001 wurde es jedoch aus dem EOP herausgelöst und in das eigenständige *Department of Homeland Security* (DHS) umgewandelt, in welchem zudem mehr als 40 kleinere Behörden, die in verschiedenen Bereichen der Landesverteidigung tätig gewesen waren, zusammengefasst wurden.<sup>628</sup>

Weiterhin im EOP angesiedelt ist dagegen der vom Kongress geschaffene *National Security Council* (NSC). Neben dem vom Präsidenten direkt ernannten *National Security Advisor*, der als "ehrllicher Makler" zwischen den verschiedenen außenpolitischen Stimmen der Administration vermitteln soll, gilt der NSC als wichtigstes Beratungsgremium des Präsidenten für außen- und sicherheitspolitische Fragen.<sup>629</sup> Neben Präsidenten und Vizepräsidenten nehmen Außen- und Verteidigungsminister und in beratender Funktion

---

Administration angesehen, deren Nominierung auch eine wichtige Rolle im Wahlkampf zukommt. Vgl. Jäger, Wolfgang 2007: Der Präsident, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 129-170, hier S. 159.

<sup>625</sup> Besonders im Fall der Ernennung von Ministern ist der Präsident zudem häufig dem Druck von Interessensverbänden und Wahlkampfsponsoren ausgesetzt.

<sup>626</sup> Das EOP besteht in ganz unterschiedlichen Formen seit 1939, zuvor hatte der Präsident lediglich ca. 40 engere Mitarbeiter.

<sup>627</sup> Vgl. Jäger, Wolfgang 2007: Der Präsident, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 129-170, hier S. 143.

<sup>628</sup> Vgl. Jäger, Wolfgang 2007: Der Präsident, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 129-170, hier S. 141.

<sup>629</sup> Dittgen, Herbert 2007: Präsident und Kongress im außenpolitischen Entscheidungsprozess, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 394-419, hier S. 401. Der neben dem NSC auch das *Department of Defense* und die CIA schaffende *National Security Act* fand 1947 eine Mehrheit im Kongress, nachdem Roosevelt sich bei außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungen vermehrt auf *Ad-hoc*-Beratungsgremien verlassen hatte, was dem Kongress ein Nachvollziehen der Entscheidungsprozesse erschwerte. Vgl. Hübner, Emil 2003: Das politische System der USA. Eine Einführung, München, S. 133.



die *Joint Chiefs of Staff* (JCS) sowie der Direktor der *Central Intelligence Agency* (CIA) an den Sitzungen teil.<sup>630</sup>

Der Außenminister wurde lange Zeit lediglich mit der Umsetzung der von Sicherheitsberater und NSC gefällten Entscheidungen betraut. Erst in letzter Zeit gewann das *Department of State* (DOS) das für US-amerikanische Ministerien übliche Eigengewicht. Die Arbeit des Ministers wird hier von dessen Stellvertreter, einem *Counselor* und vier *Under Secretaries* unterstützt, die je ein Ressort leiten.

Wesentlich schwerer wiegt jedoch der Einfluss des *Department of Defense* (DOD) als „prinzipielle[m] Berater des Präsidenten in allen die nationale Sicherheit betreffenden Fragen.“<sup>631</sup>

Dem mit mehr als zwei Mio. Beschäftigten größten Arbeitgeber des Bundes stehen etwa siebzehn Prozent des Haushalts der USA zur Verfügung, was ihn zum wichtigsten öffentlichen Auftraggeber für die private Wirtschaft macht.<sup>632</sup> Neben dem Büro des Verteidigungsministers (*Office of the Secretary of Defense*), das koordinierend tätig ist, unterteilt sich das DOD in die Departments der Teilstreitkräfte, die *Joint Chiefs of Staff*, die das Militär vertreten sowie den *Armed Forces Policy Council*, der den Verteidigungsminister berät. Für sämtliche Waffenbeschaffungsprogramme einschließlich der Entwicklung und Produktion, ist der *Under Secretary for Acquisition, Technology and Logistics* zuständig, dem in der Fallstudie zum nuklearen Tabu eine wichtige Rolle zukommt.<sup>633</sup> Der *Attorney General*, dem v.a. in meiner Fallstudie zur Erosion des Folterverbots eine wichtige Rolle zukam, vereinigt die Ämter des Justizministers, also *Secretary* des *Department of Justice* und des Generalstaatsanwalts in sich. Er gilt auch als oberster Rechtsberater der Regierung insbes. in sicherheitsrelevanten Fragen; er soll also vorab einschätzen, ob das Regierungshandeln (z.B. in Bezug auf eine Legalisierung bestimmter Verhörpraktiken) gesetzeskonform oder unrechtmäßig ist. Selbstverständlich schreibt der *Attorney General* nicht all dieser regierungsinternen Rechtsgutachten, die häufig auch als Memoranden, kurz *memos*, bezeichnet werden, selbst. Vielmehr stehen ihm hierfür die MitarbeiterInnen *Office of Legal Council* (OLC) zur Verfügung, welches als extrem mächtig angesehen wird, da ihm die letzte Entscheidung, welche Handlungen der Präsident und die Administration legal ausführen dürfen – und welche nicht. Aufgrund dieser Machtbefugnis ist es bereits als „*mini Supreme Court*“ bezeichnet worden, wobei seine „Urteile“ selbstverständlich nicht öffentlich sind.<sup>634</sup> Innerhalb des präsidentialen Umfeldes stellt der *White House Council* ein kleineres, jedoch aufgrund seiner Nähe zum Präsidenten ebenfalls wichtiges Büro zur Rechtsberatung des Präsidenten dar. Beide Institutionen arbeiten eng zusammen, was auch an der heftig

<sup>630</sup> Größe und Einflussreichtum der außen- und sicherheitspolitischen Institutionen der Exekutive sind v. a. dem Kalten Krieg geschuldet, während dessen der auf eine schnelle Reaktionsmöglichkeit des Präsidenten zugeschnittene Apparat ausgebaut und institutionalisiert wurde.

<sup>631</sup> Dittgen, Herbert 2007: Präsident und Kongreß im außenpolitischen Entscheidungsprozeß, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 394-419, hier S. 403.

<sup>632</sup> Vgl. Dittgen, Herbert 2007: Präsident und Kongreß im außenpolitischen Entscheidungsprozeß, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 395-419, hier S. 403.

<sup>633</sup> Vgl. Dittgen, Herbert 2007: Präsident und Kongreß im außenpolitischen Entscheidungsprozeß, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 395-419, hier S. 404.

<sup>634</sup> Klaidman, Daniel/Thomas, Evan/Taylor, Stuart Jr. 2006: Palace Revolt, in: Newsweek, 06.02.2006.

umstrittenen Berufung des in den Folterskandal verwickelten *White House Counsel* Alberto Gonzales zum *Attorney General* deutlich wurde.<sup>635</sup>

Immer noch recht unabhängig arbeitet die CIA, obwohl ihre Handlungsfreiheit durch den *Intelligence Oversight Act* 1980 vom Kongress begrenzt wurde.<sup>636</sup> Entgegen ihrem Ruf umfasst die Arbeit der CIA nur zu einem sehr geringen Teil geheime *covert operations*; aus den dort analysierten Daten über Vorgänge in aller Welt erstellt sie vielmehr politische Analysen und Handlungsempfehlungen für die Regierung. Allerdings ist davon auszugehen, dass nicht immer alle *covert actions*, die im Unterschied zur typischen Spionage nicht nur Informationen über ein Land beschaffen, sondern dieses direkt beeinflussen sollen (etwa durch Kursänderung der Regierung oder Änderung der Regierungsspitze selbst), bekannt werden, da meist nur wenige Mitarbeiter eines Geheimdienstes über solche Aktivitäten informiert sind. Neben der CIA hat auch das DOD häufiger *covert operations* ins Leben gerufen und oftmals von eigenen Spezialeinheiten ausführen lassen, obwohl gesetzlich eigentlich nur die CIA zu diesen Geheimaktionen ermächtigt ist. Geleitet wird die CIA vom *Director of Central Intelligence*, dem früher auch die Aufgabe oblag, die Arbeit der anderen Geheimdienste zu koordinieren (namentlich diejenigen der Ministerien für Äußeres, Verteidigung, Energie und Finanzen sowie des für die Inlandsaufklärung zuständigen *Federal Bureau of Investigation* (FBI)). Das FBI wird zwar weithin zum Kreis der US-Geheimdienste gezählt, nimmt jedoch v.a. Aufgaben polizeilicher Ermittlungen und Strafverfolgung wahr, wenn in diesen Feldern die Überschreitung von Landesgrenzen *innerhalb* der USA nötig ist. Der Unterschied zwischen dem eher auf die Verfolgung begangener Verbrechen und deren strafrechtliche Aufarbeitung ausgerichteten FBI und der eher proaktiv, auf internationale Gefahrenabwehr ausgerichteten CIA wurden im Verlauf der Erosion des Folterverbots besonders deutlich.<sup>637</sup> Nach den Pannen im Vorfeld der Anschläge vom 11. September 2001 wurde das Amt des *Director of National Intelligence* geschaffen, der die schwierige Mission hat, die Abstimmung unter den vormals oft konkurrierenden Geheimdiensten und ihren Unterabteilungen zu verbessern, was jedoch nicht immer gelingt (wie in der Auseinandersetzung um Verhörmethoden zu sehen sein wird).<sup>638</sup> Im Gegensatz zur nachgewiesenen Verwicklung der drei genannten Geheimdienste in die Erosion des Folterverbots, ist die *National Security Agency* in dieser Frage bisher nicht in Erscheinung getreten. Dies muss jedoch nicht heißen, dass es hier keine Berührungspunkte gab, denn die Mitarbeiter dieses bedeutendsten Geheimdienstes der USA (wenn nicht der Welt) sind noch weit stärker um Geheimhaltung bemüht, als ihre inneramerikanischen Kollegen. Dass der Präsident selbst den Überblick über die Aktivitäten der amerikanischen Geheimdienste behält, soll das *Intelligence Oversight Board* garantieren, das dem *Foreign Intelligence Advisory Board* des Präsidenten zugeordnet ist.

---

<sup>635</sup> Vgl. S. 285 der Arbeit.

<sup>636</sup> Dieser verpflichtet den Präsidenten dazu, den Kongress über alle Geheimdienstaktionen zu informieren. In Fällen äußerster Geheimhaltung ist die Informationspflicht auf die einschlägigen Ausschüsse beschränkt. Vgl. Dittgen, Herbert 2007: Präsident und Kongress im außenpolitischen Entscheidungsprozeß, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 395-419, hier S. 404.

<sup>637</sup> Vgl. S. 269 der Arbeit.

<sup>638</sup> Vgl. Dittgen, Herbert 2007: Präsident und Kongress im außenpolitischen Entscheidungsprozeß, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 395-419, hier S. 405.

#### 4.1.4 Stellung des Supreme Court vor dem Hintergrund des US-amerikanischen Rechtssystems

Der *Supreme Court*, seit 1869 mit einem *chief justice* und acht *associate justices* besetzt,<sup>639</sup> ist der Oberste Gerichtshof der USA und der einzige, der in der Verfassung Erwähnung fand.<sup>640</sup> Nach Art. III, Abschnitt 2 der US-Verfassung und mit Blick auf die an Großbritannien orientierte Rechtstradition des Landes ist allerdings fraglich, ob ihm die Stellung eines Verfassungsgerichtes zukommt.<sup>641</sup> Aus dem britischen *common law*, das sich deutlich vom am Verfassungstext orientierten und damit eher statischen Rechtsbegriff kontinentaleuropäischer Nationen unterscheidet, entwickelte sich in der ehemaligen Kolonie das *case law*, als v. a. von Richtern gesetztes, also auf vorherigen Entscheidungen aufbauendes und damit dynamisches Prinzip der Rechtsfortentwicklung.<sup>642</sup> *Case law* wird von oberen Gerichten geschaffen, während in der Gerichtshierarchie niedrigere Gerichte diese weitreichenden Entscheidungen (*precedents*) zu übernehmen haben (sog. *doctrine of state decisis*). Obere Gerichtshöfe sind an die Rechtsprechung niederer Gerichte gar nicht und an frühere Urteile ihrer eigenen Instanz nur zum Teil gebunden: Da die Verfassung und ähnlich grundlegende Gesetzestexte weniger wortwörtlich genommen werden, als eine Interpretation im Geiste derselben vor dem Hintergrund aktueller Bedürfnisse angestrebt wird, können sich Urteile zu ähnlichen Fällen durchaus widersprechen oder frühere aufheben (*overrule*).<sup>643</sup> Nach dem *case law* wird alles im Rahmen einer Verfassungsinterpretation durch den *Supreme Court* oder oberste Gerichte der Bundesstaaten entwickelte Recht zu einem integralen Bestandteil des amerikanischen Verfassungsrechts (*constitutional law*) und gilt neben dem originalen Verfassungstext und dessen Zusätzen (*amendments*) selbst als oberste Rechtsnorm (*supreme law of the land*).<sup>644</sup>

Auch aufgrund dieses Grundsatzes konzentriert sich US-amerikanisches Verfassungsrecht viel weniger auf festgeschriebene Rechte, die der Staat seinen Bürgern einräumt, zumal es keinen typisch verfassungsrechtlichen "Regelkatalog" gibt, in dem

<sup>639</sup> Da alle Richter auf Lebenszeit ernannt werden, können Präsidenten, in deren Amtszeit besonders viele Neubenennungen fallen, einen großen Einfluss auf die Ausrichtung des Gerichts ausüben. Die vom Präsidenten vorgeschlagenen Kandidaten müssen allerdings vom Senat bestätigt werden. Der oberste Richter erhält zwar ein höheres Gehalt als seine Kollegen, verfügt aber nicht über mehr Rechte. Allerdings übernimmt er mehr formale Aufgaben als seine "Brüder" (*brethren*). Vgl. Shell, Kurt L. 2007: Der Oberste Gerichtshof, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 171-184, hier S. 171.

<sup>640</sup> Vgl. Art. III der US-Verfassung, der mit den Worten beginnt: "*The judicial Power of the United States shall be vested in one supreme Court*", online unter: [http://www.archives.gov/exhibits/charters/constitution\\_transcript.html](http://www.archives.gov/exhibits/charters/constitution_transcript.html), rev. 02.02.2012.

<sup>641</sup> Vgl. Shell, Kurt L. 2007: Der Oberste Gerichtshof, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 171-184, hier S. 174 bzw. Art. II der US-Verfassung, online unter: [http://www.archives.gov/exhibits/charters/constitution\\_transcript.html](http://www.archives.gov/exhibits/charters/constitution_transcript.html), rev. 02.02.2012.

<sup>642</sup> Entsprechend hat einzig das stark französisch geprägte Louisiana eine andersartige bundesstaatliche Rechtstradition.

<sup>643</sup> Vgl. Heun, Werner 2007: Rechtssystem und Gerichtsbarkeit, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 229-245, hier S. 230.

<sup>644</sup> Daneben orientieren sich die Gerichte auch an die in den *Federalist Papers* (unter dem Pseudonym "Publis") veröffentlichten Verfassungskommentaren von James Madison, Alexander Hamilton und John Jay aus den Jahren 1787/1788. Timmermann, Marina 2000: Die Macht kollektiver Denkmuster. Werte, Wandel und politische Kultur in den USA und Japan, Opladen, S. 77.

aufgeführt wäre, was genau staatlichen Autoritäten erlaubt oder verboten ist.<sup>645</sup> Die teilweise sehr unpräzisen Formulierungen der Verfassung (und heute auch deren Alter) haben auch dazu geführt, dass der *Supreme Court* viele Artikel immer neu auslegen musste – was weit leichter ist, als die Verfassung offiziell, d.h. durch den Kongress, präzisieren oder ändern zu lassen.<sup>646</sup> Einem grundlegenden Konzept sieht sich der *Supreme Court* jedoch jederzeit verpflichtet, nämlich der *rule of law*. Im Gegensatz zum kontinentaleuropäischen Rechtsstaatsgedanken stützt sich (nicht nur) das Oberste Gericht also v.a. auf traditionelle Prinzipien der *Gerichtbarkeit*, die in erster Linie die *Habeas Corpus*-Norm<sup>647</sup> und daran anschließend die *due process*-Klausel umfassen und aus denen heraus grundlegendes Recht immer neu geschaffen wird. Aber selbst diese Prinzipien werden aus Angst vor einem “Erstarren” des Rechtssystems nicht genau definiert. Vielmehr sollte den Gerichten in der Auseinandersetzung mit individuellen Fällen die Ausbuchstabierung v. a. der grob als Fairnessprinzip umrissenen *due process*-Klausel überlassen bleiben, wie es *justice* Frankfurter 1951 tat, als er sie als “*Bekennnis zu dem Gedanken einer gerechten Behandlung eines jeden Mitglieds der Rechtsgemeinschaft*” beschrieb.<sup>648</sup>

Vor diesem Hintergrund wurde der *Supreme Court* lange Zeit nicht als primär mit abstrakter Normenkontrolle befasster Verfassungsgerichtshof, sondern vielmehr als oberste Berufungsinstanz für “normale” Streitfälle (sowie einige in der Verfassung spezifizierte Sonderfälle, für die es die erste Instanz darstellt) gesehen. Trotzdem wird der *Supreme Court* als “*einziges Organ, das die politische Diskussion auf die Ebene moralischer, in die Zukunft weisender Probleme zu heben vermag*” angesehen, denn ihm wird das Recht, sich mit verfassungsrechtlich relevanten Gesetzesvorhaben zu beschäftigen, nicht (mehr) abgesprochen.<sup>649</sup> Allerdings kann der *Supreme Court* solchen Fällen mit dem Hinweis, es

<sup>645</sup> Dies schließt an die Locke’sche Staatsphilosophie an, nach der die staatliche Autorität keine originären Rechte besitzt, sondern nur die ausübt, die ihm das Volk zugesteht: “*The government is the trustee of the people.*” Vgl. Fraenkel, Ernst 1981: Das amerikanische Regierungssystem. Eine politologische Analyse, Braunschweig, S. 181. Bezeichnenderweise beinhalten die in der Präambel der amerikanischen Verfassung niedergelegten Freiheitsrechte auch keine Schranken (nicht einmal den Hinweis, dass sie in der Gültigkeit konkurrierender Freiheitsrechte ihre Schranken finden), so dass sie – theoretisch – alle absolut gelten. Auch dies macht eine richterliche Anlehnung *allein* an den Verfassungstext unmöglich. Vgl. Fraenkel, Ernst 1981: Das amerikanische Regierungssystem. Eine politologische Analyse, Braunschweig, S. 192.

<sup>646</sup> Letzteres ist überhaupt erst siebzehn Mal geschehen. Vgl. Shell, Kurt L. 2007: Der Oberste Gerichtshof, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 171-184, hier S. 177.

<sup>647</sup> Dieses “*Prunkstück anglo-amerikanischen Rechtsdenkens*” als genereller Freiheitsgarantie umfasst nach amerikanischem Verständnis auch den im fünften und 14. *Amendment* verbrieften Schutz von Leben und Eigentum der Person, solange nicht in einem fairen Gerichtsprozess (also *due process*) anders entschieden wurde. Fraenkel, Ernst 1981: Das amerikanische Regierungssystem. Eine politologische Analyse, Braunschweig, S. 171.

<sup>648</sup> Zitiert nach Fraenkel, Ernst 1981: Das amerikanische Regierungssystem. Eine politologische Analyse, Braunschweig, S. 171, in Bezug auf den Fall *United States v. Williams* (341 U.S. 58) aus dem Jahr 1951.

<sup>649</sup> Tatsächlich wurden die 1936 zur Klärung der Befugnisse des Gerichts eingeführten Selbstbeschränkungsregeln (*ashwander rules*) bereits öfters übertreten. Der Streit um *judicial self restraint* oder *judicial activism* wurde bereits in den *Federalist Papers* thematisiert. Vgl. Shell, Kurt L. 2007: Der Oberste Gerichtshof, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 171-184, hier S. 180 bzw. S. 175f. Während die eine Seite befürchtet, mit einer “aktiven” Rechtsprechung würde der *Supreme Court* seine rein judikativen Befugnisse überschreiten und dem demokratisch gewählten Präsidenten und Kongress seine Entscheidungen aufoktroieren, berufen sich (meist liberale) Vertreter der anderen Seite insbesondere auf die Bürgerrechte, aus der sie die Forderung nach ihrem aktiven Schutz und ihrer

handele sich um eine sog. *political question*, die zu entscheiden nur genuin politische Institutionen befugt seien, ausweichen.<sup>650</sup> Dies trifft – aus Sicht des Gerichts – besonders häufig auf Fälle aus den Bereichen der Außen- und Sicherheitspolitik zu. Dies mag erklären, warum sich der *Supreme Court* im Fall des nuklearen Tabus gar nicht, im Fall des Folterverbots erst sehr spät einmischte, dann allerdings in einem Fall gegen den damaligen Verteidigungsminister Donald Rumsfeld.<sup>651</sup>

Auch darüber hinaus ist das Gericht befugt, sich die von ihm behandelten Fälle selbst auszusuchen (hierzu ist ein Votum von vier *justices* nötig), wobei es Klagen jeder (juristischen) Person, die *standing* vor Gericht besitzt annehmen oder auch untere Gerichte anweisen kann, wichtige Fälle an das Oberste Gericht abzugeben. Um ein Urteil zu fällen, ist eine Mehrheit von mindestens sechs Richtern (bei verfassungsrechtlichen Entscheidungen sieben) notwendig; überstimmte oder vom Urteil geringfügig abweichende Meinungen (*dissenting* bzw. *concurring opinions*) können in Berichten zum Ausdruck gebracht werden.

#### 4.1.5 Die großen Parteien

Ähnlich wie über die Befugnisse des *Supreme Court* entbrannte noch im 18. Jh. ein Streit über die Rolle von Parteien im amerikanischen Regierungssystem. In der Verfassung waren diese nicht vorgesehen, doch bildeten sich schon unter George Washington erste parteiähnliche Zusammenschlüsse.<sup>652</sup> Erst im 20. Jh. bildete sich jedoch ein System häufigerer Regierungswechsel und oppositioneller Kontrolle zwischen zwei großen Parteien heraus, der eher linken *Democratic Party* und den eher konservativen *Republicans*.<sup>653</sup> Neuere, kleinere Parteien haben sich aufgrund des Mehrheitswahlrechts bisher nicht etablieren können.<sup>654</sup>

Die US-amerikanischen Parteien erfüllen auch heute noch andere und wesentlich geringere Funktionen als ihre „Partnerorganisationen“ in vielen europäischen Ländern:<sup>655</sup> Sie sind lose Interessenbündnisse mit einer von einer vergleichsweise geringen Zahl von Mitarbeitern getragenen, schwach ausgebildeten Struktur, die hauptsächlich zu dem Zweck existieren, bestimmte Kandidaten aufzustellen und für ihre Wahl zu werben:

„Hinter diese Nominierungs-, Wahl- und damit Elitenauswahlfunktion der amerikanischen Parteien treten solche Funktionen deutlich zurück, die im Parteienstaat der Bundesrepublik Deutschland (...) auch heute noch gleichgewichtig im Vordergrund stehen: Aufnahme und Aggregation divergierender gesellschaftlicher und politischer Interessen sowie deren Vermittlung in das politisch-administrative System;

---

Durchsetzung ableiten. Vgl. Hübner, Emil 2003: Das politische System der USA. Eine Einführung, München, S. 158.

<sup>650</sup> Allerdings ist die Reichweite dieses Begriffs nie abschließend geklärt und sehr unterschiedlich angewendet worden. Generell werden meist Fälle als *political question* klassifiziert, die die obersten Richter für politisch (zu) brisant halten oder bei denen eine Einhaltung des politischen Urteils als unwahrscheinlich eingestuft wird. Für weitere Kriterien vgl. Shell, Kurt L. 2007: Der Oberste Gerichtshof, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 171-184, hier S. 180f.

<sup>651</sup> Vgl. S. 296ff. der Arbeit.

<sup>652</sup> Vgl. Hübner, Emil 2003: Das politische System der USA. Eine Einführung, München, S. 63.

<sup>653</sup> Zuvor waren die Demokraten hierzu lange Zeit zu schwach gewesen. Erst die Bedingungen des *New Deal* ermöglichten ihnen, gegenüber den Republikanern aufzuholen.

<sup>654</sup> Deshalb werden die kleineren Parteien, wie etwa die Grünen, an dieser Stelle vernachlässigt.

<sup>655</sup> Vgl. Lösche, Peter 2007: Die politischen Parteien, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 289-325, hier S. 289.

Artikulation von programmatischen Konzeptionen in verschiedenen Politikbereichen sowie Formulierung politischer Alternativen und die politische Bildung der Bürger.“<sup>656</sup>

Von einer Mitwirkung an der politischen Willensbildung des Volkes, wie sie im deutschen Grundgesetz vorgesehen ist, kann also keine Rede sein.<sup>657</sup> Dementsprechend werden amerikanische Parteien auch nicht durch mehr oder weniger elaborierte Parteiprogramme “zusammengehalten”, sondern stellen vielmehr ein “*Sammelbecken der verschiedenartigsten politischen Strömungen*” dar, “*in dem alle denkbaren politischen Schattierungen vertreten sind*”.<sup>658</sup>

Zum zentralen Grundlagenpapier parteipolitischer Arbeit wird damit das Wahlprogramm (*party platform*), das vor Präsidentschaftswahlen auf riesigen Parteitagungen (*national conventions*) verabschiedet wird. Einer inhaltlichen Diskussion können diese *events* kaum dienen, treffen sich hier doch mehr als 2.000 Mitglieder der republikanischen bzw. sogar über 4.000 der demokratischen Partei.<sup>659</sup> Präsidentschaftskandidaten werden darüber hinaus durch Vorwahlen vorgekürt.<sup>660</sup> Solche *primaries* dienen nicht nur dem Zweck, die Aufstellung von Präsidentschaftskandidaten demokratischen Prinzipien zu unterwerfen, sondern werden auch deshalb für nötig erachtet, weil es für die unterschiedlichen Flügel einer Partei zum Teil wichtiger ist, dass ihr Kandidat sich als Anwärter für das Präsidentenamt durchsetzt, als der tatsächliche Wahlsieg (irgendeines) Vertreters ihrer Partei.<sup>661</sup> Dies ließ sich während meines Untersuchungszeitraum besonders deutlich an den republikanischen Präsidentschaftskandidaten bei der Wahl 2008 ablesen, die teilweise völlig konträre Weltanschauungen vertrugen, was sich auch in der Haltung gegenüber den von mir untersuchten Normen widerspiegelte. Daneben ließ sich die geringe Bedeutung der Parteibindung auch daran ablesen, dass Barack Obama mit Robert Gates den republikanischen Verteidigungsministers seines Vorgängers in sein Kabinett übernahm – ein in Deutschland undenkbarer Vorgang. Neben der vielzitierten Hauptfunktion “*a party is to elect*”<sup>662</sup> kümmern sich die Parteien zum Teil auch um die Wahlkampffinanzierung ihrer Kandidaten. Sie selbst können nur geringe Summen zu den mittlerweile mehrere Milliarden US-Dollar “verschlingenden” Wahlkämpfen beitragen, nehmen jedoch einen Teil der privaten Spenden an und verwalten diese Gelder.

<sup>656</sup> Lösche, Peter 2007: Die politischen Parteien, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 289-325, hier S. 289.

<sup>657</sup> Vgl. Art. 21 des Grundgesetzes, online unter: [http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art\\_21.html](http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_21.html), rev. 02.02.2012.

<sup>658</sup> Fraenkel, Ernst 1981: Das amerikanische Regierungssystem. Eine politologische Analyse, Braunschweig, S. 55.

<sup>659</sup> Vgl. Lösche, Peter 2007: Die politischen Parteien, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 289-325, hier S. 295. Bis in die 1980er Jahre organisierten die Demokraten sog. *midterm conventions*, die dem Ziel einer stärkeren inhaltlichen Geschlossenheit der Partei durch hier öffentlich ausgetragenen Zwist aber eher schaden denn dienten.

<sup>660</sup> Das System der *primaries* wurde ab Beginn des 20. Jh. in immer mehr Bundesstaaten eingeführt, um der unter den Wahlmännern weit verbreiteten Korruption, die das demokratische Wahlergebnis stark verzerrte, etwas entgegenzusetzen. Vgl. Jäger, Wolfgang 2007: Der Präsident, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 129-170, hier S. 132.

<sup>661</sup> Vgl. Fraenkel, Ernst 1981: Das amerikanische Regierungssystem. Eine politologische Analyse, Braunschweig, S. 56.

<sup>662</sup> Lösche, Peter 2007: Die politischen Parteien, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 289-325, hier S. 289.

Begründet liegt die Schwäche der Parteien auch in der vergleichsweise großen Unabhängigkeit des Präsidenten, der aufgrund seiner Direktwahl nicht von einer Mehrheit seiner Partei im Kongress abhängig ist, die ihn wählen oder durch Verweigerung der Gefolgschaft stürzen könnte. Die „*Balkanisierung*“<sup>663</sup> insbesondere der unteren Parteiebenen spiegelt sich dagegen im Kongress wider, in dessen Kammern die Fraktionen selten geschlossen (und wenn, dann über Personalfragen) abstimmen.<sup>664</sup>

## 4.2 Stellung und Zusammenspiel zivilgesellschaftlicher Akteure

In diesem Unterkapitel soll die Rolle von Interessengruppen, worunter auch die für meine Analyse bedeutenden *think-tanks* gefasst werden, die der breiten Öffentlichkeit und der Medien als (nicht uneigennütziger) Mittler zwischen allen beschriebenen Akteuren beleuchtet werden. Generell ist zu sagen, dass die hier aufgeführten zivilgesellschaftlichen Akteure vergleichsweise nah an der politischen Sphäre agieren, was mit der stark professionierten Einwirkung dieser Gruppen auf amerikanische Politik zusammenhängt. Nicht nur bieten politische Aushandlungsprozesse in den USA eine Vielzahl sog. *points of access*, in denen zivilgesellschaftliche Gruppen ihre Interessen und Meinungen einbringen können, auch der juristische Rahmen für solcherlei Aktivitäten ist weit gefasst.

### 4.2.1 Interessengruppen und think-tanks

Bereits Tocqueville bemerkte, dass...

“Amerika das Land [ist], in dem man aus dem Verein (*association*) am meisten Nutzen gezogen hat, und wo man dieses wirksame Mittel des Handelns auf viel mehr Gegenstände anwendet als anderswo.”<sup>665</sup>

Anders als die deutsche „Vereinsmeierei“ haben solche *associations* meist den expliziten Anspruch, auf die politische Willensbildung des Volkes und auf Politiker selbst einzuwirken (und federn damit das mangelnde Engagement der Parteien in diesem Bereich etwas ab). Dies gilt seit dem „*Wegfall der disziplinierenden Klammern des Kalten Krieges*“ verstärkt auch für den Bereich der Außenpolitik, deren Zustandekommen somit weniger auf die Exekutive konzentriert ist, als es zunächst den Anschein haben mag.<sup>666</sup> Dabei war ein stark ausgeprägter Interessenspluralismus in der Innen- wie der Außenpolitik im Einwanderungsland USA von Beginn an eine quasi „natürliche“ Gegebenheit. Vor dem Hintergrund des ebenfalls fest in der amerikanischen Identität verwurzelten Liberalismusgedankens, der Staat und Gesellschaft nicht als streng getrennt Sphären ansieht,<sup>667</sup> verwundert es nicht, dass man dort einer beinahe unregulierten Einflussnahme von Vertretern verschiedenster Interessen lange Zeit recht unvoreingenommen gegenüberstand, während man in vielen europäischen Ländern längst eine Verzerrung der

<sup>663</sup> Hübner, Emil 2003: Das politische System der USA. Eine Einführung, München, S. 70.

<sup>664</sup> Vgl. S. 146 der Arbeit.

<sup>665</sup> De Tocqueville, Alexis 1984 [1835/1840]: Über die Demokratie in Amerika, München, S. 216, Herv. i. Org. zitiert nach: Wasser, Hartmut 2007: Die Interessengruppen, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 327-346, hier S. 327.

<sup>666</sup> Falke, Andreas 2007: Der Einfluß der Intermediären Institutionen auf die Außenpolitik, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 437-458, hier S. 437.

<sup>667</sup> Vgl. Wasser, Hartmut 2007: Die Interessensgruppen, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 289-346, hier S. 289.

Chancen für effektives politisches Lobbying aufgrund unterschiedlicher finanzieller oder personeller Ausstattungen der einzelnen Gruppen “gewittert” hatte. Auch heute noch wird in den USA in der Einbindung vielfältiger Gruppen in politische Entscheidungsprozesse ein Mittel zur “*Ausbalancierung*” der in der Gesellschaft vorliegenden Interessen gesehen.<sup>668</sup> Kelso weist jedoch darauf hin, dass sich unter dem Begriff *public pluralism* eine stärkere Regulierung durch staatliche Institutionen durchgesetzt hat, die helfen soll, bestehende Asymmetrien auszugleichen.<sup>669</sup> Dass die Aktivitäten der vielfältigen Interessengruppen im vergangenen Jahrzehnt einen starken Dämpfer erhielten, lag dementsprechend nicht an neuen formellen Regulierungen, sondern an einem nach den Anschlägen vom 11. September 2001 geübten Schulterchluss über Interessensgrenzen hinweg:

“Die Terrorangriffe vom 11. September 2001 haben ein Muster bestätigt, dem zufolge sich Öffentlichkeit und Kongreß angesichts einer nationalen Bedrohungssituation den sicherheitspolitischen Initiativen der Exekutive, insbesondere des Präsidenten, anvertrauen. (...) Angesichts der Bedrohungssituation und –perzeption wurde der intermediäre politische Prozess stillgestellt.”<sup>670</sup>

Allerdings deutete bereits Falke, von dem dieses Zitat stand, an, dass es nur eine Frage der Zeit sei, bis die sonst so aktiven Interessengruppen ihre “Schockstarre” überwinden würden (was sich auch an den von mir untersuchten Debatten aufzeigen lässt).

Der hier (im Anschluss an Fraenkel) verwendete Oberbegriff “Interessengruppen” ist absichtlich unspezifisch gewählt, umfassen die im politischen System der USA agierenden Gruppierungen doch viel mehr Typen, als nur die vielzitierten NGOs. Unter die von Fraenkel eingeführte Definition von *interest groups* als “eine durch Eigeninteresse gleichwie welcher Art zusammengehaltene Gruppe von Personen, die das Verhalten anderer Personen zu beeinflussen bestrebt ist, ohne daß dieses notwendigerweise unter Anwendung von Druck geschehen müsste”,<sup>671</sup> zu der ich hinzufügen möchte, dass unter “Eigeninteresse” auch der Einsatz für die (vermeintlichen) Anliegen anderer Personen oder Dinge gefasst werden muss,<sup>672</sup> fallen vielmehr (anschließend an Wasser):<sup>673</sup> 1. *public interest groups*, die sich von traditionellen Interessensverbänden (2.) wie etwa Gewerkschaften und Unternehmerverbänden dahingehend unterscheiden, dass die von ihnen vertretenen, breit geteilten politischen Anliegen (z.B. Naturschutz) nicht ökonomischer Art sind; 3. *single interest groups*, die spezifische politische Interessen (*issues*), wie etwa die Einstellung der Forschung an

<sup>668</sup> Hübner, Emil 2003: Das politische System der USA. Eine Einführung, München, S. 54.

<sup>669</sup> Vgl. etwa Kelso, William A. 1978: American Democratic Theory. Pluralism and its Critics, Westport, S. 25f. Bereits seit den 1940er Jahren sollen sich alle im Umkreis von Kongressabgeordneten tätige Lobbys registrieren lassen; ein entsprechendes Gesetz gilt für ausländische Interessengruppen bereits seit 1938. Vgl. Wasser, Hartmut 2007: Die Interessensgruppen, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 289-346, hier S. 339.

<sup>670</sup> Falke, Andreas 2007: Der Einfluß der Intermediären Institutionen auf die Außenpolitik, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 437-458, hier S. 455.

<sup>671</sup> Fraenkel, Erst: Das amerikanische Regierungssystem. Eine politologische Analyse, Braunschweig, S. 71, Fußnote 1.

<sup>672</sup> Nämlich dann, wenn man auch Altruismus z. B. gegenüber streunenden Hunden als zumindest zum Teil dem eigenen Bedürfnis nach einem positiven Selbstbild geschuldet auffasst.

<sup>673</sup> Auch Wasser verwendet den Oberbegriff “Interessengruppen“, fasst allerdings neben den drei aufgezählten unter diesen auch eine vierte Gruppe der Interessenvertretungen öffentlicher Gebietskörperschaften und eine weitere Ausdifferenzierung traditioneller Lobbys der Wirtschaft, die für unsere Analyse keinerlei Relevanz besitzen. Vgl. Wasser, Hartmut 2007: Die Interessensgruppen, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 289-346, hier S. 330-334.



bestimmten Waffengattungen, verfolgen oder auch einzelne ethnische Gruppen vertreten, wie es z. B. die *National Association of Arab Americans*, die in der Folterfallstudie eine überraschend geringe oder auch die Vereinigung indischstämmiger AmerikanerInnen, den in der Nuklearfallstudie eine überraschend große Rolle zukam, tut<sup>674</sup> und 4. ideelle Gruppen, unter die breite und meist weniger straff organisierte Bürgerbewegungen, die weniger klar umrissene moralische Werte wie Frieden und Menschenrechte oder auch (vermeintlich) religiöse Ziele wie das Verbot von Abtreibungen propagieren, fallen.<sup>675</sup>

Ebenso unterschiedlich wie Zielsetzungen und Gestalt dieser Gruppen ist auch ihre Vorgehensweisen, lediglich die Adressaten verschiedener Aktionen ähneln sich: Da der Zugang zum *Präsidenten* den allermeisten Gruppen verwehrt bleibt, richten sich diese vermehrt an die für den Gesetzgebungsprozess immer wichtiger werdende *US-Administration*, in der mittlerweile die allermeisten Gesetzesentwürfe ausgearbeitet werden.<sup>676</sup> Wichtigster "Tummelplatz" für Lobbys ist aber noch immer der *US-Kongress*, bzw. die für das jeweilige Anliegen zuständigen Abgeordneten, deren Standpunkt auch deshalb vergleichsweise leichter beeinflussbar ist, da sie keiner Fraktionsdisziplin unterliegen. Gewichtige Verbände haben meist auch ein Büro in Washington, deren Angestellte z. B. in *hearings* versuchen, für ihre Standpunkte zu werben.<sup>677</sup> Neben dieser institutionalisierten Form der Einflussnahme wird aber auch anderweitig versucht, Druck auf Politiker auszuüben.<sup>678</sup> So z. B. durch *issue networks*, in denen sich mehrere, meist mit weniger Ressourcen ausgestattete Organisationen mit ähnlichen Anliegen zusammenschließen oder durch Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Vertretern der *US-Administration* in sog. *subgovernants*. Als Negativbeispiel solcher (zum Teil auch Bestechung nicht ausschließender) Einflussnahme seien die aus einer Interessengemeinschaft von Rüstungsindustrie, Pentagon und einigen Kongressabgeordneten bestehenden *iron triangles*<sup>679</sup> genannt, denen es im Zusammenspiel als sog. militärisch-industrieller Komplex

<sup>674</sup> Die meisten ethnischen Gruppen haben sich in irgendeiner Form organisiert und versuchen, ihre Anhänger im Fall eines sie oder ihr Herkunftsland direkt betreffenden politischen Problems zu mobilisieren. Als stärkste Lobby wird das jüdische *American Israel Public Affairs Committee* (AIPAC) bezeichnet, deren Einfluss auf die US-amerikanische Nahostpolitik – leider auch unter antisemitischen Vorzeichen – häufig thematisiert wird. Ihr Einfluss wurde u. a. in den 1980er Jahren deutlich, als es ihr gelang, Waffenexporte in arabische Staaten zu verhindern. Falke, Andreas 2007: Der Einfluß der Intermediären Institutionen auf die Außenpolitik, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 437-458, hier S. 446.

<sup>675</sup> Nedelmann rechnet diese *social movements* allerdings nicht zu den Gruppen, die direktes Lobbying (im Sinne professionalisierter Einflussnahme) betreiben. Sie weist aber darauf hin, dass sie durchaus in der Lage sind, die politische Agenda der USA mitzubestimmen und bei politisch Entscheidungsberechtigten wie in der breiten Öffentlichkeit veränderte Problemwahrnehmungen hervorzurufen. Vgl. Nedelmann, Birgitta 1998: Soziale Bewegungen, in: Jäger, Wolfgang/Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 330-342, hier S. 330 und 338.

<sup>676</sup> Vgl. S. 142 der Arbeit.

<sup>677</sup> Da viele Angestellte der ca. 14.000 in Washington ansässigen Büros oder Berater der insgesamt über 23.000 auf nationaler Ebene agierenden Interessengruppen über großes Fachwissen verfügen, werden sie seitens der Kongressabgeordneten auch häufig zu *hearings* eingeladen, die sich über verschiedene Aspekte eines Gesetzesvorhabens informieren lassen müssen. Vgl. Hübner, Emil 2003: Das politische System der USA. Eine Einführung, München, S. 55 und Wasser, Hartmut 2007: Die Interessensgruppen, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 289-346, hier S. 334f.

<sup>678</sup> Vgl. Hübner, Emil 2003: Das politische System der USA. Eine Einführung, München, S. 60f.

<sup>679</sup> Dieser Begriff wird jedoch nicht nur für den MIK, sondern generell für politische Konstellationen verwendet, in denen eine Koalition aus Abgeordneten und Bürokraten und Privatpersonen für längere Zeit eine letztere begünstigende Politik fördern.

(MIK) v. a. in den 1960er und 1970er Jahren gelang, die amerikanische Verteidigungs- und Rüstungspolitik nachhaltig zu beeinflussen.<sup>680</sup> Ebenfalls ist es durchaus üblich, auf die Richtigkeit seiner Anliegen (und auf die eigene Gruppe) mithilfe eines Gerichtsprozesses aufmerksam zu machen, so dass auch die Justiz als ein für Lobbys attraktives “Sprachrohr” erscheint. Solche Urteile sollen natürlich auch das Interesse der Öffentlichkeit wecken, um mehr Unterstützung zu generieren und indirekt Druck auf Politiker auszuüben.<sup>681</sup> In der Folterfallstudie führte ein solcher Gerichtsprozess sogar zur Herausgabe wichtiger Regierungsdokumente, die Licht in den Folterskandal brachten.<sup>682</sup>

Nicht alle, aber dennoch einige *think-tanks* können unter die oben genannte Definition von Interessengruppen gefasst werden. Da sich einige (weniger forschungsnahe, s. u.) dieser “Denkfabriken” von mit hochqualifizierten Mitarbeitern besetzten Verbänden, die ebenfalls versuchen, die US-amerikanische Politik in eine bestimmte Richtung zu lenken, nur graduell unterscheiden, werden sie an dieser Stelle behandelt. Zudem arbeiten noch immer viele *think-tanks*, die sich in der Tradition der Aufklärung und die Bereitstellung politischen Wissens als eine Form wohltätigen Engagements (auch am Bürger!) sehen, nicht gewinnorientiert.

Externe Berater aus “Denkfabriken” in den politischen Beratungsprozess mit einzubeziehen, war in den USA schon früher üblich und ist noch immer weiter verbreitet, als etwa in Europa. So ging aus dem bereits 1916 gegründeten *Institute for Governmental Studies* 1927 die *Brookings Institution* als “Urvater” der amerikanischen *think-tanks* hervor. Stärker in den außenpolitischen Entscheidungsprozess involviert wurden die “Denkfabriken” aber erst ab den 1960er Jahren, als die zunehmende Komplexität der Außen- und Sicherheitspolitik begann, die alten außenpolitischen Eliten zunehmend zu überfordern, so dass eine fachliche “Unterfütterung” politischer Ansichten nicht nur opportun sondern auch nötig erschien.<sup>683</sup> Heute scheint es ebenso viele Think Tank-Experten zu geben, die als “Aushängeschilder” für die Richtigkeit verschiedener Ansichten dienen können, wie es Meinungen auf dem politischen Parkett gibt.

Auf diese Funktion greifen insbesondere *Kongressabgeordnete* häufig zurück, um einer Position gegenüber der durch die Administration mit ausreichend Expertenwissen versorgten Exekutive mehr Gewicht zu verleihen (wobei das vielgepriesene *revolving doors*-Modell auch für einen regen Personalaustausch insbesondere zwischen *think-tank*-

---

<sup>680</sup> S. für einen Überblick Czempiel, Ernst-Otto 1979: Amerikanische Außenpolitik, Stuttgart, S. 45f., für eine genauere Analyse dieser Verflechtungen Medick, Monika 1973: Das Konzept des “Military-Industrial Complex“ und das Problem einer Theorie demokratischer Kontrolle, in: Politische Vierteljahresschrift, 14: 4, S. 499-526.

<sup>681</sup> Vgl. Wasser, Hartmut 2007: Die Interessensgruppen, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 289-346, hier S. 338.

<sup>682</sup> Vgl. S. 307 der Arbeit.

<sup>683</sup> Wichtigster Grund für die Ausweitung außenpolitisch orientierter *think-tanks* und den verstärkten Einfluss auf Außenpolitik abzielender Interessengruppen generell war die Abkehr von einer stark elitenzentrierten Außenpolitik, die bis in die 1960er Jahre in den USA dominiert hatte. Der mit dem Schlagwort “Jahre des Eisvogels“ belegten, von eben diesen Eliten getragene außenpolitische Konsens zerbrach am Vietnamkrieg endgültig, was mit einem zunehmenden Misstrauen der Bevölkerung gegenüber den außenpolitischen Eliten und einem Prestigeverlust des Außenministeriums einherging. Falke, Andreas 2007: Der Einfluß der Intermediären Institutionen auf die Außenpolitik, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 438-458, hier S. 438.

Mitarbeitern und Mitgliedern der Administration sorgt).<sup>684</sup> Es liegt aber weitestgehend in der Hand der *think-tanks*, inwieweit sie sich in ein Abhängigkeitsverhältnis von ihren politischen "Kunden" begeben: Neben klar ideologisch geprägten Instituten, die ihre häufig in Auftrag gegebenen Analysen v.a. einer politischen Strömung anbieten (nicht erst in der Bush-Ära wurde die konservative *Heritage Foundation* zum prominentesten Vertreter dieser Gruppe), gibt es auch eine Reihe mit hochqualifizierten Wissenschaftlern besetzter Institute, die großen Wert auf Unabhängigkeit und Überparteilichkeit legen. Diese "*universiti[ies] without students*"<sup>685</sup> setzen ihre Forschungsschwerpunkte meist selbst und gelten dementsprechend als Lieferanten besonders fundierter Analysen. Zwischen diesen beiden Typen von Institutionen sind viele *think-tanks* gerade im sicherheitspolitischen Bereich mit Auftragsforschung beschäftigt; ihr Einkommen wird durch einen Teil des immensen Militärbudgets sichergestellt.<sup>686</sup> Allerdings wenden sich Politiker gerade, wenn es um kostspielige Rüstungsforschung geht, verstärkt auch direkt an Universitäten oder große Forschungskonzerne, die über eine entsprechende Forschungsausrüstung verfügen. Die von vielen *think-tanks* angestrebte Unabhängigkeit und damit das Interesse einiger dieser Institutionen, ihre eigene Position zum Ausdruck zu bringen, geraten hierdurch in Gefahr – sei es, weil vielen Mitarbeitern finanziell unterstützter Forschungsprojekte die Veröffentlichung ihrer (angeblich) sicherheitsrelevanten Ergebnisse seitens der Administration direkt untersagt wird oder weil diese aus Angst vor einer Einstellung der Förderung Selbstzensur üben.<sup>687</sup> Die zunehmende Außenfinanzierung und Vermischung von Forschung an Hochschulen und privaten *think-tanks* oder Wirtschaftsunternehmen könnte damit zu einem Hindernis für die aktive Rolle werden, die Wissenschaftler gerade in der US-amerikanischen Öffentlichkeit häufig gegen die vorherrschende Regierungsmeinung eingenommen haben.<sup>688</sup>

<sup>684</sup> Vgl. Falke, Andreas 2007: Der Einfluß der Intermediären Institutionen auf die Außenpolitik, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 437-458, hier S. 444.

<sup>685</sup> Weaver, Kent R. 1989: The Changing World of *think-tanks*, in: Political Science & Politics 22: 3, S. 563-578, hier S. 563.

<sup>686</sup> Um die hier vergebenen Aufträge besser kontrollieren zu können, hat der Kongress mit dem *Defense Science Board* sogar eine *advisory group* zu diesem Thema eingerichtet. Vgl. Merges, Robert 1993: The Public Research Enterprise in the U.S.: Overview and Prospects, in: Orsi Battaglini, Andrea/Mazzoni, Cosimo M. (Hrsg.): Scientific Research in the U.S.A. Scientific Freedom, State Intervention and the Free Market, Baden-Baden, S. 13-28, hier S. 19. Anders, als vielleicht vermutet werden könnte, ist insbesondere im Bereich der Rüstungsforschung nicht das DOD größter Auftraggeber, sondern das *National Institute of Health*, das den Anspruch hat, v. a. kostspielige Grundlagenforschung zu finanzieren. Vgl. Nelkin, Dorothy 1993: From the Tower to the Trenches: Changing Concepts of Scientific Freedom, in: Orsi Battaglini, Andrea/Mazzoni, Cosimo M. (Hrsg.): Scientific Research in the U.S.A. Scientific Freedom, State Intervention and the Free Market, Baden-Baden, S. 29-40, hier S. 31.

<sup>687</sup> Wie es etwa Neuborne deutlich vor Augen führt: "*The most pervasive threat comes from the understandable reluctance of a scientist to bite the hand that not only feeds him today, but has life or death power over feeding him tomorrow. It takes an awfully brave scientist to ignore 'suggestions' from a government funding source about what to do and what to say, or not say, about pending research.*" Neuborne, Burt 1993: Freedom of Scientific Inquiry and the American Bill of Rights, in: Orsi Battaglini, Andrea/Mazzoni, Cosimo M. (Hrsg.): Scientific research in the U.S.A. Scientific Freedom, State Intervention and the Free Market, Baden-Baden, S. 41-56, hier S. 51.

<sup>688</sup> Neben häufigem Personalaustausch auch zwischen Universitäten und *think-tanks* halten mittlerweile 30% aller in der *National Academy* registrierten Wissenschaftler Anteile an wissenschaftlichen Unternehmen oder sitzen in deren Vorstandsgremien. Vgl. Nelkin, Dorothy 1993: From the Tower to the Trenches: Changing Concepts of Scientific Freedom, in: Orsi Battaglini, Andrea/Mazzoni, Cosimo M. (Hrsg.): Scientific research in the U.S.A. Scientific Freedom, State Intervention and the Free Market, Baden-Baden, S. 29-40, hier S. 35.

## 4.2.2 Öffentlichkeit

Auch, wenn ein Großteil des Wahlvolks seine politische Meinung nicht durch einer der oben genannten Lobbyinggruppen zum Ausdruck bringt, so sorgt doch eine Reihe von Instituten (teilweise im staatlichen Auftrag) dafür, dass die in der Bevölkerung vertretenen Meinungen immer wieder durch Umfragen abgeprüft werden, die dann nicht nur den Ausgang von Entscheidungsprozessen beeinflussen, sondern auch die politische Agenda mitbestimmen können. Da die Volksmeinung (als Gegensatz zur absichtlich veröffentlichten Meinung) in den USA als wichtiges Element der demokratischen „*Willensbildung von unten nach oben*“ angesehen wird, wurden hier schon früh Instrumente zu deren Bestimmung entwickelt, wobei die bereits seit den 1930er Jahren durchgeführten Gallup-Umfragen das bekannteste sein dürften.<sup>689</sup> Erschwert wird dieser gewollte politische Beeinflussungsprozess allerdings durch das vergleichsweise geringe Informationsniveau, über das die US-amerikanischen Bürger durchschnittlich (!) verfügen. Zwar gilt die in den 1950er Jahren prominent von Gabriel Almond und Walter Lippman vertretene Ansicht, die öffentliche Meinung sei ebenso unbeständig wie inkohärent und sei deshalb für Formulierung US-amerikanischer Politik kaum relevant, mittlerweile als überholt.<sup>690</sup> Dennoch erscheint es bedenklich, dass auch keine neueren Studien

„...[are] based on some newly found evidence that the public is in fact well informed about foreign affairs. Not only do polls repeatedly reveal that the mass public has a very thin veneer of factual knowledge about politics, economics, and geography; they also reveal that it is poorly informed about the specifics of conflicts, treaties negotiations with other nations, characteristics of weapon systems, foreign leaders and the like.”<sup>691</sup>

Dementsprechend ist auch die Wahlbeteiligung extrem gering: Seit den 1960er und 1970er Jahren sind die amerikanischen Werte beinahe ununterbrochen gesunken, so dass sich dort nun die zweitniedrigste bzw. sogar niedrigste Wahlbeteiligung aller demokratischer Staaten feststellen lässt.<sup>692</sup> Neben Uninformiertheit (Bürger mit höherem Bildungsstand gehen statistisch gesehen häufiger zur Wahl), allgemeinem Desinteresse und der großen Häufigkeit von Wahlen,<sup>693</sup> sind auch die Tücken des amerikanischen Wahl(männer)systems und die praktischen Schwierigkeiten bei der Stimmabgabe als Gründe für diese keinesfalls rühmlichen Zahlen zu nennen.<sup>694</sup> Ähnlich wie in anderen westlichen Demokratien gehen

<sup>689</sup> Vgl. Kleinstaub, Hans 2007: Massenmedien und öffentliche Meinung, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA, S. 377-393, hier S. 390.

<sup>690</sup> Vgl. Holsti, Ole 1992: Public Opinion and Foreign Policy: Challenges to the Almond-Lippmann Consensus, in: International Studies Quarterly 36, S. 439-466, hier insbes. S. 442-445.

<sup>691</sup> Holsti, Ole 1992: Public Opinion and Foreign Policy: Challenges to the Almond-Lippmann Consensus, in: International Studies Quarterly 36, S. 439-466, hier S. 447.

<sup>692</sup> Vgl. Schreyer, Söhnke 2007: Wahlsystem und Wählerverhalten, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 266-288, hier S. 269. In den letzten Jahren lag die Beteiligung an Wahlen zu Senat und Repräsentantenhaus zum Teil deutlich unter 50%, bei Präsidentschaftswahlen leicht darüber, wobei zumindest letztere 2004 leicht und 2008 noch einmal deutlich gestiegen ist, vgl. Daten des *American Presidency Projects* unter: <<http://www.presidency.ucsb.edu/data/turnout.php>>, rev. 02.02.2012.

<sup>693</sup> „Keine Nation wählt so häufig oder besetzt eine vergleichbare Vielzahl von Ämtern durch Wahlen wie die Vereinigten Staaten von Amerika.“ Hier werden nicht nur hohe politische Ämter per Wahl vergeben, sondern z.B. auch die Posten von Sheriffs und Schulbeiräten. Schreyer, Söhnke 2007: Wahlsystem und Wählerverhalten, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 266-288, hier S. 266.

<sup>694</sup> Das *the winner takes it all*-Prinzip des amerikanischen Wahlrechts, nach dem alle Wahlmänner eines Bundesstaates für einen Präsidentschaftskandidaten stimmen (sollen), wenn dieser auch nur wenige

besonders viele junge Menschen nicht zur Wahl, während die Affinität zu einer bestimmten Partei über alle Altersgrenzen hinweg abnimmt.

Dass aus solch ernüchternden Zahlen zur Informiertheit und Interessiertheit der US-amerikanischen Öffentlichkeit am politischen Geschehen nicht geschlossen werden kann, dass aus einer scheinbar passiven Bevölkerung nicht (wort)gewaltige Bürgerbewegungen entstehen können, ist in der amerikanischen Vergangenheit mehrfach unter Beweis gestellt worden (Stichwort: *Black Power*- oder auch Anti-Atom-Bewegung).<sup>695</sup> Aus diesem Grund und aufgrund der hohen Wertschätzung, die der Volksmeinung trotz allem entgegengebracht wird, gehört die Überprüfung von Präsident und Kongress, ob Gesetzesvorhaben von der Bevölkerung begrüßt werden, mittlerweile zu den festen Bestandteilen vieler Entscheidungsprozesse. Es ist allerdings fraglich, ob die Meinung des Supreme Court, dass in den USA “[a]uthority (...) is to be controlled by public opinion, not public opinion by authority”,<sup>696</sup> zwar *de jure* zutrifft, *de facto* aber nur eingeschränkt richtig ist. Denn nicht nur wird bei politischen Kontroversen seitens politischer Institutionen und Individuen versucht, die öffentliche Meinung auf die eigene Seite zu ziehen, auch die Medien wirken bei einem solchen *going public* als Meinungsmacher mit.

### 4.2.3 Medien

Die liberalen Grundsätze der US-Politik, die als Basis für eine beinahe unregulierte Tätigkeit von Lobbygruppen dienen und Einschränkungen der öffentlichen Meinungsfreiheit auszuschließen scheinen, können auch als Grundlage dafür angesehen werden, dass die US-amerikanische Medienlandschaft weitgehend ohne staatliche Einmischungen bleibt.<sup>697</sup> Viel mehr als staatlichen Vorgaben sind alle Medien den Prinzipien des freien Marktes unterworfen, d.h. existentiell von Werbeeinnahmen und Verkaufszahlen bzw. Einschaltquoten abhängig und damit letztlich den (vermeintlichen) Bedürfnissen der Leser, Hörer und Zuschauer unterworfen. Wegen dieses Grundsatzes befinden sich die

---

Stimmen mehr auf sich vereinigen kann, als sein Gegenkandidat, machte es 2000 möglich, dass George Bush zum Wahlsieger erklärt wurde, obwohl – auf nationaler Ebene gesehen – insgesamt weniger Bürger für ihn gestimmt hatten, als für Al Gore. Zudem entbrannte im gleichen Jahr ein Streit über angeblich verwirrende Abstimmungszettel und –maschinen, die v. a. in Regionen mit mehrheitlich demokratisch gesinnter Bevölkerung zum Einsatz gekommen seien. Hinzu kommt, dass sich amerikanische Wähler, um überhaupt zur Wahl zugelassen zu werden, zunächst selbst in Wählerlisten registrieren lassen und diese Registrierung – sind sie den Wahlen fern geblieben – auch alle vier Jahre wiederholen müssen.

<sup>695</sup> Als historische “Urväter“ dieser Bewegungen können die Anti-Sklaverei- und die Frauenrechtsbewegungen genannt werden. Aus solchen Bewegungen können wiederum mächtige, professionalisierte Lobbygruppen hervorgehen, so wie etwa die NGO *Greenpeace* aus der US-amerikanischen Umweltschutzbewegung erwachsen ist. Vgl. Ruß, Sabine 2007: Soziale Bewegungen, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 363-376, hier S. 369. Dass solche Bewegungen auch für konservative Anliegen streiten können, zeigt die momentan wichtigste *single issue movement* der Abtreibungsgegner.

<sup>696</sup> Fall *West Virginia Board of Education v. Barnette* aus dem Jahr 1943 (319 U.S. 624).

<sup>697</sup> Das erste *Amendment* zur US-Verfassung stellt bereits fest: “Congress shall make no law respecting an establishment of (...) abridging the freedom of speech, or of the press”, online unter: <[http://www.archives.gov/exhibits/charters/bill\\_of\\_rights\\_transcript.html](http://www.archives.gov/exhibits/charters/bill_of_rights_transcript.html)>, rev. 02.02.2012. Auch gibt es keine juristischen Regelungen hinsichtlich möglicher staatlicher Zensur, was es z. B. Präsident Nixon 1971 unmöglich machte, brisante Akten zum Vietnamkrieg unter Verschluss zu halten. Allerdings schränkte der *Supreme Court* seine damalige Entscheidung im darauf folgenden Jahr wieder ein, indem er darauf hinwies, dass es auch kein *Recht* auf Zugang zu und Berichterstattung über alle politischen Dokumente gäbe. Vgl. Hübner, Emil 2003: Das politische System der USA. Eine Einführung, München, S. 98.

Einnahmezahlen *sämtlicher* traditioneller Medien (Fernsehen, Presse, Radio) im freien Fall, da immer mehr ehemalige Nutzer zu neuen Medien, wie dem Internet, „abwandern“.<sup>698</sup> Zwar existiert ein staatlich finanziertes Schulfernsehen (mit verschwindend geringen Einschaltquoten), große öffentlich-rechtliche Rundfunk- oder Fernsehanstalten gibt es in den USA jedoch nicht.<sup>699</sup>

Gerade aus deutscher Sicht mag es als Defizit erscheinen, dass vor diesem Hintergrund *“Journalismus in dem Verständnis des sogenannten ‘corporate journalism’ dafür da [ist], die Marketing-Strategie des Medienunternehmens zu bedienen und nicht umgekehrt”*.<sup>700</sup> Dies hindert eine Mehrheit der US-amerikanischen Bürger jedoch nicht daran, das im Kampf um Einschaltquoten besonders unter Druck geratene Fernsehen als wichtigstes Medium überhaupt (die durchschnittliche Einschaltzeit lag 2003 bei über sieben Stunden pro Tag, was sich inzwischen jedoch durch vermehrte Nutzung des Internets verringert haben dürfte)<sup>701</sup> und überdies als wichtigste Informationsquelle anzusehen: Als solches bezeichnen es immerhin 88% der Bevölkerung, 50% nannten es darüber hinaus das glaubwürdigste Medium.<sup>702</sup> Möglicherweise sind diese Zahlen als später Wiederhall der Entwicklung des typisch amerikanischen investigativen Journalismus zu sehen.<sup>703</sup> Heute erscheinen diese Zahlen allerdings sehr problematisch, hält man sich vor Augen, dass Informations- und insbesondere Nachrichtensendungen seit den 1970er Jahren auf ein Minimum gekürzt wurden – v.a., weil das Publikum Meinungsumfragen zufolge viel weniger am politischen Geschehen interessiert zu sein scheint.<sup>704</sup> Die generelle Entpolitisierungstendenz der US-amerikanischen Medienlandschaft, die allerdings durch die Ereignisse des 11. Septembers 2001 gebremst wurde, schlug sich auch in Form von immer *“markttauglicheren”* Nachrichtensendungen wieder: Gefragt sind v.a. kostengünstig zu beschaffende und leicht zu visualisierende Informationen, die sich massentauglich vereinfachen lassen. Folglich machen Meldungen aus dem Ausland – aufgrund nachzuliefernder Hintergrundinformationen und teurer Auslandskorrespondenten – nur einen minimalen Bestandteil der Berichterstattung aus, während die meisten politischen Berichte sich direkt auf das Geschehen in Washington konzentrieren.<sup>705</sup> Hinzu kommt ein

<sup>698</sup> Vgl. The Pew Research Center’s Project for Excellence in Journalism 2010: State of the News Media 2010. Executive Summary, S. 1f.

<sup>699</sup> Im Folgenden wird ausschließlich auf das US-amerikanische Fernsehen und die Printmedien eingegangen. Dem Rundfunk kommt weder im politischen Geschehen, noch in meiner Analyse eine bedeutende Stellung zu.

<sup>700</sup> Pfetsch, Barbara 2003: Politische Kommunikationskultur. Politische Sprecher und Journalisten in der Bundesrepublik und den USA im Vergleich, Wiesbaden, S. 84.

<sup>701</sup> Vgl. Kleinstauber, Hans 2007: Massenmedien und öffentliche Meinung, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA, S. 377-393, hier S. 384.

<sup>702</sup> Vgl. Kleinstauber, Hans J. 2007: Massenmedien und öffentliche Meinung, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 377-393, hier S. 384.

<sup>703</sup> Dieser ist auch als die wichtigste Ursache der Vertrauenskrise zu sehen, in die die politischen Eliten der USA gerieten, als der Vietnamkrieg plötzlich im Wohnzimmer zu sehen war und die bis heute ein eher misstrauisches Verhältnis zwischen Medien und Politik nach sich zieht.

<sup>704</sup> Vgl. Pfetsch, Barbara 2003: Politische Kommunikationskultur. Politische Sprecher und Journalisten in der Bundesrepublik und den USA im Vergleich, Wiesbaden, S. 85.

<sup>705</sup> Im Verlauf der 1990er Jahre war eine weitere Verringerung des Anteils außenpolitischer Meldungen an den Nachrichten sowie der Anzahl angestellter Auslandskorrespondenten zu verzeichnen. Allerdings kehrte sich dieser Trend nach den Anschlägen vom 11. September 2001 radikal um. Vgl. Falke, Andreas 2007: Der Einfluß der Intermediären Institutionen auf die Außenpolitik, in: Jäger, Wolfgang/Haas,

hoher Personalisierungsgrad der Berichterstattung, insbesondere was die Person des Präsidenten anbelangt, die in 80 Prozent der Meldungen im Zentrum steht, während wesentlich seltener über die meist komplexeren Vorgänge im Kongress berichtet wird.

Letztgenannter Trend ist auch bei den US-amerikanischen Printmedien zu beobachten:

“There has been a de-emphasis in coverage of routine political and government news at daily newspapers, too. (...) The end result often meant less attention to government by daily newspapers, particularly, the hum-drum activities of agencies and legislative bodies that once was the staple of news coverage.”<sup>706</sup>

Hinter dieser Entwicklung steht die veränderte Finanzierungsweise der Printmedien, die ihr Budget mittlerweile zu 75 bis 85 Prozent aus Anzeigeneinnahmen beziehen. Die eigentliche Berichterstattung läuft damit Gefahr, zum attraktiven (weil verkaufsträchtigen) Rahmen der Anzeigen zu verkommen. Gegenüber der Popularität des Fernsehens sind die klassischen Printmedien in den USA ins Hintertreffen geraten: Der Prozentsatz zeitungslender US-Amerikaner ist 2000 unter die 30 Prozent-Marke gefallen, wobei *USA Today* und *Wall Street Journal* mit je ca. 2 Mio. Lesern noch die höchsten Auflagen erzielen.<sup>707</sup> Trotz starker Konkurrenz und rapide sinkender Einnahmen hat in den USA eine Vielzahl größtenteils regionaler Zeitungen überlebt – allerdings nur durch den Zusammenschluss in immer größer werdenden Medienkonzernen.<sup>708</sup> Besonders großer Meinungsmacht durch fundierte Berichterstattung, Kommentare und Analysen wird heute insbesondere der *Los Angeles Times*, der *New York Times*, dem *Wall Street Journal* und der *Washington Post* beigemessen,<sup>709</sup> wobei mir die letzten drei als Quellen meiner Analyse dienten. Die Gründung der *New York Times* und der *Washington Post* fiel noch ins 19. Jahrhundert, beide gelten heute als eher linksliberal und gehören mit wochentags über 600.000 bzw. über 900.000 Lesern und ca. einer Million bzw. 1,3 Millionen Lesern (am Wochenende) zu den größten Zeitungen der USA. Als jüngste dieser drei Zeitungen wurde 1889 das eher konservative und auf Wirtschaftsnachrichten ausgerichtete *Wall Street Journal* gegründet, das seit 2009 die auflagenstärkste Zeitung der USA ist.

Die oben skizzierten Entwicklungen könnten sicherlich mit dem Hinweis auf global zu beobachtende ähnliche Tendenzen relativiert werden. Andererseits kommt gerade im Hinblick auf die USA erschwerend hinzu, dass im gleichen Zug, wie die Medien ihr Interesse an der Politik verlieren, die Politik immer stärker von der

---

Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 437-458, hier S. 453.

<sup>706</sup> Underwood, Doug 1998: Market Research and the Audience for Political News, in: Graber, Doris/McQuail, Denis/Norris, Pippa (Hrsg.): The Politics of News – The News of Politics, Washington: Congressional Quarterly, S. 174.

<sup>707</sup> Lange Zeit war die *USA Today* die mit Abstand auflagenstärkste Zeitung der USA, sie wurde jedoch 2009 vom *Wall Street Journal* von dieser Spitzenposition verdrängt. Vgl. The State of the News Media 2010. An Annual Report on American Journalism, online unter <[http://www.stateofthemediamedia.org/2010/newspapers\\_audience.php](http://www.stateofthemediamedia.org/2010/newspapers_audience.php)>, rev. 11.05.2010.

<sup>708</sup> Kleinstauber spricht von 90% der Tageszeitungen, die zu einem größeren Konzern gehören, wobei der größte der Gannett-Konzern mit ca. 90 Zeitungen, darunter auch der *USA Today*, ist. Vgl. Kleinstauber, Hans J. 2007: Massenmedien und öffentliche Meinung, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 377-393, hier S. 381.

<sup>709</sup> Vgl. Kleinstauber, Hans J. 2007: Massenmedien und öffentliche Meinung, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 377-393, hier S. 381.

Medienberichterstattung geprägt wird. Dies lässt sich letztlich auf die starke institutionelle Trennung von Präsident und Kongress zurückführen, die mittlerweile weniger direkt, als über die Medien miteinander kommunizieren, bzw. versuchen, die jeweils andere Seite mit Hilfe entsprechender Berichterstattung und der daran anschließenden, gewünschten Resonanz in der Bevölkerung unter Druck zu setzen. Dieser sog. *going public*-Mechanismus wurde zunächst nur vom US-Präsidenten genutzt, mittlerweile aber auch von einflussreichen Kongressabgeordneten übernommen. In letzter Konsequenz werden wichtige Gesetzesvorhaben deshalb häufig der Presse vorgestellt, um für eine positive Grundstimmung innerhalb der Bevölkerung zu sorgen, noch bevor sie im Kongress diskutiert werden.<sup>710</sup> Auch die fehlende Rückendeckung der Spitzenpolitiker durch Parteiapparate hat zur Folge, dass sie durch eine mediengerechte Inszenierung ihrer Politik permanent versuchen, für das Vertrauen der Bevölkerung, bzw. ihres Wahlkreises zu werben.

Aufgrund der enormen Bedeutung medialer Aufmerksamkeit für die US-Politik ist insbesondere das *Verhältnis von Medien und US-Präsidenten* extrem reglementiert und institutionalisiert worden: Neben dem *White House Press Office* bietet ein offizieller Pressesprecher den Medien permanent eine feste Anlaufstelle im Weißen Haus. Das *White House Office of Communications* dient dagegen einer gezielteren Beeinflussung der Medien sowie als Auftrags- und Sammelstelle für Meinungsumfragen. Bis heute werden hier – jenseits der Tagespolitik – auf den Präsidenten zugeschnittene politische Imagepflege betrieben und große Medienkampagnen geplant, sowie Initiativen der Administration gegenüber dem Kongress durch *going public* vorbereitet.

Gegenüber der Öffentlichkeitsarbeit des Weißen Hauses ist diejenige des *Kongresses* ins Hintertreffen geraten. Unter anderem aufgrund dieser medialen Übermacht ist es für Kongressabgeordnete schwer, sich kritisch gegenüber einem populären Präsidenten zu positionieren. Auch die *Administration* hat zunehmend Probleme, alternative politische Ansätze massenwirksam publik zu machen. Zumindest Außen- und Verteidigungsministerium haben in den letzten Jahren jedoch eigene Informationsapparate aufgebaut.

### 4.3 Politische Kultur

*“Amerikanismus ist die Grundlage amerikanischer Identität. Die ihm zugrunde liegenden Werte Individualismus, Freiheit und Gleichheit, Demokratie und freie ökonomische Betätigung haben sich zu einer quasi-religiösen Doktrin verdichtet, deren Funktionen zu Recht mit der Heilsgeschichte in Kirche und Religion verglichen werden.”*<sup>711</sup>

<sup>710</sup> Vgl. Pfetsch, Barbara 2003: Politische Kommunikationskultur. Politische Sprecher und Journalisten in der Bundesrepublik und den USA im Vergleich, Wiesbaden, S. 71. S. für das Folgende: Pfetsch, Barbara 2003: Politische Kommunikationskultur. Politische Sprecher und Journalisten in der Bundesrepublik und den USA im Vergleich, Wiesbaden, S. 76-81 und 95.

<sup>711</sup> Vorländer, Hans 2007: Gesellschaftliche Wertvorstellungen und politische Ideologien, in: Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.): Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München, S. 25-44, hier S. 28.



Ohne weiter auf politikwissenschaftliches Gerangel um die Definitionsweise oder Analysemöglichkeiten von politischen Kulturen eingehen zu wollen,<sup>712</sup> sollen in diesem Kapitel abschließend noch einige Grundprämissen und –einstellungen US-amerikanischer Politik aufgezeigt werden. Teilweise sind sie in obigen Unterkapiteln bereits angeklungen, teils werden sie in den folgenden Fallstudien weiter vertieft.

Möglicherweise lässt sich eine unterschwellige, spezifisch US-amerikanische politische Kultur noch immer vergleichsweise einfach ausmachen – kann doch unterstellt werden, dass spätestens seit dem 18. Jh. bewusst versucht wurde, eine politische Identität zunächst zu kreieren und dann zu festigen.<sup>713</sup> In der Harvard Enzyklopädie ethnischer Gruppen ist entsprechend zu lesen, dass

“...a person did not have to be of any particular national, linguistic, religious, or ethnic background. All he had to do was to commit himself to the political ideology centered on the abstract ideals for *liberty, equality* and *republicanism*.”<sup>714</sup>

Die hier genannten Werte beschreiben nicht zufällig das genaue Gegenteil des politischen Alltags in den Heimatländern der ersten Auswanderer. Diese Grundformel des “Amerikanismus” ist häufig auf enger gefasste Begriffe heruntergebrochen oder modifiziert worden.

Ebenfalls noch in der Frühzeit des “Projekts Amerika” scheint die tiefe Überzeugung (und der Stolz) zu wurzeln, ein mächtiges Land mit einer völlig neuen Gesellschaftsordnung geschaffen zu haben, bzw. sogar *God's chosen people* zu repräsentieren – und aus der Erfahrung, neue Vorstellungen in die Tat umsetzen zu können, speist sich bis heute eine optimistische Zukunftsorientiertheit US-amerikanischer Politik. Noch heute verfügen viele Persönlichkeiten aber auch normale Bürger, die sich in der Tradition der puritanischen Gründungsväter von *God's own country* sehen, über ein ausgeprägtes Sendungsbewusstsein für ihre Zivilreligion, mit dem freilich zunächst die Herrschaft über die Ureinwohner Nordamerikas gerechtfertigt werden sollte.<sup>715</sup> Andernfalls hätte man den Freiheitsentzug ganzer Völker wohl kaum mit dem Dogma eines auf Freiheit beruhenden Staatswesens zu begründen vermocht. Auch während des amerikanischen Bürgerkrieges, der sich bekanntermaßen auch an der Kontroverse über die Zulässigkeit von Sklaverei entzündete, wurde der Grundsatz, dass Freiheit eine elementare Voraussetzung menschlicher Existenz sei, von keiner der beiden Parteien bestritten.<sup>716</sup> Schließlich findet sich gerade die Freiheit von politischer Unterdrückung an zentraler Stelle der Unabhängigkeitserklärung von 1776:

<sup>712</sup> S. etwa Kaase, Max 1983: Sinn oder Unsinn des Konzepts “Politische Kultur” für die Vergleichende Politikforschung oder auch: Der Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln, in: Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980, Opladen, S. 144-171. Für einen Standardtext zum Begriff der “politischen Kultur“ s. Almond, Gabriel/Verba, Sidney 1963: *The Civic Culture*, Princeton.

<sup>713</sup> Vgl. Gleason, Philip 1980: *American Identity and Americanization*, in: Thernstrom, Stephan (Hrsg.): *Harvard Encyclopaedia of American Ethnic Groups*, Cambridge, S. 31-58, hier S. 32.

<sup>714</sup> Gleason, Philip 1980: *American Identity and Americanization*, in: Thernstrom, Stephan (Hrsg.): *Harvard Encyclopaedia of American Ethnic Groups*, Cambridge, S. 31-58, hier S. 32, Herv. SoSchi.

<sup>715</sup> Am augenscheinlichsten zeigt sich dies im Glauben an ein sog. *Manifest Destiny*, also die als schicksalhaft empfundene “Zivilisierung“ durch Annektierung v. a. der westlichen Landesteile durch die “*Anglo Saxon race*”. S. Stephanson, Anders 1995: *Manifest Destiny. American Expansion and the Empire of Right*, New York.

<sup>716</sup> Vgl. Timmermann, Marina 2000: *Die Macht kollektiver Denkmuster. Werte, Wandel und politische Kultur in den USA und Japan*, Opladen, S. 77.

“[Men] are endowed by their Creator with certain inalienable Rights, that among these are Life, Liberty (...) That whenever any Form of Government becomes destructive of these ends, it is the Right of the People to alter or to abolish it”<sup>717</sup>.

Die Grundprinzipien Freiheit und Würde sind hierbei in engem Zusammenhang zu sehen: Die Freiheit, das Leben selbst zu bestimmen und die Würde, in dieser persönlichen Freiheit respektiert zu werden, bildeten schon früh einen Grundpfeiler der Debatten um die erste amerikanische Verfassung, in der beide Werte schließlich als natürlich gegebene, also *vorstaatliche* Grundprinzipien festgehalten wurden.

Auch, wenn sich die immer heterogener werdende Gesellschaft der Vereinigten Staaten heute nicht mehr über einen “Grundprinzipienkamm” scheren lässt, ist es doch erstaunlich, wie kontinuierlich die grundlegenden normativen Überzeugungen, mit denen die Gründerväter der USA einmal angetreten waren, über Generationen hinweg immer wieder neu konstruiert wurden und bis heute nicht nur das Weltbild vieler US-Amerikaner, sondern auch das Bild eines Großteils der Welt von den Vereinigten Staaten noch immer prägen. Möglicherweise hängt das Überdauern dieser Identität auch mit dem Internalisierungsgrad für die konstitutiven Normen zusammen, der sich mit Hofstadter folgendermaßen beschreiben lässt: “*It has been our fate as a nation not to have ideologies but to be one.*”<sup>718</sup>

---

<sup>717</sup> Absatz zwei der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung vom 04. Juli 1776.

<sup>718</sup> Hofstadter, Richard 1973 [1948]: *The American Political Tradition and the Men Who Made It*, New York, S. 43.

## 5. Ausgangslage: Tabuentstehung und Internalisierung<sup>719</sup>

Bevor ich mich den Diskussionen und Erosionsprozessen der letzten Jahre in den USA zuwende, sollen zunächst die beiden untersuchten Tabus sowie ihre Entstehung und Wirkung vorgestellt werden, was mich zu den Kriterien führt, anhand derer ich die einsetzenden Erosionsprozesse festmachen kann. Die folgenden beiden Unterkapitel dienen somit in erster Linie als Folie, vor deren Hintergrund der Beginn, die Besonderheiten und die argumentativen Strukturen der laufenden Erosionsprozesse deutlich werden können. Gleichzeitig erfüllen die folgenden Kapitel auch drei Nebenziele: Erstens wird deutlich, wie es möglich war, dass die untersuchten Normen zu stark verfestigten Tabus, also stabil auf Akteurshandeln wirkenden Strukturen, werden konnten. Bei dieser Skizzierung der Tabuentstehung bietet sich, zweitens, zuweilen Verweise auf die prominenten Modelle der Normdiffusion an. Drittens dienen die beiden folgenden Kapitel auch als Beleg, dass es sich bei den beiden untersuchten Normen tatsächlich um Tabus handelt(e) und belegen somit auch meine Fallauswahl.

### 5.1 Das internationale Folterverbot<sup>720</sup>

Die verschiedenen Wirkungsweisen des Foltertabus sowie dessen frühere argumentative Begründung erschließen sich am besten durch einen chronologischen Rückblick auf dessen Entstehungsgeschichte, der im Zentrum dieses Unterkapitels steht (5.1.2). Eingeleitet wird es jedoch durch einen kurzen Überblick über die heutigen, sich gegenseitig bestärkenden Komponenten des Tabus (5.1.1), während die abgeleiteten Kriterien zur Tabuerosion im letzten Abschnitt (5.1.3) vorgestellt werden.

#### 5.1.1 Worin besteht das Foltertabu?

*“Whatever one might say about torture, there appear to be moral reasons for not saying it.”<sup>721</sup>*

Ähnlich wie das nukleare Tabu weist auch das Folterverbot verschiedene Dimensionen auf, deren sichtbarste Ausprägung jedoch seine *rechtliche* Komponente ist: Das Folterverbot ist, neben dem der Sklaverei, die am stärksten kodifizierte Menschenrechtsnorm.<sup>722</sup> Es gilt absolut, da einschlägige Rechtstexte jegliche Ausnahmeregelungen ausdrücklich untersagen und nahezu universell, da beinahe jeder Staat der Welt gleich mehrfach – auf internationaler, regionaler und nationaler Rechtsebene – daran gebunden ist, wie im folgenden Unterkapitel gezeigt wird.

Ein Blick in die Folterstatistiken von *Amnesty International* (AI) und anderen Menschenrechtsorganisationen legt jedoch nahe, dass diese starke rechtliche Bindung keineswegs mit einem hohen Maß an *compliance* einhergeht, denn in mehr als 150 Staaten

<sup>719</sup> Jeweils einige Abschnitte der Unterkapitel 5.2.1 und 5.2.3 beruhen auf Kapiteln, die Elvira Rosert für unsere Magisterarbeit verfasst hat. Die Unterkapitel sind jedoch grundlegend überarbeitet worden. Unterkapitel 5.3 beruht maßgeblich auf einem Kapitel, das Elvira Rosert und ich im Rahmen unserer Magisterarbeit gemeinsam verfasst haben.

<sup>720</sup> Das folgende Unterkapitel stellt eine ergänzte und aktualisierte Version des gleichnamigen, von mir verfassten Kapitels meiner Magisterarbeit dar.

<sup>721</sup> Shue, Henry 2004: Torture, in: Levinson, Sanford (Hrsg.): Torture. A Collection, Oxford, S. 47-60, hier S. 47.

<sup>722</sup> Dies wird selbst von Menschenrechts-NGOs anerkannt. Vgl. etwa Lochbihler, Barbara 2005: Für eine Welt frei von Folter, in: Psychosozial 28:2, S. 65-69, hier S. 66.

wird gefoltert, in 70 davon systematisch und oftmals staatlich geduldet<sup>723</sup> – darunter allerdings nur in sehr wenigen Demokratien.<sup>724</sup> Vielmehr als in der bloßen Befolgung der Norm (so wünschenswert dies auch wäre) besteht der Kern des Foltertabus in der *Undenkbarkeit, das Folterverbot selbst in Frage zu stellen, indem Folter öffentlich als legitimes Mittel dargestellt würde*. Tatsächlich hat bisher kein Staat der Welt ein Recht auf Folter eingefordert oder die auf seinem Territorium stattfindenden Folterungen zu legitimieren versucht.<sup>725</sup> Ähnlich dem internationalen Gewaltverbot wurde das Folterverbot bisher also von staatlicher Seite her niemals rhetorisch unterlaufen.<sup>726</sup> Darüber hinaus besteht auch ein Verbot, im Fall eines Bruchs ernsthaft über die Gültigkeit der Norm zu diskutieren. Während sich für einen Angriffskrieg, so er denn als humanitäre Intervention gedeutet werden kann, in den letzten Jahren unterschiedliche argumentative Begründungsmuster herausgebildet haben, kann dem Vorwurf, sich Folterungen schuldig gemacht zu haben, keine ernsthafte Rechtfertigung entgegengesetzt werden. Ebenso wenig bedarf es einer Erklärung der KritikerInnen, warum diese Folter für falsch halten. Als etwa in den 1970er Jahren die US-amerikanischen Geheimdienste beschuldigt wurden, im Rahmen ihrer unrühmlichen Verstrickungen in Vietnam und Südamerika gefoltert zu haben, mussten weder die aufgebrachten SenatorInnen Begründungen dafür vorbringen, warum sie Folter für etwas Schlechtes hielten, noch wurden auf Seiten der Beschuldigten Argumente dafür vorgebracht, warum Folterungen in diesen Fällen doch angebracht seien. Vielmehr wurde von Seiten der Verantwortlichen wortreich versichert, dass man die Anschuldigungen ernst nehme und das Übel umgehend abstellen werde.<sup>727</sup> Das Tabu zu foltern ist also auch daran zu erkennen, dass – ganz im Sinne des klassischen Tabubegriffs –<sup>728</sup> argumentative Begründungen auf Seiten seiner BefürworterInnen *nicht nötig* sind, da das Tabu *für alle selbstverständlich* ist und Rechtfertigungen seitens der BrecherInnen des Verbots *nicht möglich* sind, da sie den Schutzbereich des Tabus bereits verletzt und deshalb als tabu gelten.

Der hier häufig verwendete Begriff “Foltertabu” wird dementsprechend nicht mit dem des *Folterverbots* synonym verwendet, da ersterer über die rechtliche Komponente des zweiten weit hinaus geht. Das zusammengesetzte Wort “Foltertabu” findet im alltäglichen Sprachgebrauch zwar wenig Verwendung, die Einstufung von Folter als Tabu ist jedoch üblich.<sup>729</sup> Interessanterweise hat sich das Schweigen über Folter auch in der Wissenschaft

<sup>723</sup> Vgl. Amnesty International 2002: *Combating Torture. A Manual for Action*, S. 1, online unter: <<http://www.amnesty.org/en/library/asset/ACT40/001/2003/en/1b2dee39-d760-11dd-b024-21932cd2170d/act400012003en.pdf>>, rev. 02.02.2012.

<sup>724</sup> Vgl. Raess, Markus 1989: *Der Schutz vor Folter im Völkerrecht*, Zürich, S. 17.

<sup>725</sup> Vgl. Raess, Markus 1989: *Der Schutz vor Folter im Völkerrecht*, Zürich, S. 1.

<sup>726</sup> Auch der staatlichen Souveränität als einer grundlegenden Norm des internationalen Systems wird rhetorisch Rechnung gezollt, da kein Staat in der Position des Angreifers gesehen werden möchte. Selbst Hitler nahm für Deutschland in Anspruch, 1939 “nur“ zurückgeschossen zu haben.

<sup>727</sup> Vgl. S. 252 der Arbeit.

<sup>728</sup> Vgl. S. 96 der Arbeit.

<sup>729</sup> Als solches bezeichnen es in der von mir untersuchten Debatte nicht nur VertreterInnen von Menschenrechtsorganisationen (wie Kenneth Roth, der Exekutivdirektor von *Human Rights Watch* in einem Streitgespräch mit dem *norm challenger* Alan Dershowitz auf CNN am 04. März 2003 (online unter: <<http://edition.cnn.com/2003/LAW/03/03/cnna.Dershowitz>>, rev. 02.02.2012), sondern auch Journalisten (etwa im *special report* des *Economist* vom 11.01.2003 unter dem Titel “*Is torture ever justified?*”, S. 21), Juristen (z. B. Conor Gearty, Rechtsprofessor an der *London School of Economics*: Gearty, Conor 2005: *We must keep the last taboo*, in: *The Guardian*, 19.04.2005) oder auch Politikwissenschaftler (etwa

ausgebreitet, so dass es nur sehr wenige Monographien selbst in Disziplinen wie der Rechts- und Geschichtswissenschaft gibt. Auch in der Politikwissenschaft wird dieser mit am stärksten kodifizierten Menschenrechtsnorm kaum jemals eine Studie gewidmet, wobei die Normtheoretikerin Andrea Liese hier eine seltene Ausnahme bildet.<sup>730</sup>

Das typische gesamtgesellschaftliche ‐Schweigetabu‐, das Folter umgibt, umfasst auch eine psychologische Komponente, nämlich die des Sprechens von Folterern und deren Opfern über ihre Erfahrungen, der aufgrund ihrer Ausrichtung auf Individuen in dieser Arbeit allerdings nur ein geringer Stellenwert zukommt. Interessant ist jedoch, dass eine Übertretung des Foltertabus psychologisch gesehen nicht nur – wie von Freud beschrieben – den BrecherInnen eines Tabus (hier also den Folterer) tabu werden last,<sup>731</sup> sondern auch dessen Opfer, denn beide erfahren häufig eine gesellschaftliche Stigmatisierung. Ganz im Sinne der zitierten Begründung, ‐du sollst das eigene Böse nicht kennen‐,<sup>732</sup> auf der viele Tabus beruhen, werden also Tabubrecher wie Opfer aus der Gemeinschaft ausgeschlossen. Dabei erscheint es selbstverständlich, dass es für ein soziales Umfeld besonders schwierig ist, einen ehemaligen Folterer wieder in die Gemeinschaft einzubinden, solange seine bzw. ihre Taten nicht erfolgreich totgeschwiegen, von allen verdrängt und damit im Blick auf die Gemeinschaft ungefährlich gemacht werden können. Familien von Folteropfern fällt es aber häufig ebenso schwer, wie den Gefolterten selbst, zu akzeptieren, dass die (eigene) Person physisch wie psychisch völlig der Gewalt einer anderen ausgeliefert war.<sup>733</sup> Dieses Verschweigen- und Weghören-Wollen des eigenen Umfeldes erschwert das Aufarbeiten der eigenen Erfahrungen und damit eine Rehabilitierung ehemaliger Opfer wie TaterInnen erheblich. Aufgrund des ewigen schlechten Gewissens ‐rächt sich‐ das Tabu deshalb häufig ‐von selbst‐, so liegen die Selbstmordraten auf beiden Seiten extrem hoch.

Wie bei den von Freud beschriebenen Tabus sollen auch mit dem Foltertabu menschliche Triebe in Zaum gehalten werden: Ganz ähnlich wie beim nuklearen Tabu werden auch hier die ‐gemeingefahrliche‐ und deshalb unerwünschte Lust an Macht und Gewalt über andere Menschen wie auch der Zerstörungstrieb früh verdrängt und somit kontrollierbar gemacht:

‐Unhappily, torture is as old as human history. Montaigne once wrote: ‘Nature, I fear, attaches to man some instinct for inhumanity.’ That sounds right. Most children at some point entertain sadistic fantasies, and many act them out. (...) While infantile sadism may be essential for human development, so is its repression. The process of socialization requires that torture fantasies be driven deep under ground, although in people they persist for years beyond infancy, often accompanied by experiences of

---

Allen, Jonathan 2005: Warrant to Torture? A Critique of Dershowitz and Levinson, in: ACDIS Occasional Paper 2005:1, S. 1).

<sup>730</sup> S. Liese, Andrea 2006: Staaten am Pranger. Zur Wirkung internationaler Regime auf innerstaatliche Menschenrechtspolitik, Baden-Baden.

<sup>731</sup> Vgl. Freud, Sigmund 1940: Totem und Tabu. Einige Übereinstimmungen im Seelenleben der Wilden und der Neurotiker, London, S. 28. Interessanterweise existiert zu dem Begriff ‐Folterer‐, der ja eindeutig auf einen männlichen Straftäter verweist, kein weibliches Pendant, obwohl sich bekanntermaßen auch Frauen – allerdings erst seit kurzer Zeit – solcher Vergehen schuldig machen.

<sup>732</sup> Vgl. S. 98 der Arbeit.

<sup>733</sup> Vgl. zu den Schuldgefühlen des Opfers: Haas, Daniela 1997: Folter und Trauma – Therapieansätze für Betroffene, Oldenburg, S. 73f. und zur Beziehung zu seinem sozialen Umfeld Ahmad, Salah/Müller Schll, Wiltrud 2002: Heilung durch Begegnung. Systematische Familientherapie mit Folterberlebenden, in: Birck, Angelika/Pross, Christian/Lansen, Johan (Hrsg.): Das Unsagbare. Die Arbeit mit Traumatisierten im Behandlungszentrum für Folteropfer Berlin, Berlin, S. 95-106.

shame at having them. (...) The widespread, perhaps universal, presence of sadistic fantasies, more or less deeply repressed, may help explain what happens in actual torturers; being placed in a situation where the restraints come off may unleash deeply-repressed torture fantasies and translate into reality...<sup>734</sup>

Natürlich sind diese Triebe von Individuum zu Individuum unterschiedlich stark angelegt – und unterschiedlich stark unterdrückt. So ist die Lust, Menschen Schmerzen zuzufügen, sicherlich bei weitem nicht bei jeder und jedem ausgeprägt, während sich ein genereller Hang dazu, völlige Macht über andere zu erlangen und auszuüben, nur schwer leugnen lässt. Dass diese verdrängten Wünsche bei erstaunlich vielen “normalen” Menschen sehr schnell wieder die Oberhand gewinnen können, haben das berühmte “*Milgram-Experiment*” aus den 1960ern und das “*Stanford-Prison-Experiment*” aus den 1970er Jahren gezeigt, dessen Versuchsleiter, Philip Zimbardo, erst Jahrzehnte später zugab, das Experiment viel zu spät abgebrochen zu haben, weil er selbst von den gewalttätigen Entgleisungen seiner Versuchsteilnehmer fasziniert war.<sup>735</sup> Allerdings deuten die Ergebnisse dieser Experimente darauf hin, dass “nur” ca. ein Drittel der Menschen zu sog. “Sadismus-Folter” fähig ist, während die Mehrzahl der Versuchsteilnehmer zu “Gehorsams-Folterern” wurden, die aufgrund unreflektierter Autoritätshörigkeit handelten.<sup>736</sup> Dennoch basiert das Foltertabu eher auf der Vorstellung eines sadistischen Folterers als Personifizierung ebenso triebhafter wie abgrundtief böser Motive.

Im Gegensatz zum nuklearen Tabu liegt im Fall von Folterungen als einer bestimmten *Handlung* kein zu ächtender (und zu achtender) Totem-Gegenstand äquivalent zu einer Atombombe vor. Tatsächlich ist es besonders das Erschrecken über die Fähigkeit des Menschen, diese Handlungen auszuüben, das uns eine Auseinandersetzung mit dem Thema vermeiden lässt (und nicht etwa die Gefahr durch einen technischen Gegenstand, wenn dieser auch erst vom Menschen geschaffen und aktiviert werden muss). So weist etwa Dershowitz darauf hin, dass Beschreibungen von Folterhandlungen selbst Menschen, die selbstverständlich für die Todesstrafe Stellung beziehen, erschauern lässt.<sup>737</sup> Dies mag damit zusammenhängen, dass mit Folterungen sofort archaische oder diktatorische Staatsformen assoziiert werden (wie etwa mittelalterliche Gesellschaften oder Chile unter Pinochet) in denen kein Bürger vor staatlicher Verfolgung sicher zu sein scheint, so dass sich die ZuhörerIn – weit häufiger als im Fall der Todesstrafe – automatisch in die Rolle des Opfers versetzt, evtl. auch dessen Gefühl völligen Ausgeliefertseins nachvollzieht und so (zunächst) kaum in der Lage ist, das Thema als abstraktes Problem aufzufassen. Zudem liegt die *affektartige Ablehnung* von Folter und das Nichtwissenwollen um ihre Existenz in einem nicht nur in westlichen Ländern vorherrschenden, diffusen Gefühl von Abscheu und Ekel begründet, das allein die durch die Erwähnung des Themas aufkommt und ebenfalls an die gedankliche Verbindung mit barbarischen “mittelalterlichen” Praxen geknüpft ist – womit das Foltertabu wiederum in zweierlei Hinsicht dem Freudschen Modell ähnelt: Erstens liegen die Wurzeln des Tabus für die meisten Menschen tatsächlich

<sup>734</sup> Luban, David 2006: Liberalism, Torture, and the Ticking Bomb, in: in: Greenberg, Karen J. (Hrsg.): The Torture Debate in America, Cambridge, S. 35-83, hier S. 37.

<sup>735</sup> Vgl. Steinberg, Claudia 2007: Auch ich war ein Teufel, in: Cicero 9/2007, S. 106.

<sup>736</sup> Vgl. Keller, Gustav 1991: Die Psychologie der Folter, Frankfurt am Main, S. 12ff. bzw. Milgram, Stanley 1995: Das Milgram-Experiment: zur Gehorsamsbereitschaft gegenüber Autorität, Hamburg, S. 145ff.

<sup>737</sup> Vgl. Dershowitz, Alan M. 2002: Why Terrorism Works. Understanding the Threat, Responding to the Challenge, New Haven, S. 148.

im Dunkeln, bzw. irgendwo in den Jahrhunderten nach der Inquisitionszeit und zweitens löst bereits der Gedanke an das Verbotene negative Gefühle aus.<sup>738</sup> Wie von Freud für die Kategorie des Totems beschrieben, in die *alle* Gegenstände mit einer bestimmten Eigenschaft fallen, sind auch *jegliche* Folterhandlungen tabuisiert, obwohl hier (wie auch im Fall des nuklearen Tabus) Abgrenzungsschwierigkeiten auftreten. Da die Frage, was bereits Folter und was “nur” unmenschliche oder erniedrigende Behandlung darstellt und ob in einem Fall ein Gefangener erst gefoltert oder bereits für Verfehlungen bestraft wurde, in vielen Fällen nur schwer zu entscheiden ist, verfolgen alle modernen einschlägigen Verträge einen umfassenden Ansatz, der alle drei Aspekte gleichermaßen untersagt.<sup>739</sup>

Aufgrund der genannten Elemente der Tabuisierung von Folter ist es nahezu unmöglich, ein positives Selbstbild zu entwickeln bzw. aufrechtzuerhalten und zugleich Folterungen offen zu thematisieren bzw. sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Dies gilt für Individuen wie für (VertreterInnen von) Staaten gleichermaßen; auch auf internationaler Ebene stellt die Aufdeckung von Folterungen im eigenen Land einen schweren Makel dar, der einer Verabschiedung aus dem Kreis der zivilisierten Nationen gleichkommt. Man denke nur an die schwierigen Verhandlungen der Europäischen Union mit der Türkei, die auch mit dem Hinweis auf staatlich geduldete Folter immer wieder verschoben worden sind. Ebenso wie die ersten Forderungen, Folter abzuschaffen, einem neuen, auf die unbedingte Beachtung unveräußerlicher Menschenwürde bedachten Gedankengut entsprangen, gingen auch die frühesten tatsächlichen Verbote Hand in Hand mit der Durchsetzung einer modernen Staatsraison, die ganz auf die Beachtung des Wohls jedes einzelnen Bürgers (zunächst noch nicht der Bürgerinnen) ausgerichtet war, wie im Folgenden dargelegt wird. Aus heutiger Sicht erscheint ein Hinterfragen des Folterverbots somit als Verrat am Gedankengut moderner Staatlichkeit – denn der Einsatz von Folter stellt nicht nur eine Missachtung der Menschenwürde dar (wie es bei allen Menschenrechtsverletzungen der Fall wäre), sondern zielt auf deren vollständige Negierung ab: Durch die Folter soll der Willen des Opfers gebrochen und es so zur “*benutzbaren Sache*” herabgesetzt werden.<sup>740</sup> Darüber hinaus stellt der Einsatz von Folter auch die Grundlagen der heutigen rechtsstaatlichen Ordnung in Frage, namentlich die generelle Unschuldvermutung (wenn ein Schuldbekenntnis durch Folter erpresst werden soll) und die Möglichkeit des Opfers, den Täter bzw. die Täterin innerhalb des Justizsystems zur Rechenschaft zu ziehen, wie Reemtsma ausführt:

---

<sup>738</sup> “*Alles, was die Gedanken auf das Verbotene lenkt, eine Gedankenberührung hervorruft, ist ebenso verboten wie der unmittelbare leibliche Kontakt...*”, Freud, Sigmund 1940: Totem und Tabu. Einige Übereinstimmungen im Seelenleben der Wilden und der Neurotiker, London, S. 37. Die Praxis der Folter wird auch häufig mit der Inquisitionszeit in Zusammenhang gebracht, was insofern nachvollziehbar ist, als in dieser Zeit besonders wahllos, brutal und häufig gefoltert wurde. Genau wegen der unkontrollierten Ausbreitung und Anwendung dieser Methoden erscheint die Folter der Inquisitionszeit jedoch als krasse Ausnahme vor dem Hintergrund vieler Jahrhunderte, in denen sie Teil “normaler” Strafgesetzbücher und Prozessordnungen war. Da sich die Diskussion um eine Abschaffung der Folter maßgeblich auf ihre Anwendung im Rahmen alltäglicher Gerichtsverfahren bezog, wird hier auch nur auf diese Verwendungsweise eingegangen. Vgl. aber für eine ausführliche Beschreibung des Stellenwertes von Folter in der Inquisitionszeit Helbing, Franz 2004: Die Tortur. Geschichte der Folter im Kriminalverfahren aller Völker und Zeiten, Erfstadt.

<sup>739</sup> Entsprechend lautet der vollständige Titel der UN-Folterkonvention “Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe“, vgl. S. 191 der Arbeit.

<sup>740</sup> Bielefeldt, Heiner 2005: Folter und Recht. Ein Menschenrechtsprinzip in der Krise?, in: Psychosozial 28:2, S. 19-26, hier S. 20.

“Warum hat – noch bin ich nicht genötigt zu schreiben: hatte – das Verbot der Folter einen so zentralen Stellenwert in unserem modernen Verständnis von Sittlichkeit, dass es zur Selbstverständlichkeit geworden ist, dass ein Verstoß dagegen zum selbstverständlichen Skandal wird und dass eine Diskussion über ihre mögliche Relegitimierung bisher eine Unmöglichkeit war? Deshalb, weil seine Suspendierung die Idee des Rechtsstaats in ihrer Substanz beschädigte, auf der unsere moderne westliche Kultur beruht. Rechtsstaat bedeutet, dass jede Maßnahme der Exekutive einer unabhängigen rechtlichen Überprüfung – und zwar auch in Gang gesetzt durch den Betroffenen – offen steht.”<sup>741</sup>

Welches Opfer würde nicht sein Vertrauen in ein Justizsystem verlieren, in dem Folterungen legal angeordnet werden und das seine Menschenwürde derart missachtet? Eine Klage *gegen* dieses System *im Rahmen* dieses Systems erscheint aus dieser Perspektive absurd.

Die skizzierten Dimensionen des Foltertabus – ungewöhnlich starke rechtliche Kodifizierung, psychologische Tabuisierung, die mit einer generellen Verdrängung des Themas einhergeht und gedankliche Verbindung mit den Wurzeln “zivilisierter Staatlichkeit” – sind kaum voneinander zu trennen, sie haben im Zusammenspiel jedoch ein bis vor kurzem unangreifbar scheinendes Tabu konstituiert, dessen Wirkung auf allen Ebenen vom internationalen System bis zum Individuum hin deutlich wurde. Im Folgenden soll nun umrissen werden, wie diese Ebenen sich – gegenseitig verstärkend – herausgebildet haben, wobei im Vergleich zum “jungen” nuklearen Tabu etwas weiter ausgeholt werden muss. Denn zum einen begannen die Diskussionen um ein Folterverbot lange vor der Gründung der USA, die diese Norm jedoch umgehend übernahmen, zum anderen spielt die historische Dimension für die Begründung des Tabus selbst (wie mit dem Hinweis auf das “mittelalterliche” dieser Praxis bereits angeklungen ist) eine wichtige Rolle.

### **5.1.2 Wie ist das Foltertabu entstanden, internalisiert und durchgesetzt worden?**

Das umfassende Foltertabu ist das Ergebnis eines Zusammenspiels rechtlicher Verbote und gesellschaftlicher Stigmatisierungen, die bis heute fortbestehen. Sowohl die rechtliche Absicherung der Norm als auch die soziale Ächtung von Folter fußen auf ethischen Überlegungen, welche mit der Verselbstständigung des Tabus jedoch überflüssig wurden und über Zeit verloren gegangen sind. Ein historischer Überblick über die Entstehungsgeschichte der Folter erscheint kaum nötig, um die Entstehung, Durchsetzung und anschließende Internalisierung des Folterverbots zu beleuchten.<sup>742</sup> Auch die Rahmenbedingungen, in denen sich die “Normkarriere” des Folterverbots vollzog, können hier nur stark verkürzt wiedergegeben werden, begannen die Diskussionen um ein solches Verbot doch schon in der Antike. Genauere Betrachtung erfahren lediglich diejenigen Zeitabschnitte, in denen Begründungen für ein Folterverbot aufkamen, welche für die

<sup>741</sup> Reemtsma, Jan Philipp 2004: Fratze im Spiegel. Zur Diskussion der Folter, in: Internationale Politik 59:6, S. 95-100, hier S. 98.

<sup>742</sup> Vgl. hierzu aber die zwar auf widersprüchlichen Thesen basierenden, jedoch gleichermaßen interessanten und umfassenden Überblicke von Peters (Peters, Edward 2003: Folter. Geschichte der Peinlichen Befragung, Hamburg) und Schmoeckel (Schmoeckel, Mathias 2000: Humanität und Staatsraison. Die Abschaffung der Folter in Europa und die Entwicklung des gemeinen Strafprozeß- und Beweisrechts seit dem hohen Mittelalter, Köln) sowie für einen älteren Ansatz Helbing (Helbing, Franz 2004: Die Tortur. Geschichte der Folter im Kriminalverfahren aller Völker und Zeiten, Erfstadt).



Etablierung des modernen Tabus als nahezu unangreifbare Struktur eine wichtige Rolle spielten,<sup>743</sup> nämlich in erster Linie die ethisch-philosophischen Überlegungen der Frühaufklärung, deren rechtliche Umsetzung Ende des 18. Jahrhunderts und die sich entwickelnde Tabuisierung von Folter im beginnenden 19. Jahrhundert sowie – nach einem “Sprung” von ca. 150 Jahren – die dem Wiederaufleben der Folter zu Beginn des 20. Jahrhunderts geschuldeten umfassenden internationalen Folterverbote.

### *Frühe Normverfechter: von der Renaissance zum ersten Folterverbot*

“J’ose prendre le parti de l’humanité contre un usage honteux à des chrétiens et à des peuples policés, et, j’ose ajouter, contre un usage aussi cruel qu’inutile.”<sup>744</sup>

In dem vorangestellten Auszug eines Briefs Friedrichs des Großen aus dem Jahr 1749 spiegelt sich innerhalb eines Satzes die gesamte Bandbreite der Antifolterargumente zurückliegender Jahrhunderte: Folter ist religiös betrachtet ebenso unzulässig wie einem modernen Staat unangemessen und zudem grausam und unnützlich. Sind die Vermutungen, dass der Brief an einen französischen Philosophen (Voltaire?) gerichtet war, richtig, “wagt” der König hier jedoch weit weniger, als er vorgibt: Zwar hatte Friedrich II. acht Jahre zuvor als erster Regent in Kontinentaleuropa ein Folterverbot gegen erhebliche Widerstände durchgesetzt,<sup>745</sup> doch gehörte die hier zum Ausdruck gebrachte Ansicht in Kreisen nicht nur französischer Intellektueller bereits seit Jahrzehnten zum *common sense*.

### *Rückblick: Kosten-Nutzen-Abwägungen antiker und mittelalterlicher Rhetoren*

Die älteste Kategorie von Argumenten, die in Diskussionen über Folter eine Rolle spielten und bei Friedrich mit dem Wort “*inutile*” zusammengefasst werden, sind rationale Kosten-Nutzen-Kalküle hinsichtlich der Effizienz von Folter bei der Erlangung wahrer (!) Geständnisse. Solche Überlegungen wurden bereits in der Antike angestellt. So wies Aristoteles in seiner *Ars Rhetorica* darauf hin, dass Nützlichkeitsargumente sowohl wohl von FolterkritikernInnen, wie auch –befürworternInnen verwandt wurden:

“Es besteht (...) keine Schwierigkeit, in Bezug hierauf [auf Folterungen, SoSchi] das Passende zu sehen (...): wenn sie die eigene Sache begünstigen – sie seien unter allen Zeugenaussagen die einzig wahren; wenn sie aber der eigenen Sache entgegen (...) stehen, kann man ihren Wahrheitsgehalt zerstören, indem man gegen jegliche Art von Folterung spricht; denn gezwungenermaßen sagt man ebenso gut die Unwahrheit wie die Wahrheit, indem man dabei verharret, die Wahrheit nicht zu sagen, während andere leichter zur Lüge bereit sind, um schneller befreit zu sein.”<sup>746</sup>

Solchen Nützlichkeitsabwägungen kam auch im Mittelalter ein hoher Stellenwert in der Diskussion um die Anwendung von Folter zu – was heute, nach der Tabuisierung, *per se* inhuman und damit illegitim erscheint, war aus damaliger Perspektive durchaus

<sup>743</sup> Aus dem gleichen Grund wird auf die Darstellung der Folterdiskussion außerhalb des westlichen Kulturkreises verzichtet, obwohl es insbesondere in China, Japan und Indien ähnliche Einschränkungsprozesse gab.

<sup>744</sup> Brief Friedrich des Großen aus dem Jahr 1749, abgedruckt in: Schmoeckel, Mathias 2000: Humanität und Staatsraison. Die Abschaffung der Folter in Europa und die Entwicklung des gemeinen Strafprozess- und Beweisrechts seit dem hohen Mittelalter, Köln, S. 41.

<sup>745</sup> Vgl. S. 177ff. der Arbeit. Kurzzeitige Aussetzungen bzw. starke Einschränkungen der Folterpraxis hatte es zuvor bereits in Schweden und Aragon gegeben. Vgl. Schmoeckel, Mathias 2000: Humanität und Staatsraison. Die Abschaffung der Folter in Europa und die Entwicklung des gemeinen Strafprozess- und Beweisrechts seit dem hohen Mittelalter, Köln, S. 55 ff.

<sup>746</sup> Sieveke, Franz G. (Hrsg.) 1995: Aristoteles: Rhetorik, München, S. 80.

verständlich. Die letzten Jahrhunderte des römischen Imperiums waren ebenso wie weite Abschnitte des Mittelalters von hohen Verbrechenszahlen gekennzeichnet, denen eine recht geringe Aufklärungsrate gegenüberstand. Dies war nicht nur dem Fehlen eines modernen Polizeiparates geschuldet, sondern auch dem Mangel an inzwischen selbstverständlichen Beweismitteln wie etwa Fingerabdrücken oder Obduktionsberichten. Um Angeklagte rechtskräftig verurteilen zu können, waren die Richter auf Zeugenaussagen angewiesen und für den Fall, dass keine Augenzeugenberichte oder freiwilligen Geständnisse vorlagen, lag es nahe, mögliche ZeugInnen oder auch den bzw. die Angeklagte(n) selbst zu foltern.<sup>747</sup> Die damalige folterkritische Literatur verweist insbesondere auf die dilemmatische Situation des Richters, der oft keine andere Wahl als die Anordnung von Folter habe, um zumindest eine Chance auf die Ermittlung der Wahrheit zu bekommen, obwohl auch ihnen durchaus bewusst sei, dass es zur Folterung Unschuldiger und zu falschen Geständnissen kommen könne. So galt Folter zwar spätestens zu Beginn des 16. Jahrhunderts als *res fragilis et periculosa*, die nicht nur Unschuldige treffen konnte, sondern auch zu einer Benachteiligung Schwacher durch eine auf einem schnellen Geständnis basierende Verurteilung und einer Bevorzugung kräftigerer Personen, die nach überstandener Folter ohne Geständnis freigelassen werden mussten, führte.<sup>748</sup> Dennoch wurde sie weiterhin unter der Annahme akzeptiert, dass es ohne die zugleich abschreckende und aufklärende Funktion der Folter zu noch mehr Straftaten und damit mehr Ungerechtigkeiten kommen würde. Um den Verbrechen in diesen Epochen Herr zu werden und zu einer allgemeinen Konsolidierung und Durchsetzung staatlicher Gewaltmonopole beizutragen, fielen die damals angestellten Kosten-Nutzen-Rechnungen also noch für eine Beibehaltung der Folter als Rechtsmittel aus. Die Nicht-Einführung einer Anti-Folternorm trotz wachsenden Problembewußtseins lässt sich hier also noch unter ein rationalistisch anmutendes Normverständnis fassen.<sup>749</sup>

Unter heutigen Umständen macht eine Anwendung von Folter zumindest zur Erlangung eines Geständnisses einer *bereits begangenen* Tat wenig Sinn, die Kosten-Nutzen-Abwägung schien sich aber bereits im 18. Jahrhundert in Richtung einer Abschaffung der Folter zu verschieben. (Mit-)Verantwortlich dafür war das Aufkommen des modernen Beweisrechts und eine durch die Einführung von Haftstrafen veränderte Strafpraxis: Zu Unrecht Verurteilte konnten nun aus Gefängnissen entlassen werden, während sie früher hingerichtet worden wären.

---

<sup>747</sup> Über die Jahrhunderte gab es immer wieder Änderungen des Status von Folter im Rechtsprozess sowohl hinsichtlich der betroffenen Personen (ZeugInnen/Angeklagte selbst), deren sozialer Herkunft (SklavInnen/BürgerInnen/WürdenträgerInnen) sowie der Umstände, unter denen Folter erlaubt war (u.a. Anzahl der Augenzeugen, Zulassen von Indizienbeweisen, Notwendigkeit von Voruntersuchungen oder Einspruchsmöglichkeiten) und der Beweiskraft des evtl. erzielten Geständnisses, welches meist mit zeitlichem Abstand zur Folterung wiederholt werden musste. Erstaunlich ist jedoch, dass die Einbettung der Folter in den Rechtsprozess einer unkontrollierten Ausbreitung dieser Praxis entgegengewirkt zu haben scheint. Folter blieb weitgehend eine Ausnahmerecheinung, deren Ablauf und Härtegrad stark reglementiert war und blieb. Hierzu trug auch bei, dass Richter für überzogene Folterungen zur Rechenschaft gezogen werden konnten (vgl. Peters, Edward 2003: Folter. Geschichte der Peinlichen Befragung, Hamburg, insbes. S. 86ff).

<sup>748</sup> Schmoeckel gibt für die Zeit des 16. und 17. Jahrhunderts an, dass ca. zwei Drittel der auf richterlichen Beschluss Gefolterten nicht gestanden hätten und deshalb freigesprochen wurden. Vgl. Schmoeckel, Mathias 2000: Humanität und Staatsraison. Die Abschaffung der Folter in Europa und die Entwicklung des gemeinen Strafprozeß- und Beweisrechts seit dem hohen Mittelalter, Köln, S. 486.

<sup>749</sup> Vgl. S. 27ff. der Arbeit.

*Moralische und naturrechtliche Argumentation der Frühaufklärung*

Es ist fraglich, ob der Wandel hin zu den ersten Folterverboten in erster Linie von Rechtsüberlegungen geleitet wurde oder nicht vielmehr moralische Überzeugungen ausschlaggebend waren, wie sie v.a. in der Frühaufklärung populär wurden.<sup>750</sup> Denn die ersten beiden wichtigen Schriften für eine Abschaffung der Folter wurden schon in den 1620er Jahren vorgelegt und damit lange vor den ersten Justizreformen hin zu einem modernen Beweisrecht.<sup>751</sup> Wie von Aristoteles beinahe vorhergesagt, begründeten die frühen Foltergegner ihre Forderungen ähnlich denen älterer Gelehrter, nur zogen sie daraus andere Schlüsse – nämlich dass Folter nicht trotz ihres zweifelhaften Nutzens im Gerichtsprozess beibehalten werden müsse, um die Gesellschaft als Ganze zu schützen, sondern sie *aufgrund* der negativen Folgen abzuschaffen, die sie für das einzelne (möglicherweise unschuldig gefolterte und verurteilte) Individuum habe. Deutlich spiegeln sich hier die Ideale der Renaissance wider, die den Menschen und dessen irdische Existenz ins Zentrum ihrer von einer humanistischen Moral geprägten Überlegungen (bzw. Kosten-Nutzen-Rechnungen) stellen.<sup>752</sup> Die revolutionäre Annahme, dass eine Gesellschaft weniger gottgegeben, als vielmehr das sei, was ihre Mitglieder aus ihr machten, ermöglichte auch die Forderungen nach einer Ausrichtung (vor-)staatlicher Autorität auf den einzelnen Bürger und einer Vorbildfunktion der Herrschenden, die durch harte und brutale Gesetzgebung wie Folterungen ein Klima der Gewalt und eine Verrohung der Sitten heraufbeschwören würden<sup>753</sup> – was vor dem Hintergrund moderner Staatlichkeit noch immer aktuell wirkt und an die oben angeführte Annahme erinnern, dass sich ungeahndete Tabubrüche sehr schnell von selbst ausweiten können.<sup>754</sup> Allerdings konnten die damaligen Autoren ihre Annahme, dass eine Welt ohne Folter möglich sei, kaum mehr als durch vage Andeutungen auf andere Völker stützen, die ohne diese Praxis zurecht kämen,<sup>755</sup> so dass neben diesen bereits humanistisch-moralisch unterfütterten Nützlichkeitsargumenten andere Argumentationslinien an Relevanz gewannen.

Noch von Vives und Grevius stammt die Behauptung, dass Folter unchristlich sei, welche sich (wie man an dem Brief Friedrichs sieht) über Jahrhunderte hinweg hielt und

<sup>750</sup> Übersetzt in die politikwissenschaftliche Normdebatte stellt sich also die Frage, ob sich die Norm aufgrund rationalistischer Überlegungen durchgesetzt hat, da neue Umstände eine neue Kosten-Nutzen-Rechnung erforderten oder ob identitätsstiftende moralische Abwägungen und Gruppendynamiken hierzu den Ausschlag gaben, wie es eine konstruktivistische Lesart nahelegen würde. Vgl. S. 27 bzw. 32 der Arbeit.

<sup>751</sup> Es handelte sich zum einen um eine 1522 publizierte Fassung von Augustinus *De Civitate Dei*, die der Herausgeber, Juan Luis Vives, mit kritischen Kommentaren versehen hatte. Vives Mentor, Erasmus von Rotterdam, lehnte die Veröffentlichung des Werkes zwar ab, auf anderen Wegen publiziert gehörten Vives Schriften jedoch Anfang des 17. Jahrhunderts zu den meistgelesenen in Europa, vgl. Schmoeckel, Mathias 2000: Humanität und Staatsraison. Die Abschaffung der Folter in Europa und die Entwicklung des gemeinen Strafprozeß- und Beweisrechts seit dem hohen Mittelalter, Köln, S.112f.. Die erste Monographie gegen Folter mit dem Titel "*Tribunal reformatum*", die durch einen Abdruck in einer frühen Enzyklopädie ebenfalls weit verbreitet war, verfasste zum anderen der Calvinist Johannes Grevius 1624 (vgl. Baldauf, Dieter 2004: Die Folter. Eine deutsche Rechtsgeschichte, Köln, S. 186f.).

<sup>752</sup> Merke: Bei veränderter *Wahrnehmung* der eigenen Prioritäten ergeben sich neue Problembeschreibungen und Lösungsvorschläge – ein im Kern konstruktivistisches Argument. Vgl. S. 25 der Arbeit.

<sup>753</sup> Diese Argumentation fand sich v.a. in den *Essais* von Montaigne, die 1580, also knapp 60 Jahre nach Vives Kommentaren, erstmals publiziert wurden, vgl.: Enzensberger, Hans Magnus 2004: Michel de Montaigne: *Essais*. Erste moderne Gesamtübersetzung von Hans Stilet, Frankfurt am Main, S. 537.

<sup>754</sup> Vgl. S. 92 der Arbeit.

<sup>755</sup> Angespielt wurde v.a. auf England, das jedoch ein anderes Rechtssystem entwickelt hatte (vgl. S. 181 der Arbeit).

sich heute in der Dichotomie zivilisierten und barbarischen Verhaltens wiederfindet. Möglicherweise liegt in dieser Argumentationsweise humanistischer Neuerer, die sich (nicht immer ganz korrekt) gegenüber dem auslaufenden spätmittelalterlichen Glaubens- und Gesellschaftsformen abgrenzen wollten, der Kern unserer Assoziation von Folter mit “düsterem Mittelalter” und “Barbarei” – also einer zunächst bewussten “Archaisierung” dieser Praxis – begründet, obwohl die Abschaffung der Folter erst ca. 200 Jahre später durchgesetzt wurde.

Viel stärker als in früheren Schriften traten nun auch *moralisierende* Argumentationen gegenüber Kosten-Nutzen-Kalkülen in den Vordergrund, in denen dem humanistischen Ideal des zivilisierten Umgangs aller miteinander die Figur des aus sadistischen Impulsen heraus handelnden Folterers gegenübergestellt wurde. Montaigne und seine Nachfolger prägten einen neuen, subjektiv gefärbten Stil, indem sie ihre Gefühle etwa bei öffentlichen Folterungen und Hinrichtungen schilderten und ihre sachliche Argumentation so durch das beim Leser erregte Gefühl des Mitleids bzw. des Ekels erfolgreich zu stützen vermochten.<sup>756</sup>

Das Verhalten eines rational *und* moralisch reflektierten *honnête homme*, der grausame Folter selbstverständlich ablehnte, wurde darüber hinaus identitätsstiftend für die kommenden Generationen französischer Intellektueller und prägt bis heute das Bild eines aufgeklärten Mitglieds der Gesellschaft. Gleichzeitig mit stärker moralisierenden Argumentationsweisen bildete sich also auch eine *identitätsstiftende* Wirkung der Gegnerschaft von Folter auf drei Ebenen heraus, nämlich erstens christliche versus barbarische Zivilisation, zweitens eine auf das Wohl der Bürger ausgerichtete versus veraltete mittelalterliche, eher der Willkür des bzw. der Herrschenden ausgelieferte Gesellschaft und drittens ein aufgeklärter und mitfühlender *honnête homme* gegenüber sadistischem Folterer. Wer sich mit den positiv besetzten Gruppen identifizieren wollte, musste quasi automatisch zum Foltergegner werden – damit war die Ablehnung von Folter Anfang des 18. Jahrhunderts zumindest unter der aufgeklärten Oberschicht zum Selbstläufer geworden: Trotz mangelnder Kodifizierung der Norm wirkte diese bereits in weiten Teilen der Bevölkerung *von selbst*. Übertragen in die Terminologie der Normdebatte ergibt sich hier also der interessante Befund, dass für die Identifikation mit einer bestimmten Identität (Humanismus) *compliance* mit einer für jene Gruppe konstitutiv wirkenden Forderung nach der Einführung einer noch gar nicht kodifizierten, regulative wirkenden Norm nötig war und dies eine Art Norm-Forderungskaskade auslöste.

Dass ein weiter Kreis von Menschen Folter ablehnen müsse, war für die Nachfolger Vives, Grevius und Montaignes eine Selbstverständlichkeit, wurden sie als Mitglieder der sozialen Gruppe aufgeklärter Intellektueller doch bereits in die Rolle Folter ablehnender *norm entrepreneurs* “hineinsozialisiert”. Zudem gingen sie bereits davon aus, dass Folter etwas zutiefst *Unnatürliches* sei, da solcherlei Gewaltanwendungen dem menschlichen Wesen widerstrebten und sie die Persönlichkeit und Integrität der BürgerInnen verletzen. Deutlich werden hier erste Verdrängungstendenzen im Umgang mit Folter, welche als nicht mehr

---

<sup>756</sup> Zentral sind hier die beiden Essays “Über die Grausamkeit“ (Buch II, XI) und “Feigheit ist die Mutter der Grausamkeit“ (Buch II, XXVII), beide 1580 erschienen und aktueller abgedruckt in: Enzensberger, Hans Magnus 2004: Michel de Montaigne: Essais. Erste moderne Gesamtübersetzung von Hans Stilet, Frankfurt am Main, S. 210-217 bzw. S. 343-347.

mit dem eigenen Selbstbild vereinbar angesehen wird. Dabei ergaben sich zum einen Parallelen zu frühen Staatstheoretikern, die bereits in Richtung der Entwicklung eines *Naturrechts* wiesen, welches zunächst Leib und Leben einer Person, später auch deren Würde als vorstaatlich gegeben und dem Willen der Herrschenden nicht, bzw. nur in Ausnahmefällen unterworfen ansahen.<sup>757</sup> Zum Anderen, jedoch ebenfalls im Gedanken natürlich gegebener menschlicher Eigenschaften wurzelnd, wuchs die Bedeutung des von Montaigne aufgebrachten Ekel- und Schamgefühls in der Folterdiskussion, da sich im Verlauf des 16. Jahrhunderts ein neues Körpergefühl eingestellt hatte, mit dem offene Wunden und andere "Verunreinigungen" des natürlich gegebenen Körpers zunehmend als hygienisch unrein und somit scham- und ekelerregend empfunden wurden. Es versteht sich von selbst, dass sich auch diese Komponente in der (Nicht-)Diskussion von Folter bis heute gehalten hat. Tatsächlich tauchten parallel zur Entwicklung dieses neuen Körpergefühls erste Belege einer Tabuisierung des Sprechens über die Folter*praxis* auf: Als 1670 eine neue *Ordonnance criminelle* für ganz Frankreich ausgearbeitet wurde, schien bereits die Nennung einzelner Foltermethoden das Schamgefühl der redigierenden Juristen zu verletzen, denn es galt als äußerst indezent, die erlaubten Arten aufzuzählen.<sup>758</sup> Vermutlich auch, weil die damaligen Richter in Frankreich bei der Anwendung von Folter wie seit Jahrhunderten anwesend zu sein hatten, schränken sie deren Anwendung in der Praxis stark ein.

### *Preußens Beweis der praktischen Umsetzbarkeit des Folterverbots*

Als Friedrich II. 1740 das erste Folterverbot erließ,<sup>759</sup> galt Folter, wie er selbst schrieb, also weithin bereits als Instrument von zweifelhaftem Nutzen, war als unchristlich verschrien, wurde als gleichzeitig mitleid-, scham- und ekelerregend empfunden sowie wesentlich seltener angewandt, als in vergangenen Jahrzehnten. Wenn hiermit die Grundlagen eines Foltertabus bereits gelegt waren, *compliance* mit der noch nicht verschriftlichten Norm bereits weitgehend vorhanden sowie die Ablehnung der Folter zum Aushängeschild europäischer Intellektueller geworden war, zu denen Friedrich sich selbst gern zählte, warum glaubte er dennoch, mit der Einführung dieser regulativ wirkenden Norm noch etwas Riskantes zu wagen?

Trotz der Seltenheit der Fälle, in denen Folter Mitte des 18. Jahrhunderts noch angewandt wurde, liefen Preußens Juristen aufgrund altbekannter Kosten-Nutzen-

<sup>757</sup> Auf den Punkt gebracht wurde der Zusammenhang von Naturrecht und Folterfreiheit nicht von Hobbes, der sich für Folter in Ausnahmefällen aussprach oder Locke, von dem keine solchen Aussagen bekannt sind, sondern von Pierre Bayle, der vor dem Hintergrund der damals wütenden Religionskriege eine Privatsphäre für jeden Bürger forderte, in der er vor Eingriffen des Staates geschützt sei. Das Gewissen und die Würde, aber auch der Körper des Menschen seien gottgegebene Werte und müssten folglich der Gewalt des Staates entzogen werden. Selbst zur Verfolgung legitimer Zwecke dürfe der Herrscher keine Mittel anwenden, die in anderen Fällen als Verbrechen gelten würden. Vgl. insbesondere sein "Historisches und kritisches Wörterbuch" (Gawlick, Günter/Kreimendahl, Lothar 2003: Pierre Bayle: Historisches und kritisches Wörterbuch. Eine Auswahl, Hamburg) und seine "Philosophischen Kommentare" (Tannenbaum, Amie Godman 1987: Pierre Bayle's 'Philosophical Commentary'. A Modern Translation and Critical Interpretation, New York.).

<sup>758</sup> Schmoeckel, Mathias 2000: Humanität und Staatsraison. Die Abschaffung der Folter in Europa und die Entwicklung des gemeinen Strafprozeß- und Beweisrechts seit dem hohen Mittelalter, Köln, S. 490. Zudem bezeichnet die *Ordonnance* Folter als "*un usage ancien*."

<sup>759</sup> Die *Ordre* zur Abschaffung der Folter erließ Friedrich II. am 03.06.1740, nur wenige Tage nach seinem Amtsantritt. Ihr Wortlaut ist u.a. abgedruckt in: Baldauf, Dieter 2004: Die Folter. Eine deutsche Rechtsgeschichte, Köln, S. 179.

Rechnungen Sturm gegen das neue Gesetz. Sie fürchteten v.a. um die abschreckende Wirkung der Folter, ohne die Schwere und Häufigkeit von Straftaten sprunghaft ansteigen könnten sowie um den Einsatz der Folter als unverzichtbares letztes Mittel zur Erlangung eines Geständnisses im Strafprozess, dem noch immer ein hoher Stellenwert zukam. Schriften aus diesen Reihen für die Beibehaltung von Folter wiesen entsprechend auf die *Praxiserfahrung* der Juristen hin, von denen einige meinten, Meinungen der Foltergegner generell als Phantasien weltfremder Idealisten abtun zu können. Dass diese Gruppe sich beinah geschlossen gegen eine Kodifizierung des Folterverbots stellte, ist umso erstaunlicher, als einige andere Juristen auch in Preußen aus moralischen Gründen bereits *theoretisch* gegen Folter eingestellt waren.<sup>760</sup> Hieran zeigt sich, dass diese Gruppe weniger durch einheitliche Moralvorstellungen zusammengehalten wurde, als durch ein grundlegend anderes Staatsverständnis, als Friedrich II. es proklamierte: Während sie zum Teil zwar das Leid Einzelner anerkannten und nun auch für moralisch ungerechtfertigt hielten, glaubten sie noch, die Sicherheit der Gesellschaft als Ganzer durch eine generelle Abschaffung der Folter aufs Spiel zu setzen. Nach Friedrichs Logik einer primär auf das Wohl jedes Einzelnen ausgerichteten Staatlichkeit, die letztlich in einer besseren Gesellschaft aller resultieren würde, machte es dagegen durchaus Sinn, mit einem Folterverbot die Freisprechung 20 Schuldiger zu riskieren, wenn damit ein einziger Unschuldiger vor der grausamen Tortur geschützt werden konnte.<sup>761</sup> Da der Monarch schon zuvor alle Todesurteile und Folterungen persönlich hatte genehmigen müssen, konnte er die Einhaltung seines Gesetzes recht gut überwachen, gelegentliche Anfragen seiner Gerichte, ob nicht doch gefoltert werden könne, wies er regelmäßig ab. Da die Richter weder den Anweisungen ihres Königs widersprechen, noch sich gegen eine *“breite gesellschaftliche Front”* stellen wollten, *“welche die Anwendung der Folter als unschicklich und unzulässig empfand”*,<sup>762</sup> stellte sich bei dieser Gruppe also eine Art instrumentelle Anpassung ein. Die gerade erst offiziell etablierte Struktur war somit zwar noch in bestimmten gesellschaftlichen Gruppen hinterfragbar, doch gehört dies gesamtgesellschaftlich betrachtet schon nicht mehr zum *“guten Ton”*. Dass es schließlich zu einem Mentalitätswandel auch innerhalb dieser direkt für Folterungen verantwortlichen Gruppe kam, hing zum einen damit zusammen, dass Preußen nach 1740 bekanntlich nicht im Chaos versank, die Kosten-Nutzen-Rechnung, nach der Folter zur Abschreckung und Aufklärung von Verbrechen als notwendig eingestuft wurde, sich also als Fehlkalkulation entpuppte und zum anderen mit der nun forcierten Änderung des allgemeinen Strafrechts (wie etwa der Entwicklung der Kronzeugenregelung), sich in der Phase der europaweiten Ausweitung des Folterverbots noch beschleunigte und vertiefte.<sup>763</sup>

---

<sup>760</sup> Personifiziert wurde dieser Widerspruch in der Person des obersten Pariser Richters Lamoignon, der zu Protokoll gab, dass er für die generelle Abschaffung von Folter, dies jedoch seine Meinung als Privatmann sei. Vgl. Schmoeckel, Mathias 2000: Humanität und Staatsraison. Die Abschaffung der Folter in Europa und die Entwicklung des gemeinen Strafprozeß- und Beweisrechts seit dem hohen Mittelalter, Köln, S. 135.

<sup>761</sup> Vgl. Friedrichs Essay *“Über die Gründe, Gesetze einzuführen oder abzuschaffen”* von 1749, abgedruckt in: Taureck, Bernhard 1986: Friedrich der Große und die Philosophie. Texte und Dokumente, Stuttgart, S. 91.

<sup>762</sup> Schmoeckel, Mathias 2000: Humanität und Staatsraison. Die Abschaffung der Folter in Europa und die Entwicklung des gemeinen Strafprozeß- und Beweisrechts seit dem hohen Mittelalter, Köln, S. 481.

<sup>763</sup> So wurde es zunächst in Deutschland, dann in ganz Europa geradezu Mode, Essays über die Reform des Strafrechts zu schreiben, oft angeregt durch Preisausschreiben wie 1777 in Bern, für das Friedrich II.

Erleichtert wurde die Akzeptanz des neuen Gesetzes allerdings auch durch eine Reihe von Einschränkungen: Erstens wurde Friedrichs *Ordre* zunächst nicht öffentlich, sondern nur den betroffenen Justizbeamten zugänglich gemacht. Insbesondere aus heutiger Sicht bedenklich ist, dass Friedrich, zweitens, Folter ausdrücklich als letztes Mittel zuließ, wenn er die Sicherheit des Staates selbst in Gefahr sah. Ähnlich wie bei den von frühen Ethnologen beschriebenen, exotischen Tabus gab es also eine Person, die die Macht hatte, das Tabu nicht nur selbst zu setzen, sondern es in Einzelfällen auch außer Kraft zu setzen.<sup>764</sup> Er später fiel das Folterverbot in diejenige Kategorie von Tabus, die ausnahmslos keinerlei Ausnahmen zulassen, da sie sich direkt gegen das "das Böse" wenden, vor dem jedermann zu schützen ist.<sup>765</sup> Das erste nationale Folterverbot galt, ähnlich wie die meisten folgenden europäischen also noch nicht absolut – Fälle von Hochverrat (sog. *crimen laesae majestatis*) und Landesverrat sowie einige besonders schwere Straftaten waren ausgenommen.<sup>766</sup> Diese Art von Einschränkungen wurzelte zwar in der bereits im 13. Jahrhundert bekannten Kategorie des *crimes exceptum*, also einer besonders schweren Straftat, mit der weitreichende Abweichungen vom üblichen Rechtsverfahren gerechtfertigt wurden, war jedoch insofern neu, als im 18. Jahrhundert nicht mehr der Verrat am Herrschenden selbst im Vordergrund stand, sondern die abstrakte Bedrohung der Funktionsfähigkeit der Institution Staat und seiner BürgerInnen. Drittens traten bereits kurz nach dem Erlass des Gesetzes Probleme bei der Definition dessen auf, was als Folter zu gelten habe und was nicht: So war u.a. zunächst unklar, ob ein Richter mit Folter drohen durfte, solange das Gesetz noch geheim und ob das Schlagen von Angeklagten den sonst üblichen Foltermethoden gleichzustellen war.<sup>767</sup> Indem in den ersten Jahrzehnten nach der Einführung des Folterverbots klar wurde, dass das Wegfallen dieses Instruments nicht die befürchteten negativen Auswirkungen hatte, erstarb schließlich auch die Forderung nach Ausnahmeregelungen. Zeitgleich wurde die Folter in vielen Nachbarländern Preußens verboten.

### *Norm entrepreneurs der Aufklärung: die Internalisierung des Folterverbots*

*“Tant d’habiles gens, et tant de beaux génies ont écrit contre l’usage de la torture, que je n’ose parler après eux. J’allais dire qu’elle pourrait convenir dans les gouvernements despotiques (...) mais j’entend la voix de la nature contre moi.”<sup>768</sup>*

Obwohl dem ersten Folterverbot über Jahrhunderte hinweg eine argumentative Grundlage bereitet worden war, erstaunte die Geschwindigkeit der Ausbreitung des Geltungsbereiches dieser regulativen Norm auf ganz Europa und dessen Kolonien doch Zeitgenossen wie Historiker:<sup>769</sup> In den ersten vier Jahrzehnten nach Friedrichs *Ordre* war eine erste große

---

selbst das Preisgeld sponserte, welches Voltaire, der selbst am Wettbewerb teilnahm (aber nicht gewann) zu verdoppeln versprach. Vgl. Schmoeckel, Mathias 2000: Humanität und Staatsraison. Die Abschaffung der Folter in Europa und die Entwicklung des gemeinen Strafprozeß- und Beweisrechts seit dem hohen Mittelalter, Köln, S. 75.

<sup>764</sup> Vgl. S. 88 der Arbeit.

<sup>765</sup> Vgl. S. 91 der Arbeit.

<sup>766</sup> Zu letzteren zählte meist Mord und die denunziatorische Folter bereits überführter Täter zur Aufdeckung krimineller Netzwerke. Vgl. Baldauf, Dieter 2004: Die Folter. Eine deutsche Rechtsgeschichte, Köln, S. 179f.

<sup>767</sup> Vgl. Baldauf, Dieter 2004: Die Folter. Eine deutsche Rechtsgeschichte, Köln, S. 181.

<sup>768</sup> Montesquieu, Charles 1979 [1748]: De l'esprit des lois VI,17, Paris, S. 220.

<sup>769</sup> Vgl. Peters, Edward 2003: Folter. Geschichte der Peinlichen Befragung, Hamburg, S. 108.

Welle neuer gesetzlicher Regelungen durch Europa gerollt, die letzten territorialen und sachlichen Ausnahmeregelungen fielen bis 1820. Ein Grund für diesen für die damalige Zeit rasanten Wandlungsprozess war sicherlich die Propagierung der preußischen Norm durch *norm entrepreneurs* in Form europäischer Intellektueller, die sich zum Teil schon vor Friedrichs Entscheidung gegen Folter ausgesprochen und nun auch ein praktisches Vorbild und Rechtsbeispiel hatten, auf das sie rekurrieren konnten. So hielt Voltaire die Würfel nach der erfolgreichen Durchsetzung des Verbots in Preußen für bereits gefallen, da mit dem Beweis, dass eine Rechtsordnung ohne Folter praktisch umsetzbar war, die gerade auf dem Bonus praktischer Erfahrungen basierende Argumentationslinie der FolterbefürworterInnen zusammengebrochen war.<sup>770</sup> Einen hohen Bekanntheitsgrad erlangten neben den Schriften Voltaires zur Folterfrage insbesondere diejenigen Montesquieus und des Mailänders Cesare Beccaria, deren Werke zwar kaum neue Argumente enthielten, die älteren jedoch stilistisch so geschickt formulierten und zusammenfassten, dass die Schriften Vives oder Montaignes bald beinahe in Vergessenheit gerieten. So fand Beccarias gut strukturierte Kurzfassung der bisherigen Antifolterargumentation LeserInnen bis in die höchsten Kreise und erregte auch in den gerade gegründeten Vereinigten Staaten großes Aufsehen.<sup>771</sup>

Wie internalisiert die Ablehnung von Folter damals bereits war, verdeutlicht das Eingangszitat Montesquieus: Zum Einen gesteht er, der Anti-Folterdiskussion kaum noch etwas hinzufügen zu können; die Bandbreite der Argumente für ein Verbot schien bereits ausgeschöpft. Zum Anderen betont er, dass sich ein (originelleres) Nachdenken über evtl. Ausnahmen von selbst verbiete – dies widerstrebe seiner bzw. generell der Natur des Menschen. Aufgrund seines eigenen Gewissens erteilt sich Montesquieu hier also selbst und von vornherein ein Denkverbot über die Möglichkeiten eines legitimen Einsatzes von Folter, was bereits deutlich in Richtung einer Verdrängung, die Folter als mit der eigenen Natur unvereinbar erscheinen lässt und somit einer Tabuisierung des Themas weist – ähnlich einer *deep structure* erscheint die etablierte Struktur nun als unhinterfragbar. Da sich der hier hervorgehobene Gedanke eines natürlichen Rechts bzw. einer natürlichen Moral auch in der Bevölkerung weitgehend durchgesetzt hatte, konnten Folterverbote nach 1740 vermutlich auch deshalb schnell in Form regulativ wirkender Normen durchgesetzt werden, da die *Internalisierung dieser Norm ihrer Kodifizierung* scheinbar in vielen Ländern *vorausging*.

Gleichzeitig klingt mit Montesquieus Verweis auf despotische Staaten, in denen Folter vielleicht noch am ehesten angewandt werden könne, wieder die Trennung in zivilisierte, Folter verbietende Nationen einerseits und Folter erlaubende “Barbarenstaaten” andererseits an. Zu diesen despotischen und archaischen Staaten wollten wohl insbesondere die protestantischen Reiche in der Nähe Preußens nicht länger gezählt werden, denn ihre Herrscher folgten als erste dem Schritt Friedrichs II.<sup>772</sup> Erst auf Druck

<sup>770</sup> Vgl. Voltaire, François-Marie Arouet 1986 [1766]: Kommentar zu dem Buch “Über Verbrechen und Strafen“ von einem Anwalt aus der Provinz, in: Mensching, Günther: Voltaire. Republikanische Ideen, Frankfurt am Main, S. 33-88, hier S. 59.

<sup>771</sup> Belegt sind u.a. die Lektüre Beccarias “*Dei delitti e delle pene*” durch Katharina die Große, Kaiser Leopold II. und den ersten US-Präsidenten Thomas Jefferson. Vgl., auch für die zentralen Passagen des Textes, Baldauf, Dieter 2004: Die Folter. Eine deutsche Rechtsgeschichte, Köln, S. 198-200.

<sup>772</sup> Dass viele protestantische Herrscher dem Beispiel Friedrichs schnell folgten, mag auch daran gelegen haben, dass sie mit ihm verwandt waren. Die ersten dieser Staaten waren Mecklenburg, Dänemark und



der Bevölkerung schafften auch die ersten katholischen Herrscher Folter in ihren Reichen ab, wie etwa in der Toskana, deren Großherzog dem französischen König Louis XVI. riet, dem Wunsch seines Volkes nach einem Folterverbot zu entsprechen, unter dem sich ja mit am frühesten solche Forderungen verbreitet hatten. Normtheoretisch kann also vom Einsetzen einer Normkaskade um das Jahr 1770 gesprochen werden, wobei die jeweiligen RegentInnen teilweise gleich fünffach unter Druck gerieten, die nationale Gesetzgebung zu ändern: Zu den Forderungen der Bevölkerung (1. *bottom up*-Prozess) kam das von jener als positiv erachteten Beispiel von immer mehr Staaten (2. quantitative Kaskadenfunktion, s. S. 45 der Arbeit), deren HerrscherInnen teilweise auf eine Übernahme ihrer Gesetze drängten (3. Einfluss ausländischer Regierungen, Stichwort Bumerang-Effekt) sowie die Furcht vor einem schlechten Image, das ein Herrscher bzw. eine Herrscherin für sich selbst und sein bzw. ihr Land durch die Beibehaltung der Folter riskierte (4. frühes *naming and shaming* sowie 5. Wunsch nach Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe als modern angesehener Staaten). Maßgeblich vorangetrieben und zugleich am meisten gebremst wurden solche Vorhaben von Gruppen des gebildeten Bürgertums bzw. des Adels, nämlich weiterhin von aufgeklärten *norm entrepreneurs* auf der einen und konservativ gestimmten Justizbeamten auf der anderen Seite, wobei letztere durch die anlaufenden generellen Strafrechtsreformen teilweise das Lager wechselten.

Das Antifoltergesetz Louis XVI. war der letzte souveräne Rechtsakt des Monarchen vor der Französischen Revolution, in deren Verlauf das Recht auf Freiheit von Folter auch während der Phase des *terreur* nicht eingeschränkt wurde. Im Gegenteil deutet Art. 9 der *Déclaration des Droits de l'Homme et du Citoyen* auf dieses Recht hin,<sup>773</sup> die *Ordonnance* des Königs von 1788 fand sich zudem in den Gesetzbüchern der Revolutionszeit und denen der nachfolgenden Stabilisierung der politischen Verhältnisse wieder.<sup>774</sup> Die Eroberungen Napoleon Bonapartes taten ein Übriges, um diese Strafrechtsreformen auch in denjenigen Ländern durchzusetzen, die sich der Folterverbotschwelle noch nicht angeschlossen hatten, wie etwa in Spanien.

### *Drei Wurzeln des Folterverbots in den Vereinigten Staaten*

Dass Napoleon nach 1815 keine Gelegenheit mehr hatte, das französische Strafrecht in England einzuführen, hatte hinsichtlich der Folterfrage keinerlei Relevanz, denn in Großbritannien hatte sich mit dem *common law* ein völlig anderes Rechtssystem als auf dem Kontinent etabliert, das in den meisten Fällen eine Urteilsfindung durch eine Jury aus Laienrichtern vorsah, für welche die Zeugen- und Geständnisfolter keine Rolle spielte. Da

---

Schweden. Für eine genauere und ausführliche Übersicht der ersten Folterverbote nach dem Friedrichs II. vgl. Schmoeckel, Mathias 2000: Humanität und Staatsraison. Die Abschaffung der Folter in Europa und die Entwicklung des gemeinen Strafprozeß- und Beweisrechts seit dem hohen Mittelalter, Köln, S. 64-74.

<sup>773</sup> Die Formulierung “[d]a jeder solange als unschuldig anzusehen ist, bis er für schuldig befunden wurde, muss, sollte seine Verhaftung für unumgänglich gehalten werden, jede Härte, die nicht für die Sicherstellung seiner Person notwendig ist, vom Gesetz streng unterbunden werden,” weist darauf hin, dass Folterungen zur Erlangung eines Geständnisses, welches später zu einer Verurteilung führen kann, untersagt sind. Der vollständige Text der Erklärung findet sich online unter <<http://archiv.jura.uni-saarland.de/BIJUS/constitution58/decl1789.htm>>, rev. 02.02.2012.

<sup>774</sup> Es handelt sich hier allerdings nicht um den berühmten *Code Civil*, sondern um den *Code des délits et des peines*, erlassen 1791, den *Code d'instruction criminelle* aus dem Jahr 1808 und den *Code pénal* von 1810. Vgl. Peters, Edward 2003: Folter. Geschichte der Peinlichen Befragung, Hamburg, S. 127 bzw. S. 156 sowie zu den Auswirkungen der napoleonischen Eroberungspolitik S. 127.

das *common law* zum einen aus Gewohnheitsrecht, zu dem auch die *Magna Charta* gehörte, abgeleitet und im dementsprechend Folter verbietenden Bürgerlichen Gesetzbuch zusammengefasst wurde und zum anderen aus königlichen Verordnungen bestand, mussten Ausnahmen vom allgemeinen Folterverbot vom König/von der Königin bzw. seinem/ihrem Rat, der sog. *Star Chamber*, genehmigt werden.<sup>775</sup> Als Anhaltspunkte dafür, dass das Folterverbot in England schon lange vor dem Friedrichs II. nicht nur institutionalisiert, sondern auch weitgehend internalisiert war, kann, erstens, die Seltenheit solcher Ausnahmen, die größtenteils bei Fällen von Hochverrat durch die *Star Chamber* angeordnet wurden, gewertet werden. Zweitens spricht auch die ablehnende Haltung des Parlamentes gegenüber dem Versuch Heinrichs VI., Folter einzuführen, dafür, wie auch, drittens, die heftigen Proteste der Bevölkerung, als die Mitglieder *Star Chamber* unter Elisabeth I. immer eigenmächtiger zu agieren begannen und sich für eine Einführung der Folter nach dem Vorbild des kontinentaleuropäischen Rechts ausgesprochen hatten, aufgrund derer schließlich alle Ratsherren ihres Amtes enthoben wurden.<sup>776</sup>

Anders als in England wurde das französische Strafrecht in einigen von Frankreich dominierten Territorien außerhalb Europas eingeführt, so auch in den damals noch französisch kontrollierten Gebieten Nordamerikas. In den bereits zu den Vereinigten Staaten zusammengeschlossenen Provinzen der Ostküste waren teilweise zuvor schon Verfassungen erlassen worden, deren ausdrückliche Zusicherung einer individuellen Privatsphäre, die natürlich auch den eigenen Körper vor staatlichen Zugriffen schützen sollte, Folterverbote einschloss.<sup>777</sup> Auf nationaler Ebene enthält insbesondere das fünfte der ersten zehn unter dem Begriff *bill of rights* bekannt gewordenen *amendments* zur US-Verfassung von 1789 ein Folterverbot:<sup>778</sup> Mit dem Auskunftsverweigerungsrecht ist jeder Person vor und während einer Inhaftierung wie auch vor Gericht garantiert, sich nicht selbst belasten zu müssen – was zu dieser Zeit ja der Zweck gerichtlicher Folterungen war, wie der Direktor eines Zentrums für Folteropfer angesichts der neuen Debatte in den USA betonte:

“...torture violates at least three important principles embedded in our Constitution that are such basic American values as to define our very identity. These values include: 1) ‘One is innocent until proven guilty.’ Perhaps this is the bedrock of Americans’ sense of justice. (...) 2) Punishment must fit the crime, but should never

<sup>775</sup> So schrieb Wiliam Blackstone in seinem Gesetzeskommentar von 1769, Folter sei “*ein Werkzeug des Staates, nicht des Gesetzes*”. Zitiert nach Peters, Edward 2003: Folter. Geschichte der Peinlichen Befragung, Hamburg, S. 140. Blackstone interpretierte auch den Satz der *Magna Charta* “*Nullus liber homo aliquo modo destruatur, nisi per legale iudicium suorum aut per legem terrae*” als generelles Folterverbot. Der Text der *Magna Charta* findet sich online unter <<http://www.bl.uk/treasures/magnacarta/index.html>>, rev. 02.02.2012.

<sup>776</sup> Vgl. Brian, Innes 1998: Die Folter. Ein dunkles Kapitel in der Geschichte der Menschheit, Köln, S. 88.

<sup>777</sup> Vgl. etwa Art. 8 der Verfassung von Pennsylvania, in der auch das Recht, sich in einem Prozess nicht selbst belasten zu müssen, besonders betont wird, Art. 1 der Verfassung von Virginia sowie die Präambel der Verfassung von Massachusetts, abgedruckt und abgeglichen in: Jellinek, Georg 1996 [1904]: Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte, Schutterwald, S. 46-58.

<sup>778</sup> Vgl. Brugger, Winfried 1987: Grundrechte und Verfassungsgerichtsbarkeit in den Vereinigten Staaten von Amerika, Tübingen, S. 304f. Der Zusatzartikel lautet: “*No person shall be held to answer for a capital, or otherwise infamous crime, unless on a presentment or indictment of a Grand Jury, except in cases arising in the land or naval forces, or in the Militia, when in actual service in time of War or public danger; nor shall any person be, subject for the same offence to be twice put in jeopardy of life or limb; nor shall be compelled in any criminal case to be a witness against himself, nor be deprived of life, liberty, or property, without due process of law; nor shall private property be taken for public use, without just compensation.*” Online unter <[http://www.archives.gov/exhibits/charters/bill\\_of\\_rights\\_transcript.html](http://www.archives.gov/exhibits/charters/bill_of_rights_transcript.html)>, rev. 02.02.2012.

descend to barbarity. Hence, our Eighth Amendment to the Constitution prohibits all forms of 'cruel and unusual punishments.' (...) 3) The most practical tool against torture is the Fifth Amendment to the U.S. Constitution, which protects the accused from self-incrimination (...). Our Founding Fathers did not write this protection to allow mobsters and the corrupt an easy pass to frustrate justice. They recognized that the restriction puts the burden on the state to prove that a crime has been committed. They did so in a time when torture was still a basic tactic of autocratic states to intimidate populations in the name of order.<sup>779</sup>

Wie auch diese Regelung entwickelte sich das US-amerikanische Recht aus dem des Mutterlandes Großbritannien, das keinerlei Folterungen vorsah, ging in einigen Punkten jedoch noch darüber hinaus – etwa, indem in einzelnen Bundesstaaten auch die in England üblichen verschärften Bedingungen der Beugehaft (sog. *peine forte et dure*) untersagt oder vor der Unabhängigkeit Anordnungen der *Star Chamber* zu Folterungen nicht ausgeführt wurden.<sup>780</sup> Ebenso wie zunächst in Europa war die *compliance*-Rate mit diesen Regelungen in den USA sehr hoch: Bis ins 20. Jahrhundert lassen sich – juristisch betrachtet – keinerlei Hinweise auf ein Unterlaufen dieser Gesetze feststellen.<sup>781</sup> Widersprüchlich muss aus heutiger Sicht der brutale Umgang mit SklavInnen in den amerikanischen Kolonien und später in den Vereinigten Staaten anmuten, die beim geringsten Verdacht insbesondere des Verrats ihrer Herrschaft körperlich bestraft oder gehängt wurden. Diese Handlungen wurden jedoch nicht als Folter, sondern als Privatangelegenheiten gewertet, da sie weder im Rahmen eines juristischen Verfahrens noch aufgrund staatlicher Anordnungen erfolgten. Eine andere Definition hätte sich mit dem damals bereits sehr ausgeprägten Selbstbild der USA auch nicht vertragen, verstand sich die Nation doch insbesondere in Menschenrechtsfragen als Vorreiter und allgemein als Prototyp einer aufgeklärten Gesellschaft.<sup>782</sup> Tatsächlich waren sie in Menschenrechtsfragen allen kontinentaleuropäischen Nationen insofern voraus, als sich bereits ihrer Unabhängigkeitserklärung von 1776 das Konzept einer *universellen Gültigkeit* der Menschenrechte fand, welches in Europa erst 13 Jahre später durch die Französische Revolution verbreitet wurde. In der Eröffnungsformulierung

“We hold these truths to be self-evident, that all men are created equal, that they are endowed by their Creator with certain inalienable Rights, that among these are Life, Liberty and the pursuit of Happiness”<sup>783</sup>

kommt darüber hinaus der Gedanke zum Ausdruck, dass die elementarsten Rechte des Menschen keiner argumentativen Begründung bedürfen – sie sind (gott-)gegeben und damit unhinterfragbar.

Aber auch die Strafpraxis der USA nahm einige Reformen vorweg, die in Europa erst später zu rechtlichen Rahmenbedingungen einer konsequenten Durchsetzung des

<sup>779</sup> U.S. Congress, Committee on the Judiciary 2005: Statement of Douglas Johnson, Executive Director Center of Victims of Torture, 06.01.2005.

<sup>780</sup> Vgl. Brian, Innes 1998: Die Folter. Ein dunkles Kapitel in der Geschichte der Menschheit, Köln, S. 98.

<sup>781</sup> Selbst der bekannte Fall der “Hexenjagd“ von Salem 1692 lief wohl ohne Folterungen der Angeklagten ab, die allerdings größtenteils hingerichtet wurden. Vgl. Helbing, Franz 2004: Die Tortur. Geschichte der Folter im Kriminalverfahren aller Völker und Zeiten, Erfstadt, S. 482.

<sup>782</sup> Über die Verbindungen der USA zur europäischen Aufklärung ist viel geschrieben worden – sowohl im 18. und 19. Jahrhundert (vgl. z.B. Tocquevilles “Über die Demokratie in Amerika“ von 1835), wie auch in den nachfolgenden Jahrhunderten (vgl. z.B. Jellinek, Georg 1996 [1904]: Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte, Schutterwald), so dass dieser Befund hier kaum wiederholt werden muss.

<sup>783</sup> Der gesamte Text der Erklärung findet sich online unter <[http://www.archives.gov/exhibits/charters/declaration\\_transcript.html](http://www.archives.gov/exhibits/charters/declaration_transcript.html)>, rev. 02.02.2012.

Folterverbots wurden. Ganz im Sinne unveräußerlicher Menschenrechte und Menschenwürde richtete sich das Augenmerk US-amerikanischer Reformer nicht mehr nur auf den Schutz *Unschuldiger* (wie etwa durch die *due process*-Klausel),<sup>784</sup> sondern auch auf den humanen Umgang mit bereits verurteilten *Schuldigen*. Diese Einstellung wurde insbesondere durch die Ausrichtung von Haftstrafen primär auf eine Besserung und nicht auf eine Bestrafung des Verurteilten<sup>785</sup> und das Verbot unangemessener und unmenschlicher Strafe im achten *Amendment* zur US-Verfassung praktisch umgesetzt.<sup>786</sup> Aus heutiger Sicht mag ebenso erstaunlich klingen, dass sich die jungen Vereinigten Staaten auch durch den Aufbau sehr bürgernaher und –freundlicher Polizeieinheiten hervortaten.

Diese in humanistischen Idealen wurzelnden Regelungen sind besondere vor dem Hintergrund der Geschichte der Vereinigten Staaten verständlich – hatten seit 1620 doch viele frühe EinwohnerInnen gerade aufgrund der politischen Missstände, zu denen auch Folterungen zählten, Europa den Rücken gekehrt bzw. waren vor ihrer Migration selbst politisch und religiös verfolgt und gefoltert worden. Wie schon zuvor in Europa setzten sich diejenigen, die direkt oder indirekt Folteropfer geworden waren, am lautesten für ein generelles Verbot ein.<sup>787</sup> Ihrer Forderung nach einer vor staatlichen Eingriffen geschützten Sphäre der Bürger, die deren Leib und Leben, ihr Gewissen, ihre Würde, ihre Religionszugehörigkeit wie auch ihr Eigentum umfasst, ist den Gesetzen der USA in besonderer Weise entsprochen worden – so wurden gleich fünf Artikel der *bill of rights* dem (Rechts-)Schutz der Einzelperson gewidmet,<sup>788</sup> die bis heute das politische Grundverständnis der Nation und deren individualistisches Konzept der Menschenwürde prägen.<sup>789</sup>

Die Tatsache, dass in der Geschichte der USA niemals legal gefoltert werden durfte, ist also v.a. auf drei Quellen zurückzuführen: Erstens auf das noch vom Mutterland Großbritannien beeinflusste Rechtssystem, in dem Folter kein Bestandteil des Gerichtsverfahrens war, zweitens auf die persönlichen Erfahrungen der frühen EinwohnerInnen der Vereinigten Staaten, die ihre persönlichen Rechte in der neuen

<sup>784</sup> Vgl. S. 152 der Arbeit.

<sup>785</sup> S. zu diesem Einstellungswandel prominent Foucault, Michel 1994 [1976]: Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, Frankfurt am Main.

<sup>786</sup> Das achte *Amendment*, das in der heutigen Folterdiskussion wie auch das fünfte häufig zitiert wird, lautet: *“Excessive bail shall not be required, nor excessive fines imposed, nor cruel and unusual punishments inflicted.”* Online unter <[http://www.archives.gov/exhibits/charters/declaration\\_transcript.html](http://www.archives.gov/exhibits/charters/declaration_transcript.html)>, rev. 02.02.2012. Es wurzelt noch in den britischen *Habeas Corpus*-Gesetzen (vgl. S. 152 der Arbeit) und verbietet alle Strafen, die von der Gesellschaft abgelehnt, unangemessen und entwürdigend sind. In den USA wurde bis vor kurzem das achte *Amendment* als Verbot jeglicher Folterungen interpretiert.

<sup>787</sup> Vives und Montaigne gehörten ehemals jüdischen Familien an, die Opfer der spanischen Inquisition geworden worden waren, Grevius wurde als Calvinist selbst Opfer politischer Verfolgung und Folter. Vgl. Schmoeckel, Mathias 2000: Humanität und Staatsraison. Die Abschaffung der Folter in Europa und die Entwicklung des gemeinen Strafprozeß- und Beweisrechts seit dem hohen Mittelalter, Köln, S. 112 bzw. 123.

<sup>788</sup> Es handelt sich hierbei um die *Amendments* vier bis acht, in denen neben dem Recht, im Gerichtsprozess zu schweigen, im achten Artikel auch das Verbot von *“cruel and unusual punishments”* auf das frühe Verständnis menschlicher Würde verweist, vgl. Heller, Francis H. 1987: USA. Verfassung und Politik, Wien, S. 41 sowie Brugger, Winfried 2002: Demokratie, Freiheit, Gleichheit. Studien zum Verfassungsrecht der USA, Berlin, S. 42.

<sup>789</sup> Vgl. S. 182 der Arbeit bzw. zum Vergleich des eher gesamtgesellschaftlich ausgerichteten, kontinentaleuropäischen Konzepts der Menschenwürde (wie es sich etwa bei Kant findet) mit dem auf die Schutzsphäre des Individuums ausgerichteten, wie es in den USA vorherrscht Brugger, Winfried 2002: Demokratie, Freiheit, Gleichheit. Studien zum Verfassungsrecht der USA, Berlin, S. 47 f.

Gesetzgebung in besonderer Weise berücksichtigt sehen wollten und drittens auf die enge Verbindung nicht nur der Gründungseltern der USA mit der europäischen Aufklärung, die Folterungen im Anschluss an den Diskurs auf dem Kontinent “natürlich” ablehnten, obwohl auf ihrem Territorium mit britischer Rechtstradition dieses Mittel ja nie zum Einsatz gekommen war.

Mit Blick auf die gesamte westliche Welt scheint also letztlich das Zusammenspiel des Engagements populärer Intellektueller, deren Forderungen von der breiten Bevölkerung aufgenommen und in Form verstärkten Drucks an die Obrigkeit weitergegeben wurden, genauso zur Auslösung einer Kaskade von Folterverboten beigetragen haben, wie der geglückte Schritt Friedrichs II., mit dem der Preußenkönig ein politisches Symbol hatte setzen können. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts war eine entsprechende regulativ wirkende Norm in fast allen europäischen Staaten sowie in einigen europäischen Kolonien verschriftlicht worden, die Intellektuellen und – soweit man dies beurteilen kann – wohl auch ein Großteil der Bürgerschaft hatten eine ablehnende Haltung Folterungen gegenüber bereits zuvor internalisiert und auch die nun mit neuen strafrechtlichen Methoden experimentierende Gruppe der Juristen zeigte sich mehr und mehr von der Anwendbarkeit und moralischen Richtigkeit des Verbots überzeugt. Einer vollständigen Tabuisierung der Folter stand nichts mehr im Wege.

### *Scham und Ekel: Emotionalisierung und Tabuisierung der Folterdiskussion*

“Die Folter hat für immer aufgehört zu existieren.”<sup>790</sup>

Ebenso wie bei der schnellen Durchsetzung nationaler Rechtsnormen gegen Folter waren *norm entrepreneurs* maßgeblich daran beteiligt, den Boden für eine gesamtgesellschaftliche Tabuisierung von Folter zu bereiten. In der Klassik lebten die Ideale der Renaissance, nun verbunden mit dem moderneren Gedankengut der Spätaufklärung, wieder auf, generelle Ablehnung erfuhr damit nicht nur alles, was in irgendeiner Weise an das bereits als archaisch und barbarisch geltende Mittelalter erinnerte, sondern auch die Grundeinstellungen und Praktiken des *ancien régime*, die den Wert jedes einzelnen menschlichen Wesens (insbesondere der nicht-adeligen darunter) verkannt habe. In einer nach der natürlichen Reinheit Arkadiens strebenden Gesellschaft, deren Ideale der Einfachheit, Leichtigkeit und Klarheit sich in Architektur, Mode und Prosa spiegelten, konnten selbst Gedanken an die grausam-blutigen Praktiken in düsteren Folterkellern nicht anders als störend empfunden werden. Spätestens jetzt wurde Folter nicht mehr als rationales Instrument einer überkommenen Rechtsordnung aufgefasst, sondern als vor dem Hintergrund menschlichen Einfühlungsvermögens völlig entartete und v.a. *irrationale* Praxis, die bereits einer dunklen Vergangenheit anzugehören schien. Die oben beschriebene Entlastungsfunktion von Tabus eines gemeinsamen “blinden Flecks”, der es ermöglicht, sich nicht ständig mit den Grundüberzeugungen der eigenen Gemeinschaft auseinandersetzen zu müssen, kam nun voll zum Tragen.<sup>791</sup> An diesem Wandel wird auch deutlich, dass das Foltertabu zwar als Folterverbot einmal bewußt gesetzt wurde, sich im Laufe der Zeit zu einem nicht begründbaren Grundsatz verselbstständigte.<sup>792</sup> Entsprechend

<sup>790</sup> Aussage Victor Hugos aus dem Jahre 1874, zitiert nach: Klingst, Martin 2004: Ein bisschen Folter gibt es nicht, in: Die Zeit, 49/2004, online unter <<http://www.zeit.de/2004/49/Folter>>, rev. 02.02.2012.

<sup>791</sup> Vgl. S. 100 der Arbeit.

<sup>792</sup> Vgl. für diese Diskussion S. 102 der Arbeit.

fanden die drastischen Schilderungen Montaignes, mit denen er ca. 230 Jahre zuvor erstmals Mitleid bei seinen LeserInnen erwecken wollte, nun gar keine LeserInnen mehr, wie überhaupt nur noch wenige Abhandlungen mit aktuellem Bezug über Folter erschienen. Publiziert wurden lediglich einige Werke von Historikern, die sich mit dem bereits als *ad acta* gelegten geschichtlichen Abschaffungsprozess der Folter beschäftigen, wobei auch sie selten auf die juristische und gesellschaftliche Problematik eingingen, die durch die Abschaffung der Folter in früheren Jahrhunderten hätte entstehen können, sondern allein die moralische Überzeugungskraft humanistischer und aufklärerischer Gedanken und Empfindungen als ausschlaggebend hinstellten.<sup>793</sup> Letztlich ist es für die Tabudiskussion im Rahmen dieser Arbeit also unerheblich, ob die Abschaffung der Folter stärker durch juristische Reformen oder moralische Überzeugungen begünstigt wurde – wichtig ist, dass der Abschaffungsprozess als dem “Licht der Aufklärung” geschuldet wahrgenommen wird und die damit verknüpften moralischen Überzeugungen schon damals die rational geführte juristische Auseinandersetzung um einen potentiellen Nutzen von Folter vergessen ließen.

Entsprechend “rutschte” die für Tabus typische Verdrängung “eine Ebene tiefer” und basiert – bis heute – auf einer rein emotionalen und affektiven Ablehnung. Mit dieser größtenteils unbewußten Verdrängung konnte sich das Foltertabu, wie für *deep structures* typisch, stark vom kontrollierenden Akteurshandeln verselbstständigen. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts bestand somit endgültig keine Notwendigkeit mehr, die Ablehnung von Folter argumentativ zu begründen: Foltergegnerschaft wurde als natürlich gegeben angenommen, eine Rückkehr dieser Praxis nach dem Zeitalter der Vernunft wurde – dem damaligen Fortschrittsglauben entsprechend – für unmöglich gehalten.<sup>794</sup> Diese Ebene einer internalisierten Norm, die zum Teil ja bereits im vorangegangenen Jahrhundert anzutreffen war, wurde nun durch eine Tabuisierung von Folter überlagert. Es war nicht nur nicht mehr *nötig*, gegen Folter zu argumentieren, Debatten um dieses Thema waren auch kaum noch *möglich*, da eine Positionierung für Folter gesellschaftlich nicht mehr als rational begründbare und damit legitime Meinung akzeptiert wurde und ein offenes Sprechen über Folter generell als unangemessen und ekelregend galt: “Die Grausamkeit der Folter wurde so intuitiv empfunden, daß sie nicht mehr rational nachvollzogen werden mußte”,<sup>795</sup> wobei “[g]erade die stereotype Wiederholung des Grausamkeitsarguments, welches nicht weiter ausgeführt wurde,

<sup>793</sup> Vgl. etwa die allerdings erst 1866 erschienene Abhandlung des US-amerikanischen Historikers Henry Charles Lea (zitiert nach Peters, Edward 2003: Folter. Geschichte der Peinlichen Befragung, Hamburg, S. 109): “In der allgemeinen Aufklärung, welche die Reformation verursachte und begleitete, schwanden langsam jene Leidenschaften dahin, die die strengen Institutionen des Mittelalters hatten entstehen lassen. (...) Zum erstenmal in der Geschichte der Menschheit werden universale Liebe und Mitmenschlichkeit, die die Grundlage des Christentums bilden, als Fundamente der menschlichen Gesellschaft angesehen. (...) Angesichts der langsamen Evolution der Jahrhunderte können wir unseren Fortschritt nur durch den Vergleich mit weit zurückliegenden Zeiten feststellen; aber nichtsdestoweniger gibt es einen Fortschritt, und zukünftige Generationen werden vielleicht in der Lage sein, sich ganz von der grauen und willkürlichen Herrschaft des Aberglaubens und der Gewalt zu befreien.”

<sup>794</sup> Vgl. Peters, Edward 2003: Folter. Geschichte der Peinlichen Befragung, Hamburg, S. 137. Schmoeckel weist über den Einzelfall der Folter zu dieser Zeit hinaus darauf hin, dass “die basalen Rechtsüberzeugungen einer Gesellschaft weniger logischer Natur sind, vielmehr ihre Kraft gerade daraus beziehen, daß sie rational nicht weiter hinterfragt werden. (...) Der Mensch, der seine Empfindung und letztlich seine Natur zu beachten lernte, handelte natürlicher, d.h. menschlicher.” Schmoeckel, Mathias 2000: Humanität und Staatsraison. Die Abschaffung der Folter in Europa und die Entwicklung des gemeinen Strafprozeß- und Beweisrechts seit dem hohen Mittelalter, Köln, S. 572.

<sup>795</sup> Schmoeckel, Mathias 2000: Humanität und Staatsraison. Die Abschaffung der Folter in Europa und die Entwicklung des gemeinen Strafprozeß- und Beweisrechts seit dem hohen Mittelalter, Köln, S. 499.

(...) *auf die Sicherheit eines bis ins Unbewusste verhafteten Urteils und ein zugrunde liegendes Ekelgefühl hindeute[t].*<sup>796</sup> Kurz nach dem Fall der letzten nationalen Ausnahmeregelungen um 1820 waren Diskussionen um das Thema Folter tabu.

Vor diesem Hintergrund wirkt vielleicht weniger erstaunlich, dass der konservative Umschwung, der weite Teile Europas im weiteren Verlauf des 19. Jahrhunderts erfasste und vielerorts mit empfindlichen Einschränkungen der bereits erkämpften bürgerlichen Freiheitsrechte, durchgesetzt durch massive Polizeipräsenz, einherging, nicht zu einem Wiederaufleben der Folter führte. Tatsächlich sind aus dieser Zeit der Wächterstaaten keinerlei Folterungen bekannt, so dass das Eingangszitat Hugos vor dem Hintergrund heutiger historischer Kenntnisse als zutreffend eingestuft werden kann.<sup>797</sup> Hinsichtlich der Lage in den ländlichen Gebieten der neuen (süd-)westlichen Provinzen der USA gibt es jedoch widersprüchliche Hinweise: Einerseits scheint die Annahme, dass sich die verantwortlichen Beamten des "Wilden Westens" zu jeder Zeit, auch der des Bürgerkrieges, an die hohen Rechtsstandards der Ostküste gehalten haben, schwer begründbar und tatsächlich gibt es Hinweise darauf, dass teilweise mit Gewalt erpresste Geständnisse sogar vor Gericht Verwendung fanden, während einschlägige Quellen die Vereinigten Staaten auch für diese Zeit als "folterfreie Zone" ausweisen.<sup>798</sup> Möglicherweise war die Einstellung, in den USA als zivilisierter Nation habe Folter keinen Platz mehr, bereits so tief verwurzelt, dass man zunächst keine Untersuchungskommissionen einrichten wollte (oder gar nicht an einen solchen Schritt dachte), die gegenteilige Hinweise hätten liefern können. Denn Folter galt bis in das 20. Jahrhundert hinein zumindest in Europa und Nordamerika als *"Antithese der Menschenrechte, als ärgster Feind einer menschlichen Rechtsordnung und des Liberalismus, als größte Bedrohung für Recht und Vernunft, die im 19. Jahrhundert vorstellbar war."*<sup>799</sup>

Die Möglichkeit von Folterungen war soweit aus dem Bewusstsein verdrängt, dass man keinen Anlass sah, sich im frühen Kriegsrecht vor der Zeit der beiden Weltkriege dagegen abzusichern.<sup>800</sup> Dies mag auch eine Erklärung dafür sein, dass das Wiederaufleben der Folter in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zunächst nicht thematisiert wurde – mit der Tabuisierung hatte das Nichtwissenwollen um Folter eingesetzt.

### *Tabuisierte non-compliance: die universellen Folterverbote des 20. Jahrhunderts*<sup>801</sup>

*"Tief betroffen, dass Folter immer noch in verschiedenen Teilen der Welt praktiziert wird..."*<sup>802</sup>

<sup>796</sup> Schmoeckel, Mathias 2000: Humanität und Staatsraison. Die Abschaffung der Folter in Europa und die Entwicklung des gemeinen Strafprozeß- und Beweisrechts seit dem hohen Mittelalter, Köln, S. 572.

<sup>797</sup> Vgl. Peters, Edward 2003: Folter. Geschichte der Peinlichen Befragung, Hamburg, S. 158.

<sup>798</sup> Vgl. Raess, Markus 1989: Der Schutz vor Folter im Völkerrecht, Zürich, S. 14.

<sup>799</sup> Vgl. Peters, Edward 2003: Folter. Geschichte der Peinlichen Befragung, Hamburg, S. 109.

<sup>800</sup> Vgl. Raess, Markus 1989: Der Schutz vor Folter im Völkerrecht, Zürich, S. 49.

<sup>801</sup> Die Wirkung und Ausgestaltung der in diesem Kapitel angesprochenen internationalen Dokumente und Verträge sowie der daraus hervorgegangenen Institutionen kann hier nicht *en detail* diskutiert werden, s. hierzu aber insbes. Raess, Markus 1989: Der Schutz vor Folter im Völkerrecht, Zürich und Bank, Roland 1996: Die internationale Bekämpfung von Folter und unmenschlicher Behandlung auf den Ebenen der Vereinten Nationen und des Europarates. Eine vergleichende Analyse von Implementation und Effektivität der neueren Kontrollmechanismen, Freiburg.

<sup>802</sup> UN-Resolution A/Res/3059 (XXVII) vom 02.11.1973, zitiert nach: Raess, Markus 1989: Der Schutz vor Folter im Völkerrecht, Zürich, S. 119.

Obwohl Versuche, Folter wieder zu legalisieren, zu Beginn des 20. Jahrhunderts zunächst in (demokratischen wie totalitären) westlichen Staaten wieder auftraten, setzte sich nur wenige Jahrzehnte später auch auf internationaler Ebene die Interpretation durch, dass die Ablehnung von Folter zunächst ein *“elementares Gemeingut (...) der europäischen Zivilisation”* gewesen sei, welches erst später *“zunehmend weltweit anerkannt”* wurde und dass das gesetzliche Verbot von Folter als *“Spezifikum der europäischen Kultur unabhängig davon, inwieweit die staatliche Praxis gegen das Verbot verstößt”* verstanden werden müsse.<sup>803</sup> Auf diese Lesart verweist auch die eingangs zitierte erste Präliminarklausel einer Resolution der UN-Generalversammlung von 1973, mit der diese ihren Entschluss bekannt gab, eine Anti-Folterkonvention auszuarbeiten zu wollen.

In den ersten, noch stark von dem Schock über die Gräueltaten insbesondere des Zweiten Weltkrieges geprägten internationalen Menschenrechtsdeklarationen taucht Folter dagegen nur als ein Verbrechen unter vielen auf. So wurde die Anwendung von Folter in Kriegszeiten gegen Kriegsgefangene wie Zivilpersonen in den vier Genfer Konventionen von 1949 als *“schwere Verletzung des Abkommens”* untersagt.<sup>804</sup> In Richtung einer Hervorhebung von Folter als besonders schwerer Menschenrechtsverletzung wies allerdings bereits damals ihre Einstufung als Kriegsverbrechen im Sinne des Status des Nürnberger Gerichtshofes, weshalb diese Straftaten niemals verjähren.<sup>805</sup> Im Vergleich zur schlichten Formulierung der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte*,<sup>806</sup> die die neu gegründeten Vereinten Nationen 1948 erließen und die v. a. symbolischen Charakter hatte, beinhaltete der bereits über ein (wenn auch wenig wirksames) Kontrollsystem verfügende *Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte* (kurz IPBPR) von 1966 erstmals ein rechtlich bindendes Folterverbot, welches darüber hinaus als notstandsfestes Recht, das sowohl in Friedens- wie auch in Kriegszeiten galt, etabliert wurde.<sup>807</sup>

Auffällig ist, dass nicht nur im nationalsozialistischen Deutschland, dessen Verbrechen sich durch die Verabschiedung der oben genannten Dokumente nie wiederholen sollten, Euphemismen zur Bezeichnung von Folter verwendet wurden, was im Unterkapitel zu Tabus als eine typische Umgehungsstrategie angeführt worden war.<sup>808</sup> Neben dem bekannten Begriff des *“Verhörs dritten Grades”*, wie Himmler Folterverhöre in seinem Erlass vom Juni 1942 bezeichnete, wurden solche auch am Vorabend der Russischen Revolution sowie im faschistischen Italien und Spanien von denjenigen

<sup>803</sup> Schmoeckel, Mathias 2000: Humanität und Staatsraison. Die Abschaffung der Folter in Europa und die Entwicklung des gemeinen Strafprozeß- und Beweisrechts seit dem hohen Mittelalter, Köln, S. 83. Da Schmoeckel sich auf die Entwicklung der Folterdiskussion in Europa konzentriert, ist nicht verwunderlich, dass er den Begriff *“europäisch“* statt *“westlich“* verwendet. Allerdings macht auch er an anderer Stelle deutlich, dass die USA für ihn diesem Kulturraum angehören, vgl. Schmoeckel, Mathias 2000: Humanität und Staatsraison. Die Abschaffung der Folter in Europa und die Entwicklung des gemeinen Strafprozeß- und Beweisrechts seit dem hohen Mittelalter, Köln, S. 528.

<sup>804</sup> Alle vier Konventionen enthalten einen identischen dritten Artikel, der u. a. Folter verbietet.

<sup>805</sup> Vgl. Raess, Markus 1989: Der Schutz vor Folter im Völkerrecht, Zürich, S. 69.

<sup>806</sup> Art. 5 lautet: *“Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden.”*, vgl. den Text der Erklärung online unter <http://www.ohchr.org/EN/UDHR/Pages/Language.aspx?LangID=ger>, rev. 02.02.2012.

<sup>807</sup> Das eigentliche Verbot beschreibt, ebenfalls noch recht vage, Art. 7: *“No one shall be subjected to torture or to cruel, inhuman or degrading treatment or punishment. In particular, no one shall be subjected without his free consent to medical or scientific experimentation”*, während Art. 4 festlegt, dass keinerlei Ausnahmen zulässig sind, vgl. den Text des Paktes online unter <http://www2.ohchr.org/english/law/ccpr.htm>, rev. 02.02.2012.

<sup>808</sup> Vgl. S. 103 der Arbeit.



entwickelt, die Folter nach einer mehr als 100jährigen völligen Verbannung wieder als legale Praxis etablieren wollten und damit zumindest dem Schweigetabu noch in gewisser Hinsicht Rechnung trugen.<sup>809</sup>

Interessanterweise trat Folter in genau den Staaten wieder auf, die den Wert des Individuums im Vergleich zur Sicherung des Gesellschaftssystems als Ganzem wieder herabsetzten, wo also der Staat zum Selbstzweck wurde, wie er es im *ancien régime* gewesen war. Nicht nur diese Staaten sahen sich jedoch auch neuen Gefahren, wie z.B. dem Aufbau moderner Geheimdienstapparate, ausgesetzt, die Folter unter Sicherheitsaspekten Erfolg versprechend erscheinen ließen. Die nun gebräuchlichen Formen von Folter waren also auch insofern neu, als sie einer geänderten Zielsetzung dienten: Der *Informationsgewinnung* mit Hilfe gefangener Gegner (seien diese Kriegsgefangene, Spione oder Vertreter innenpolitischer Oppositionsgruppen) *außerhalb* eines Rechtsprozesses und zur Verhinderung (angeblich) gemeingefährlicher Handlungen, bzw. zum Durchkreuzen feindlicher Kriegsstrategien. Erst jetzt wurde Folter zur *“entfesselten Tortur moderner Verböde”*, mit der *“die Wahrheit (...) um jeden Preis erpreßt werden soll”* und dem Opfer nicht mehr wie in früheren Gerichtsprozessen die Möglichkeit eingeräumt werden musste, durch sein Schweigen unter der Folter gegen den Staat in Form der ermittelnden Justiz zu *“gewinnen”*.<sup>810</sup> Diese neue Zielsetzung erforderte auch die Entwicklung und den Einsatz neuer Foltermethoden, die dem Opfer keine Chance mehr lassen sollten, zu gewinnen, also zu schweigen. Eine Verwissenschaftlichung von Foltermethoden brachte nicht nur psychologische Techniken und den Einsatz angeblich geständnisfördernder pharmakologischer Substanzen hervor, auch die physischen Methoden zielten noch weit stärker als die reglementierten Praxen früherer Jahrhunderte auf stärkere Schmerzen des Opfers ab.<sup>811</sup>

Weniger “ausgefeilt” dürften dagegen die Methoden einer anderen Quelle von Folterungen gewesen sein, die insbesondere in den Vereinigten Staaten bekannt wurde und auf scharfe Ablehnung stieß: Der brutale Umgang einiger Angehöriger der US-amerikanischen Polizei mit Personen in ihrem Gewahrsam wurde in den 1930er Jahren in einigen nationalen Untersuchungsberichten skandalisiert,<sup>812</sup> der *Supreme Court* hob zudem einige Urteile auf, die aufgrund erpresster Geständnisse zu Stande gekommen waren.<sup>813</sup> Ähnlich wie die bereits 1902 bekannt gewordenen Folterungen durch US-amerikanische Offiziere auf den Philippinen wurden auch diese Fälle bald totgeschwiegen, nachdem sie als absolute Ausnahmerecheinungen gewertet worden waren, die von staatlicher Seite schnellstens sanktioniert und abgestellt werden sollten.<sup>814</sup>

Das Wiederaufleben der Folter zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde also immer als krasse Ausnahme angesehen – entweder auf der Ebene individueller Täter in “zivilisierten”

<sup>809</sup> Vgl. auch für das Folgende Mellor, Alec 1961: *La torture. Son histoire – son abolition – sa réapparition au XXe siècle*, Paris.

<sup>810</sup> Für alle drei Zitate Foucault, Michel 1994 [1976]: *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*, Frankfurt am Main, S. 54f.

<sup>811</sup> Vgl. Haas, Daniela 1997: *Folter und Trauma – Therapieansätze für Betroffene*, Oldenburg, S. 22-27.

<sup>812</sup> Aufsehen erregte insbesondere der sog. *Wickersham Report*, der auch für Theodore Roosevelt, damals noch Polizeichef von New York, Anlass zu tiefgreifenden Polizeireformen darstellte.

<sup>813</sup> Vgl. hierzu insbesondere den Fall *Green v. Mississippi* von 1933.

<sup>814</sup> Vgl. Helbing, Franz 2004: *Die Tortur. Geschichte der Folter im Kriminalverfahren aller Völker und Zeiten*, Erfstadt, S. 622.

Gesellschaften oder der “abartiger” Regime, während staatlich akzeptierte Folterungen außerhalb totalitärer Staatsformen weiterhin für völlig undenkbar gehalten wurden.<sup>815</sup> Die Verdrängung und das Nicht-Wissen-Wollen von Folterhandlungen funktionierte eindeutig bereits auf gesamtgesellschaftlicher Ebene. Ganz in diesem Sinne wurde auch versucht, Berichte über Folterungen französischer Armeeingehöriger im algerischen Befreiungskrieg zu vertuschen oder zumindest herunterzuspielen: Die Berichte seien übertrieben und wenn überhaupt ein “gewisser Zwang” ausgeübt worden sei, der noch keine Folter darstelle, so ginge dies auf Konto der Fremdenlegion, in der ja keine Franzosen dienten.<sup>816</sup> Deutlich wird die Ablehnung des Gedankens, Franzosen hätten sich Folterungen zu Schulden kommen lassen seitens der französischen Bevölkerung und Staatsspitze auch in dem Versuch, die Publikation der Foltervorwürfe in Henri Allegs Buch “*La question*” von 1958 zu unterbinden. Das Thema wurde derart tabuisiert, dass es erst vierzig Jahre später in Frankreich zu einer Diskussion in Medien und Nationalversammlung sowie einer Öffnung der französischen Archive zum Algerienkrieg kam.

Vor diesem Hintergrund erscheint wenig erstaunlich, dass der Anstoß zur Formulierung einer allein Folter adressierenden Konvention der Vereinten Nationen in den 1970er Jahren gerade nicht in den Verfehlungen Frankreichs oder totalitärer europäischer Staaten gesehen wurde, sondern in den Menschenrechtsverletzungen in Chile unter Pinochet.<sup>817</sup> Auch viele, vornehmlich westliche NGOs schlossen sich als im Vergleich zu denen der Spätaufklärung noch junge Form von *norm entrepreneurs* der Forderung nach einer solchen Konvention an – wiederum primär mit Verweisen auf die Zustände in Entwicklungsländern.<sup>818</sup> Obwohl die Erprobung moderner Foltermethoden wie auch Versuche, Folter wieder als legales Instrument – wenn auch mit einem neuen Stellenwert – v.a. in westlichen Ländern aufgetreten waren, wurde dieses Problem nach der Mitte des 20. Jahrhunderts (und der Demokratisierung der meisten dieser Länder) v.a. in anderen Kulturkreisen verortet. Vor dem Hintergrund der gewachsenen Anforderung an “zivilisierte” Nationen schienen Hinweise für Folterungen im eigenen Land nicht mehr mit der Identität westlicher Staaten vereinbar – die unbedingte “Folterfreiheit” dieser Staaten war zu einem Kriterium der Gruppenzugehörigkeit (Inklusion) geworden, wobei folternden Staaten auch argumentativ der Zutritt zur “westlichen Wertegemeinschaft” verwehrt werden konnte (Exklusion). Neben der öffentlichen Ablehnung von Folter, die nun von

<sup>815</sup> Vgl. wie auch für den Fall Algeriens Peters, Edward 2003: Folter. Geschichte der Peinlichen Befragung, Hamburg, S. 174-177.

<sup>816</sup> Allerdings wurden die exzessiven Folterungen in Algerien nicht von der französischen Regierung selbst legitimiert, die gerade für die Kolonien geltenden Folterverbote mehrfach wiederholte, sondern “nur“ von Seiten des Militärs und des Geheimdienstes. Wie viele Kolonialmächte hatte auch Frankreich seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts im Gegenteil versucht, Folterungen in seinen Kolonien zu unterdrücken, vgl. Raess, Markus 1989: Der Schutz vor Folter im Völkerrecht, Zürich, S. 14.

<sup>817</sup> Vgl. Bank, Roland 1996: Die internationale Bekämpfung von Folter und unmenschlicher Behandlung auf den Ebenen der Vereinten Nationen und des Europarates. Eine vergleichende Analyse von Implementation und Effektivität der neueren Kontrollmechanismen, Freiburg, S. 9.

<sup>818</sup> Insbesondere der erste Bericht der neu gegründeten Organisation *Amnesty International* über Haftbedingungen in Südafrika schlug hohe Wellen. 1972 startete AI eine großangelegte Kampagne gegen Folter, mehr als eine Million Unterschriften für die Verabschiedung einer eigenen Anti-Folterkonvention wurden der UN-Generalversammlung vorgelegt. Im Hinblick auf die USA thematisierte der erste allein diesem Thema gewidmeten Bericht von AI zwar unverhältnismäßige Polizeigewalt, kam jedoch zu der Feststellung, dass es “*keinen Beweis für eine behördlich gebilligte Verletzung dieses Gesetzes [des nationalen Folterverbotes, SoSchi]*” gab. Amnesty International 1975: Bericht über die Folter, Frankfurt am Main, S. 199.

den meisten Staaten bekundet wurde, wurde die tatsächliche Einhaltung der Norm insbesondere für “westliche” Staaten zu einem verschärften Zugehörigkeitskriterium – weshalb Fälle von *non-compliance* (wie in Algerien oder Vietnam) unbedingt verheimlicht werden mussten.

Die Verhandlungen auf Ebene der Vereinten Nationen führten zunächst zur *Erklärung über den Schutz aller Personen vor Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung* von 1975, die insofern außerordentlich wichtig war, als sie erstmals eine umfassende Definition von Folter beinhaltet, welche Versuche, die bestehenden rechtlichen Hürden mit Hilfe von Euphemismen zu umgehen, unmöglich machte. Danach ist Folter

“...any act by which severe pain or suffering, whether physical or mental, is intentionally inflicted by or at the instigation of a public official on a person for such purposes as obtaining from him [sic!] or a third person information or confession, punishing him for he has committed or is suspecting of having committed, or intimidating him or other persons.”<sup>819</sup>

Einerseits ist diese Definition insofern offen, als sie keine vollständige Aufzählung der Ziele von Folterungen, sondern nur Beispiele hierfür liefert. Andererseits ist sie sehr bestimmt, indem sie private Gewaltanwendungen explizit ausschließt und den staatlichen Charakter von Folter betont, was zu dieser Zeit – und im Hinblick auf den allgemeinen Sprachgebrauch – durchaus nicht selbstverständlich war.<sup>820</sup> Allerdings war die Erklärung nicht rechtlich bindend, weshalb mit dem Ziel einer solchen Konvention weiterverhandelt wurde.

Die *Konvention gegen Folter und andere grausame und unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe* wurde am 10.12.1984 von der UN-Generalversammlung per Akklamation verabschiedet – eine für viele UN-BeobachterInnen auch deshalb überraschend schnelle Einigung, weil die Anti-Folterkonvention weit über die meisten Verträge zur Kodifizierung anderer Menschenrechte (ausgenommen dem Verbot der Sklaverei) hinausgeht.<sup>821</sup> So enthält sie eine präzise Definition des Gegenstandes, wobei die umfassende Folter-Definition der Erklärung von 1975 in weiten Teilen übernommen wurde und verpflichtet als bindendes Recht alle Vertragsparteien zu einem Maßnahmenpaket zur innerstaatlichen Implementierung der Konvention.<sup>822</sup> Tatsächlich findet sich daneben auch in der Mehrzahl der Staatsverfassungen ein ausdrückliches Folterverbot oder ein Verbot von Handlungen, die Folter gleichkommen (und selbst beim Fehlen solcher Klauseln lässt sich dieses Recht aus dem jeweiligen Schutz persönlicher Integrität ableiten), wohingegen keine einzige Staatsverfassung die Anwendung von Folter ausdrücklich zulässt.<sup>823</sup> Besonders wichtig im Hinblick auf eine weltweite Gültigkeit dieser

<sup>819</sup> Resolution der Generalversammlung vom 09. Dezember 1975, A/Res/3452 (XXX), online unter <<http://www2.ohchr.org/english/law/declarationcat.htm>>, rev. 02.02.2012.

<sup>820</sup> Vgl. zur Frage, ob die alltagssprachlich sehr weite Verwendung des Begriffs nicht eher zur Verbreitung dieser Praxis beigetragen hat Peters, Edward 2003: *Folter. Geschichte der Peinlichen Befragung*, Hamburg, S. 194f.

<sup>821</sup> Der Originaltext der Konvention findet sich online unter: <<http://www2.ohchr.org/english/law/cat.htm>>, rev. 02.02.2012.

<sup>822</sup> Zu den Maßnahmen auf nationaler Ebene zählt u. a. der Schutz von Folteropfern, eine strenge Gesetzgebung zur Ahnung der TäterInnen und eine entsprechende (Neu-)Ausrichtung der Ausbildung von Polizei und Militär. Vgl. Raess, Markus 1989: *Der Schutz vor Folter im Völkerrecht*, Zürich, S. 75.

<sup>823</sup> Vgl. Raess, Markus 1989: *Der Schutz vor Folter im Völkerrecht*, Zürich, S. 75.

Norm ist, dass Folter in dem Verpflichtungen auf zwischenstaatlicher Ebene gewidmeten Part der Anti-Folterkonvention explizit als *Weltverbrechen* bezeichnet wird, was eine universelle Rechtsprechung ermöglicht: Jeder Folterer kann ungeachtet seiner Herkunft in jedem der Vertragsstaaten vor Gericht gestellt und nach dessen Maßstäben verurteilt werden. Hinzu kommt ein Implementationsmechanismus, dessen Einrichtung der für Menschenrechtserklärungen recht lange und v. a. detaillierte Text der Konvention ebenfalls regelt: Die Überprüfung der Einhaltung der Verpflichtungen obliegt in erster Linie dem *UN Committee against Torture* (CAT), das hierzu entsprechende Berichte der Mitgliedsstaaten überprüft, die eigentlich regelmäßig eingereicht werden sollten.<sup>824</sup> Darüber hinaus kann das CAT aber auch unter bestimmten Bedingungen eigene Untersuchungen einleiten und über Beschwerden von Mitgliedsländern oder sogar einzelnen Individuen über andere Vertragsstaaten entscheiden, was im Vergleich mit anderen Komitees, die über die Einhaltung von Menschenrechten wachen sollen, wiederum recht weitreichende Befugnisse sind. Ebenfalls anders als viele andere Menschenrechte ist das Folterverbot auch in dieser Konvention als *absolutes Recht* kodifiziert worden, das keinerlei Ausnahmen zulässt und auch in Notstandssituationen nicht eingeschränkt werden darf. Besonders deutlich wird dies in Art. 2, welcher besagt, dass “[n]o exceptional circumstances whatsoever, whether a state of war or a threat of war, internal political instability or any other public emergency, may be invoked as a justification of torture.”<sup>825</sup>

Obwohl das Folterverbot allein mit dieser Konvention eine der am stärksten kodifizierten Menschenrechtsnormen ist und damit die Handlungsspielräume aller beigetretenen Staaten in dieser Frage sehr deutlich einschränken soll, haben bis heute mehr als 140 Staaten dieses Dokument gezeichnet. Auch diejenigen fünfzig Staaten, die diesen Schritt bisher nicht getan haben, sind jedoch auf völkerrechtlicher Ebene an das Folterverbot gebunden, denn das Folterverbot ist nicht nur einfacher Teil des *Völkergewohnheitsrechts*, das – ganz ähnlich wie in der politikwissenschaftlichen Theorie zur Etablierung sozialer Normen – “*durch gleichförmige Übung mit allmählich hinzutretender Rechtsüberzeugung gebildet*” wird,<sup>826</sup> so dass das Verbot unabhängig vom Ratifizierungsstand der einschlägigen Rechtsnormen internationale Gültigkeit besitzt.<sup>827</sup> Es gehört auch zum *ius cogens*, also zu den zwingenden Normen des Völkergewohnheitsrechts, die zur *ordre public* der Völkergemeinschaft gezählt werden und jegliche zwischenstaatlichen Verträge, einseitigen Erklärungen oder nationalen Gesetzesänderungen zur Umgehung dieser internationalen Normen automatisch außer Kraft setzen. Der Einschätzung von Folter als

<sup>824</sup> Vgl. zu Funktion und Aufbau des CAT sowie die Aufgaben der anderen, auf UN-Ebene mit dem Folterverbot befassten Institutionen des (früheren) *Human Rights Committee*, des UN-Sonderberichterstatters über Folter und des *Committee for the Prevention of Torture* Bank, Roland 1996: Die internationale Bekämpfung von Folter und unmenschlicher Behandlung auf den Ebenen der Vereinten Nationen und des Europarates. Eine vergleichende Analyse von Implementation und Effektivität der neueren Kontrollmechanismen, Freiburg, S. 19-134.

<sup>825</sup> Text der Konvention online unter <<http://www2.ohchr.org/english/law/cat.htm>>, rev. 02.02.2012.

<sup>826</sup> Vgl. hierzu auch die Formulierung des Internationalen Gerichtshofes zum Vorliegen von Völkergewohnheitsrecht im *Continental Shelf Case*: “*The states concerned must therefore feel that they are conforming to what amounts to a legal obligation.*” International Court of Justice 1969: Das Urteil des Internationalen Gerichtshofes vom 20.02.1969 über den deutschen Anteil am Festlandsokel in der Nordsee, in: Zeitschrift für ausländisches Öffentliches Recht und Völkerrecht, 29/1969, S. 476-524, hier S. 514f, Herv. SoSchi.

<sup>827</sup> Raess, Markus 1989: Der Schutz vor Folter im Völkerrecht, Zürich, S. 74. Vgl. auch für das Folgende Raess ausführliche juristische Herleitung und völkerrechtliche Begründung (S. 74-90).

Weltverbrechen entspricht auch der ihres Verbots als Verpflichtung *erga omnes*, d.h. als Recht, dass nicht nur beteiligte Parteien, sondern *ausnahmslos jedermann* bindet.

Über diese internationalen und völkerrechtlichen Regelungen hinaus ist das Folterverbot (wie auch eine Reihe anderer Menschenrechtsnormen) durch eine Reihe regionaler Abkommen ergänzt worden, so dass die meisten Staaten der Welt außer auf internationaler Ebene, die sich in nationaler Gesetzgebung widerspiegeln muss, auch auf dieser dritten Ebene an das Folterverbot gebunden sind – ein weiterer Beleg dafür, dass *“über die Verwerflichkeit der Folter ein breiter und zumindest auf konzeptioneller Ebene unerschütterlicher Konsens besteht”*,<sup>828</sup> selbst wenn es manchen dieser Verträge an Schärfe und Durchsetzungsmöglichkeiten mangelt.<sup>829</sup>

### *Rechtliche Situation in den USA: öffentliche Vorbildfunktion und geheime non-compliance*

*“I believe we have nothing to fear about our compliance with the terms of the treaty. Torture is simply not accepted in this country, and never will be.”*<sup>830</sup>

Die Vereinigten Staaten haben auf Ebene immer wieder demonstriert, dass sie nicht nur der Einstufung von Folter als Weltverbrechen zustimmen, was nationale Konsequenzen hat, sondern auch auf internationaler Ebene ihrer Stellung u. a. im Hinblick auf Folterverbote als Vorreiter der Durchsetzung internationaler Menschenrechte gerecht werden wollen: Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte insbesondere die Präsidentenfamilie Roosevelt den Grundstein für eine Verschriftlichung universeller Menschenrechtsprinzipien zu legen geholfen, in deren Rahmen auch und gerade Folter geächtet werden sollte: So hat sich Eleonore Roosevelt, die als Nichte Theodores von der Diskussion um die Verfehlungen der New Yorker Polizei wissen musste, in ihrer Funktion als UN-Botschafterin auch für das Festschreiben eines entsprechenden Artikels in der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* eingesetzt. Bereits zuvor hatte ihr Mann, Präsident Franklin D. Roosevelt, 1941 eine vielbeachtete Ansprache an den US-Kongress gerichtet, in der er (noch ohne von einer Menschenrechtserklärung im modernen Sinn zu sprechen) die *“Freiheit von Furcht”* und damit auch von der Furcht vor Folter als eine der vier fundamentalen Freiheiten bezeichnet hatte.<sup>831</sup> Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte er sich vehement für die Genfer Konventionen ein, welche die USA noch im Jahr ihrer Verabschiedung ratifizierten.

<sup>828</sup> Tomuschat, Christian 1989: Rechtlicher Schutz gegen Folter? Zum Verhältnis von nationalen und internationalen Rechtsnormen, in: Schulz-Hageleit, Peter (Hrsg.): *Alltag-Macht-Folter*. Elf Kapitel über die Verletzung der Menschenwürde, Düsseldorf, S. 95-118, hier S. 107.

<sup>829</sup> Der in der *Europäischen Antifolterkonvention* niedergelegte Schutz gegen Folter geht sogar noch über den der UN-Antifolterkonvention hinaus: Die als *“Banjul-Charta“* bekannt gewordene *Afrikanische Charta der Menschenrechte und Rechte der Völker* enthält zumindest ein bindendes Folterverbot. 1981 wurde auch eine *Islamische Menschenrechtserklärung* verabschiedet, nach der Folter ebenfalls geächtet wird, allerdings konnte sich die Konferenz der Islamischen Staaten bisher nicht entschließen, den Text in Form einer bindenden Deklaration zu verabschieden. Die Initiative ist dennoch von Bedeutung, da insbesondere arabische Staaten auf internationaler Ebene immer wieder versucht haben, bestimmte Strafen (wie das Abhacken von Gliedmaßen oder Steinigungen) explizit nicht unter die Definition von Folter zu fassen.

<sup>830</sup> Senatorin Nancy Kassenbaum anlässlich der Zustimmung des US-Senats zur UN-Anti-Folterkonvention. Zitiert durch: U.S. Congress, Committee on the Judiciary 2005: *Statement of Douglas Johnson*, Executive Director Center of Victims of Torture, 06.01.2005.

<sup>831</sup> Vgl. Roosevelt, Franklin D. 1945 [1941]: *Ansprache an den Kongreß am 6. Januar 1941*, in: Baudisch, Paul (Hrsg.) 1945: *Roosevelt spricht. Die Kriegsreden des Präsidenten*, St. Gallen, S. 124-130, hier S. 129.

Insbesondere gegen und nach dem Ende des Kalten Krieges und der sich lockernden Supermachtblockade innerhalb der Vereinten Nationen, versuchten die USA zumindest rhetorisch an ihre Vorreiterschaft in Sachen universelle Menschenrechte wieder anzuknüpfen. So ratifizierten sie 1992 den bereits 1977 gezeichneten *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte* und traten bei der UN-Menschenrechtskonferenz in Wien 1993 gegen Versuche großer asiatischer Länder (lies: Handelspartner) ein, die Gültigkeit von Menschenrechten von nationalen und regionalen Besonderheiten abhängig zu machen.<sup>832</sup> Anlässlich der Unterzeichnung des *War Crimes Act*, der für SoldatInnen und ZivilistInnen, die sich Kriegsverbrechen nach der Genfer Konvention und ihrer (von den USA ratifizierten) Zusatzprotokolle zu Schulden haben kommen lassen, lange Haftstrafen bzw. sogar die Todesstrafe vorsieht, betonte Bill Clinton 1996 die US-amerikanische *„Führungsrolle in der Entwicklung des Rechts zum Schutz von Kriegsoffizieren“*.<sup>833</sup>

Zuvor hatten die USA bereits bei der Aushandlung der UN-Anti-Folterkonvention eine maßgebliche Rolle gespielt – und zwar über die üblichen Parteigrenzen hinweg:

“Torture is not a partisan issue. The United States was deeply involved in the process of drafting the Convention Against Torture, during the administrations of both Jimmy Carter and Ronald Reagan. For seven years, U.S. delegates worked to help make the language of the Convention concrete and enforceable. The Reagan Administration submitted the Convention to the Senate in 1988 for its advice and consent. The Administration of George H. Bush resubmitted it to the Senate the next year, and strongly supported ratification. A bipartisan coalition in the Senate worked to ensure ratification. The Senate Foreign Relations Committee voted 10-0 to report the Convention favorably to the full Senate, which considered and supported a package of amendments presented jointly by Senators Helms and Pell. It is an indication of the strength of the consensus about the prohibition of torture that the U.S. has ratified no other human rights treaty so promptly.”<sup>834</sup>

Dabei beschwor Reagan den US-Kongress, den Vertrag – wenn auch mit einigen Vorbehalten v.a. hinsichtlich der Ermittlerrolle des CAT – zu ratifizieren und *„unserem Wunsch, der abscheulichen Folterpraxis ein Ende zu bereiten“* Ausdruck zu verleihen,<sup>835</sup> was aufgrund eben dieser Vorbehalte aber erst 1994 der Fall war. Allerdings erklärte der Senat bezüglich der Umsetzung der Konvention in nationales Recht, dass Folterungen seit der Annahme der *bill of rights* mit der Verfassung des Landes unvereinbar seien<sup>836</sup> und auch das Außenministerium erklärte in seinem ersten Bericht an das CAT:

“Torture is prohibited by law throughout the United States. It is categorically denounced as a matter of policy and as a tool of state authority. (...) No official of the government, federal, state or local, civilian or military, is authorized to commit or to instruct anyone else to commit torture. Nor may any official condone or tolerate torture in any form. No exceptional circumstances may be invoked as a justification for torture. U.S. law contains no provision permitting otherwise prohibited acts of

<sup>832</sup> Vgl. McCoy, Alfred W. 2005: Foltern und Foltern lassen. 50 Jahre Folter-Forschung und –praxis von CIA und US-Militär, Frankfurt am Main, S. 88.

<sup>833</sup> Bill Clinton zitiert nach: McCoy, Alfred W. 2006: A Question of Torture. CIA Interrogation, From the Cold War to the War on Terror, New York, S. 102. An dieser Stelle kommt auch der aus europäischer Sicht prekäre Spagat zwischen der Ablehnung von Folter, nicht aber der Todesstrafe zum Ausdruck.

<sup>834</sup> U.S. Congress, Committee on the Judiciary 2005: Statement of Douglas Johnson, Executive Director Center of Victims of Torture, 06.01.2005.

<sup>835</sup> Bill Clinton zitiert nach: McCoy, Alfred W. 2006: A Question of Torture. CIA Interrogation, From the Cold War to the War on Terror, New York, S. 102.

<sup>836</sup> Vgl. Parry, John T. 2004: Escalation and Necessity. Defining Torture at Home and Abroad, in: Levinson, Sanford (Hrsg.): Torture. A Collection, Oxford, S. 145-164, hier S. 150.

torture or other cruel, inhuman or degrading treatment or punishment to be employed on grounds of exigent circumstances (for example, during a ‘state of public emergency’) or on orders from a superior officer or public authority.”<sup>837</sup>

Innenpolitisch gesehen sind die USA darüber hinaus einer der wenigen Staaten, in denen tatsächlich Folterfälle aus Drittländern vor Gericht gebracht wurden. Eine spezielle nationale Grundlage hierzu bietet der noch aus dem Jahr 1789 stammende *Alien Tort Claims Act* (ATCA),<sup>838</sup> nach dem sogar zivilrechtliche Schadensersatzansprüche aus einem Drittland stammender, direkt oder indirekt betroffener Individuen gegenüber ebenfalls aus einem Drittland stammende Folterer durch US-Gerichte beschlossen werden können, sobald sich eine der beiden Parteien in den USA aufhält. Den ersten dieser Fälle, *Filartiga v. Pena-Irala*, gewann 1980 ein Paraguayaner, der vor einem US-Zivilgericht den aus dem gleichen Land stammenden Folterer seines Sohnes verklagte konnte.<sup>839</sup> Um solche Klagen unter dem ATCA weiter zu erleichtern, verabschiedete der US-Kongress 1991 zudem den *US Protection for Victims of Torture Act*.<sup>840</sup>

Bekanntermaßen ging mit der internationalen Rhetorik und innenpolitischen Gesetzgebung gegen Folter im 20. Jahrhundert nicht immer *compliance* aller gesellschaftlichen Akteure der USA einher. Bei der Entwicklung immer neuer Foltermethoden mit zum Teil hohem wissenschaftlichem und finanziellem Aufwand hat die CIA seit den 1950er Jahren immer wieder eine unrühmliche Vorreiterrolle eingenommen – wobei peinlich auf die Geheimhaltung dieser Forschungen geachtet wurde.<sup>841</sup> Bis heute sind die meisten einschlägigen Dokumente aus dieser Zeit geheim bzw. kaum systematisch aufgearbeitet worden. Der Einsatz dieser Methoden insbesondere in den 1970er Jahren wurde in Teilen jedoch zeitnah aufgedeckt, wobei Folterungen im Rahmen des sog. Phoenix-Programms in Vietnam und in Uruguay den US-Senat schließlich veranlassten, insbesondere die US-amerikanischen “Hilfen” bei der Ausbildung der Polizeiapparate dieser Länder einer Revision zu unterziehen. Obwohl der *New York Times* 1970 eine entscheidende Rolle bei der Aufklärung der CIA-Praktiken in befreundeten Staaten zukam, spielten sich die nachfolgenden Verhandlungen hauptsächlich innerhalb des Kongresses (und dort binnen weniger Monate) ab – mit dem Hinweis, die CIA habe sich bereits reformiert, wurden weitere Ermittlungen abgelehnt, eine Strafverfolgung der Täter wurde nicht eingeleitet. Offensichtlich gab es keinerlei öffentlichen Druck, wie überhaupt auch im Hinblick auf die US-amerikanische Öffentlichkeit “weiter ein tiefes, nahezu

<sup>837</sup> U.S. Department of State 1999: Introduction, in: U.S. Department of State 1999: Initial Report of the United States of America to the U.N. Committee Against Torture, online unter <[http://www.state.gov/www/global/human\\_rights/torture\\_intro.html](http://www.state.gov/www/global/human_rights/torture_intro.html)>, rev. 02.02.2012.

<sup>838</sup> Der Gesetzestext findet sich unter: <<http://cyber.law.harvard.edu/torts3y/readings/update-a-02.html>>, rev. 02.02.2012. Vgl. für seine heutige Anwendung auch Bruha, Thomas/Steiger, Dominik 2006: Das Folterverbot im Völkerrecht, Stuttgart, S. 37f.

<sup>839</sup> Die Forderung des Gerichts belief sich auf ca. 10 Mio. US-Dollar.

<sup>840</sup> Der Text findet sich online unter <[http://www.law.cornell.edu/uscode/html/uscode28/usc\\_sec\\_28\\_00001350----000-notes.html](http://www.law.cornell.edu/uscode/html/uscode28/usc_sec_28_00001350----000-notes.html)>, rev. 02.02.2012.

<sup>841</sup> Dass sich auch Ärzte und Psychologen des nationalsozialistischen Regimes in den Reihen der ersten Folterforscher der CIA befanden und allein die Versuchsprogramme zu sog. “Gehirnwäsche“ in den 1950er Jahren mehrere Milliarden Dollar verschlangen, ist mittlerweile belegt. Möglicherweise wurden auch die Experimente Milgrams von der CIA in Auftrag gegeben. Vgl. auch für das folgende Kapitel eins bis drei, S. 31-94, aus McCoy, Alfred W. 2005: Foltern und Foltern lassen. 50 Jahre Folterforschung und –praxis von CIA und US-Militär, Frankfurt am Main, hier insbes. S. 36, 38 und 44.

*unerklärliches Schweigen über das Thema Folter*“ herrschte und es bis Ende der 1980er Jahre *“vollends in der Versenkung [verschwand].”*<sup>842</sup>

Das Totschweigen dieser Fälle der Normmissachtung ermöglichte es bis vor kurzem, dass *“[c]itizens of the United States do not usually consider torture to be a feature of the nation’s heritage.”*<sup>843</sup> Dieses allgemeine Nichtwissenwollen liegt wohl nicht nur in der Überzeugung der US-amerikanischen BürgerInnen über die Eigenschaften ihrer auf das Wohl des Individuums ausgerichteten Demokratie und Gerichtsbarkeit begründet, sondern auch in der Angst vor einem Imageverlust nach außen, der für die selbsternannte Vorbildnation in Sachen Menschenrechte natürlich besonders empfindlich ist. Ein prominentes Beispiel dafür, wie wichtig die Aufrechterhaltung zumindest des Anscheines absoluter Einhaltung der Folterverbote gerade für Demokratien ist, lieferte Amerikas engster Verbündeter, Großbritannien, 1978: Damals hatte Irland das Nachbarland wegen angeblicher Folterungen von IRA-Mitgliedern vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof angeklagt, der jedoch entschied, bei den verwendeten Praktiken handle es sich zwar um unmenschliche oder erniedrigende Behandlung, nicht aber um Folter. Die britische Regierung wie Presse feierte dies als eindeutigen Sieg vor Gericht – obwohl mit dem Urteil Menschenrechtsverletzungen im Sinne der EMRK festgestellt worden waren.

In der Angst vor *naming and shaming* bei denjenigen, denen die Verstöße der Vereinigten Staaten wie auch Großbritanniens gegen das Folterverbot bewusst waren, verbinden sich die rigiden juristischen Grenzen des Folterverbots auf internationaler, regionaler und nationaler Ebene mit den moralischen Vorstellungen einer “natürlich” folterfreien, zivilisierten und demokratischen Nation, die sich über Jahrhunderte hinweg entwickelt hat.

### 5.1.3 Wie wirkt das Foltertabu?

Im vorangegangenen Unterkapitel ist argumentiert worden, dass das Foltertabu als nahezu unangreifbare Struktur, wie es sich heute darstellt, auf zwei große Quellen zurückzuführen ist: Eine *historisch gewachsene, moralische und emotionale* sowie eine *rechtliche* auf internationaler, regionaler und nationaler Ebene. Erstere führte nach einer argumentativen Auseinandersetzung über mehrere Jahrhunderte hinweg zu einer *affektiven, moralischen Ablehnung* von Folter, die spätestens im 19. Jahrhundert jegliche Diskussionen um die Wiedereinführung von Folterungen unmöglich werden ließ – u.a., indem hier die Grundlagen für eine “Archaisierung” von Folter und für die Gefühle der Scham und des Ekels gelegt wurden, die bis heute allein der Gedanke an diese Praxis hervorrufen kann. Dies spiegelt sich sowohl im Verhalten von Staaten, bei denen *naming and shaming* in Bezug auf Folter deshalb immer wieder funktioniert, wie auch bei einzelnen Individuen, insbesondere in den psychologischen Folgen, die Folterungen für TäterInnen, Opfer und den Umkreis dieser Personen haben.

<sup>842</sup> McCoy, Alfred W. 2005: Foltern und Foltern lassen. 50 Jahre Folter-Forschung und –praxis von CIA und US-Militär, Frankfurt am Main, S. 82 bzw. 83. Auch die Ende der 1980er Jahre angestrebten Untersuchungen über den Einsatz eines Buches zur Ausbildung von Folterern in Honduras verliefen sich jedoch nach einigen Kongress-*bearings* im Sande.

<sup>843</sup> Skolnick, Jerome 2004: American Interrogation. From Torture to Trickery, in: Levinson, Sanford (Hrsg.): Torture. A Collection, Oxford, S. 105-127, hier S. 105.



Die zweite Ebene der *internationalen Ächtung von Folter durch geltendes Recht* kann allerdings nicht ganz von der erstgenannten getrennt gesehen werden, wie sich an der subjektiven Komponente der Definition von Völkergewohnheitsrecht zeigt. Dabei sind die Bestimmungen des modernen Völkerrechts insbesondere deshalb bedeutend, weil sie – anders als die ersten nationalen Folterverbote und entsprechend der moralischen Haltung einer absoluten Ablehnung ab dem 19. Jahrhundert – Folter als derart inhuman ausweisen, dass keinerlei Ausnahmeregelungen mehr zulässig sind und Folter darüber hinaus als Weltverbrechen, der Folterer als Feind der ganzen Menschheit angesehen wird.<sup>844</sup> Mit der Entstehungsgeschichte dieser Rechtsnormen ging gleichzeitig die Schaffung einer gefühlten geographischen Distanz zwischen Folter zulassenden, “barbarischen” und Folter verbietenden, “zivilisierten” Nationen einher. Foltergegnerschaft, die zunächst für die Identität einer Gruppe von Intellektuellen konstitutiv war, gehört nun zum positiven Selbstbild und Image nach außen (beinah) jeden Staates. Zudem bietet das Foltertabu, ganz im Sinne des klassischen Tabubegriffs, einer Gemeinschaft Sicherheit vor in ihr schlummernden, destruktiven Tendenzen und allgemeiner Verrohung sowie eine gemeinsame Perspektive und identitätsstiftende geteilte Ablehnung bestimmter Ansichten.<sup>845</sup>

Beide Ebenen haben bewirkt, dass für die Ablehnung von Folter heute keine ernsthafte argumentative Begründung mehr nötig ist: Folter wird *per se* und ausnahmslos als negativ und undenkbar eingestuft. Dieses Verdienst der Aufklärung ist auch im modernen Völkerrecht verankert: So wird in der Präambel der UN-Anti-Folterkonvention lediglich darauf verwiesen, dass Folter gegen die “*inherent dignity and the equal and inalienable rights of all members of the human family*” verstößt, die “*the foundation of freedom, justice and peace in the world*” seien und diese wiederum auf der “*inherent dignity of the human person*” beruhen – ein nicht weiter begründeter Zirkelschluss, der offen lässt, worauf Menschenwürde eigentlich beruht, warum Folter gegen sie verstößt und wieso dieser Verstoß die Grundfeste des internationalen Systems erschüttern sollte. Wie bereits im ersten Unterpunkt dieses Kapitels dargelegt wurde, ging die Abschaffung der Folter tatsächlich mit der Entstehung moderner Staatlichkeit und dem Gedankengut des Rechtsstaates Hand in Hand. In den folgenden Ausführungen zu den historischen Umständen der ersten Verbote sollte jedoch deutlich geworden sein, dass Folter zuvor jahrhundertlang ein durchaus als rational eingestuftes Instrument einer – auf anderen Kosten-Nutzen-Rechnungen basierenden – Rechtsordnung war und bis ins 19. Jahrhundert hinein Ausnahmeregelungen auch in Folter verbietenden Staaten als durchaus üblich eingestuft wurden – u.a. im Falle von Hochverrat war die Menschenwürde auch juristisch nicht immer die überordnete Norm.

Eine (evtl. auch auf solche historischen Fakten verweisende) offene Befürwortung von Folter ist heute dagegen nicht möglich, denn diese Position ist seit dem 19. Jahrhundert “archaisiert” und “irrationalisiert” worden und auch juristisch heute nicht mehr begründbar. Insgesamt bleibt also festzuhalten, dass die Infragestellung der Gültigkeit eines Foltertabus – unabhängig von *compliance* mit dieser Norm – sowohl aus historisch-moralischer als auch aus juristischer Sicht völlig unmöglich ist, da dies außerhalb des denkbaren Rahmens der Einwohner zumindest jeder “zivilisierten” Nation liegen sollte.

<sup>844</sup> Raess, Markus 1989: Der Schutz vor Folter im Völkerrecht, Zürich, S. 87.

<sup>845</sup> Vgl. zu diesen Funktionen eines Tabus Abschnitt 2.6.4 der Arbeit.

Das Foltertabu wirkt somit als unangreifbare *deep structure*, die auch als Ergebnis jahrhundertelanger, gesamtgesellschaftlicher Verdrängungsprozesse zu sehen ist.

Damit stehen auch die beiden Hauptkriterien fest, an denen sich eine Erosion des Foltertabus festmachen lässt:

1. Rechtfertigung: Es wäre der Versuch einer Akteursgruppe oder einer Nation, eine öffentliche und ernsthafte Diskussion über die Legalisierung von Folter zu beginnen – etwa, indem bestehende Fälle von *non-compliance* mit dem internationalen Folterverbot zu rechtfertigen versucht werden.
2. Rationalisierung: Zudem wäre das Tabu dann klar gebrochen, wenn eine solche Diskussion auch von anderen DiskursteilnehmerInnen als rational zu beziehende Position anerkannt würde – auch, wenn diese nicht der eigenen Anschauung entspräche. Somit wäre auch die Suche nach Argumenten für eine Beibehaltung der absoluten Gültigkeit des Folterverbots ein Indiz für dessen Schwächung, denn die Möglichkeit, dass Folter in bestimmten Fällen angebracht sein könnte, wäre eine *für alle DiskursteilnehmerInnen denkbare* Option.

Im Sinne eines nicht hinterfragbaren Tabus wären argumentative Rechtfertigung und Rationalisierung von Folter klare Anzeichen dafür, dass sich der Denkraum eines Akteurs stark verschoben hat und Folter – selbst, wenn sie argumentativ abgelehnt wird – nicht mehr *unthinkable* ist. Dies kann, muss aber nicht notwendig mit einer Ausweitung des Handlungsrahmens einhergehen, in dem Folter tatsächlich wieder angewandt wird. Dagegen wäre es ein zusätzliches Indiz für die Schwäche des Tabus, wenn stattfindende Folterungen nicht länger verheimlicht würden:

3. Ent-Distanzierung: Das Zugeben von *non-compliance*, also das öffentliche Sprechen (nicht unbedingt Rechtfertigen) über stattfindende Folterungen wäre insbesondere in westlichen Staaten ein Bruch mit dem bereits traditionellen Totschweigen von Folterfällen wie etwa in Algerien oder Vietnam. Würden Folterfälle nicht länger verheimlicht, könnten sich westliche schwerer von anderen folternden Staaten geographisch distanzieren, womit ein wichtiges Abgrenzungskriterium (zwischen Staaten, die Folter nur ablehnen und solchen, die die Verbote auch einhalten) verloren ginge.
4. Ent-Archaisierung: Auch eine Ent-Archaisierung von Folter ein Hinweis für eine Tabuschwächung, denn die Diskussion um Folterfälle in der eigenen jüngeren Vergangenheit würden die Vorstellung, dass das Unterlassen von Folterungen an das Aufkommen moderner (demokratischer) Rechtsstaaten geknüpft ist, unterminieren.
5. Ausnahmeregelungen: Einen ähnlichen Effekt hätte das Eingeständnis, dass Folterverbote zunächst nicht absolut galten, und Ausnahmen in einigen Fällen zugelassen waren – also auch die Menschenwürde einer Güterabwägung mit anderen Rechtsstandards (z.B. der Gefährdung des Staates) unterworfen wurde.
6. Ent-Universalisierung: Unter das Anzweifeln der absoluten Gültigkeit des Tabus könnte neben dem Hinweisen auf Ausnahmeregelungen auch die Einschränkung seiner universellen Gültigkeit für *alle* Menschen – eigene BürgerInnen wie Fremde und Unschuldige wie Schuldige – fallen. Auch hier würde Menschenwürde nicht mehr länger als natürlich gegeben und unveräußerlich angesehen.

Insgesamt wären also mehrere Indizien dafür denkbar, dass Folter als mit den moralischen Vorstellungen und juristischen Standards eines modernen Rechtsstaates vereinbar angesehen und damit *normalisiert* würde.

## 5.2 Das nukleare Tabu<sup>846</sup>

*“It is widely acknowledged today among nuclear policy analysts and public officials that a ‘nuclear taboo’ exists at a global level.”<sup>847</sup>*

Drei wichtige Unterschiede zwischen dem Folterverbot und dem nuklearen Tabu, von denen zwei bereits im Einleitungszitat angesprochen werden, prägen das folgende Kapitel:

Erstens handelt es sich beim “nuklearen Tabu” um einen feststehenden Begriff, der, anders als das Wort “Foltertabu” im öffentlichen Diskurs verbreitet ist. Der längste Teil des folgenden Kapitels (5.2.1) widmet sich deshalb der Frage, womit das nukleare Tabu assoziiert wird und was den Kern des Tabus ausmacht, wobei ich auf sechs Aspekte gesondert eingehen werde: auf die ambivalente Haltung gegenüber Nuklearwaffen, auf ihren sozial konstruierten Sonderstatus, die Undenkbarkeit ihres Einsatzes, ihre Einordnung als Totems der Moderne, ihren Status als nahezu unzugängliches Prestigeobjekt und zuletzt die – schwache – rechtliche Fassung des nuklearen Tabus.

Zweitens widmet sich – wiederum anders als beim Folterverbot – ein Debattenstrang der Internationalen Beziehungen der Frage der Existenz und Bedeutung des nuklearen Tabus, den ich selbstverständlich aufgreife (5.2.2). Hier steht die Fragen im Zentrum, wie der jahrzehntelange Nicht-Einsatz (*non-use*) von Nuklearwaffen zu erklären ist und was genau unter das nukleare Tabu fällt – die Sonderstellung, der Besitz und/oder der Einsatz von Nuklearwaffen.

Drittens handelt es sich beim nuklearen Tabu um ein ungleich jüngeres soziales Konstrukt, als beim Folterverbot (zumal es Nuklearwaffen erst seit wenigen Jahrzehnten gibt),<sup>848</sup> weshalb der Abschnitt zur geschichtlichen Entwicklung dieser Norm (5.2.3) ungleich kürzer ausfällt, als im vorherigen Kapitel.

Abschließend werde ich aus den Erläuterungen des Kapitels einige Anhaltspunkte ableiten, an denen sich eine Erosion des nuklearen Tabus feststellen lassen könnte (5.2.4).

### 5.2.1 Worin besteht das nukleare Tabu?

#### *Monster und Schutzmacht: die Ambivalenz des nuklearen Tabus*

*“Es war ein überwältigendes Erlebnis. Das Licht, das so ungeheuer stark war – wir durften es nur durch sehr dicke, rüßige Gläser anschauen. Und das von 30 Kilometer Entfernung. Dann die Wolke von Staub, die sich da erhob, ganz sonderbar gespenstisch gefärbt – violett, das waren die radioaktiven Strahlen, die die Luft ionisierten und leuchten ließen. Die erste Reaktion war, dass wir stolz waren, dass wir es fertig gebracht hatten. Die zweite Reaktion war: Um Gottes willen, was haben wir in die Welt gesetzt?”<sup>849</sup>*

<sup>846</sup> Für wichtige Hinweise zu diesem Unterkapitel danke ich Giorgio Franceschini.

<sup>847</sup> Tannenwald, Nina 2007: *The Nuclear Taboo: The United States and the Non-Use of Nuclear Weapons Since 1945*, Cambridge, S. 8.

<sup>848</sup> Ich werde im Folgenden die allgemeine Bezeichnung “Nuklearwaffen“ verwenden und nur dann den Begriff “Atombombe“, wenn tatsächlich Atombomben – also solche Waffen, deren Energie *allein* durch Kernspaltung (Fissionsprinzip) freigesetzt wird – gemeint sind. Diese Technik wurde jedoch bald nach den ersten Abwürfen durch das Fusionsprinzip abgelöst, bei dem die aus einer Kernspaltung gewonnene Energie den Prozess einer Kernschmelze auslöst, wodurch eine weitaus höhere Sprengkraft erlangt wird.

<sup>849</sup> Der deutsche Physiker Hans-Albrecht Bethe, damaliger Chef der Abteilung für theoretische Physik in *Los Alamos*, über die erste Testzündung der Atombombe im Juli 1945. Deutschlandfunk, 2. Juli 2006: Ein Vater ohne jeden Stolz.

Obwohl die wenigsten Menschen jemals der (Test-)Explosion einer Atombombe beigewohnt haben, lassen sich doch die Gefühle, die sich in Hans-Albrecht Bethes Augenzeugenbericht spiegeln, leicht nachvollziehen: Der Anblick des charakteristischen "Atompilzes", millionenfach abgedruckt auf Buchdeckeln, T-Shirts und Plakaten, birgt eine ungeheure Faszination – fast überirdisch schön erschien er den "Vätern" der Atombombe, die zunächst durch das unglaublich helle Licht der Explosion, wie bei einer Offenbarung, geblendet waren.<sup>850</sup> Als Symbol spiegelt die sich kilometerhoch auftürmende radioaktive Wolke die (nicht nur für damalige Zeit) ungeheure technische Leistung, Nuklearenergie für den Menschen beherrschbar gemacht zu haben, welcher wenig später mit dem "Atomium" in Brüssel ein überdimensionales Denkmal gesetzt, der aber auch in der Alltagskultur mit Produkten wie "Atom-Kaffee" stolz Rechnung gezollt wurde.<sup>851</sup>

Doch wie bei Bethe mischen sich in den Stolz immer auch Zweifel: Ist die Urgewalt, die hier freigesetzt wurde, tatsächlich beherrschbar, oder ist der Mensch einen Schritt zu weit gegangen? Verbirgt sich hinter dem blendenden Licht ein unkontrollierbares Monster mit ungeahnter Zerstörungskraft?<sup>852</sup> Häufig wird dem Gefühl Ausdruck verliehen, (allein) Nuklearwaffen wohne die Kraft inne, das Handeln der Menschen nachhaltig zu beeinflussen, ja eine Art *agency* zu entwickeln, der man sich nicht entziehen kann:<sup>853</sup>

"Even as the bomb was born into the world, it seemed to be propelled by a momentum that no one knew how to stop. Every page of the nuclear story, including the current one, is stamped by a profound fatalism – an anxiety or conviction that the bomb, though a human creation, is somehow immune to human control. Rarely, if ever have human beings seemed to bow down more abjectly before an artifice of their own creation."<sup>854</sup>

Und selbst wenn dieses "Monster" als kontrollierbar eingeschätzt wird – was geschieht, wenn diese Kraft in die falschen Hände gerät? So groß die Freude über die neuerschlossene, riesige Energiequelle ist, so groß ist das Erschrecken über das Wissen, dass diese Energie zunächst zur Vernichtung unzähliger Menschenleben eingesetzt werden soll – und schlimmstenfalls in die ultimative Katastrophe führen kann: "*The birth of nuclear weapons in 1945 opened a wide, unobstructed pathway to the end of the world.*"<sup>855</sup>

---

<sup>850</sup> An Bethes Beschreibung lassen sich die typischen Phasen einer nuklearen Luftexplosion ablesen: Durch die ungeheure Energie, die hierbei freigesetzt wird, entsteht zunächst enorme Hitze (die einem Vielfachen der Oberflächentemperatur unserer Sonne entspricht), welche in einem Feuerball – hier als Lichtblitz beschrieben – erkennbar wird und mit einer sich rasant ausbreitenden Druckwelle einhergeht. Die charakteristische Pilzwolke entsteht erst nach dem Kollaps des Feuerballs, wenige Sekunden nach der Explosion, durch in die Höhe gerissene Asche und sonstige Partikel durch die Explosion zerstörter Materie. Nachdem sich der Pilz zunächst in die Höhe, dann immer weiter in die Breite ausgeweitet hat, gehen die ihn bildenden Partikel nach und nach als *fallout* nieder, was Stunden oder Tage dauern kann. Für eine detaillierte Beschreibung des Vorgangs s. Glasstone, Samuel/Dolan, Philip J. 1977: *The Effects of Nuclear Weapons*, Kent.

<sup>851</sup> Vgl. Beckman, Peter R./Crumlish, Paul W./Dobkowski, Michael N./Lee, Steven P. 2007: *Nuclear Weapons, Nuclear States, and Terrorism*, Cornwall-on-Hudson, S. 283. Dies weist schon darauf hin, dass das nukleare Tabu – anders als das Folterverbot – kein Tabu der Abbildung umfasst.

<sup>852</sup> So beschreibt Tannenwald Nuklearwaffen als "*particular monster*". Tannenwald, Nina 1999: *The Nuclear Taboo: The United States and the Normative Basis of Nuclear Non-Use*, in: *International Organization* 53:3, S. 433-468, hier S. 444.

<sup>853</sup> Siehe zu der Frage, ob Dingen *agency* zugesprochen werden kann S. 60 der Arbeit

<sup>854</sup> Schell, Jonathan 2007: *The Seventh Decade: the New Shape of Nuclear Danger*. New York, S. 18.

<sup>855</sup> Schell, Jonathan 2007: *The Seventh Decade: The New Shape of Nuclear Danger*, New York, S. 3. Dieses Statement, in unzähligen Varianten wiederholt, ist jedoch recht anthropozentristisch, da ein unbegrenzter Nuklearkrieg zwar möglicherweise das Ende der Menschheit sowie des heutigen Öko- und

Die ambivalenten Gefühle, die Bethe beschreibt und die wir Nuklearwaffen bis heute entgegenbringen, prädestinieren sie geradezu als ein Tabuobjekt, wie schon Cook und später insbesondere Freud sie beschrieben hatten:<sup>856</sup> Auch hier halten sich der Wunsch, die ungeheure Kraft einer Nuklearexplosion zu entfesseln und damit zu demonstrieren, dass man die über die hierzu benötigte Macht sowie das unabdingbare Wissen verfügt und das Zurückschrecken vor den ungeheuren und unkalkulierbaren Folgen einer solchen Tat die Waage:<sup>857</sup> *“Staaten, die Nuklearwaffen besitzen, sind versucht, sie einzusetzen und gleichzeitig daran gehindert. (...) Das Tabu reguliert diese Ambivalenz, indem es die Grenze zwischen erlaubtem und verbotenem Tun markiert.”*<sup>858</sup>

Entsprechend ambivalent waren auch die psychologischen Reaktionen seitens der BürgerInnen, die weder über den Bau noch über den Einsatz dieser Waffen entscheiden konnten, auf die neue, äußerst bedrohliche Situation.<sup>859</sup> Umfragen zeigen, dass den EinwohnerInnen der USA das Risiko, mit dem sie nun leben mussten, deutlich bewusst war: So gaben 47% der Befragten an, dass sie einen Nuklearkrieg innerhalb der nächsten fünf Jahre für wahrscheinlich hielten, während die Hälfte der Befragten glaubte, sie würde eine solche Auseinandersetzung nicht überleben.<sup>860</sup> Angesichts dieses enormen psychologischen Drucks gelang es der Mehrheit der Bevölkerung dennoch, die Gefahr im Alltag zwar wahrzunehmen (durch Medienberichte, Notfallübungen etc.), sie aber soweit zu ignorieren, dass es ihnen möglich war, ihr Leben scheinbar “normal” weiterzuführen, als existiere das Risiko eines plötzlichen – möglicherweise unabsichtlich ausgelöst – nuklearen Holocausts nicht. Wie von Freud und seinen NachfolgerInnen sicherlich erwartet worden wäre, gelang diese Verdrängungsleistung jedoch nicht vollständig – “die Bombe” lauerte im Unterbewußtsein:

“Michael Carey, a psychoanalytic researcher, conducted a research project in the early and mid-1970s to determine what impact (...) aspects of nuclear weapons had on people of this generation. He found that many of his subjects described a general feeling of death anxiety that manifested itself in frequent dreaming about nuclear catastrophe. Others described extended periods of avoidance or the feeling that

---

Klimasystems zur Folge hätte, höchstwahrscheinlich jedoch nicht das Ende allen Lebens auf der Erde bedeuten oder die Existenz des Planeten als solchem gefährden würde.

<sup>856</sup> Vgl. S. 88 und 92 der Arbeit. Frey, der sich aus politikwissenschaftlicher Sicht v.a. mit dem indischen Nuklearprogramm auseinandergesetzt hat, verkennt genau diese das Tabu konstituierende Ambivalenz, indem er das nukleare Tabu als rein negativ besetzte Verbotsnorm auffasst und diesem Konzept das positiv besetzte des “nuklearen Mythos“ gegenüberstellt, welches den Macht- und Prestigegewinn, der einem Staat durch den Besitz von Nuklearwaffen zu Teil wird, beschreiben soll. Da der traditionelle Tabubegriff *immer* sowohl als positiv wie auch als negativ wahrgenommene Aspekte eines Tabuobjekts umfasst, halte ich diese Unterscheidung jedoch für irreführend. Vgl. Frey, Karsten 2006: Nuclear Weapons as Symbols. The Role of Norms in Nuclear Policy Making, in: IBEI Working Papers 3/2006.

<sup>857</sup> Vgl. hierzu auch Herring, Eric 1997: Nuclear Totem and Taboo. Or how we learned to stop loving the Bomb and start worrying, Paper presented at the British International Studies Association (BISA) Annual Conference, Leeds, unveröffentlichtes Manuskript, S. 19.

<sup>858</sup> Daase, Christopher 2003: Der Anfang vom Ende des nuklearen Tabus. Zur Legitimitätskrise der Weltnuklearordnung, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 10:1, S. 7-41, hier S. 18, Herv. i. Org.

<sup>859</sup> Vgl. für den folgenden Absatz Beckman, Peter R./Crumlish, Paul W./Dobkowski, Michael N./Lee, Steven P. 2007: Nuclear Weapons, Nuclear States, and Terrorism, Cornwall-on-Hudson, S. 280-292.

<sup>860</sup> Die Angaben stamme aus einer Gallup-Umfrage aus dem Jahr 1982, ausführlich diskutiert ist: Beckman, Peter R./Crumlish, Paul W./Dobkowski, Michael N./Lee, Steven P. 2007: Nuclear Weapons, Nuclear States, and Terrorism, Cornwall-on-Hudson, S. 286.

nothing is permanent, that nothing can be depended on, that life is absurd, as Bob Dylan mused in his 1963 song, 'Talking World War III Blues'.<sup>861</sup>

Auf solche tiefsitzenden Ängste und die *psychologischen* Gefahren von Nuklearwaffen wies auch Kennedy hin, als er sich für nukleare Rüstungskontrolle aussprach: *"The world was not meant to be a prison in which man awaits his execution."*<sup>862</sup> Wie es bei tiefenpsychologischen Mustern häufig der Fall ist, wurden die verdrängten Einstellungen der Eltern insbesondere von den Kindern dieser Generation erspürt und übernommen – mit, aus entwicklungspsychologischer Sicht, ungünstigen Folgen:

"For children and adolescents, optimism about a livable future largely depends on the sense of security provided by the adult world. Eric Erikson has emphasized the importance for the child of gaining a sense of basic trust early in life. Without it, one's self confidence and creativity can be damaged. Without this sense of security, the perception of the self as competent, as an active agent who can change reality, may be underdeveloped. (...) Nuclear war never happened during the Cold War, but a generation of children 'ducked and covered' hoping to be shielded from the end of the world. Notwithstanding the absurdity of the exercise, they could not be shielded from the sense that life was not secure and that it was pervaded by an unknowable terror."<sup>863</sup>

Entsprechend ergaben kinderpsychologische Untersuchungen aus den 1970er und 1980er Jahren: *"What comes through is their sense of powerlessness, of the insecurity of life, but also an anger and frustration directed at the adult world that created this situation."*<sup>864</sup> Hält man sich vor Augen, dass die so geprägten Kindern mit den Anschlägen vom 11. September 2001 konfrontiert wurden und VertreterInnen ihrer Elterngeneration damals die Regierungsgewalt inne hatten, lassen sich deren panischen (Über-?)Reaktionen vielleicht besser nachvollziehen.<sup>865</sup>

Als zwei weitere, typische Reaktionsmuster auf die Gefahren des Kalten Krieges galten *"psychic numbing"* und *"nuclearism"*. Ersteres beschreibt eine verstärkte Verdängungsleistung, bei der Personen versuchen, die Quellen ihrer Angst möglichst vollständig zu meiden, in diesem Fall z.B. nicht die Nachrichten verfolgten und Gesprächen über die nukleare Bedrohung aus dem Weg gingen.<sup>866</sup> Dieses für vergleichsweise wenige Personen zutreffende Sprachtabu trat wiederum verstärkt in Eltern-

<sup>861</sup> Beckman, Peter R./Crumlish, Paul W./Dobkowski, Michael N./Lee, Steven P. 2007: Nuclear Weapons, Nuclear States, and Terrorism, Cornwall-on-Hudson, S. 286. Die Autoren weisen interessanterweise darauf hin, dass diese unterbewusste Lebenseinstellung viele Tabus der damaligen Zeit ins Wanken brachte – so sei das plötzliche Infragestellen von Autoritäten oder der herrschenden Sexualmoral auch damit zu begründen, dass hier eine Generation heranwuchs, die ihr Leben – so lange es ihnen noch möglich war – in vollen Zügen genießen wollte und die ihre Verstöße gegen die herrschende Moral verständlicherweise als weitaus geringer ansah, als den moralischen Verstoß, möglicherweise am folgenden Tag *"weggenuked"* zu werden.

<sup>862</sup> Zitiert in: Shultz, Georg P./Perry, William J./Kissinger, Henry J./Nunn, Sam 2007: For a World Without Nuclear Weapons, in: WSJ, 04.01.2007.

<sup>863</sup> Beckman, Peter R./Crumlish, Paul W./Dobkowski, Michael N./Lee, Steven P. 2007: Nuclear Weapons, Nuclear States, and Terrorism, Cornwall-on-Hudson, S. 286f.

<sup>864</sup> Beckman, Peter R./Crumlish, Paul W./Dobkowski, Michael N./Lee, Steven P. 2007: Nuclear Weapons, Nuclear States, and Terrorism, Cornwall-on-Hudson, S. 287.

<sup>865</sup> Vgl. Beckman, Peter R./Crumlish, Paul W./Dobkowski, Michael N./Lee, Steven P. 2007: Nuclear Weapons, Nuclear States, and Terrorism, Cornwall-on-Hudson, S. 288.

<sup>866</sup> Vgl. Beckman, Peter R./Crumlish, Paul W./Dobkowski, Michael N./Lee, Steven P. 2007: Nuclear Weapons, Nuclear States, and Terrorism, Cornwall-on-Hudson, S. 280. Unter Verweis auf *"psychic numbing"* lassen sich auch Umfrageergebnisse erklären, denenzufolge diejenigen Personen, die am meisten Angst vor einem Nuklearkrieg hatten, am schlechtesten über die nuklearpolitische Weltlage informiert waren.

Kind-Beziehungen auf, so dass ganze Ratgeber darüber verfasst wurden, ob, und wenn ja wie, man die nukleare Bedrohung seinen Kindern gegenüber ansprechen sollte.<sup>867</sup>

Als typische Begleiterscheinung solcher Verdrängungsleistungen wurden für Nuklearwaffen und den Umgang mit ihnen scheinbar neutrale oder verharmlosende Euphemismen entwickelt, die wiederum in ihrer Gesamtheit mit einem eigenen Begriff bedacht wurden: *“nukespeak”*. Das an den orwellschen *“newspeak”* angelehnte Wort beschreibt die Neigung, dass

“...we domesticate these weapons and we normalize them in the language that we use. Rather than speak about their deadly power, we render them trivial and benign. We have learned to live with the unthinkable and not to think about it. An expression, ‘to nuke’, has become part of the English language. (...) Secretary of War Henry Stimson referred to the weapon in his diary as ‘the thing’, ‘the dire’, ‘the awful’, or ‘the secret’. (...) By sanitizing the language of nuclear weapons, we have etherized ourselves to their lethal implications. Many have poited the anesthetizing quality of language of nuclear weapons, often referred to as ‘nukespeak’.”<sup>868</sup>

Als ebenfalls starke Abwehrreaktion, die allerdings genau den gegenteiligen Effekt hatte, stelle *“nuclearism”* eine Überhöhung und Idealisierung von Nuklearwaffen dar. Ähnlich wie eine Geisel, die sich ihren Kidnapper verliebt, wurden Nuklearwaffen gefeiert, zu Ikonen stilisiert und in die Populärkultur einbezogen. Durch die Überhöhung des angstbesetzten Gegenstands erschien es besser möglich, sich diesem anzunähern und sich mit ihm auseinanderzusetzen – ein psychologischer Trick, um sich selbst als handlungsmächtigen Akteur und eben nicht als einer Situation ausgeliefert zu erfahren.<sup>869</sup>

Neben diesen individuell unterschiedlichen psychischen Reaktionen zwischen Verdrängung und Überhöhung, den gegensätzlichen Gefühlen der Faszination und des Horrors sowie den Wünschen, ultimative (Zerstörungs-)Macht auszuüben und dem intuitiven Zurückschrecken vor diesem Schritt, beinhaltet die das nukleare Tabu bezeichnende Ambivalenz jedoch noch einen weiteren Aspekt: den Schutz vor einem wie auch immer gearteten Krieg, den die nukleare Abschreckung ermöglicht. Paradoxaerweise setzte die Entwicklung dieser Waffen, deren Vernichtungskraft alle bisherigen um ein Vielfaches überstiegen, der *“Todesspirale”* vergangener Kriege ein Ende: Während frühere technische Entwicklungen einen immensen Anstieg von Opferzahlen (bezogen auf SoldatInnen *und* ZivilistInnen) in immer ausgedehnteren Kriegen bedeutet hatten, zwangen Nuklearwaffen die mit ihnen ausgestatteten Staaten zu einem *“langen Frieden”*, d.h. zum Konfliktaustrag unter Verzicht des Einsatzes ihrer stärksten Waffen (wenn auch unter häufiger Androhung desselben).<sup>870</sup> Bis heute ist deshalb die Ansicht weit verbreitet, dass das mit dem Besitz von Nuklearwaffen gekoppelte nukleare Tabu erheblich dazu

<sup>867</sup> Vgl. Greenwald, David S./Zeitlin, Steven J. 1987: No Reason to Talk About It. Families Confront the Nuclear Taboo, New York.

<sup>868</sup> Beckman, Peter R./Crumlish, Paul W./Dobkowski, Michael N./Lee, Steven P. 2007: Nuclear Weapons, Nuclear States, and Terrorism, Cornwall-on-Hudson, S. 281. Allen und Burrige, die sich mit der Verwendung von Euphemismen im Krieg generell auseinandersetzen, weisen darauf hin, dass auch in der Entstehungszeit der Bombe häufig Euphemismen verwendet wurden: *“When the first atomic bomb was being developed, it was often referred to by general-for-specific euphemisms like the gadget, the device, the thing and even the all embracing it.”* Allan, Keith/Burrige, Kate 2006: Forbidden Words. Taboo and the Censoring of Language, Cambridge, S. 229.

<sup>869</sup> Vgl. Beckman, Peter R./Crumlish, Paul W./Dobkowski, Michael N./Lee, Steven P. 2007: Nuclear Weapons, Nuclear States, and Terrorism, Cornwall-on-Hudson, S. 292.

<sup>870</sup> Gaddis, John Lewis 1989: Long Peace: Inquiries Into the History of the Cold War, Oxford.

beigetragen hat, nicht nur den Pazifikkrieg des Zweiten Weltkrieges rasch zu beenden, sondern auch den Ost-West-Konflikt als “Kalten Krieg” zu bewahren, ohne, dass sich die beiden Supermächte gegenseitig direkt angegriffen hätten.<sup>871</sup> So wirkt der “Schutz” des Tabus in zwei Richtungen: Zum einen hält er Staaten, die sich im Besitz von Nuklearwaffen befinden, von einem Angriff mit diesen Waffen ab und zum anderen schützten Nuklearwaffen – aufgrund ihrer Gefährlichkeit – ihren Besitzer vor feindlichen Angriffen. Es sind v.a. diese widersprüchlichen Eigenschaften, die dazu beigetragen haben, Nuklearwaffen einen einzigartigen Sonderstatus zu geben.

### *Self-fulfilling prophecy: der Sonderstatus von Nuklearwaffen*

*“What makes atomic weapons different is a powerful tradition that they are different.”<sup>872</sup>*

*“Make no mistake: There is no such thing as a conventional nuclear weapon.”<sup>873</sup>*

Aus heutiger Sicht erscheint es selbstverständlich, dass Nuklearbomben keine “normalen” Waffen sind, die routinemäßig in Kriegen eingesetzt werden könnten.<sup>874</sup> Neben ihrer tabutypischen Ambivalenz scheint es für den Sonderstatus, der Nuklearwaffen zugesprochen wird, auch drei plausible materielle Gründe zu geben, von denen Younger zwei aufgreift:

“They are capable of destroying a city, a country, or even civilization itself in a matter of hours. Once the nuclear genie is out of the bottle, once a country has crossed the threshold to use nuclear weapons, other countries may infer that they are justified in using their own nuclear weapons. This could lead to the escalation of a conventional war to a global thermonuclear catastrophe.”<sup>875</sup>

Neben den *unkontrollierbaren Folgen* eines Nuklearschlags und ihrer besonders *schnellen* und großen Zerstörungskraft wird auch immer wieder angeführt, dass die von einem Nukleareinsatz betroffenen Gebiete und alles Leben in ihnen besonders *lange*, über Generationen hinweg, verseucht sind. Auf den zweiten Blick erscheinen diese drei Faktoren jedoch nicht als selbstverständlich, sondern als vom sozialen Konstrukt des nuklearen Tabus überlagert.

Am wenigsten von solchen Vorstellungen berührt erscheint noch der dritte Punkt, obwohl sich auch hier die Horrorszenarien des Kalten Krieges, nach denen nuklear verseuchte Gebiete über Jahrhunderte hinweg nicht mehr bewohnbar seien, nicht bewahrheitet haben: Hiroshima und Nagasaki wurden bereits Ende der 1940er Jahre wieder aufgebaut und sind heute Heimat von mehr als 1,5 Mio. Menschen, die nicht stärker radioaktiver Strahlung ausgesetzt sind, als die Bewohner anderer Städte. Selbst nahe Tschernobyl scheinen zumindest Wildtiere, die ihr Leben größtenteils innerhalb der

<sup>871</sup> So führt z.B. Mlyn die mangelnde Bereitschaft zu Reformen der US-Nuklearpolitik genau auf diese weit verbreitete Überzeugung zurück. Mlyn, Eric 2000: U.S. Nuclear Policy and the End of the Cold War, in: Harknett, Richard J./Wirtz, James J./Paul, Thazha V. (Hrsg.): The Absolute Weapon Revisited. Nuclear Arms and the Emerging International Order, Michigan, S. 189-212, hier S. 206f.

<sup>872</sup> Schelling, Thomas 1980 [1960]: The Strategy of Conflict, Cambridge, S. 260.

<sup>873</sup> Memo Präsident Johnsons, zitiert in: NYT, 08.09.1964.

<sup>874</sup> So stellt Tannenwald fest, dass “the special status of nuclear weapons is something we have come to take for granted today. No one today thinks nuclear weapons are just another weapon.” Tannenwald, Nina 1999: The Nuclear Taboo: The United States and the Normative Basis of Nuclear Non-Use, in: International Organization 53:3, S. 433-468, hier S. 435.

<sup>875</sup> Younger, Stephen M. 2009: The Bomb: A New History, New York, S. 109.



strahlenden Sperrzone verbringen, eine höhere Lebenserwartung zu haben und gesünder zu sein, als ihre Artgenossen.<sup>876</sup> Auch wenn sich die langfristigen Auswirkungen eines Nuklearschlags unmöglich vorab einschätzen lassen,<sup>877</sup> können Nuklearwaffen schlecht als einzige Waffen mit schrecklichen Spätfolgen angesehen werden – so können z.B. auch Landminen und Clusterbomben große Landflächen hochgefährlich oder gar unbewohnbar machen.

Mit Blick auf die kurzzeitigen Folgen haben sicherlich große nukleare Sprengköpfe die verheerendste Zerstörungskraft – doch überlappt sich die Sprengkraft kleinerer Nuklearsprengköpfe inzwischen mit der konventioneller Bomben, da einerseits immer stärkere konventionelle Bomben<sup>878</sup> und andererseits kleinere Nuklearwaffen mit geringerer Sprengkraft konstruiert worden sind:<sup>879</sup> So wies Schelling bereits in den 1960er Jahren darauf hin, dass es kein offensichtliches technisches Unterscheidungskriterium zwischen nuklearen und konventionellen Waffen gebe:

“If we ask, then, where we might draw a line if we wished to limit somehow the size of the weapons, the means of conveyance, the situation in which or the targets on which they can be used, the answer is that we are – in a purely technical sense – free to draw the line anywhere we please. There is no cogent reason for drawing it at any one particular graduation rather than another.”<sup>880</sup>

Dass Atombomben nach den Angriffen auf Hiroshima und Nagasaki *nicht* sofort als eine besondere Waffenkategorie, sondern als normale Kriegswaffe angesehen wurden,<sup>881</sup> lag jedoch auch daran, dass den konventionellen Angriffen des Zweiten Weltkrieges ähnlich viele Menschen zum Opfer fielen.<sup>882</sup> Erst Jahre später bildete sich die Ansicht heraus, “*that killing people in a nuclear explosion is (...) somehow worse – less moral perhaps – than killing them with bullets and shrapnel.*”<sup>883</sup>

Dass der Einsatz von Nuklearwaffen unkalkulierbare Reaktionen des Gegners hervorrufen kann, trifft zwar ebenfalls zu – letztlich ist jedoch *jeder* Krieg unkalkulierbar, können Dauer, Ergebnis und Eskalationsgefahr kaum vorab geplant werden, wie historische Beispiele von der Schlacht bei Issos über den Ersten Weltkrieg bis hin zum

<sup>876</sup> Vgl. die Ergebnisse des Internationalen Labors für Radioökologie in Kiew, u.a. vorgestellt in: ARTE 2010: Tschernobyl – Die Natur kehrt zurück, gesendet am 03.07.2010, Beschreibung online unter: <<http://www.arte.tv/de/Die-Welt-verstehen/Bedrohte-Vielfalt/3183232.html>>, rev. 02.02.2012.

<sup>877</sup> Genaue Abschätzungen sind schwer möglich, da sie kaum im Labor simuliert werden können und zudem nicht nur die Größe der Bombe, sondern auch klimatische- und Wetterbedingungen, die Beschaffenheit des Bodens etc. einen starken Einfluss haben.

<sup>878</sup> Als stärkste konventionelle Bomben gelten momentan die russische ATBIP (*Aviation Thermobaric Bomb of Increased Power*) und die US-amerikanische MOAB (*Massive Ordnance Air Blast Bomb*), deren Sprengkraft mit einer Äquivalenz zu 44 Tonnen (t) bzw. 11t TNT mit denen kleiner nuklearer Bomben vergleichbar ist (wobei TNT-Äquivalenz, wie generell, einen üblichen aber recht ungenauen Maßstab darstellt). Die Sprengkraft großer Nuklearbomben ist demgegenüber um ein Vielfaches erhöht, so erreichte “*Castel Bravo*“, die größte von den USA getestete (Wasserstoff-)Bombe eine Sprengkraft von 15 Mega(!)tonnen.

<sup>879</sup> Mit diesen sog. *mini-nukes*, also Nuklearbomben mit einer Sprengkraft von unter 5 Kilotonnen (kt), werde ich mich insbes. im Unterkapitel ab S. 414 auseinandersetzen.

<sup>880</sup> Schelling, Thomas 1980 [1960]: *The Strategy of Conflict*, Cambridge, S. 261.

<sup>881</sup> Vgl. S. 226f. der Arbeit.

<sup>882</sup> Gerade in Japan wurden viele Städte durch den Einsatz von Brandbomben völlig zerstört, so dass die Auslöschung zweier Städte nicht als singuläres Ereignis erschien. Allein in der Nacht zum 10.03.1945 starben im niederbrennenden Tokio über 100.000 Menschen. Vgl. Rademacher, Cay 2005: Nagasaki ging wegen Treibstoffmangels unter, in: *Der Spiegel*, 22.05.2005, online unter: <<http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,352694-2,00.html>>, rev. 02.02.2012.

<sup>883</sup> Mueller, John 2010: *Atomic Obsession: Nuclear Alarmism from Hiroshima to Al Qaeda*, Oxford, S. 61.

letzten Krieg im Irak immer wieder gezeigt haben.<sup>884</sup> Zwar ist beim Einsatz von Nuklearwaffen das Eskalationsrisiko sehr hoch (s.u.), wie bei den beiden anderen Faktoren handelt es sich hier jedoch nur eine *graduelle*, keine *absolute* Unterscheidung zwischen dem Einsatz konventioneller und nuklearer Waffen.

Eine solche graduelle Unterscheidung gibt es im Hinblick auf Nuklearwaffen jedoch nicht – sie sind alle “*different*” und damit alle tabu: “*Nuclear explosives – both large and small – are equally illegitimate, and the latter remain so despite the existence of seemingly legitimate conventional explosives of greater destructive power.*”<sup>885</sup> Wie bei klassischen Tabus sind also *sämtliche* Gegenstände einer Kategorie gleichermaßen tabuisiert.<sup>886</sup> So ist auch zu erklären, dass selbst der zivile Einsatz von Nuklearbomben, wie z.B. für große Sprengungen, ebenfalls vom Tabu gedeckt ist.<sup>887</sup>

Wichtiger erscheint jedoch die Konsequenz dieser Tabu-Wahrnehmung, dass nämlich ein mit Nuklearwaffen attackierter Staat einen solchen Akt auf jeden Fall als Tabubruch einordnen würde und somit nicht nur auf die hierdurch angerichtete Zerstörung, sondern insbesondere auf diese ungeheuerliche Normverletzung reagieren müsste. So ergibt sich, wenn auch nicht zwangsläufig aufgrund der technischen Merkmale oder der Destruktivität von Nuklearwaffen, dennoch eine für Tabus typische “*bright line*” – die Wahl einer delegitimierten Option wie des Gebrauches einzigartiger Waffen würde auch einzigartige Konsequenzen nach sich ziehen. Dem Konzept dieser “*bright line*” wurde während des Kalten Krieges sprachlich mit dem Ausdruck “*firebreak*” Ausdruck verliehen:

“The firebreak is a wide and easily recognized gap between the type of situations in which nuclear weapons would be used and in which conventional weapons would be used. During the first nuclear age, it was thought important to keep this firebreak wide and clear to reduce the risk that a conventional conflict would escalate into a nuclear conflict.”<sup>888</sup>

Die Einführung dieses Konzepts deckt sich mit der im Kapitel zu Tabus beschriebenen Wirkung von Tabus als *self-fulfilling prophecy*.<sup>889</sup> “*If men define situations as real, they are real in their consequences*”, bringt Tannenwald die Annahme auf den Punkt, der Nuklearwaffen umgebende Mythos würde sich infolge eines Nuklearschlags tatsächlich bewahrheiten, weil ein solcher empfundener Tabubruch schwerste Vergeltungsaktionen seitens des nuklear angegriffenen Staates hervorrufen und man sich damit “*immediately in a new world with all the*

<sup>884</sup> Vgl. auch Paul, T. V. 2009: The Tradition of Non-Use of Nuclear Weapons, Stanford, S. 23.

<sup>885</sup> Grizewski, Peter 1996: From winning weapon to destroyer of worlds: the nuclear taboo in international politics, in: International Journal 51:3, S. 397-419, hier S. 400.

<sup>886</sup> Vgl. S. 97 der Arbeit.

<sup>887</sup> So schildert z.B. Schelling, dass dem aus den 1970er Jahren stammenden Vorschlag, mittels kleinerer thermonuklearer Detonationen ökologisch saubere Energie zu produzieren eine “*virtually universal rejection*“, auch seitens EnergieanalytikerInnen, entgegen gebracht wurden. S. Schelling, Thomas 2000: The Legacy of Hiroshima: A Half-Century Without Nuclear War, in: Journal for Philosophy and Public Policy 20:2/3. Eine alternative Erklärung lautet hier, dass Versuche, Bauvorhaben mittels ziviler nuklearer Sprengungen voranzutreiben, einfach deshalb eingestellt wurden, weil die Arbeiten in dem durch *fallout* verseuchten Gebiet nicht weitergeführt werden konnten.

<sup>888</sup> Beckman, Peter R./Crumlish, Paul W./Dobkowski, Michael N./Lee, Steven P. 2007: Nuclear Weapons, Nuclear States, and Terrorism, Cornwall-on-Hudson, S. 314. Allerdings gibt es im Hinblick auf die Strategie der *flexible response*, die den Gegner gerade im Unklaren darüber lassen sollte, ob die Westmächte auf einen Angriff nuklear oder konventionell reagieren würden (was die Abschreckung erhöhen sollte), Zweifel an der Interpretation von Beckmann et al.

<sup>889</sup> Vgl. S. 105 der Arbeit.

*unimaginable consequences that could follow*“ befinden würde.<sup>890</sup> Dabei sei völlig unerheblich, welche Größe und Zerstörungskraft die eingesetzten Waffen tatsächlich besäßen: *“It is unlikely that using a small nuclear weapon would make a difference – nuclear is nuclear...”*<sup>891</sup> Demensprechend sind alle bisherigen Versuche, Nuklearwaffen zu “konventionalisieren”, gescheitert, wie ich unten ausführen werde.<sup>892</sup>

In Abgrenzung hierzu werden konventionelle Waffen weiterhin als Kampfmittel angesehen, die *“by compact, by agreement, by convention”* in Kampfhandlungen eingesetzt werden dürfen, deren Einsatz also in solchen Situationen als der Norm entsprechend und eben nicht als Tabubruch gewertet wird.<sup>893</sup> Schelling weist darauf hin, dass der Begriff “konventionelle Waffen” somit an die doppelte Bedeutung des Worts “konventionell” anknüpft:

“One meaning is ‘ordinary, familiar, traditional’ [was an den Begriff ‘*noa*’ erinnert, SoSchi]; in this context, it is a word that can be applied for food, clothing, or housing. The more interesting sense of conventional refers to something that arises as if by compact or agreement. It is simply an established convention that nuclear weapons are unique.”<sup>894</sup>

### *Tabubruch undenkbar: die Nicht-Einsatzbarkeit von Nuklearwaffen*

*“The very worst breaking of the ‘nuclear taboo’ would of course be a thermonuclear World War III, from which human life might never recover.”*<sup>895</sup>

Der Verweis auf die *self-fulfilling prophecy*, die ein Einsatz von Nuklearwaffen nach sich ziehen würde, deutet auf zwei weitere tabutypische Aspekte hin: Zum einen rächt sich ein Tabubruch selbst und zum anderen gilt ein solcher als undenkbar.

Die “Rache” des gebrochenen Tabus wird bereits im Einleitungszitat deutlich – das wahrscheinliche Auslösen eines nuklearen Gegenangriffs, der zur Auslöschung eigener Städte, wenn nicht gar der eigenen Nation oder der Menschheit als solcher führen würde. Folglich verbietet sich der Gedanke an einen nuklearen Ersteinsatz gegen eine andere Nuklearmacht von selbst.<sup>896</sup> Aber auch die Einsatz gegenüber einem nicht nuklear

<sup>890</sup> So Tannenwald unter Rekurs auf das Soziologenpaar William and Dorothy Thomas, s. Tannenwald, Nina 2005: Stigmatizing the Bomb. Origins of the Nuclear Taboo, in: International Security 29:4, S. 5-49, hier S. 8f.

<sup>891</sup> Younger, Stephen M. 2009: The Bomb: A New History, New York, S. 109.

<sup>892</sup> Vgl. S. 233f. der Arbeit.

<sup>893</sup> Schelling, Thomas 2000: The Legacy of Hiroshima: A Half-Century Without Nuclear War, in: Journal for Philosophy and Public Policy 20:2/3.

<sup>894</sup> Schelling, Thomas 1994: The Role of Nuclear Weapons, in: Ederington, Benjamin L./Mazarr, Michael J.: Turning Point. The Gulf War and U.S. Military Strategy, Boulder, S. 105-116, hier S. 105. Die beiden anderen Waffenkategorien, die typischerweise nicht zu konventionellen Waffen gezählt werden, sind chemische und biologische Waffen, die gemeinsam mit Nuklearwaffen in die “Sonderkategorie“ der Massenvernichtungswaffen fallen (engl. *WMD* für *Weapons of Mass Destruction*). Auch dieser Begriff ist jedoch reichlich unscharf und wird von verschiedenen Institutionen sehr unterschiedlich ausgelegt. S. Carus, W. Seth 2006: Defining “Weapons of Mass Destruction”, in: Center for the Study of Weapons of Mass Destruction, Occasional Paper 4.

<sup>895</sup> Quester, George H. 2005: If the Nuclear Taboo Gets Broken, in: Naval War College Review 58:2, S. 70-91, hier S. 70.

<sup>896</sup> Die Begriffe “Erstschlag“ und “Ersteinsatz“ werden häufig synonym verwendet, bezeichnen jedoch zwei unterschiedliche Szenarien: Von Ersteinsatz (*first use*) wird generell gesprochen, wenn ein Staat in einer Auseinandersetzung der erste ist, der eine Nuklearbombe einsetzte. Mit Erstschlag (*first strike*) wird dagegen ausschließlich ein “Enthauptungsschlag“ bezeichnet, der dazu dient, das Nuklearwaffenarsenal des Feindes möglichst vollständig zu zerstören.

bewaffneten Staat muss als *non-option* gelten, würden hier doch alle moralischen Prinzipien der Verhältnismäßigkeit verletzt. So faßt Krepon zusammen: “*Breaking this taboo against a far weaker nuclear-armed state now seems improbable; breaking it against a non-nuclear weapon state seems inconceivable.*”<sup>897</sup>

Zieht man den Bruch des nuklearen Tabus in Erwägung, stehen einem sofort Horrorszenarien eines nuklearen Holocaust vor Augen, so dass mögliche Zweifel an der Gültigkeit des Tabus sich von selbst verbieten. Nicht nur wagt man es nicht, sich dieser “*apocalyptic vision*” einer Welt nach einem Nuklearschlag auszumalen, vielmehr würde der Gedanke an einen solchen Tabubruch politischen EntscheidungsträgerInnen von vornherein nicht in den Sinn kommen – und falls dies doch geschehen sollte, würde sich sofort das Gefühl, etwas völlig Inakzeptables getan zu haben, einstellen:

“[A]bhorrence at the thought (...) be such that the idea of using them [Nuklearwaffen, SoSchi] would be immediately dismissed without reaching the point of being considered a real alternative.”<sup>898</sup>

Der Nicht-Einsatz erscheint also selbstverständlich, die Option eines Einsatzes hingegen als “*inconceivable*”,<sup>899</sup> “*unthinkable*” und “*simply out of the question*”.<sup>900</sup> Da darüber hinaus anzunehmen ist, dass, wer nach einer möglichen Begründung dieser *non-option* fragen würde, ohnehin nicht in der Lage wäre, die Antwort zu verstehen,<sup>901</sup> wird eine öffentliche, die Kosten und Risiken sowie Nutzen und Vorteile eines Nuklearschlags abwägende Diskussion ebenso unnötig wie unmöglich. Ein ernsthaftes Infragestellen der inhumanen, grauenvollen und wahllos zerstörerischen Natur dieser Waffen, das Leugnen ihrer “*random, indiscriminate and universal violence inflicting terrible pain*”<sup>902</sup> würde zu einem empörten Aufschrei der Öffentlichkeit führen und als höchst unmoralisch gewertet werden. Dementsprechend würde jeder Politiker, der tatsächlich den Einsatz von Nuklearwaffen befehlen würde, sein Image vollkommen ruinieren:

“The possible aftereffects generate fears among decision makers that if they break the taboo, they could become political pariahs at home and abroad (...). The innocent victims of a nuclear attack and the possibility of aftereffects for generations could

<sup>897</sup> Krepon, Michael 2009: Better Safe Than Sorry: The Ironies of Living With the Bomb, Stanford, S. 194.

<sup>898</sup> Lee, Steven P. 1993: Morality, prudence and nuclear weapons, Cambridge, S. 320ff. sowie Paul, Thazha V. 1995: Nuclear Taboo and War Initiation in Regional Conflicts, in: Journal of Conflict Resolution 39:4, S. 696-717, hier S. 702.

<sup>899</sup> Price, Richard/Tannenwald Nina 1996: Norms and Deterrence: The Nuclear and Chemical Weapons Taboos, in: Katzenstein, Peter (Hrsg.): The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics, S. 114-152, hier S. 125.

<sup>900</sup> Quester, George H. 2005: If The Nuclear Taboo Gets Broken, in: Naval College Review 58:2, S. 71-91, hier S. 80.

<sup>901</sup> Erinnert sei an Freuds Aussage, Tabus erschienen ihren AnhängerInnen selbstverständlich, allen anderen jedoch als irrational (vgl. S. 90 der Arbeit). So argumentiert auch Schelling, dass die Bemühungen, jemandem, dem das Tabu unbekannt ist, klar zu machen, warum eine nukleare Bombe mit einer womöglich geringeren Sprengkraft als eine nicht-nukleare dennoch nicht als konventionelle Waffe gelten könne, vergeblich seien – denn während die einen meinen, die Antwort darauf *intuitiv* zu wissen, stelle sich bei den anderen dieses Gefühl schlicht nicht ein. Schelling, Thomas 2000: The Legacy of Hiroshima: A Half-Century Without Nuclear War, in: Journal for Philosophy and Public Policy 20:2/3.

<sup>902</sup> Rhodes, Richard 1986: Tongues of Fire, in: Rhodes, Richard: The Making of the Atomic Bomb, New York, S. 679-747, hier S. 719.

make the leader who casually ordered a nuclear attack a permanent dark figure in history books.”<sup>903</sup>

Paul geht deshalb davon aus, dass politische Entscheidungsträger einer starken “*self-deterrence*” unterliegen, die er nicht allein im Urteil der Öffentlichkeit und nachfolgender Generationen begründet sieht, sondern auch in “*bis or her desire to maintain a self-image as a morally good person.*”<sup>904</sup> Wie bei klassischen Tabus beugt also auch die Sorge um die Wahrung eines positiven Selbstbildes einem Tabubruch bereits auf individueller Ebene vor.<sup>905</sup>

Die automatisierte Ablehnung der Erwägung eines nuklearen Ersteinsatzes stellt jedoch keine losgelöst existierende Norm dar, sondern fußt auf intersubjektiv geteilten, tieferliegenden Überzeugungen von zivilisierter Staatlichkeit und “gerechter” Kriegsführung: Da schlichtweg keine Verhältnismäßigkeit zwischen den mittels des Einsatzes von Nuklearwaffen möglicherweise erreichbaren militärischen Zielen und der grausamen Vernichtung unzähliger (unschuldiger) Menschen denkbar ist, liegt der Einsatz nuklearer Waffen grundsätzlich außerhalb politisch akzeptabler Optionen. So würde die vernichtete Zivilbevölkerung hier auf ein Mittel der Politik zum Erreichen eines bestimmten Ziels reduziert – ein eindeutiger Verstoß gegen die Menschenwürde.<sup>906</sup> Auch Präsident Truman äußerte, rekurrierend auf das Verbot, Nicht-KombattantInnen zu militärischen Zielen zu erklären und diese anzugreifen, nach den Atombombenabwürfen auf Japan Zweifel, ob diese Waffen aufgrund ihrer Grausamkeit jemals wieder militärisch eingesetzt werden könnten:

“You’ve got to understand that this isn’t a military weapon... It is used to wipe out women and children and unarmed people, and for not military uses. So we have got to treat it differently from rifles and cannon and ordinary things like that.”<sup>907</sup>

### *Nuklearwaffen als Totems der Moderne*

Gegenüber der Ansicht, dass Nuklearbomben tabu sind, ist die Einordnung dieser Waffen als moderne Totems zwar recht selten zu finden, doch ergeben sich auch hier interessante Parallelen. Der heute hauptsächlich in der Ethnologie verwendete Totembegriff bezeichnet ein bestimmtes Tier, eine Pflanze oder einen sonstigen Gegenstand, der von einer Gemeinschaft als Identitätssymbol wahrgenommen und verehrt wird, wobei dem Totem bestimmte menschliche Eigenschaften, wie gefährlich, gefürchtet oder auch freundlich, zugeschrieben werden.<sup>908</sup> Selbstverständlich würden sich US-Amerikaner heute nicht im klassischen Sinne als “Totemgemeinschaft” verstehen, deren geteilte Identität sich in erster Linie aus dem gemeinsamen Totem nuklearer Waffen ableitet. Dennoch zählt das Wissen, BürgerIn der international einflussreichsten Nuklearmacht zu sein, welcher es als erste gelungen ist, diese hochkomplizierten, gefährlichen und doch auch Schutz versprechenden Waffen zu entwickeln, weiterhin zum US-amerikanischen Selbstverständnis. Die bereits

<sup>903</sup> Paul, T. V. 1995: Nuclear Taboo and War Initiation in Regional Conflicts, in: Journal of Conflict Resolution 39:4, S. 696-717, hier S. 704.

<sup>904</sup> Paul, T. V. 2009: The Tradition of Non-Use of Nuclear Weapons, Stanford, S. 27.

<sup>905</sup> Vgl. S. 99 der Arbeit.

<sup>906</sup> Vgl. Rhodes, Richard 1986: Tongues of Fire, in: Rhodes, Richard: The Making of the Atomic Bomb, New York, S. 679-747, hier S. 698.

<sup>907</sup> Zitiert nach: Farrell, Theo/Lambert, Hélène 2001: Courting Controversy: international law, national norms and American nuclear use, in: Review of International Studies 27:3, S. 309-326, hier S. 315.

<sup>908</sup> Vgl. Kubik, Gerhard 2004: Totemismus. Ethnopsychologische Forschungsarbeiten und Interpretationen aus Ost- und Zentralafrika, 1962-2002, Münster, S. 9f.

angesprochene doppelte Schutzwirkung von Nuklearwaffen erinnert zudem an die Funktion eines Totems als *Schutzgott* einer Gemeinschaft. Dementsprechend wird der Schutzgottheit auch regelmäßig gehuldigt:

“As part of the process of maintaining the totem in primitive societies, ‘from time to time festivals are celebrated at which the clansmen represent or imitate the motions and attributes of their totem in ceremonial dances.’ Nuclear war games, nuclear alert exercises and nuclear test explosions are modern versions of totemic ceremonial dances which are meant to help reinforce loyalty to the totem (by making obedience to nuclear orders automatic) and to reinforce the power of the totem (by reinforcing the credibility of conditional threats to use nuclear weapons.”<sup>909</sup>

Dieser Aufzählung wären noch Militärparaden hinzuzufügen, bei denen, wenn nicht die Sprengköpfe selbst, so zumindest potentielle Trägerraketen der Gemeinschaft vorgestellt und von ihr gefeiert werden.

Totems stehen im Zentrum eines Systems von Verhaltensvorschriften und Verboten, an die sich die Mitglieder einer Totemgemeinschaft halten – hier wird die Beziehung zwischen verehrten und gefürchteten Totems und den sie umgebenden Tabus bzw. Tabusystemen erkennbar. Ein nahezu immer mit Totems einhergehendes Tabu ist es, Totemtiere zu töten und zu essen, bzw. Totengegenstände zu benutzen oder auch nur zu berühren.<sup>910</sup> Dies liegt in der Angst begründet, dass sich Totemtiere oder ähnliche Schutzmächte, wie eben auch “nukleare Totems”, einmal entfesselt, als sehr gefährlich erweisen können. Deshalb ist der Zugang zu ihnen – feierliche Prozessionen ausgenommen – extrem beschränkt und zwar sowohl hinsichtlich ihrer Erschaffung, wie auch hinsichtlich ihrer Lagerung, Instandhaltung und Aktivierung: “*Nur die Magier können mit ihm umgehen, ein paar Physiker, die spezialisiertesten Techniker, zwei, drei Politiker. Die übrige Menschheit ist ihm hilflos ausgeliefert...*”<sup>911</sup>

Tatsächlich ist der alltägliche Kontakt zu Nuklearwaffen nur einem sehr kleinen, mit einer besonderen Aura umgebenen Personenkreis möglich: Die hochtalentiertere Physikerelite der Welt entwickelte und baute die ersten Atombomben in völliger Abgeschlossenheit von der Außenwelt, was selbstverständlich militär- und sicherheitspolitischen Erwägungen geschuldet war, ihnen aber dennoch einen mystischen Sonderstatus einbrachte. So wurden die am *Manhattan Project* beteiligten Wissenschaftler aufgrund ihrer überirdisch anmutenden intellektuellen Fähigkeiten auch als “Marsianer” bezeichnet.<sup>912</sup> Die in den *National*

<sup>909</sup> Herring, Eric 1997: Nuclear Totem and Taboo. Or how we learned to stop loving the Bomb and start worrying, Paper presented at the British International Studies Association (BISA) Annual Conference, Leeds, unveröffentlichtes Manuskript, S. 18. Herring zitiert hier Freud, Sigmund 1990 [1956]: Totem und Tabu. Einige Übereinstimmungen im Seelenleben der Wilden und der Neurotiker, Frankfurt am Main, S. 2.

<sup>910</sup> Vgl. Kubik, Gerhard 2004: Totemismus. Ethnopsychologische Forschungsarbeiten und Interpretationen aus Ost- und Zentralafrika, 1962-2002, Münster, S. 9f.

<sup>911</sup> Magnum: Zeitschrift für das moderne Leben, August 1960, Heft 31, S. 16.

<sup>912</sup> Das sog. “*Manhattan Projekt*“ zur Entwicklung der ersten Atombombe wurde von 1943 bis zur “Vollendung“ 1945 vom US-amerikanischen Wissenschaftler Robert Oppenheimer geleitet. Erklärtes Ziel des streng geheimen Projekts war es, der Fertigstellung einer Atombombe durch das nationalsozialistische Deutschland zuvorzukommen. Dementsprechend schlossen sich dem jüdisch stämmigen Oppenheimer auch v.a. hochtalentiertere Kollegen an, die vor dem Faschismus in Europa geflohen waren, wie Leo Szilard, Edward Teller, Eugene Wigner und Enrico Fermi. Albert Einstein war zwar nicht direkt am Projekt beteiligt, hatte sich jedoch 1939 in einem Brief an Präsident Roosevelt gewandt und ihn eindringlich auf die Notwendigkeit eines US-amerikanischen Nuklearprogramms hingewiesen. Der militärische Projektleiter, General Leslie R. Groves, installierte ein rigides Sicherheitsprogramm, das die mit Stacheldraht umzäunte Anlage völlig von der Außenwelt abschirmte

*Laboratories* durchgeführte Forschung zu Nuklearwaffen unterliegt selbstverständlich bis heute strengster militärischer Geheimhaltung.<sup>913</sup> Während für die Lagerung von Nuklearwaffen sehr wenige, in Sondereinheiten organisierte, sich gegenseitig kontrollierende und zudem von speziell ausgebildeten Wachmannschaften beobachtete US-Militärs zuständig sind, liegt die Entscheidung über einen Einsatz von Nuklearwaffen bekanntermaßen allein beim US-Präsidenten. So kommt Herring im Blick auf Totem-Traditionen zu dem Schluss: “*There are clear parallels in the nuclear context, where the high priests nuclear strategists or, in Fred Kaplan’s terms, the ‘wizards of Armageddon’ may approach most closely.*”<sup>914</sup>

Den Zugangsbeschränkungen zu Nuklearwaffen *innerhalb* der “Totem-Gemeinschaft” eines Staates entsprechen die diejenigen auf systemischer Ebene: Nur sehr wenige Staaten sind international legitimiert, Nuklearwaffen zu besitzen.

### *Nukleare Hierarchien: haves und have-nots*

Darauf, dass Tabus auch dazu dienen können, bestimmte Machtstrukturen aufrechtzuerhalten und zu legitimieren, ist bereits im Kapitel zu Tabus hingewiesen worden.<sup>915</sup> Dies gilt auch auf der internationalen Ebene, auf der das nukleare Tabu zur Festigung der Machtansprüche einzelner Staaten beiträgt, wobei diese Zweiteilung – genau wie bei der Unterscheidung in “konventionelle” und “nukleare” Waffen – auch sprachlich fixiert worden ist: Die offiziellen Atomkräfte, also solche Staaten, die mindestens einen erfolgreichen Nukleartest durchgeführt haben, werden als *haves* bezeichnet, nicht-Nuklearmächte als *have-nots*.<sup>916</sup> Neben dieser – aus heutiger Sicht unzureichenden – Zweiteilung der Welt vermittelt die Einordnung in “Besitzende” und “Habenichtse” auch eine soziale Unterscheidung, die impliziert, dass der Besitz von Nuklearwaffen eine höhere Position im internationalen System mit sich bringt. Die Bezeichnung als *have-nots* erscheint damit doppelt irreführend – denn erstens sollte es aus moralischer Sicht erstrebenswerter sein, *keine* Nuklearwaffen zu besitzen und zweitens wird durch die Begriffswahl verschleiert, dass einige der vermeintlichen “Habenichtse” durchaus technisch und finanziell in der Lage wären, innerhalb kürzester Zeit zur Atomkraft “aufzusteigen”, diese Option jedoch aufgrund normativer Erwägungen verworfen haben, so dass ihnen eigentlich Respekt statt sprachlicher Abwertung zustünde.

Zu den *haves*, deren Nuklearwaffenbesitz traditionell anerkannt worden ist, gehören (nur!) die Supermächte des Kalten Krieges, USA und Russland, die Großmächte aus der

---

und die Wissenschaftler von ihren Familien sowie teilweise auch voneinander isolierte – was in Europa harsche Kritik hervorrief, da diese Umstände an Konzentrationslager erinnerten. Vgl. Rhodes, Richard 1986: *Physics and Desert Country*, in: Rhodes, Richard.: *The Making of the Atomic Bomb*, New York, S. 443-485.

<sup>913</sup> Zu den mit Nuklearwaffen befassten *National Laboratories* gehören auch heute noch *Los Alamos* sowie die Forschungszentren *Lawrence Livermore* und *Sandia*, wobei in letzterem lediglich Forschungen zu den nicht-nuklearen Komponenten der Waffen laufen. Selbstverständlich dienen diese Zentren nicht nur der Erforschung von Kernkraft und Nuklearwaffen, sondern zur Entwicklung (militärisch relevanter) technischer Neuerungen auf mehreren Gebieten.

<sup>914</sup> Herring, Eric 1997: *Nuclear Totem and Taboo. Or how we learned to stop loving the Bomb and start worrying*, Paper presented at the British International Studies Association (BISA) Annual Conference, Leeds, unveröffentlichtes Manuskript, S. 17.

<sup>915</sup> Vgl. S. 88 der Arbeit.

<sup>916</sup> Die Unterscheidung stammt noch aus den 1950er Jahren und hat sich bis heute gehalten. Vgl. Knorr, Klaus 1957: *Nuclear Weapons: “Haves“ and “Have-Nots“*, in: *Foreign Affairs* 36:1, S. 167-178, hier S. 167.

Zeit vor dem Kalten Krieg, England und Frankreich, sowie die aufstrebende Großmacht China.<sup>917</sup> Diesen fünf Nationen wird der Status legitimer *haves* jedoch nicht nur deshalb zugesprochen, weil es sich hier um politisch besonders einflussreiche Staaten handelt – so bilden die *haves* gleichzeitig den exklusiven Club der mit einem Vetorecht ausgestatteten fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats – sondern auch, weil sie ihre ersten Nuklearwaffen allesamt *vor* dem 1968 erfolgten Abschluss des internationalen Nichtverbreitungsvertrags (NVV, engl. NPT für *Non-Proliferation Treaty*) entwickelten und deshalb in diesem Vertrag offiziell als Atommächte genannt werden.<sup>918</sup> Verständlicherweise sind diese “nuklearen Hohepriester” wenig daran interessiert, ihre herausragende Stellung und die Exklusivität ihres “nuklearen Clubs” zu gefährden, indem sie ihr Wissen über die Entwicklung nuklearer Waffen teilen: “*The last thing that the other existing nuclear powers want is to expand their exclusive club and thereby diminish their own prestige.*”<sup>919</sup> Ebenso wenig haben diese Staaten ein Interesse daran, Nuklearwaffen als “normale” Waffen darzustellen, deren Besitz nicht mit einem Prestigegewinn gekoppelt wäre – und werden damit zu Hütern des nuklearen Tabus:

“Das nukleare Tabu repräsentiert in diesem Sinne keine repressive, wohl aber eine auf Ungleichheit basierende Herrschaftsordnung. Grundlage dieser Herrschaft ist die Überzeugung, dass Nuklearwaffen nicht nur materielle, sondern gleichsam spirituelle Macht verleihen. Es ist diese Macht, die die Nuklearwaffenstaaten zu ‘Priestern’ der Weltnuklearordnung macht, deren Aufgabe es ist, die zentralen Klassifikationen dieser Ordnung – die Unterscheidung zwischen konventionellen und nuklearen Waffen, dem militärischen und politischen Einsatz, dem legitimen und illegitimen Besitz von Nuklearwaffen, kurz: das nukleare Tabu – aufrechtzuerhalten.”<sup>920</sup>

So ergibt sich eine Wechselwirkung aus den Handlungen bestimmter Akteure, die sozial konstruierte Vorstellungen über Nuklearwaffen (bewusst?) aufrechterhalten einerseits und der Rückwirkung dieser intersubjektiv geteilten Vorstellungen auf das internationale Ansehen dieser Akteure andererseits. Demgegenüber ist der hohe soziale Anreiz, zum “nuklearen Club” gezählt zu werden, *ein* wichtiger Grund für Proliferation bzw. gegen nukleare Abrüstung:

“In realist literature, fear and insecurity are regarded as the primary stimuli of nuclear weapon programs. However, nuclear weapons can also become potent symbols of self-esteem, leading actors that crave higher status (*viz.* India and Iran today) or dread the loss of status (*viz.* France and the UK) to attach exceptional value to them. Once nuclear weapons have been acquired and absorbed into national policies and cultures, they also become part of the national identity. It was recently observed, in connection with the British Government’s decision to replace the Trident system, that ‘possession of nuclear weapons (...) reaffirms and in part constitutes the collectively held identity of Britain as an interventionist, pivotal power.’ Although the Government rested its

<sup>917</sup> Allerdings hat China schon lange vor seinem rasanten wirtschaftlichen Aufstieg Nuklearwaffen entwickelt, nämlich ab 1964. Es gehört damit von einer “Generation“ von Staaten, die noch vor Abschluss des Nichtverbreitungsvertrags nukleare Ambitionen hegten. Anders als alle anderen dieser Staaten stellte China sein Forschungsprogramm jedoch nicht ein.

<sup>918</sup> Wie bereits angeführt besitzen die USA “die Bombe“ seit 1945, Russland zog 1949 nach. 1957 führte Großbritannien einen ersten erfolgreichen Nuklearwaffentest durch, Frankreich tat dies 1960.

<sup>919</sup> Lieven, Anatol/Hulsman, John 2006: *Ethical Realism: A Vision for America’s Role in the World*, New York, S. 156.

<sup>920</sup> Daase, Christopher 2003: Der Anfang vom Ende des nuklearen Tabus. Zur Legitimitätskrise der Weltnuklearordnung, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 10:1, S. 7-41, hier S. 22.



public case for replacement entirely upon a security logic, the desire to sustain the UK's standing as a great power was arguably the stronger motivation.”<sup>921</sup>

Wie auch die Unterscheidung in konventionelle und Massenvernichtungswaffen, ist die Einteilung in *haves* und *have-nots* jedoch teilweise überholt, fallen doch zumindest fünf Staaten – Israel, Indien, Pakistan, Nordkorea und Iran – aus diesem Raster, ohne selbst eine einheitliche Kategorie zu bilden: So werden die Nuklearwaffenprogramme von Israel (das offiziell noch immer geheim ist) und Indien von westlichen Staaten zumindest schweigend geduldet, teilweise sogar unterstützt, da man offensichtlich davon ausgeht, dass diese beiden etablierten und recht stabilen Demokratien sich im Umgang mit Nuklearwaffen verantwortungsvoll verhalten – d.h. das nukleare Tabu während diese Waffentechnik nicht weiterverbreiten und diese Bomben nur im absoluten Notfall einsetzen werden.<sup>922</sup> Von Beginn an auf große internationale Kritik stieß dagegen die Entwicklung der ersten “islamischen Bombe” durch Pakistan 1979, die eindeutig als Antwort auf das indische Nuklearprogramm zu sehen ist.<sup>923</sup> Wie auch Nordkorea, das 2006 einen mehr oder weniger geglückten ersten Nukleartest durchführte, gilt Pakistan als weniger verlässlicher internationaler Partner, zumal die Regierungschefs dieser beiden Länder nicht auf (rein) demokratischen Wegen ins Amt kommen und ihre Macht auch keineswegs gesichert erscheint.<sup>924</sup> Sollte der Iran tatsächlich vorhaben, Nuklearwaffen zu entwickeln und einen erfolgreichen Nukleartest durchführen, wird dieses Land mit Sicherheit zur letzteren Kategorie der “nuklearen Irren” gezählt werden, von denen ein “vernünftiger” Umgang mit ihrem Waffenarsenal nicht zu erwarten ist.<sup>925</sup>

Nicht ganz deckungsgleich mit dieser Einteilung in demokratische und undemokratische *de facto* Nuklearmächte bzw. –aspiranten ist die Einordnung dieser nationalen Nuklearprogramme aus völkerrechtlicher Sicht: Israel, Indien und Pakistan haben den NPT nicht unterzeichnet, was teilweise scharf kritisiert wurde und weiterhin wird, nichtsdestotrotz aber bedeutet, dass sich diese Staaten mit der Entwicklung ihrer Nuklearwaffen keinen Bruch internationalen Rechts haben zu Schulden kommen lassen. Demgegenüber war Nordkorea zunächst Vertragspartei, erschien aber über Jahre hinweg

<sup>921</sup> Walker, William 2009: President-elect Obama and Nuclear Disarmament. Between Elimination and Restraint, in: IFRI Proliferation Papers Winter 2009, S. 19.

<sup>922</sup> Ein Hinweis darauf, dass Israels seit ca. 1967 existierendes Nuklearwaffenprogramm als akzeptiert gilt, ist, dass es in den offiziellen Proliferationsberichten der USA gar nicht mehr aufgeführt wird. Vgl. Müller, Harald 2009: Die Zukunft der nuklearen Ordnung, in: Staak, Michael (Hrsg.): Die Zukunft der nuklearen Ordnung, Bremen, S. 12-25, hier S.19. Die Diskussion darüber, ob demokratische Staaten automatisch die legitimeren *haves* sind, da sie verantwortungsbewusster und rationaler handeln, stellt einen wichtigen Punkt im von mir untersuchten US-amerikanischen Diskurs dar, der sich v.a. an der Frage eines Nuklearabkommens mit Indien (seit 1979 Nuklearmacht) entzündete, vgl. S. 443ff. der Arbeit.

<sup>923</sup> Vgl. hierzu auch Müller, Harald 2009: Die Zukunft der nuklearen Ordnung, in: Staak, Michael (Hrsg.): Die Zukunft der nuklearen Ordnung, Bremen, S. 12-25, hier S. 22.

<sup>924</sup> Der Korrektheit halber sei darauf hingewiesen, dass es in Pakistan nach der Unabhängigkeit zumindest einen Demokratisierungsprozess gab und seit der Absetzung Musharrafs auch wieder in Ansätzen gibt, während solche Tendenzen in Nordkorea leider völlig undenkbar wären.

<sup>925</sup> Das Horrorszenario des unkalkulierbaren, mit Massenvernichtungswaffen hantierenden “nuklearen Irren“ geistert nicht erst seit der Debatte um “Schurkenstaaten“ durch Medien und politische Reden. Vielmehr knüpfte es zunächst an die “marsianischen“ Entwickler der Atombombe an. Die Befürchtung, durchgeknallte Fanatiker könnten eine nukleare Katastrophe auslösen, wurde in den 1960er Jahren in Stanely Kubriks Film “*Dr. Strangelove or: How I Learned to Stop Worrying and Love the Bomb*“ aufgegriffen und einem großen (westlichen) Publikum vor Augen geführt. Heute werden insbesondere Kim Jong Il und Mahmoud Ahmadinejad als “nukleare Irre“ dargestellt, vgl. S. 391ff. der Arbeit.

nicht zu offiziellen Treffen und kündigte 2003 seinen Austritt aus dem Regime an. Iran ist weiterhin Mitglied des NPT und könnte damit der erste Staat sein, der innerhalb des Regimes, dessen Regeln verletzend, Nuklearwaffen entwickelt. Damit ergibt sich das wenig dichotome Bild von fünf legitimen *haves* und 184 *have-nots* sowie drei rechtlich abgesicherten Nuklearmächten, von denen zwei auch moralischen Zuspruch erhalten, eine jedoch nicht und zwei “nuklearen Irren” – wobei unklar ist, ob Nordkorea wirklich die technischen Fähigkeiten besitzt, einsatzfähige Nuklearwaffen (*und* deren Trägersysteme) herzustellen und ob Iran tatsächlich Rechtsbruch begeht bzw. begehen will und ein militärisches Nuklearwaffenprogramm unterhält.

An dieser Aufzählung lässt sich bereits ablesen, dass die *Legalität* eines Nuklearwaffenprogramms nur einen Teil der *Legitimität* eines Nuklearwaffenstaates ausmacht: Neben der Frage, ob die jeweilige Nation ihr Nuklearprogramm vor Unterzeichnung des NPT zum Abschluss brachte oder diesen Vertrag schlicht nicht unterzeichnet hat, spielt v.a. die Frage des rationalen und “verantwortungsbewussten” Umgangs mit Nuklearwaffen eine große Rolle: Staaten, die sich darum bemühen, dass nukleare Tabu zu stärken, d.h. der Proliferation vorbeugen und den Einsatz von Nuklearwaffen allenfalls als letztes Mittel gegen die eigene Vernichtung in Erwägung ziehen, gelten als “*responsible nuclear power*”. Die von Walker beschriebene Kurzformel “*shame in use, glory in possession*” bringt schön zum Ausdruck, dass ein enger Zusammenhang zwischen der Beachtung des *Einsatztabus* und einem als legitim angesehenen *Besitz* dieser Waffen besteht.<sup>926</sup> Dies entspricht, erstens, dem traditionellen Tabubegriff, müssen sich doch diejenigen, die mit Tabuobjekten in Berührung kommen dürfen (Stammesführer, Priester etc.) insbesondere um die Aufrechterhaltung des Tabusystems bemühen. Zweitens knüpft die (Selbst-)Beschreibung als verantwortungsvolle Nuklearmacht an den Diskurs um “zivilisierte” Staatlichkeit an, der uns bereits im Einführungskapitel zur Normtheorie sowie im vorangegangenen Unterkapitel zum Folterverbot begegnet ist:<sup>927</sup>

“...the taboo has also become part of a broader discourse (...), which defines what it means to be a ‘civilized’ member of the international community. One of the requirements for being a ‘civilized’ state is participation in the regulation of warfare which began among European states during the nineteenth century. Along with other requirements, the laws of war helped to define a notion of ‘civilization’ by which Europeans distinguished between those nations who were members of the ‘civilized’ world and those outside, ‘barbarians’ or ‘savages’. Only those capable of complying with the rules were considered members of the community of nations and thus entitled to all its privileges and benefits.”<sup>928</sup>

Für die Einschätzung eines *haves* als “verantwortungsbewusstem Tabuhüter” oder “nukleare Irre” werden von den meisten Staaten der internationalen Gemeinschaft (auch *have-nots*) wie auch im wissenschaftlichen Diskurs v.a. zwei Kriterien herangezogen: die Staatsform und das Alter des Nuklearwaffenprogramms.

Hinsichtlich der Staatsform genießen Demokratien durchweg größeres Vertrauen, als Nicht-Demokratien. Anschließend an die Theorie des Demokratischen Friedens könnte

<sup>926</sup> Walker, William 2010: The absence of a taboo on the possession of nuclear weapons, in: Review of International Studies 36, S. 865-876, S. 869.

<sup>927</sup> Vgl. S. 171 der Arbeit.

<sup>928</sup> Tannenwald, Nina 2007: The Nuclear Taboo: The United States and the Non-Use of Nuclear Weapons Since 1945, Cambridge, S. 46.

dies mit dem Argument begründet werden, dass Regierungen demokratischer Staaten ihrem tendenziell friedliebendem und gewaltaversen Volk gegenüber Rechenschaft ablegen müssen und aufgrund der ablehnenden Haltung ihrer potentiellen WählerInnen eher vor dem Einsatz von Nuklearwaffen zurückschrecken müssten, als ihre mit größeren Handlungsspielräumen ausgestatteten autokratischen KollegInnen.<sup>929</sup> Aus dieser Perspektive erscheint es jedoch überraschend, dass sich immerhin fünf Demokratien solche „*particular monster*“ überhaupt angeschafft haben, zumal sie nicht nur als extrem grausam gelten, sondern Entwicklung und Unterhalt dieser Waffen auch Unsummen an Steuergeldern verschlingen.<sup>930</sup> Müller führt hierfür zwei Begründungen an: Erstens sei es demokratische Regierungen gelungen, ihr Wahlvolk davon überzeugen, dass zumindest der Besitz dieser Waffen zur Abschreckung schrecklicher Feinde unbedingt notwendig sei und zweitens hätten sich die meisten Demokratien bereits Nuklearwaffen zugelegt, *bevor* diese Waffen durch das nukleare Tabu international stigmatisiert worden seien. Daneben weist Frey darauf hin, dass es sich bei der Annahme besonders verantwortungsbewusst handelnder Demokratien auch um eine zweckdienliche Selbstbeweihräucherung handeln könnte:

“The international public and academic discourse on nuclear weapons is headed by countries which are themselves democratic nuclear weapon states. Their self-perceptions as ‘responsible nuclear weapons states’ form an integral normative axiom of the discourse, directing the focus of the nonproliferation debate towards autocratic aspirants. However, the evidence in support of the assumption that autocratic states are more likely to use nuclear weapons, as compared to democracies, is weak.”<sup>931</sup>

Dass im Blick auf das Alter das Nuklearwaffenprogramms “älteren” Nuklearmächten größeres Vertrauen entgegengebracht wird, während “jüngeren” *haves* mögliche irrationale “Fehler” im Umgang mit diesen Waffen zugetraut werden, beschreibt u.a. Herring:

“It is widely believed that the established nuclear powers have been responsible custodians of nuclear weapons, and concern is routinely expressed about the inexperience of states which have recently acquired or sought to acquire nuclear weapons and about the need to educate them in the special way of the nuclear select.”<sup>932</sup>

Auch Beckman et al gehen davon aus, dass *haves* in den ersten 15 bis 20 Jahren nach der Entwicklung “der Bombe” häufiger in Versuchung geraten, diese auch einzusetzen, als es nach diesem Zeitraum der Fall ist – dass sich also die *tradition of non-use*, auf die ich unten

<sup>929</sup> Tatsächlich war die öffentliche Meinung in den USA während der 1950er Jahre ein wichtiger Faktor für den Nicht-Einsatz von Nuklearwaffen, vgl. S. 232 der Arbeit. Für eine exzellente Übersicht über die verschiedenen Stränge der Theorie des Demokratischen Friedens s. Müller, Harald/Wolff, Jonas 2006: Democratic Peace: Many Dara, Little Explanation? in: Geis, Anna/Brock, Lothar/Müller, Harald (Hrsg.): Democratic Wars. Looking at the Dark Side of Democratic Peace, New York, S. 41-73.

<sup>930</sup> Vgl. auch für das Folgende Müller, Harald/Becker, Una 2008: Technology, Nuclear Arms Control, and Democracy: Reflections in the Light of Democratic Peace Theory, in: Evangelista, Matthew/Müller, Harald/Schörning, Niklas: Democracy and Security. Preferences, Norms and Policy-Making, London, S. 102-119, hier S. 106ff. bzw. S. 114.

<sup>931</sup> Frey, Karsten 2006: Nuclear Weapons as Symbols. The Role of Norms in Nuclear Policy Making, in: IBEI Working Papers 3/2006, S. 15, Herv. SoSchi.

<sup>932</sup> Herring, Eric 1997: Nuclear Totem and Taboo. Or how we learned to stop loving the Bomb and start worrying, Paper presented at the British International Studies Association (BISA) Annual Conference, Leeds, unveröffentlichtes Manuskript, S. 17.

noch eingehen würde, nicht nur global gesehen herausbildete, sondern auch jede einzelne Nuklearmacht einen solchen Anpassungsprozess durchmacht.<sup>933</sup>

Trotz dieser all dieser Unterscheidungskriterien für vermeintliche legitimere oder weniger legitimierte *haves* bleibt jedoch festzuhalten, dass sich – bis auf den einmaligen Atombombenabwurf durch eine etablierte Demokratie – bisher alle Nuklearwaffenstaaten unabhängig von ihrer Staatsform und ideologischen Ausrichtung, ihrem Mitgliedsstatus beim NPT-Regime und des Alters ihres Nuklearwaffenprogramms an das nukleare Tabu gehalten und eben nicht als “nukleare Irre” gebärdet haben.<sup>934</sup> Dieser Befund unterstreicht die eingangs zitierte Aussage, dass es sich beim nuklearen Tabu um ein *globales* Phänomen handelt, welches sowohl sämtliche *haves* als auch die hierarchisch unter diesen “nuklearen Hohepriestern” angesiedelten *have-nots* gleichermaßen anzuerkennen scheinen: “By global level I refer to the collective level of the international community. The taboo is a systemic phenomenon.”<sup>935</sup> Dies ist umso erstaunlicher, als das nukleare Tabu rechtlich nie kodifiziert worden ist.

### *Der rechtliche Status von Nuklearwaffen: beinahe völkerrechtswidrig*

*“Just war theory can provide no guidance for those waging nuclear war, except to demand that it not be waged at all...”*<sup>936</sup>

Das nukleare Tabu ist rechtlich nicht kodifiziert, sondern gilt als informelle soziale Norm. Dennoch gibt es völkerrechtliche Ansatzpunkte, die auf die Existenz eines solchen Tabus hinweisen und die sich aus mindestens vier Quellen speisen:<sup>937</sup> der völkerrechtlichen Unterscheidung in Massenvernichtungswaffen und konventionelle Waffen, der Lehre vom Gerechten Krieg, der *Advisory Opinion* des Internationalen Gerichtshofes zu nuklearen Ersteinsätzen und dem bereits mehrfach erwähnten Nichtverbreitungsvertrag.

Die (sozial konstruierte) *Sonderstellung von Massenvernichtungswaffen* und insbesondere von Nuklearwaffen fand bereits in den 1940er Jahren einen völkerrechtlichen Wiederhall, wie die 1948 entwickelte “Standarddefinition” der Vereinten Nationen zeigt:

“Weapons of mass destruction should be defined to include atomic explosive weapons, radioactive material weapons, lethal chemical and biological weapons, and any weapons developed in the future which have characteristics comparable in destructive effect to those of the atomic bomb or other weapons mentioned above.”<sup>938</sup>

<sup>933</sup> Vgl. Beckman, Peter R./Crumlish, Paul W./Dobkowski, Michael N./Lee, Steven P. 2007: Nuclear Weapons, Nuclear States, and Terrorism, Cornwall-on-Hudson, S. 72.

<sup>934</sup> “The taboo has been observed by all nuclear and opaque-nuclear states thus far. Nations with different ideological and political systems and military traditions—the United States, Russia, the United Kingdom, France, China, India, and Israel—have found no occasion to use them, pointing toward the emergence of a global ‘recognition that nuclear weapons are unusable across much of the range of traditional military and political interests’ (Russett 1989, 185).“ Paul, T. V. 1995: Nuclear Taboo and War Initiation in Regional Conflicts, in: Journal of Conflict Resolution 39:4, S. 696-717, hier S. 703.

<sup>935</sup> Tannenwald, Nina 1999: The Nuclear Taboo: The United States and the Normative Basis of Nuclear Non-Use, in: International Organization 53:3, S. 433-468, hier S. 435.

<sup>936</sup> Beckman, Peter R./Crumlish, Paul W./Dobkowski, Michael N./Lee, Steven P. 2007: Nuclear Weapons, Nuclear States, and Terrorism, Cornwall-on-Hudson, S. 309.

<sup>937</sup> Zusätzlich zu den genannten Quellen existieren mehrere Verträge zur nuklearen Abrüstung, zur Einstellung von Nukleartest, zur Überwachung nuklearer Anlagen etc., auf die deren Darstellung hier jedoch nicht zielführend wäre.

<sup>938</sup> Diese Definition stammt von der *UN Commission on Conventional Armaments*, die bereits 1952 aufgelöst wurde. Vgl. Carus, W. Seth 2006: Defining “Weapons of Mass Destruction”, in: Center for the Study of Weapons of Mass Destruction, Occasional Paper 4, S. 3.

Somit hat die zunächst nur wahrgenommene Unterscheidung zwischen Massenvernichtungs- und konventionellen Waffen auch handfeste juristische Konsequenzen, was sich nicht nur in den speziell diesen Waffen gewidmeten Verträgen und Konventionen,<sup>939</sup> sondern auch in der Meinung, diese Waffen seien generell völkerrechtswidrig, spiegelt.

Betrachtet man die althergebrachte ‐Lehre vom Gerechten Krieg‐ und insbesondere das *ius in bello*, also die Art der Kriegsführung,<sup>940</sup> so kann man zu der Ansicht gelangen, dass bereits ein internationales Verbot *des Einsatzes von Nuklearwaffen* besteht, ohne, dass diese Waffengattung in völkerrechtlichen Verträgen explizit genannt werden muss. Einige RechtsexpertInnen vertreten durchaus überzeugend die Ansicht, dass ein Einsatz von Nuklearwaffen nicht nur generell dem in Art. 2 Nr. 4 der UN-Charta festgelegten Gewaltverbot widerspräche, sondern insbesondere auch gegen die völkerrechtlichen Grundsätze des Verbots von Verbrechen gegen die Menschlichkeit,<sup>941</sup> dem Verbot, dem Feind durch die gezielte Tötung von Nicht-KombattantInnen Schaden zu wollen,<sup>942</sup> dem Verbot nicht-diskriminierender Waffen<sup>943</sup> sowie gegen das Gebot, KombattantInnen kein unnötiges Leid zuzufügen, verstieße. Zudem ließen sich die Zerstörung ganzer Städte oder gar Nationen und die unkalkulierbaren Spätfolgen eines Nuklearschlages mit dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit nicht in Einklang bringen:

‐...the aftereffects [eines Nuklearschlages, SoSchi] would clearly violate all key just-war principles, however limited the attack might be: These principles include discrimination or observing noncombatant immunity, proportionality, and reasonable chance of success. The first forbids the use of nuclear weapons against civilian targets; the second restricts retaliatory action proportionate to the harm done by an opponent; and according to the third, for a military action to take place, there should exist a reasonable chance of victory without incurring a high price.‐<sup>944</sup>

Der Ansicht, dass der *Einsatz von Nuklearwaffen* aus völkerrechtlicher Sicht verboten sein müsse, schloss sich der Internationale Gerichtshof (IGH) 1996 in einer *Advisory Opinion* zwar grundsätzlich an<sup>945</sup> – die mit dem Fall befassten RichterInnen konnten aber dennoch keine abschließende Feststellung treffen, dass es *unter allen Umständen* illegal sei,

<sup>939</sup> Neben dem NPT sind dies v.a. die ‐Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen‐ (BWÜ) sowie das als Meilenstein des Völkerrechts gefeierte ‐Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen und über die Vernichtung solcher Waffen‐ (CWÜ).

<sup>940</sup> Zu einem ‐gerechten Krieg‐ (*bellum iustum*) gehört neben der Beachtung des *ius in bello* auch die des *ius ad bellum*, also die Frage, ob der Krieg aus ‐gerechten‐ Gründen begonnen wurde.

<sup>941</sup> Dieses Verbot geht, wie viele weitere genannte, auf die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse zurück. Ausführlich kodifiziert wurde es in Art. 7 des sog. ‐Rom-Status‐, das als Grundlage des Verfahrens des Internationalen Strafgerichtshofs gilt.

<sup>942</sup> Vgl. Fleck, Dieter (Hrsg.) 1994: Handbuch des humanitären Völkerrechts in bewaffneten Konflikten, München, S. 170ff.

<sup>943</sup> Vgl. Fleck, Dieter (Hrsg.) 1994: Handbuch des humanitären Völkerrechts in bewaffneten Konflikten, München, S. 105f.

<sup>944</sup> Paul, T. V. 1995: Nuclear Taboo and War Initiation in Regional Conflicts, in: Journal of Conflict Resolution 39:4, S. 696-717, hier S. 704f.

<sup>945</sup> Die *Advisory Opinion* war bereits 1994 von der UN-Generalversammlung angefragt worden. Die Entscheidung selbst und die Meinungen der einzelnen RichterInnen finden sich online unter: <<http://www.icj-cij.org/docket/index.php?p1=3&p2=4&k=e1&p3=4&case=93>>, rev. 02.02.2012. Für eine ausführliche Interpretation, die auch die Unterschiede der ersten und zweiten Nuklearzeitalters diskutiert, s. Beckman, Peter R./Crumlish, Paul W./Dobkowski, Michael N./Lee, Steven P. 2007: Nuclear Weapons, Nuclear States, and Terrorism, Cornwall-on-Hudson, S. 302-309.

Nuklearwaffen abzuwerfen. Zur Begründung wurden zwei mögliche Ausnahmen angeführt: Erstens sei die Selbstverteidigung nach Art. 51 der UN-Charta (die allerdings ebenfalls den gewohnheitsrechtlichen Prinzipien von Verhältnismäßigkeit und Notwendigkeit unterliegen) ein zweifelsfrei jedem Staat zustehendes Recht – und obwohl ein nuklearer Zweitschlag aufgrund der nachhaltigen Zerstörung und des Eskalationsrisikos in den allermeisten Fällen als unverhältnismäßige Reaktion eingestuft werden müsse, könne nicht kategorisch ausgeschlossen werden, dass ein nuklearer Gegenschlag, wenn er sowohl der Sicherung der weiteren Existenz eines eigenen Staates diene, als auch die genannten Prinzipien wahre, legal sein könnte. Das zweite Argument, demzufolge ein Einsatz von Nuklearwaffen nicht zwangsläufig einen Verstoß gegen das Völkerrecht darstellen müsse, da es deutliche Unterschiede im Destruktivitätspotential von Nuklearwaffen gäbe und auch ein sog. *clean use* mit strahlungs- und *fallout*-armen Bomben in unbesiedelten Gebieten, der ausschließlich gegen militärische Objekte gerichtet wäre, denkbar sei, wurde vom IGH ausgesprochen kritisch gesehen, da selbst in solchen Fällen ein unkalkulierbares Eskalationsrisiko gegeben sei. Dennoch gelangten die RichterInnen nicht zur gemeinsamen Ansicht, dass jeder *clean-use* im Fall der Selbstverteidigung illegal sein müsse. Mit seiner *Advisory Opinion* unterstrich der IGH, dass das nukleare Tabu nur in einem einzigen Fall gebrochen werden dürfe – dem Einsatz der Bombe als *“weapon of last resort”*,<sup>946</sup> wenn ein Staat dies als letzte Chance, das eigene Weiterbestehen zu sichern, sehe.

Interessanterweise kam der IGH zu dem Schluss, dass auch die *nukleare Abschreckung*, wie sie v.a. von den Supermächten des Kalten Krieges praktiziert wurde,<sup>947</sup> nicht mit völkerrechtlichen Prinzipien in Einklang zu bringen sei, obwohl mit dieser Taktik ja weniger zerstört, als Zerstörung vorgebeugt werden soll. Allerdings, so betonten die RichterInnen, müsse Abschreckung einigermaßen glaubhaft sein, um die gewünschte Wirkung zu erzielen – so hätten die Regierungen der *haves* jahrzehntelang die Bevölkerung feindlicher Staaten als Geisel genommen, was, wie oben beschrieben, u.a. dramatische psychologische Auswirkungen hatte.<sup>948</sup>

Im Gegensatz dazu setzt sich der einschlägige völkerrechtliche Vertrag zu Nuklearwaffen, der NPT, nicht mit dem evtl. Einsatz dieser Waffen auseinander, sondern ausschließlich mit der Frage, *welche Staaten Nuklearwaffen legal besitzen dürfen und wie einer Proliferation vorgebeugt werden kann.*<sup>949</sup> Diejenigen Unterzeichnerstaaten, die keine

<sup>946</sup> Tannenwald, Nina 1999: The Nuclear Taboo: The United States and the Normative Basis of Nuclear Non-Use, in: International Organization 53:3, S. 433-468, hier S. 448.

<sup>947</sup> So weist auch Edén aus politikwissenschaftlicher Sicht darauf hin, dass die Drohung mit dem Einsatz von Nuklearwaffen gängige Praxis war und nicht unter den Schutzbereich des Tabus fiel. Vgl. Edén, Lynn 2010: The Contingent Taboo, in: Review of International Studies 36, S. 831-837, hier S. 832.

<sup>948</sup> Vgl. Beckman, Peter R./Crumlish, Paul W./Dobkowski, Michael N./Lee, Steven P. 2007: Nuclear Weapons, Nuclear States, and Terrorism, Cornwall-on-Hudson, S. 311. Die Autoren selbst kommen zu dem interessanten Ergebnis, dass Abschreckung mit dem *ius ad bellum* vereinbar sei, da es sie zur Verhinderung bewaffneter Auseinandersetzung diene, jedoch dem *ius in bello* aus genannten Gründen widerspreche. So hängt die Frage, ob man Abschreckung als völkerrechtswidrig einstuft oder nicht auch davon ab, ob man den Kalten Krieg als “echten“ Krieg einstuft oder nur als Vorstufe hierzu.

<sup>949</sup> Im Vorfeld der Überprüfungskonferenz des Vertrags von 1995, auf der auch beschlossen wurde, den Vertrag zu entfristen (zuvor musste er in regelmäßigen Abständen auf Überprüfungskonferenzen verlängert werden), gaben die fünf *haves* einige Erklärungen ab, wonach sie von einem Einsatz von Nuklearwaffen gegenüber *have-nots*, die den NPT gezeichnet hatten, absehen würden. Diese Erklärungen sind allerdings weder völkerrechtlich bindend, noch stimmten diese Einzelerklärungen mit den Einsatzdoktrinen der *haves* überein. Dementsprechend unklar ist heute, welche diese Zusagen noch Bestand haben.

Nuklearwaffen besitzen, verpflichten sich, auch in Zukunft vom Erwerb oder der Entwicklung solcher Waffen abzusehen. Die bereits aufgezählten unterzeichnenden *haves* verpflichten sich im Gegenzug im recht unpräzise formulierten und bis heute zu heftigem Streit führenden Art. VI dazu

“...to pursue negotiations in good faith on effective measures relating to cessation of the nuclear arms race at an early date and to nuclear disarmament, and on a treaty on general and complete disarmament under strict and effective international control.”<sup>950</sup>

Dieser Artikel weist darauf hin, dass der Besitz von Nuklearwaffen als negativ eingestuft wird (was, wie gesehen, dem mit dem Besitz dieser Waffen verknüpften Prestige zuwiderläuft) und es auch an den *haves* ist, dem nuklearen Tabu im ultimativen Sinne Rechnung zu zollen, indem sie ihre Nukleararsenale sobald wie möglich vernichten.

Wie in diesem Unterkapitel und auch in den vorangegangenen, deutlich geworden sein dürfte, oszilliert der Begriff des nuklearen Tabus zwischen verschiedenen Interpretationsmöglichkeiten: Umfasst das Tabu in erster Linie die *Sonderstellung* von Nuklearwaffen als nicht-konventionelle Waffen, ist primär ihr *Einsatz* tabu oder bezieht sich das Tabu v.a. auf den *Besitz* dieser Waffen? Mit diesen Fragen, wie auch mit der nach der Erklärung des jahrzehntelangen *non-use* haben sich einige PolitikwissenschaftlerInnen auseinandergesetzt, deren Ansichten im folgenden Unterkapitel skizziert werden sollen.

### 5.2.2 Die politikwissenschaftliche Diskussion über das nukleare Tabu

Eine politikwissenschaftliche Diskussion über das nukleare Tabu wird (allerdings mit schwankender Intensität und nur von weniger VertreterInnen des Fachs) bereits seit den 1960er Jahren geführt – und damit während eines Großteils des Existenzzeitraums der Disziplin. Im Zentrum der Auseinandersetzung stehen zwei Fragen: Erstens, ob der *non-use* von Nuklearwaffen durch “objektive” Kosten-Nutzen-Erwägungen, wie sie rationalistische Theorien in den Vordergrund stellen, erklärt werden kann oder ob das von KonstruktivistInnen beschriebene nukleare Tabu hier der entscheidende Faktor ist. Zweitens geht es um die innerkonstruktivistische Auseinandersetzung darüber, was genau das nukleare Tabu beinhaltet – die Sonderstellung von Nuklearwaffen, ein Einsatztabu und/oder ein Besitztabu.

#### *Nuclear Non-Use als Streitfall der IB*

“Who could have believed fifty years ago that a new century would arrive – a new millennium – without any nuclear weapons being fired at a target? (...) Something quite unanticipated happened. Rather, something widely expected didn't happen.”<sup>951</sup>

Obwohl generell anerkannt wird, dass es recht schwierig ist, ein *Nicht-Ereignis* zu erklären, haben sich PolitikwissenschaftlerInnen in Bezug auf das nukleare Tabu mit einem solchen Fall, dem *nuclear non-use* von 1945 bis heute, auseinandergesetzt. Während die konstruktivistische Erklärung hierfür, das nukleare Tabu, bereits ausführlich beschrieben worden ist, sollen im Folgenden die VerfechterInnen einer rationalistischen Logik zu Wort

<sup>950</sup> Vertragstext online unter <<http://www.un.org/en/conf/npt/2005/npttreaty.html>>, rev. 02.02.2012.

<sup>951</sup> Schelling, Thomas C. 2002: Foreword, in: Larsen, Jeffrey A. (Hrsg.): Arms Control and a Changing Environment, Boulder, S. iii, zitiert nach Tannenwald, Nina 2007: The Nuclear Taboo: The United States and the Non-Use of Nuclear Weapons Since 1945, Cambridge. S. 1.

kommen, bevor ich die beiden Ansätze kurz gegeneinander abwäge. Dies ist gerade vor dem Hintergrund des einleitenden Kapitels über verschiedene Normbegriffe angezeigt.<sup>952</sup>

Auf den ersten Blick scheint eine rationale Erklärung des *non-use*, wie sie die Debatte (nicht nur) in den IB bis in die 1990er Jahre hinein dominierte, völlig ausreichend: Akteure, die über den Einsatz von Nuklearwaffen zu entscheiden hätten, müssten diese aufgrund rationaler Kosten-Nutzen-Erwägungen, wie sie jeder vernunftbegabte Entscheidungsträger zur Grundlage seines Handelns mache, aus folgenden, objektiven Gründen ablehnen:<sup>953</sup>

- In nuklearen Dyaden, aber auch Monaden (Stichwort: *self deterrence*) gilt, dass Nuklearwaffen zu zerstörerisch sind, um eingesetzt zu werden.<sup>954</sup> Sie haben einen “*all-or-nothing*” Charakter,<sup>955</sup> so dass sich ihr Einsatz bereits aufgrund ihrer technischen Eigenschaften verbietet;
- die betroffenen feindlichen Gebiete wären zerstört, die Bevölkerung größtenteils tot oder verwundet; die Langzeitfolgen einer Verstrahlung unberechenbar;
- der nukleare *fallout* könnte aufgrund ungünstiger Wetterverhältnisse über dem Territorium alliierter Staaten niedergehen und diese verseuchen;
- In nuklearen Dyaden (also das Szenario klassischer *deterrence*) wäre das Risiko einer Eskalation bis hin zu einem nuklearen Holocaust zu groß;
- deshalb würde Ende einer Eskalationsspirale höchstwahrscheinlich die eigene Vernichtung stehen, ein Sieg in einer solchen Auseinandersetzung sei also *de facto* unmöglich oder zumindest mit unkalkulierbar hohen eigenen Kosten verbunden.

In ein erweitertes Kosten-Nutzen-Kalkül, wie es der Weiterentwicklung rationalistischer Ansätze als Replik auf konstruktivistische Kritik entspricht,<sup>956</sup> wurden auch Reputationskosten als Teil des Kosten-Nutzen-Kalküls einer *self deterrence* einbezogen:

- Alliierte Staaten würden sich abwenden;
- die eigene Bevölkerung würde die Einsatz ablehnen und die einen Nuklearwaffenangriff befehlende Regierung abwählen (falls es nach dem Nuklearkrieg noch Wahlen gäbe).

Aus all den genannten Gründen könne kein Eigeninteresse am Einsatz von Nuklearwaffen bestehen. Die aufgeführten Elemente einer Kosten-Nutzen-Rechnung, die gegen den Einsatz von Nuklearwaffen sprechen, werden von VertreterInnen rationalistischer Theorien mit zwei weiteren Ansätzen der Abschreckungslogik verknüpft:<sup>957</sup> Erfolgreiche

<sup>952</sup> Vgl. Kapitel 2.1.4 der Arbeit.

<sup>953</sup> Vgl. für das Folgende z.B. z.B. Achen, Christopher/Snidal, Duncan 1989: Rational Deterrence Theory and Comparative Case Studies, in: World Politics 41:2, S. 143-169, hier S. 150.

<sup>954</sup> Von einer *nuklearen Dyade* spricht man, wenn sich zwei *haves* gegenseitig abschrecken, von einer *nuklearen Monade*, wenn nur eine der Konfliktparteien Nuklearwaffen besitzt.

<sup>955</sup> Paul, T. V. 1995: Nuclear Taboo and War Initiation in Regional Conflicts, in: Journal of Conflict Resolution 39:4, S. 696-717, hier S. 702.

<sup>956</sup> Vgl. S. 28 der Arbeit.

<sup>957</sup> Vgl. für die folgenden Konzepte Lee, Steven P. 1993: Morality, prudence and nuclear weapons, Cambridge, S. 82-109, eine knappe Darstellung findet sich in: Rajagopalan, Rajesh 1999: Nuclear Strategy and Small Nuclear Forces: The Conceptual Components, in: Strategic Analysis. A Monthly journal of the IDSA, XXIII:7.



Abschreckung beruhe auf zwei Mechanismen, die auf den oben genannten Punkten aufbauen, nämlich der *deterrence by punishment*, die dem Gegner inakzeptabel hohe *Kosten* als Strafe für seine Handlung (sprich, einen nuklearen Angriff) androht, so dass der Gegner diese Handlung aufgrund veränderter Kosten-Nutzen-Kalküle unterlassen wird. Die *deterrence of denial* zielt dagegen darauf, dem Gegner deutlich zu machen, dass der von ihm angestrebte *Nutzen* schlicht nicht erreichbar ist – z.B., da intelligente Raketenabwehrsysteme die Waffen des Gegners abfangen könnten. Ziel beider Abschreckungsmechanismen ist es also, das Kosten-Nutzen-Kalkül des Gegners so zu beeinflussen, dass dieser eine bestimmte Handlung unterlässt, die andernfalls in seinem Interesse gelegen hätte. RationalistInnen gehen davon aus, dass der *nuclear non-use* mit diesem Modell hinreichend erklärbar, die evtl. Existenz eines nuklearen Tabus als Erklärungsfaktor demnach überflüssig sei.

Die meisten VerfechterInnen konstruktivistischer Ansätze widersprechen den oben aufgeführten Eigenschaften von Nuklearwaffen und der Abschreckungslogik nicht.<sup>958</sup> Ihnen geht es also nicht darum, die rationalistischen Ansichten gänzlich durch andere Erklärungen zu ersetzen, sondern vielmehr darum, diese aus konstruktivistischer Sicht zu ergänzen.<sup>959</sup> Dies entspricht insofern konstruktivistischen Grundüberzeugungen, als solche Ansätze (Nicht-)Ereignisse eben nicht kausal, mit dem Verweis auf die entscheidenden Faktoren, erklären möchten, sondern speziell im Bezug auf Normen darauf verweisen, dass diese zwar Handlungsspektren erweitern oder verengen können, niemals jedoch spezifische Handlungen zu 100 Prozent determinieren (zumal dies dem konstruktivistischen Akteursbegriff zuwiderliefe).<sup>960</sup> Im Hinblick auf das nukleare Tabu verweisen die meisten konstruktivistischen Kritiken entweder auf ein empirisches *puzzle* oder auf das theoretische Argument, dass die Abschreckungslogik ohne ein dahinterstehendes nukleares Tabu nicht funktionieren könne.

Ein empirisches *puzzle*, das rationalistische Ansätze nicht zu erklären vermögen, ist, dass *nuclear non-use* selbst in Zeiten praktiziert wurde, in denen eine Abschreckung seitens des Gegners nicht möglich war, da dieser nicht über Nuklearwaffen verfügte – also nicht im Fall nuklearer Dyaden, sondern auch Monaden. Dies trifft zum einen auf die Anfangsphase des Kalten Krieges bis 1949 zu, als die UdSSR noch keine Atombomben besaß, zum anderen stehen diejenigen Situationen während des Kalten Krieges im Fokus, in denen die nuklear bewaffneten Supermächte nuklearen *have-nots* gegenüberstanden, wobei als prominenteste Fälle der Vietnamkrieg der USA und der Sowjetisch-Afghanische Krieg zu nennen sind. Dabei muss – aus rationalistischer Sicht – erstaunen, dass kleinere *have-nots* den bis an die Zähne mit Nuklearbomben bewaffneten Supermächten scheinbar

<sup>958</sup> S. z.B. Paul, Thazha V. 1995: Nuclear Taboo and War Initiation in Regional Conflicts, in: Journal of Conflict Resolution 39:4, S. 696-717, Price, Richard/Tannenwald Nina 1996: Norms and Deterrence: The Nuclear and Chemical Weapons Taboos, in: Katzenstein, Peter (Hrsg.): The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics, S. 114-152, Herring, Eric 1997: Nuclear Totem and Taboo: Or how we learned to Stop loving the Bomb and start worrying, Paper presented at the British International Studies Association (BISA) Annual Conference, Leeds, unveröffentlichtes Manuskript.

<sup>959</sup> Interessanterweise macht Schelling, der sich 1960 – und damit lange vor der Entstehung des IB-Konstruktivismus – erstmals aus politikwissenschaftlicher Sicht mit dem nuklearen Tabu auseinandersetzt, keinen Unterschied zwischen dem Einfluss dieser Norm und rationalistisch anmutenden Erklärungen. Dieser „diskursive Graben“ wurde folglich erst viel später ausgehoben.

<sup>960</sup> Vgl. S. 122 der Arbeit, aber auch Tannenwald, Nina 1999: The Nuclear Taboo: The United States and the Normative Basis of Nuclear Non-Use, in: International Organization 53:3, S. 433-468, hier S. 434.

im Vertrauen darauf, dass diese “die Bombe” nicht einsetzen würden, entgegen traten, sie in ihren Kosten-Nutzen-Kalkulation also offensichtlich nicht zu der Überzeugung kamen, dass es im Konflikt mit einem *have* für sie nichts zu gewinnen gäbe.<sup>961</sup> Ein solches Verhalten erscheine nur im Bewusstsein dessen nachvollziehbar, dass die Nuklearmächte einen Einsatz dieser Waffen als völlig unverhältnismäßig und unmoralischen einschätzen und deshalb von einem solchen Schritt absehen würden. Dabei sei die moralische Unterscheidung zwischen dem Einsatz eines “*nuclear fireball*” und “*napalm to burn a man to death*”,<sup>962</sup> auf der die Entscheidungen der Nuklearmächte basierte, auf das nukleare Tabu zurückzuführen. Spätere konstruktivistische Ansätze verweisen im Hinblick auf diese *self-deterrence* v.a. auf die Wahrnehmung, dass ein Einsatz von Nuklearwaffen der Identität des eigenen Staates zuwiderlaufe: Aus Sicht eines zivilisierten Mitglieds der internationalen Gemeinschaft, welches auch in Kriegssituationen nicht zu barbarischen Mitteln greifen dürfe, sei ein solcher Schritt undenkbar.<sup>963</sup>

Die theoretischen Einwände gegen eine rein rationalistische Erklärung sind zum Teil bereits angeführt worden. So kann aus rationalistischer Sicht nicht erklärt werden, *warum* sämtliche (!) Nuklearwaffen besonders abschreckend wirken, *warum* ihr Einsatz vermutlich eine unkontrollierte Eskalationsspirale auslösen würde und *warum* alliierte Staaten und Öffentlichkeit einen solchen Einsatz schärfstens verurteilen würden.<sup>964</sup> Hinter all diesen Annahmen, die von rationalistischer Seite als bereits gegeben hingestellt werden, steht die besondere Stigmatisierung von Nuklearwaffen, die sich, wie oben bereits angeführt, aus der *Wahrnehmung* ergibt, dass Nuklearwaffen einen Sonderstatus haben. Ihre abschreckende Wirkung bezögen sie demnach nicht nur aus einer vom Gegner rational eingeschätzten Bedrohung, sondern teilweise auch aus einer irrationalen Angst:

“In contrast to the rationalist conception of threat, fear tends to become ‘irrational’ by increasing the threat perception to a disproportionate extent – in contrast to the actual threat level –, often triggering excessive reaction to its source.”<sup>965</sup>

Diese mehr oder weniger “irrationale” Überbewertung von Nuklearwaffen führe auch dazu, dass ihr Einsatz als klarer Tabubruch wahrgenommen würde, was wiederum eine besondere Eskalationsspirale auslösen würde: “*The nuclear taboo turned the first use of nuclear weapons into an incalculable military option.*”<sup>966</sup> Auch die heftige Reaktion von Alliierten und Öffentlichkeit, die als hohe Reputationskosten Beachtung finden, stelle die besondere Empörung auf einen Tabubruch dar. Somit beschreiben konstruktivistische Ansätze das soziale Konstrukt des nuklearen Tabus als *Ausgangspunkt*, vor dessen Hintergrund die von

<sup>961</sup> Paul veröffentlichte dieses Argument, das seitdem vielfach übernommen wurde, erstmals 1995, wobei er noch auf weitere Fälle, wie das Verhalten Chinas im Koreakrieg, das der arabischen Staaten im *Yom Kippur*-Krieg oder das Argentiniens im Falklandkrieg, eingeht. Vgl. Paul, T. V. 1995: Nuclear Taboo and War Initiation in Regional Conflicts, in: *Journal of Conflict Resolution* 39:4, S. 696-717 oder, für eine Zusammenfassung, Daase, Christopher 2003: Der Anfang vom Ende des nuklearen Tabus. Zur Legitimitätskrise der Weltnuklearordnung, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 10:1, S. 7-41, hier S. 14.

<sup>962</sup> Schelling, Thomas 1980 [1960]: *The Strategy of Conflict*, Cambridge, S. 257.

<sup>963</sup> Diese Ansicht wurde insbesondere für die USA zum Dilemma, vgl. S. 236 der Arbeit.

<sup>964</sup> Vgl. S. 221 der Arbeit oder auch Tannenwald, Nina 1999: The Nuclear Taboo: The United States and the Normative Basis of Nuclear Non-Use, in: *International Organization* 53:3, S. 433-468, hier S. 438f.

<sup>965</sup> Frey, Karsten 2006: Nuclear Weapons as Symbols. The Role of Norms in Nuclear Policy Making, in: IBEI Working Papers 3/2006, Barcelona, S. 12.

<sup>966</sup> Frey, Karsten 2006: Nuclear Weapons as Symbols. The Role of Norms in Nuclear Policy Making, in: IBEI Working Papers 3/2006, Barcelona, S. 5, Herv. SoSchi.

rationalistischer Seite angestellten Überlegungen überhaupt erst Gültigkeit erlangen können.

Diese theoretischen Einsichten werden durch den empirischen Befund untermauert, dass es bereits als tabu gilt, die von rationalistischer Seite postulierten Kosten-Nutzen-Rechnungen überhaupt öffentlich anzustellen.<sup>967</sup> Hinzu kommen empirische Belege insbesondere in Form sprachlicher und schriftlicher Äußerungen, die zeigen, dass nicht nur PolitikwissenschaftlerInnen, sondern auch politische PraktikerInnen das Tabu wahrnahmen – teilweise, indem sie seine Wirkung begrüßten, teilweise, indem sie es als ärgerliche Beschränkung des eigenen Handlungsspielraums betrachteten, wie aus den in diesem Kapitel angeführten Zitaten hervorgeht. Dieser *“taboo talk”* beinhaltet wiederum Statements, die eine Kosten-Nutzen-Kalkulation von vornherein ausschließen:

“...one would (...) expect to see non-cost-benefit-type reasoning along the lines of ‘this is simply wrong’ in and of itself (because of who we are, what our values are, ‘we just don’t do things like this,’ ‘because it isn’t done by anyone,’ and so on). This reasoning reflects a ‘logic of appropriateness’ rather than a ‘logic of consequences.’”<sup>968</sup>

Rückblickend muss ein rationalistisches Fazit notwendig anders ausfallen, als ein konstruktivistisches: Aus rationalistischer Sicht hätte sich – unter Verweis auf objektive Gegebenheiten – in jedem Fall eine Abschreckungslogik ergeben müssen, die den *non-use* (kausal) bedingte. Typisch für konstruktivistische Analysen ist dagegen der Befund, dass historische Abläufe kontingent sind – sich also das nukleare Tabu nicht unbedingt hätte entwickeln müssen, sondern die Stigmatisierung dieser Waffen auf einer sozial konstruierten Wahrnehmung beruht, die sich erst Jahre nach den Atombombenabwürfen 1945 (und auch durch Zufälle bedingt) herausbildete und zudem rational durchaus in Frage gestellt werden könnte.<sup>969</sup>

### *Innerkonstruktivistische Unklarheiten: was umfasst das nukleare Tabu?*

Innerhalb des konstruktivistischen “Lagers” wird der Begriff des nuklearen Tabus recht unterschiedlich verwendet, häufig ohne dass dies thematisiert würde (was in Bezug auf andere theoretische Begriffe bereits öfters angemerkt worden ist). Der Begriff “nukleares Tabu” kann drei verschiedene Bedeutungen haben:

In der Debatte um den *nuclear non-use* bezeichnet es das Verbot des *Einsatzes* von Nuklearwaffen, auf den ich nicht erneut eingehen werde, wobei “nukleares Tabu” und “*non-use*” teilweise gleichgesetzt werden: “...the term *taboo* is used in its figurative and loose sense as an unwritten and uncodified prohibitory norm against nuclear use.”<sup>970</sup>

Dies stellt aus meiner Sicht eine ungerechtfertigte Verkürzung des Phänomens dar, da die von Schelling benannte *Sonderstellung* von Nuklearwaffen gar nicht mehr thematisiert

<sup>967</sup> Vgl. z.B. Quester, George H. 2005: If the Nuclear Taboo Gets Broken, in: Naval War College Review 58:2, S. 70-91, hier S. 80.

<sup>968</sup> Tannenwald, Nina 1999: The Nuclear Taboo: The United States and the Normative Basis of Nuclear Non-Use, in: International Organization 53:3, S. 433-468, hier S. 440.

<sup>969</sup> Vgl. S. 226ff. der Arbeit.

<sup>970</sup> Paul, T. V. 1995: Nuclear Taboo and War Initiation in Regional Conflicts, in: Journal of Conflict Resolution 39:4, S. 696-717, hier S. 701. Tannenwald, die ebenfalls davon ausgeht, dass sich das nukleare Tabu v.a. auf den Einsatz dieser Waffen bezieht, präzisiert jedoch: “The *taboo* is not the behavior (of *non-use*) itself but rather the normative believe about the behavior.” Tannenwald, Nina 2007: The Nuclear Taboo: The United States and the Non-Use of Nuclear Weapons Since 1945, Cambridge, S. 10, Herv. i. Org.

wird. Dabei könnte das *nukleare Einsatztabu* ohne die Wahrnehmung von Nuklearwaffen als “andersartig” gar keinen Bestand haben. Die Wahrnehmung, dass Nuklearwaffen als besondere Waffenkategorie tabu sind, ergibt sich wiederum insbesondere aus der ambivalenten Haltung, die wir ihnen entgegen bringen und die die Grundlage aller klassischen Tabus bildet. Dabei wird auch deutlich, dass der “schillernde” Begriff des Tabus wesentlich mehr impliziert, als der einer klassischen Verbotsnorm, wie es ein Einsatzverbot von Nuklearwaffen für sich genommen darstellen würde.

Neben der (Nicht-)Beachtung der Sonderstellung von Nuklearwaffen stellt sich die Frage, ob das nukleare Tabu auch den *Besitz* von Nuklearwaffen umfasst. Für diese These haben sich insbesondere Daase und neuerdings auch Atkinson stark gemacht.<sup>971</sup> So weist Atkinson darauf hin, dass es geradezu “unkonstruktivistisch” sei, sich nur auf einen so materialistischen Akt wie dem Abwurf einer Bombe zu fokussieren. Neben diesem Faktor rückt sie den *immateriellen* Prestige- und Machtgewinn ins Zentrum, welcher den *haves* allein durch den Besitz dieser Waffe zuwächst, ohne, dass mit dem Einsatz von Nuklearwaffen gedroht oder sie gar tatsächlich eingesetzt werden müssten.<sup>972</sup> Daase fokussiert dagegen auf die Analyse komplexer nuklearer Hierarchien zwischen *haves* und *have-nots*, welche oben bereits skizziert worden sind:

“Unter dem ‘nuklearen Tabu’ verstehe ich im Folgenden nicht nur das Einsatz-Verbot von Nuklearwaffen. Auch das Verbot des Besitzes von Nuklearwaffen für Nicht-Nuklearwaffenstaaten und die Erlaubnis des Besitzes für Nuklearwaffenstaaten sind Teil des nuklearen Tabus. Das impliziert, dass Tabus nicht nur isolierte Verbotsnormen sind, sondern vielmehr Verbotssysteme, die durch dichotome Klassifikationen soziale Hierarchien etablieren.”<sup>973</sup>

Wie bereits deutlich geworden ist, schließe ich mich Daases Ansicht, dass Tabu nicht als isolierte Verbotsnormen betrachtet werden sollten, sondern vielmehr hochkomplexe Verbots- aber auch *Gebots*-Systeme darstellen, an.<sup>974</sup> Daases Fokus, der v.a. auf der

<sup>971</sup> Tannenwald, die das nukleare Tabu als “*a de facto non-use norm with a strong moral component*” definiert, stellt zwar eine enge Verbindung zwischen *non-use* und Besitzverbot fest, zählt letzteres jedoch nicht zum Tabu selbst. Vgl. Tannenwald, Nina 2007: *The Nuclear Taboo: The United States and the Non-Use of Nuclear Weapons Since 1945*, Cambridge, S. 334ff., bzw. für das Zitat S. 59, Herv. i. Org.

<sup>972</sup> Vgl. Atkinson, Carol 2010: *Using Nuclear Weapons*, in: *Review of International Studies* 36:4, S. 839-851, hier S. 839ff.

<sup>973</sup> Daase, Christopher 2003: *Der Anfang vom Ende des nuklearen Tabus. Zur Legitimitätskrise der Weltnuklearordnung*, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 10:1, S. 7-41, hier S. 9.

<sup>974</sup> Dementsprechend lehne ich die neuerdings von Paul vertretene Ansicht ab, es handle sich hier a) um eine reine Verbotsnorm, die b) überhaupt kein Tabu, sondern lediglich eine *Tradition* darstelle. Vgl. Paul, T. V. 2009: *The Tradition of Non-Use of Nuclear Weapons*, Stanford, S. 7-9. Aus Pauls Sicht sprechen folgende Argumente gegen die Einordnung dieser Verbotsnorm als Tabu: Erstens sei ein Bruch der Norm nicht strafbar – dem halte ich entgegen, dass sich dieses Tabu, wie seine klassischen Vorläufer, selbst rächen kann und – wem das zu mystisch klingt – die Empörung der Öffentlichkeit und alliierter Staaten auch eine Strafe darstellen würde. Zweitens gelte das Verbot nicht absolut – dies ist richtig, wenn man das Tabu allein auf das Einsatzverbot reduziert. Dagegen wirkt das Tabu sehr wohl in dem Sinne absolut, als es sich auf sämtliche nuklearen Waffen bezieht. Zudem übersieht Paul, dass bereits die frühesten Tabubeschreibungen betonen, dass es bestimmten Personen (Häuptlingen, Priestern...) unter bestimmten Umständen gestattet sein kann, Tabus zu übertreten – man denke nur an das Betreten der für den Rest des Jahres tabuisierten Bucht, in der Cook den Tod fand. Drittens sei das Verbot nicht so stark, wie soziale Tabus (etwa Inzest), zumal sein Bruch Feinden gegenüber immer wieder angedroht wurde. Hierbei übersieht Paul wiederum eine zentrale Komponente jedes Tabus, dass diese nämlich auf dem unterdrückten Wunsch beruhen, sie zu brechen. Diese Ambivalenz führt dazu, dass Tabubrüche immer minimal wünschbar bleiben müssen – auch wenn auf eine Bewusstmachung dieses Wunsches sofort dessen Verdammung folgt. Aus diesen drei Punkten schließt Paul, dass es sich bei einem Tabu nicht um eine formale Rechtsnorm handle, sondern um eine “*informal social norm*“. Hier stimme ich ihm

Entschlüsselung “nuklearer Hierarchien” liegt, teile ich nicht, was jedoch in einem abweichenden Forschungsinteresse, nicht in einer Ablehnung der Thesen Daases, begründet ist.<sup>975</sup> Die Tatsache, dass Tabus auch dazu dienen können, (systemische) Hierarchien zu zementieren, beschäftigt mich, wie oben gesehen, allerdings am Rande auch. So sehe ich das System des (nuklearen) Tabus als Gebilde, das – ausgehend von den innerhalb eines Individuums angelegten ambivalenten Gefühlen bis hin zum internationalen Parkett – alle Ebenen gesellschaftlichen Lebens betrifft und überdies nicht nur politische und völkerrechtliche, sondern im gleichen Maße auch psychologische, soziologische und sogar technische Elemente umfasst. Dieses Tabusystem beinhaltet auf jeden Fall auch die Frage des legitimen Besitzes von Nuklearwaffen – und zwar sowohl im Hinblick auf ein Besitzverbot für erklärte *have-nots* und eine unzweifelhafte Delegitimierung des Nuklearwaffenbesitzes für vermeintliche “nukleare Irre” (deren mediale und politische Überdramatisierung teilweise nur so zu erklären ist), als auch im Hinblick auf das Besitzgebot für alle jene Staaten, die sich innerhalb des internationalen Systems als Großmacht verstehen (oder sich an diesem Status festklammern) wollen und die Daase, wie auch Herring, als “nukleare Hohepriester” beschreiben, welche allein als berechtigt gelten, diese “Totemgegenstände” zu hüten. Selbstverständlich erscheint, dass das Besitzverbot und –gebot sowie die damit verknüpften nuklearen Hierarchien, wie auch das Einsatztabu, auf unserer ambivalenten Haltung gegenüber Nuklearwaffen beruhen, die deren Sonderstellung begründen.

Wie aber ist dieses komplexe normative Gebilde entstanden?

### 5.2.3 Locking nukes in Pandora’s Box: die Entstehung des nuklearen Tabus

*“[T]is development [des nuklearen Tabus, SoSchi] was neither linear nor inevitable; rather, it owes much to the combined workings of contingency and the iterated practice of non-use over time, as well as to self-conscious efforts on the part of some to foster a normative stigma.”<sup>976</sup>*

Anders, als bei den meisten Tabus, liegen die Ursprünge des nuklearen Tabus für uns nicht im Dunkeln.<sup>977</sup> Da die Entwicklung und der erste und einzige Einsatz dieser Waffen

---

vollkommen zu – doch spricht dieser Befund nicht gegen die Einordnung der Norm als Tabu. So stellte, wie oben gesehen, das von Paul selbst immer wieder angeführte Kannibalismus-Tabu bis vor kurzem keinen rechtlich kodifizierten Straftatbestand dar, weil das Tabu dermaßen selbstverständlich schien, dass man lange Zeit davon ausging, es nicht schriftlich fixieren zu müssen. (Davon abgesehen impliziert der von Paul gewählte Alternativbegriff der *Tradition* ebenso wenig eine Verschriftlichung, so ist der Autorin z.B. keine rechtlich kodifizierte Empfehlung zum Aufstellen von Weihnachtsbäumen bekannt).

<sup>975</sup> Daase geht von dem *puzzle* aus, dass die “Weltnuklearordnung” nach der Entfristung des NPT 1995 instabiler, statt, wie erhofft, stabiler geworden ist. Er führt dies darauf zurück, dass zwar die Legalität des Vertrages gesteigert, seine Legitimität jedoch deutlich vermindert wurde, da den *have-nots* mit der Entfristung des Vertrags das Mittel genommen wurde, mit der Drohung einer Nicht-Verlängerung des Vertrags die *haves* in Fragen nuklearer Abrüstung unter Druck zu setzen. Indem sich die *haves* ihren zunächst temporär ausgelegten Sonderstatus scheinbar auf immer und ewig festschreiben ließen, hätten sie einen Teil ihrer Glaubwürdigkeit gegenüber den *have-nots* verspielt.

<sup>976</sup> Price, Richard/Tannenwald, Nina 1996: Norms and Deterrence: The Nuclear and Chemical Weapons Taboo, in: Katzenstein, Peter J. (Hrsg.): The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics, New York, S. 114-152, hier S. 137.

<sup>977</sup> Vgl. Herring, Eric 1997: Nuclear Totem and Taboo. Or how we learned to stop loving the Bomb and start worrying, Paper presented at the British International Studies Association (BISA) Annual Conference, Leeds, unveröffentlichtes Manuskript, S. 15.

weniger als ein Jahrhundert zurückliegen, können wir heute noch recht genau nachvollziehen, wann das nukleare Tabu entstanden ist und wer die treibenden Kräfte hinter dieser Normsetzung waren. Im Folgenden soll ein kurzer Abriss dieser Entwicklung gegeben werden, in dem ich besonderes Augenmerk auf die USA als dem Land lege, in dem die meine Fallstudien verortet sind.<sup>978</sup>

### *Hiroshima und Nagasaki: keine Tabubrüche*

Brachen die USA 1945 ein Tabu, als sie die bedingungslose Kapitulation des demoralisierten Japan mit zwei atomaren Angriffen gegen seine Zivilbevölkerung erzwangen? War Präsident Truman, als er den Einsatzbefehl gab, der Ansicht, unkonventionelle, jeglichen moralischen Grundsätzen zuwiderlaufende Waffen einzusetzen? Die angesichts anderer Gräueltaten des vorausgegangenen Weltkrieges ohnehin schockierte Öffentlichkeit war nach diesem Ereignis noch entsetzter – wo aber blieb die breite Empörung, die man infolge des Überschreitens einer solchen *“bright line”* erwarten würde?

Anscheinend gab es deshalb keine harschen Reaktionen auf einen Tabubruch, weil es zu diesem Zeitpunkt noch kein nukleares Tabu gab – Hiroshima und Nagasaki stellten zunächst nichts anderes dar, als eine *“natürliche”*<sup>979</sup> Fortsetzung der im Zweiten Weltkrieg vermehrt angewandten Strategie der Städtebombardements, nur mit neuen, effektiveren Waffen.<sup>980</sup> Auch die hinter diesen Angriffen stehende *countervalue*-Taktik, die im Gegensatz zu auf militärische Ziele ausgerichteten *counterforce*-Bombardierungen darauf abzielt, den Kampfeswillen des Gegners zu brechen und ihn durch Demoralisierung zur Kapitulation zu bringen, war während des Zweiten Weltkrieges häufig angewandt worden.<sup>981</sup>

“The precedent of atomic use occurred within a context in which the bomb was simply regarded as a more destructive and effective variant of existing weaponry, and its use was a logical extension of the accepted practice of strategic bombing.”<sup>982</sup>

Selbst die Piloten, die die Atombomben über Hiroshima und Nagasaki abwerfen sollten, sahen ihren Auftrag zunächst als einen normalen Kriegseinsatz an – erst beim Anblick der zerstörten Städte begannen sie, die Bedeutung ihrer Tat zu erkennen. So gab Paul Tibbets, der Pilot der *Enola Gay* später zu Protokoll:

“...he said he had no clear idea of the bomb’s potential besides the description that it would explode with the force of 20,000 tons of dynamite, a concept he could only vaguely grasp. He later said of the blast: ‘If Dante had been with us on the plane, he would have been terrified. The city we had seen so clearly in the sunlight a few

<sup>978</sup> Bei den folgenden Ausführungen habe ich – gemäß dem Forschungsinteresse und dem üblichen Umfang einer Dissertation – nur auf die wichtigsten Entwicklungen aufgreifen können. Eines weitaus detaillierteren und spannenden Überblick bietet Tannenwald, Nina 2007: *The Nuclear Taboo: The United States and the Non-Use of Nuclear Weapons Since 1945*, Cambridge, S. 73-361.

<sup>979</sup> Herring, Eric 1997: *Nuclear Totem and Taboo: Or how we learned to Stop loving the Bomb and start worrying*, Paper presented at the British International Studies Association (BISA) Annual Conference, Leeds, unveröffentlichtes Manuskript, S. 15.

<sup>980</sup> Zu Städtebombardements bzw. zum *counter-city-targeting* während des Kalten Krieges siehe ausführlich: Farrell, Theo/Lambert, Hélène 2001: *Courting Controversy: international law, national norms and American nuclear use*, in: *Review of International Studies* 27:3, S. 309-326, hier S. 318ff.

<sup>981</sup> Price, Richard/Tannenwald Nina 1996: *Norms and Deterrence: The Nuclear and Chemical Weapons Taboos*, in: Katzenstein, Peter (Hrsg.): *The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics*, S. 114-152, hier S. 134ff.

<sup>982</sup> Grizewski, Peter: *From winning weapon to destroyer of worlds: the nuclear taboo in international politics*, in: *International Journal* 51:3, S. 397-419, hier S. 401.

minutes before was now an ugly smudge. It had completely disappeared under this awful blanket of smoke and fire.”<sup>983</sup>

Zunächst eher als Ausdruck der Kontinuität denn des Wandels gewertet, wurden Hiroshima und Nagasaki sukzessive zu Präzedenzereignissen. Sie können, im Unterschied zu anderen Tabus, deren Ursprünge häufig im Verborgenen liegen, als grauenvolle Kontrastpunkte gelten, die den Tabuisierungsprozess angestoßen haben. So fragte sich Weinberg: “*Are we witnessing a gradual sanctification of Hiroshima that is, the elevation of the Hiroshima event to the status of a profound mystical event, an event ultimately of the same religious force as Biblical events?*”<sup>984</sup>

Dass sich nach der Zerstörung Hiroshimas und Nagasakis nicht spontan die Überzeugung herausbildete, hier etwas Ungeheuerliches getan zu haben, es jedoch bereits erste Tendenzen einer *non-use* Norm gab, zeigt die Tatsache, dass ab Beginn des Korea-Kriegs der Abwurf mindestens einer weiteren Atombombe geplant wurde – diesen Plänen trat Präsident Truman mit seiner “*post-Hiroshima abhorrence*”<sup>985</sup> jedoch bereits entgegen und sie wurden nach der Kapitulation Japans auch bald hinfällig.<sup>986</sup>

Der Befund, dass von der Entstehung eines nuklearen Tabus erst deutlich nach den ersten Einsetzen dieser Waffen gesprochen werden kann, ist insofern überraschend, als es, erstens, mit der noch aus dem Ersten Weltkrieg stammenden Stigmatisierung von Chemiewaffen eine “Vorläufernorm” gab, auf die Befürworter eines nuklearen Tabus leicht hätten zurückgreifen können<sup>987</sup> und zweitens den am *Manhattan Project* beteiligten Wissenschaftlern – wie bereits das allererste Einleitungszitat andeutete – spätestens nach den ersten Nukleartests klar war, dass sie hier eine ganz besondere und unheilvolle Waffe entwickelt hatten. Diese Bedenken hatten damals jedoch weder Öffentlichkeit noch Politik erreichen können.

Auch mit dem nuklearen Tabu fiel also keine neue Norm “vom Himmel” oder wäre spontan entstanden. Vielmehr bedurfte es einiger der von NormtheoretikerInnen in Modellen der Normentwicklung genannten Faktoren, um die Normentwicklung voranzubringen – allen voran *norm entrepreneurs*, die zu einem neuen *framing* des Umgangs mit nuklearen Waffen beitrugen und deren Erfolg dabei half, zunächst uneinsichtige Politiker und Militärs von außen unter Druck zu setzen, diese Bomben nicht mehr abzuwerfen. Hieraus ergab sich der Anschein einer fortgesetzten Tradition des Nicht-

<sup>983</sup> Bernstein, Adam 2007: Paul Tibbets Jr.; Piloted Plane That Dropped First Atom Bomb, in: WP, 02.11.2007.

<sup>984</sup> Weinberg, Alvin 1985: The Sanctification of Hiroshima, in: Bulletin of the Atomic Scientists, 41:12, S. 34.

<sup>985</sup> Tannenwald, Nina 1999: The Nuclear Taboo: The United States and the Normative Basis of Nuclear Non-Use, in: International Organization 53:3, S. 433-468, hier S. 446.

<sup>986</sup> Price, Richard/Tannenwald Nina 1996: Norms and Deterrence: The Nuclear and Chemical Weapons Taboos, in: Katzenstein, Peter (Hrsg.): The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics, S. 114-152, hier S. 136. *Little Boy* und *Fat Man* sind die Codenamen der beiden Atombomben, die am 06. August 1945 über Hiroshima bzw. am 09. August 1945 über Nagasaki abgeworfen wurde. Interessanterweise war auch unter den japanischen Machthabern nach den Atombombenwürfen keineswegs klar, dass dies unausweichlich die Kapitulation zu bedeuten hätte. Zwar mischte sich nach den Abwürfen erstmals der japanische Kaiser in die Verhandlungen ein und sprach sich für eine Kapitulation aus, doch reagierten einige *Hardliner* innerhalb des Militärs dieser Ansicht gegenüber mit Ablehnung und sogar mit einem Mordkomplott gegenüber dem *Tenno*. Dieser schlug allerdings fehl, so dass die Kapitulation Japans (erst) am 02. September 1945 erfolgte.

<sup>987</sup> Vgl. Price, Richard M. 1997: The Chemical Weapons Taboo, Ithaca, S. 1.

Einsatzes von Nuklearwaffen, die das Tabu immer weiter stärkte – nicht zuletzt jedoch auf historischen Zufällen beruhte.

### *Norm entrepreneurs der ersten Stunde: der Präsident und die Physiker*

“Herr Präsident, an meinen Händen klebt Blut.”<sup>988</sup>

Mit den ungeheuren Folgen der von ihnen vorangetriebenen technischen Entwicklung konfrontiert, wurden einige der Wissenschaftler des *Manhattan Projects* zu *norm entrepreneurs* der ersten Stunde.<sup>989</sup> Albert Einstein und Leo Szilard hatten schon vor den Abwürfen über Japan bereit, Roosevelt vom Atombombenprojekt der Nazis berichtet und ihn zur Aufnahme eigener Forschungen gedrängt zu haben. Ihren eindringlichen Warnungen vor dem Einsatz der neuen Bomben schlossen sich (weitere) Wissenschaftler aus *Los Alamos*, wie z.B. Eugene Wigner, an, da auch sie befürchteten, ein solcher Schritt würde “[open] the door to an era of devastation of an unimaginable scale” und eine “flagrant violation of our own moral standards” darstellen.<sup>990</sup> Die moralische Schuld, die die Konstrukteure der ersten Atombomben empfanden, bezogen sie nicht nur auf sich individuell, sondern sogar auf ihre gesamte Disziplin:

“In einem elementaren Sinn, der durch keine Banalisierung, keinen Humor und keine Übertreibung völlig zunichte gemacht werden kann, haben die Physiker die Sünde kennengelernt; und dies ist eine Erkenntnis, die sie nicht verlieren können.”<sup>991</sup>

Um die Vergrößerung der eigenen Schuld zu verhindern, wurden einige der “Väter” der Atombombe politisch aktiv.<sup>992</sup> So setzen sich neben J. Robert Oppenheimer auch Leo Szilard und Niels Bohr lautstark für die Schaffung einer internationalen Kontrollbehörde ein, die der Ausweitung des Besitzes von Nuklearwaffen von vornherein entgegenwirken sollte. Schon damals warnten sie in einer Reihe von Memoranden davor, dass diese Waffe in die falschen Hände geraten könne. Auch der Baruch-Plan, der die Unterstellung sämtlicher nuklearer Aktivitäten unter eine von der UN überwachte internationale Kontrollinstanz vorsah und 1945 von den USA in UN-Foren eingebracht wurde, ging maßgeblich auf Vorschläge Bohrs zurück. Seit dem Wechsel der Regierung in den USA 1953 wurde den politischen Ambitionen der Wissenschaftler allerdings weniger Verständnis entgegengebracht: Als Oppenheimer sich zu Beginn der 1950er Jahre nachdrücklich gegen den Bau der Wasserstoffbombe wandte, wurde er als “Sicherheitsrisiko” eingestuft und möglichst mundtot zu machen versucht.<sup>993</sup>

<sup>988</sup> Oppenheimer in einem Gespräch mit Truman, zitiert in Shattuck, Roger 2000: *Tabu. Eine Kulturgeschichte des verbotenen Wissens*, München, S. 217.

<sup>989</sup> Dies gilt jedoch nicht für alle am Bau der Bombe beteiligten Wissenschaftler: Edward Teller setzte seine Forschungen an Nuklearwaffen – teil aufgrund seiner Abneigung gegenüber der UdSSR, teils aufgrund seiner Überzeugung, dass sich technischer Fortschritt ohnehin nicht aufhalten ließe – fort und wurde einer der Konstrukteure der Wasserstoffbombe. Ernest Lawrence hob kurz nach dem Abwurf auf Hiroshima stolz seinen Beitrag zum Bau der Bombe sowie seine Befürwortung des Einsatzes bevor, auch, weil er in der Vernichtungskraft der Atombombe bereits ein Mittel sah, Kriege zukünftig zu verhindern.

<sup>990</sup> Rhodes, Richard 1986: *Epilogue*, in: Rhodes, Richard: *The Making of the Atomic Bomb*, New York, S. 749-788, hier S. 750.

<sup>991</sup> Oppenheimer in einer Rede zum zweiten Jahrestag der Atombombenabwürfe, zitiert in Shattuck, Roger 2000: *Tabu. Eine Kulturgeschichte des verbotenen Wissens*, München, S. 216.

<sup>992</sup> Vgl. auch für das Folgende Paul, T. V. 2009: *The Tradition of Non-Use of Nuclear Weapons*, Stanford, S. 32.

<sup>993</sup> Vgl. Shattuck, Roger 2000: *Tabu. Eine Kulturgeschichte des verbotenen Wissens*, München, S. 217.



Zunächst fanden die Wissenschaftler jedoch Zuspruch bei Präsident Truman, der seit den von ihm befohlenen Einsetzen versuchte, einen weiteren Abwurf von Atombomben unter allen Umständen zu verhindern und damit die allererste Zeitspanne des *nuclear non-use* einläutete,<sup>994</sup> obwohl auch Truman den Ausbau des US-Nuklearpotentials forderte und förderte, obwohl er der erste und vermutlich für lange Zeit letzte US-Präsident war, der bei einem Atomschlag nicht mit einem nuklearen Gegenschlag rechnen musste und obwohl die ersten Krisen des sich abzeichnenden Kalten Krieges (wie die Berlinblockade, die Machtübernahme Mao Ze Dongs oder der beginnende Koreakrieg), in dem die USA überdies zunächst konventionell unterlegen waren, einen solchen Einsatz hätten vermuten lassen können: *“By July 1948, Truman warned that the weapon he had once called the ‘greatest thing in history’, ‘isn’t a military weapon... it is used to wipe out women and children.’”*<sup>995</sup> So wirkte Truman maßgeblich mit, mithilfe des Kongresses eine zivile Kontrolle über alle Nukleararsenale zu etablieren.<sup>996</sup> In seiner Abschiedsrede 1953 zeigte sich Truman überzeugt, dass *“starting an atomic war is totally unthinkable for rational man.”*<sup>997</sup>

Rückblickend erweist sich die persönliche Einstellung Präsident Trumans somit als erster Glücksfall für die Entwicklung des nuklearen Tabus – hätte Eisenhower damals bereits die Möglichkeit gehabt, den “roten Knopf” zu drücken, wäre es vielleicht nie entstanden.<sup>998</sup>

### *Weitere norm entrepreneurs: die UN und die Öffentlichkeit*

Auf internationaler Ebene sahen es die neugegründeten UN als eine ihrer ersten Aufgaben an, sich mit den neuen Waffen auseinanderzusetzen: Die am 24. Januar 1946 einstimmig verabschiedete, erste Resolution der UN-Generalversammlung wies auf die Dringlichkeit der Kontrolle der Atomenergie hin und benannte das Ziel, sicherzustellen, dass diese ausschließlich zu friedlichen Zwecken verwendet werden dürfe.<sup>999</sup> Die USA hatten, gemeinsam mit einigen anderen Vetomächten, den Entwurf eingebracht. Bereits erwähnt wurde die Ausformulierung und Verbreitung des Begriffs “Massenvernichtungswaffen” durch die UN, die auch zum Ziel hatte, diese Waffen sprachlich als etwas Besonderes hinzustellen und zu stigmatisieren.<sup>1000</sup> Zudem wurde beschlossen, ein erstes Unterkomitee der Generalversammlung einzurichten, das sich ausschließlich mit den Themen Abrüstung und internationale Sicherheit auseinandersetzen sollte (und in dessen Rahmen später der NPT verhandelt wurde). Neben zahlreichen weiteren Spezialkommissionen zum Themenbereich nukleare Abrüstung wurde 1957 schließlich auch die Internationale

<sup>994</sup> Vgl. Price, Richard/Tannenwald, Nina 1996: Norms and Deterrence: The Nuclear and Chemical Weapons Taboo, in: Katzenstein, Peter J. (Hrsg.): The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics, New York, S. 114-152, hier S. 137.

<sup>995</sup> Grizewski, Peter: From winning weapon to destroyer of worlds: the nuclear taboo in international politics, in: International Journal 51:3, S. 397-419, hier S. 403.

<sup>996</sup> Vgl. Farrell, Theo/Lambert, Hélène 2001: Courting Controversy: international law, national norms and American nuclear use, in: Review of International Studies 27:3, S. 309-326, hier S. 315.

<sup>997</sup> Zitiert nach Grizewski, Peter: From winning weapon to destroyer of worlds: the nuclear taboo in international politics, in: International Journal 51:3, S. 397-419, hier S. 406.

<sup>998</sup> Vgl. Price, Richard/Tannenwald, Nina 1996: Norms and Deterrence: The Nuclear and Chemical Weapons Taboo, in: Katzenstein, Peter J. (Hrsg.): The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics, New York, S. 114-152, hier S. 137.

<sup>999</sup> Resolution der Generalversammlung A/RES/1(1) vom 24. Januar 1946: Establishment Of a Commission to Deal With the Problem Raised By the Discovery of Atomic Energy.

<sup>1000</sup> Vgl. S. 216 der Arbeit.

Atomenergiebehörde (IAEA für engl. *International Atomic Energy Agency*) ins Leben gerufen, die dem weit verbreiteten Wunsch entsprach, der unkontrollierten Ausweitung dieser Technologie und insbesondere deren militärischer Nutzung entgegenzuwirken.<sup>1001</sup> Eine wichtige Rolle innerhalb der UN sollte im Verlauf des Kalten Krieges dem *Non-Aligned-Movement* zufallen, dessen Mitglieder immer wieder wichtige Abrüstungsverträge voranbrachten und mit der vertraglichen Festlegung der ersten nuklearwaffenfreien Zonen (NWFZs) mit gutem Beispiel vorangingen.<sup>1002</sup>

Wie erfolgreich die Bemühungen der UN waren, ein internationales Bewusstsein für die nukleare Gefahr zu schaffen und diese Waffen zu stigmatisieren, zeigt die Tatsache, dass die USA bereits zu Beginn der 1950er Jahre darum bemüht waren, ihr Image keinesfalls durch die Weiterentwicklung der Nukleartechnik zu gefährden:

“By the early 1950s, international unease over nuclear weapons had become so significant that top United States officials worried that it would nullify the very purpose which the weapons were intended to serve. All open discussion of the H-bomb programme was prohibited and additional guidelines were issued to ensure that statements concerning atomic weapons would not create fear that ‘the U.S. would act recklessly with the bomb’. (...) By the time the first thermonuclear device was detonated in November 1952, a discernable consensus was forming around the notion that use of nuclear weapons was indeed ‘taboo’ in all but the most extreme circumstances.”<sup>1003</sup>

Deutlich wird anhand dieses Zitats ein beginnendes Tabu, über die Möglichkeit des Einsatzes solcher Waffen, bzw. deren Weiterentwicklung, überhaupt zu sprechen – auch, wenn die an H-Bomben Programm Beteiligten keineswegs von der Richtigkeit dieser Norm überzeugt waren. Gleichzeitig liegen hier auch die Anfänge der Selbstbeschreibung der USA als eine Atommacht, die “vernünftig” mit ihrem Nuklearpotential umgeht.<sup>1004</sup> Diese Interpretation sollte nicht nur zur Beruhigung der internationalen Gemeinschaft, sondern auch der eigenen Bevölkerung dienen, die sich immer besorgter zeigte.

Die Öffentlichkeit in den USA hatte, wie bereits angedeutet, die Zerstörung Hiroshimas und Nagasakis zunächst keineswegs als Tabubruch empfunden, sondern sich über das durch diese Waffen ermöglichte, rasche Ende des Pazifikkriegs eher erleichtert gezeigt – Meinungsumfragen zufolge teilten diese Position mehr als 80 Prozent der AmerikanerInnen.<sup>1005</sup> Erste Tendenzen, die Atombombenabwürfe als ganz besonders grausame Ereignisse einzustufen, setzen erst Ende der 1940er/Anfang der 1950er Jahre in der zur Normalität zurückkehrenden Öffentlichkeit ein:

“Peace gradually shifted the ‘moral context’ in which such actions were evaluated; and as details from Hiroshima and Nagasaki accumulated, public support for the bomb was increasingly tempered by a sense of revulsion over its effects in physical and

<sup>1001</sup> Vgl. Tannenwald, Nina 1999: The Nuclear Taboo: The United States and the Normative Basis of Nuclear Non-Use, in: *International Organization* 53:3, S. 433-468, hier S. 436.

<sup>1002</sup> Vgl. Paul, T. V. 2009: *The Tradition of Non-Use of Nuclear Weapons*, Stanford, S. 34.

<sup>1003</sup> Grizewski, Peter: From winning weapon to destroyer of worlds: the nuclear taboo in international politics, in: *International Journal* 51:3, S. 397-419, hier S. 404f.

<sup>1004</sup> Diesem Konzept einer *responsible nuclear power* kam im Erosionsprozess eine wichtige Rolle zu S. 443ff. der Arbeit.

<sup>1005</sup> Quester, George H. 2005: If The Nuclear Taboo Gets Broken, in: *Naval College Review* 58:2, S. 71-91, hier S. 80.

human terms. An image of the atomic bomb as a weapon of horror gradually gained ground...<sup>1006</sup>

Grizewski spielt hier einerseits darauf an, dass nicht nur die US-amerikanische Öffentlichkeit nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges mit unfassbaren Horrormeldungen, nicht zuletzt von schrecklich hohen Verlusten der eigenen Streitkräfte während der Landung in der Normandie und von ersten Berichten und Bildern aus befreiten Konzentrationslagern, dermaßen überflutet wurde, dass es einigen Abstands bedurfte, um den ebenfalls schrecklichen Bilder aus den zerstörten japanischen Städten die gebotene Aufmerksamkeit zukommen zu lassen. Andererseits waren die Kenntnis von teilweise vollständig *verdampften* 150.000 Toten, die Bilder der beiden innerhalb kürzester Zeit *ausgelöschten* Städten, vor unerträglichem Schmerz und Entsetzen verzerrten Gesichtern und durch Brandwunden bis zur Unkenntlichkeit entstellten Körpern so schrecklich, dass sie sich nachdrücklich in das Gedächtnis der weltweiten Öffentlichkeit einbrannten.

Ein uneinheitliches Bild bezüglich der evtl. Sonderstellung von Nuklearwaffen zeigte sich innerhalb des US-Militärs: Einige Militärplaner hatten die Besonderheiten der Bombe von Beginn an herausgehoben und von weiteren Abwürfen abgeraten; insbesondere der berühmt gewordene Satz Bernard Brodies, dem geistigen Vater der Abschreckungstheorie, dass es von nun an viel wichtiger sei, Kriege zu verhindern, als Kriege zu gewinnen, spiegelt diese Einstellung wieder.<sup>1007</sup> Dagegen versuchten andere Militärs, diese Bemühungen zu unterlaufen, indem sie für eine Beibehaltung der Ansicht warben, dass es sich bei den neuen Waffen lediglich um eine "normale" Fortentwicklung bestehender Technologien handele, die ohne Bedenken eingesetzt werden könne. Für sie hatte gerade der Ausgang des Weltkrieges das Potential der Atomwaffen offenbart, erfolgreich gegen Feinde vorzugehen. So gab es z.B. innerhalb der *Air Force*, der es oblag, die Bomben an ihren Bestimmungsort zu bringen, weder moralische noch strategische Bedenken, ließen sich die Waffen doch problemlos in bestehende Pläne integrieren – und durch die technisch mögliche Reduktion ihrer Radioaktivität könnten sie wie konventionelle Bomben behandelt werden.<sup>1008</sup> Grizewski ist überzeugt, dass diese ersten Bemühungen zur Konventionalisierung von Nuklearwaffen, die ab der Amtsübernahme durch Präsident Eisenhower nicht mehr nur innerhalb des Militärs, sondern von der US-Regierung verfolgt wurden,<sup>1009</sup> jedoch den gegenteiligen Effekt hatten:

"Efforts during the 1950s to render nuclear weapons more 'usable' produced the opposite effect – strengthening anti-nuclear sentiment internationally and triggering the first signs of serious domestic concern over the dangers posed by the bomb. Most importantly, nuclear arms had not been used in spite of clear temptations to do so – a fact which doubtless strengthened the taboo simply by establishing the 'practice' of non-use in a number of concrete situations and by extending the force of sheer habit."

Einmal mehr war bei der beginnenden Verfestigung des Tabus also der Zufall im Spiel – ein Prozess, der an den im Kapitel zur Entstehung von Normen beschriebenen Prozess einer unbeabsichtigten Normentstehung, ohne äußere Absicht, erinnert: Aus der Tatsache,

<sup>1006</sup> Grizewski, Peter: From winning weapon to destroyer of worlds: the nuclear taboo in international politics, in: *International Journal* 51:3, S. 397-419, hier S. 401.

<sup>1007</sup> Vgl. Paul, T. V. 2009: *The Tradition of Non-Use of Nuclear Weapons*, Stanford, S. 34.

<sup>1008</sup> Zu Einstellungen der *Air Force* s. Cillessen, Bret J. 1998: *Embracing the Bomb: Ethics, Morality, and Nuclear Deterrence in the U.S. Air Force, 1945-55*, in: *Journal of Strategic Studies* 21:1, S. 96-134.

<sup>1009</sup> Vgl. S. 233 der Arbeit.

dass ein Akteur immer wieder das gleiche Verhaltensmuster zeigt, leiten andere Akteure eine *Erwartungshaltung* ab – unabhängig davon, ob sie meinen, dass der handelnde Akteure von der Richtigkeit seines Verhaltens überzeugt ist, oder nicht. Diese Erwartungshaltung verfestigt sich nach und nach zu einer Norm – ein Phänomen, das in der Debatte über das nukleare Tabu häufig als *“tradition of non-use”* bezeichnet wird.

### Steigende Hemmschwellen des Kalten Krieges

*“Das Muster, das ich selber gab, verdammt mich.”<sup>1010</sup>*

*“Every forgone opportunity to use the bomb made subsequent decision to cross this threshold more difficult.”<sup>1011</sup>*

Auch im weiteren Verlauf des Kalten Krieges, während dem zahlreiche Krisen *beinahe* zum Einsatz von Nuklearwaffen geführt hätten, wurde die Tradition des *non-use* oft durch schieres Glück fortgeschrieben – verfestigte sich (von außen gesehen) aber zusehends:<sup>1012</sup>

“The fact that the nuclear taboo is not violated decade after decade, that nuclear weapons are not used again in anger, arguably strengthens the taboo, but there are also a few ways in which that state of affairs may endanger it. The reinforcement comes simply from the general sense that such an act must be unthinkable because no one has initiated one for so long; it is in this sense that ‘customary international law’ is held to be settling into place by which the abstinence of other states presses our own state to abstain.”<sup>1013</sup>

So schrieben Präsident Eisenhower und sein Außenminister John Foster Dulles die unter Truman begonnene Tradition des *non-use* fort, obwohl sie im Koreakrieg wohl gerne auf Atombomben zurückgegriffen hätten:

“Official deliberations throughout the Korean War raised several obstacles to nuclear use: limited stockpile size, concerns over weapon reliability and effectiveness, and absence of suitable targets, and the prospect of escalation to general war. Just as important, if not more so, were worries over the impact on international opinion. According to one official, while the military results of atomic bombardment would be identical to those attained by conventional weapons, ‘the effects on world opinion would be far different.’ The atomic bomb was ‘a particular monster conceived by American cunning’ and its use threatened to alienate Asia, isolate the United States

<sup>1010</sup> Elisabeth I. in: Schiller, Friedrich 1800: Maria Stuart, vierter Akt, zehnter Auftritt.

<sup>1011</sup> Krepon, Michael 2009: Better Safe Than Sorry: The Ironies of Living With the Bomb, Stanford, S. 91.

<sup>1012</sup> Beckman et al sprechen von insgesamt 11 *“occasions when the top leadership of a nation actively considered using nuclear weapons.”* Beckman, Peter R./Crumlish, Paul W./Dobkowski, Michael N./Lee, Steven P. 2007: Nuclear Weapons, Nuclear States, and Terrorism, Cornwall-on-Hudson, S. 62, Herv. i. Org. Davon gehen – wie fast zu erwarten – fünf Situationen auf das *“Konto”* Eisenhowers (1. im Koreakrieg, 2. im Vietnamkrieg, um eine französische Niederlage abzuwenden, 3. im Vietnamkrieg bei Kriegseintritt Chinas, 4. bei der Quemoy-Krise 1954/1955 und 5. bei der Quemoy-Krise 1958) und immerhin drei auf das Kennedys (6. in der Berlinkrise 1961, 7. bei der Kubakrise 1962, falls von Kuba eine Rakete der UdSSR abgeschossen worden wäre und 8. gegen das laufende Nuklearprogramm Chinas, wobei er sich mit der Führung der UdSSR über einen evtl. Nuklearschlag verständigte). In Folge erwogen auch Johnson und Brezhnev einen Angriff auf Chinas Nuklearprogramm (Situationen 9 (1964) und 10 (1969)). Die elfte und letzte Situation, ein evtl. Nuklearschlag Israels im *Yom Kippur*-Krieg 1973, wurde auch mithilfe der USA verhindert (vgl. S. 237 der Arbeit). Die Autoren verweisen darauf, dass diese Situationen angesichts der nahezu permanent angespannten Weltlage von 1945 bis heute sehr rar seien und dass die Diskussionen niemals so ernsthaft wurden, dass ein/e StaatschefIn kurz davor gewesen sei, den *“roten Knopf”* zu drücken. Zudem unterstreichen sie, dass *“ältere”* *“haves”* immer seltener den Einsatz von Nuklearwaffen in Erwägung ziehen.

<sup>1013</sup> Quester, George H. 2005: If the Nuclear Taboo Gets Broken, in: Naval War College Review 58:2, S. 70-91, hier S. 80.

from its European allies, break up the United Nations coalition, and perhaps even result in the disintegration of the United Nations itself.”<sup>1014</sup>

Dementsprechend nahmen Eisenhower und Dulles das entstehende nukleare Tabu – normtheoretisch korrekt – in erster Linie als Einengung US-amerikanischer außenpolitischer Handlungsoptionen wahr: Sie hielten sich nicht aus eigener Überzeugung an die Norm, sondern nur instrumentell aufgrund äußerer Zwänge – die Norm wirkte also in den höchsten US-Regierungskreisen (noch) regulativ, nicht konstitutiv.<sup>1015</sup> In den Modellen der Normentwicklung dagegen nicht vorgesehen ist die Reaktion der beiden auf die im Entstehen begriffene Norm (zugegeben gehen die prominenten Modelle der Normentwicklung von bereits existierenden und international anerkannten Normen aus): Anstatt sich weiterhin anzupassen und die neue Norm irgendwann resigniert zu akzeptieren, vielleicht sogar zu internalisieren, versuchten sie – als aktiv gegen eine sich verfestigende Struktur ankämpfende Akteure! – deren Entstehung die Grundlage zu entziehen, wie es unter Truman bereits einige Militärs innerhalb der *Air Force* getan hatten. Beide waren davon überzeugt, dass das nukleare Tabu auf einer *“false distinction”* zwischen konventionellen und Nuklearwaffen beruhe. So betonte Eisenhower öffentlich, er *“saw no reason why they shouldn’t be used just exactly as you would use a bullet or anything else.”*<sup>1016</sup> Dulles zog daraus gegenüber seinen Mitarbeitern den Schluss: *“Somehow or other we must manage to remove the taboo from the use of these weapons.”*<sup>1017</sup>

Der Sonderstatus von Nuklearwaffen sollte mittels *conventionalization* auf drei Wegen aufgehoben werden: Erstens scheinen Eisenhower und Dulles bereits die Wahrnehmungen konstruierende Macht der Sprache erkannt und bewusst genutzt zu haben, denn sie setzen sich dafür ein, Nuklearwaffen im politischen Diskurs so zu behandeln, als handele es sich um konventionelle Waffen. Vertreter militärischer und politischer Eliten sollten gezielt die Gemeinsamkeiten, nicht die Unterschiede, dieser Waffengattungen herausstellen, um das *“moral problem in the inhibitions on the use of the A-Bomb”* abzuschwächen.<sup>1018</sup> Zweitens sollte durch die Entwicklung kleinerer, taktischer Atombomben mit dem Ziel, diese gegen militärische Ziele einzusetzen, die Einsatzfähigkeit von Atombomben erhöht sowie das Argument gestärkt werden, eine diskriminierende Verwendung ohne Folgekontamination sei sehr wohl möglich, die Waffen müssten folglich nicht zwangsläufig inhuman sein. Atombomben sollten – drittens – ohne Sonderstatus in die Militärplanung integriert und mögliche Einsatzoptionen in Konfliktfällen ohne Rücksicht auf als irrational erachtete Barrieren uneingeschränkt erwogen werden.

Doch Schranken fallen nicht zwangsläufig dadurch, dass man beschließt, sie zu ignorieren und gerade gedankliche sowie unsichtbare sind, wie Schelling feststellt, noch

<sup>1014</sup> Grizewski, Peter: From winning weapon to destroyer of worlds: the nuclear taboo in international politics, in: *International Journal* 51:3, S. 397-419, S. 405. Interessant ist bei diesem Zitat der Verweis auf die sehr ähnlichen Folgen konventioneller und nuklearer Kriegsführung, der die Irrationalität des Tabus unterstreicht.

<sup>1015</sup> Vgl. für dieses Stadium der Normentwicklung S. 41 der Arbeit.

<sup>1016</sup> Grizewski, Peter: From winning weapon to destroyer of worlds: the nuclear taboo in international politics, in: *International Journal* 51:3, S. 397-419, hier S. 407.

<sup>1017</sup> Paul, Thazha V. 1995: Nuclear Taboo and War Initiation in Regional Conflicts, in: *Journal of Conflict Resolution* 39:4, S. 696-717, hier S. 702. Diese Aussage ist zugleich die erste dokumentierte Verwendung des Begriffs *“Tabu”* in Bezug auf Nuklearwaffen durch einen Politiker.

<sup>1018</sup> Schelling, Thomas 2000: The Legacy of Hiroshima: A Half-Century Without Nuclear War, in: *Journal for Philosophy and Public Policy* 20:2/3.

schwerer zu zerstören als andere: “[T]acit conventions are sometimes harder to destroy than explicit ones, existing in potentially recalcitrant minds rather than on destructible paper.”<sup>1019</sup> So gaben Eisenhower und Dulles – wie normtheoretisch vorhergesehen – Ende der 1950er Jahre ihre Konventionalisierungsversuche auf; noch während Eisenhowers Regierungszeit (1958) wurde sogar ein erstes Teststoppabkommen von den USA unterzeichnet.

Bei den Überlegungen von Eisenhower und Dulles spielten bereits zwei der drei Faktoren eine Rolle, die laut Tannenwald halfen, das nukleare Tabu den gesamten Kalten Krieg über (und darüber hinaus) aufrechtzuerhalten, nämlich

“...domestic public opinion, world opinion (U.S. leaders perceived favorable world opinion as crucial to sustaining their legitimate leadership of the Western alliance), and personal conviction informed by beliefs about American values and conceptions of the appropriate behavior of civilized nations.”<sup>1020</sup>

Bezüglich der “*world opinion*” mussten sich die USA jedoch nicht nur Gedanken über die Ansichten befreundeter Regierungen machen, im Verlauf des Kalten Krieges brachte insbesondere die westeuropäische, später auch die US-amerikanische, Bevölkerung ihre Ablehnung von Nuklearwaffen in Form von Massenprotesten sehr deutlich zum Ausdruck – angefangen von Demonstrationen gegen die Stationierung von Nuklearsprengköpfen im Deutschland der 1950er Jahre, über immer wieder aufflammende Manifestationen gegen Nukleartest in den 1960er und 1970er Jahren bis hin zu den riesigen Friedensdemonstrationen der 1980er Jahre, an denen sich teilweise eine sehr breit aufgestellte Lobby gegen die Nutzung von Nuklearenergie – egal, für welche Zwecke – beteiligte.<sup>1021</sup> Hunderte von Gruppen, viele mit bekannten Gesichtern in ihren Reihen, gründeten sich während des Kalten Krieges, um sich für nukleare Abrüstung und ein Ende des Rüstungswettlaufs zu engagieren – allerdings verschwanden die meisten von ihnen ebenso schnell wieder.<sup>1022</sup> Beim Organisieren von Protestaktionen und der Gründung spezialisierter NGOs waren die westeuropäischen Gruppen den US-amerikanischen häufig voraus, sahen die EuropäerInnen sich doch der größeren Gefahr ausgesetzt, auf einem nuklearen Schlachtfeld zu enden.<sup>1023</sup> Grizewski ist überzeugt, dass jedoch auch die US-amerikanische Bevölkerung spätestens Ende der 1960er Jahre das nukleare Tabu internalisiert hatte.<sup>1024</sup>

Angesichts der permanenter Angst über eine mögliche Zuspitzung der Supermächtskonfrontation, die in einen Nuklearkrieg münden würde, aber auch besorgt über mögliche negative Folgen der zahlreich durchgeführten Nukleartests für Umwelt und

<sup>1019</sup> Schelling, Thomas 2000: The Legacy of Hiroshima: A Half-Century Without Nuclear War, in: Journal for Philosophy and Public Policy 20:2/3.

<sup>1020</sup> Tannenwald, Nina 1999: The Nuclear Taboo: The United States and the Normative Basis of Nuclear Non-Use, in: International Organization 53:3, S. 433-468, S. 461.

<sup>1021</sup> Vgl. Müller, Harald/Becker, Una 2008: Technology, nuclear arms control, and democracy: reflections in the light of democratic peace theory, in: Evangelista, Matthew/Müller, Harald/Schörning, Niklas: Democracy and Security. Preferences, norms and policy-making, London, S. 102-119, hier S. 106.

<sup>1022</sup> Vgl. Paul, T. V. 2009: The Tradition of Non-Use of Nuclear Weapons, Stanford, S. 33.

<sup>1023</sup> Vgl. Tannenwald, Nina 1999: The Nuclear Taboo: The United States and the Normative Basis of Nuclear Non-Use, in: International Organization 53:3, S. 433-468, hier S. 462.

<sup>1024</sup> “By the end of the 1960s the prohibition on the use of nuclear weapons finally appeared to have achieved broad acceptance within the United States body politic. No longer regarded simply as an external force constraining United States action, it had become internalized by the public and the vast majority of civilian officials – if not by the military.” Grizewski, Peter: From winning weapon to destroyer of worlds: the nuclear taboo in international politics, in: International Journal 51:3, S. 397-419, hier S. 412.

Gesundheit, hat die Anti-Atombewegung durch die Beeinflussung des *framings*, also die Schaffung bestimmter intersubjektiv geteilter Interpretationsmuster im Zusammenhang mit Nuklearwaffen,<sup>1025</sup> in dreifacher Weise zur diskursiven Tabuentwicklung beigetragen: Erstens konnte in einem *agenda setting*-Prozess der bislang auf Sicherheitsthemen reduzierte Diskurs über Nuklearwaffen um die mit ihnen verbundenen gesundheitlichen, humanitären und umweltpolitischen Aspekte erweitert werden – mögliche Folgen der Atombombenentwicklung und –nutzung wurden in aller Deutlichkeit durch Verweise auf Hiroshima und Nagasaki publik gemacht. Es ist zweitens gelungen, die Entwicklung, den Besitz und den Einsatz von Nuklearwaffen auch aus einer moralischen Perspektive zu diskutieren: “*The question of whether we arm ourselves with nuclear weapons is, perhaps, the supreme moral issue of our day.*”<sup>1026</sup> Durch Massendemonstrationen mit großem Medienecho wurde die moralische Bewusstseinsbildung unterstützt, was wiederum – drittens – zu einer noch verstärkten öffentlichen Mobilisierung führten, wodurch der Druck auf Entscheidungsträger, ihre Nuklearpolitik zu reflektieren und zu legitimieren, ständig wuchs. Nicht zuletzt wurde angesichts der Massenkundgebungen deutlich, dass sich die Ansicht, Nuklearwaffen seien ganz besondere Waffen, deren Einsatz – zumal strategisch festgeschrieben – eine besonders schlimme Reaktion erfolgen würde, bereits vollkommen verselbstständigt hatte.

Eine dritte öffentliche Gruppe trug ebenfalls zur Verfestigung der Ansicht bei, dass Nuklearwaffen nie wieder eingesetzt werden sollten: Die Überlebenden von Hiroshima und Nagasaki, die sog. *Hibakusha*, begannen vermehrt, sich zu Wort zu melden, nachdem sie selbst und ihre Erfahrungen als Opfer dieser Katastrophe innerhalb Japans jahrzehntelang ignoriert und tabuisiert worden waren – und sich dementsprechend viele *Hibakusha* nach Kräften bemüht hatten, zu verschleiern, dass sie sich in der Nähe der Atomexplosionen aufgehalten hatten.<sup>1027</sup> Wie für Tabus typisch hatte also auch eine Tabuisierung der Opfer des nun als solchen wahrgenommenen Tabubruchs eingesetzt.

Die in der Öffentlichkeit nunmehr weit geteilte Ansicht, dass Nuklearwaffen *selbstverständlich* “anders” seien und nicht eingesetzt werden dürften, zog mit Kennedy 1961 auch wieder ins Weiße Haus ein. Belege dafür, dass das nukleare Tabu von dieser, wie auch von der nachfolgenden Administration unter Johnstons, nicht nur als regulativ wirkende Einschränkung der eigenen Handlungsfreiheit angesehen wurde, sondern für das Selbstverständnis der Regierungsmitglieder als Repräsentanten eines “zivilisierten” Staates konstitutiv war, lieferte v.a. der Verteidigungsminister beider Präsidenten, McNamara.<sup>1028</sup> So tief wurden Nuklearwaffen von den beiden Regierungen verabscheut, dass “*the United*

<sup>1025</sup> Vgl. Price, Richard/Tannenwald Nina 1996: Norms and Deterrence: The Nuclear and Chemical Weapons Taboos, in: Katzenstein, Peter (Hrsg.): The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics, S. 114-152, hier S. 123.

<sup>1026</sup> Wittner, Lawrence S. 1993: Resisting the Bomb. A History of the World Nuclear Disarmament Movement, zitiert nach: Tannenwald, Nina 2005: Stigmatizing the Bomb. Origins of the Nuclear Taboo, in: International Security 29:4, S. 5-49, hier S. 23.

<sup>1027</sup> Heute leben noch ca. 250.000 *Hibakusha* (wörtlich übersetzt: explosionsgeschädigte Personen) in Japan. Erst 1986 (!) wurde ein *oral history* Projekt durchgeführt, in dessen Rahmen die Statements vieler *Hibakusha* aufgezeichnet wurden. Einige dieser Berichte finden sich online unter <<http://www.inicom.com/hibakusha/>>, rev. 02.02.2012.

<sup>1028</sup> Dies ist insofern erstaunlich, als McNamara zunächst als Hardliner (nicht nur) in Bezug auf die US-Nuklearpolitik galt und seinen Teil dazu beitrug, die nukleare Rüstungsspirale zwischen Ost und West zu beschleunigen, bevor er sich später zu einem entschiedenen Nuklearwaffengegner wandelte.

*States chose to lose a humiliating and destructive war against a small, non-nuclear adversary while all its nuclear weapons remained on the shelf.*"<sup>1029</sup> McNamara legte großen Wert auf die Feststellung, dass die nukleare Zurückhaltung im Vietnam-Krieg, die sich nicht nur im Nicht-Einsatz, sondern auch im Verzicht auf nukleare Drohungen äußerte, nicht der öffentlichen Meinung, sondern vornehmlich den Überzeugungen der jeweiligen Regierung geschuldet war:<sup>1030</sup> *"It had nothing whatever to do with what the world might have thought about it",* sondern *"it was because it was neither military desirable nor morally acceptable."*<sup>1031</sup> Entsprechend groß war die Bereitschaft auf Seiten dieser Administration, Maßnahmen zur Einhegung der Gefahr eines Nuklearkriegs (Stichwort: Rotes Telefon), inklusive erster Rüstungskontrollvereinbarungen, zu treffen, nachdem der US-Regierung durch die Kuba-Krise 1963 klar geworden war, dass selbst "rational" agierende *haves* die Welt allein aufgrund von Missverständnissen in eine nukleare Katastrophe führen könnten.<sup>1032</sup> Die Mehrheit der Bevölkerung begrüßte diese Maßnahmen und unterstrich dies auch mit der Wahl Lyndon B. Johnsons zum Nachfolger Kennedys, der sich im Wahlkampf v.a. mit Verweis auf das nukleare Tabu von seinem republikanischen Konkurrenten, Barry Goldwater, abzusetzen versuchte:

"In 1964, Republican presidential candidate Barry Goldwater raised the prospect of exploding low-yield atomic weapons in Vietnam. Democrats responded with perhaps the most famous and potent political ad in U.S. history. It shows a little girl picking petals off a daisy and counting them. She looks up startled as an atomic bomb explodes. The ad, in-tended to make Goldwater look like someone who would recklessly use nuclear weapons, helped raise questions among voters about his judgment."<sup>1033</sup>

Jede US-Regierung, gleich welcher Couleur sah sich jedoch dem Dilemma gegenüber, dass die USA, als selbsternannter Führer der freien Welt, den Kalten Krieg lieber früher als später siegreich beendet hätten – dass der Einsatz von Nuklearwaffen dem Ziel, sich als Vertreter der überlegenen Ideologie zu präsentieren, jedoch genau zuwiderlief:

"As the United States increasingly assumed the role of leader of the free world in a Cold War competition, the dilemma was compounded. Within this context, ideas and

---

<sup>1029</sup> Tannenwald, Nina 1999: The Nuclear Taboo: The United States and the Normative Basis of Nuclear Non-Use, in: *International Organization* 53:3, S. 433-468, hier S. 451.

<sup>1030</sup> Die dezidierte Darstellung McNamaras, Nuklearwaffen seien nie eine Option gewesen, wird jedoch durch neu entdeckte Tonbänder in Zweifel gestellt, auf denen er im Gespräch mit Kennedy über den Konflikt zwischen Indien und China Anfang der 1960 Jahre mit den Worten zu hören ist: *"Before any substantial commitment to defend India against China is given, we should recognize that in order to carry out that commitment against any substantial Chinese attack, we would have to use nuclear weapons. Any large Chinese Communist attack on any part of that area would require the use of nuclear weapons by the U.S., and this is to be preferred over the introduction of large numbers of U.S. soldiers."* Zitiert in: Giridharadas, Anand 2005: '63 Tapes Reveal Kennedy and Aides Discussed Using Nuclear Arms in a China-India Clash, in: *NYT*, 26.08.2005.

<sup>1031</sup> Zitiert in: Tannenwald, Nina 1999: The Nuclear Taboo: The United States and the Normative Basis of Nuclear Non-Use, in: *International Organization* 53:3, S. 433-468, hier S. 455. Tannenwald führt ab Seite 453 aus, dass es hinsichtlich militärischer Nützlichkeit jedoch auch andere Auffassungen gab, so kamen einige Militärstrategen nach Prüfung der nuklearen Option zu dem Schluss, dass z.B. die mehrere Monate andauernde Belagerung der amerikanischen *combat base* in Khe Sanh durch einen Einsatz taktischer Nuklearwaffen schnell und effektiv hätte beendet werden können. Allerdings wurde diese Überlegung seitens der Regierung nicht nur sofort als *"unverantwortlich"* abgelehnt, auch dass es sie überhaupt gab, sollte niemals an die Öffentlichkeit gelangen. In den zitierten Äußerungen, die McNamara 1997 getätigt hat, scheint er immer noch diesem Verbot zu folgen. An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass die USA im Vietnam-Krieg keineswegs vor grausamen Bomben zurückschreckten – man denke nur an Napalm-Brandbomben oder das Pestizid *Agent Orange*.

<sup>1032</sup> Vgl. Grizewski, Peter: From winning weapon to destroyer of worlds: the nuclear taboo in international politics, in: *International Journal* 51:3, S. 397-419, hier S. 410.

<sup>1033</sup> *Editorial* der *USA Today* vom 11.06.2007 mit dem Titel *"Loose talk about nukes could sink U.S. interests?"*.



ideology were as significant to prevailing perceptions as was military power. What one stood for was as important as how one waged conflict. To employ an instrument of mass slaughter against other nations in a world in which winning 'hearts and minds' was crucial would have seriously undermined any such effort – signaling in effect that the perpetrator was no better, and perhaps even worse, than the adversary.”<sup>1034</sup>

Überdeutlich wird in diesem Zitat die Ansicht, dass Nuklearwaffen der Identität der USA komplett widersprechen.

Dieser Befund kann für die Administration Nixons allerdings nur bedingt gelten, hielt er sich, ähnlich wie sein Amtsvorgänger Eisenhower, doch nur instrumentell an das Tabu – allerdings mit dem gleichen Ergebnis eines fortgesetzten *non-use*. Für Nixon war nach eigener Aussage die Abwägung eines Nuklearwaffeneinsatzes eine zwischen Kopf und Herz. Doch im Gegensatz zu denjenigen, die aufgrund des Tabus einen *rational* begründbaren Einsatz *emotional* abgelehnt hätten, wünsche sich Nixon aus tiefstem Herzen einen nuklearen “*knockout-blow*”, um im Vietnam-Krieg endgültig zu siegen – im Kopf war er sich jedoch der Konsequenzen bewusst, die, neben einer nachhaltigen Schädigung der sich gerade verbessernden Beziehungen zur UdSSR und zu China, in einem weltweiten Aufschrei dem Empörung bestanden hätte.<sup>1035</sup> Entgegen den Empfehlungen einiger seiner Generäle lehnte auch Präsident Ford einen “*knockout blow*” selbst zu dem Zeitpunkt ab, als offensichtlich wurde, dass die Nordvietnamesen Saigon einnehmen würden.<sup>1036</sup>

Wie Ford lehnte auch Präsident Carter den Einsatz “der Bombe” v.a. aus moralischen Gründen ab: “*Some of Carter’s aides testified later that Carter felt morally uncomfortable with the weapon.*”<sup>1037</sup> Zur Überraschung des US-Kongresses und der Alliierten und zur großen Erleichterung der eigenen Bevölkerung sagte Carter auch den bereits geplanten Bau der Neutronenbombe ab,<sup>1038</sup> wenn auch die Gelder für nukleare Forschung und Entwicklung, wie auch die Anzahl der Sprengköpfe im US-Arsenal, sich während seiner Präsidentschaft stark erhöhten. Als rüstungskontrollpolitischen Erfolg, der allerdings vom US-Kongress unterlaufen wurde, konnte Carter dagegen den Abschluss des SALT II-Vertrages verbuchen.<sup>1039</sup>

<sup>1034</sup> Grizewski, Peter: From winning weapon to destroyer of worlds: the nuclear taboo in international politics, in: *International Journal* 51:3, S. 397-419, hier S. 414.

<sup>1035</sup> Vgl. Tannenwald, Nina 1999: The Nuclear Taboo: The United States and the Normative Basis of Nuclear Non-Use, in: *International Organization* 53:3, S. 433-468, hier S. 455ff. Den von Nixon geäußerten Wunsch nach einem Einsatz von Nuklearwaffen wertet Tannenwald als großen Bluff, der von vornherein in dem Bewusstsein ausgesprochen worden sei, dass einem tatsächlichen Einsatz viel zu viele kritische Stimmen und politische Abwägungen entgegenstanden. Vgl. Tannenwald, Nina 2005: Stigmatizing the Bomb. Origins of the Nuclear Taboo, in: *International Security* 29:4, S. 5-49, hier S. 31. Aus ähnlichen Erwägungen begrüßte Eisenhower auch die Bemühungen seines Außenministers Kissinger, Israel von einem Nuklearschlag während des *Yom Kippur*-Krieges abzuhalten. Kissinger gelang es, Golda Meir zu überzeugen, indem er ihr versprach, Israel sämtliche konventionellen Waffen, die im Krieg zerstört werden würden, auf Kosten der USA zu ersetzen. Vgl. Gerson, Joseph 2007: *Empire and the Bomb. How the US Uses Nuclear Weapons to Dominate the World*, London, S. 200.

<sup>1036</sup> Vgl. Gerson, Joseph 2007: *Empire and the Bomb. How the US Uses Nuclear Weapons to Dominate the World*, London, S. 166.

<sup>1037</sup> Vgl. Tannenwald, Nina 2007: *The Nuclear Taboo: The United States and the Non-Use of Nuclear Weapons Since 1945*, Cambridge, S. 280.

<sup>1038</sup> Vgl. Tannenwald, Nina 2007: *The Nuclear Taboo: The United States and the Non-Use of Nuclear Weapons Since 1945*, Cambridge, S. 274.

<sup>1039</sup> “SALT“ (engl. für *Strategic Arms Limitation Talks*) steht Kurzformel für die bilateralen Gespräche zwischen USA und UdSSR zur Reduzierung ihrer strategischen Waffen. Durch SALT II wurden Obergrenzen für das Arsenal nukleare Trägersysteme (insbes. Mittelstreckenraketen) festgelegt.

Als (weiteren) Glückfall für das nukleare Tabu wird gewertet, dass in die Präsidentschaft Reagens keine Krise fiel, die den Einsatz von Nuklearwaffen hätte denkbar werden lassen, da sich Reagan in einem solchen Fall möglicherweise "seines" nuklearen Arsenal bedient hätte. Allein seine scharfe Rhetorik in Fragen nuklearer Bewaffnung löste bereits Massenproteste aus:

"Reagan's references to 'prevailing' in and 'winning' a nuclear war created fear in Europe and provoked dismayed and outraged responses by both the public and a large segment of national security elites that he was retreating from mutual understandings about nuclear weapons and deterrence. In the early 1980s millions of demonstrators took to the streets in major European capitals to block the developments and protest the apparent lack of seriousness about arms control."<sup>1040</sup>

Möglichweise war dieses öffentliche "Säbelrasseln" jedoch nur der letzte große Bluff des Kalten Krieges, da Reagan innerhalb seiner Administration eine ganze andere Sprache pflegte:

"...Reagan repeatedly disturbed his advisors by advocating the abolition of nuclear weapons and suggesting that he might not be willing to use them. If anything, all the talk by members of his administration about nuclear war-fighting strategies made this president clearly alert to the perils of such a policy."<sup>1041</sup>

Unabhängig davon, welchem Geschichtsbild von der Präsidentschaft Reagens man mehr Glauben schenken möchte, zeichnete dieser gegen Ende seiner Amtszeit jedenfalls mit dem *Intermediate-Range Nuclear Forces Treaty* (INF) doch den letzten großen Abrüstungsvertrag dieser Ära, "*which symbolized and spurred the end of the Cold War.*"<sup>1042</sup>

#### Das nukleare Tabu im "second nuclear age"<sup>1043</sup>

"We just don't do things like that."<sup>1044</sup>

Mit dem Ende des Kalten Krieges konnte der Widerspruch zwischen einer permanenten Androhung nuklearer (Vergeltungs-)Angriffe und den Überzeugungen der Öffentlichkeit und Teilen der US-Administration endlich aufgelöst werden: Die Politik der *mutual assured destruction* (MAD) war nun obsolet, auch wenn sie sich weiterhin in Strategiedokumenten findet. Was aber bedeutete die neue "Unwahrscheinlichkeit" einer nuklearen Vergeltung für das nukleare Tabu? Konnte sich der Glaube an eine Sonderstellung "der Bombe" halten, obwohl wohl bei einem Ersteinsatz der USA nicht mehr zu einem "*thermonuclear World War III*" mit unvorstellbaren Konsequenzen, sondern allenfalls zu einem "begrenzten" Nuklearkrieg kommen würde?

Einen ersten Testfall stellte der zweite Golfkrieg (1990/1991) dar, in dem sich die internationale Gemeinschaft mit Irak nicht nur einem konventionell hochgerüsteten Feind

<sup>1040</sup> Tannenwald, Nina 2007: *The Nuclear Taboo: The United States and the Non-Use of Nuclear Weapons Since 1945*, Cambridge, S. 284f.

<sup>1041</sup> Beckman, Peter R./Crumlish, Paul W./Dobkowski, Michael N./Lee, Steven P. 2007: *Nuclear Weapons, Nuclear States, and Terrorism*, Cornwall-on-Hudson, S. 188.

<sup>1042</sup> Gerson, Joseph 2007: *Empire and the Bomb. How the US Uses Nuclear Weapons to Dominate the World*, London, S. 210.

<sup>1043</sup> Als *first nuclear age* wird die Zeit des Kalten Krieges, als *second nuclear age* die Zeit nach dem Zerfall der UdSSR bezeichnet. Vgl. Krepon, Michael 2009: *Better Safe Than Sorry: The Ironies of Living With the Bomb*, Stanford, S. 29.

<sup>1044</sup> Ein "*high-level official*" über die Möglichkeiten eines US-Nuklearschlags im Golfkrieg 1991. Zitiert nach: Price, Richard/Tannenwald, Nina 1996: *Norms and Deterrence: The Nuclear and Chemical Weapons Taboo*, in: Katzenstein, Peter J. (Hrsg.): *The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics*, New York, S. 114-152, hier S. 139.

gegenüber, sondern auch mit der Gefahr eines Einsatzes von Massenvernichtungswaffen konfrontiert sah, da Saddam Hussein nicht nur klare nukleare Ambitionen hegte, sondern auch über ein einsatzbereites Chemiewaffenarsenal verfügte. Die USA spielten ihre nuklearen Optionen routinemäßig durch und setzen nach alter Manier auf Abschreckung, indem sie Saddam Hussein mit einem nuklearen Angriff drohten, sollte er von seinen *WMD* Gebrauch machen.<sup>1045</sup> Vom militärischen Standpunkt aus erschien ein derartiger Angriff durchaus möglich und sogar rational begründbar: Erstens waren stark konzentrierten Truppen wie auch tief vergrabene Militäranlagen gut erreichbare und von Besiedlungszonen weit abgelegene Ziele, so dass, zweitens, nur geringe Kollateralschäden zu gewesen wären. Dies führte, drittens, zu militärischen Kalkulationen, nach denen der Einsatz von Nuklearwaffen die Anzahl der Toten auf Seiten beider Konfliktparten wahrscheinlich gegenüber einem rein konventionellen Angriff reduziert hätte.<sup>1046</sup> Nichtsdestotrotz schloss Präsident Bush Senior einen solchen Einsatz von Beginn an aus politischen Gründen ebenso aus,<sup>1047</sup> wie zahlreiche weitere militärische und politische EntscheidungsträgerInnen, die zum Ausdruck brachten, dass Nuklearwaffen weder in operationalen Kriegsplänen, noch in ihren Gedankenspielen vorkämen:<sup>1048</sup> “[T]he assumption was simply that conventional forces would be used.”<sup>1049</sup>

Natürlich konnte diese Annahme nur deshalb bestehen, weil genügend konventionelle Alternativen zur Verfügung standen – auf den Punkt gebracht bedeutet dies, dass Nuklearwaffen nicht deshalb nicht eingesetzt wurden, weil sie zu zerstörerisch, sondern weil andere Waffen *genauso* zerstörerisch waren, aber im Vergleich zu Nuklearwaffen weitaus geringere politische Kosten mit sich brachten.<sup>1050</sup> Das nukleare Tabu manifestierte sich hierbei in zweifacher Hinsicht: Erstens kann die vermehrte Forschung und Entwicklung konventioneller Alternativen zu Nuklearwaffen auch darauf zurückgeführt werden, dass der Einsatz von Nuklearwaffen militärstrategisch überflüssig gemacht werden sollte.<sup>1051</sup> Zweitens wird deutlich, dass die beteiligten Akteure zunächst

<sup>1045</sup> Vgl. Müller, Harald/Sohnius, Stephanie 2006: Intervention und Kernwaffen. Zur neuen Nukleardoktrin der USA, HSFK-Report 1/2006, Frankfurt am Main, S. 12. Interessanterweise war es Cheney, seit 1989 Verteidigungsminister unter Bush Senior, der diese Drohung aussprach: “In February, during the transition from air war to ground war, Secretary of Defense Cheney publicly threatened Iraq by referring to Hiroshima during a televised interview: ‘I basically think that President Truman made the right decision when he used the bomb on Hiroshima... Speculation goes that [U.S.] casualties may have exceeded a million people.’” Gerson, Joseph 1995: With Hiroshima eyes. Atomic War, Nuclear Extortion, and Moral Imagination, Philadelphia, S. 162.

<sup>1046</sup> Vgl. Gertz, Bill 1991: U.S. can do battle with “tactical nukes“, in: Washington Times, 29.01.1991.

<sup>1047</sup> Vgl. Barry, John 1991: The Nuclear Option: Thinking the Unthinkable, in: Newsweek, 14.01.1991. Da George H. W. Bushs Sohn, George W. Bush, eine weitaus größere Rolle in dieser Arbeit zukommt, wird er im Folgenden einfach als “Präsident Bush“ bezeichnet und die Rolle seines Vaters durch den Anhang “Senior“ kenntlich gemacht.

<sup>1048</sup> Tannenwald zitiert von ihr interviewte Angehörige des Weißen Hauses und des Pentagons mit folgenden Aussagen: Nuklearwaffen “were not part of our mindset“ sowie “the issue of our nuclear weapons use never came up to my knowledge during the entire crisis.“ Tannenwald, Nina 1999: The Nuclear Taboo: The United States and the Normative Basis of Nuclear Non-Use, in: International Organization 53:3, S. 433-468, hier S. 459.

<sup>1049</sup> Tannenwald, Nina 1999: The Nuclear Taboo: The United States and the Normative Basis of Nuclear Non-Use, in: International Organization 53:3, S. 433-468, hier S. 459.

<sup>1050</sup> Vgl. Tannenwald, Nina 1999: The Nuclear Taboo: The United States and the Normative Basis of Nuclear Non-Use, in: International Organization 53:3, S. 433-468, hier S. 460f.

<sup>1051</sup> Dieses Argument verdeutlicht einmal mehr, dass der Einfluss von Normen nicht als unabhängige Variable angesehen werden sollte, sondern sich immer eine Wechselseitigkeit zwischen Struktur und Akteurshandeln ergibt: Einerseits führte das Vorhandensein konventioneller Alternativen dazu, dass die USA als Akteur sich an ein bestehendes Tabu hielten – zwischen zwei Handlungsalternativen wurden also bewusst die normkonforme gewählt. Andererseits stellt das dahinter stehende Akteurshandeln, dass

ausschließlich konventionelle Strategien im Kopf hatten, während nukleare Optionen als mögliche alternative Handlungsweise gar nicht erst in Betracht gezogen wurden. Dass Nuklearwaffeneinsätze, wenn überhaupt, weiterhin nur als *ultima ratio* in Frage kamen, obwohl ein nuklearen Gegenschlag ausgeschlossen werden konnte, ist ein klarer Hinweis auf das Fortbestehen des nuklearen Tabu nach dem Ende des Ost-West-Konflikts.<sup>1052</sup>

War diese Einstellung aus Sicht der TabuverfechterInnen sicherlich eine gute Nachricht, stellte der zweite Golfkrieg andererseits jedoch das Ende von der These vom Ende der Geschichte dar, mit der u.a. auch weitgehende nukleare Abrüstungsschritte, eine sog. Friedensdividende, verknüpft worden waren.<sup>1053</sup> Zwar wurden auf internationaler Ebene, wie auch bilateral zwischen den USA und der ehemals rivalisierenden Supermacht Russland, weitreichende Abrüstungsabkommen beschlossen, die auch mit erheblichen Kürzungen der entsprechenden Rüstungsbudgets einhergingen,<sup>1054</sup> doch stellten sich Hoffnungen, zumindest diese beiden Länder würden nun “automatisch” kontinuierlich immer weiter abrüsten, die sich u.a. in der Schließung des UN-*Departments for Disarmament Affairs* manifestierten, als unberechtigt heraus: Der vollständige Abschied von Nuklearwaffen und das Brechen der über lange Zeit geltenden Gewohnheit, diese Waffen als integralen Bestandteil der Verteidigungspolitik zu betrachten, schienen noch immer nicht möglich – das Beibehalten der Fähigkeit nuklearer Abschreckung dagegen nach wie vor funktional.<sup>1055</sup> Offenkundig wurde diese Haltung noch 1991 in der Weigerung der Regierung von Bush Senior, Verhandlungen zum *Comprehensive Test Ban Treaty* (CTBT) aufzunehmen.<sup>1056</sup> Entgegen der Regierungsposition verhängte der US-Kongress im Jahr 1992 ein nationales Testmoratorium für Nuklearwaffen (nach den beiden maßgeblich beteiligten, demokratischen Senatsmitgliedern John Spratt und Elizabeth Furse auch *Spratt-Furse-Ban* genannt) und verlieh damit seiner Zustimmung zur Intention des CTBT Ausdruck. Nach vorausgegangenen heftigen politischen Debatten und als Reaktion auf den Druck der empörten, auf nukleare Abrüstung drängenden Bevölkerung, welche durch

---

diese Entscheidung erst ermöglichte, wiederum eine Anpassung an die Norm dar, als konventionelle Alternativen zunächst entwickelt werden mussten. Vgl. Price, Richard/Tannenwald Nina 1996: Norms and Deterrence: The Nuclear and Chemical Weapons Taboos, in: Katzenstein, Peter (Hrsg.): The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics, S. 114-152, S. 147ff. sowie allgemeiner zu diesem Thema S. 122 der Arbeit.

<sup>1052</sup> Auch in anderen Konflikten – z.B. im mit hoher Wahrscheinlichkeit über Chemiewaffen verfügenden früheren Jugoslawien – standen Nuklearwaffen nicht zur Debatte. Vgl. Müller, Harald/Sohnius, Stephanie 2006: Intervention und Kernwaffen. Zur neuen Nukleardoktrin der USA, HSFK-Report 1/2006, Frankfurt am Main, S. 13.

<sup>1053</sup> Vgl. den Titel des berühmten Werkes von Fukuyama, Francis 1992: Das Ende der Geschichte: Wo stehen wir?, München.

<sup>1054</sup> Vgl. Gabel, Josiane 2004: The Role of U.S. Nuclear Weapons after September 11, in: The Washington Quarterly 28:1, S. 181-195, hier S. 182f. sowie Walker, William 2000: Nuclear Order and Disorder, in: International Affairs 76:4, S. 703-724, hier S. 710f.

<sup>1055</sup> Vgl. Mlyn, Eric 2000: U.S. Nuclear Policy and the End of the Cold War, in: Harknett, Richard J./Wirtz, James J./Paul, Thazha V. (Hrsg.): The Absolute Weapon Revisited. Nuclear Arms and the Emerging International Order, Michigan, S. 189-212, hier S. 199. Nicht einmal eine offizielle und bindende Erklärung negativer Sicherheitsgarantien gegenüber *have-nots*, die Vertragsparteien des NPT waren, erschien angesichts der instabilen Verhältnisse (Stichworte: Zerfall der UdSSR, erste Anzeichen verstärkter Proliferation, Aufbrechen früher eingegangener Regionalkonflikte) möglich.

<sup>1056</sup> Der CTBT stellt *de facto* ein Verbot der Entwicklung neuer Nuklearwaffen dar – und hat dies auch explizit zum Ziel – da computersimulierte Tests zur Forschung an neuen Nuklearwaffentypen nicht ausreichen. Vgl. für den Text des Vertrags und ausführliche Hintergrundinformationen die exzellente Website der NGO *Reaching Critical Will*: <<http://www.reachingcriticalwill.org/legal/ctbt/ctbtindex.html>>, rev. 02.02.2012.

MedienvertreterInnen und zahlreiche NGOs unterstützt wurde, sah sich Präsident Bush schließlich gezwungen, die Beendigung aller laufenden Entwicklungsprogramme für Nuklearwaffen bekanntzugeben und das Teststoppmoratorium zu unterzeichnen, womit er einen Wendepunkt in der offiziellen Nuklearpolitik der USA markierte.<sup>1057</sup>

Diese Wende wurde von Präsident Clinton, der die veränderte weltpolitische Lage tatsächlich für eine umfassende nukleare Abrüstung nutzen wollte, mit Nachdruck unterstützt. Die von ihm in Auftrag gegebene *Nuclear Posture Review*, das erste solche Nuklearwaffen-Strategiepapier seit 1978, unterwarf alle Bereiche der Nuklearpolitik – von der Streitkräftestruktur über Proliferationsverhinderung bis hin zur nuklearen Sicherheit und Sicherung des maroden russischen Nuklearwaffenarsenals – einer umfassenden Revision. Zudem hoffte man, die NPR könne als Grundlage zur vollständigen Abschaffung der nuklearen Triade und der offiziellen Proklamation einer *no-first-use*-Strategie (auch als Reaktion auf Angriffe mit biologischen und chemischen Waffen) genutzt werden und somit das nukleare Einsatztabu zur offiziellen staatlichen Politik erheben.<sup>1058</sup> Schließlich hatte Clintons damaliger Verteidigungsminister Aspin, damals noch in seiner Funktion als *Chairman* des *House Armed Services Committee* 1992 erkannt, dass “*if we now had the opportunity to ban all nuclear weapons, we would. This is how profound the change is that we have undergone.*”<sup>1059</sup>

Nach dem Erscheinen der NPR konnten jedoch auch die euphemistischen, die neue Rolle von Nuklearwaffen betonenden Statements von offizieller Seite nicht darüber hinwegtäuschen, dass keines der mit ihr verbundenen Ziele erreicht werden konnte und sie vielmehr nur geringe Bestandsreduktionen und damit nur marginale Veränderungen der Nuklearstrategie brachte.<sup>1060</sup> Zu prägend war anscheinend die bereits zu diesem Zeitpunkt wahrgenommene Bedrohung durch “Schurkenstaaten”, zu groß der bürokratische Hang zur Kontinuität und zu stark der Einfluss der an ihrer Erstellung beteiligter, im Kalten Krieg sozialisierten, Abschreckungsstrategen.<sup>1061</sup> Zudem trugen die Schwächung

<sup>1057</sup> Vgl. Müller, Harald/Schaper, Annette 2003: US-Nuklearpolitik nach dem Kalten Krieg, HSFK-Report 3/2003, S. 15f. Allerdings wurde die *Nevada Test Site*, anders, als z.B. das französische Testareal in Mururoa, nicht gänzlich außer Betrieb genommen. In Nevada werden weiterhin unterirdische Versuche durchgeführt; es handelt sich dabei jedoch um sog. *subkritische* Tests, die als mit dem CTBT vereinbar gelten.

<sup>1058</sup> Die nukleare Triade bestand zu Zeiten des Ost-West-Konflikts aus land-, luft- und seegestützten Trägersystemen für Nuklearwaffen, sprich aus Interkontinentalraketen (*intercontinental ballistic missiles*), schweren Bombern (*long-range bombers*) und U-Boot-basierten ballistischen Flugkörpern (*submarine-launched ballistic missiles*), vgl. Russell, James/Wirtz, James J. 2002: *A Quiet Revolution: The New Nuclear Triad*, in: *Strategic Insight*, 01.05.2002.

<sup>1059</sup> Aspin, Leslie 1992: *From Deterrence to Denuking. A New Nuclear Policy for the 1990s*, in: *Shaping Nuclear Policy for the 1990s: A Compendium of Views. Report of the Defense Policy Panel of the Committee on Armed Services*, 17.12.1992.

<sup>1060</sup> So sollten die Abrüstung nuklearer Sprengköpfe die bereits 1993 im START-II-Vertrag (*Strategic Arms Reduction Treaty*) zwischen George Bush und Boris Jelzin festgeschriebenen Schwellen von 3.000 bis 3.500 nicht überschreiten, man konnte sich ferner weder zu einer Absage an die strategische Triade, noch zu einer reinen Zweitschlagsstrategie durchringen. Vgl. Mlyn, Eric 2000: *U.S. Nuclear Policy and the End of the Cold War*, in: Harknett, Richard J./Wirtz, James J./Paul, Thazha V. (Hrsg.): *The Absolute Weapon Revisited. Nuclear Arms and the Emerging International Order*, Michigan, S. 189-212, hier S. 204, außerdem: Deutsch, John 2005: *A Nuclear Posture for Today*, in: *Foreign Affairs* 84:1, S. 49-60, hier S. 49.

<sup>1061</sup> Vgl. Müller, Harald/Sohnius, Stephanie 2006: *Intervention und Kernwaffen. Zur neuen Nukleardoktrin der USA*, HSFK-Report 1/2006, Frankfurt am Main, S. 10 und Mlyn, Eric 2000: *U.S. Nuclear Policy and the End of the Cold War*, in: Harknett, Richard J./Wirtz, James J./Paul, Thazha V. (Hrsg.): *The Absolute Weapon Revisited. Nuclear Arms and the Emerging International Order*, Michigan, S. 189-212, hier S. 206.

innovativer Kräfte (wie des ehrgeizigen Aspin), der abnehmende Druck der Öffentlichkeit, die sich auf eine “automatische” Abrüstung verlies, sowie das geringe Vertrauen in das Demokratisierungspotential Russlands, während Clintons gesamter Präsidentschaft zum Fortbestand der althergebrachten, ambivalenten Haltung der Verdammung der Waffen einerseits und der vorgegebenen Dauerbereitschaft zu ihrer Nutzung andererseits, bei.<sup>1062</sup>

Der in den 1990er Jahren verbreitete Optimismus, das nukleare Tabu würde nun auch in Gestalt verstärkter Abrüstungsbemühungen das Regierungshandeln bestimmen, blieb dennoch bestehen, zumal einige (wenn auch kleinere und zögerlichere) Schritte in diese Richtung deuteten: Neben der Implementierung der bilateralen Abrüstungsverträge START I und II waren dies die Unterzeichnung des CTBT durch Clinton,<sup>1063</sup> sowie insbesondere die Entfristung der NPT auf der Überprüfungskonferenz 1995.

In diesen “*tentative first steps toward renouncing nuclear weapons as instruments of warfare*” nach Ende des Kalten Krieges kamen die Bestrebungen der Staaten, sich der grausamen Waffen endgültig zu entledigen, gleich auf mehreren Ebenen zum Ausdruck: So konnten erstens einige Länder davon abgehalten werden, eigene Nuklearprogramme zu starten bzw. Nuklearwaffen zu erwerben. Die Ansicht, dass die Anzahl der *haves* konstant bleiben und die Waffen selbst internationaler Kontrolle unterliegen sollten, fand 1995 ihre “triumphale” Bekräftigung – allerdings konnten so die nuklearen “Hohepriester” ihre Exklusivrechte behalten, *obwohl* nach Meinung vieler ExpertInnen günstige Bedingungen zur Einlösung der in Art. VI festgelegten Forderung nach vollständiger nukleare Abrüstung der fünf *haves* gegeben waren.<sup>1064</sup> Zweitens schien man sich des Totems, dessen heilige Schutzfunktion marginalisiert zu sein schien, endgültig entledigen zu wollen: Die eingegangenen Rüstungskontrollverpflichtungen können als ein entscheidender Schritt zur Erfüllung der lang gehegten Hoffnung, die schon existierenden Waffen restlos zu vernichten, gelten. Dank der umfassenden Testmoratorien schien drittens die Gefahr gebannt, die Waffen dadurch zu enttabuisieren, dass die Auffassung von ihrer besonderen Natur untergraben wird – vielmehr wurde diese besonders unterstrichen, indem die Entwicklung neuer Waffen mit geringerem *fallout* und geringerer Sprengkraft untersagt und damit der Möglichkeit, ihre Einsatzfähigkeit durch Senkung des Zerstörungspotentials zu erhöhen, ein Riegel vorgeschoben wurde; das faktische Einsatzverbot wurde hier also durch formelle, lediglich das Verbot von Tests festschreibende Verträge untermauert.

Vor diesem Hintergrund präsentierte sich das nukleare (Einsatz-)Tabu auch nach Ende des Kalten Krieges als stabiler denn je. Ein Einsatz von Nuklearwaffen blieb auch ohne die permanente Zweitschlagsdrohung undenkbar bzw. schien gerade ohne sie in noch

<sup>1062</sup> So nahm nicht nur die Präsenz von Abrüstungsthemen in den Medien ab, sondern auch die finanzielle Unterstützung für einschlägige NGOs; beides ging mit einem allgemein sinkenden Interesse der Bevölkerung an der Außenpolitik einher. Vgl. Müller, Harald/Schaper, Annette 2003: US-Nuklearpolitik nach dem Kalten Krieg, HSFK-Report 3/2003, S. 22 sowie Gabel, Josiane 2004: The Role of U.S. Nuclear Weapons after September 11, in: The Washington Quarterly 28:1, S. 181-195, hier S. 183ff bzw. (bezüglich der Rolle Russlands) S. 23.

<sup>1063</sup> Aufgrund veränderter Mehrheitsverhältnisse lehnte 1999 nunmehr der US-Senat die Ratifizierung des CTBT ab, so dass die USA weiterhin kein Vertragsmitglied sind und der Vertrag – auch aufgrund dieser fehlenden Unterschrift – noch immer nicht in Kraft ist. Der CTBT war der erste international bedeutende Vertrag seit dem Versailler Abkommen nach der Beendigung des Ersten Weltkriegs, der vom Senat gekippt wurde. Vgl. Bolton, John 2009: A Fast Way to Lose the Arms Race, in: NYT, 25.05.2009.

<sup>1064</sup> Dieser Schritt untergräbt nach Ansicht Daases das nukleare (Besitz-)Tabu, vgl. S. 225 der Arbeit.

weitere Ferne gerückt, sahen es die Vereinigten Staaten doch nun nicht mehr als Notwendigkeit an, ein massives nukleare Drohpotential aufrechterhalten müssen oder sich evtl. gar für einen nuklearen Zweitschlag bereit zu halten.

### 5.2.4 Zusammenfassung und Erosionskriterien

Im Rückblick auf das Kapitel sollte deutlich geworden sein, dass es sich beim nuklearen Tabu, ebenso wie beim Folterverbot, um ein komplexes Tabusystem handelt, welches auf mehreren Ebenen – von der individuellen Psyche bis hin zur Hierarchie des internationalen Staatensystems – wirkt und politische, politikwissenschaftlichen und juristische, aber auch psychologische, gesellschaftliche und technische Elemente enthält. Dabei habe ich insbesondere drei Aspekte des nuklearen Tabus betont: die Sonderstellung von Nuklearwaffen, das Einsatztabu und das Besitzverbot.

Grundlage des nuklearen, wie jedes anderen Tabus, ist die ambivalente Haltung, die wir Nuklearwaffen entgegenbringen und aufgrund derer den Waffen eine *Sonderstellung* eingeräumt wird. Die Wahrnehmung dieser Waffen als anders- und einzigartig, mit der eine scharfe Trennung zwischen ihnen und konventionellen Waffen einhergeht, beruht jedoch nicht auf technischen oder militärstrategischen Unterschieden, die eine objektive “*bright line*” darstellen würden, sondern v.a. auf einer moralischen Zuschreibung – die jedoch, als *self-fulfilling prophecy*, das realistische Horrorszenario einer nuklearen Eskalation im Fall eines Tabubruchs nach sich zieht. Die Sonderstellung von Nuklearwaffen kann heute als *taken-for-granted* gelten; sie wird nicht mehr hinterfragt. Ihrem Charakter als Totems entsprechend, unterliegen dabei sämtliche Nuklearwaffen einer Stigmatisierung, so dass auch der Einsatz kleiner Nuklearbomben als Tabubruch angesehen würde.

Auch aus der Angst vor den Folgen eines solchen Tabubruches speist sich das *Einsatztabu*. Es ist fußt jedoch gleichzeitig auf der Überzeugung, dass der Einsatz solcher inhumaner und barbarischer Waffen der Identität eines zivilisierten Staates (und nebenbei auch altehrwürdigen Grundsätzen des humanitären Völkerrechts) zuwiderlaufen muss. Gleichzeitig scheint es für die Mehrheit – nicht jedoch für alle – betroffenen Entscheidungsträger unmöglich, den Einsatz von Nuklearwaffen mit einer angestrebten Selbstwahrnehmung als “gutem” Menschen in Einklang zu bringen, was sicherlich auch an einer entsprechenden Fremdwahrnehmung (Stichwort: Bild in den Geschichtsbüchern) liegt. Das Einsatztabu war, wie der Blick in die Geschichte des Tabus zeigt, jedoch nicht von allen Entscheidungsträgern (und Militärs) internalisiert, so dass Tannenwald es als noch nicht völlig robustes, aber dennoch moralisch wirksames Tabu beschreibt.<sup>1065</sup> In diesen Fällen konnte das Einsatzverbot dennoch eine regulative Wirkung entfalten, da es für die weltweite Öffentlichkeit sowie wichtige Allianzpartner konstitutiv wirkte – sie hätten einen Einsatz von Nuklearwaffen ebenso als Tabubruch empfunden, wie der angegriffene Gegner. Somit rückte die Möglichkeit eines Einsatzes – verstärkt durch die Verlängerung des Zeitraums nuklearen *non-use* – immer weiter aus dem als akzeptabel betrachteten politischen Handlungsspektrum.

Wie auch das Einsatztabu besteht auch das *Besitzverbot* von Nuklearwaffen nach dem Ende des Kalten Krieges fort. Hinter dieser verkürzten Formel verbirgt sich das komplexe

<sup>1065</sup> Tannenwald, Nina 2007: *The Nuclear Taboo: The United States and the Non-Use of Nuclear Weapons Since 1945*, Cambridge, S. 2.

System nuklearer Hierarchien, in deren Rahmen legitimen *haves* hohes Prestige zuteil wird, während als illegitim angesehenen *have-nots* der Status von “nuklearen Irren” zugeschrieben wird und die *have-nots* insbesondere seit der Entfristung des NPT das Nachsehen haben, obwohl sie eigentlich als moralisch überlegen eingeschätzt werden sollten. Den “nuklearen Hohepriestern” ist es jedoch bisher gelungen, sich ihre Legitimität als “*responsible nuclear power*” zu sichern – auch, indem sie die Sonderstellung von Nuklearwaffen, deren Einsatz nur im äußersten Notfall und das für alle anderen geltende Besitztabu immer wieder betonen und stützen, sich also als Hüter des Tabus darstellen.

Eine Erosion des nuklearen Tabus könnte dementsprechend auf allen drei genannten Ebenen einsetzen. Anzeichen einer Erosion wären demnach...

- Nuklearwaffen ihres Sonderstatus zu berauben: Wie bereits in den 1950er Jahren geschehen, könnte dies durch den Versuch einer sprachlichen “Konventionalisierung” geschehen oder auch technisch, durch die Entwicklung kleinerer Waffen mit geringem *fallout*, die einen *clean use* ermöglichen sollen, gepaart mit dem Hinweis darauf, dass es irrational sei, auch solche Waffen unter das Tabu fassen zu wollen. Mit einer solchen Rhetorik würde “die Büchse der Pandora”, in der sich momentan sämtliche dieser Waffen befinden, geöffnet und ein kritischer Blick auf die Irrationalität der eigenen Tabuvorstellungen ermöglicht, was diesen sehr abträglich wäre. Hierzu würde auch der – sprachliche – Verweis zählen, dass ein Nuklearwaffeneinsatz nicht mehr unausweichlich in einer Katastrophe enden müsse – zwar würde ein angegriffener Staat sich über diesen weiterhin als solchen wahrgenommene Tabubruch empören, ohne Zweitschlagskapazität hätte dies jedoch geringere Folgen.
- der Bruch des Einsatztabus: Dies könnte durch eine “Salamitaktik” erfolgen, also z.B. durch den verstärkten Einsatz urangehärteter Munition, über zivile nukleare Sprengungen<sup>1066</sup> bis hin zum Abwurf von *mini-nukes*. Hierdurch könnte einerseits ein Gewöhnungseffekt eintreten und sich andererseits die Erkenntnis einstellen, dass sich das Tabu heutzutage nicht mehr von selbst rächt – die Folgen eines Einsatzes also möglicherweise irrational überdramatisiert wurden. Möglich wäre es aber auch, einen Einsatz öffentlich und ohne Rücksicht auf tabutypische Sprachregelungen zu diskutieren – und zwar nicht nur im Sinne einer Abschreckungstaktik, sondern auch innerstaatlich und ernsthaft.
- eine Neuinterpretation des Besitztabus: Denkbar, wenn auch enorm unwahrscheinlich, wäre es, den Besitz von Nuklearwaffen mit dem Verweis darauf, dass es sich um “ganz normale” Gefechtswaffen handle, allen Staaten freizustellen (was die Kündigung sämtlicher einschlägiger Rüstungskontrollverträge, inklusive NPT, beinhalten würde). Das Besitztabu könnte aber auch insofern verändert werden, als die *haves* auf die Festschreibung ihres Status pochen könnten – z.B. durch die Entwicklung neuartiger Nuklearwaffen oder die Wiederaufstockung der etwas dezimierten Arsenale, was den “Abstand” zwischen *haves* und *have-nots* wieder vergrößern

---

<sup>1066</sup> Falls diese technisch durchführbar werden sollten.



würde. Eine Uminterpretation des Besitztabus könnte jedoch auch darin bestehen, vermehrt auf den Status einer "verantwortungsbewussten" Nuklearmacht zu pochen und damit zu vermitteln, dass Nuklearwaffen nicht *per se* ein Problem sind, sondern erst zum Problem werden, wenn sie in die falschen Hände geraten.

Diese Anhaltspunkte werden im empirischen Kapitel als Folie dienen, um den argumentativen Verlauf der Erosion des nuklearen Tabus nachzuvollziehen.

### 5.3 Zwischenfazit: Gemeinsamkeiten und Unterschiede zweier globaler Tabus

Wie aus der bisherigen Lektüre vielleicht bereits deutlich geworden ist, weisen die beiden von mir untersuchten Tabus erhebliche Unterschiede auf, die im Folgenden diskutiert werden. Die daneben vorhandenen strukturellen Gemeinsamkeiten ergeben sich notwendigerweise aus den Kriterien, die ich der Fallauswahl zugrunde gelegt hatte: Beide Normen sind (bzw. waren) in den Vereinigten Staaten besonders stark internalisiert und konstitutiv für die Identität des Landes, sie weisen des Weiteren typische Tabu-Charakteristika nach dem Konzept Freuds auf. Diesem entsprechend regulieren beide Verbotsnormen vor dem Hintergrund vorausgegangener oder auch andauernder negativer Erfahrungen bestimmte Handlungspraxen (nämlich das Abwerfen von Nuklearwaffen sowie das Foltern von Menschen). Beide zielen auf die Kontrolle des potentiell in jeder Person (auch der eigenen) angelegten Begehrens ab, welches von der Faszination, (destruktive) Macht über andere Menschen auszuüben, herrührt. Während in einem Fall die vorhandene Macht das *vollständige physische Ausradieren* ganzer Städte bzw. sogar die Annihilation der gesamten Menschheit bedeuten kann, steht im anderen die *totale psychische Auslöschung* eines Individuums durch das Brechen seiner bzw. ihrer Persönlichkeit im Mittelpunkt. Dass diese Handlungen als Ausdruck des *absolut Bösen* gelten, rührt einerseits von der ihnen zugeschriebenen Irrationalität und andererseits von der kaum bestreitbaren unmenschlichen Grausamkeit her, die sich in ihnen manifestiert.

Aus Angst vor der Möglichkeit der Ausführung dieser Handlungen, deren Ausführung selbst sowie ihren Folgen, vor denen es die Gesellschaft durch Tabuisierung zu schützen gilt, sind Folter und Nuklearwaffen geächtet, wobei im Falle der Nuklearwaffen mit dieser Ächtung auch ihre Achtung als Totemobjekte einhergeht, für die es im Fall der Folter kein Pendant gibt. Grundet sich also die Faszination der nuklearen Technologie auf die Ästhetik der Waffen sowie insbesondere ihrer Explosionen und kann dem Totem nicht nur direkt durch zeremonielle Zurschaustellung, sondern auch indirekt durch das Aufgreifen von Bildmotiven wie dem Atompilz öffentlich gehuldigt werden, lässt sich für Folter das Gegenteil feststellen: Weder liegt ein Totem vor noch sind Symbole oder Visualisierungen der Handlung öffentlich präsentierbar und stilisierbar.<sup>1067</sup> Hier reicht die Tabuisierung des Themas soweit, dass eine direkte Auseinandersetzung, z.B. mit

<sup>1067</sup> Dies zeigt sich z.B. auch in der Bildsprache bekannter Filme: Während Atompilze häufiger auf der Leinwand zu sehen sind und das Bild eines auf einer Nuklearbombe reitenden Soldaten aus "Dr. Seltsam oder: Wie ich lernte, die Bombe zu lieben" beinahe jedem geläufig ist, werden Folterungen meist allenfalls angedeutet. So erregte während des Untersuchungszeitraums eine Szene des Films "Syriana", in der dem Hollywoodschauspieler George Clooney von Hisbollah-Mitgliedern gefoltert wird, großes Aussehen, mehrmals wurden Forderungen laut, die Szene herauszuschneiden.

Folterinstrumenten nur auf einer abstrakten, *historischen* Ebene oder aus einer sicheren *geographischen* Distanz heraus erträglich zu sein scheint. So ordnet der Besuch ehemaliger Folterkammern diese Praxis einer längst vergangenen Epoche zu, während aktuelle Bilder sie mit dem Zweck von *naming* und *shaming* in eine fremde und (zumindest in dieser Hinsicht) rückständige Kultur verweisen. In Abgrenzung zu dieser Skandalisierung und “Archaisierung” von Folter werden Nuklearwaffen – ebenfalls ausschließlich auf einer abstrakten Ebene – als ein Symbol militärischer, technischer und wissenschaftlicher Progressivität angesehen, das unabhängig von der tödlichen Wirkung der Waffe betrachtet werden kann und auf das nicht nur ForscherInnen, sondern ganze Nationen stolz sein können. Die besondere Mystik des nuklearen Tabus wird dabei durch die vorrangig strategischen Überlegungen geschuldete Verheimlichung des eigentlichen Forschungsprozesses noch erhöht, wohingegen das Nicht-Publizieren möglicherweise ebenso innovativer Foltermethoden eher dem Totschweigen des Themas generell entspricht: Die Vorstellung eines Staates, der sich als mit modernster Foltertechnik ausgestattet präsentiert, ist schlichtweg bizarr.

Folter eignet sich auch deshalb nicht als Statussymbol, weil ihr nicht die Funktion eines Schutzgeistes zugeschrieben wird – obwohl dies im Hinblick auf die Informationsgewinnung, z.B. über die Kriegsstrategie des Feindes, durchaus rational begründbar wäre – die der Aufbau eines Nukleararsenals qua Abschreckungslogik tatsächlich erfüllt. Kann man bei der nuklearen Nicht-Einsatz-Norm ihre rationale – eben abschreckungsbasierte – Komponente nicht von der Hand weisen, scheint es sich beim Folterverbot zumindest zum Teil um eine nachträgliche Rationalisierung zu handeln, indem der Verzicht auf Folter zum Bestandteil des Fundaments moderner Staatlichkeit erkoren wurde.<sup>1068</sup> Aus dieser Perspektive ist auch die im Vergleich mit anderen Menschenrechtsnormen ungewöhnlich starke rechtliche Kodifizierung des Folterverbots zu verstehen – dass im Falle des nuklearen Tabus keine direkte völkerrechtliche Festschreibung vorliegt, macht einen weiteren bedeutenden Unterschied der beiden Fälle aus.

Der unterschiedliche Rechtsstatus verhält sich interessanterweise genau umgekehrt zur Einhaltung der Normen: So wurde das Einsatzverbot in den letzten 60 Jahren niemals unterlaufen, Folterungen finden dagegen ständig statt. Auf der Ebene der diskursiven *compliance* kehrt sich das Verhältnis erneut um, denn während es für die Aufrechterhaltung des Folterverbots sowie für jeden Staat selbst zentral ist, uneingeschränkte Zustimmung zu einschlägigen Völkerrechtsnormen öffentlich und nachdrücklich zu bekunden, war der angedrohte Bruch des nuklearen Tabus jahrzehntelang ein bedeutender Teil offizieller staatlicher Sicherheitspolitik. Ein gewisser Grad an Denkbarekeit von nuklearen Einsätzen als *last-resort-option* musste schlichtweg bestehen, um die Glaubwürdigkeit der Abschreckungspolitik nicht zu untergraben und damit gleichzeitig die Einhaltung der Norm sicherzustellen. Angesichts der absoluten Gültigkeit des Folterverbots, das rechtlich und moralisch jede Ausnahme explizit untersagt, könnte eine solche Definierung von *ultima ratio*-Optionen dagegen den Anfang vom Ende der Norm bedeuten.

---

<sup>1068</sup> Zum Teil deshalb, da nicht zweifelsfrei festgestellt werden kann, ob die frühen Folterverbote tatsächlich v.a. dem Aufkommen einer neuen Staatsraison geschuldet waren und ob letztere nicht auch mit Ausnahmeregelungen von ersteren weiterbestehen könnte, wie es bis ins 19. Jahrhundert der Fall war.

Die beiden Normen unterscheiden sich nicht nur hinsichtlich ihrer Absolutheit, sondern, technisch bedingt, auch durch den Kreis ihrer Adressaten: Zwar ist das nukleare Tabu natürlich auch von denjenigen (bzw. verständlicherweise besonders von ihnen) als legitim und bewahrungswürdig anerkannt, denen die Option eines nuklearen Einsatzes mangels Verfügbarkeit der dafür notwendigen Nuklearwaffen gar nicht offen steht, die aber möglicherweise Ziel eines solchen Angriffs werden könnten. Unmittelbar gilt die Norm jedoch nur für einen kleinen Teil der Staatengemeinschaft, nämlich für die fünf im Sinne des NPT offiziellen und mindestens vier inoffiziellen Nuklearmächte, denn nur sie sind in der Lage, tatsächlich gegen das Tabu zu verstoßen. Im Gegenteil dazu ist das Folterverbot für alle Staaten von direkter Relevanz: Um zu foltern, muss man nicht notwendigerweise über hochentwickelte Technik verfügen, so dass Folter in jedem Staat – im Sinne technischer Machbarkeit – möglich ist. Möglich im Sinne der Legitimierbarkeit ist sie hingegen in keinem Staat der Welt, würden entsprechende Rechtfertigungsversuche doch einer Verabschiedung aus dem Kreis der zivilisierten Nationen gleichkommen. Genauso wird auch entlang der Einhaltung des nuklearen Tabus eine Dichotomie zwischen Zivilisiertheit und Barbarei konstruiert. Inhumanes Verhalten, wie beispielsweise das Foltern oder Töten von Unschuldigen, ist mit dem Status eines Mitglieds der Gemeinschaft zivilisierter Staaten genauso wenig vereinbar, wie mit dem positiven Selbstbild einer Nation.

Für die Identität der USA sind beide Normen – jedoch aus ganz unterschiedlichen Gründen – von besonderer Bedeutung: Die Herausbildung des vergleichbar jungen nuklearen Tabus steht in engem Zusammenhang mit der internationalen Vormachtstellung der Vereinigten Staaten und ist gewissermaßen ein “Urprodukt” des modernen Amerika, das die Atombombe zuerst entwickelt und als einziges Land eingesetzt hat sowie noch heute eine der beiden größten Nuklearmächte ist. Im Gegensatz zu diesen inländischen Entwicklungen handelt es sich beim Folterverbot um eine wesentlich ältere und in dreifacher Hinsicht “importierte Norm” – durch die Anlehnung an englisches Recht, die biographischen Hintergründe der frühen Einwanderer sowie die Identifikation mit den Idealen der (kontinentaleuropäischen) Aufklärung. Aufgrund der Übernahme zur Zeit der Staatsgründung wurde gerade diese Norm zu einem Kernbestandteil der sich herausbildenden US-amerikanischen Identität, was sich insbesondere in den Bestrebungen der politischen Elite des Landes nach dem Zweiten Weltkrieg niederschlug, diese Norm zu universalisieren. Angesichts der sich im Bewusstsein der Politik, der Wissenschaft, des Militärs und der Öffentlichkeit eingebrannten Präzedenzfälle kann die Entstehung des nuklearen Tabus vor dem Hintergrund gesamtgesellschaftlicher Ablehnung nur bedingt auf Leistungen einzelner *norm entrepreneurs* zurückgeführt werden. Das jahrhundertelange Anschreiben von Normverfechtern gegen Folter war hingegen für die Etablierung zunächst nationaler Verbote ausschlaggebend. Ihre Argumente sollten aber auch Denken und Diskurs der Bevölkerung wie der Regierenden bis ins 20. Jahrhundert prägen, was sich schließlich in der völkerrechtlich Ächtung von Folter niederschlug.

In Anbetracht der absoluten Geltung des Folterverbots, das keinerlei juristische Ausnahmen kennt, würde diese bereits durch den Versuch der *öffentlichen Legitimierung* eines Einzelfalls untergraben. Ein wichtiges Anzeichen für den Bruch des Foltertabus wäre also ein argumentativer Austausch über die Möglichkeit einer *Legalisierung* dieser Praxis, in dem auch Argumente *für* Folter als rational begründbar anerkannt würden. Da das nukleare

Einsatzverbot hingegen niemals rechtlich festgeschrieben wurde und als *ultima ratio* schon immer – theoretisch – auch völkerrechtlich gerechtfertigt werden konnte, kann eine Tabuschwächung also auch nicht an der Definierung von Ausnahmeregelungen festgemacht werden (wobei eine Ausweitung der letzteren einen Hinweis darstellen könnte). Zentral wäre in diesem Fall vielmehr eine Hinterfragung der besonderen Natur von Nuklearwaffen, das Verwischen der *bright line* zwischen *weapons of last resort* und konventionellen Waffen, indem, wie auch bei Folter, darauf verwiesen würde, dass neue Formen von Nukleareinsätzen gerade im Vergleich zu anderen Waffen aus rationalen Überlegungen geboten werden. Ernsthaft geführten Diskussionen über eine Legalisierung von Ausnahmeregelungen im einen Fall stünde also die diskursive *Konventionalisierung* im anderen gegenüber. In beiden Fällen brächten Debatten über solche Optionen sowohl eine Ausweitung der Denkräume der beteiligten Akteure zum Ausdruck, für die das Hinterfragen des Tabus wieder *denkbar* geworden wäre, als auch deren erweiterten Handlungsspielraum im Hinblick auf den Einsatz von Folter und Nuklearwaffen.

## 6. Erosion zweier internationaler Tabus<sup>1069</sup>

Die beiden folgenden Fallstudien zur Erosion des Folterverbots und des nuklearen Tabus sprechen in Bezug auf die Frage, ob internalisierte Normen erodieren können, für sich. An dieser Stelle sei deshalb nur der Hinweis vorangestellt, dass die Debatten, die zur Schwächung der beiden Tabus führten, völlig unterschiedlich geführt wurden – hinsichtlich ihrer Intensität, der Anzahl der beteiligten Akteursgruppen, dem Nebeneinander öffentlicher und regierungsinterner Auseinandersetzungen und insbesondere hinsichtlich der Fragestellungen, die den Diskussionen zu Grunde lagen. Letztere änderten sich in der Folterdiskussion kaum – hier stand von 2001 bis 2009 die Frage im Zentrum, ob es legitim sei, Terrorverdächtige zu foltern oder nicht. Im Gegensatz dazu wurde die Erosion des nuklearen Tabus in verschiedenen Unterdiskursen vorangetrieben, die sich teilweise zeitlich und thematisch überlappten, teilweise recht isoliert auftraten – und die auch verschiedene Ebene des komplexen nuklearen Tabus betrafen.

Aufgrund der großen Unterschiede der Debatten habe ich mich entschlossen, auch die beiden folgenden Unterkapitel völlig unterschiedlich aufzubauen. Dies mag bei der Präsentation mehrerer Fallstudien unüblich sein, ist jedoch aus meiner Sicht die beste Möglichkeit, den beiden Fällen in ihrer Unterschiedlichkeit gerecht zu werden und meinen LeserInnen die jeweiligen Erosionsprozesse zu erläutern.

Der Hauptteil der Fallstudie zur Erosion des Folterverbots ist zweigeteilt: In einer chronologischen Übersicht wird zunächst der Erosionsprozess anhand der Intensität der geführten Debatte und anhand der beteiligten Akteursgruppen geschildert. Danach gehe ich auf die, immer um die Hauptfrage, wie die Normerosion möglich wurde, kreisenden, verschiedenen Argumentationsweisen der FolterbefürworterInnen und –gegnerInnen ein.

Der Hauptteil der Fallstudie zur Erosion des nuklearen Tabus ist ebenfalls zweigeteilt, jedoch mit einer anderen Struktur: In einem ersten Teil stelle ich die 11 Unterdiskurse vor, die mir für den Erosionsprozess am wichtigsten erschienen – und zwar ohne hier eine Trennung in chronologischen Ablauf einerseits und Argumentationsweisen andererseits vorzunehmen, da beide Faktoren zu eng miteinander verknüpft sind.<sup>1070</sup> In einem zweiten Teil stelle ich anhand von Grafiken dar, in welcher Beziehung die 11 Unterdiskurse zueinander stehen und auf welcher “Ebene” (Sonderstellung, Besitz- oder Einsatztabu) sie das nukleare Tabu angreifen.

<sup>1069</sup> Jeweils einige Abschnitte der Unterkapitel 6.2.2 (und hier insbes. der Teile „A new nuclear world“, „Die Nuclear Posture Review und ihre Folgedokumente“ und „Zankapfel ‚RNEP‘“) und 6.2.3 (hier insbes. der Teile „Die Sonderstellung von Nuklearwaffen“ und „Das Sprachtabu“) beruhen auf Kapiteln, die Elvira Rosert für unsere Magisterarbeit verfasst hat. Die Unterkapitel sind jedoch grundlegend überarbeitet worden.

<sup>1070</sup> Die Anzahl von 11 berücksichtigten Unterdiskursen hat sich aus der von mir gesichteten Literatur ergeben: Es sind wichtige Themen, auf die in den ausgewerteten Dokumenten immer wieder angesprochen wurden – teilweise über den gesamten Forschungszeitraum, teilweise über einige Monate hinweg.

Trotz dieser Unterschiede weisen die beiden Fälle doch einige Gemeinsamkeiten auf, die ich im anschließenden Zwischenfazit diskutieren werde.

## 6.1 Erosion des Folterverbots<sup>1071</sup>

*“In thinking about the cycles in which torture appears and disappears, one is struck as much by its disappearance in the past as by its appearance today. (...) [I]mages of torture belong to an age before science and reason. Long considered a taboo for Western culture, the reintroduction of the world and the practice have an eerie quality, as if it is a secret from the past.”<sup>1072</sup>*

Vor dem Hintergrund des vorangegangenen Kapitels über die Entstehung und heutige Wirkung des absoluten Folterverbotes soll den LeserInnen im Folgenden ermöglicht werden, dessen rasche Erosion in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts nachzuvollziehen. Hierzu wird kein vollständiger Überblick über die ausgewerteten Dokumente gegeben, sondern der Erosionsprozess aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet, wobei die einzelnen Unterkapitel jedoch aufeinander aufbauen: Einer Übersicht über den ungefähren zeitlichen Ablauf der Debatte, deren Fehlen in den 1990er Jahren und Höhepunkten nach dem 11. September 2001 (6.1.1), folgt eine über die wichtigsten Protagonisten, die den Diskussionsprozess maßgeblich vorangetrieben haben – wobei hier kaum von geschlossenen Akteursgruppen die Rede sein kann, da deren VertreterInnen in der Folterfrage oftmals konträre Positionen einnehmen (6.1.2). Daran anschließend werden die häufigsten Argumente für und gegen den Fortbestand der absoluten Gültigkeit der Norm vorgestellt sowie vor dem Hintergrund der beschriebenen Akteure und theoretischer Überlegungen eingeordnet (6.1.3). Im Fazit dieses zweiten Teils der Folterfallstudie (6.1.4) wird diskutiert, inwiefern der Erosionsprozess den zuvor beschriebenen Kriterien für eine Schwächung des Tabus tatsächlich entspricht und welche Aspekte der Diskussion besondere Anhaltspunkte dafür bieten können, wie die Erosion der Norm möglich wurde.

### 6.1.1 Zeitraum und Ablauf der Debatte

*“The world community had reached a point believed to be one of no return with respect to allowing governments to practice torture, either as a matter of policy or by the agents of governments as a matter of practice. But the point of no return was breached by the United States in the post-9/11 era with the advent of officially authorized practices of torture...”<sup>1073</sup>*

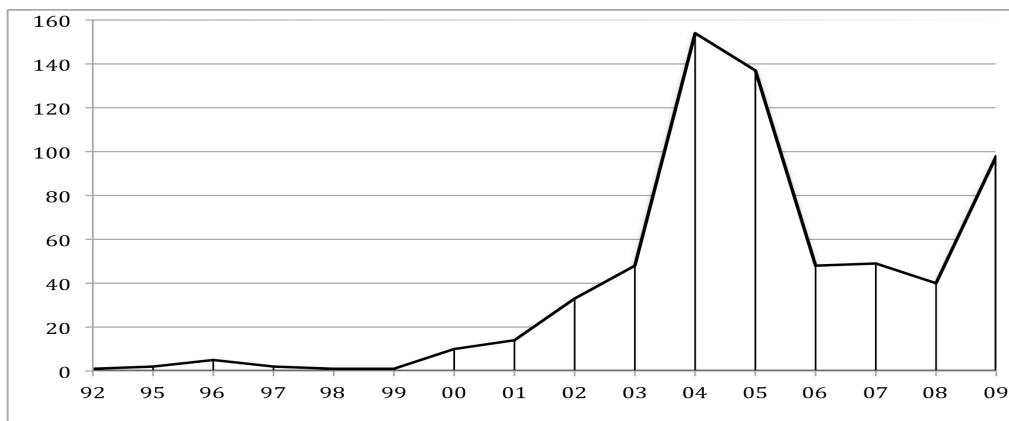
<sup>1071</sup> Das folgende Kapitel basiert in Teilen auf dem entsprechenden Abschnitt meiner Magisterarbeit, welche allerdings nur den Untersuchungszeitraum 1995 bis 2004, sowie 2005 kursorisch, erfasste und auch bezüglich auf diesen Zeitraum weit weniger ausführlich war.

<sup>1072</sup> Greenberg, Karen J. 2006: Introduction: The Rule of Law Finds Its Golem: Judicial Torture Then and Now, in: Greenberg, Karen J. (Hrsg.): The Torture Debate in America, Cambridge, S. 1-9, hier S. 5.

<sup>1073</sup> Bassiouni, M. Cherif 2006: Great Nations and Torture, in: Greenberg, Karen J. (Hrsg.): The Torture Debate in America, Cambridge, S. 256-260, S. 258.

Zunächst ist im Hinblick auf die Diskussion über das Folterverbot festzustellen, dass diese sehr breit geführt wurde und in ihrem Verlauf nahezu alle Formen gesellschaftlicher Gruppierungen – von Anwaltskammer und Ärztelobby bis zu Zeitungsverlegern und Zeithistorikern – erfasste. Entsprechend umfangreich war die untersuchte Datenmenge: Von den insgesamt 9.859 Treffern der Jahrgänge 1995 bis 2009 der *New York Times*, der *USA Today* und des *Wall Street Journals* wurden insgesamt 1.170 Artikel in die Analyse einbezogen, wobei die hohe Trefferzahl eine Unterscheidung in besonders wichtige (“direkt relevante”) Dokumente (566) und eher für die Hintergründe der Argumentation bedeutende (“indirekt relevante”) Artikel (604) erforderlich machte, welche weniger aufwendig ausgewertet wurden. Hinzu kamen 83 Verweisdokumente.<sup>1074</sup> Obwohl ich auf eine Auswertung der *Washington Post* verzichtet habe, lag die Anzahl direkt relevanter Dokumente mit 649 dennoch höher, als die bei der Fallstudie zur Erosion des nuklearen Tabus (mit 608 genau analysierten Dokumenten).

Entsprechend der Ausweitung der Debatte auf viele neue DebattenteilnehmerInnen stieg die Anzahl der veröffentlichten Artikel zum Thema Folterverbot nach 2001 kontinuierlich an. Einen Eindruck von dieser Entwicklung vermittelt die folgende Darstellung, deren Angaben zwar nicht als exakt missverstanden werden sollten,<sup>1075</sup> anhand derer sich aber deutlich ablesen lässt, dass der Verlauf der Debatte an einige zentrale Ereignisse geknüpft war.



**Abb. 1: Verteilung als direkt relevant eingestufte Dokumente zur Folterdiskussion**

<sup>1074</sup> Die Verweisdokumente waren unterschiedlichster Art: Neben einigen Artikeln nicht untersuchter Zeitungen wurden u.a. einige *hearings* und Reden von Regierungsmitgliedern sowie offizielle Untersuchungsberichte und Anklageschriften von Menschenrechts-NGOs ausgewertet.

<sup>1075</sup> Die Zahlen sollten deshalb nicht absolut genommen werden, da sich z.B. die in Artikeln aufgeführten Argumente derart häufig wiederholten, dass sie nicht mehr als direkt, sondern nur noch als indirekt relevant gezählt wurden. Darüber hinaus wurden nach dem Losbrechen der Diskussion über die absolute Gültigkeit des Tabus selbst einige Entwicklungen vernachlässigt, die für den Nachweis der Internalisierung der Norm vor dieser Zeit wichtig gewesen waren (etwa Klagen über Menschenrechtsverletzungen in anderen Staaten), so dass die Trefferzahl nach 2001 noch höher hätte ausfallen können.

*Vor dem 11. September 2001: letzte Schritte bei der Internalisierung des Folterverbots*“*Are you nuts?*”<sup>1076</sup>

Auffällig, wenn auch meinen Annahmen entsprechend, ist zunächst, dass in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre kaum Treffer zu verzeichnen waren. In den wenigen Artikeln, die das Thema Folter in oder durch die USA zum Thema hatten, wurde die Gültigkeit der Norm nicht infrage gestellt, vielmehr hoben sie Schritte zu einer (noch) stärkeren Internalisierung der Norm lobend hervor. So stand die Unterzeichnung des *Torture Victim Protection Act* 1992 durch George H. Bush im Einklang mit seinem “*strong and continuing commitment to advancing respect for and protection of human rights throughout the world*”, wobei die Forderung, dass “[t]he United States must continue its vigorous efforts to bring the practice of torture and other gross abuses of human rights to an end wherever they occur”<sup>1077</sup> damals wohl kein Lippenbekenntnis war. Denn der Beginn des eigentlichen Untersuchungszeitraums Mitte der 1990er Jahre war von dem Streben geprägt, die letzten “institutionellen Sümpfe” der Geheimdienste sowie (kleiner) Teile von Armee und Polizei, in denen – verborgen vor den Augen der Öffentlichkeit – noch Folterungen stattgefunden hatten, endgültig trocken zu legen. Sowohl das Bekanntwerden eines Armeehandbuchs, welches in bestimmten Verhörsituationen Folterungen nahe legte und bei der Ausbildung von Militärs in “befreundeten” lateinamerikanischen Staaten bis in die 1980er Jahre eingesetzt worden war, wie auch ein Fall besonders brutaler Misshandlungen eines verhafteten Einwanderers durch die New Yorker Polizei, Abner Louima, lösten gleichzeitig heftige öffentliche Proteste und politische Reformanstrengungen aus.<sup>1078</sup>

Für eine internalisierte, affektive Ablehnung von Folterungen spricht auch, dass letztere im Hinblick auf andere Staaten immer wieder kritisiert wurden und mehrfach zu einer Kürzung oder Einstellung von Entwicklungshilfeszahlungen führte. Selbst im Fall erster Terroranschläge Ende der 1990er Jahre wurde Folter nicht als Option wahrgenommen, sondern im Gegenteil der verfassungsgemäße Umgang mit dem Drahtzieher des *Oklahoma*

<sup>1076</sup> Antwort eines US-amerikanischen Geheimdienstagenten auf die Frage eines arabischen Kollegen, ob man einen Gefangenen mit Folter zum Reden bringen solle (im Juli 2001). Zitiert nach: Glanz, James 2004: *Torture Is Often a Temptation And Almost Never Works*, in: NYT, 09.05.2004.

<sup>1077</sup> Rede George H. Bushs bei der Unterzeichnung des *Torture Victim Protection Act* von 1991 am 12. März 1992.

<sup>1078</sup> Die auch vor dem Hintergrund von bekannt gewordenen Folterfällen während der 1980er Jahre in Guatemala gemachte Ankündigung des neuen CIA-Chefs, John Deutch, er wolle dafür sorgen, dass jeder seiner Mitarbeiter “*American interests and American values at heart*” habe, wurde ebenso ernst genommen, wie die Vorschläge diverser Untersuchungskommissionen zum Verhalten der New Yorker Polizei insbesondere im Umgang mit Minderheiten (zitiert nach Weiner, Tim 1995: *New C.I.A. Chief Wants to Revamp U.S. Spying Overseas*, in: NYT, 13.07.1995). Im Hinblick auf den ersten Fall wurden keinerlei Rechtfertigungsversuche seitens der Geheimdienste vorgebracht, vielmehr die Vorwürfe, das gezeigte Verhalten sei “*unacceptable in the intelligence service of a democratic society*” widerspruchslös “geschluckt“. Im zweiten Fall forderte ein Anwalt der beschuldigten New Yorker Polizeibeamten lediglich, die Gerichtsverhandlungen außerhalb der Stadt abzuhalten, um trotz der großen öffentlichen Proteste ein faires Verfahren für seine Mandanten garantieren zu können (*Editorial* der *New York Times* vom 18. August 1996 unter dem Titel “*Making the C.I.A. Accountable*” und Artikel der *New York Times* vom 17. Februar 1999 mit dem Titel “*Louima Case Jeopardized, Lawyers Say*”).



*City Bombings*, Timothy McVeigh, den zu diesem Zeitpunkt in eine Folterdebatte vertieften Israelis als Gegenbeispiel vor Augen geführt. Ebenso wurde auf die Folterungen der des Anschlags auf die kenianische US-Botschaft Verdächtigten in Nairobi entsetzt reagiert – und noch bis kurz vor “9/11” schien diese Haltung selbst Geheimdienstagenten selbstverständlich, wie das Eingangszitat zeigt.

Die Primärquellen unterstützen jedoch nicht nur die Annahme einer Internalisierung der Norm innerhalb der USA, darüber hinaus spiegelt sich in vielen der Artikeln aus den 1990er Jahren auch die Einstellung, mit dem Ende des Kalten Krieges sei nun weltweit das “Zeitalter der Menschenrechte” angebrochen,<sup>1079</sup> als dessen wichtigste Vorboten die Festnahme Augusto Pinochets 1998 und auch die als humanitäre Intervention aufgefassten Angriffe auf Jugoslawien gesehen wurden. Als besonderen Beitrag der USA zu dieser Entwicklung wurde die Zunahme von Fällen gewertet, die gegen ausländische Menschenrechtsverbrecher unter dem *Alien Tort Claims Act* verhandelt wurden.<sup>1080</sup> Im September 1996 gestand ein US-amerikanisches Gericht einem Folteropfer erstmals zu, einen Staat (Argentinien) anklagen zu können, im Herbst 2000 kamen u.a. zwei große Verfahren gegen Li Peng, der in seiner damaligen Funktion als chinesischer Premierminister das Massaker auf dem Tiananmen-Platz mitangeordnet hatte, und den früheren bosnischen Führer Radovan Karadzic hinzu. Auch wenige Stunden nach den Anschlägen vom 11. September 2001 bestand Außenminister Colin Powell darauf, die Unterzeichnung der *Inter-American Democratic Charter*, deren zweites Kapitel ein Folterverbot enthält, auf einer Konferenz der OAS in Lima vorzuziehen, damit er noch seine Unterschrift leisten konnte – dies sei “*the most important thing I can do before departing to go back to Washington, DC,*” so Powell.<sup>1081</sup>

Insgesamt bestätigen also die Primärquellen aus der Zeit vor “9/11” die bereits anhand der Sekundärliteratur in Kapitel 5.1.2 gewonnene Vermutung, dass das Foltertabu in den USA quer durch alle Gesellschaftsschichten internalisiert war, als positiver Bestandteil der eigenen Identität gewertet und Fälle von *non-compliance* ebenso selbstverständlich skandalisiert, wie diese von Seiten der Täter nicht zu rechtfertigen versucht wurden.

#### *Nach dem 11. September 2001: “Time to think about torture”*

*“It’s a new world, and survival may well require old techniques that seemed out of the question.”<sup>1082</sup>*

<sup>1079</sup> So eröffnete David Rieff 1999 einen Gastbeitrag in der *New York Times* mit den Worten “*The age of human rights is upon us.*” Rieff, David 1999: *The Precarious Triumph of Human Rights*, in: NYT, 08. August 1999.

<sup>1080</sup> Vgl. etwa Sullivan, John 2000: *The World; American Justice Tackles Rights Abuses Abroad*, in: The NYT, 03.09.2000.

<sup>1081</sup> Zitiert nach Amnesty International 2003: *United States of America: Memorandum to the US Government on the rights of people in US custody in Afghanistan and Guantanamo Bay*, S. 34. Der Text der OAS-Charta findet sich online unter: <[http://www.oas.org/dil/treaties\\_A-41\\_Charter\\_of\\_the\\_Organization\\_of\\_American\\_States.htm](http://www.oas.org/dil/treaties_A-41_Charter_of_the_Organization_of_American_States.htm)>, rev. 02.02.2012.

<sup>1082</sup> Titel und Untertitel eines Gastbeitrags des *Newsweek*-Herausgebers Jonathan Alter in der *New York Times* vom 05. November 2001.

Wie das Eingangszitat zeigt, erschienen die ersten Artikel, die deutlichen Rufe nach einer Einschränkung der Gültigkeit des Folterverbots wiedergaben, im Oktober und November 2001, wobei deren AutorInnen den Beginn der Debatte unter den US-BürgerInnen noch einige Wochen früher – und damit direkt nach den Ereignissen vom 11. September 2001 – verorteten. Diese (an der Anzahl veröffentlichter Artikel gemessen) noch recht beschränkte Debatte weitete sich insbesondere im März 2002 und 2003 zeitweise aus, nämlich jeweils nach der Festnahme bedeutender Schlüsselpersonen des *al Qaida*-Netzwerkes durch das US-Militär. Ab diesem Zeitpunkt wurde die Frage, ob man Folter vor dem Hintergrund der Ereignisse von “9/11” wieder erlauben sollte, nur noch teilweise abstrakt geführt und vielfach mit der konkreten Frage verknüpft, wie man Abu Zubaidah, den ab November 2001 angeblich höchsten Militärstrategen der *al Qaida* und Khalid Shaikh Mohammed, den mutmaßlichen Architekten der Anschläge am 11. September 2001, sicherheitsrelevante Informationen abringen könnte. Obwohl sich nun mehr Akteure an der Debatte beteiligten, als direkt nach “9/11”, blieb die Berichterstattung auf vereinzelte Artikel begrenzt, die noch nicht aufeinander Bezug nahmen. Selbst die Eröffnung des ersten Gefangenenlagers in *Guantanamo Bay* auf Kuba, *Camp X-Ray*, im Januar 2002 rief noch vergleichsweise wenige KritikerInnen auf den Plan. Mehr Aufmerksamkeit zog dagegen die Veröffentlichung einer Monographie von Alan Dershowitz, Rechtswissenschaftler an der Universität Harvard, mit dem Titel “*Why Terrorism Works*” auf sich: Insbesondere die Argumente des Autors für eine ernsthafte Erwägung des Einsatzes von Folter im Kampf gegen den Terrorismus und die Vereinbarkeit dieser Maßnahme mit dem Selbstverständnis einer modernen Demokratie erfuhr im Verlauf des Jahres im Rahmen von Rezensionen über die untersuchten Zeitungen hinaus (kritische) Würdigungen.<sup>1083</sup>

Dennoch fiel die mit Abstand größte Anzahl relevanter Artikel (wie zu erwarten war) auf die Zeit nach der Veröffentlichung erster Bilder aus dem Bagdader *Abu Ghraib*-Gefängnis, welches die US-Truppen bereits kurz nach dem Fall Bagdads wiedereröffnet hatten (die Bilder selbst stammen aus dem Herbst 2003). Wie so oft trug erst eine Visualisierung der Geschehnisse zu einer nunmehr rasanten Ausbreitung der Debatte bei: Nachdem die Fotos von Misshandlungen am 28. April 2004 in der CBS-Sendung “*60 Minutes*” gezeigt worden waren, machten sie weltweit Schlagzeilen – wobei in den USA sofort eine Debatte darüber aufflammte, ob man die schockierenden Bilder überhaupt hätte zeigen dürfen.<sup>1084</sup>

---

<sup>1083</sup> S. Dershowitz, Alan D. 2002: *Why Terrorism Works. Understanding the Threat, Responding to the Challenge*, New Haven.

<sup>1084</sup> Selbst Donald Rumsfeld versuchte sein Versäumnis, auf bereits seit längerem vorliegende Berichte insbesondere des Roten Kreuzes über die Zustände in *Abu Ghraib* zu reagieren, mit dem Hinweis zu rechtfertigen, erst die Bilder hätten ihm das Ausmaß der Katastrophe vor Augen geführt, vgl. Bernstein, Carl 2004: *History lesson: GOP must stop Bush*, in: *USA Today*, 24.05.2004. Aufgrund des vielfachen Nachdrucks der Bilder auch in Deutschland kann auf eine Beschreibung im Rahmen dieser Arbeit – ganz im Sinne des Tabus – wohl verzichtet werden. Der weitaus größere und (wahrscheinlich) noch weit

Die laufende Folterdiskussion kreiste nur noch um diese Aufnahmen, wobei in der überwiegenden Mehrzahl der Artikel NormbefürworterInnen ihr Entsetzen zum Ausdruck brachten, während andere Stimmen die Ereignisse als bedauerliche Einzelfälle oder gar als normales Kriegsgeschehen einordneten. Sprachlich offener wurde die nun zunehmend an Schärfe gewinnende Diskussion in den folgenden beiden Monaten, v.a. durch das Bekanntwerden diverser, zunächst geheim gehaltener Memoranden aus den inneren Zirkeln der US-Administration, in denen eine Reihe umstrittener Verhörmethoden zu legalen Mitteln im Kampf gegen den Terrorismus erklärt, eine neue, extrem enge Definition von Folter entwickelt und einschlägige internationale Abkommen in diesem Zusammenhang als irrelevant eingestuft worden waren. In diese Zeit fielen zahlreiche *hearings* sowie die Publikation mehrerer detaillierter Berichte über die Ereignisse, die zu dem Skandal um *Abu Ghraib* geführt hatten und über evtl. Zusammenhänge dieser Missstände mit den publizierten *memos*.<sup>1085</sup>

Dass die Debatte gegen Ende des Sommers 2004 in Medien und Politik recht schnell abebbte, ist insofern erstaunlich, als in die letzten Monate des Jahres 2004 eine Reihe von Klagen über die Zustände im US-Gefangenenlager *Guantanamo Bay* auf Kuba fielen, die jedoch weder Proteststürme auf Seiten der BefürworterInnen der Norm, noch Rechtfertigungsversuche auf Seiten ihrer GegnerInnen zur Folge hatten. Anfang 2005 erklärte die *New York Times* die Diskussion für tot.<sup>1086</sup> Erst als die europäischen Verbündeten der USA im Kampf gegen den Terrorismus<sup>1087</sup> offen für die Schließung von „*Gitmo*“ eintraten und dies in der Bezeichnung des Lagers als „*gulag of our times*“ durch die damalige Generalsekretärin von *Amnesty International* ihren Widerhall fand,<sup>1088</sup> lebte die Diskussion Ende Mai / Anfang Juni 2005 wieder auf, wobei die Empörung über die Zustände in *Guantanamo* nur wenig hinter der über die *Abu Ghraib*-Bilder zurückblieb. Anders als im Jahr

---

schockierendere Teil der Aufnahmen wird weiterhin unter Verschluss gehalten, was nach der Amtsübernahme Obamas zu Kontroversen führte (vgl. S. 307 der Arbeit).

<sup>1085</sup> Zu nennen sind hier insbesondere die beiden innerhalb des US-Militärs angefertigten Berichte, der sog. „*Taguba Report*“, online unter: <<http://news.findlaw.com/nytimes/docs/iraq/tagubarpt.html>>, rev. 02.02.2012 und der sog. „*Fay Report*“, online unter: <[news.findlaw.com/hdocs/docs/dod/fay82504rpt.pdf](http://news.findlaw.com/hdocs/docs/dod/fay82504rpt.pdf)>, rev. 02.02.2012. Einen wesentlich breiteren Fokus wählten die vom DOD unabhängigen Autoren des sog. „*Schlesinger Report*“, online unter: <<http://www.defenselink.mil/news/Aug2004/d20040824finalreport.pdf>>, rev. 02.02.2012), dessen Inhalt deshalb unten diskutiert wird, vgl. S. 284f. der Arbeit.

<sup>1086</sup> Vgl. etwa einen Leserbrief in der NYT, der am 02. März 2005 unter dem Titel „*Silence on Torture*“ erschien: „*Where is the outcry from the media regarding this despicable policy [Festhalten von Gefangenen in Guantanamo, SoSchi]? Where are all the enlightened conservatives who decry America's eroding values? I would like to believe that they are sincere in their beliefs, but their silence on this matter speaks volumes about where their true interests lie.*“

<sup>1087</sup> Die Mehrzahl der US-amerikanischen Quellen fasst die Gegenmaßnahmen der USA und ihrer Verbündeten in Folge des 11. September 2001 unter dem Stichwort *War on Terror* zusammen, während sie in Deutschland meist als „Kampf“ (und nicht „Krieg“) gegen den „Terrorismus“ (und nicht den auf die Beteiligung von Staaten hinweisenden „Terror“) bezeichnet werden. Auch aus normativen Gründen habe ich mich für die vom Originalbegriff abweichende deutsche Variante entschieden, ebenso wie für die Einordnung der Ereignisse von „9/11“ als „Anschläge“ und nicht als „*attacks*“.

<sup>1088</sup> Zitiert nach einem *Editorial* der *New York Times* vom 06. Mai 2006 dem Titel „*Un-American by Any Name*“.

zuvor wurde jedoch rhetorisch weniger scharf geschossen und ein Teil der ehemaligen BefürworterInnen einer Beibehaltung der absoluten Gültigkeit des Folterverbots begann laut über die Notwendigkeit einiger "harter Verhörmethoden" nachzudenken.<sup>1089</sup> Im Verlauf des Jahres wurde die sich abschwächende Debatte zunehmend zu einem juristischen Gezerre über mittelbar mit der Folterfrage verknüpfte Rechtsfragen (wie die, ob vermutlich durch Folter erpresste Geständnisse vor Gericht verwendet werden dürften oder ob der Kongress die Regierung zur Freigabe von weiteren Fotos aus *Abu Ghraib* zwingen könne) – wobei der Subtext dieser Kontroversen, nämlich das Machtgerangel insbesondere zwischen US-Kongress und US-Präsidenten sowie der Justiz als Nebenakteur, immer deutlicher expliziert wurde. Den Höhepunkt dieser Machtkämpfe um die Folterfrage, an dem auch wieder breitere Teile der Öffentlichkeit Interesse zeigten, bildete die Debatte über ein neues nationales Gesetz zur Einschränkung von Verhörmethoden bei *jeglichen* Gefangenen in US-Gewahrsam im Winter 2005/2006, dem "*Amendment on (1) the Army Field Manual and (2) Cruel, Inhumane, Degrading Treatment, Amendment #1977*", das nach dessen Initiator, Senator John McCain, kuez als *McCain Amendment* bezeichnet wird. Die Folterdiskussion während der letzten Jahre der Bush-Regierung, in denen (im Vergleich zu den Debattenjahren 2004/2005) nur noch ein Bruchteil relevanter Artikel erschien, waren v.a. von Personalfragen geprägt – v.a. solche, die den FoltergegnerInnen entgegen kamen, wie die Rücktritte von Verteidigungsminister Rumsfeld und *Attorney General* Gonzales sowie die Festlegung auf Präsidentschaftskandidaten, die sich explizit gegen Folter ausgesprochen hatten. Daneben spitzte sich die schon länger geführte Kontroverse darüber, welche "Verhörtechniken" als Folter einzustufen seien und welche nicht, immer mehr auf das sog. *waterboarding* zu, welches zu einer Art Platzhalter der Gesamtdebatte avancierte.<sup>1090</sup>

Überraschenderweise ebte die Folterdebatte nach der Wahl Barack Obamas Ende 2008 keineswegs ab, sondern erreichte im Gegenteil noch einmal beinahe die Intensität der Jahre 2004/2005: Während die FoltergegnerInnen Obama zunächst als großen Reformier feierten, welcher die USA in der Folterfrage wieder auf den richtigen Weg zurückführen würde, bis Ende 2009 jedoch immer verbitterter wurden, da die Politik Obamas in dieser Frage allzu häufig der seines Amtsvorgängers ähnele, warnten die FolterbefürworterInnen zunächst vor einem Verbot "verschärfter Verhörmethoden", um dann zunehmend hämisch festzustellen, dass Obama viele seiner Anti-Folter-Versprechen nicht einlöste. Gegenstand dieser Auseinandersetzung war nicht nur die Frage der Reform oder Fortsetzung der "Folterpolitik" der Bush-Administration, sondern auch die einer (juristischen) Aufarbeitung der Folterfälle der letzten Jahre, die die neue US-Regierung ablehnte. Im Gegensatz zur

<sup>1089</sup> Dies tat selbst der ehemalige Herausgeber der sonst gegen jegliche Form "verschärfter Verhörmethoden" wetternden *New York Times*, Joseph Lelyveld, in einem mehr als 8.000 Worte umfassenden Essay, der am 12. Juni 2005 unter dem Titel "*Interrogating Ourselves*" in der NYT veröffentlicht wurde. Ich lehne diesen Begriff ab, muss ihn hier aber dennoch verwenden, um die Debatte darstellen zu können.

<sup>1090</sup> *Waterboarding* ist eine Technik des simulierten Ertrinkens und seit der Inquisition eine der weltweit am meisten verbreiteten Foltermethoden.

Nukleardiskussion in den USA zeichnete sich in Bezug auf Folter also allenfalls eine leichte Verschiebung, nicht jedoch eine eindeutige Retabuisierung ab. Als Symbol des fehlgeschlagenen Retabuisierungsversuches kann das Gefangenenlager *Guantanamo Bay* gelten, in denen viele der umstrittenen Foltermethoden entwickelt und angewendet wurden und das Obama innerhalb seines ersten Amtsjahres zu schließen versprochen hatte. Dieser symbolische Schritt ist bis heute nicht erfolgt.

Über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg war die Folterdebatte, insbes. der Diskussionsstrang über die Gefangenen in *Guantanamo Bay*, sehr eng mit der über den Status der Inhaftierten als Kriegsgefangene (engl. *Prisoners of War*, kurz POWs) im Sinne der Genfer Konventionen verknüpft. Auch ein Großteil der *memos* der US-Administration kreiste um die Frage, wie man die Einordnung der Gefangenen in diese Kategorie juristisch umgehen könne.<sup>1091</sup> Ich habe versucht, hier so weit wie möglich eine (künstliche) Trennung der Diskussion vorzunehmen und die Frage des POW-Status nur anzusprechen, wenn es zum Verständnis des Fortgangs der Folterfallstudie sinnvoll erschien, was nicht immer einfach war. In vielerlei Hinsicht hat es sich auch als schwierig erwiesen, die Diskussion über eine Legalisierung von Folter von den Reaktionen auf die Misshandlungen in *Abu Ghraib* zu trennen – da die Debatte auch hier nicht abstrakt geführt, sondern mit der Frage, welchen Stellenwert die Ereignisse in *Abu Ghraib* für die USA allgemein hätten, verknüpft wurde, war dies teilweise unmöglich. Der Versuch, die Frage, wie es zur *Praxis* in *Abu Ghraib* kommen konnte ebenso wie die juristischen Spitzfindigkeiten der *memos* zur Anwendung des POW-Status so weit als möglich zu umgehen, ist zwar bedauerlich, trägt jedoch zur Fokussierung speziell auf Erosion des Foltertabus bei. Zudem erscheint eine genauere Beschreibung dieser Debatten für die Beantwortung der Kernfrage – wie es zur Diskussion über eine *Legalisierung*, nicht zur *Anwendung* von Folter kommen konnte – nur indirekt relevant. Wichtig erscheint also insbesondere, welche Akteure Folter zuerst wieder als ein legitimes Mittel im Kampf gegen den Terrorismus ansahen und welche Gruppen in diese Forderung einstimmten.

### 6.1.2 Akteurspositionen für und gegen eine Legalisierung von Folter

Die drei erstaunlichsten Befunde aus der Analyse der nach dem 11. September 2001 veröffentlichten Primärquellen im Hinblick auf die wichtigsten Akteurspositionen sind erstens, dass es kaum Akteursgruppen gab, die sich geschlossen für oder gegen eine Legalisierung von Folter positionierten und zweitens, dass die öffentliche Debatte über eine Wiedereinführung von VertreterInnen derjenigen Gruppen angestoßen wurde, die die Norm schon früh internalisiert hatten, nämlich von seitens der Bevölkerung und der Medien. Hingegen haben Mitglieder derjenigen Gruppen, die die Norm bald in der Praxis vielfach brechen sollten (Geheimdienste und Militär) bzw. dieses Handeln insgeheim billigten (Administration), ihre *non-compliance* gegenüber der Öffentlichkeit über Jahre hinweg vehement dementiert. Überspitzt könnte man sagen, dass Regierung und Administration

<sup>1091</sup> Vgl. Abschnitt ab S. 345 der Arbeit.

damit ein sperrangelweit offen stehendes *window of opportunity* übersahen oder bewusst ignorierten – und sich damit innenpolitisch wohl mehr schaden, als wenn sie die Anwendung “harter Verhörmethoden” von Beginn an offen gelegt und als notwendig hingestellt hätten. Der dritte, bereits angedeutete Befund ist, dass es nach der Wahl Barack Obamas nicht zu einer Retabuisierung von Folter kam.

### *Winter 2001: vom Stammtisch in die Medienlandschaft*

“...in the months after the 9/11 attacks, the willingness to consider the necessity of extreme and previously taboo tactics was widespread.”<sup>1092</sup>

Als Präsident Bush die BürgerInnen der USA am 10. Dezember 2001 (dem Jahrestag der Verabschiedung der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte*) dazu aufrief “to honor the legacy of human rights passed down to us from previous generations and to resolve that such liberties will prevail in our nation and throughout the world as we move into the 21st century”,<sup>1093</sup> hatten diese bereits eine Debatte über die Notwendigkeit einer Wiedereinführung von Folter begonnen: “[T]orture is already a topic of discussion in bars, on commuter trains, and at dinner tables”, stellte die *New York Times* knapp sechs Wochen nach den Anschlägen fest.<sup>1094</sup> Welcher Anteil der Bevölkerung eine Position für oder gegen Folter einnahm, lässt sich leider nicht nachvollziehen, da aus dieser frühen Zeit keine repräsentativen Umfragen vorliegen.<sup>1095</sup> David Luban berichtet allerdings von einer Umfrage, die wenige Tage nach den Terroranschlägen unter StudentInnen durchgeführt wurde:

“...a feature story reported that a quiz in a university ethics class ‘gave four choices for the proper U.S. response to the terrorist attacks: A.) execute the perpetrators on sight; B.) bring them back for trial in the U.S.; C.) subject the perpetrators to an international tribunal; or D.) torture and interrogate those involved.’ Most students chose A and D...”<sup>1096</sup>

Die AutorInnen der Leserbriefe, die die *New York Times* insbesondere im November zu dieser Frage veröffentlichte, positionieren sich häufiger gegen, als für Folter, was jedoch auch der generell links-liberalen Grundausrichtung der Zeitung (und also auch eines Großteils der Leserschaft) geschuldet sein kann – die Anzahl der Leserbriefe selbst lässt

<sup>1092</sup> Scott, A. O. 2008: Taking a Long, Bumpy Ride to Systematic Brutality, in: NYT, 18.01.2008.

<sup>1093</sup> Zitiert nach Amnesty International 2003: United States of America: Memorandum to the US Government on the rights of people in US custody in Afghanistan and Guantanamo Bay, S. 8.

<sup>1094</sup> Rutenberg, Jim 2001: Torture Seeks into Discussion by News Media, in: NYT, 05.11.2001.

<sup>1095</sup> Für die Frage, inwieweit das Folterverbot vor den 2001 beginnenden Folterdebatten eine internalisierte Norm darstellte, ist äußerst bedauerlich, dass aus dieser Zeit keinerlei Umfragen vorliegen. Vor dem Hintergrund der Tabuisierung von Folter hätte die Frage, ob man Folterungen in manchen Fällen für gerechtfertigt halte, wohl bizarr angemutet, vermutlich wären auch die Mitarbeiter von Umfrageinstituten nicht auf die Idee verfallen, sie überhaupt zu stellen – was allerdings wiederum als Beleg dafür gewertet werden kann, dass die Norm tatsächlich stark internalisiert war.

<sup>1096</sup> Luban, David 2006: Liberalism, Torture, and the Ticking Bomb, in: in: Greenberg, Karen J. (Hrsg.): The Torture Debate in America, Cambridge, S. 35-83, hier S. 35.

allerdings vermuten, dass die öffentliche Diskussion das Tabu, über Folterungen zu sprechen, bereits unterspült hatte.<sup>1097</sup>

Nur aus dem Pflichtgefühl heraus, laufende Debatten zu begleiten und wiederzugeben, hätten sich seriöse JournalistInnen dieses Themas angenommen, so der Autor des ersten längeren Artikels der *New York Times* zur Folterdebatte.<sup>1098</sup> *CBS News* lehnte eine Berichterstattung über die Diskussion gar rundweg ab – solange es keinerlei Anzeichen dafür gäbe, dass die Regierenden solche Schritte in Erwägung zögen, sei das Thema an Stammtischen und bei (weniger seriösen) Showmastern gut aufgehoben.<sup>1099</sup> Letzteres war eine klare Anspielung auf Fernsehdiskussionen, deren ModeratorInnen weniger Skrupel hatten, die neu entbrannte Folterdiskussion (positiv) zu kommentieren und dies nicht nur auf *FOX News*, sondern auch auf CNN, das folgenden “Denkanstoß” lieferte:

“A little food for thought, Bill. 1995. Filipino authorities arrest a guy named Abdul Murad. They torture him. Under torture, he admits that he was planning to bring down 11 American airliners, blow up the CIA, kill the pope. Torture is bad. Keep in mind, some things are worse. And under certain circumstances, it may be the lesser of two evils. Because some evils are pretty evil.”<sup>1100</sup>

Zwar wirft “Bill”, der Gegenspieler des Moderators, ein, die USA seien eben nicht die Philippinen, doch hatten sich zu diesem Zeitpunkt auch bereits einige KolumnistInnen mit der Frage auseinandergesetzt, ob Folter in den USA selbst wieder erlaubt werden sollte. Wenn Folter im Fall des philippinischen Islamisten gewirkt hätte, müsse man sich auch die Frage stellen, wie man Informationen aus den Drahtziehern des 11. September 2001 herausbekommen könnte, überlegten die KolumnistInnen des Online Magazins *Slate* der *Washington Post Group* und auch des *Wall Street Journal* im Oktober 2001 und damit noch vor dem eingangs zitierten Jonathan Alter.<sup>1101</sup>

Klar gegen jegliche Art von Folter positionierten sich dagegen jene Gruppen, die sich erstaunlicherweise ab Januar 2002 überhaupt nicht mehr zu Wort meldeten, nämlich Interessensverbände arabischstämmiger AmerikanerInnen, die (zu Recht) eine Inhaftierungswelle unter Mitgliedern ihrer ethnischen Gruppe befürchteten.<sup>1102</sup> Dagegen sahen VertreterInnen von Menschenrechts-NGOs zunächst noch keinen Anlass, sich in die Diskussion einzuschalten – dies würde man erst tun, wenn sich die Debatte ausweiten sollte.

<sup>1097</sup> Vgl. die Leserbriefe unter der Debattenüberschrift “*In Desperate Times, Talking of Torture*”, abgedruckt in der Ausgabe vom 08. November 2001 sowie diejenigen vom 12. und vom 18. November mit den Überschriften “*Torture is Un-American*” und “*Liberty and Security in the Age of Terror*”.

<sup>1098</sup> Rutenberg, Jim 2001: Torture Seeks into Discussion by News Media, in: NYT, 05.11.2001.

<sup>1099</sup> Wie oben beschrieben, war es dann tatsächlich das Team von *CBS News*, das die Bilder von *Abu Ghraib* als erstes veröffentlichte.

<sup>1100</sup> CNN 2001: Target Terrorism: Forcing Suspects to Talk, Transkript der Sendung CNN Crossfire vom 25.10.2001.

<sup>1101</sup> Vgl. Lithwick, Dahila 2001: Tortured Justice, in: *Slate*, 24.10.2001 sowie Winik, Jay 2001: Security Comes Before Liberty, in: *Wall Street Journal*, 23.10.2001.

<sup>1102</sup> Entsprechend äußerte sich der PR-Chef des *American Arab Anti-Discrimination Committee* auf CNN: CNN 2001: Target Terrorism: Forcing Suspects to Talk, Transkript der Sendung CNN Crossfire vom 25.10.2001.

Ähnlich wie die Sendeleitung von CBS gingen sie nicht davon aus, dass in der Regierung ähnliche Fragen aufgeworfen würden wie in der Bevölkerung: *“To the government’s credit, it’s not the government proposing this [Folter anzuwenden, SoSchi]. It’s various commentators”*, stellte der Direktor von *Human Rights Watch* (HRW), Kenneth Roth, im November 2001 fest.<sup>1103</sup>

Die Unschuldsvermutung der Medien und des HRW für die Politik – gestützt auf entsprechende Aussagen hinsichtlich der Bedeutung von Menschenrechten – ist ein Grund dafür, dass die Debatte nicht früher von mehr Akteuren ernstgenommen wurde.<sup>1104</sup> Hieran wird deutlich, dass das Thema Folter zunächst eine zweifache Spaltung der Medienlandschaft zur Folge hatte: HerausgeberInnen von Zeitungen und SendeleiterInnen waren sich ebenso uneins darüber, ob man die Forderung nach Folter – im Hinblick auf das übliche Schweigetabu – überhaupt *thematizieren* wie darüber, ob man diesen Überlegungen *zustimmen* sollte.

### *Ausweitung der öffentlichen Debatte 2002 und 2003: “There are ways to make them talk”<sup>1105</sup>*

Vom Frühjahr 2002 bis in den Winter 2003 weitete sich die Debatte mehrfach kurzzeitig aus, wobei eine stetige Zunahme von Diskursteilnehmern zu verzeichnen war. Dies hing wohl damit zusammen, dass die Debatte immer weniger abstrakt geführt wurde, denn ihr Verlauf machte sich an der Inhaftierung dreier prominenter Gegner fest, von denen man sich wichtige Informationen erhoffte, nämlich der beiden *al Qaida* Kämpfer Abu Zubaidah und Khalid Shaik Mohammed im Frühjahr 2002 und 2003 und Saddam Husseins im Winter 2003.

Bereits zu Beginn des Jahres 2002 wurde klar, dass man der Debatte über Folter – bzw. “harte Verhörmethoden” (das Wort Folter fiel auffallend selten, vgl. S. 357) – kaum ausweichen konnte. Es lagen zwar erst wenige Stellungnahmen der Regierung vor, doch machte sie durch ihr Handeln – namentlich durch die Einrichtung von Gefangenenlagern auf Kuba – deutlich, dass sie sich nicht aus der Debatte herauszuhalten gedachte, wie es auch NGOs zunächst angenommen hatten.

Diese reagierten nun insbesondere heftig auf Vorwürfe von Misshandlungen, die zunächst von in der Nähe des Kabuler Flughafen *Bagram* inhaftierten mutmaßlichen Kämpfern erhoben wurden – die ersten Berichte aus einer langen Reihe von Anklageschriften über US-Gefangenenlager in aller Welt, vornehmlich veröffentlicht von

<sup>1103</sup> Zitiert nach Rutenberg, Jim 2001: *Torture Seeks into Discussion by News Media*, in: NYT, 05.11.2001.

<sup>1104</sup> Die Unschuldsvermutungen sind insofern recht erstaunlich, als die Wortwahl Vizepräsident Cheneys in einem Interview bereits wenige Tage nach “9/11“ in eine ganz andere Richtung gedeutet hatte: *“In an interview on Sept. 16, 2001, Vice President Dick Cheney reworked the means-and-ends equation, asserting that the United States was going to have to work ‘sort of the dark side’ and that ‘it’s going to be vital for us to use any means at our disposal, basically, to achieve our objective.”* Kakutani, Michiko 2005: *Following A Paper Trail To the Roots Of Torture*, in: NYT, 02.08.2005.

<sup>1105</sup> Überschrift eines Kommentars von Eric Schmitt in der *New York Times* vom 20. Juni 2002.



*Amnesty International*, *Human Rights Watch* und dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), wurden publiziert und teilweise von den Medien aufgegriffen. Ab Januar 2002 wandten sich große Menschenrechts-NGOs regelmäßig und einhellig gegen den Einsatz jeglicher "harter Verhörmethoden" und skandalisierten den Umgang der USA insbesondere mit ihren "*unlawful combatants*" – was sie zur einzigen Akteursgruppe macht, die in der Folterfrage einheitlich einer Meinung war und blieb.

Auch, indem sie diesen Gruppen ein Forum gaben, durchgängig über ihre Aktivitäten berichteten und ihre Standpunkte in *Editorials* teilten, positionierten sich die JournalistInnen der *New York Times* ebenfalls über weite Strecken der Debatte gegen das Handeln der Regierung – wenn auch nicht mehr explizit gegen das Führen einer Diskussion selbst. Demgegenüber berichteten die *USA Today* wie auch das *Wall Street Journal* nur vereinzelt (und dem Regierungshandeln gegenüber weniger kritisch) über die Vorwürfe und ihre Hintergründe.<sup>1106</sup> Zumindest im Hinblick auf die Frage, ob Folter angemessen sei (und nicht der, ob man diese Frage überhaupt stellen dürfe) blieb die Zeitungslandschaft also gespalten. Dies spiegelte sich auch in den Leserbriefen, die einen Einblick in die in der Bevölkerung laufenden Debatten ermöglichen: Anders als die zwar zahlreichen, jedoch mehrheitlich gegen Folter eingestellten Leserbriefe, die an die *New York Times* gerichtet wurden, brachten die in der *USA Today* und im *Wall Street Journal* publizierten zeitweise viel Verständnis für "harte Verhörmethoden" zum Ausdruck.

Entsprechend fielen auch die Reaktionen auf das zweite (und letzte) wichtige Statement einer Vereinigung von besonders betroffenen gesellschaftlichen Gruppierungen aus: Aly Abuzaakouk, der Vorsitzende des *American Muslim Council* hatte sich darüber beklagt, dass den ersten in *Guantanamo Bay* eingetroffenen Gefangenen die Haare und Bärte geschoren und den afghanischen Kämpfern die Turbane weggenommen worden waren –<sup>1107</sup> und sich damit in den Augen der meisten Autorinnen und Autoren von Leserbriefen wegen völlig überzogener Kritik lächerlich gemacht.<sup>1108</sup> Offensichtlich stuften sie diese Handlungen nicht als illegitime Demütigungen ein, erste kritische Stimmen der europäischen Alliierten bezüglich der Verweigerung des Kriegsgefangenenstatus wurden hingegen durchaus ernst genommen.

---

<sup>1106</sup> Diese Verteilung war für meine Analyse natürlich problematisch, da ich in erster Linie an normfeindlichen Argumentationsweisen interessiert bin, die durch die NYT größtenteils nur indirekt (durch Zitieren oder Abgrenzen von Statements anderer Akteure) zu erfahren waren. Andererseits zeichnete sie sich gerade im Fall der Folterdiskussion durch die bei weitem ausführlichste Berichterstattung aus; anhand eher konservativer Blätter hätten sich der Verlauf der Debatte und die wichtigsten Ereignisse kaum nachvollziehen lassen.

<sup>1107</sup> Insbesondere letzteres war vor dem Hintergrund der einsetzenden Debatte über den POW-Status der Inhaftierten ein besonders heikler Punkt, da einige Juristen argumentierten, die schwarzen Turbane der Taliban-Kämpfer seien einer westlichen Uniform vergleichbar, die Kämpfer also als Kombattanten zu erkennen gewesen, weshalb sie nach der Genfer Konvention als Kriegsgefangene hätten behandelt werden müssen.

<sup>1108</sup> Vgl. die Leserbriefe, die unter dem Titel "*Prisoners don't deserve special handling*" in der *USA Today* vom 17. Januar 2001 veröffentlicht wurden.

Für die Bevölkerung waren die laufenden Folterdiskussionen noch rein theoretischer Natur, zwar wurde die Verweigerung des POW-Status kritisiert, an staatlich gebilligte oder gar angeordnete Misshandlungen jedoch noch nicht geglaubt. So wurde auch die Veröffentlichung von Alan Dershowitz' Monographie "*Why Terrorism Works*", mit der sich der Harvard-Professor klar und öffentlich für Folter in bestimmten Fällen aussprach, teilweise als zu abstrakt bezeichnet.<sup>1109</sup> Allerdings wurde die von Dershowitz beschriebene Notwendigkeit einer Diskussion über das Thema von jedem der Rezensenten explizit geteilt, was wiederum belegt, dass es innerhalb der Zeitungslandschaft keine größeren Diskussionen mehr darüber gab, ob man eine (abstrakte) Debatte über das Thema Folter führen dürfe.<sup>1110</sup> Das Sprachtabu war also bereits zu diesem Zeitpunkt stark erodiert, die anfängliche Zurückhaltung gewichen. Dershowitz' Buch rief allgemein großes Aufsehen hervor, da es sämtliche moralischen Gründe für eine Legalisierung von Folter stilistisch geschickt und für jeden nachvollziehbar innerhalb eines Kapitels abhandelte. Auch diejenigen KritikerInnen, die seine Forderungen letztlich nicht teilten, zollten seiner logisch stringenten und moralisch herausfordernden Argumentationsweise Rechnung – im Gegensatz zu den früheren *norm entrepreneurs* wie Beccaria und Voltaire, die die bereits kursierenden Argumente elegant und verständlich zusammenfassten, könnte Dershowitz also als prominentester intellektueller "*norm challenger*" bezeichnet werden, der der entfachten Debatte über die Gültigkeit der Norm eine neue Qualität verlieh. Allerdings machte Dershowitz' Forderung, man solle sich mit der heiklen Frage auseinander setzen, bevor die Regierung Fakten schaffe, deutlich, dass auch er noch nicht an von Regierungsseite angeordnete Misshandlungen glaubte.<sup>1111</sup> Von der gleichen Grundannahme ging auch der erste längere Artikel einer (öffentlich zugänglichen) Militärzeitschrift aus, der sich den Vor- und Nachteilen von Folterverhören zuwandte.<sup>1112</sup>

Der erste laut geäußerte Vorwurf, die USA würden sich doch Folterungen – und nicht "Misshandlungen", "harter Befragungen" o.ä. – schuldig machen, kam aus einer vielleicht unerwarteten Ecke, nämlich von dem französischstämmigen Mitglied der Hamburger *al Qaida*-Zelle Zaccarias Moussaoui, der im September 2002 mit der Forderung "*free Abu Zubaydah from C.I.A. torture chamber and bring him into my open court*" den Gerichtssaal betrat und

<sup>1109</sup> Wie vielleicht vorherzusehen, wurde diese Kritik vom Rezensenten der *USA Today* geäußert, vgl. Minzesheimer, Bob 2002: Dershowitz explains 'Why Terrorism Works', in: *USA Today*, 29.08.2003.

<sup>1110</sup> "Dershowitz enjoys getting people angry at him, and the chapter of *Why Terrorism Works* that discusses torture seems explicitly designed to elicit outrage. But those who believe that they have principled objections to torture should read it. (...) He is at his best when forcing us to confront difficult questions about freedom, to think troubling, unpleasant thoughts." (Gewen, Barry 2002: Thinking the Unthinkable, in: *NYT*, 15.11.2002); "Dershowitz's contribution is to (...) play the role of intellectual provocateur." (Minzesheimer, Bob 2002: Dershowitz explains 'Why Terrorism Works', in: *USA Today*, 29.08.2002); "Dershowitz's book will anger unreconstructed civil libertarians, the government-phobes on the extreme right, and Arafat's European apologists. That is a considerable merit..." (Posner, Richard A. 2002: The Best Offense, in: *The New Republic*, 02.09.2002).

<sup>1111</sup> Vgl. Dershowitz, Alan D. 2002: *Why Terrorism Works. Understanding the Threat, Responding to the Challenge*, New Haven, S. 162.

<sup>1112</sup> S. Smith, Paul J. 2002: *Transnational Terrorism and the al Qaeda Model: Confronting New Realities*, in: *Parameters*, Sommer 2002.

im November 2003 erklärte, *“torture is now part of the American way of life.”*<sup>1113</sup> Ähnlich äußerte sich im Januar 2003 auch das aus den USA stammende mutmaßliche *al Qaida*-Mitglied Richard Reid, der diese Vorwürfe während seiner Gerichtsverhandlung im Januar 2003 erhob.<sup>1114</sup> Vor diesem Hintergrund ist interessant, dass Terrorverdächtige in den späteren Jahren der Debatte überhaupt nicht mehr Stellung bezogen, wie die *New York Times* 2009 erstaunt feststellte.<sup>1115</sup>

Obwohl zu dieser Zeit bereits einige Artikel nicht mehr nur die *theoretische Möglichkeit* thematisierten, dass der Einsatz von Folter wieder notwendig werden könnte, sondern nun auf die praktischen Schwierigkeiten verwiesen, die bei Verhören von fundamentalistischen Islamisten wie Abu Zubaidah auftraten,<sup>1116</sup> die Diskussion über die Notwendigkeit eines Einsatzes von Folter insgesamt zunahm und sogar bereits von Fernsehserien aufgegriffen wurde,<sup>1117</sup> positionierte sich die US-Administration *nach außen* klar gegen die Spekulationen, die Regierung könnte diese Schritte ebenfalls in Erwägung ziehen oder gar bereits durchführen. Mit der Aussage, diese Vermutungen seien *“wrong, inaccurate, not happening, and will not happen”* gab Verteidigungsminister Donald Rumsfeld eines der ersten absoluten Dementis zu evtl. Verstrickungen der Bush-Administration in Fälle von Misshandlungen ab und damit eine Linie vor, die alle Mitglieder der Administration über den Zeitraum der gesamten Folterdiskussion hinweg durchzuhalten bemüht waren.

### 2002 bis 2004: die interne Debatte in Regierung und Militär<sup>1118</sup>

Aus Stellungnahmen zu den später veröffentlichten *memos* und den Texten selbst geht jedoch hervor, dass gerade in der Zeit nach der Festnahme von Abu Zubaidah und anderen hohen *al Qaida*- und Taliban-Kämpfern innerhalb der Administration ganz ähnliche Diskussionsprozesse abliefen, wie in der Bevölkerung: *“In a series of high-level meetings in 2002, without a single dissent from cabinet members or lawmakers, the United States for the first time officially embraced the brutal methods of interrogation it had always condemned.”*<sup>1119</sup> Die Rolle der sog. *“torture memos”*, also interne Gutachten, die Regierungshandeln auf juristische Korrektheit prüfen sollen, ist bis heute *contested*: Einerseits wird darauf verwiesen, dass die US-Regierung schlicht

<sup>1113</sup> Gerichtsverhandlung gegen Zacarias Moussaoui, zitiert nach: Shenon, Philip 2003: Judge Bars 9/11 Suspect From Being Own Lawyer, in: NYT, 15.11.2003.

<sup>1114</sup> Zitiert nach Shenon, Philip 2003: The Terror Suspect; Man Charged in Sept. 11 Attacks Demands That Qaeda Leaders Testify, in: NYT, 22.03.2003 bzw. Transkript der Urteilsverkündung gegen den *“Schuhbomber”* Richard Reid vor einem Bundesgericht in Boston: CNN 2002: Reid: *“I am at war with your country”*, 30. Januar 2003.

<sup>1115</sup> Vgl. ein *OpEd* der *New York Times* vom 05.05.2009 mit dem Titel *“The Torture Debate: The Missing Voices”*.

<sup>1116</sup> Vgl. Shenon, Philip 2002: Intelligence: Officials Say Qaeda Suspect Has Given Useful Information, in: NYT, 26.05.2002 oder Schmitt, Eric 2002: There are Ways to Make Them Talk, in: NYT, 20.06.2002.

<sup>1117</sup> Vgl. James, Caryn 2002: Critic’s Notebook; TV’s Take on Government In a Terror-Filled World, in: NYT, 30.04.2002.

<sup>1118</sup> Anders als in den zuvor beschriebenen Prozessen konnten die nun folgenden Erkenntnisse erst rückblickend, nach der Veröffentlichung entsprechender *memos* und Interviews rekonstruiert werden.

<sup>1119</sup> Shane, Scott/Mazzetti, Mark 2009: In Adopting Harsh Tactics, No Inquiry Into Past Use, in: NYT, 22.04.2009.

Gutachten darüber anforderte, welche Verhörmethoden erlaubt und welche verboten seien. Andererseits wird angenommen, dass die *memos* bewusst in der Absicht erstellt wurden, Folter zu legalisieren *und* die beteiligten Politiker vor einer späteren Strafverfolgung zu schützen (zumal Folter als Kriegsverbrechen eingestuft wird, das in den USA mit der Todesstrafe geahndet werden kann): “*Those memoranda read like the advise of a lawyer for a mafia don on how to stay out of prison without actually changing what you do.*”<sup>1120</sup>

Ausgelöst wurden die regierungsinternen Debatten vermutlich von Anfragen der MitarbeiterInnen in *Guantanamo Bay*, denen es nicht gelang, dem mutmaßlichen “*20th hijacker*” Mohammed al Kahtani eine Aussage abzurufen,<sup>1121</sup> sowie von CIA-AgentInnen in Afghanistan, die mit ähnlichen Problemen konfrontiert waren und die die US-Regierung um eine Stellungnahme zur Rechtmäßigkeit von Verhörmethoden baten.<sup>1122</sup> Wie aus den 2004 veröffentlichten Memoranden hervorgeht, wandten sich bereits kurz nach dem 11. September 2001 JuristInnen aus verschiedenen Institutionen der Bush-Administration den Fragen zu, ob gegen Terrororganisationen Vergeltungsmaßnahmen sowie gegen diese “beherbergende” Staaten präventive Militäraktionen durchgeführt werden könnten und ob den hierbei gemachten Gefangenen der Status von *Prisoners of War* zugesichert werden musste oder nicht.<sup>1123</sup> Offensichtlich reichte das Ereignis der Anschläge also nicht aus, um die Diskussion auf der politischen Ebene “von selbst” zu entfachen und anzuheizen; dies war erst der Fall, als im tatsächlichen Umgang mit inhaftierten Terrorverdächtigen immer offensichtlicher wurde, dass die üblichen Verhörmethoden versagten: “*People were trying like hell how to ratchet up the pressure (...) We’d been at this for a year plus and got nothing out of them so officials concluded we need to have a less-cramped view of what torture is and is not.*”<sup>1124</sup>

Dass die interne Folterdiskussion nur kurz nach der öffentlichen einsetzte, wurde rückblickend auch von Vertretern der Bush-Regierung bestätigt, wie etwa – euphemistisch – von einem Mitarbeiter des *memo*-Autoren Alberto Gonzales: “*The prevailing attitude throughout the entire administration in the weeks and months after 9/11 was to be as aggressive and creative as possible in meeting the challenge posed by al Qaeda and other terrorist groups.*”<sup>1125</sup> Wie weit die Meinungen innerhalb der Administration in diesen Fragen auseinander lagen, wird an einem *memo* des damaligen Außenministers Colin Powell vom 26. Januar 2002 deutlich, in der er bereits auf

<sup>1120</sup> Neuborne, Burt/Priest, Diana/Lewis, Anthony/Dratel, Joshua/Mori, Major Michael/Gillers, Stephen 2006: Panel Diskussion: Torture: The Road to Abu Ghraib and Beyond, in: Greenberg, Karen J. (Hrsg.): *The Torture Debate in America*, Cambridge, S. 13-32, hier S. 15.

<sup>1121</sup> Vgl. Lewis, Neil A. 2005: Military’s Opposition to Harsh Interrogation Is Outlined, in: NYT, 28.07.2005.

<sup>1122</sup> Vgl. Jehl, Douglas 2005: Report Warned C.I.A. on Tactics In Interrogation, in: NYT, 09.11.2005.

<sup>1123</sup> Alle angeführten Memoranden sowie eine Zeitleiste zu deren Entstehung und eine Beschreibung ihrer Autoren finden sich in Greenberg, Karen J./Dratel, Joshua L. (Hrsg.) 2005: *The Torture Papers. The Road to Abu Ghraib*, Cambridge.

<sup>1124</sup> In *Guantanamo* stationiertes Mitglied des US-Militärs, zitiert nach: Bravin, Jess 2004: Pentagon Report Set Framework for Use of Torture. Security or Legal Factors Could Trump Restrictions, Memo to Rumsfeld Argued, in: *Wall Street Journal*, 07.06.2004.

<sup>1125</sup> Bradford Berenson, *Associate White House Counsel* unter Gonzales, zitiert in: Bravin, James 2005: Gonzales to Face Prisoner-Policy Questions, in: WSJ, 03.01.2005.

die stark verkürzte und v.a. einseitige Argumentation der sich äußeren Juristen sowie auf Möglichkeiten hinwies, auch Gefangene mit POW-Status effektiv befragen zu können.<sup>1126</sup> Dass sich in den folgenden Jahren keine Memoranden Powells mehr finden, ist der Tatsache geschuldet, dass er aufgrund seines „Störpotentials“ über die Entwicklungen nicht mehr auf dem Laufenden gehalten wurde. Die Position Bushs in der Folterfrage wurde während meines Untersuchungszeitraums nicht gänzlich geklärt (und ist es noch immer nicht), zumal der US-Kongress seine Immunität und die des damaligen Vizepräsidenten Dick Cheney, der möglicherweise die treibende Kraft hinter der Legalisierung von Folter war, nicht aufgehoben und so gezielte *hearings* ermöglicht hat.<sup>1127</sup> Einerseits war er sicherlich über die Diskussionen innerhalb der Administration und erst recht über evtl. *covert operations*,<sup>1128</sup> in deren Rahmen die Gültigkeit sämtlicher Folterverbote faktisch außer Kraft gesetzt wurde, informiert. Andererseits sprach er auch innerhalb der Administration deutlich aus, dass auch Inhaftierte ohne Kriegsgefangenenstatus „*humanely*“ behandelt werden sollten, was von einigen Autoren der *memos* und einer später eingerichteten *working group* des DoD durchaus ernst genommen wurde.<sup>1129</sup> Wenig ablehnend gegenüber den neuen Ideen zeigte sich Justizminister Ashcroft, der allerdings „*took offense at discussing such distasteful matters inside the White House.*“<sup>1130</sup> Auch Verteidigungsminister Rumsfeld stellte sich dem nicht entgegen, versuchte jedoch zunächst, sein Ministerium möglichst „sauber“ zu halten und die Verantwortung für Folterverhöre auf die CIA abzuschieben. Jahre später stellte sich allerdings heraus, dass Militär und CIA dennoch kooperiert – und die Möglichkeiten der *contestedness* von Begriffen ausgelotet – hatten:

“They [military officers at Guantanamo Bay, SoSchi] took the top lawyer for the C.I.A.’s Counterterrorist Center to Guantanamo, where he explained that the definition of illegal torture was ‘written vaguely.’ ‘It is basically subject to perception’, said the lawyer (...) ‘If the detainee dies, you’re doing it wrong.’”<sup>1131</sup>

Um die rechtliche Grundlage der angezweifelten Verhörmethoden zu prüfen, ließ Donald Rumsfeld von Januar bis März 2003 eine Arbeitsgruppe innerhalb des DOD tagen, die die ranghöchsten Rechtsberater verschiedenster militärischer Institutionen (DOD Sekretariat,

<sup>1126</sup> Auch dieses Memorandum Powells findet sich abgedruckt in: Greenberg, Karen J./Dratel, Joshua L. (Hrsg.) 2005: *The Torture Papers. The Road to Abu Ghraib*, Cambridge, S. 122-125 (Memo Nr. 8).

<sup>1127</sup> Vgl. ARTE 2010: *Folter – Made in USA*, ausgestrahlt am 21.06.2011.

<sup>1128</sup> Vgl. S. 150 der Arbeit.

<sup>1129</sup> Allerdings wies der *memo*-Autor Alberto Gonzales rückblickend darauf hin, dass “[o]fficers of the Central Intelligence Agency and other nonmilitary personnel fall outside the bounds of a 2002 directive issued by President Bush that pledged the humane treatment of prisoners in American custody“ (zitiert in Lichtblau, Eric 2005: *Gonzales Says Humane-Policy Order Doesn't Bind C.I.A.*, in: NYT, 19.01.2005). Zudem wurde nicht abschließend geklärt, was der Begriff „*humanely*“ genau zu bedeuten habe („*humane treatment*“ (...) *meant whatever the executive wanted it to mean*“), was bereits andeutet, mit welchen juristischen Spitzfindigkeiten hinter den Kulissen des Weißen Hauses agiert wurde. Für das Zitat: Schwarz, Frederik A. O. Jr./Huq, Aziz Z. 2007: *Unchecked and Unbalanced. Presidential Power in a Time of Terror*, New York, S. 77.

<sup>1130</sup> Mayer, Jane 2008: *The Dark Side. The Inside Story of How the War on Terror Turned into a War on American Ideals*, New York, S. 143. Vgl. auch für das Folgende Mayers Ausführung bis S. 151.

<sup>1131</sup> Mazzetti, Mark/Shane, Scott 2008: *Notes Show Confusion on Interrogation Methods*, in: NYT, 18.06.2008.

*Army, Navy, Air Force* und Militärgeheimdienst) umfasste. Der im April 2003 vorgelegte Bericht der Gruppe verwies nicht nur auf eine Reihe juristischer Schlupflöcher in internationalen und nationalen Folterverboten (v.a. in den Genfer Konventionen und der Verfassung der USA), sondern stellte auch einen Katalog von Argumenten zur Verfügung, mit denen sich Mitglieder des Militärs und der Administration im Falle eines Bekanntwerdens von Misshandlungen bedienen sollten.<sup>1132</sup> Zudem unterstrich der Bericht das Recht des US-Präsidenten, in seiner Funktion als Oberbefehlshaber der Streitkräfte Folter von Gefangenen anzuordnen –<sup>1133</sup> eine Überzeugung, die die hervorgehobene Machtstellung des Präsidenten gegenüber seinen BürgerInnen betonte und die in den folgenden Jahren Anlass heftiger Kontroversen werden sollte.<sup>1134</sup> Dass Donald Rumsfeld die in verschiedene Härtegrade unterteilten Vorschläge für Verhörmethoden selbst genehmigte (und einige ablehnte), macht eine handschriftliche Notiz des Verteidigungsministers deutlich, in der er sein Unverständnis darüber zum Ausdruck brachte, dass die Gefangenen während der Verhöre maximal vier Stunden lang stehen dürften, während er häufig viel länger stehen müsse.<sup>1135</sup>

Mit dem Erstellen des Berichts der Arbeitsgruppe konnte jedoch weder innerhalb der Regierung noch innerhalb des Militärs und der Geheimdienste abschließend Klarheit darüber geschaffen werden, welche Verhörmethoden – intern und geheim – erlaubt seien und welche nicht. Außerdem trafen die Vorschläge der Arbeitsgruppe auch bei hochrangigen Militärs auf Widerstand.<sup>1136</sup> Verständlicherweise versuchten dagegen viele MitarbeiterInnen im Feld, sich in “Folterdetailfragen” bei der Regierung rückzuversichern, um nicht in die Gefahr zu geraten, später für ihre Handlungen juristisch zur Rechenschaft gezogen zu werden, obwohl in dem Bericht ausdrücklich von Straffreiheit für VerhörspezialistInnen wie auch für Verhörmethoden anordnende Vorgesetzte die Rede war:<sup>1137</sup>

“From the secret sites in Afghanistan, Thailand and Eastern Europe where C.I.A. teams held Qaeda terrorists, questions for the lawyers at C.I.A. headquarters arrived daily. Nervous interrogators wanted to know: Are we breaking the laws against torture? The Bush administration had entered uncharted legal territory beginning in 2002, holding prisoners outside the scrutiny of the International Red Cross and subjecting them to harrowing pressure tactics. They included slaps to the head; hours held naked in a frigid cell; days and nights without sleep while battered by thundering rock music; long periods manacled in stress positions; or the ultimate, waterboarding. Never in history had the United States authorized such tactics. (...) With virtually no experience in

<sup>1132</sup> Vgl. den Bericht der *Working Group on Detainee Interrogations in the Global War on Terrorism* vom 04. April 2003 (freigegeben am 21. Juni 2004) mit dem Titel “*Detainee Interrogations in the Global War on Terrorism: Assessment of Legal, Historical, Policy and Operational Considerations?*”, abgedruckt in: Greenberg, Karen J./Dratel, Joshua L. (Hrsg.) 2005: *The Torture Papers. The Road to Abu Ghraib*, Cambridge, S. 286-359 (Memo Nr. 26).

<sup>1133</sup> Vgl. Lewis, Neil A. 2005: *Military's Opposition to Harsh Interrogation Is Outlined*, in: NYT, 28.07.2005.

<sup>1134</sup> Vgl. S. 292 der Arbeit.

<sup>1135</sup> Vgl. Jehl, Douglas 2004: *Files Show Rumsfeld Rejected Some Efforts to Toughen Prison Rules*, in: NYT, 23.06.2004.

<sup>1136</sup> Vgl. Lewis, Neil A. 2005: *Military's Opposition to Harsh Interrogation Is Outlined*, in: NYT, 28.07.2005.

<sup>1137</sup> Vgl. Lewis, Neil A. 2005: *Military's Opposition to Harsh Interrogation Is Outlined*, in: NYT, 28.07.2005.

interrogations, the C.I.A. had constructed its program in a few harried months (...). The agency officers questioning prisoners constantly sought advice from lawyers thousands of miles away. ‘We were getting asked about combinations – ‘Can we do this and this at the same time?’ recalled Paul C. Kelbaugh, a veteran intelligence lawyer who was deputy legal counsel at the C.I.A.’s Counterterrorist Center from 2001 to 2003. Interrogators were worried that even approved techniques had such a painful, multiplying effect when combined that they might cross the legal line, Mr. Kelbaugh said. He recalled agency officers asking: ‘These approved techniques, say, withholding food, and 50-degree temperature – can they be combined?’ Or ‘Do I have to do the less extreme before the more extreme?’”<sup>1138</sup>

Anhand dieser Schilderungen scheint (!) es beinah, als seien sowohl die mit den Verhören beauftragen CIA-AgentInnen, wie auch ihre Vorgesetzten bis hin zur höchsten Regierungsebene einer Folterdebatte “geschlittert”, deren Ausmaß sie möglicherweise in den hektischen Monaten nach den Terroranschlägen selbst nicht absehen konnten. Deutlich wird die Ratlosigkeit, mit der sowohl RegierungsvertreterInnen wie auch AgentInnen der Folterfrage zunächst gegenüberstanden – schließlich bot die US-amerikanische Geschichte weder Leitlinien dafür, wo *juristisch* genau die Grenze zwischen legalen Verhörmethoden und Folter zu ziehen sei, noch, wie man – um es euphemistisch auszudrücken – diese Situation *praktisch* angehen sollte. Das Nachdenken über diese Fragen war auf US-amerikanischem Boden bisher immer tabu gewesen, was sich nun als Problem für die Formulierung von Leitlinien in *memos* herausstellte:

“It only took a few seconds to see that there was next to nothing to go on. Elsewhere in the world, there were plenty of torture cases that served as precedents, but America had virtually no history in this area of law. There had never been a Supreme Court ruling on it. The United States had always officially recognized the Geneva Conventions, so there had been no occasion to even indirectly address torture.”<sup>1139</sup>

Auch die Bestimmungen der einschlägigen internationalen Abkommen, die auf den ersten Blick klar und deutlich Folter zu verbieten schienen, entpuppten sich auf den zweiten, die Unhinterfragbarkeit des Tabus bereits aufweichenden, Blick aus der Sicht der beteiligten Akteure als unbrauchbare Leitfäden für die interne Debatte:

“For intelligence officers abroad, the line that couldn’t be crossed was ‘the intentional infliction of severe pain or suffering, whether physical or mental.’ But what did that mean? There was no thermometer for pain. (...) What was the difference between ‘suffering’ and ‘pain’? There must be one, or else the treaty wouldn’t have banned them separately. (...) Was a broken leg more painful than a migraine headache? (...) It seemed (...) that it depended on the person. If severe pain was a crime, was moderate pain legal? Measuring ‘mental suffering’ was even harder. Who knew what that meant? (...) ...wouldn’t that vary, depending upon one’s personality?”<sup>1140</sup>

<sup>1138</sup> Shane, Scott/Johnston, David/Risen, James 2007: Secret U.S. Endorsement Of Severe Interrogations, in: NYT, 04.10.2007.

<sup>1139</sup> Mayer, Jane 2008: The Dark Side. The Inside Story of How the War on Terror Turned into a War on American Ideals, New York, S. 296. Der Kommentar bezieht sich auf die Situation Daniel Levins, dem Amtsnachfolger von Jack Goldsmith im US-Justizdepartment, vgl. S. 268 der Arbeit.

<sup>1140</sup> Mayer, Jane 2008: The Dark Side. The Inside Story of How the War on Terror Turned into a War on American Ideals, New York, S. 296f.

Diese ‐Folterunerfahrenheit‐ schlug sich im Schlingerkurs der US-Regierung in Bezug auf verbotene und erlaubte Verhörmethoden nieder, der sich rückblickend anhand der *memos* nachvollziehen lässt.

Diese *memos* wurden wohl auf Anfrage von, im Austausch mit und mit Absegnung mehrerer Kabinettsmitgliedern verfasst, jedoch größtenteils von Administrationsmitgliedern aus der zweiten oder dritten Reihe. Zu diesem Kreis gehörten insbesondere Jay Bybee, damaliger stellvertretender Justizminister, Alberto Gonzales, damals Mitglied des *White House Council*, ab 2005 Justizminister, John Yoo, *Deputy Assistant* des *Attorney General* und William J. Haynes, damals Rechtsberater im DOD.

Bybee war der Autor zweier früher *memos* zur Folterfrage vom Februar und August 2002. Erst im Oktober 2002 wurden seine Anregungen jedoch von einer Reihe von MitarbeiterInnen des Verteidigungsministeriums, teilweise in *Guantanamo* stationiert, aufgegriffen und erste Übersichten erlaubter und verbotener Verhörmethoden erstellt (welche wiederum von anderen VerhörspezialistInnen gegenüber der höchsten militärischen Ebene, namentlich General Myers, dem Vorsitzenden der *Joint Chiefs of Staff* auch kritisiert wurden). Hieran wird zum einen deutlich, dass die Diskussion über die Notwendigkeit von Folterungen nach ‐9/11‐ innerhalb der Administration zunächst von einem extrem begrenzten Personenkreis (schriftlich) und zeitweise auch kontrovers geführt wurde. So versuchte der neue Chef des *Office of Legal Counsel* des US-Justizministeriums, Jack Goldsmith, ein frühes, sehr weitgehendes *memo* aus der Feder John Yoos zu revidieren, nachdem dieser 2003 aus der Justizministerium ausgeschieden war: ‐...in June 2004, Mr. Goldsmith formally withdrew the August 2002 Yoo memorandum on interrogation, which he found overreaching and poorly reasoned.‐<sup>1141</sup> Allerdings verließ Jack Goldsmith selbst kurz darauf das Justizministerium aus Frustration über die Haltung seiner KollegInnen in der Folterfrage. Sein Amtsnachfolger, Daniel Levin, wählte einen besonderen Weg, um herauszufinden, welche Verhörmethoden die USA erlauben und welche definitiv verboten bleiben sollten – er unterzog sich ihnen selbst, wohl wissend, dass seine Empfindungen nicht mit denen eines hilflosen Gefangenen zu vergleichen waren – und kam dennoch zu dem Schluss, dass die US-Regierung in der Wahl ihrer Methoden viel zu weit gegangen war: ‐Levin’s first hand experience put him at variance with the Bush Administration’s conclusions. His own experience with stress positions, for instance, made obvious that when it came to avoiding torture, limits were everything.‐<sup>1142</sup> Tatsächlich gelang es Levin, das frühe *memo* John Yoos durch ein (scheinbar) restriktiveres zu ersetzen.<sup>1143</sup> Dass das neue *memo* nicht hielt, was es zu versprechen schien, kommentierte letzterer allerdings erfreut: ‐...in the real world of interrogation policy nothing had changed.‐<sup>1144</sup>

<sup>1141</sup> Shane, Scott/Johnston, David/Risen, James 2007: Secret U.S. Endorsement Of Severe Interrogations, in: NYT, 04.10.2007.

<sup>1142</sup> Mayer, Jane 2008: The Dark Side. The Inside Story of How the War on Terror Turned into a War on American Ideals, New York, S. 299.

<sup>1143</sup> Dieser Schritt hing vermutlich mit der anstehenden Wahl von Alberto Gonzales zum Nachfolger Ashcrofts im Amt des Justizministers zusammen, vor der die US-Regierung bemüht war, gegenüber dem US-



Während die MitarbeiterInnen des Justizministeriums intern um eine einheitliche Position rangen, zeigten sich die mit Verhören beauftragten SoldatInnen über Hin- und Her zunehmend verärgert. So beklagte einer der Verhörer von Khalid Shaikh Mohammed (kurz KSM): *“We leaned in pretty hard on K.S.M. (...) We were getting good information, and then they were told: ‘Slow it down. It may not be correct. Wait for some legal clarification.’”*<sup>1145</sup>

Aber nicht nur auf der Ebene der Administration, auch zwischen dem Militär und den verschiedenen Geheimdiensten kam es zu Abstimmungsschwierigkeiten. Nachdem es zu ersten Folterverhören durch CIA-Agenten gekommen war, beeilte sich der Direktor des FBI, alle gefangenen Terrorverdächtigen an die CIA zu übergeben und sich aus der Verantwortung zu ziehen,<sup>1146</sup> obwohl die gut ausgebildeten VerhörspezialistInnen des FBI Jahre später zu Protokoll gaben, zu guten Ergebnissen gekommen zu sein und sie *“ihre”* Verdächtigen gerne weiter befragt hätten.<sup>1147</sup> Die CIA hatte wohl ihrerseits ein Interesse daran, die Gefangenen zu übernehmen, da ihr das Vorgehen des FBI zu *“lasch”* erschien. Sich bei Verhören von Terrorverdächtigen auf die CIA zu verlassen, stellte sich jedoch schnell als problematisch heraus, da der Geheimdienst, im Unterschied zu US-Militär und FBI, weder über ausgebildete VerhörspezialistInnen, noch über eigene *“detention center”* verfügte.

Auch unter dem Druck von Vizepräsident Cheney verfielen die Spitzen der CIA so auf die Idee, am *war on terror* beteiligte arabische Staaten nach *“effektiven Verhörmethoden”* zu fragen. 2005 wurde eine weitere Quelle der angewandten Verhörmethoden bekannt, das sog. SERE-Programm (kurz für *Survival, Evasion, Resistance, Escape*), das während des Kalten Krieges innerhalb des US-Militärs dazu entwickelt worden war, US-Soldaten auf Folterungen vorzubereiten, sollten sie z.B. in vietnamesische Gefangenschaft geraten. Nun wurden die Techniken des SERE-Programms von einem Programm zur passiven Folterabwehr zu einem Programm aktiv angewandter Verhörmethoden *“reverseengineered”*<sup>1148</sup> – wobei geflissentlich übersehen wurde, dass es, zum einen, den kommunistischen Gegnern bei ihren

---

Kongress ein möglichst *“folterfeindliches”* Bild abzugeben: *“In almost every way, the new interpretation seemed a step toward restoring America’s laws and values. But on closer reading, the revised memo included two oddly contradictory lines. One was yet another description of torture that seemed specifically written to legalize waterboarding so long as the severe pain it produced was not of ‘extended duration’. The other curiosity was a single footnote – evidently written to reassure the CIA – suggesting that although the earlier legal guidance was withdrawn, nothing that the government had previously authorized would be considered criminal under the new interpretation of the rules.”* Mayer, Jane 2008: *The Dark Side. The Inside Story of How the War on Terror Turned into a War on American Ideals*, New York, S. 305.

<sup>1144</sup> John Yoo, zitiert in: Mayer, Jane 2008: *The Dark Side. The Inside Story of How the War on Terror Turned into a War on American Ideals*, New York, S. 307.

<sup>1145</sup> CIA-Agent Paul Kelbaugh zitiert in: Shane, Scott/Johnston, David/Risen, James 2007: *Secret U.S. Endorsement Of Severe Interrogations*, in: NYT, 04.10.2007.

<sup>1146</sup> Hinter der Ablehnung von Foltermethoden durch das FBI standen nicht nur das ethische Bedenken, sondern auch das Wissen, dass der Einsatz solcher Methoden dazu führen würde, dass – die FBI angestrebten – Gerichtsprozesse gegen Terrorverdächtige erschwert wurden, da Geständnisse nicht verwendet werden konnten. Vgl. ARTE 2010: *Folter – Made in USA*, ausgestrahlt am 21.06.2011.

<sup>1147</sup> Vgl. S. 334 der Arbeit.

<sup>1148</sup> U.S. Congress, Senate Committee on the Judiciary, Subcommittee on Administrative Oversight and the Courts 2009: *Statement von Philip Zelikow*, 13.05.2009.

Folterverhören v.a. gegangen war, Geständnisse zu erlangen, die sie für ihre Propaganda verwenden konnten und nicht in erster Linie um die Wahrheit<sup>1149</sup> und es sich, zum anderen, hier um Gegner gehandelt hatte, die sich nicht an die Genfer Konventionen gehalten hatten.<sup>1150</sup> Viele der SERE-Techniken wie *waterboarding* oder das Festhalten in “Stresspositionen”, die vermutlich zunächst nur für als besonders wichtig eingestufte Gefangene genehmigt worden waren, weiteten sich zunächst innerhalb von *Guantanamo Bay* und dann auch darüber hinaus aus – mit dem Ergebnis, dass “[b]y the fall of 2002, the US military in Guantanamo was subjecting prisoners to treatment the would have been unimaginable, and prosecutable, before September 11.”<sup>1151</sup>

Obwohl die internen und öffentlichen Debatten ab 2002 also parallel liefen und der Administration ein umfangreiches Set von Argumenten zur Verfügung gestanden hätte, um “*coercive methods*” bei der Befragung von Terrorverdächtigen anzuwenden, versuchten die Regierenden nicht, die Meinung der schon länger in Folterdebatten verstrickten Bevölkerung zu beeinflussen, so dass diese noch längere Zeit über die Absichten der Regierung im Unklaren war. VertreterInnen des US-Militärs gaben zwar an, ihre Häftlinge psychisch unter Stress zu setzen (etwa, indem sie Gefangene aus kalten Klimazonen in möglichst warmen Räumen verhörten), Folterungen würden jedoch keine Option darstellen. Jegliche Form physischen Kontaktes wurde öffentlich ebenso ausgeschlossen wie der intern von VertreterInnen der CIA geforderte Einsatz von Wahrheitsserum:<sup>1152</sup> “*That’s not how we do business.*”<sup>1153</sup> Auch gegenüber dem US-Kongress, der der Regierung nach offizieller Anfrage und Begründung möglicherweise größere Spielräume bei Verhören von Terrorverdächtigen eingeräumt hätte, wurde möglichst viel zu verheimlichen versucht: “*The Bush Administration could have openly asked Congress for greater authority, or engaged the public in a discussion of the morality and efficiency of ‘enhanced’ interrogations, but instead it chose a path of tricky legalisms adopted in classified memos.*”<sup>1154</sup>

Zudem gab die Regierung im Sommer 2002 auch Anweisungen an ihre Delegierten bei den Vereinten Nationen, diese sollten Besuche von UN-Vertretern in US-Gefangenenlagern

<sup>1149</sup> Vgl. Bloche, Gregg/Marks, Jonathan H. 2005: Doing Unto Others as They Did Unto Us, in: NYT, 15.11.2005.

<sup>1150</sup> Vgl. U.S. Congress 2008: Hearing to receive testimony on the origins of aggressive interrogation techniques, Statement von Senator Collins, 17.06.2009.

<sup>1151</sup> Mayer, Jane 2008: The Dark Side. The Inside Story of How the War on Terror Turned into a War on American Ideals, New York, S. 189.

<sup>1152</sup> Insbesondere die CIA experimentiert vermutlich bereits seit den 1950er Jahren mit bewusstseinsverändernden Drogen, die dazu führen sollen, dass der bzw. die Verhörte die Kontrolle über das von ihm / ihr Gesagte verliert. Zwar werden solche Mittel auch in den USA als “*truth serum*” bezeichnet, auch in der Folterdebatte wurde jedoch mehrfach darauf verwiesen, dass sich über den Wahrheitsgehalt der “Geständnisse“ keinerlei Aussagen machen lassen, da die Verhörten durchaus noch in der Lage seien, zu lügen.

<sup>1153</sup> “*A senior military official familiar with interrogation techniques*” zitiert in: Schmitt, Eric 2002: There are Ways to Make Them Talk, in: NYT, 20.06.2002.

<sup>1154</sup> Mayer, Jane 2008: The Dark Side. The Inside Story of How the War on Terror Turned into a War on American Ideals, New York, S. 151.

verhindern,<sup>1155</sup> während sie öffentlich unvermindert ihre Unterstützung im Kampf der Vereinten Nationen gegen Folter betonten, Präsident Bush an der Spitze:

“Today, on the United Nations International Day in Support of Victims of Torture, the United States declares its strong solidarity with torture victims across the world. Torture anywhere is an affront to human dignity everywhere. We are committed to building a world where human rights are respected and protected by the rule of law. Freedom from torture is an inalienable human right. The Convention Against Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment, ratified by the United States and more than 130 other countries since 1984, forbids governments from deliberately inflicting severe physical or mental pain or suffering on those within their custody or control. (...) The United States is committed to the worldwide elimination of torture, and we are leading this fight by example.”<sup>1156</sup>

Bereits hier wird deutlich, dass sich die Mitglieder der US-Regierung frühzeitig darauf festlegten, alle Vorgänge in *Guantanamo Bay* und in anderen Gefangenenlagern zu vertuschen und jegliche Form von Misshandlungen öffentlich abzustreiten bzw. nicht zu kommentieren, obwohl immer mehr anderslautende Berichte ans Licht kamen<sup>1157</sup> und die Bevölkerung den Einsatz bestimmter Befragungsmethoden “*shoft of torture*” zumindest bei wichtigen Gefangenen wohl mehrheitlich gebilligt hätte.<sup>1158</sup>

Zudem begannen auch VertreterInnen der Legislative und Judikative, die nationale Gesetzgebung der USA zum Schutz vor Folter zunehmend infrage zu stellen: Zunächst wurde das (auch nach der UN-Konvention gegen Folter bestehende) Verbot einer Abschiebung von Straftätern in für Folterungen bekannte Heimatländer von mehreren republikanischen Abgeordneten öffentlich als Hindernis im Kampf gegen den Terrorismus kritisiert,<sup>1159</sup> dann wurde von Seiten einiger Gerichte und Vertretern der Administration eine starke Einschränkung des Geltungsbereichs des ATCA gefordert, nach der US-amerikanische Gerichte keine Fälle mit klarem außenpolitischen Bezug mehr entscheiden

<sup>1155</sup> Vgl. Crossette, Barbara 2002: U.S. Fails in Effort to Block Vote On U.N. Convention on Torture, in: NYT, 25.07.2002.

<sup>1156</sup> Bush, George W. 2003: Statement on United Nations International Day in Support of Victims of Torture, Ansprache des Präsidenten am 26. Juni 2003.

<sup>1157</sup> Vgl. etwa den umfassenden Überblick über angewandte Methoden in Gellmann, Barton/Priest, Dana 2002: U.S. Decries Abuse but Defends Interrogations; ‘Stress and Duress’ Tactics Used on Terrorism Suspects Held in Secret Overseas Facilities, in: WP, 26.12.2002 oder die Stellungnahmen erster entlassener Häftlinge aus *Guantanamo*, in: Rohde, David 2002: Threats and Responses; Afghans Freed from Guantanamo Speak of Heat and Isolation, in: NYT, 28.10.2002.

<sup>1158</sup> Vgl. u.a. die Einleitung eines für diese Zeitung erstaunlich umfassenden Artikels der *USA Today*: “The men and women whose job it is to extract information from captured al-Qaeda and Taliban terrorists do not shock easily. But several say they can’t believe their ears when they hear TV pundits, talk show hosts and even average Americans suggest that they should use torture to pry secrets from Khalid Shaikh Mohammed, an al-Qaeda leader caught in Pakistan on Saturday. For moral, legal and practical reasons, torture is wrong, government interrogation specialists say. (...) But already, his capture has touched off a national discussion about how interrogators go about their jobs. And about what techniques are not only legally and morally in-bounds but also ultimately useful against hardened Islamic radicals.” Diamond, John/Locy, Toni/Willing, Richard 2003: Interrogation is tough but not torture, in: USA Today, 06.03.2003.

<sup>1159</sup> Vgl. Swarns, Rachel L. 2003: Lawmakers Attack Immigrants’ Use of Antitorture Law to Block Deportation, in: NYT, 12.07.2003.

dürften.<sup>1160</sup> Der gesetzliche Rahmen, der den Kern der nationalen und internationalen Folterverbote absichern sollte, geriet also von Vertretern aller drei Parteien der *checks and balances* unter Beschuss.

### *Mai 2004: der Abu Ghraib-Skandal*

“If this is not evil, then evil has no meaning.”<sup>1161</sup>

Bevor sich in den weitgehend parallel verlaufenden, internen Debatten sowie in der öffentlich geführten ein Konsens hätte abzeichnen können, nahmen sie durch die Veröffentlichung der Fotos aus dem irakischen Gefängnis *Abu Ghraib* eine völlig neue Wendung:<sup>1162</sup> Die öffentliche Debatte zog immer mehr DiskursteilnehmerInnen an, je konkreter sie wurde. Nach der abstrakten Diskussion aus dem Jahr 2001, ob man (namenlose) Terroristen foltern lassen sollte und der – scheinbar – ohne direkten Bezug zum Regierungshandeln geführten Debatte über den Umgang mit Abu Zubaidah und Khalid Shaikh Mohammed, explodierte die Anzahl daran teilnehmender der JournalistInnen, AutorInnen von Leserbriefen und Personen des öffentlichen Lebens sowie der Politik im Jahr 2004, als durch die Fotos aus dem *Abu Ghraib* und die kurz darauf erfolgte Veröffentlichung von Memoranden der US-Administration deutlich wurde, dass tatsächlich bereits Folterungen stattgefunden hatten und die Regierung Misshandlungen von Gefangenen innerhalb der Administration legitimiert hatte. Das Bewusstsein, dass der wichtigste politische Akteur sich anders verhalten hatte, als nach außen vorgegeben worden war, brachte die Debatte, wie bei der Aufdeckung von Regierungslügen üblich, unter allen Akteursgruppen zum Kochen. Interessanterweise waren aber auch nach den von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung als Skandal angesehenen Ereignissen in *Abu Ghraib* bis auf die anklagenden Menschenrechts-NGOs keine geschlossenen Akteursgruppen zu beobachten. Stattdessen wurde immer deutlicher, wie zerstritten u.a. Militärs, ÄrztInnen, JuristInnen, Regierungsmitglieder und JournalistInnen über die Frage waren, ob die Misshandlungen in *Abu Ghraib* als Folterungen eingestuft werden sollten oder nicht, ob sie zu wenig skandalisiert oder gefährlich überdramatisiert und ob sie von einigen Einzeltätern begangen worden oder auf krasse Fehlentscheidungen der höchsten politischen Ebenen zurückzuführen waren.

Für die Regierung, insbesondere den Präsidenten selbst, war das Bekanntwerden der Misshandlungen irakischer Gefangener durch US-Militärs v.a. deshalb prekär, weil er seit Januar 2003 die Beendigung der von Saddam Husseins *Baath*-Regime verübten Menschenrechtsverletzungen als Begründung für die Notwendigkeit eines Krieges betont

<sup>1160</sup> Vgl. Liptak, Adam 2003: U.S. Courts’ Role In Foreign Feuds Comes Under Fire, in: NYT, 03.08.2003.

<sup>1161</sup> Präsident Bush in einer *State of the Union Address* vom Januar 2003 über die Folterungen Saddam Husseins, abgedruckt in der *New York Times* vom 23. Januar 2003 unter dem Titel: “*President’s State of the Union Message to Congress and the Nation*”.

<sup>1162</sup> “*Before the discussion concluded, however, the photos of prisoner abuse in Iraq’s Abu Ghraib prison appeared.*“ MacDonald, Heather 2006: How to Interrogate Terrorists, in: Greenberg, Karen J. (Hrsg.): *The Torture Debate in America*, Cambridge, S. 84-97, hier S. 84.

hatte. In nahezu jeder seiner Reden mit außenpolitischem Bezug war explizit von den Folterkammern Husseins die Rede gewesen.<sup>1163</sup> Nachdem immer offensichtlicher wurde, dass die Suche nach Massenvernichtungswaffen im Irak keine Erfolge zeitigen würde, wurden Menschenrechtserwägungen sogar zum wichtigsten Kriegsgrund umdefiniert und an erster Stelle darauf verwiesen, dass ohne die Intervention der Amerikaner *“Iraq’s torture chambers would still be filled with victims – terrified and innocent.”*<sup>1164</sup> Ganz den Unschuldsbeteuerungen der allermeisten Mitglieder der Administration entsprechend, wurde diese Rhetorik auch nach der Veröffentlichung erster Bilder aus *Abu Ghraib* weitergeführt, ja sogar noch von einigen Kabinettsmitgliedern übernommen.

Zu diesem Zeitpunkt lagen einigen Kabinettsmitgliedern, Militärs und Geheimdienstchefs bereits weitreichende Informationen (inklusive Fotos und Videoaufnahmen) über die Misshandlungen vor. Einzelne Beschwerden insbesondere seitens des IKRK im Irak waren zwar von der Presse (insbes. der *New York Times*) bereits seit Anfang des Jahres wiedergegeben worden, hatten jedoch – trotz der bereits laufenden Folterdebatte – kein öffentliches Echo verursacht.<sup>1165</sup> Die Veröffentlichung der Bilder durch *CBS News* zwang dagegen alle öffentlichen Akteure, sich zu den Geschehnissen zu positionieren. Ähnlich wie zuvor bei der Angabe der Kriegsgründe zeigten sich Mitglieder der Regierung aber auch des Militärs und der Geheimdienste nach außen als geschlossene Gruppe mit recht einheitlichen Statements: Die Geschehnisse wurden öffentlich bedauert, man versprach schnelle Aufklärung, wies aber im nächsten Atemzug darauf hin, dass es sich um EinzeltäterInnen handele, deren Taten nicht die Armee als ganze in Misskredit bringen dürften, welche im Irak gute Arbeit leiste.<sup>1166</sup> Erst später wurde öffentlich bekannt, dass man sich bereits zuvor auf diese Argumentationsweise für den Fall geeinigt hatte, dass die Bilder von *Abu Ghraib* bekannt werden sollten: *“We’ve got a glitch in the program. (...) The cover story was*

<sup>1163</sup> Vgl. neben der eingangs zitierten *State of the Union Address* vom Januar 2003 etwa seine Rede vor dem *American Enterprise Institute* in Washington vom 26. Februar 2003, abgedruckt in der *New York Times*, den Bericht über ein Interview der *USA Today* mit Bush vom 02. April 2003, seine Stellungnahme im irakischen Fernsehen gemeinsam mit Tony Blair, abgedruckt in der *New York Times* vom 11. April 2003 nach dem Fall Bagdads oder der darauf folgenden *State of the Union Address* vom 07. September 2003, deren Text ebenfalls einen Tag später in der *New York Times* veröffentlicht wurde.

<sup>1164</sup> *State of the Union Address* von Präsident Bush, abgedruckt in der *New York Times* vom 21. Januar 2004 unter der Überschrift *“President’s State of the Union Message to Congress and the Nation”*. Vgl. zur Umdeutung der Kriegsgründe Sanger, David F./Risen, James 2003: *The Struggle for Iraq; Weapons Search; President Says Report on Arms Vindicates War*, in: NYT, 04.10.2003.

<sup>1165</sup> So waren z.B. schon zuvor Folterfotos britischer Soldaten aufgetaucht, vgl. Alvarez, Lisette 2003: *British Troops: Photos Raise Allegations Of Torture*, in: NYT, 31.05.2003.

<sup>1166</sup> Vgl. etwa den Bericht von Tom Shaker und Jacques Steinberg über die erste Reaktion Bushs in der *New York Times* vom 01. Mai 2004 mit dem Titel *“Bush Voices ‘Disgust’ at Abuse of Iraqi Prisoners”* oder die Aussagen Rumsfeld in einem ersten Kongress-hearing: U.S. Congress, House of Representatives, Committee on Armed Services 2004: *Operations and Reconstruction Efforts in Iraq, Hearing of Donald Rumsfeld*, 07.05.2004.

*that some kids got out of control*’,<sup>1167</sup> hatte Donald Rumsfeld bereits Monate vor der Veröffentlichung der Bilder für den Fall eines Skandals klargestellt.

Oppositionsführer John Kerry übernahm schnell diese Sicht der Dinge,<sup>1168</sup> während sich im Kongress Bushs ehemaliger Gegenspieler innerhalb der republikanischen Partei, John McCain, der Forderung einiger demokratischer SenatorInnen nach Untersuchungen auch auf Regierungsebene anschloss.<sup>1169</sup> Dass Senator McCain auch im späteren Verlauf der Debatte immer wieder für eine vollständige Aufklärung und Abschaffung von Folterungen gegen die Mehrheit seiner Parteigenossen eintrat, lag – wie auch bei vielen frühen Normverfechtern des 17. und 18. Jahrhunderts – an seinem persönlichen Hintergrund: Während seines Einsatzes im Vietnamkrieg war er in Kriegsgefangenschaft geraten und gefoltert worden. Ganz im Sinne des Schweigetabus berichtete er vor dem *Abu Ghraib*-Skandal jedoch nur äußerst selten und ungerne über seine Erfahrungen als Folteropfer.<sup>1170</sup> Insgesamt zeigte sich in den Häusern des Kongresses, bzw. deren Unterkomitees aber die zu erwartende Spaltung in (einige) demokratische MandatsträgerInnen, die eine Skandalisierung und Aufklärung der Misshandlungen forderten und (einige) republikanische VertreterInnen, die die Vorfälle insgesamt herunterzuspielen versuchten.<sup>1171</sup>

Erstmals wurde in Bezug auf die Bilder aus *Abu Ghraib* seitens der Regierung und des Militärs direkter Druck auf die Medien ausgeübt, um eine Verbreitung der Aufnahmen zu verhindern. So strahlte *CBS News* auf Drängen von General Richard Myers, dem Vorsitzenden der *Joint Chiefs of Staff*, die dem Sender zugespielten Bilder zunächst zwei Wochen lang nicht aus.<sup>1172</sup> Arabische Sender wie *Al Jazeera* gaben solchen Forderungen dagegen von Anfang an nicht nach. Die US-amerikanische Presselandschaft zeigte sich in der Frage, ob und wenn ja, in welchem Teil der Zeitung man die Bilder zeigen sollte, von selbst gespalten. Ähnlich wie zu Beginn der Folterdebatte zeigten sich insbesondere die großen Tageszeitungen zunächst vorsichtig, entschlossen sich jedoch mit dem Argument, die Bilder seien bereits in anderen Medien zu sehen gewesen und man müsse aus journalistischer Sicht

<sup>1167</sup> Donald Rumsfeld im Januar 2004, zitiert nach geheimer Quelle in: Hersh, Seymour M. 2004: *The Gray Zone: How a secret Pentagon program came to Abu Ghraib*, in: *The New Yorker*, 24.05.2004.

<sup>1168</sup> “...we cannot let the actions of a few overshadow the tremendous good work that thousands of soldiers are doing every day in Iraq and all over the world.” John Kerry zitiert in: Shaker, Tom/Steinberg, Jacques 2004: *Bush Voices ‘Disgust’ at Abuse of Iraqi Prisoners*, in: *NYT*, 01.05.2004.

<sup>1169</sup> McCain hatte 2000 die *primaries* gegen George Bush verloren. Vgl. für einen frühen Artikel über die Haltung McCains etwa Stolberg, Sheryl 2004: *Prisoner Abuse Scandal Puts McCain in Spotlight Once Again*, in: *NYT*, 10.05.2004.

<sup>1170</sup> Vgl. Shaker, Tom/Steinberg, Jacques 2004: *Bush Voices ‘Disgust’ at Abuse of Iraqi Prisoners*, in: *NYT*, 01.05.2004.

<sup>1171</sup> Vgl. insbesondere den Schlagabtausch im Senat: U.S. Congress, Senate 2004: *Abuse of Iraqi Prisoners*, 10.05.2004.

<sup>1172</sup> Vor dem Hintergrund des ständigen Pochens der Medien auf politische Unabhängigkeit war dies ein recht seltener Fall, vgl. S. 161 der Arbeit. Vgl. für den auf CBS ausgeübten Druck Danner, Mark 2004: *Torture and Truth. America, Abu Ghraib, and the War on Terror*, New York, S. 215 und zu den arabischen Sendern Shaker, Tom/Steinberg, Jacques 2004: *Bush Voices ‘Disgust’ at Abuse of Iraqi Prisoners*, in: *NYT*, 01.05.2004.

Bilder, über die man schreibe, auch zeigen, teilweise sogar zu deren Publikation auf der Titelseite. Innerhalb der Medienlandschaft führte also v.a. der Wunsch der Leserschaft bzw. des Publikums dazu, Tabus hinsichtlich des offenen Zeigens von Folterungen zu ignorieren.

#### Exkurs: Tabubrüche in Abu Ghraib

Im Vergleich zur Debatte über *Guantanamo Bay* (und dort gemachten, bekannten Aufnahmen etwa von knienden Gefangenen in orangefarbenen Anzügen und mit verbundenen Augen hinter Stacheldraht) erregten die Vorfälle in *Abu Ghraib* wohl deshalb eine viel größere Aufmerksamkeit, weil sich hier offensichtlich gleich mehrere Tabubrüche manifestierten:

Rückblickend erscheint sicher, dass die Misshandlungen in *Abu Ghraib* gerade darauf abzielten, nicht nur durch das Brechen des Foltertabus zu demütigen, sondern Gefangene gezielt dazu zu zwingen, insbesondere im arabischen Raum tabuisierte (homo-)sexuelle Handlungen durchzuführen. Die Tatsache, dass die sonst kaum auf die kulturellen Besonderheiten ihres Einsatzlandes vorbereiteten ReservistInnen in *Abu Ghraib* genau zu wissen schienen, womit sie irakisch-arabische Männer am meisten demütigen konnten, ließen bald Zweifel an der These aufkommen, dass es keinerlei Anweisungen höherer Verantwortlicher für diese Taten gegeben hätte.<sup>1173</sup> Tatsächlich stammten die Informationen über arabisch geprägte Tabus wohl aus einer bereits 1973 erschienenen Monographie des Kulturanthropologen Raphael Patai mit dem Titel "*The Arab Mind*", die zur "*bible of the neocons on Arab behaviour*" geworden war.<sup>1174</sup>

Der Bruch einer zweiten Tabudimension ergab sich durch das Festhalten dieser Handlungen auf Fotos und Videos und das Posieren der Täter neben ihren Opfern – ein eklatanter Bruch des für bereits vollzogene Handlungen geltenden Schweigetabus, der darüber hinaus deutlich machte, dass die durch ihre Handlungen selbst tabuisierten Täter offensichtlich keinerlei Empfinden für das Ausmaß ihrer Tabubrüche besaßen und reine Sadismusfolter ausübten. Ob dies tatsächlich der einzige Zweck der Aufnahmen war, ist allerdings unklar, evtl. sollten sie selbst als Grundlage weiterer Tabubrüche dienen, nämlich, die Opfer mit der Drohung unter Druck zu setzen, die Aufnahmen ihren Verwandten und Bekannten zuzuspielen – was für die (auf diese Weise ebenfalls tabuisierten) Opfer selbst aber auch für ihr Umfeld eine unerträgliche Belastung gewesen wäre. Mit der Veröffentlichung der Bilder durch Medien in aller Welt trat dieser Effekt teilweise ein, viele auf den Fotos zu erkennende Opfer leben mittlerweile völlig isoliert.

Durch die Publikation der Bilder selbst entschlossen sich auch US-amerikanische Medien, eine dritte Tabuebene zu brechen, indem sie das Schweigetabu ignorierten, das nicht nur im Zeigen von Folterungen begründet lag, sondern allgemein in der Zurschaustellung von Menschen als hilflosen Opfern sowie der (in weiten Teilen der USA weit stärker als in Europa ausgeprägten) Darstellung von Nacktheit und sexuellen Handlungen. U.a., weil hier zumindest keine sexuellen Tabus verletzt wurden, wurde insbesondere das Bild eines mit einer schwarzen Kutte bekleideten und offensichtlich durch Elektroschocks gefolterten Mannes zum Symbol

<sup>1173</sup> Vgl. Hersh, Seymour M. 2004: The Gray Zone: How a secret Pentagon program came to Abu Ghraib, in: The New Yorker, 24.05.2004.

<sup>1174</sup> Vgl. Hersh, Seymour M. 2004: The Gray Zone: How a secret Pentagon program came to Abu Ghraib, in: The New Yorker, 24.05.2004.

der Misshandlungen in *Abu Ghraib*.<sup>1175</sup> Auf eine andere Norm nimmt die US-Administration aus strategischen Gesichtspunkten bis heute Rücksicht: Da Misshandlungen erwachsener Männer als vergleichsweise weniger schlimm eingestuft werden, als die von Jugendlichen und Frauen, hält die US-Regierung alle entsprechenden Bilder weiterhin unter Verschluss, um nicht einen weiteren Aufschrei der Öffentlichkeit zu riskieren.

In der Frage, wie mit den bekannt gewordenen Ereignissen selbst umzugehen sei, zeigte sich die US-Medien stark gespalten: Während die MitarbeiterInnen der *New York Times* in zahllosen *Editorials*, Kommentaren und Berichten eine vollständige Aufklärung der Ereignisse sowie die Übernahme von Verantwortung durch die Regierung (durch deutlichere Entschuldigungen und personelle Konsequenzen, insbesondere den Rücktritt von Verteidigungsminister Rumsfeld) forderten sowie schnell eine Verbindung zur Verweigerung des POW-Status für die Gefangenen in *Guantanamo* durch die Regierung herstellten, ähnelten die selteneren Artikel des *Wall Street Journal* stärker der Rhetorik der Regierung in dieser Angelegenheit,<sup>1176</sup> bzw. beklagten gar, die US-Regierung sei in der Folterfrage gegenüber der Öffentlichkeit allzu schnell eingeknickt:

“The scandal is that this long after September 11 neither the CIA nor the Defense Department has a set of clear, effective and legally sanctioned means to extract actionable intelligence from terrorist suspects (...). The Justice Department’s so called ‘torture-memo’ was an attempt to set the legal limits on such a policy, but it was repudiated for political reasons in the wake of the Abu Ghraib abuses.”<sup>1177</sup>

Die begrenzte Berichterstattung der *USA Today* enthielt, wie üblich, Elemente beider Perspektiven,<sup>1178</sup> was sich auch in den hier abgedruckten Leserbriefen widerspiegelte, die teils von großem Misstrauen gegenüber der Regierung, teils von großem Vertrauen auch gegenüber dem eigenen Militär zeugten.<sup>1179</sup>

### *Sommer 2004: die Veröffentlichung der Regierungsmemoranden*

*“Die ungeschminkte Wahrheit ist allemal besser als gefällige Lügen, die am Ende wie ein Kartenhaus zusammenstürzen.*

<sup>1175</sup> Zudem wurde darauf verwiesen, dass die Silhouette des Mannes leicht wiederzuerkennen und zu reproduzieren ist und Assoziationen zu Jesus am Kreuz oder auch zur Gestalt der Freiheitsstatue weckt. Die dem Mann übergestülpte Kapuze ähnelt dagegen sowohl einem Schleier, wie auch dem spitzen Maskenhut eines Henkers – nur, dass dieser hier vom Opfer getragen wird. Als wäre das Foto entsprechend arrangiert, steht das Opfer auch noch auf einer Kiste, die wie die Karikatur eines Podestes wirkt. Vgl. auch darüber hinaus die Analyse des Bildes von Sarah Boxer mit dem Titel *“Torture Incarnate, and Propped on a Pedestal”*, erschienen in der *New York Times* am 13. Juni 2006. Die Angst vor dem Bruch sexueller Tabus durch die Veröffentlichung der Bilder führte in den USA teilweise so weit, dass zwar die Genitalien, nicht aber die Gesichter der Gefangenen unkenntlich gemacht wurden.

<sup>1176</sup> Vgl. etwa das *Editorial* der *New York Times* vom 05. Mai 2004 mit dem Titel *“The Torture Photos”*, in dem erstmals der Rücktritt Rumsfelds gefordert wurde sowie das vom 07. Mai 2004 über den Zusammenhang der Ereignisse mit denen in *Guantanamo Bay* unter dem Titel *“The Military Archipelago”*.

<sup>1177</sup> *OpEd* des *Wall Street Journals* vom 11.03.2005 mit dem Titel *“Rendering Al Qaeda”*.

<sup>1178</sup> Vgl. etwa den Artikel der *USA Today* vom 04. Mai 2004 mit dem Titel *“Pentagon too slow to decry shameful U.S. acts in Iraq”*.

<sup>1179</sup> Vgl. z. B. die Briefe von Jack Miller (*“Prisoner abuse scandal points to failure in U.S. leadership”*) und Mark Overholser (*“Let military investigate”*), die beide in der Ausgabe der *USA Today* vom 07. Mai 2005 abgedruckt wurden.



*Vermeide es, der Darstellung eine ganz bestimmte Richtung zu geben, die durch weitere Enthüllungen diskreditiert werden kann...*<sup>1180</sup>

Man hätte vermuten können, dass nach der Diskussion über *Abu Ghraib* die zuvor begonnene “Kerndebatte” um die Aufrechterhaltung eines absoluten Folterverbots verstummt wäre, da – ähnlich wie nach dem Abwurf der ersten Atombomben, wenn auch mit einem viel kleineren Kreis von Betroffenen – deutlich geworden wäre, dass hier eine *bright line* überschritten worden war und man solchen Entwicklungen schon im Ansatz (sprich: in *Guantanamo* und im lauten Nachdenken über die Notwendigkeit von Folter) Einhalt gebieten musste. Rückblickend erkannten auch Debattenteilnehmer selbst, dass hier ein möglicher Wendepunkt der Debatte verpasst worden war: “*One of the greatest shocks to American liberals was that ‘The system of torture has, after all, survived its disclosure’.*”<sup>1181</sup>

Wären diejenigen Akteure, die “harte Verhörmethoden”, “*torture lite*” oder Ähnliches gefordert hatten, im Mai 2004 zurückgerudert oder zumindest verstummt, hätte man vielleicht auch die vorhergehende Debatte als Tabubruch einer Ausnahmesituation werten, über die Debatte schweigen und auf diese Weise das Tabu wieder stärken, bzw. wieder etablieren können. Dieser Idealfall trat jedoch nicht ein.

Nach ca. einwöchigem Schweigen veröffentlichten die Herausgeber des *Wall Street Journal* unter dem vielsagenden Titel “*Geneva for Demagogues*” ein *Editorial*, das die Botschaft eines ersten aufgetauchten *memos* unterstützte, *torture lite*-Methoden wie Schlafentzug oder das Verharren in “Stresspositionen” sollten mit Genehmigung eines befehlshabenden Generals weiterhin gegenüber Gefangenen angewendet werden. Ein großes konservatives Blatt wagte also eine Woche nach Veröffentlichung der Folterfotos von *Abu Ghraib* implizit die Aussage, eine begrenzte Anwendung von Folter oder folterähnlichen Methoden (hinsichtlich des betroffenen Personenkreises und der Intensität der erlaubten Methoden) sei grundsätzlich möglich.<sup>1182</sup> Die *New York Times* ließ sich wenige Tage später erneut auf die nun wieder generelle Folterdebatte ein, indem sie gegen die Ansicht ihrer KollegInnen argumentierte und am Tag darauf sogar einen Kommentar abdruckte, dessen Autor deutlich machte, dass man auch nach *Abu Ghraib* nicht zur alten Form der Genfer Konvention zurück könne: “*Will we now allow the pendulum to swing back to ‘name, rank, serial number,’ as if suspected terrorists planning the bombing of civilians were uniformed prisoners of war obeying the rules of war?*”<sup>1183</sup> Bereits Mitte Mai hatte sich in allen untersuchten Zeitungen die Diskussion über *Abu Ghraib* wieder

<sup>1180</sup> Colin Powell über die Leugnung Russlands, 1983 ein südkoreanisches Passagierflugzeug abgeschossen zu haben. Powell, Colin 1996: *Mein Weg*, München, S. 302.

<sup>1181</sup> Holmes, Stephen 2006: *Is Defiance of Law a Proof of Success?*, in: Greenberg, Karen J. (Hrsg.): *The Torture Debate in America*, Cambridge, S. 118-135, hier S. 129. Das Zitat stammt aus Danner, Mark 2005: *We are all torturers now*, in: NYT, 07.01.2005.

<sup>1182</sup> Vgl. *Editorial* des *Wall Street Journal* vom 07. Mai 2004.

<sup>1183</sup> Vgl. Glanz, James 2004: *Torture Is Often a Temptation And Almost Never Works*, in: NYT, 09.05.2004, bzw. für das Zitat Safire, William 2004: *Rumsfeld should stay*, in: NYT, 10.05.2004.

mit der Frage vermischt, ob und wenn ja, welche “*coercive methods*” gegen “*high valuable targets*” eingesetzt wurden und werden sollten. Damit war eine neue Runde der Debatte eröffnet.<sup>1184</sup>

Diese wurde auch durch einige Memoranden zur Frage des Kriegsgefangenenstatus und erlaubter Verhörmethoden angeheizt, die die Regierung wenige Wochen nach dem *Abu Ghraib* Skandal freigab. Diese *memos* wurden zur Grundlage eines vielbeachteten Enthüllungsberichts des Starjournalisten Seymour Hersh zu der Frage, ob die Geschehnisse in *Abu Ghraib* mit den *memos* der Regierung in Zusammenhang standen.<sup>1185</sup> Hersh zufolge hatte Donald Rumsfeld mit Billigung Bushs und Condoleezza Rices (damals *National Security Advisor* des Präsidenten) nach anfänglichen Rückschlägen in Afghanistan noch im Jahr 2001 eine geheime *black operation* mit dem Decknamen “*copper green*” angeordnet, die den am Kampf gegen den Terrorismus beteiligten Geheimdiensten nahezu unbegrenzte Handlungsfreiheit verschaffen sollte: “*The rules are ‘Grab whom you must. Do what you want’*”, gab eine der Quellen Hershs zu Protokoll. Zu den Fehlern, die schließlich zum *Abu Ghraib*-Skandal führten, sei es letztendlich gekommen, da die für die asymmetrische Kriegführung im wenig bevölkerten Afghanistan entwickelten Methoden nach beginnenden Unruhen auch im Irak – und von ungeschulten, “normalen” Soldaten statt Mitgliedern von Spezialeinheiten – angewandt worden seien. Interessant im Hinblick auf die Tabudebatte ist besonders, dass die von Hersh befragten Geheimdienstagenten sich in aller Form von den Vorfällen in *Abu Ghraib* und damit den oben aufgeführten, vielfachen Tabubrüchen distanzieren, obwohl sie selbst in Terrorverhöre involviert waren, so dass auch ein Bruch innerhalb der Gruppe derjenigen Personen sichtbar wurde, die offensichtlich zur Anwendung von Folter autorisiert waren: “*You don’t keep prisoners naked in their cell and then let them get bitten by dogs. This is sick. (...) We don’t raise kids to do things like that.*”

Abgesehen von der erwartungsgemäßen Positionierung der Printmedien (die *New York Times* skandalisierte Existenz und Inhalt der *memos*, das *Wall Street Journal* versuchte, deren Bedeutung herunterzuspielen) brach nun ein Streit über das Verhalten verschiedener gesellschaftlicher Gruppen in der Folterfrage und bei tatsächlichen Misshandlungen aus, wobei zunächst die Frage im Mittelpunkt stand, ob die Juristen der Administration jemals Berichte über dieses Thema hätten anfertigen dürfen.<sup>1186</sup> Einige angesehene Rechtsprofessoren, die der Reagan-Administration angehört hatten, verteidigten klar das Vorgehen ihrer Kollegen, es sei deren Job, *worst case*-Szenarien durchzuspielen, während

<sup>1184</sup> S. in Bezug auf die Berichterstattung von *USA Today* insbesondere den umfassenden Hintergrundbericht Richard Willing und John Diamond, erschienen am 13. Mai 2004 mit dem Titel “*U.S. interrogators face ‘gray areas’ with prisoners*”.

<sup>1185</sup> Vgl. für das Folgende Hersh, Seymour M. 2004: *The Gray Zone: How a secret Pentagon program came to Abu Ghraib*, in: *The New Yorker*, 24.05.2004. Hersh war bekannt geworden, nachdem er 1969 das Massaker von My Lai aufgedeckt hatte.

<sup>1186</sup> Das *Wall Street Journal* bejahte auch diese Frage, etwa im Kommentar “*The Torture Canard*” vom 11. Juni 2004, die NYT und die Mehrheit ihrer sich in Briefen äußernden Leserschaft verneinte sie, vgl. etwa den Leserbrief von Denis Pelli, der am 13. Juni 2004 unter dem Titel “*The Legal Memos about Torture*” veröffentlicht wurde.

Kollegen anderer prominenter Universitäten dies zurückwiesen.<sup>1187</sup> Ebenfalls durch Hershs Ermittlungen wurde bekannt, dass die Leitung der US-amerikanischen Anwaltskammer bereits 2003 mehrfach von Militärjuristen aufgefordert worden war, Ermittlungen hinsichtlich der internen Vorgänge zur Legitimierung von Folter einzuleiten, was zwar geschah, zunächst jedoch folgenlos blieb.<sup>1188</sup> Beim jährlichen Treffen der US-amerikanischen Anwaltskammer, der *American Bar Association*, im Jahr 2004 wurde zudem heftig über die Frage gestritten, ob alle *memos* zur Frage der Legalisierung von Folter offengelegt werden sollten oder ob diese aus Sicherheitsgründen unter Verschluss bleiben sollten.<sup>1189</sup>

Angesichts der *memos*, aus denen hervorging, dass einige ihrer Mitglieder von Folterfällen gewusst haben mussten, sahen sich ab Juni 2004 neben der *American Bar Association* auch andere gesellschaftliche Gruppen berufen, sich deutlich zu dieser Frage zu positionieren. Den Anfang machte ein Zusammenschluss verschiedener Religionsgemeinschaften (evangelische und katholische Christen, Moslems und Juden), deren Würdenträger in von überregionalen arabischen Fernsehsendern ausgestrahlten Spots die Geschehnisse in *Abu Ghraib* verurteilten.<sup>1190</sup> Auch einzelne Bürger betonten, dass die Vorfälle in *Abu Ghraib* nicht mit ihren religiösen Ansichten zu vereinbaren seien.<sup>1191</sup> Zu diesem Zeitpunkt war bereits Kritik laut geworden, die sowohl in *Abu Ghraib* wie auch in *Guantanamo* anwesenden Geistlichen hätten sich schon früher an die Öffentlichkeit wenden müssen. Wenig später versuchten einige Veteranen, die Geschehnisse zu banalisieren, u.a. indem sie auf ihre früheren "Dummheiten" in der Armee und an die Gewöhnung des Ausführens jeglicher Befehle verwiesen.<sup>1192</sup> Ebenfalls an die Berufsethik ihrer in den US-Gefangenenlagern tätigen KollegInnen appellierten einige VertreterInnen der Ärztelobby, wobei sich insbesondere Allen S. Keller, der Leiter des New Yorker *Bellevue-Programms for Survivors of Torture* (einem der weltweit größten Rehabilitationszentren dieser Art) hervortat. Vor dem Hintergrund seiner praktischen Erfahrung als Arzt im Umgang mit Folteropfern (meist Asylsuchenden) aus aller Welt wies er immer wieder auf die unerträglichen und schwer zu heilenden Folgen jeglicher Misshandlungen hin und veröffentlichte

<sup>1187</sup> Vgl. die Aussagen Charles Fried und Douglas W. Kmiec auf der einen und Stephen Gilles von der *New York University* auf der anderen Seite in Liptak, Adam 2004: Legal Scholars Criticize Memos on Torture, in: NYT, 05.06.2004.

<sup>1188</sup> Vgl. neben Hershs Enthüllungsbericht auch Lewis, Neil A./Schmitt, Eric 2004: Lawyers Decided Bans on Torture Didn't Bind Bush, in: NYT, 08.06.2004.

<sup>1189</sup> Rosen, Jeffrey 2004: The Struggle Over the Torture Memos, in: NYT, 15.08.2004.

<sup>1190</sup> Es handelte sich um die ökumenische Gemeinschaft "*Faithful America*", vgl. auch für den Text des Spots Glassmann, Mark 2004: U.S. Religious Figures Offer Abuse Apology on Arab TV, in: NYT, 11.06.2004. Die *USA Today* verfolgte wie gewöhnlich einen Mittelweg, indem sie einerseits einen Kommentar abdruckte, in dem die *memos* kritisiert wurden ("*How innocent Iraqis came to be abused as terrorists*" vom 10. Juni 2004), andererseits aber in der gleichen Ausgabe mit Alberto Gonzales auch einen der Autoren der *memos* in einem längeren Gastbeitrag mit dem Titel "*Terrorists are different*" zu Wort kommen ließ.

<sup>1191</sup> "*As a lifelong Republican and a Christian, I am disgusted with the administration's limp response to the revelations of Abu Ghraib and the interminable incarcerations at Guantanamo.*" Leserbrief von Reip, Bob 2009: Interrogating Ourselves, in: NYT, 26.06.2005.

<sup>1192</sup> Vgl. Welch, Liz 2004: Veterans Speak Out, in: NYT, 30.05.2004.

Stellungnahmen, in denen er eine Unterscheidung in *lite torture* und andere, meist physische, Foltermethoden ablehnte, da Folter letztlich immer darauf ausgerichtet sei, den Willen des Opfers zu brechen.<sup>1193</sup> Der Protest aus der Ärztelobby flammte im Frühling 2005 noch einmal auf, als bekannt wurde, dass das Pentagon geänderte Richtlinien für mit ihm kooperierende Ärzte erlassen hatte, die letzteren erlauben sollte, bei Folterverhören anwesend zu sein und diese "fachlich zu unterstützen".<sup>1194</sup> Die *American Psychological Association* setzte sogar eine *Task Force* zur Frage moralisch richtigen Verhaltens in Verhörsituationen ein, nachdem bekannt geworden war, dass Psychologen bei Folterverhören präsent gewesen waren und Ratschläge erteilt hatten.<sup>1195</sup> Auch dieser Versuch einer Verregelung wurde kritisiert: "One does not need a legalistic ethics code to know that psychologists refuse to lend their professional skill and expertise to the torture of fellow human beings. It is simply wrong."<sup>1196</sup>

Die Veröffentlichung der ersten *memos* setzte natürlich in erster Linie die Regierung unter Druck, deren Mitglieder sich in einer Reihe von *hearings* vor dem Senat verantworten mussten. Justizminister John Ashcroft versuchte im Juni 2004 noch, die Verstrickung des Präsidenten in die Affäre zu dementieren und die Weitergabe weiterer *memos* an den Senat zu verhindern, was das Misstrauen der SenatorInnen jedoch eher noch schürte und die Angelegenheit schließlich auch zu einer Machtprobe der Regierung mit dem Kongress über die Frage der Verheimlichung wichtiger Regierungsdokumente werden ließ,<sup>1197</sup> die letztendlich zur Freigabe weiterer interner Dokumente führte.<sup>1198</sup> Zudem musste Ashcroft auf Druck einiger Senatoren öffentlich bekennen, Folter persönlich für niemals gerechtfertigt und nicht mit der US-Verfassung vereinbar zu halten, obwohl er die nach den Anschlägen vom 11. September 2001 angestellten Rechtsüberlegungen weiterhin zu rechtfertigen suchte. Ashcroft kam aber auch von einer anderen Seite unter Druck, nämlich von denjenigen SenatorInnen, die offen für die Anwendung von *torture lite* eintraten und der Regierungslinie beipflichteten, wie etwa Senator Inhofe, der mit seiner Aussage, er sei "*more outraged by the outrage*" über die *Abu Ghraib* Bilder für Wirbel sorgte. Ähnlich äußerte Senator Schumer Verständnis für den Wunsch des Präsidenten, Folter zu legitimieren, forderte aber einen offensiven Umgang der Administration mit diesen Überlegungen:

<sup>1193</sup> Vgl. insbesondere die beiden Leserbriefe in der NYT von Allen S. Keller mit den Überschriften "*Torture Is Barbarism*" (erschieden am 10. März 2003) und "*Cries of Outrage Over Guantanamo*" (erschieden am 02. Dezember 2004).

<sup>1194</sup> Leserbrief von Rubenstein, Leonard S. 2005: Doctors' Conduct at Guantanamo, in: NYT, 27.06.2005.

<sup>1195</sup> Vgl. Leserbrief des Präsidenten der *American Psychological Association*: Levant, Ronald F.: Codes of Ethics and Detention, in: NYT, 07.07.2005.

<sup>1196</sup> Leserbrief von Kwawer, Jay S. 2005: Doctors' Conduct at Guantanamo, in: NYT, 27.06.2005.

<sup>1197</sup> Dies widersprach aus Sicht vieler SenatorInnen dem *Legislative Reorganization Act*, vgl. S. 146 der Arbeit. Zur Diskussion vgl. insbesondere den Schlagabtausch von John Ashcroft mit Senator Kennedy in: U.S. Congress, Senate Committee on the Judiciary 2004: Statement of John Ashcroft, Attorney General, before the United States Senate Oversight of the Department of Justice, Terrorism and Other Topics, 08.06.2004.

<sup>1198</sup> Vgl. Keen, Judy 2004: White House responds to critics with policy disclosure, in: USA Today, 23.06.2004.

“[I]t’s easy to sit back in the armchair and say that torture can never be used. But when you’re in the foxhole, it’s a very different deal. And I respect – I think we all respect the fact that the president’s in the foxhole every day. (...) The problem is not in asking the question [ob Folter legalisiert werden sollte, SoSchi]. The problem isn’t with the issues being explored. The problem is there has to be very careful guidance, and it should be made public. And most people are reasonable and would understand that.”<sup>1199</sup>

Auch die Herausgeber des *Wall Street Journal* schlossen sich dieser Position an und kreierte es Präsident Bush als Fehler an, mit seiner Folterpolitik nicht an die Öffentlichkeit gegangen zu sein.

Von solchen Aussagen musste sich der Justizminister nun ebenfalls distanzieren, um seine Glaubwürdigkeit zu wahren. Damit saß die Regierung rhetorisch zwischen allen Stühlen: Einerseits war die zunächst eingeschlagene Linie, jegliche Misshandlungen herunterzuspielen und deren Zusammenhang mit dem Regierungshandeln unbedingt zu dementieren, spätestens mit der Veröffentlichung der erstens *memos* gescheitert, andererseits konnte man sich nun auch nicht mehr plötzlich offen für die Legalisierung “harter Befragungsmethoden” einsetzen, ohne sich vollends unglaubwürdig zu machen.

Dessen ungeachtet begann der Kongress wenige Monate nach *Abu Ghraib*, durch gesetzliche Bestimmungen gegen Folterungen vorzugehen: Einem Gesetz zur Ausweitung des Budgets für Militäroperationen in Afghanistan wurde die Klausel hinzugefügt, dass mit den Geldern keine unter den Genfer Konventionen verbotenen Zwecke verfolgt werden durften. Vor der Verabschiedung im Repräsentantenhaus war hoher Druck auf fünf republikanische Abgeordnete ausgeübt worden, die für den Antrag stimmen wollten und dies letztendlich dem Druck zum Trotz auch taten.<sup>1200</sup>

Vor dem Hintergrund dieser für die Regierung äußerst unbequemen Lage erscheint es umso verwunderlicher, dass der demokratische Herausforderer von George W. Bush, John Kerry, die Folterdiskussion “*evidently for fear of appearing anti-military*” kaum jemals erwähnte, geschweige denn zum Thema des Präsidentschaftswahlkampfes 2004 machte.<sup>1201</sup> Höchstwahrscheinlich fiel diese Entscheidung im Lichte mehrerer öffentlicher Umfragen, die im Sommer 2004 zur Frage der Legitimierung von folterähnlichen Methoden durchgeführt wurden. Denn auch nach dem *Abu Ghraib*-Skandal sprachen sich laut einer Erhebung von *ABC-Poll* im Juni 2004 noch 35% der Befragten in manchen Fällen für den Einsatz von Folter aus, was angesichts der Tatsache, dass Folter zu dieser Zeit nie beim Namen genannt, sondern meist von “*abuses*” oder “*harsh interrogations*” die Rede war, recht

<sup>1199</sup> Website von Senator Inhofe: Inhofe, James M. 2004: U.S. Congress, Senate Armed Services Committee 2004: Transcript of Senator Inhofe’s Remarks, 05/11/2004, Hearing on Iraqi Prisoner, Treatment (Panel 1), online unter: <<http://inchofe.senate.gov/pressapp/record.cfm?id=221389>>, rev. 02.02.2012. bzw. Senator Schumer im Gespräch mit John Ashcroft, in: U.S. Congress, Senate Committee on the Judiciary 2004: Statement of John Ashcroft, Attorney General, before the United States Senate Oversight of the Department of Justice, Terrorism and Other Topics, 08.06.2004.

<sup>1200</sup> Vgl. das *Editorial* der *New York Times* vom 02. Juli 2004 mit dem Titel “*A Vote for Control*”.

<sup>1201</sup> Mayer, Jane 2008: *The Dark Side. The Inside Story of How the War on Terror Turned into a War on American Ideals*, New York, S. 304.

viel erscheint.<sup>1202</sup> Immerhin 46% sprachen sich für die Notwendigkeit von “*physical abuse short of torture*” aus.<sup>1203</sup> Ca. einen Monat später wurden noch einmal ähnliche Zahlen publiziert:<sup>1204</sup> Nun sprachen sich 30% für den Einsatz “richtiger”, physischer Folter, 41% für die psychische Folter, 42% für die Anwendung von “*humiliating or degrading treatment*” und 48% für eine Androhung physischer Folter aus, obwohl den Befragten mitgeteilt worden war, dass sich die USA in einer Reihe internationaler Verträge zum Verbot solcher Handlungen verpflichtet hatten. Nach einigen *lite torture*-Methoden in bestimmten Szenarien befragt (der Gefangene besitzt möglicherweise/sehr wahrscheinlich wichtige Informationen über andere Mitglieder einer Terrorzelle/ über einen Anschlag auf die Vereinigten Staaten), sprach sich durchgängig eine Mehrheit der Befragten für den Einsatz von Schlafentzug aus, im letzten Szenario (Terrorist ist sehr wahrscheinlich im Besitz wichtiger Informationen) galt dies auch für das Verhüllen des Kopfes, z.B. mit einem Sack (“*hooding*”), die permanente Beschallung mit lauten Geräuschen und das Verharren in “Stresspositionen”. Auf der anderen Seite befürworteten noch mehr als ein Drittel der Befragten Nahrungsentzug und das Bedrohen des Gefangenen mit Hunden selbst für den Fall, dass nur eine “*modest chance*” dafür bestünde, dass der Inhaftierte über “*some information about a suspected member of a terrorist group*” verfüge. Aus einer dritten Umfrage ging v.a. hervor, wie gespalten die eher demokratisch wählenden und eher republikanisch wählenden BürgerInnen in dieser Frage waren:<sup>1205</sup> Während insgesamt (nur) eine knappe Mehrheit von 53% der Befragten angab, dass “*torture should rarely or never be used to gain important information from suspected terrorists*”,<sup>1206</sup> hielten 58% der Bush-WählerInnen Folter für rechtfertigbar, gegenüber nur 32% der Kerry-WählerInnen und 42% der WechselwählerInnen.<sup>1207</sup>

Vor dem Hintergrund der früheren vollständigen Tabuisierung von Folter nehmen sich die 2004 vorgelegten Zahlen in zweierlei Hinsicht überraschend aus: Erstens wird an der Unterscheidung verschiedener als “richtiger” oder als “*mild torture*” eingestufte Methoden deutlich, dass die Bevölkerung, wie auch die Umfrageinstitute, nun bereit waren, diese von der Regierung und deren Memoranden aufgebrachte Einteilung nachzuvollziehen. In den Debatten während der letzten drei Jahre hatte sich die US-amerikanische Bevölkerung offensichtlich damit angefreundet, über verschiedene Arten von Misshandlungen an Gefangenen nachdenken zu dürfen. Nach dem Bruch des eigentlichen Tabus, sich überhaupt nicht mit dem Thema Folter auseinander zu setzen, wurde also auch ein Verständnis davon

<sup>1202</sup> Vgl. Harwood, John 2004: New Values Debate over Prisoner abuse could hurt Bush, in: *Wall Street Journal*, 23.06.2004.

<sup>1203</sup> Ignatieff, Michael 2004: Mirage in The Desert, in: NYT, 27.06.2004.

<sup>1204</sup> Vgl. für das Folgende: Program on International Policy Attitudes 2004: Americans on Detention, Torture and the War on Terrorism, in: Pipa Papers, Juli 2004.

<sup>1205</sup> Vgl. für das Folgende: Pew Research Center/Council on Foreign Relations 2004: Eroding Respect for America Seen as Major Problem. Foreign Policy Attitudes now Driven by 9/11 and Iraq, August 2004.

<sup>1206</sup> 32% hielten Folter für niemals zu rechtfertigen, 21% in seltenen Fällen, 28% sahen den Einsatz von Folter manchmal und 15% häufig als gerechtfertigt an.

<sup>1207</sup> Nach Parteizugeneignheit befragt, gaben 52% der republikanischen Wähler an, Folter sei zu rechtfertigen gegenüber jeweils 38% der demokratischen und ungebundenen.

möglich, dass manche Methoden nicht notwendigerweise vom Tabu gedeckt sein mussten, so dass eine “Ent-Totemisierung” von Folterhandlungen stattfand.<sup>1208</sup> Nachdem, zweitens, das Denkverbot über Folter in dieser Weise gebrochen und Büchse der Pandora geöffnet worden war, erschien es nun auch der Hälfte der Bevölkerung legitim, manche der zuvor “unhinterfragt mittabuisierten” Praxen herauszunehmen, zu normalisieren und zu legitimieren. Hieran zeigt sich, dass, wenn das Tabu, über ein bestimmtes Thema nachzudenken, erst einmal gebrochen ist, auch die internalisierten Verbotsnormen dahinter zu wanken beginnen können – so wurde das Handeln der Regierung, die Reichweite des Folterverbots neu zu justieren und – aus ihrer Sicht – den neuen Gegebenheiten nach “9/11” anzupassen, von ca. 50% der Bevölkerung akzeptiert.

Diese Bereitschaft, zuvor von einem Tabu geschützte Normen einer Abwägung zu unterziehen, forderte etwa zur gleichen Zeit der neben Alan Dershowitz zweite große *norm challenger* der Folterdiskussion, Michel Ignatieff, in seiner Monographie “*The Lesser Evil*”.<sup>1209</sup> Ganz ähnlich wie Dershowitz hatte er in einem bereits im Mai 2004 veröffentlichten Essay gefordert, man müsse sich solchen unangenehmen Abwägungsfragen stellen, *bevor* die Regierung eigenmächtig die Initiative ergreife und etwa nach einem zweiten großen Terroranschlag die Rechte der BürgerInnen in den USA (mit deren stillschweigender Zustimmung) radikal einschränken würde.<sup>1210</sup> Im Unterschied zu Dershowitz lehnte Ignatieff “*torture*” radikal ab – dies jedoch nur, weil auch er bereits eine Unterscheidung in Folter auf der einen und vermeintlich weniger schlimmen Methoden bei “*coercive interrogations*” auf der anderen Seite vornahm. Scheinbar wahllos griff er aus der Büchse der Pandora, was er für angemessen hält, Schlafentzug sowie zeitliche und räumliche Desorientierung auch durch “*hooding*” etwa, während jegliche Form physischer Misshandlung oder das Verabreichen von Wahrheitsserum verboten bleiben sollten. Mit seiner Unterscheidung in “milde” und “wirkliche” Folter bereitete Ignatieff damit den Weg zu einer neuen Debattenkultur unter den Intellektuellen der USA, die v.a. im Frühjahr 2005 zu Tage trat, als der öffentliche Aufschrei über *Abu Ghraib* schon längst verhallt war.<sup>1211</sup>

Zunächst wurde im Sommer 2004 die Debatte, wie es zu *Abu Ghraib* hatte kommen können, aber durch die Publikation erster Untersuchungsberichte weiter angeheizt. Erst erschienen zwei innerhalb des Militärs in Auftrag gegebene und von solchen ausgeführte Berichte: Der sog. Taguba-Report war bereits vor der Veröffentlichung der Bilder aus *Abu Ghraib* in Auftrag gegeben worden und konnte dementsprechend bereits im Mai 2004 publiziert werden. Der sog. Fay Report, der zu dem Schluss kam, dass es sich bei den in *Abu*

<sup>1208</sup> Auch, wenn die Folterhandlung an sich kein Totem darstellen kann (vgl. S. 91 der Arbeit), fielen doch ähnlich wie bei diesem alle Praxen einer Art (nicht alle Gegenstände) unter das Tabu.

<sup>1209</sup> Ignatieff, Michael 2004: *The Lesser Evil. Political Ethics in an Age of Terror*, Edinburgh. Ignatieff lehrte bis zu seiner Wahl ins kanadische Parlament als Vertreter der Liberalen an der *Harvard University* und war dort Leiter des *Carr Center for Human Rights Policy*.

<sup>1210</sup> Vgl. auch für das Folgende Ignatieff, Michael 2004: *Lesser Evils*, in: NYT, 02.05.2004.

<sup>1211</sup> Vgl. insbesondere Kaplan, Robert D. 2005: *Hard Questions*, in: NYT, 23.01.2005.

*Ghbraib* angewandten Methoden zum Teil eindeutig um Folter handelte, wurde im August 2004 der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Schlussfolgerungen beider Berichte lagen recht nahe an den Aussagen der Regierung, bei den folternden Soldaten hätte es sich um einige "faule Äpfel" im sonst recht gesunden System gehandelt. Erst der von einer vom Militär unabhängigen Kommission erstellte sog. Schlesinger-Report stellte einen klaren Zusammenhang zwischen den Geschehnissen im Irak und dem Handeln der Regierung fest.<sup>1212</sup> Da (wie zu erwarten) keiner der Berichte auf das vorangegangene Hinterfragen von Tabus und internalisierter Normen, sondern eher auf Führungsschwächen, die schlechte Ausbildung und die allgemein gefährlichen Arbeitsbedingungen der Soldaten im *Abu Ghraib* Gefängnis hinwies, sind im Hinblick auf die Tabudiskussion eher die Folgen interessant, die die Veröffentlichung insbesondere des Schlesinger-Berichts hatte – nämlich v.a. der Ruf nach einheitlichen Verhörstandards, da in *Abu Ghraib* deutlich geworden war, dass die Umklassifizierung von Methoden in verbotene, mit Genehmigung erlaubte oder erlaubte, wie sie in einem Großteil der *memos* vorgenommen worden waren, für Verwirrung gesorgt hatte. Zudem war wiederum deutlich geworden, wie uneinheitlich die Standards für an Verhören beteiligten Mitarbeiter verschiedener Institutionen waren: CIA-Beamten wurde mehr erlaubt, als ihren KollegInnen vom FBI und vom Militärgeheimdienst, diese wiederum hatten Abstimmungsschwierigkeiten mit den "normalen" SoldatInnen und zivilem Hilfspersonal (etwa irakischen ÜbersetzerInnen) einerseits und verdeckt operierenden Mitgliedern von Spezialeinheiten des DOD andererseits.<sup>1213</sup> Eine offene Diskussion über Verhörmethoden bedeutete jedoch selbstverständlich eine Auseinandersetzung mit der früher tabuisierten Frage, welche der vormals ebenfalls tabuisierten Verhörmethoden nun erlaubt werden sollten und welche nicht.

Trotz der aus Sicht der Regierung untragbaren Thesen des Schlesinger-Reports über eine mehr oder weniger direkte Befehlskette von den Spitzen des Pentagon ins *Abu Ghraib*-Gefängnis fand seine Veröffentlichung erstaunlich wenig Widerhall. Im Oktober 2004, wenige Monate, nach der Veröffentlichung der ersten *memos*, war die öffentliche Debatte über die Verhörmethoden von Terrorverdächtigen tot. John Yoo, einer der *memo*-Autoren, wertete dies als Anzeichen dafür, dass die US-Bevölkerung zumindest Folterungen von Terrorverdächtigen schweigend gut hieß: "*The debate is over. (...) The issue is dying out. The public has had its referendum.*"<sup>1214</sup>

---

<sup>1212</sup> Vgl. einen Artikel der *USA Today* mit dem Titel "*Pentagon doesn't get it: Buck stops higher up*", der am 25.10.2004 erschien. Interessanterweise verfasste Schlesinger auch eine für die Fallstudie zu Nuklearwaffen relevante Studie, vgl. S. 316 der Arbeit.

<sup>1213</sup> Vgl. für eine Zusammenfassung dieses Punktes Jehl, Douglas/Johnston, David 2004: C.I.A. Expands Its Inquiry Into Interrogation Tactics, in: NYT, 29.08.2004.

<sup>1214</sup> John Yoo zitiert in einem *OpEd* der NYT vom 19.02.2005 mit dem Titel "*Time for an Accounting*".



### *Herbst 2004 bis Herbst 2005: intellektuelle Auseinandersetzung vor schweigender Öffentlichkeit*

In den folgenden zwölf Monaten flaute die Debatte bei beinahe allen Akteuren merklich ab, was die *New York Times* als einer der wenigen weiterhin aktiven Debattenteilnehmer mehrfach kritisierte.<sup>1215</sup> Es scheint, als habe sich die Debatte überhitzt und als sei die Öffentlichkeit, aber auch ein großer Teil der Medien und der politischen EntscheidungsträgerInnen der ständig neuen Enthüllungen und Anklagen überdrüssig geworden, obwohl die vermutlich für die Misshandlungen von Gefangenen im Irak und in Afghanistan verantwortlichen Politiker und hohen Militärs weder zur Verantwortung gezogen worden waren, noch signalisiert hatten, ihr Verhalten grundlegend zu ändern. Zudem gelangte ein dem Kongress vorgelegter Bericht des Pentagon zu dem Schluss, dass zwischen den Folterfällen auf der “niedrigen” Ebene einfacher SoldatInnen und der Politik des Ministeriums kein Zusammenhang bestehe.<sup>1216</sup> Nahezu unbemerkt von den Medien gelang es der Regierung stattdessen, einen Gesetzentwurf auf den Weg zu bringen, mit dem es möglich werden sollte, Personen aufgrund des bloßen Verdachts die Aufenthaltserlaubnis der Vereinigten Staaten zu entziehen und sie in ihre für Folterungen berüchtigten Heimatländer abzuschieben.<sup>1217</sup> Zudem erregte weder die Klage von vier bereits im März entlassenen Briten gegen Donald Rumsfeld wegen Misshandlungen in *Guantanamo*, noch die heftige Kritik des Vorsitzenden der UN-Antifolterkommission, Theo van Boven, auf einer eigens einberufenen Pressekonferenz zum Verhalten der USA unter der Anti-Folterkonvention großes Aufsehen.<sup>1218</sup> Auch die stockende juristische Aufarbeitung der Vorfälle in *Abu Ghraib* wurde kaum noch öffentlich skandalisiert – was vor dem Hintergrund nun erscheinender Monographien und Dokumentensammlungen zu dem Thema, für die ebenfalls kein großes Interesse zu bestehen schien, umso leichter möglich gewesen wäre.<sup>1219</sup> Lediglich die nach dem erneuten Wahlsieg Bushs erfolgte Nominierung des früheren *White House Counsel* und *memo*-Autors Alberto Gonzales zum Nachfolger Ashcrofts im Amt des Justizministers, gegen die sich auch einige ehemalige Militärjuristen aussprachen, wurde auch

<sup>1215</sup> Zuerst wurde diese Kritik im Anfang Oktober 2004 erhoben, vgl. Krugman, Paul 2004: *America’s Lost Respect*, in: NYT, 01.10.2004.

<sup>1216</sup> Vgl. Tanter, Raymond 2005: *Guantanamo outrage hinges on 5 myths*, in: USA Today, 20.07.2005.

<sup>1217</sup> Vgl. das *Editorial* der *New York Times* mit dem Titel “*Not in America*” vom 01. Oktober 2004.

<sup>1218</sup> Vgl. Reuters 2004: *World Briefing Europe: Britain: Ex-Guantanamo Inmates File Suit*, in: NYT, 28.10.2004 bzw. die Pressemitteilung der Vereinten Nationen vom 28.10.2004 mit dem Titel “*Human Rights Press Conference on Requests Visits to Detention Centers.*”

<sup>1219</sup> Hier handelt es sich insbesondere um Danner, Mark 2004: *Torture and Truth. America, Abu Ghraib, and the War on Terror*, New York, dessen Nichtbeachtung in der *New York Times* am 04. Dezember 2004 von Peter Steinfelds in seiner Rezension mit dem Titel “*The ethical questions involving torture of prisoners are lost in the debate over the war in Iraq*” beklagt wurde. Die mangelnde Aufarbeitung wurde auch dem US-Kongress angelastet: “*Bob Herbert asks, ‘Is No One Accountable?’ for the abuse, torture and murder of prisoners in United States custody in Afghanistan, Iraq and at Guantanamo. The short answer is no, nobody is accountable. The reason is that Congress is supposed to be the enforcement mechanism, and this Congress has shown time and again that it has neither the political will nor the ethical fortitude to stand up for the prisoners.*” Leserbrief von Farrish, John 2005: *When Americans Torture and Kill*, in: NYT, 30.03.2005.

über die *New York Times* hinaus zum öffentlichen und kongressinternen Thema.<sup>1220</sup> Konservative DebattenteilnehmerInnen nutzen die *hearings* zu dieser Personalfrage, um aus ihrer Sicht darzulegen, warum Terrorverdächtigen nicht der Status von Kriegsgefangenen eingeräumt werden könne und warum Gonzales sich nicht für seine *memos* entschuldigen solle:

“The better alternative is for Mr. Gonzales to go on offense and defend his entirely defensible actions. What the other side is fundamentally asserting is that aggressive interrogations are impermissible under any circumstances and to even contemplate them is to ‘set the tone’ for torture. This is dangerous both to American security and liberty.”<sup>1221</sup>

Trotz heftiger Proteste der FoltergegnerInnen im Kongress wurde Alberto Gonzales mit knapper Mehrheit bestätigt.<sup>1222</sup>

Soweit sich anhand des ausgewerteten empirischen Materials einschätzen lässt, ergibt sich für die folgenden Monate im Winter 2004 und Frühjahr 2005 das Bild, dass die Herausgeber der *New York Times* gemeinsam sowie deren LeserInnen mit einigen Menschenrechts-NGOs versuchten, die öffentliche Skandalisierung von Verhörmethoden, insbesondere in *Guantanamo Bay*, wieder anzukurbeln<sup>1223</sup> – zumal immer deutlicher wurde, dass viele der Gefangenen auf Kuba unschuldig waren<sup>1224</sup> und immer mehr Indizien dafür ans Licht kamen, dass die Folterungen in *Abu Ghraib* ihre Wurzeln in Verhörpraktiken hatten, die für “*Gitmo*” genehmigt worden waren.<sup>1225</sup> Linksgerichtete Medien wie Menschenrechtsgruppen waren über das geringe Interesse der Bevölkerung entsetzt, wie die *New York Times* in einem Kommentar mit dem vielsagenden Titel “*The Stranger in the Mirror*” zum Ausdruck brachte:

<sup>1220</sup> Vgl. etwa Lewis, Neil A. 2004: Ex-Military Lawyers Object To Bush Cabinet Nominee, in: NYT, 16.12.2004. In seinen Schreiben hatte sich Gonzales v.a. gegen die Einhaltung der Genfer Konventionen ausgesprochen, vgl. S. 345 der Arbeit sowie im Original: *Memo* von Alberto Gonzales an Präsident Bush mit dem Titel “*Decision re application of the Geneva Convention on Prisoners of War to the conflict with al Qaeda and the Taliban*“ vom 25. Januar 2002, abgedruckt in: Danner, Mark 2004: *Torture and Truth. America, Abu Ghraib, and the War on Terror*, New York, S. 83-87, hier S. 84

<sup>1221</sup> OpEd des *Wall Street Journal* vom 06.01.2005 mit dem Titel “*Torture’ Showdown*“.

<sup>1222</sup> “*Have we sunk so low that a nominee for attorney general, the highest law enforcement position in the nation, must publicly disavow the torture of prisoners, a practice he himself tried to sanitize at the behest of the president? What has become of our country?*“ Leserbrief von Eisenstein, James 2005: *Gonzales and the Torture Question*, in: NYT, 08.01.2005.

<sup>1223</sup> So stellte etwa das IKRK in einem Bericht vom Dezember 2004 fest, die in *Guantanamo* angewandten Methoden würden “*tantamount to torture*“, vgl. Internationales Komitee vom Roten Kreuz 2004: *Iraq: ICRC explains position over detention report and treatment of prisoners*, Pressekonferenz, 08.05.2004.

<sup>1224</sup> “*It’s now known that many of the individuals swept up and confined at Guantanamo and elsewhere were innocent. The administration says it has evidence it could use to prove the guilt of detainees currently at Guantanamo, but much of the evidence is secret and therefore cannot be revealed. This is where the war on terror meets Never-Never Land.*“ Herbert, Bob 2005: *America, A Symbol Of...*, in: NYT, 30.05.2005.

<sup>1225</sup> Die Annahme, das Foltermethoden von *Guantanamo Bay* nach *Abu Ghraib* “migriert“ sind, wird mittlerweile durch viele Interviews der Personen vor Ort und einen schriftlichen Austausch belegt. Vgl. z.B. Schwarz, Frederik A. O. Jr./Huq, Aziz Z. 2007: *Unchecked and Unbalanced. Presidential Power in a Time of Terror*, New York. Insbesondere das *Wall Street Journal* wies diese Theorie jedoch scharf zurück: “*This ‘torture narrative’ is gospel truth among elite opinion-makers, yet it is false in every detail.*“ McDonald, Heather 2005: *To nice for our own good*, in: WSJ, 06.01.2005.

“The character of the U.S. has changed. We’re in danger of being completely ruled by fear. (...) Very few Americans are aware, as the Center for Constitutional Rights tells us, that of the hundreds of men held by the U.S. in Guantanamo Bay, Cuba, many’ have never been charged and will never be charged because there is no evidence justifying their detention.’ Even fewer care.”<sup>1226</sup>

Ein Neuentfachen der Debatte gelang zumindest zeitweise in den Sommermonaten 2005, nachdem Condoleezza Rice als neue Außenministerin bei ihren Antrittsbesuchen in Europa von beinahe jedem Amtskollegen zur Schließung der Gefangenenlager in *Guantanamo Bay* aufgefordert worden war, obwohl sie weiterhin die offizielle Regierungslinie vertat, nach der die USA nicht folterten<sup>1227</sup> und dass das US-Außenministerium aus Sicherheitsgründen nicht in Details über Verhörmethoden des DoD und der CIA eingeweiht würde –<sup>1228</sup> was die *New York Times* als glatte Lüge abtat.<sup>1229</sup> Die ausländische Kritik wurde also breiter, als die zunächst von Verteidigungsminister Rumsfeld bemängelten “*isolated pockets of international hyperventilation.*”<sup>1230</sup> Rückendeckung erhielt Rice von Vizepräsident Cheney, der betonte, dass die Gefangenen in der USA, auch die in *Guantanamo Bay* besser behandelt würden, als “*by virtually any other government on the face of the earth*”,<sup>1231</sup> allerdings auch von konservativen KommentatorInnen, die – wieder einmal – forderten, die USA sollten ihre Folterpolitik auch gegenüber den Alliierten offensiv vertreten: “*If the Secretary of State weren’t so diplomatic, she’d cancel her tour and say she won’t come back until the Continent’s politicians decide to grow up.*”<sup>1232</sup>

Als die Generalsekretärin von *Amnesty International* die Lager auf Kuba als “*gulag of our times*” bezeichnete,<sup>1233</sup> schlossen sich auch bedeutende Personen der USA (u.a. Jimmy Carter) der Forderung nach der Schließung des Lagers an.<sup>1234</sup> Die konservative Presse reagierte auf den Vergleich erwartungsgemäß entrüstet.<sup>1235</sup> Sie pochte darauf, dass es immer noch besser

<sup>1226</sup> Herbert Bob 2006: The Stranger in the Mirror, in: NYT, 16.09.2006.

<sup>1227</sup> Auch dieses Verhalten wurde weiterhin kritisiert: “*We’re in this Orwellian situation,’ said Leonard Rubenstein, the executive director of Physicians for Human Rights, ‘where the statements by the administration, by the president, are unequivocal: that the United States does not participate in, or condone, torture. And yet it has engaged in legal interpretations and interrogation policies that undermine that absolutist stance.*“ Herbert, Bob 2005: With the Gloves off, in: NYT, 26.05.2005.

<sup>1228</sup> Vgl. Weisman, Steven R. 2005: Bush Confidante Finds Latest Role to Be Uphill Battle, in: NYT, 26.12.2005.

<sup>1229</sup> “*So when you watch the president stand there with a straight face and say, ‘We do not torture’ – a full year and a half after the first photos from Abu Ghraib – you have to wonder how we arrived at this ludicrous moment. The answer is not complicated. When people in power get away with telling bigger and bigger lies, they naturally think they can keep getting away with it.*“ Rich, Frank 2005: ‘We Do Not Torture’ and Other Funny Stories, in: NYT, 13.11.2005.

<sup>1230</sup> Zitiert in: Schwarz, Frederik A. O. Jr./Huq, Aziz Z. 2007: Unchecked and Unbalanced. Presidential Power in a Time of Terror, New York, S. 85.

<sup>1231</sup> Lewis, Anthony 2005: Guantanamo's Long Shadow, in: NYT, 21.06.2005.

<sup>1232</sup> OpEd des *Wall Street Journal* vom 07. Dezember 2005 mit dem Titel “*Condi’s European Torture*“.

<sup>1233</sup> Zitiert nach einem Editorial der *New York Times* vom 06. Mai 2006 mit dem Titel “*Un-American by Any Name*”.

<sup>1234</sup> Vgl. Associated Press 2005: Carter Says U.S. Should Close Detention Center at Guantanamo, in: NYT, 08.06.2005.

<sup>1235</sup> “*It’s old news that Amnesty International is a highly politicized pressure group, but these latest accusations amount to pro-al Qaeda propaganda. A ‘human rights’ group who cannot distinguish between Stalin’s death camps and detention centers for*

sei, Terrorverdächtige in “*Gitmo*” auf unbegrenzte Zeit einzusperren, statt sie gleich zu töten – auch im Sinne der Informationsgewinnung für den *war on terror*:

“The final purpose for this detention is intelligence gathering. We have found that human intelligence is the best intelligence and that the highest percentage of human intelligence is the interrogation that has occurred here and elsewhere that has led us to learn a lot about the techniques of the terrorists, their plans, the names of others, and other important information that has helped us save lives. So the point of this detention is to save lives, to keep people from killing us, and to get information that will help us to prevent future killing. That is an appropriate purpose of Guantanamo.”<sup>1236</sup>

Die Auseinandersetzung innerhalb der Bevölkerung erreichte aber nicht mehr die Reichweite und Schärfe derer über *Abu Ghraib*.

Ein weiteres Feld, in dem zumindest innerhalb der USA vereinzelt, im Ausland jedoch heftige Kritik laut wurde, war die Praxis der *rendition*: “*This is the odious practice of abducting foreign citizens and secretly flying them to countries where everyone knows they will be tortured. It is already illegal to send a prisoner to a country if there is reason to believe he will be tortured.*”<sup>1237</sup> Fälle von *renditions* hatte es zwar bereits unter Clinton gegeben, worauf insbesondere im *Wall Street Journal* hingewiesen wurde,<sup>1238</sup> nach “9/11” war es jedoch auf die neuen “Bedürfnisse” der Bush-Administration angepasst worden. Präsident Bush äußerte große Zustimmung und wollte – im Gegensatz zu seinem üblichen Verhalten in der Folterfrage – sogar an die Öffentlichkeit gehen:

“When Tenet had first described the burgeoning rendition program back at the end of September, Bush was so excited he’s wanted to know ‘At what point are we going to feel comfortable talking about these things?’ He was hoping to go public, as the terror suspects were snatched one by one around the world, so that Americans could keep score, like a sporting event. Tenet explained disappointingly that many of the countries secretly aiding the United States in these operation lived in fear that their populations would find out. Evidently, the controversial nature of the program had not occurred to the President. Tenet consoled the President with the possibility that in the future, when perhaps hundreds of suspects had been ‘rendered’, they could at least release the aggregate numbers. Bush was pleased.”<sup>1239</sup>

In der begrenzten öffentlichen Auseinandersetzung wurde das *rendition*-Programm explizit als “*a rather transparent evasion of the torture taboo*” bezeichnet.<sup>1240</sup> Informationen über Geheimgefängnisse der CIA auch in Europa, in die ein Teil der Gefangenen gebracht wurde und die die *New York Times* als “*dungeons of the 21st century*” bezeichnete, werden bis heute

---

*terrorists who kill civilians can't be taken seriously.*“ OpEd des *Wall Street Journal* vom 26.05.2005 mit dem Titel “*Amnesty's 'Gulag'*”.

<sup>1236</sup> U.S. Congress, House of Representatives 2005: Smart Security and Torture, Statement von Jon Kyl, 16.06.2005.

<sup>1237</sup> Editorial der *New York Times* vom 04.03.2007 mit dem Titel “*The Must-Do List*”.

<sup>1238</sup> Vgl. OpEd des *Wall Street Journals* vom 11.03.2005 mit dem Titel “*Rendering Al Qaeda*”.

<sup>1239</sup> Mayer, Jane 2008: *The Dark Side. The Inside Story of How the War on Terror Turned into a War on American Ideals*, New York, S. 107.

<sup>1240</sup> Posner, Richard A. 2006: *Not a Suicide Pact. The Constitution in a Time of National Emergency*, Oxford, hier S. 84.

größtenteils unter Verschluss gehalten.<sup>1241</sup> Dass sich die Mitglieder der US-Regierung in Bezug auf das *rendition-Programm jedoch keiner Folterschuld bewusst waren*, kam auch in ihrem Bericht an die Anti-Folterkommission der UN zum Ausdruck, in dem die Praxis kaum erwähnt wurde.<sup>1242</sup> Vor diesem Hintergrund kam es Ende 2005 zu einer außergewöhnlichen offenen Auseinandersetzung der UN (und deren Generalsekretär Kofi Annan) mit den USA (und deren UN-Gesandte John Bolton), nachdem die UN-Menschenrechtsbeauftragte das *rendition-Programm* als klaren Verstoß gegen die UN-Folterkonvention eingeordnet und kritisiert hatte, dass *“governments are watering down the definition of torture, claiming that terrorism means established rules do not apply anymore.”*<sup>1243</sup> Wenige Tage später mischte sich sogar der Papst auf Seiten der FoltergegnerInnen in die Debatte ein.<sup>1244</sup>

Trotz der Kritik des Auslands kam es nun zu einem “routinemäßige Einsatz” von Folter in US-amerikanischen Krimi- und Agentenserien, wie “24”, deren ProduzentInnen sich den Vorwurf der *New York Times* gefallen lassen mussten, Folter in den Augen der Öffentlichkeit zu normalisieren<sup>1245</sup> – aber auch Leserbriefe an die *New York Times*, diese würde mit ihrer ausführlichen Berichterstattung zum Thema Folter über die Stränge schlagen:

“I suspect that we Americans may not be as conflicted about ‘torture lite’ as your writer may imagine. (...) The actual rules are usually unspoken: we expect those on the front line to take the necessary steps to protect us while maintaining community standards of human decency and respect.”<sup>1246</sup>

Vor dem Hintergrund der mehrheitlich schweigenden Öffentlichkeit war nun jedoch umso deutlicher zu erkennen, dass sich die Debatte über die Notwendigkeit von Folter unter einigen Intellektuellen des Landes nicht nur fortsetzte, sondern auch drehte:

“There remains (...) a vigorous abstract debate in academic and policy circles about the need to abandon some existing laws governing detention and interrogation, and to adopt new rules permitting the use of physical or mental coercion to extract intelligence information...”<sup>1247</sup>

Ganz anders als in den ersten Jahren der Diskussion, in der auf die Essays von Dershowitz, Ignatieff und anderen Befürwortern “harter Verhörmethoden” mit aggressiver Polemik geantwortet und die Rechtsberater des Weißen Hauses bestenfalls als skrupellose Rechtsverdreher gebrandmarkt worden waren, schien sich im Frühjahr 2005 zwar noch kein Kompromiss herauszubilden – die Notwendigkeit einer ernsthaften Debatte über dieses Thema wurde jedoch von immer mehr Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens anerkannt

<sup>1241</sup> Herbert, Bob 2005: Dangerous Territory, in: NYT, 19.12.2005.

<sup>1242</sup> Vgl. Bravin, Jess 2005: US Maintains It Obeys UN Torture Rules, in: WSJ, 06.05.2005.

<sup>1243</sup> Zitiert in: Hoge, Warren 2005: Annan Defends U.N. Official Who Chided U.S., in: NYT, 09.12.2005.

<sup>1244</sup> Vgl. Fisher, Ian 2005: Pope Condemns Both Terror And Violations Of Geneva Pact, in: NYT, 14.12.2005.

<sup>1245</sup> Vgl. Green, Adam 2005: Normalizing Torture, One Rollicking Hour At a Time, in: NYT, 22.05.2005.

<sup>1246</sup> Leserbrief von Robert Blount-Lyon mit der Überschrift “*Interrogating Ourselves*” abgedruckt in der *New York Times* vom 26. Juni 2005.

<sup>1247</sup> Pearlstein, Deborah 2006: Reconciling Torture with Democracy, in: Greenberg, Karen J. (Hrsg.): *The Torture Debate in America*, Cambridge, S. 253-255, hier S. 253.

und die Positionen der *norm challengers* nun als rationale (wenn auch nicht in allen Punkten geteilte) Argumentationsweise angesehen. Die Ende 2005 von der HerausgeberInnen der *New York Times* erhobene Forderung *“Ban Torture. Period.”* erschien gerade vielen intellektuellen DebattenteilnehmerInnen aufgrund der weit fortgeschrittenen Diskussion über die Ausdifferenzierung von Folter und folterähnlichen Verhörmethoden sowie möglichen Szenarien, in denen Folter moralisch legitimierbar sei, als kaum noch umsetzbar.<sup>1248</sup>

“There remains (...) a vigorous abstract debate in academic and policy circles about the need to abandon some existing laws governing detention and interrogation, and to adopt new rules permitting the use of physical or mental coercion to extract intelligence information...”<sup>1249</sup>

So kam selbst ein Autor der *New York Times* zu dem Schluss, dass *“[t]he wall between the liberal campus and a conservative, utilitarian-minded military breaks down”*.<sup>1250</sup> In Sanford Levinsons Sammelband mit Essays von Autoren verschiedenster fachlicher Hintergründe und politischer Richtungen nahm sich der Beitrag eines Chicagoer Ethikprofessors, nach dem Folter vollständig *“tabooed and forbidden”* bleiben sollte, nun als Einzelmeinung aus.<sup>1251</sup>

Der Trend bestätigte sich, als im Juni sogar ein ehemaliger Chefredakteur der *New York Times* in “seiner” Zeitung einen mehrseitigen Essay veröffentlichte, der auf die nun “rationalisierte” Debatte über *torture lite* hinweist (*“Meanwhile, torture lite has been the subject of a little-noticed but intense debate involving rights groups, law professors, ethicists, counterterrorism theorists and military lawyers”*) und sie als notwendig hinstellte.<sup>1252</sup> Die nach *Abu Ghraib* eingelebte Ruhe könne, ja müsse nun genutzt werden, um zum Kern der Frage durchzudringen, wie mit der Frage von *torture lite* umzugehen sei. Er selbst halte mittlerweile weder die Extremposition, “milde Folter” in jeder Situation abzulehnen noch das Zulassen brutaler Verhörmethoden für gerechtfertigt, sondern schwanke – nach einer Reihe von Interviews und Recherchen – zwischen der Notwendigkeit des Versuches, bestimmte Methoden für bestimmte Fälle zu legalisieren oder aber die strikten gesetzlichen Verbote aufrecht zu erhalten und im Ernstfall zu brechen.

Lelyveld zog für seinen Essay auch einen Bericht einer Gruppe renommierter RechtswissenschaftlerInnen heran, die bei einem Treffen in Harvard 2005 einen Report über den Einsatz “harter Verhörmethoden” (*highly coercive interrogation*, kurz HCI) ausgearbeitet und publiziert hatten.<sup>1253</sup> Dabei hatte nach eigenen Angaben nur einer der rund zwanzig

<sup>1248</sup> Editorial der *New York Times* vom 16.12.2005 mit dem Titel *“Ban Torture. Period.”*

<sup>1249</sup> Pearlstein, Deborah 2006: *Reconciling Torture with Democracy*, in: Greenberg, Karen J. (Hrsg.): *The Torture Debate in America*, Cambridge, S. 253-255, hier S. 253.

<sup>1250</sup> Auch für das zuvor Gesagte insbesondere Kaplan, Robert D. 2005: *Hard Questions*, in: NYT, 23.01.2004.

<sup>1251</sup> Elshaint, Jean Bethke 2004: *Reflection of the Problem of ‘Dirty Hands’*, in: Levinson, Sanford (Hrsg.) 2004: *Torture. A Collection*, S. 77-89, hier S.79.

<sup>1252</sup> Es handelt sich um Lelyveld, Joseph 2005: *Interrogating Ourselves*, in: NYT, 12.06.2005.

<sup>1253</sup> Heymann, Philip B./Kayem, Juliette N. 2005: *Long-Term Legal Strategy Project for Preserving Security and Democratic Freedoms in the War on Terrorism*, National Memorial Institute for the Prevention of Terrorism, Harvard.

anwesenden ProfessorInnen Zweifel geäußert, ob man “HCI” tatsächlich in den von seinen MitdiskutantInnen geforderten Fällen (ähnlich dem *ticking-bomb-scenario*) anwenden sollte.<sup>1254</sup> Schließlich sei es unwahrscheinlich dass, wie im Abschlussbericht der Gruppe gefordert, der Präsident sein Einverständnis für jede der genannten Extremsituationen geben könne.

So praxisfern die Vorschläge der Harvard-Gruppe auch waren, fanden sie doch Anklang im Kongress – auch unter DemokratInnen: “*If you’re serious about trying to get information in advance of an attack, interrogation has to be one of the main tools. It has to be made to work. I’m O.K. with it not being pretty.*”, gab die demokratische Abgeordnete Jane Harman zu Protokoll, während der entschiedene Foltergegner John McCain als einer der wenigen Republikaner die Debatte, welche Methoden gerade noch angemessen und legal sein könnten, endlich beendet sehen wollte: “*You don’t need to get into questions of whether its O.K. to break someone’s right arm but not his left foot.*”<sup>1255</sup> So war es auch McCain, dem es gelang, einen wichtigen Akteur aus seiner Apathie in der Folterfrage zu reißen: den US-Kongress.

### *Herbst/Winter 2005: juristisches Tauziehen über das McCain Amendment*

*“Will Congress please remember that it is a co-equal branch of government (...) before the American reputation is forever destroyed?”*<sup>1256</sup>

*“Let me get this straight. Leading Republican conservatives have attached amendments banning interrogation using torture to the Pentagon’s appropriations measure for the coming year. And President Bush has threatened to veto this defense bill unless these anti-torture provisions are removed? What does it say about the present administration that it is so insistent on its right to abuse prisoners that it is willing to refuse to finance the entire national defense establishment if it doesn’t get its way on that issue? Nothing good, as far as I can see.”*<sup>1257</sup>

Dass die Zahl der von mir auszuwertenden Quellen 2005 nicht komplett einbrach, lag an dem juristischen Gezerre um das *McCain Amendment* im Herbst und Winter des Jahres. Angeführt vom prominenten Foltergegner John McCain brachten vier republikanische (!) Senatoren im Sommer 2005 das *Amendment on (1) the Army Field Manual and (2) Cruel, Inhumane, Degrading Treatment, Amendment #1977* ein, welches dem Budget für den Verteidigungshaushalt für das folgende Jahr beigefügt werden sollte. Die Verabschiedung des *McCain Amendments* sollte endlich eine Vereinheitlichung der innerhalb des Militär verwendeten Verhörmethoden bringen, alle über diese im einschlägigen Armeehandbuch festgehaltenen Methoden hinausgehenden Praxen ein für allemal untersagen und somit “*ban the use of ‘cruel, inhuman or degrading treatment or punishment’ against anyone in United States government*

<sup>1254</sup> Zu diesen Fällen zählte die Befragung von Gefangenen, bei denen man “*probable cause to believe that he is in possession of significant information (...) about a specific plan that threatens U.S. lives*” habe.

<sup>1255</sup> Beide zitiert nach Lelyveld, Joseph 2005: *Interrogating Ourselves*, in: NYT, 12.06.2005.

<sup>1256</sup> Leserbrief von Balis, Gary 2005: *Torture Detainees? Not in Our Name*, in: NYT, 04.11.2005.

<sup>1257</sup> Leserbrief von Lipps, Eric B. 2005: *Abuse of Detainees: Not in Our Name*, in: NYT, 03.08.2005.

*custody.*”<sup>1258</sup> Hintergrund der Gesetzesinitiative war u.a. die im Frühling 2005 verbreitete Nachricht, dass das bisher existierende Armeehandbuch momentan überarbeitet würde, die Neufassung jedoch größtenteils unveröffentlicht bleiben sollte.<sup>1259</sup> Dementsprechend wenig begeistert zeigte sich die US-Regierung von dem Versuch der fünf republikanischen Senatoren, sich dieser Überarbeitung in den Weg zu stellen und die Formulierung der neuen Bestimmungen selbst zu übernehmen, zumal “[e]veryone understands that this would effectively forbid some interrogation methods now being used, at least by the CIA.”<sup>1260</sup> Der Vollständigkeit halber sei jedoch angemerkt, dass die Exekutive auch in dieser Frage nicht als geschlossener Block auftrat, sondern es zu heftigen internen Auseinandersetzungen kam.<sup>1261</sup> Dennoch spielten – so die Ansicht vieler KommentatorInnen – inhaltliche Fragen zu Verhörmethoden beim *McCain Amendment* ebenso eine Rolle, wie die Ansicht, dass es sich hier um eine Machtprobe zwischen dem (nicht nur in der Folterfrage) stark auf seine exekutiven Vorrechte pochenden Präsidenten Bush und dem US-Kongress, der sich in allen Sicherheitsfragen seit “9/11” ungewöhnlich passiv verhalten hatte, handele. Die *USA Today* ging sogar soweit, anzunehmen, dass der Machtpoker zwischen Exekutive und Legislative das entscheidende Element dieser Auseinandersetzung sei: “...the main objection appears to center on presidential power and prerogatives rather than an explicit desire to torture”.<sup>1262</sup>

Eine Verknüpfung der Folterdebatte mit der über die Machtbefugnisse des US-Präsidenten tauchte während meines Untersuchungszeitraums mehrfach auf, wenn auch 2005 am prominentesten. Dabei wurde die Frage in zweifacher Form gestellt: Erstens in der der Annahme, dass es in der Debatte gar nicht um Folter selbst ginge, sondern dies nur eine Stellvertreterdiskussion für die Frage nach dem institutionellen Machtgefüge der USA sei. So konnten sich FolterbefürworterInnen wie Senator Hatch nicht vorstellen, dass es den FoltergegnerInnen tatsächlich um die Sache ging:

“Why has torture become the big point of debate on the floor of the Senate? There is only one reason: to undermine the President of the United States. Just think about it. (...) Why would we do that, especially since we all know that these were rogue elements who have done these awful things?”<sup>1263</sup>

Zweitens wurde, weit häufiger, auf beiden Seiten betont, dass das Recht, Folter anzuordnen oder verbieten ein essentieller und direkter Gradmesser für die Stellung des Staatsoberhauptes gegenüber anderen Staatsorganen und seinen BürgerInnen sei, weshalb die beiden Diskussionsstränge kaum zu trennen seien – eine Annahme, die ich vor dem

<sup>1258</sup> Schmitt, Eric 2005: Senate Moves to Protect Military Prisoners Despite Veto Threat, in: NYT, 06.10.2005.

<sup>1259</sup> Vgl. Schmitt, Eric: Army, in manual, limiting tactics of interrogation, in: NYT, 28.04.2005.

<sup>1260</sup> *OpEd* des *Wall Street Journals* vom 13.12.2005 mit dem Titel “*Tortuous Progress*”.

<sup>1261</sup> Vgl. Schmitt, Eric/Golden, Tim 2005: Detainee Policy Sharply Divides Bush Officials, in: NYT, 02.11.2005.

<sup>1262</sup> Kiely, Kathy/Diamond, John 2005: Abu Ghraib inflamed the debate over abuse, in *USA Today*, 10.11.2005. Der im Q&A-Stil verfasste Hintergrundartikel bietet eine gute Zusammenfassung von Inhalt und Kontroverse über das *McCain Amendment*.

<sup>1263</sup> US U.S. Congress 2005: Executive Session, Nomination of Alberto R. Gonzales to be Attorney General, Statement von Senator Orrin Hatch, 01.02.2005.



Hintergrund der einleitenden Ausführungen zur Entstehung des Folterverbots vor dem Hintergrund des Niedergangs der absoluten Monarchie nur bestätigen kann.<sup>1264</sup> FolterbefürworterInnen pochten, wie im 18. Jahrhundert, darauf, dass die Entscheidung, Terrorverdächtige foltern zu lassen, dem Staatsoberhaupt selbstverständlich obliege:

“Indeed, Justice Department memos suggested that in a war like the present one, presidential power can override both congressional laws and ‘customary international law’: in short, that the president can choose to suspend America’s obligation to comply with the Geneva Conventions if he wishes, authorize torture or detain prisoners without a hearing.”<sup>1265</sup>

FoltergegnerInnen warnten dagegen davor, dass eine solche Ansicht die Grundlagen, auf denen das politische und gesellschaftliche System der USA fuße, ins Wanken bringen würde:

“Indeed, the very concept of Western liberty sprung in part from an understanding that, if the state has the power to reach that deep into a person’s soul and can do that much damage to a human being’s person, then the state has extinguished all oxygen necessary for freedom to survive. (...) If the point of the U.S. Constitution is the preservation of liberty, the formal incorporation into U.S. law of the state’s right to torture (...) would effectively end the American experiment of a political society based on inalienable human freedom protected not by the good graces of the executive, but by the rule of law.”<sup>1266</sup>

Vor diesem Hintergrund erscheint es wenig erstaunlich, dass die Exekutive die Verabschiedung des *McCain Amendments* mit Händen und Füßen abzuwehren versuche, was die ohnehin hitzigen Debatten im US-Kongress weiter anheizte. Dennoch wurde das *McCain Amendment* im Oktober 2005 mit überwältigender Mehrheit von 90 zu 9 Stimmen im Senat angenommen. Zu der Tatsache, dass immerhin 46 republikanische SenatorInnen für das *McCain Amendment* gestimmt hatten, hatte auch die Unterstützung der Initiative durch eine Vielzahl hochrangiger ehemaliger Militärangehöriger, allen voran des früheren US-Außenministers Colin Powell, beigetragen.

Mit der Verabschiedung des *McCain Amendments* durch den Senat begann jedoch erst das juristische Gezerre um seine Gültigkeit.<sup>1267</sup> Zur weiteren Verärgerung der US-Regierung wurde relativ schnell bekannt, dass Vizepräsident Cheney und CIA-Chef Porter J. Goss nach der Abstimmung versucht hatten, Senator McCain davon zu überzeugen, die Bestimmungen des *McCain Amendments* nur für US-Militärs, nicht jedoch für Angehörige anderer US-Institutionen (wie die Geheimdienste) bindend zu machen, solange diese im Bereich der Terrorabwehr agierten und die verhörten Personen keine US-Staatsangehörigen waren. Die *New York Times* kommentierte dies mit der Anmerkung, “*the White House is certainly tireless in its*

<sup>1264</sup> Vgl. den Abschnitt zur Entstehung des Folterverbots ab S. 177 der Arbeit.

<sup>1265</sup> Kakutani, Michiko 2005: Following A Paper Trail To the Roots Of Torture, in: NYT, 08.02.2005.

<sup>1266</sup> Sullivan, Andrew 2005: The Abolition of Torture, in: The New Republic, 19.12.2005.

<sup>1267</sup> “...what started as an admirable attempt by Senator John McCain to stop the torture and abuse of prisoners has become a tangle of amendments and backroom deals that pose a real danger of undermining the sacred rule that the government cannot just lock people up forever without saying why.“ OpEd der *New York Times* vom 12.11.2005 mit dem Titel “*Playing with Fire*“.

*effort to legalize torture,*<sup>1268</sup> während einer ihrer Leser provokativ fragte: “*Can I have my country back, please?*”<sup>1269</sup> Während sich die linksgerichtete Presse darüber echauffierte, dass Dick Cheney hinterrücks versuchen wollte, doch noch einen Blankoscheck zur Folterung von Terroristen zu erhalten, verwiesen konservative Regierungsvertreter und ihre AnhängerInnen darauf hin, dass das *McCain Amendment* eben nur auf den Schutz ausländischer Terroristen zugeschnitten – und damit völlig überzogen sei: “*McCain’s only real effect would be to limit the interrogation of al-Qaeda terrorists.*”<sup>1270</sup> Darüber hinaus zeigten sich insbesondere die LeserInnen des *Wall Street Journal* nicht davon überzeugt, dass die Kontroverse über das *McCain Amendment* und deren großes Medienecho den VerhörspzialistInnen endgültig Klarheit über erlaubte und verbotene Verhörmethoden schaffen würde, sondern befürchteten das genaue Gegenteil: “*...the chilling effect of the media debate is to create uncertainty in the minds of our soldiers just at a time when we, as a country, need them to pretext our freedom using every means necessary.*”<sup>1271</sup> Die beiden Diskussionsparteien warfen sich also *gegenseitig* vor, die Frage nach erlaubten und verbotenen Verhörmethoden unnötig zu verkomplizieren, um die VerhörspzialistInnen zu verwirren. Während das konservative Lager erwartete, dass die so entstehende Rechtsunsicherheit zu einem zu vorsichtigen Vorgehen bei Verhören führen würde,<sup>1272</sup> befürchtete das linksgerichtete Lager, dass die Erweiterung der “Grauzone” zwischen verbotener Folter und erlaubten Methoden (bewusst?) immer mehr ausgeweitet würde, so dass die VerhörspzialistInnen unter dem Eindruck, dies sei gewollt, von selbst zu immer härteren Mitteln greifen würden, während sich die politische Ebene im Fall einer Aufdeckung die Hände in Unschuld waschen könne.<sup>1273</sup>

Zudem gab es auch weiterhin einige FolterbefürworterInnen, die der Regierung vorwarfen, ihre Handlungen nicht gut genug begründet und nicht öffentlich legalisiert zu haben – diese Geheimniskrämerei wirke sich nun negativ aus:

<sup>1268</sup> OpEd der *New York Times* vom 26.10.2005 mit dem Titel “*Legalized Torture, Reloaded*”.

<sup>1269</sup> Leserbrief von England, Daniel B.: *Torture? Not in my Name*, in: NYT, 01.11.2005.

<sup>1270</sup> *Memo*-Autor Yoo, John 2005: *Terrorists are not POWs*, in: USA Today, 02.11.2005.

<sup>1271</sup> Leserbrief von Decker, Bill 2005: *Are we “too sensitive” to win the war?*, in: WSJ, 11.11.2005.

<sup>1272</sup> “*CLA interrogators are worried they may face prosecution for alleged abuse of detainees and are using techniques well short of the CIA’s detailed limits, according to three lawmakers who said the trend threatens to erode the quality of information yielded by top terror suspects. (...) ‘You have an area where American interrogators fear that a liberal judge is going to hold them or find them criminally or civilly liable for merely isolating a terrorist,’ Hunter says. ‘It’s going to be very difficult to conduct effective interrogations that could save American lives.’ (...) And Harman, who along with Hoekstra regularly meets with CIA field officers in visits to overseas stations, says ‘the fog of law is creating a risk-averse climate’ among interrogators. (...) Harman says such officers are ‘not doing things (...) that may be perfectly legal,’ with the result that the quality of intelligence from interrogations is eroding.*“ Diamond, John 2005: *Lawmakers: Interrogators not using techniques to full benefit*, in: USA Today, 21.11.2005.

<sup>1273</sup> “*One soldier (...) who served tours in both Afghanistan and Iraq, said that he tried for seventeen months to get clear legal guidance, while witnessing a wide variety of abuses that would ordinarily be illegal under military and international law. ‘Death threats, beatings, broken bones, murder, exposure to elements, extreme forced physical exertion, hostage-taking, stripping, sleep deprivation and degrading treatment’ were commonplace in Iraq, he said. But because the command authorities – beginning with President Bush – cast the fight in Iraq as part of the global war on terrorism, he said, no one knew which laws applied.*“ Mayer, Jane 2008: *The Dark Side. The Inside Story of How the War on Terror Turned into a War on American Ideals*, New York, S. 264.

“The problem with the McCain amendment is that once you have gone public with a blanket ban on all forms of coercion, it is going to be very difficult to publicly carve out exceptions. The Bush administration is to be faulted for having attempted such a codification with the kind of secrecy, lack of coherence, and lack of strict enforcement that led us to the McCain reaction.”<sup>1274</sup>

Nachdem Vizepräsident Cheneys Vorschlag auf Ablehnung gestoßen war, beauftragte die US-Regierung Sicherheitsberater Stephen J. Hadley damit, John McCain zumindest eine Ausnahme für *covert operations* (wie *copper green*) abzurufen.<sup>1275</sup> Die Frage, ob Präsident Bush das erste Veto seiner Amtszeit gegen das *McCain Amendment* einlegen würde oder nicht, erhielt im Dezember 2005 neue Brisanz, als die Abgeordneten des *House* das *McCain Amendment* mit einer nicht-bindenden Resolution unterstützen – wobei der Plenarsaal beinahe leer war und die Debatte extrem kurz gehalten wurde, um das Weiße Haus nicht öffentlich zu blamieren.<sup>1276</sup> Das präsidentielle Veto konnte nur durch direkte Verhandlungen zwischen John McCain und George Bush verhindert werden, wobei nicht wenige BeobachterInnen monierten, dass es sich hierbei um einen Scheinkompromiss handele:

“Mr. Bush had barely announced his deal with Mr. McCain before Attorney General Alberto Gonzales made it crystal clear that the administration would define torture any way it liked. He said on CNN that torture meant the intentional infliction of severe physical or mental harm, and repeated the word ‘severe’ twice. He would not even say whether that included ‘waterboarding’ – tormenting a prisoner by making him think he is being drowned.”<sup>1277</sup>

Diese Befürchtung bestätigte sich wenige Jahre später durch die Veröffentlichung weiterer *memos*:

“A new, secret legal memo commissioned by the White House from Steven Bradbury at the OLC [Office of Legal Counsel des Justizdepartments, SoSchi] provided a stealthy means of undercutting McCain’s intent. (...) Bradbury argued that none of the CIA’s interrogation techniques were cruel, inhumane, or degrading. Not even waterboarding. His secret opinion nullified McCain’s public victory.”<sup>1278</sup>

Zudem wurde stillschweigend eine dem *McCain Amendment* beigefügte Passage gestrichen, durch die es verboten worden wäre, Terrorverdächtige aufgrund von durch Folter erpressten Geständnissen auf unbestimmte Zeit in *Guantanamo Bay* zu inhaftieren, was an eine parallel

<sup>1274</sup> Krauthammer, Charles 2005: The Truth about Torture; It’s time to be honest about doing terrible things, in: The Weekly Standard, 05.12.2005.

<sup>1275</sup> Sanger, David E./Schmitt, Eric 2005: Bush Says He’s Confident That He and McCain Will Reach Agreement on Interrogation Policy, in: NYT, 13.12.2005.

<sup>1276</sup> Schmitt, Eric 2005: House Defies Bush and Backs McCain on Detainee Torture, in: NYT, 15.12.2005. Neben dem *House* sprachen sich auch einige Interessenverbände, wie der der Ärzte und der der Psychologen, offen für das *McCain Amendment* aus. Vgl. Leserbrief von Anderson Hedberg, C./Steven S. Sharfstein, Steven. S./Levan, Ronald F. 2005: Torture Detainees? Not in Our Name, 04.11.2005.

<sup>1277</sup> *OpEd* der *New York Times* vom 16.12.2005 mit dem Titel “*Ban Torture. Period.*“

<sup>1278</sup> Mayer, Jane 2008: The Dark Side. The Inside Story of How the War on Terror Turned into a War on American Ideals, New York, S. 312.

laufende Debatte über die Frage anknüpfte, ob erfolgte Geständnisse solcher Personen überhaupt nicht, nur vor Militär- oder auch vor Zivilgerichten verwendet werden dürften.<sup>1279</sup>

Trotz dieser Zugeständnisse sahen einige KommentatorInnen die Annahme der – nach Rücksprache mit dem Präsidenten – revidierten Fassung des *McCain Amendments* als Triumph gegenüber der Folterpolitik George Bushs: “*President Bush (...) had to cry uncle last Thursday and accept Senator McCain’s demand that the U.S. ban cruel, inhumane and degrading treatment of prisoners in American custody. It was an embarrassing defeat for the Bush administration...*”<sup>1280</sup> Ein hochrangiger Vertreter von Human Rights Watch sah die Verabschiedung des *Amendments* auch als Anzeichen dafür, dass sich die gesamte Folterdiskussion innerhalb der politischen Klasse in den USA gedreht hatte:

“‘This reflects a complete transformation of the debate in America over torture,’ said Tom Malinowski, the Washington advocacy director of Human Rights Watch. ‘After the attacks, no politician was heard expressing any questions about the executive branch’s treatment of captured terrorists.’”<sup>1281</sup>

Selbst innerhalb des US-Militärs macht sich “Wendestimmung” breit – die schlimmsten Folterzeiten hätte man bereits hinter sich gebracht: “*General Gardner said that he was painfully aware of the legacy of Abu Ghraib, but insisted that conditions at the American-run prisons in Iraq had improved strikingly. ‘Abu Ghraib was criminal and I was appalled,’ he said. ‘We’ve come a long way since then.’*”<sup>1282</sup> Sie hatten sich zu früh gefreut.

### *Herbst 2006: justistisches Tauziehen über die Genfer Konventionen*

“*What a sad day for the United States, and for the rest of the world witnessing this event, that a bill has been signed into law that allows torture.*”<sup>1283</sup>

Nach dem Rückschlag der Folterpolitik der US-Regierung durch die Annahme des *McCain Amendments* erlahmte die öffentliche Debatte über diese Frage zusehends. Bis zum Sommer 2006 fanden sich kaum noch Artikel zu dem Thema. Erst im Zeitraum von Juni bis Oktober 2006 kam es zu einer neuen, allerdings weniger breit geführten Kontroverse, als nach der Legislative nun auch die Judikative begann, offen gegen die Folterpolitik Bushs Stellung zu beziehen. In einer knappen Entscheidung sprachen die Richter des *Supreme Court* 2006 im Urteil des Fall *Hamdan v. Rumsfeld* den Gefangenen auf *Guantanamo Bay* den in Art. 3 aufgeführten Minimalschutz der Genfer Konventionen zu, der bekanntlich auch ein

<sup>1279</sup> Schmitt, Eric/Golden, Tim 2005: Lawmakers Back Use of Evidence Coerced From Detainees, in: NYT, 17.12.2005.

<sup>1280</sup> Herbert, Bob 2005: Dangerous Territory, in: NYT, 19.12.2005.

<sup>1281</sup> Sanger, David E. 2005: In address, Bush says he ordered domestic spying, in: NYT, 18.12.2005.

<sup>1282</sup> Schmitt, Eric/Shanker, Tom 2005: U.S., Citing Abuse In Iraqi Prisons, Holds Detainees, in: NYT, 25.12.2005.

<sup>1283</sup> Leserbrief anlässlich der Unterzeichnung des *Military Commissions Act* von Schepers, Kees 2006: Bush, the Prisoners and Our Rights, in: NYT, 20.10.2006.

Folterverbot beinhaltet.<sup>1284</sup> Neben der inhaltlichen Auseinandersetzung wurde auch hier die Frage gestellt, inwieweit die Entscheidung zu einer Neuordnung der Machtbefugnisse zwischen der *imperial presidency* Bushs und der Judikative beitragen sollte. Auf Seiten der FoltergegnerInnen erntete die Entscheidung des Obersten US-Gerichts beinahe ebenso großen Beifall, wie zuvor die Verabschiedung des *McCain Amendments*: “*Could it be? Will the Bush administration, under pressure from the Supreme Court, actually make an attempt to emerge from the Middle Ages? Is the post-9/11 American Inquisition beginning to come undone?*”<sup>1285</sup>

Wie im Fall des *McCain Amendments* versuchte die US-Regierung allerdings, eine solche Neujustierung des Einflusses der höchsten Staatsorgane zu verhindern – nun, indem sie sich an den Kongress wandte und mit dem sog. *Military Commissions Act* ein Gesetz auf den Weg zu bringen versuchte, durch das festgeschrieben werden sollte, dass *enemy combatants* wie die Insassen von *Guantanamo Bay* keine Kriegsgefangenen seien, denen der Schutz der Genfer Konventionen zustünde – und somit dem Urteil des *Supreme Court* die Grundlage zu entziehen.<sup>1286</sup> In Bezug auf die Folterfrage waren das Urteil und die anschließenden Kongressdebatten insofern interessant, als sich der Kongress u.a. mit der Frage auseinandersetzen musste, welche – möglicherweise erpressten – Geständnisse in den nun anstehenden Prozessen zugelassen werden dürften und welche nicht. Während der von George Bush unterstützte Gesetzentwurf vorsah, zumindest durch “*coercive methods*” erlangte Geständnisse verwenden zu dürfen, wenn ein Richter dem zustimmte, sah der Gegenvorschlag eines Senatspanels vor, sämtliche solcher Geständnisse vor Gericht auszuschließen.<sup>1287</sup>

Durch den Regierungsvorschlag wurde einmal mehr die Schwierigkeit deutlich, trennscharf zwischen Folter und anderen Zwangsmitteln zu unterscheiden. Die *New York Times* richtete deshalb einen Aufruf an den US-Kongress, dieser solle nun endgültig das Heft des Handelns in die Hand nehmen und ein für allemal bestimmen, welche Verhörmethoden genau als Folter eingestuft werden sollten und welche nicht – ein mit Blick auf das Schweigetabu, dass das öffentliche “Sezieren” der Tabuinhalte früher undenkbar gemacht hatte, unerhörter Appell, der jedoch der Befürchtung geschuldet war, die US-Regierung, die konkrete Annahmen zu einzelnen Verhörmethoden mit dem Verweis auf Sicherheitsbedenken ablehnte, könnte ihre Handlungen weiterhin mit unpräzisen Begriffen kaschieren:

“In order to go beyond the abstract phrases of existing laws and treaties, Congress must be willing to legislate what exact techniques are permissible, under what circumstances

<sup>1284</sup> Vgl. S. 188 der Arbeit. Das Urteil im Fall *Hamdan v. Rumsfeld* vom 29.06.2006 findet sich online unter: <<http://www.law.cornell.edu/supct/html/05-184.ZS.html>>, rev. 02.02.2012.

<sup>1285</sup> Herbert, Bob 2006: The Law Gets a Toehold, in: NYT, 13.07.2006.

<sup>1286</sup> Der Text des *Military Commission Acts*, in dem es (wie beim Urteil des *Supreme Court*) hauptsächlich um die Frage der Inhaftierung und des Zugangs zu Gerichtsverfahren geht, findet sich online unter <<http://thomas.loc.gov/cgi-bin/bdquery/z?d109:S.3930:>>>, rev. 02.02.2012.

<sup>1287</sup> Kiely, Kathy/Johnson, Kevin 2006: At issue: How suspects are treated, in: USA Today, 18.09.2006. Der Artikel bietet eine gute Übersicht über das *Supreme Court*-Urteil und seine Folgen.

and with what oversight – not euphemisms, not ambiguous language, but plain, exact descriptions of techniques and when and how they may be used. Is waterboarding, for example, torture? (...) These activities are too morally fraught to permit anything other than the on-the-record vote of each legislator. Let our legislators tell us plainly what tough trade-offs they make between our security and our liberties – because indubitably there are trade-offs.”<sup>1288</sup>

Interessanterweise ließ sich der folterkritische Kommentator nicht nur darauf ein, zu hinterfragen, was eigentlich mit dem Begriff “Folter” genau gemeint sei, sondern akzeptierte mit der Aussage, dass Sicherheit und Freiheit sicherlich gegeneinander abgewogen würden, auch die beiden Annahmen, dass das Folterverbot abwägbar sei und dass sein Bruch zur Sicherheit des Landes beitragen könne – und damit im Kern die Prämissen der FolterbefürworterInnen.

Generell und im ganz anders als beim *McCain Amendment* überwogen bei der Debatte 2006 in Öffentlichkeit und Kongress deutlich die Stimmen derjenigen, die Terrorverdächtigen den Schutz der Genfer Konventionen nicht zugestehen wollten – die Vorstellung von “*Osama in Genevaland*” wurde mehrheitliche abgelehnt.<sup>1289</sup> Dieser Stimmungsumschwung hing wohl auch damit zusammen, dass die US-Regierung ihre Position in der Folterfrage durch die Formulierung des Gesetzentwurfs und dessen argumentative Verteidigung nun öffentlich machte, nachdem sie in den Jahren zuvor alles daran gesetzt hatte, die eigene Position zu bestreiten oder zu verschleiern.<sup>1290</sup> So drängte Präsident Bush selbst die Abgeordneten “*for the sake of our security*’ to act quickly and ‘update our laws to meet the threats of this new era,” da die Verhörmethoden der CIA “*helped us to take potential mass murderers off the streets before they were able to kill.*”<sup>1291</sup> Proteststimmen waren dagegen – nicht zum ersten Mal – von einzelnen US-Militärs zu vernehmen, die auf die aus ihrer Sicht unumstößliche Tradition der Einhaltung der Genfer Konventionen pochten, während die zivile Führung des DoD sich eindeutig für das Gesetz positionierte.<sup>1292</sup>

Am 17. Oktober 2006, nachdem der US-Kongress den *Military Commissions Act* verabschiedet hatte, konnte George Bush ihn unterzeichnen, in dem das völkerrechtlich höchst umstrittene Konstrukt des “*alien unlawful enemy combatant*” in Abgrenzung zu regulären Kriegsgefangenen, denen der Schutz der Genfer Konventionen zustand, (schein-)legalisiert und darüber hinaus bestimmt wurde, dass mithilfe von “*coercive methods*” Geständnisse dieser Personen vor Militärgerichten verwendet werden durften – für viele FoltergegnerInnen ein

<sup>1288</sup> Anderson, Kenneth 2006: It's Congress's War, Too, in: NYT, 03.09.2006.

<sup>1289</sup> Editorial des *Wall Street Journal* vom 13.07.2006 mit dem Titel “*Osama in Genevaland*”.

<sup>1290</sup> Dieser Strategiewechsel wird beschrieben in: Lithwick, Dalia 2006: Redefining Torture, in: NYT, 10.12.2006.

<sup>1291</sup> Jackson, David 2006: Congress pressed for laws to meet 'new era' threats; President says no suspects tortured, in: USA Today, 07.09.2006.

<sup>1292</sup> Neuborne, Burt/Priest, Diana/Lewis, Anthony/Dratel, Joshua/Mori, Major Michael/Gillers, Stephen 2006: Panel Diskussion: Torture: The Road to Abu Ghraib and Beyond, in: Greenberg, Karen J. (Hrsg.): *The Torture Debate in America*, Cambridge, S. 13-32, hier S. 15f.

schwerer Verstoß gegen die eigene Verfassung und das Völkerrecht.<sup>1293</sup> Nachdem sie knapp ein Jahr zuvor das *McCain Amendment* als Anfang vom Ende der Folterpolitik Bushs gefeiert hatten, waren sie nun umso schockierter – in dem Moment, in dem die Bush-Administration ihre Folterpolitik öffentlich gemacht habe, habe der Kongress diese legalisiert.<sup>1294</sup> Tabutechnisch auf den Punkt brachte diesen Vorgang ein Leser der *New York Times*: “*It can’t happen here.*”; *It did.*”<sup>1295</sup>

### 2007 bis 2008: Wahlkampf – und Kritik an der Debatte selbst

“*Let us become once again the people we really are.*”<sup>1296</sup>

Vor dem Hintergrund der Verabschiedung des *McCain Amendment* einerseits und des *Military Commissions Acts* andererseits muss es nicht verwundern, dass auch in den Jahren 2007 und 2008 weiterhin verschiedene Strömungen und Argumentationsweisen in der Folterdebatte konkurrierten. So legten einerseits Meinungsumfragen nahe, dass sich an der recht breiten Zustimmungsrates zu Folterverhören in der US-Bevölkerung seit der Hochphase der Debatte nicht viel geändert hatte:

“Despite revelations of widespread abuses at a U.S.-run prison in Iraq, most Americans do not rule out the use of torture as a way of gaining important information from suspected terrorists. About four-in-ten (43%) feel that torture in such circumstances can be often (12%) or sometimes justified (31%). The number saying the use of torture against suspected terrorists is at least sometimes justified has been fairly stable since 2004, though the percentage saying torture can often be justified has dipped from 18% last October to 12% currently.”<sup>1297</sup>

Diese Zahlen entsprachen denen von Umfragen unter US-Militärs, von denen mehr als 40% der Befragten angaben, Folter zur Rettung des Lebens eines US-Soldaten als richtig einzustufen und noch einmal 10% mehr zugaben, dass sie einen Kollegen, der irakische Zivilisten folterte, decken würden.<sup>1298</sup> Angesichts solcher Zustimmungsrates hatten die Bewerber des bereits 2007 einsetzenden Wahlkampfes um die Nominierung eines republikanischen Präsidentschaftskandidaten keine Skrupel, sich öffentlich für Folter auszusprechen – vielmehr schienen sie darauf zu setzen, sich mit einer möglichst offenen

<sup>1293</sup> Eine kritische Übersicht über die Bestimmungen des Gesetzes, das auch die *Habeas Corpus*-Regeln teilweise außer Kraft setzte, findet sich in Amnesty International 2006: United States of America: Military Commissions Act of 2006 – Turning bad policy into bad law, online unter: <<http://www.amnesty.org/en/library/info/AMR51/154/2006/en>>, rev. 02.02.2012.

<sup>1294</sup> “*When Bush admitted (...) that the second narrative – America tortures people in secret – was true, Congress effectively made it legal.*“ Lithwick, Dalia 2006: Redefining Torture, in: NYT, 10.12.2006.

<sup>1295</sup> Leserbrief von Carver, Geoff 2006: Bush, the Prisoners and Our Rights, in: NYT, 20.10.2006.

<sup>1296</sup> Leserbrief von Hunsinger, George 2007: Torture and the Shame of a Nation, in: NYT, 10.10.2007.

<sup>1297</sup> The Pew Research Centre 2007: Trends in Political Values and Core Attitudes: 1987-2007, online unter: <<http://people-press.org/reports/pdf/312.pdf>>, rev. 02.02.2012.

<sup>1298</sup> Vgl. Navarro, Mireya 2008: We're Friends, Right?, in: NYT, 02.10.2008.

Positionierung für Folter den Ruf eines besonders harten Vorgehens im *war on terror* und damit die Gunst vieler WählerInnen erarbeiten zu können:<sup>1299</sup>

“...the candidates spoke enthusiastically in favor of torture and against the rule of law. Rudy Giuliani endorsed waterboarding. Mitt Romney declared that he wants accused terrorists at Guantanamo, ‘where they don’t get the access to lawyers they get when they’re on our soil My view is, we ought to double Guantanamo.’ His remarks were greeted with wild applause.”<sup>1300</sup>

Auch das Tabu, einzelne Foltermethoden nicht öffentlich zu anzusprechen, war soweit erodiert, dass Mitt Romney sich folgende Antwort auf die Frage leisten konnte, was er persönlich gegenüber einem Terrorverdächtigen zum Schutz von US-BürgerInnen unternehmen würde: “*I’d stick a knife in somebody’s thigh in a heartbeat.*”<sup>1301</sup> Demokratische Gegenstimmen wurden typischerweise mit der Frage bedacht: “*I wonder if they’re more interested in protecting the terrorists than protecting the American people.*”<sup>1302</sup> Lediglich John McCain schloss sich dem folterverurteilenden Standpunkt der demokratischen BewerberInnen an.

Die Gespaltenheit zeigte sich auch, einmal mehr, an der Verhandlung einer Personalfrage im US-Kongress: Nach dem Rücktritt von Alberto Gonzales Mitte 2007, gegen den sich die Regierung lange gesträubt hatte, war Michal Mukasey als Nachfolger vorgeschlagen und zunächst als Kandidat der Mitte begrüßt worden, da einerseits von der republikanischen Regierung vorgeschlagen worden war, andererseits jedoch Folter als mit nationalem und internationalem Recht unvereinbar bezeichnet hatte. Die Kontroverse über Mukasey begann erst, nachdem einige demokratische Abgeordnete versuchten, vom Kandidaten eine Definition dessen zu erhalten, was genau Folter sei und was nicht – wobei erstmals die Einordnung von *waterboarding*, das ab diesen Debattenzeitpunkt eine Art “Platzhalterfunktion” in der Folterdebatte einnahm – ins Zentrum gerückt wurde.<sup>1303</sup> Trotz der Weigerung, *waterboarding* als Folter anzuerkennen, wurde Mukasey Kongress bestätigt.

Ende 2007 stellte die *New York Times* zudem entsetzt fest, dass “[t]he moral debate over torture has seeped deeply into popular culture...” und nun auch in Unterhaltungssendungen, Spielfilmen und Kunstaktionen ausgetragen wurde.<sup>1304</sup> Angesichts der rapiden Zunahme von Folderszenen, die über die Mattscheibe flimmerten, initiierte die NGO *Human Rights First*

<sup>1299</sup> “Candidates appear to be pandering to peoples’ fears in a reckless attempt to win the label ‘toughest.’“ Eine Mitarbeiterin von *Human Rights Watch*, zitiert in: Shane, Scott 2007: On Torture, 2 Messages And a High Political Cost, in: NYT, 30.10.2007.

<sup>1300</sup> Krugman, Paul 2007: Don’t Blame Bush, in: NYT, 18.05.2007.

<sup>1301</sup> Zitiert in: Santora, Marc 2007: 3 Top Republican Candidates Take a Hard Line on the Interrogation of Detainees, in: NYT, 03.11.2007.

<sup>1302</sup> Leserbrief von Nanche, George 2007: Democrats, Torture and Upcoming Elections, in: WSJ, 12.11.2007.

<sup>1303</sup> Vgl. Leserbrief von Turker, Michael 2007: Is It Torture? The Nominee Won’t Say, in: NYT, 20.10.2007. Zur Debatte über *waterboarding* vgl. S. 363 der Arbeit.

<sup>1304</sup> Shane, Scott 2007: On Torture, 2 Messages And a High Political Cost, in: NYT, 30.10.2007.



eine Aufklärungskampagne für Produzenten und Zuschauer, in der dazu aufgefordert wurde, Folter – wenn sie denn gezeigt wurde – als eindeutig negativ und ineffektiv darzustellen.<sup>1305</sup>

Andererseits setzt ein halbes Jahrzehnt nach den Anschlägen vom 11. September 2001 eine Kritik der Debattengrundlage selbst ein: Die Debatte sei nämlich nur deshalb möglich, weil die US-Regierung (und in ihrem Gefolge viele MedienvertreterInnen und ExpertInnen) darauf bedacht sei, der eigenen Bevölkerung ein Gefühl permanenter Bedrohung „einzuimpfen“, vor dessen Hintergrund sie dann ihre politische Agenda leichter durchsetzen könne: *“The fear of 9/11 and terrorism in general is kept ever before us and used to justify everything from the war in Iraq to domestic surveillance to deficit spending. Torture is a part of this theater of fear.”*<sup>1306</sup> Bei zusammenfassender Kritik an der Politik der Bush-Regierung wurde Folter nun unkommentiert als einer der wichtigsten Punkte, neben dem Abhören von US-BürgerInnen, genannt.<sup>1307</sup> Vor diesem Hintergrund wurden auch mehr verwundete Stimmen darüber laut, dass sich die USA überhaupt mit der Folterfrage beschäftigte: *“It is hard to believe that we are sitting here talking about torture. There have been many times in the past year were, following conversations on the telephone, I got off the phons and gulped and said to myself ‘Where am I?’”*<sup>1308</sup> Tabutechnisch noch einen Schritt weiter gingen spätere Fragen danach, warum die Folterfrage eine derartige Diskussion ausgelöst hatte:

“When the Central Intelligence Agency obliterates a dozen suspected terrorists (...) with a missile from a drone, the news rarely stirs a strong reaction far beyond Pakistan. Yet the waterboarding of three operatives from Al Qaeda – one of them the admitted murderer of 3,000 people as organizer of the 9/11 attacks – has stirred years of recriminations, calls for prosecution and national soul-searching. What is it about the terrible intimacy of torture that so disturbs and captivates the public? Why has torture long been singled out for special condemnation in the law of war, when war brings death and suffering on a scale that dwarfs the torture chamber?”<sup>1309</sup>

Erst nachdem sich die Panik der ersten Jahren nach “9/11” gelegt hatte, stellten einige DebattenteilnehmerInnen also fest, dass hier ein Sprachtabu massenhaft gebrochen worden war, das für das US-amerikanische Selbstverständnis von zentraler Bedeutung gewesen war – und zeigten sich schockiert. Diese Einsicht machte auch den Weg frei zur vermehrt gestellten Frage, wie es überhaupt möglich gewesen war, die Folterdebatte in den USA so breit zu führen – selbst nach der Veröffentlichung der Bilder aus *Abu Ghraib*. Neben den

<sup>1305</sup> Vgl. die Website der NGO unter <<http://www.humanrightsfirst.org/our-work/law-and-security/torture-on-tv/what-can-be-done/>>, rev. 02.02.2012.

<sup>1306</sup> Cananaugh, William T. 2006: Making Enemies. The Imagination of Torture in Chile and the United States, in: *Theology Today* 63:October S. 307-323, hier S. 313.

<sup>1307</sup> Typisch hierfür ist folgender Leserbrief: *“As Mr. Herbert advises, tell the truth: that it is un-American to spy on our citizens, to torture, to go to war based on deceit, to promote policies that benefit the wealthy and hurt the poor, and to attempt to undermine the Constitution. Call yourself a liberal, and be proud of it.”* Harden, Cindy 2006: Memo to Democrats: Just Take a Stand, in: *NYT*, 15.05.2006.

<sup>1308</sup> Diana Priest in: Neuborne, Burt/Priest, Diana/Lewis, Anthony/Dratel, Joshua/Mori, Major Michael/Gillers, Stephen 2006: Panel Diskussion: Torture: The Road to Abu Ghraib and Beyond, in: Greenberg, Karen J. (Hrsg.): *The Torture Debate in America*, Cambridge, S. 13-32, hier S. 15.

<sup>1309</sup> Shane, Scott 2009: Torture Versus War, in: *NYT*, 19.04.2009.

zuvor üblichen Annahmen, dass es sich hierbei um eine durchaus rational nachvollziehbare Antwort auf eine neue Bedrohungssituation gehandelt habe, wurden nun auch Stimmen laut, die hinter den diskursiven Befürwortung von Folter v.a. Rachegeleüste und eine Art *tit-for-tat* der Tabubrüche sahen:

“But why has the American public not been mortified or disillusioned by the relations from Abu Ghraib? (...) Abuse of prisoners has proven politically acceptable in the United States (...) not because, although shameful, it is especially useful in the war on terror. The absence of any metrics of success or failure in the war on terror is by now a commonplace. (...) Instead, harsh and humiliating interrogation may have been embraced by the public because it is widely perceived as an ‘appropriate’ response. The 9/11 hijackers violated an absolute prohibition. What possible reaction could be adequate to what they did? A response that trespases on equally sacred ground.”<sup>1310</sup>

Diese erschreckende Einsicht wurde offenbar von immer mehr MitarbeiterInnen der Bush-Administration und der Geheimdienste geteilt, die aufgrund des Umgangs mit der Folterfrage ihre Kündigung einreichten:

“By the last year of the Bush presidency, growing numbers of former administration insiders had abandoned the government with the conviction that in waging the war against terrorism, America had lost its way. (...) Most of the FBI agents who opposed ‘enhanced’ interrogation techniques retired and joined private security firms, taking vast amounts of wisdom about Islamic terrorism with them.”<sup>1311</sup>

Andere MitarbeiterInnen der Geheimdienste versuchten auf andere Art, ihre Foltervergangenheit hinter sich zu lassen – so kam es Ende des 2007 zu einem Skandal, als bekannt wurde, dass die CIA im großen Stil Videoaufzeichnungen von Verhören mit Terrorverdächtigen vernichtet hatte.<sup>1312</sup>

Im Gegensatz dazu echauffierten sich FolterbefürworterInnen über das wiederentdeckte moralische Bewusstsein ihrer Landsleute – diese könne noch dazu führen, den *war on terror* zu verlieren: “*I’m convinced we will lose this war on terrorism because we are unwilling to use the means necessary to destroy our enemy – simply because we are too sensitive to employ such means.*”<sup>1313</sup> So scheint es aus ihrer Perspektive, als hätte die traditionelle Identität der USA ihrem Überleben nun selbst im Wege: “*If Osama Bin Laden is alive and looking for signs of flagging US will to fight the war on terror, he need look no further than our national debate about interrogating his compatriots and others who want to do us harm.*”<sup>1314</sup> Ebenso viel Unverständnis wurde über die Regierung geäußert, die noch immer nicht verstehe, dass sie endlich in die Offensive gehen müsse: “*I continue to wonder when the administration is going to grow a backbone and*

<sup>1310</sup> Holmes, Stephen 2006: Is Defiance of Law a Proof of Success?, in: Greenberg, Karen J. (Hrsg.): *The Torture Debate in America*, Cambridge, S. 118-135, hier S. 129. Er bezieht sich hier auf die Thesen von Danner, Mark 2005: We are all torturers now, in: NYT, 07.01.2005.

<sup>1311</sup> Mayer, Jane 2008: *The Dark Side. The Inside Story of How the War on Terror Turned into a War on American Ideals*, New York, S. 334.

<sup>1312</sup> Vgl. z.B. Netherton, Dale 2007: *Destroyed: The C.I.A. Torture Tapes*, in: NYT, 11.12.2007.

<sup>1313</sup> Leserbrief von Sorg, John 2005: Are we ‘too sensitive’ to win the war?, in: WSJ, 11.11.2005.

<sup>1314</sup> *OpEd* des *Wall Street Journal* vom 12.11.2005 mit dem Titel “*A ‘Tortured’ Debate.*“

*vigorously stand up to its critics. It is well past time for the republican leaders in both houses, as well as the president, to tell the liberals to shut up.*<sup>1315</sup>

Die Praxis der Geheimdienste scheint sich derweil nicht sonderlich geändert zu haben, wie im April 2008 veröffentlichte Briefe der US-Regierung verdeutlichten: *“...a letter sent by the Justice Department to Congress on March 5 makes clear that the administration has not drawn a precise line in deciding which interrogation methods would violate that standard, and is reserving the right to make case-by-case judgments.*”<sup>1316</sup>

Immerhin wurden sich einige Abgeordneten des US-Kongresses ihrer Verantwortung stärker bewusst und stellen, auch vor dem Hintergrund weiterer Informationen über das SERE-Programm, zunehmend die Frage, wie es auf oberster politischer Ebene zu den Folter-memos hatte kommen können:

“In a flurry of oversight that some critics say comes years too late, Congress is pressing Bush administration officials on a still-unanswered question: How did the United States come to embrace harsh interrogation methods it had always shunned? (...) Last week, 56 House Democrats signed a letter to Attorney General Michael B. Mukasey asking him to appoint a special counsel to investigate the interrogation policies and whether they violated laws against torture. (...) Human rights advocates are heartened. ‘Members of Congress are beginning to connect the dots,’ said Caroline Fredrickson, director of the Washington legislative office of the American Civil Liberties Union. ‘First they blamed the privates and the field operatives, then the generals. But now Congress is finally beginning to ask who made the ultimate decisions at the top.’”<sup>1317</sup>

Einige der *memo*-Autoren, darunter John Yoo, wurden zudem zu *hearings* vor das *Judiciary Subcommittee* des *House* geladen.<sup>1318</sup> Den AutorInnen der *USA Today* gingen diese Schritte des seit den *mid term-elections* 2007 demokratisch dominierten Kongresses jedoch nicht weit genug:

“Congress has reached a low of 22% in some polls, putting it only slightly above mobsters and mule skinnners in popularity. These polls reflect a rejection of the cynical bait-and-switch politics practiced by both parties. For example, the Democrats secured both houses of Congress by promising that they would fight for civil liberties and investigate alleged crimes ranging from an official torture program to unlawful domestic surveillance. Once in power, however, the Democrats refused to take serious action. It was later learned that for years Democratic members knew of both the torture and unlawful surveillance.”<sup>1319</sup>

Das Verhalten des nun demokratisch dominierten US-Kongresses hätte bereits als Vorgeschmack auf die Amtszeit Obamas eingestuft werden können. In dieser Hinsicht überwog 2008 jedoch die Euphorie der FoltergegnerInnen über die Nominierung eines Präsidentschaftskandidaten, der auch in der Folterfrage radikalen *“change”* versprochen hatte. Viele KommentatorInnen wiesen darauf hin, dass die Kandidatur und Wahl Barack Obamas

<sup>1315</sup> Leserbrief von Welton, Walter E. 2007: Can’t make war and nice simoultaneously, in: WSJ, 13.10.2007.

<sup>1316</sup> Mazzetti, Mark 2008: Letters Outline Legal Rationale For C.I.A. Tactics, in: NYT, 27.04.2008.

<sup>1317</sup> Shane, Scott 2008: An Elusive Starting Point on Harsh Interrogations, in: NYT, 11.06.2008.

<sup>1318</sup> Shane, Scott 2008: Two Testify On Memo Spelling Out Interrogation, in: NYT, 27.06.2008.

<sup>1319</sup> Turley, Jonathan 2008: The year of principles?, in: USA Today, 03.01.2008.

nur vor dem Hintergrund der Ablehnung der Bush-Regierung und der Scham über das eigene Schweigen zu deren Politik zu erklären seien.<sup>1320</sup>

### *Winter 2008 bis Winter 2009: Euphorie und Enttäuschungen*

“[U]nder my administration, the United States does not torture.”<sup>1321</sup>

Wider Erwarten (und im Gegensatz zum nuklearen Tabu), trat im letzten Abschnitt meines Untersuchungszeitraums von der Wahl Barack Obamas zum neuen US-Präsidenten bis zum Ende seines ersten Amtsjahres *keine* Retabuisierung ein. Die Anzahl der Artikel, die sich mit der Folterfrage beschäftigten, schnellte nach den drögen Debattenjahren 2006 und 2007 noch einmal nach oben und Umfragen zufolge verfolgten über 60% der US-AmerikanerInnen diese wachsende Berichtserstattung “*closeby*”.<sup>1322</sup> Dies lag einerseits darin begründet, dass die Argumente der Folterdebatte der ersten Jahre, nun allerdings mit der rückwärtsgewandten Fragestellung, ob die Handlungen der Bush-Administration unter den damaligen Umständen richtig gewesen seien, noch einmal ausgetauscht wurden. Andererseits kamen auch neue Fragestellungen hinzu, wie die Folterfrage unter aktuellen Bedingungen beantwortet werden sollte und wie mit den folterpolitischen “Altlasten” der Bush-Ära umzugehen sei. Zwar zeigen die von mir ausgewerteten Dokumente, dass die FolterbefürworterInnen argumentativ mehr in die Defensive gerieten, sie vertraten ihre Standpunkte jedoch weiterhin mit Nachdruck – zunächst, indem sie Obamas Absichten, in der Folterfrage eine radikale Kehrwende einzuleiten, scharf kritisierten und ihren GegnerInnen später hämisch vorhielten, dass Präsident Obama offensichtlich doch nicht Willens oder in der Lage sei, seine Wahlkampfversprechen in Bezug auf Folter durzusetzen. Die Büchse der Pandora blieb also weiterhin weit geöffnet; ein gesamtgesellschaftlicher Konsens für eine Retabuisierung oder auch in Bezug auf die Begrenzung von Verhörmethoden wurde nicht ansatzweise erreicht.<sup>1323</sup>

Diese ernüchternde Bilanz zeichnete sich Ende 2008, als deutlich wurde, dass Barack Obama eine gute Chance hatte, zum 44. Präsidenten der USA gewählt zu werden, noch nicht ab. Unter denjenigen, die die Folterpolitik der Bush-Administration während der vergangenen Jahre schockiert hatte, brach in der Erwartung, dieses Kapitel US-amerikanischer Geschichte würde nun endgültig *ad acta* gelegt und man könne wieder zur Normalität der Vor-Folterdebatte zurückkehren, Euphorie aus. Damit konnten sie jedoch bei weitem nicht alle DebattenteilnehmerInnen anstecken. Vielmehr zeigte sich die

<sup>1320</sup> Vgl. McWorther, Diane 2009: Don’t punt on torture, in: USA Today, 11.02.2009.

<sup>1321</sup> Barack Obama zitiert in einem *Editorial* der *New York Times* vom 10.01.2009 mit dem Titel “*Not a Company Man*”.

<sup>1322</sup> Jones, Jeffrey M. 2009: Slim Majority Wants Bush-Era Interrogations Investigated, in: Gallup Poll, 27.04.2009, online unter: <<http://www.gallup.com/poll/118006/Slim-Majority-Wants-Bush-Era-Interrogations-Investigated.aspx>>, rev. 02.02.2012.

<sup>1323</sup> Von “*pandora’s box*“ war in der Folterdebatte der USA immer wieder die Rede, vgl. z.B. Haberman, Clyde 2007: Bearing Witness To Torture, in: NYT, 29.10.2007.

Öffentlichkeit weiter gespalten und es traten vermehrt Stimmen auf, die Folter zwar unter aktuellen Bedingungen teilweise ablehnten, die jedoch rückblickend Verständnis für die folterfreundlichen Ansichten in US-Regierung und Öffentlichkeit ausdrückten – schließlich dürfe man nicht vergessen, welche Panik nach “9/11” geherrscht hätte und welchem Druck die Regierung ausgesetzt gewesen sei:

“...it’s worth pausing for a moment to recall how fearful the nation was after the 9/11 attacks and how desperate officials – and Americans in general – were to prevent a repeat. Many voices across the political spectrum were weighing the validity of torture, particularly to expose an imminent new attack. (...) This doesn’t excuse torture so much as it exonerates its architects of evil intent. If they abused the law and countenanced shameful acts, it was out of a desire to protect the United States, not to indulge in sadism.”<sup>1324</sup>

Konservative DebattenteilnehmerInnen wiesen darauf hin, dass es im Gegenteil kriminell gewesen wäre, wenn die damalige Regierung *nicht* das Spektrum der Verhörmethoden ausgeweitet hätte:

“...anything less than an all-out interrogation of arrested terrorists would have represented criminal dereliction of the government’s fundamental responsibility to protect its citizens. Belated criticism of those efforts years after the fact ignores the legitimate fears gripping the country in 2001 and the years after and represents a classic and disgraceful ‘second guess’ of American decision makers.”<sup>1325</sup>

Selbstverständlich sollten diese “verschärften Verhörmethoden” beibehalten werden, hätten sie die USA doch in den Jahren der Bush-Administration vor neuen Terroranschlägen bewahrt: “*The approach of the Obama administration should be to come to those people who were involved in that policy and say, how did you do it? What were the keys to keeping this country safe over that period of time?*”<sup>1326</sup> Dabei wurden die Haltung der Bush-Administration in der Folterfrage – ganz im Sinne des Prinzips der *contestedness* – als bloße politische Interpretation dargestellt: “*Some are even demanding that those who recommended and approved the interrogations be prosecuted, in effect treating political disagreements as a punishable offense, and political opponents as criminals.*”<sup>1327</sup>

Wie bereits an diesem Zitat deutlich wird, präsentierte sich v.a. der ehemalige Vizepräsident Dick Cheney als Sprachrohr der Obama-KritikerInnen und AnhängerInnen der Folterpolitik der alten Regierung.<sup>1328</sup> Dies ist nicht weiter verwunderlich, stammten doch nicht wenige *memos* aus der Feder seiner Mitarbeiter und war erst selbst öffentlich

<sup>1324</sup> Im Nachklang zur Veröffentlichung neuer *memos* veröffentlichtes *Editorial* der *USA Today* vom 22.04.2009 mit dem Titel “*Memos confirm torture, but what was the yield?*”.

<sup>1325</sup> Leserbrief von Harazin, A.E. 2009: Obama, Cheney and the Terror Fight, in: NYT, 23.05.2009.

<sup>1326</sup> Dick Cheney in einem Fernsehinterview, vgl. Fox News 2009: Transkript der Sendung “Fox New Sunday“, 30.08.2009.

<sup>1327</sup> Cheney, Dick 2009: Rede vor dem American Enterprise Institute, 21.05.2009, online unter <[http://www.huffingtonpost.com/2009/05/21/cheney-speech-obama-dese\\_n\\_206165.html](http://www.huffingtonpost.com/2009/05/21/cheney-speech-obama-dese_n_206165.html)>, rev. 02.02.2012.

<sup>1328</sup> Er verstieg sich sogar zu der Aussage, mit ihrer Anti-Folterhaltung würde die Obama-Regierung “*[turn] the other cheek’ to terrorists*“. McWorther, Diane 2009: Don’t punt on torture, in: USA Today, 11.02.2009.

entschieden dem *McCain Amendment* entgegengetreten.<sup>1329</sup> Im Mai 2009 kam es zu einem „*showdown*“, als Obama und Cheney kurz hintereinander in medial stark beachteten Reden ihre Haltung in der Folterfrage erläuterten.<sup>1330</sup> Der frühere Vizepräsident wurde in seiner Ansprache, vielleicht aufgrund der nun weggefallenen Sprachvorgaben des Weißen Hauses, deutlicher, als er es während seiner Amtszeit gewesen war und lehnte eine Kompromiss zur Eindämmung kontroverser Verhörmethoden strikt ab: „...*in the fight against terrorism, there is no middle ground, and half-measures keep you half exposed. (...) There is never a good time to compromise when the lives and safety of the American people are in the balance.*“<sup>1331</sup> Aus Sicht der FolterbefürworterInnen nützte diese neue Offenheit wenig. Sie kritisierten, wie in den frühen Debattenjahren, dass es politisch unklug gewesen sei, die Karten nicht von Beginn an offen auf den Tisch zu legen:

“The administration’s fatal mistake was its failure to understand that these things could be achieved by appropriate modifications of the law. By doing what indeed was needed, but doing it outside the law, the administration undermined the legitimacy of American policy at home as well as abroad.”<sup>1332</sup>

Eine herbe Enttäuschung für die zunächst euphorisierten FoltergegnerInnen war die Feststellung, dass auch Barack Obama sich die Lesart, dass die vorangegangene Regierung aufgrund der Sondersituation nach “9/11” teilweise zu entschuldigen sei, öffentlich zu eigen machte – und gleichzeitig den “permissiven Konsens” für Folter, der in dieser Zeit geherrscht habe, herausstellte:

“Unfortunately, faced with an uncertain threat, our government made a series of hasty decisions. And I believe that those decisions were motivated by a sincere desire to protect the American people. But I also believe that – too often – our government made decisions based upon fear rather than foresight (...). Instead of strategically applying our power and our principles, we too often set those principles aside as luxuries that we could no longer afford. And in this season of fear, too many of us – Democrats and Republicans; politicians, journalists and citizens – fell silent. In other words, we went off course.”<sup>1333</sup>

Auch konservative BefürworterInnen der Folterdebatte wiesen häufig auf diesen “permissiven Konsens” hin, indem sie z.B. betonten, dass der US-Kongress sich den Handlungen der Bush-Administration viel früher hätte in den Weg stellen können, wenn die Abgeordneten Folter tatsächlich ausnahmslos abgelehnt hätten.<sup>1334</sup> Diese Ansicht bestätigte sich wenige Monate nach Obamas Amtsantritt, als bekannt wurde, dass die prominente Mehrheitsführerin der Demokraten im US-Kongress und scharfe Folterkritikerin Nancy

<sup>1329</sup> Editorial der *New York Times* vom 23.12.2005 mit dem Titel “*Mr. Cheney’s Imperial Presidency*“.

<sup>1330</sup> Das *Wall Street Journal* veröffentlichte am 22.05.2009 Bilder der beiden Redner über der Überschrift “*Obama and Cheney Face off over Fight Against Terrorism*“ auf seiner Titelseite.

<sup>1331</sup> Cheney, Dick 2009: Rede vor dem American Enterprise Institute, 21.05.2009, online unter <[http://www.huffingtonpost.com/2009/05/21/cheneys-speech-obama-dese\\_n\\_206165.html](http://www.huffingtonpost.com/2009/05/21/cheneys-speech-obama-dese_n_206165.html)>, rev. 02.02.2012.

<sup>1332</sup> Ferguson, Niall 2008: War Plans, in: NYT, 13.04.2008.

<sup>1333</sup> Obama, Barack 2009: Protecting Our Security and Our Values, Rede im National Archive, 21.05.2009.

<sup>1334</sup> Vgl. McGurn, William 2009: Congress’s Phony War on Torture, in: WSJ, 03.02.2009.

Pelosi als eine von nur vier Abgeordneten bereits 2002 exklusiv von der CIA über Verhörmethoden unterrichtet worden war und offensichtlich keine Einwände dagegen erhoben, geschweige denn das Ganze als klaren Rechtsbruch öffentlich gemacht hatte – eine für die US-Demokraten mehr als peinliche Angelegenheit.<sup>1335</sup>

Die Vorhersage des *New York Times*-Kommentators Bob Herbert, dass “[u]ltimately the whole truth will come out (...) and Americans will look in the mirror and be ashamed,”<sup>1336</sup> traf also nur teilweise ein.

Abgesehen davon, wie man die zurückliegenden Folterentscheidungen insgesamt einschätzte, entspann sich die weit größte Kontroverse über die Handlungen, die Präsident Obama in Bezug auf die Folterfrage nun selbst unternahm – oder unterließ. Hier drehte sich die Diskussion insbesondere um drei Punkte: erstens die Frage, ob alle Folterdokumente der Bush-Ära nun veröffentlicht werden sollten, zweitens die Frage, ob die damals Verantwortlichen in irgendeiner Form zur Rechenschaft gezogen werden sollten und drittens die Frage, welche in Verruf geratenen Praktiken aus der Regierungszeit George Bushs zu ändern seien.

Bezüglich der *Veröffentlichung weiterer memos und Fotos aus Abu Ghraib* bestand selbstverständlich bei den betroffenen Teile des US-Militärs sowie bei den US-Geheimdiensten ein breites Interesse daran, einen solchen Schritt zu verhindern.<sup>1337</sup> Hier wurden insbesondere Sicherheitsinteressen ins Feld geführt, wie der Möglichkeit für *al Qaida*, ihre Anti-Foltertrainings entsprechend der in den *memos* genannten Methoden auszurichten oder die Befürchtung, dass die Veröffentlichung neuer Fotos neuen Hass in Irak und Afghanistan schüren würde.<sup>1338</sup> Die neue US-Administration zeigte sich in dieser Frage so gespalten wie die Bevölkerung. Allerdings wurde bald deutlich, dass Barack Obama seinen Standpunkt, die Dokumente nicht zu veröffentlichen, innerhalb der Regierung durchsetzen können würde. FoltergegnerInnen reagierten empört – keine vier Monate nach dem Amtsantritt Obamas reichte eine Menschenrechts-NGO Klage gegen die neue Administration ein, um sie zur Herausgabe einiger weiterer *memos* aus der Zeit der Bush-Regierung zu zwingen.<sup>1339</sup> Diese *memos* machten deutlich, was FoltergegnerInnen schon lange befürchtet hatten, nämlich dass die von der früheren Regierung legitimierten Methoden eindeutig als Folter einzuordnen waren (“*To read the memos from the Bush Justice Department is to know that the United States engaged in torture...*”)<sup>1340</sup> und dass sich die Praxis kaum eindämmen

<sup>1335</sup> Vgl. Shane, Scott/Mazzetti, Mark 2009: In Adopting Harsh Tactics, No Inquiry Into Past Use, in: NYT, 22.04.2009.

<sup>1336</sup> Herbert, Bob 2005: Secrets and Shame, in: NYT, 03.11.2005.

<sup>1337</sup> Es gab auch eine Debatte über die Veröffentlichung weiterer, noch schockierender Fotos aus *Abu Ghraib*, welche jedoch bis heute unter Verschluss sind.

<sup>1338</sup> Vgl. Mazzetti, Mark/Shane, Scott 2009: Memos spell out brutal C.I.A. mode of interrogation, in: NYT, 17.04.2009.

<sup>1339</sup> Vgl. Mazzetti, Mark/Shane, Scott 2009: Memos spell out brutal C.I.A. mode of interrogation, in: NYT, 17.04.2009. Geklagt hatte die prominente *American Civil Liberties Union*.

<sup>1340</sup> *Editorial* der *USA Today* vom 22.04.2009 mit dem Titel “*Memos confirm torture, but what was the yield?*“.

lies. So wurde z.B. das offiziell stark reglementierte *waterboarding* weit häufiger und härter angewendet, als selbst in den Regierungsdokumenten vorgesehen –<sup>1341</sup> und hatte damit Erfolg.<sup>1342</sup> Die wahrscheinlich von Barack Obama angestellte Rechnung, dass die Veröffentlichung der *memos* den linksgerichteten Flügel in Regierung und Öffentlichkeit zufrieden stellen würde, so dass seine VertreterInnen zugunsten der Ansicht des konservativen Flügels den Ruf nach einer Strafverfolgung der TäterInnen fallen lassen würde, ging angesichts dieser Einsicht nicht auf.<sup>1343</sup> Die Enthüllungen der neuen *memos* führten gerade im Gegenteil zu einem noch lauterem Ruf nach einer juristischen Aufarbeitung:

“President Obama’s release of memos detailing CIA interrogation policies under the Bush administration has ignited a political firestorm that continues to dominate the nation’s front pages and news programs. The pressure is intense – on Capitol Hill and elsewhere – for Congress to ‘do something’ and do it fast.”<sup>1344</sup>

In der Frage einer möglichen *juristischen Aufarbeitung der Folterfälle* zeigte sich die US-amerikanische Öffentlichkeit allerdings deutlich gespalten:

“30%, seem to agree with Cheney’s position that the ends justified the means and that no investigation is necessary. Nearly as many (25%), though (...) say the techniques should not have been used and an investigation is warranted. Twenty-three percent think the techniques were warranted yet still favor an investigation.”<sup>1345</sup>

GegnerInnen einer Aufarbeitung haben wiederum zu bedenken gegeben, dass man nun nicht rückblickend diejenigen verurteilen dürfe, die nach “9/11” alles Menschenmögliche – möglicherweise auch moralisch Bedenkliche – getan hätten, um die USA zu schützen. Eine “Hexenjagd” auf die Folterverantwortlichen der ehemaligen US-Administration sei völlig fehl am Platz.<sup>1346</sup> So betonte der *Director of National Intelligence*, Dennis C. Blair anlässlich der Veröffentlichung neuer *memos*: “*Those methods, read on a bright, sunny, safe day in April 2009, appear graphic and disturbing (...) But we will absolutely defend those who relied on these memos.*”<sup>1347</sup> Konservative DebattenteilnehmerInnen verwiesen darauf, dass man sich heute nur so sicher fühlen könne, überhaupt an eine juristische Untersuchung zu denken, weil die “Helden” der

<sup>1341</sup> Vgl. Mazzetti, Mark/Shane, Scott 2009: Memos spell out brutal C.I.A. mode of interrogation, in: NYT, 17.04.2009.

<sup>1342</sup> Ein Beispiel für die auf S. 158 der Arbeit erwähnte, in den USA übliche NGO-Praxis, qua Gerichtsentscheid auf die Richtigkeit der eigenen Anliegen aufmerksam zu machen.

<sup>1343</sup> Vgl. für diese Vermutung Feinstein, Dianne 2009: Let the Senate Investigate the Interrogations, in: WSJ, 25.04.2009.

<sup>1344</sup> Feinstein, Dianne 2009: Let the Senate Investigate the Interrogations, in: WSJ, 25.04.2009.

<sup>1345</sup> Jones, Jeffrey M. 2009: Slim Majority Wants Bush-Era Interrogations Investigated, in: Gallup Poll, 27.04.2009, online unter: <<http://www.gallup.com/poll/118006/Slim-Majority-Wants-Bush-Era-Interrogations-Investigated.aspx>>, rev. 02.02.2012.

<sup>1346</sup> “*John McCain knows torture, and he has consistently condemned its use by government agents. Nonetheless, in April he warned that any probe into the Bush administration’s use of harsh interrogation techniques would amount to a ‘witch hunt.’ The senator was surely unaware of the considerable historical irony involved in his invoking this phrase.*“ Zeiss Stange, Mary 2009: Witch hunts and torture, in: NYT, 29.06.2009.

<sup>1347</sup> Zitiert in: Mazzetti, Mark/Shane, Scott 2009: Memos spell out brutal C.I.A. mode of interrogation, in: NYT, 17.04.2009.



Terrorverhöre richtig gehandelt hätten: *“They are heroes. They don’t deserve subpoenas. They deserve medals.”*<sup>1348</sup> Zudem würde, ähnlich wie 2005 bei der Verabschiedung des *McCain Amendments*, argumentiert, dass eine Strafverfolgung zu zu großer Vorsicht in Geheimdiensten und Militärs führen würde: *“...no one in her government will dare sign a memo allowing any kind of aggressive interrogation beyond ‘have a nice day’.”*<sup>1349</sup> Ein weiteres Hauptargument der GegnerInnen einer Strafverfolgung war eine befürchtete politische Instabilität, die auch zu einem schlechteren Ruf der US-Politik führen würde: *“Former Bush advisor Karl Rove said the Obama administration risks looking like a ‘third world regime where the incoming junta of colonels’ conducts ‘show trials of their predecessors over policy differences.’”*<sup>1350</sup> Mit einem solchen Präzedenzfall könne sich auch die Obama-Administration nicht vor Strafverfolgung sicher fühlen:

“Here’s a political thought experiment: Imagine that terrorists stage an attack on US soil in the next four years. In the recriminations afterward, Administration officials are sued by families of the victims for having advised Guantanamo be closed and that interrogations of al Qaeda detainees be limited.”<sup>1351</sup>

Ganz im Gegenteil dazu meinten BefürworterInnen einer Aufklärungskampagne, dass die USA ihre moralische Integrität nur durch ein “reinigendes Gewitter” gerichtlicher Verfahren zurückgewinnen könnten – und dass die Wahl Barack Obamas einen klaren Auftrag hierfür dargestellt hätte:

“Plenty of commentators have pointed out the elementary logic dictating that a nation of laws is obliged to investigate and, if warranted, punish those who break the law, international and domestic in this case. Yet – for this particular president, at this moment – the imperative to act transcends even legal duty. For Obama to temporize on this issue will nullify the near-sacred significance attached to his victory: the virtue restored to the U.S. by the election of a black president.”<sup>1352</sup>

Abgesehen von dieser “Wahl-Verpflichtung”, wurde auch mehrfach darauf hingewiesen, dass es Obama weder moralisch noch rechtlich zustünde, zu entscheiden, ob Verfahren eröffnet werden sollten oder nicht, da *“[f]orgiveness is the privilege of the victim”*<sup>1353</sup> und *“[as] for the president’s avowed desire not to prosecute, that is not for him to choose. The only way the Constitution allows him to exempt criminals from paying for their crimes is by pardoning them after they have been convicted.”*<sup>1354</sup> Eine solche Haltung Obamas würde auch einen Verstoß gegen die UN-Antifolterkonvention darstellen.<sup>1355</sup> Außerdem sei nur eine Strafverfolgung abschreckend genug, um ein erneutes Aufkommen von Folterfällen in Zukunft zu verhindern.<sup>1356</sup>

<sup>1348</sup> Thiessen, Marc A. 2009: The eye of the storm, in: USA Today, 20.05.2009.

<sup>1349</sup> *OpEd* des *Wall Street Journal* vom 09.10.2007 mit dem Titel *“Tortured Arguments“*. Der Autor ging damals noch von einer Kandidatur Clintons für das Präsidentenamt aus.

<sup>1350</sup> McKinnon, John D. 2009: Torture Cases Would Face Legal Hurdles, in: WSJ, 23.04.2009.

<sup>1351</sup> *OpEd* des *Wall Street Journal* vom 24.06.2009 mit dem Titel *“The Pursuit of John Yoo“*.

<sup>1352</sup> McWhorter, Diane 2009: Don’t punt on torture, in: USA Today, 11.02.2009.

<sup>1353</sup> McWhorter, Diane 2009: Don’t punt on torture, in: USA Today, 11.02.2009.

<sup>1354</sup> Leserbrief von Dobkin, Jonathan J. 2009: How Far Should a Torture Inquiry Go?, in: NYT, 28.08.2009.

<sup>1355</sup> *“...the United Nations Convention Against Torture (...) clearly states that ‘each state party shall ensure that all acts of torture are offenses under its criminal law’ and that orders from a superior officer or a public authority may not be invoked to justify torture. Admittedly, prosecution would most likely be politically difficult, if not impossible, for the Obama administration.*

Angesichts des sich zusammenbrauenden juristischen Gewitters wurde schnell deutlich, dass die einzelnen Institutionen der US-Administration versuchen, sich gegenseitig zu decken – auch, wenn sie nun von Anhängern Obamas geführt wurden:

“...consider this: Attorney General Michael Mukasey told Congress there would be no criminal investigation into waterboarding. He said the Justice Department decided waterboarding was legal (remember the torture memo?) and told the C.I.A. that. So, according to Mukaseyan logic, the Justice Department cannot investigate those who may have committed torture, because the Justice Department said it was O.K. and Justice cannot be expected to investigate itself.”<sup>1357</sup>

Und der neue Leiter der CIA, Leon Panetta, beteuerte gegenüber seinen Angestellten, diese bräuchten sich keine Sorgen um eine evtl. Strafverfolgung machen und forderte sie auf, “*to stand up for those officers who did what their country asked and who followed the legal guidance they were given.*”<sup>1358</sup>

Das Lager der BefürworterInnen einer Aufarbeitung zeigte sich aber zerstritten: Sowohl die Frage, wie der Aufarbeitungsprozess gestaltet werden sollte (die Vorschläge reichten von *hearings*, über das Einsetzen eines Sonderermittlers und einer Art Wahrheitskommission bis hin zu einer Anklage von George Bush vor internationalen Gerichten), als auch die Frage, auf welcher Ebene eine solche Aufklärung ansetzen sollte (auf der reiner Befehlsempfänger und/oder auf der politischer Entscheidungsträger) war völlig unklar. Dabei wurde in Bezug auf erstgenannte Frage mehrfach darauf hingewiesen, dass das Argument des reinen Ausführens von Befehlen “von oben” – auch im Hinblick auf die eigene Rechtsgeschichte mit den Nürnberger Prozessen – nicht gelten könne.<sup>1359</sup> In Bezug auf die zweitgenannte Frage wurde befürchtet, hochrangige Mitglieder der ehemaligen US-Administration könnten wegen Kriegsverbrechen angeklagt werden, was einen ungemeinen Prestigeverlust bedeutet hätte. Diese Ansicht war offensichtlich nicht unbegründet: “*Red Cross investigators concluded last year in a secret report that the Central Intelligence*

---

*But wouldn't failing to prosecute those involved make this administration just as susceptible to accusations of disregarding international law as the Bush administration?*“ Leserbrief von Long, Bob 2009: We Must Investigate, Not Justify, the Use of Torture, in: NYT, 29.04.2009.

<sup>1356</sup> “*Michael Ratner, president of the Center for Constitutional Rights, a liberal advocacy group, says Obama's executive orders leave 'too much wiggle room' for him and his successors, and could be reversed. 'The only way to deter torture in the future is by sending the message that you'll be prosecuted,' he says.*“ Lawrence, Jill 2009: Poll: Bush methods deserve inquiries; Focus on wiretaps, torture allegations, 12.02.2009.

<sup>1357</sup> *OpEd* der *New York Times* vom 02. Oktober 2008 mit dem Titel “*Because They Said So*“.

<sup>1358</sup> Gorman, Siobhan/Fields, Gary 2009: Probe of CIA Imperils the Interagency Trust, in: WSJ, 26.08.2009. Panetta war bereits bei seiner zunächst von FoltergegnerInnen begrüßten Nominierung unter Druck geraten, da er angegeben hatte, in einem *ticking-bomb-scenario* den Präsidenten um die Erlaubnis zum Foltern einholen zu wollen. Die Aussage hatte hohe Wellen geschlagen, da sei als Anzeichen dafür gewertet wurde, dass sich die Folterpolitik unter Obama möglicherweise doch nicht radikal ändern würde.

<sup>1359</sup> “*As Senator Christopher J. Dodd of Connecticut said in a speech earlier this year: 'Sixty years ago at Nuremberg, the United States and our allies considered the defense 'I was just following orders' to be so cowardly that it was prohibited under the rules of the trial.'*“ Leserbrief von Gawlinski, Edward M. 2005: Torture Is an Issue? What's Become of My Country?, in: NYT, 17.12.2005.

*Agency's interrogation methods for high-level Qaeda prisoners constituted torture and could make the Bush administration officials who approved them guilty of war crimes...*<sup>1360</sup>

Nach heftigen Debatten entschied sich die US-Regierung zumindest zur Abhaltung einiger Aufklärungs-*hearings*, die im Mai 2009 begannen.<sup>1361</sup> Davon abgesehen bleibt sie jedoch bei ihrer Ansicht, "nach vorne zu schauen" und die Folterpolitik der Vorgängerregierung durch neue Gesetze zu überschreiben. Auch dieses Vorhaben wurde jedoch nur teilweise umgesetzt.

Die *Gesetzesinitiativen zur Beendigung der Folterpolitik* seines Vorgängers, die Barack Obama in den ersten Tagen seiner Amtszeit auf den Weg brachte, sorgten zunächst für Jubel unter FoltergegnerInnen:

"Acting swiftly on a campaign promise two days after his inauguration, Obama signed a series of executive orders (...) that call for closing Guantanamo within a year and moving out its 245 remaining detainees, shuttering CIA prisons overseas, and prohibiting harsh interrogation techniques such as waterboarding, which gives the sensation of drowning."<sup>1362</sup>

Der hochsymbolische Beschluss, das Gefangenenlager in *Guantanamo Bay* binnen eines Jahres zu schließen, sorgte allerdings von Beginn an für heftige Kontroversen im US-Kongress, zumal die allermeisten SenatorInnen die Befürchtung hegten, die Terrorverdächtigten könnten in die von ihnen vertretenen Bundesstaat verlegt werden. Bereits fünf Monate nach Obamas Amtsantritt fiel Gesetz zur Finanzierung der Schließung von "Gitmo" mit 90 zu 6 (!) Stimmen im US-Kongress durch.<sup>1363</sup>

Auch wenn dieser Fehlschlag Obama kaum zur Last gelegt werden kann, blieben in Bezug auf seine anderen Gesetzesvorhaben, ähnlich wie bei vielen scheinbar gegen Folter gerichteten Vorhaben Bushs, erhebliche Lücken und Spielräume. So wurde, ganz ähnlich wie unter Bush, auch unter Obama nicht offen gelegt, welche Verhörmethoden für welche Institution erlaubt seien. Im Kleingedruckten von Obamas *order* zur Abschaffung von Folter war nämlich zu lesen, dass eine Arbeitsgruppe hinter verschlossenen Türen entscheiden sollten, ob die bisher im *Field Manual* der Armee fest- und ebenfalls geheim gehaltenen Verhörtechniken, "are too limiting 'when employed by departments or agencies outside the military,'" sprich ob CIA oder externe Sicherheitsfirmen Ausnahmen von diesen – mutmaßlich – restriktiven Ausnahmen eingeräumt werden könnten.<sup>1364</sup> Eine weitere solcher Detailfragen bezog sich auf die – weiter gestatteten – Inhaftierungen durch die CIA:

<sup>1360</sup> Shane, Scott 2008: Book Reveals Red Cross Report on C.I.A. Torture of Qaeda Prisoners, in: NYT, 11.07.2008.

<sup>1361</sup> Vgl. Johnston, David 2009: Bitter Start to a Hearing on Interrogation Tactics, in: NYT, 14.05.2009.

<sup>1362</sup> Jackson, David/Wolf, Richard 2009: Obama revamps rules on detainees; Orders prison closed at Guantanamo Bay, in: USA Today, 13.01.2009.

<sup>1363</sup> Rich, Frank 2009: Who Is to Blame for the Next Attack?, in: NYT, 31.05.2009.

<sup>1364</sup> *OpEd* des *Wall Street Journals* vom 23.01.2009 mit dem Titel "The Jack Bauer Exception". Jack Bauer ist der Held der Folter-Fernsehserie "24".

“Although the C.I.A. can no longer hold prisoners indefinitely, and can no longer hide prisoners from the Red Cross, the exact rules governing agency detention operations remain murky. For instance, Mr. Obama has yet to spell out exactly how long the C.I.A. can detain a prisoner, and how long a detainee can be in C.I.A. custody before the agency notifies the Red Cross.”<sup>1365</sup>

Auch in Bezug auf das *rendition*-Programm blieben aus Sicht der KritikerInnen Fragen offen:

“In little-noticed confirmation testimony recently, Obama nominees endorsed continuing the C.I.A.’s program of transferring prisoners to other countries without legal rights, and indefinitely detaining terrorism suspects without trials even if they were arrested far from a war zone.”<sup>1366</sup>

Die Möglichkeiten der *rendition*-Opfer, Rechtsmittel gegen ihre Inhaftierung einzulegen, blieben, wie unter George Bush, mit dem Hinweis auf eine Gefährdung der Sicherheit durch evtl. öffentliche Prozesse, sehr stark eingeschränkt. So kam der *New York Times* schon im Februar 2009 der Verdacht, dass sich mit der Amtsübernahme Obamas zwar die Tonart, weniger aber die Praktiken in Bezug auf Folter gewandelt hatten:

“Even as it pulls back from harsh interrogations and other sharply debated aspects of George W. Bush’s ‘war on terrorism,’ the Obama administration is quietly signaling continued support for other major elements of its predecessor’s approach to fighting Al Qaeda.”<sup>1367</sup>

Aus Sicht des gebrochenen Foltertabus ist allerdings anzumerken, dass sich noch nie eine neugewählte US-Regierung mit solchen Detailfragen zur Eindämmung oder zum graduellen Erlauben von Folter hatte auseinandersetzen müssen. Erst nachdem die Büchse der Pandora von der Vorgängerregierung geöffnet worden war, galt es nun, Folterdetailfragen neu abzuwägen, von denen es früher undenkbar gewesen wäre, sie überhaupt zu stellen. So befürchteten KommentatorInnen, dass Obamas Verhalten in der Folterfrage “*is burning what is left of the shreds of the Constitution.*”<sup>1368</sup>

### *Zusammenfassung: Drei zentrale Erkenntnisse*

Im Rückblick erscheint die Debatte über die Legalisierung gerade im Vergleich zu der um die Entwicklung neuer Nuklearwaffen als gesamtgesellschaftlich viel breiter: Es gibt kaum eine gesellschaftliche Gruppe, die sich nicht irgendwann zu diesem Thema geäußert hätte, die allermeisten Gruppen waren intern gespalten. Einige “kippten”, nachdem das Denktabu einmal gebrochen war und positionierten sich zumindest für das Führen einer offenen Debatte, oft auch für das Zulassen “verschärfter Verhörmethoden”.

Dabei ist auffällig, dass diejenigen Gruppen, denen man am ehesten eine Position klar für die unbedingte Beibehaltung der Norm zgedacht hätte, nämlich die Lobbygruppen

<sup>1365</sup> Mazzetti, Mark 2009: Panetta Open to Tougher Methods in Some C.I.A. Interrogation, in: NYT, 06.02.2009.

<sup>1366</sup> Savage, Charlie 2009: Obama’s War on Terror May Resemble Bush’s in Some Areas, in: NYT, 18.02.2009.

<sup>1367</sup> Savage, Charlie 2009: Obama’s War on Terror May Resemble Bush’s in Some Areas, in: NYT, 18.02.2009.

<sup>1368</sup> Baker, Ross K. 2009: Obama’s left flank; Anti-war Democrats make president vulnerable on national security, in: USA Today, 01.07.2009.

arabischstämmiger und moslemischer US-Amerikaner sich sehr ruhig verhielten. Möglicherweise wollten ihre Mitglieder, die sich bereits unter Generalverdacht gestellt sahen, sich nicht noch offen für die Rechte von Terrorverdächtigen positionieren. Auch die Stimmen von Folterverhören betroffener Terrorverdächtiger waren, bis auf zwei Ausnahmen am Beginn der Debatte, nicht zu hören. Die Skandalisierung von Misshandlungen und der Versuch, die Debatte über eine Legitimierung von Folter zunächst zu unterbinden ging vielmehr – wie zu erwarten – von Menschenrechtsorganisationen aber auch von den Medien, insbesondere der *New York Times* aus. Hier veröffentlichten die NormbefürworterInnen im Wesentlichen ihre Standpunkte. Als großer medialer Gegenspieler zeigte sich das *Wall Street Journal*, in dem die Berichterstattung zu Folter nach dem Regierungswechsel zu Obama – im Sinne einer scharfen Kritik an seiner Amtsführung – stark wuchs. Anders als auf Seiten der NormbefürworterInnen traten auf der Seite der GegnerInnen zudem v.a. prominente Intellektuelle in den Forderung, die mit ihren Monographien für großes Aufsehen sorgten.

Die aus der Sicht der Tabudiskussion drei wichtigsten Befunde mit Blick auf die Akteurslandschaft sind, erstens, dass es ganz offensichtlich keinen Versuch der Bush-Regierung gab, die Debatten der Öffentlichkeit auszunutzen, geschweige denn in Richtung einer Akzeptanz von Folter zu lenken. Erst nach dem Regierungswechsel positionierten sich einige Mitglieder der abgewählten Administration – v.a. Dick Cheney – öffentlich und deutlich für Folter, was der häufigeren und offeneren Positionierung des *Wall Street Journals* entsprach. Möglicherweise hing das lange Schweigen der Bush-Administration damit zusammen, dass sie sich schon früh darauf festgelegt hatte, alle Vorwürfe zu dementieren und von dieser Linie später nicht mehr abweichen konnte. Möglicherweise standen auch sicherheitstechnische Überlegungen, wie die Aufdeckung brisanter Geheimdienstoperationen und / oder die Unterstützung der (europäischen) Alliierten auf dem Spiel.

Stattdessen verliefen die Diskussionen innerhalb der Administration und in der Bevölkerung teilweise parallel, so dass das Foltertabu letztlich in einer Art Zangenbewegung zerbrach: Von “ganz unten” drängte die Bevölkerung diskursiv auf die Aufhebung der absoluten Gültigkeit des Tabus – später angeführt von prominenten *norm challengers*, die sich an die Spitze dieser Debatte setzten. Genau spiegelverkehrt wurden Folterungen innerhalb der Administration zunächst von “ganz oben” tatsächlich legitimiert, vermutlich zumindest im Einvernehmen mit dem US-Präsidenten. Dabei legten spätere Aussagen von VertreterInnen der Exekutive allerdings (absichtlich?) nahe, dass die US-Regierung keinen durchdachten Plan zur – internen – Durchsetzung von Foltermethoden in der Schublade hatte, für den der 11. September 2001 eine Gelegenheit zur – vertuschten – Umsetzung eröffnet hätte, sondern dass die Führungsebenen der Regierung, des Militärs und der Geheimdienste wie Getriebene auf die Flut drängenden Anfragen von VerhörspezialistInnen aus dem “Feld” reagieren mussten, ohne sich eine lange Bedenkzeit in dieser Frage ausbitten zu können. Die – aktiv oder reaktiv – zu Stande gekommene, nicht-öffentliche Legitimierungspolitik der US-Regierung setzte sich (teilweise unwissentlich) durch die

unteren Ränge der Administration und des Militärs fort, bis es schließlich auf der Ebene einfacher ReservistInnen zur (bloßen?) Ausführung der Misshandlungen im *Abu Ghraib*-Gefängnis kam.

Zweitens ist interessant, dass das Foltertabu enorm schnell erodierte – ohne, dass man der Regierung ein entsprechendes Handeln zunächst zugetraut hätte. Das Verbot, über Folter nachzudenken, schien schon Ende 2001 gebrochen und Mitte 2004 bereits soweit erodiert, dass selbst der öffentliche Aufschrei über die Folterungen in *Abu Ghraib* nicht zu einer Beendigung der Debatten und einem Wiedererstarken der ursprünglichen Norm führte. Ganz im Gegenteil wurde es nach dem Wegfallen des Tabus auf allen Ebenen möglich, ja von vielen sogar als nötig erachtet, über erlaubte und verbotene Foltermethoden nachzudenken – eine Frage, die sich zehn Jahre zuvor höchstens CIA-VerhörspezialistInnen gestellt hätten.

Wann der Tiefpunkt der Tabuerosion lag, lässt sich nur schwer feststellen. Nimmt man das Verhalten der US-Regierung als Maßstab, so teile ich die Meinung der *House*-Abgeordneten Lynn Woolsey:

“One could say that the turning point, the day torture became a routine tactic employed by the United States, was August 1, 2002. That is the day the Justice Department sent a memo to the White House stating that torturing terrorists in captivity ‘may be justified.’”<sup>1369</sup>

Die Erosion des Foltertabus hatte – folgt man dieser Sichtweise – also keine 12 Monate nach den Anschlägen vom 11. September 2001 bereits einen Tiefpunkt erreicht, von dem an zumindest die US-Regierungen ihre zunächst sehr weitreichenden Verstöße gegen das Tabu scheinbar teilweise revidieren mussten:

“The administration might have anticipated that it would have to adjust its policies, formed under immense pressure after the Sept. 11, 2001, terrorist attacks. ‘They were going to reach as far as possible to prosecute this war, and if they were forced to scale back, they’d scale back,’ Mr. Kohn said. ‘Almost from the beginning, the administration has had to back away and fuzz up the issues.’ If there has been a retreat, it may partly reflect a change in the perceived threat from Al Qaeda since the disorienting days after Sept. 11. As months, then years, passed without a new attack in the United States, the toughest measures seemed steadily less justifiable. ‘As time passed, and no more buildings were blowing up, it was no longer an emergency, and the rules had to be renegotiated,’ said Dennis E. Showalter, a professor of history at Colorado College.”<sup>1370</sup>

Allerdings betraf dieses sukzessive Zurückrudern, wie zuvor ausgeführt, hauptsächlich die offizielle Rechtseinschätzung – bezüglich der Durchführung der Verhöre blieb unter der Regierung von George W. Bush, so die Einschätzung der meisten AutorInnen, alles beim

<sup>1369</sup> U.S. Congress, House of Representatives 2005: Smart Security and Torture, Statement von Lynn Woolsey, 17.06.2005.

<sup>1370</sup> Shane, Scott 2006: Terror and Presidential Power: Bush Takes a Step Back, in: NYT, 12.07.2006. Das erste Zitat stammt von Richard H. Kohn, einem Militärhistoriker an der *University of North Carolina*.

Alten und selbst unter Barack Obama blieben einige rechtliche und praktische Schlupflöcher absichtlich (?) ungestopft.

Dies verweist auf den dritten wichtigen Punkt, nämlich, dass nicht zu einer Retabuisierung von Folter kam – weder als Debattenthema, noch praktisch, weder auf Regierungsebene, noch in der Öffentlichkeit. Die folterkritische Obama-Administration sah sich mit zwei großen Problemen konfrontiert: Zum Einen dem US-Kongress, der wichtigen Antifoltermaßnahmen, wie der Schließung von *Guantanamo Bay*, die Unterstützung versagte und zum anderen einer geöffneten “Büchse der Pandora” mit unzähligen Detailfragen zur Verregelung von Verhörmethoden, mit denen sich die neue Regierung im Unterschied zu all ihren Vorgängern auseinandersetzen musste, so dass der Wunsch, Folter einfach und schnell aus der Welt zu schaffen, gar nicht mehr umsetzbar war. Vor letztgenanntem Problem, durch die “Zerfledderung” des Folterbegriffs während der letzten Jahr nun gar nicht mehr genau sagen zu können, was Folter eigentlich sei und was nicht und sich durch die permanente Konfrontation mit Argumenten der FolterbefürworterInnen nicht mehr auf ein unhinterfragtes Ablocken der Debatte zurückziehen zu können, standen auch die FoltergegnerInnen in der Öffentlichkeit. So zeigte auch bis zum Ende meines Untersuchungszeitraums Öffentlichkeit, Medien und auch der Kongress über die Frage gespalten, ob Folter in Verhören nun eingesetzt werden sollte oder nicht. Tatsächlich hätten viele DiskursteilnehmerInnen vermutlich gern den Argumenten beider Seiten zugestimmt, wie dies die TeilnehmerInnen der zuvor angeführten Meinungsumfragen oftmals auch taten. Denn sowohl Norm-BefürworterInnen wie auch Norm-GegnerInnen konnten mit guten Argumenten aufwarten, die Gegenstand des folgenden Unterkapitels sein werden.

An dieser Situation scheint sich bis zum Einreichen dieser Arbeit wenig geändert zu haben: Das Gefangenenlager in *Guantanamo Bay* wurde noch immer nicht geschlossen, die Verstöße gegen das Foltertabu aus der Ära Bush – und möglicherweise neue aus der Regierungszeit Obamas – sind nicht völlig aufgeklärt, geschweige denn juristisch aufgearbeitet worden. Wichtige Dokumente zu diesen Fragen werden weiterhin zurückgehalten. In Bezug auf das Tabu ist jedoch am Bedeutendsten, dass kein wie auch immer gearteter neuer Konsens erreicht werden konnte, der zukünftige Diskussionen über dieses Thema überflüssig machen – und so eine wichtige Grundlage für ein erneutes In-Vergessenheit-Geraten der Folterdiskussion und idealerweise auch der Folterpraxis darstellen würde. Bedrohliche Vorstellungen wie die des *ticking-bomb-scenarios* spuken weiterhin in vielen Köpfen: “*If they shunned interrogation methods some thought might work, and an undetected bomb or bioweapon cost thousands of lives, where would the moral compass point today? It is a question that still haunts some officials.*”<sup>1371</sup> Die Uhr des politischen Diskurses, so FoltergegnerInnen, lasse sich nicht zurückdrehen: “*My fear is that this administration and its*

---

<sup>1371</sup> Shane, Scott/Mazzetti, Mark 2009: In Adopting Harsh Tactics, No Inquiry Into Past Use, in: NYT, 22.04.2009.

*apologists have pushed the ball much farther down the field than we average Americans realize. They have changed the political discourse for many years to come.*<sup>1372</sup>

Zwar scheint die Folterdebatte insgesamt etwas abgeflaut zu sein; Ereignisse nach dem Ende meines Untersuchungszeitraums – insbesondere die auf Foltergeständnissen beruhende Aufspürung Osama Bin Ladens<sup>1373</sup> – haben jedoch gezeigt, dass dies eine trügerische Ruhe ist, die jederzeit wieder in eine erneute Auseinandersetzung über die Folterfrage münden kann: *“If, God forbid, terrorists release nerve gas in movie theaters from Los Angeles to Washington tomorrow, the debate about torture will change 180 degrees.”*<sup>1374</sup> Von einer Retabuisierung ist unter diesen Bedingungen leider nicht auszugehen.

### 6.1.3 Argumentationsweisen im Streit über das Foltertabu

Nachdem bisher der Verlauf der Debatte über eine Legitimierung von Folter sowie die Positionen ihrer wichtigsten ProtagonistInnen aufgezeigt wurden, werden im Folgenden die in der Debatte verwendeten Argumente vorgestellt. Anders als die Akteurspositionen änderte sich die Argumentationsweise über den Zeitraum der Debatte hinweg kaum, so dass ich für dieses Unterkapitel einen thematischen, statt einen chronologischen Zugriff gewählt habe. Vor dem Hintergrund meines Forschungsinteresses kommt den Argumenten der NormgegnerInnen mehr Gewicht zu, als denen der NormbefürworterInnen, weshalb ihre Analyse hier auch breiteren Raum einnehmen wird.

*Neue Situation aus Sicht der norm challenger: Folter als Notwendigkeit im Zeitalter des Terrorismus*

*“The date September 11, 2001, marked an historic juncture in America’s collective sense of security. On that day our presumptions of invulnerability was irretrievably shattered.”*<sup>1375</sup>

Die auf den ersten Blick vielleicht trivialste Feststellung – dass die Diskussion über eine Rechtfertigung von Folter vor dem Hintergrund des *Global War on Terror* geführt und Folterungen auf diese Ausnahmesituation beschränkt bleiben sollten – ist nicht ganz so banal, wenn man sich die dahinter stehenden Prämissen betrachtet: Mit dem 11. September 2001 waren neue Akteure auf den Plan getreten (oder vielmehr: ins Bewusstsein gerückt), bei denen die Anwendung von Folter nach Jahrzehnten der Tabuisierung zum einen wieder *notwendig* und aufgrund ihrer besonderen Eigenschaften zum anderen als *weniger unmoralisch*

<sup>1372</sup> Leserbrief von McKenzie, E.L. 2007: Destroyed: The C.I.A. Torture Tapes, in: NYT, 11.12.2007.

<sup>1373</sup> Vgl. Shane, Scott/Savage, Charlie 2011: Bin Laden Raid Revives Debate on Value of Torture, in: NYT, 03.05.2011.

<sup>1374</sup> Kristof, Nicholas D. 2009: Time To Come Clean, in: NYT, 26.04.2009.

<sup>1375</sup> Schlesinger, James 2004: Final Report of the Independent Panel To Review DOD Detention Operations, online unter: <<http://www.defenselink.mil/news/Aug2004/d20040824finalreport.pdf>>, rev. 02.02.2012. Wie in diesem Eingangszitat wird auch in einigen weiteren Zitaten dieses Unterkapitels das Wort *“torture”* nicht vorkommen, da es an anderen, nicht zitierten Stellen des Dokuments fällt, deren Übernehmen die Zitate größtenteils unnötig verlängern würde.



erschien. Diese beiden Prämissen, die scheinbar gegebene Notwendigkeit zu foltern und das mit diesem Standpunkt häufig verknüpfte Menschenbild eines “folterbaren” Terroristen, bildeten die Basis der untersuchten Diskussionen, welche das Foltertabu schließlich zu Fall bringen sollten.

Wie bereits angeführt, setzen die Debatten sehr schnell nach den Anschlägen des 11. September 2001 ein und tatsächlich gibt es kaum ein Statement für Folter, das diesem Ereignis nicht in irgendeiner Weise Rechnung zollt. Der Terroranschlag auf eigenem Boden wurde als so einschneidendes Ereignis wahrgenommen, dass v.a., aber nicht nur den FolterbefürworterInnen ein völlig neues Denken insbesondere in Bezug auf die eigene Sicherheit erforderlich schien. Dazu gehörte auch und gerade die Verabschiedung von einigen alten Regeln der Kriegs- und Bürgerrechtskataloge, wie den Genfer Konventionen oder dem *Miranda-Warning*, deren BefürworterInnen nun als “*hopelessly ‘Sept. 10’ – living in a country that no longer exists*” angesehen wurden.<sup>1376</sup> Es wurde sogar argumentiert, die Einhaltung der alten Regeln hätte “9/11” erst möglich gemacht,<sup>1377</sup> so dass nun keinesfalls mehr “*business as usual*” angesagt sei: “*If we keep on doing the same thing, we cannot be surprised by the same results.*”<sup>1378</sup> Die gegenteilige Möglichkeit, dass eine mehr oder weniger häufige Verletzung der rhetorisch gesetzten Standards in der eigenen Außenpolitik (bzw. deren Anwendung mit zweierlei Maß) starke Ressentiments gegenüber den USA gerade im arabischen Raum hervorgerufen haben könnte, wurde zumindest in dieser Debatte von Beginn an nicht thematisiert.

Dagegen wurde mehrfach klargestellt, dass die Vereinigten Staaten nicht diejenigen gewesen seien, die sich dazu entschlossen hätten, alte Standards über Bord zu werfen: “[T]he old rules were being thrown out the window by our attackers.”<sup>1379</sup>

Warum aber verfielen die BefürworterInnen neuer Debatten vor dem Hintergrund einer neuen Weltlage gerade auf die Idee des uralten Instrumentes der Folter? Noch im Oktober 2001 brachte es das *Wall Street Journal* auf den Punkt:

“It is commonly agreed that our greatest breakthroughs in this war will most likely come not from military strikes or careful diplomacy – needed and important as they both are – but from crucial pieces of information: a lead about a terrorist cell; a confession from a captured bin Laden associate (...). Indeed, one small lead could potentially save thousands of lives – perhaps millions.”<sup>1380</sup>

<sup>1376</sup> Alter, Jonathan 2001: Time to think about torture. It’s a new world, and survival may well require old techniques that seemed out of the question, in: Newsweek, 05.11.2001.

<sup>1377</sup> “*Are not those the kinds of courtesies we extended to the 1993 World Trade Center bombers, then congratulated ourselves on how we ‘brought to justice’ those responsible for an attack that barely failed to kill tens of thousands of Americans, only to discover a decade later that we had accomplished nothing – indeed, that some of the disclosures at the trial had helped Osama bin Laden avoid U.S. surveillance?*“ Krauthammer, Charles 2005: The Truth about Torture; It’s time to be honest about doing terrible things, in: The Weekly Standard, 05.12.2005.

<sup>1378</sup> Ashcroft, John 2002: Remarks of Attorney General John Ashcroft, U.S. Attorneys Conference, New York City, 01. Oktober 2002.

<sup>1379</sup> Editorial des *Wall Street Journal* mit dem Titel “*The Torture Canard?*” vom 11. Juni 2004.

<sup>1380</sup> Winik, Jay 2001: Security comes before Liberty, in: *Wall Street Journal*, 23.10.2001.

Interessanterweise wurde diese Annahme – und mit ihr verknüpft die, dass “[g]ood intelligence requires aggressive interrogation” –<sup>1381</sup> auch im späteren Verlauf der Debatte immer wieder betont, obwohl ja inzwischen genügend Zeit bestanden hätte, zumindest grundlegende Informationen zu erhalten. Ein halbes Jahrzehnt nach “9/11” wurde jedoch unterstrichen:

“Intelligence is singularly crucial in the war on terror. A terror network has no territory or treasury to defend. We can’t bomb friendly countries where it is embedded, much less our own cities where its threat to us is greatest. Our only weapon is intelligence. Without it, we’ll have to accept the preventable deaths of American soldiers and civilians. That is not acceptable.”<sup>1382</sup>

Für die These, dass der “war on terrorism is a war of information” wurden zwei Hauptgründe angeführt:<sup>1383</sup> Erstens war man sich darüber im Klaren, dass man beinahe ausschließlich mithilfe neu gewonnener Informationen neue Anschläge verhindern konnte: “I want to burn three lessons in your conscientiousness about our new strategy for prevention: First, information is the best friend of prevention”, hämmerte der damalige Justizminister Ashcroft seinen KollegInnen von der New Yorker Anwaltskammer ein.<sup>1384</sup> Ohne auf einen Krieg hindeutende Signale wie etwa Truppenverlegungen, geschweige denn einer offenen Kriegserklärung, ohne das Wissen, wann der neue Feind wo und mit welchem Mittel wieder zuschlagen würde, wurden die von Mitgliedern des feindlichen Lagers tatsächlich *genannten* Informationen (“human intelligence”) noch wesentlich wichtiger, als etwa diejenigen feindlicher AgentInnen aus der Zeit des Kalten Krieges.<sup>1385</sup> Die Vorbereitung auf und ggf. die Verhinderung weiterer Anschläge war jedoch auch deshalb ungleich schwieriger, weil zunächst (auch durch eigenes Verschulden in den 1990er Jahren) völlig unklar war, mit was für einem Gegenüber man es überhaupt zu tun hatte. Nun brauchte man, zweitens, nicht nur dringend Informationen darüber, wer Verbindungen zur *al Qaida* oder ähnlichen Terrornetzwerken hatte, wie die Organisation Mitglieder rekrutierte und woher sie ihre finanziellen Mittel bezog, sondern auch, welche politischen oder religiösen Ziele sie überhaupt verfolgte und wie ihre Mitglieder “tickten”. Kurz, man musste mithilfe von Informationen erst einmal versuchen, dem gesichtslosen Feind ein Gesicht zu geben, “to learn more of a shadowy empire of evildoers about whom Americans know virtually nothing”, um zu verstehen, nach welchen Logiken er operierte und um ihn

<sup>1381</sup> Titel eines Editorials des *Wall Street Journal* vom 12.11.2005.

<sup>1382</sup> McCarthy, Andrew 2006: Intelligence comes first, in: USA Today, 20.09.2006.

<sup>1383</sup> Senator Cornyn, John 2005: ‘Good man’ follows the law, in: USA Today, 25.01.2005.

<sup>1384</sup> Ashcroft, John 2002: Remarks of Attorney General John Ashcroft, U.S. Attorneys Conference, New York City, 01. Oktober 2002.

<sup>1385</sup> Vgl. insbesondere die Analyse von Schlesinger: “The need for human intelligence has dramatically increased in the new threat environment of asymmetric warfare. Massed forces and equipment characteristic of the cold war era, Desert Storm and even Phase I of Operation Iraqi Freedom relied largely on signals and imagery intelligence. The intelligence problem then was primarily one of monitoring known military sites, troop locations and equipment concentrations. The problem today, however, is discovering new information from other sources. Information derived from interrogations is an important component of this human intelligence.” Schlesinger, James 2004: Final Report of the Independent Panel To Review DOD Detention Operations, online unter: <<http://www.defenselink.mil/news/Aug2004/d20040824finalreport.pdf>>, rev. 02.02.2012.

irgendwie einschätzen zu können.<sup>1386</sup> Zudem gingen Bevölkerung und Regierung zumindest in den ersten Monaten nach “9/11” davon aus, dass man nicht beliebig viel Zeit habe, diese Informationen zu sammeln und zu analysieren, vielmehr war die Angst vor erneuten Anschlägen allgegenwärtig, worauf Ashcroft wiederum eindrücklich hinwies: “*Reject the dusty old notion that it can’t happen in my backyard. It can.*”<sup>1387</sup> Dabei standen Bush-Regierung und Administration (samt Militär und Geheimdiensten) von Seiten des Kongresses und der Öffentlichkeit unter dem enormen Druck, es möglichst nicht zu einem solchen Fall kommen zu lassen:

“After 9/11, the message to the Executive branch (...) was that the government must be more forward-leaning against the terrorist threat: more imaginative, more aggressive, less risk-averse. These criticisms made clear to every counter-terrorism officer in the government that he or she, and ultimately the President, would be blamed harshly by the American people for failing to stop a second attack.”<sup>1388</sup>

Stellt man sich unter diesen Umständen eine FBI-Agentin im neu errichteten Gefangenenlager *Guantanamo Bay* vor, deren Gegenüber seit seiner Inhaftierung vor mehr als einem Monat beharrlich schweigt, scheint die Antwort auf die eingangs gestellte Frage, warum ausgerechnet wieder an Folter gedacht wurde, auf der Hand zu liegen – zumindest traf dies auf einige der besagten AgentInnen und einen Teil der US-amerikanischen Bevölkerung zu. Es ist also wenig erstaunlich, dass das *Wall Street Journal* die Schlussfolgerung der Regierung nach dem 11. September 2001 “*that interrogation should be thorough and aggressive*” als “natürlich” bezeichnet.<sup>1389</sup>

Die “*Versuchung*”,<sup>1390</sup> Folter einzusetzen, um wichtige Informationen zu erpressen, sei umso größer, als den gefangenen radikalen Islamisten die Bedeutung ihres Wissens (wenn sie es denn hatten und nicht aus Versehen aufgegriffen worden waren) über geplante Überraschungsangriffe und geheime Organisationsstrukturen deutlich bewusst war, weshalb sie einen großen Anreiz hatten, zu schweigen – was viele der hochrangigen Verhafteten auch taten:

“...the Kandahar prisoners were not playing by the army rule book. They divulged nothing (...) The prisoners confounded their captors ‘not with clever cover stories but with simple refusal to cooperate. They offered lame stories, pretended not to remember even the most basic details, and then waited for consequences that never really came.’”<sup>1391</sup>

<sup>1386</sup> Sontag, Susan 2004: Regarding The Torture Of Others, in: NYT, 23.05.2004.

<sup>1387</sup> Ashcroft, John 2002: Remarks of Attorney General John Ashcroft, U.S. Attorneys Conference, New York City, 01. Oktober 2002.

<sup>1388</sup> Jack Goldsmith, von 2003 bis 2004 *Assistant Attorney General* unter John Ashcroft in einem *hearing* des *Senate Judiciary Committee* vom 02.10.2007.

<sup>1389</sup> Schlesinger, James 2004: The Truth About Our Soldiers, in: *Wall Street Journal*, 04.09.2004.

<sup>1390</sup> Vgl. Glanz, James 2004: Torture Is Often a Temptation And Almost Never Works, in: NYT, 09.05.2004.

<sup>1391</sup> MacDonald, Heather 2006: How to Interrogate Terrorists, in: Greenberg, Karen J. (Hrsg.): *The Torture Debate in America*, Cambridge, S. 84-97.

Zudem könne man ihnen schwerlich einen Anreiz bieten, zu sprechen: Waren zu Zeiten des Kalten Krieges AgentInnen des Komitees für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR (KGB) u.a. noch mit dem Versprechen einer sofortigen Einbürgerung in die USA zur Preisgabe von Informationen bewegt worden, erschienen solche Anreize bei eher dem Gedanken des Märtyrertums verpflichteten Fanatikern zwecklos:<sup>1392</sup> *“How do you deal with somebody who may feel, truly, that there is nothing to lose?”*<sup>1393</sup> Auch eine baldige Freilassung und Aussicht auf Rückkehr zur Familie erschienen nicht als Anreiz.<sup>1394</sup> TabugegnerInnen wiesen zudem darauf hin, dass die inhaftierten Kämpfer eine gute Ausbildung im Hinblick auf Verhörmethoden erhalten hatten, was ein hochrangiges Mitglied der unter Bush eingesetzten Anti-Terroreinheiten bestätigte:

“The interrogations of Abu Zubaidah drove me nuts at times (...) He and some of the others are very clever guys. At times I felt we were in a classic counter-interrogation class: They were telling us what they think we already knew. Then, what they thought we wanted to know. As they did that, they fabricated and weaved in threads that went nowhere.”<sup>1395</sup>

Für meine Analyse besonders interessant ist, dass einige NormgegnerInnen annahmen, dass gerade in den USA starke Foltertabu würde die Gefangenen vom Reden abhalten – denn diese wüssten um die Skrupel und rechtlichen Bindungen der VerhörspezialistInnen und glaubten sich deshalb in Sicherheit:

“Some al Qaeda fighters had received resistance training, which thought that Americans were strictly limited in how they could question prisoners. Failure to cooperate, they learned, carried no penalties and no risk of torture – a sign of American weakness.”<sup>1396</sup>

Die Annahme, die Gefangenen wüssten um das bestehende Tabu in den USA und würden deshalb schweigen, kam aber auch in der häufig angewandten Praxis zum Ausdruck, die Inhaftierten durch das Aufstellen fremder Flaggen (oder auch Pflanzen und anderer Utensilien) glauben zu machen, sie seien nicht in die “folterfreien” USA gebracht worden, sondern in ein Land, in dem brutale Folterungen an der Tagesordnung seien, wie etwa nach Ägypten oder Syrien.<sup>1397</sup> Hier schien also durch die Existenz des Tabus selbst eine direkte Notwendigkeit gegeben, das Folterverbot zu brechen.

<sup>1392</sup> Vgl. Shenon, Philip 2002: Intelligence: Officials Say Qaeda Suspect Has Given Useful Information, in: NYT, 24.04.2002. Diese Annahme stellte sich zumindest im Fall al-Libi als falsch heraus. Vgl. S. 334 der Arbeit.

<sup>1393</sup> Vgl. Shenon, Philip 2002: Intelligence: Officials Say Qaeda Suspect Has Given Useful Information, in: NYT, 24.04.2002.

<sup>1394</sup> *“The jihadists would tell you, I’ve divorced from this life, I don’t care about my family.”* MacDonald, Heather 2006: How to Interrogate Terrorists, in: Greenberg, Karen J. (Hrsg.): The Torture Debate in America, Cambridge, S. 84-97, hier S. 86.

<sup>1395</sup> Wayne Downing, stellvertretender *National Security Advisor for Combating Terrorism* zitiert nach: Priest, Dana/Gellman, Barton 2002: U.S. Decries Abuse but Defends Interrogations; ‘Stress and Duress’ Tactics Used on Terrorism Suspects Held in Secret Overseas Facilities, in: WP, 26.12.2002.

<sup>1396</sup> MacDonald, Heather 2005: To nice for our own good, in: WSJ, 06.01.2005.

<sup>1397</sup> Vgl. etwa Natta, Don van 2003: Interrogations: Questioning Terror Suspects In a Dark and Surreal World, in: NYT, 09.03.2003.

Insgesamt betrachtet schienen die *norm challengers* also nicht nur gute Argumente dafür zu haben, das Denkverbot über das Thema Folter zu brechen und wieder eine Debatte anzustoßen, sondern auch eine Wiedereinführung für Folter in bestimmten Fällen zu fordern.

*Moral aus Sicht der norm challenger: "Should the ticking bomb terrorist be tortured?"*<sup>1398</sup>

“[I]t’s easy to imagine any U.S. cop turning into Dirty Harry if he knew that tens of thousands of lives were on the line. He’d be more than willing to answer for it later, while they’re pinning the medal on his chest.”<sup>1399</sup>

Vor dem Hintergrund des Drucks, neue Terroranschläge zu verhindern, stellen *norm challengers* Folter jedoch nicht nur als praktisches Mittel der Wahl, sondern auch als *moralisch gerechtfertigt* dar. Zum Herzstück ihrer moralischen Argumentation wurde das *ticking-bomb-scenario*. In diesem Fall kann Folter durchaus weiterhin als verwerflich angesehen werden, ihr Einsatz wird jedoch faktisch gegen andere Grundrechte abgewogen (was juristisch unzulässig ist):<sup>1400</sup>

“Considered in a vacuum, it [torture, SoSchi] is a palpable moral evil. Moral evils, however, do not exist in a vacuum; they exist in collision with other evils, and sometimes we are forced to choose. Ask the average person if he opposes torture and the answer will surely be yes. But present him with a real-world scenario and the answer may well change.”<sup>1401</sup>

Im Zentrum des *ticking-bomb-scenarios* steht die Frage, ob man einen Terroristen, von dem man weiß, dass er in der jeweiligen Stadt eine Bombe gelegt hat, deren genauen Ort er nicht verraten will, die aber innerhalb der nächsten Zeit unweigerlich detonieren wird, persönlich foltern, bzw. Folter anordnen oder für gut befinden würde. Typischerweise wird das Szenario so lange variiert (z.B. hinsichtlich der Anzahl der potentiellen Opfer, zuvor ausgeschöpften Möglichkeiten, dem Vorliegen einer Anordnung des Präsidenten oder auch einer dermaßen großen Sprengkraft der Bombe, dass der Terrorist bei der Explosion selbst ums Leben käme), bis sich auch der/die Letzte eingestehen muss, dass Folter in diesem Fall vielleicht doch die bessere Alternative oder dies zumindest eine rational begründbare Position sei.<sup>1402</sup> Dieses Eingeständnis zeigt für NormgegnerInnen letztlich, dass es keine Letztbegründung für das Verbot von Folter geben kann: “[T]he conclusion – yes, in this case even

<sup>1398</sup> Kapitelüberschrift aus: Dershowitz, Alan D. 2002: *Why Terrorism Works. Understanding the Threat, Responding to the Challenge*, New Haven, S. 131.

<sup>1399</sup> Lithwick, Dahla 2001: *Tortured Justice*, in: *Slate*, 24.10.2001.

<sup>1400</sup> Zur Unabwägbarkeit von Folter vgl. S. 192 der Arbeit.

<sup>1401</sup> McCarthy, Andrew C. 2006: *Torture: Thinking about the Unthinkable*, in: Greenberg, Karen J. (Hrsg.): *The Torture Debate in America*, Cambridge, S. 98-117, hier S. 106. Hinzu komme, dass der US-Präsident über die Einhaltung beider Rechte zu achten habe, wie der *memo*-Autor Goldsmith ausführte: “*Under the U.S. Constitution, the President possesses the twin duties of keeping the country safe and enforcing the law. In the fight against terrorism, these duties pose historically unique challenges, and they often conflict.*“ Senate Judiciary Committee 2007: *Statement von Jack Goldsmith*, 02.10.2007.

<sup>1402</sup> Das Szenario erinnert an den Frankfurter Fall “Daschner“, in dem teilweise ähnliche Argumente ausgetauscht wurden.

*torture is permissible – is telling because it establishes the principle: Torture is not always impermissible.*”<sup>1403</sup>

Denn irgendwann würde die Verweigerung einer Abwägung zwischen dem Leben unschuldiger Opfer und der Menschenwürde des Täters selbst moralisch zweifelhaft:

“Taken seriously, it says that the civilized world would be better off sustaining a nuclear 9/11 than tarnishing its good name, that righteous victimhood is a finer thing than an innocent life saced through morally compromised methods, and that self-preservation is not the most fundamental requirement of democratic life.”<sup>1404</sup>

Dabei dürften gerade in einer Demokratie, in der jedes Individuum als gleichwertig angesehen werde,<sup>1405</sup> die Leiden des Folteropfers nicht über die höchstwahrscheinlich eintretenden der Anschlagsoffer gestellt werden:

“When we are confronted with a situation where we must chose between who will bear unavoidable pain, we need to take a pain-minimization approach. To this end, there is no question that causing (even intense) physical pain to a suspect causes less pain than allowing any people to be blown up. The enduring pain would be felt by the relatives of the victims grossly outweighs the physical pain inflicted in the suspect.”<sup>1406</sup>

Dass das *ticking-bomb-scenario* eine rhetorische Falle für FoltergegnerInnen darstellte, der diese nur wenig entgegensetzen konnten, erkannten sie teilweise selbst:

“Now that the prohibitionist has admitted that her moral principles can be breached, all that is left is haggling about the price. No longer can the prohibitionist claim the moral high ground; no longer can she put the burden of proof on her opponents. She’s down in the mud with them, and the only question left is how much further down she will go. Dialectically, getting the prohibibitionist to address the ticking time-bomb is like getting the vegetarial to eat just one little oyster because it has no nervous system. Once she does that – gotcha!”<sup>1407</sup>

Ein zusätzliches Problem war, das selbst diejenigen, die auf der “Extremposition”, Folter dennoch niemals zulassen zu wollen, beharrten, doch davon ausgingen, dass in einem solchen Fall tatsächlich gefoltert würde (“...I have no doubt that any president (...) would in fact authorize some forms of torture against a captured terrorist...”)<sup>1408</sup> – was für FolterbefürworterInnen eine zweite Ebene moralischer Argumentation eröffnete. Insbesondere Dershowitz wies darauf hin, dass es sich bei der Diskussion des *ticking-bomb*-Falles damit nicht um eine Abwägung zweier, sondern dreier Rechtsgüter handele, nämlich neben dem Recht auf Leben und der Menschenwürde auch dem der öffentlichen Verantwortlichkeit des Staates vor seinen BürgerInnen (einschließlich des Gefolterten, falls er/sie US-BürgerIn ist): “In a

<sup>1403</sup> Krauthammer, Charles 2005: The Truth about Torture; It’s time to be honest about doing terrible things, in: The Weekly Standard, 05.12.2005.

<sup>1404</sup> Stephens, Bret 2007: So be it?, in: WSJ, 09.10.2007.

<sup>1405</sup> “Some critics have sought to pad out the nation of democracy sloghtly by suggesting that it is built on the foundation of respect for individuals and human rights and that torture runs counter to this. (...) If democracy does entail respect for individuals and human rights, then surely each individual counts equally in this process, including that of potential victims.“ Bagaric, Mirko/Clarke, Julie 2007: Torture. When the Unthinkable is Morally Permissible, Albany, hier S. 66.

<sup>1406</sup> Bagaric, Mirko/Clarke, Julie 2007: Torture. When the Unthinkable is Morally Permissible, Albany, S. 49.

<sup>1407</sup> Luban, David 2006: Liberalism, Torture, and the Ticking Bomb, in: in: Greenberg, Karen J. (Hrsg.): The Torture Debate in America, Cambridge, S. 35-83, hier S. 44.

<sup>1408</sup> Dershowitz, Alan 2007: Democrats and Waterboarding, in: WSJ, 07.11.2007.

*democracy governed by the rule of law, we should never want our soldiers or our president to take any action that we deem wrong or illegal.*”<sup>1409</sup> Schließlich sei es besser, den Handlungsspielraum der Regierung qua Gesetz auf bestimmte Fälle, in denen Folter erlaubt sei, einzuengen, als ein der Kontrolle der Öffentlichkeit entzogenes und vermutlich weit häufiger brutales Vorgehen der eigenen Geheimdienste zu riskieren. Letztendlich, argumentierte Dershowitz (wohlgemerkt, bevor die Misshandlungen in *Abu Ghraib* und *Guantanamo* bekannt wurden) würden mit einer von der Bevölkerung mitgetragenen Regelung, die Folter in einigen klar definierten Ausnahmefällen mit Vorliegen des Einverständnisses eines bzw. einer hohen Vorgesetzten erlauben würde und deren Verletzung auch von Gefolterten eingeklagt werden könne, höchst wahrscheinlich weniger Menschen zu Folteropfern, als ohne ein solches Gesetz.<sup>1410</sup>

Neben dieser Frage der Schadensbegrenzung stellte sich die – insbesondere vor dem Hintergrund des Einleitungskapitels zu *contestedness* interessante – demokratietheoretische Frage, ob es undemokratischer sei, zu foltern, weil damit die Fundamente des demokratischen Systems selbst ausgehebelt würden, oder ob es undemokratischer sei, eine Debatte über Folter zu verbieten – und damit die Möglichkeit, qua Diskurs zu einem neuen Konsens zu gelangen.<sup>1411</sup>

Derart rhetorisch in die Ecke gedrängt verschob sich die Diskussion im Verlauf der Jahre von der bereits tabuzersetzenden Frage, ob Folter *überhaupt* zulässig sei, zu der Abwägung, ob es besser sei, gesetzliche Ausnahmeregelungen für *ticking-bomb-scenarien* zu erlassen, die Verhörpraktiken in möglichst engen Grenzen halten sollten oder ob es besser sei, die alten Verbote zu belassen, jedoch (insgeheim) darauf zu setzen, dass sie im Ernstfall übertreten würden: *“The only dispute is whether he would do so openly with accountability or secretly with deniability. The former seems more consistent with democratic theory...”*<sup>1412</sup> DebattenteilnehmerInnen, die beide Möglichkeiten ablehnten, wurde Heuchelei vorgeworfen – sie stünden in Wahrheit der zweiten Position nahe, wollten dies aufgrund ihrer stolz vor sich her getragenen Werthaltung jedoch nicht zugeben.<sup>1413</sup> Offene BefürworterInnen der zweiten Position gaben dagegen zu bedenken, dass erstens, eine gesetzliche Ausnahmeregelung den Eindruck

<sup>1409</sup> Dershowitz, Alan D. 2002: *Why Terrorism Works. Understanding the Threat, Responding to the Challenge*, New Haven, S. 151.

<sup>1410</sup> Dabei verwies Dershowitz auf die Praktiken US-amerikanischer Geheimdienste in den letzten Jahrzehnten. Aufgrund seiner Annahme, dass mit einer Folter erlaubenden Gesetzgebung (in US-Gewahrsam) weniger und nicht mehr Menschen gefoltert würden, erscheint es eher richtig, Dershowitz als *norm challenger*, denn als Folterbefürworter zu bezeichnen.

<sup>1411</sup> Vgl. Bagaric, Mirko/Clarke, Julie 2007: *Torture. When the Unthinkable is Morally Permissible*, Albany, S. 63.

<sup>1412</sup> Dershowitz, Alan 2007: *Democrats and Waterboarding*, in: *WSJ*, 07.11.2007.

<sup>1413</sup> In diese Art einer *“rhetorical trap“* tappte auch John McCain, als er im Streit um sein *Amendment* zugab, auch er würde in einem schlimmen *ticking-bomb-scenario* die Bedeutung von Folter einsehen: *“Mr. McCain admits that what lies at the heart of his Amendment is moral hypocrisy: We’re supposed to ban rugged interrogation in general to make us feel better about ourselves, but only until such interrogation is required; then do whatever it takes.”* Editorial des *Wall Street Journal* vom 13.12.2005 mit dem Titel *“Tortuous Progress“*

erwecken würde, dass für jedes Gesetz eine Ausnahme durch die Regierung erlassen werden können, dass es, zweitens, kaum möglich sei, vorab gesetzlich festzuschreiben, in welchen Notsituationen Folter genau angemessen sei und dass, drittens, PolitikerInnen und VerhörspezialistInnen unweigerlich versuchen würden, die Grenzen des Erlaubten immer weiter auszudehnen.<sup>1414</sup> Nur indem das Verbot beibehalten würde, könne man verhindern, dass Folter ein “*acceptable standard*” würde: “...*I must retain the proper sense of the horror of what I did.*”<sup>1415</sup> Das Verhalten in einem *ticking-bomb-scenario* würde so zu einem typischen Fall von berechtigtem zivilen Ungehorsam: “*They are saying that laws do matter, that they should be enforced, but that their conscience in this instance demands that they disobey them.*”<sup>1416</sup> Uneinigkeit bestand in diesem “Lager” jedoch darüber, Personen, die eine solche “Not-Folter” zu verantworten hätten, juristisch zur Rechenschaft gezogen werden sollten oder nicht. Viele DebattenteilnehmerInnen sprachen sich für eine spätere Straffreiheit aus:

“Just as there is no way to draw a clear line between coercion and torture, there is no way to define, a priori, circumstances that justify harsh treatment. Any attempt to codify it unleashes the sadists and leads to widespread abuse. Interrogators who choose coercive methods would, and should, be breaking the rules. That does not mean that they should always be taken to task. Prosecution and punishment remains an executive decision, and just as there are legal justifications for murder, there are times when coercion is demonstrably the right thing to do.”<sup>1417</sup>

BefürworterInnen der ersten Position hielten dem entgegen, dass diese garantierte Straffreiheit die Gültigkeit des Gesetzes letztlich völlig unterhöhle. Der Gegenposition, dass man eine spätere Straffreiheit offen lassen solle, um dafür zu sorgen, dass nur zu Folter gegriffen werde, wenn der potentielle Folterer wirklich keinen anderen Ausweg sähe und in Kauf nehme, für seine Handlung hart bestraft zu werden, lehnten die VertreterInnen der ersten Position ebenso vehement ab: Man könne es Menschen, die unter einem solchen Gewissensdruck stünden, zu foltern oder viele Menschenleben zu riskieren, nicht später auch noch mit einem Gerichtsverfahren drohen.

Generell waren sie der Ansicht, dass der Ansatz “*‘simply do it’ (...) and then cover it up*”<sup>1418</sup> in keiner Weise dem Vorgehen einer liberalen Demokratie entspreche, die eine solche zentrale Fragen qua Diskurs und öffentlichem Parlamentsentscheid zu regeln hätte. Im Rückblick merkte Alan Dershowitz zudem an: “[*I*]t is precisely his *head-in-the-sand approach to torture (...) that led to Abu Gbraib.*”<sup>1419</sup> Die BefürworterInnen der ersten Position waren sich auch relativ einig darüber, für welche Fälle eine rechtliche Ausnahme geschaffen werden sollte: Selbstverständlich für *ticking-bomb-scenarien* sowie für “*the slower-fuse high-level terrorist (such*

<sup>1414</sup> Vgl. Posner, Richard A. 2006: Not a Suicide Pact. The Constitution in a Time of National Emergency, Oxford, S. 86.

<sup>1415</sup> Für die beiden letzten Zitate: Zizek, Slavoj 2007: Knight of the Living Dead, in: NYT, 27.03.2007.

<sup>1416</sup> Sullivan, Andrew 2005: The Abolition of Torture, in: The New Republic, 19.12.2005.

<sup>1417</sup> Bowden, Mark 2005: Is there another way to get information?, in: WSJ, 07.11.2005.

<sup>1418</sup> Leserbrief von Dershowitz, Alan 2007: When Torture Is Normalized, in: WSJ, 27.03.2007.

<sup>1419</sup> Leserbrief von Dershowitz, Alan 2007: When Torture Is Normalized, in: WSJ, 27.03.2007.



as KSM).<sup>1420</sup> Bagaric/Clarke gingen noch einen Schritt weiter, indem sie eine mathematische Formel aus fünf Faktoren erdachten, mit der errechnet werden solle, ob Folter gerechtfertigt sei oder nicht.<sup>1421</sup> Die Position, dass man im Kampf gegen den Terrorismus zwar schmutzige Hände bekommen werde, aber “*dirty hands need not be lawless*”<sup>1422</sup> und deshalb möglichst offen über Standards gesprochen werden sollte, die der neuen Weltlage angemessen seien, wurde auch von einigen Regierungsvertretern eingenommen, u.a. von Justizminister Ashcroft:

“America is a nation that guarantees political freedom, self-governance, and open, honest debate. Even when our very way of life is challenged, the means and method of our nation’s defense is an essential part of our ongoing democratic dialogue.”<sup>1423</sup>

Die Ansicht, dass es sich bei Folter um ein abwägbares Rechtsgut und bei der Frage von Folterverhören um die Abwägung zwischen zwei, vielleicht auch drei, wichtigen Rechtsgütern handele, wurde erst von den Mitgliedern der neuen US-Regierung unter Barack Obama entschieden zurückgewiesen. So betonte Obama, er würde “*reject as false the choice between our safety and our ideals*,”<sup>1424</sup> während der neue Chef der CIA, Leon Panetta, ausführte:

“...that is a false compromise. We either believe in the dignity of the individual, the rule of law, and the prohibition of cruel and unusual punishment, or we don't. There is no middle ground. We cannot and we must not use torture under any circumstances. We are better than that.”<sup>1425</sup>

Der Moral des *ticking-bomb-scenarios* hatten FoltergegnerInnen wie die Angehörigen der neuen Administration, kaum etwas entgegenzusetzen. Sie verlegten sich meist auf den Hinweis, dass das Eintreten dieses Szenarios derart unwahrscheinlich sei, dass man sich darüber keine Gedanken machen, geschweige denn eine Verfassungsänderung anstrengen sollte, die ihm Rechnung trüge:

“In practice, of course, the likelihood of such a scenario is extraordinarily remote. Uncovering a terrorist plot is hard enough; capturing a conspirator involved in that plot is even harder; and realizing in advance that the person knows the whereabouts of the bomb is nearly impossible.”<sup>1426</sup>

<sup>1420</sup> Krauthammer, Charles 2005: The Truth about Torture; It’s time to be honest about doing terrible things, in: The Weekly Standard, 05.12.2005.

<sup>1421</sup> Die fünf zueinander ins Verhältnis gesetzten Faktoren sind: “(1) *the number of lives at risk*; (2) *the immediacy of the harm*; (3) *the availability of other means to acquire the information*; (4) *the level of wrongdoing of the agent*; and (5) *the likelihood that the agent actually does possess the relevant information*.” Bagaric, Mirko/Clarke, Julie 2007: Torture. When the Unthinkable is Morally Permissible, Albany, S. 4. Die Formel selbst findet sich auf S. 38.

<sup>1422</sup> Ignatieff, Michael 2004: Lesser Evils, in: NYT, 02.05.2004.

<sup>1423</sup> Ashcroft, John 2002: Remarks of Attorney General John Ashcroft, U.S. Attorneys Conference, New York City, 01. Oktober 2002. Offensichtlich hinderte dies den Justizminister jedoch nicht daran, geheime *memos* zur Legalisierung von Folter zu verfassen.

<sup>1424</sup> Barack Obama zitiert in: Yoo, John 2009: Obama made a rash decision on Guantanamo, in: WSJ, 29.01.2009.

<sup>1425</sup> Zitiert in einem *Editorial* des *New York Times* vom 05.01.2009 mit dem Titel “*Leon E. Panetta*“. Allerdings legten die politischen Handlungen auch dieser beiden Personen teilweise eine Ansicht nahe. Vgl. S. 310 bzw. 311 der Arbeit.

<sup>1426</sup> Sullivan, Andres 2005: The Abolition of Torture, in: The New Republic, 19.12.2005.

Dem hielten FolterbefürworterInnen den Fall Abu Zubaidahs entgegen, der in US-Gewahrsam gefoltert worden war und seine Verhörer auf die Spur José Padillas gebracht, der angeblich mitten in Manhattan eine *dirty bomb* zur Explosion bringen wollte.<sup>1427</sup> Es war nicht das einzige Gegenargument der TabuschützerInnen, das ins Leere lief.

### Die ungeschickte Debattenführung der FoltergegnerInnen

“By all means let’s have a debate over interrogating terrorists.”<sup>1428</sup>

Aus Sicht einer Foltergegnerin ist es geradezu tragisch, dass die vermeintlichen TabuschützerInnen in der Folterdiskussion eine ganze Reihe argumentativer Fehler begingen. Zwar kann man sich das “Lager” der FoltergegnerInnen, unter dem Eindruck von “9/11” und durch das ständig wiederholte *ticking-bomb-scenario* herausgefordert, selbstverständlich nicht als geschlossenen Block vorstellen, der sich zu Beginn der Debatte eine Strategie zu deren Beendigung überlegt hätte – insofern waren die im Folgenden diskutierten “Fehler” keinesfalls absichtlich. Dennoch geht aus meinen Quellen hervor, dass sich recht viele TabuschützerInnen durchaus darüber klar wurden, dass sie durch ihre Diskussionsführung die Debatte weiter anheizten – wenn auch meist erst Jahre nach dem Beginn der Auseinandersetzung.

Fünf Punkte erscheinen mir hierbei am wichtigsten: Erstens ließen sich viele TabuschützerInnen überhaupt auf eine Debatte ein, zweitens versuchten sie, ihren Standpunkt v.a. mit Kosten-Nutzen-Argumenten zu untermauern, drittens übernahmen einige von ihnen die Forderung nach einer *sachlichen*, d.h. unemotional und ahistorisch geführten Debatte, wobei ahistorisch, viertens, auch das Eingeständnis bedeutete, dass man es mit einer völlig neuen Art von Folter zu tun hatte. Fünftens brachten sie – ganz im Gegensatz zu ihren “TabuschützerkollegInnen” in der Diskussion über das nukleare Tabu – kaum Gegenvorschläge vor – und wenn, dann viel zu spät, um die Debatte noch zu drehen.

Bezüglich des ersten Punktes machte die überwiegende Anzahl der DebattenteilnehmerInnen auf *beiden* Seiten klar, dass der Diskurs über dieses Thema nicht gewollt, sondern ihnen *aufgezwungen* worden war: “*The search for an effective way to combat the very real threat of terrorism has forced Americans to confront such uncomfortable questions*” stellte selbst die *New York Times* fest –<sup>1429</sup> ein Hinweis darauf, dass das schwächelnde Tabu zumindest zu

<sup>1427</sup> Einer der ersten Verhörer von Abu Zubaidah gab allerdings 2009 in einem *hearing* an, er hätte den Hinweis auf Padilla bereits vor dem Einsatz “verschärfter Verhörmethoden“ erhalten, indem er sich dem Terroristen einfach als guter Gesprächspartner angeboten hätte. Nachdem er gefoltert worden sei, habe Abu Zubaidah dagegen überhaupt keine Informationen mehr herausgegeben. Vgl. U.S. Congress, Senate Committee on the Judiciary, Subcommittee on Administrative Oversight and the Courts 2009: Testimony of Ali Soufan, 13.05.2009.

<sup>1428</sup> OpEd des *Wall Street Journal* vom 06.01.2005 mit dem Titel “*Torture’ Showdown*“.

<sup>1429</sup> Slackman, Michel 2004: What’s Wrong With Torturing a Qaeda Higher-Up?, in: NYT, 16.05.2004, Herv. SoSchi. Vgl. für einen Standpunkt *für* eine Debatte aber *gegen* “wirkliche“ Folterungen im Gegensatz zu *lite torture* etwa Ignatieff, Michael 2004: Lesser Evils, in: NYT, 02.05.2004: “*thinking about lesser evils is unavoidable. (...) The abuse we need to talk about is torture.*”

Beginn der Debatte noch insofern griff, als man sich ungern mit dem Thema auseinandersetzte. Selbst der erklärte *norm challenger* Dershowitz gab zu, dass das Nachdenken über Folter “so horrible” sei, “that our mind rebels even at the notion of thinking about evil options.”<sup>1430</sup> Auch die FolterbefürworterInnen stellten sich also so dar, als hätten sie nur allzu gerne dem Schweigetabu weiterhin Rechnung gezollt. Insbesondere sie pochten zudem darauf, dass auch die Regierung sich unbedingt mit der Option einer Legalisierung von Folter auseinander setzen müsse: “White House and Justice Department lawyers did explore the limits of permissible interrogation techniques – something it would have been irresponsible not to do after 9/11.”<sup>1431</sup> Schließlich würden sich gerade die Liberalen des Landes als erste über das Versagen der Regierung beschweren, wenn diese nicht alle Maßnahmen ergriffen und so einen zweiten Anschlag nicht verhindert hätte.<sup>1432</sup>

Von liberaler Seite wurde hingegen darauf verwiesen, dass eine öffentliche Diskussion und diskursive Einigung über das Festlegen evtl. neuer Standards nach dem ersten erfolgten Terroranschlag unbedingt notwendig sei, um einer eigenmächtige und vermutlich extremere Ausweitung der Handlungsspielräume der Regierung (und ein stillschweigendes Abnicken derselben durch die Bevölkerung) nach einem evtl. zweiten Terrorakt zu zuvor zu kommen. So würde eine Debatte über “harte Verhörmethoden” dazu beitragen, die Erosion liberaler Werte zu *verhindern*:

“Once the zones of devastation were cordoned off and the bodies buried, we might find ourselves (...) living in a national-security state on continuous alert, with sealed borders, constant identity checks and permanent detention camps for dissidents and aliens. Our constitutional rights might disappear from our courts, while torture might reappear in our interrogation cells. The worst of it is that government would not have to impose tyranny on a cowed populace. We would demand it for our own protection.”<sup>1433</sup>

Indem viele TabuschützerInnen mit ihren DiskussionsgegnerInnen darin übereinstimmten, dass eine Debatte unausweichlich sei, gaben sie von vornherein die Möglichkeit aus der Hand, letztere unter Hinweis auf das Schweigetabu “diskursiv ruhig zu stellen”, indem sie deren Überlegungen die Legitimation entzogen, statt mit ihnen in einen argumentativen Wettstreit zu treten.<sup>1434</sup> Im gesamten Verlauf meines Untersuchungszeitraums warnten nur drei (!) FoltergegnerInnen davor, dass das Führen der Debatte selbst bereits einen Tabubruch bedeute: In einem Leserbrief fand sich die Befürchtung, dass “[b]y equivocating

<sup>1430</sup> Dershowitz, Alan D. 2002: Why Terrorism Works. Understanding the Threat, Responding to the Challenge, New Haven, S. 133.

<sup>1431</sup> Editorial des *Wall Street Journal* 2004: Tortured Arguments, in: *Wall Street Journal*, 25.06.2004.

<sup>1432</sup> Vgl. Griesman, Henry 2004: The Legal Memos About Torture, in: NYT, 13.06.2004.

<sup>1433</sup> Ignatieff, Michael 2004: Lesser Evils, in: NYT, 02.05.2004.

<sup>1434</sup> Eine der wenigen Ausnahmen bildet folgender Leserbrief: “I find that often people opposed to the use of torture on terrorist suspects use three arguments: Torture is illegal, immoral and ineffective. We should note that the inclusion of ‘effectiveness’ of torture is inconsistent with arguments based on legality and morality. Is murder less immoral or illegal when it is effective in some sense? (...) The logical conclusion is that there are only two reasons to oppose torture: its illegality and immorality. Arguments based on its apparent ineffectiveness lead in an entirely different and unpleasant direction.“  
Watman, Kenneth 2009: Shining a Bright Light on Torture, in: NYT, 20.05.2009.

about torture, the United States loses the true basis of our power: our identity and sense of selves as the good guys.”<sup>1435</sup> Und Karen Greenberg stellte in ihrem Buch *“The Torture Debate in America”* fest, dass *“the mere introduction of torture as an issue to be contemplated and debated has changed the nature of the American experiment; it has taken perhaps the ultimate taboo and made it part of the landscape, both theoretically and in practice.”*<sup>1436</sup> Als enorm nah an meinen Überlegungen zu Tabus erwies sich ein Kommentar der *New York Times*:

“In a way, those who refuse to advocate torture outright but still accept it as a legitimate topic of debate are more dangerous than those who explicitly endorse it. Morality is never just a matter of individual conscience. It thrives only if it is sustained by what Hegel called ‘objective spirit,’ the set of unwritten rules that form the background of every individual’s activity, telling us what is acceptable and what is unacceptable. (...) For example, a clear sign of progress in Western society is that one does not need to argue against rape: it is ‘dogmatically’ clear to everyone that rape is wrong. If someone were to advocate the legitimacy of rape, he would appear so ridiculous as to disqualify himself from any further consideration. And the same should hold for torture. (...) Are we aware that the last time such things were part of public discourse was back in the late Middle Ages, when torture was still a public spectacle, an honorable way to test a captured enemy who might gain the admiration of the crowd if he bore the pain with dignity? Do we really want to return to this kind of primitive warrior ethics?”<sup>1437</sup>

Einige weitere Stimmen wiesen zumindest darauf hin, dass allein das Führen der Debatte früher undenkbar gewesen sei:

“...how did we as a nation ever get to the point of having a debate over the use of torture? Growing up as an American citizen, I have always believed without question that the United States would never torture anyone under any circumstances. It goes against all that this country stands for. (...) Our president threatening to veto a bill that bans torture? Also unthinkable. It is a sad state of affairs that we have an administration that has taken us down a path where we even have to have this debate.”<sup>1438</sup>

Je länger die Debatte anhielt, desto klarer wurde es auch DebattengegnerInnen, dass es ein *“Zurück zum Sprachtabu”* nicht mehr geben könne: *“It is a matter of shame [that] we have no choice but to conduct a national debate about torture.”*<sup>1439</sup> Hier wurde ein also Denkverbot aus dem Weg geräumt, das Foltertabu damit direkt angegriffen und bereits die Grundlage für die etwa in der Mitte meines Untersuchungszeitraums eintretende Umkehrung als irrational angesehener Argumentationspositionen gelegt: War es früher undenkbar, *für* Folter zu argumentieren, wies die später allgemein anerkannte Notwendigkeit des Führens einer neuen Debatte darauf hin, dass alte Standpunkte, die diese Diskussionen von vornherein ausschlossen – nämlich, indem sie Folter als unter keinen Umständen zu rechtfertigen

<sup>1435</sup> Leserbrief von Jane Stitleman mit dem vielsagenden Titel: *“Torture Is an Issue? What’s Become of My Country?”*, abgedruckt in der *New York Times* vom 17.12.2005.

<sup>1436</sup> Greenberg, Karen J. 2006: Introduction: The Rule of Law Finds Its Golem: Judicial Torture Then and Now, in: Greenberg, Karen J. (Hrsg.): *The Torture Debate in America*, Cambridge, S. 1-9, hier S. 2.

<sup>1437</sup> Zizek, Slavoj 2007: Knight of the Living Dead, in: NYT, 24.03.2007.

<sup>1438</sup> Leserbrief von Schmierer, John 2005: Torture Is an Issue? What’s Become of My Country?, in: NYT, 17.12.2005.

<sup>1439</sup> Jeremy Waldron (Professor der *New York Law School*) zitiert in einem Leserbrief von: Steinfeld, Peter 2005: Topic in the Air That Politicians Didn’t Touch: Torture, in: NYT, 11.11.2006.

darstellten – nun als Extremposition gewertet wurden, auf die man sich “rationalerweise” nicht mehr zurückziehen könne. Die tabutypische, reflexartige Ablehnung von Folter, die der Nichthinterfragbarkeit eines Tabus entspricht, wurde somit als unreflektierte Grundeinstellung “entlarvt”:

“The belief that torture is always wrong is, however, misguided and symptomatic of the alarmist and reflexive responses (...). It is this type of absolutist and short-sighted rhetoric that lies at the core of many distorted moral judgments that we as a community continue to make...”<sup>1440</sup>

Den debattentechnisch überrumpelten TabuschützerInnen standen gegen Ende meines Untersuchungszeitraums immer mehr FolterbefürworterInnen gegenüber, die sich nicht erklären konnten, warum es überhaupt nötig sei, eine so lange und hitzige Diskussion über die Behandlung ihrer Feinde zu führen “*In my long experience in Washington, few matters have inspired so much contrived indignation and phony moralizing as the interrogation methods applied to a few captured terrorists.*”<sup>1441</sup> Und ein Leser der *USA Today* ergänzte: “*Our enemies must think we are nuts. Perhaps they are right.*”<sup>1442</sup>

Die Tatsache, dass Ablehnung von Folter für NormschützerInnen immer eine unausgesprochene und unhinterfragte Selbstverständlichkeit gewesen war, führte, wie Andrew Sullivan richtig erkannte und bemängelte, auch dazu, dass sie lange Zeit keine guten Gegenargumente vorweisen konnte:

“In this inevitably emotional debate, perhaps the greatest failing of those of us who have been arguing against all torture and ‘cruel, inhuman, and degrading treatment’ of detainees is that we have assumed the reasons why torture is always a moral evil, rather than explicating them.”<sup>1443</sup>

Die Argumente, die von Seiten der FoltergegnerInnen vorgebracht wurden, stellten sich zudem als zum Schutz der Norm ungeeignet heraus:

Um dem von FolterbefürworterInnen beschriebenen Druck, durch Folter lebenswichtige Informationen zu erlangen, etwas entgegenzusetzen, brachten die NormbefürworterInnen am häufigsten das Kosten-Nutzen-Argument vor, Folter würde keine wahren Geständnisse hervorbringen.<sup>1444</sup> Damit war die Hoffnung verknüpft, der Argumentation der US-Regierung die Grundlage zu entziehen: “*Torture is a terrible way to do the very thing that the administration uses to excuse it – getting accurate information.*”<sup>1445</sup> Allerdings ließen

<sup>1440</sup> Bagaric, Mirko/Clarke, Julie 2007: *Torture. When the Unthinkable is Morally Permissible*, Albany, S. vii.

<sup>1441</sup> Cheney, Dick 2009: Rede vor dem American Enterprise Institute, 21.05.2009, online unter <[http://www.huffingtonpost.com/2009/05/21/cheneys-speech-obama-dese\\_n\\_206165.html](http://www.huffingtonpost.com/2009/05/21/cheneys-speech-obama-dese_n_206165.html)>, rev. 02.02.2012.

<sup>1442</sup> Leserbrief von Zahn, Bert W. 2007: Waterboarding is necessary in some situations, in: *USA Today*, 19.11.2007.

<sup>1443</sup> Sullivan, Andrew 2005: The Abolition of Torture, in: *The New Republic*, 19.12.2005.

<sup>1444</sup> Die *New York Times* brachte zudem das sehr fragwürdige Argument auf, gerade bei Arabern hätte Folter wenig Sinn, da sie besonders geschickt lügen würden, vgl. Maas, Peter 2003: The World: Torture, Tough or Lite; If a Terror Suspect Won't Talk, Should He Be Made To?, in: *NYT*, 09.03.2003.

<sup>1445</sup> *OpEd* der *New York Times* vom 10.12.2005 mit dem Titel “*Illegal, Immoral and Pointless.*“

sie sich so nicht nur auf den oben skizzierten, schwer zu entscheidenden aristotelischen Auslegungsstreit über den Sinn von Folterungen ein, der über Jahrhunderte hinweg nicht für ein Verbot dieser Praxis ausgereicht hatte,<sup>1446</sup> sondern machten ihre Position auch extrem angreifbar – denn durch Belege, die den Nutzen von Folter gezeigt hätten, wäre ihr argumentativer Standpunkt leicht zu widerlegen und die Norm so leicht auszuhebeln gewesen. Den Standpunkt *“we need to stop discussing whether torture gets results. Whether it does or not, it is immoral, period, and should never be considered,”* nahmen (leider) nur sehr wenige FoltergegnerInnen ein.<sup>1447</sup> Und weil Studien über den “effektiven Nutzen” von Folter nicht vorlagen, blieb es beim Vorbringen von Beispielen von beiden Seiten, wie insbesondere dem des bereits 1995 auf den Philippinen gefassten Terroristen Abdul Hakim Murad<sup>1448</sup> aber auch aktueller Fälle aus *Abu Gbraib* oder *Guantanamo* auf Seiten der FolterbefürworterInnen. FoltergegnerInnen beriefen sich darauf, einige Gefangene aus eben diesen Haftanstalten hätten gestanden, Osama bin Laden zu sein (was offensichtlich nicht zutraf) und erhielten Unterstützung seitens einiger Geheimdienst-Agenten, die meinten, unter Folter würden die Gefangenen *“not only going to tell you he’s al-Qaeda, he’s going to tell you he was the other guy on the grassy knoll”* in Dallas, von dem aus der zweite Schuss auf John F. Kennedy abgefeuert worden sein soll: *“If you violate the process by jumping in and rubber-bosing some SOB, you’re going to get bad information 100% of the time.”*<sup>1449</sup> Dem hielten FolterbefürworterInnen entgegen, dass *“[i]t may indeed be true that torture is not a reliable tool. But that is very different from saying that it is never useful.”*<sup>1450</sup> Im späteren Verlauf der Debatte wurde deshalb betont, dass *“we need systematic knowledge of the efficacy of different degrees of coercion in extracting information from recalcitrant suspects.”*<sup>1451</sup>

<sup>1446</sup> Vgl. S. 173 der Arbeit.

<sup>1447</sup> Leserbrief von Willams, John 2009: Pictures of Torture, the Fact of Torture, in: NYT, 15.05.2009.

<sup>1448</sup> Wie schwierig eine Entscheidung in dieser Kosten-Nutzen-Frage ist, lässt sich gerade an diesem von FolterbefürworterInnen häufig verwendeten Beispiel zeigen: Erstens wurde darauf hingewiesen, dass kaum festgestellt werden kann, ob das von Abul Hakim Murad nach 67 Tagen in philippinischem Gewahrsam abgelegte Geständnis, nach dem er beabsichtigte, den Papst zu ermorden und 11 US-amerikanische Linienflugzeuge zu entführen, tatsächlich der Wahrheit entspricht. Zweitens ist jedoch belegt, dass er (obwohl man ihm u.a. bereits alle Rippen gebrochen hatte) erst nach der psychologischen Drohung gestand, ihn dem Mossad auszuliefern, was an seine tiefsitzende Angst vor Juden appellieren sollte. Hier stellt sich wiederum die Frage, ob die Androhung einer Überstellung an einen für seinen nicht gerade zimperlichen Umgang mit (mutmaßlichen) islamischen ExtremistInnen berüchtigten Geheimdienst an sich bereits eine Folterung darstellt und damit bereits verboten wäre.

<sup>1449</sup> Vgl. für beide Zitate von Verhörspezialisten Diamond, John/Locy, Toni/Willing, Richard 2003: Interrogation is tough but not torture, in: USA Today, 06.03.2003.

<sup>1450</sup> Krauthammer, Charles 2005: The Truth about Torture; It’s time to be honest about doing terrible things, in: The Weekly Standard, 05.12.2005.

<sup>1451</sup> Posner, Richard A. 2006: Not a Suicide Pact. The Constitution in a Time of National Emergency, Oxford, S. 82. Dieser Forderung wurde entgegengehalten, dass solche Studien kaum durchführbar seien: *“Scientific research on the edicacy of torture is extremely limited because of the moral and legal impediments to experimentation. Before endorsing physical and psychological abuse, the Bush Administration did no empirical study.”* Mayer, Jane 2008: The Dark Side. The Inside Story of How the War on Terror Turned into a War on American Ideals, New York, S. 134.

Zu Beginn der Debatte erschien FolterbefürworterInnen v.a. das erpresste Geständnis Abu Zubaidahs als wichtiger Beleg für ihre Sicht der Dinge in der Kosten-Nutzen-Frage. Gerade am Ende des Untersuchungszeitraums erhielt die Frage insofern neue Relevanz, als nun darüber diskutiert wurde, ob die – offensichtlich angewendeten – Foltermethoden die USA sicherer gemacht hatten oder nicht, sprich, ob ein weiterer Terroranschlag durch Folter verhindert worden war. Insbesondere nach der Wahl Barack Obamas stellen FolterbefürworterInnen so dar, als hätten sie die Kosten-Nutzen-Debatte klar für sich entscheiden können: *“I, for one, am quite happy that the Justice Department and the C.I.A. put the security of America ahead of the comfort of those who would harm us. Perhaps I’m alive today because they did.”*<sup>1452</sup> Sie wurden in ihrer Auffassung, dass Folter einen Nutzen gehabt hätte, von Mitgliedern der ehemaligen Regierung bestätigt – insbesondere von Dick Cheney, der sich nach der erzwungenen Veröffentlichung von *memos* durch Barack Obama 2009, lautstark darüber beschwerte, dass die Texte exakt an den Stellen geschwärzt worden seien, an denen die Erfolge der Verhörmethoden beschrieben worden wären.<sup>1453</sup> In den Jahren nach “9/11” sei die Hälfte des Wissens über *al Qaida* durch die Folterverhöre von Khalid Shaikh Mohammed erpresst worden.<sup>1454</sup>

Dass sie sich mit dem Vorbringen von Kosten-Nutzen-Argumenten auf einen schwer zu entscheidenden und dem Tabu schädlichen Streit eingelassen hatten, erkannten nur sehr wenige FoltergegnerInnen – und wenn, dann auch erst recht spät. Noch 2009 bedauerte eine Foltergegnerin:

“The debate about aggressive interrogation techniques (...) now centers on their effectiveness. It is frightening to think that we, a nation that has long believed that principle mattered and that human rights applied to all, would now be open to assuming that such values need not apply when we are frightened or at risk. Has it all been a fiction? Are there no lines that we, as a nation, will not cross no matter the cost to us? If every value is negotiable depending upon circumstance, we have no true values.”<sup>1455</sup>

Selbst einige FolterbefürworterInnen forderten, ihre diskursiven Widersacher sollten sich endlich von der Kosten-Nutzen-Argumentation verabschieden und in einen Austausch über moralische Werte eintreten:

<sup>1452</sup> Leserbrief von Bradford, William 2009: The Uproar Over the C.I.A. and Torture, in: NYT, 18.04.2009.

<sup>1453</sup> *“The released memos were carefully redacted to leave out references to what our government learned through the methods in question. Other memos, laying out specific terrorist plots that were averted, apparently were not even considered for release. For reasons the administration has yet to explain, they believe the public has a right to know the method of the questions, but not the content of the answers.”* Cheney, Dick 2009: Rede vor dem American Enterprise Institute, 21.05.2009, online unter [http://www.huffingtonpost.com/2009/05/21/cheneys-speech-obama-dese\\_n\\_206165.html](http://www.huffingtonpost.com/2009/05/21/cheneys-speech-obama-dese_n_206165.html), rev. 02.02.2012. Dass durch die Zerstörung von Verhörvideos durch die CIA (vgl. S. 302 der Arbeit) möglicherweise auch Indizien im Streit über die Nützlichkeit von Folter verloren gegangen wären, erwähnte Cheney dagegen nicht.

<sup>1454</sup> Vgl. ein *OpEd* des *Wall Street Journal* vom 19.01.2009 mit dem Titel *“The Real ‘Torture’ Disgrace”*. Allerdings darauf hingewiesen, dass es im Nachhinein unmöglich sei, festzustellen, ob diese Informationen auch ohne Folter zu bekommen gewesen wären. Vgl. Baker, Peter 2009: Banned Techniques Yielded 'High Value Information,' Memo Says, in: NYT, 22.04.2009.

<sup>1455</sup> Leserbrief von Hislop, Anne-Marie 2009: America, What Comes After Torture?, in: NYT, 24.04.2009.

“The administration’s critics rarely address this point beyond asserting that ‘torture’ does not work. This is more catechism than reality. The sad fact is that, for much of history, actual torture was a regular part of the judicial processes of virtually every human society – and not because it was ineffective. This debate should be framed in terms of policy and morality, not on false claims of frutility.”<sup>1456</sup>

Trotz der beschriebenen Fokussierung auf Kosten-Nutzen-Argumente von Seiten der NormbefürworterInnen empfanden viele FolterbefürworterInnen die Debatte als zu emotional aufgeregt: “During the last few weeks in Washington the pieties about torture have lain so thick in the air that it has been impossible to have a reasoned discussion.”<sup>1457</sup> Sie forderten deshalb eine Versachlichung, die der affektiven und emotionalen Ablehnung von Folter (wie sie sich im 19. Jahrhundert entwickelt hatte) die Grundlage entzogen hätte sowie eine Ent-Historisierung:<sup>1458</sup> “...the mere mention of torture is enough to engender disquieting thoughts of the dark brutality of which men (and women!) have historically shown themselves capable. Under the circumstances, rationality is not a good bet to rule the day.”<sup>1459</sup> Andererseits forderten auch FoltergegnerInnen irgendwann eine Debatte, die sich nicht von Panik vor dem nächsten Terroranschlag leiten ließ: “We have to try to wrestle this fear-based debate into something resembling a reality-based discussion.”<sup>1460</sup> Schließlich forderten sogar Autoren der *New York Times*, die Debatte zu versachlichen, indem mehr wissenschaftliche Erkenntnisse über Verhörmethoden gesammelt und eingebracht würden.<sup>1461</sup>

Zu dieser sachlichen und “enthistorisierten” Auseinandersetzung gehörte für einige, historisch versierte DebattenteilnehmerInnen auch die Feststellung, dass die Diskussion nun über eine andere Form von Folter geführt werden müsse, als die, die vor Jahrhunderten als unmoralisch und ekelregend tabuisiert worden war – nämlich nicht zu dem Zweck, ein Geständnis für bereits begangene Verbrechen zu erhalten, sondern eine *präventive* Folter zur Verhinderung eines Verbrechens: “The question to put to the captured terrorist is not ‘Did you do it?’ Instead, the suspect is asked to disclose self-proving information, such as the location of the bomber.”<sup>1462</sup> Den argumentativen Fehler, an diesen Unterschied zunächst nicht gedacht zu haben, gestanden sich (wenige) FoltergegnerInnen selbst ein:

“I suspect that throughout history this [präventive Informationsgewinnung, SoSchi] has been the least common motivation for torture, and thus the one most readily overlooked. (...) Thus, even though absolute prohibition remains liberalism’s primary teaching about torture (...) a more permissive stance remains as an unspoken possibility, the Achilles heel of absolute prohibitions. As long as the intelligence needs of a liberal society are slight, this possibility within liberalism remains dormant, perhaps even

<sup>1456</sup> Rivkin, David B. Jr./Casey, Lee A. 2005: The McCain Amendment is Flawed, in: WSJ, 10.12.2005.

<sup>1457</sup> Krauthammer, Charles 2005: The Truth about Torture; It’s time to be honest about doing terrible things, in: The Weekly Standard, 05.12.2005.

<sup>1458</sup> Vgl. zur Entwicklung der affektiven Ablehnung das Unterkapitel ab S. 185 der Arbeit.

<sup>1459</sup> McCarthy, Andrew C. 2006: Torture: Thinking about the Unthinkable, in: Greenberg, Karen J. (Hrsg.): The Torture Debate in America, Cambridge, S. 98-117, hier S. 99.

<sup>1460</sup> Rich, Frank 2009: Who Is to Blame for the Next Attack?, in: NYT, 31.05.2009.

<sup>1461</sup> Vgl. Shane, Scott 2008: The Unstudied Art of Interrogation, in: NYT, 09.03.2009.

<sup>1462</sup> Dershowitz, Alan 2007: Democrats and Waterboarding, in: WSJ, 07.11.2007.



unnoticed. But when a catastrophe like 9/11 happens, liberals may cautiously conclude that, in the words of a well-known Newsweek article, it's 'Time to Think About Torture'."<sup>1463</sup>

Vor diesem Hintergrund des gewandelten Zwecks von Folter, so Dershowitz, stelle sich auch die Kosten-Nutzen-Frage neu:<sup>1464</sup> Wenn man z.B. annehme, dass Folter in ca. 25% der Fälle zu falschen und in 75% der Fälle zu wahren Geständnissen führe, so würde man dieses Instrument niemals zur *Aufdeckung* von Verbrechen anwenden, da die Gefahr, jemanden aufgrund eines falschen Geständnisses zu verurteilen, viel zu groß sei. Könnte man jedoch mit 25% Wahrscheinlichkeit durch Folter einen Terroranschlag verhindern, so sei das Mittel legitim. Im Vergleich zu der Auseinandersetzung über die "reine" Kosten-Nutzen-Frage war diese – für die (Nicht-)Begründung des Tabus zentrale – Diskussion jedoch ein diskursiver Nebenschauplatz.

Im Hinblick auf die Gültigkeit der Norm war ebenso fatal (und ebenso ein "Debattenebenschauplatz", dass die FoltergegnerInnen so gut wie nie mit einem Alternativkonzept für Verhöre von Terrorverdächtigen aufwarteten – zumindest nicht für die 25%, in denen Folter evtl. ein *ticking-bomb-scenario* entschärft hätte:<sup>1465</sup>

"For us to rule out sleep deprivation, humiliation and playing religious mocking games with these killers is insane. What would opponents suggest? Maybe we just give terror suspects a free house with a nice Hummer and try to sway them with a decadent lifestyle? Do people honestly think these people want to negotiate with us? They want to kill us."<sup>1466</sup>

Statt dessen zogen sich FoltergegnerInnen meist nur auf die Position zurück, die Vorschläge der FolterbefürworterInnen würden nicht die erwünschten "Erfolge" bringen oder diese sei zumindest nicht nachweisbar. Diese Position war allerdings argumentativ leicht auszuhebeln: "*Ultimately, we cannot be guaranteed that torture will work in any given instance, but we can be virtually certain that doing nothing will fail when we are faced with an imminent catastrophe.*"<sup>1467</sup> So konnte sich – mangels Hinterfragung und durch mantraartige Wiederholung – in der Debatte die Grundannahme durchsetzen, dass

"...some form of physical and mental coercion is necessary to get information to protect the American people from terrorism. These are unproven assumptions based on anecdotes from agencies with little transparency. But they have been popularized in the American media by endless repetition..."<sup>1468</sup>

<sup>1463</sup> Luban, David 2006: Liberalism, Torture, and the Ticking Bomb, in: Greenberg, Karen J. (Hrsg.): The Torture Debate in America, Cambridge, S. 35-83, hier S. 43.

<sup>1464</sup> Vgl. Dershowitz, Alan M. 2008: Is There a Right to Remain Silent? Coercive Interrogation and the Fifth Amendment after 9/11, Oxford, S. 121.

<sup>1465</sup> Immerhin gab es vereinzelte Hinweise darauf, dass die USA es sogar geschafft hätten, die Nazis zu besiegen, ohne sich von ihren Prinzipien zu verabschieden. Vgl. Dratel, Joshua 2006: The Curious Debate, in: Greenberg, Karen J. (Hrsg.): The Torture Debate in America, Cambridge, S. 111-117, hier S. 114.

<sup>1466</sup> Leserbrief von Kraus, Julie/Kraus, Mark 2005: Some tactics aren't torture, in: USA Today, 09.11.2005.

<sup>1467</sup> Bagaric, Mirko/Clarke, Julie 2007: Torture. When the Unthinkable is Morally Permissible, Albany, S. 61.

<sup>1468</sup> U.S. Congress, Committee on the Judiciary 2005: Statement of Douglas Johnson, Executive Director Center of Victims of Torture, 06.01.2005.

Auch die US-Regierung hatte von Beginn an allein auf diese Annahme vertraut und so “*passed up the opportunity to develop more effective interrogation tools*”, wie eine Studie des *Intelligence Science Boards* rückblickend feststellte.<sup>1469</sup> Ein Faktor dafür, dass die Bush-Regierung selbst Folter als *alternativlos* ansah, mögen entsprechende CIA-Berichte gewesen sein: “[T]he leaders of the CIA evidently believed, and told the government’s leaders, that their program would be uniquely effective in getting information from high-value captives. ‘Uniquely’ is the key word. (...) The Director of the CIA (...) apparently emphasized that there were no good alternatives to adoption of this proposal.”<sup>1470</sup> Gegenüber dieser sich verfestigenden Annahme, dass Folter alternativlos sei, gingen die wenigen Stimmen von Verhörspezialisten, die darauf verwiesen, dass man Befragungen auch ganz anders effektiv gestalten könne, unter, zumal sie sich erst sehr spät in die Debatte einschalteten.<sup>1471</sup> So gab ein FBI-Agent, der als Ibn al Shaik al-Libi im November 2001 als erster verhört hatte, erst 2008 zu Protokoll:

“He was expecting us to pull out his fingernails or something. (...) But when he found out that we were really there to listen, and that he was stuck, with no way out, he just opened up.’ In exchange for his cooperation, there was something al-Libi wanted. Word had reached him, even as far away as the caves of Afghanistan, that the United States had offered emigration help to some Al Qaeda informers and their families. He had a Syrian wife. He wanted for her, and her family, to be able to come to the United States.”<sup>1472</sup>

Die Seltenheit solcher Schilderungen machten sich FolterbefürworterInnen zunutze, indem sie immer wieder darauf verwiesen, dass Folterverhöre zwar unschön seien, es jedoch keine Alternative gäbe:

“[I]s it [waterboarding, SoSchi] immoral, or unjustified, in the cause of preventing another mass casualty attack on US soil? By all means let’s have a debate; Mr. Gonzales should challenge a few democrats to categorically renounce it and tell us what techniques they would tolerate instead.”<sup>1473</sup>

Dass FoltergegnerInnen dem Vorwurf, sie könnten keine Alternativlösungen vorweisen, wenig entgegen setzten, zeigte sich auch auf einzelnen Debattenfeldern, wie der lautstark eingeforderten Schließung von *Guantanamo Bay*: “[A]nybody [has] come up with a better idea about

<sup>1469</sup> Kommentar der *USA Today* vom 01.06.2007 mit dem Titel “*Going to extremes*“.

<sup>1470</sup> U.S. Congress, Senate Committee on the Judiciary, Subcommittee on Administrative Oversight and the Courts 2009: Statement von Philip Zelikow, 13.05.2009.

<sup>1471</sup> Zu diesen Stimmen gehörten auch der Agent, der Abu Zubaidah vor dem Einsatz von Folter verhört hatte (vgl. S. 326 der Arbeit) oder auch Andrew Sullivan: “*Some of the most productive [interrogations, SoSchi] may well be those in which interrogators are so versed in Islamic theology and Islamist subcultures that they win the confidence of prisoners and pry information out of them – something the United States, with its dearth of Arabic speakers, is unfortunately ill-equipped to do.*“ Sullivan, Andrew 2005: *The Abolition of Torture*, in: *The New Republic*, 19.12.2005.

<sup>1472</sup> Mayer, Jane 2008: *The Dark Side. The Inside Story of How the War on Terror Turned into a War on American Ideals*, New York. Die Identität des FBI-Agenten wird nicht genannt. Bekanntermaßen überstellte das FBI kurz darauf alle gefangenen an die CIA (vgl. S. 269 der Arbeit), die al-Libi so lange folterte, bis er angab, seine Mitstreiter würden im Irak für die nukleare Kriegsführung ausgebildet. Die als glaubwürdig eingeschätzte Information wurde mit den bekannten Folgen an Colin Powell weitergeleitet. Al-Libi starb 2009 unter ungeklärten Umständen in einem libyschen Gefängnis.

<sup>1473</sup> *OpEd* des *Wall Street Journal* vom 06.01.2005 mit dem Titel “*Torture’ Showdown*“.

*what to do with enemy combatants, who, under international law, can be held until the cessation of hostilities.*”<sup>1474</sup> Und ein Kongress-Abgeordneter unterstricht: *“The alternative is, obviously, you kill them. But hopefully you do not have to kill them; you can detain them, and you can put them in a place that, until the end of the war, is safe for them and safe for you.”*<sup>1475</sup>

Obwohl die FoltergegnerInnen sich in der Debatte also recht ungeschickt verhielten – angefangen von dem “Fehler”, sich überhaupt auf sie einzulassen – und damit unabsichtlich (!) ihren Teil dazu beitrugen, das Foltertabu zu ruinieren, brachten viele von ihnen doch eine ganze Reihe von guten Argumenten gegen Folter vor. Diese bezogen sich zwar weder auf die tückische Frage, was in einem *ticking-bomb-scenario* zu tun sei noch auf gangbare Alternativen bei Terrorverhören, stellten die Folterdebatte jedoch in den Rahmen einer *erweiterten* Kosten-Nutzen-Rechnung, die nahe legte, dass die USA durch das Zulassen von Folter ihrer Sicherheit mehr schade, als nutze.

### *Erweiterte Kosten-Nutzen-Argumentation der FoltergegnerInnen*

*“Wake up. The world is watching.”*<sup>1476</sup>

Zu den am häufigsten gebrauchten rhetorischen Figuren der erweiterten Kosten-Nutzen-Argumentation zählte der Verweis auf die sog. *slippery-slope*: Es wurde bezweifelt, dass es bei den etwa im *ticking-bomb-scenario* beschriebenen, wenigen Fällen legitimer Folterungen bleiben würde, denn *“[o]nce you open the door to torture, once you start legitimizing it in any way, you have broken the absolute taboo”*<sup>1477</sup> – was auch der Annahme einer “Ansteckungsgefahr” im Falle von Tabubrüchen entspricht, die bereits Cook beschrieben hatte.<sup>1478</sup> Interessanterweise wurde dieses Argumentation häufig von Mitgliedern des US-Militärs und der Geheimdienste vorgebracht.<sup>1479</sup> So würden sich, erstens, die Folterer selbst an ihr Handeln gewöhnen und vermutlich von alleine immer häufiger zu immer brutaleren Methoden greifen –<sup>1480</sup> und damit ihre eigene Identität verändern, wie ein CIA-Agent beschrieb: *“When you cross over that line of darkness, it’s hard to come back. You lose your soul. You can do your best to justify it, but it’s well outside*

<sup>1474</sup> OpEd des *Wall Street Journal* vom 13.07.2005 mit dem Titel *“London and Guantanamo”*.

<sup>1475</sup> U.S. Congress, House of Representatives 2005: *Smart Security and Torture*, Statement von Jon Kyl, 16.06.2005.

<sup>1476</sup> Forderung eines Leserbriefes an die *USA Today* nach einer schnellen Aufklärung des Abu Ghraib-Skandals: Gary, Bruce 2004: *World is watching*, in: *USA Today*, 07.05.2004.

<sup>1477</sup> Kenneth Roth in einem Fernsehinterview, vgl. CNN 2001: *Target Terrorism: Forcing Suspects to Talk*, Transkript der Sendung CNN Crossfire vom 25. Oktober 2001.

<sup>1478</sup> Vgl. S. 88 der Arbeit.

<sup>1479</sup> So warnte ein CIA-Mitarbeiter bereits 2002 die mit dem Verhör von Abu Zubaidah beauftragten Agenten – allerdings offensichtlich nicht aus Sorge über das Wohlergehen des Terrorverdächtigen: *“It’s a slippery slope. (...) [S]omeone’s going to go too far, and then someone’s going to get killed. And when that happens, there are going to be congressional investigations, and eventually people are going to jail. So it may not be the best career path.”* Zitiert in: Mayer, Jane 2008: *The Dark Side. The Inside Story of How the War on Terror Turned into a War on American Ideals*, New York, S. 142.

<sup>1480</sup> *“We judge right and wrong against the baseline of whatever we have come to consider ‘normal’ behaviour, and if the norm shifts in the direction of violence, we will come to tolerate and accept violence as a normal response.”* Luban, David 2006: *Liberalism, Torture, and the Ticking Bomb*, in: in: Greenberg, Karen J. (Hrsg.): *The Torture Debate in America*, Cambridge, S. 35-83, hier S. 50f.

*the norm. You can't go to that dark a place without it changing you...*<sup>1481</sup> Zweitens würde es zu einer Ausweitung von Folterfällen innerhalb der USA kommen<sup>1482</sup> – v.a., da ja selten *vor* einem Geständnis klar sei, ob ein Gefangener über lebenswichtige Informationen verfüge, die es sofort zu erpressen gelte, oder nicht und so höchstwahrscheinlich auch Unschuldige zu Folteropfern würden.<sup>1483</sup> Die Gesellschaft würde somit zunehmend verrohen:

“Should universities create an undergraduate major in torture? (...) Do we want federal grants for research to devise new and better torture techniques? (...) Who should teach torture-doctoring in medical school? The questions amount to this: Do we really want to create a torture culture and the kind of people who inhabit it? The ticking time bomb distracts us from the real issue, which is not about emergencies, but about the normalization of torture.”<sup>1484</sup>

Im späteren Debattenverlauf wurden Folterfälle wie die in *Abu Ghraib* als Beweis für diese These angesehen.<sup>1485</sup> Drittens fürchtete man eine internationale Erosion der Norm, da autoritäre Regime unter Hinweis auf ein ähnliches Verhalten der Vereinigten Staaten Folterungen nur allzu gerne legitimieren würden:

“George W. Bush has thrown the Geneva Conventions, the only civilized aspect of war, into the trash bin. Would it be surprising if the worst of dictators around the world justified their own uncivilized acts of terror on the same basis?”<sup>1486</sup>

<sup>1481</sup> Zitiert in: Mayer, Jane 2008: *The Dark Side. The Inside Story of How the War on Terror Turned into a War on American Ideals*, New York, S. 174. Hier wendeten Bagaric/Clarke ein, dass “*Throughout history people have been inflicting pain on individuals and sustained no demonstrable moral bruises. Nowadays surgeons do it as part of their day-to-day business. (...) While the goal of the surgeon's action is not to inflict pain, the same applies in relation to the torturer – who is ultimately seeking to save lives.*” Bagaric, Mirko/Clarke, Julie 2007: *Torture. When the Unthinkable is Morally Permissible*, Albany, S. 50f.

<sup>1482</sup> Dies sei beim *Abu Ghraib*-Skandal bereits deutlich geworden: “*While many Americans may see harsh interrogation techniques used on detained operatives of Al Qaeda as justifiable, the current Iraqi prisoner abuse scandal has demonstrated the slippery slope that the government, intelligence agencies and the military find themselves on when such methods are used.*” Minet, Thomas J. 2004: *When Al Qaeda Is Interrogated*, in: NYT, 14.05.2004.

<sup>1483</sup> Diesem Argument begegneten FolterbefürworterInnen mit dem Vergleichsszenario eines Geiselnahmers, der seinem Opfer eine Pistole an den Kopf hält und auf den legitimerweise ein “finaler Rettungsschuss“ abgegeben werden dürfe – ohne, dass man vorher wissen könne, ob die Pistole des Täters tatsächlich geladen sei. Vgl. Bagaric, Mirko/Clarke, Julie 2007: *Torture. When the Unthinkable is Morally Permissible*, Albany, S. ix.

<sup>1484</sup> Luban, David 2006: *Liberalism, Torture, and the Ticking Bomb*, in: in: Greenberg, Karen J. (Hrsg.): *The Torture Debate in America*, Cambridge, S. 35-83, S.47f. Ein Gegenargument von FolterbefürworterInnen lautete, dass die Gesellschaft auch durch die Einführung eines “finalen Rettungsschusses“ nicht verroht sei. (Vgl. z.B. Bagaric, Mirko/Clarke, Julie 2007: *Torture. When the Unthinkable is Morally Permissible*, Albany, S. ix). Zum Vergleich von Folter mit dem “finalen Rettungsschuss“ vgl. S. 364 der Arbeit.

<sup>1485</sup> “*What the hundreds of abuse and torture incidents have shown is that, once you permit torture for someone somewhere, it has a habit of spreading. (...) In short, what was originally supposed to be safe, sanctioned, and rare became endemic, disorganized, and brutal.*“ Sullivan, Andrew 2005: *The Abolition of Torture*, in: *The New Republic*, 19.12.2005.

<sup>1486</sup> Leserbrief von: Hyypia, Jorma 2004: *The Torture Memo, and the Outcry*, in: NYT, 09.06.2004. Dem hielten FolterbefürworterInnen entgegen, dass “*the floodgates are already open – torture is used widely, despite the absolute legal prohibition against it.*” Bagaric/Clarke brachten zudem das vor dem Hintergrund ähnlicher Debatten in der politikwissenschaftlichen Theorie zur Normdurchsetzung durchaus vertretbare Argument vor, dass “*It is, in fact, arguable that it is the existence of an unrealistic absolute ban that has driven torture beneath the radar of accountability, and that legalization in very rare circumstances would in fact reduce instances of it.*” Bagaric, Mirko/Clarke, Julie 2007: *Torture. When the Unthinkable is Morally Permissible*, Albany, S. ix.

Die USA selbst hätten dann keine Möglichkeit mehr, ein solches Verhalten zu kritisieren: *“There was a time when the United States, using our prestige and moral authority, could join other nations in trying to help victims of cruel and inhumane treatment everywhere in the world. Not anymore.”*<sup>1487</sup>

Im Vergleich zur Anwendung dieser *slippery slope*-Argumentation eines Dammbrochs durch Ausnahmeregelungen vom Folterverbot auf *internationaler* Ebene zeigten sich allerdings wesentlich mehr FoltergegnerInnen besorgt über die Sicherheit der SoldatInnen ihres eigenen Landes, die Opfer eines *tit for tat*-Verhaltens feindlicher Nationen werden könnten:

“The next time Americans are taken as prisoners of war and the Pentagon seeks decent treatment the opposing nation will say, ‘What Geneva Convention? You ripped it up at Guantanamo Bay.’”<sup>1488</sup>

Senator Biden nannte diese Bedenken gegenüber Justizminister Ashcroft sogar als Hauptgrund der Ratifizierung von Folterverboten durch die USA:

“I’ll conclude by saying – there’s a reason why we sign these treaties: to protect my son in the military. That’s why we have these treaties. So when Americans are captured, they are not tortured. That’s the reason, in case anybody forgets it. That’s the reason.”<sup>1489</sup>

Ebenso wie die Misshandlungen in *Abu Ghraib* als Beleg der *slippery slope*-Argumentation gewertet wurden, schien sich diese Vorhersage mit der Enthauptung des US-Amerikaners Nicholas Berg im Irak vor laufender Kamera auf traurige Weise zu bewahrheiten.

Daneben wurden in erweiterten Kosten-Nutzen-Rechnungen noch andere Sicherheitsrisiken einer solchen Praxis auf verschiedenen Ebenen ins Feld geführt. Zunächst wurde hinsichtlich des individuellen Opfers argumentiert, dass dieses, wenn es unschuldig und zuvor kein überzeugter Anti-Amerikaner gewesen sei, nachher mit Sicherheit zu einem solchen werde: *“Pain and humiliation will turn some innocent suspects into real terrorists and turn real terrorists into more-determined monsters.”*<sup>1490</sup> Darüber hinaus wurde insbesondere nach dem *Abu Ghraib*-Skandal auf den verstärkten Widerstand der Gesellschaft gegenüber den USA hingewiesen, deren Mitglieder gefoltert würden: *“Brutality, even the not ‘excessive’ sort (...) is a recipe for the resentment on which insurgency thrives. That is a lesson from Vietnam”*.<sup>1491</sup> Dies verschaffe wiederum Terrorgruppen größeres Ansehen und neuen Zulauf:

“Ask yourself: Why does Al Qaeda tell its detainees to claim torture regardless of what happens to them in U.S. custody? Because Al Qaeda knows that one of America’s greatest weapons in this war is its reputation as a repository of freedom and decency.

<sup>1487</sup> Leserbrief von Oishi, Gene 2005: The U.S. and Torture, in: NYT, 06.12.2005.

<sup>1488</sup> Kenneth Roth zitiert nach: Lichtblau, Eric/Liptak, Adam 2003: Questioning to Be Legal, Humane and Aggressive, The White House Says, in: NYT, 04.03.2003.

<sup>1489</sup> Zitiert nach: U.S. Congress, Senate Committee on the Judiciary 2004: Statement of John Ashcroft, Attorney General, before the United States Senate Oversight of the Department of Justice, Terrorism and Other Topics, 08.06.2004.

<sup>1490</sup> Maas, Peter 2003: The World: Torture, Tough or Lite; If a Terror Suspect Won’t Talk, Should He Be Made To?, in: NYT, 09.03.2003.

<sup>1491</sup> Leserbrief von Kenneth Roth an die *New York Times* mit der Überschrift *“Brutality in Iraq: Don’t Feed the Resentment”*, erschienen am 23. November 2003.

Our policy of permissible torture has handed Al Qaeda this weapon – to use against us. It is not just a moral tragedy. It is a pragmatic disaster.”<sup>1492</sup>

Zudem könne die USA kaum noch auf die Hilfe der beteiligten Bevölkerung hoffen, auf die sie jedoch gerade in einem “Krieg der Informationen” dringend angewiesen sei.<sup>1493</sup> Auf lange Sicht würden Folterungen die Sicherheit der Vereinigten Staaten also eher bedrohen, denn fördern. Diese Argumente machte sich auf Barack Obama zu eigen,<sup>1494</sup> unterstützt von einigen MilitärexpertInnen, die rückblickend feststellten, dass “*Abu Gbraib and Guantanamo constitute the first and second identifiable causes of U.S. combat deaths in Iraq.*”<sup>1495</sup> FolterbefürworterInnen traten diesem Argument allerdings entgegen, indem sie darauf hinwiesen, dass Terroristen ihre Handlungen wohl kaum an denen der USA ausrichten würden:

“The argument seems to be that closing Gitmo will make the Arab world think better of us, thereby causing Islamic terrorists to stop killing Americans. This overlooks the small detail that they were willing to kill us, even on American soil, long before Guantanamo was up and running.”<sup>1496</sup>

Bereits in Richtung einer eher moralischen Argumentation wiesen strategische Bedenken, der Erfolg des Kampfes gegen den Terrorismus würde durch die Fortsetzung und Legitimierung dieser Praxis insgesamt gefährdet: “*How can we advocate the democratic ideal when the entire world sees our hypocrisy?*”<sup>1497</sup> Diesen Widerspruch erkannten offensichtlich auch die europäischen Partner der USA: “*Le Monde ran a front-page cartoon yesterday showing an American military boot crushing the head of an Iraqi while its owner told him, ‘Repeat after me: DE-MO-CRA-CY!’*”<sup>1498</sup> Dies löste wiederum auf US-amerikanischer Seite – und durchaus nicht nur auf Seiten der FoltergegnerInnen – die Befürchtung aus, auch die wichtigen europäischen Verbündeten könnten sich von den USA abwenden – nicht nur, weil sie Folterungen für moralisch verwerflich hielten, sondern auch, weil ihnen der Umgang der USA mit internationalem Recht zunehmend suspekt würde:

<sup>1492</sup> OpEd der *New York Times* vom 11.12.2005 mit dem Titel “*Case Study: Terrorist Hides Bomb. Terrorist Is Captured, but Won't Speak. Is Torture O.K.?*”. Die Tatsache, dass Trainingshandbücher von *al Qaida* tatsächlich empfohlen wurde, sich nach eine Gefangennahme über Folter zu beklagen, diente den BefürworterInnen “harter Verhörmethoden“ natürlich als Steilvorlage dazu, FoltergegnerInnen vorzuwerfen, sie würden den Lügen von Terroristen auf den Leim gehen.

<sup>1493</sup> Vgl. Sullivan, Andrew 2005: *The Abolition of Torture*, in: *The New Republic*, 19.12.2005.

<sup>1494</sup> “*They [so-called enhanced interrogation techniques] alienate us in the world. They serve as a recruitment tool for terrorists, and increase the will of our enemies to fight us, while decreasing the will of others to work with America.*“ Obama, Barack 2009: *Protecting Our Security and Our Values*, Rede im National Archive, 21.05.2009.

<sup>1495</sup> Alberto Mora zitiert in: Kristof, Nicholas D. 2009: *Time To Come Clean*, in: *NYT*, 26.04.2009.

<sup>1496</sup> OpEd des *Wall Street Journals* vom 13.07.2005 mit dem Titel “*London and Guantanamo*“.

<sup>1497</sup> Leserbrief an die *NYT*: Jones, Jaqueline: *Foreign Policy And the Candidates*, in: *NYT*, 22.06.2004.

<sup>1498</sup> Beschrieben in: MacFarquhar, Neil 2004: *Revulsion at Prison Abuse Provokes Scorn for the U.S.*, in: *NYT*, 05.05.2004.

“This is international law a la carte, like multilateralism a la carte. (...) It annoys your allies in the war against terrorism and it creates problems for our Muslim allies, too. It puts at stake the moral credibility of the war against terrorism.”<sup>1499</sup>

Ab 2005 bestätigten einige Debattenteilnehmer, dass dies bezüglich des westlichen Alliierten tatsächlich der Fall sei.<sup>1500</sup>

Die Sorge um das Image der Vereinigten Staaten im Ausland wurde jedoch nicht immer nur strategisch begründet. So war von einem “*damage to our reputation*”<sup>1501</sup> und eines notwendigen “*effort to regain our good name*”<sup>1502</sup> sowie des “*respect of the world*”,<sup>1503</sup> gesprochen. Teils belustigt, teils besorgt wurde zur Kenntnis genommen, dass die international geächtete kubanische Staatsführung der US-amerikanischen eine formale Protestnote gegen die Misshandlung von Gefangenen in *Guantanamo Bay* überstellte.<sup>1504</sup> Fast normtheoretisch begründete Admiral John Hutson seine Foltergegnerschaft mit Verweis auf das Ansehen der USA:

“As with individuals, the most important attribute of a nation is integrity. (...) Integrity in a nation ensures several outcomes. One is that other nations can be confident in dealing with a nation of integrity that it will (...) take the right course and stay on the high road. Interaction among nations will be predictable. (...) The most important reason for our leaders to strive for integrity at all times is because Americans want to be a nation of integrity. It is simply the right thing to do, regardless of any utilitarian or expedient benefit.”<sup>1505</sup>

FoltergegnerInnen teilten im Gegensatz zu dieser Idealvorstellung die Befürchtung, dass die USA aufgrund der Folterfrage “*will become an outlaw nation*”,<sup>1506</sup> da “[n]o position taken has done more damage to the American reputation in the world – ever.”<sup>1507</sup> Entsprechend brachten sie ihre Wut und Enttäuschung über das Handeln der eigenen Regierung zum Ausdruck – ein Hinweis darauf, dass sie Folter als etwas ansahen, für das man sich weiterhin schämen müsse, was also moralisch noch immer grundfalsch sei: “*How much more shame can this country tolerate?*”, fragte eine Leserin der *New York Times* nach der Veröffentlichung der *memos* 2004,<sup>1508</sup> während gleichzeitig gefordert wurde, der Präsident sollte endlich personelle Konsequenzen aus den Verfehlungen der Administration ziehen, denn nur dies “*could help our country regain its*

<sup>1499</sup> Zitat eines europäischen Diplomaten aus: Seelye, Katharine Q./Erlanger, Steven 2002: Captives: U.S. Suspends the Transport Of Terror Suspects to Cuba, in: NYT, 24.01.2002. Dieser Kritikpunkt wurde bereits in Folter befürwortenden *memos* angesprochen und auch von Colin Powell in seiner Argumentation gegen Folter verwendet, vgl. Lewis, Neil A. 2004: Justice Memos Explained How to Skip Prisoner Rights, in: NYT, 21.05.2004.

<sup>1500</sup> So bestätigte der Vorsitzende der “*9/11 Commission*“, Thomas Kean, dass “*as a result of the controversy over the treatment of prisoners, the United States ‘is not viewed with the same respect we were just a short time ago.*” Zitiert in: Shenon, Philipp 2005: 9/11 Panel Issues Poor Grades for Handling of Terror, in: NYT, 06.12.2005.

<sup>1501</sup> Sontag, Susan 2004: Regarding The Torture Of Others, in: NYT, 23.05.2004.

<sup>1502</sup> Krugman, Paul 2004: America’s Lost Respect, in: NYT, 01.10.2004.

<sup>1503</sup> Minet, Thomas J. 2004: When Al Qaeda Is Interrogated, in: NYT, 14.05.2004.

<sup>1504</sup> Vgl. Leserbrief von Smith, Wayne S. 2005: To Advance Rights, Lead by Example, in: NYT, 16.12.2005.

<sup>1505</sup> U.S. Congress, Senate Committee on the Judiciary 2005: Statement von Admiral John Hutson, 06.01.2005.

<sup>1506</sup> U.S. Congress, Senate Committee on the Judiciary 2005: Statement von Admiral John Hutson, 06.01.2005.

<sup>1507</sup> James Schlesinger zitiert in: Herbert, Bob 2008: Madness and Shame, in: NYT, 22.07.2008.

<sup>1508</sup> Hyypia, Jorma 2004: The Torture Memo, and the Outcry, in: NYT, 09.06.2004.

*lost honor.*”<sup>1509</sup> NormbefürworterInnen griffen also zu den klassischen Mitteln des *namings*, *blaming* und *shaming* gegenüber den Verantwortlichen in der Regierung, um ihrer Forderung nach einer Rückkehr zur Einhaltung der Norm Ausdruck zu verleihen.

*“Does the Bush administration have a moral compass?” Moralische Argumentation der FoltergegnerInnen*<sup>1510</sup>

*“Targeted use of murder (...) torture-lite; these are not the stuff of democracy. I for one fear Ignatieff’s rationalizations for eroding civil liberties more than terrorism itself (having myself been present at the World Trade Center at the moment of its attack). We are strong enough as a people to cope with terrorist attacks; we can survive and strengthen our democratic institutions in the face of modern-day terrorism. We cannot, however, survive the stepped erosion of democratic values. Death by a thousand cuts is nonetheless death.”*<sup>1511</sup>

Beim gegen die eigene Regierung gerichteten *shaming* wurde ganz offensichtlich davon ausgegangen, dass ihre Mitglieder die moralischen Grundeinstellungen der FoltergegnerInnen teilten, dass Folter nämlich auch weiterhin – und ohne dies weiter zu begründen – als moralisch falsch angesehen werden müsse. Tatsächlich finden sich einige Statements, in denen Folter ohne Begründung verurteilt wird: So sei das Anfertigen der Memoranden bereits *“a moral failure that cannot be excused”* gewesen,<sup>1512</sup> ein Versuch, *“to rationalize barbarity”*<sup>1513</sup> und *“to justify the unjustifiable”*.<sup>1514</sup> Auch hätten die Folterer in *Abu Gbraib* *“by human instinct”* wissen müssen, dass *“the things (...) were wrong”*,<sup>1515</sup> schließlich sei *“torture (...) evil in any circumstances”*<sup>1516</sup> und könnte *“never be justified because it impugns the very meaning of our existence and precludes that which we aspire to be: human.”*<sup>1517</sup>

Ebenso erstaunlich, wie dass die hier angeführten Zitate beinahe die einzigen waren, in denen Folter explizit als aus ethischen Gründen verwerflich bezeichnet wurde,<sup>1518</sup> ist, dass gegenüber der Betonung *universeller* Normen deutlich häufiger der Verweis auf die Unvereinbarkeit von Folter mit den Grundwerten der eigenen Nation im Vordergrund

<sup>1509</sup> Leserbrief von Blum, Stephen 2004: The Torture Memo, and the Outcry, in: NYT, 09.06.2004.

<sup>1510</sup> Leserbrief von Rinner, Robert 2004: The Torture Memo, and the Outcry, in: NYT, 09.06.2004.

<sup>1511</sup> Leserbrief von Bierman, Mark 2004: Lesser Evils, in: NYT, 16.05.2004.

<sup>1512</sup> Leserbrief von Colyer, Dale 2004: Torture: Condemned or Condoned?, in: NYT, 25.06.2004.

<sup>1513</sup> Leserbrief von O’Byrian, Felice 2004: The Torture Memo, and the Outcry, in: NYT, 09.06.2004.

<sup>1514</sup> Liptak, Adam 2004: How Far Can a Government Lawyer Go?, in: NYT, 27.06.2004.

<sup>1515</sup> U.S. Congress 2004: Abuse of Iraqi Prisoners, Statement von Senator Durbin, 10.05.2004.

<sup>1516</sup> Leserbrief von Rinner, Robert 2004: The Torture Memo, and the Outcry, in: NYT, 09.06.2004. Darüber hinaus vertraten gerade Mitglieder der Kirchen in den USA den Standpunkt, Folter sei eine Sünde, was sich vor dem Hintergrund der Vergangenheit dieser Institution etwas seltsam ausnehmen mag. Vgl. Glassman, Mark 2004: U.S. Religious Figures Offer Abuse Apology on Arab TV, in: NYT, 11.06.2004.

<sup>1517</sup> Leserbrief von Iacopino, Vincent 2001: In Desperate Times, Talking of Torture, in: NYT, 08.11.2001.

<sup>1518</sup> Zusammengenommen wurden solche Positionen etwa halb so oft vertreten wie allein das Argument, Folter erbrächte keine wahren Geständnisse. Allerdings drückt die Sprache, mit der z.B. die Misshandlungen in *Abu Gbraib* beschrieben wurden, vielfach moralisches Entsetzen aus, ohne diese Handlungen explizit als moralisch falsch zu bezeichnen.



stand: *“America is the land of the free and the home of the brave. Our country was founded on sacred principles, and it’s time for us to remember that we are the good guys, not the butchers”*.<sup>1519</sup> Die Referenz an die Grundwerte des Landes wurde teilweise sogar mit den Erfahrungen der Gründungseltern der Vereinigten Staaten belegt:

“That is not America. That is not what we are all about. Our great country was founded by people fleeing governmental repression. Our founders wanted to ensure that the United States would not oppress its citizens even during time of war, and that is why they included a prohibition on cruel and unusual punishment in the Bill of Rights of the Constitution.”<sup>1520</sup>

Deutlich trat hier die Grundeinstellung hervor, Folter sei mit der *US-amerikanischen* Identität unvereinbar: Vor dem Hintergrund des Statements Ignatieffs *“[c]ivil liberties are what America is”*<sup>1521</sup> nimmt sich die in Bezug auf die Legalisierung von Folter innerhalb der Regierung gestellte Frage *“Is that who we really are?”*<sup>1522</sup> also durchaus berechtigt aus. Im Rückblick auf die Debatte bekannte ein Folterkritiker: *“I hardly recognize my own country. I am incredibly sad.”*<sup>1523</sup> Während das Stichwort *“westliche Wertegemeinschaft”* nicht ein einziges Mal fiel, wurden teilweise jahrhundertealte Exklusionsmechanismen zitiert:

“[N]o other democracy is so exposed by these painful moral juxtapositions, because no other nation has made a civil religion of its self-belief. The abolition of cruel and unusual punishment was a founding premise of that civil religion. This was how the fledgling republic distinguished itself from the cruel tyrannies of Europe.”<sup>1524</sup>

Deutlich wird die Amerikazentriertheit der Anti-Folter-Argumentation auch, wenn es um die Vorreiterrolle geht, die gerade die USA bei der Schaffung internationalen Menschenrechts eingenommen hätten und auf die etwa Colin Powell hinwies: *“He said bluntly that declaring the conventions inapplicable would ‘reverse over a century of U.S. policy and practice in supporting the Geneva Conventions.’”*<sup>1525</sup> Auch, um ihrer Tradition zu entsprechen, müssten gerade die USA im internationalen Kampf gegen Folter weiterhin ein *“leuchtendes Vorbild”* sein, statt sich vom rechten Weg abbringen zu lassen: *“To be a shining example of democratic law, we should not exempt ourselves from the international law we fought for and helped create.”*<sup>1526</sup> Auch Senator Durbin betonte, dass *“[i]n an era where we have emerged as a superpower, the world looks to us for leadership, inspiration,*

<sup>1519</sup> Leserbrief von Stillwater, Jame 2005: Case against Iraq overlooks U.S. values, in: USA Today, 06.02.2006.

<sup>1520</sup> Senator Durbin in der Senatsdebatte zum *“Abuse of Iraqi Prisoners”*: U.S. Congress 2004: Abuse of Iraqi Prisoners, Statement von Senator Durbin, 10.05.2004.

<sup>1521</sup> Ignatieff, Michael 2004: Lesser Evils, in: NYT, 02.05.2004.

<sup>1522</sup> James Ross, Rechtsberater bei *Human Rights Watch* zitiert nach: Diamond, John/Willing, Richard 2004: U.S. interrogators face ‘gray areas’ with prisoners, in: USA Today, 13.05.2004.

<sup>1523</sup> Leserbrief von Kenoe, Andrew F. 2005: Gonzales and the Torture Question, in: NYT, 08.01.2005.

<sup>1524</sup> Ignatieff, Michael 2004: Mirage in The Desert, in: NYT, 27.06.2006.

<sup>1525</sup> Colin Powell zitiert nach: Lewis, Neil A. 2004: Justice Memos Explained How to Skip Prisoner Rights, in: NYT, 21.05.2004.

<sup>1526</sup> Leserbrief von Jones, Jaqueline 2004: Foreign Policy And the Candidates, in: NYT, 22.06.2004.

*and our values.*”<sup>1527</sup> Entsprechend wurde mehrmals explizit darauf verwiesen, dass Folter “*un-american*”<sup>1528</sup> sei und sich die USA niemals zu solchen Handlungen herablassen dürften:

“With every revelation of extra-legal abuse tolerated by the Bush administration, America’s once sterling human rights reputation gets dragged down closer to the level of some third-rate tinpot dictatorship.”<sup>1529</sup>

Allerdings vertraten einige DebattenteilnehmerInnen auch den Standpunkt, dass Folterungen generell nicht mit dem Wesen einer Demokratie vereinbar seien: “[T]here are certain things democracies don’t do, even under duress, and torture is high on the list.”<sup>1530</sup> Auch die Einstellung, Folter sei unzivilisiert, kam häufiger zum Ausdruck: “[C]ivilized societies view torture with revulsion”.<sup>1531</sup>

Gerade aufgrund der engen Verbindung der US-amerikanischen Identität mit der Folterfrage müsse man, so die FoltergegnerInnen, bedenken, was eigentlich ein Sieg im Kampf gegen den Terrorismus bedeute: “If our fear of terrorism pushes us to abandon our values, aren’t we sacrificing our soul to win the war?”<sup>1532</sup> Es sei also keine Option, sich dem Kampfstil der Terroristen anzupassen, um den Krieg zu gewinnen, denn

“[p]ursuing wild geese, we could lose the war on terrorists, but by then it wouldn’t matter; whatever was worth defending would have died, not at the hands of terrorists, but by our own hand.”<sup>1533</sup>

Letztlich sei der Kampf gegen den Terrorismus ein Krieg der Ideen, in dem die USA nur durch überlegene Moral siegen könnten, indem sie innerhalb der arabisch-islamischen Welt ein positives Bild hinterließen, um dem Terrorismus den Boden zu entziehen:

“Military action – minimally visible and carefully planned and implemented – may be necessary to win today’s battles. But the tools required in the long run to win the war are neither bombs nor torture chambers. We need a Manhattan Project-type effort – involving the best and the brightest from all over the world – to develop an effective strategy. The weapons required to win this war include tools for promoting dignity: schools, hospitals and health care for women, respect for human rights and an understanding that the law applies to everyone – including those who believe that God is on their side.”<sup>1534</sup>

Angesichts der insgesamt doch stark ausgeprägten Grundeinstellung, dass eine Legitimierung von Folter nicht mit US-amerikanischen Werten und der Identität des Landes zu vereinbaren sei, mag es verwundern, dass die Diskussion letztendlich auf eine Anerkennung der Argumente der *norm challengers* als rational zu vertretende Position und die Suche nach einem Kompromiss hinauslief, wie mit dem Thema Folter umzugehen sei.

<sup>1527</sup> Senator Durbin in der Senatsdebatte zum “*Abuse of Iraqi Prisoners*”: U.S. Congress 2004: Abuse of Iraqi Prisoners, Statement von Senator Durbin, 10.05.2004.

<sup>1528</sup> So lautete etwa die Überschrift eines Leberbriefes von Alan S. Keller an die NYT vom 12. November 2001.

<sup>1529</sup> Leserbrief von Mezoff, Carl 2004: Abu Ghraib And Guantanamo, in: NYT, 10.05.2004.

<sup>1530</sup> Editorial der NYT mit dem Titel “*Diluting the Geneva Convention*” vom 09. Februar 2002.

<sup>1531</sup> Editorial der USA Today mit dem Titel “*Cruelty is never justified*” vom 13. Mai 2004.

<sup>1532</sup> Earley, Pete 2002: Witness protection can help destroy al-Qaeda, in: USA Today, 14.02.2002.

<sup>1533</sup> Leserbrief von Willment, A. C. 2001: In Desperate Times, Talking of Torture, in: NYT, 08.11.2001.

<sup>1534</sup> Stern, Jessica 2004: Terrorists’ own words can help us stop them, in: USA Today, 24.06.2004.

### *Fünf Schritte zur Entmoralisierung von Folter durch die TabugegnerInnen*

Wie konnte es den NormgegnerInnen gelingen, trotz der noch verbreiteten Überzeugung, Folter würde gegen die Grundwerte der Nation verstoßen, ihre argumentative Position zu halten und zu rechtfertigen? Hierfür waren – neben den eingangs erläuterten Rahmenbedingungen der Debatte und dem permanenten Verweis auf das *ticking-bomb-scenario* – verschiedene argumentative Figuren verantwortlich, die Folter eben doch mit der Identität des Landes vereinbar erschienen ließen. Hierzu gehörte erstens der Hinweis auf die Notwendigkeit der Abwägung verschiedener Grundwerte (und damit von Teilidentitäten gegenüber der Gesamtidentität der Vereinigten Staaten), das insbesondere in asymmetrischen Konflikten wichtig sei und das, zweitens, unter Hinweis auf ähnliche Fälle in der eigenen Geschichte “normalisiert” wurde. Bei der Vermittlung dieser Ansätze spielten, drittens, Euphemismen eine wichtige Rolle – zum einen, indem über sie ein neues Menschenbild und die sprachliche Konstruktion eines “folterbaren” Terroristen geschaffen und zum anderen, indem mit neuen Bezeichnungen für bestimmte Foltermethoden eine “Ent-Totemisierung” des Folterverbots erreicht werden konnte. Alle diese Aspekte wurden, viertens, von einer rechtlichen Debatte, die hauptsächlich in den Memoranden der Regierung festgehalten ist, begleitet und unterstützt. Fünftens wurde (zwar seltener, für mich aber außerordentlich wichtig) das Tabu selbst als irrationales Konstrukt erkannt und gebrandmarkt.

### *Das Absolute abwägen: the constitution is not a suicide pact*

Die Kernbotschaft des *ticking-bomb-scenarios* wie auch des Aufhebens des Denkverbotes um Folter war, dass Folter vielleicht barbarisch und schlimm, nicht aber niemals abwägbar sei. Und von der Position, dass der Grundsatz der Folterfreiheit in einigen Ausnahmefällen gegen das Recht auf Leben abgewogen werden könne, war es wiederum nur ein kleiner Schritt zu der Vorstellung, es sei ein Grundrecht wie jedes andere und könne damit einer “normalen” Güterabwägung mit anderen Rechtsnormen legitim unterzogen werden (was aufgrund der absoluten Gültigkeit des Folterverbots natürlich unzutreffend ist). Das Schlagwort einer neuen Balance bei der Abwägung wichtiger Bürgerrechte, die nun gefunden werden müsse, machte unter NormgegnerInnen wie auch –befürworterInnen die Runde:

“[O]ne of the most important decisions the nation faces is how we balance the security measures we need to forestall future attacks with America’s much-cherished doctrine of civil liberties.”<sup>1535</sup>

Hatte die Frage, *wie* man abwägen sollte diejenige, *ob* eine solche Abwägung nicht eigentlich indiskutabel und unmoralisch sei, erst einmal in den Hintergrund gedrängt, war es möglich, beiden Extrempositionen (einer Nichtabwägung von Folter gegen Sicherheit und umgekehrt) die Gültigkeit abzuspochen:

---

<sup>1535</sup> Winik, Jay 2001: Security comes before Liberty, in: *Wall Street Journal*, 23.10.2001.

“To stick to perfectionist commitment to the right to life when under terrorist attack might achieve moral consistency at the price of leaving us defenseless in the face of evildoers. Security, moreover, is a human right, and thus respect for one right might lead us to betray another.”<sup>1536</sup>

Die hinter diesen Abwägungsüberlegungen stehende Prämisse, dass Folter zumindest kurzfristig die Leben unbescholtener US-BürgerInnen retten könne, wurde durch das Einlassen auf diese Argumentation seitens der FoltergegnerInnen ebenfalls “geschluckt”. Selbst nach dem *Abu Ghraib*-Skandal war diese Einstellung so breit akzeptiert, dass Präsidentschaftskandidat Kerry es für besser hielt, das Thema Folter aus seiner Wahlkampagne herauszuhalten, um als Kritiker US-amerikanischer Gefangenenlager und dortiger Verhörmethoden nicht in den Verdacht zu geraten, er würde sich nicht genug für die Sicherheit des Landes einsetzen.<sup>1537</sup> Auch im Regierungslager wurden offensichtlich schon früh konkrete Grundrechtsabwägungs-Überlegungen angestellt:

“For the attorney general’s office, it is a delicate balancing act. The interests of national security must be weighed against constitutional guarantees, the safety of 280 million citizens squared against the rights of a few, or a few thousand, individuals – mostly foreign nationals. The United States has not faced such a quandary since the attack on Pearl Harbor, when it was deemed necessary to intern 110,000 Japanese and people of Japanese descent, 70,000 of whom were United States citizens, to stop possible sabotage or espionage.”<sup>1538</sup>

In diesem Zitat aus dem Jahr 2002 deutet sich bereits an, dass diese Normabwägungs-Überlegungen zusätzlich legitimiert wurden, indem NormgegnerInnen sie in eine Reihe historischer Abwägungsprozesse einreihen, die in Notfällen – verfassungsgemäß oder nicht – vorgenommen worden waren (neben den Maßnahmen nach den Angriffen auf Pearl Harbour wurde häufig auch das “Vorbild” Lincolns angeführt, der zeitweise die *Habeas Corpus*-Prinzipien außer Kraft gesetzt hatte). Der Hinweis darauf, dass all diese notwendigen Ausnahmeregelungen später wieder zurückgenommen worden waren, sollte einerseits den Aufgeregtheiten der FoltergegnerInnen die Grundlage entziehen, war andererseits jedoch auch Teil der generellen Vorstellung, es gäbe unterschiedliche oder zumindest unterschiedlich strenge (Folter-)Regelungen für Kriegs- und Friedenszeiten, wobei in ersteren prinzipiell *jedes* Recht einer Abwägung unterzogen werden dürfe:

“...we are at war. And for us to begin to discuss all the legal ramifications of the war is not in our best interest and it has never been in times of war. This is a long understood and long-established practice.”<sup>1539</sup>

<sup>1536</sup> Ignatieff, Michael 2004: *The Lesser Evil. Political Ethics in an Age of Terror*, Edinburgh, S. 21

<sup>1537</sup> Vgl. Lelyveld, Joseph 2005: *Interrogating Ourselves*, in: NYT, 12.06.2005.

<sup>1538</sup> Brzezinski, Matthew 2002: *Hady Hassan Omar’s Detention*, in: NYT, 27.10.2002.

<sup>1539</sup> U.S. Congress, Senate Committee on the Judiciary 2004: *Statement of John Ashcroft, Attorney General, before the United States Senate Oversight of the Department of Justice, Terrorism and Other Topics*, 08.06.2004. Auch Militärs empfanden Hinweise auf die Einhaltung internationalen Kriegsrechts eher als lästig: “*We are engaged in combat operations,*” *Colonel Hilferty said. ‘It’s a war.’* Rohde, David 2004: *U.S. Rebuked On Afghans In Detention*, in: NYT, 08.03.2004.

Hinzu käme, dass dieser Krieg noch etwas ganz Besonderes sei und besondere Mittel rechtfertige: *“In short, an exceptional nation fighting an exceptional war against an exceptional enemy must be allowed to use exceptional means.”*<sup>1540</sup>

Schließlich sei es auch eine positive Besonderheit des US-amerikanischen Rechts, dass es neuen Situationen flexibel angepasst werden könne, so etwa in Krisenzeiten.<sup>1541</sup> Dies spiegele sich auch im Verhalten der Justiz wider, die z.B. im Fall der Folterung Abner Louimas in den 1990er Jahren durch die New Yorker Polizei sehr hart geurteilt habe,<sup>1542</sup> gegenüber Beamten, die arabischstämmige US-Amerikaner interniert und “hart verhört” hatten, jedoch Milde walten lassen: *“Perhaps the most outstanding characteristic of the American system of justice is its flexibility. It keeps finding ways to reflect the public mood – often helped along by pragmatism.”*<sup>1543</sup> Deutlich kommt hier der Gedanke zum Ausdruck, dass staatliche Institutionen die Rechte ausüben sollen, die ihnen das Volk zugesteht. Dass Gesetze nicht in Stein gemeißelt und *“the Constitution (...) not a suicide pact”* seien, wurden zum typischen Slogan der *norm challengers*.<sup>1544</sup>

*“Geneva for demagogues”*: Einblicke in die Rechts(lücken)argumentation der Regierungsmemoranden<sup>1545</sup>

*“[D]etention operations must act as an enabler for interrogation.”*<sup>1546</sup>

In Schlagwörtern wie dem vom Selbstmordcharakter der Verfassung kam ein Rechtsverständnis zum Ausdruck, das sich von dem der meisten NormbefürworterInnen insofern grundlegend unterschied, als Recht nicht als *Schutz*, sondern als *gefährliche Behinderung* wahrgenommen wurde – eine Hürde, die es entweder auf der Suche nach Rechtslücken zu durchlöchern oder aber niederzureißen galt. Es ginge nicht an, dass *“a democracy must (...) fight with one hand tied behind its back.”*<sup>1547</sup> Insbesondere die Genfer Konventionen seien der neuen Realität eines asymmetrischen Konfliktes nicht angemessen, wie der damals noch im *White House Council* dienende Alberto Gonzales gegenüber Bush betonte:

<sup>1540</sup> Cananaugh, William T. 2006: Making Enemies. The Imagination of Torture in Chile and the United States, in: *Theology Today* 63:Oktober, S. 307-323, hier S. 317.

<sup>1541</sup> Vgl. etwa Ignatieff, Michael 2004: Lesser Evils, in: NYT, 02.05.2004: *“Abiding disagreement about the trade-off between liberty and security is a permanent characteristic of any free society. The founding fathers designed the Constitution to enable our institutions to adjudicate such fundamental disagreements of principle.”*

<sup>1542</sup> Vgl. S. 252 der Arbeit.

<sup>1543</sup> Prunick, Joyce 2002: Court System As a Mirror Of Public View, in: NYT, 23.09.2002.

<sup>1544</sup> Deshalb machte man sich auch darüber Gedanken, welcher *Supreme Court*-Richter letztere Äußerung als erster verwendet habe, s. Corn, David 2002: The ‘Suicide Pact’ Mystery Who coined the phrase? Justice Goldberg or Justice Jackson?, in: Slate, 04.01.2002.

<sup>1545</sup> Titel eines *Editorial* des *Wall Street Journal* vom 07. Mai 2004.

<sup>1546</sup> Umschreibung eines Folterverhörs von *Major General* Geoffrey Miller, zitiert nach: Hersh, Seymour 2004: The Gray Zone: How a secret Pentagon program came to Abu Ghraib, in: *The New Yorker*, 24.05.2004.

<sup>1547</sup> U.S. Congress 2004: Abuse of Iraqi Prisoners, Statement von Senator Durbin, 10.05.2004.

“As you have said, the war against terrorism is a new kind of war. In my judgment, this new paradigm renders obsolete Geneva’s strict limitations on questioning of enemy prisoners and renders quaint some of its provisions.”<sup>1548</sup>

Die anachronistischen Regeln seien für die heutigen Anforderungen viel zu restriktiv. “[I]n the war on terrorism, wouldn’t we be naive to limit ourselves to ‘name, rank, and serial number’?” fragte selbst James Schlesinger, indem er die einzigen drei Informationen benannte, die ein Kriegsgefangener laut den Genfer Konventionen anzugeben verpflichtet ist (und die bald zu einem weiteren Schlagwort der NormgegnerInnen wurden) und fuhr fort: “In the conditions of today, aggressive interrogation would seem essential...”.<sup>1549</sup> Auch das *Wall Street Journal* erklärte das Pochen auf die unbedingte Einhaltung der Konventionen zu einem Mittel von “Demagogen”, schließlich sei es unter diesen Regeln nicht einmal erlaubt, einem Gefangenen Süßigkeiten anzubieten, um ihn zum Reden zu bringen:<sup>1550</sup>

“...if an interrogator had learned that Usama bin Landin’s accountant loved Cadbury chocolate, and intended to enter the interrogation booth armed with a Dairy Milk Wafer to extract the name of a Saudi financier, he needed to ‘specifically determine that military necessity requires’ the use of the Dairy Milk Wafer and send an alert to Secretary Rumsfeld that chocolate was to be deployed against an al Qaeda operative.”<sup>1551</sup>

Im Hinblick auf die Anwendung “harter Verhörmethoden” bei den Gefangenen in *Guantanamo Bay*, die ja nicht als POWs im Sinne der Konventionen angesehen wurden und anderen *unlawful combatants*, deren juristische Existenz 2006 sogar vom US-Kongress abgesegnet wurde,<sup>1552</sup> schien es einfach zu begründen, dass die Standards der Genfer Konventionen nur “to the extent appropriate and consistent with military necessity” angewendet werden sollten: “We suspect the U.S. public understands that terrorists (...), who wear no uniforms so as to more easily murder innocent civilians, do not deserve the same status accorded legitimate prisoners of war”, stellten etwa die HerausgeberInnen des *Wall Street Journal* fest. Um auch den Gefangenen im Irak, die eindeutig unter die Dritte (KombattantInnen) bzw. Vierte (ZivilistInnen im Krieg) der Konventionen fielen, den Schutz dieser Gesetze verweigern zu können, musste dagegen ein rechtliches Schlupfloch ausgemacht werden, das sich schließlich im fünften Part der Übereinkommen fand: “While the armed conflict continues, and where ‘absolute military security so requires,’ security detainees will not obtain full GC protection as recognized in GCIV/5, although such

<sup>1548</sup> Memo von Alberto Gonzales an Präsident Bush mit dem Titel “Decision re application of the Geneva Convention on Prisoners of War to the conflict with al Qaeda and the Taliban“ vom 25. Januar 2002, abgedruckt in: Danner, Mark 2004: *Torture and Truth. America, Abu Ghraib, and the War on Terror*, New York, S. 83-87, hier S. 84.

<sup>1549</sup> Schlesinger, James 2004: *The Truth About Our Soldiers*, in WSJ, 04.09.2004.

<sup>1550</sup> Vgl. das *Editorial* des *Wall Street Journal* vom 07. Mai 2004 mit dem Titel “Geneva for Demagogues”. Der Mahnung der FoltergegnerInnen, US-amerikanischen Gefangenen könnte in Zukunft ebenfalls der Schutz der Genfer Konventionen verwehrt werden, hielt das *Wall Street Journal* im gleichen Artikel das Argument entgegen, US-amerikanische SoldatInnen würden – im Unterschied zu Taliban-Kämpfern und anderen *unlawful combatants* – immer als Kriegsgefangene anerkannt und behandelt (d.h., nicht gefoltert), da sie ja eine Uniform trügen und einer regulären Armee angehörten.

<sup>1551</sup> MacDonald, Heather 2006: *How to Interrogate Terrorists*, in: Greenberg, Karen J. (Hrsg.): *The Torture Debate in America*, Cambridge, S. 84-97, S. 91.

<sup>1552</sup> Vgl. S. 297 der Arbeit.

*protection will be afforded as soon as the security situation in Iraq allows it*“,<sup>1553</sup> stellte eines der Memoranden heraus – wobei sich, wie später von Seiten Folter ablehnender JuristInnen betont wurde, der entsprechende Artikel auf die Inhaftierung unmittelbar gefährlicher Personen, nicht auf solche mit interessanten Informationen für die Besatzungsmacht, beziehe.<sup>1554</sup> Gerade solche Informationen seien jedoch wichtig, so die FolterbefürworterInnen innerhalb der Regierung, um den Schutz der irakischen Zivilbevölkerung sicherstellen zu können, wie er ebenfalls in den Genfer Konventionen gefordert werde.<sup>1555</sup> Ein Gastkommentator des *Wall Street Journal* stellte zudem die kuriose Forderung auf, dass großzügig mit Geldern bedachte NGOs ihre Auslegung der Genfer Konventionen an die der USA anlehnen sollten: “*US taxpayers are the largest contributors to the ICRC's budget (...). They have the right to expect an honest interpretation of the Geneva Conventions for that money, not more leaked reports that will be spun to give aid and comfort to al Qaeda.*”<sup>1556</sup> So kam es, dass “*America became the first nation ever to authorize violations of the Geneva Conventions.*”<sup>1557</sup>

Wenn die Genfer Konventionen als anachronistisch hingestellt und ihre Bestimmungen zum Teil ins Lächerliche gezogen wurden, kann man dies für die einschlägigen Artikel der viel älteren US-Verfassung nicht behaupten. Nur vereinzelt wurden Stimmen laut, die zu Bedenken gaben, dass die Gründungsväter der USA nicht mit der Bedrohung durch internationalen Terrorismus hätten rechnen können.<sup>1558</sup> Innerhalb der Regierung verlegte man sich darauf, die Gültigkeit einschlägiger *amendments* selbst unangetastet zu lassen, betonte aber, dass es vom Grad der Involvierung von US-BürgerInnen in Folterverhöre abhängig sei, ob diese Artikel zu beachten seien oder nicht – ein Versuch, die Verschickung von Gefangenen in Drittländer zu rechtfertigen.<sup>1559</sup> Allerdings brachte außerhalb der Administration Alan Dershowitz, der die Verschickung in Drittländer auch zu “normalisieren” versucht hatte, indem er darauf hinwies, die würde schon seit

<sup>1553</sup> Ausschnitt eines Briefs des US-Militärs an das IKRK vom Dezember 2003, zitiert nach: Jehl, Douglas/Neil, Lewis A. 2004: U.S. Military Disputed Protected Status of Prisoners Held in Iraq, in: NYT, 22.05.2004.

<sup>1554</sup> So Prof. Scott L. Silliman, Rechtsprofessor an der *Duke University*, zitiert nach: Jehl, Douglas/Neil, Lewis A. 2004: U.S. Military Disputed Protected Status of Prisoners Held in Iraq, in: NYT, 22.05.2004.

<sup>1555</sup> Vgl. das *Editorial* des *Wall Street Journal* vom 07. Mai 2004 mit dem Titel “*Geneva for Demagogues?*”: “*The U.S. holds some very dangerous people in Iraq, and it's easy to forget that the point of interrogating them is to better protect both U.S. soldiers and the Iraqi civilians that the Geneva Conventions oblige us to safeguard.*”

<sup>1556</sup> *OpEd* des *Wall Street Journal* vom 15.06.2006 mit dem Titel “*The Red Cross and Congress*“. ICRC steht für *International Committee of the Red Cross*.

<sup>1557</sup> James Schlesinger zitiert in: Mayer, Jane 2008: *The Dark Side. The Inside Story of How the War on Terror Turned into a War on American Ideals*, New York, S. 4.

<sup>1558</sup> Vgl. Leserbrief von Karnik, Atul M. 2009: Obama, Cheney and the Terror Fight, in: NYT, 23.05.2009.

<sup>1559</sup> Vgl. das *Editorial* des *Wall Street Journal* vom 07. Mai 2004 mit dem Titel “*Geneva for Demagogues?*“. Bei der Frage, ob die Gefangenenlager in *Guantanamo Bay* juristisch als In- oder Ausland zu betrachten seien, verfangen sich die AutorInnen der *memos* allerdings in Widersprüchen: “*...lawyers argued that any torture committed at Guantanamo would not be a violation of the anti-torture statute because the base was under American legal jurisdiction and the statute concerns only torture committed overseas. That view is in direct conflict with the position the administration has taken in the Supreme Court, where it has argued that prisoners at Guantanamo Bay are not entitled to constitutional protections because the base is outside American jurisdiction.*” Neil, Lewis A./Schmitt, Eric 2004: *Lawyers decided Bans on Torture Didn't Bind Bush*, in: NYT, 08.06.2004.

Jahrzehnten praktiziert, das juristische Kunststück eines Vorschlags fertig, wie die beiden wichtigsten *amendments* auszuhebeln seien: Mit dem fünften Zusatzartikel werde nur der Zwang zur Selbstanklage untersagt, so dass Aussagen über andere Täter legitim erpresst werden könnten – wie auch solche gegen sich selbst, wenn diese später nicht vor Gericht verwendet würden und folglich dafür auch keine unangemessene oder unmenschliche Strafe verhängt werden könnte, wie sie vom achten *Amendment* verboten werde.

Die juristischen Spitzfindigkeiten zur Frage der Gültigkeit der Genfer Konventionen und US-amerikanischer Antifolter-Statuten hätten auch von Laien innerhalb und außerhalb der Administration schnell als unerheblich abgetan werden können, wenn diese nachdrücklich auf den umfassenden Schutz der UN-Antifolterkonvention verwiesen hätten, die schlecht als veraltet eingestuft werden konnte, hatte man sie doch selbst erst vor etwa zehn Jahren ratifiziert – wenn auch mit einigen Vorbehalten, die in der aktuellen Diskussion allerdings kaum eine Rolle spielten. Dies geschah – im Gegensatz zur heftigen, auch juristisch fundierten Kritik an der Verdrehung der Genfer Konventionen – jedoch eher selten.<sup>1560</sup> Wie genau im Detail versucht wurde, die UN-Antifolterkonvention argumentativ auszuhebeln, ist bis heute nicht bekannt, da ein entsprechendes *memo*, dessen Existenz zumindest gesichert erscheint, nicht veröffentlicht worden ist.<sup>1561</sup> Bekannt ist hingegen, dass sich die *memo*-Autoren teilweise darauf verlegten, den in der UN-Konvention festgeschriebenen Folterbegriff bis zur Unkenntlichkeit auszudehnen, was schließlich mit zu einer “Ent-Totemisierung” ehemals generell tabuisierter Folterhandlungen führte.<sup>1562</sup>

Allerdings wiesen einige NormbefürworterInnen darauf hin, dass es nicht der US-amerikanischen Regierung oder generell den Vereinigten Staaten obliege, universell geltendes Völkerrecht “à la carte” zu wählen oder nach Belieben umzudefinieren – auch, wenn die USA einen entscheidenden Anteil an dessen Schaffung gehabt hätten:

“At Abu Ghraib, America paid the price for American exceptionalism, the idea that America is too noble, too special, too great to actually obey international treaties like the Torture Convention or international bodies like the Red Cross. Enthralled by narcissism and deluded by servility, American lawyers forgot their own Constitution and its peremptory prohibition of cruel and unusual punishment. Any American administration, especially this one, needs to learn that in paying ‘decent respect to the opinions of mankind’ – Jefferson’s phrase – America also pays respect to its better self.”<sup>1563</sup>

Die hier angeführten Beispiele aus mehreren hundert Seiten mit ähnlichen Argumentationen angefüllter Memoranden zum Umgang mit folterverbietendem nationalem und Völkerrecht zeigen einerseits, dass innerhalb der Administration von einem Tabu, Folter zu legitimieren

<sup>1560</sup> Eine Ausnahme bildet z.B. McCarthy, Andrew C. 2006: Torture: Thinking about the Unthinkable, in: Greenberg, Karen J. (Hrsg.): The Torture Debate in America, Cambridge, S. 98-117. hier S. 104.

<sup>1561</sup> Schwarz, Frederik A. O. Jr./Huq, Aziz Z. 2007: Unchecked and Unbalanced. Presidential Power in a Time of Terror, New York, S. 78.

<sup>1562</sup> Vgl. S. 357 der Arbeit, allerdings wurde diese Definition seitens des Justizministeriums 2004 geändert, vgl. S. 268 der Arbeit.

<sup>1563</sup> Ignatieff, Michael 2004: Mirage in The Desert, in: NYT, 27.06.2004.



bzw. überhaupt über Folterungen nachzudenken, keine Rede mehr sein konnte. Nur mit einem unverstellten Blick ohne behindernde Denkverbote ist es möglich, gezielt solche Rechtslücken zu suchen und ausfindig zu machen, deren „Aufbauschen“ dem generellen Geist der jeweiligen Rechtsakte völlig zuwiderläuft.<sup>1564</sup> Andererseits lassen sich viele *memos* aber auch als krampfhafter Versuch lesen, Recht so zu wenden, dass es zwar für nötig befundene Maßnahmen zur eigenen Sicherheit deckt, es aber dennoch (zumindest als Fassade) aufrechtzuerhalten, um nicht in Widerspruch mit der eigenen rechtsstaatlichen Identität zu geraten, die eine öffentliche Verabschiedung von sämtlichen grundlegenden Standards einer Demokratie über eine bestimmte Ausnahmesituation hinaus weiterhin als unmöglich erscheinen lässt. Darüber hinaus tragen zumindest einige der *memos* dem Foltertabu insofern Rechnung, als sie über Seiten hinweg Argumentationen bereitstellen, mit denen der Bevölkerung der Gedanke eines Einsatzes „harter Verhörmethoden“ nahegebracht werden sollte und einige Methoden (wie etwa, die Gefangenen über einen längeren Zeitraum ohne Kleidung zu lassen) mit Blick auf die Reaktionen der Öffentlichkeit verworfen wurden. Scheinbar schätzte die Regierung die Vorbehalte ihrer BürgerInnen jedoch als noch größer ein, so dass sie alle Papiere als geheim einstufen ließ und die in den *memos* vorgeschlagene Argumentation größtenteils gar nicht bzw. erst nach der rasanten Ausweitung des *Abu Ghraib*-Skandals verwendete.

Wie bereits im vorangegangenen Unterkapitel zu den Akteuren der Debatte dargelegt, war dies – aus Sicht der Regierung – vielleicht nicht die beste Strategie, denn auch außerhalb der Bush-Administration hatte nicht nur der Standpunkt, die Genfer Konventionen seien veraltet, viele BefürworterInnen gefunden, es wurde auch bezweifelt, dass Regierung und Militär den Mut hätten, auf die Guerillakriegsführung ihrer Feinde mit gleichen Mitteln zu antworten:

“Our military – which is court-martialing an Army lieutenant colonel who fired his pistol into the air to scare an Iraqi suspect into divulging details of an imminent attack – may simply be too Boy Scoutish for the rougher side of a dirty war. Iraqis who suffered under Saddam Hussein’s tyranny likely feel no such compunctions.”<sup>1565</sup>

Wie das oben angeführte Bild der mit einer Hand auf dem Rücken kämpfenden Demokratie bereits zeigt, schienen viele BürgerInnen zu akzeptieren, dass die asymmetrische Form der Kriegsführung, der sich die USA nun ausgesetzt sahen, die Opferung alter Werte notwendig mache, “[f]or a liberal democracy may not be ideally qualified to fight this war”<sup>1566</sup> und um nicht Gefahr zu laufen, den Krieg deshalb zu verlieren: “I don’t think we can win fighting that way. In

---

<sup>1564</sup> Dies bestätigte ein damaliger Mitarbeiter von Alberto Gonzales indirekt, indem er Protokoll gab: “The prevailing attitude throughout the entire administration in the weeks and months after 9/11 was to be as aggressive and creative as possible in meeting the challenge posed by al Qaeda and other terrorist groups.“ Zitiert in: Bravin, James 2005: Gonzales to Face Prisoner-Policy Questions, in: WSJ, 03.01.2005, Herv. SoSchi.

<sup>1565</sup> Boot, Max 2003: The Lessons of a Quagmire, in: NYT, 16.11.2003.

<sup>1566</sup> Posner, Richard A. 2002: The Best Offense, in: The New Republic, 02.08.2002.

*trying to vigorously protect our enemy's rights, we will surely lose ours.*"<sup>1567</sup> Auch der damalige CIA-Chef, Porter Goss, betonte:

"An enemy that's working in an amorphous network that doesn't have to worry about a bunch of regulations, chain of command, rule of law or anything else has got a huge advantage over a stultified, slow-moving, bureaucratic, by-the-book organization."<sup>1568</sup>

Der Zwang, abwägen zu müssen verbiete es, die Augen vor solch einer Abwägung zu verschließen, die letztendlich eine zwischen *einigen* Werten der US-amerikanischen Identität auf der einen und dem Überleben des *gesamten* politischen Systems und seiner Ideale auf der anderen Seite sei: "*When our nation is again secure, so too will be our principles*", vermutete das *Wall Street Journal*,<sup>1569</sup> während John Ashcroft deutlich machte, dass es manchmal nötig sei, Werte einzuschränken, um sie insgesamt zu schützen:

"Those who believe Americans – and American liberties – had adequate protection on September 11, 2001 are seeking to roll back our defenses of the past year. We cannot risk damaging the security of the United States by publicizing the names of those detained in our investigation, or by allowing the potential release of individuals (...). These actions [die eben genannten Handlungen zu verbieten, SoSchi] may be advocated in the name of American liberty; but they do not, in my judgment, advance the cause of liberty. For liberty is not Abraham Lincoln's feared 'inherent weakness' for which we must die, on the contrary, liberty is the eternal strength for which we must fight and for which we must prevail. And fight to secure liberty we will. In Congress, in the courts and in the media, we must defend our ability to prevent terrorism, to preserve freedom, and to protect the American people."<sup>1570</sup>

### *Der "folterbare" Terrorist als neues Menschenbild*

*"They (...) are led to believe that the people they are torturing belong to an inferior race or religion. For the meaning of these pictures is not just that these acts were performed, but that their perpetrators apparently had no sense that there was anything wrong in what the pictures show."*<sup>1571</sup>

Am Beginn dieses Unterkapitels stand die Feststellung, dass dem Folterdiskurs in den USA die Prämisse zu Grunde lag, die Anschläge vom 11. September 2001 hätten den Beginn eines Ausnahmezustandes markiert, währenddessen die Bürgerrechte neu justiert werden müssten. Damit verknüpft ist auch die (selten explizierte) Annahme, dass lediglich ausländische Terroristen gefoltert werden sollten, nicht jedoch andere Straftäter oder US-amerikanische StaatsbürgerInnen:

<sup>1567</sup> Leserbrief von Decker, Bill 2006: Trampling Rights to Fight Terrorism, in: NYT, 29.09.2006.

<sup>1568</sup> Porter Goss zitiert in: Diamond, John 2005: CIA chief: Methods 'unique' but legal, in: USA Today, 20.11.2005.

<sup>1569</sup> Winik, Jay 2001: Security comes before Liberty, in: *Wall Street Journal*, 23.10.2001.

<sup>1570</sup> Ashcroft, John 2002: Remarks of Attorney General John Ashcroft, U.S. Attorneys Conference, New York City, October 1, 2002.

<sup>1571</sup> Susan Sontag über die Folterer von Abu Ghraib: Sontag, Susan 2004: Regarding The Torture Of Others, in: NYT, 23.05.2004.

“The image in the public’s mind was one of Osama bin Laden or his top henchmen in leg irons and stubbornly withholding knowledge of future attacks. Few had in mind the torture of innocent subjects.”<sup>1572</sup>

Es ist auffällig, dass die von den USA Festgehaltenen gar nicht mehr als “Gefangene” bezeichnet wurden:

“Those held in the extralegal American penal empire are ‘detainees’; ‘prisoners,’ a newly obsolete word, might suggest that they have the rights accorded by international law and the laws of all civilized countries.”<sup>1573</sup>

Dass hier also keine normalen Gefangenen verhört wurden, sondern Menschen, deren einziger Inhaftierungsgrund das “Gewinnen” von Informationen war – was natürlich einen anderen Umgang mit ihnen erforderlich machte – wurde auch von offizieller Seite zugegeben: “*Their detention condition is in the context of ongoing strategic interrogation [and] under the circumstances, we consider their detention to be humane.*”<sup>1574</sup>

Auch in der öffentlichen Debatte hatte sich die Annahme durchgesetzt, man könne und müsse zwischen normalen US-amerikanischen StraftäterInnen und “informationsbeladenen” Terroristen unterscheiden, was insbesondere in der bereits zitierten PIPA-Umfrage zum Ausdruck kommt:<sup>1575</sup> Hier hatten sich ohne, dass ein spezielles Szenario vorgelegt worden war, 30% der Befragten für physische, 41% für psychische und 48% für die Androhung psychischer Folter ausgesprochen – stellte man die gleiche Frage mit dem Hinweis, dass US-amerikanische Verdächtige betroffen sein würden, sanken die Zustimmungsraten rapide auf nunmehr fünf, sechzehn bzw. neunzehn Prozent ab.<sup>1576</sup> Diese Schiefelage kann nicht nur als deutlicher Hinweis dafür gewertet werden, dass viele Befragten islamistisch motivierte Gewalttaten (fälschlicherweise) ausschließlich als Bedrohung *von außen* wahrnahmen, sondern auch darauf, dass sich hier die Konstruktion eines neuen Menschenbildes abzeichnete: Das Erpressen wichtiger Informationen schien moralisch unbedenklicher, wenn es sich bei den Opfern um ausländische Verdächtige handelte, deren Hinwendung zum Terrorismus islamistischer Prägung Grund genug dafür war, ihnen nicht die Rechte zugestehen zu wollen, von denen “normale” US-amerikanische BürgerInnen weiterhin profitieren sollten. So betonte Senator Graham nach der überraschenden Entscheidung des *Supreme Court* 2006: “*I think the American people are going to be deeply disturbed to learn that the mastermind of 9/11, Khalid Sheikh Mohammed, has the same constitutional rights as they*

<sup>1572</sup> Lewis, Neil A. 2004: Ashcroft Says the White House Never Authorized Tactics Breaking Laws on Torture, in: NYT, 09.06.2004.

<sup>1573</sup> Sontag, Susan 2004: Regarding The Torture Of Others, in: NYT, 23.05.2004.

<sup>1574</sup> So Colonel Marc Warren, einer der höchsten Militärjuristen des Pentagon, in einem Brief an das IKRK, zitiert nach: Jehl, Douglas/Lewis, Neil A. 2004: U.S. Military Disputed Protected Status of Prisoners Held in Iraq, in: NYT, 22.05.2004, Herv. SoSchi. Vgl. ähnlich Rumsfeld: “...there is a difference in this sense that the high-value targets become much more interesting from the standpoint of the interrogation process, whereas a simple low-level person is simply being kept off the street for a period.” U.S. Congress, House of Representatives, Committee on Armed Services 2004: Operations and Reconstruction Efforts in Iraq, 07.05.2004.

<sup>1575</sup> Vgl. S. 282 der Arbeit.

<sup>1576</sup> S. Program on International Policy Attitudes 2004: Americans on Detention, Torture and the War on Terrorism, in: PIPA Papers Juli 2004.

do.”<sup>1577</sup> Interessanterweise war 2009 insofern eine Ausweitung der Folterdebatte festzustellen, als als “Beispielopfer” für das weiterhin häufig diskutierte *ticking-bomb-scenario* nicht mehr nur islamistische Terroristen angeführt wurden, sondern auch Kidnapper von Kindern – Straftäter also, die eher mit den USA assoziiert werden konnten.<sup>1578</sup>

Letztlich stand hinter solchen Annahmen der (meist unausgesprochene) Gedanke, Menschen könnten ihre natürlich gegebenen Rechte doch verwirken, indem sie sich zu Straftaten herabließen, deren Logik allen fundamentalen Überzeugungen (westlichen) Rechts zuwider lief:

“The authors of the Geneva Convention had no idea of future wars that could be launched by people with no allegiance to legal norms and who are committed to resuming their violent acts as soon as they are set free. A new definition will have to be found.”<sup>1579</sup>

So erkannte auch ein Rezensent der *New York Times*, dass “*Dershowitz argues stridently against the proposition that rights are God-given absolutes*”.<sup>1580</sup> FoltergegnerInnen stellten entsetzt fest, dass die Grundüberzeugung, alle Menschen seien gleich, zunehmend in Frage gestellt wurde: “[T]he rebirth of torture indicates a return to a time when the shared humanity of mankind was not a determinative value – a return to a time when differences outweighed commonalities.”<sup>1581</sup> Dies wiederum würde die Gründungsüberzeugungen der USA verraten:

“If we can apply the policy of cruelty to detainees, it is only because our founders were wrong about the scope of our inalienable rights. For this reason, cruel interrogations necessarily corrupt our founding values and corrode our constitutional structure and the fabric of our legal system.”<sup>1582</sup>

Die Anzahl solcher Argumente, in denen von einer unveräußerlichen Menschenwürde die Rede war – dem Kerngedanken also, auf den sich die naturrechtliche Argumentation der Frühaufklärung maßgeblich gestützt hatte – war jedoch extrem begrenzt.

Auf Seiten der FolterbefürworterInnen fanden sich entsprechend gegen die unveräußerliche Menschenwürde gerichtete Aussagen primär bezüglich der Gefangenen in *Guantanamo* (“*Let’s not forget the kind of people we have down there. These are the people that don’t know any moral*

<sup>1577</sup> U.S. Congress 2008: Hearing to Receive Testimony on the Origins of Aggressive Interrogation Techniques, Statement von Senator Lindsey Graham, 17.06.2008. Für das Urteil des *Supreme Court* vgl. S. 296ff. der Arbeit.

<sup>1578</sup> “*Two kidnapers have taken your child. One is captured and admits that the child is soon to die. The officer guarding the cell walks away and tells you the cell is unlocked. Ninety-nine percent of Americans would do everything they could, including torture, to get information about the child’s whereabouts. The other 1 percent are liars.*“ Leserbrief von Franklin, Michael 2009: After Torture: What’s the Road Ahead?, in: NYT, 08.05.2005.

<sup>1579</sup> Mahmood, Elahi 2002: Change POW laws – or the designations, in: USA Today, 20.02.2002.

<sup>1580</sup> Waldron, Jeremy 2002: The Great Defender, in: NYT, 03.02.2002. Ein sehr interessantes Gegenargument hierzu entwickelte Andrew Sullivan: “*In fact, to reduce them [Terroristen, SoSchi] to a subhuman level is to exonerate them of their acts of terrorism and mass murder – just as animals are not deemed morally responsible for killing. Insisting on the humanity of terrorists is, in fact, critical to maintaining their profound responsibility for the evil they commit.*” Sullivan, Andrew 2005: The Abolition of Torture, in: The New Republic, 19.12.2005.

<sup>1581</sup> Greenberg, Karen J. 2006: Introduction: The Rule of Law Finds Its Golem: Judicial Torture Then and Now, in: Greenberg, Karen J. (Hrsg.): The Torture Debate in America, Cambridge, S. 1-9, hier S. 5.

<sup>1582</sup> U.S. Congress, Senate Armed Services Committee 2008: Statement von Alberto Mora, 17.06.2008.

*values.*”),<sup>1583</sup> die Logik verwirkter Menschenrechte gipfelte jedoch in der vielzitierten Aussage Senator Inhofes, auch die offensichtliche Misshandlung der Gefangenen in *Abu Gbraib* dürfe nicht überbewertet werden, die Insassen seien schließlich *“probably guilty of something”*:

“The idea that these prisoners – you know, they’re not there for traffic violations. If they’re in cell block 1-A or 1-B, these prisoners, they’re murderers, they’re terrorists, they’re insurgents. Many of them probably have American blood on their hands. And here we’re so concerned about the treatment of those individuals.”<sup>1584</sup>

Ebenfalls hauptsächlich mit Bezug auf die Geschehnisse in *Abu Gbraib* wurde versucht, die Handlungen US-amerikanischer SoldatInnen zu relativieren, indem auf die weit häufigeren und schlimmeren Menschenrechtsverletzungen in arabischen Staaten verwiesen wurde,<sup>1585</sup> die gerade die irakischen Insassen von *Abu Gbraib* gewohnt seien, weshalb sie die Misshandlungen als weniger schlimm einstufen würden, als die US-amerikanische Öffentlichkeit.<sup>1586</sup> Hier steht also die Annahme, für BürgerInnen arabischer Staaten seien Menschenrechtsverletzungen eher etwas Alltägliches im Zusammenhang mit der konträr zur Argumentation der FoltergegnerInnen liegenden und ebenfalls selten direkt geäußerten Einstellung, die USA müssten sich als westliche Demokratie nicht vom Handeln autoritärer Nationen positiv abgrenzen und könnten sich durchaus wie eine *“drittklassige Westentaschendiktatur”* verhalten.<sup>1587</sup>

Letztlich, so bemerkten insbesondere einige AutorInnen von Leserbriefen, würde man den Gefangenen auch so schneller zum gewünschten Märtyrertum verhelfen: *“I say let them (...) go to Allah as the emaciated, soulless killers that they are.”*<sup>1588</sup> Auf diese Weise könne man auch die Kosten der Lager in *Guantanamo* einsparen, bemerkte ein anderer Leser: *“We should have let*

<sup>1583</sup> General Myers zitiert in einem *Editorial* der *New York Times* mit dem Titel *“Abu Gbraib, Caribbean Style”*, erschienen am 01. Dezember 2004. Vgl. ähnlich Ashcroft: *“...a significant number of the approximately 600 of them [den Insassen in Guantanamo] are brutal terrorists. And because of the way they are working with them, we’re getting a lot of very important and useful information.”* Zitiert nach: U.S. Congress, Senate Committee on the Judiciary 2004: Statement of John Ashcroft, Attorney General, before the United States Senate Oversight of the Department of Justice, Terrorism and Other Topics, 08.06.2004.

<sup>1584</sup> *Editorial* der *New York Times* vom 12. Mai 2004 mit dem Titel *“The Abu Gbraib Spin”*. Für das folgende Zitat: U.S. Congress, Senate Armed Services Committee 2004: Transcript of Senator Inhofe’s Remarks, 05/11/2004, Hearing on Iraqi Prisoner, Treatment (Panel 1), online unter: <<http://inhofe.senate.gov/pressapp/record.cfm?id=221389>>, rev. 02.02.2012.

<sup>1585</sup> Vgl. etwa Acaster, David V. 2004: The President and the War: American Voices, in: NYT, 26.05.2004: *“Nicholas D. Kristof (column, May 22) says that ‘we are as appalled by our own war crimes as by Saddam’s.’ I am appalled that Mr. Kristof could possibly equate the cruel mischief inflicted by a dozen or so misguided, poorly trained soldiers with the horrible torture, poison gas deaths and countless other murders that Saddam Hussein is guilty of. Let’s get some sense of perspective on this issue.”*

<sup>1586</sup> Vgl. etwa den Leserbrief von Mark Bierman mit dem Titel *“Lesser Evils”*, erschienen am 16. Mai 2004 in der NYT: *“There are a lot of Iraqis who are probably not shocked by this prisoner abuse scandal nearly as much as we are. In their world, this is pretty much the way you do business.”*

<sup>1587</sup> Vgl. das Zitat auf S. 342 der Arbeit.

<sup>1588</sup> Leserbrief von Truskey, Mark 2002: Guantanamo turban strike sign of religious double standard, in: USA Today, 07.03.2002. Andere Leser zeigten sich empört über Kritik, die von den Alliierten der USA an den Haftbedingungen in *Guantanamo* geäußert worden war. So hatte der *Economist* diese als *“unworthy of a nation which has cherished the rule of law from its very birth.”* bezeichnet: The Economist 2003: Why America should shut down the Guantanamo prison camp, 08.05.2003.

*them starve and granted them their martyrdom. It would have been a lot cheaper for us.*<sup>1589</sup> Schließlich spiegelte sich die Annahme, Menschenrechte seien doch veräußerlich, auch in der Forderung, die Bestimmungen etwa der Genfer Konventionen nur noch reziprok anzuwenden und im Sinne eines *tit for tat* Bestimmungen des Kriegsrechts im Umgang mit neuartigen Gegnern außer Kraft zu setzen:

“The Geneva Convention should be valid only if both parties agree to the conditions and requirements. (...) When the barbarians quit publicly cutting off heads and disgracefully dragging Americans through the streets and publicly defacing and burning the bodies of Americans, quit hijacking and flying our citizens into buildings, wear uniforms and quit performing far worse forms of torture than simulated drowning, perhaps they can expect decency in return.”<sup>1590</sup>

In die gleiche Richtung wies die früh geäußerte Forderung eines ehemaligen Geheimdienstagenten nach dem Einsatz von Spezialeinheiten statt Bodentruppen in Afghanistan, da normale SoldatInnen auf die brutalen Kampfmethoden der Taliban nicht vorbereitet seien, während solche mit spezieller Ausbildung *“are fearless and not afraid to die. Their justice is very quick and very brutal. Forget the rules of the Geneva Convention.”*<sup>1591</sup>

Wiederum gewann Alberto Gonzales dieser Argumentation eine weitere Wendung ab, indem er darauf hinwies, eine Anwendung der Genfer Konventionen auf Terroristen würde diese Rechtsakte entwerten:

“To confer the special privileges of POW status upon terrorists would reward those who, by hiding among civilian populations, undermine the convention’s basic objective of protecting innocent citizens, and it would only encourage terrorists to continue to violate the laws of war.”<sup>1592</sup>

In einem Beitrag für den Sammelband *“The Torture Debate”* wurde die Anwendung der Genfer Konventionen gar als Gefahr dargestellt:

“In order to earn that status [eines Kriegsgefangenen nach den Genfer Konventionen, SoSchi] and its protections, one is expected to conduct oneself honorably. Granting it to combatants who do not do so would offer a further incentive to belligerents to act dishonorably. Granting it to terrorists, in particular, would gravely endanger the lives of countless civilians which, in the greater scheme of things, would lead to far worse evil than the deplorable treatment of a relative handful of prisoners.”<sup>1593</sup>

Der Kerngedanke vieler FolterbefürworterInnen, bei den Gefolterten würde es sich nur um ausländische Terroristen handeln, die ihr Anrecht auf Folterfreiheit durch ihre Taten bzw. bösen Absichten verwirkt hätten, fand also insofern eine juristische Entsprechung, als das Aussetzen des Rechts auf Folterfreiheit auch nur solche Personen betreffen sollte.

<sup>1589</sup> Riga, Peter 2002: Guantanamo turban strike sign of religious double standard, in: USA Today, 07.03.2002.

<sup>1590</sup> Leserbrief von Letherton, Dale 2007: Destroyed: The C.I.A. Torture Tapes, in: NYT, 11.12.2007.

FoltergegnerInnen fragten dagegen, *“[w]hen did Al Qaeda become any type of standard by which we measure the morality of the United States?”*. Herbert, Bob 2005: Who Isn’t Against Torture?, in: NYT, 10.10.2005.

<sup>1591</sup> Zitiert nach: Hale, Ellen 2001: Ex-commando warns of Afghanistan perils, in: USA Today, 02.10.2001.

<sup>1592</sup> Gonzales, Alberto 2004: Terrorists are different, in: USA Today, 10.06.2004.

<sup>1593</sup> McCarthy, Andrew C. 2006: Torture: Thinking about the Unthinkable, in: Greenberg, Karen J. (Hrsg.): *The Torture Debate in America*, Cambridge, S. 98-117, hier S. 100.

Die Fokussierung der Debatte auf “folterbare Terroristen” könnte auch als Hinweis auf die Richtigkeit einer These hindeuten, die FoltergegnerInnen am Ende meines Untersuchungszeitraums häufiger vorbrachten: Sie begannen darüber zu spekulieren, dass es sich bei der Folterdebatte möglicherweise nicht ausschließlich um eine aufgezwungene und aus Mangel an Alternativen geführte Diskussion gehandelt habe, sondern um diskursiv kaschierte Rachegeleüste an eben jenen “folterbaren Terroristen”: *“We as a nation (...) allowed the Bush administration to act out our darkest desires for vengeance on the bodies of other human beings.”*<sup>1594</sup> So sei auch zu erklären, warum in z.B. Bezug auf die Anwendung der Genfer Konventionen immer auf Reziprozität gepocht werde:

“If they terrorized us, we will terrorize them. If they symbolically humiliated us, we will symbolically humiliate them. (...) George W. Bush may even have been re-elected, in part, because he was widely perceived as having fewer scruples than his opponent and therefore as being more willing to give the terrorists a taste of their own medicine. (...) *Torture is an emotionally satisfying (not useful) form of counterterrorism because it mirrors terrorism itself.*”<sup>1595</sup>

In einer an die Aussagen Freuds zur Entstehung von Tabus erinnernden Analyse beschrieb ein Leser der *New York Times*, wie diese “niederen Triebe” zur Gefahr normative Konstrukte wurden, indem er fragte

“...how far we’ve come since the Middle Ages, given the evidence of torture and abuse by United States military and intelligence personnel. As a species, we have not advanced at all; we are the same dangerous, sometimes violent animals that we were at the time of the Inquisition. But as a society (...) we have advanced. One major area of advancement has been in our respect for individual human rights, and the extent to which that respect is reflected in our laws. But there will occasionally be times and places when the protections of the law are ignored or overridden, and in those times, the darker tendencies of our nature will be given expression.”<sup>1596</sup>

*Die Verwendung von Euphemismen: “‘We Do Not Torture’ and Other Funny Stories”*<sup>1597</sup>

“‘The United States government does not authorize or condone torture of detainees,’ [Mrs. Rice] said. It all depends on what you mean by ‘authorize,’ ‘condone,’ ‘torture’ and ‘detainees.’”<sup>1598</sup>

Beide bisher skizzierten Überlegungen – dass Folterungen aufgrund der Umstände ihrer Anwendung wie auch der Personen, bei denen sie angewandt würden, weniger unmoralisch seien – spiegelten sich in der beinahe durchgängigen Verwendung verschiedenster

<sup>1594</sup> Leserbrief von Martinez, Tom 2009: The Uproar Over the C.I.A. and Torture, in: NYT, 18.04.2009.

<sup>1595</sup> Holmes, Stephen 2006: Is Defiance of Law a Proof of Success?, in: Greenberg, Karen J. (Hrsg.): The Torture Debate in America, Cambridge, S. 118-135, hier S. 130ff., Herv. SoSchi.

<sup>1596</sup> Holmes, Michael H. 2005: When Americans Torture and Kill, in: NYT, 30.03.2005.

<sup>1597</sup> Titel eines Kommentars von Frank Rich in der *New York Times* vom 13.11.2005.

<sup>1598</sup> Glosse von Maureen Dowd mit dem treffenden Titel “‘Torturing The Facts’“, erschienen in der *New York Times* vom 07.12.2005.

Euphemismen, die denjenigen vom Beginn des 20. Jahrhunderts (Stichwort: “Dritter Grad”) in nichts nachstanden.

Wie anhand der bisher angeführten Zitate vielleicht schon deutlich geworden ist, wurden (potentielle) Folteropfer qua Sprache zum einen “versachlicht” und zum anderen zu Unmenschlichen erklärt – und damit doppelt *torturable*. Die erste Kategorie von Begriffen zur Umschreibung von Terroristen findet sich hauptsächlich in Dokumenten der Regierung und des Militärs, in denen v.a. von “*high value targets*”<sup>1599</sup> oder auch von Gefangenen mit “*high intelligence value*” die Rede war.<sup>1600</sup> Die zweite Kategorie, die im Gegensatz zur Versachlichung eher auf eine Brutalisierung der Opfer ausgerichtet war, wurde meist in Leserbriefen aber auch in der Kommunikation der Verantwortlichen in US-Gefangenenlagern verwendet, wobei die Bezeichnung der Inhaftierten als “*the worst of a very bad lot*”, “*people that chop heads off*” oder auch einfach als “*SOBs*” den Verhörenden auch eine Distanzierung von ihren Opfern – und damit gleichzeitig vom grausamen Umgang mit ihnen erleichtert haben dürfte:<sup>1601</sup>

“It is not simply that the demonization of people as terrorists allow us to justify their maltreatment (why should we bother with human rights when the enemy is subhuman?). Torture also helps to create the enemies we need. Torture is a kind of theater in which people are made to play roles and thereby reinforce a certain kind of social imagination.”<sup>1602</sup>

Weit häufiger als die Verwendung von Euphemismen für Folteropfer lässt sich eine Umschreibung der Folterpraxis als solcher feststellen, wobei auch hier versachlichende und brutalisierende Begriffe unterschieden werden können. So wurde in *memos* verlangt, “[to] set favorable conditions for successful interrogation and exploitation of internees”,<sup>1603</sup> was – schon etwas deutlicher – hieß, dass “*the gloves came off*”<sup>1604</sup> und es AgentInnen und VerhörspezialistInnen erlaubt wurde, “*to soften prisoners up*”<sup>1605</sup> bzw. “*to exert pain control*”, wie im Falle Abu

<sup>1599</sup> So bezeichnete sie etwa Donald Rumsfeld in einem Kongress-*hearing*: U.S. Congress, House of Representatives, Committee on Armed Services 2004: Operations and Reconstruction Efforts in Iraq, Hearing of Donald Rumsfeld, 07.05.2004.

<sup>1600</sup> So etwa ein Verhörspezialist im Irak: Vincent Cannistraro zitiert nach: Willing, Richard/Diamond, John 2004: U.S. interrogators face ‘gray areas’ with prisoners, in: USA Today, 13.05.2004: “*That’s how we got Saddam. High-value targets (...) get squeezed hard immediately. No broken bones (...) but just about anything goes.*”

<sup>1601</sup> Zitiert in: Golden, Tim/Natta, Don van 2004: U.S. Said to Overstate Value Of Guantanamo Detainees, in: NYT, 21.06.2004; Santora, Marc 2007: McCain’s Stance on Torture Becomes Riveting Issue, in: NYT, 16.11.2007; bzw. in: Alter, Jonathan 2001: Time to think about torture. It’s a new world, and survival may well require old techniques that seemed out of the question, in: Newsweek, 05.11.2001. “SOB” steht für “*son of a bitch*”.

<sup>1602</sup> Cananaugh, William T. 2006: Making Enemies. The Imagination of Torture in Chile and the United States, in: Theology Today 63:Oktober, S. 307-323, hier S. 313.

<sup>1603</sup> Donald Rumsfeld in einem Kongress-*hearing* vom 05. Juli 2004.

<sup>1604</sup> Cofer Black, damaliger Leiter des *Counterterrorist Center* der CIA, zitiert nach: Priest, Diana/Gellman, Barton 2002: U.S. Decries Abuse but Defends Interrogations; ‘Stress and Duress’ Tactics Used on Terrorism Suspects Held in Secret Overseas Facilities, in: WP, 26.12.2002.

<sup>1605</sup> Vgl. etwa Glanz, James 2004: Torture Is Often a Temptation And Almost Never Works, in: NYT, 09.05.2004.



Zubaidahs, dem trotz mehrerer Schusswunden Schmerzmittel verwehrt wurden.<sup>1606</sup> Dem stand wiederum eine eher von Verrohung geprägte Sprache gegenüber, mit der z.B. ein Agent bezüglich der Verschickung der Gefangenen in Drittländern angab, dass “[w]e don’t kick the (expletive) out of them. We send them to other countries so they can kick the (expletive) out of them”,<sup>1607</sup> während ein anderer zugab, ein “more assertive approach”<sup>1608</sup> in Verhören bedeute für ihn “[to] kick them around a little bit in the adrenaline of the immediate aftermath [ihrer Gefangennahme, SoSchi].”<sup>1609</sup>

Auch die Regierung verwendete in öffentlichen Statements alle erdenklichen Umschreibungen von Folterungen: “I’m not going to address the ‘torture’ word”, betonte etwa Donald Rumsfeld im Hinblick auf die Misshandlungen in *Abu Ghraib*, die er – wie auch ein Großteil aller anderen DiskursteilnehmerInnen – als “abuses” bezeichnete.<sup>1610</sup> Während BefürworterInnen der Haltung Bushs versuchten, kritischen Fragen auf diese Weise auszuweichen, äußerten FoltergegnerInnen die Befürchtung, solche Aussagen seien nur möglich, weil der Tatbestand der Folter vorab viel zu eng definiert worden war:

“Of course, it all depends on what the meaning of ‘torture’ is. The whole point of these memos is to repeatedly recalibrate the definition so Mr. Bush can keep pleading innocent. By any legal standards except those rubber-stamped by Alberto Gonzales, we are practicing torture, and we have known we are doing so ever since photographic proof emerged from Abu Ghraib...”<sup>1611</sup>

Bei ihrer Suche nach Lücken in rechtlichen Folterverboten hatten diverse *memo*-Autoren jedoch schon früh versucht, nur noch eine extrem begrenzte Kategorie von Methoden wirklich als “Folter” zu bezeichnen. So sei dieser Begriff z.B. nur einschlägig, wenn die zugefügten Schmerzen “equivalent in intensity to the pain accompanying serious physical injury, such as organ failure, impairment of bodily function, or even death” seien.<sup>1612</sup> “If we used this definition, the Center

<sup>1606</sup> Vgl. etwa Natta, Don van 2003: Interrogations: Questioning Terror Suspects In a Dark and Surreal World, in: NYT, 09.03.2003.

<sup>1607</sup> Zitiert nach: Umansky, Eric 2004: Only photos made story of abuse front-page news, in: USA Today, 17.05.2004.

<sup>1608</sup> Bravin, Jess 2004: Pentagon Report Set Framework for Use of Torture. Security or Legal Factors Could Trump Restrictions, Memo to Rumsfeld Argued, in: *Wall Street Journal*, 07.06.2004.

<sup>1609</sup> Zitiert nach: Priest, Diana/Gellman, Barton 2002: U.S. Decries Abuse but Defends Interrogations; ‘Stress and Duress’ Tactics Used on Terrorism Suspects Held in Secret Overseas Facilities, in: WP, 26.12.2002.

<sup>1610</sup> Zitiert nach: Sontag, Susan 2004: Regarding The Torture Of Others, in: NYT, 23.05.2004. Auch in diesem Text ist in Bezug auf *Abu Ghraib* häufig von “Misshandlungen“ die Rede, was nicht nur auf den Unwillen zurückzuführen ist, immer die gleichen Begriffe zu verwenden, sondern auch der Tatsache geschuldet ist, dass noch nicht sicher festgestellt werden konnte, ob diese Handlungen tatsächlich unter eine enge Definition von Folter fallen, d.h. staatlich angeordnet waren und dem Ziel der “Informationsgewinnung“ dienen – auch, wenn dies nach den Recherchen Seymour Hershs sehr wahrscheinlich erscheint.

<sup>1611</sup> Rich, Frank 2007: The ‘Good Germans’ Among Us, in: NYT, 14.10.2007.

<sup>1612</sup> *Memo* von Jay Bybee an Alberto Gonzales mit dem Titel “Re: Standards of Conduct for Interrogation under 18 U.S.C. §§ 2340-2340A“ vom 01. August 2002, abgedruckt in: Danner, Mark 2004: Torture and Truth. America, Abu Ghraib, and the War on Terror, New York, S. 115-166, hier S. 115. Diese sehr enge Folterdefinition wurde jedoch nach der Veröffentlichung des *memos* 2004 revidiert und durch ein neues ersetzt, welches kurz nach seiner Erstellung im Justizdepartment im Dezember 2004 auch veröffentlicht wurde. Vgl. Jehl, Douglas 2005: C.I.A. Says Approved Methods Of Questioning Are All Legal, in: NYT, 19.03.2005.

for *Victims of Torture wouldn't have clients at all*," beschwerte sich der Leiter des nämlichen Zentrums vor dem US-Kongress und führte weiter aus: "*The second extraordinary claim was that torture occurs only when the intent was to cause pain, rather than that pain was intentionally used to gain information or confessions. (...) In other words, only when a sadist carried out techniques that lead to organ failure and death can we call it torture.*"<sup>1613</sup> Um ihre Sicht der Dinge zu untermauern, verwiesen FoltergegnerInnen häufig auf das Urteil des Auslands, das die Praktiken der USA eindeutig als Folter einordnete.<sup>1614</sup>

BefürworterInnen "harter Verhörmethoden" beschwerten sich dagegen, ihre DebattengegnerInnen würden absichtlich alle für Verhörmethoden verwendeten Begriffe in einen Topf werfen, um der Bush-Regierung zu schaden: "*[C]ritics of stressful positions in using the word 'torture' to describe any and all forms of coercive questioning. By falsely equating the two, they have wrongly painted the Bush administration's policies as illegal.*"<sup>1615</sup> Dabei sparten sie nicht mit Polemik:

"We do not classify 'humiliation' or 'degradation' in the same class as physical torture. We couldn't care less how many copies of the Quran get flushed down toilets or how many naked women dance around terror suspects. If such tactics get them to talk and divulge their plans and accomplices, we are for it. Those on the political left have tried to muddy the waters by saying any form of humiliation or degradation constitutes 'torture'. This is utter nonsense, and those who hold such views should be ashamed."<sup>1616</sup>

Als Mitglieder der US-Regierung Ende 2005 (im Zusammenhang mit dem *McCain Amendment*) immer häufiger gefragt wurden, welche Methoden denn aus ihrer Sicht Folter darstellten und welche nicht, verlegten sie sich auf die Antwort, eine genaue Unterscheidung könne aus Sicherheitsgründen nicht offengelegt werden:

"Mr. Bush (...) repeated his statement that 'we do not torture.' (...) His spokesman, Scott McClellan, refused (...) to discuss how Mr. Bush defines torture, or to say how the United States ensures that prisoners it turns over to foreign nations are not tortured. 'I'm not going to get into talking about these issues because it could compromise things in an ongoing war on terrorism,' Mr. McClellan said. Later, he called the question of how the United States monitors the treatment of prisoners an 'intelligence matter' that he could not discuss."<sup>1617</sup>

Die *New York Times* vermutete hinter diesem rhetorischen Drahtseilakt eine Doppelstrategie der Regierung: "...officials want *Al Qaeda* to believe that the United States does torture, while convincing

<sup>1613</sup> U.S. Congress, Committee on the Judiciary 2005: Statement of Douglas Johnson, Executive Director Center of Victims of Torture, 06.01.2005.

<sup>1614</sup> So listete z.B. kanadisches Regierungspaper die USA in der Kategorie folternder Staaten auf. Vgl. Austen, Ian 2008: Canadian Manual Has U.S. on Torture List, in: NYT, 18.01.2008.

<sup>1615</sup> Rivkin, David B. Jr./Casey, Lee A. 2005: The McCain Amendment is Flawed, in: WSJ, 10.12.2005.

<sup>1616</sup> Leserbrief von Kraus, Julie/Kraus, Marc 2005: Some tactics aren't torture, in: USA Today, 09.11.2005. Ähnlich äußerte sich auch Rudolph Giuliani während des Präsidentschaftswahlkampfes: "*They talk about sleep deprivation (...) I mean, on that theory, I'm getting tortured running for president of the United States. That's plain silly.*" Zitiert in: Cooper, Michael 2005: Giuliani Questioned On Torture, in: NYT, 25.10.2007.

<sup>1617</sup> Schmitt, Eric/Sanger, David E. 2005: White House And McCain Are Near Deal On Torture Bill, in: NYT, 07.12.2005.

*the rest of the world that it does not.*<sup>1618</sup> Tatsächlich wurden die US-Verhörpraktiken von mehreren anderen Staaten als Folter eingestuft. Und auch in der Öffentlichkeit zeigten diese Wortspielereien nur teilweise Wirkung. So zeigten sich noch 2005 74% der Bevölkerung davon überzeugt, dass US-SoldatInnen und –RegierungsvertreterInnen im Irak gefoltert, nicht misshandelt oder hart verhört hätten.<sup>1619</sup>

Vor dem Hintergrund ernsthaften Versuche der Bush-Regierung, juristische Definitionen bis zur Unkenntlichkeit zu verdrehen, wurde es zum Problem, dass u.a. in der UN-Antifolterkonvention gerade keine abschließende Definition, sondern nur Beispiele gegeben werden, welche Methoden als Folterungen eingestuft werden müssen.<sup>1620</sup> Zudem legte die Unterscheidung der Konvention zwischen *“torture”* und *“cruel, inhuman or degrading treatment”* den Schluss nahe, dass es eine Unterteilung in verschiedenen schlimme Verhörmethoden legitim sei.<sup>1621</sup> Auch der mit weiteren Begriffen befrachtete, dritte Artikel der Genfer Konventionen stellte sich als recht *“contestable”* heraus: *“Hadley said, interrogators need clarification about the provision in Common Article 3 that bans ‘outrages upon personal dignity, in particular humiliating and degrading treatment.’ Appearing on CNN (...) Hadley said: ‘Nobody knows what humiliating treatment is. What does it mean?’”*<sup>1622</sup> Diese Auslegungsprobleme veranlasste den früheren Chef der *Counterterrorism*-Abteilung der CIA zu der Aussage, dass *“Force and the threat to use it have always been something of a gray area. The gray areas have expanded since 9/11.”*<sup>1623</sup> Wie bereits im Abschnitt zum Erosionsverlauf des Foltertabus geschildert,<sup>1624</sup> erwies es sich für die Mitglieder der Bush-, und später auch der Obama-Administration als extrem schwierig, einen aus den einschlägigen internationalen Verträgen abgeleiteten Folterbegriff *“festzunageln”* – selbst, wenn es ihnen nicht darum ging, die unscharfen Begriffe (Stichwort: *contestedness*) absichtlich weit auszulegen.

Um Licht in diese Grauzonen zu bringen, erschien es schließlich auch vielen NormbefürworterInnen wichtig, genau zu definieren, welche Verhörmethoden klar illegal (sprich Folterungen) und welche rechtlich vertretbar seien: *“...we need more discussion about where and by whom the line should be drawn between permissible aggressive interrogation techniques, and when interrogation becomes torture...”*<sup>1625</sup>

<sup>1618</sup> Shane, Scott 2007: On Torture, 2 Messages And a High Political Cost, in: NYT, 30.10.2007.

<sup>1619</sup> Vgl. die Ergebnisse einer gemeinsamen Umfrage von CNN, *Gallup* und *USA Today*, veröffentlicht in: Diamond, John 2005: Senate votes to ban torture of terrorism detainees, in: USA Today, 16.11.2005.

<sup>1620</sup> Vgl. S. 191 der Arbeit.

<sup>1621</sup> *“...a study published yesterday uses data obtained from survivors to suggest that the distinction does not exist in practice, and may inadvertently provide justification for torture.”* Bakalar, Nicholas 2007: The Line Between Torture And Cruelty, in: NYT, 06.03.2007.

<sup>1622</sup> Diamon, John 2006: Compromise on CIA interrogations possible; Key GOP senators, Bush at odds, in: USA Today, 18.09.2006.

<sup>1623</sup> Vincent Cannistraro zitiert nach: Willing, Richard/Diamond, John 2004: U.S. interrogators face ‘gray areas’ with prisoners, in: USA Today, 13.05.2004.

<sup>1624</sup> Vgl. insbes. S. der Arbeit.

<sup>1625</sup> Senator Hatch in einem Kongress-*bearing* am 08. Juni 2003.

Wie man hier eine akzeptable Grenze definieren sollte, wurde allerdings seltenst diskutiert. Lediglich zwei Kommentatoren der *USA Today* forderten, dass “*Congress should (...) set clear standards, consulting intelligence experts and medical professionals to flesh out which techniques should always be prohibited (...), and which are permissible – and most likely to yield reliable lifesaving information.*”<sup>1626</sup> Statt des Einholens von Expertenratschlägen schlug Richard Posner vor, sich bei der Festlegung erlaubter Methoden an den eigenen Sicherheitsbedürfnissen zu orientieren: “*The term [torture, SoSchi] must not be defined so broadly that it prohibits all methods of coercion used in an investigation; the risk to national security would be too great.*”<sup>1627</sup> Auf die – durch das uralte Tabu eingeübte – eigene Urteilsfähigkeit setzte dagegen der Leiter des New Yorker Zentrums für Folteropfer: “*We should use a common-sense approach. (...) If it looks like torture, if it smells like torture, it probably is torture.*”<sup>1628</sup>

Eine tabutechnisch noch interessantere Frage war die, ob sich, nachdem man eine Verhörpraktiken aus der Tabuzone heraus definiert hatte, wieder ein ähnlich starkes Verbot um die verbliebenen Praktiken ziehen könne. Während viele TabuschützerInnen hier die akute Gefahr eines *slippery slope*-Prozesses sahen, waren einige FolterbefürworterInnen der Ansicht, dass eine solche Grenzziehung weiterhin machbar sei, nämlich dann, wenn man den Zweck der Folter im Auge behalte: “*A bright line can be drawn between using torture as a last resort to save innocent lives and using torture as an act of suppression, domination, or cruelty.*”<sup>1629</sup> Richard Posner ergänzte, dass die Medien in demokratischen Gesellschaften ihre Rolle dabei spielen würden, ein Ausarten von Folterungen über die genehmigten Praktiken hinaus zu verhindern – wohlgermerkt zwei Jahre nach der Veröffentlichung der Bilder aus *Abu Ghraib*.<sup>1630</sup>

Neben der – äußerst tabuschädlichen – Frage, was Folter eigentlich genau sei, stellte sich die ebenso erosionsfördernde, wie Verhörtechniken unterhalb der (wie auch immer zu definierenden) Folderschwelle einzuordnen und zu bezeichnen seien. Ähnlich wie bei der Umkategorisierung von Terrorverdächtigen von “Kriegsgefangenen” zu “*unlawful combatants*” gelang den FolterbefürworterInnen, inklusive der Bush-Administration, das diskurstechnische Meisterstück, eine neue sprachliche Kategorie von Verhörmethoden zu schaffen und so zu verbreiten, dass sie am Ende meines Untersuchungszeitraums – mit sehr wenigen Ausnahmen – von sämtlichen DebattenteilnehmerInnen, auch FoltergegnerInnen – in der Debatte verwendet und somit reproduziert und weiter verfestigt wurden.<sup>1631</sup> Das

<sup>1626</sup> McCarthy, Andrew C./Clifford D. May, Clifford D. 2005: Misguided morality; Policy should be clear, accountable, yet also yield results to save U.S. lives, in: *USA Today*, 15.12.2005.

<sup>1627</sup> Posner, Richard A. 2006: Not a Suicide Pact. *The Constitution in a Time of National Emergency*, Oxford, S. 84.

<sup>1628</sup> Allan Keller zitiert in: Cooper, Michael/Santora, Marc 2007: McCain Rebukes Giuliani on Waterboarding Remark, in: *NYT*, 26.10.2007.

<sup>1629</sup> Bagaric, Mirko/Clarke, Julie 2007: *Torture. When the Unthinkable is Morally Permissible*, Albany, S. 43.

<sup>1630</sup> Vgl. Posner, Richard A. 2006: Not a Suicide Pact. *The Constitution in a Time of National Emergency*, Oxford, S. 83f.

<sup>1631</sup> Aufgrund dieser neuen Zusatzkategorie konnten sich letztendlich fast alle DebattenteilnehmerInnen als “FoltergegnerInnen“ bezeichnen. *Tatsächliche* FoltergegnerInnen sind aus meiner Sicht die wenigen verbliebenen DebattenteilnehmerInnen, die sowohl die Anwendung von Folter *und* verschärfter

Umdefinieren bestimmter Verhörmethoden als Nichtfolter, bzw. als “verschärfte Verhörmethoden”, “*torture lite*” oder “*coersive interrogation*” hatte schon früh eingesetzt:

“Gathering intelligence is clearly crucial to the entire war on terror. Long before the invasion of Iraq, voices here and there began to ask about the legitimacy of torture, sometimes treading a fine line where it is hard to tell whether the aim is to uphold a moral precept or undermine it. It became imperative to define what constituted, in government talk, ‘aggressive interrogation’ or ‘exceptional techniques’ and what was, in blunt talk, torture.”<sup>1632</sup>

Zu Beginn der Debatte versuchten einige FoltergegnerInnen, dieses Schaffen einer neuen Kategorie gedanklich, sprachlich und moralisch ebenso wie juristisch zulässiger Verhörmethoden zu verhindern, indem sie darauf hinwiesen, dass jegliche solcher Praxen unmoralisch und rechtlich verboten seien<sup>1633</sup> und entsprechende Wortspiele deshalb unterlassen werden sollten:

“...we are told, military police officers at Abu Ghraib were encouraged to treat the prisoners so as to create ‘favorable conditions’ for interrogations. What does this mean? Give the prisoners English lessons? New clothes? Come on. In any bureaucracy, orders or clearance to do something beyond the law always comes in code.”<sup>1634</sup>

Zudem wiesen sie darauf hin, dass die US-Regierung ebenso wenig ein Anrecht auf die Auslegung internationalen Rechts (wie etwa der Genfer Konventionen) habe, wie auf die Entscheidung, was genau als Folter bezeichnet werden sollte und was nicht:

“The assumption in much of the rest of the world is that we are using torture. When we wink about what we’re doing, or try to play games with definitions, we hurt ourselves in the world. We know when what we’re doing is torture or not.”<sup>1635</sup>

Leider konnte aber das Beharren insbesondere vieler Menschenrechts-NGOs bis zum Ende meines Untersuchungszeitraums auf dem Grundsatz, dass “[t]here is no such thing as acceptable torture” nicht verhindern, dass sich diese gedankliche Konstruktion immer mehr durchsetzte.<sup>1636</sup>

---

Verhörmethoden“, wie auch die diskursive Verwendung solcher irreführender Termini grundsätzlich ablehnen.

<sup>1632</sup> Steinfels, Peter 2004: The ethical questions involving torture of prisoners are lost in the debate over the war in Iraq, in: NYT, 04.12.2004. Die Interpretation des Autors bezüglich des Ziehens dieser neuen Linie verweist wiederum auf den Versuch dieser DiskursteilnehmerInnen, ihr positives Selbstbild zu wahren: “*In even the most morally unsophisticated forms of popular storytelling, it is certainly not violence in itself, not even killing, that unmistakably separates good guys from evil ones. It is torture. Heroes may kill; villains torture – Nazi commanders, soulless drug dealers, despots on this planet or in outer space. In debates among contemporary ethicists about the notion of acts that qualify as ‘intrinsically evil’, torture has always been a prime candidate. Within Roman Catholicism, the discussion of intrinsic evils has recently focused on abortion and euthanasia. But when Pope John Paul II weighed in on the question in his 1993 encyclical ‘The Splendor of Truth’, the list of other actions he described as evil ‘in themselves, independently of circumstances’ included, along with genocide and slavery, ‘physical and mental torture.’*”

<sup>1633</sup> Vgl. etwa den Leserbrief Roth, Kenneth 2004: Torture, Terror, and the Law, in: NYT, 19.05.2004. “*...the techniques authorized by the Bush administration – like stripping detainees naked and subjecting them to prolonged hooding, sleep deprivation and painful positioning – are clearly unconstitutional. These interrogation methods make a mockery of Mr. Gonzales’s vow of ‘humane’ treatment.*”

<sup>1634</sup> Hochschild, Adam 2004: What’s in a Word? Torture, in: NYT, 23.05.2004.

<sup>1635</sup> Tom Malinowski, Rechtsberater bei *Human Rights Watch*, zitiert nach: Diamond, John/Locoy, Toni/Willing, Richard 2003: Interrogation is tough but not torture, in: USA Today, 06.03.2003.

<sup>1636</sup> Vgl. Kaplan, Robert D. 2005: Hard Questions, in: NYT, 23.01.2005.

Selbst die *New York Times* verwendete, zumindest in ihrer Nachrichtensektion, das Wort “*torture*” in späteren Debattenjahren nicht mehr, da “[e]xactly what constitutes torture continues to be a matter of debate and hasn’t been resolved by a court,”<sup>1637</sup> ein starker Hinweis darauf, dass die Büchse der Pandora auch 2009 noch sperrangelweit offen stand und völlig unklar war, ob und wenn ja welche Verhörmethoden noch tabuisiert waren.<sup>1638</sup> Interessanterweise erkannten Autoren der *New York Times*, wenn auch erst 2009, dass sie selbst ein wichtiger Akteur im Folterdiskurs waren, die mit ihrer Wortwahl die Wahrnehmung von Verhörmethoden als legitim oder illegitim beeinflussten:

“A linguistic shift took place in this newspaper as it reported the details of how the Central Intelligence Agency was allowed to strip Al Qaeda prisoners naked, bash them against walls, keep them awake for up to 11 straight days, sometimes with their arms chained to the ceiling, confine them in dark boxes and make them feel as if they were drowning. Until this month, what the Bush administration called ‘enhanced’ interrogation techniques were ‘harsh’ techniques in the news pages of The Times. Increasingly, they are ‘brutal.’ (...) The choice of a single word involved separate deliberations in New York and the Washington bureau and demonstrated the linguistic minefields that journalists navigate every day in the quest to describe the world accurately and fairly. In a polarized atmosphere in which many Americans believe the nation betrayed its most fundamental ideals in the name of fighting terror and others believe extreme measures were necessary to save lives, The Times is displeasing some who think ‘brutal’ is just a timid euphemism for torture and their opponents who think ‘brutal’ is too loaded. (...) Theodore Murray of Cambridge, Mass., said that if The Times fails to adopt the word torture, ‘you perpetuate the fantasy that calling a thing by something other than its name will change the thing itself.’”<sup>1639</sup>

Parallel zu den beiden Annahmen, man könne bzw. müsse zwischen rechtlichen Standards in “normalen” und Krisensituationen sowie “normalen” Menschen und gefährlichen Terroristen unterscheiden, bildete sich also ein dritte – und wohl am weitesten akzeptierte – heraus, nach der es “wirkliche” Folter und legale Methoden unterhalb dieser Schwelle geben sollte.

Hierzu sei der Kommentar erlaubt, dass es tatsächlich schwierig erscheint, immer zu unterscheiden, wann genau die Schwelle zu Folter oder auch “nur” unmenschlicher Behandlung überschritten wird. Allerdings sollte sich vor dem Hintergrund eines bestehenden Tabus diese Frage normalerweise überhaupt nicht stellen bzw. als zynisch und unangebracht erscheinen (wie es bereits im 17. Jahrhundert bei den Pariser Richtern der Fall war, die die erlaubten Folterarten nicht aufzählen wollten).<sup>1640</sup> War das Denkverbot aber erst einmal gebrochen, so dass man sich über möglicherweise angemessene Foltermethoden ungestraft und laut Gedanken machen durfte oder dies sogar erwünscht war, wurde es

<sup>1637</sup> Dies wurde von LeserInnen allerdings kritisiert: “You use the term ‘extreme interrogation techniques’ in your Sept. 18 front-page (...). Didn’t this used to be called ‘torture,’ or is this the new euphemism?” Hausner, Melvin 2006: Torture Is Not the American Way, in: NYT, 20.09.2006.

<sup>1638</sup> Douglas Jehl zitiert in: Hoyt, Clark 2009: Telling the Brutal Truth, in: NYT, 26.04.2009.

<sup>1639</sup> Hoyt, Clark 2009: Telling the Brutal Truth, in: NYT, 26.04.2009.

<sup>1640</sup> Vgl. S. 177 der Arbeit.

nahezu unausweichlich, einen Blick in die nun geöffnete Büchse der Pandora zu werfen und zu entscheiden, welche Methoden man “herausnehmen”, also legalisieren und welche man darin belassen, möglicherweise sogar weiterhin tabuisieren wollte.

Genau diese Zuordnung (was ist Folter und verboten, was sind “*coersive methos*” und damit erlaubt?) nahm in späteren Debattenjahren einen wachsenden Raum ein, wobei die Methoden selbst – ähnlich der “Zusatzkategorie” als ganzer – mit verschiedenen Euphemismen belegt wurden. Als Beispiele genannt seien hier “*Sleep management*” (“*After being kept awake for a hundred hours or so, almost anybody will confess to almost anything*”), “*Waterboarding*” (“*This, as we now know, does not involve water skis, but holding prisoners under water for long enough that they think they are drowning*”) oder das Verharren in “*stress positions*”,<sup>1641</sup> wie es von offizieller Seite bezeichnet wurde: “*The detainees were purposefully and carefully put under stress, to include sleep deprivation, in order to facilitate interrogation; they were not tortured*”, hatte ein militärinterner Bericht über den Umgang mit Gefangenen vor der Aufdeckung der Misshandlungen in *Abu Ghraib* festgestellt.<sup>1642</sup> “*Unfortunately*” notierte ein Verhörspezialist in *Abu Ghraib* später in sein Tagebuch, “*a prisoner can get too stressed out and die.*”<sup>1643</sup>

Wie bei der Beschreibung der Akteursgruppen bereits angedeutet,<sup>1644</sup> avancierte das *waterboarding* zum prominentesten Streitfall und zum Schlagwort in der Auseinandersetzung in der Frage, ob zwischen Folter und “harten Verhörmethoden” unterschieden werden solle – und wenn ja, wo die Grenze zu ziehen sei. Die Debatte ging so weit, dass *waterboarding* Teil von Kunstaktionen wie dem “*Waterboarding Thrill Ride*” auf Coney Island wurde und sich im Auftrag der *Vanity Fair* ein Journalist *waterboarden* ließ.<sup>1645</sup> GegnerInnen der Methode verwiesen darauf, dass sie durch die USA selbst früher als Folter eingeordnet worden und mit – durch die UN-Antifolterkonvention recht eindeutig verbotenen – Scheinhinrichtungen vergleichbar sei.<sup>1646</sup>

“The memory of an execution will haunt someone for a very long time and damage his or her psyche in ways that may never heal. In my view, to make someone believe that you are killing him by drowning is no different than holding a pistol to his head and firing a blank. I believe that it is torture, very exquisite torture.”<sup>1647</sup>

BefürworterInnen der Methode nannten die typischerweise mit “*torture lite*” in Verbindung gebrachten Eigenschaften, die belegen sollten, dass es sich *nicht* um Folter handele: “*Waterboarding creates no physical pain, does no bodily harm and results in no lasting damage. It simulates*

<sup>1641</sup> Hochschild, Adam 2004: What’s in a Word? Torture, in: NYT, 23.05.2004.

<sup>1642</sup> Zitiert nach: Reuters 2004: Iraqi Journalists Report Abuse As Detainees in U.S. Hands, in: NYT, 18.05.2004.

<sup>1643</sup> *Staff Sagent* Ivan Frederick zitiert nach: Sontag, Susan 2004: Regarding The Torture Of Others, in: NYT, 23.05.2004.

<sup>1644</sup> Vgl. S. 256 der Arbeit.

<sup>1645</sup> Vgl. Bloom, Julian 2008: Waterboarding As Art, in: NYT, 30.07.2008.

<sup>1646</sup> So wurden Fälle von *waterboarding* 1902 durch das US-Militär auf den Philippinen juristisch verfolgt. Vgl. *OpEd* der *New York Times* vom 01.11.2007 mit dem Titel “*Torture and the Attorneys General*”.

<sup>1647</sup> McCain, John 2005: Torture’s Terrible Toll, in: Newsweek, 21.11.2005.

*drowning. It is frightening. Will we next be prohibited from jumping out of a closet and shouting, 'Boo'?*<sup>1648</sup> Außerdem hänge, wie immer, die Einordnung und Anwendung von den Umständen ab, wie Dick Cheney in einem Radiointerview erklärte: *“There was nothing wrong with dunking a terrorism suspect in water if it saved lives.”*<sup>1649</sup> Im Sinne des Gezerres über die Gültigkeit der Folternorm ordnete die *USA Today* die Diskussion richtig ein: *“The debate, of course, is about more than just one technique. At base is the smoldering question of whether the United States can devise a system to extract valuable information from suspected terrorists without abandoning its basic values.”*<sup>1650</sup>

Letztlich war in den USA also nicht nur der Bruch eines Schweigetabus und Denkverbotes zu beobachten, sondern auch eine *Ent-Totemisierung* von Folterhandlungen, indem mit der Einführung neuer Kategorien wie *torture lite* nicht mehr alle diese Praxen hinter dem Schleier des Tabus verborgen blieben und es als notwendig anerkannt wurde, sich über eine Enttabuisierung einiger dieser Handlungen Gedanken zu machen.<sup>1651</sup>

### *Frontalangriffe: Das Foltertabu als irrationale Konstruktion, die Folterdiskussion als irrationale Antwort*

Führte die Ent-Totemisierung von Foltermethoden und der damit weiter gestärkte Vorwurf der FolterbefürworterInnen, man könne sich nicht mehr legitim auf die Extremposition einer totalen Ablehnung von Folter zurückziehen, unbewusst zu einer weiteren Erosion des Foltertabus, so gab es auch einige direkte Angriffe von NormgegnerInnen auf die Tabuisierung von Folter. So wurde argumentiert, es sei unsinnig, das Foltern von Terroristen strengstens untersagen zu wollen, wenn man diese legitimerweise bombardieren dürfe:

“When our soldiers go out and they are engaging al-Qaida, they don’t give them a trial. They don’t read them their Miranda rights. They don’t sit down and see what they can do to ask them if they would change their heart. They shoot them. We are at war with them. They are a hostile enemy, and we do that.”<sup>1652</sup>

Und selbst außerhalb des Kriegsrechts sei unverständlicherweise zwar als letztes Mittel die Tötung erlaubt (Stichwort: finaler Rettungsschuss), nicht aber “nicht-letale” Folter.<sup>1653</sup> Beides

<sup>1648</sup> Leserbrief von Zahn, Bert W. 2007: Waterboarding is necessary in some situations, in: *USA Today*, 19.11.2007.

<sup>1649</sup> Lewis, Neil A. 2006: Furor Over Cheney Remark on Tactics for Terror Suspects, in: *NYT*, 28.10.2006.

<sup>1650</sup> Kommentar der *USA Today* vom 13.11.2007 mit dem Titel *“Waterboarding illegal? Time for Congress to end the debate“*.

<sup>1651</sup> Im Unterschied zum Prozess der Ent-Totemisierung beim nuklearen Tabu ist im Fall des Folterverbots jedoch erneut darauf hinzuweisen, dass, wie auf S. 283 der Arbeit bereits angeführt, das Foltertabu nicht um einen Totem-Gegenstand gebildet wurde (wie es auch einige andere Eigenschaften eines Totems wie etwa das Vorhandensein von Hohepriestern, nicht aufweist) sondern hier vielmehr alle Handlungen einer Art tabuisiert wurden.

<sup>1652</sup> U.S. Congress 2005: Executive Session: Nomination of Alberto R. Gonzales to be Attorney General, Statement von Senator Jeff Sessions, 01.02.2005. Von Seiten der FoltergegnerInnen würden nur selten Gegenargument gegen solche – recht häufig angestellten – Vergleiche vorgebracht. Als einer der wenigen argumentierte Darius Rejali, der Verfasser eines Standardwerkes über Folter, dass *“[t]he people you’re killing with a Predator (...) are not detained and helpless,”* und verwies damit auf den zentralen Akt des Brechens des menschlichen Willens. Zitiert in: Shane, Scott 2009: Torture versus War, in: *NYT*, 19.04.2009.

<sup>1653</sup> Vgl. Ignatieff, Michael 2004: *The Lesser Evil. Political Ethics in an Age of Terror*, Edinburgh, S. 139.



könne gleichermaßen aus dem grundlegenden Recht auf Selbstverteidigung abgeleitet werden – insofern sei das Folterverbot als absolutes Recht juristisch falsch kodiert worden:

“Torture is permissible where the evidence suggest that this is the only means (...) to save the life of an innocent person. The reason that torture in such a case is defensible and necessary is because the justification manifests from the closest thing we have to an inviolable right: the right to self-defense, which of course extends to the defense of another.”<sup>1654</sup>

Insbesondere Dershowitz tat sich bei dieser “Irrationalisierung” des Foltertabus hervor, indem er darauf hinwies, dass es unlogisch sei, rechtlich angeordnete Folterungen affektartig abzulehnen, gleichzeitig aber die Todesstrafe zu befürworten. Schließlich würden Personen in der “*death row*” die Frage, ob sie lieber gefoltert statt hingerichtet werden würden, sicherlich bejahen, zudem sei das Warten auf die eigene Hinrichtung eine Art von Folter, die die USA in Kauf nähmen.<sup>1655</sup> Grund hierfür sei lediglich, dass “[r]aising the issue of torture makes Americans think about a brutalizing and unaesthetic phenomenon that has been out of our consciousness for many years”, woraus er wiederum schloss, dass “[i]n the end, absolute opposition to torture – even non-lethal torture in the ticking-bomb-case – may rest on historical and aesthetic considerations than on moral or logical ones.”<sup>1656</sup> Auch Posner ging davon aus, dass “[t]he real ground for their [liberale FoltergegnerInnen, SoSchi] condemnation is revulsion. The importance of revulsion as a factor in morality and law cannot be denied, but should not be allowed to occlude consideration of instrumental considerations.”<sup>1657</sup> Die Bevölkerung könne, ja müsse sich also erst daran gewöhnen, Folter als positives Mittel anzusehen, das helfe, Leben zu retten: “Our reflex rejection of torture needs to be replaced by recognition that it can be a moral means of saving lives.”<sup>1658</sup>

Solche Argumente gipfelten in der Aussage, die Aufrechterhaltung des Tabus würde Menschenleben kosten: “Lost lives hurt a lot more than bent principles. (...) Hopefully, the debate on torture will prompt us to correct some of these fundamental failings.”<sup>1659</sup>

Allerdings argumentierten nur recht wenige FolterbefürworterInnen auf diese Weise – und ähnlich selten waren Vorwürfe auf Seiten der FoltergegnerInnen zu hören, die Diskussion über die Legalisierung von Folter entbehre eines rationalen Kerns und sei nur den vorherrschenden Gefühlen der Angst nach den Anschlägen, des Hasses auf die Täter sowie der Frustration darüber geschuldet, sich vor den Angriffen eines gesichtslosen Feindes

<sup>1654</sup> Bagaric, Mirko/Clarke, Julie 2007: *Torture. When the Unthinkable is Morally Permissible*, Albany, S. vii.f.

<sup>1655</sup> Diese Argumente stammt nicht von Dershowitz, sondern aus: McCarthy, Andrew C. 2006: *Torture: Thinking about the Unthinkable*, in: Greenberg, Karen J. (Hrsg.): *The Torture Debate in America*, Cambridge, S. 98-110, hier S. 106; bzw. aus: Posner, Richard A. 2006: *Not a Suicide Pact. The Constitution in a Time of National Emergency*, Oxford, S. 82.

<sup>1656</sup> Dershowitz, Alan D. 2002: *Why Terrorism Works. Understanding the Threat, Responding to the Challenge*, New Haven, S. 149.

<sup>1657</sup> Posner, Richard A. 2006: *Not a Suicide Pact. The Constitution in a Time of National Emergency*, Oxford, S. 82f.

<sup>1658</sup> Bagaric, Mirko/Clarke, Julie 2007: *Torture. When the Unthinkable is Morally Permissible*, Albany, S. vii.

<sup>1659</sup> Bagaric, Mirko/Clarke, Julie 2007: *Torture. When the Unthinkable is Morally Permissible*, Albany, S. x.

kaum schützen zu können. Noch kurz nach den Anschlägen war vor solch blindem Aktionismus gewarnt worden:

“Two months into the war against terrorism, the nation is sliding toward the trap that we entered this conflict vowing to avoid. Civil liberties are eroding, and there is no evidence that the reason is anything more profound than fear and frustration. We trust the Bush administration is not seriously considering torture – an idea that seems more interesting to radio talk shows and columnists than to government officials.”<sup>1660</sup>

Die hier noch geäußerte Hoffnung, die Normerosion könnte aufgehalten werden hat sich – auch und gerade durch eine für die unbedingte Gültigkeit der Norm ungünstige Debattenführung auf *beiden* Seiten – nicht erfüllt. So wurde von einigen DebattenteilnehmerInnen im Verlauf der Jahre selbst erkannt, dass hier eine “*corrosion*” Von Werten stattfand:<sup>1661</sup> “*It is clear that this taboo has been significantly eroded.*”<sup>1662</sup>

### 6.1.4 Empiriefazit: Erosion ja, aber wie?

“[F]or the first time in a great many years, torture was normalized – presented as something acceptable.”<sup>1663</sup>

Vor dem Hintergrund der bisher gemachten Aussagen über Verlauf, Akteurspositionen und Argumentationen soll nun zusammenfassend bewertet werden, inwiefern das Foltertabu – im Sinne der zuvor aufgestellten Kriterien – “Opfer” einer Normerosion geworden ist und welches die wichtigsten Gründe für diesen Prozess waren.

Am Ende von Kapitel 5.1.3 wurden als tabutypische Hauptkriterien für eine Erosion zum einen der Versuch einer Akteursgruppe genannt, öffentlich eine ernsthafte Diskussion über den Bruch des Tabus – in diesem Fall also die Legitimierung von Folterungen – zu beginnen (1) und zum anderen eine Veränderung der Debattenstruktur, nach der eine argumentative Positionierung *für* den Bruch des Tabus als rationale Diskursposition anerkannt würde (2).<sup>1664</sup> Hinzu kommt die Frage, ob, wie von vielen FoltergegnerInnen erhofft, eine Retabuisierung eingetreten ist (3). Wie oben gezeigt, sind die ersten beiden Kriterien von der Debatte über das Foltertabu in den USA in den zurückliegenden Jahren klar erfüllt worden – allerdings in beiden Punkten mit durchaus überraschenden Aspekten. Zu einer Retabuisierung kam es dagegen, im Gegensatz zum Fall des nuklearen Tabus, leider nicht.

Bezüglich des erstgenannten Kriteriums hätte man erwarten können, dass gerade die US-Regierung ein Interesse an einer solchen Diskussion gehabt, diese vielleicht sogar angestoßen oder vorangetrieben hätte. Auf diese Weise hätte sie – öffentlich legitimiert –

<sup>1660</sup> Editorial der *New York Times* mit dem Titel “*Disappearing in America*”, erschienen am 10. November 2001.

<sup>1661</sup> Senator Dodd zitiert in: Herbert, Bob 2007: *The Real Patriots*, in: NYT, 19.02.2007.

<sup>1662</sup> Allen, Jonathan 2005: *Warrant to Torture? A Critique of Dershowitz and Levinson*, in: ACDIS Occasional Paper 2005: 1, S. 1.

<sup>1663</sup> Žižek, Slavoj 2007: *Knight of the Living Dead*, in: NYT, 24.03.2007.

<sup>1664</sup> Vgl. S. 198 der Arbeit.

ihren Handlungsspielraum im Umgang mit den ihr Land bedrohenden, neuen politischen Akteuren auf Kosten der bestehenden Normen ausweiten können – denn *dass* viele Mitglieder der Bush-Regierung spätestens ab dem Jahr 2002 den dringenden Bedarf sahen, ihren Handlungsspielraum (sprich: die Auswahl erlaubter Verhörmethoden) auf Kosten der Norm auszuweiten, ist durch die internen Memoranden hinreichend belegt. Dabei erweist es sich rückblickend als tragisch, dass die Mehrzahl der Mitglieder der Bush-Administration und teilweise wohl auch Mitglieder der Obama-Administration *unhinterfragt* davon ausgingen, dass “harte Verhörmethoden” bei Terrorverhören das beste Mittel seien, um weitere Anschläge zu verhindern – eine Prämisse, der erst sehr spät im Debattenverlauf thematisiert und (hauptsächlich von VerhörspezialistInnen des FBI) hinterfragt wurde:

“The policy seems to have been based on some combination of political preference and intuitive belief about human nature. Yet from the start, top White House officials were utterly convinced that coercion was foolproof. John Yoo (...) said unabashedly, ‘It works – we know it does. The CIA says it does and the Vice President says it does.’”<sup>1665</sup>

Vor dem Hintergrund des Schocks, den “9/11” in den USA auslöste und der – psychologisch verständlichen – absoluten Dämonisierung gewaltbereiter Islamisten als irrational und “*subhuman*”, erscheint es mir allerdings fraglich, ob es in das “*mind set*” der Bush-Administration und weiter Teile der Bevölkerung gepasst hätte, anzuerkennen, dass man auch Terrorverdächtige “vernünftig” verhören und sie teilweise mit den gleichen Anreizen hätte “ködern” können, wie früher (zunächst ebenfalls dämonisierten) InformantInnen des Kalten Krieges.<sup>1666</sup> So stand der vermutlich auch bei vielen Regierungsmitgliedern vorhandenen, reflexartigen Ablehnung von Folter der ebenso reflexartige Impuls gegenüber, die neuen Feinde als so *anders* wahrzunehmen, dass ihnen mit normalen Mitteln nicht zu begegnen sei.

Dafür, dass die FolterbefürworterInnen innerhalb der Regierung und Administration ihre Überzeugungen und Absichten geheim hielten, sind mehrere Gründe denkbar: Erstens wäre es möglich, dass sie davon ausgingen, ein Großteil der Bevölkerung würde den offensiven Umgang mit dem Thema Folter, bzw. *torture lite* weiterhin als nicht akzeptabel empfinden. In diesem Fall hätte die Regierung die einsetzende Erosion des Tabus durch die bereits laufenden öffentlichen Debatten unterschätzt und ein *window of opportunity* ungenutzt verstreichen lassen. Zweitens ist denkbar, dass die Regierung negative Reaktionen ihrer europäischen und islamisch-geprägten Alliierten befürchtete, welche die Auffassung einer notwendigen Einschränkung der Norm vor dem Hintergrund neuer weltpolitischer Gegebenheiten offensichtlich nicht teilten. Einerseits hätte die Regierung mit dieser Einschätzung zwar wahrscheinlich Recht behalten, wie der Skandal um die vermuteten Gefangenentransporte und Geheimgefängnisse der CIA in Europa gezeigt hat, andererseits ist hierbei unverständlich, warum sie auf solch absehbare Reaktionen Rücksicht nehmen sollte,

<sup>1665</sup> Mayer, Jane 2008: *The Dark Side. The Inside Story of How the War on Terror Turned into a War on American Ideals*, New York, S. 134.

<sup>1666</sup> Diesen Schluss legen insbesondere die frühen Aussagen al-Libis nahe, vgl. S. 334 der Arbeit.

wenn sie gleichzeitig vor aller Augen und ungeachtet der heftigen wie lautstarken Kritik eben jener Alliierten als *unlawful combatants* eingestufte Gefangene nach *Guantanamo Bay* fliegen ließ.<sup>1667</sup> Schließlich ist scheint mir wahrscheinlich, dass die NormgegnerInnen in Regierung und Administration davon ausgingen, ihren Handlungsspielraum geheim in größerem Maße ausweiten zu können, als dies mit öffentlicher Billigung möglich gewesen wäre (allerdings finden sich in den einschlägigen *memos* keine Hinweise darauf, dass solche Überlegungen angestellt worden wären) – in diesem Fall müsste man tragischerweise dem *norm challenger* Dershowitz Recht geben, der genau diese Entwicklung vorhergesagt hatte. Überhaupt ist rückblickend schwer zu sagen, ob es weniger Leid verursacht hätte, Folter in bestimmten Situationen tatsächlich zu legalisieren oder nicht – denn der Dammbbruch hinsichtlich der Anwendung von Folter trat ja ein, nachdem sie insgeheim legitimiert worden war. Die Frage, ob mit einer öffentlich bekannten Ausnahmeregelung *Abu Ghraib* hätte verhindert werden können, bleibt also offen.<sup>1668</sup>

Insgesamt bleibt in Bezug auf die Rolle der Bush-Regierung festzuhalten, dass diese sich zum einen vermutlich zumindest aus inneramerikanischer Sicht geschickter verhalten hätte, wenn sie sich in den bereits laufenden Debatten einer “gemäßigten” pro Folter-Position angeschlossen, also den (angeblich) begrenzten Einsatz von *torture lite*-Methoden offen befürwortet hätte, anstatt auf die Geheimhaltung ihrer internen Regelungen und der Folterungen selbst zu hoffen. Zum Anderen – und vor dem Hintergrund meiner Fragestellung wichtiger – war die (eben geheime) *non-compliance* mit und interne Einschränkung der Norm letztlich nicht ausschlaggebend für deren Erosion – auch wenn ihre Aufdeckung den öffentlichen Diskurs stark beförderte und verlängerte. Dieser Prozess wurde vielmehr von Debatten innerhalb der Bevölkerung angestoßen, die die absolute Gültigkeit des Folterverbots als erste wieder in Frage stellte und damit das mit dem Tabu einhergehende Denkverbot brach. Schließlich trug auch die öffentliche Diskussion maßgeblich zur Verschiebung der Diskurspositionen hin zu einer Rationalisierung von Folter befürwortenden und einer Entrationalisierung von Folter in jedem Fall verdammenden Standpunkt bei, wobei im Verlauf der Debatte die insgeheim festgelegte Position der Regierung von Personen außerhalb dieses politischen Kreises rationalisiert und legitimiert wurde (etwa von SenatorInnen oder den HerausgeberInnen des *Wall Street Journal*). Im Sinn eines simplen zweigeteilten *top-down* oder *bottom-up* Modells zwischen Regierung und

<sup>1667</sup> Da diese Überlegung jedoch auch immer wieder von den AutorInnen der *memos* angestellt wurden, scheint ihnen dennoch Beachtung geschenkt worden zu sein. Im Hinblick auf diese Frage hat es sich als Manko erwiesen, allein US-amerikanische Quellen heranzuziehen und nicht auch Stellungnahmen der US-amerikanischen Verbündeten zu berücksichtigen (was jedoch aus zeitlichen Gründen nicht möglich war).

<sup>1668</sup> Ähnlich schwierig ist eine Gesamteinschätzung der Sicherheitslage: Offensichtlich haben die Handlungen der USA Empörung unter den Alliierten, befreundeten Staaten und v.a. innerhalb der arabischen Welt ausgelöst, was sich sicherlich nachteilig auswirkt hat. Andererseits ist nicht bekannt, ob durch Folter erpresste Geständnisse uns tatsächlich weitere Anschläge in den USA und darüber hinaus erspart haben. Insbesondere Dick Cheney beharrt bis heute darauf, dass dem so ist. Selbst wenn dies der Fall sein sollte, lässt sich heute allerdings nicht mehr feststellen, ob man diese Informationen nicht auch ohne den Einsatz von Folter hätte erlangen können.

Öffentlichkeit lässt sich die Entwicklung der Debatte also nicht beschreiben, da zwischen den beiden Ebenen kaum ein Austausch feststellbar war – worüber sich nicht wenige FolterbefürworterInnen in der Bevölkerung bis zum Regierungswechsel beschwerten.<sup>1669</sup>

Im Hinblick auf diese Verschiebung von als legitim angesehenen Diskurspositionen (und damit Punkt 2)) ist besonders interessant, dass im Verlauf der Debatte nicht nur Argumentationen pro Folter als rational vertretbar anerkannt wurden, sondern auch die Position einer ausnahmslosen und unbedingten Ablehnung von Folter (wie sie das Völkerrecht vorsieht) zunehmend irrationalisiert wurde, da durch argumentative Konstruktionen wie das *ticking bomb-scenario* offen gelegt wurde, wie schwer es ist, eine Letztbegründung für den Nichteinsatz von Folter aufrecht zu halten. Zu dieser Erkenntnis konnte es jedoch überhaupt erst kommen, weil sich NormbefürworterInnen quer durch alle Akteursgruppen auf eine Debatte mit ihren DebattengegnerInnen einließen, statt diese unter Hinweis auf das Tabu abzublocken. Auch durch die Art ihrer Debattenführung haben FoltergegnerInnen ihren Teil dazu beigetragen, die Diskussion am Laufen zu halten. Als fatal erwiesen haben sich dabei insbesondere die Fokussierung auf eine prinzipiell widerlegbare Kosten-Nutzen-Argumentation, das Eingeständnis, sich in der früheren Ablehnung nicht mit der Frage *präventiver* Folter auseinandergesetzt zu haben sowie die Tatsache, dass kaum Alternativen für das Verhalten in Terrorverhören aufzeigt wurden, *obwohl* insbesondere die früh (von ihrer eigenen Führung und der CIA) aus dem Verhörprozeß gedrängten VerhörspezialistInnen des FBI genau dies hätten tun können. Welche Erfolge sie ohne die Anwendung von Folter erzielten, machten sie, wenn überhaupt, erst gegen Ende meines Untersuchungszeitraums öffentlich, als das Tabu längst gebrochen worden war und sie dem Mantra, dass der Einsatz “harter Methoden” alternativlos sei, kaum noch entgegentreten konnten. Als ebenso schädlich erwies sich, dass es FolterbefürworterInnen gelang, das neue Konstrukt einer Kategorie von Verhörmethoden unterhalb der Folterschwelle unter (fast) allen DebattenteilnehmerInnen zu verbreiten – ein politikwissenschaftlich schönes Beispiel dafür, wie Sprache Denkmuster und damit “Wirklichkeit” verändern kann, auch wenn diese Verschiebung der Wahrnehmung keinesfalls zu begrüßen ist.

Können die beiden Hauptkriterien der Erosion des Folterverbots also klar als gegeben eingestuft werden, fallen die Befunde bezüglich der (auf S. 198 der Arbeit beschriebenen) Nebenkriterien gemischt aus: Insbesondere die hier beschriebene Ent-Distanzierung (Punkt 3) ist offensichtlich nicht in dem Sinne eingetreten, dass die Regierung ihr Handeln offensiv gerechtfertigt hätte. Vielmehr wurde versucht, die Herausgabe weiterer *memos* unter Verstoß gegen den *Legislative Reorganization Act* zu verhindern und insbesondere Präsident Bush gegen Vorwürfe in Schutz zu nehmen, er selbst hätte durch die Annahme – evtl. auch Anforderung

---

<sup>1669</sup> Ein interner *top-down* Prozess in Bezug auf die *Anwendung* von Folter lässt sich dagegen nachweisen. Darüber, wie die in *memos* abgesegneten Foltermethoden über *Guantanamo* bis nach *Abu Ghraib* und darüber hinaus “migrierten“, liegen mittlerweile nicht nur mehrere lesenwerte Studien vor, sondern auch eine Oscar-prämierte Dokumentation (Gibney, Alex 2007: *Taxi to the Dark Side*).

– entsprechender Papiere versucht, Folter zu legitimieren. Die *Begründung* für die Distanzierungspraxis, nämlich der Versuch, sich ganz klar vom Handeln anderer, “unzivilisierter” Staaten abzugrenzen, war jedoch Gegenstand der Diskussion sowohl auf Seiten der Regierung wie auch bei VertreterInnen anderer Akteursgruppen: Sie forderten eine Angleichung der Kampfmethoden der USA an diejenigen ihrer – allerdings größtenteils nicht-staatlichen – Gegner, also eine Verabschiedung von gerade diesen grundlegenden Unterscheidungskriterien zwischen “zivilisiertem” staatlichen Verhalten und Guerillakriegsführung, wie der Einhaltung internationalen Kriegsrechts, um im *Global War on Terror* mehr Handlungsfreiheit zu erlangen.

Eine Ent-Archaisierung war insofern festzustellen, als darauf verwiesen wurde, dass die CIA schon früher Gefangene zum Verhör an Drittländer ausgeliefert habe. Einige FolterbefürworterInnen forderten explizit, die BürgerInnen der USA müssten es sich abgewöhnen, Folter mit mittelalterlichen Grausamkeiten zu assoziieren und stattdessen akzeptieren lernen, dass Folter Leben retten könne. Insbesondere Dershowitz tat sich dabei hervor, zu betonen, dass Folter im “Western” zwar lange Zeit totgeschwiegen, jedoch weiterhin praktiziert worden war.<sup>1670</sup> Zudem wurden häufig Vergleiche mit anderen historischen Krisensituationen (wie dem Außerkraftsetzen der *Habeas Corpus*-Prinzipien durch Lincoln) angestellt, um Einschränkungen der Gültigkeit grundlegender Normen zu rechtfertigen.

Diese Argumentation ging mit der Annahme einher, dass es sich bei diesen Maßnahmen um Ausnahmeregelungen (Punkt 4) handele, die zum einen wieder rückgängig gemacht würden, sobald die momentane Bedrohungslage nicht mehr gegeben und sie zum anderen unter Hinweis auf die bewusst angelegte Flexibilität US-amerikanischen Rechts auch juristisch zu rechtfertigen seien. Der Notwendigkeit des Findens einer neuen Balance zwischen Sicherheit und Freiheit wurde allgemein Rechnung getragen, eine Debatte darüber nicht nur akzeptiert, sondern vielfach gefordert. Besonders deutlich kommt die Einstellung, Folterfreiheit sei ein Grundrecht, das legitim gegen andere Rechte abgewogen werden könne, in den Memoranden der Regierung zum Ausdruck, wobei die generelle Forderung, man müsse in Krisenzeiten zum Teil Recht beschneiden, um dieses insgesamt erhalten zu können, auch öffentlich vertreten wurde. Vor dem Hintergrund der Normtheorie drängt sich eine Interpretation dieser Rechtsabwägungen als Gegenüberstellung von (durch Terrorismus bedrohter) Gesamtidentität und außer Kraft zu setzenden Teilidentitäten geradezu auf, wie sie auch von einigen DebattenteilnehmerInnen beschrieben wurde:

---

<sup>1670</sup> “Jeremy Waldron (...) quotes with approval an article in the 1911 edition of the *Encyclopedia Britannica* that asserts that the ‘whole subject [of torture] is now of only historical interest as far as Europe is concerned.’ That absurd position could be maintained only if one looked exclusively at what Europeans were saying about torture and not at what they were doing. Torture by Europeans was extensively practiced by the French in North Africa, by the British in India and Kenya, and by the Belgians in the Congo. It was used extensively during the First and Second World Wars.“ Dershowitz, Alan M. 2008: *Is There a Right to Remain Silent? Coercive Interrogation and the Fifth Amendment after 9/11*, Oxford, S. 59.

“Torture functions as a taboo, widely known, but about which we cannot speak. On the one hand, denying that we torture is crucial to maintaining the imagination of the United States as morally exceptional. On the other hand, retaining the prerogative to torture is essential for maintaining the imagination of the American nation-state as protector from the subhuman forces that threaten us.”<sup>1671</sup>

So zeigten die Fotos von Folterungen in *Abu Ghraib* in Wirklichkeit “*the very picture of the American soul in conflict with itself*.”<sup>1672</sup> Dieser Abwägungsmechanismus zwischen Teil- und Gesamtidentität, den Barack Obama mit als erstes verwarf, jedoch nicht ganz aus der Welt schaffen konnte, hätte ohne die vorherrschende – und hier möglicherweise von der früheren Regierung ausgenutzt oder sogar angeheizte – Angst nicht funktionieren können:

“There was a time, I thought, when there was general agreement among Americans that torture was beyond the pale. But when people are frightened enough, nothing is beyond the pale. And we’re in an era in which the highest leaders in the land stoke – rather than attempt to allay – the fears of ordinary citizens.”<sup>1673</sup>

Als in der Folterdebatte bedeutendstes Nebenkriterium hat sich die Ent-Universalisierung des Foltertabus (Punkt 6) herausgestellt. Wiederum unter Rückgriff auf die Rede von einer Ausnahmeregelung wurde durch die Verwendung vielfältiger Euphemismen das neue Menschenbild eines Terroristen konstruiert, der aufgrund bestimmter Überzeugungen und Handlungsintentionen seine Menschenwürde verwirkt hat und so legitimerweise gefoltert werden kann. Dies stellt einen krassen Bruch mit der Tradition der USA als demjenigen Land dar, das sich um die Universalisierung von Menschenrechten Ende des 18. Jahrhunderts und Mitte des 20. Jahrhunderts besonders verdient gemacht hat – schließlich haben die Vereinigten Staaten den Grundsatz der “*inalienable rights*” im ersten Satz ihres Gründungsvertrages niedergelegt und damit als erstes Land anerkannt, dass auch schuldigen StraftäterInnen noch Menschenrechte zugestanden werden müssen. Die Definierung von Terroristen als menschenrechtslose Individuen kann jedoch nicht als “Rückfall” in die Zeit vor diesen Erklärungen gewertet werden, da heute Individuen im Zentrum der Debatte stehen, deren Straftaten durch Folter verhindert, nicht aufgeklärt werden sollen, was der Richter und Rechtsprofessor Richard Posner im (bewussten?) Rückgriff auf die Argumentation Friedrichs des Großen auf den Punkt brachte:

“The dogma that it is better for ten guilty people to go free than for one innocent person to be convicted may not hold when the guilty ten are international terrorists seeking to obtain weapons of mass destruction.”<sup>1674</sup>

Folter wird, ganz nach der Lesart Foucaults, in ihrer modernen Variante zur Informationserpressung außerhalb eines Gerichtsverfahrens angewandt, wobei der Hinweis

<sup>1671</sup> Cananaugh, William T. 2006: Making Enemies. The Imagination of Torture in Chile and the United States, in: *Theology Today* 63:Oktober, S. 307-323, hier S. 312.

<sup>1672</sup> David Griffith, Autor der Monographie “*A Good War is Hard to Find. The Art of Violence in America*“, zitiert in: Sorrentino, Christopher 2007: Torture Chamber, in: *NYT*, 01.04.2007.

<sup>1673</sup> Herbert, Bob 2006: The Stranger in the Mirror, in: *NYT*, 19.06.2006.

<sup>1674</sup> Posner, Richard A. 2002: The Best Offense, in: *The New Republic*, 02.08.2002. Für dieses Argument Friedrichs vgl. S. 178 der Arbeit.

der FolterbefürworterInnen, diese Informationen seien unter den neuen Gegebenheiten noch wesentlich wichtiger als etwa in früheren, “normalen” Kriegen, schwer zu widerlegen ist. So ist auch zu erklären, dass die Insassen in *Guantanamo Bay* nicht nur nicht als Kriegsgefangene anerkannt wurden, sondern sich eher in einer Art “Informationsbeschaffungslager” befinden, als in einem “normalen” Gefängnis. Ein die Ent-Universalisierung begünstigender Faktor war sicherlich auch die unausgesprochene Annahme, es würden nur Angehörige einer anderen Kultur und Religion gefoltert, so dass man selbst nie Opfer dieser Entwicklungen werden könne (und sich somit vielleicht auch nicht automatisch in die Lage des Opfers versetzen musste) im Speziellen und die erstaunlich starke Amerikazentriertheit der Debatte in beiden Lagern der Diskussion, die sich nicht zuletzt in der Vorstellung niederschlug, die USA stünden als Erfinder des Völkerrechts über diesem, so dass sie seinen Anwendungsbereich “à la carte” wählen könnten, im Allgemeinen.

Insgesamt betrachtet hat, meiner Einschätzung nach, v.a. eine Kombination von drei der oben genannten Faktoren dazu beigetragen, dass es selbst nach der – zweifellos auch vor dem Hintergrund von Bushs Folterpolitik zu sehenden – Wahl Barack Obamas nicht zu einer Retabuisierung von Folter (Punkt 3) gekommen ist: Erstens ist das *ticking-bomb-scenario* so oft wiederholt worden, dass es sich in den Köpfen als *reales* Problem, “mit dem man irgendwie umgehen muss” festgesetzt hat. Hinweise von FoltergegnerInnen, solche Fälle gäbe es nur in Hollywood, sind in der Debatte untergegangen. Gerade für dieses Szenario fällt es FoltergegnerInnen jedoch schwer, gangbare Alternativen zu Folter aufzuzeigen. So bleibt ihnen die Möglichkeit, sich auf die “Extremposition”, Folter sei in jedem Fall moralisch, zurückzuziehen verwehrt. Ihr lange unhinterfragte Glaube, dass Folter grundsätzlich “*unthinkable*” sei, ist in den neun Jahren meines Untersuchungszeitraums so oft diskursiv erschüttert worden, das hiervon kaum noch etwas übrig ist. Vielleicht, um sich diese – scheinbar alternativlose – “Einsicht” etwas leichter zu machen, haben die allermeisten DebattenteilnehmerInnen das Konstrukt von “harten Verhörmethoden” unterhalb der Folterschwelle angenommen, das, obwohl fachlich wie justizistisch höchst zweifelhaft, so leicht nicht mehr aus den Köpfen zu verschwinden scheint. Gerade vor diesem Hintergrund ist der Ruf nach einer Retabuisierung – “*Ban Torture. Period.*” – heute kaum noch möglich, da angesichts der Ent-Totemisierung einzelner Foltermethoden und der *contestation* des Folterbegriffs selbst nicht mehr klar ist, was Folter eigentlich genau ist – und was nicht.<sup>1675</sup> Das Problem, sich mit dieser Frage – die sich früher nie gestellt hätte! – nun auseinandersetzen zu müssen und die “Büchse der Pandora” wieder zu schließen, hat wohl auch Barack Obama unterschätzt. Ein Zurück zu dem gesamtgesellschaftlichen Konsens, dass Folter “*unthinkable*” ist, ist so nicht möglich.

Andererseits hat sich trotz der langen, meist intensiv und breit geführten Debatte auch kein Konsens darüber herausgebildet, dass bestimmte Verhörmethoden (welcher Art auch immer) zu legalisieren seien. Die Ansichten, dass solche Praktiken nicht mit dem US-

---

<sup>1675</sup> Titel eines *Editorials* der *New York Times* vom 16.12.2005.



amerikanischen Selbstverständnis in Einklang zu bringen sind, dass die Folterpolitik Bushs ebenso skandalös wie sicherheitstechnisch schädlich war und ggf. juristische Konsequenzen haben sollte, sind weiterhin weit verbreitet. So zeigt sich die US-amerikanische Gesellschaft in der Folterfrage auch im Jahre zehn nach “9/11” tief gespalten: “*Although there are many things that divide America, I don’t think any issue divides this country as much as our approach to questioning those we’ve detained.*”<sup>1676</sup>

Einerseits lässt sich also schließen, dass das Foltertabu durch sprachliche *contestation* zerbrochen ist, wie durch die Einführung nun selbst kaum noch hinterfragbarer Kategorien (“der unmenschliche Terrorist”, “*torture lite*”, “*ticking-bomb-scenario*”), durch die gedankliche Alternativen (wie “normale” Verhörsituationen) schnell ins Abseits gerieten. Unzweifelhaft zeigt sich hier die “Macht des Diskurses”, unser Denken und (Sprech-)Handeln zu beeinflussen. Andererseits erscheint es zumindest im Hinblick auf die Folterdiskussion in den USA sehr fraglich, ob sich durch breite *constestation* von Normen gute, da breit legitimierte, soziale Verhaltensstandards entwickeln oder anpassen lassen. Bis heute ist in dieser Frage keine Lösung und kein wie auch immer gearteter Konsens in Sicht. So wünschte sich die Autorin, das Foltertabu wäre – auch sprachlich – nie gebrochen worden.

---

<sup>1676</sup> Leserbrief von Brainard, H. F. 2007: Waterboarding is necessary in some situations, in: USA Today, 19.11.2007.

## 6.2 Die Erosion des nuklearen Tabus<sup>1677</sup>

### 6.2.1 Einleitung: Überblick über das Kapitel

*“...it requires something more than pat moralizing about the  
terribleness of nuclear weapons or declaring the whole matter  
'unthinkable'. Nothing is unthinkable. But whether the unthinkable  
remains the undoable depends entirely on our willingness to think  
clearly about it, and to act on our conclusion.”<sup>1678</sup>*

Das komplexe Konstrukt des nuklearen Tabus, bei dem die Sonderstellung, die Nuklearwaffen beigemessen wird, sowie das Einsatz- und das Besitztabu unterschieden werden können, wurde in der Debatte um seine Gültigkeit durch eine Vielzahl verschiedener Ereignisse und Argumentationsweisen geschwächt, die im Folgenden dargestellt werden. Wie im vorangegangenen Kapitel zur Erosion des Folterverbots werde ich auch hier zunächst auf den groben Verlauf und die wichtigsten Akteure der Debatte eingehen (6.2.2). Da eine viel größere Spannbreite verschiedener Veränderungsprozesse den Diskurs bestimmten, als dies beim Folterverbot der Fall war, habe ich mich entschlossen, an dieser Stelle 11 wichtige Unterdiskurse zu skizzieren. Die von mir vorgenommene Einteilung in Unterdiskurse ergab sich daraus, dass der Debatte über das nukleare Tabu nicht eine Kernfrage zu Grunde lag, wie es beim Folterverbot der Fall war („Darf man unter bestimmten foltern oder nicht?“), sondern eine Reihe verschiedener Fragen aufgeworfen wurden, die auch die verschiedenen Ebenen des nuklearen Tabus angriffen und sich deshalb schwer unter einen „Gesamtdiskurs“ fassen ließen.<sup>1679</sup> Die Anzahl von 11 Unterdiskursen hat sich dabei aus der von mir gesichteten Literatur ergeben: Es sind diejenigen Themen aus dem sehr viel breiten Gesamtdiskurs der USA zu Nuklearwaffen (der etwa die gesamte Diskussion über den Umgang mit dem Iran umfasst), die direkt etwas über die Gültigkeit des nuklearen Tabus aussagen. Dabei sind einige der 11 Unterdiskurse über den gesamten Zeitraum der von mir gesichteten Debatte geführt worden und werden im Folgenden entsprechend ausführlich gewürdigt, andere flackerten nur wenige Wochen als Thema auf und werden deshalb entsprechend kürzer behandelt. Ich möchte allerdings bereits an dieser Stelle betonen, dass es mir *nicht* um die Darstellung dieser Unterdiskurse in ihrer Gesamtheit geht, sondern ich nur diejenigen Aspekte dieser Themen erwähnen werde, welche aus US-amerikanischer Sicht und für die US-amerikanische Diskussion im Hinblick auf das nukleare

---

<sup>1677</sup> Die Angaben aus dem Untersuchungszeitraum bis Ende 2005 stammen größtenteils von Elvira Rosert, die die Daten dieses Zeitraums für unsere gemeinsame Magisterarbeit ausgewertet hat, während ich nur einige Fachpublikationen, die entweder aus diesem Zeitraum stammen oder sich auf diesen beziehen, gesichtet habe. Entsprechend habe ich auch viele Einschätzungen und Interpretationen von Elvira Rosert bezüglich dieses Zeitraums übernommen. Allerdings hat Elvira Rosert in ihrer Darstellung des Diskurses einen Schwerpunkt auf die Debatte um den *Robust Nuclear Earth Penetrator* gelegt, der bei mir nur einen von 11 Unterdiskursen darstellt.

<sup>1678</sup> Stephens, Bret 2007: Who Needs Nukes?, in: WSJ, 20.03.2007.

<sup>1679</sup> So betrifft etwa der Unterdiskurs über den Tod Tibbets v.a. das Einsatztabu, während die Debatte über den Reliable Replacement Warhead (RRW) v.a. auf das Besitztabu abzielte.

Tabu wichtig erscheinen. So findet sich im folgenden Kapitel z.B. keine umfassende Abhandlung der US-Politik in Bezug auf das iranische Nuklearprogramm, sondern allenfalls kursorische Angaben zu den Höhepunkten dieser Diskussion, solange diese mit der Debatte um das Tabu generell in Zusammenhang stand – Iran-ExpertInnen mögen diese arg verkürzte Form der Darstellung entschuldigen. Dass die genannten 11 Diskussionsstränge eng miteinander verflochten sind und sich teilweise kaum getrennt voneinander betrachten lassen, wird an den häufigen Querverweisen innerhalb dieses Kapitels deutlich.

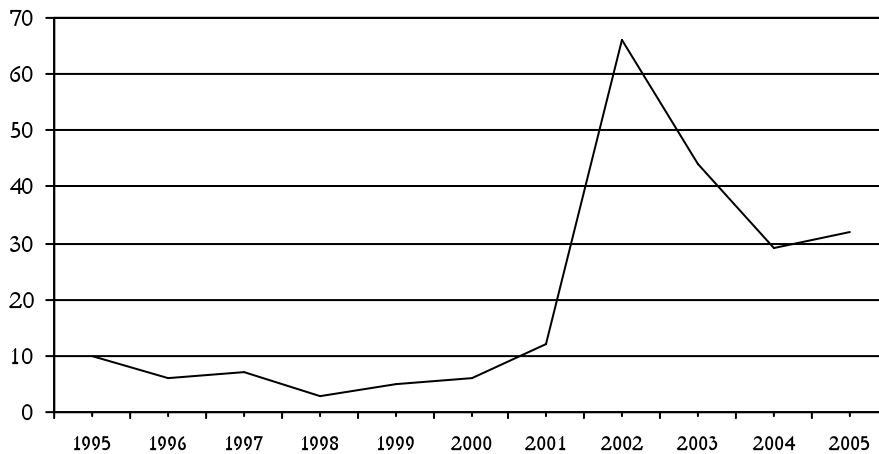
Im dritten Unterkapitel (6.2.3) zeige ich auf, wie sich die in den Unterdiskursen vertretenen Standpunkte aus komplexen Gedankengerüsten ableiten und begründen lassen. Dabei orientiere ich mich an den drei Dimensionen des nuklearen Tabus (Sonderstellung, Einsatz- und Besitztabu), die ich hier um einen Blick auf das Sprachtabu erweitert habe, welches die Metaebene der Diskussion – also die Frage, ob und wenn ja wie eine Diskussion über die Ebenen des nuklearen Tabus geführt werden sollte – spiegelt. Im abschließenden Unterkapitel (6.2.4) vergleiche ich die herausgestellten, wichtigsten Entwicklungen des Diskurses mit den in Kapitel 5.2.4 entwickelten Erosionskriterien.

## 6.2.2 Ablauf und Akteure des Diskurses

Im Vergleich mit der Debatte, die zur Erosion des Folterverbots führte, setzte jene über die Gültigkeit des nuklearen Tabus früher ein – bereits deutlich vor den Anschlägen vom 11. September 2001, auch wenn in Folge dieses Ereignisses die Intensität des Diskurses insgesamt zunahm und einige neue Unterdiskurse (v.a. im Zusammenhang mit Nuklearterrorismus) hinzutraten.<sup>1680</sup> Ähnlich wie bei der Folterdebatte ebte der Diskurs über Nuklearwaffen nach dem Amtsantritt Barack Obamas 2008 bis zum Ende des Untersuchungszeitraums 2009 keineswegs ab, sondern erhielt im Gegenteil noch einmal neuen Schwung. Die Debatte erstreckte sich somit zwar über einen längeren Zeitraum, als der Folterdiskurs, allerdings wurde sie weniger breit geführt, was sich an der insgesamt niedrigeren Anzahl von Quelldokumenten zeigt, die zudem häufig von ausgewiesenen ExpertInnen und selten “aus der Mitte der Bevölkerung” stammen.

---

<sup>1680</sup> Elvira Rosert hatte die von ihr erstellte Graphik wie folgt interpretiert: *“Zwar ist die Anzahl der Gesamtfundstellen seit 2001 angestiegen, man kann jedoch nicht sagen, dass es sich um einen besonders steilen Anstieg handelt – im Gegensatz dazu steht die Verteilung der internalisierungs- bzw. erosionsrelevanten Dokumente auf den Analysezeitraum: Während nur etwas mehr als ein Fünftel von ihnen aus den ersten 7 Untersuchungsjahren stammt, verteilen sich die übrigen 80% auf die letzten 4 Jahre (...).”* Rosert, Elvira/Schirmbeck, Sonja 2006: Das Ende der Selbstverständlichkeit. Zur Erosion internationaler Normen: Folterverbot und nukleares Tabu, Frankfurt am Main, S. 220.



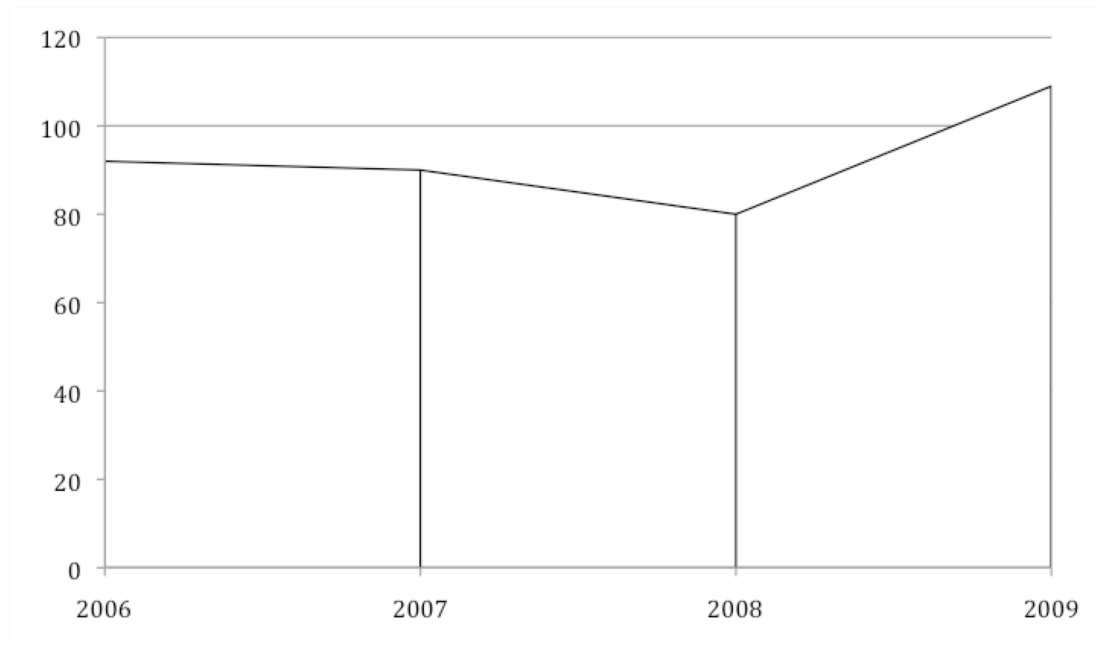
**Abb. 2: Verteilung der als relevant eingestuften Dokumente aus dem Untersuchungszeitraum 1995-2005<sup>1681</sup>**

Für den Untersuchungszeitraum von 1995-2005 hatte Elvira Rosert über 1.200 Zeitungsartikel der *New York Times*, der *USA Today* sowie der *Washington Post* gesichtet, von denen sich 160 als direkt relevant herausstellten, die restlichen als wichtige Quelle für notwendige Hintergrundinformationen.<sup>1682</sup> Hinzu kamen 11 Artikel des *Wall Street Journals* aus den Jahren 2002-2005 sowie 49 Verweisdokumente, so dass sich für den Zeitraum insgesamt die Anzahl von 220 analysierten Dokumenten ergab.<sup>1683</sup>

<sup>1681</sup> Die beiden Untersuchungszeiträume werden in getrennten Tabellen dargestellt, da Elvira Rosert, von der die Auswahl der Dokumente aus dem ersten Untersuchungszeitraum stammt, mit anderen Suchbegriffen gearbeitet hat, als ich für den Untersuchungszeitraum 2006-2009 (Vgl. S. 139 der Arbeit). Da ich mit offeneren Schlagworten gesucht habe, als Elvira Rosert, hatte ich deutlich mehr "Treffer" zu verzeichnen. Wie bereits bei Abb. 1 betont, sind jedoch beide Grafiken mit Vorsicht zu genießen, da die Anzahl der Dokumente zum einen nichts über Länge und Bedeutung der analysierten Texte aussagt und ich zum anderen zu Beginn einer Unterdebatte einige Dokumente als "direkt relevant" eingestuft habe (und sie somit in der Grafik oben ihren Niederschlag finden), im weiteren Verlauf der gleichen Unterdiskussion, wenn die ausgetauschten Argumente sich immer wieder wiederholten, jedoch als "indirekt relevant". Die Grafiken können deshalb nur einen groben Hinweis auf die schwankende Intensität des Diskurses geben.

<sup>1682</sup> Vgl. auch für das Folgende Rosert, Elvira/Schirmbeck, Sonja 2006: Das Ende der Selbstverständlichkeit. Zur Erosion internationaler Normen: Folterverbot und nukleares Tabu, Frankfurt am Main.

<sup>1683</sup> Für die Einbeziehung des *Wall Street Journals* vgl. S. 139 der Arbeit.



**Abb. 3: Verteilung der als relevant eingestuft Dokumente aus dem Untersuchungszeitraum 2006-2009**

Die Zunahme der Intensität der Debatte während einzelner Zeitabschnitte erklärt sich v.a. durch das Aufflammen größerer und kleinerer Unterdiskurse, die zum Teil zeitlich begrenzt waren, zum Teil den gesamten Debattenverlauf durchzogen und prägten. Im Folgenden werde ich die wichtigsten 11 dieser Unterdiskurse vorstellen, und zwar in chronologischer Reihenfolge ihres Auftretens. Das “große Bild” dieser verflochtenen Debattenstränge wird im folgenden Kapitel zur Sprache kommen.

#### *A new nuclear world (1995-2009)*

*“The Cold War antagonists, rather than dispatching their gigantic arsenals into the historical dustbin that swallowed their geopolitical struggle, have held on to them. What is more, they have begun to refurbish their warheads and delivery systems, build new generations of nuclear weapons, and redeploy and retarget them. The seminal event was the attack of September 11, 2001, which set in motion one of the few true revolutions in American nuclear policy since 1945.”<sup>1684</sup>*

Interessanterweise begann die von mir untersuchte Nukleardebatte so, wie sie auch endete nämlich bei der Frage, ob eine Welt ohne Nuklearwaffen möglich und wünschenswert sei – obwohl diese Frage während eines Großteils des Analysezeitraums Anathema war. Allein dies kann als Hinweis darauf gesehen werden, dass die Debatten des gesamten Untersuchungszeitraums (wie auch die noch etwas längere Zeitspanne vom Ende des Kalten

<sup>1684</sup> Schell, Jonathan 2007: The seventh decade: the new shape of nuclear danger, New York, S. 5.

Krieges bis heute) von einer elementaren Unsicherheit und Uneinigkeit darüber gekennzeichnet ist, welchen Stellenwert Nuklearwaffen heute im internationalen System im Allgemeinen und bei der Formulierung nationaler Sicherheitsstrategien im Besonderen zugemessen werden kann und sollte. Einigkeit bestand und besteht im Nukleardiskurs der USA nur über einen Punkt: Dass diese Frage nach dem Ende des Kalten Krieges neu beantwortet werden müsse.<sup>1685</sup> Aus dieser breit geteilten Überzeugung wurden von den DebattenteilnehmerInnen allerdings völlig konträre Schlüsse gezogen: TabuschützerInnen hegten, wie oben angedeutet, die Hoffnung, Nuklearwaffen und sämtliche mit ihnen zusammenhängenden Problematiken und Tabus bald auf dem Müllhaufen der Geschichte wiederzufinden. Bei TabugegnerInnen dominierte dagegen eine tiefe Verunsicherung über eine bedrohlich chaotische Welt, deren Unberechenbarkeit man noch am besten begegnen könne, indem man alle Verteidigungsmittel zusammenrafft, die man nur hat. Der genannte Grundkonsens und diese konträren Schlussfolgerungen ziehen sich – teils explizit, teils implizit und zu Missverständnissen führend – wie rote Fäden durch die unten aufgeführten zehn Debatten.

Dass sich die Hoffnung auf eine gleichsam automatisch einsetzende, vollständige nukleare Abrüstung der Supermächte des gerade beendeten Kalten Krieges nicht bewahrheitete, ist bereits am Ende des Einführungskapitels zur Entstehung des nuklearen Tabus angedeutet worden.<sup>1686</sup> Dennoch bestand zu Beginn meines Untersuchungszeitraums 1995 noch die Ansicht, dass eine Welt ohne Nuklearwaffen in naher Zukunft möglich sein könnte. Diesem Wunsch wurde besonders nachdrücklich am 50. Jahrestag des Atombombenabwurfs über Hiroshima Ausdruck verliehen, als tausende JapanerInnen den Ereignissen gedachten und US-KommentatorInnen dies zum Anlass nahmen, die Gültigkeit des Tabus zu bekräftigen und einmal mehr das apokalyptische Szenario eines weltweiten Nuklearkrieges, das aus ihrer Sicht weiterhin Wirklichkeit werden könnte, heraufzubeschwören:

“Fifty years later, with (...) 20,000 nuclear bombs rattling around the planet, the bomb is no longer a weapon. It is a doomsday machine. Today, if the line between conventional and nuclear weapons is crossed, it is the end of civilization. Today, atomic bombing is not strategic bombing by other means. It is an invitation to apocalypse. Accordingly, we have developed an absolute taboo against the use of nuclear weapons...”<sup>1687</sup>

Interessanterweise erteilte der damalige US-Präsident Clinton solchen Abolitionismus-Forderungen eine recht deutliche Absage, indem er betonte, Nuklearwaffen würden auch weiterhin eine wichtige Rolle in der US-Sicherheits- und Verteidigungsstrategie spielen,<sup>1688</sup>

<sup>1685</sup> Obwohl sich in einigen Unterdiskursen immer wieder der Verweis auf eine Kontinuität der US-Nuklearpolitik findet, insbesondere wenn es um die Frage der Anschaffung neuer Nuklearwaffen geht, vgl. z.B. S. 402 der Arbeit.

<sup>1686</sup> Vgl. S. 241 der Arbeit.

<sup>1687</sup> Krauthammer, Charles 1995: The Strategic Logic of Hiroshima, in: WP, 21.07.1995.

<sup>1688</sup> S. Rosenfeld, Stephen S. 1995: New Age Nukes, in: WP, 10.02.1995. Der zuvor verwendete Begriff “Abolitionismus” wird häufig – auch von mir – mit vollständiger nuklearer Abrüstung gleichgesetzt. In

während Colin Powell, der bereits als Präsidentschaftskandidat der Republikaner gehandelt wurde, auf den Tag hoffte, an dem die Anzahl weltweit verfügbarer Nuklearwaffen endlich *“down to zero”* sinken und *“die Welt zu einem viel besseren Ort”* würde.<sup>1689</sup> Diese Hoffnung teilte er nicht nur mit 84% der US-amerikanischen Bevölkerung, die 1997 erklärten, dass sie sich in einer nuklearwaffenfreien Welt weitaus sicherer fühlen würden, sondern auch mit einer Reihe anderer AbolitionistInnen, zu denen neben dem weltweiten Netzwerk *“Abolition 2000”* auch prominente Angehörige des US-Militärs zählten.<sup>1690</sup> So präsentierten Ende des Jahres 1996 zwei Generäle a. D., der ehemalige Befehlshaber des *Strategic Air Command* und Vier-Sterne-General Lee Butler sowie General Andrew Goodpaster, der als Eisenhowers rechte Hand galt, nach einem gemeinsamen Statement für eine nuklearwaffenfreie Welt eine Liste von 70 weiteren Generälen aus den USA und der ganzen Welt, die ebenfalls, *“for the first time the prospect of restoring a world free of the apocalyptic threat of nuclear weapons?”* in Sicht glaubten. Mit der Vernichtung des nuklearen Totems sollte die Wahrscheinlichkeit des Tabubruches auf Null gesenkt werden.<sup>1691</sup>

Die Tatsache, dass die UdSSR als Hauptfeind der USA und Hauptgrund für das nukleare Wettrüsten nun ausgefallen waren, stiftete jedoch nicht nur Hoffnung, sondern auch Unruhe und Angst:

“When I was young and coming up, it was a dangerous world, and we knew exactly who ‘they’ were. It was ‘us’ versus ‘them’ and it was clear who the ‘them’ was. Today, we’re not so sure who the ‘they’ are, but we know they’re there.”<sup>1692</sup>

---

früheren Jahrhunderten wurde er bereits auf andere Bewegungen zur Abschaffung bestimmter Missstände, etwa der Sklaverei oder der Prostitution, bezogen.

<sup>1689</sup> Powell zitiert in: Rosenfeld, Stephen S. 1995: New Age Nukes, in: WP, 10.02.1995. Dem Optimismus dieser Zeit verleiht auch ein Zitat Powells aus seiner 1995 verfassten Biographie Ausdruck: *“Während ich diese Zeilen schreibe, führt unser Staat nirgendwo Krieg. (...) Und wir wollen nicht die gewaltige Errungenschaft des vergangenen halben Jahrhunderts vergessen: unseren Sieg im Kalten Krieg. Die Gefahr der atomaren Vernichtung ist abgewendet, diese schreckliche Bedrohung, der die Welt ausgesetzt war, solange Ost und West an ihrem gegenseitigen Mißtrauen festhielten. (...) Diesen Sieg der Freiheit hinterläßt unsere Generation der Welt. Ich empfinde es als ein außerordentliches Privileg, daß ich an einer historisch so bedeutsamen Ära teilhaben durfte.”* Powell, Colin 1996: Mein Weg, München, S. 635.

<sup>1690</sup> Vgl. für die Umfrageergebnisse McGrory, Mary 1997: Poisoning the Atmosphere, in: WP, 10.04.1997 und für weitere Informationen über *“Abolition 2000”* die Website der Organisation, online unter: <<http://www.abolition2000.org>>, rev. 02.02.2012.

<sup>1691</sup> S. hierzu: McGrory, Mary 1996: Unofficial Leadership, in: WP 12.12.1996. Zumindest bei Butler scheint sich in dieser Hinsicht ein fundamentaler Sinneswandel, der auf eine späte Internalisierung der Nicht-Einsatz-Norm schließen lässt, vollzogen zu haben, wie folgender Kommentar – etwas spöttisch – nahelegt: *“As one of the allegedly sane ones who spent a military career promoting the madness of nuclear war, retired Gen. George Lee Butler now proclaims that U.S. nuclear policy is ‘fundamentally irrational.’ The onetime nuclear warrior, whose chores for the Air Force included approving thousands of sites to be annihilated, earned four stars before retiring in 1994 at age 55. In a speech here on Dec. 4, the former commander in chief of the Strategic Air Command dropped his bombshell: ‘Nuclear weapons are inherently dangerous, hugely expensive, militarily inefficient and morally indefensible.’ Now he tells us.”* McCarthy, Colman 1996: General’s Conversion a Non-Bombshell, in: WP, 17.12.1996. Vgl. für eine ähnliche Argumentation am Ende meines Untersuchungszeitraums das Unterkapitel *“A world without nuclear weapons?”* ab S. 460 der Arbeit.

<sup>1692</sup> George W. Bush zitiert in: Johnson, Glen 2000: In Iowa, Candidates Show Tendency to Trip on Words, in: Boston Globe, 23.08.2000.

George W. Bushs Zitat aus dem Jahr seiner Wahl zum US-Präsidenten 2000 zeigt eine tiefe Verunsicherung gegenüber der neuen Welt, in der es bald seine Aufgabe sein würde, seine Nation vor “them” zu schützen. Wer diese mysteriösen, nuklear bewaffneten Unheilsbringer sein könnten, deutete sich zwar ebenfalls bereits vor der Amtsübernahme Bushs an, aber erst Bush schien stark von dem Wunsch getrieben, “ihnen” ein Gesicht zu geben und sie zur Zielscheibe seiner Sicherheitspolitik zu machen: Die Horrorvision des vergangenen Jahrhunderts, die eines apokalyptischen *overkills*, wurde abgelöst durch die neuen Szenarien nuklear bewaffneter “Schurkenstaaten” und Terroristen, die bis zum Ende meines Untersuchungszeitraums – und vermutlich noch weit darüber hinaus – als ernstzunehmende Bedrohung angesehen wurden.<sup>1693</sup>

Insgesamt setzte sich im Unterdiskurs über die neue “nukleare Welt” die im Blick auf das Tabu ungünstigere Interpretation durch, dass eine weltweite nukleare Abrüstung, wie sie zunächst erhofft wurde, nicht nur nicht möglich sei, sondern dass auch eine Reihe neuer, möglicherweise überraschender nuklearer Gefahren laiere, so dass es in jedem Fall besser sei, alle Nuklearwaffen zu behalten, die man in den Arsenalen habe.

#### *Das Besitztabu unter Druck – weltweite Ausweitung der Proliferation (1995-2009)*

*“When the Soviet Union collapsed, five declared nuclear powers and Israel constituted the nuclear club. Today India, Pakistan and North Korea have joined their number. Iraq under Saddam Hussein came within perhaps a year of doing so, and Iran is waiting in the wings. We are poised on the brink of a new age of multiple nuclear powers.”<sup>1694</sup>*

Die Hoffnungen auf eine weltweite Abrüstung wurden nicht nur durch den Unwillen der früheren Supermächte getrübt, ihre “Totems” des Kalten Krieges zu verschrotten. Viele AnalystInnen ordneten die Tatsache, dass kleinere Staaten begannen, eigene Programme zur Produktion von Nuklearwaffen zu initiieren, auch als Folge des Endes der Blockkonfrontation an, durch die diese Staaten einen größeren außenpolitischen Handlungsspielraum erlangt hätten.<sup>1695</sup> Die Debatte wurde – auf Seiten der TabuschützerInnen wie –gegnerInnen – v.a. von vier Themen dominiert, die stark zu der nicht nur von George W. Bush gefühlten “nuklearen Unsicherheit” beitrugen, nämlich von der Sorge über drei (vermeintliche) Nuklearprogramme islamisch geprägter Staaten, nämlich

<sup>1693</sup> Der Begriff “Schurkenstaat”, bzw. “*rogue state*” ,wird im folgenden Unterkapitel häufig fallen, jedoch nicht, weil ich ihn mir zu eigen machen will, sondern nur, um die Position der *norm challenger*, die dieses Konzept als eine Grundlage ihrer Forderungen ansahen, nachzeichnen zu können. Der Begriff wurde bereits in den 1990er Jahren verwendet, durch Bush aber im Zusammenhang mit dem Konzept der “Achse des Bösen” prominent wieder aufgegriffen.

<sup>1694</sup> Walker, Martin 2007: Smoking Guns and Mushroom Clouds, in: NYT, 25.11.2007.

<sup>1695</sup> “Officials and nuclear experts who felt nothing but optimism in the early 1990s now see a world on the threshold of a dangerous arms race. Some (...) say the current situation is a natural byproduct of a fragmented world in which countries no longer have to choose between the United States and the Soviet Union, but can go separate ways and build independent alliances.” Linzer, Dafna 2006: Optimism Turns to Anxiety On Curbing Nuclear Arms, in: WP, 03.11.2006.



Pakistans, des Iraks und des Irans, sowie die um das Programm Nordkoreas, deren Staatschefs als unberechenbar und vielfach als “nukleare Irre” eingestuft wurden.

Der Schwerpunkt der Debatte über das *pakistanische* Nuklearprogramm hat sich im Verlauf meines Untersuchungszeitraums deutlich verschoben: Ende der 1990er Jahre stand die Befürchtung im Zentrum, Pakistans Nukleartests könnten die bisherige Nonproliferationspolitik, mit dem “Herzstück” des von Pakistan nicht gezeichneten NPT, vor eine Zerreißprobe stellen – das Besitztabu mit der bisherigen Einteilung in *haves* und *have-nots* könne auch von Ländern, die außerhalb des Regimes stünden, immer stärker unter Druck geraten und letztendlich kollabieren.<sup>1696</sup> Infolge des aufkommenden Diskurses über Nuklearterrorismus nach “9/11” wurde diese Sorge zumindest in Bezug auf Pakistan seltener angesprochen. An ihre Stelle trat die Befürchtung, Pakistans Regierung könne entweder zu schwach oder – nach einem möglichen islamistischen Putsch – nicht willens sein, die Nuklearwaffenbestnde des Landes gegen Diebstahl durch Terrororganisationen zu sichern. Die Sorge war so groß, dass ein Kommentator des *Wall Street Journal* der US-Regierung (ernsthaft) zu dem innovativen Nonproliferationsschritt riet, Pakistan die Bomben für ein Entwicklungsprogramm in Höhe von 100 Mrd. US-Dollar abzukaufen.<sup>1697</sup> Gegen Ende meines Untersuchungszeitraumes schienen sich solche Befürchtungen zumindest teilweise zu bewahrheiten, als das Netzwerk des “Vaters des pakistanischen Nuklearprogramms” Abdul Kadir Khan, aufflog und spekuliert wurde, ob Khan sein Wissen an Iran, Nordkorea oder andere Interessenten verkauft haben könnte: “[T]hanks to the likes of Pakistan’s A.Q. Khan and his ‘Nukes-R-Us’ operation, those with cash could acquire crude, but functional – and previously tested – atomic weapons.”<sup>1698</sup>

In das gleiche Jahr wie der erste pakistanische Nuklearwaffentest, 1998, fiel auch die Aufkündigung des *Iraks*, nicht mehr mit den Waffeninspektoren der IAEA zusammenarbeiten zu wollen. Endes des Jahres befahl Präsident Clinton daraufhin die gemeinsam mit Großbritannien ausgeführte Militraktion “*Operation Desert Fox*”, die explizit zum Ziel hatte, die Massenvernichtungswaffen des Irak und die nämlichen Produktionsstätten zu zerstören, bevor ein Angriff mit diesen Waffen erfolgte – ein “Premptivschlag”, wie George W. Bush (dessen Name in Zukunft eher mit dieser Art der Kriegsführung in Verbindung gebracht werden dürfte) ihn nicht klarer hätte durchführen können. Einen viel breiteren Raum als die Diskussion um “*Operation Desert Fox*” (die auch gegenüber Clintons *Impeachment*-Verfahren ins Hintertreffen geriet) nahm während des Untersuchungszeitraums selbstverständlich die Debatte um ein mögliches Nuklearprogramm des Iraks im Vorfeld des US-geführten Angriffs 2003 ein, wobei die Diskussionen auch nach der erfolgten Offensive immer wieder aufflackerten, als es darum ging, aufzuklären, wie es

<sup>1696</sup> Pakistan führte erst 1998 seinen ersten Nukleartest durch, obwohl das Nuklearwaffenprogramm des Landes vermutlich seit Ende der 1970er Jahre betrieben wurde.

<sup>1697</sup> Stephens, Bret 2008: Let’s Buy Pakistan’s Nukes, in: WSJ, 16.12.2008.

<sup>1698</sup> Gaffney, Frank 2009: The Cold War is over; Opposing view: Threat of nuclear proliferation is no longer just about U.S., Russia, in: USA Today, 14.04.2009.

zu der radikalen Fehleinschätzung, der Irak besitze Nuklearwaffen, hatte kommen können. Interessant ist, dass diese rückblickende Debatte nur innerhalb eines kleinen Personenkreises – zumeist Kongressabgeordneten, Angehörigen der Administration oder auch ZeitungsredakteurInnen, die sich für den Krieg ausgesprochen hatten sowie JournalistInnen, die versuchten, die Entscheidungswege im Weißen Haus nachzuzeichnen – geführt wurde. Ein großer öffentlicher Aufschrei, wie es ihn nach dem Bekanntwerden des *Abu Ghraib*-Skandals gegeben hatte, blieb aus – und anders, als während der Folterdebatte, in der die Bilder aus *Abu Ghraib* die Frage ins Zentrum gerückt hatten, ob und wenn ja, unter welchen Umständen *generell* gefoltert werden dürfe, wurde im Rahmen dieser kleinen Debatte um die Begründung des Irak-Krieges eher diskutiert, warum in diesem *speziellen* Fall falsche Informationen weitergegeben worden waren und eben nicht, ob Präventivschläge *generell* ein geeignetes Mittel zur Verhinderung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen seien, wie es Bushs Nuklearstrategie nahegelegt hatte.<sup>1699</sup> Dies ist umso erstaunlicher, als sich die beiden Diskurse an dieser Stelle überschneiden: Als Opfer des *Rendition*-Programms nach Ägypten verbracht, sagte das ehemalige *al Qaida*-Mitglied Ibn al Shaikh al-Libi unter Folter – und offensichtlich falsch – aus, er und seine Mitstreiter würden im Irak speziell für eine nukleare Kriegführung ausgebildet. Nachdem dieses “Geständnis” an Mitglieder der US-Administration, u.a. Colin Powell, weitergeleitet worden war, wurde es von ihr über Monate hinweg als ein Beweis für die Bereitschaft des Irak für den Einsatz von Nuklearwaffen gegen die USA genannt.<sup>1700</sup>

Vor und während des Irak-Krieges ab 2003 spielte jedoch nicht nur die Frage, ob das Besitztabu mithilfe von Präemptivschlägen aufrecht zu erhalten sei, eine Rolle,<sup>1701</sup> sondern auch die Frage, ob man zur Zerstörung der vermeintlich vorhandenen Lagerstätten irakischer Massenvernichtungswaffen das Einsatztabu brechen, sprich, kleine Nuklearbomben einsetzen sollte. William Arkin, als einer der wenigen Journalisten, die die Nuklearstrategie der US-Administrationen immer wieder an die Öffentlichkeit brachten, provozierte im Januar 2003 einen Skandal, als er enthüllte, dass US-MilitärplanerInnen nukleare Optionen für den bevorstehenden Angriff durchspielten.<sup>1702</sup> In der Tat antwortete

<sup>1699</sup> Vgl. zu den Reaktionen auf die Bilder aus *Abu Ghraib* S. 272ff. der Arbeit.

<sup>1700</sup> Vgl. Mayer, Jane 2008: *The Dark Side. The Inside Story of How the War on Terror Turned into a War on American Ideals*, New York, S. 137. Nach dem Amtsantritt Obamas wurde eine noch weitergehende, vorsätzliche Verbindung zwischen US-Angriffsplänen und Folterungen vermutet: “...Maj. Paul Burney, a United States Army psychiatrist assigned to interrogations in Guantanamo Bay that summer of 2002, told Army investigators (...): ‘A large part of the time we were focused on trying to establish a link between Al Qaeda and Iraq and we were not being successful.’ As higher-ups got more ‘frustrated’ at the inability to prove this connection, the major said, ‘there was more and more pressure to resort to measures’ that might produce that intelligence. In other words, the ticking time bomb was not another potential Qaeda attack on America but the Bush administration’s ticking timetable for selling a war in Iraq; it wanted to pressure Congress to pass a war resolution before the 2002 midterm elections.” Rich, Frank 2009: *The Banality of Bush White House Evil*, in: NYT, 26.04.2009.

<sup>1701</sup> Vgl. hierzu S. 391 der Arbeit.

<sup>1702</sup> Vgl. Arkin, William 2003: *The Nuclear Option in Iraq*, in: Los Angeles Times, 26.01.2003. Arkins Rolle bei der Aufdeckung geheimer Regierungsdokumente brachte ihm ein Porträt in der *Washington Post* ein, die seinen LA-Times-Chef mit den Worten zitiert, Arkin sei “*hydra-beaded*”. Solche Einschätzungen beruhen

der damalige *Chief of Staff*, Andrew H. Card, in einem NBC-Interview auf die Frage, ob auch der Einsatz von Nuklearwaffen zur Debatte stünde, er wolle dies nicht ausschließen: *“I’m not going to put anything on the table or off the table, but we have a responsibility to make sure Saddam Hussein and his generals do not use weapons of mass destruction.”*<sup>1703</sup>

Diese Aussage, die später sowohl von Verteidigungsminister Rumsfeld wie auch von Präsident Bush bestätigt wurde, rief einige Empörung hervor, welche sich in wütenden Leserbriefen niederschlug.<sup>1704</sup> Andererseits kamen Umfragen zu dem Schluss, dass eine Mehrheit von 60% der US-AmerikanerInnen Nuklearschläge gegen den Irak begrüßt hätten, falls der Irak die US-Truppen mit chemischen oder biologischen Waffen angegriffen hätte.<sup>1705</sup> Bekanntermaßen wurde das Einsatztabu auch im Irak-Krieg nicht gebrochen, zumal sich die Frage der Zerstörung von Massenvernichtungswaffen mittels kleiner Nuklearwaffen nicht ernsthaft stellte.<sup>1706</sup>

Noch bevor im Irak die Suche nach Massenvernichtungswaffen beginnen konnte, begann das Rätselraten um das Nuklearprogramm des Nachbarlandes Iran. Ab 2002 wurden die Vorwürfe, der Iran unterhalte ein geheimes Nuklearprogramm und verstoße damit gegen die Regeln des NPT, der zwar zivile Nuklearprogramme erlaubt, jedoch nur, solange diese offengelegt werden, immer lauter. Noch mehr als im Falle Pakistans stellte sich hier die Frage, inwieweit die Handlungen des Iran, als Unterzeichner des NPT, das Besitztabu unterminierten. Von allen Seiten wurde gewarnt, dass ein erfolgreicher Abschluss des iranischen Atomprogramms unter dem Dach des NPT ein regionales Wettrüsten auslösen könnte: *“[I]n the Middle East, Iran will accelerate its nuclear program, leading Saudi Arabia and Egypt to google ‘how to build the bomb.’”*<sup>1707</sup>

---

auf den vielfältigen Aktivitäten des investigativ tätigen Arkin, der sich selbst nicht als Journalist bezeichnen will und weder klar einem politischen Lager noch einer bestimmten Institution zuzuordnen ist: Außer für die *Los Angeles Times* schreibt er regelmäßig für mehrere andere Tageszeitungen, engagiert sich bei *Human Rights Watch* und einigen liberalen *think-tanks* – und pflegt zugleich enge Verbindungen zum Militär. Auch das Pentagon engagiert ihn zwar als Berater, ordnet ihn jedoch trotzdem in die *“nonsupporter category”* ein, weil er sicherheitsrelevante Informationen veröffentliche. Seine Informanten gibt Arkin nicht preis, im Pentagon spricht man von *“stolen documents”* und ist sich darüber einig, dass die Personen, die Informationen an Arkin weitergaben, *“very likely broke the law”*. S. ausführlich: Kurtz, Howard 2002: Explosive Analyst, in: WP, 24.05.2002.

<sup>1703</sup> NBC 2003: Andrew Card discusses the State of the Union, the situation in Iraq, affirmative action and Title IX, Transkript der Sendung *“Meet the Press”* vom 26.01.2003.

<sup>1704</sup> Vgl. z.B. den Leserbrief *“Dr. Strangelove Is Living in the White House”*, in: *Los Angeles Times*, 28.01.2003 sowie Kristof, Nicholas D. 2003: *Flirting With Disaster*, in: NYT, 14.02.2003.

<sup>1705</sup> Vgl. die Ergebnisse einer gemeinsamen Umfrage der *Washington Post* und *ABC News*, angeführt in: Paul, T. V. 2009: *The Tradition of Non-Use of Nuclear Weapons*, Stanford, S. 270, FN 13.

<sup>1706</sup> Aus welchem Grund zwar konventionelle, jedoch keine nuklearen bunkerbrechenden Waffen wie der B61-11 eingesetzt wurden, ist nicht klar: *“...the fact that the United States chose not to use the B61-11’s during the Iraq war suggests that either (a) even a relatively low-yield nuclear weapon detonated underground would produce too much damage, particularly if located in a densely populated urban area such as Baghdad or (b) there is a real stigma or aversion to U.S. first use of nuclear weapons, even against adversaries who cannot retaliate in kind.”* Pena, Charles V. 2003: *Mini-Nukes and Preemptive Policy. A Dangerous Combination*, in: CATO Institute Policy Analysis, Nr. 499, S. 10.

<sup>1707</sup> Maas, Peter 2006: *Nuclear nationalism*, in: NYT, 22.10.2006.

Wie mit dem Nuklearwaffenprogramm des Regimes in Teheran von Seiten der USA am besten umzugehen sei, blieb bis zum Ende des Untersuchungszeitraums (und vermutlich noch weit darüber hinaus) eine offene und – auch in Teilen der Öffentlichkeit – höchst umstrittene Frage, wobei sich in den unterschiedlichen Antworten hierauf stark differierende Grundhaltungen zum nuklearen Tabu offenbarten: Die “Falken” setzten, wie im Fall des Irak, auf eine Durchsetzung des für *have nots* bestehenden Besitztabus mittels Waffengewalt – ggf. durch den Bruch des Einsatztabus – und gleichzeitig auf eine nukleare Aufrüstung ihres Landes (als legitimem nuklearen Hohepriester) zum Zweck der Abschreckung illegitimer Nuklear-Aspiranten und um sich im Notfall gegen Angriffe der illegitimen Nuklearmächte verteidigen zu können. Die “Tauben” gingen dagegen davon aus, dass eine weltweite nukleare Abrüstung, inklusive der wichtigsten *haves*, eher ein Klima schaffen würde, in dem sich unliebsame Regime vom Streben nach Massenvernichtungswaffen abbringen lassen würden. Sie sahen den Schlüssel in der Sonderstellung von Nuklearwaffen, in diesem Fall im Prestige, das mit dem Besitz dieser Waffen verknüpft ist, indem sie forderten, die Rolle von Nuklearwaffen insgesamt herunterzuspielen,<sup>1708</sup> sowie dem Streben des Iran nach mehr internationalem Prestige mit anderen Mitteln gerecht zu werden, wie etwa durch verstärkte diplomatische Kontakte. Die Einordnung in “Falken” und “Tauben” und nicht in TabugegnerInnen und –befürworterInnen zeigen, dass die Fronten der Diskussion wesentlich komplexer waren, als in der Folterdebatte – denn schließlich ging es den “Falken” in erster Linie um die Wahrung des nuklearen Besitztabus, während die “Tauben” keinesfalls bereit waren, das Einsatztabu zu brechen.

Im Blick auf das Einsatztabu war es, ganz ähnlich wie im Fall des Irak-Krieges, einer der anerkanntesten Journalisten im Bereich der US-Nuklearpolitik, der 2006 nukleare Angriffspläne der US-Regierung auf den Iran offenlegte. Und ähnlich wie der Artikel von William Arkin schlug der Bericht Seymour Hershs im *New Yorker* in Presse und Öffentlichkeit hohe Wellen.<sup>1709</sup> Nach den Aussagen eines von Hershs interviewten hochrangigen Militärberaters pochten interessanterweise v.a. MilitärplanerInnen auf die Einhaltung des Einsatztabus, während die politisch Verantwortlichen auf der Möglichkeit eines Nuklearangriffs beharrten:

“Nuclear planners go through extensive training and learn the technical details of damage and fallout – we’re talking about mushroom clouds, radiation, mass casualties, and contamination over years. (...) These politicians don’t have a clue, and whenever anybody tries to get it out’ – remove the nuclear option – ‘they’re shouted down.’ The attention given to the nuclear option has created serious misgivings inside the offices of the Joint Chiefs of Staff, he added, and some officers have talked about resigning. (...). The Pentagon adviser on the war on terror confirmed that some in the Administration

<sup>1708</sup> Für den in diesem speziellen Fall verwendeten englischen Begriff “*to de-emphasize*”, gibt es – wir für viele Termini des Nukleardiskurses – keine wirklich treffende deutsche Entsprechung.

<sup>1709</sup> Seymour Hersh ist nicht nur einer der prominentesten Vertreter der Nukleardebatte, sondern hat auch die Folterdiskussion immer wieder mit wichtigen Artikeln, insbesondere Veröffentlichungen zum *Abu Ghraib*-Skandal, angeheizt. Sein Bericht über das Massaker von *My Lai* während des Vietnamkrieges brachte ihm 1970 den Pulitzer-Preis ein.

were looking seriously at this option, which he linked to a resurgence of interest in tactical nuclear weapons among Pentagon civilians and in policy circles. (...) He also confirmed that some senior officers and officials were considering resigning over the issue. ‘There are very strong sentiments within the military against brandishing nuclear weapons against other countries,’ the adviser told me. ‘This goes to high levels.’”<sup>1710</sup>

Trotz dieser inner-militärischen Kritik sprach sich zeitweise eine knappe Mehrheit der US-amerikanischen Öffentlichkeit für einen Angriff auf den Iran – nuklear oder nicht – aus, was sicherlich auch damit zusammenhing, dass eine Mehrheit den Versicherungen Teherans, man betreibe ein rein ziviles Nuklearprogramm, keinen Glauben schenkte.<sup>1711</sup> Angesichts der zunehmend desaströsen Lage im Irak sank diese Zustimmungsrage zu einem Militärschlag allerdings, so dass sich einige DebattenteilnehmerInnen zwar generell für einen Krieg mit dem Iran aussprachen, eine erfolgreiche Ausführung des Angriffs der damaligen Bush-Administration jedoch nicht zutrauten:

“...I have zero confidence in this administration’s ability to manage a complex military strike against Iran, let alone the military and diplomatic aftershocks. (...) I look at the Bush national security officials much the way I look at drunken drivers. I just want to take away their foreign policy driver’s licenses for the next three years. Sorry, boys and girls, you have to stay home now – or take a taxi. Dial 1-800-NATO-CHARGE-A-RIDE. You will not be driving alone. Not with my car.”<sup>1712</sup>

Vor diesem Hintergrund ist verständlich, dass 2007 ein Report des “*National Intelligence Estimate*” (NIE) für großes Aufsehen sorgte, demzufolge der Iran sein Atomprogramm bereits 2003 eingestellt hätte und nach dessen Veröffentlichung die harte Haltung der Bush-Administration v.a. von Seiten der linksgerichteten Presse umso schärfer kritisiert wurde, während einige Bush-UnterstützerInnen den Report als Hinweis dafür einstufte, dass Bushs Politik tatsächlich Wirkung zeigte.<sup>1713</sup>

Die Aufrechterhaltung des Einsatztabus im Konflikt mit dem Iran wurde auch zum Gegenstand des Wahlkampfes im Vorlauf der Präsidentschaftswahlen 2009, wobei die “Frontlinien” von BefürworterInnen und GegnerInnen eines evtl. Nuklearschlages gegen den Iran auch innerhalb der Parteien verliefen: Von eher dem linken Spektrum zuzuordnenden Zeitungen wurden die Äußerungen *aller* republikanischer Präsidentschaftskandidaten, mit Ausnahme John McCains, das iranische Nuklearprogramm

<sup>1710</sup> Hersh, Seymour 2006: The Iran Plans. Would President Bush go to war to stop Teheran from getting the bomb?, in: The New Yorker, 17.04.2006. Das Weiße Haus und der Bush-Administration eher freundlich gesonnene Medien dementierten in Folge den Bericht und verwiesen darauf, dass der Iran immer wieder zur Konflikteskalation beitrüge und nicht die USA, so z.B. die Herausgeber des *Wall Street Journal* in einem Editorial vom 12.04.2006 mit dem Titel “*In the Nuclear Casino, Iran Gambles Dangerously*”.

<sup>1711</sup> Vgl. Rich, Frank 2007: Noun + Verb + 9/11 + Iran = Democrats’ Defeat?, in: NYT, 04.11.2007 bzw. die Werte einer gemeinsamen Umfrage von Gallup, CNN und USA Today, angeführt in: Page, Susan 2006: Many fear Iran would use nukes against U.S., Israel; Poll shows public conflicted over how to deal with threat, in: USA Today, 14.02.2006.

<sup>1712</sup> Friedman, Thomas L. 2006: Iraq II or a Nuclear Iran?, in: NYT, 19.04.2006.

<sup>1713</sup> Vgl. z.B. Ignatius, David 2007: The Myth of the Mad Mullahs, in: WP, 05.12.2007 sowie für die Gegenseite Armitage, Richard L./Nye, Joseph S. Jr. 2007: Stop Getting Mad, America. Get Smart, in: WP, 09.12.2007.

notfalls mit Nuklearwaffen zerstören zu wollen, scharf kritisiert.<sup>1714</sup> Unter anderem wurde befürchtet, der bereits international ramponierte Ruf der USA könnte noch weiteren Schaden nehmen – ein Hinweis darauf, dass das nukleare (Sprach-)Tabu in anderen Teilen der Welt, anders als von der US-Administration, weiterhin als wichtig angesehen wurde:

“Refusal to rule out the use of small, ‘tactical’ nukes against Iran invites a further downward spiral of U.S. standing in the world, already damaged by the hasty and poorly managed war in Iraq. Rather than focusing attention on Iran’s nuclear ambitions, the threat risks raising international condemnation of the United States.”<sup>1715</sup>

Hillary Clinton, damals Anwärtlerin auf die demokratische Präsidentschaftskandidatur, versuchte eine Positionierung gegen einen Nuklearangriff auf den Iran für ihren Wahlkampf zu nutzen,<sup>1716</sup> hielt aber gleichzeitig ihrem Widersacher Obama, der in einem Interview eventuelle Nuklearschläge gegen Pakistan und Afghanistan kategorisch ausgeschlossen hatte,<sup>1717</sup> vor, dass...

“Presidents should be careful at all times in discussing the use and nonuse of nuclear weapons. (...) Presidents since the Cold War have used nuclear deterrents to keep the peace, and I don’t believe any president should make blanket statements with the regard to use or nonuse.”<sup>1718</sup>

Wann das iranische Programm wie weit fortgeschritten war und ob es tatsächlich dem Bau von Nuklearwaffen oder eher zivilen Zwecken dienen soll, kann nicht Gegenstand dieser Arbeit sein – es sei jedoch darauf hingewiesen, dass der Iran sein Nuklearprogramm offensichtlich weder während der Präsidentschaft Bushs abbrach, noch sofort auf die gesprächsbereite Haltung Obamas einging. Im Gegenteil stellte sich einen Tag nach der Verabschiedung einer von Präsident Obama eingebrachten UN-Resolution zur internationalen nuklearen Abrüstung heraus, dass Iran eine zweite, bisher unbekannte Stelle

<sup>1714</sup> Die USA Today sah dies als eine Steilvorlage für den Wahlkampf der Demokraten und erinnerte an den berühmten (und auf S. 236 der Arbeit erwähnten) Anti-Nuklearwaffen-Wahlkampfspots von Lyndon B. Johnson: “*The current crop of Republican presidential hopefuls seems to be inviting another daisy-girl ad. At last week’s CNN-sponsored GOP debate in New Hampshire, Rep. Duncan Hunter of California, as if channeling Goldwater, spoke of using tactical nuclear weapons as a last resort against Iran’s nuclear program. When three other candidates – former New York mayor Rudy Giuliani, former Virginia governor Jim Gilmore and former Massachusetts governor Mitt Romney – were asked about that, they were somewhat more measured but said all options should be on the table.*”, Editorial der USA Today vom 11.06.2007 mit dem Titel “*Loose talk about nukes could sink U.S. interests?*”.

<sup>1715</sup> Editorial der USA Today vom 11.06.2007 mit dem Titel “*Loose talk about nukes could sink U.S. interests?*”.

<sup>1716</sup> Vgl. Zeleny, Jeff 2007: Clinton, Too, Ruled Out A-Bomb Use, in: NYT, 10.08.2007.

<sup>1717</sup> Dieses Interview erregte großes Aufsehen, da die nämliche Aussage als Hinweis auf Obamas außenpolitische Unwissenheit und Schwäche ausgelegt wurde: “*AP: Sir, with regard to terrorism in Afghanistan and Pakistan ...; OBAMA: Yeab. AP: Is there any circumstances where you’d be prepared or willing to use nuclear weapons to defeat terrorism and Osama bin Laden? OBAMA: No, I’m not, uh, there has been no discussion of using nuclear weapons and that’s not a hypothetical that I’m going to discuss. AP: Not even tactical? OBAMA: No. I think it would be a profound mistake for us to use nuclear weapons in any circumstance. Uh, if involving you know, civilians... Let me scratch all that. There’s been no discussion of nuclear weapons. That’s not on the table so...*” Associated Press 2007: What Obama Actually Said, Auszug aus dem Transkript des Interviews vom 03.08.2008, online unter <[http://firstread.msnbc.msn.com/\\_news/2007/08/03/4427093-what-obama-actually-said](http://firstread.msnbc.msn.com/_news/2007/08/03/4427093-what-obama-actually-said)>, rev. 02.02.2012.

<sup>1718</sup> Kornblut, Anne E. 2007: Clinton Demurs On Obama’s Nuclear Stance; She Says It Is Unwise to Rule Out Using the Arms Against Terrorists, in: WP, 03.08.2007.

zur Anreicherung spaltbaren Materials unterhielt – woraufhin Obama von Seiten der rechtsgerichteten Presse als Schwächling verlacht wurde.<sup>1719</sup> Letztlich führte also in diesem Fall weder die Politik der “Falken”, noch die der “Tauben” zu einer Wahrung des Besitztabus.

Das iranische Nuklearprogramm wurde meist in einem Atemzug mit dem *Nordkoreas*, als dem dritten Land auf der von Bush gezogenen “Achse des Bösen” (neben den bereits diskutierten Ländern Irak und Iran), genannt,<sup>1720</sup> welches ab 2002 als zweites der “*world’s two biggest proliferation challenges*” angesehen wurde.<sup>1721</sup> Die Besorgnis über das Programm nahm, ebenso wie die Debatte darüber, im Laufe der Jahre zu, zumal Nordkorea 2003 seinen Austritt aus dem NPT und sich 2005 offiziell zur Atommacht erklärte sowie 2006 einen nur teilweise erfolgreichen (vermutlich) ersten Nukleartest durchführte, gefolgt von einem weiteren Test 2009.<sup>1722</sup>

Interessanterweise wurde dieses Programm beinahe ausschließlich als Bedrohung für das Besitztabu angesehen – zwar wurde Nordkorea in Äußerungen der Mitglieder der Bush-Administration, wie auch in der *Nuclear Posture Review* von 2002 als mögliches Ziel eines Nuklearschlags erwähnt, konkrete Diskussionen über einen Angriff wie im Falle des Iraks oder des Irans finden sich in meinen Quellen jedoch nicht.<sup>1723</sup> Viele DebattenteilnehmerInnen verwiesen im späteren Verlauf des Untersuchungszeitraums darauf, dass das Fehlen dieser Angriffsoptionen einer bereits nach der Produktion weniger Nuklearsprengköpfe funktionierenden nordkoreanischen Abschreckung geschuldet sei, was, ganz im Sinne des nuklearen Tabus, zeige, dass “*even a few weapons are enough to enhance a country’s status and bargaining power immensely.*”<sup>1724</sup> Umso häufiger wurde betont, dass das Verhalten Nordkoreas, ein militärisches Nuklearprogramm zu starten und nach einigem

<sup>1719</sup> So kritisierten die Herausgeber des *Wall Street Journal* in einem Editorial mit dem Titel “*The Disarmament Illusion*” vom 27.09.2009: “*‘Everything,’ said France’s Nicolas Sarkozy, ‘must be put on the table now.’ At least the French President tried to sound tough, which isn’t hard when you stand next to Mr. Obama. (...) Meantime, the U.S. and its allies dream. Mr. Obama used his global forum this week not to rally the world to stop today’s nuclear rogues but to offer lovely visions of disarmament in some distant future.*” Vgl. zur Resolution S. 464 der Arbeit.

<sup>1720</sup> Bush prägte diesen später ebenso scharf kritisierten wie häufig zitierten Ausdruck in einer *State of the Union Address* vom 29.01.2002. Die sog. “*Axis of Evil Speech*” findet sich online unter <<http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2002/01/20020129-11.html>>, rev. 02.02.2012.

<sup>1721</sup> Kessler, Glenn 2009: U.N. Wrangling Spotlights Gaps Between Nuclear Hopes, Reality, in: NYT, 25.09.2009. Bereits vor dieser Zeit war Nordkorea jedoch ein unsicherer Kandidat: Erst Mitte der 1980er Jahre dem NPT beigetreten, sorgte das Regime in Pjöngjang während der 1990er Jahre immer wieder für Querelen mit der IAEO, für die auch Clinton eine – diplomatische – Lösung zu finden versuchte. 2002 verschärfte sich die Lage zum einen aufgrund der “*Axis of Evil Speech*” Bushs und zum anderen aufgrund eines Berichts der CIA, demzufolge das Nuklearprogramm Nordkoreas weit vorangeschritten sei – was sich im Nachhinein als nur teilweise zutreffend herausstellte. Eine Zusammenfassung des CIA Berichts findet sich online unter: <<http://www.fas.org/nuke/guide/dprk/nuke/cia11902.html>>, rev. 02.02.2012.

<sup>1722</sup> Möglicherweise führte Nordkorea 2004 einen ersten Test durch, als es im unzugänglichen Norden des Landes zu einer gewaltigen Explosion kam, die die Führung in Pjöngjang jedoch als Sprengung zum Bau eines Staudamms deklarierte. Vgl. z.B. einen entsprechenden Bericht der BBC, online unter <<http://news.bbc.co.uk/2/hi/asia-pacific/3650702.stm>>, rev. 02.02.2012.

<sup>1723</sup> Vgl. zur NPR den Abschnitt ab S. 400 der Arbeit.

<sup>1724</sup> Feldmann, Noah 2008: Buildup to The Next War, in: NYT, 10.08.2008.

Vorlauf einfach aus dem NPT auszutreten, um die Entwicklung von Nuklearwaffen ohne diese rechtliche Bindung zum Abschluss zu bringen, keinesfalls Schule machen dürfe. Die Angst vor einem solchen Schneeballeffekt, der schnell zu einer weiteren Schwächung des NPT führen könnte, war somit auch ein zentrales Thema in Barack Obamas erster Rede vor der UN-Vollversammlung:

“Those nations that refuse to live up to their obligations must face consequences. This is not about singling out individual nations – it is about standing up for the rights of all nations that do live up to their responsibilities. Because a world in which IAEA inspections are avoided and the United Nation’s demands are ignored will leave all people less safe, and all nations less secure. In their actions to date, the governments of North Korea and Iran threaten to take us down this dangerous slope. (...) The world must stand together to demonstrate that international law is not an empty promise, and that Treaties will be enforced. We must insist that the future not belong to fear.”<sup>1725</sup>

Dennoch fürchteten viele US-AmerikanerInnen nicht nur, dass Drittstaaten das Vertrauen in die Wirksamkeit des NPT verlieren und Nuklearprogramme auflagen könnten, sondern fragten sich auch selbst *“whether the whole idea of containing the nuclear genie through a treaty system has reached a dead end.”*<sup>1726</sup> Ganz ähnlich wie beim Modell der Normdurchsetzung von Finnemore und Sikkink wurde der Befürchtung Ausdruck verliehen, man sei an einem *“‘tipping point’ in proliferation”* angelangt, nach dessen Überschreiten immer mehr Staaten die Regeln des NPT als hinfällig betrachten würden.<sup>1727</sup> Zu dieser beschleunigten Proliferation könnten die Handlungen Irans und Nordkoreas nicht nur direkt beitragen, indem sie für andere vermeintliche *“Schurkenstaaten”* zum Vorbild würden, sondern auch indirekt, indem sie ihren friedliebenden und international geachteten Nachbarstaaten keine andere Wahl ließen, als sich selbst durch Nuklearprogramme zu schützen, wobei in Bezug auf das nordkoreanische Programm immer wieder Japan und Südkorea genannt wurden.<sup>1728</sup>

Für NuklearexpertInnen war im Hinblick auf die Nuklearwaffen und ihren Besitzern eingeräumte Sonderstellung besonders interessant, dass sich nun nicht mehr die mächtigsten und angesehensten, reichsten und technologisch überlegenen Staaten Nuklearwaffen zulegten, wie es in der Frühphase nuklearer Proliferation bis zum Abschluss des NPT der Fall gewesen war, sondern nunmehr kleine, ärmere Staaten, die im Kreis der Nationen kein hohes Ansehen genossen – auch wenn über die Bezeichnung als *“Schurkenstaat”* Uneinigkeit bestand:

“Nuclear weapons technology has become a useful tool especially for the weak. (...) If they want to intimidate others, to be respected by others, this is now the easiest way to do it. Just produce nuclear weapons. The technology has become so simple that there

<sup>1725</sup> Obama, Barack 2009: Remarks of President Barack Obama - As Prepared for Delivery “Responsibility for our Common Future”, Address to the United Nations General Assembly, 23.09.2009.

<sup>1726</sup> Traub, James 2006: Why Not Build A Bomb?, in: NYT, 29.01.2006.

<sup>1727</sup> Pincus, Walter 2008: Panel Cites ‘Tipping Point’ On Nuclear Proliferation, in: WP, 16.12.2008. Für die Beschreibung des *“tipping points”* bei Finnemore/Sikkink vgl. S. 45 der Arbeit.

<sup>1728</sup> *“As the only country ever to suffer nuclear attack, Japan obviously has its own reasons to resist the very thought. But now that the lunatic regime next door, which has already overflowed Japan with its missiles, has officially gone nuclear, some rethinking is warranted.”* Krauthammer, Charles 2006: World War II is Over, in: WP, 20.10.2006.



are no technical barriers, and no barriers in the flow of information, that can prevent it. (...) Once a country has made the political decision to become a nuclear-weapons power, it will become one regardless of international sanctions or incentives. You needn't be rich. You needn't be technically developed. (...) At some point a change occurred. The great powers were stuck with arsenals they could not use, and nuclear weapons become the weapons of the poor.”<sup>1729</sup>

Die Auswirkungen dieser Entwicklung auf die Sonderstellung von Nuklearwaffen ist interessant – denn einerseits streben die *“nuclear poor”* unzweifelhaft nach dem Prestige der *nuclear haves*, andererseits untergraben sie mit ihrem Verhalten ein wichtiges Element, auf dem die Wahrnehmung besonders prestigeträchtiger Waffen beruht, nämlich den exklusiven Zugang zu ihnen. Je größer der nukleare Club wird, desto weniger erstrebenswert erscheint eine Mitgliedschaft im vormals stark begrenzten Kreis.

Parallel zur Diskussion über den Umgang mit dem Iran wurde auch im Fall Nordkoreas während des gesamten Untersuchungszeitraums diskutiert, inwiefern Verhandlungen mit der Führung in Pjöngjang Sinn machten (zumal, wie oben angeführt, eine militärische Aktion, anders als gegen den Iran, wohl nicht ernsthaft erwogen wurde), wobei sich auch hier *“Falken”* und *“Tauben”* gegenüberstanden, die jedoch beide keine großen Erfolge ihrer Strategie verbuchen konnten. Hatte Bill Clinton gegen Ende seiner Amtszeit noch eine Reise des US-Präsidenten nach Nordkorea vorgesehen, um das Land diplomatisch aufzuwerten, zeigte Bush kein Interesse, dieses Projekt der US-Demokraten fortzuführen und diffamierte Kim Jong Il 2001 stattdessen öffentlich als *“Pygmäen.”*<sup>1730</sup> Trotz solcher rhetorischen Geschütze mussten auch die AnhängerInnen von Bushs Politikstil spätestens beim Nukleartest Nordkoreas 2006 erkennen, dass der US-Präsident kaum in der Lage war, seine markigen Worte mit Taten zu untermauern – so konnte Bush nicht einmal die Frage eines Interviewers, was die Versicherung des Präsidenten, Nordkorea würde für seine nuklearen Verfehlungen zur Verantwortung gezogen, in der Praxis bedeuten solle (sprich: Nuklearschlag ja oder nein), beantworten.<sup>1731</sup> Im Verlauf seiner Amtszeit

<sup>1729</sup> Aussage eines russischen Nuklearexperten, zitiert in: Langewiesche, William 2007: *The Atomic Bazaar. The Rise of the Nuclear Poor*, New York, S. 13. Abgesehen von der Anspielung auf das nukleare Tabu im letzten Satz würde ich diese Aussage jedoch mit einigen Fragezeichen versehen, denn erstens haben erstaunlich wenige arme Länder, die sich als Regionalmächte verstehen oder sich zu solchen aufschwingen wollen, ein Nuklearwaffenprogramm gestartet und zweitens sind solche Programme, wie gerade an den Beispielen des Irans und Nordkoreas zu sehen ist, weder billig noch technologisch einfach zu unterhalten – man denke nur an Irans Probleme bei der Anreicherung von genügend spaltbarem Material oder Nordkoreas *“Rohrkrepierer”* 2006 und evtl. auch 2004 *trotz* langjähriger und mit großem finanziellen Aufwand betriebener Forschungen.

<sup>1730</sup> Vgl. Fineman, Howard 2002: *‘I Sniff Some Politics’*, in: *Newsweek*, 27.02.2002. Kim Jong Il war über diese Äußerung wenig begeistert. Reaktionen von VertreterInnen des Volks der Pygmäen, die die Äußerung ebenfalls als Beleidigung empfunden haben dürften, finden sich in meinen Quellen dagegen nicht.

<sup>1731</sup> *“In an interview aired last week, George Stephanopoulos put the question to President Bush: What would he do if North Korea sold nukes to Iran or al-Qaeda?” Bush replied, ‘They’d be held to account.’ Seeking specifics, Stephanopoulos asked: ‘What does that mean?’ The president answered, ‘I want the leader of North Korea to understand that he’ll be held to account. Just like he’s being held to account now for having run a test.’ Say what? If North Korea sells a nuclear weapon to Osama bin Laden or Iranian President Mahmoud Ahmadinejad, he should expect the United States to go to the United Nations and negotiate further sanctions? And if al-Qaeda sneaks that bomb into the United States and we awake to the*

wurden Bushs Äußerungen gegenüber Nordkorea immer weniger auftrumpfend, was in Reihen seiner BefürworterInnen auf Kritik stieß – so wurde insbesondere die 2008 erfolgte (jedoch nicht eingehaltene) Abmachung, dass die USA Nordkorea von der Liste terrorisierender Staaten streichen würden, wenn der nordkoreanische Reaktor in Yongbjon demontiert würde, als Anzeichen einer zunehmenden Schwäche Bushs angesehen, die auch von anderen Nationen ausgenutzt werden könnte:

“Most troubling is the message all of this sends to Iran, or other rogue states. The lesson is that when you build a weapon, your political leverage increases. Play enough brinksmanship, and you can even receive diplomatic absolution without admitting to having the kind of nuclear device you exploded less than two years ago.”<sup>1732</sup>

Gleiches galt natürlich für den diplomatischen Anlauf Obamas zu neuen Verhandlungen mit dem Regime in Pjöngjang. Dass, ähnlich wie im Fall des Iran, Obamas Initiative zumindest nicht sofort Erfolge zeitigte, zeigte der Test einer Trägerrakete mit einem Kommunikationssatelliten, den Nordkorea ausgerechnet am Morgen des 05. April 2009 und damit direkt vor dem Beginn der zentralen “Prager Rede” Obamas zu seinen Abrüstungshoffnungen startete.<sup>1733</sup> Dass einen knappen Monat später ein weiterer Nukleartest auf nordkoreanischem Gebiet erfolgte, wurde von vielen BeobachterInnen als Anzeichen für das Scheitern der diplomatischen Offensive Obamas gesehen – er bestätige nur, was man bereits seit langem wisse: “*If there’s one thing about North Korea that is widely known, it’s that there’s no point in negotiating with it.*”<sup>1734</sup> Der allgemeinen Ratlosigkeit darüber, welche Handlungsoptionen den USA im Umgang mit dem Regime in Pjöngjang überhaupt noch blieben (außer, auf dessen Kollaps zu hoffen), konnte allenfalls noch mit resignierendem Galgenhumor begegnet werden:

“Each successive nuclear test in North Korea gives some small cause for celebration. After Monday’s test, Pyongyang retains only enough plutonium to build six to ten nuclear weapons. If it keeps conducting nuclear tests, it soon won’t have any left.”<sup>1735</sup>

So stellte sich letzte für alle drei US-Administrationen meines Untersuchungszeitraums, der Clintons, Bushs und Obamas aus Sicht der DebattenteilnehmerInnen, die gleiche Frage in Bezug auf die “harten” Proliferations-Fälle Pakistan, Iran oder Nordkorea:

---

*president’s nightmare in which a mushroom cloud engulfs Washington or Los Angeles, then what?* Allison, Graham 2006: Detering Kim Jong Il, in: WP, 27.10.2006.

<sup>1732</sup> Editorial des *Wall Street Journal* vom 27.06.2008 mit dem Titel “*Leap of nuclear Faith*”.

<sup>1733</sup> Die Umstände dieses Raketentests sind so kurios, dass sie den LeserInnen nicht vorenthalten werden sollen: Die Trägerrakete sollte eigentlich einen Satelliten ins Weltall befördern, welcher für die kommenden Jahrzehnte abwechselnd die nordkoreanischen Kitsch-Hymnen “*Song of General Kim Il-sung*” und “*Song of General Kim Jong-il*” zur Erde funken sollte – allerdings landete sie, wie viele ihrer Vorgängerraketen, im Pazifischen Ozean, was eine Steilvorlage für sarkastische Kommentare darstellte: “*Pacific plankton will forever live in fear of the mighty reach of Kim Jong Il, now that millions have perished in one mighty splash.*” Blogeintrag zitiert in: Broad, William J. 2009: The Rocket Science of Missile Threats, in: NYT, 24.05.2009. Zur Prager Rede vgl. S. 463 der Arbeit.

<sup>1734</sup> Kristof, Nicholas D. 2006: Talking to Evil, in: NYT 13.08.2006.

<sup>1735</sup> Kroenig, Matthew 2009: Look at the bright side, in: USA Today, 28.05.2009.

“When it comes to finding a way to disarm your enemies, here is a puzzle: How do you decide which dictatorial, nuke-building regimes to negotiate with, and which to freeze out, sanction or intimidate with a couple of aircraft carriers?”<sup>1736</sup>

Aus dem Unterdiskurs über “*nuclear rogues*” ergaben sich demnach mehrere Konsequenzen für das nukleare Tabu: Erstens schwächte der Aufstieg der “*nuclear poor*” selbstverständlich das globale Besitztabu, wie es bisher im NPT festgeschrieben worden war, was innerhalb der USA die Frage immer lauter werden ließ, ob diese kodifizierte Form des Besitztabus noch zeitgemäß sei. Das Besitztabu veränderte sich, zweitens, aus Tabusicht aber auch insofern, als der vormals so exklusive “nukleare Club” mächtiger und technisch fortschrittlicher Nationen um einige “*nuclear weak*” erweitert zu werden und sein Prestige teilweise einzubüßen drohte. Innerhalb des US-Diskurses hatte, drittens, der nicht ganz neue Begriff des “nuklearen Irren” wieder Hochkonjunktur und sorgte, viertens bei vielen DebattenteilnehmerInnen für große Angst und Sorge vor einem nuklearen Angriff auf die USA - obwohl das Risiko, in einem Nuklearschlag zu sterben, für die BewohnerInnen der USA seit dem Ende des Kalten Krieges definitiv gesunken war. Dies führte, fünftens, bei TabukritikerInnen innerhalb und außerhalb der US-Regierung zu einer verstärkten Bereitschaft, das Einsatztabu zu brechen, zumal, sechstens, das Besitztabu nur noch durch einen Bruch des Einsatztabus, d.h. die Zerstörung des feindlichen Nuklearprogramms, aufrecht zu erhalten sei. Insgesamt wurde also nicht nur das Besitztabu geschwächt, sondern auch die gleichzeitige Aufrechterhaltung des Besitz- und des Einsatztabus als zunehmend inkompatibel angesehen. Das Tabu geriet scheinbar mit sich selbst in Konflikt.

Dass die US-Diskussion stark auf die vier angeführten Länder beschränkt blieb und sich kaum auf die (zivil-)nuklearen Ambitionen anderer Staaten bezog,<sup>1737</sup> hing damit zusammen, dass diese vier Staaten zu einem wichtigen diskursiven Element einer neuen Horrorvorstellung wurden: einem nuklearen Terroranschlag in den USA.

### *Adieu Einsatztabu: die Horrordisvision des Nuklearterrorismus (2001-2009)*

*“Within weeks after the terrorist attacks of 9/11, an alert circulated among the top security agencies in the U.S. government that terrorist had obtained a ten-kiloton nuclear weapon (...) and were planning to detonate it in New York City. The information had come from a source code-named ‘Dragonfire’, who claimed that the device was already in the city (...) [T]he real horror in this story (...) lies in the fact that the information supplied by ‘Dragonfire’ might have been correct. It was plausible. A terrorist nuclear detonation on U.S. soil could occur at any time.”<sup>1738</sup>*

<sup>1736</sup> Singer, David E. 2007: Deciding On the Enemy Worth Talking To, in: NYT, 18.02.2007.

<sup>1737</sup> “At least 40 developing countries from the Persian Gulf region to Latin America have recently approached U.N. officials here to signal interest in starting nuclear power programs, a trend that concerned proliferation experts say could provide the building blocks of nuclear arsenals in some of those nations.” Warrick, Joby 2008: Spread of Nuclear Capability Is Feared; Global Interest in Energy May Presage A New Arms Race, in: WP, 12.05.2008.

<sup>1738</sup> Beckman, Peter R./Crumlish, Paul W./Dobkowski, Michael N./Lee, Steven P. 2007: Nuclear Weapons, Nuclear States, and Terrorism, Cornwall-on-Hudson, S. 253.

Nach “9/11” sah man sich neben den oben genannten, neuen staatlichen Nuklearaspiranten einer noch neueren und über weite Strecken meines Untersuchungszeitraums als weit größer eingestuften Gefahr gegenüber: dem Nuklearterrorismus, vor dem auch deshalb eine besonders große Angst quer durch alle an der Diskussion beteiligten Gruppen bestand, weil man sich sicher war, dass Terrorgruppen wie *al Qaida* kein wie auch immer geartetes Einsatztabu beachten und nicht zögern würden, eine solche Waffe einzusetzen, wenn sie nur die Möglichkeit dazu bekämen:<sup>1739</sup>

“In the cold war, the Soviet Union had the technical ability to eliminate America many times over, but was restrained by rational self-interest, by innate conservatism, and, perhaps, by an understanding of the horror of world-ending nuclear war. Though Al Qaeda cannot destroy the world, it will destroy what it can, when it can.”<sup>1740</sup>

Nur sehr wenige TerrorexperInnen wiesen darauf hin, dass diese Einschätzung in Bezug auf die Führung von *al Qaida* heute zwar zuzutreffen scheint, dies jedoch einen Ansichtswandel bezüglich des Einsatztabus darstellte – also auch hier eine Normerosion stattgefunden hatte:

“...the progression of jihadist statements (...) represents the erosion, whether intentional or organic, of existing Islamic norms against mass killing on the scale that would result from a nuclear weapon. Evidence to support this view can be found in the distinct change of tone from characterizing nuclear weapons as defensive in nature in Usama bin Ladin’s early statements to portraying them as offensive weapons necessary for the jihad to make ‘the crusader enemy beg on his knee that he does not want more strikes.’”<sup>1741</sup>

Auch wenn *al Qaida* zu verstehen gab, dass das Einsatztabu für sie keine Gültigkeit mehr hatte, spielte das nukleare Tabu in den Überlegungen der Terroristen doch insofern eine Rolle, als sie um die Symbolkraft einer – wenn auch nur kleinen – Nuklearexplosion auf US-amerikanischem Boden wussten und die Sonderstellung dieser Waffen so für ihr Ziel, möglichst große Aufmerksamkeit zu erlangen und bei möglichst vielen Menschen Angst und Schrecken zu verbreiten, nutzen wollten: “Indeed, apocalyptic and politico-religious groups such as (...) *al Qaeda* are attracted to nuclear violence precisely because of their isolation and alienation from larger society and their desire to inflict massive casualties.”<sup>1742</sup> Dementsprechend dramatisch wurden die psychologischen Folgen bei der betroffenen Bevölkerung nach einem solchen Anschlag eingeschätzt: “Panic would prevail. Even after the detonation of a small, crude weapon that inflicted less

<sup>1739</sup> Die Gefahr eines nuklearen Terroranschlags aus dem Umfeld von *al Qaida* war SicherheitsexperInnen (wie dem damaligen CIA-Direktor George J. Tenet) jedoch schon vor “9/11” bekannt, zumal Osama Bin Laden bereits 1998 von einer “*nuclear bomb of Islam*” gesprochen hatte. Vgl. Shrader, Katherine 2007: A Nuclear Bomb in the Bag? Not Likely.; Weapons in Suitcases More Apt to Be Found in Movies or on TV, Experts Say, in: WP, 09.12.2007.

<sup>1740</sup> Goldberg, Jeffrey 2008: On Nov. 4, Remember 9/11, in: NYT, 09.09.2008.

<sup>1741</sup> U.S. Congress, Senate Committee on Homeland Security and Governmental Affairs 2008: Hearing on Nuclear Terrorism: Assessing the Threat to the Homeland, Testimony of Gary Anthony Ackerman, Research Director, National Consortium for the Study of Terrorism and Responses to Terrorism (START), 02.04.2008.

<sup>1742</sup> Potter, William C. 2010: In Search of the Nuclear Taboo: Past, Present, and Future, in: Proliferation Paper No. 31:1, S. 14.

*damage than the bomb at Hiroshima (...) 'the psychological damage would be incalculable.'*<sup>1743</sup> Auch die wahrscheinlichen Opferzahlen wurden als sehr hoch eingeschätzt: *"...if on 9/11 they'd had a nuke instead of an airplane, you'd have been looking at a casualty toll that would rival all the deaths in all the wars fought by Americans in 230 years."*<sup>1744</sup> Als die Debatte über die Gefahren des Nuklearterrorismus mit der Ausweitung der Finanzkrise Ende 2008 in den Hintergrund zu geraten drohte, wiesen KommentatorInnen dagegen verstärkt auf die *ökonomischen* Folgen einer Panik infolge eines solchen Anschlags hin:

"The point cannot be emphasized enough: Not the attack itself but the fear of a follow-on attack and the response to that fear would drive a set of decisions that would almost certainly bring all freight traffic to a halt, shut down the nation's ports, empty the nation's grocery shelves, and bring most manufacturing to a virtual standstill. Even if this shut-down were temporary, our economic system of 'just-in-time inventory' would mean that basic staples would very quickly become unavailable, delivering a psychological blow to the populace and a devastating shock to national and international financial markets."<sup>1745</sup>

Auch wenn die Debatte ab 2008 etwas abebbte und unter Obama nur noch einen "Nischendiskurs" darstellte, konnte sich der Diskussion in den vorangegangenen Jahren doch kaum jemand entziehen. So bezeichneten 2004 sowohl Kerry als auch Bush die Abwendung eines nuklearen Terroranschlags als ihre wichtigste Aufgabe, sollten sie ins Präsidentenamt (wieder-)gewählt werden.<sup>1746</sup> Und auch während des Wahlkampfes 2008 wurden die KandidatInnen dazu aufgerufen, diesem Thema Priorität einzuräumen: *"Everything else – Fannie Mae, health care reform, energy independence, the budget shortfall in Wasilla, Alaska – is commentary."*<sup>1747</sup> Die wenigen KritikerInnen der Debatte beklagten, diese nehme überhand und lasse andere Positionen, die die Gefahr eines solchen Angriffs als recht gering

<sup>1743</sup> Sam Nunn zitiert in: Crowley, Michael 2007: The Stuff Sam Nunn's Nightmares Are Made of, in: NYT, 25.02.2007.

<sup>1744</sup> Vizepräsident Richard Bruce ("Dick") Cheney zitiert in: Abramowitz, Michael 2006: War's Critics Abetting Terrorists, Cheney Says; He Cites Allies' 'Doubts' About U.S. Will, in: WP, 11.08.2006.

<sup>1745</sup> Saga Foundation 2008: White Paper: Nuclear Terrorism: Local Effects, Global Consequences.

<sup>1746</sup> *"During the 2004 presidential campaign, both President Bush and Senator John Kerry said that nuclear terrorism was the leading threat to national security."* Saga Foundation 2008: White Paper: Nuclear Terrorism: Local Effects, Global Consequences. Allerdings wurde auch Kritik an dieser Wahlkampfstrategie laut: *"Politicians love to scare the wits out of people, and nothing suits that purpose better than talking about nuclear terrorism. From President Bush warning in 2002 that the 'smoking gun' might be a mushroom cloud, to John Kerry in 2004 conjuring 'shadowy figures' with a 'finger on a nuclear button' and Mitt Romney invoking the specter of 'radical, nuclear jihad' last spring, the pattern is impossible to miss. Indeed the three-part political strategy is simple. Describe the havoc an attack would wreak. Suggest that without big changes to American strategy, a successful strike is pretty much inevitable. And now that you have people's attention, deliver the closer: You have a foolproof plan for eliminating the threat."* Joint Working Group of the American Physical Society and the American Association for the Advancement of Science 2008: Nuclear Forensics. Role, State of the Art, and Program Needs, USA.

<sup>1747</sup> Goldberg, Jeffrey 2008: On Nov. 4, Remember 9/11, in: NYT, 09.09.2008. Auch dieser Autor begründet seine Forderung mit einem Horrorszenario: *"The nuclear destruction of Lower Manhattan, or downtown Washington, would cause the deaths of thousands, or hundreds of thousands; a catastrophic depression; the reversal of globalization; a permanent climate of fear in the West; and the comprehensive repudiation of America's culture of civil liberties."*

(gegenüber anderen Risiken) einschätzen, keinen Raum, da VertreterInnen solcher Ansichten sofort als nicht um die Sicherheit des Landes bemüht abgestempelt würden:

“Few analysts or academics, and no prominent politician, argued that the threat of nuclear terrorism was being hyped. To diminish the threat would have left any politician open to devastating ridicule or irrelevance in policy debates if or when the next attack came. (...) In actuality, nuclear dangers after 9/11 were modest compared to the most dangerous passages of the cold war.”<sup>1748</sup>

Aus einer ganz anderen Perspektive versuchten auch SicherheitsexpertInnen, die Diskussion etwas einzuschränken – nämlich um Terrororganisationen nicht in die Hände zu spielen, indem man die Schwachstellen der eigenen Sicherheit öffentlich diskutierte: “*Almost all experts who work in this field self-censor, because they fear helping terrorist groups.*”<sup>1749</sup> Umso häufiger legten eilig einberufene Expertengruppen, von denen gegen Ende meines Untersuchungszeitraums eine verwirrende Vielfalt herrschte, ihre Berichte gar nicht oder nur in einer stark gekürzten Fassung der Öffentlichkeit vor.<sup>1750</sup> Trotz der Einsetzung solcher Expertengruppen waren viele KritikerInnen der Ansicht, es würde nicht genug getan, um das Horrorszenario eines nuklearen Terroranschlags in den USA zu verhindern. Ihrer Meinung nach könne von einer Minimierung des Risikos keine Rede sein, zumal seit Jahren einige bekannte Schwachstellen einfach ignoriert würden.<sup>1751</sup> Im Vordergrund dieser Auseinandersetzungen standen v.a. die technischen Fragen a) auf welchem Wege sich Terrororganisationen Nuklearwaffen beschaffen und b) wie sie diese unentdeckt in die USA bringen könnten.<sup>1752</sup> Auf die anschließende dritte Frage, welche *Notfallmaßnahmen nach einem erfolgten Anschlag* eingeleitet werden sollten wurde, so wiederum einige KritikerInnen, kaum eine Antwort gegeben:

“...as a New Yorker, I have long been distressed that we have never received any information from the city on what to do if a nuclear (...) attack occurred. I am shocked that parents have never received information from the schools about how they plan to deal with children in school in the aftermath of an attack. It is somewhat heartening to learn that simply sheltering in basements for the first few days after a nuclear attack

<sup>1748</sup> Krepon, Michael 2009: *Better Safe Than Sorry: The Ironies of Living With the Bomb*, Stanford, S. 12f.

<sup>1749</sup> Levi, Michael A. 2007: *On nuclear terrorism*, Cambridge, S. ix.

<sup>1750</sup> Schon recht früh gründete z.B. das Pentagon eine solche Spezialeinheit, die im Fall eines nuklearen Terroranschlags schnell die Ermittlungen aufnehmen sollte. Vgl. Broad, William J. 2006: *New Team Plans to Identify Nuclear Attackers*, in: NYT, 02.02.2006. Zudem wurden wöchentliche Treffen von ExpertInnen u.a. der CIA, des F.B.I., des für Nuklearfragen zuständigen Energieministeriums und des Pentagon abgehalten. Vgl. Sanger, David E./Shanker, Thom 2007: *U.S. Debates Deterrence For Terrorist Nuclear Threat*, in: NYT, 08.05.2007.

<sup>1751</sup> So beklagten die ehemaligen Vorsitzenden der “*9/11 commission*” des US-Kongresses: “...*our response to the threat of nuclear terrorism has been lip service and little action. The fiscal 2008 budget request for programs to control nuclear warheads, materials and expertise is a 15 percent real cut from the levels two years ago. We are in dire need of leadership, resources and sustained diplomacy to secure the world’s loose nuclear materials. President Bush needs to knock heads and force action.*” Kean, Thomas H./Hamilton, Lee H. 2007: *Are we safer today?; Six Years After 9/11 and Three Years After the 9/11 Report, Is the U.S. Ready to Get Serious About Terrorism?*, in: WP, 09.09.2007.

<sup>1752</sup> Exemplarisch durchexerziert werden diese Schritte und die damit verbundenen Schwierigkeiten (aus Sicht der Terroristen) in: Levi, Michael 2008: *Fear and the nuclear terror threat; The mushroom cloud scenario has become a political fixture, as myths seem to be driving the debate*, in: USA Today, 09.01.2008.

would increase survival rates, but the basements of my apartment building and my children's school are crowded with rubbish and have no stock of essential supplies. In the absence of any information, panic will ensue, maximizing fatalities.”<sup>1753</sup>

Die naheliegendste Antwort auf die erste Frage, die *Beschaffung von Nuklearwaffen* durch Terrornetzwerke, war selbstverständlich die, die Terrorzellen selbst zu zerstören, bevor sie überhaupt versuchen könnten, an solche Waffen zu gelangen. Ganz ähnlich wie bei der Verhinderung von Proliferation in “Schurkenstaaten” wurde auch hier ein präventiver Nuklearschlag (nicht nur gegen das mutmaßliche Bin Laden-Versteck in *Tora Bora*) erwogen. Solche Überlegungen stießen in der US-Bevölkerung durchaus auf hohe Zustimmung: Mehr als ein Viertel der Bevölkerung sprach sich im Januar 2005 in einer *Gallup*-Umfrage dafür aus, terroristische Lager mit Nuklearwaffen anzugreifen. Einige Wochen nach der Veröffentlichung der NPR hätte sogar mehr als die Hälfte der Befragten einen Angriff mit Nuklearwaffen auf größere *Städte* derjenigen Länder, die vermutlich Terroristen beherbergten, befürwortet, wobei 36% der Ansicht waren, man dürfe legitimerweise Nuklearwaffen auch dann gegen einen Gegner richten, wenn er selbst keine eingesetzt hätte.<sup>1754</sup> Bekanntermaßen wurde dieser Weg jedoch nicht gewählt und auch die Auslöschung feindlicher Terrorzellen gestaltete sich als weit schwieriger, als gedacht.

Eine zweite Möglichkeit, eine Proliferation von Nuklearwaffen an Terroristen zu verhindern, wurde in einer auf den Umgang mit unliebsamen Nuklearanwärterstaaten ausgerichteten Politik gesehen, da sich alle DebattenteilnehmerInnen darüber einig waren, dass “*even the most sophisticated terrorist groups cannot make plutonium or enrich their own uranium; they would need to get their weapons or fissile materials from a government.*”<sup>1755</sup> So wurden die Nuklearprogramme von “Schurkenstaaten” nicht nur als direkte Bedrohung des Besitztabus angesehen, sondern auch als indirekte Gefahr: Die Befürchtung, insbesondere Iran und Nordkorea könnten Nuklearwaffen oder zumindest spaltbares Material zum Bau einer Bombe an Terroristen weitergeben, wurde sowohl in Stellungnahmen zu diesen Staaten, wie auch zur Einschätzung der Gefahr nuklearer Terroranschläge permanent wiederholt und verfestigte sich zu einem Kernelement dieses Debattenstrangs.<sup>1756</sup> Selbstverständlich wurde solchen Befürchtungen auch in Bezug auf den Irak vor dem 2003 erfolgten Angriff

<sup>1753</sup> Seager, Richard 2007: We Can't Just Duck and Cover, in: NYT, 17.06.2007.

<sup>1754</sup> Vgl. Gallup-Umfrage “January Wave 1”, 07.01.05-09.01.05, “March Wave 4”, 22.03.2002-24.03.2002 sowie die Umfragensammlung des Pew Research Center 2005: America's place in the world. An investigation of the attitudes of American opinion leaders and the American public about international affairs, S. 30.

<sup>1755</sup> Perry, Willam J./Carter, Ashton B./May, Michael M. 2007: After the Bomb, in: NYT, 12.06.2007. Allerdings wurde auch darauf hingewiesen, dass Terroristen weniger Anforderungen an eine solche Bombe stellten, als Staaten: “*...a state would want a regular supply of uranium or plutonium that it controls. A state would want a reliable weapon that would detonate only where and when the state chooses. A terrorist group does not need the kind of surety and consistency that a state desires. A terrorist group needs only to produce a nuclear yield once to change history.*” U.S. Congress, Senate Committee on Homeland Security and Governmental Affairs 2008: Hearing on Nuclear Terrorism: Assessing the Threat to the Homeland, Statement of Rolf Mowatt-Larssen, Director of the Office of Intelligence and Counterintelligence, United States Department of Energy, 02.04.2008.

<sup>1756</sup> Vgl. z.B. Perry, Willam J./Carter, Ashton B./May, Michael M. 2007: After the Bomb, in: NYT, 12.06.2007.

Ausdruck verliehen. Das ebenfalls oben angesprochene Pakistan bereitete gleich doppelt Kopfzerbrechen, sahen ExpertInnen nach einem möglichen Kollaps der instabilen pakistanischen Regierung doch sowohl die Möglichkeit für den Aufstieg eines islamistischen Regimes, welches einige pakistanische “*nukes*” (ähnlich wie Iran oder Nordkorea) bewusst weitergeben würde, wie auch die Gefahr, dass Terroristen das Chaos infolge eines Staatsstreiches ausnutzen und die Waffen stehlen könnten.<sup>1757</sup> Die Gefahr solcher “*loose nukes*”<sup>1758</sup> wurde jedoch insbesondere in Bezug auf frühere sowjetische Nuklearwaffen aus der Zeit des Kalten Krieges als hoch eingeschätzt, da sie verstreut und oft recht ungesichert auf dem noch immer gigantischen russischen Territorium oder auch auf dem ehemaligen Ostblockstaaten lagerten.<sup>1759</sup> Einen Hinweis, dass neben dem vermuteten “*nuclear Wal-Mart*”<sup>1760</sup> von Abdul Kadir Khan in dieser Region tatsächlich ein weiterer nuklearer Schwarzmarkt entstanden sein könnte, war der Versuch eines Russen, auf georgischem Gebiet waffenfähiges Uran zu verkaufen, der allerdings von der CIA vereitelt werden konnte.<sup>1761</sup> Wie ein möglicher nuklearer Schwarzmarkt aufzuspüren und “trockenzulegen” sei, wurde in Expertenkreisen heftig diskutiert. So plädierte Ann-Marie Slaughter für die Schaffung einer neuen Völkerrechtsnorm, ebenso für eine Modifizierung des nuklearen Tabus in diesem Sinne:

“Making nuclear transfer a crime against humanity captures the enormity of the offense and would dramatically increase the cost of getting caught. Nuclear transfer threatens the lives of millions of people. It merits a place in infamy alongside genocide and other evils. Creating a nuclear transfer taboo would strip away feigned protestations of innocence and illusions of a victimless crime. It would stigmatize black-market financiers and other facilitators of nuclear transfers as the ultimate merchants of death.”<sup>1762</sup>

Auch in Bezug auf dieses Thema warnten jedoch einzelne Stimmen vor einer Überdramatisierung,<sup>1763</sup> zumal es trotz des langen Zeitraums seit dem Ende des Kalten

<sup>1757</sup> Diese Sorge vergrößerte sich noch nach dem Attentat auf Benazir Bhutto im Dezember 2007, vgl.: Levi, Michael 2008: Fear and the nuclear terror threat; The mushroom cloud scenario has become a political fixture, as myths seem to be driving the debate, in: USA Today, 09.01.2008.

<sup>1758</sup> Hier handelt es sich um einen weiteren Begriff der US-amerikanischen Nukleardiskussion, für den es im Deutschen keine Entsprechung gibt.

<sup>1759</sup> So z.B. von den HerausgeberInnen der *USA Today* in einem *Editorial* vom 11.06.2007 mit dem Titel “*Loose talk about nukes could sink U.S. interests*”: “*In this post-Cold War age, one of the greatest threats is the possibility of terrorists getting a hold of inadequately secured atomic weapons from the arsenal of the old Soviet Union. About the only thing as scary as these ‘loose nukes’ is loose talk about nukes.*” Auf einige weitere Entwicklungen in diesem Zusammenhang, wie z.B. die Frage, ob die Ukraine die auf ihrem Territorium gelagerten Nuklearwaffen behalten dürfe oder auch die Aufgabe des libyschen Nuklearprogramms, wird hier nicht weiter eingegangen, da diese für die erosionsfördernde Diskussion kaum eine Rolle spielen.

<sup>1760</sup> Martin, Kevin 2006: The Shock Waves From North Korea, in: NYT, 11.10.2006. Vgl. zu diesem Punkt auch S. 381 der Arbeit.

<sup>1761</sup> Vgl. Slaughter, Anne-Marie/Weight, Thomas 2007: Punishment to Fit the Nuclear Crime, in: WP, 02.03.2007.

<sup>1762</sup> Slaughter, Ann Marie 2007: Punishment to Fit the Nuclear Crime, in: WP, 02.03.2007.

<sup>1763</sup> So z.B. Michael Levi: “*Indeed when it comes to loose nukes, the black market image is misleading, since underground deals are hard for terrorists to engineer. Buyers and sellers need to worry about being turned in – many illicit transactions have actually been stings. Terrorists should also be nervous about getting ripped off. When drug smugglers work with people they*



Krieges noch nicht zu einem Anschlag mit gestohlenen Bomben gekommen sei.<sup>1764</sup> Die Frage der Sicherung von “*loose nukes*” war jedoch nicht nur ein Thema in Medien und Expertenrunden, sondern v.a. auch im US-Kongress, wo sie in Bezug auf eine mögliche Ausweitung oder auch Einschränkung des sog. “*Nunn-Lugar*”-Programms gestellt wurde, einer Initiative zur Sicherung des russischen Arsenalts vom Beginn der 1990er Jahre, das von zwei in Nuklearfragen sehr engagierten Senatoren, dem Demokraten Sam Nunn und dem Republikaner Richard Lugar initiiert worden war.<sup>1765</sup> Trotz der parteiübergreifenden Entstehung des Programms geriet es gegen Ende meines Untersuchungszeitraums von Seiten der Konservativen in die Kritik,<sup>1766</sup> während Barack Obama schon früh auf einen breiten politischen Prozess zur Sicherung von “*loose nukes*” und spaltbaren Materials setzte.<sup>1767</sup>

Die *Sicherung sämtlichen spaltbaren Materials* wurde als noch schwieriger als die von einsatzbereiten “*loose nukes*” eingeschätzt. Mehrfach verwiesen wurde zum einen auf einen geglückten (!) Einbruch in einen südafrikanischen Reaktor<sup>1768</sup> und zum anderen auf mögliche Quellen für spaltbares Material im eigenen Land, so z.B. in medizinischem Gerät, welches völlig ungesichert war.<sup>1769</sup> Die Fähigkeit terroristischer Gruppen, aus dem spaltbaren Material

---

*don't already know and trust, they tend to keep deals small, about \$10,000 or less. A nuclear weapon or the materials for it would be worth millions.”* Levi, Michael 2008: Fear and the nuclear terror threat; The mushroom cloud scenario has become a political fixture, as myths seem to be driving the debate, in: USA Today, 09.01.2008.

<sup>1764</sup> “*The most obvious counterargument to these claims is that, since no terrorist nuclear attack has taken place, there must not be meaningful amounts of nuclear explosive material in circulation.*” Levi, Michael 2008: Fear and the nuclear terror threat; The mushroom cloud scenario has become a political fixture, as myths seem to be driving the debate, in: USA Today, 09.01.2008.

<sup>1765</sup> Der offizielle Titel des zunächst von allen Seiten gelobten Programms lautet “*Cooperative Threat Reduction Program*”.

<sup>1766</sup> So wetterte ein Kommentator des *Wall Street Journal*, es sei eine Verschwendung US-amerikanischer Steuergelder, Russland noch immer bei der Sicherung seines Nukleararsenals unter die Arme zu greifen, obwohl das Land mittlerweile sowohl über die finanziellen Mittel als auch über die nötigen bürokratischen Strukturen verfüge, um dies selbst zu erledigen. Vgl. Schoenfeld, Gabriel 2009: Why Should We Underwrite Russian Rearmament?, in: WSJ, 24.08.2009.

<sup>1767</sup> “*America must lead a global effort to secure all nuclear weapons and material at vulnerable sites within four years - the most effective way to prevent terrorists from acquiring a bomb.*” Obama, Barack 2007: Renewing American Leadership, in: Foreign Affairs 86:4, S. 2-16, hier S. 8.

<sup>1768</sup> “*On the night of November 8, 2007, two teams of armed men attacked the Pelindaba nuclear facility in South Africa, where hundreds of kilograms of weapon-grade highly enriched uranium (HEU) are stored. While one of the teams was chased off by site security forces, the other team of four armed men disabled the detection systems at the site perimeter, entered without setting off any alarm, and went to the emergency control center and shot a worker there in the chest. He then raised an alarm for the first time. This team spent 45 minutes inside the secured perimeter without ever being engaged by site security forces, and then disappeared through the same hole they had cut in the fence. No one on either team was shot or captured.*” U.S. Congress, Senate Committee on Homeland Security and Governmental Affairs 2008: Hearing on Nuclear Terrorism: Assessing the Threat to the Homeland, Testimony of Matthew Bunn, 02.04.2008.

<sup>1769</sup> “*The U.S. government should replace more than 1,000 irradiation machines used in hospitals (...) because terrorists could use the radioactive materials inside them to make ‘dirty’ bombs, a government advisory panel has concluded.*” Hess, Pamela 2007: Experts Worried About Irradiation Machines; Replacement Urged to Thwart Terrorists, in: WP, 10.10.2007.

in ihrem Besitz tatsächlich eine funktionierende Bombe (und nicht nur eine “*dirty bomb*”) zu bauen, wurde von ExpertInnen unterschiedlich eingeschätzt:<sup>1770</sup>

“If a group got its hands on nuclear materials, it would still need to build a bomb. To the Internet! The place is littered with tutorials on how to build nuclear weapons, and while a lot of what’s out there is nonsense, there are places that get the basics right. (Suggestion for policymakers: Hire students who failed physics to make as many instructional websites as they can.) The problem for terrorists is that, as anyone who has ever tried programming a VCR can tell you, instructions are the easy part. When it comes to nukes, it’s the engineering and the dirty work – machining, metalworking, electronics – that’s tough, something that the Ph.D. physicists who think about terrorism often forget. Let’s not kid ourselves: With the right team, a terrorist group might pull the job off.”<sup>1771</sup>

Die Einschätzungen, inwieweit das *Besitztabu* sogar von nichtstaatlichen Akteuren unterlaufen werden könne – was ein neuartiges Problem für die “Nukleargemeinde” darstellte – gingen also recht weit auseinander. Die Verhinderung des zweiten Schritts, nämlich eine Bombe in die USA zu schmuggeln, um auch das *Einsatztabu* zu brechen, wurde – auch aufgrund der vermutlich geringen Größe einer solchen Bombe – von allen mit der Debatte befassten als weit schwieriger eingeschätzt:

“...a trained nuclear engineer with an amount of highly enriched uranium or plutonium about the size of a grapefruit or orange (...) could fashion a nuclear device that would fit in a van like the one (...) parked in the garage of the World Trade Center in 1993. Such a bomb would level Manhattan.”<sup>1772</sup>

Wie in der gesamten Diskussion zur Terrorabwehr in den USA (inklusive der Folterdebatte) ging es auch hier um eine Abwägung zwischen mehr Sicherheit und der Einschränkung ziviler – und in diesem speziellen Fall auch ökonomischer – Freiheiten. Wie groß der technische, finanzielle und logistische Aufwand war, der zur eigenen Sicherheit betrieben wurde, lässt sich an einem “Testlauf” absehen, der 2007 in New York durchgeführt wurde:

“New York City is about to become a laboratory to test ways of strengthening the nation’s defenses against a terror attack by a nuclear device or a radioactive ‘dirty bomb.’ Starting this spring, the Bush administration will assess new detection machines at a Staten Island port terminal that are designed to screen cargo and automatically distinguish between naturally occurring radiation and critical bomb-building ingredients. And later this year, the federal government plans to begin setting up an elaborate

<sup>1770</sup> Wie im Einführungskapitel zum nuklearen Tabu erwähnt, beruht die Sprengkraft von Nuklearwaffen auf einer Kernspaltung, bzw. einer Kombination aus Kernspaltung und Kernfusion (vgl. S. 199 der Arbeit). Im Gegensatz dazu kommt es bei der Detonation einer *dirty bomb* zu einer konventionellen Explosion, bei der jedoch in den Sprengsatz eingebautes, radioaktives Material weitläufig verstreut und die Umwelt so verstrahlt wird. *Dirty bombs* haben somit eine weit geringere Explosionskraft, sind jedoch leichter herzustellen, als “echte” Nuklearbomben. Eine ganz andere Möglichkeit eines nuklearen Anschlags wurde ab 2009 diskutiert: die Möglichkeit, mit einer in einer hoch über der Erde detonierten Bombe das Stromnetz eines Staates durch einen elektromagnetischen Impuls (EMP) massiv zu stören. Vgl. Frank, Thomas 2009: Panel: Electrical grid open to threat, in: USA Today, 17.09.2009.

<sup>1771</sup> Levi, Michael 2008: Fear and the nuclear terror threat; The mushroom cloud scenario has become a political fixture, as myths seem to be driving the debate, in: USA Today, 09.01.2008.

<sup>1772</sup> Bericht der *9/11 Commission* zitiert in: Beckman, Peter R./Crumlish, Paul W./Dobkowski, Michael N./Lee, Steven P. 2007: Nuclear Weapons, Nuclear States, and Terrorism, Cornwall-on-Hudson, S. 5f.

network of radiation alarms at some bridges, tunnels, roadways and water-ways into New York, creating a 50-mile circle around the city.”<sup>1773</sup>

Anhand dieser Schilderung lässt sich wiederum erahnen, wie groß die Angst vor einem nuklearen Terroranschlag war und wie ungeheuer wichtig es der Regierung schien, einen solchen möglichst auszuschließen – obwohl, wie oben gesehen, die direkten Folgen einer solchen Explosion gegenüber den Horrorszenarien eines *nuclear holocaust* des Kalten Krieges weitaus weniger dramatisch wären. Die Panik vor einem solchen Anschlag wie auch die Angst vor deren ebenso “gehypten” Folgen lassen sich wiederum nur mit Rückgriff auf das nukleare Tabu erklären, das – wie im Kalten Krieg – Nuklearexplosionen eine besonders dramatische *psychologische* Wirkung zukommen lässt. Vor diesem Hintergrund nahmen die AutorInnen der NYT eine Sonderstellung ein, indem sie darauf hinwiesen, dass es schlicht nicht möglich sei, sämtliche Sicherheitslücken zu stopfen und man letztlich lernen müsse, “[to] think about the unthinkable”, d.h. mit der nuklearterroristischen Bedrohung zu leben.<sup>1774</sup>

“The radiation detection equipment now in use, for example, probably would not pick up a crucial radioactive substance for a nuclear weapon if the material was shielded. And even if all cargo containers were checked, terrorists could find other ways to smuggle weapons into the United States, including on private boats or ships that carry cars, which would not be covered by the inspection mandates.”<sup>1775</sup>

Entsprechend der unterschiedlichen Einschätzung, wie schwer es sei, in den Besitz einer Nuklearwaffe zu gelangen, bzw. spaltbares Material zu stehlen und eine Bombe zu bauen und diese zum Anschlagort zu bringen, waren auch die Prognosen, wie wahrscheinlich ein solches Anschlagsszenario sei, wobei die Panik kurz nach den Anschlägen vom 11. September 2001 verständlicherweise am größten war:

“The estimates after 9/11 were feverish. Graham Allison, a sober-minded political scientist, predicted that ‘on the current course, nuclear terrorism is inevitable.’ (...) In 2005, Senator Richard Lugar polled eighty-five leading nongovernmental proliferation experts to survey their probability assessments of different types of terrorist attacks. Their median estimate of the risk of the terrorist use of a nuclear weapon somewhere in the world was 10 percent over five years and 20 percent over ten years. As for a ‘dirty bomb’ attack (...) the experts predicted 25 percent chance over five years, jumping to 40 percent within ten years. The combined risk of any kind of attack involving weapons of mass destruction was estimated at 50 percent over five years and 70 percent over ten years.”<sup>1776</sup>

Ganz ähnlich wie im zuvor vorgestellten Unterdiskurs über den Aufstieg nuklearer “Schurkenstaaten“ gerieten auch in dem über Nuklearterrorismus zwei das Besitz- und das Einsatztabu unter Druck: Das Besitztabu wurde nun sogar von nichtstaatlichen Gruppen

<sup>1773</sup> Lipton, Eric 2007: New York to Test Ways to Prevent Nuclear Terror, in: NYT, 09.02.2007.

<sup>1774</sup> U.S. Congress, Senate Committee on Homeland Security and Governmental Affairs 2008: Hearing on Nuclear Terrorism: Assessing the Threat to the Homeland, Testimony of Gary Anthony Ackerman, Research Director, National Consortium for the Study of Terrorism and Responses to Terrorism (START), 02.04.2008.

<sup>1775</sup> Lipton, Eric 2007: House Democrats’ Security Bill Draws Doubt, Even Inside Party, in: NYT, 09.01.2007.

<sup>1776</sup> Krepon, Michael 2009: Better Safe Than Sorry: The Ironies of Living With the Bomb, Stanford, S. 11.

infrage gestellt, die sich durch kriminelle Energien oder einen Schwarzmarkt für Nuklearmaterial Zugang zu diesen Waffen bzw. Materialien verschaffen wollten – eine Horrorvision weitab von der traditionellen Teilung der Welt in *“nuclear high priests”* und *have-nots*. Gleichzeitig ging die überwiegende Mehrzahl der DebattenteilnehmerInnen davon aus, dass man sich nicht mehr auf das globale Einsatztabu verlassen könne, da Terroristen, noch weniger als *“Schurkenstaaten”* von einem nuklearen Angriff auf die USA absehen würden, hätten sie eine solche Waffe erst einmal in ihren Besitz gebracht. Dies beförderte wiederum ein Klima der Angst, teilweise der Panik, das den Nukleardiskurs dieser Zeit durchzog und gegen das sich nur wenige Stimmen erhoben, die mahnten, die Explosion einer *dirty bomb* in einer Kleinstadt des mittleren Westens erscheine doch etwas unwahrscheinlich.

Einen Versuch, der wahrgenommenen, neuartigen nuklearen Dreifachbedrohung aus Nuklearterrorismus, *“nuclear rogues”* und unliebsamen, nuklearen Überraschung im Sinne eines *“black swan”*-Ereignisses mit bekannter US-amerikanischer Dominanz zu begegnen, stellte die *Nuclear Posture Review* der Bush-Administration aus dem Jahr 2002 dar.

### *Die Nuclear Posture Review und ihre Folgedokumente (2002-2009)*<sup>1777</sup>

*“Throughout the nuclear age, the fundamental goal has been to prevent the use of nuclear weapons. Now the policy has been turned upside down. It is to keep nuclear weapons as a tool of war-fighting rather than a tool of deterrence. If military planners are now to consider the nuclear option any time they confront a surprising military development, the distinction between nuclear and nonnuclear weapons fades away.”*<sup>1778</sup>

Welche Rolle Nuklearwaffen seitens US-Regierung und –Militär beigemessen wird, soll in *Nuclear Posture Reviews* festgehalten werden. Nachdem die letzte NPR 1994 unter Clinton verfasst worden war, forderte Donald Rumsfeld als neuer Verteidigungsminister bereits kurz nach seinem Amtsantritt 2001 (also noch vor *“9/11”*) eine tiefgreifende Überarbeitung dieses grundlegenden Strategiepapiers an.<sup>1779</sup> Nach den Anschlägen vom 11. September 2001

<sup>1777</sup> Die Debatte ebte bereits im Verlauf des Jahres der Veröffentlichung der NPR, 2002, wieder etwas ab und lebte nur durch die Veröffentlichung ihrer Folgedokumente wieder auf. Offiziell galt die NPR jedoch bis zum Ende meines Untersuchungszeitraums, da sie zwar bereits 2009 durch ein von Barack Obama angefordertes Nachfolgepapier ersetzt werden sollte, dies jedoch erst 2010 geschah.

<sup>1778</sup> Ivo Daalders Kritik an der NPR, zitiert in: VD: Beckman, Peter R./Crumlish, Paul W./Dobkowski, Michael N./Lee, Steven P. 2007: *Nuclear Weapons, Nuclear States, and Terrorism*, Cornwall-on-Hudson, S. 313.

<sup>1779</sup> Im Gegensatz dazu zeigte Rumsfelds *“Chef”*, Präsident Bush, vor *“9/11”* kaum Interesse an Nuklearfragen: *“President Bush arrived at the nuclear question, as he did at so much else, indirectly, through his reaction to September 11, less than one year into his presidency. Before that day, he displayed no more interest in America’s nuclear arsenal than Clinton had. (...) But after September 11, he embarked on a series of initiatives that would constitute a full-scale transformation of the nation’s nuclear policies.”* Schell, Jonathan 2007: *The seventh decade: the new shape of nuclear danger*, New York, S. 100. Vor Bushs Amtsantritt hatte sogar die Hoffnung bestanden, Bush würde die nukleare Abrüstung vorantreiben. Vgl. Hitchens, Theresa 2001: *The U.S. Nuclear Debate: Issues of Concern. Mini-Nukes, Testing and National Missile Defense*, in: *British American Security Information Council: Occasional Papers on International Security Studies* Nr. 35, Washington, S. 1. Zur NPR von 1994 vgl. S. 241 der Arbeit.

wurde das beinahe fertiggestellte Dokument noch einmal hastig überarbeitet und im Januar 2002 – unter Ausschluss der Öffentlichkeit – dem Kongress vorgelegt.<sup>1780</sup> Das eigentlich streng geheim zu haltende Papier erlitt jedoch dasselbe Schicksal, wie die “Folter-memos”: Fast genau zwei Monate nach der Debatte im Kongress gelangte das Papier in die Hände des bereits angesprochenen Journalisten William Arkin, woraufhin Auszüge in der *Los Angeles Times* abgedruckt wurden.<sup>1781</sup> Interessanterweise unternahm die US-Administration keinerlei Anstalten, den von ihr als richtig und wichtig eingestuften, grundlegenden Wandel der US-Nuklearpolitik ihrer Bevölkerung zu vermitteln, obwohl die Argumente der Regierung nach den Anschlägen vom 11. September 2001 möglicherweise auf fruchtbaren Boden gefallen wären:

“...the policies (...) have not been announced with fanfare to the world or backed up with the extensive think tank papers, not to speak of the public discussion that used to accompany policy shifts. Rather, the change has been a semi covert, almost shame-faced affair, whose disclosure has required brave, dogged, independent detective work.”<sup>1782</sup>

Auf die Veröffentlichungen folgte denn auch eine Nukleardebatte von bisher (d.h. während meines Untersuchungszeitraums) ungekannter Intensität, insbesondere nachdem der Streit über die NPR mit dem über ein neues Nuklearwaffenprojekt, dem *Robust Nuclear Earth Penetrator*, verknüpft worden und nachdem einige weitere Dokumente zu Bushs nuklearpolitischer Wende in die Öffentlichkeit gelangt waren.<sup>1783</sup> Zunächst meldeten sich insbesondere NuklearexpertInnen zu Wort: Schon im ersten Bericht der NPR-Debattenwelle wurden in der *Los Angeles Times* alarmierte VertreterInnen von abrüstungsnahen *think tanks* wie John Cirincione vom *Carnegie Endowment for International Peace* und der Präsident des *Council for a Livable World*, John Isaacs, zitiert, die die NPR als Zeichen dafür interpretierten, dass “*the Bush administration is more willing to overlook a long-standing taboo against the use of nuclear*

<sup>1780</sup> Vgl. Kirstensen, Hans M. 2008: The Nuclear Posture of the United States, in: Eriksson, Magnus/Osland, Kari M. (Hrsg.): *Nuclear Weapons in the 21st Century. Old Players, New Game – New Players, Old Game*, Norwegian Institute of International Affairs (NUPI), S. 53-66, hier S. 56.

<sup>1781</sup> Der erste Artikel zur NPR von Paul Richter erschien unter dem Titel “*U.S. Works Up Plan for Using Nuclear Arms*” mit dem Untertitel “*Military: Administration, in a secret report, calls for a strategy against at least seven nations: China, Russia, Iraq, Iran, North Korea, Libya and Syria*” am 09. März 2002. Einige Auszüge der NPR finden sich online unter < <http://www.globalsecurity.org/wmd/library/policy/dod/npr.htm> >, rev. 06.01.2011.

<sup>1782</sup> Schell, Jonathan 2007: *The seventh decade: the new shape of nuclear danger*, New York, S. 132.

<sup>1783</sup> Die Diskussion über den RNEP wird ab S. 414 der Arbeit skizziert. Zu den Folgedokumenten der NPR aus dem Jahr 2002 zählen insbesondere die *National Security Directive (NSPD)-14*, über deren Inhalt wenig bekannt ist, die aber als eine Art Grundlagenpapier der damaligen Nuklearpolitik gedient haben soll. Basierend auf der NSPD-14 stellte die *Nuclear Weapons Employment Policy (NUWEP)-04* eine Konkretisierung nuklearer Ersteinsatzoptionen inklusiver möglicher Ziele dar. Mit den Möglichkeiten zur Verhinderung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen, nötigenfalls auch mithilfe von Nuklearschlägen, befassten sich die gleichzeitig mit NUWEP-04 verfasste und mit der NPR verabschiedete NSPD-17 sowie die *National Strategy to Combat Weapons of Mass Destruction (NSCWMD)*. Vgl. Kirstensen, Hans M. 2008: *The Nuclear Posture of the United States*, in: Eriksson, Magnus/Osland, Kari M. (Hrsg.): *Nuclear Weapons in the 21st Century. Old Players, New Game – New Players, Old Game*, Norwegian Institute of International Affairs (NUPI), S. 53-66, hier S. 56 bzw. VD: Paul, T. V. 2009: *The Tradition of Non-Use of Nuclear Weapons*, Stanford, S. 87.

*weapons except as a last resort*“, was bereits deutlich auf einen Erosionsprozess hinweist.<sup>1784</sup> Dieser ablehnenden Haltung wurde jedoch zugleich die Aussage des Verteidigungsanalysten der konservativen *Heritage Foundation*, Jack Spencer, entgegengesetzt, der die NPR als *“the right way to develop a nuclear posture for a post-Cold War world”* begrüßte.<sup>1785</sup>

Die Bush-Administration, die die NPR ja zunächst geheim zu halten versucht hatte, bemühte sich auch nach diesen ersten Veröffentlichungen nicht um eine offensive, argumentative Untermauerung ihrer Nuklearpolitik, sondern versuchte, die Bedeutung des Dokuments herunterzuspielen. Dies ähnelt zwar dem Verhalten der US-Administration nach der Veröffentlichung der *“Folter-memos”*, muss in diesem Fall aber erstaunen, da die NPR offensichtlich Überlegungen zur Abschreckungsstrategie der USA gegenüber ihren Feinden beinhaltet – und eine Abschreckung selbstverständlich nur dann wirken kann, wenn sie dem Feind bekannt ist und nicht geheim gehalten wird. Zudem wirkt eine Abschreckungsstrategie, die seitens der Regierung kleingeredet und als Gedankenspiel abgetan wird, nicht sehr glaubwürdig. So erklärte Vizepräsident Cheney, die NPR gäbe lediglich *“some idea of directions we’d like to move in the future”*<sup>1786</sup> und der damalige Außenminister Colin Powell – der vor seinem Amtsantritt als Verfechter nuklearer Abrüstung gegolten hatte – zog sich bei einem Auftritt in der Fernsehsendung *“Face the Nation”* des Senders CBS auf die Position zurück, eine Prüfung unterschiedlicher Handlungsoptionen sei völlig normal und würde permanent durchgeführt.<sup>1787</sup>

“We’re always reviewing our options – military options, conventional weapons, nuclear weapons. We’re always reviewing our diplomatic and economic and political options. And one of the things we’re required to by Congress is make a review of our nuclear weapons posture.”<sup>1788</sup>

Der Präsident selbst stimmte einige Tage später ein: *“The nuclear review is not new”*.<sup>1789</sup> Die Betonung nuklearpolitischer Kontinuität gipfelte in der Aussage, selbst wenn die Nuklearstrategie der USA durch die NPR modifiziert worden sei, könne dies als eine Weiterführung der üblichen Politik eingestuft werden, sich an neue politische Gegebenheiten anzupassen.<sup>1790</sup>

<sup>1784</sup> Zitiert in: Richter, Paul 2002: “U.S. Works Up Plan for Using Nuclear Arms”, in: Los Angeles Times, 09.03.2002.

<sup>1785</sup> Zitiert in: Richter, Paul 2002: “U.S. Works Up Plan for Using Nuclear Arms”, in: Los Angeles Times, 09.03.2002.

<sup>1786</sup> Zitiert in: Gordon, Michael R. 2002: A Nation Challenged: Diplomacy, in: NYT, 12.03.2002.

<sup>1787</sup> Auch nach seinem Ausscheiden aus der US-Regierung vertrat Powell wieder öffentlich eine abrüstungsfreundliche Position, z.B. indem er der damals neu gegründeten Abrüstungsinitiative *Global Zero* (vgl. S. 463 der Arbeit) seine Unterstützung aussprach. Vgl. Shultz, George P./Perry, William J./Kissinger, Henry A./Nunn, Sam 2008: Toward a Nuclear-Free World, in: WSJ, 15.01.2008.

<sup>1788</sup> CBS 2002: Secretary of State Colin Powell discusses the violence in the Middle East and the war on terrorism, Transkript der Sendung “Face the Nation” vom 10.03.2002.

<sup>1789</sup> George W. Bush zitiert in: Milbank, Dana 2002: Policy Changes? What Policy Changes?, in: WP, 26.03.2002.

<sup>1790</sup> Vgl. Huessy, Peter 2005: Nukes For Peace, Kommentar des Center for Security Policy, 14.02.2005.

Nach Darstellung der *Los Angeles Times* hatten zwei Mitglieder des *Armed Services Committee* des Senats, der Republikaner John W. Warner sowie der Demokrat Joseph I. Lieberman, hingegen offen zugegeben, dass eine Neuausrichtung der Politik an veränderte Anforderungen notwendig sei und dass Militärstrategen “*more broadly*” über Verwendungsmöglichkeiten von Nuklearwaffen nachdächten.<sup>1791</sup> Zu wichtigen KritikerInnen der – von ihnen so empfundenen – nuklearpolitischen Wende wurden innerhalb des US-Senats v.a. der spätere Präsidentschaftskandidat John Kerry und die ebenfalls den Demokraten angehörende Senatorin Dianne Feinstein, die sich als prominentes Mitglied des *Senate Intelligence Committee* auch in den folgenden Jahren immer wieder als “Tabuverteidigerin” präsentierte. Allerdings traten demokratischen SenatorInnen – in guter US-amerikanischer Parteitradition – keineswegs geschlossen gegen die NPR auf. Selbst der damalige demokratische Mehrheitsführer, Tom Daschle, gab an, mangels weitergehender Informationen noch gar keine Position zu dem Thema beziehen zu wollen – Kritik halte er jedoch für verfrüht.<sup>1792</sup>

Außerhalb des Kongresses, in der US-Medienlandschaft, weitete sich die Debatte unterdessen aus, wobei nicht mehr nur die Inhalte der NPR selbst diskutiert wurden, sondern auch die Frage, wie die Debatte von Seiten der Presse geführt werden sollte: Obwohl sich neben den alarmierten Stimmen in den auf die Veröffentlichungen der *Los Angeles Times* folgenden Tagen weitere Akteure, z.B. der *Chairman* der *Joint Chiefs of Staff*, General Richard B. Myers sowie einige (Gast-)KommentatorInnen der *Los Angeles Times* und der *USA Today* (z.B. Frank Gaffney Jr., Direktor des *Center for Security Policy*) zustimmend über die – offenkundig gewordene, doch von ihr selbst verharmloste – Regierungslinie geäußert hatten,<sup>1793</sup> beklagte der Direktor des *Lexington Institute*, Loren B. Thompson, im *Wall Street Journal* dennoch die Einseitigkeit der Berichterstattung: Die “*breathless media coverage*” würde fälschlicherweise nahelegen, dass “*Dr. Strangelove had taken control of the Pentagon*”.<sup>1794</sup> Zum Durchatmen riet er v.a. den von ihm abwertend als “*scribes*” bezeichneten RedakteurInnen der (bis dato) ausnahmslos sehr kritisch berichtenden *New York Times*, nachdem diese die Vereinigten Staaten als “*Nuclear Rogue*” betitelt hatte.<sup>1795</sup> Auch der regelmäßig zu Nuklearthemen publizierende Reporter der *Washington Post*, Walter Pincus, rief in einem *Editorial* zu einer sorgfältigen und besonnenen Berichterstattung auf und ordnete die in der NPR enthaltenen Vorschläge als Fortsetzung der bereits unter Clinton

<sup>1791</sup> Richter, Paul 2002: “U.S. Works Up Plan for Using Nuclear Arms”, in: *Los Angeles Times*, 09.03.2002.

<sup>1792</sup> Vgl. Miller, Greg 2002: *Democrats Divide Over Nuclear Plan*, in: *Los Angeles Times* 13.03.2002.

<sup>1793</sup> So führt z.B. James P. Pinkerton in der *LA Times* aus, militärische Planungen wie die NPR seien üblich und notwendig, können aber nur ein erster Schritt sein – dass dieser getan wurde, erkannte auch Gaffney Jr. an, indem er die NPR als eine längst überfällige sowie “*important – and laudable departure from recent policies toward nuclear weapons*” charakterisierte. S. Pinkerton, James P. 2002: *Unthinkable, but Not Unusual*, *Los Angeles Times*, 12.03.2002 und Gaffney Jr., Frank 2002: *Nuclear Reform Overdue*, in: *USA Today* 13. März 2002.

<sup>1794</sup> Thompson, Loren B. 2002: *How To Stop Worrying and Love the Bomb*, in: *WSJ*, 13.03.2002.

<sup>1795</sup> Krepinevich, Andrew 2002: *The Real Problems With Our Nuclear Posture*, in: *NYT*, 14.03.2002. Krepinevich ist Direktor des Verteidigungs-*think-tanks* “*Center for Strategic and Budgetary Assessments*”.

begonnenen Versuche, das Kalte-Kriegs-Denken zu überwinden, ein, deren grundsätzliche Richtung “begrüßenswert” sei.<sup>1796</sup> In ersten Leserbriefen wurde noch eine andere Ebene der laufenden Diskussion kritisiert – nämlich, dass diese überhaupt losgetreten worden sei. Vergleichbar mit der heftig diskutierten Frage der Veröffentlichung von “Folterfotos” wurde auch hier darauf hingewiesen, dass die Veröffentlichung der NPR eine Steilvorlage für die Feinde der USA darstellen könnte:

“What can you be thinking of with the screaming March 9 headline: ‘U.S. Works Up Plan for Using Nuclear Arms’? Do you think the nations targeted, already unstable, do not read newspapers? What do you think their reaction will be? Oh, dear? Or, fire up the nukes and get in first. There are some things that should be kept within the purview of Congress. This is one of them. You have chosen the path of irresponsible reporting at its worst.”<sup>1797</sup>

Nach der intensiven und ebenso hitzig wie polemisch geführten Auseinandersetzung in den ersten beiden Wochen nach der Veröffentlichung der NPR flachte diese Debatte Ende März 2002 jedoch wieder ab, sollte im restlichen, wie auch in den darauffolgenden Jahren jedoch immer wieder aufkommen, wenn auch nicht mehr in einer vergleichbaren Intensität. Die bereits am Beginn der Diskussion deutlich gewordene Spaltung der US-Medienlandschaft, die sich auch bei vielen im Folgenden dargestellten Unterdebatten spiegelte, sollte dabei fortbestehen: So behielt die linksliberale *New York Times* ihren deutlichen Widerstand gegen sämtliche Maßnahmen, die das nukleare Einsatztabu gefährden könnten, bei und druckte vornehmlich dieser Positionierung zustimmende Gastkommentare und Leserbriefe ab. Die *Washington Post* und die *USA Today* blieben auf eine möglichst ausgewogene Berichterstattung bedacht, während das *Wall Street Journal* auch im Folgenden die Regierungsposition offensiver vertrat, als viele RegierungsvertreterInnen selbst, sowie in Leserbriefen entsprechende Stimmen aus der Bevölkerung veröffentlichte. Auf diese Weise brachten v.a. die Berichterstattung des *Wall Street Journals* die Schwächung des nuklearen Tabus zum Ausdruck – und förderte sie selbst.<sup>1798</sup>

Was aber waren die (vermeintlichen?) Neuerungen der NPR und ihrer Folgedokumente, die von den BefürworterInnen der NPR als einzig richtiger Umgang mit den neuen nuklearen Gefahren begrüßt, von KritikerInnen jedoch als Anfang vom Ende des nuklearen Tabus angesehen wurden? Vier Aspekte, die sich auf unterschiedliche Weise auf den Bestand des nuklearen Tabus auswirkten, standen im Zentrum der Debatte: Erstens die räumliche Ausweitung des Einsatzfeldes, zweitens eine Ausweitung der Rolle, die Nuklearwaffen zugesprochen wurde, drittens (aus Sicht der GegnerInnen der NPR) eine Konventionalisierung von Nuklearwaffen und Senkung der *nuclear threshold* und viertens die hierzu notwendige Modernisierung der nuklearen Infrastruktur der USA.

<sup>1796</sup> Editorial der *Washington Post* vom 13. März 2002 mit dem Titel “The Nuclear Posture”.

<sup>1797</sup> So eine Leserin im Leserbrief-Sample: “Carrying Out a Nuclear Attack”, in: Los Angeles Times, 16.03.2002.

<sup>1798</sup> Es soll nicht der Eindruck vermittelt werden, die Zeitungen hätten selektiv nur LeserInnen mit einer bestimmten Meinung zu Wort kommen lassen – es liegt vielmehr auf der Hand, dass die Leserschaft der Blätter in der Tat mehrheitlich ihre generelle politische Ausrichtung teilte.



Bezüglich der *räumlichen Ausweitung* wurde Russland – verständlicherweise – nicht länger als alleiniges Hauptziel evtl. nuklearer Angriffe angesehen. Im Zentrum standen nunmehr die oben aufgeführten Staaten der sog. “Achse des Bösen”, Irak, Iran und Nordkorea sowie die nukleare Ambitionen hegemonisierenden “Schurkentaaten” Libyen und Syrien – also keine etablierten *haves*, die die USA mit ihren Nukleararsenalen hätten bedrohen können, sondern Staaten, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal einen Nukleartest durchgeführt hatten und deren Streben nach einer militärischen Nutzung der Nuklearenergie keinesfalls gesichert schien.<sup>1799</sup> KritikerInnen der NPR wandten sich entschieden gegen die Festlegung solcher Ziele: “*To launch weapons against nuclear powers would be suicide. To do so against a non nuclear enemy would be militarily unnecessary, morally repugnant, and politically indefensible.*”<sup>1800</sup> Allein die Überlegung solcher Angriffe würde das nukleare (Sprach-)Tabu unterminieren: “*Even raising the prospect of using them to stop a nuclear program crosses a dangerous red line.*”<sup>1801</sup> Allerdings wurden auch *haves* wie die aufsteigende Macht China und (in geringerem Maße) Russland als mögliche Ziele von US-Nuklearangriffen benannt – obwohl die US-Regierung sich gleichzeitig um bessere Beziehungen zu diesen beiden Ländern bemühen wollte. Somit erfuhr die US-Nuklearpolitik eine starke räumliche Ausweitung: “*The Cold War policy of threatening to use nuclear weapons against the Soviet Union (...) had now been widened without limit to send messages of nuclear destruction To Whom It May Concern.*”<sup>1802</sup> Diese Ausweitung schlug sich 2003 nieder in “*a new Pentagon command called Global Strike, whose mission is to deliver ‘conventional or nuclear’ strikes on any target anywhere on the planet at a moment’s notice.*”<sup>1803</sup>

Doch warum erschien aus Sicht der US-Administration und der BefürworterInnen der NPR eine derart starke Ausweitung des “*theater of operations – namely the planet Earth*” so wichtig?<sup>1804</sup> Dies wird vor dem Hintergrund der zweiten grundlegenden Neuerung deutlich, nämlich der *Rolle*, die Nuklearwaffen nun zugemessen wurde. Wie im Einleitungskapitel zum nuklearen Tabu beschrieben, wurde dem US-Nukleararsenal während des Kalten Krieges (neben dem allgemeinen Prestigegegewinn) v.a. *eine* Aufgabe zugesprochen, nämlich die eines “Schutz-Totems”, das potentielle Nuklearschläge seitens der UdSSR abschrecken sollte.<sup>1805</sup> Angesichts der als immer größer wahrgenommenen Gefahr mit Massenvernichtungswaffen bewaffneter “Schurkenstaaten”, die sich äußerst irrational und deshalb umso gefährlicher zu

<sup>1799</sup> Die aufgeführten Länder wurden in einem streng geheimen Anhang der NSPD-17 genannt. Vgl. Kirstensen, Hans M. 2008: The Nuclear Posture of the United States, in: Eriksson, Magnus/Osland, Kari M. (Hrsg.): Nuclear Weapons in the 21st Century. Old Players, New Game – New Players, Old Game, Norwegian Institute of International Affairs (NUPI), S. 53-66, hier S. 56. Die Festlegung dieser Ziele stellte auch einen Bruch der seit längerem umstrittenen Praxis sog. “negativer Sicherheitsgarantien” dar, nach denen die USA *have-nots* nicht mit Nuklearwaffen angreifen dürften, vgl. VD: Farrell, Theo 2010: Nuclear non-use: constructing a Cold War history, in: Review of International Studies 36, S. 819-829, hier S. 826.

<sup>1800</sup> McNamara, Robert 2005: Apocalypse soon, in: Foreign Policy 148, S. 29-35, hier S. 32.

<sup>1801</sup> Editorial der *USA Today* vom 11.06.2007 mit dem Titel “*Loose talk about nukes could sink U.S. interests*”.

<sup>1802</sup> Schell, Jonathan 2007: The seventh decade: the new shape of nuclear danger, New York, S. 125.

<sup>1803</sup> Schell, Jonathan 2007: The seventh decade: the new shape of nuclear danger, New York, S. 5

<sup>1804</sup> Schell, Jonathan 2007: The Seventh Decade: The New Shape of Nuclear Danger, New York. S. 131.

<sup>1805</sup> Vgl. zum Totembegriff und zur Abschreckung die Abschnitte ab S. 209 bzw. 219 der Arbeit.

verhalten schienen,<sup>1806</sup> sollte die Abschreckungswirkung von Nuklearwaffen enorm ausgeweitet werden: Sie sollten nicht länger nur Angriffe anderer *haves* abschrecken, sondern auch illegitime Nuklearaspiranten davon abhalten, solche Bomben überhaupt zu bauen *und* diese Staaten zudem noch daran hindern, bereits vorhandene Nuklearwaffen an Terroristen weiterzugeben.<sup>1807</sup>

“Out of the verbal mist of the Nuclear Posture Review, an answer emerged to our momentous question concerning the purpose of the American nuclear arsenal in the post-Cold War era. Its purpose was to dissuade, deter, defeat or annihilate - preventively, preemptively, or in retaliation - any nation or other grouping of people on the fact of the earth, large or small, that militarily opposed, or dreamed of opposing, the United States.”<sup>1808</sup>

Hinzu kam noch, dass sich die Abschreckung nicht mehr allein auf Nuklearwaffen beziehen sollte: “*Essentially overnight, the role of U.S. nuclear weapons ballooned from deterring nuclear weapons to deterring all forms of WMD.*”<sup>1809</sup> Zudem bezogen die USA – in Anlehnung an ihren bereits während des Kalten Krieges bereitgestellten Nuklearschirm – ihre nukleare Verantwortung zur Abwehr neuer Gefahren nicht nur auf den Schutz der eigenen Landsleute, sondern auch auf ihre alliierten Partner, die leicht zu Opfern nuklearer “Schurkenstaaten” oder nuklear bewaffneter Terroristen werden könnten. Dies zu verhindern, läge in der Verantwortung der einzig verbliebenen Supermacht: “*No other nation has the global responsibilities the United States bears, and we must take the actions needed to meet them*” stellte US-Navy-Admiral Robert R. Monroe fest und Außenminister Powell ergänzte “*to defend the nation and defend our interests and our allies around the world*” – womit sich beide in eine Reihe ähnlicher Statements einordneten.<sup>1810</sup> Diese Verantwortungsrhetorik wurde seitens der US-Administration in

<sup>1806</sup> Vgl. für diese Ansicht, die an das Schema des “nuklearen Irren” (S. 213 der Arbeit) anknüpft, den Abschnitt ab S. 380 der Arbeit.

<sup>1807</sup> Vgl. zu diesem Thema den Unterpunkt ab S. 428 der Arbeit.

<sup>1808</sup> Schell, Jonathan 2007: *The seventh decade: the new shape of nuclear danger*, New York, S. 125.

<sup>1809</sup> Kirstensen, Hans M. 2008: *The Nuclear Posture of the United States*, in: Eriksson, Magnus/Osland, Kari M. (Hrsg.): *Nuclear Weapons in the 21st Century. Old Players, New Game – New Players, Old Game*, Norwegian Institute of International Affairs (NUPI), S. 53-66, hier S. 56. Diese sog. “*ambiguity*” des Einsatzes von Nuklearwaffen gegenüber anderen WMD stammt allerdings noch aus den 1990er Jahren. Vgl. Beckman, Peter R./Crumlish, Paul W./Dobkowski, Michael N./Lee, Steven P. 2007: *Nuclear Weapons, Nuclear States, and Terrorism*, Cornwall-on-Hudson, S. 313. Sie wurde unter anderem damit begründet, dass die USA ihre Chemie- und Biowaffen infolge internationaler Verhandlungen aufgegeben hätten und nun Angriffe mit diesen Waffen nicht mehr mit gleichen Mitteln vergelten könnten, sondern nur noch mit den ihnen einzig verbliebenen Massenvernichtungswaffen, also “*nukes*“. Vgl. Paul, T. V. 2009: *The Tradition of Non-Use of Nuclear Weapons*, Stanford, S. 187. TabukritikerInnen wiesen zudem darauf hin, dass entsprechende Drohungen gegenüber dem Irak Wirkung gezeigt hätten: “*Our nuclear arsenal also helps deter enemies from using chemical and biological weapons. In the first Gulf War, we made it very clear that if Saddam used chemical or biological weapons, then the United States would keep all options on the table. We later learned that this veiled threat had the intended deterrent effect as Iraq considered its options.*” (Verteidigungsminister) Gates, Robert 2008: *Nuclear Weapons and Deterrence in the 21st Century*. Rede vor der Carnegie Endowment for International Peace, 28.10.2008, Rede vor der Carnegie Endowment for International Peace, 28.10.2008, online unter: <<http://carnegieendowment.org/2008/10/28/gates-nuclear-weapons-and-deterrence-in-21st-century/99x>>, rev. 02.02.2012.

<sup>1810</sup> Monroe, Robert R. 2004: *New Threats, Old Weapons*, in: WP, 16.11.2004.

Verbindung mit Verteidigungszusicherungen im Falle möglicher (WMD-)Angriffe an den Tag gelegt, demnach trage der US-Präsident, laut Condoleezza Rice, “[t]he responsibility (...) to make certain that that doesn’t happen”. Diese empfundene Verpflichtung, Sicherheit zu garantieren, ginge mit Bestrebungen einher, anderen Völkern die Freiheit zu bringen, agierten die USA doch im Lichte einer “long history of helping people to find the opportunities of liberty and freedom”, so Andrew H. Card.<sup>1811</sup>

Geradezu über Nacht wurden Nuklearwaffen zudem von einem “Totem” zur *Abwehr von Angriffen* zu einem Mittel zur *Proliferationsverhinderung*. In der etwas verklausulierten Sprache der NPR heißt dies:

“The Nuclear Posture Review shifts planning for America’s strategic forces from the threat-based approach of the Cold War to a capability-based approach.’ This last sentence apparently means that the United States will seek to guarantee that adversaries will have the capability to attack taken away from them, not simply that they be deterred from attacking by our threat of retaliation.”<sup>1812</sup>

TabubefürworterInnen kritisierten, dass der Abschreckungsbegriff somit überfrachtet würde und in dieser Form auch Optionen für nukleare Ersteinsätze oder gar Erstschläge umfassen könne: “‘Deterrence’ has become to be defined as whatever it is that nuclear weapons do.”<sup>1813</sup>

Interessanterweise wurden mit dieser neuen Ansicht (unbewusst) zwei Aspekte des nuklearen Tabus gegeneinander ausgespielt: Um das *Besitztabu* mit seiner Zweiteilung der Welt in *haves* und *have-nots* zu wahren, sollte notfalls das *Einsatztabu* gebrochen werden. Dieser Ansatz beruhte wiederum auf drei Prämissen: erstens, dass traditionelle Ansätze der Nichtverbreitung (sprich: multilaterale Verträge wie der NPT) gescheitert seien,<sup>1814</sup> zweitens, dass es den USA als dem ultimativem nuklearen Hohepriester zustehe, zu entscheiden, wer über nukleare “Totems” verfügen dürfe und wer nicht<sup>1815</sup> und drittens, dass die USA diese Entscheidungen notfalls militärisch durchsetzen sollten, indem sie unliebsame, nach Nuklearwaffen strebende Regime zu Fall brächten:

<sup>1811</sup> NBC 2002: Condoleezza Rice discusses the war on terrorism and violence in the Middle East, Transkript der Sendung “Meet the Press” vom 10.03.2002, CBS 2002: Secretary of State Colin Powell discusses the violence in the Middle East and the war on terrorism, Transkript der Sendung “Face the Nation” vom 10.03.2002 sowie NBC 2003: Andrew Card discusses the State of the Union, the situation in Iraq, affirmative action and Title IX, Transkript der Sendung “Meet the Press” vom 26.01.2003.

<sup>1812</sup> Beckman, Peter R./Crumlish, Paul W./Dobkowski, Michael N./Lee, Steven P. 2007: Nuclear Weapons, Nuclear States, and Terrorism, Cornwall-on-Hudson, S. 313.

<sup>1813</sup> Kristensen, Hans M./Norris, Robert S./Oelrich, Ivan 2009: From Counterforce to Minimal Deterrence: A New Nuclear Policy on the Path Toward Eliminating Nuclear Weapons, in: Federation of American Scientists & The Natural Resources Defense Council, Occasional Paper No. 7, S. 14. Die Autoren fordern deshalb eine Rückkehr zur sog. “minimal deterrence”, die allein einen nuklearen Angriff eines anderen *haves* abschrecken soll.

<sup>1814</sup> Vgl. Kristensen, Hans M. 2008: The Nuclear Posture of the United States, in: Eriksson, Magnus/Osland, Kari M. (Hrsg.): Nuclear Weapons in the 21st Century. Old Players, New Game – New Players, Old Game, Norwegian Institute of International Affairs (NUPI), S. 53-66, hier S. 57 sowie zur Einstellung der Bush-Administration gegenüber dem NPT den Abschnitt ab S. 439 der Arbeit.

<sup>1815</sup> Vgl. zu dieser Frage das Einleitungskapitel zum nuklearen Tabu ab S. 211 der Arbeit sowie in diesem Kapitel den Abschnitt über “responsible nuclear powers” ab S. 443.

“Bush was proposing to stop proliferation through unilateral, preventive use of force to overthrow offending regimes. Never before had the United States – or any country – proposed that military action should be the means for solving the world’s proliferation problem. Yet seen in the context of the global evolution of the nuclear dilemma since the Cold War, the new policy possessed a decided logic. If in the new era the nuclear powers were insisting that the world continue to be two-tiered, then Bush’s policy constituted the final missing piece to the puzzle: the method by which the membership rules were to be enforced. The United States would do it, and do it with military power.”<sup>1816</sup>

Aus der neuen und vielfältigeren Rolle, die Nuklearwaffen nun zugemessen wurde (insbesondere der bei Präemptivschlägen zur Proliferationsverhinderung) ergab sich eine dritte grundlegende Neuerung der US-Nuklearpolitik: Nuklearwaffen mussten ihrer Sonderstellung enthoben und auf zukünftigen Schlachtfeldern einsetzbar werden, was auf ein *Vermischen der “bright line”*, die bisher zwischen der Funktion von konventionellen Waffen und “*nukes*” gezogen worden war, hinauslief.<sup>1817</sup> Dieser neue Ansatz rief, wie zu erwarten, viele KritikerInnen auf den Plan, die neben moralischen auch militärstrategische Kosten-Nutzen-Argumente vorbrachten:

“I strongly believe that the United States should do everything in its power to increase the nuclear threshold, to increase the mystique association with a nuclear detonation, and to increase the fear that any country that uses a nuclear weapon outside of the direst circumstances of national survival is committing a grave international crime. This is more than altruistic thinking – it is in our practical interest to limit the use of the only weapon that could inflict tactical defeat on our forces. One way to make sure that it does not is to tirelessly emphasize the fundamental difference between nuclear and conventional weapons...”<sup>1818</sup>

Infolge der NPR manifestierte sich die Abkehr von einer solchen Betonung der unangreifbaren Sonderstellung von Nuklearwaffen zunächst in institutioneller Hinsicht:

“The seriousness of the administration’s nuclear planning was evident in the authority for such nuclear use given to the Omaha-based U.S. Strategic Command (STRATCOM), which was earlier focusing on strategic nuclear combat with Russia and China. STRATCOM became the single command for the planning and conduct of the full range of operations to combat terrorist states and organizations. The new U.S. policy has thus blurred the distinction between nuclear and conventional forces by mixing the two in the structure of military bureaucracy and practice.”<sup>1819</sup>

BefürworterInnen der neuen Strategie hielten der oben geäußerten Kritik allerdings entgegen, dass diese Zusammenlegung der Kommandostrukturen die *nuclear threshold* nicht senke, sondern sogar erhöhe, da STRATCOM dem US-Präsidenten nun gleichzeitig Pläne für nukleare und konventionelle Angriffsoptionen unterbreiten und der Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte auf diese Weise besser entscheiden könne, ob er tatsächlich einen

<sup>1816</sup> Schell, Jonathan 2007: *The seventh decade: the new shape of nuclear danger*, New York, S. 103f.

<sup>1817</sup> Vgl. zum Begriff der “*bright line*” und des “*firebreaks*” S. 206 der Arbeit.

<sup>1818</sup> Younger, Stephen M. 2009: *The Bomb: A New History*, New York, S. 127.

<sup>1819</sup> Paul, T. V. 2009: *The Tradition of Non-Use of Nuclear Weapons*, Stanford, S. 184.

Nuklearschlag anordnen wolle oder nicht.<sup>1820</sup> Außerdem sei die *nuclear threshold* zum einen ein (überkommenes) soziales Konstrukt, das man nicht automatisch durch bestimmte Handlungen heben oder senken könne: “*There is no such thing as a single, objective nuclear threshold to be lowered or raised mechanistically. That notion, like others, is a construct of the Cold War’s balance of terror.*”<sup>1821</sup> Zum anderen sei es gefährlich, die Höhe der *threshold* öffentlich zu diskutieren und festlegen zu wollen, da die Feinde der USA es auf diese Weise leicht hätten, sie zu umgehen. Einige BefürworterInnen der NPR verwiesen auch darauf, dass sich die Maßnahmen hauptsächlich gegen die Staaten der “*axis of evil*” richten sollten und deshalb von einer *generellen* Absenkung der *threshold* keine Rede sein könne.<sup>1822</sup>

Gegen die Sichtweise, dass die NPR nicht zu einer Absenkung der *nuclear threshold* führe, sprach wiederum aus Sicht der “TabuschützerInnen”, die die Nuklearwaffen zugemessene Sonderrolle keinesfalls gefährdet sehen wollten, dass die NPR entsprechend der institutionellen Verschränkungen auch die Entwicklung neuer Gefechtsstrategien vorsah, in denen sowohl konventionelle, wie auch nukleare Waffen *gleichzeitig* Berücksichtigung fanden. So wurde das noch vom Kalten Krieg geprägte Konzept der “nuklearen Triade” – bestehend aus Interkontinentalraketen, schweren Bombern und U-Boot-basierten ballistischen Flugkörpern – aufgegeben. Stattdessen sollten diese drei nuklearen Bestandteile *zusammen* mit verbesserten konventionellen Waffen (“*nonnuclear and nuclear strike capabilities*”) zu *einem* der Pfeiler der “*new nuclear triad*” verschmelzen, zu welcher als andere beide Pfeiler eine verstärkte Raketenabwehr und eine Flexibilisierung der militärischen Infrastruktur sowie eine Verbesserung der sog. “*command, control, communications and intelligence*”-Fähigkeiten zählten.<sup>1823</sup> Entsprechend dieser “neuen Triade” sollten nukleare und/oder nicht-nukleare Strategien gleichberechtigt nebeneinander stehen:

“Composed of both nonnuclear systems and nuclear weapons, the strike element of the new triad can provide greater flexibility in the design and conduct of military campaigns to defeat opponents decisively, the review says. ‘Nonnuclear strike capabilities may be particularly useful to limit collateral damage and conflict escalation. Nuclear weapons could be employed against targets able to withstand nonnuclear attack (for example, deep underground bunkers or bioweapons facilities). (...)’ In effect, the Pentagon is urging the development of an arsenal in which nuclear weapons could be used against an adversary’s nonnuclear forces, while promoting the development of conventional

<sup>1820</sup> Vgl. Farrell, Theo 2010: Nuclear non-use: constructing a Cold War history, in: Review of International Studies 36, S. 819-829, hier S. 827.

<sup>1821</sup> Payne, Keith B. 2005: The Nuclear Posture Review. Setting the Record Straight, in: The Washington Quarterly 28:3, S. 135-151, hier S. 144f.

<sup>1822</sup> Kokoshin, Andrei 2006: A Nuclear Response to Nuclear Terror: Reflections of Nuclear Preemption, in: Allison, Graham (Hrsg.): Confronting the specter of nuclear terrorism, The Annals of the American Academy of Political and Social Science, 67/2006, Thousand Oaks, S. 59-63, hier S. 62.

<sup>1823</sup> Vgl. hierzu ausführlicher: Russell, James/Wirtz, James J. 2002: A Quiet Revolution: The New Nuclear Triad, in: Strategic Insight, 1. Mai 2002 sowie U.S. Joint Chiefs of Staff 2005: Doctrine for Joint Nuclear Operations, 15.03.2005.

arms that could be used against nuclear targets. The potential blurring of those roles, critics fear, would eliminate the firebreak between nuclear and conventional war.”<sup>1824</sup>

Dass einige der früher üblichen Bedenken hinsichtlich des Einsatzes von Nuklearbomben als mehr oder weniger “normalen” Gefechts Waffen von der Bush-Administration und dessen AnhängerInnen nicht mehr geteilt wurden, entnahmen KritikerInnen auch der *Doctrine for Joint Nuclear Operations* aus dem Jahr 2005, nach der “*nuclear wars can be won: ‘Training ‘it stated, ‘can help prepare friendly forces to survive the effects of nuclear weapons and improve the effectiveness of surviving forces.’*”<sup>1825</sup> Hintergrund der verstärkten Einsatzbereitschaft war also auch die Annahme, dass begrenzte Nuklearkriege möglich seien, ohne, dass diese in weltweite Vernichtung ausarten würden. Die Angst vor einer unkontrollierbaren Eskalation nuklearer Auseinandersetzungen (beruhend auf der Sonderstellung von Nuklearwaffen), die ein wichtiges Element des nuklearen Einsatztabus und, daran anschließend, der früheren Abschreckungslogik dargestellt hatte, wurde somit implizit für nichtig erklärt:<sup>1826</sup> “*Nuclear use (...) can be contained, and what is containable is, in the nuclear world, often seen as morally and pragmatically acceptable.*”<sup>1827</sup> Bei den Erwägungen eines Einsatzes von Nuklearwaffen sollte dementsprechend nicht länger ihr besonderer Status als ultimative “*weapon of last resort*” im Vordergrund stehen, sondern die Frage, ob ihr Abwurf aus rein gefechtstechnischen Gründen sinnvoll erschien: “*By blurring the distinction between conventional and nuclear war, the decision to use nuclear weapons had come to depend, at least theoretically, on such technical factors as the depth of an underground target.*”<sup>1828</sup>

Die VerfechterInnen der NPR innerhalb der US-Administration bemühten sich, solche Befürchtungen als grundlos darzustellen. So antwortete Condoleezza Rice auf die Frage, ob es richtig sei, dass Nuklearwaffen in Zukunft eine neue Aufgabe als Instrument der Kriegsführung und nicht mehr der Kriegsverhinderung erhielten: “*The American policy on this score has not changed*” und das Pentagon ließ verlauten, dass “*nuclear first strikes would be considered weapons of last resort, especially against biological weapons.*”<sup>1829</sup> Laut einem Bericht des *Defense Science Board* sei es nach wie vor “*American policy (...) to pursue non-nuclear attack options wherever possible*”, Nuklearwaffen würden also erst nach Ausschöpfung konventioneller Alternativen in

<sup>1824</sup> Gordon, Michael R. 2002: Nuclear Arms. For Deterrence or Fighting?, in: NYT, 11.03.2002.

<sup>1825</sup> Zitiert in: Gerson, Joseph 2007: Empire and the Bomb. How the US Uses Nuclear Weapons to Dominate the World, London, S. 245.

<sup>1826</sup> Vgl. S. 220 der Arbeit. KritikerInnen dieser Argumentation widersprachen dieser Ansicht. So betonte Robert McNamara noch 2003: “*There is no way to effectively contain a nuclear strike – to keep it from inflicting enormous destruction on civilian life and property, and there is no guarantee against unlimited escalation once the first nuclear strike occurs. We cannot avoid the serious and unacceptable risk of nuclear war until we recognize these facts and base our military plans and policies upon this recognition.*” McNamara, Robert 2005: Apocalypse soon, in: Foreign Policy 148, S. 29-35, hier S. 33.

<sup>1827</sup> Beckman, Peter R./Crumlish, Paul W./Dobkowski, Michael N./Lee, Steven P. 2007: Nuclear Weapons, Nuclear States, and Terrorism, Cornwall-on-Hudson, S. 213.

<sup>1828</sup> Schell, Jonathan 2007: The seventh decade: the new shape of nuclear danger, New York, S. 124.

<sup>1829</sup> NBC 2002: Condoleezza Rice discusses the war on terrorism and violence in the Middle East, Transkript der Sendung “Meet the Press” vom 10.03.2002 bzw. Ricks, Thomas E./Loeb, Vernon 2002: Bush Developing Policy of Striking First, in: WP, 10.06.2002.

Betracht gezogen, dennoch könne es unter extremen Umständen dazu kommen, dass der Präsident “[n]evertheless, (...) may have no choice but to turn to nuclear options”.<sup>1830</sup>

Die GegnerInnen der NPR sahen sich in ihrer Annahme, dass die US-Administration sehr wohl den Einsatz von Nuklearwaffen in einer Reihe neuer Szenarien für angemessen hielt, dadurch bestätigt, dass die *Doctrine for Joint Operations* fünf solcher Einsatzmöglichkeiten aufzählte, in denen ein Nuklearschlag nicht unbedingt als letztes Mittel erschien:

“To counter an adversary intending to use weapons of mass destruction against U.S., multinational or allies’ forces or civilian populations;

To counter an imminent attack from an adversary’s biological weapons that only effects from nuclear weapons can safely destroy;

To attack adversary installations including weapons of mass destruction, deep, hardened bunkers containing chemical or biological weapons, or the command and control infrastructure required for the adversary to execute a WMD attack against the United States or its friends and allies;

To counter potentially overwhelmingly adversary conventional forces;

To demonstrate U.S. intent and capability to use nuclear weapons to deter adversary WMD use.”<sup>1831</sup>

Im Hinblick auf das nukleare Einsatztabu ist insbesondere der letzte Punkt interessant: Erwogen wurde ein Nuklearschlag allein zu Demonstrationszwecken, nämlich um zu zeigen, dass die USA sich nicht länger an das nukleare Einsatztabu gebunden fühlen, was wiederum beim Gegner eine größere Abschreckungswirkung erzielen sollte – ein Tabubruch, um die Nichtigkeit des Tabus zu demonstrieren. Die Bedeutung dieses Arguments hatte während der Debatte um die NPR bereits der prominente demokratische (!) Senator Bob Graham unterstrichen, indem er darauf verwiesen hatte, dass “*nations and groups adversarial to U.S. interests that have gotten the mind set that the United States is a paper tiger*”, weshalb auch die US-Demokraten eine “*more aggressive nuclear posture*” unterstützen sollten.<sup>1832</sup>

Eine Demonstration des Willens der US-Regierung, das Einsatztabu zu brechen, wurde daraufhin auch von konservativen Journalisten gefordert, um nicht zum Opfer nuklear bewaffneter Gegner zu werden, die sich nicht um das nukleare Tabu scherten:

“Several thousand nuclear weapons in the U.S. arsenal become a military nullity if the political leadership is under no circumstances willing to use them, or at least is

<sup>1830</sup> Defense Science Board 2004: Report of the Task Force on Future Strategic Strike Forces.

<sup>1831</sup> Kirstensen, Hans M. 2008: The Nuclear Posture of the United States, in: Eriksson, Magnus/Osland, Kari M. (Hrsg.): Nuclear Weapons in the 21st Century. Old Players, New Game – New Players, Old Game, Norwegian Institute of International Affairs (NUPI), S. 53-66, hier S. 60. Gersons Angaben zu den Szenarien weichen allerdings von den von Kristensen genannten ab. Laut ihm sei ein Nuklearschlag möglich “*for rapid and favorable war termination US terms’ (the Hiroshima rationale); when an enemy uses, or is believed to be planning to use, chemical, biological, or nuclear weapons; when deep and hardened enemy bunkers contain chemical or biological weapons or WMD command-and-control facilities; to counter potentially overwhelming adversary conventional forces; to respond to adversary-supplied WMD use by surrogates such as al-Qaeda-like cells.*” Gerson, Joseph 2007: Empire and the Bomb. How the US Uses Nuclear Weapons to Dominate the World, London, S. 246.

<sup>1832</sup> Zitiert in: Miller, Greg 2002: Democrats Divide Over Nuclear Plan, in: Los Angeles Times 13.03.2002. Vgl. zu diesem Argument, an das die Forderung nach *einsetzbaren* Nuklearwaffen anschließt, S. 414 der Arbeit.

perceived to be unwilling. (...) By contrast, North Korea's possession of a single deliverable nuclear bomb – combined with its perceived willingness to use it, even at the risk of national suicide – means that it is Pyongyang, not Washington, that is exercising deterrence.”<sup>1833</sup>

Anders als die Vorgängerdokumente dieser Doktrin aus dem Jahr 2002, löste die *Doctrine for Joint Operations* so heftige Proteste aus, dass sie – zumindest offiziell – von der US-Regierung zurückgezogen wurde. Insbesondere die Tatsache, dass die Doktrin “*explicitly authorized targeting civilians and cities*” sorgte für große Empörung.<sup>1834</sup> Zudem wurde – tabutypisch – auf die Folgen verwiesen, die ein solcher Einsatz für das Ansehen der USA hätte:

“The first use of nuclear weapons in anger since Nagasaki will be followed by international inquiries, and possibly recrimination against the perpetrator. Even tactical or ‘mini’ nuclear weapons will cause civilian casualties in unknown numbers. And if, in the aftermath of a nuclear preemption for the sake of counterterrorism, the target is misidentified or the intelligence is at all flawed, the damage to the credibility of the attacker, in political and in moral terms, will be inestimable.”<sup>1835</sup>

Durch einen solchen Akt würden sich die USA wesentlich “schurkenhafter” verhalten, als die vermeintlichen “Schurkenstaaten”:

“The United States would be committing the same crime that it rightly accuses ‘rouge states’ and terrorists of perpetrating – that is, the killing of innocent civilians – if it ever unleashes a nuclear attack on cities or states where terrorists have taken refuge or residence. Thus, the victims of rogue rulers – that is, the population of rogue states – will suffer for crimes that they never committed. This is tantamount to crimes against humanity.”<sup>1836</sup>

Zum “Anführer” der KritikerInnen wurde diesmal der (hier mehrfach zitierte) dänische Friedensforscher Hans Kristensen, welcher die Konkretisierung von Szenarien nuklearer Erstsätze in einem Fachartikel skandalisierte,<sup>1837</sup> woraufhin 16 Kongressabgeordnete zu “Normverfechtern” wurden und Präsident Bush öffentlich dazu aufriefen, sich von der neuen Doktrin zu distanzieren.<sup>1838</sup> Daraufhin verschwand die Doktrin zumindest von der Website des US-Verteidigungsministeriums; ob ein Wandel der hier angestrebten Ziele erreicht wurde, ist allerdings fraglich.<sup>1839</sup>

<sup>1833</sup> Stephens, Bret 2006: Paging Dr Strangelove, in: WSJ, 17.10.2006.

<sup>1834</sup> Gerson, Joseph 2007: Empire and the Bomb. How the US Uses Nuclear Weapons to Dominate the World, London, S. 246.

<sup>1835</sup> Vgl. rückblickend Cimbala, Stephen J. 2010: Nuclear Weapons and Cooperative Security in the 21st Century: The New Disorder, London, S. 69.

<sup>1836</sup> Paul, T. V. 2009: The Tradition of Non-Use of Nuclear Weapons, Stanford, S. 190.

<sup>1837</sup> Es handelt sich um den Artikel “*The Role of U.S. Nuclear Weapons: New Doctrine Falls Short of Bush Pledge*”, der im September 2005 in “*Arms Control Today*” erschien. Er findet sich online unter <[http://www.armscontrol.org/act/2005\\_09/Kristensen](http://www.armscontrol.org/act/2005_09/Kristensen)>, rev. 02.02.2012.

<sup>1838</sup> Vgl. VD: Kirstensen, Hans M. 2008: The Nuclear Posture of the United States, in: Eriksson, Magnus/Osland, Kari M. (Hrsg.): Nuclear Weapons in the 21st Century. Old Players, New Game – New Players, Old Game, Norwegian Institute of International Affairs (NUPI), S. 53-66, hier S. 60.

<sup>1839</sup> “*Although the administration appears to have withdrawn the draft, its policy contents apparently were not changed.*” Paul, T. V. 2009: The Tradition of Non-Use of Nuclear Weapons, Stanford, S. 183.



Zu diesem Zeitpunkt lag der erste Höhepunkt der Debatte um die vierte grundlegende Neuerung durch die NPR bereits hinter den beteiligten ProtagonistInnen: die Diskussion über eine umfassende *Modernisierung des US-amerikanischen Nukleararsenals*. Diese war aus Sicht der Bush-Administration und ihren AnhängerInnen unbedingt nötig, um die in der NPR und ihren Folgedokumenten angelegten neuen Strategien auch tatsächlich umsetzen zu können:

“Mr. Bush (...) sought funding for new weapons programs, including:

A 100-kiloton bunker buster (...).

The ‘Advanced Concepts Initiative’ (sic!), including developing a low-yield nuclear weapon for tactical battlefield (...).

The Modern Pit Facility, a factory that could produce up to 450 plutonium triggers a year - even though scientists say America’s nuclear triggers will be good for years.

Pushing to reduce time-to-test readiness at Nevada Test Site in half - to 18 month signaling intent to resume testing, which would have broken a test moratorium in place since 1992.

A new nuclear warhead, called the Reliable Replacement Warhead, (...).”<sup>1840</sup>

Interessanterweise gab die NPR damit recht genau an, welche neuen Nuklearwaffen und zu ihrer Produktion fälligen Neuerungen nötig seien, obwohl die in der NPR enthaltene Bedrohungsanalyse von einer völlig chaotischen und unklaren Bedrohungslage (Stichwort: “*black swan*”) ausging:

“In sum, the 2001 Nuclear Posture Review was like a design for a building whose massive foundations were articulated in the finest detail but whose upper stories were only lightly sketched in. A new bomber would be ready in 2040, but whom would it bomb? Targets would be strike-able with greater accuracy but where would those targets be? The NPR declined to say.”<sup>1841</sup>

Zum Hauptkritikpunkt der NormbefürworterInnen avancierte jedoch nicht diese von Schell angesprochenen Unklarheiten, sondern zunächst die oben zitierten Projekte zur Neukonstruktion kleiner, effektiver und einsetzbarer Nuklearwaffen:

“Critics fear that by calling for the development of more effective nuclear weapons, the Pentagon is making the unthinkable thinkable, blurring the distinction between nuclear weapons and conventional arms.”<sup>1842</sup>

BefürworterInnen der neuen Nuklearpolitik wiesen darauf hin, dass zwar einige wenige neue Rüstungsprojekte angestrebt wurden, gleichzeitig jedoch eine umfassende Abrüstung von Nuklearwaffen und “tiefe Einschnitte” in das US-Nukleararsenal durchgeführt werden sollten. TabubefürworterInnen hielten dem entgegen, dass es sich bei diesen Aktionen keineswegs um ein “*de-emphasizing*” von Nuklearwaffen handeln würde, sondern vielmehr um die Entsorgung von Kaltem Kriegs-Schrott, um Platz für modernere Bomben zu

<sup>1840</sup> Feinstein, Dianne 2009: Let’s Commit to a Nuclear-Free World, in: WSJ, 03.01.2009.

<sup>1841</sup> Schell, Jonathan 2007: The seventh decade: the new shape of nuclear danger, New York, S. 123.

<sup>1842</sup> Gordon, Michael R. 2002: Nuclear Arms. For Deterrence or Fighting?, in: NYT, 11.03.2002.

schaffen.<sup>1843</sup> Zum am schärfsten kritisierten Projekt neuer Nuklearwaffen avancierte dabei der *Robust Nuclear Earth Penetrator*, dessen Bedeutung nur vor dem oben umrissenen Hintergrund der gewandelten Nuklearstrategie zu verstehen ist.

Die NPR, die v.a. als Antwort auf die Themen der drei ersten Unterdiskurse verfasst wurde, war ein Kernelement des Erosionsprozesses des nuklearen Tabus. Jede seiner drei Ebenen gerieten unter mehrfachen Beschuss: Erstens machten die USA mit der neuen Strategie sehr deutlich, dass es ihnen als ultimativem “*nuclear highpriest*” obliege, zu entscheiden, wem der Besitz von Nuklearwaffen zustehe und wem nicht, also das Besitztabu auszulegen. Dass Staaten von einem Bruch des Besitztabus und auch von einer Weitergabe ihrer Waffen an Terroristen nuklear abgeschreckt werden sollten, war dabei ein völlig neuer Ansatz, der dem US-Arsenal eine neue Rolle zuwies. Zweitens wurden Nuklearwaffen als einsetzbar definiert – zumal die Angst vor den Folgen eines Einsatzes und damit die Angst vor den schrecklichen Folgen eines Tabubruchs, auf dem Tabus u.a. basieren, deutlich gesunken war. Ein Bruch des Einsatztabus wurde aber auch insofern möglicher, als die US-Regierung zwar weiterhin auf der Aussage beharrte, Nuklearwaffen würden nur als “*last resort*” eingesetzt, sich die Bedeutung dieses Begriffs jedoch geändert hatte: Als *last resort* galt nun nicht mehr ein Nuklearschlag gegen einen unmittelbar bevorstehenden Angriff der UdSSR, sondern z.B. ein Präventivschlag gegen das in der Entwicklung begriffene Programm des Iran – was einen Einsatz wahrscheinlicher machte. Drittens wurde durch die neuen Einsatzplanungen und –strukturen auch die Sonderstellung von Nuklearwaffen untergraben: Die *bright line* zwischen Nuklearwaffen und konventionellen Waffen wurde sowohl institutionell aufgehoben, als auch in Einsatzszenarien, in denen sie – aus rein technischen Gründen – wie “normale” Waffen eingesetzt werden sollten. Gleichzeitig wurden auch Überlegungen laut, das Tabu um seiner selbst Willen zu brechen: Da die Sonderstellung von Nuklearwaffen und die damit einhergehende *self deterrence* bezüglich ihres Einsatzes zu übermächtig geworden sei, sollte sie aus Demonstrationszwecken unterlaufen werden.

### Zankapfel “RNEP” (2003-2005)

In der Frühphase meines Untersuchungszeitraums avancierte der RNEP zum prominentesten Zankapfel der *norm challenger* wie auch der NormverfechterInnen, da sich im Projekt dieser neuen Nuklearwaffe alle vier oben angesprochenen Debattenthemen der Nuklearpolitik unter Bush (räumliche und strategische Ausweitung der “Aufgaben” von

---

<sup>1843</sup> So beklagte etwa Hans Kristensen: “*The recent downsizing has focused on moving excess weapons, already in the military’s inactive reserve stockpile, into the dismantlement phase, and dismantling the backlog of weapons previously retired from the active stockpile. Bush’s actions were primarily implementing stockpile and force structure decisions made as far back as the mid 1990s, but also by more recent decisions as well. The result is a smaller total stockpile but mainly because of reduction in warheads that were already inactive.*” Kristensen, Hans M./Norris, Robert S./Oelrich, Ivan 2009: From Counterforce to Minimal Deterrence: A New Nuclear Policy on the Path Toward Eliminating Nuclear Weapons, in: Federation of American Scientists & The Natural Resources Defense Council, Occasional Paper No. 7, S. 6.

Nuklearwaffen, ein Verwischen der *“bright line”* zwischen nuklearen und konventionellen Waffen und Modernisierung des US-Nukleararsenals) symbolisch spiegelten.

So, wie sich einige Elemente der NPR bereits vor dem Amtsantritt Bushs angedeutet hatten, war jedoch auch der RNEP kein gänzlich neues Projekt, wenn es auch von der Bush-Administration, insbesondere nach “9/11”, deutlich forciert wurde.<sup>1844</sup> Dennoch hätte der Bau des RNEP *“the first new nuclear weapons developed since the 1980s”* dargestellt.<sup>1845</sup> Bereits im Februar 2001 zeigte sich die auf Rüstungsthemen spezialisierte Journalistin Theresa Hitchens besorgt über

“...the growing chorus within some U.S. nuclear policy circles advocating the development of new, low-yield nuclear weapons. (...) The U.S. Congress, at the urging of some in the nuclear labs and their champions, this year cracked open the door for potential future research and development of a low-yield weapon for use against hardened and buried targets.”<sup>1846</sup>

Hitchens weist in diesem Zitat richtigerweise darauf hin, dass das hochumstrittene Rüstungsprojekt nicht alleine der Bush-Administration “in die Schuhe geschoben” werden sollte, wie es im Verlauf der Debatte insbesondere von TabuschützerInnen immer wieder getan wurde, sondern den Abgeordneten des US-Kongresses sowie VertreterInnen der *National Laboratories* von Beginn an eine tragende Rolle zukam. So war ein Bericht zu bunkerbrechenden Waffen, der zur Grundlage der Debatte über den RNEP werden sollte, bereits im Jahr 2000 vom US-Kongress angefordert worden und diesem seitens des Pentagons und des für zivile und militärische Nuklearfragen zuständigen US-Energieministeriums 2002 vorgelegt worden.<sup>1847</sup>

Die Schlüsselworte dieses Zitats, die das RNEP-Projekt zum Symbol für die Nuklearpolitik Bushs werden ließen, lauten jedoch *“hardened and buried targets”* sowie *“low-yield weapon”*. Ersteres deutete auf den neuen Einsatzrahmen von Nuklearwaffen hin: Sie sollten in größtenteils konventionell geführten Kriegen dort eingesetzt werden, wo es technisch sinnvoll erschien – v.a. bei der Zerstörung tief unter der Erde liegender, “verbunkert” Anlagen, in denen man wahlweise einen Unterschlupf für die Führung eines feindlichen Landes, die gestürzt werden sollte oder Produktions- bzw. Lagerstätten für Massenvernichtungswaffen eben solcher Regime vermutete. Wie “untertunnelt” die Welt mittlerweile war, unterstrich die NPR mit dem Verweis auf über 10.000 verbunkerte Militäranlagen in über 70 Ländern der Erde, *“suggesting a very large number of new nuclear targets”*

<sup>1844</sup> Auch einige Mitglieder der Clinton-Administration hatten bereits mit der Idee eines – wenn auch wesentlich kleineren – nuklearen *bunker busters* gespielt. Vgl. Gerson, Joseph 2007: *Empire and the Bomb. How the US Uses Nuclear Weapons to Dominate the World*, London, S. 244.

<sup>1845</sup> Beckman, Peter R./Crumlish, Paul W./Dobkowski, Michael N./Lee, Steven P. 2007: *Nuclear Weapons, Nuclear States, and Terrorism*, Cornwall-on-Hudson, S. 313.

<sup>1846</sup> Hitchens, Theresa 2001: *The U.S. Nuclear Debate: Issues of Concern. Mini-Nukes, Testing and National Missile Defense*, in: *British American Security Information Council: Occasional Papers on International Security Studies* Nr. 35, Washington, S. 2.

<sup>1847</sup> Vgl. Pincus, Walter 2002: *Nuclear Strike on Bunkers Assessed*, in: WP vom 20.12.2001.

*indeed*“.<sup>1848</sup> Aus diesen Angaben wurde ein – der Folterdiskussion vergleichbares – *ticking-bomb-scenario* in Bezug auf verbunkerte Anlagen entwickelt:

“Imagine an enemy of the United States that has developed a chemical or biological weapon. Now imagine that we knew conclusively its precise production and storage locations. However, because our enemy has studied us and has learned our capabilities and our vulnerabilities, he has located the facility two stories deeper than any weapon in our arsenal can penetrate. The president would be told that we know what it is and where it is but that we have no capability to stop it.”<sup>1849</sup>

Setzte man es sich, wie es in der NPR deutlich wurde, zum Ziel, die Nuklearprogramme unliebsamer Regime mittels militärischer Gewalt zu zerstören, bevor sie den USA gefährlich werden könnten – wie z.B. die immer wieder genannten unterirdischen Nuklearanlagen des Iran in Natanz –<sup>1850</sup> so bedurfte es unbedingt der Neuentwicklung einer Waffe, die hierzu technisch in der Lage war: einem sog. “*bunker buster*”,<sup>1851</sup> der sowohl Bunkerdecken aus meterdickem Beton (ggf. durch eine konventionelle Sprengung) durchbrechen, als auch durch eine erst im Bunkerinneren ausgelöste, nukleare Explosion dort lagernde Bestände von Massenvernichtungswaffen restlos vernichten sollte:

“Our potential enemies are burying in their chemical weapons capability, their conventional capability, their command and control, biological and nuclear weapon programs. Our current weapons system cannot destroy targets that are deeply buried in tunnels. They were not designed to. ...the Congress directed (...) to study whether we can take an existing nuclear weapon and encase it in such a way so that it will penetrate the earth before it explodes. The intent is to hold at risk hard and deeply buried targets.”<sup>1852</sup>

Selbst GegnerInnen des RNEP innerhalb des US-Militärs stimmten der Annahme zu, dass eine solche Mission – wenn überhaupt – nur von Nuklearwaffen erledigt werden könne, zumal die Sprengkraft einer unterirdisch gezündeten Nuklearexplosion (aufgrund der fehlenden Rückreflektion der Explosionsenergie in die Erdatmosphäre) weit größer sei, als

<sup>1848</sup> Schell, Jonathan 2007: *The seventh decade: the new shape of nuclear danger*, New York, S. 118.

<sup>1849</sup> Gingrich, Newt 2003: *Consider Enemy Threat*, in: *USA Today*, 13.08.2003.

<sup>1850</sup> Vgl. Hersh, Seymour 2006: *The Iran Plans. Would President Bush go to war to stop Teheran from getting the bomb?*, in: *The New Yorker*, 17.04.2006. KritikerInnen meinten allerdings, dass Natanz auch für konventionelle US-Bomben erreichbar – und auch deren Einsatz aufgrund des zu erwartenden *fallout* ein heikles Unterfangen sei. Vgl. *Editorial* der *USA Today* vom 11.06.2007 mit dem Titel “*Loose talk about nukes could sink U.S. interests*”.

<sup>1851</sup> Diese im Deutschen als “bunkerbrechende Waffen” bezeichneten Bomben müssen jedoch nicht nuklear sein. Die US-Streitkräfte verfügen bereits über konventionelle *bunker buster*, die (wie die *Guided Bomb Unit* (GBU)-28) während des Untersuchungszeitraums auch im Irak und in Afghanistan eingesetzt wurden – allerdings waren diese Bomben im Irak nicht in der Lage, die Bunker Saddam Husseins zu zerstören, was den Ruf nach einer nuklearen Alternative umso lauter werden ließ. Vgl. Pena, Charles V. 2003: *Mini-Nukes and Preemptive Policy. A Dangerous Combination*, in: *CATO Institute Policy Analysis*, Nr. 499, S. 1 und Van den Brook, Tom 2008: *U.S. arsenal is adding more bunker busters; Air Force cites urgent need for massive bomb*, in: *USA Today*, 15.09.2008 sowie zur anschließenden Frage, ob nukleare *bunker buster* vor diesem Hintergrund überhaupt nötig seien S. 420 der Arbeit.

<sup>1852</sup> Stellungnahme des *House Policy Committee, Subcommittee on National Security and Foreign Affairs*, zitiert in: Pena, Charles V. 2003: *Mini-Nukes and Preemptive Policy. A Dangerous Combination*, in: *CATO Institute Policy Analysis*, Nr. 499, S. 3.

bei einer nuklearen – geschweige denn konventionellen – Oberflächenexplosion.<sup>1853</sup> Noch wichtiger sei, dass allein Nuklearwaffen in der Lage seien “[to burn] up the residue of any chemical or biological weapons stored at the suspect site.”<sup>1854</sup>

Neben all diesen Anforderungen sollte diese Waffe noch eine weitere erfüllen, auf die der von Hitchens verwendete Begriff “*low-yield*” verweist: Sie sollte keine übermäßig große Sprengkraft besitzen, um evtl. in der Nähe der Rüstungsanlagen lebende ZivilistInnen nicht zu gefährden. Gewünscht waren also Bomben, die nicht mehr darauf zielten, ein möglichst großes Gebiet des Feindes zu zerstören und zu verstrahlen (wobei eher nebensächlich war, ob diese Bomben genau in der Mitte oder am Rande der feindlichen Hauptstadt detonierten), sondern exakt einsetzbare Waffen, die präzise bestimmte Ziele unschädlich machen sollten und mit dieser Verwendung eher dem Einsatz konventioneller Präzisionsraketen ähnelten – ganz im Sinne eines sog. *clean use* – ein weiterer Euphemismus, der in der Debatte häufig gebraucht wurde.<sup>1855</sup> So unterstrich ein Mitarbeiter des Pentagon: “*What’s needed now is something that can threaten a bunker tunneled under 300 meters of granite without killing the surrounding civilian population.*”<sup>1856</sup> Da auch in der US-amerikanischen Debatte die beiden Begriffe durcheinander gebracht bzw. synonym verwendet wurden,<sup>1857</sup> sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass es sich beim RNEP-Projekt jedoch *nicht* um eine sog. *mini-nuke* handelte, da ihre Sprengkraft zwar im Vergleich zu den typischen Bomben des Kalten Krieges gering ausfallen sollte, diese jedoch die für *mini-nukes* üblicherweise gesetzte Grenze von 5 Kilotonnen deutlich überschreiten sollte. Vielmehr handelte es sich hier um zwei unterschiedliche Projekte, die jedoch gleichzeitig von der Bush-Administration vorangetrieben wurden und mit denen sich DebattenteilnehmerInnen deshalb häufig gemeinsam auseinandersetzen:

“Already five times more powerful than the device detonated at Hiroshima, the bomb [der RNEP, SoSchi] would have an even greater impact because a nuclear weapon’s force is multiplied when its shock wave penetrates the rocky crust of the earth. The *other* weapon that was proposed was a low-yield mini-nuke of .01 kilotons.”<sup>1858</sup>

<sup>1853</sup> So räumte Younger ein, dass “*there are still some cases where nothing short of a nuclear weapon will do the job. WMD facilities located deep underground, or in tunnels bored into mountains, cannot be defeated by conventional weapons no matter how precisely they are guided to the target. Only the explosive force of a nuclear weapon will destroy them...*” Younger, Stephen M. 2009: *The Bomb: A New History*, New York, S. 205. Unter anderem Pena wies darauf hin, dass “*the destructive shock of a nuclear explosion even only a few meters below ground is amplified compared to a weapon of the same yield detonated above ground.*” Pena, Charles V. 2003: *Mini-Nukes and Preemptive Policy. A Dangerous Combination*, in: *CATO Institute Policy Analysis*, Nr. 499, S. 4.

<sup>1854</sup> Cimbala, Stephen J. 2010: *Nuclear Weapons and Cooperative Security in the 21st Century: The New Disorder*, London, S. 69.

<sup>1855</sup> Vgl. zum Konzept des *clean use* S. 218 der Arbeit.

<sup>1856</sup> Zitiert in: Pena, Charles V. 2003: *Mini-Nukes and Preemptive Policy. A Dangerous Combination*, in: *CATO Institute Policy Analysis*, Nr. 499, S. 3.

<sup>1857</sup> So z.B. bei Pena: “*Advocates of these mini-nukes argue that they are needed for underground targets that potential adversaries are building, largely to conceal and protect their weapons of mass destruction (WMD) programs.*” VD: Pena, Charles V. 2003: *Mini-Nukes and Preemptive Policy. A Dangerous Combination*, in: *CATO Institute Policy Analysis*, Nr. 499, S. 1, Herv. SoSchi.

<sup>1858</sup> Paul, T. V. 2009: *The Tradition of Non-Use of Nuclear Weapons*, Stanford, S. 186, Herv. SoSchi.

Möglicherweise kam den BefürworterInnen beider Rüstungsprojekte das Neben- und Durcheinander der beiden Begriffe jedoch nicht ungelegen, entstand doch so der Eindruck, dass es sich beim RNEP um eine aufgrund seiner geringen Sprengkraft eher "harmlose" Nuklearwaffe handele, wie es der euphemistische Begriff einer winzigen, geradezu niedlichen "nuke" implizierte. Dieser Eindruck wird in der NPR selbst unterstrichen:

"With a more effective earth penetrator, many buried targets could be attacked using a weapon with a much lower yield than would be required with a surface burst weapon. This lower yield would achieve the same damage while producing less fallout (by a factor of ten to twenty) than would the much larger yield surface burst."<sup>1859</sup>

Obwohl das RNEP-Projekt also in der 2002 heftig diskutierten NPR bereits angekündigt worden war, brach zunächst keine Diskussion darüber aus, was Pena mit der auf die beginnenden Kriege in Afghanistan und im Irak gerichteten Aufmerksamkeit erklärt.<sup>1860</sup> Dies änderte sich jedoch, als die US-Regierung im März 2003 ihren Haushaltsentwurf für das Verteidigungsbudget des Folgejahres im Kongress einreichte, welcher allein für die Forschungen zum RNEP Ausgaben in Höhe von 15 Mio. US-Dollar vorsah.<sup>1861</sup> Weitere sechs Mio. Dollar wurden für andere Forschungsprojekte zu Nuklearwaffen veranschlagt, worunter auch Studien über *mini-nukes* fielen. Die lebhaften Kongressdebatten zu diesem Thema fanden in der Presse sowie bei einer Reihe demokratisch wie republikanisch ausgerichteter *think tanks* ihren Widerhall.

Dabei nahmen TabuschützerInnen das RNEP-Projekt (unbewusst?) als Frontalangriff auf alle drei Ebenen des nuklearen Tabus wahr: Dass der RNEP v.a. für Einsätze in ansonsten konventionell geführten Kriegen und wie eine konventionelle Bombe, rein aus technischer Notwendigkeit, eingesetzt werden sollte, verwische die *bright line* zwischen konventionellen und nuklearen Waffen und untergrabe somit die Nuklearwaffen zugesprochene *Sonderrolle*. Gleichzeitig sahen sie das *Einsatztabu* gefährdet, da der RNEP ja als tatsächlich einsetzbare Waffe geplant zu werden schien. Gleiches galt aus Sicht der ProjektgegnerInnen für die Überlegungen zum Bau von *mini-nukes*, deren möglichen Einsatz sie als ebenso sinnlos wie fatal einstufen:

"This type of weapon falls into the category of minimal utility and maximal cost. A nuclear explosion of this yield does not produce effects substantially greater than those that can be achieved with advanced conventional weapons, but it gives the user the stigma of having crossed the nuclear threshold, thereby legitimizing the use of much larger nuclear weapons against it."<sup>1862</sup>

<sup>1859</sup> Ausschnitte der NPR online unter <<http://www.globalsecurity.org/wmd/library/policy/dod/npr.htm>>, rev. 06.01.2011.

<sup>1860</sup> Vgl. Pena, Charles V. 2003: Mini-Nukes and Preemptive Policy. A Dangerous Combination, in: CATO Institute Policy Analysis, Nr. 499, S. 2. Für eine Ausnahme s. den bereits angeführten Artikel Pincus, Walter 2002: Nuclear Strike on Bunkers Assessed, in: WP vom 20.12.2001.

<sup>1861</sup> Angabe nach: Federal Document Clearing House Congressional Testimony, Fiscal 2004 Defense Authorization: Strategic Forces, 08.04.2003.

<sup>1862</sup> Younger, Stephen M. 2009: The Bomb: A New History, New York, S. 127.

Mit dem Einsatz beider Waffen würde man (ähnlich wie bei Folter) eine *slippery slope* betreten:

“The concern with mini-nukes is that if they are viewed as more usable weapons, a president might indeed feel it is easier to use them to honor a commitment, even when the use of such weapons is not otherwise warranted. Compounding this potential slippery slope problem is that mini-nukes might actually ‘encourage nuclear planners to identify shallower targets and lesser contingencies for ‘credibly’ threatening the use of nuclear weapons.”<sup>1863</sup>

Und wenn eine Nuklearwaffe einmal eingesetzt worden sei, ohne eine katastrophale Eskalationsspirale auszulösen, wirke sich dies wiederum negativ auf deren Sonderstatus aus: “...any use of nuclear weapons could undermine or destroy the nuclear taboo, which has helped keep us safe for 60 years.”<sup>1864</sup>

Einige Mitglieder der US-Administration versuchten zwar, diese Befürchtungen zu zerstreuen, indem sie die neu zu entwickelnden Sprengköpfe v.a. als Abschreckungswaffe beschrieben und darauf verwiesen, dass auch das Vorhandensein einer solchen Bombe im US-Arsenal nicht automatisch zu deren Einsatz führen müsse – schließlich würde der Präsident, wie in den vergangenen 50 Jahren auch, bei seiner Entscheidung situativen und politischen Bedingungen viel mehr Beachtung schenken, als rein technischen:

“In fact, throughout virtually the entire course of the Cold War, from acute crises in Berlin, the Taiwan Strait, the Caribbean and the Middle East through shooting wars in Asia, when low-yield weapons were available to U.S. presidents, no evidence suggests that the availability of these weapons made any president less cautious about employing nuclear weapons.”<sup>1865</sup>

Im Gegensatz dazu wurde teilweise auch von republikanischer Seite hervorgehoben, dass der RNEP für den Einsatz konzipiert würde:

“This would be a weapon designed to be used. It would not simply be a weapon of deterrence, as current nuclear weapons are. Yet after Sept. 11, 2001, and after all of the public threats of Osama bin Laden, Kim Jong Il and others, how can we not be prepared to defend ourselves if necessity requires it? Such a weapon with its potential to save millions of innocent lives should not be seen as a threat but as a necessary step toward strengthening American and world security.”<sup>1866</sup>

Eine solche Haltung würde wiederum, so die TabuschützerInnen, zu einer generellen Absenkung der *nuclear threshold* führen:

---

<sup>1863</sup> Pena, Charles V. 2003: Mini-Nukes and Preemptive Policy. A Dangerous Combination, in: CATO Institute Policy Analysis, Nr. 499, S. 6.

<sup>1864</sup> Beckman, Peter R./Crumlish, Paul W./Dobkowski, Michael N./Lee, Steven P. 2007: Nuclear Weapons, Nuclear States, and Terrorism, Cornwall-on-Hudson, S. 315.

<sup>1865</sup> Payne, Keith B. 2005: The Nuclear Posture Review. Setting the Record Straight, in: The Washington Quarterly 28:3, S. 135-151, hier S. 144.

<sup>1866</sup> Der ehemalige Sprecher des Repräsentantenhauses, Newt Gingrich, in: Gingrich, Newt 2003: Consider Enemy Threat, in: USA Today, 13.08.2003.

“The incentive [zum Bau des RNEP, SoSchi] also comes from the persistent dream of some weapon makers and their supporters to conventionalize nuclear arms and thereby remove the normative restraints attached to their use.”<sup>1867</sup>

Schließlich gefährde der RNEP auch das *Besitztabu*, da die USA mit neuen nuklearen Rüstungsprojekten international ein völlig falsches Signal aussenden würden:

“It also would send a signal to other countries that pursuit of nuclear weapons is not only important and necessary for self-defense, but also highly desirable for any power wishing to challenge U.S. dominance and/or influence on the global stage.”<sup>1868</sup>

Auch Präsidentschaftskandidat Kerry wies 2004 darauf hin, dass die USA mit ihrem Beharren auf dem RNEP-Projekt mit zweierlei Maß messen würden: “*You talk about mixed messages: We’re telling other people you can’t have nuclear weapons but we’re pursuing a new nuclear weapon that we might even contemplate using.*”<sup>1869</sup>

Erstaunlich wenige DebattenteilnehmerInnen wiesen dagegen darauf hin, dass eine derartige Aufstockung des eigenen Materials überflüssig sei, da die USA bereits ähnliche Waffen besäßen.<sup>1870</sup> Weit häufiger wurde argumentiert, dass es technisch nicht möglich sei, eine “saubere”, bunkerbrechende Nuklearwaffe zu konstruieren.<sup>1871</sup> Besonders wahnwitzig sei die Idee, Nuklearwaffen zur Zerstörung anderer Massenvernichtungswaffen einsetzen zu wollen, da sich die Reste biologischer oder chemischer Kampfstoffe mit dem nuklearen *fallout* besonders weit verteilen würden.<sup>1872</sup> Zudem sei unwahrscheinlich, dass den AngriffsplanerInnen alle (wichtigen) Anlagen bekannt seien:

<sup>1867</sup> Paul, T. V. 2009: *The Tradition of Non-Use of Nuclear Weapons*, Stanford, S. 187.

<sup>1868</sup> Hitchens, Theresa 2001: *The U.S. Nuclear Debate: Issues of Concern. Mini-Nukes, Testing and National Missile Defense*, in: British American Security Information Council: *Occasional Papers on International Security Studies* Nr. 35, Washington, S. 3.

<sup>1869</sup> John Kerry in: *Transcript of the Candidates’ First Debate in the Presidential Campaign*, NYT, 01.10.2004.

<sup>1870</sup> “*A relatively little known fact is that the United States already possesses a nuclear bunker buster: the B61-11 nuclear gravity bomb. The B61 is a nuclear bomb that can be configured with yields ranging from 0.3 kilotons (kt) to 340 kt (the two lowest yields – 0.3 kt and 1.5 kt – fall into the mini-nuke category). The B61-11 variant has a hardened casing to provide earth-penetrating capability of 15 to 25 feet. About 50 B61-11 bombs are believed to be deployed.*” Pena, Charles V. 2003: *Mini-Nukes and Preemptive Policy. A Dangerous Combination*, in: CATO Institute Policy Analysis, Nr. 499, S. 3. BefürworterInnen des RNEP verwiesen allerdings darauf, dass dieser weit tiefer liegende Ziele zerstören könne, als der B61-11. Vgl. Paul, T. V. 2009: *The Tradition of Non-Use of Nuclear Weapons*, Stanford, S. 187.

<sup>1871</sup> So war ein in Princeton lehrender Physiker der Ansicht, dass “*(a) low yield nuclear EPW (earth-penetrating weapon) would still only be able to destroy facilities relatively close to the surface. Despite the increased coupling of a buried explosion, even a 1-kiloton nuclear weapon cannot destroy a structure protected by more than about 30 m (eters) of concrete from the point of detonation. Very large yield (at least 100-kt) weapons are still required to destroy facilities buried under the equivalent of 100 m of concrete. The penetration capability of kinetic energy weapons is limited by the strength of the missile casing, and the ability of the weapon components to withstand the shock associated with ground impact. We have shown that 3-meter long missiles, constructed from the hardest steels, cannot penetrate deeper than about 12 m of reinforced concrete. A nuclear explosion at this depth will simply blow out a large crater and generate radioactive material which rains down on the local population.*” Außerdem hätten Nukleartests gezeigt, dass noch bei Sprengungen (von 5kt Sprengköpfen) in knapp 200m Tiefe mit radioaktivem *fallout* zu rechnen sei, obwohl die Krater sofort nach der Explosion versiegelt worden seien – was bei einer Sprengung in feindlichem Gebiet kaum möglich wäre. Vgl., auch für das Zitat Pena, Charles V. 2003: *Mini-Nukes and Preemptive Policy. A Dangerous Combination*, in: CATO Institute Policy Analysis, Nr. 499, S. 6f.

<sup>1872</sup> Vgl. Younger, Stephen M. 2009: *The Bomb: A New History*, New York, S. 109.



“To find the target and be assured of what it contained would be extremely demanding. A real world example demonstrating these difficulties was the opening move of the 2003 Iraqi war, the conventional bombing of an underground bunker where Saddam was thought to be hiding. Not only was Saddam not there but also it turned out there was no bunker at that location either.”<sup>1873</sup>

Letztlich würden also der (definitiv) angerichtete Schaden den (erhofften) Nutzen eines solchen Angriffs weit übersteigen:

“It’s difficult to suppose that the nation’s leaders, unless they have truly taken leave of their senses, will attack ‘Nemazee’ (North Korea) with nuclear weapons simply in order to dig a deeper hole in the earth in search of a fugitive mini-arsenal very likely hidden somewhere else. The alternatives are too many, the costs too unthinkable high.”<sup>1874</sup>

Und selbst wenn, die US-Geheimdienste alle wichtigen Informationen zusammentragen und der RNEP Bunker in einer gewissen Tiefe zerstören könne, würden die bedrohten Länder ihre Anlagen eben noch tiefer unter der Erde verlegen. Aufgrund all dieser Schwierigkeiten erhielten nicht wenige RNEP-GegnerInnen den Eindruck, dass nicht die Notwendigkeit zur Zerstörung neuartiger, bedrohlicher Ziele den neuen Sprengkopf unabdingbar mache, sondern dass umgekehrt die Ziele so ausgesucht und beschworen worden seien, dass sie als Rechtfertigung für die neue Waffe dienen könnten:

“Attack of hardened and deeply buried targets is a contrived mission tailor-made to justify nuclear weapons in the face of their impending obsolescence. (...) From the outset, advocates of the RNEP needed enemy targets to be precisely at the right depth. They had to be just out of reach of conventional weapons but not so deep that they were invulnerable even to a nuclear weapon.”<sup>1875</sup>

Statt in eine Art “Verbunkerungsrennen” einzusteigen, sei es deshalb viel wichtiger, zu hinterfragen, *warum* diese Staaten soviel Wert auf verbunkerte Anlagen legten und ob die aggressive Politik der USA ihnen gegenüber hierbei nicht ein wichtiger Faktor sei.<sup>1876</sup>

Ganz im Gegensatz dazu sahen die BefürworterInnen des RNEP diesen (vor dem Hintergrund der NPR) als notwendiges Mittel an, um einem – unter gegebenen technischen Voraussetzungen als sicher angesehenen – Bruch des *Einsatztabus* durch nuklear bewaffnete “Schurkenstaaten” oder Terroristen zuvorzukommen. Um dieses Horrorszenario zu verhindern, sei jedes Mittel recht:

“[H]ere’s a news flash: We are at war with large numbers of covert groups that do indeed want to do us harm. If we can develop any weapons that can destroy their

<sup>1873</sup> Kristensen, Hans M./Norris, Robert S./Oelrich, Ivan 2009: From Counterforce to Minimal Deterrence: A New Nuclear Policy on the Path Toward Eliminating Nuclear Weapons, in: Federation of American Scientists & The Natural Resources Defense Council, Occasional Paper No. 7, S. 24.

<sup>1874</sup> Schell, Jonathan 2007: The seventh decade: the new shape of nuclear danger, New York, S. 203.

<sup>1875</sup> Kristensen, Hans M./Norris, Robert S./Oelrich, Ivan 2009: From Counterforce to Minimal Deterrence: A New Nuclear Policy on the Path Toward Eliminating Nuclear Weapons, in: Federation of American Scientists & The Natural Resources Defense Council, Occasional Paper No. 7, S. 23f.

<sup>1876</sup> Pena, Charles V. 2003: Mini-Nukes and Preemptive Policy. A Dangerous Combination, in: CATO Institute Policy Analysis, Nr. 499, S. 11.

capabilities before they do us the harm they wish to inflict, then I say let's build them and quickly!"<sup>1877</sup>

Dementsprechend sei die prinzipielle Ablehnung von Nuklearwaffen aus Gründen der *political correctness*, wie sie u.a. Präsidentschaftskandidat John Kerry vorgeworfen wurde, angesichts der Bedrohungslage fehl am Platz und selbst unmoralisch: "*He would rather sacrifice our troops, than change his politically correct view of nuclear weapons.*"<sup>1878</sup> Aus den letzten beiden Zitaten spricht implizit die Kritik der TabugegnerInnen an ihren "DiskursgegnerInnen", deren tabukonforme, moralisch begründete Positionen sie als hohle, unreflektierte und lediglich um politische Korrektheit bemühte Lippenbekenntnisse diskreditieren. Entledige man sich solcher Denkblockaden, so würde man erkennen, dass der RNEP durchaus moralischen Überlegungen entspreche, wie sie an *alle* Waffen im US-Arsenal und ihre Einsatzstrategien gestellt würden – ein interessantes Argument, das moralische Bedenken gegenüber dem RNEP ausräumen sollte, gleichzeitig aber dessen moralische Sonderstellung als von konventionellen Waffen zu unterscheidende Bombe unbeachtet lässt.

"As with the use of other weapons, nuclear weapons may be used only under circumstances in which it is necessary to achieve legitimate military objectives and ensure military advantage. Inherent in this limitation is the principle of proportionality, which seeks to limit unnecessary suffering and protect noncombatants. The implication of this limitation for Congress is that the U.S. needs to modernize its nuclear arsenal in a way that precisely meets U.S. military objectives in today's world."<sup>1879</sup>

Zudem müssten alle DebattenteilnehmerInnen erkennen, dass es selbst in dem Fall, dass solche Präemptivschläge fehlschlugen, immer noch moralisch besser sei, auf einen Nuklearangriff auf die USA mit einer "*low yield*"-Waffe zu antworten, als mit einer großen Nuklearbombe aus der Zeit des Kalten Krieges: "*So ... do we want to have nothing and only a large, dirty nuclear weapon, or would we rather have something in between?*"<sup>1880</sup>

Letztlich sei der RNEP die beste Möglichkeit, die bisherige Form des *Besitztabus* zu wahren, indem solche Staaten vom Bau von Massenvernichtungswaffen von vornherein abgeschreckt werden sollten. Das von RNEP-KritikerInnen häufig gebrauchte Argument, die Aufrüstung der USA mit neuen Nuklearwaffen würde ihre Feinde gerade dazu verleiten, das Besitztabu zu unterlaufen, hielten sie für wenig stichhaltig – hier bestünde kein Zusammenhang:

<sup>1877</sup> Reaktion einer WSJ-Leserin auf einen Kommentar der Senatorin und RNEP-Gegnerin Dianne Feinstein (Wert, Mary 2004: Wrong Song, Sung by the Wrong Senator", in: WSJ, 02.11.2004) sowie Feinstein, Dianne 2004: Bunker Buster Take Us Down a Dangerous Path, in: WSJ, 27.10.2004.

<sup>1878</sup> Banescu, Chris 2004: Pro-Osama Nuclear Policy, Center for Security Policy, 06.10.2004.

<sup>1879</sup> Spring, Baker 2005: Congress Should Back Bush Administration Plans to Update Nuclear Weapons Policy and Forces, "*backgrounder*" der *Heritage Foundation*, 28.10.2005.

<sup>1880</sup> Donald Rumsfeld bei der Verteidigung des RNEP-Projekts, zitiert in: Scott Tyson, Ann 2005: 'Bunker Buster' Casualty Risk Cited, in: WP, 28.04.2005.

“I have yet to hear a public announcement from a terrorist group that says, ‘Hey the United States has decided not to develop new weapons that could hurt our cause. Great idea! Think we’ll do the same!’”<sup>1881</sup>

Zudem wurde versucht, die RNEP-KritikerInnen im US-Kongress zu beruhigen, indem man, erstens, darauf hinwies, der RNEP keine neu entwickelte Waffe darstelle: “*This is a modification of a weapon (...) not the development of a new warhead.*”<sup>1882</sup> Zweitens handele es sich bei dem Projekt lediglich um eine Machbarkeitsstudie dazu, inwieweit der RNEP tatsächlich verbunkerte Ziele zu zerstören in der Lage sei, man also vom Bau einer solchen Waffe noch lange entfernt sei:

“It is a study. It is nothing more and nothing less. (...) And it is not pursuing. And it is not developing. It is not building. It is not manufacturing. And it’s not deploying. And it is not using.”<sup>1883</sup>

GegnerInnen der neuen Waffenprogramme bezweifelten dagegen, dass man angesichts der Höhe der angeforderten Beträge der Regierung Glauben schenken könnte, sie wolle tatsächlich nur eine Machbarkeitsstudie durchführen, sei doch allgemein bekannt, dass “*the military procurement tap is hard to wrench closed once the research money flows.*”<sup>1884</sup>

Gegen den Widerstand der demokratischen Abgeordneten – Senator Jack Reed bezeichnete die Entscheidung als “*small apocalypse*” – wurden die angeforderten Summen dennoch im Mai 2003 gebilligt.<sup>1885</sup> Mit dieser Entscheidung fiel auch das seit 1992 unter dem Namen “*Spratt-Furse-Ban*” bekannte, nationale Teststoppmoratorium der USA, welches ausdrücklich “*research and development that could lead to the production of low-yield (five kilotons or less) nuclear weapons*” untersagt hatte und dieses Verbot damals mit der Sonderstellung von Nuklearwaffen begründet hatte:<sup>1886</sup> “*...the US Congress outlawed research and development into nuclear warheads with a yield below 5 kilotons precisely because such ‘low-yield nuclear weapons blur the distinction between nuclear and conventional war.’*”<sup>1887</sup> Infolge des Kippens des *Spratt-Furse-Ban* sollten auch die lange verwaisten Testgelände für Nuklearwaffen in Nevada wieder betriebsbereit gemacht werden, was der in der NPR formulierten Forderung nach einer

<sup>1881</sup> Leserbrief-Sample “Wrong Song, Sung by the Wrong Senator”, in: WSJ, 02.11.2004.

<sup>1882</sup> Energieminister Abraham, zitiert in: Pincus, Walter 2002: Nuclear Warhead Study Aims at Buried Targets, in: WP, 13.03.2002.

<sup>1883</sup> Donald Rumsfeld im Mai 2003 in Zusammenhang mit der Beendigung des nationalen Teststopps im Senat, zitiert in: Squitieri, Tom 2003: Senate OKs ending ban on nuclear research, in: USA Today, 21.05.2003.

<sup>1884</sup> Editorial der *New York Times* vom 06. März 2005 mit dem Titel “*Destabilizing Bit Of Research*”.

<sup>1885</sup> Jack Reed zitiert in: Spencer, Jack S. 2003: Congress’s Vital Role in Building a Strong National Defense, Heritage Foundation Backgrounders, 06/2003. S. für die Vorgänge im Frühjahr 2003 unter anderem: Pincus, Walter 2003: Future of U.S. Nuclear Arsenal Debated, in: WP, 04.05.2003, Squitieri, Tom 2003: Senate OKs ending ban on nuclear research, in: USA Today, 21.05.2003, Dewar, Helen 2003: Nuclear Weapons Development Tied to Hill Approval, in: WP, 22.05.2003, Hulse, Carl/Dao, James 2003: Cold War Long Over, Bush Administration Examines Steps to a Revamped Arsenal, in: NYT, 29.05.2003.

<sup>1886</sup> Vgl. Pena, Charles V. 2003: Mini-Nukes and Preemptive Policy. A Dangerous Combination, in: CATO Institute Policy Analysis, Nr. 499, S. 2 sowie zur Verabschiedung des *Spratt-Furse-Ban* S. 240 der Arbeit.

<sup>1887</sup> Farrell, Theo 2010: Nuclear non-use: constructing a Cold War history, in: Review of International Studies 36, S. 819-829, hier S. 827.

Reaktivierung der nach dem Ende des Kalten Krieges “einrostenden” nuklearen Infrastruktur, entgegen kam.<sup>1888</sup>

Ganz ähnlich, wie bei der Diskussion über die NPR im vorangegangenen Jahr, wurde die Debatte wiederum von einigen US-NuklearexpertInnen vorangetrieben: Der Direktor der *Arms Control Association*, Daryl Kimball, kritisierte die Entwicklungen als Beginn einer “*new era of a global nuclear arms competition*”, während Mitarbeiter der *Heritage Foundation* sich darüber besorgt zeigten, dass der Kongress den von ihm beschrittenen Weg nicht zu Ende gehen (sprich: den Bau des RNEP nicht bewilligen) könnte, was aus ihrer Sicht ein großer Fehler wäre.<sup>1889</sup> Diese Befürchtung erwies sich als nicht unbegründet, wie die im Juli 2003 mit einem Stimmenverhältnis von 377 zu 26 erfolgte Kürzung der RNEP-Finanzierung im republikanisch (!) dominierten Repräsentantenhaus zeigen sollte. Es handelte sich hierbei jedoch nur um einen vorübergehenden Erfolg für die GegnerInnen der neuen Forschungen, denn bereits im September 2003 wurden die bewilligten Mittel nach einer Vermittlung zwischen den beiden Kammern wieder auf ihre ursprüngliche Höhe aufgestockt. Dementsprechend wies die US-Administration im Dezember 2003 die mit Nuklearfragen befassten *National Laboratories* an, die Forschungen zu den neuen Nuklearwaffen im geplanten Umfang voranzutreiben.<sup>1890</sup>

Das mittels des Budgetierungsrechts ausgetragene Tauziehen um die Ausrichtung der US-Nuklearpolitik sollte sich in den nächsten zwei Jahren fortsetzen: Im Sommer 2004 verweigerte zwar das Repräsentantenhaus die Fortsetzung der Finanzierung entsprechender Forschungsprogramme vollständig – weil der Senat in dieser Frage jedoch dem Regierungsantrag stattgab, kam es im September 2004 zu einer Abstimmung im Kongress, in deren Rahmen ein Finanzierungsstopp beschlossen wurde. Somit stellte sich das republikanisch-dominierte Parlament gegen die ebenfalls republikanische Administration – was auch ein Erfolg der Bemühungen des Republikaners David L. Hobson, *Chairman* des *House Appropriations Subcommittee*, war, der aus der Befürchtung heraus gegen den RNEP kämpfte, dass “*some idiot might try to use it*”<sup>1891</sup> und die Entscheidung als ein deutliches Zeichen an die Administration gewertet sehen wollte:

“The Bush administration, Hobson said yesterday, ‘should read this as a clear signal from Congress’ that any attempt to revive the funding in next year’s budget ‘would get

<sup>1888</sup> Vgl. Gerson, Joseph 2007: *Empire and the Bomb. How the US Uses Nuclear Weapons to Dominate the World*, London, S. 244 sowie zur Forderung nach dem Wiederbeleben nuklearer Infrastruktur in der NPR S. 413 der Arbeit. Diese Debatte wurde noch einmal verstärkt vor dem Hintergrund des Projekts eines *Reliable Replacement Warhead* ausgetragen, vgl. S. 452 der Arbeit.

<sup>1889</sup> Vgl. Spencer, Jack S. 2003: *Congress’s Vital Role in Building a Strong National Defense*, Heritage Foundation Backgrounder, 06/2003.

<sup>1890</sup> Beckman, Peter R./Crumlish, Paul W./Dobkowski, Michael N./Lee, Steven P. 2007: *Nuclear Weapons, Nuclear States, and Terrorism*, Cornwall-on-Hudson, S. 213.

<sup>1891</sup> Zitiert nach: Kimball, Daryl 2005: *Congress Cuts Nuclear Bunker Buster*, Carnegie Endowment for International Peace, Proliferation Analysis.

the same reaction.’ He added that he had not heard any threat of a veto and ‘nobody has come to me and said we can’t have this.’”<sup>1892</sup>

Die vom RNEP ausgehende Gefährdung des nuklearen Tabus schien zu diesem Zeitpunkt abgewendet – zwar sollte Hobson mit seiner Vorhersage, der Kongress würde nächstes Jahr (2005) eine mögliche Finanzierungsforderung erneut ablehnen, Recht behalten, allerdings stieß dieses Abstimmungsverhalten gerade der republikanischen SenatorInnen auf heftige Kritik sowohl von Seiten der Administration, wie auch diverser *think tanks* und MedienvertreterInnen: Nicht nur schienen die USA zur unilateralen Abrüstung verdammt (*Center for Security Policy*) und hätten ein “*confused picture of the post-Cold War world*” offenbart (*National Institute for Public Policy*) – es sei auch eine Anmaßung von Senator Hobson, über die Nuklearpolitik der Vereinigten Staaten entscheiden zu wollen, ohne Präsident zu sein:

“[I]f Mr. Hobson wants to run for president, he can do that, too. Until then (...) [h]is colleagues and party leaders might be surprised to learn that a subcommittee chairman wants to determine the nuclear posture of the United States.”<sup>1893</sup>

Die Einschätzung, dass der US-Präsident als oberster “nuklearer Hohepriester” über den Umgang mit den ihm anvertrauten “Totems” entscheiden sollte, wurde offensichtlich von der Bush-Administration geteilt: Anders als Anfang der 1990er Jahre, als sich Präsident Bush Senior dem Druck des Parlaments beugte und das Testmoratorium unterzeichnete,<sup>1894</sup> machte die Regierung seines Sohnes keinen Hehl aus ihrer Absicht, Studien zu den neuen Waffen, ungeachtet des Kongressbeschlusses, fortzusetzen. Nachdem sich Verteidigungsminister Rumsfeld im Februar 2005 in einem an Energieminister Spencer Abraham gerichteten *memo* dafür ausgesprochen hatte, die “nukleare Infrastruktur zu revitalisieren”, fand sich der RNEP-Posten auch in der Budgetvorlage für das Fiskaljahr 2006 wieder.<sup>1895</sup>

Aus Sicht derer, die das RNEP-Projekt schnell vorantreiben wollten, kam eine im April 2005 veröffentlichte Studie des angesehenen *National Research Council*, die sich v.a. mit der technischen Machbarkeit der an den RNEP gestellten Anforderungen auseinandersetzte, höchst ungelegen, da sie den Inhalten der kurz zuvor veröffentlichten, oben angeführten Nukleardoktrin der *Joint Chiefs of Staff* sowie einigen früheren Kapazitäts- und Strategiestudien widersprach: Ein Einsatz solcher Bomben sei zwar möglicherweise dazu geeignet, verbunkerte Anlagen zu zerstören, doch sei er keinesfalls “sauber”, sondern würde zu “*massive casualties at ground level*” führen – wenn nicht durch die Explosion selbst, so doch

<sup>1892</sup> Zitiert in: Pincus, Walter 2004: Funds for Atomic Bomb Research Cut From Spending Bill, in: WP, 23.11.2004.

<sup>1893</sup> So das *Editorial* des *Wall Street Journal* vom 03. März 2005 mit dem Titel “*Hobson’s Choice*”. Es handelt sich bei der Überschrift um ein englisches Wortspiel – *Hobson’s Choice* bedeutet demnach, “*no choice at all*”, womit zum Ausdruck gebracht werden sollte, welche Optionen die Kongressentscheidung für die Verteidigung der USA offen lasse.

<sup>1894</sup> Vgl. S. 241 der Arbeit.

<sup>1895</sup> Vgl. Pincus, Walter 2005: Rumsfeld Seeks to Revive Burrowing Nuclear Bomb, in: WP, 01.02.2005.

durch den möglicherweise weit von der Explosionsstelle niedergehenden *fallout*.<sup>1896</sup> MilitärplanerInnen pochten allerdings auf den Unterschied, dass ZivilistInnen zwar bei solchen Angriffen ums Leben kommen könnten, jedoch nicht (wie teilweise während des Kalten Krieges) das direkte Ziel solcher Angriffe seien.<sup>1897</sup>

Vor dem Hintergrund der neuen Studie, die im US-Kongress erwartungsgemäß viel Beachtung fand, wiederholte sich das "Budget-Spiel" des letzten Jahres:<sup>1898</sup> Im September 2005 strich der Kongress die Forschungsgelder, nachdem diese vorher erneut im Repräsentantenhaus abgelehnt und im Senat genehmigt worden waren. Wenn die Bush-Administration nun auch einzulenken schien und der RNEP im Haushaltsentwurf für das Jahr 2007 nicht mehr vorkam, so ist dennoch nicht sicher, ob das Projekt der Erweiterung des US-amerikanischen Arsenal um nukleare, bunkerbrechende Waffen damit endgültig aus der Welt ist.<sup>1899</sup> So wurde der sinnvolle Einsatz nuklearer *bunker buster* vor dem Hintergrund des von Obama öffentlich geäußerten Wunsches nach einer vollständigen nuklearen Abrüstung als ein Gegenargument gewertet. Sicher ist, dass die Möglichkeiten eines neuen, *konventionellen bunker busters* nach dem Scheitern der RNEP-Finanzierung im Kongress neu ausgelotet wurden. Bereits Anfang 2006 wurden Pläne diskutiert, eine bunkerbrechende Bombe mit 700 Tonnen Sprengkraft auf einem ehemaligen Nukleartestgelände in Nevada zu testen – wobei auch Spekulationen laut wurden, der vermeintlich rein konventionelle Test könne wichtige Daten für nukleare *bunker buster* liefern.<sup>1900</sup> Zudem wurde 2008 bekannt, dass die *Defense Threat Reduction Agency* des Pentagon ihr Budget für die Erforschung von Möglichkeiten "to knock out suspected programs to make weapons of mass destruction", mit dem Hauptprojekt eines bunkerbrechenden sog. *Massive Ordnance Penetrator*, auf immerhin 257

<sup>1896</sup> Broad, William J. 2005: Panel Finds Flaws in Plan For Weapon, in: NYT, 28.04.2005. Diese Kritik wurde insbesondere in Bezug auf die vermutete iranische Produktionsstätte nahe Isfahan geäußert: "...consider the devastation resulting from a nuclear attack against the Esfahan Nuclear Technology Center, which is staffed by up to 3,000 workers and is only about 2.5 miles from Esfahan, a city of about 1.5 million." McCally, Michael 2007: Use diplomacy, not nuclear weapons in dealing with Iran, in: USA Today, 15.06.2007.

<sup>1897</sup> "Although a single nuclear strike might well kill tens or hundreds of thousands dependent on target location, it is against U.S. policy to systematically target nuclear weapons against civilians." Nagy, George R. Lt. Col. (select) USAF 2007: Nuclear Deterrence and the American Way of War: A New Look for the Post 9/11-Era?, in: Price, Owen C. W./Mackby, Jenifer (Hrsg.): Debating 21st Century Nuclear Issues, Center for Strategic and International Studies, Washington DC, S. 203-225, hier S. 219.

<sup>1898</sup> Vgl.: Broad, William J. 2005: Panel Finds Flaws in Plan For Weapon, in: NYT, 28.04.2005, sowie Scott Tyson, Ann 2005: 'Bunker Buster' Casualty Risk Cited, in: WP, 28.04.2005, außerdem: U.S. Joint Chiefs of Staff 2005: Doctrine for Joint Nuclear Operations, 15.03.2005; Defense Science Board 2004: Report of the Task Force on Future Strategic Strike Forces.

<sup>1899</sup> So wurden für das Jahr 2007 z.B. Forschungsgelder für das *Hard and Deeply Buried Target Defeat System* (HDBTDS) beantragt. Nukleare *bunker buster* wurden darin nicht explizit erwähnt, dennoch waren einige KritikerInnen des Programms der Ansicht, dass auch nukleare Komponenten von diesem Forschungsprogramm gedeckt seien. S. Bruno, Michael 2006: RNEP funds not requested for FY '07, but similar program boosted, in: Aerospace Daily & Defense Report, 10.02.2006.

<sup>1900</sup> Vgl. Scott Tyson, Ann 2006: Pentagon to Test a Huge Conventional Bomb, in: WP, 31.03.2006 sowie Scott Tyson, Ann 2006: Pentagon Clarifies Nevada Intent; Explosives Test Not 'Nuclear', in: WP, 07.04.2006. Der Test wurde schließlich aus Angst vor dem Aufwirbeln des *fallouts* früherer Nukleartests abgesagt. Vgl. Stolz, Martin 2007: National Briefing Washington: Defense Agency Cancels Weapons Test, in: NYT, 23.02.2007.

Mio. Dollar aufgestockt hatte (wogegen sich die in den Vorjahren vom Kongress geforderten Summen recht bescheiden ausnehmen).<sup>1901</sup> Noch Mitte 2009 wurde geplant, diese Waffe im darauffolgenden Jahr in das US-Arsenal aufnehmen zu können.<sup>1902</sup>

Wie anhand der dargestellten Entwicklung deutlich geworden sein sollte, vertrat die US-Regierung, die nach der überraschenden Veröffentlichung der NPR zunächst geradezu “überrumpelt” und sehr defensiv aufgetreten war, im Verlauf der RNEP-Diskussion eine immer offensivere Haltung. Zwar wurde zunächst, ähnlich wie in Bezug auf die NPR, versucht, das Projekt herunterzuspielen, indem man darauf verwies, dass es sich bei den vom Kongress freizugebenden Geldern lediglich um Ausgaben zur Forschung am RNEP, nicht aber zu dessen tatsächlicher Entwicklung und Konstruktion, handele – die Dringlichkeit dieser Forschungen wurde jedoch umso heftiger unterstrichen.<sup>1903</sup> Dies hing sicherlich nicht zuletzt mit der Notwendigkeit zusammen, für die Projekte zur Forschung an neuen Nuklearwaffen – haushaltsbedingt – die Zustimmung des Kongresses zu erlangen, so dass eine öffentliche, argumentative Untermauerung der eigenen Politik angezeigt war. Eine mindestens ebenso bedeutsame Rolle dürfte jedoch die “Rückendeckung” gespielt haben, die die Bush-Administration für ihre Nuklearplanungen erhielt: Insbesondere (konservative) *think tank*-StrategInnen schienen die Anwaltschaft für die angestrebten politischen Veränderungen übernommen zu haben. Ohne dem öffentlichen Druck, unter dem eine Regierung naturgemäß steht, ausgesetzt zu sein, war es ihnen möglich, die Debatte zu verschärfen und den argumentativen Weg für die politischen Maßnahmen der Bush-Administration zu bereiten.

Insgesamt sollte mir dem RNEP praktisch umgesetzt werden, was mit der NPR und ihren Nachfolgedokumenten strategisch vorgegeben worden war, weshalb beide auch von DebattenteilnehmerInnen als extrem tabugefährdend wahrgenommen wurden. Wiederum wurde das Tabu auf allen drei Ebenen geschwächt und wiederum wurden mehrere Ebenen des Tabus als zunehmend inkompatibel beschrieben. Hierzu zählte im Hinblick auf das Besitztabu die Ansicht, man könne die horizontale Proliferation unterbinden, indem man vertikal mit den passenden Waffen aufrüste, die in der Lage seien, die in anderen Orten der Welt entstehenden Nukleararsenale und –programme zu zerstören oder dies zumindest anzudrohen. Als *nuclear highpriest* stand dieser Schritt einer vertikalen Proliferation den USA aus Sicht der RNEP-BefürworterInnen selbstverständlich zu. Dies deckte sich wiederum mit der in der NPR hervorgehobenen Ansicht, das globale Besitztabu müsse ggf. durch den Einsatz eines oder mehrerer RNEPs durchgesetzt werden, um einem Bruch des

---

<sup>1901</sup> Vgl. Van den Brook, Tom 2008: U.S. arsenal is adding more bunker busters; Air Force cites urgent need for massive bomb, in: USA Today, 15.09.2008.

<sup>1902</sup> Reuters 2009: US Watch – Washington, DC: Pentagon Wants to Hasten “Bunker-Buster” Development, in: WSJ, 03.08.2009. Dieser Zeitplan konnte zwar nicht eingehalten werden, an der Fertigstellung der Bombe wird jedoch bis heute gearbeitet.

<sup>1903</sup> Vgl. Pena, Charles V. 2003: Mini-Nukes and Preemptive Policy. A Dangerous Combination, in: CATO Institute Policy Analysis, Nr. 499, S. 1.

Einsatztabus durch die neuen Feinde, also einem Nuklearangriff auf die USA, zuvorzukommen. Über einen Einsatz des von vornherein als einsetzbare Waffe konzipierten RNEP sollten dabei v.a. technische Fragen wie Bunkertiefe und Betondicke entscheiden – moralische Überlegungen spielten offensichtlich keine Rolle mehr. Dem entspricht auch die Planung, den RNEP in ansonsten konventionell geführten Kriegen einzusetzen, was die Gefahr einer *slippery slope* mit sich gebracht und die Sonderstellung von Nuklearwaffen völlig untergraben hätte. Bei der diskursiven Hinterfragung der Sonderstellung von Nuklearwaffen spielten zwei Aspekte eine besondere Rolle: Erstens wurde der RNEP sprachlich “enttotemisiert”. Die BefürworterInnen des Projekts pochten immer wieder darauf, dass der neue Sprengkopf nicht mit den Waffen des Kalten Krieges vergleichbar sei, da der *fallout* und damit die Opferzahlen weit geringer ausfallen würden und weil es nicht im Sinne der hinter dem RNEP stehenden Strategie sei, dicht besiedelte Hauptstädte in die Luft zu jagen, sondern “nur” Bunker. Dieser Enttotemisierung entsprach die Verwendung von Euphemismen. Zweitens gelang es den TabugegnerInnen, mit dem häufigen Hinweis auf das *ticking-bomb-scenario*, eine Gegenmoral zu der der TabuschützerInnen zu entwickeln. Aus ihrer Sicht war es moralisch eindeutig besser, präventiv ein paar Bunker nuklear zu bombardieren, als abzuwarten, bis ein feindlicher Nuklearangriff auf die USA erfolgte, der dann mit einem massiven Gegenschlag mit den Sprengköpfen des Kalten Krieges beantwortet werden müsste. Aus dieser Sicht lautete die Frage also nicht, *ob* man das Einsatztabu brechen sollte, sondern *wann wie viele* Nuklearwaffen abgeworfen und wieviele Menschenleben auf beiden Seiten dies kosten würde.

#### *Schutz von Einsatz- und Besitztabu: Abschreckung im 21. Jahrhundert? (2004-2009)*

*“The challenge for American diplomacy today is to think afresh about what deterrence requires, militarily as well as psychologically, in the new and asymmetrical nuclear age. During the Cold War, this was called ‘Thinking the unthinkable’, and dismissed as Strangelovian. In the face of North Korea’s sinister menace, we could use another Dr. Strangelove.”<sup>1904</sup>*

Viele BefürworterInnen des RNEP-Projekts waren davon überzeugt, mit dem nuklearen *bunker buster* nicht nur eine effektive und präzise Einsatzwaffe, sondern auch eine Nuklearwaffe zu fordern, die Teil einer neuen Abschreckungsstrategie des 21. Jahrhunderts werden sollte, welche – wie in der NPR niedergelegt – nicht mehr gegen Russland als Hauptfeind, sondern insbesondere gegen “Schurkenstaaten” mit nuklearen Ambitionen sowie gegen Terroristen gerichtet sein sollte. Die neue Abschreckungsstrategie sollte damit sowohl der *Wahrung des Besitztabus* durch Proliferationsverhinderung dienen, wie auch der Verhinderung eines gegen die USA gerichteten *Bruch des Einsatztabus*. Letzteres war zwar das klassische Ziel der Abschreckungsstrategien des Kalten Krieges gewesen, allerdings stellten die aktuellen Anforderungen insofern eine Neuerung dar, als frühere

<sup>1904</sup> Stephens, Bret 2006: Paging Dr Strangelove, in: WSJ, 17.10.2006. Der Artikel erschien wenige Tage nach Nordkoreas erstem offiziellen Nukleartest.



Abschreckungsdoktrinen meist *allein* auf die UdSSR ausgerichtet gewesen waren und nicht auf kleinere, (noch) nicht nuklear bewaffnete Gegner, wie etwa Vietnam und auf die Eindämmung *sämtlicher* von diesen Ländern ausgehender Gewaltaktionen.<sup>1905</sup> Auch in dieser Hinsicht sollte also der Auftrag der nuklearen Abschreckung stark ausgeweitet werden.<sup>1906</sup>

Bezüglich einer solchen Neuausrichtung des Abschreckungskonzepts gab es drei generelle Standpunkte: erstens, dass bei Terroristen und “Schurkenstaaten” an eine auf rationalen Überlegungen basierende Abschreckung gar nicht zu denken sei,<sup>1907</sup> zweitens, dass sich zumindest “Schurkenstaaten” mit entsprechend angepassten Konzepten abschrecken lassen sollten und drittens, dass sich sogar Terrorgruppen nuklear abschrecken lassen könnten.

Die Ansicht, Terroristen, aber auch Regierungschefs von “Schurkenstaaten” ließen sich *überhaupt nicht abschrecken*, wurde v.a. mit Verweis auf die Irrationalität und rücksichtslose Brutalität der neuen Gegner begründet – von BürgerInnen, die ihrer Sorge in Leserbriefen Ausdruck verliehen bis hin zu VertreterInnen der US-Administration:<sup>1908</sup>

“One assumption running through the calculations of the U.S. administration has been that the new regional challenges are not as deterrable with nuclear capability as the Soviet Union was, and that they may engage in behavior that contradicts the rationality assumptions of deterrence theory and policy. A former staff member of the George W. Bush administration, Keith Payne, captured the belief held by the administration officials that ‘potential U.S. enemies differ from the Cold War-era Soviet Union in that enemy leaders now may not value the welfare of their populations or their own survival, and may make decisions based on superstition or fanaticism.’ Officials also believe that ‘the United States might possibly face opponents driven by ‘unquestioned adherence to a leader who has a bad dream’ or relies on ‘fortune-telling or astrology or all those things that underlie decision-making in many parts of the world.’”<sup>1909</sup>

Zusätzlich zur beiden Gegner-Typen unterstellten Bereitschaft, buchstäblich über Leichen zu gehen und bei zu erwartenden Gegenschlägen auch die eigene Anhängerschaft bzw. Bevölkerung zu opfern, ergaben sich hinsichtlich der Abschreckung von Terrorgruppen ganz neue Fragen, die die Strategien des Kalten Krieges zunächst hinfällig erscheinen ließen:

“Deterrence is no longer a policy option; at best it is a very limited one. The enemy that we face does not have borders to defend, people to protect, or territory to control. And, as the 9/11 Commission noted, collateral damage is not in their vocabulary.”<sup>1910</sup>

<sup>1905</sup> Vgl. Pena, Charles V. 2003: Mini-Nukes and Preemptive Policy. A Dangerous Combination, in: CATO Institute Policy Analysis, Nr. 499, S. 4.

<sup>1906</sup> Vgl. hierzu auch S. 405 der Arbeit.

<sup>1907</sup> Vgl. zum Konzept der Abschreckung als rationaler Kosten-Nutzen-Kalkulation S. 219ff. der Arbeit und zum Konzept des “nuklearen Irren”, das diesem Modell entgegensteht S. 213 sowie S. 391 der Arbeit.

<sup>1908</sup> So fragte z.B. ein Leserbrief: “*Would such retaliation discourage the suicidal admirers of Osama bin Laden, in Iran or elsewhere, from carrying out a nuclear 9/11?*” Gueron, Henri M. 2006 : How Can Iran’s Nuclear Ambitions Be Deterred?, in: NYT, 21.04.2006.

<sup>1909</sup> Paul, T. V. 2009: The Tradition of Non-Use of Nuclear Weapons, Stanford, S. 183.

<sup>1910</sup> Curtis, Charles 2006: Curbing the Demand for Mass Destruction, in: Allison, Graham (Hrsg.): Confronting the specter of nuclear terrorism, The Annals of the American Academy of Political and Social Science, 67/2006, Thousand Oaks, S. 27-32, hier S. 28.

Zudem implizierten frühere, auf Vergeltungsdrohungen beruhende Abschreckungsdoktrinen, dass man selbstverständlich wusste, wer genau eine Nuklearwaffe auf die USA abgefeuert hatte, aber “[w]ithout knowing the ‘return address’ of the nuclear device, it would be impossible to strike back.”<sup>1911</sup>

Interessant, da recht widersprüchlich, war die Haltung Präsident Bushs in dieser Frage. Einerseits sah er die genannten Probleme eindeutig als generellen Hinderungsgrund für eine nukleare Abschreckungspolitik:

“Deterrence – the promise of massive retaliation against nations – means nothing against shadowy terrorist networks with no nation or citizens to defend. Containment is not possible when unbalanced dictators with weapons of mass destruction can deliver those weapons on missiles or secretly provide them to terrorist allies.”<sup>1912</sup>

Andererseits rief er noch vor den Anschlägen vom 11. September 2001 dazu auf, kreative neue Ansätze für eine Abschreckungspolitik zu entwickeln, die die noch aus den Zeiten des Kalten Krieges stammenden Konzepte ergänzen sollten:<sup>1913</sup>

“...cold war deterrence is no longer enough. (...) This is an important opportunity for the world to rethink the unthinkable and to find new ways to keep the peace. (...) We need new concepts of deterrence that rely on both offensive and defensive forces. Deterrence can no longer be based solely on the threat of nuclear retaliation.”<sup>1914</sup>

Tatsächlich machten sich wiederum viele ExpertInnen von *think tanks*, aber auch in Nuklearfragen bewanderte MedienvertreterInnen insbesondere nach den Terroranschlägen von New York und Washington Gedanken darüber, wie man die oben genannten Schwierigkeiten überwinden und “Schurkenstaaten” und/oder Terroristen doch abschrecken könnte. Erste konkrete Vorschläge wurden (zumindest in meinen Quellen) allerdings erst ab 2004, dann jedoch mit zunehmender Regelmäßigkeit verbreitet.<sup>1915</sup> Bis zum Ende meines Untersuchungszeitraums wurden die unstrittigeren der genannten Vorschläge zum *common sense* und auch teilweise in praktische Politik umgesetzt.

<sup>1911</sup> Hintergrundbericht der *USA Today* vom 08.04.2008 mit dem Titel “Nuclear Return Address”.

<sup>1912</sup> Bush in seiner berühmten “West Point”-Rede vom Juni 2002, zitiert in: Levi, Michael A. 2004: Deterring Nuclear Terrorism, in: *Issues in Science and Technology* Spring 2004.

<sup>1913</sup> Diese widersprüchliche Haltung Bushs drückt sich auch darin aus, dass zumindest Teile der US-Administration auch gegenüber als irrational eingestuften Regimen, wie dem in Nordkorea, auf eine klassische Abschreckung setzen (vgl. S. 431 der Arbeit) und selbst die neuen Ansätze zu einer erweiterten und präemptiven Abschreckungspolitik (Stichworte: *nuclear forensics* und *mini-nukes*, vgl. S. 434 und 417 der Arbeit) einen rational handelnden Feind voraussetzen, der sich aufgrund von Kosten-Nutzen-Erwägungen gegen den Einsatz, bzw. Bau von Nuklearwaffen entscheidet.

<sup>1914</sup> George W. Bush bei einer Rede an der *National Defense University*; Redeauszug publiziert in der NYT vom 02.05.2001 unter dem Titel “Bush’s Missile Plan; In Bush’s Words: ‘Substantial Advantages of Intercepting Missiles Early’”. Dass Bush schon am Beginn seiner Amtszeit eine neue Abschreckungsstrategie forderte, widerspricht auch der in der NYT dargelegten Ansicht, die damalige US-Administration sei zunächst von der Hinfälligkeit aller Abschreckungsstrategien überzeugt gewesen und habe sich im Verlauf der Regierungszeit von Bush erst nach und nach von neuen Möglichkeiten überzeugen lassen. Vgl. Schmitt, Eric/Shaker, Tom 2008: U.S. Adapts Cold-War Idea to Fight Terrorists, in: NYT, 18.03.2008.

<sup>1915</sup> Der früheste Artikel aus meinem Quellenmaterial stammt vom Frühjahr 2004 (Levi, Michael A. 2004: Deterring Nuclear Terrorism, in: *Issues in Science and Technology* Spring 2004).

Unter den BefürworterInnen einer neuen Abschreckungspolitik herrschte grundsätzlich Einigkeit darüber, dass sich *Staaten*, auch wenn sie von irrationalen Despoten regiert würden, noch immer einfacher abschrecken ließen, als Terrorgruppen. Uneinigkeit bestand innerhalb dieser Gruppe allerdings über die Fragen, welche Handlungen solcher Staaten genau abgeschreckt werden könnten und sollten – der *Bau* nuklearer Bomben in diesen Ländern (als Verstoß gegen das Besitztabu), der gegen die USA oder ihre Verbündeten gerichtete *Einsatz* solcher Bomben (als Verstoß gegen das Einsatztabu) oder die *Weitergabe* der Waffen an terroristische Gruppierungen (als doppelter Verstoß gegen das Besitztabu sowie vermutlich auch gegen das Einsatztabu, an das sich Terrorgruppen ja mutmaßlich nicht gebunden fühlen).

Am einfachsten erschien den sich zu dieser Frage äussernden DebattenteilnehmerInnen (inklusive der MitarbeiterInnen der US-Administration, die auch Regierungschefs von “Schurkenstaaten” eine gewisse Rationalität nicht absprachen) die Abschreckung eines *Einsatzes* der Waffen durch “Schurkenstaaten” selbst – ganz im Sinne der Doktrinen des Kalten Krieges:

“In private, administration officials dismissed the threat the missile might pose (...), asserting that the logic of deterrence that worked throughout the cold war would do just fine. The North Koreans know, they said, that a missile attack on the United States would result in the vaporization of Pyongyang.”<sup>1916</sup>

Insbesondere eher linksgerichtete DiskussionsteilnehmerInnen, wie die (Gast-)AutorInnen der *New York Times*, setzten darauf, dass kein Regime der Welt, wie vermeintlich irrational es sich auch nach außen gebärden möge, seinen eigenen Untergang heraufbeschwören wolle:

“The Iranian regime has issued some outrageous statements and has used deception and cheating for covering its nuclear program, but that does not make it irrational or indeed suicidal. Iran is far less ideologically driven than Mao’s China was, and it is as focused on national interests as Stalin’s Russia was, so it may be useful to remember that both the Soviet Union in the mid-1950’s and China in the mid-1960’s were quick learners in the school of nuclear deterrence.”<sup>1917</sup>

Zwar sei es möglich, dass despotische Regierungen das Leben ihrer Bevölkerung auf’s Spiel setzten – selbst “nukleare Irre” würden jedoch letztlich um ihr eigenes Leben fürchten: “*Deterrence worked and continues to work because it plays on the one thing Kim Jong Il values more than anything else: his life.*”<sup>1918</sup> Und selbst, wenn solche Regierungschefs bereit wären, als Märtyrer zu sterben, da sie “*value their lives less than our deaths*”,<sup>1919</sup> würden sie höchstwahrscheinlich von vernünftigeren Untertanen gestürzt, bevor sie den roten Knopf drücken könnten: “*...deterrence would concentrate the minds of rational Iranian actors, of whom there are many, to restrain or*

<sup>1916</sup> Sanger, David E. 2006: Don’t Shoot. We’re Not Ready, in: NYT, 25.06.2006.

<sup>1917</sup> Baev, Pavel K. 2006: Thinking the Unthinkable on Iran, in: NYT, 01.03.2006. Bei Baev handelt es sich einmal mehr um einen *Think Tank*-Vertreter, er arbeitete damals für das *International Peace Research Institute*.

<sup>1918</sup> Ramberg, Bennett 2006: Deterrence Works With North Korea, in: WP, 27.06.2006.

<sup>1919</sup> Galucci, Robert L. 2006: Averting Nuclear Catastrophe: Contemplating Extreme Responses to U.S. Vulnerability, in: Allison, Graham (Hrsg.): *Confronting the specter of nuclear terrorism*, The Annals of the American Academy of Political and Social Science, 67/2006, Thousand Oaks, S. 51-58, hier S. 54.

even depose leaders such as Ahmadinejad...<sup>1920</sup> Politikwissenschaftlich interessant ist, dass diese Thesen auch von einem prominenten Vertreter konservativer Denkansätze vertreten wurden, nämlich von Kenneth Waltz. Waltz bleibt damit seiner neorealistischen Überzeugung treu, nach der sich alle Staaten – unabhängig von ihrer inneren Verfasstheit – in Sicherheitsfragen gleich verhalten, d.h. u.a. kein Interesse daran haben, durch einen Nukleareinsatz ihr eigenes Überleben auf's Spiel zu setzen. Den Debattenteilnehmern, die diese ehernen Grundsätze der internationalen Beziehungen verkennen, warf Waltz unreflektierten Ethnozentrismus vor:

“Many Westerners write fearfully about a future in which Third World countries have nuclear weapons. They seem to view the people of those nations in the old imperialist manner, as ‘lesser breeds without the law.’ As ever, with ethnocentric views, speculations take the place of evidence.”<sup>1921</sup>

Letztlich sollte, so ein Kommentator der *Washington Post*, man sich also von diesen Despoten nicht selbst “irre” machen lassen:

“The madmen of history must have been a frustrated lot. They could do only what was technologically feasible. Now, the sky’s the limit. Think of Iranian President Mahmoud Ahmadinejad. Is he mad? Possibly. Is he developing nuclear weapons? Possibly. Is it then possible that a madman could have nuclear weapons? Yes. Should we worry? You bet. Should we worry that we will become mad in turn? Yes. Yes, indeed. (...) God help us all.”<sup>1922</sup>

Von – meist konservativen – GegnerInnen dieser Ansichten wurde allerdings die Glaubwürdigkeit eines US-Vergeltungsschlags in Frage gestellt,<sup>1923</sup> zumal Nordkorea und Iran sich bisher bei der Entwicklung ihres Programmes auch nicht von den USA hätten abschrecken lassen:

“To date the Bush administration has demonstrably failed to deter Kim Jong Il. Successive U.S. demands that Kim not develop nuclear weapons not test a missile and not test a nuclear bomb have been defied. In each case, the president has asserted that this would be ‘intolerable.’”<sup>1924</sup>

<sup>1920</sup> Krauthammer, Charles 2008: The Holocaust Declaration, in: WP, 11.04.2008. Dem hielt Danielle Pletka, Vizepräsidentin des *American Enterprise Instituts* entgegen, das iranische Regime sei “*remarkably opaque*”, so dass “*no one knows whose finger will be on Iran’s nuclear trigger*”. Pletka, Danielle 2009: Why Iran can’t be contained, in: WP, 15.12.2009.

<sup>1921</sup> Waltz, Kenneth N. 2003: More May Be Better, in: Sagan, Scott D./Waltz, Kenneth N.: *The Spread of Nuclear Weapons. A Debate Renewed*, S. 3-46, hier S. 14.

<sup>1922</sup> Cohen, Richard 2007: In the Reach of Madmen, in: WP, 18.04.2007.

<sup>1923</sup> So z.B. vom Kolumnisten des konservativen *Wall Street Journal*, Bret Stephens, der mehrere Szenarien zu dieser Frage veröffentlichte; unter anderem Folgendes: “*...Kim, by then 70 years old, decides to throw the dice on his decayed regime by launching an invasion of the South. And to warn the U.S. against fighting alongside its ally, he launches a nuclear-tipped Taepodong missile that explodes over the Pacific just west of Cape Flattery, Wash. How would the next administration respond? It could incinerate the North in minutes, but not without the risk of losing a major U.S. city. Would it trade Seattle for Seoul?*” Stephens, Bret 2006: Paging Dr Strangelove, in: WSJ, 17.10.2006. Dem hielt wiederum Graham Allison entgegen: “*How credible was the threat to trade Boston for Berlin? Never 100 percent. But U.S. forces, exercises and communication were crafted to convince Soviet leaders they dare not test it.*” Allison, Graham T. 2006: Detering Kim Jong Il, in: WP, 27.10.2006.

<sup>1924</sup> Allison, Graham T. 2006: Detering Kim Jong Il, in: WP, 27.10.2006.

KritikerInnen forderten deshalb eine offensive und präemptive Politik (ganz im Sinne der NPR), für deren Umsetzung die Entwicklung neuer Waffensysteme (insbesondere RNEP und *mini-nukes*) notwendig sei.<sup>1925</sup>

Ebenfalls unterschiedlich eingeschätzt wurde die Möglichkeit, "Schurkenstaaten" von einer *Weitergabe von Nuklearwaffen oder spaltbarem Material an Terroristen* abzuschrecken. Auch hier stellte sich die Frage, ob eine Erweiterung der klassischen Abschreckungsstrategie bei potentiell irrationalen Gegnern fruchten würde oder nicht. Die beiden "think tanker" Anatol Lieven und John Hulsman äußerten auf dem Höhepunkt der Debatte die Ansicht, die USA sollten dem Beispiel Israels folgen und sich ein solches Konzept erweiterter Abschreckung zu eigen machen:

"Israel has reportedly made it very clear to Iran in private that if Iran does acquire such weapons and there is a nuclear terrorist attack on Israel that can be even plausibly traced to an Iranian-backed group, then Israel will automatically launch a nuclear strike against Iran. The United States should make the same threat. In the event of a really dreadful terrorist attack on Israel or the United States, the likelihood is therefore that as a result Iran would cease to exist as an organized state and society."<sup>1926</sup>

Die Forderung, die USA sollten öffentlich kundtun, dass sie Staaten, zu denen sich nukleare Terroranschläge plausibel rückverfolgen ließen, nuklear angreifen würden, wurde ab 2005 häufiger gestellt und zwar sowohl von konservativen, wie auch von den US-Demokraten nahestehenden AutorInnen.<sup>1927</sup> Zwar kam weder die US-Administration unter Bush, noch die unter Obama, dieser Forderung offiziell nach, laut der *New York Times* fanden jedoch 2006 hochrangige Gespräche innerhalb der Administration zu diesem Thema statt,<sup>1928</sup> zudem deuten auf Einzelfälle bezogene Statements auf eine Unterstützung dieser Position hin. So erklärte Bush nach dem (vermutlich) ersten Nukleartest Nordkoreas 2006:

<sup>1925</sup> Vgl. Abschnitte ab S. 400 und S. 414 der Arbeit.

<sup>1926</sup> Lieven, Anatol/Hulsman, John 2006: *Ethical Realism: A Vision for America's Role in the World*, New York, S. 154. John Hulsman publiziert regelmäßig bei der *Heritage Foundation*, während Anatol Lieven dem *Carnegie Endowment for International Peace* angehörte.

<sup>1927</sup> Dies selbst von AutorInnen der linksgerichteten *New York Times*: "...if our choice is another Rummy-led operation on Iran or Iran's going nuclear and our deterring it through classic means, I prefer deterrence. A short diplomatic note to Iran's mullahs will suffice: 'Gentlemen, should you ever use a nuclear device, or dispense one to terrorists, we will destroy every one of your nuclear sites with tactical nuclear weapons. If there is any part of this sentence you don't understand, please contact us. Thank you.'" Friedman, Thomas L. 2006: *Iraq II or a Nuclear Iran?*, in: NYT, 19.04.2006. Darüber hinaus wurde gefordert, solche Drohungen auch im Fall eines Angriffs auf die Alliierten der USA auszusprechen. Vgl. etwa Krauthammer, Charles 2008: *The Holocaust Declaration*, in: WP, 11.04.2008.

<sup>1928</sup> "A previously undisclosed meeting last year of President Bush's most senior national security advisers was the highest level discussion about how to rewrite the cold war rules. (...) Among the subjects of the meeting last year was whether to issue a warning to all countries around the world that if a nuclear weapon was detonated on American soil and was traced back to any nation's stockpiles, through nuclear forensics, the United States would hold that country 'fully responsible' for the consequences of the explosion." Sanger, David E./Shanker, Tom 2007: *U.S. Debates Deterrence For Terrorist Nuclear Threat*, in: NYT, 08.05.2007.

“The transfer of nuclear weapons or material by North Korea to states or non-state entities would be considered a grave threat to the United States, and we would hold North Korea fully accountable for the consequences of such action.”<sup>1929</sup>

Als Hinweise darauf, dass sich dieses Grundverständnis auch unter der Präsidentschaft von Obama nicht wandelte, können eine Rede des damaligen Verteidigungsministers Robert Gates aus dem November 2008 gelten,<sup>1930</sup> wie auch gleichlautende Zeitungskommentare, die weiterhin von einem massiven nuklearen Vergeltungsschlag im Fall eines nuklearen Anschlags auf die USA ausgingen, gewertet werden.<sup>1931</sup> Zudem deuteten Forschungsprojekte auf die Unterstützung einer Politik der erweiterten Vergeltung hin – denn um diese Abschreckungsstrategie glaubhaft zu machen, musste zuallererst die Fähigkeit entwickelt werden, eine in den USA detonierte Nuklearwaffe oder *dirty bomb* einem Herkunftsstaat zuzuordnen: “...we must learn to identify a nuclear weapon’s origin after it has exploded, by examining its residue. If the United States can take that technical step, it can credibly assure its enemies that their transfer of weapons to terrorists will ultimately lead to their demise.”<sup>1932</sup> Zum Schlagwort wurde hier die die Entwicklung der sog. “nuklearen Forensik”, die eine Zuordnung “nuklearer Fingerabdrücke” – idealerweise durch den Aufbau internationaler Datenbanken mit Proben von spaltbarem Material – möglich machen sollte und die unter anderem von der *American Physical Society* und der *American Association for the Advancement of Science* skizziert wurden.<sup>1933</sup>

“At home, the key recommendations involve developing state-of-the-art equipment and training enough scientists with nuclear forensics expertise. Only about 35 to 50 now work at U.S. national laboratories, far fewer than would be optimal to identify the source of an explosion set off by a faceless enemy. International cooperation on nuclear forensics requires everything from building databases to overcoming suspicions that the United States has ulterior motives. One possible forum is the existing Global Initiative

<sup>1929</sup> Zitiert in: Ignatius, David 2006: We need a New Deterrent, in: WP, 11.10.2006. Auch solche Zusagen wurden von Bret Stephens in Zweifel gezogen: “In a second scenario, North Korea sells al Qaeda several batches of weapon-grade fissile material with the agreement that the targets would be in countries that lack a retaliatory capability - Denmark, say, or Italy. (...) Would the next administration make good on Mr. Bush’s warning of ‘consequences’ for North Korea because a neighborhood in Copenhagen has been rendered uninhabitable?” Stephens, Bret 2006: Paging Dr Strangelove, in: WSJ, 17.10.2006.

<sup>1930</sup> Gates Statement ging dabei deutlich über das von Bush 2006 gemachte hinaus: “Today we also make clear that the United States will hold any state, terrorist group or other non-state actor or individual fully accountable for supporting or enabling terrorist efforts to obtain or use weapons of mass destruction, whether by facilitating, financing or providing expertise or safe haven for such efforts. To add teeth to the deterrent goal of this policy, we are pursuing new technologies to identify the forensic signatures of any nuclear material used in an attack, to trace it back to the source.” VD: Robert Gates 2008: Nuclear Weapons and Deterrence

<sup>1931</sup> Vgl. ein kurz nach dem zweiten offiziellen Nukleartest Nordkoreas am 28.05.2009 publiziertes *Editorial* der *USA Today* mit dem Titel “Look at the bright side”.

<sup>1932</sup> Levi, Michael A. 2004: Detering Nuclear Terrorism, in: Issues in Science and Technology Spring 2004.

<sup>1933</sup> Eine Erkennung solcher “Fingerabdrücke” schien zumindest im Falle Nordkoreas bereits damals möglich: “Mr. Bush was able to issue a credible warning (...) because the International Atomic Energy Agency has a library of nuclear samples from North Korea, obtained before the agency’s inspectors were thrown out of the country, that would likely make it possible to trace an explosion back to North Korea’s nuclear arsenal. The North Koreans are fully aware, government experts believe, that the United States has access to that database of nuclear DNA. But when it comes to other countries, many of that library’s shelves are empty.” Sanger, David E./Shanker, Thom 2007: U.S. Debates Deterrence For Terrorist Nuclear Threat, in: NYT, 08.05.2007.

to Combat Nuclear Terrorism, co-chaired by the United States and Russia, which own more than 90% of the world's nuclear weapons and related materials.”<sup>1934</sup>

Zwar wurden bis zum Ende meines Untersuchungszeitraums Anstrengungen seitens der Politik unternommen, das Forschungsfeld der *nuclear forensics* auszubauen, doch blieben die ergriffenen Maßnahmen weit hinter den Forderungen der BefürworterInnen der erweiterten Abschreckungslogik zurück. So beklagte der damalige *chairman* des *Senate Foreign Relations Committee*, Joe Biden:<sup>1935</sup>

“Four years ago, I proposed improving our nuclear forensics capabilities but today funding for critical nuclear analysis by our National Laboratories remains dangerously low. Congress must give the labs the resources that they need - and that America's security demands.”<sup>1936</sup>

Da es keine offizielle Ankündigung “indirekter Vergeltungsschläge” gab, konnte bis zum Ende des Untersuchungszeitraums auch nicht geklärt werden, ob die USA ausschließlich Staaten drohen sollten, die *absichtlich* Nuklearwaffen an Terroristen weitergegeben hatten oder ob auch Staaten in diese Überlegungen einbezogen werden sollten, auf deren Territorium “*loose nukes*” bzw. spaltbares Material gestohlen worden waren: “*Some have argued that the United States should threaten to retaliate against any state that leaks nuclear materials, whether deliberately or inadvertently. These analysts imagine that the threat will (...) compel states to secure their weapons and materials against inadvertent leakage.*”<sup>1937</sup> Auch Staaten, die sich weigerten, am Aufbau einer internationalen Nukleardatenbank mitzuwirken, sollten unter starken Druck gesetzt werden.<sup>1938</sup> Allerdings gab es nicht wenige Stimmen, die solche Forderungen als politisch undurchführbar zurückwiesen.<sup>1939</sup>

Obwohl Forschungen zur Rückverfolgung von spaltbarem Material (wenn auch in geringem Ausmaß) aufgenommen und dieser Aspekt neuer Abschreckungsstrategien somit tatsächlich politisch umgesetzt wurde, zeigten sich insbesondere konservative DebattenteilnehmerInnen weiterhin nicht von der Wirkung solcher Schritte überzeugt. Sie forderten, erstens, ein härteres Durchgreifen ihrer Regierung gegenüber “Schurkenstaaten” –

<sup>1934</sup> Hintergrundbericht der *USA Today* vom 08.04.2008 mit dem Titel “*Nuclear Return Address*”.

<sup>1935</sup> Bidens Beschwerde wurde auch von wissenschaftlicher Seite unterstützt. Vgl. Joint Working Group of the American Physical Society and the American Association for the Advancement of Science 2008: *Nuclear Forensics. Role, State of the Art, and Program Needs, USA*.

<sup>1936</sup> Biden, Joe 2007: *CSI: Nukes*, in: *WSJ*, 04.06.2007.

<sup>1937</sup> Levi, Michael A. 2007: *On nuclear terrorism*, Cambridge, S. 131. Er bezieht sich hier z.B. auf Galucci, Robert L. 2006: *Averting Nuclear Catastrophe: Contemplating Extreme Responses to U.S. Vulnerability*, in: Allison, Graham (Hrsg.): *Confronting the specter of nuclear terrorism*, *The Annals of the American Academy of Political and Social Science*, 67/2006, Thousand Oaks, S. 51-58, hier S. 52.

<sup>1938</sup> Vgl. Perry, William J./Carter, Ashton B./May, Michael M. 2007: *After the Bomb*, in: *NYT*, 12.06.2007.

<sup>1939</sup> “*A threat to retaliate against Moscow for the inadvertent loss of nuclear weapons or materials has no credibility - could anyone believe that the United States would attack Russia in any circumstance? The thought of threatening similar retaliation against Pakistan, a frontline partner of the United States and a nuclear-armed nation, strains credulity as well. Meanwhile, delivering either threat would hurt diplomatic relations, making it even more difficult for any of the states to cooperate on nuclear security than it is now.*” Levi, Michael A. 2007: *On nuclear terrorism*, Cambridge, S. 131.

mit dem Hinweis darauf, dass die USA ihre Drohungen, diese Länder zur Rechenschaft zu ziehen, bisher nicht wahrgemacht hatten:

“Perhaps the idea here is that the likes of Bin Laden and Ahmadinedjad choke to death laughing at such toothless threats to their nuclear ambitions. Sen. Biden, (...) has not held accountable those nations that openly support our demise, attack our personnel, citizens and assets, and ignore sanctions by a feckless U.S. ducking its promises of accountability. (...) With non-response firmly on his watch, just what would Joe Biden do differently if additional forensic evidence backed up the obvious?”<sup>1940</sup>

Zweitens forderten sie eine frühzeitigere Reaktion der Regierung, die Vergeltungsschläge nach erfolgten Angriffen von vornherein überflüssig machen sollte:

“Ted Koppel writes that we should allow Iran to have a nuclear weapon if it wants one, but ‘if a dirty bomb explodes in Milwaukee, or some other nuclear device detonates in Baltimore or Wichita,’ Iran should expect swift retaliation (...). Ted Koppel might first want to ask the residents of these cities how they feel about the prospect of a nuclear device detonating in their city, before making Tehran this offer it ‘can’t refuse.’ (...) I am afraid that assured destruction may not dissuade radical Islamic militants from using a nuclear weapon or device. The focus must remain on preventing Iran from ever obtaining such a weapon.”<sup>1941</sup>

Wie im letzten Satz des Leserbriefes zum Ausdruck kommt, setzten diese DebattenteilnehmerInnen auf eine modifizierte Abschreckungsstrategie, die bereits auf die *präemptive Verhinderung des Baus und des Besitzes* dieser Waffen abzielte. Bei dieser Position wird einmal mehr deutlich, wie eng die Diskursstränge zur NPR und ihren Folgedokumenten, zum RNEP und zu *mini-nukes* sowie zu neuen Abschreckungsstrategien miteinander verzahnt sind: Während in der NPR der Wille der US-Administration offenbart wurde, “notfalls” präemptiv gegen “Schurkenstaaten” mit nuklearen Ambitionen vorzugehen, sollten der RNEP und *mini-nukes* die geeigneten Mittel zur Umsetzung dieser neuen Politik sein. Das Vorhandensein sowohl des politischen Willens zum Bruch des Einsatztabus mit verhältnismäßig kleinen, (angeblich) “sauberen” Nuklearwaffen, als auch die Verfügbarkeit solcher Nuklearbomben im US-Arsenal sollten zusammengenommen so abschreckend wirken, dass “Schurkenstaaten” Programme zum Bau eigener Nuklearwaffen von vornherein als aussichtslos einstufen und deshalb unterlassen sollten:

<sup>1940</sup> Siebold, John, 2007: Biden’s Deterrence Plan: Who Do We Attack After the Next 9/11?, in: WSJ, 11.06.2007. Der Leserbrief bezieht sich auf den oben zitierten Artikel Biden, Joe 2007: CSI: Nukes, in: WSJ, 04.06.2007.

<sup>1941</sup> Wallace, Charles 2006: An Unacceptable Risk, in: NYT, 08.10.2006. Der Leserbrief richtet sich gegen folgenden Kommentar: Koppel, Ted 2006: An Offer Tehran Can’t Refuse, in: NYT, 02.10.2006. Diese Kritik hatte Lieven, als einer der ersten Befürworter dieser Strategie, vorausgesehen und ihr “präemptiv” entgegengehalten: “*At first glance, such a strategy might appear foolish: It would provide little comfort to identify an attack’s perpetrator after a U.S. city has already been destroyed. Adopting this criticism, though, would miss the essence of deterrence. During the Cold War, U.S. deterrence was based firmly in its ability to retaliate after a devastating Soviet attack. This by no means suggested that such an attack was acceptable or that retaliation would provide comfort. Instead, what was important was the threat’s ability to discourage any attack from occurring in the first place. Similarly, deterring nuclear terror by threatening its would-be sponsors would be aimed at using retribution not as an end but as a means to prevent attacks.*” Levi, Michael A. 2004: Deterring Nuclear Terrorism, in: Issues in Science and Technology Spring 2004.



“Keith Payne, a former deputy assistant secretary of defense in the current Bush administration, argues: ‘We need research on new, low-yield nuclear weapons because that research may contribute to a deterrent that is believable, i.e., a deterrent that works. Our existing arsenal’s generally high yields and limited precision could inflict so many innocent casualties that enemies may believe the U.S. president would be paralyzed by self-deterrence. (...) Precision, low-yield weapons that would inflict a much lower level of civilian casualties will appear much more credible to some opponents, and thus constitute a better deterrent to war.’ (...) The logic is that if rogue states believe that the United States could credibly destroy their WMD (or WMD programs), they would have less or no incentive to pursue WMD.”<sup>1942</sup>

Im Hinblick auf das nukleare Einsatztabu ist hier der Verweis auf die Notwendigkeit, die *self-deterrence* der USA zu überwinden, welcher bereits in der Debatte über die *Doctrine for Joint Nuclear Operations* eine Rolle spielte, zentral.<sup>1943</sup> So wurde dem Argument der TabuschützerInnen, diese Abschreckungspolitik würde nicht funktionieren, da sich unliebsame Regime bisher nicht einmal durch das enorme Arsenal an großen Nuklearsprengköpfen der USA hätten abschrecken lassen,<sup>1944</sup> entgegengehalten, die Feinde der USA wüssten um deren Skrupel beim Einsatz solch großer Sprengköpfe: “*The old nukes built during the cold war to roast millions of Russians are probably too destructive to use before Doomsday, and our potential enemies know that.*”<sup>1945</sup> “Zu zerstörerisch” seien diese Waffen v.a. in Anbetracht der “*appropriate priority (...) on avoiding civilian casualties*” bei militärischen Angriffen seitens der US-Planer:<sup>1946</sup>

“The United States finds itself in a unique historical position where it actually cares more about the local populations of adversarial states than its own leaders do. The result is that any threat to retaliate with a strategic nuclear weapons loses credibility because the (...) enemy leader may calculate that the United States would not kill millions of innocent civilians to do his actions.”<sup>1947</sup>

Damit dem Gegner die Einsatzbereitschaft der USA überzeugend vermittelt werden könne, sei es in erster Linie notwendig, neue, mit der eigenen Identität im Einklang stehende Einsatzkapazitäten zu entwickeln. Die Grundannahme dieser neuen Strategieüberlegungen lautete also nicht mehr “je unmoralischer die Waffe, desto abschreckender”, wie noch im Kalten Krieg, sondern im Gegenteil “je moralischer, desto abschreckender”. Ein entsprechendes, einsatzbereites Abschreckungsarsenal könne nicht nur “Schurkenstaaten” davon abhalten, sich Nuklearwaffen zuzulegen, sondern indirekt auch die Verbündeten der USA, die weiterhin auf das Abschreckungspotential der verbliebenen Supermacht bauten

<sup>1942</sup> Pena, Charles V. 2003: Mini-Nukes and Preemptive Policy. A Dangerous Combination, in: CATO Institute Policy Analysis, Nr. 499, S. 4f.

<sup>1943</sup> Vgl. S. 411 der Arbeit.

<sup>1944</sup> Pena, Charles V. 2003: Mini-Nukes and Preemptive Policy. A Dangerous Combination, in: CATO Institute Policy Analysis, Nr. 499, S. 11.

<sup>1945</sup> Crowley, Michael 2003: The 3rd Annual Year in Ideas; Bite-Size Nukes, in: NYT, 14.12.2003.

<sup>1946</sup> Payne, Keith B. 2004: Precise and Powerful. Low-Yield Nukes May Be the Deterrent We Need, in: National Review Online, 17.02.2004.

<sup>1947</sup> So der Verteidigungsanalyst Spencer in einem “webmemo”. Spencer, Jack 2003: A Strong National Defense Commands New Nuclear Research Funding, Heritage Foundation, 12.08.2003.

und deshalb keine eigenen Nuklearwaffen entwickelten.<sup>1948</sup> KritikerInnen dieses Ansatzes bezeichneten ihn dagegen als eine Art gefährliches Glücksspiel, bei dem das Risiko des Verlierens (also eines Einsatzes von Nuklearwaffen) recht hoch ausfalle:

“...the policy is a kind of gamble. The upside of the gamble is that increasing the risk that nuclear weapons will be used will lead to a better deterrent of dangerous rogue state behaviour. The downside of the gamble is that the deterrent threat will fail and the weapons will be used. The downside of the gamble is intensified by the belief that rogue states may not be deterrable, so that the expectation of policy makers is that deterrence will fail and the weapons will have to be used.”<sup>1949</sup>

In diesem Zitat bleibt allerdings unerwähnt, dass in einem solchen “Spiel” auch das Beharren auf althergebrachten Abschreckungsstrategien und -waffen zulasten des Einsatztabus ausfallen könnte – nämlich dann, wenn auf einen – nicht mehr durch Abschreckung verhinderten – nuklearen Terroranschlag oder Angriff mit WMD auf die USA mit einem nuklearen Vergeltungsschlag unter Einsatz der großen Sprengköpfe aus Zeiten des Kalten Krieges geantwortet werden müsste. Die BefürworterInnen des RNEP beharrten deshalb auf ihrer Ansicht, dass “[t]he entire point of low-yield bunker busters is to do less damage, not more.”<sup>1950</sup>

Wie oben umrissen, widmete sich ein Großteil der veröffentlichten Stellungnahmen der Frage, wie verschiedene Handlungen von *Staaten* abgeschreckt werden könnten. *Substaatliche Akteure* waren nur dann Teil dieser Überlegungen, wenn es um die Frage der Weitergabe von Nuklearwaffen von Staaten an Terrorgruppen ging. Dies hing v.a. damit zusammen, dass ein Großteil der DebattenteilnehmerInnen Terroristen als “*nihilists who are probably undeterrable*” ansah.<sup>1951</sup> Nur sehr wenige KommentatorInnen sahen eine Möglichkeit, Terroristen vom Einsatz einer in ihren Besitz gelangten Nuklearwaffe abzuhalten. Noch am häufigsten wurden dabei Vergeltungsschläge gegen die heiligen Stätten des Islam in Betracht gezogen:

“When Feldman dismisses the role of deterrence in dealing with fanatics willing to participate in suicide bombings, he is missing the fundamental issue in deterrence, which is to target that which is most valuable to your enemy. What is most valuable in a society? In our culture, that would be human life. To the radical Islamic suicide bomber, by definition, his life is not as important as his mission. But in a society that views its land as sacred and not to be violated by infidels, Medina and Mecca are beyond value and irreplaceable.”<sup>1952</sup>

In ihrer außergewöhnlich detaillierten Auseinandersetzung mit der Frage der Abschreckbarkeit von Terroristen widersprechen Beckmann et al jedoch der Annahme, dass

<sup>1948</sup> Vgl. U.S. Congress, 2007: National Security and Nuclear Weapons, Maintaining Deterrence in the 21st Century, Statement by the Secretary of Energy, Secretary of Defense and Secretary of State, 01.07.2007.

<sup>1949</sup> Beckman, Peter R./Crumlish, Paul W./Dobkowski, Michael N./Lee, Steven P. 2007: Nuclear Weapons, Nuclear States, and Terrorism, Cornwall-on-Hudson, S. 315.

<sup>1950</sup> Editorial des *Wall Street Journal* vom 12.04.2006 mit dem Titel “*Iranian Bomb Scare*”.

<sup>1951</sup> Stephens, Bret 2006: Paging Dr Strangelove, in: WSJ, 17.10.2006.

<sup>1952</sup> Cooper, Robert N. 2006: Islam, Terror and the Second Nuclear Age, in: NYT, 12.11.2006. Der Leserbrief bezieht sich auf folgenden Artikel: Feldman, Noah 2006: Islam, Terror, and the Second Nuclear Age, in: NYT, 29.10.2006.

die (für die USA äußerst waghalsige) Zerstörung von Mekka und Medina in einem Vergeltungsschlag das einzig mögliche Mittel sei. Ganz ähnlich wie bei der oben skizzierten Argumentation, dass Regierungschefs von "Schurkenstaaten" zwar gewillt wären, ihre Bevölkerung in einem Vergeltungsschlag zu opfern, jedoch ihr eigenes Leben nicht auf's Spiel setzen wollten, schreiben sie in Bezug auf die Führungsriege von *al Qaida*, diese könne sich als (für ihre Organisation und ihren Auftrag) zu bedeutend wahrnehmen, um ihr Leben in einem massiven Vergeltungsschlag zu riskieren.<sup>1953</sup>

In den letzten Jahren meines Untersuchungszeitraums wurde die Frage der Aufrechterhaltung einer (wie auch immer ausgerichteten) Abschreckungsfähigkeit der USA von Seiten der *norm challenger* immer stärker mit der nach einer Modernisierung des US-Nukleararsenals, insbesondere der Entwicklung eines *reliable replacement warhead* verknüpft. Dass Abschreckung auf im 21. gegenüber neuen Gegnern noch funktionieren könne, wurde dabei von den BefürworterInnen dieses Projekts als gegeben vorausgesetzt.

Die Suche nach neuen Abschreckungsstrategien zeigt zum einen, dass die Situation, in der das nukleare Tabu in Frage gestellt wurde, als völlig neuartig wahrgenommen wurde, so dass die Suche nach Handlungsalternativen eingeleitet wurde. Ein Teil der TabugegnerInnen sah die neuen Feinde als so irrational an, dass Abschreckung von vornherein zwecklos sei. Sie setzten auf Präventivschläge im Sinne der NPR, also einen Bruch des Einsatztabus. Ein zweiter Teil ging davon aus, dass sich auch "Schurkenstaaten" noch abschrecken ließen, allerdings nur mit den richtigen Waffen. Sie forderten einen Bruch des Besitztabus und den Bau neuer, "moralischerer" Waffen wie den RNEP, da die Feinde wüssten, dass die USA aufgrund des nuklearen Tabus kaum im Stand wären, einen der großen Sprengköpfe aus dem Kalten Krieg abzuwerfen. Durch den Bau weniger von der *self deterrence* gedeckter Waffen sollte die (zu) starke Wirkung des Tabus also unterlaufen werden. Eine dritte Gruppe setzte auf neuartige Konzepte wie das der erweiterten Abschreckung und nukleare Forensik. Möglicherweise war es dieser offene Blick für Alternativen, der später zu Retabuisierungstendenzen beitrug.

### *Blockadehaltung auf internationalem Parkett: die NPT-Review Konferenz (2005)*

"[T]raditional non-proliferation has failed, and now we're going into active interdiction."<sup>1954</sup>

Die Überlegung, den Bau von Nuklearwaffen in "Schurkenstaaten" durch eine neue Politik präemptiver Abschreckung von vornherein zu verhindern, zeigte nicht nur, dass die meist konservativen *norm challenger* ihren Glauben in klassische Abschreckungsstrategien verloren

<sup>1953</sup> "This is not to say that they are afraid to die, but simply that they see themselves as too important." Beckman, Peter R./Crumlish, Paul W./Dobkowski, Michael N./Lee, Steven P. 2007: Nuclear Weapons, Nuclear States, and Terrorism, Cornwall-on-Hudson, S. 265.

<sup>1954</sup> Kirstensen, Hans M. 2008: The Nuclear Posture of the United States, in: Eriksson, Magnus/Osland, Kari M. (Hrsg.): Nuclear Weapons in the 21st Century. Old Players, New Game – New Players, Old Game, Norwegian Institute of International Affairs (NUPI), S. 53-66, hier S. 57.

hatten, sondern dass sie auch die internationale Nichtverbreitungspolitik mit dem Herzstück des NPT für gescheitert hielten (wenn sie den Vertrag denn jemals als sinnvoll erachtet hatten). Die US-Administration unter Bush stellte sich eindeutig auf die Seite dieser DebattenteilnehmerInnen – und dementsprechend destruktiv verhielten sich ihre VertreterInnen bei der NPT *Review Conference* 2005:<sup>1955</sup>

“Competing with its illegal invasion of Iraq for the prize of the most reckless of the Bush-Cheney assaults on the UN system was its campaign against the Nuclear Nonproliferation Treaty (NPT). (...) [No] delegation (...) worked harder to frustrate the agreement (...) than the representatives of George Bush.”<sup>1956</sup>

So weigerten sich die VertreterInnen der USA über den gesamten Zeitraum der den Hauptverhandlungen vorausgehenden *preparatory conference* 2004 hinweg, wie auch in den ersten beiden Wochen der Überprüfungskonferenz, sich auf eine Agenda für die Verhandlungen festzulegen – ein Problem, das dadurch verschärft wurde, dass mit nur geringen Befugnissen ausgestattete Diplomaten als US-Delegierte teilnahmen, statt der eigentlich erwarteten Außenministerin Rice.

“After finally accepting a compromise agenda half-way through the Conference, the US continued to paralyze the Conference by refusing to agree to any reference to the 13 agreed steps in the Conference’s final declaration. As a result, the Conference was unable to adopt a final resolution and ended in failure. Many wondered if it signaled the end of the NPT order.”<sup>1957</sup>

Abgesehen von diesen verhandlungsspezifischen Akten wurden auch andere Maßnahmen der US-Administration von TabuschützerInnen als direkt oder zumindest mittelbar gegen den NPT gerichtet aufgefasst – angefangen von der häufigen Betonung, Nuklearwaffen würden auch weiterhin einen wichtigen Stellenwert in der US-Sicherheitspolitik einnehmen, über den Fall des *Spratt-Furse-Bans*, bis hin zu den Forschungen an neuen Nuklearwaffen.<sup>1958</sup>

Das Echo auf diese Kritik fiel zweigeteilt aus: Einerseits wiesen viele DebattenteilnehmerInnen solche Vorwürfe als unbegründet zurück und pochten darauf, dass die US-Politik dem NPT nicht widerspreche. Immer wieder im Zentrum dieser

<sup>1955</sup> Zum System der Überprüfungskonferenzen vgl. S. 218 der Arbeit. Möglicherweise spielte das Verhalten der US-Delegation bei der Wahl von Mohammed El Baradai zum Träger des Friedensnobelpreises 2005 eine Rolle.

<sup>1956</sup> Gerson, Joseph 2007: *Empire and the Bomb. How the US Uses Nuclear Weapons to Dominate the World*, London, S. 248. Das Zitat stammt von Robin Cook, dem damaligen britischen Außenminister.

<sup>1957</sup> Gerson, Joseph 2007: *Empire and the Bomb. How the US Uses Nuclear Weapons to Dominate the World*, London, S. 249. Die erwähnten 13 Schritte zur Umsetzung von Art. VI des NPT waren auf der Überprüfungskonferenz 2000 beschlossen worden. Sie enthielten unter anderem die Forderung an alle NPT-Mitgliedsstaaten, den CTBT zu unterzeichnen und alle Nukleartests einzustellen.

<sup>1958</sup> So meinte z.B. Theresa Hitchens: “U.S. moves to seriously modernize today’s weapon stockpiles as well as develop new types of weapons, such as low- or micro-yield warheads with an explicit battlefield role, could sound a death knell for the international arms control and disarmament scheme that for the past 50 years has ensured against nuclear war.” Hitchens, Theresa 2001: *The U.S. Nuclear Debate: Issues of Concern. Mini-Nukes, Testing and National Missile Defense*, in: British American Security Information Council: *Occasional Papers on International Security Studies* Nr. 35, Washington, S. 3. Vgl. auch McNamara, Robert 2005: *Apocalypse Soon*, in: *Foreign Policy* 148, S. 29-35.

letztendlich um die Auslegung von Art. VI des Vertrags kreisenden Diskussion (Stichwort: *contestedness*) stand die Frage, ob die im Vertrag genannten *haves*, also auch die USA, bis in alle Ewigkeit zum Besitz von Nuklearwaffen berechtigt seien oder ob das Ziel des NPT als *Abrüstungsvertrag* letztlich eine weltweite nukleare Abrüstung sei.<sup>1959</sup> Andererseits brachten viele *norm challenger* aber auch Argumente dafür in Stellung, dass der NPT unter heutigen Bedingungen hinfällig sei (wobei die Gleichzeitigkeit beider Argumentationsmuster wiederum eine Parallele zur Folterdiskussion darstellt).<sup>1960</sup> So hätte unter anderem der technische Fortschritt dem Vertrag die Grundlage entzogen:

“The nonproliferation treaty was written at a time when few countries had the capacity to build nuclear weapons, though many hoped to harness the supposedly limitless benefits of nuclear power. The N.P.T. offered signatories a bargain: forgo the bomb and gain access to nuclear-powered everything. But with nuclear power not quite the talisman it was once thought to be, that’s no longer a compelling reason for compliance.”<sup>1961</sup>

Der Hauptkritikpunkt der NPT-Gegner war jedoch selbstverständlich der Verweis auf die laufenden Nuklearprogramme von „Schurkenstaaten“, die sich von dem Vertrag nicht hatten aufhalten lassen: “[C]onsidering that Iran and North Korea signed that treaty (North Korea later withdrew), it would seem clear that the treaty has been a failure.”<sup>1962</sup> Dem (schon während des Kalten Krieges häufig verwendete) Verweis der NPT-BefürworterInnen, es gäbe nur sehr wenige Staaten, die das durch den NPT ausformulierte Besitztabu in Frage gestellt hätten, wurde wiederum entgegnet, dies hätte nichts mit dem Vertrag zu tun, das Besitztabu sei schon immer auf anderen Wegen aufrechterhalten worden:

“If other nations have denied themselves nuclear weapons programs it is because (a) they did not believe they needed them, (b) they did not have the wherewithal to build them or (c) they feared punishment at the hands of the nuclear powers if they tried to build them. To the degree that nonproliferation has succeeded, it has been due less to the treaty than to the concerted actions of the nuclear powers.”<sup>1963</sup>

Schließlich wurde auch argumentiert, der NPT hätte zwar klare Regeln für den Besitz von Nuklearwaffen aufgestellt, diese seien jedoch rückblickend recht willkürlich gesetzt worden und müssten heute umgeschrieben werden.<sup>1964</sup>

<sup>1959</sup> “Those who argue that the U.S. has disregarded its nuclear disarmament obligations under the NPT are quick to make categorical assertions about the treaty’s requirements. But almost never quotes the pertinent language of the NPT, for the simple reason that it provides no support for their claims.” Rademaker, Stephen 2007: Blame America First, in: WSJ, 05.05.2007. Vgl. zum Art. VI-Streit auch S. 219 der Arbeit.

<sup>1960</sup> Hier hatten Teile der Administration insbes. die Genfer Konventionen als “veraltet“ eingestuft, gleichzeitig wurde jedoch versichert der USA würden nicht gegen die Konventionen verstoßen. Vgl. S. 345 sowie 355ff. der Arbeit.

<sup>1961</sup> Traub, James 2006: Why Not Built a Bomb?, in: NYT, 29.01.2006.

<sup>1962</sup> Weitzner, Ari, 2006: Bush and the Nuclear Subcontinent, in: NYT, 08.03.2006.

<sup>1963</sup> Kagan, Robert 2006: India Is Not a Precedent; Circumstances Justify the ‘Double Standard’ of Our Nuclear Deal, in: WP, 12.03.2006.

<sup>1964</sup> Diese Argumentation wurde v.a. in der Unterdebatte um ein Nuklearabkommen der USA mit Indien gebraucht, vgl. S. 443ff. der Arbeit.

“The nuclear Non-Proliferation Treaty erected a gargantuan double standard. It declared that possession of the world’s most devastating and militarily decisive weapons would be limited to the five nations that already possessed them. And this was a particularly mindless kind of double standard, since membership in the nuclear ‘club’ was not based on justice or morality or strategic judgment or politics but simply on circumstance: Whoever had figured out how to build nuclear weapons by 1968 was in.”<sup>1965</sup>

Der NPT war allerdings nicht der einzige Abrüstungsvertrag, dessen sich die Bush-Administration zu entledigen suchte:

“President George W. Bush, and his aides, could hardly wait to get rid of all those tiresome arms-control treaties when they took office. They tore up the 1972 antiballistic missile treaty to make way for a still largely pie-in-the-sky missile defense system. They opposed the Comprehensive Nuclear Test Ban Treaty and never made a serious effort to win a ban on the production of fissile material (the core of a nuclear weapon).”<sup>1966</sup>

Während sich am Status des unter Bill Clinton seitens des US-Kongresses zurückgewiesenen CTBT während der Amtszeit Bushs nichts änderte, nahmen die Mitglieder seiner Administration zwar weiterhin an den Verhandlungen über einen *Fissile Material Cut Off Treaty* (FMCT) teil, stellten sich dabei jedoch gegen die breit geteilte Ansicht, die Endfassung eines solchen Vertrages müsse umfassende Verifikationsmöglichkeiten vorsehen: “*White House officials said they had concluded that such provisions would result in costly systems that would require overly intrusive inspections and would not guarantee compliance with the treaty.*”<sup>1967</sup>

Aus diesem Verhalten spricht, zum einen, das oben skizzierte Misstrauen gegenüber der Wirksamkeit völkerrechtlicher Rüstungskontrollmaßnahmen, zum anderen aber auch eine Abneigung gegenüber der Bindung an Völkerrechtsverträge generell, wie sie – mit recht ähnlichen Argumenten – auch im Kapitel zum Foltertabu deutlich geworden ist:<sup>1968</sup>

“The administration’s case against treaties generally, and the N.P.T. specifically, is that international accords restrain only those nations that are willing to be restrained. Stateless terrorists and rogue nations, by definition, are not (nor, perhaps, are superpowers).”<sup>1969</sup>

Entsprechend dieser Logik setzte die Bush-Administration zur Wahrung des Besitztabus nicht mehr auf internationale Regime, denen jeder Staat (auch die, die möglicherweise die Vertragsregeln unterlaufen würden) beitreten konnte, sondern auf die Formung problemspezifischer Allianzen mit gleichgesinnten Staaten (“*coalition of the willing*”), welche sich von vornherein *gegen* unliebsame Staaten richteten, anstatt auch diese Länder in internationale Verhandlungen einbinden zu wollen. Die Bedeutung dieses Ansatzes

<sup>1965</sup> Kagan, Robert 2006: India Is Not a Precedent; Circumstances Justify the ‘Double Standard’ of Our Nuclear Deal, in: WP, 12.03.2006.

<sup>1966</sup> Editorial der *New York Times* vom 30.01.2009 mit dem Titel “*Rules of the Game*“. Die Weiterverhandlung eines FMCT war ebenfalls eine der 13 Forderungen der NPT-Überprüfungskonferenz von 2000 gewesen.

<sup>1967</sup> Pincus, Walter 2009: Obama Is Set to Speak on Global Arms Control, in: WP, 05.04.2009.

<sup>1968</sup> Vgl. S. 338 der Arbeit. Diese Ansicht entspricht einem rationalistischem Normverständnis, wie es auf S. 27ff. der Arbeit erläutert worden ist.

<sup>1969</sup> Traub, James 2006: Why Not Build A Bomb?, in: NYT, 29.01.2006.

unterstrich die damalige US-Außenministerin Condoleezza Rice, indem sie nur wenige Tage nach dem Scheitern der NPT-Überprüfungskonferenz 2005 öffentlich den Erfolg der sog. *Proliferation Security Initiative* (PSI)<sup>1970</sup> rühmte – und damit hervorhob, dass sie es für weitaus effektiver hielt, eine Ausweitung nuklearer Proliferation vom Pentagon aus zu verhindern, als von Seiten der UN.<sup>1971</sup>

Mit der zunehmenden Kritik am NPT wurde nicht nur eine der wenigen kodifizierten Aspekte des nuklearen Tabus, das verschriftlichte Besitztabu, in Frage gestellt, sondern dessen Regelung auch irrationalisiert: Wieso sollte der Status als legitimer *have* von etwas so zufälligen wie dem Datum des ersten Nukleartests abhängen? Deutlich wurde auch, dass die TabukritikerInnen geltende Rechtsnormen nicht mehr als der neuen Situation angemessen wahrnahmen und sich durch ihre hervorgehobene Stellung berechtigt sagen, alte Rechtsnormen erodieren zu lassen und neue zu schaffen.

### “Good Nukes, Bad Nukes”: der Nukleardeal mit Indien (2006-2008)<sup>1972</sup>

*“We should establish a norm of encouraging and rewarding good international citizenship and increased compliance. (...) Membership of the nuclear club should not hand on the arbitrary test of India having to have conducted the nuclear tests prior to 1967.”*<sup>1973</sup>

*“Iraq gets invaded over phantom nuclear weapons. Pakistan opens a veritable nuclear Wal-Mart and barely gets a slap on the wrist. India develops a nuclear bomb and gets rewarded with a deal for nuclear material and technology. Israel’s robust nuclear arsenal is winked at, while Iran is threatened with sanctions, bombing and regime change over its nuclear program, which is years away from weaponization, if its government actually wants that.”*<sup>1974</sup>

Die Ansicht, dass man im Umgang mit Nuklearwaffen nicht jedem Staat, sondern nur ausgewählten Mitgliedern der Völkergemeinschaft Vertrauen entgegenbringen sollte, schlug sich am deutlichsten in den Verhandlungen der USA über ein Nuklearabkommen mit Indien nieder. Die Diskussion über diesen Vertrag, die 2006 ihren Höhepunkt erreichte, wurde außergewöhnlich breit geführt, da sich nicht neben den üblichen TeilnehmerInnen aller hier skizzierten Debatten (ExpertInnen von *think-tanks*, auf Rüstungskontrollfragen spezialisierte

<sup>1970</sup> Die PSI zielt darauf ab, den Seetransport von Massenvernichtungswaffen sowie den von Material zu ihrer Produktion zu verhindern. Grundlagendokument sind die “*Interdiction Principles*”, vom September 2003, die sich alle Teilnehmer der Initiative (darunter auch Deutschland) zu eigenen machen. Sie finden sich online unter: <<http://www.state.gov/t/isn/c27726.htm>>, rev. 02.02.2012.

<sup>1971</sup> Vgl. Gerson, Joseph 2007: *Empire and the Bomb. How the US Uses Nuclear Weapons to Dominate the World*, London, S. 249. Dementsprechend wurde die PSI nicht (wie die übergroße Mehrzahl multilateraler Rüstungskontrollverträge) im Rahmen der UN ausgehandelt. KritikerInnen wiesen darauf hin, dass die PSI sogar gegen internationales Völkerrecht, nämlich internationale Seerechtskonventionen, verstoße. Die BefürworterInnen der Initiative hielten dieser Kritik entgegen, dass flexible Allianzbildung in der heutigen, unübersichtlichen Welt eine Notwendigkeit geworden sei: “...*PSI isn’t a formal treaty; it’s a partnership. Old-style international organizations simply aren’t agile enough to fight modern-day WMD traffickers.*” Editorial des *Wall Street Journal* vom 24.07.2006 mit dem Titel “*Asia’s WMD Laggards?*”.

<sup>1972</sup> Titel eines Kommentars von David Ignatius in der *Washington Post* vom 01.03.2006.

<sup>1973</sup> Khosla, Vinod 2006: A Nuclear Hand of Friendship, in: *WSJ*, 29.06.2006.

<sup>1974</sup> Martin, Kevin 2006: The Shock Waves From North Korea, in: *NYT*, 11.10.2006.

JournalistInnen und VertreterInnen der US-Administration) viele Stimmen aus der Bevölkerung vernehmen ließen – nicht zuletzt von US-BürgerInnen mit indischem Migrationshintergrund. Über alle gesellschaftlichen Ebenen hinweg wurden hier Idealvorstellungen dessen, was einen “nuklearen Hohepriester” ausmacht, zum Ausdruck gebracht und überprüft, ob Indien den Kriterien einer *responsible nuclear power* genügen könnte.

Dass die US-Regierung den US-Kongress drängen würde, die nach Indiens Nukleartest verhängten militärischen und ökonomischen Sanktionen aufzuheben, zeichnete sich bereits 2001 ab.<sup>1975</sup> Erst im Juli 2005 unterzeichneten jedoch Präsident Bush und der indische Premierminister Manmohan Singh ein vorläufiges Abkommen, welches den USA ermöglichen sollte, spaltbares Material wie auch Bauteile für Kernreaktoren nach Indien zu verkaufen, während Indien im Gegenzug zumindest seine zivilen (nicht militärischen!) Reaktoren für internationale Inspektoren öffnen sollte.<sup>1976</sup> Ohne auf die juristischen Details des mehrfach abgeänderten Texts des Abkommens eingehen zu wollen, sei doch darauf verwiesen, dass die hitzigen Debatten im US-Kongress, jeweils unterstützt von einem Chor von ExpertInnen, JournalistInnen und BürgerInnen, dem “Gezerre” um das RNEP-Projekt ähnelten, wobei das Abkommen – im Gegensatz zum RNEP-Projekt – 2008 tatsächlich vom US-Kongress “abgesegnet” wurde.

Während der laufenden Debatten ließen sich unterschiedliche Meinungen zu der Frage, was genau eine *responsible nuclear power* ausmache, aus Beiträgen von DebattenteilnehmerInnen herauslesen, wobei immer wieder auf folgende Aspekte rekuriert wurde: ein generell rationales Handeln, das Regierungssystem (Demokratie oder nicht), die Wahrung des Einsatztabus und die Wahrung des Besitztabus.

Wie bereits bei der Frage einer neuen Abschreckungspolitik ausgeführt, stellte sich zuallererst die Frage, ob ein *have* einen *rationalen Umgang* mit seinen Nuklearwaffen pflegte (d.h., sich von den USA von einem Einsatz der Waffen abschrecken ließ), oder nicht:

“For the first half of the nuclear age, that ability to unleash Armageddon was confined to a select club of more-or-less ‘responsible’ powers: the United States, the Soviet Union, and later Britain, France and China. While U.S. leaders hated the idea of their communist adversaries possessing the bomb, Washington at least trusted Moscow and Beijing to act in their own self-interest and refrain from blowing up the entire planet – the grim premise behind the Cold War doctrine of Mutually Assured Destruction.”<sup>1977</sup>

Deutlich wird an diesem Zitat, dass in dieser Frage die Staatsform anderer *haves* damals zwar eine Rolle spielte, jedoch keinesfalls die entscheidende war.

---

<sup>1975</sup> Vgl. das *Editorial* der *New York Times* vom 28.08.2001 mit dem Titel “*India and the Bomb*”.

<sup>1976</sup> Diese Verpflichtung wurde in weiten Kreisen der BefürworterInnen als wichtiges Argument für das Abkommen hervorgehoben, da Indien andernfalls sein Nuklearprogramm isoliert weiter betreiben würde. Selbst IAEA-Direktor El Baradei begrüßte deshalb das Abkommen. Vgl. U.S. Congress, Senate Foreign Relations Committee 2006: Remarks of Secretary of State Condoleezza Rice on the U.S.-India Civil Nuclear Cooperation Initiative, 05.04.2006.

<sup>1977</sup> Dobbs, Michael 2004: The world’s most terrifying danger, then and now, in: WP, 17.10.2004.



Von dem Beginn der Debatte über den Nuklearvertrag mit Indien an wurde jedoch sehr häufig auf die *demokratische Tradition* des Landes abgehoben: “*India (...) is entitled to special treatment in light of its democratic values...*”<sup>1978</sup> Diese Frage wurde auch mit der Einhaltung des nuklearen *Einsatztabus* verknüpft:

“This focus on the few cases of undemocratic (aspiring) nuclear weapons states is due to the widely shared understanding that (...) they are – in comparison with autocracies – more committed to the taboo with regard to their use.”<sup>1979</sup>

Dabei wurde häufig der Vergleich zum Verhalten einer zweiten, außerhalb des NPT stehenden, nuklear bewaffneten Demokratie gezogen: Auch Israel sei von den USA als *responsible nuclear power* anerkannt worden, da es sich in allen Kriegen an das Einsatztabu gehalten habe.<sup>1980</sup> Auch auf den technischen Aufwand, den eine *responsible nuclear power* betreiben müsse, um einen unabsichtlichen Einsatz zu verhindern, gingen die DebattenteilnehmerInnen ein. So verglich die *New York Times*:

“The arsenals of the first nuclear age were governed by elaborate rules and sophisticated technology designed to prevent firing in haste. Some of the newcomers are thought to have far less rigorous command and control, raising fears that the lines of authority could be abandoned in the heat of battle.”<sup>1981</sup>

Hier spiegelt sich auch die bereits im Einleitungskapitel erwähnte Annahme, nukleare *haves* würden sich mit zunehmendem Alter ihres Nuklearprogramms immer verantwortungsbewusster verhalten.<sup>1982</sup>

Neben der Wahrung des Einsatztabus erschien vielen Beteiligten auch die Einhaltung des *Besitztabus* als wichtiges Kriterium – insbesondere sollten Waffen nicht an “Schurkenstaaten” oder gar Terroristen weitergegeben werden:<sup>1983</sup>

“The United States must align itself with responsible nuclear powers that do not proliferate. Britain, France, India, Russia and Israel appear to fit that category. They must cooperate to constrain the appetites and abilities of irresponsible nuclear powers.

<sup>1978</sup> Lancaster, John 2006: U.S. Troops on Front Line Of Expanding India Ties, in: WP, 25.01.2006.

<sup>1979</sup> Frey, Karsten 2006: Nuclear Weapons as Symbols. The Role of Norms in Nuclear Policy Making, in: IBEI Working Papers 3/2006, Barcelona, S. 15.

<sup>1980</sup> Vgl. Broder, Jonathan 2001: A Challenge To Israel’s Nuclear Blind Spot, in: WP, 11.03.2001. Es sei jedoch daran erinnert, dass die israelische Regierung während des “*Yom-Kippur-Kriegs*” kurz davor war, Nuklearwaffen gegen Ägypten einzusetzen (vgl. 237 der Arbeit). Die an Israel angelegten Maßstäbe glichen dennoch stark den in der Indien-Diskussion genannten: “*The invocation of the term ‘double standard’ is often applied where Israel is concerned. Israel is presumed to have a nuclear arsenal. Why should the United States look the other way at Israel’s bomb and go nuts over Iran’s effort to get one? The answer ought to be clear: Because Israel has not threatened to blow Iran off the map; because it is vastly out-numbered in a tough, belligerent neighborhood; and because it is the lone real democracy in a region run mostly by thugs.*” Cohen, Richard 2006: Judicious Double Standards, in: WP, 07.03.2006.

<sup>1981</sup> Keller, Bill 2003: The Thinkable, in: NYT; 04.05.2003.

<sup>1982</sup> Vgl. S. 215 der Arbeit.

<sup>1983</sup> So wurde darauf verwiesen, dass Indien eine Weitergabe von Nukleartechnologie an Iran und Libyen im Austausch für Öl abgelehnt habe. Vgl. Ayres, Alyssa/Ganguly, Sumit 2006: On the Right Side of History, in: WSJ, 04.03.2006.

North Korea and Pakistan stand at the top of the list of irresponsible, and they must not be given leeway to help lengthen it.”<sup>1984</sup>

Zur Entscheidung, ob ein *have in spe* das Besitztabu wahrte, gehörte auch die Frage, ob dieser den NPT ratifiziert und somit mit der Entwicklung eines Nuklearprogramms einen Vertragsbruch begangen hatte, oder ob er dem NPT von vornherein fern geblieben war:

“Critics would liken India’s behaviour to Iran’s or North Korea’s (...). The moral equivalency argument fails a crucial reality test. Iran signed the NPT and then covertly used loopholes in the treaty to pursue its goal of developing nuclear weapons. North Korea, having cheated on its past agreements, has now completely withdrawn from the NPT. (...) India, by contrast, developed its nuclear program outside of the NPT.”<sup>1985</sup>

Die Argumentation der Beachtung des NPT nimmt sich allerdings insofern etwas erstaunlich aus, als die USA mit dem Abschluss des “Indien-Deals” gegen die Regel des NPT, keine Nukleartechnologie an Nichtmitglieder des Regimes weiterzugeben, verstießen und sich deshalb von der *Nuclear Suppliers Group* eine Ausnahmescheinigung für ihr Verhalten ausstellen lassen mussten (welche sie 2008 allerdings auch erhielten).<sup>1986</sup>

Machte man sich all die oben genannten Kriterien zu eigen, so war klar, dass Indien eine Ausnahme im “nuklearen Club”, “*whose membership rules are still being written*”, darstellen müsse, welche keinesfalls mit den nuklearen Ambitionen von “Schurkenstaaten” zu verwechseln sei:<sup>1987</sup>

“Juxtaposed this week are the two poles of the emerging world: India and Iran. They are alpha and omega, the dream and the nightmare. One symbolizes the promise of globalization, the other the threat of global disorder. What they share, unfortunately, is a passion to be members of the nuclear club. (...) Between them stands the United States, trying to set rules that will apply to both – rewarding the good boy while maintaining an ability to punish the bad one. (...) The two cases are different because – they’re different. The same rules don’t apply to both; one has shown that it is benign and the other behaves like a global outlaw.”<sup>1988</sup>

Recht deutlich geht aus diesem Zitat auch die Überzeugung hervor, den USA stünde es als ultimativem “nuklearen Hohepriester” zu, über die genauen Regeln des Besitztabus selbst zu entscheiden – unabhängig von der Meinung der anderen *haves*, geschweige denn aller NPT-Mitgliedsstaaten (wobei der Vorschlag, Indien als weiteren, akzeptierten *have* in den NPT aufzunehmen, durchaus gemacht wurde):<sup>1989</sup> “*We’re an empire now, and when we act, we create our own reality.*”<sup>1990</sup> Demnach seien die kritisierten Doppelstandards der USA gegenüber anderen

<sup>1984</sup> Hoagland, Jim 2002: Nuclear Deceit, in: WP, 10.11.2002. Interessant ist, dass China hier nicht als *responsible nuclear power* genannt wird – was wiederum für einige DebattenteilnehmerInnen eine Abkehr vom “zufällig” in *haves* und *have nots* einteilenden NPT anzeigte.

<sup>1985</sup> Cohen, William 2005: A Pretty Good Deal for America, in: WSJ, 05.04.2005.

<sup>1986</sup> Vgl. zur Kritik hieran Hickman, James 2006: Sensible Policy Nukes, in: WP, 09.03.2006.

<sup>1987</sup> Sanger, David E. 2006: We Are (Aren’t) Safer With India in the Nuclear Club, in: NYT, 05.03.2006.

<sup>1988</sup> Ignatius, David 2006: Good Nukes, Bad Nukes, in: WP, 01.03.2006.

<sup>1989</sup> Vgl. Harrison, Selig S. 2006: How to Regulate Nuclear Weapons; The U.S. Deal With India Could Be a Good Starting Point, in: WP, 23.04.2006.

<sup>1990</sup> Ein Berater Bushs zitiert in: Herbert, Bob 2006: Nuclear Madness, in: NYT, 06.03.2006.

Nuklear(anwärter)staaten nichts Verwerfliches, sondern im Gegenteil ein sinnvolles Mittel US-amerikanischer Sicherheitspolitik:

“Accuse the U.S. State Department’s Nicholas Burns of a double standard in advancing the Bush Administration’s effort to stop nuclear-weapons proliferation and he will thank you for the compliment. ‘I am proud of double standards, so guilty as charged, he says. (...) You reward positive behaviour and you punish negative behaviour. Any parent knows that and any national-security expert knows that.’”<sup>1991</sup>

Diese – der unilateralen Neuauslegung des Völkerrechts während der Folterdiskussion nicht unähnliche – Haltung stieß erwartungsgemäß auf Kritik:

“...Mr. Bush took a step in his efforts to rewrite the world’s longstanding rules that for more than 30 years have forbidden providing nuclear technology to countries that do not sign the Nuclear Nonproliferation Treaty. (...) In essence, Mr. Bush is making a huge gamble – critics say a dangerous one – that the United States can control proliferation by single-handedly rewarding nuclear states it considers ‘responsible,’ and punishing those it declares irresponsible.”<sup>1992</sup>

Zudem bezweifelten die KritikerInnen des Abkommens, dass andere Staaten diese wahrgenommene Entscheidungsbefugnis der USA akzeptieren würden – wahrscheinlicher sei, dass sie den “Indien-Deal” als heuchlerischen Doppelstandard brandmarken würden: “*We can’t break the rules for India and then expect other countries to play by them.*”<sup>1993</sup> Erstens könnten andere *haves* beginnen, Ausnahmen für die von ihnen als “*responsible*” eingeschätzten Staaten zu machen, zweitens würden demokratische *have-nots*, die bisher unter dem NPT auf militärische Nuklearprogramme verzichtet hatten, nun ihr Verhalten ändern und drittens könnten nach Nuklearstaaten strebende “Schurkenstaaten” das Abkommen als Steilvorlage für die Rechtfertigung ihrer Nuklearprogramme ansehen.<sup>1994</sup>

“...the U.S.-India agreement has strengthened the case Iran can make – and is already making – internationally and at home. Why, Iranian officials ask publicly, should Iran give up its right as an NPT party to an enrichment capability when India, a non-party to the NPT, can keep even its nuclear weapons and still benefit from nuclear cooperation? It is an argument, however flawed and disingenuous, that resonates well with the

<sup>1991</sup> Kempe, Frederick 2006: Thinking Global. The New Atomic Ages Requires New Nonproliferation Strategy, in: WSJ, 18.07.2006.

<sup>1992</sup> Sanger, David E. 2006: We Are (Aren’t) Safer With India in the Nuclear Club, in: NYT, 05.03.2006.

<sup>1993</sup> Edward J. Markey, demokratisches Mitglied des Repräsentantenhauses, zitiert in: Herbert, Bob 2006: Nuclear Madness, in: NYT, 06.03.2006.

<sup>1994</sup> Zur ersten Befürchtung: “*If the United States decides to drop controls to help one of its friends – in this case India – other supplier countries will do the same for their friends. China will drop controls on its friend Pakistan, and Russia will drop controls on its friend Iran. There will be no way to convince either China or Russia not to do that.*” U.S. Congress, Senate Foreign Relations Committee 2006: Testimony of Gary Milhollin, Director, Wisconsin Project on Nuclear Arms Control And Professor Emeritus, University of Wisconsin Law School, 26.04.2006. Zur zweiten Befürchtung: “*This deal creates incentives for withdrawing from the Nuclear Nonproliferation Treaty. Why have countries like Brazil and South Korea spend all these years playing by the rules and not building nuclear weapons in exchange for civilian technology when India gets both?*” U.S. Congress 2006: Conference Report on H.R. 5682, Henry J. Hyde, United States-India Peaceful Atomic Energy Cooperation Act of 2006, 08.12.2006.

Iranian public and with developing countries around the world and weakens the pressures that can be brought to bear on Teheran.”<sup>1995</sup>

BefürworterInnen des Abkommens hielten dem entgegen, wenn der Iran den Fall als Aufforderung begreife, sein Nuklearprogramm fortzuführen, sei Iran selbst für dieses Missverständnis verantwortlich zu machen:

“An Iranian observing Bush’s visit might conclude that the lesson is that if you can somehow manage to build a nuclear bomb despite the West’s antiproliferation efforts, you will eventually get away with it. Iran would be dangerously mistaken if it made that assumption. The real lesson may be that rules are sometimes less important than behavior. The world is ready to accept India as a nuclear power because its actions have given other nations confidence that it seeks to play a stabilizing role.”<sup>1996</sup>

Dass Präsident Bush die Entscheidung, wer als verantwortungsvoll und wer als verantwortungslos galt, hauptsächlich für sich reklamierte, war bereits vor “9/11” deutlich geworden:

“More nations have nuclear weapons, and still more have nuclear aspirations. (...) Most troubling of all, the list of these countries includes some of the world’s least responsible states. Unlike the cold war, today’s most urgent threat stems not from thousands of ballistic missiles in Soviet hands, but from a small number of missiles in the hands of these states – states for whom terror and blackmail are a way of life.”<sup>1997</sup>

Selbstverständlich knüpfte der US-Präsident bei seiner Neueinteilung der nuklearen Welt an das bekannte Bild des “nuklearen Irren” an, das bereits im Hintergrund der Debatte über eine mögliche Abschreckung solcher Regime gestanden hatte und von einer überwiegenden Mehrzahl der DebattenteilnehmerInnen geteilt wurde,<sup>1998</sup> da die Personen, über die größtenteils diskutiert wurde – Mahmoud Ahmadinejad und Kim Jong Il – die oben für *responsible nuclear powers* formulierten Kriterien allesamt nicht zu erfüllen schienen: Es handele sich um (scheinbar?) irrational agierende Autokraten,<sup>1999</sup> die (mutmaßlich) den NPT unterliefen und sich (vermutlich) weder der Einhaltung des Besitz-, noch des Einsatztabus verpflichtet sahen. Dabei entwickelte sich eine eigentümliche Subdebatte darüber, ob undemokratische, muslimische Staatschefs das Profil des “nuklearen Irren” am ehesten repräsentierten, da sie eher bereit wären, bei einem nuklearen Vergeltungsschlag als Märtyrer zu sterben:<sup>2000</sup> “...states are scarcely always rational actors, and Islamic fundamentalism may be a more crusading faith than Communism ever was.”<sup>2001</sup>

<sup>1995</sup> U.S. Congress, Senate Foreign Relations Committee 2006: Statement of Mr. Einhorn, Senior Adviser, Center for Strategic and International Studies, 26.04.2006.

<sup>1996</sup> Ignatius, David 2006: Good Nukes, Bad Nukes, in: WP, 01.03.2006.

<sup>1997</sup> Bush in einer Rede vor der *National Defense University*, abgedruckt in der *New York Times* vom 02.05.2001 unter dem Titel “*Bush’s Missile Plan; In Bush’s Words: ‘Substantial Advantages of Inter-cepting Missiles Early’*”.

<sup>1998</sup> Vgl. S. 391 der Arbeit.

<sup>1999</sup> “*There are nukes in the hands of (...) North Korea, a country so cosmically deranged that it reports that the ‘Dear Leader’ shot five holes-in-one in his first time playing golf and also wrote six operas.*” Krauthammer, Charles 2006: *World War II is Over*, in: WP, 20.10.2006.

<sup>2000</sup> So unterstrich der Nordkoreaexperte R. B. Myers, überzeugt von Kim Jong Il’s Überlebenswillen: “*The same soothing logic could be applied to President Mahmoud Ahmadinejad of Iran, but of course it won’t be. These long-term*

Somit verschob sich die Diskussion zeitweise deutlich von einer Nuklearwaffen generell zugesprochenen *Sonderstellung*, welche auch auf der außergewöhnlichen Gefährlichkeit dieser Waffen basiert, hin zu der Schlussfolgerung, dass Nuklearwaffen an sich unproblematisch seien und sie erst zur Gefahr würden, wenn sie in die falschen Hände gerieten: “*Weapons don’t kill people; people kill people.*”<sup>2002</sup> Diese Position wurde offensichtlich auch von einem Teil der Bevölkerung geteilt:

“...although most US Americans believe that the world would be more secure if no nation possessed nuclear weapons, the common belief is that as long as the ‘good guys’ have the biggest, best, and most nuclear weapons, there is little in the nuclear realm to worry about.”<sup>2003</sup>

Aus dieser Perspektive betrachtet wird auch deutlich, warum die Bush-Administration den Fokus ihrer Politik sehr deutlich auf die *Wahrung des Besitztabus* (notfalls qua Bruch des Einsatztabus) legte, zumindest, wenn es um nukleare Proliferation von “Schurkenstaaten” und nicht um den USA freundlich gesonnene Staaten ging.<sup>2004</sup> Interessanterweise nahm die *New York Times* – damals in Bezug auf die neue Proliferationsverhinderungsstrategie der NPT – diese Schlussfolgerung 2003 bereits vorweg: “*To the counterproliferators, the main problem is not nuclear weapons; it is bad regimes armed with nuclear weapons.*”<sup>2005</sup> Somit lässt sich auch erklären, warum die Mitglieder der Bush-Administration ebenso wenig Skrupel hatten, neue Nuklearwaffen zur Modernisierung des eigenen Arsenal zu fordern, wie entgegengesetzte Forderungen nach (dem Endziel) einer nuklearen Abrüstung der USA zurückzuweisen.<sup>2006</sup> Denn selbstverständlich stuften die USA sich selbst als würdigen “nuklearen Hohepriester” ein, da sie alle oben genannten Kriterien erfüllten.<sup>2007</sup> Es sei jedoch noch einmal auf Freys

*diagnoses of Mr. Kim’s psyche are a roundabout way of saying that because he is not a fundamentalist Muslim, he is unlikely to do anything really crazy.*” Myers, R. B. 2006: Kim Jong-il’s Suicide Watch, in: NYT, 12.10.2006.

<sup>2001</sup> Traub, James 2006: Old World Order, in: NYT, 12.11.2006.

<sup>2002</sup> Krauthammer, Charles 2008: Detering the Undeterrable, in: WSJ, 18.04.2008. Ein ähnliches Argument war bereits während des Präsidentschaftswahlkampfes 2004 gegen John Kerry geäußert worden. Dieser hatte sich entschieden gegen Pläne zum Bau neuer US-Nuklearwaffen gewandt, mit dem Hinweis, dass dies von den Feinden der USA als Signal zur eigenen Aufrüstung verstanden werden könnte. Kerry wurde daraufhin vorgeworfen, die Politik der USA mit der ihrer Feinde gleichzusetzen und dabei zu übersehen, dass “*the problem isn’t the weapons themselves but who has them*”. Editorial des *Wall Street Journal* vom 20. Oktober 2004 mit dem Titel “*Bunker Busting Myths*”.

<sup>2003</sup> Gerson, Joseph 2007: Empire and the Bomb. How the US Uses Nuclear Weapons to Dominate the World, London, S. 25. Selbstverständlich gab es jedoch auch Stimmen, die sich gegen diese Neueinteilung der nuklearen Welt wandten: “*...I am concerned when we begin to divide the world into ‘good’ proliferators and ‘bad’ proliferators – instead, we need to send the message that all nuclear proliferation harms our security and increases the odds that a nuclear weapon will one day be used and kill millions.*” U.S. Congress, Senate 2008: U.S.-India Nuclear Cooperation Agreement, Senator Casey, 02.10.2008.

<sup>2004</sup> Zu diesen wurde nicht nur Indien gezählt, wie das folgende Zitat zeigt: “*Some even suggest, in worried tones, that the North Korean test might provoke Japan to go nuclear, as if the worst possible consequence of nuclear weapons in the hands of one of America’s direst enemies would be the acquisition of nuclear weapons by one of America’s best friends.*” Frum, David 2006: Mutually Assured Disruption, in: NYT, 10.10.2006.

<sup>2005</sup> Keller, Bill 2003: The Thinkable, in: NYT, 04.05.2003.

<sup>2006</sup> Vgl. das Verhalten der US-Delegierten bei der NPT-Überprüfungskonferenz 2005 (S. 439ff. der Arbeit).

<sup>2007</sup> Eindrücklich geht diese Überzeugung aus der Unterhaltung eines konservativen Journalisten mit seinem sechsjährigen Sohn hervor: “*‘If we have nuclear bombs,’ he asked, ‘why don’t we want Iran to have nuclear bombs?’ ‘Iran is a country that is mostly full of good people,’ I told him. ‘But it is ruled by evil men. If they had a nuclear bomb, they*

Verdacht hingewiesen, dass es sich bei den oben genannten um maßgeschneiderte Kriterien handeln könnte:

“The international public and academic discourse on nuclear weapons is headed by countries which are themselves democratic nuclear weapon states. Their self-perceptions as ‘responsible nuclear weapons states’ form an integral normative axiom of the discourse, directing the focus of the nonproliferation debate towards autocratic aspirants. However, the evidence in support of the assumption that autocratic states are more likely to use nuclear weapons, as compared to democracies, is weak.”<sup>2008</sup>

Letztere Aussage ist natürlich auch insofern zutreffend, als der bisher einzige Einsatz von Nuklearwaffen bekanntermaßen von einer Demokratie ausging. Ob dies zu Recht geschah oder nicht, wurde 2007 diskutiert.

Ganz ähnlich wie im zuvor beschriebenen Unterdiskurs zum NPT wurde auch in der Debatte über den Indien-Deal deutlich, dass sich TabukritikerInnen nur die kodifizierten Aspekte des Besitztabus für überkommen hielten und für sich selbst das Recht in Anspruch nahmen, zu bestimmen, wem der Status als *have* zustehe und wem nicht. Neben der Irrationalisierung des alten Besitztabus und dem Ruf nach einer nuklearen Neuordnung der Welt erwies sich im Hinblick auf die Sonderstellung von Nuklearwaffen die Ansicht als besonders gefährlich, dass “*nukes*” an sich nichts Schlechtes seien und nur zu einer Bedrohung würden, wenn sie in die falschen Hände gerieten.

### *Held von Hiroshima? Der Tod Paul Tibbets (2007)*

Ganz im Sinne des Sprachtabus wurde während meines Untersuchungszeitraums die Frage, ob der Abwurf von Atombomben über Japan 1945 gut oder schlecht gewesen sei, nicht diskutiert. Dies änderte sich allerdings – zumindest für wenige Wochen – im November 2007, als Paul Tibbets, der als Pilot der *Enola Gay* die Atombombe über Hiroshima abgeworfen hatte, starb. Interessanterweise hatte der Tod von Charles W. Sweeney, der die Atombombe auf Nagasaki abgeworfen hatte, 2004 kaum eine Debatte nach sich gezogen. Im Gegensatz dazu wurden nach dem Tod Tibbets plötzlich vermehrt Stimmen laut, die ihm für seine Tat dankten – nicht zuletzt von Veteranen: “*In 1945 I was on Okinawa waiting to go to Japan when Paul Tibbets went on his Hiroshima mission. Because of him I have lived a long wonderful life.*”<sup>2009</sup> In einer Kosten-Nutzen-Rechnung, wie sie für den Einsatz von Nuklearwaffen eigentlich unüblich ist, wurden die “Kosten” des Atombombenabwurfs dem (vermeintlich?) daraus resultierenden “Nutzen” gegenübergestellt. Die – 1945 noch nicht absehbaren – moralischen Kosten des Einsatzes wurden bei dieser Abwägung außer Acht gelassen “*I’m*

---

*might kill a lot of people with it, and they would certainly terrorize many more. The man who rule Iran are dangerous fanatics who don't want freedom for their people. And men who don't want other people to be free cannot be trusted with powerful weapons.' I see.' And I believe he did.”* Carney, Brian M. 2006: How to Explain War to a Child? Keep it Simple, in: WSJ, 05.05.2006.

<sup>2008</sup> Frey, Karsten 2006: Nuclear Weapons as Symbols. The Role of Norms in Nuclear Policy Making, in: IBEI Working Papers 3/2006, Barcelona, S. 15. Das Zitat findet sich auch auf S. 215 der Arbeit.

<sup>2009</sup> So ein Leser der linksgerichteten *New York Times*: Alevizos, Ted 2007: Paul Tibbets at Hiroshima: What Is His Legacy?, in: NYT, 19.11.2007.

*only sorry that so many people today do not understand how many more lives, on both sides of the conflict, Paul Tibbets's mission saved over the number of lives that it cost.*"<sup>2010</sup> Dagegen hatte Tibbets selbst seine Tat auch als moralisch gerechtfertigt angesehen:

“Gen. Tibbets said the bomb ‘saved more lives than we took’ because an alternative would have been an invasion of mainland Japan. ‘It would have been morally wrong if we’d have had that weapon and not used it and let a million more people die,’...”<sup>2011</sup>

Ganz offensichtlich war der Mann, der durch seine Handlung zur Schaffung des nuklearen Tabus beitrug, von dessen Richtigkeit keinesfalls überzeugt – da er Nuklearwaffen (möglicherweise aus Selbstschutz?) nicht als besondere Waffenkategorie wahrnahm, sah er auch keine Notwendigkeit für ein Einsatztabu. Auch diese gegen das Tabu gerichteten Stellungnahmen wurden nach seinem Tod veröffentlicht. Gefragt, ob er Nuklearwaffen gegen die heutigen Feinde der USA einsetzen würde, hatte er geantwortet:

“I’d wipe ‘em out,’ he said. ‘You’re gonna kill innocent people at the same time, but we’ve never fought a damn war anywhere in the world where they didn’t kill innocent people. If the newspapers would just cut out the [expletive]: ‘You’ve killed so many civilians.’ That’s their tough luck for being there.”<sup>2012</sup>

Im Hinblick auf das zuvor bestehende Sprachtabu ist besonders interessant, dass solche Meinungen in recht großer Zahl abgedruckt und öffentlich diskutiert wurden – auch, ohne sofort auf Widerstand zu stoßen. Offensichtlich war das Sprachtabu in Bezug auf die Sonderstellung und den Einsatz von Nuklearwaffen Ende 2007 bereits soweit unterlaufen worden, dass die DebattenteilnehmerInnen der Ansicht waren, ihr Eintreten *für* den Einsatz von Nuklearwaffen gefahrlos äußern zu können.

Mit Blick auf das nukleare Tabu war an dieser Debatte also v.a. zweierlei interessant: Die Tatsache, dass offener über das Kosten-Nutzen-Verhältnis der einzigen erfolgten Nuklearbombenabwürfe gesprochen wurde, was mit einer affektiven, ethisch tief verwurzelten Ablehnung eines solchen Handelns natürlich nicht vereinbar ist und die Feststellung, dass das solche Äußerungen normalerweise deckende Sprachtabu bereits weit erodiert war.

### *Der RNEP ist tot, es lebe der RRW! (2007-2009)*

*“With the Bush administration, no bad idea ever dies.”*<sup>2013</sup>

Nachdem das RNEP-Projekt 2005 vom Kongress zumindest auf offizieller politischer Ebene gestoppt worden war, schien die Diskussion über die Neuentwicklung US-amerikanischer Nuklearwaffen zunächst beendet zu sein. Dass die *norm challenger* jedoch keineswegs von all ihren Forderungen abzurücken bereit waren, zeigte das Aufflammen einer

<sup>2010</sup> Lenson, David 2007: Paul Tibbets at Hiroshima: What Is His Legacy?, in: NYT, 19.11.2007.

<sup>2011</sup> Zitiert in: Bernstein, Adam 2007: Paul Tibbets Jr.; Piloted Plane That Dropped First Atom Bomb, in: WP, 02.11.2007.

<sup>2012</sup> Zitiert in: Bernstein, Adam 2007: Paul Tibbets Jr.; Piloted Plane That Dropped First Atom Bomb, in: WP, 02.11.2007.

<sup>2013</sup> Editorial der *New York Times* vom 13.10.2008 mit dem Titel “*New and Unnecessary*”.

“Nachfolgediskussion” um das Projekt eines neu zu entwickelnden *reliable replacement warheads*, kurz RRW (*New York Times*: “*how’s that for branding?*”).<sup>2014</sup> Das RRW-Projekt wurde insbesondere in den Jahren 2007 und 2008 von beinahe ebenso intensiven Kontroversen begleitet, wie zuvor das des RNEP – wobei sich wiederum Walter Pincus als prominenter “Tabuschützer” hervortat, indem er neue Entwicklungen öffentlich machte.<sup>2015</sup> Tatsächlich begannen die Überlegungen für einen RRW 2004, also in dem Jahr, in dem die Fortführung des RNEP-Projekts zunehmend gefährdet schien, wobei sie v.a. von Seiten der *National Security Administration* (NNSA) vorangetrieben wurde.<sup>2016</sup> Dass die Schwerpunkte der beiden Debatten sehr unterschiedlich gelagert waren, zeigt jedoch bereits die Tatsache, dass David Hobson, der maßgeblich zur Beendigung des RNEP-Projekts beigetragen hatte,<sup>2017</sup> 2004 zu einem der ersten Befürworter des RRW im Kongress avancierte.<sup>2018</sup> Während im Fall des RNEP insbesondere dessen potentielle *Verwendung im Kriegsfall* kontrovers debattiert worden war, wurde anhand des RRW vielmehr die Frage diskutiert, ob das US-amerikanische Nuklearwaffenarsenal *generell modernisiert* werden solle oder nicht. So betonte Linton F. Brooks von der NNSA 2006 gegenüber dem Kongress:

“...we will revitalize our weapons design community to meet the challenge of being able to adapt an existing weapon within 18 months, and design, develop and begin production of a new design within three to four years of a decision to enter engineering development.”<sup>2019</sup>

Die bis 2030 ausgelegten Modernisierungspläne des US-Nukleararsenals sowie entsprechender Produktionsstätten (genannt *Complex 2030*) sahen die Entwicklung des RRW als ersten Schritt vor, um die US-Nuklearinfrastruktur aus ihrem “Dornröschenschlaf” zu wecken.<sup>2020</sup> So wiesen BefürworterInnen des RRW darauf hin, dass die USA in den Hochphasen des Kalten Krieges bis zu 3.000 Nuklearsprengköpfe pro Jahr produziert hatten, innerhalb der zurückliegenden 20 Jahre jedoch kein einziger Sprengkopf mehr gefertigt worden sei.<sup>2021</sup> Dementsprechend betonten *norm challenger*, dass nicht nur die

<sup>2014</sup> Editorial der *New York Times* vom 13.10.2008 mit dem Titel “*New and Unnecessary*”. Insbesondere die *New York Times* stelle den RRW immer wieder als “Ersatzprogramm” für den gescheiterten RNEP dar: “*The Rumsfeld team’s first choice was for a nuclear ‘bunker buster’ to go after deeply buried targets. The Pentagon got concerned about ‘aging’ warheads only after it was clear that even the Republican-led Congress, or at least one in-trepid House subcommittee chairman, considered the bunker buster too Strangelovian to finance.*” Editorial der *New York Times* vom 15.01.2007 mit dem Titel “*Busywork for Nuclear Scientists?*”.

<sup>2015</sup> Dass die Diskussion erst 2007, als die Verlängerung des Programms zur Debatte stand, breiter wurde, ist recht erstaunlich, da das Programm in Fachkreisen bereits 2004 entwickelt wurde. Vgl., wie auch für das obige Zitat, eine Klage über mangelndes Interesse in einem Editorial der *New York Times* vom 15.01.2007 mit dem Titel “*Busywork for Nuclear Scientists?*”.

<sup>2016</sup> Vgl. Pincus, Walter 2006: U.S. Plans to Modernize Nuclear Arsenal, in: WP, 04.03.2006.

<sup>2017</sup> Vgl. für die Position Hobsons zum RNEP S. 424 der Arbeit.

<sup>2018</sup> Vgl. Pincus, Walter 2006: U.S. Plans to Modernize Nuclear Arsenal, in: WP, 04.03.2006.

<sup>2019</sup> Zitiert in: Pincus, Walter 2006: U.S. Plans to Modernize Nuclear Arsenal, in: WP, 04.03.2006.

<sup>2020</sup> Das *Complex 2030*-Programm wurde im Herbst 2006 gemeinsam von der NNSA und dem US-Energieministerium vorgestellt.

<sup>2021</sup> Vgl. Kirkpatrick, Melanie 2008: Sounding the Nuclear Alarm, in: WSJ, 22.11.2008. Die letzte neuentwickelte Nuklearwaffe, der W88, stammt aus dem Jahr 1989. Vgl. AAAS 2007: The United States Nuclear Weapons Program. The Role of the Reliable Replacement Warhead, Washington DC, S. 8.



Infrastruktur – von Urananreicherungsstätten über Laboratorien bis hin zu Testgeländen – völlig veraltet sei, sondern auch das Wissen der “nuklearen Hohepriester” in der Forschung verloren ginge: “*The last individuum to have worked on an actual nuclear test in this country, the last scientist or engineer, will have retired or passed on in the next five years.*”<sup>2022</sup> Aufgrund des unattraktiven Arbeitsfeldes könnten auch keine Nachwuchskräfte gewonnen werden: “*...young Ph.D.s have little incentive to enter a field where innovation is taboo.*”<sup>2023</sup> Damit würden die USA die Fähigkeit verlieren, ihren Status als überlegene *haves* selbstständig aufrecht zu erhalten und Gefahr laufen, von *haves* mit kleineren Nukleararsenalen ein- oder gar überholt zu werden:

“Another goal of the U.S. nuclear force is to dissuade potential adversaries and even ‘near-peer competitors,’ such as China and Russia, from adding sufficient numbers of nuclear warheads to wipe out U.S. systems. It also is based on ‘retaining a sufficient margin over countries with expanding nuclear arsenals to discourage their leaders from initiating a nuclear arms competition.’”<sup>2024</sup>

Dies sei umso dringlicher, als “*India, Pakistan, China, and Russia, have maintained or improved their nuclear weapon infrastructures and continued their nuclear weapon development programs, making great progress.*”<sup>2025</sup> Wie in vielen anderen Unterdiskursen auch, wurde das Argument, alle anderen Staaten würden aufrüsten, nur die USA blieben aufgrund ihrer Selbstbeschränkungen technologisch zurück, häufig gebraucht.<sup>2026</sup> Um ein solches Szenario zu verhindern, wurde bewusst ein Wettbewerb zwischen den verschiedenen *National Laboratories* angeregt, die, unter Einbeziehung von NachwuchswissenschaftlerInnen, verschiedene Designs für einen neuen Gefechtskopf entwickeln sollten.<sup>2027</sup> Dies veranlasste KritikerInnen dazu, das RRW-

<sup>2022</sup> General Kevin Chilton zitiert in: Kirkpatrick, Melanie 2008: Sounding the Nuclear Alarm, in: WSJ, 22.11.2008. In seiner Rede vom Oktober 2010 unterstrich Verteidigungsminister Gates diesen Punkt noch einmal deutlich: “*The U.S. is experiencing a serious brain drain in the loss of veteran nuclear weapons designers and technicians. Since the mid-1990s, the National Nuclear Security Administration has lost more than a quarter of its workforce. Half of our nuclear lab scientists are over 50 years old, and many of those under 50 have had limited or no involvement in the design and development of a nuclear weapon. By some estimates, within the next several years, three-quarters of the workforce in nuclear engineering and at the national laboratories will reach retirement age.*” Robert Gates 2008: Nuclear Weapons and Deterrence in the 21<sup>st</sup> Century. Rede vor der Carnegie Endowment for International Peace, 28.10.2008, online unter: <<http://carnegieendowment.org/2008/10/28/gates-nuclear-weapons-and-deterrence-in-21st-century/99x>>, rev. 02.02.2012.

<sup>2023</sup> Vergano, Dan 2008: Can we get the nuclear genie back in the bottle?; Scientists focus on 21st-century perils, in: USA Today, 15.12.2008.

<sup>2024</sup> Pincus, Walter 2008: Making a Pitch for Nuclear Warhead Program, in: WP, 06.10.2008. Die Zitate stammen aus einem 2008 u.a. von Robert Gates verfassten Strategiepapier, auf das ich auf S. 458 der Arbeit näher eingehe.

<sup>2025</sup> Trachtenberg, David/Pry, Peter 2005: Understanding American Nuclear Weapons Policy and Strategy. A Citizen’s Guide To the Nuclear Posture Review and The Role of Nuclear Weapons in the 21st Century.

<sup>2026</sup> Für diese internationale Schiefelage wurden meist “die Linken” verantwortlich gemacht: “*...at least the left maintains its scruples. No similar scruples inhibit the nuclear ambitions of other nations. Russia is fielding a new land-based missile called the Topol-M and building a new generations of ballistic-missiles submarines. The Chinese are upgrading their land- and sea-based nuclear forces with multiple warheads and solid-fuel propulsion technology. Pakistan last month successfully tested its Sbebee-II ballistic missile, capable of lifting a nuclear payload to a range of 1,250 miles.*” Stephens, Bret 2007: Who Needs Nukes?, in: WSJ, 20.03.2007.

<sup>2027</sup> So betonte Thomas D’Agostino, ebenfalls hochrangiger NNSA-Mitarbeiter: “*The process is providing a unique opportunity to train the next generation of nuclear weapons designers and engineers.*” Zitiert in: Pincus, Walter 2006: U.S. Prepares to Overhaul Arsenal of Nuclear Warheads, in: WP, 15.04.2006. Insbesondere *Lawrence*

Projekt als “*busywork for nuclear scientists*” einzustufen, das nur finanziert werden solle, um die US-Nuklearindustrie am Laufen zu halten, strategisch aber nicht notwendig sei.<sup>2028</sup> Beim RRW gelte deshalb umso mehr, was bereits für den RNEP vermutet worden war, nämlich dass “*it is impossible to escape the suspicion that here (...) nuclear bombs have gone searching for missions rather than the other way around.*”<sup>2029</sup> KritikerInnen verwiesen auf ein seit Beginn der 1990er Jahre existierendes Alternativprogramm zum RRW, das *Stockpile Stewardship Program (SSP)*, welches auf die kontinuierliche technologische Wartung und Reparatur des bestehenden Nukleararsenals setzte, ohne neue Waffen hinzuzufügen und ohne aus dem Kalten Krieg stammende *legacy weapons* zu testen, um ihre Funktionsfähigkeit zu prüfen.<sup>2030</sup> Ganz ähnlich wie beim RNEP entwickelte sich so ein Debattenstrang zu rüstungstechnischen Fragen – allerdings weniger zur technischen Machbarkeit der neuen, sondern zur technischen Zuverlässigkeit der alten US-Nuklearwaffen.<sup>2031</sup>

Ganz ähnlich, wie bei der Diskussion über den RNEP, entzündete sich zwischen VertreterInnen dieser unterschiedlichen Ansichten eine Kontroverse darüber, inwieweit es sich beim RRW tatsächlich um einen neuen Sprengkopf oder nur um die modernisierte Version eines alten handele und ob zu dessen Konstruktion Nukleartests notwendig seien oder nicht. Erstere Frage beschäftigte GegnerInnen des Projekts insofern, als sie die Entwicklung neuer Nuklearwaffen durch die USA als Verstoß gegen das Besitztabu und somit als Gefährdung des NPT und des Rufes der USA ansahen:

“The recent DTRA-sponsored report summarizes current foreign views on U.S. nuclear weapons policy. It states that there is a widespread perception that the United States is placing heightened emphasis on nuclear weapons as part of its overall defense strategy, intentionally or unintentionally lowering the threshold of nuclear weapons use. (...) [U]nless explicit and credible efforts to counter those assumptions are made, some countries could view an RRW program as contrary to both the spirit and letter of the NPT.”<sup>2032</sup>

---

*Livermore* und *Los Alamos* sollten um die Entwicklung des besten Designs konkurrieren. 2006 stellte das damit befasste Unterkomitee des US-Senats 10 Mio. Dollar für die Forschungen bereit. Vgl. Pincus, Walter 2006: Cold War Relict in Pieces, but Next Generation Looms, in: WP, 29.06.2006.

<sup>2028</sup> Titel eines *Editorials* der *New York Times* vom 15.01.2007.

<sup>2029</sup> Schell, Jonathan 2007: The seventh decade: the new shape of nuclear danger, New York, S. 203 (in Bezug auf den RNEP und *mini-nukes*).

<sup>2030</sup> AAAS 2007: The United States Nuclear Weapons Program. The Role of the Reliable Replacement Warhead, Washington DC. Die AAAS gilt als die größte Wissenschaftlerkonferenz der Welt.

<sup>2031</sup> Dabei argumentierten Projekt-KritikerInnen mehrfach, dass die Seite der RRW-Befürworter wissenschaftliche Gutachten missachte, so z.B. 2006: “*The Nuclear Weapons Council (...) said yesterday that they plan to continue developing a new nuclear weapons program even though recent studies suggested that existing stockpiles are in better condition than had been thought. The announcement comes just two days after the release of studies by the Los Alamos and Lawrence Livermore national laboratories showing that plutonium triggers in currently stockpiled weapons will remain reliable for 90 to 100 years. A major reason for starting the new weapons program – known as the Reliable Replacement Warhead (RRW) – was the belief that highly radioactive plutonium would degrade so much within 45 years that it could affect the reliability of the weapons in the current stockpile, many of which were built in the late 1960s.*” Pincus, Walter 2006: New Nuclear Weapons Program To Continue, in: WP, 02.12.2006.

<sup>2032</sup> AAAS 2007: The United States Nuclear Weapons Program. The Role of the Reliable Replacement Warhead, Washington DC, S. 27.

Zudem wurde der Beginn eines neuen Wettrüstens befürchtet: *“What worries me is that the minute you begin to put more sophisticated warheads on the existing fleet, you are essentially creating a new nuclear weapon. And it’s just a matter of time before other nations do the same thing.”*<sup>2033</sup> Dies wurde von BefürworterInnen des RRW zurückgewiesen:

“D’Agostino told reporters on Friday that the RRW ‘is not about starting a new nuclear arms race.’ He said the program would use a warhead design that was tested in the 1980s but package it with new features, such as insensitive high explosives less liable to explode by accident...”<sup>2034</sup>

Bei der zweiten Frage, der nach der Notwendigkeit von Nukleartests, wurde ebenfalls die Wahrnehmung der internationalen Gemeinschaft hervorgehoben, die einen Nukleartest sehr kritisch sehen würde.<sup>2035</sup> Die Frage spielte somit insbesondere bei der Anfang 2007 anstehenden Entscheidung für eines der vorgeschlagenen Designs eine Rolle, bei der dem Konstruktionsvorschlag der *Lawrence Livermore* Laboratorien der Vorzug gegeben wurde, für den Test höchstwahrscheinlich nicht nötig gewesen wären.<sup>2036</sup> Ganz im Gegensatz dazu, so die BefürworterInnen des RRW, müssten die noch aus dem Kalten Krieg stammenden Nuklearwaffen des US-Arsenals in absehbarer Zeit wieder getestet werden, um festzustellen, ob sie überhaupt noch funktionierten.<sup>2037</sup>

Aus Sicht der ProjektbefürworterInnen war der RRW also weder eine Beschäftigungstherapie für die US-Nuklearindustrie, noch eine neue Waffe, noch ein Grund, erneut Nukleartests durchzuführen – und stand somit im Einklang mit dem nuklearen Tabu. Darüber hinaus sollte der RRW noch zwei wichtige Eigenschaften aufweisen:

Erstens sollte der RRW, wie auch der RNEP, zur Proliferationsverhinderung beitragen – allerdings mit ganz anderen Mitteln: War dem RNEP v.a. die Aufgabe zugeschrieben worden, feindliche Nukleararsenale *in the making* zu bedrohen, bzw. “Schurkenstaaten” von vornherein vom Start solcher Programme abzuhalten, setzen die BefürworterInnen des RRW auf die Vermeidung der Gefahr eines Diebstahls von Nuklearwaffen durch Terroristen: *“In the Cold War you didn’t worry about the Soviets coming over here and stealing one of our weapons. They had plenty of their own... But now you worry about these things.”*<sup>2038</sup> Dementsprechend benötige man nun *“terrorist proof nukes”*, die sich keinesfalls von Fremden zünden lassen würden.<sup>2039</sup>

<sup>2033</sup> Susan Feinstein zitiert in: Pincus, Walter 2007: Nuclear Warhead Plan Draws Opposition; Some Lawmakers Are Against New Weapon, While Others Seek Justification, in: WP, 04.03.2007.

<sup>2034</sup> Pincus, Walter 2007: Nuclear Warhead Plan Draws Opposition; Some Lawmakers Are Against New Weapon, While Others Seek Justification, in: WP, 04.03.2007.

<sup>2035</sup> Vgl. Pincus, Walter 2007: Congress Skeptical of Warhead Plan; Lawmakers and Experts Question Necessity, Implications of a New Nuclear Weapon, in: WP, 22.04.2007.

<sup>2036</sup> Vgl. Pincus, Walter 2007: U.S. Selects Design for New Nuclear Warhead, in: WP, 03.03.2007.

<sup>2037</sup> Vgl. U.S. Congress, House of Representatives 2007: Energy and Water Development and Related Agencies Appropriations Act, 2008, Statement of Mr. Wilson, 19.06.2007.

<sup>2038</sup> Kirkpatrick, Melanie 2008: Sounding the Nuclear Alarm, in: WSJ, 22.11.2008.

<sup>2039</sup> Kirkpatrick, Melanie 2008: Sounding the Nuclear Alarm, in: WSJ, 22.11.2008. Die Waffen sollten im Fall eines Diebstahls per Fernsteuerung abgeschaltet werden können.

Zweitens sollte der RRW, wie sein Name schon sagt, v.a. ein “zuverlässiger” Nuklearsprengkopf sein – womit diskursiv suggeriert wurde, dass die *legacy weapons* insofern “unzuverlässig” seien, als man sich nicht sicher sein könne, ob sie tatsächlich noch detonieren würden:

“It is kind of like if you had a car that was a 1980s car and you said okay, we are never going to turn the key, but every year through science and engineering we are going to be able to tell the President, if we turned the key we believe it would be safe, secure and reliable. The car would go on. It won’t be turned on unless we turn the key; and, Mr. President, we are confident of that.”<sup>2040</sup>

Viele RRW-BefürworterInnen positionierten sich – nach eigener Sichtweise – vor diesem Hintergrund als UnterstützerInnen einer nuklearen Abrüstung und Wahrung des Besitztabus: Wenn man wenige, zuverlässige Sprengköpfe im Arsenal habe, könne man den Großteil der *legacy weapons*, die nur in so großer Zahl behalten wurden, weil man nicht sicher war, welche davon im Ernstfall funktionieren würden, verschrotten.<sup>2041</sup> KritikerInnen dieser Argumentation unterstrichen dagegen, dass diese Logik nur Sinn mache, wenn der RRW als *Einsatzwaffe* in nuklearen Erstschlägen Verwendung finden sollte: “*First-strike sneak attacks require high reliability levels in warheads. The threat of retaliatory strikes on cities or deterrence are still effective even if some warheads fail.*”<sup>2042</sup>

Wie allein an diesem argumentativen Austausch deutlich wird, war der Mehrheit der DebattenteilnehmerInnen nicht klar, welchen Zweck der RRW letztlich genau erfüllen sollte. Zwar verwiesen viele RRW-BefürworterInnen, darauf, dass der neue Sprengkopf unverzichtbar für das Abschreckungspotential der USA sei, da “[t]he deterrent isn’t useful if it’s not believable, and to be believable you got to have tremendous, complete confidence that your stockpile will work.”<sup>2043</sup> Auch die Alliierten der USA müssten sich auf einen funktionierenden “Nuklearschirm” verlassen können:

“The U.S. provides a nuclear umbrella for 30-plus countries, including several - Japan, Germany, and South Korea, for example - capable of developing their own nuclear weapons. If they lose confidence in Washington’s capability to protect them, (...) they’ll kick off a new nuclear arms race that will spread world-wide.”<sup>2044</sup>

Gerade vor dem Hintergrund der oben skizzierten Debatte über mögliche neue Abschreckungsstrategien im 21. Jahrhundert, die keinen Konsens in dieser Frage hatte schaffen können, nahmen sich solche Positionen aus Sicht der ProjektgegnerInnen jedoch

<sup>2040</sup> U.S. Congress, House of Representatives 2007: Energy and Water Development and Related Agencies Appropriations Act, 2008, Statement of Mr. Wilson, 19.06.2007.

<sup>2041</sup> Vgl. U.S. Congress, House of Representatives 2007: Energy and Water Development and Related Agencies Appropriations Act, 2008, Statement of Mr. Wilson, 19.06.2007.

<sup>2042</sup> Richter, Frank 2008: Upgrading Warheads, in: WSJ, 01.12.2008. Der Leserbrief bezieht sich auf folgenden Artikel: Kirkpatrick, Melanie 2008: Sounding the Nuclear Alarm, in: WSJ, 22.11.2008.

<sup>2043</sup> General Kavin Chilton zitiert in: Kirkpatrick, Melanie 2008: Sounding the Nuclear Alarm, in: WSJ, 22.11.2008.

<sup>2044</sup> Editorial des *Wall Street Journals* vom 15.12.2008 mit dem Titel “*Disarming Ourselves?*”.

als wenig glaubwürdig aus.<sup>2045</sup> Sie gingen vermehrt zum Stellen der Grundsatzfrage über, ob die USA *überhaupt* noch ein Nuklearwaffenarsenal bräuchten und forderten eine breite gesellschaftliche Debatte über die Zukunft der US-Nuklearpolitik generell ein: “*We need a public debate on the nature of strategic deterrence and the role of nuclear weapons.*”<sup>2046</sup> Diese Ansicht, die unterschwellig suggerierte, dass die NPR und ihre Folgedokumente nicht als ein zufriedenstellender Leitfaden der US-Nuklearpolitik, welche eine solche Debatte von vornherein überflüssig gemacht hätte, angesehen werden sollten, wurde auch von vielen ExpertInnen unterstützt. Sie forderten eine ebenso klar geplante wie konsensfähige Nuklearpolitik seitens der Bush-Regierung, welche sich seit der Verabschiedung der NPR 2002 kaum noch zu nuklearen Grundsatzfragen geäußert hatte:

“There are no presidential or cabinet-level statements from the administration that clearly lay out the role of nuclear weapons in the post–Cold War, post-9/11 world that make the case for and define future stockpile needs and that argue the case for the RRW. Based on experience, there cannot be a major transformation of the sort envisioned by the Complex 2030 and RRW programs without greater White House leadership to produce substantial bipartisan support. Because the transformation of the nuclear weapons complex is expected to take 25 years (i.e., several administrations and a dozen Congresses), a successful program will almost certainly require an approach that balances weapons program goals with those of nonproliferation and arms control.”<sup>2047</sup>

Dies kann, obwohl die Nukleardiskussion in den zurückliegenden Jahren wesentlich vielschichtiger verlaufen war, als Parallele zum Verlauf der Folterdiskussion am Ende der Amtszeit Bushs gesehen werden: Auch hier forderte eine große Mehrheit der DebattenteilnehmerInnen die diskursive Aushandlung eines neuen, möglichst breiten Konsenses, nachdem v.a. auf Seiten der NormbefürworterInnen Denk- und Sprachtabus durch die zurückliegenden Debatten erodiert waren. Allerdings wurde in der Nukleardebatte schneller versucht, das Problem eines mangelnden Konsenses auf politischer Ebene anzugehen, indem im Mai 2007 von Seiten des *House Armed Services Subcommittees* eine mit AnhängerInnen beider Parteien besetzte Kommission eingesetzt wurde, die innerhalb eines Jahres die Grundlagen eines solchen Nuklearkonsenses erarbeiten sollte.<sup>2048</sup> Daraufhin kündigte das für Finanzierungsfragen zuständige *House Appropriations Subcommittee* an, die für weitere Forschungen am RRW veranschlagten Gelder erst dann freizugeben “*when a future*

<sup>2045</sup> So antwortete sogar ein Leser des konservativen *Wall Street Journals* auf einen pro-RRW-Artikel von Linton Brooks: “*He (Linton Brooks) asks the persistent question, ‘Should the U.S. even have a nuclear deterrent?’ but his answer is weak. He cites history and rests his case. Readers should agree with him only if we also agree that North Korea should have a nuclear deterrent, and Iran and Brazil and Egypt and Malaysia - that’s how the deterrent game is played.*” Hutchinson, Ralf 2007: Let’s not Play the Deadly Deterrent Game, in: WSJ, 06.09.2007.

<sup>2046</sup> Forderung der damaligen Abgeordneten Ellen Tauscher, zitiert in: Pincus, Walter 2007: Nuclear Weapons Rarely Needed, General Says, in: WP, 10.03.2007.

<sup>2047</sup> AAAS 2007: The United States Nuclear Weapons Program. The Role of the Reliable Replacement Warhead, Washington DC, S. 4.

<sup>2048</sup> Pikanterweise beschloss das Unterkomitee auch eine Finanzierung der Kommission aus Mitteln, die eigentlich für Forschungen am RRW vorgesehen waren. Vgl. Pincus, Walter 2007: Bipartisan Panel Will Review Nuclear Posture, in: WP, 03.05.2007.

*nuclear weapons strategy is established.*”<sup>2049</sup> In einem von den Abgeordneten beider Parteien als “historisch” bezeichnetem Schritt wurden stattdessen die Mittel für Nichtverbreitungs-Maßnahmen drastisch erhöht:

“This bill represents an historic shift in policy, and that is why this bill deserves such strong support. This bill almost doubles the funding for real nuclear nonproliferation programs, both in the former Soviet Union and around the world, adding close to \$1 billion for the most effective programs. (...) Secondly, while the President wants to build thousands of new warheads at a price tag of up to \$100 billion, this bill puts a brake on the Reliable Replacement Warhead program and it demands an explanation of why the United States needs to build thousands of new nuclear weapons even as we are, with agreements with the Russians, trying to reduce the number of nuclear weapons in this world.”<sup>2050</sup>

Auch der damalige Senator von Illinois unterstützte die Entscheidung des Repräsentantenhauses: “*America must not rush to produce a new generation of warheads.*”<sup>2051</sup> Der Vorstoß zu einer Konsensfindung vor der Weiterführung neuer Waffen- und Modernisierungsprogramme wurde von erklärten BefürworterInnen des RRW, wie zu erwarten, nicht unterstützt. Sie verwiesen vielmehr darauf, dass die Abgeordneten gerade *nicht* auf eine gesellschaftliche Konsensfindung qua Diskurs gesetzt, sondern durch ihre Budgetentscheidung eigenmächtig eine radikale Wende der US-Nuklearpolitik eingeleitet hätten:

“This (...) bill includes in it the most radical shift in U.S. policy on nuclear weapons that I have seen at least since the mid-1990s, that will lead us either to be forced to return to nuclear testing or to abandon nuclear deterrence because we stop maintaining the stockpile. Without any debate, we have made this drastic change in this bill that is devastating to American nuclear weapons capabilities and will significantly change our policy on nuclear weapons without any discussion at all of any substance.”<sup>2052</sup>

Der damalige Verteidigungsminister Robert Gates sah dementsprechend auch keinen Anlass, vom RRW-Projekt zurückzutreten. In einem gemeinsam mit dem Energieminister, Samuel Bodman, verfassten Papier vom September 2008 führte er die beiden am häufigsten vorgebrachten Argumente an, nur mit der Entwicklung des RRW könnten die USA sowohl ihre Abschreckungsfähigkeit behalten, wie auch Nukleartests der *legacy weapons* vermeiden.<sup>2053</sup>

<sup>2049</sup> Aussage des *Chairmans* des *House Appropriations Subcommittees*, Peter J. Visclosky: U.S. Congress, House of Representatives 2007: Energy and Water Development and Related Agencies Appropriations Act, 2008, Statement of Peter J. Visclosky, Chairmans of the House Appropriations Subcommittee, 19.06.2007. Gleichzeitig wurden durch die Gesetzesvorlage die für *Complex 30* vorgesehenen Mittel reduziert. Als einer der Verantwortlichen für den zu erstellenden Bericht wurde James Schlesinger benannt, der auch einen Untersuchungsbericht zu Folterfällen veröffentlicht hatte, vgl. S. 284 der Arbeit.

<sup>2050</sup> U.S. Congress, House of Representatives 2007: Energy and Water Development and Related Agencies Appropriations Act, 2008, Statement of Mr. Markey, 19.06.2007.

<sup>2051</sup> Obama, Barack 2007: *Renewing American Leadership*, in: *Foreign Affairs* 86:4, S. 2-16, hier S. 8.

<sup>2052</sup> U.S. Congress, House of Representatives 2007: Energy and Water Development and Related Agencies Appropriations Act, 2008, Statement of Mr. Wilson, 19.06.2007.

<sup>2053</sup> “*Continued study and development of a new generation of nuclear weapons and modernization of the aging manufacturing infrastructure needed to build them are necessary to maintain ‘the ultimate deterrent capability that supports U.S. national security.’ That is the conclusion of a nuclear policy paper released quietly last month by Defense Secretary Robert M. Gates*

Walter Pincus wertete das Papier als letzten Versuch, Ansätze US-Nuklearpolitik von Präsident Bush in die der nachfolgenden Administration zu übertragen, bevor sie von neuen Strategiepapieren überschrieben würden:

“The Gates-Bodman paper is the last attempt by the Bush administration to have an impact on future U.S. nuclear weapons policy. A congressionally mandated study (...) is to be completed by December. The Pentagon is to do a Nuclear Posture Review next year.”<sup>2054</sup>

Interessanterweise unterstrich Robert Gates seine Ansichten noch einmal in einer vieldiskutierten Rede vom Oktober 2008 – wohl wissend, dass Barack Obama gute Chancen hatte, ins höchste Staatsamt gewählt zu werden und dass er trotz des erwarteten radikalen Regierungs- und Politikwechsels gerne sein Amt als Verteidigungsminister behalten würde.<sup>2055</sup> Seine Ausführungen zur Notwendigkeit des RRW begann er allerdings mit den Worten “*Now, if we accept that nuclear weapons are still relevant and indeed necessary, then we also have to accept certain responsibilities*”, womit er zumindest rhetorisch die Möglichkeit einräumte, eine auf Nuklearwaffen basierende Sicherheitsstrategie – und damit auch das RRW-Projekt – für nicht länger notwendig zu erachten (obwohl er selbst natürlich vom Gegenteil überzeugt war).<sup>2056</sup> Gates hatte mit seinem Anliegen, US-Verteidigungsminister zu bleiben, zwar Erfolg, das RRW-Projekt konnte er jedoch nicht weiterverfolgen. Obwohl sich neben Gates auch die 2007 vom Kongress eingesetzte Kommission letztlich für eine “behutsame” Modernisierung des US-Nukleararsenals aussprach,<sup>2057</sup> sahen Obamas erste Budgetentwürfe

---

*and Energy Secretary Samuel W. Bodman. (...) The Gates-Bodman paper warns, in the strongest terms yet, that the stockpile stewardship program will soon have to modernize so many components and materials that the weapons may no longer be reliable. Without nuclear testing, at some time in the future the United States may be unable to confirm the effect of the accumulation of changes to tested warhead configurations,’ they say.” Pincus, Walter 2008: Making a Pitch for Nuclear Warhead Program, in: WP, 06.10.2008.*

<sup>2054</sup> Pincus, Walter 2008: Making a Pitch for Nuclear Warhead Program, in: WP, 06.10.2008. Bei der angesprochenen Studie handelt es sich um die vom Kongress in Auftrag gegebene. Die für 2009 angekündigte NPR wurde leider erst mit einiger Verspätung, im April 2010, veröffentlicht und damit nach dem Ende meines Untersuchungszeitraums. Das Gates-Brodman-Papier mit dem Titel “*National Security and Nuclear Weapons in the 21st Century*” findet sich online unter <<http://www.defense.gov/news/nuclearweaponspolicy.pdf>>, rev. 02.02.2012.

<sup>2055</sup> “*It was no accident that Gates made his speech to the Carnegie Endowment for International Peace a week before Election Day, when rumors were floating that he might be asked to stay on. Gates apparently wanted his differences with Obama on this matter to be on the record.*” O’Hanlon, Michael 2008: A New Old Nuclear Arsenal, in: WP, 25.12.2008.

<sup>2056</sup> Robert Gates 2008: Nuclear Weapons and Deterrence in the 21<sup>st</sup> Century. Rede vor der Carnegie Endowment for International Peace, 28.10.2008, online unter: <<http://carnegieendowment.org/2008/10/28/gates-nuclear-weapons-and-deterrence-in-21st-century/99x>>, rev. 02.02.2012.

<sup>2057</sup> “*The Stockpile Stewardship Program and the Life Extension Program have been remarkably successful in refurbishing and modernizing the stockpile (...), but cannot be counted on for the indefinite future. (...) Alternatives to stockpile stewardship and life extension involve to varying degrees the reuse and/or redesign of components and different engineering solutions. The decision on which approach is best should be made on a type-by-type basis as they age. So long as modernization proceeds within the framework of existing U.S. policy, it should encounter minimum political difficulty. As a matter of U.S. policy, the United States does not produce fissile materials and does not conduct nuclear explosive tests. Also the United States does not currently seek new weapons with new military characteristics. Within this framework, it should seek the possible benefits of improved safety, security, and reliability available to it.*” Perry, William J./Schlesinger, James R. 2009: America’s

vor, dass *“development work on the Reliable Replacement Warhead will cease.”*<sup>2058</sup> Den Forderungen von Gates und anderen BefürworterInnen des RRW wurde vermehrt eine neue nukleare Zukunftsvision gegenübergestellt – der einer Welt ohne Nuklearwaffen:

“In 2010, 189 countries that have signed the nuclear Non-Proliferation Treaty will gather for a review conference, and if the United States is seeking new nuclear weapons instead of disarmament as the treaty requires, the global nonproliferation regime could be in grave danger. What better way to reengage the world than for a new administration to provide leadership toward ridding the Earth of nuclear weapons?”<sup>2059</sup>

Der Unterdiskurs über den RRW war im Hinblick auf das nukleare Tabu insgesamt v.a. in dreierlei Hinsicht relevant: Erstens wurde hier sehr deutlich, dass sich zwei Elemente des nuklearen Tabus gegenseitig im Weg standen. Einerseits stand das gegen eine vertikale Proliferation gerichtete Besitztabu der Durchsetzung des Rüstungsprojekts entgegen (was die BefürworterInnen des RRW als ärgerliche Selbstbeschränkung ansahen, die es aufzugeben galt), andererseits erschien es den TabukritikerInnen vor dem Hintergrund des Prestiges, das die USA über ihre Mitgliedschaft im exklusiven Club der (*responsible*) *nuclear haves* erlangt hatten, unvorstellbar, mit einem schrottreifen Arsenal zu operieren und sich nicht einmal darauf verlassen zu können, durch Forschung und Entwicklung nötigenfalls schnell wieder an die Weltspitze der Nukleartechnologie aufrücken zu können. Zweitens wurde jedoch deutlich, dass sich auch viele der BefürworterInnen des RRW bemühten, eine tabukonforme Sprache zu finden und ihr Projekt als in vielerlei Hinsicht tabukompatibel (keine Tests, keine Einsatzwaffe, keine wirklich neue Waffe), bzw. sogar als tabuförderlich (viele alte Sprengköpfe können abgerüstet werden) hinzustellen. Die noch beim Unterdiskurs über den RNEP deutliche aggressiv gegen das Tabu gerichtete Rhetorik erschien bereits nicht mehr erfolgversprechend. Drittens bereitete die von BefürworterInnen des Projekts nicht beantwortete Frage, wozu der RRW genau dienen solle, den Boden für den nächsten, tabustärkenden Unterdiskurs über eine nuklearwaffenfreie Welt vor.

### *A world without nuclear weapons? (2007-2009)*

*“[T]he goal of a world free of nuclear weapons is like the top of a very tall mountain. From the vantage point of our troubled world today, we can't even see the top of the mountain, and it is tempting and easy to say we can't get there from here. But the risks from continuing to go down the mountain or standing pat are too real to ignore. We must chart a course to higher ground where the mountaintop becomes more visible.”*<sup>2060</sup>

---

Strategic Posture. The Final Report of the Congressional Commission on the Strategic Posture of the United States, Washington DC.

<sup>2058</sup> Zitiert in: Sanger, David E./Broad, William J. 2009: The Long Arc of a Nuclear-Free Vision, in: NYT, 05.07.2009.

<sup>2059</sup> Martin, Kevin 2008: Wrong Direction on Nuclear Weapons, in: WP, 12.10.2008. Leserbrief-Antwort auf Pincus, Walter 2008: Making a Pitch for Nuclear Warhead Program, in: WP, 06.10.2008.

<sup>2060</sup> Shultz, George P./Perry, William J./Kissinger, Henry A./Nunn, Sam 2008: Toward a Nuclear-Free World, in: WSJ, 15.01.2008.



Blickt man auf die Anfänge der hier dargestellten US-amerikanischen Nukleardebatte, die Sorge um eine zunehmende Proliferation und die starke Ausweitung des Einsatzfeldes von Nuklearwaffen durch die NPR und ihre Folgedokumente, welche allesamt eine *Schwächung* des nuklearen Tabus bedeuteten, zurück, so muss erstaunen, dass sich gegen Ende meines Untersuchungszeitraums eine deutliche diskursive Wende vollzog, die in den Jahren zuvor kaum denkbar gewesen wäre: Ab 2007 wurde verstärkt eine nuklearwaffenfreie Welt gefordert – also die ultimative *Erweiterung* des nuklearen Tabus auf ein ausnahmsloses Besitztabu, mit der sich das Tabu selbst überflüssig machen würde.<sup>2061</sup>

Anhand des Zeitpunkts des Beginns dieser Debatte wird bereits deutlich, dass dieser nicht mit dem Regierungswechsel im Weißen Haus, sondern vielmehr mit dem Aufkommen der Diskussion über die zukünftige Ausrichtung der US-Nuklearpolitik (im Zusammenhang mit dem RRW-Projekt) zusammenfiel. Als prominenter Startschuss kann ein ausführlicher Gastbeitrag von vier hochrangigen Autoren (darunter der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger und der Mitinitiator des *Nunn-Lugar*-Programms, Sam Nunn), welche sich früher als Befürworter einer robusten nuklearen Abschreckungsdoktrin hervorgetan hatten, gelten. Der Artikel wurde im Januar 2007 ausgerechnet im sonst so nuklearwaffenfreundlichen *Wall Street Journal* veröffentlicht.<sup>2062</sup> Viele der Fragen, die die Grundlage der zuvor dargelegten Unterdiskurse bildeten, fließen in diesem Artikel zusammen – wobei die vier Autoren (bald “*Gang of Four*” genannt)<sup>2063</sup> zu radikal anderen Schlussfolgerungen kamen, als die Mitglieder der damaligen US-Administration. So teilen die vier Autoren die weit verbreitete Prämisse, dass nukleare Proliferation sich ausweite und, auch im Hinblick auf nuklear bewaffnete “Schurkenstaaten” und Terrorgruppen, immer schwerer zu kontrollieren sei. Statt jedoch diese Proliferationstendenzen durch neue, teilweise auf Nuklearwaffen selbst beruhenden Strategien bekämpfen zu wollen, war die *Gang of Four* jedoch der Ansicht, dass der sicherste Weg, Proliferation in die “falschen

<sup>2061</sup> Natürlich hatte es auch früher prominente Stimmen gegeben, die sich für eine Welt ohne Nuklearwaffen eingesetzt hatten, wie z.B. Robert McNamara, der den Besitz von Nuklearwaffen aufgrund der Fehler, die Menschen immer unterlaufen könnten, für generell unverantwortlich hielt: “...*human beings are fallible. In conventional war, mistakes cost lives, sometimes thousands of lives. However, if mistakes were to affect decisions relating to the use of nuclear forces, there would be no learning curve. They would result in the destruction of nations. The indefinite combination of human fallibility and nuclear weapons carries a very high risk of a nuclear catastrophe. There is no way to reduce the risk to acceptable levels, other than to first eliminate the hair-trigger alert policy and later to eliminate or nearly eliminate nuclear weapons.*” McNamara, Robert 2005: *Apocalypse soon*, in: *Foreign Policy* 148, S. 29-35, hier S. 34.

<sup>2062</sup> Vgl. Shultz, George P./Perry, William J./Kissinger, Henry A./Nunn, Sam 2007: *For a World Without Nuclear Weapons*, in: *WSJ*, 04.01.2007. George P. Shultz war Mitglied mehrerer republikanischer Administrationen während des Kalten Krieges und spielte u.a. bei der Aushandlung der INF-Verträge zwischen Ronald Reagan und Michail Gorbatschow eine wichtige Rolle. William J. Perry prägte als Verteidigungsminister unter Bill Clinton die US-Nuklearpolitik nach dem Ende des Kalten Krieges mit; zudem verfasste er, gemeinsam mit James Schlesinger, den Abschlussbericht der *Congressional Commission on the Strategic Posture of the United States*.

<sup>2063</sup> Vgl. Bumiller, Elisabeth 2008: *Bush and McCain seem to diverge in Foreign Policy*, in: *NYT*, 26.07.2008.

Hände” auszuschließen, die *Aufgabe* sämtlicher Nuklearwaffen sei.<sup>2064</sup> Diese Forderung wurde mit den bekannten Argumenten untermauert, dass die neuen Nuklearaspiranten keinesfalls als *responsible nuclear power* eingestuft werden könnten<sup>2065</sup> und dass die Verfolgung dieses Ziels keine dramatische Verschlechterung der eigenen Sicherheitslage bedeuten würde, da auf die Abschreckungsfunktion von Nuklearwaffen ohnehin immer weniger Verlass sei: “*It is far from certain that we can successfully replicate the old Soviet-American ‘mutually assured destruction’ with an increasing number of potential nuclear enemies world-wide without dramatically increasing the risk that nuclear weapons will be used.*”<sup>2066</sup>

Mit Blick auf das Besitztabu ist diese Forderung besonders interessant, kann sie doch in dem Sinne gelesen werden, dass Vertreter der *haves* in dem Moment, in dem ihr Status als Hohepriester durch die unkontrollierbare Ausweitung dieses Privilegs stark an Bedeutung verliert und sich darüber hinaus abzeichnet, dass einige der neuen *haves* sich nicht an das Besitztabu halten würden (Stichwort: Terrorismus), dazu bereit sind, das ruhmreiche Prestigeobjekt *allen*, einschließlich sich selbst, zu verwehren und das Besitztabu damit grundlegend auszuweiten.<sup>2067</sup>

Neben der zu erwartenden Kritik rief der Artikel eine Flut positiver Rückmeldungen hervor, über die sich das Autorengespann in einem Nachfolgeartikel vom Januar 2008 freute: “*The interest, momentum and growing political space that has been created to address these issues over the past year has been extraordinary, with strong positive responses from people all over the world.*”<sup>2068</sup> Unter den AnhängerInnen der neuen Abolitionismus-Forderungen waren auch Überlebende aus Hiroshima, die nicht nur die Aufrüstung von “Schurkenstaaten” als Grund für eine

<sup>2064</sup> Diese Argumentation wurde nach der Veröffentlichung des Artikels häufig wiederholt, sogar in Leserbriefen an das *Wall Street Journal*: “...the greatest threat posed by nuclear weapons in the current context is the risk that one or more might fall into the hands of a terrorist organization. The best way to prevent that is to rapidly move global nuclear arsenals to the lowest possible levels.” Hartung, William 2009: Obama’s Weapons Policy is Sensible, in: *WSJ*, 14.07.2009.

<sup>2065</sup> “New nuclear states do not have the benefit of years of step-by-step safeguards put in effect during the Cold War to prevent nuclear accidents, misjudgments or unauthorized launches. The United States and the Soviet Union learned from mistakes that were less than fatal. Both countries were diligent to ensure that no nuclear weapon was used during the Cold War by design or by accident.” Shultz, George P./Perry, William J./Kissinger, Henry A./Nunn, Sam 2007: For a World Without Nuclear Weapons, in: *WSJ*, 04.01.2007.

<sup>2066</sup> Shultz, George P./Perry, William J./Kissinger, Henry A./Nunn, Sam 2007: For a World Without Nuclear Weapons, in: *WSJ*, 04.01.2007.

<sup>2067</sup> Vgl. für dieses Argument auch Walker, William 2010: The absence of a taboo on the possession of nuclear weapons, in: *Review of International Studies* 36, S. 865-876, hier S. 870.

<sup>2068</sup> Shultz, George P./Perry, William J./Kissinger, Henry A./Nunn, Sam 2008: Toward a Nuclear-Free World, in: *WSJ*, 15.01.2008. So hatte z.B. Michail Gorbatschow in einer Reaktion betont, dass “[i]t is becoming clearer that nuclear weapons are no longer a means of achieving security; in fact, with every passing year they make our security more precarious.” Das große Echo, dass der Artikel der *Gang of Four* hervorrief, wurde auch in der Fachwelt anerkannt: “Their intervention has been followed in the United States by a flurry of conferences and publications on nuclear disarmament...” Walker, William 2009: President-elect Obama and Nuclear Disarmament. Between Elimination and Restraint, in: *IFRI Proliferation Papers Winter 2009*, S. 1.

vollständige Abrüstung ansahen: “*Who can say with certainty that there never will be another 9/11 and that the United States won’t be tempted to use nuclear weapons again?*”<sup>2069</sup>

Angesichts des großen Interesses hatte die *Gang of Four* noch 2007 eine hochrangig besetzte Konferenz einberufen, auf der Schritte zur Verwirklichung dieses Ziels diskutiert werden sollten.<sup>2070</sup> Unter den acht Forderungen, die zur endgültigen Ein- und Auflösung des nuklearen Tabus führen sollten, bezogen sich drei auf diejenigen Vertragswerke zur Stärkung des Tabus, für die sie von der neuen US-Regierung am meisten Aufmerksamkeit verlangten: die Stärkung des NPT, die Ratifizierung des CTBT durch die USA und andere *haves* und die Aushandlung eines Nachfolgeabkommens für den Ende 2009 auslaufenden START-Vertrag der USA mit Russland.<sup>2071</sup> Ein knappes Jahr später, im Dezember 2008, erlebte die neue Abolitionismus-Bewegung mit der Gründung der *Global Zero*-Initiative einen internationalen Schub, der allerdings in den USA weit weniger beachtet wurde, als die Artikel der *Gang of Four*.<sup>2072</sup> Anlässlich der *Global Zero*-Gründungsfeier in Paris wurde dennoch betont, dass die früher als radikal und unrealistisch abgetane Forderung nach einer vollständigen nuklearen Abrüstung “*was ‘entering the political mainstream’*”, was nicht zuletzt am wahrscheinlichen Einzug Obamas in das Weiße Haus liege.<sup>2073</sup> Dieser hatte sich noch vor seiner Wahl in seinem bereits zitierten Artikel in *Foreign Affairs* als Unterstützer der von Kissinger und seinen Co-Autoren vertretenen Ansichten zu erkennen gegeben und so seinen republikanischen Herausforderer, John McCain, der zwei Mitglieder der *Gang of Four* in seinem Beraterteam hatte, unter Zugzwang gesetzt.<sup>2074</sup> Entsprechend groß waren die Abrüstungs-Hoffnungen bei Obamas Amtsantritt.<sup>2075</sup> Die erhoffte (rhetorische) Wende der US-Nuklearpolitik brachte der neue US-Präsident in seiner “Prager Rede” vom 05. April 2009 zum Ausdruck, in der er das Kernargument der *Gang of Four*, Nuklearwaffen müssten

<sup>2069</sup> Tamura, Hideko 2007: 62 years after Hiroshima, nuclear weapons still unacceptable, in: USA Today, 09.08.2007.

<sup>2070</sup> Vgl. zur Konferenz und deren Ergebnissen ebenfalls Shultz, George P./Perry, William J./Kissinger, Henry A./Nunn, Sam 2008: Toward a Nuclear-Free World, in: WSJ, 15.01.2008.

<sup>2071</sup> START steht für *Strategic Arms Reduction Treaty* und bezieht sich, wie der Name schon sagt, auf die Festlegung verbindlicher Obergrenzen für strategische Nuklearwaffen. Der START I-Vertrag, noch vor dem Zusammenbruch der UdSSR geschlossen, lief im Dezember 2009 aus. Der START II-Vertrag aus dem Jahr 1993 wurde nie umgesetzt.

<sup>2072</sup> Von KritikerInnen wurde die Initiative u.a. als “*the program of universal disarmament that sounds a little like a new international Coke product*” lächerlich gemacht. Lowry, Rich 2009: Obama trip plays to mixed reviews, in: USA Today, 10.04.2009.

<sup>2073</sup> Richard Burt, der als Unterhändler des START-Abkommens ausgehandelt hatte, zitiert in: Associated Press 2008: France: Seeking End To A-Bombs, in: NYT, 10.12.2008.

<sup>2074</sup> McCains Beraterteam war gespalten in Kissinger und Shultz auf der einen und seinen aus dem US-Militär stammenden Beratern (John F. Lehmann und Fred C. Ikle) auf der anderen Seite. Dass McCain sich schließlich öffentlich auf die abrüstungsfreundliche Seite stellte, zeigt, wie populär diese Forderung damals war. Vgl. Bumiller, Elisabeth 2008: Bush and McCain seem to diverge in Foreign Policy, in: NYT, 26.07.2008. Für den *Foreign Affairs*-Artikel vgl. Obama, Barack 2007: Renewing American Leadership, in: *Foreign Affairs* 86:4, S. 2-16, hier S. 8.

<sup>2075</sup> So betitelte die Senatorin Dianne Feinstein ihren Gastbeitrag im konservativen *Wall Street Journal* vom 03.01.2009: “*Let’s Commit to a Nuclear-Free World*”.

vollständig vernichtet werden, eben weil ihre Ausbreitung nicht mehr kontrollierbar sei, anführte und ergänzte:

“...as a nuclear power, as the only nuclear power to have used a nuclear weapon, the United States has a moral responsibility to act. We cannot succeed in this endeavor alone, but we can lead it, we can start it. So today, I state clearly and with conviction America’s commitment to seek the peace and security of a world without nuclear weapons. (...) I’m not naive. This goal will not be reached quickly – perhaps not in my lifetime. It will take patience and persistence. But now we, too, must ignore the voices who tell us that the world cannot change. We have to insist, ‘Yes, we can.’”<sup>2076</sup>

Interessanterweise stellte die Erwähnung des Atombombenabwurfs durch die USA den einzigen Verweis Obamas auf die Rolle von Nuklearwaffen vor dem Kalten Krieg dar. Er machte vielmehr deutlich, dass Nuklearwaffen für ihn ein “Relikt” des Ost-West-Konflikts darstellten (“*Today, the Cold War has disappeared but thousands of those weapons have not.*”), das während dieser spezifischen Epoche einen gewissen Sinn gehabt haben mochte, diese Sinnhaftigkeit für die US-Nuklearpolitik jedoch keinesfalls auf immer und ewig gegeben sein müsse.<sup>2077</sup>

Stellten diese Aussagen Obamas bereits einen krassen Bruch mit der Rhetorik Bushs dar, so fiel auch die Wahl der Mittel zur Umsetzung dieser neuen Ansätze unter Obama grundsätzlich anders aus, als bei seinem Vorgänger, da er in Nuklearfragen den Rückhalt der Vereinten Nationen suchte. So ließ es sich Präsident Obama nicht nehmen, im September 2009 einer Sitzung des UN-Sicherheitsrats vorzusitzen (was vor ihm noch kein US-Präsident getan hatte), in deren Verlauf eine Resolution verabschiedet wurde, die den Weg hin zu einer nuklearwaffenfreien Welt skizzieren sollte – und zwar v.a. über das Instrument der von Bush verachteten, multilateralen Verträge, also einer Stärkung des NPT, eines Inkrafttretens des CTBT, sowie die Aushandlung eines FMCT.<sup>2078</sup>

Seine Bemühungen hatte Obama kurz zuvor bereits in seiner Rede vor der UN-Generalversammlung 2009 zusammengefasst und seinem (Fern-)Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt noch einmal Nachdruck verliehen:

“I have outlined a comprehensive agenda to seek the goal of a world without nuclear weapons. In Moscow, the United States and Russia announced that we would pursue substantial reductions in our strategic warheads and launchers. At the Conference on

<sup>2076</sup> Obama, Barack 2009: Remarks by President Barack Obama, Hradcany Square, Prague, 05.04.2009. Die Aussage “*I’m not naive*”, die auf Schwierigkeiten der Umsetzung dieses Vorhabens verweist, fügte Obama in letzter Minute und wohl als Reaktion auf den kurz vor dem Beginn der Rede ausgeführten nordkoreanischen Nukleartest ein. Vgl. Lowry, Rich 2009: Obama trip plays to mixed reviews, in: USA Today, 10.04.2009.

<sup>2077</sup> Vgl. für eine – kritische – Darstellung dieser Interpretation, sowie für das Zitat: Kristol, William 2009: Nuclear Fantasy; Disarmament Requires a World Without War, in: WP, 07.04.2009.

<sup>2078</sup> Vgl. SC/Res/1887 mit dem Titel “*Maintenance of international peace and security: Nuclear non-proliferation and nuclear disarmament*” vom 24.09.2009. Die Resolution fiel insbesondere bei Angehörigen der Vorgängeradministration auf Kritik. So monierte John Bolton: “*It’s passing a resolution that doesn’t have any impact on the real world, that undercuts the Security Council.*” Zitiert in: Weisman, Jonathan/Solomon, Jay 2009: UN Adopts Narrow Anti-Nuclear Resolution, in: WSJ, 25.09.2009.

Disarmament, we agreed on a work plan to negotiate an end to the production of fissile materials for nuclear weapons.”<sup>2079</sup>

Wie in dem Zitat bereits angedeutet, sollte die Neuauflage des START-Vertrags ein erster, kleiner Schritt hin zu einer nuklearwaffenfreien Welt sein.<sup>2080</sup>

Offensichtlich fand das Nobelpreiskomitee Obamas Ziele und Handlungspläne so überzeugend, dass es im Oktober 2009 beschloss, Barack Obama insbesondere aufgrund seiner Abolitionismus-Bestrebungen den Friedensnobelpreis zuzusprechen:

“The Norwegian Nobel Committee has decided that the Nobel Peace Prize for 2009 is to be awarded to President Barack Obama for his extraordinary efforts to strengthen international diplomacy and cooperation between peoples. The Committee has attached special importance to Obama’s vision of and work for a world without nuclear weapons. (...) The vision of a world free from nuclear arms has powerfully stimulated disarmament and arms control negotiations.”<sup>2081</sup>

Obwohl viele Obama-AnhängerInnen dessen Vision einer nuklearwaffenfreien Welt teilten, gab es doch viele Stimmen, die die Vergabe des Nobelpreises als verfrüht kritisierten, da Obama lediglich angekündigt hatte, auf dieses Ziel hinarbeiten zu wollen, jedoch noch keine konkreten Schritte auf dem Weg zur vollständigen nuklearen Abrüstung vorweisen konnte. So hatte Nobelpreisträger Mohammed El Baradei bereits nach Obamas “Prager Rede” gewarnt: “*We are beginning to see a strategy. What we don’t know yet is whether he can implement it.*”<sup>2082</sup>

Tatsächlich zeigte sich bereits anhand der Aushandlung des START-Nachfolgeabkommens, welches Obama in seiner bereits zitierten Rede vor der UN-Generalversammlung als kleinen, ersten Schritt hin zu seiner Vision dargestellt hatte, dass seine Nuklearpolitik auf nahezu ebenso große innenpolitische Hürden traf, wie die seines Amtsvorgängers Bush. Dieser hatte die Aushandlung eines Nachfolgevertrags für das START-Abkommen (trotz anderslautender Ansichten der russischen Vertragspartner) abgelehnt,<sup>2083</sup> so dass Präsident Obama nach seinem Amtsantritt nur neun Monate bis zum selbstgesteckten Ziel, den neuen START-Vertrag bis zum Auslaufen des alten zu beschließen, blieben. KritikerInnen der Verhandlungen bemängelten deshalb von Beginn an, die russische Delegation würde den selbst herbeigeführten Zeitdruck, unter dem die US-Delegation agierte, schamlos ausnutzen und weitreichende Zugeständnisse durchsetzen können.<sup>2084</sup> BefürworterInnen der neuen Abolitionismus-Linie störten sich dagegen daran, dass einige ihrer Forderungen nicht zum Gegenstand der laufenden Verhandlungen gemacht

<sup>2079</sup> Obama, Barack 2009: Remarks of President Barack Obama - As Prepared for Delivery “Responsibility for our Common Future”, Address to the United Nations General Assembly, 23.09.2009.

<sup>2080</sup> Dies hatten in einem an Obama und Medvedjev gerichteten Brief auch viele Intellektuelle gefordert, vgl. Christ, Michael 2009: Zero Nuclear Weapons, in: NYT, 03.04.2009.

<sup>2081</sup> The Norwegian Nobel Committee 2009: Announcement. The Nobel Peace Prize for 2009, 09.10.2009.

<sup>2082</sup> Zitiert in: Sanger, David E. 2009: Hints of Obama’s Strategy in a Telling 8 Days, in: NYT, 08.04.2009. Aus der Sicht des auf S. 130 vorgestellten Sprechakts-Konzepts greift diese Kritik natürlich zu kurz.

<sup>2083</sup> Vgl. Baker, Peter/Wright, Robin 2007: U.S. and Russia Vow Further Cuts In Nuclear Arms; They Also Agree To Aid Nations In Power Projects, in: WP, 04.07.2007.

<sup>2084</sup> Vgl. Bolton, John 2009: A Fast Way to Lose the Arms Race, in: NYT, 26.05.2009.

wurden – allem voran die Hoffnung, beide Parteien könnten sich darauf einigen, ihre Nuklearwaffen nicht mehr sofort einsatzbereit zu halten.<sup>2085</sup> Dass die *Deadline* im Dezember 2009 nicht eingehalten werden konnte, obwohl im Laufe des Monats alles daran gesetzt wurde, den neuen Vertrag noch rechtzeitig abzuschließen, lag jedoch nicht an diesen Kritikpunkten, sondern – so beide Verhandlungspartner – an der noch ausstehenden Klärung technischer Details, insbesondere im Hinblick auf Verifikationsverfahren.<sup>2086</sup> Trotz aller Hürden trat der START-Nachfolgevertrag, nun *New START* genannt, im Februar 2011 (also geraume Zeit nach dem Auslaufen des Vorgängervertrags im Dezember 2009) in Kraft.

Vor und während der Verhandlungen über *New START* zeichneten sich dagegen noch größere Schwierigkeiten bei der Umsetzung von Obamas Agenda bezüglich multilateraler Abrüstungsverträge ab:

Bezüglich des *NPT* ließen Präsident Obama und seine UnterstützerInnen keine Gelegenheit aus, die Wichtigkeit des Vertrages, welche während der Bush-Administration deutlich in Zweifel gezogen worden war, rhetorisch zu untermauern. Immer im Hinblick auf die im Mai 2010 anstehende *NPT*-Überprüfungskonferenz wurden zudem v.a. zwei politische Schritte gefordert, die den Boden für eine – ganz im Unterschied von 2005 – möglichst positiv verlaufende Konferenz bereiten sollten: Zum einen sollten die USA und Russland als größte *haves* durch die Aushandlung eines möglichst weitgehenden *START*-Nachfolgeabkommens ihre Bereitschaft zu einer deutlichen Reduzierung ihrer Arsenale demonstrieren und zum anderen sollte die US-Administration einen neuen Anlauf zur Ratifizierung des *CTBT* durch den US-Kongress unternehmen. Beide Maßnahmen sollten dazu dienen, den sog. Art. VI-Streit zu entschärfen.<sup>2087</sup>

Hinsichtlich der Ratifizierung des *CTBT* verliefen die Diskussionsfronten zunächst ähnlich der Debatte in den 1990er Jahren, als der US-Kongress gegenüber Präsident Clinton die Zustimmung zum Vertrag verweigert hatte: Die HerausgeberInnen der *New York Times* „applaudierten“ Obamas früher Initiative,<sup>2088</sup> während die AutorInnen des *Wall Street Journal* die von der früheren Debatte bekannten Gegenargumente – der Vertrag würde wegen des Verhaltens anderer *haves* sowieso nicht in Kraft treten, er sei nicht verifizierbar etc. –

<sup>2085</sup> Vgl. ein *Editorial* der *New York Times* mit dem Titel „Mr. Obama and Mr. Medvedev“ vom 04.07.2009. Das englische Schlagwort „hair trigger alert“, um das es in dieser Subdebatte geht, ist nicht ins Deutsche zu übersetzen. Die Forderung, Raketen nicht mit Sprengköpfen versehen auf Ziele auszurichten, so dass sie innerhalb kürzester Zeit abgefeuert werden können – wodurch das Unfallrisiko sehr hoch sei – sondern die Sprengköpfe stattdessen z.B. in speziellen Silos zu lagern, war ein wichtiges Anliegen der TabuschützerInnen gegenüber Präsident Obama. Vgl. z.B. Wayman, Rick 2008: A World Free of Nuclear Weapons, in: NYT, 20.10.2008.

<sup>2086</sup> Vgl. Levy, Clifford J. 2009: Arms Treaty With Russia Will Expire, But Not Talks, in: NYT, 05.12.2009.

<sup>2087</sup> Vgl. zu den beiden Forderungen Christ, Michael 2009: Zero Nuclear Weapons, in: NYT, 03.04.2009 sowie ein *Editorial* der *New York Times* mit dem Titel „*START and Beyond*“ vom 19.12.2009 und zum Art. VI-Streit S. 219 der Arbeit.

<sup>2088</sup> „We applaud the administration’s pledge to work for Senate ratification of the Comprehensive Test Ban Treaty...“, so ein *Editorial* der *New York Times* vom 30.01.2009 mit dem Titel „*Rules of the Game*“.

unterstrichen.<sup>2089</sup> Die hochfliegenden Erwartungen der BefürworterInnen des Vertrags wurden jedoch bald nach Obamas Amtsantritt gedämpft, da schon im Frühling 2009 klar wurde, dass eine Mehrheit im Senat nur schwer zu erreichen sein würde, obwohl die US-Demokraten eine komfortable Mehrheit besaßen und obwohl die v.a. von Vizepräsident Biden geleistete Überzeugungsarbeit auf Seiten der Republikaner von den konservativen Mitgliedern der *Gang of Four* tatkräftig unterstützt wurde.<sup>2090</sup> Im Verlauf des Jahres 2009 wurde das Thema immer seltener erwähnt – nur die Herausgeber der *New York Times* forderten Ende 2009 neue Anstrengungen von Obama, um den Kongress doch noch zu überzeugen.<sup>2091</sup> Mit den (von meinem Untersuchungszeitraum nicht mehr erfassten) *mid-term elections* 2010, in dem die US-Demokraten mehrere Senatssitze (und die Mehrheit im Repräsentantenhaus) verloren, wurde eine Ratifizierung des CTBT noch unwahrscheinlicher. Immerhin nahm die neue US-Außenministerin Hillary Clinton 2009 als ranghohe Repräsentantin am Treffen der CTBT-Mitgliedsstaaten teil, um zumindest von Seiten der US-Regierung Unterstützung für den Vertrag zu signalisieren.<sup>2092</sup>

Der Anspruch, den Abschluss eines *FMCT* zu befördern, wurde von Beginn an als Obamas ambitioniertestes Unterziel auf dem Weg hin zu einer nuklearwaffenfreien Welt eingestuft, da es hier nicht nur den US-Kongress, sondern zunächst die internationalen Partner von der Aushandlung der Endfassung eines solchen Regelwerks zu überzeugen galt:

“Even more ambitious, Mr. Obama wants a Fissile Material Cutoff Treaty, which would bar all nations that sign it from making fuel for their atom bombs. But when asked how Mr. Obama would sell the idea to America’s allies – primarily Pakistan, India and Israel – administration officials grow silent. (...) It would also mean persuading countries to give up the coveted freedom to make fuel for reactors – and instead, probably, buy it from an international fuel bank.”<sup>2093</sup>

Tatsächlich gab Präsident Obama die Haltung seines Vorgängers, der auf einem Vertrag ohne Verifikationsmechanismus bestanden hatte, auf, so dass die Position der USA keinen “Bremsklotz” für die internationalen Verhandlungen mehr darstellte – diese Rolle wurde, zur Schadenfreude der VertragsgegnerInnen, die sie vorausgeahnt hatten, jedoch von anderen Nationen, insbesondere Pakistan, übernommen.

Trotz der sowohl innenpolitisch wie auch international stark begrenzten sicherheitspolitischen Spielräume für eine neue US-Nuklearpolitik bleibt festzuhalten, dass sich innerhalb der letzten Jahre meines Untersuchungszeitraums eine dramatische diskursive

<sup>2089</sup> David, Jack 2009: There’s no Reason for a Nuclear Test Ban, in: WSJ, 21.02.2009.

<sup>2090</sup> Vgl. Wilson, Scott/Shear, Michael D. 2009: Obama, Medvedev Pledge Cooperation; Leaders Open Talks on Arms-Control Treaty, in: WP, 02.04.2009 sowie ein *Editorial* der *New York Times* vom 25.05.2009 mit dem Titel “*The Test Ban Treaty*”.

<sup>2091</sup> Vgl. ein *Editorial* der *New York Times* vom 19.12.2009 mit dem Titel “*START and Beyond*”.

<sup>2092</sup> Vgl. Obama, Barack 2009: Remarks of President Barack Obama - As Prepared for Delivery “Responsibility for our Common Future”, Address to the United Nations General Assembly, 23.09.2009.

<sup>2093</sup> Broad, William J./Sanger, David E. 2009: The Long Arc of a Nuclear-Free Vision, in: NYT, 05.07.2009.

Wende vollzogen hat, die in Richtung einer *Retabuisierung* von Nuklearwaffen deutet.<sup>2094</sup> War die Diskussion unter Präsident Bush in die Richtung gegangen, Nuklearwaffen an sich als unproblematisch anzusehen, solange sie in den richtigen Händen blieben sowie eine Nuklearstrategie zu fordern, die deutlich über die Nuklearwaffen typischerweise zugestanden Aufgaben – Abschreckung und Möglichkeit nuklearer Vergeltungsschläge – hinausgingen, kam in der Diskussion gegen Ende meines Untersuchungszeitraums zum Ausdruck, dass die NormbefürworterInnen Nuklearwaffen nicht nur, wie vor Bushs Amtszeit üblich, als unabhängig vom Besitzer verachtenswert einstufte, sondern auch die früher als relativ konsensual angesehenen “Kernaufgaben” von Nuklearwaffen zunehmend in Frage stellten, da diese unter heutigen Bedingungen eher mehr Unsicherheit als mehr Sicherheit hervorrufen würden:

“We can and must be as responsible as possible with the weapons we have, but the possession of nuclear weapons is itself an extreme act of irresponsibility. The sooner the world comes together around negotiations for a nuclear weapons convention and abolishes these most abhorrent weapons of mass destruction, the safer we will all be.”<sup>2095</sup>

Dieser Forderung schlossen sich nicht zuletzt die auch in vorherigen Unterdebatten sehr präsenten *think tank*-ExpertInnen an, die unter anderem darauf verwiesen, dass es für viele Fälle inzwischen technische Alternativen zu Nuklearwaffen gebe:

“To reduce the nuclear threat it faces, the United States should seek to curtail the role of nuclear weapons, achieve major reductions, and prepare the ground for the final phase of the nuclear era. This requires shifting the focus to eliminating nuclear missions. Nuclear weapons have lost many of the missions they once held because they have been superseded by technologically and militarily superior non-nuclear alternatives. In every case where a mission has both a nuclear and non-nuclear solution, the non-nuclear option is clearly preferred on military, technical, cost, and political grounds.”<sup>2096</sup>

Da die USA über die mit Abstand am besten ausgerüsteten *konventionellen* Streitkräfte verfügten und die einzige Möglichkeit, diesem Militär ernsthaft zu schaden, ein Nuklearangriff sei, könnten die USA in einer auf einer Konkurrenz im konventionellen Bereich beruhenden weltweiten Sicherheitslage nur gewinnen.<sup>2097</sup>

Die letzten beiden Zitate weisen allerdings darauf hin, dass auch viele BefürworterInnen einer nuklearen Abrüstung nicht davon ausgingen, dass die Welt allein durch diesen Schritt wesentlich friedlicher würde – sondern nur, dass durch ihn das Eskalationsrisiko von einem konventionellen Krieg hin zu einer globalen Katastrophe deutlich verringert würde. Diesen Punkt zu unterstreichen, war eines der Hauptargumente

<sup>2094</sup> Vgl. für eine ähnliche Lesart: Walker, William 2010: The absence of a taboo on the possession of nuclear weapons, in: *Review of International Studies* 36, S. 865-876, hier S. 866.

<sup>2095</sup> Loretz, John 2008: Ban All Nuclear Weapons, in: *NYT*, 11.06.2008.

<sup>2096</sup> Vgl. Kristensen, Hans M./Norris, Robert S./Oelrich, Ivan 2009: From Counterforce to Minimal Deterrence: A New Nuclear Policy on the Path Toward Eliminating Nuclear Weapons, in: *Federation of American Scientists & The Natural Resources Defense Council, Occasional Paper No. 7*.

<sup>2097</sup> Keppel, David 2009: No Nuclear Weapons. Why Not?, in: *NYT*, 17.05.2009.



der KritikerInnen der neuen US-Nuklearpolitik: “[R]idding the world of nuclear weapons would be very nice, but on its own it won’t alter the international balance of power, stop al-Qaeda or prevent large authoritarian states from invading their smaller neighbors.”<sup>2098</sup> Schließlich sei die Welt vor der Erfindung der Atombombe auch nicht gerade friedlich gewesen.<sup>2099</sup> Insofern müssten die Obama-AnhängerInnen eingestehen, dass dessen Politik ähnlich utopisch sei, wie die seines Amtsvorgängers: “Obama hitched himself to a project as utopian as President George W. Bush’s ambition to end tyranny in the world.”<sup>2100</sup>

Abgesehen von der Überzeugung, dass eine nukleare Abrüstung der USA das Land unsicherer, nicht sicherer machen würde, drehte sich die Kritik der Abolitionismus-GegnerInnen wieder einmal um die Sorge, dass die USA das Abrüstungsverhalten anderer Staaten nicht beeinflussen könne: “There is only one country on earth that Team Obama can absolutely, positively denuclearize: Ours.”<sup>2101</sup>

Während BefürworterInnen der Politik Obamas darauf verwiesen, dass sog. “Schurkenstaaten” v.a. an Nuklearwaffen interessiert seien, um sich gegen mögliche Angriffe der USA zu schützen und dementsprechend ihre Nuklearprogramme aufgeben würden, wenn die USA mit gutem Beispiel voran gingen,<sup>2102</sup> hielten es die KritikerInnen der neuen Politik für vermessen, zu glauben, dass sich diese Länder ausgerechnet an der Politik der USA orientieren würden: “Please tell me she doesn’t really think that a ‘nuclear free’ U.S. would inspire North Korea’s dictator and Iran’s mullahs to give up their pursuit of nuclear weapons.”<sup>2103</sup> So könne es gut sein, dass die USA am Ende alleine ohne nuklearen Schutz dastünden:

“Yes, it would be wonderful for the United States to commit itself to a world without nuclear (...) weapons. Wonderful, that is, until Iran or Al Qaeda gets such a weapon. What does the United States do then? Turn to the United Nations for protection?”<sup>2104</sup>

<sup>2098</sup> Applebaum, Anne 2009: Yes, We Can...Disarm?; Obama’s Quixotic Rallying Cry for the World, in: WP, 07.04.2009.

<sup>2099</sup> Vgl. Kyi, Jon/Perle, Richard 2009: Our Decaying Nuclear Deterrent, in: WSJ, 29.07.2009.

<sup>2100</sup> Lowry, Richard 2009: Obama trip plays to mixed reviews, in: USA Today, 10.04.2009.

<sup>2101</sup> Sanger, David/Broad, William J. 2009: The Long Arc of a Nuclear-Free Vision, in: NYT, 05.07.2009.

<sup>2102</sup> “...most of the world wants nuclear weapons because they’re afraid, and the country most of them are afraid of is the United States. Most governments would like to spend all that silly money on education, medicine, etc. Let’s encourage them to do so by scaling down our arsenals responsibly but as quickly as we can.” Wright, Nicholas T. 2009: Nuclear Disarmament Is an Issue of Morality, in: WP, 03.10.2009. Robert Kagan verglich diesen außenpolitischen Ansatz mit dem Woodrow Wilsons: “Like Wilson’s, Obama’s foreign policy increasingly seems to rest on the assumption that nations will act on the basis of what they perceive to be the goodwill, good intentions or moral purity of other nations, in particular the United States. If other nations have refused to cooperate with us, it is because they perceive the United States as aggressive or evil. Obama’s job is to change that perception. From the outreach to Iran (...) to the call for eliminating all nuclear weapons (...) the central point of Obama’s diplomacy is that America is, suddenly, different. It has changed. It is better. It is time, therefore, for other nations to cooperate.” Kagan, Robert 2009: Woodrow Wilson’s Heir, in: WP, 07.06.2009.

<sup>2103</sup> Brockmann, Bill 2009: We mice must carefully consider belling nuclear cat, in: WSJ, 07.01.2007. Der Leserbrief bezieht sich auf einen Artikel von Senatorin Feinstein, in dem sie die *Gang of Four* unterstützt hatte.

<sup>2104</sup> David, Steven R. 2006: Nuclear Dreaming, in: NYT, 25.04.2006.

Selbst die Alliierten der USA, die als *responsible nuclear power* eingestuft würden, machten keinerlei Anzeichen, Obamas Ansichten zu folgen:

“...I’m not sure the French, however much they loved Michelle’s flowery dress, have much interest in giving up their force de frappe. Dito the British. And since they don’t pose a threat, to us or anyone else, it’s not clear why we should waste diplomatic capital trying to make them do so.”<sup>2105</sup>

In diesen Aussagen spiegeln sich zwei in den IB typischerweise mit Nuklearwaffen in Verbindung gebrachte Aspekte: zum einen das Sicherheitsdilemma, nach dem keiner der abrüstenden Staaten derjenige sein möchte, der zuerst ohne “die Bombe” dasteht, bzw. umgekehrt jeder Staat ein Interesse daran hätte, der letzte zu sein, der diese ultimative Waffe noch besitzt,<sup>2106</sup> da er auf diese Weise eine außerordentliche Machtposition erhalten könne. Zum Anderen wurde das eng mit dem nuklearen Tabu verknüpfte Prestige angeführt, dass mit dem Besitz der Waffen einhergeht und es Staaten selbst dann schwer mache, diese Waffen aufzugeben, wenn ihr ursprünglicher Zweck nicht mehr gegeben sei.<sup>2107</sup>

Neben der Frage, warum andere *haves* nicht bereit wären, sich auf “*Global Zero*” zu verpflichten, könnten sich – so die Abolitionismus-KritikerInnen – zwei Gruppen von Staaten nicht nur dazu verleitet sehen, nicht ab-, sondern sogar aufzurüsten: *haves* mit kleineren Arsenalen (wie etwa China) könnten eine Möglichkeit sehen, mit den abrüstenden USA nuklear gleichzuziehen oder deren Arsenal durch Ankurbelung der eigenen Rüstungsproduktion sogar zu übertrumpfen.<sup>2108</sup> Aus einer ganz anderen Motivation heraus könnten mit den USA alliierte *have-nots* aufrüsten, da sie ein Wegfallen des US-Nuklearschirms fürchteten und somit in Zukunft für ihre eigene nukleare Abschreckung sorgen müssten (falls sie nicht zu dem Schluss gelangen sollten, dass nukleare Abschreckung nicht mehr funktioniere).<sup>2109</sup>

Und selbst, wenn tatsächlich sowohl die Alliierten der USA wie auch ihnen unliebsame Regime auf Nuklearwaffen verzichten würden, sei die nukleare Gefahr noch lange nicht gebannt, denn “[t]ry as we might and hope as we will, the power of nuclear weapons and their strategic

<sup>2105</sup> Applebaum, Anne 2009: Yes, We Can...Disarm?; Obama’s Quixotic Rallying Cry for the World, in: WP, 07.04.2009. Der Artikel erschien als Kommentar zu Obamas “Prager Rede”.

<sup>2106</sup> In diese Richtung weisen auch Aussagen Obamas, der – bei aller Abrüstungs-Euphorie – betonte, die USA würden “*always maintain a strong (nuclear) deterrent as long as nuclear weapons exist.*” Zitiert in: Eisler, Peter 2008: Critical nuclear weapons decision awaits Obama; At issue: Whether to pursue Bush plan for new warheads, in: USA Today, 09.12.2008.

<sup>2107</sup> Vgl. für beide Argumente Walker, William 2009: President-elect Obama and Nuclear Disarmament. Between Elimination and Restraint, in: IFRI Proliferation Papers Winter 2009 sowie S. 212 der Arbeit.

<sup>2108</sup> “...a U.S. nuclear arsenal that is diminished in both quantity and quality would be an incentive for these countries to increase their nuclear inventories, since the door would suddenly be opened to reach strategic parity with the last superpower.” Editorial des *Wall Street Journal* mit dem Titel “*To Russia with Love*” vom 04.04.2009.

<sup>2109</sup> “*Meanwhile, allies who have heretofore relied on our nuclear ‘umbrella’ would lose confidence in us and go nuclear themselves.*” Gaffney, Frank 2009: The Cold War is over; Opposing view: Threat of nuclear proliferation is no longer just about U.S., Russia, in: USA Today, 14.04.2009.

*impact is a genie that cannot be put back in the bottle*“:<sup>2110</sup> Dass das Wissen um die Konstruktion von Nuklearwaffen nicht aus dem Gedächtnis der Menschheit gelöscht werden könne, mache Obamas Unterfangen noch riskanter:

“I just think that we have invented nuclear weapons, and we cannot disinvent them. And a world where everybody gets rid of their nuclear weapons means that anybody that cheats can become a superpower in a short period of time. And I just think that’s a very dangerous world.”<sup>2111</sup>

Das Problem würde nur auf eine andere Ebene verlagert, da Staaten nicht mehr mit real-existierenden Arsenalen wetteifern würden, sondern mit dem Wissen und den technischen Möglichkeiten zum möglichst schnellen Bau einer Bombe, also einer *intellectual deterrence*.

Das “Totschlagargument” der TabugegnerInnen war es jedoch, auf die neue Unübersichtlichkeit der Welt und ihrer Bedrohungen hinzuweisen – ein “diskursives Versatzstück” der Nukleardiskussion kurz nach der Jahrtausendwende: “*Our nuclear arsenal is vital for a final reason I mentioned earlier: we simply cannot predict the future. Who can tell what the world will look like in 10 to 20 years?*”<sup>2112</sup>

Neben der bereits in Bezug auf den RRW gemachten Feststellung, dass das nukleare Prestige den Bestrebungen zur Ausweitung des Besitztabus entgegenstand, waren im Hinblick auf die einsetzenden Retabuisierungstendenzen v.a. zwei Aspekte interessant: Erstens wurde zwar wieder ein sehr breiter Nukleardiskurs geführt, dieser führte jedoch zu einer Stärkung des Tabus, da dessen wesentliche Elemente (wie die Ansicht, dass Nuklearwaffen *per se* etwas Schlechtes sind und nicht mit konventionellen Waffen vermischt werden dürfen) nicht mehr hinterfragt wurden. Zweitens erwies sich die Debattenführung der *Gang of Four* als außerordentlich erfolgreich, nicht einfach auf einer Rückkehr zur alten Form des Tabus zu beharren, sondern sich die Prämissen, vor deren Hintergrund eine Hinterfragung des nuklearen Tabus in den vorangegangenen Jahren möglich geworden war (Ende der Abschreckungslogik, Aufstieg “nuklearer Irrer”, möglicher Nuklearterrorismus) zu eigen zu machen und, diese ernstnehmend, einen *alternativen Lösungsvorschlag* zum Umgang mit der (vermeintlich) neuen Situation zu entwickeln. Indem sie betonten, dass eine nuklearwaffenfreie Welt die beste Lösung sei, gerade weil die globale Proliferation außer Kontrolle geraten sei und “nukleare Irre” und Terroristen die USA bedrohten, gelang es ihnen, auch Personen aus dem früheren Lager der TabukritikerInnen auf ihre Seite zu ziehen.

<sup>2110</sup> Gates, Robert 2008: Nuclear Weapons and Deterrence in the 21st Century. Rede vor der Carnegie Endowment for International Peace, 28.10.2008, online unter: <<http://carnegieendowment.org/2008/10/28/gates-nuclear-weapons-and-deterrence-in-21st-century/99x>>, rev. 02.02.2012.

<sup>2111</sup> Crowley, Michael 2007: The Stuff Sam Nunn’s Nightmares Are Made of, in: NYT, 25.02.2007.

<sup>2112</sup> Gates, Robert 2008: Nuclear Weapons and Deterrence in the 21st Century. Rede vor der Carnegie Endowment for International Peace, 28.10.2008, Rede vor der Carnegie Endowment for International Peace, 28.10.2008, online unter: <<http://carnegieendowment.org/2008/10/28/gates-nuclear-weapons-and-deterrence-in-21st-century/99x>>, rev. 02.02.2012.

### 6.2.3 Gedankengerüste: Zusammenfassung der Unterdiskurse

Durch die vorangegangene Beschreibung der von mir ausgewählten Unterdiskurse wurden zwei grundlegende Sachverhalte deutlich: Erstens waren die 11 Unterdiskurse größtenteils eng miteinander verflochten, so dass sich die eingenommenen Positionen und die vorgebrachten Argumente stark überschneiden. Zweitens gibt es jedoch keine klar trennbaren Blöcke von TabubefürworterInnen und TabugegnerInnen, die in jedem Unterdiskurs die gleiche Position bezogen hätten. Vielmehr, als in der Folterdebatte, positionierten sich die DebattenteilnehmerInnen zum einen für oder gegen einzelne *Elemente* des nuklearen Tabus (z.B. für einen Erhalt des Besitztabus durch einen Bruch des Einsatztabus). Zum Anderen vertraten TabubefürworterInnen häufig (unbeabsichtigt) Positionen, die dem Tabu in seiner Gesamtheit Schaden zufügten (z.B. durch die Forderung nach einer offenen Debatte über die US-Nuklearpolitik, die dem Sprachtabu zuwider lief). Trotz der Komplexität dieses „diskursiven Gewusels“ lassen sich doch aus bestimmten Grundpositionen logische Schlüsse für die Haltung in einzelnen Unterdiskursen ziehen.

Um diese hinter einzelnen Positionen stehenden „Gedankengerüste“ offenzulegen, habe ich für jedes Element des nuklearen Tabus ein *MindMap* mit den wichtigsten Standpunkten und Argumenten erstellt, die ich im Folgenden kurz vorstellen werde. Die *grüne Seite* der *MindMaps* gibt dabei die Positionen derjenigen wieder, denen der Schutz des jeweiligen Tabuelements am Herzen liegt. Die *rote Seite* fasst diejenigen Diskurspositionen zusammen, die dem Tabuelement gefährlich werden. Direkt gegen einzelne Positionen der Gegenseite gerichtete Argumente sind – der Übersichtlichkeit halber – direkt auf der „gegnerischen Seite“ mit der entsprechenden Farbe gekennzeichnet (ein Argument der TabugegnerInnen, das gegen eines der TabubefürworterInnen auf der grünen Seite gerichtet ist, wäre also rot markiert). Blaue Felder zeigen Positionen, die sich mit der Diskussion über andere Tabuelemente überlappen (also z.B. sowohl das Einsatz-, wie auch das Besitztabu betreffen). Anhand der *MindMaps* wird wiederum deutlich, dass TabuschützerInnen und –kritikerInnen häufig die Seiten wechseln und mal in der grünen, mal in der roten Hälfte der Übersicht zu finden sind.

#### *Die Sonderstellung von Nuklearwaffen: verwirrende Positionierungen*

Der letztgenannte Punkt wird anhand der Sonderstellung von Nuklearwaffen besonders deutlich: Blicken wir zunächst auf die *grüne Seite* des *MindMaps*, auf der rechten Seite des Schaubilds. Die grüne Färbung der hier aufgefärbten Punkte zeigt an, dass es sich um Positionen handelte, die eine Sonderstellung von Nuklearwaffen bejahten (Feld: „*Sonderstellung gilt absolut*“). Allerdings findet sich in der weiteren Verästelung dieser grundsätzlichen Zustimmung zur Sonderstellung von Nuklearwaffen eine ganze Reihe von Positionen, die für andere Elemente des nuklearen Tabus – sprich, das Einsatz- oder das Besitztabu – eine Schwächung bedeuteten. Folgen wir zunächst dem grünen Strang mit dem Stichwort, die Sonderstellung von Nuklearwaffen „*gilt absolut*“, bei der sich – von oben nach

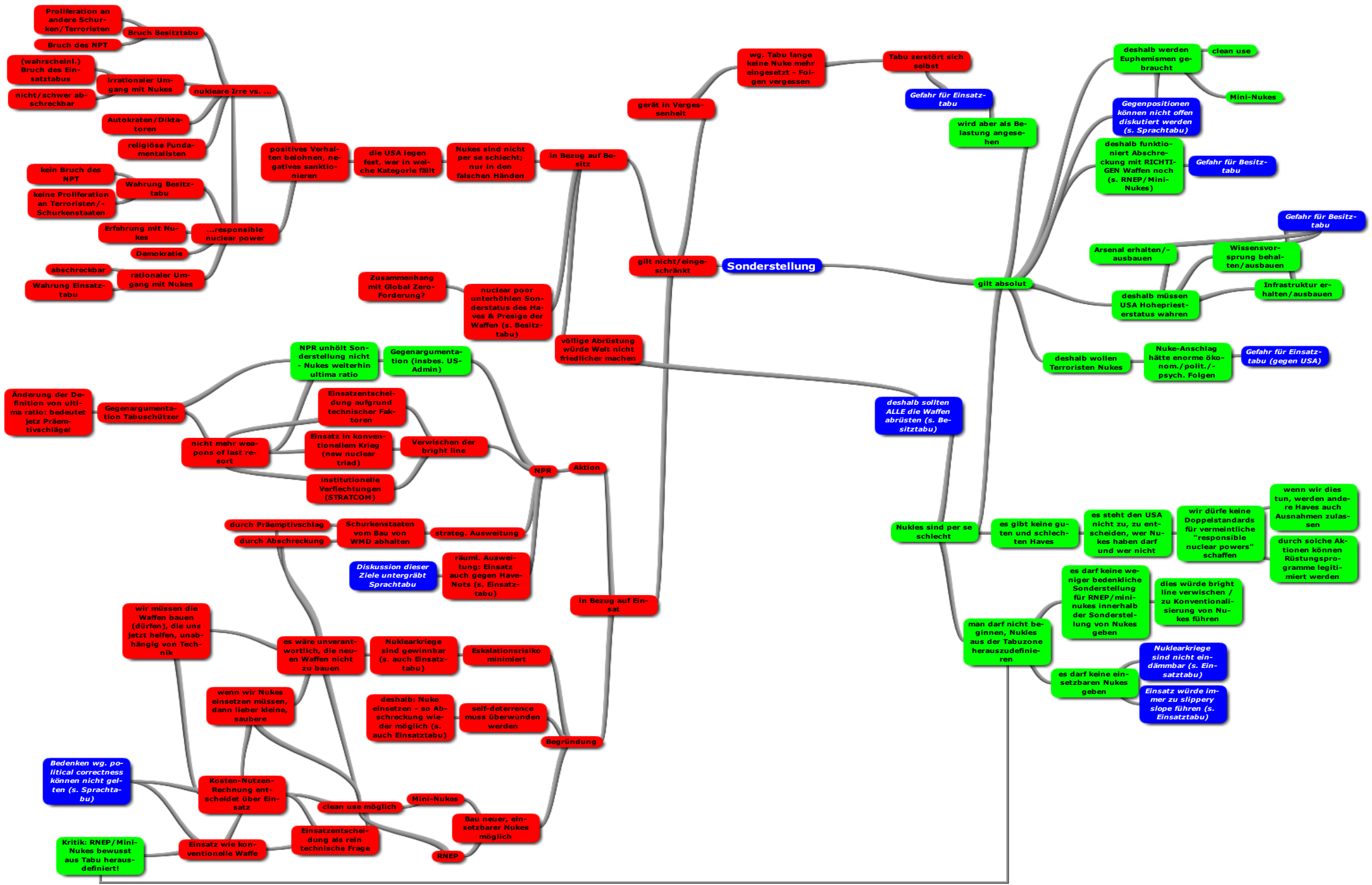
unten – folgende Argumentationslinien finden lassen, die andere Elemente des nuklearen Tabus schwächten:

- Feld „*wird als Belastung angesehen*“: Hier wurde zwar anerkannt, dass es ein nukleares Tabu im Sinne einer Sonderstellung von Nuklearwaffen gibt. Dieser Umstand wurde jedoch nicht begrüßt, sondern als negativ eingeschätzt: Die Sonderstellung von Tabus wurde als ärgerliche Beschränkung des eigenen Handlungsspielraums wahrgenommen, welche es zu überwinden galt.<sup>2113</sup> Normtheoretisch gesprochen fand hier also eine Umdefinierung der Verhaltensmaßstäbe, die die eigene Gruppe konstituieren, statt: Statt über die Beachtung bestimmter Normen und Tabus stolz seine Zugehörigkeit zu einer als (moralisch) überlegen angesehen Gruppe zu demonstrieren, wurden die mit der Gruppenmitgliedschaft verknüpften Erwartungen nun als Belastungen empfunden.
- Feld „*deshalb werden Euphemismen gebraucht*“: Eine Möglichkeit, das Tabu der Sonderstellung anzuerkennen, aber gleichzeitig zu umgehen, boten die häufig verwendeten Euphemismen wie *mini-nukes* oder „*clean use*“, die Nuklearwaffen verharmlosen und ihren Besitz bzw. Einsatz so unterhalb der „Hemmschwelle“ der TabuschützerInnen platzieren sollen. Anders, als die Euphemismen, die seit der Entwicklungszeit von Nuklearwaffen in Gebrauch sind und unter dem Begriff „*nukespeak*“ zusammengefasst werden, wurde hierbei nicht die *Gesamtheit* von Nuklearwaffen (als psychologischer Selbstschutz) umfasst, sondern (gezielt?) versucht, *bestimmte* Bomben sprachlich gegenüber den weiterhin tabuisierten Waffen des Kalten Krieges abzugrenzen, zu verharmlosen und so aus dem Geltungsbereich des nuklearen Tabus herauszudefinieren.<sup>2114</sup>
- Feld „*deshalb funktioniert Abschreckung mit richtigen Waffen noch*“: Weil davon ausgegangen wurde, dass auch die Feinde der USA Nuklearwaffen weiterhin eine Sonderstellung zumaßen, hätten sie auch weiterhin eine besonders große Angst von einem Nuklearschlag der USA. Deshalb funktioniere die nukleare Abschreckung gegenüber Feinden noch – eine Position, die sich für das Besitztabu als gefährlich erwies.

#### **Folgende Seiten: Abb. 4: Die Sonderstellung von Nuklearwaffen**

<sup>2113</sup> Diese Position erinnert die von John Foster Dulles, vgl. S. 233 der Arbeit. Die moderne Variante dieser Position fand sich in der *Doctrine for Joint Nuclear Operations*, in der gefordert wurde, das Einsatztabu zu brechen, um zu demonstrieren, dass es keine Gültigkeit mehr habe, vgl. S. 411 der Arbeit.

<sup>2114</sup> Zu „*nukespeak*“ vgl. S. 203 der Arbeit.



- Feld „*deshalb müssen die USA ihren Hohenpriesterstatus wahren*“: Viele BefürworterInnen einer Modernisierung des US-Nukleararsenals zollen dem mit Nuklearwaffen verknüpften Prestige Rechnung, wenn sie eine überlegene Vormachtsstellung des nuklearen Hohepriesters USA fordern und darauf verweisen, dass nur ein überlegenes US-Arsenal abschreckend wirke – zwei Positionen mit problematischen Folgen für das Besitztabu.
- Feld „*deshalb wollen Terroristen Nukes*“: Terroristen beziehen die Sonderstellung selbst kleiner Nuklearwaffen oder *dirty bombs* in ihre Überlegungen ein – ein Bruch des Einsatztabus wäre aus ihrer Sicht ein überragender Erfolg.

Im Gegensatz zu diesen, andere Tabuelemente schwächenden Argumentationen stellen diejenigen Argumentationslinien, die sich aus dem Feld „*Nukes sind per se schlecht*“ ableiten, keine Gefahr für das nukleare Tabu dar. Die DebattenteilnehmerInnen, die diese Diskurspositionen einnahmen, verband die Ansicht, dass es gelte, die Menschheit von Nuklearwaffen zu befreien.

- Feld „*es gibt keine guten und schlechten Haves*“: Dieser Grundposition entsprechend sollte es, zum einen, keine Ausnahmen bezüglich bestimmter Staaten geben, die auf immer und ewig besitzberechtigt seien (Stichwort: responsible nuclear powers).
- Feld „*man darf nicht beginnen, bestimmte Nukes aus der Tabuzone herauszudefinieren*“: Zum Anderen sollte es keine Ausnahmen bezüglich vermeintlich weniger gefährlicher Nuklearwaffen, wie dem RNEP oder *mini-nukes*, die aus dem Bereich des nuklearen Tabus “heraus definiert” werden und deren Einsatz legitimiert werden sollte, geben.

Genau dies warfen TabuschützerInnen ihren “DiskursgegnerInnen” nämlich vor: Zwar würden viele DebattenteilnehmerInnen weiterhin eine generelle Unterscheidung von nuklearen und konventionellen Waffen für richtig halten, doch würde nun verstärkt auf eine (nicht nur diskursive) Unterscheidung *innerhalb* des Nukleararsenals gepocht, was insgesamt zu einer Verschiebung der *bright line* führe: So stünden sich nicht mehr konventionelle und nukleare Waffen gegenüber, sondern die alten, großen, dreckigen, wahllos zerstörenden und deshalb inhumanen Nuklearbomben des Kalten Krieges und die neuen, kleinen, sauberen, diskriminierenden und eben deshalb moralisch weniger bedenklichen Waffen der Welt nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Aussagen der BefürworterInnen der neuen Waffen, sie würden den Sonderstatus von Nuklearwaffen weiterhin anerkennen, seien demnach mit Vorsicht zu genießen, da die Kategorie der Waffen, die als “anders” begriffen würde, gleichzeitig technisch und diskursiv aufgeweicht würde. Eine solche Ausdifferenzierung sei

jedoch moralisch unzulässig,<sup>2115</sup> zumal man sich auch nach dem einmaligen Einsatz solcher Waffen auf einer *slippery slope* wiederfände.<sup>2116</sup>

Wenden wir nun den Blick auf die linke Seite des Schaubilds. Hier zeigt die rote Färbung der Argumentationslinien an, dass es sich um Positionen handelt, die eine generelle Sonderstellung von Nuklearwaffen verneinen bzw. darauf pochen, dass diese Sonderstellung nur für bestimmte Staaten sowie (den Einsatz) bestimmter Waffen gelten sollte.

Die Argumentationsstränge die aus der erstgenannten Annahme, bestimmte Staaten seien durchaus berechtigt, entspringen, finden sich hinter dem Feld „in Bezug auf Besitztabu“. Hier steht die Annahme im Zentrum, Nuklearwaffen nicht *per se* schlecht und unmoralisch, sondern würden nur dann zur Gefahr, wenn sie in die falschen Hände gelangen – eine Grundhaltung, die der der Sonderstellung *aller* Nuklearwaffen zuwiderläuft. Legitime Besitzer dieser Waffen seien demnach die *responsible nuclear powers*, darunter selbstverständlich die USA (der auch die Entscheidung, welcher Staat in welche Kategorie fällt, obliege) oder auch Indien (s. Argumentationsstrang ab dem Feld „responsible nuclear powers“). Im Gegensatz dazu werden Nuklearwaffen in den Händen „nuklearer Irre“ als enorme Bedrohung angesehen: Da sie sich nicht um das Einsatztabu scherten, gelte es, hier das Besitztabu unter allen Umständen zu wahren (s. Argumentationsstrang ab dem Feld „nukleare Irre“).

Die Argumentation, Nuklearwaffen seien nur in den falschen Händen ein Problem ist eng mit der Annahme verknüpft, auch bestimmte Nuklearwaffentypen würden nicht unter die generelle Sonderstellung von Nuklearwaffen fallen. Dieser Argumentationsstrang wird ausgehend von dem Feld „in Bezug auf Einsatz“ / „Begründung“ dargestellt. Um „nukleare Irre“ nicht in den Besitz von Nuklearwaffen kommen zu lassen, sei es unter Umständen legitim, das Einsatztabu zu brechen – insbesondere mit „einsetzbaren“ und moralisch weniger problematischen Nuklearwaffen, denen nicht der übliche Sonderstatus zuteil würde, da ein begrenzter *clean use* dieser Waffen möglich sei, welche auch keine unkontrollierbare Eskalation auslöse, die unvermeidlich zu einem nuklearen Holocaust führen würde.<sup>2117</sup> Aufgrund der neuen Gefährdungssituation, in Ermangelung einer passenden Abschreckungsstrategie und vor dem Hintergrund der technischen Möglichkeit einsetzbarer Nuklearwaffen wäre es unverantwortlich, diese Waffen – mit Verweis auf die herrschende *political correctness* (also die Sonderstellung aller Nuklearwaffen) – nicht einzusetzen.

<sup>2115</sup> Sie hätte auch den Anfang vom Ende der Sonderstellung von Nuklearwaffen generell bedeuten können, wenn man bedenkt, dass die alten, weiterhin stigmatisierten Waffen nach und nach hätten abgerüstet und durch die neuen – nicht stigmatisierten – Sprengköpfe hätten ersetzt werden sollen.

<sup>2116</sup> „The danger is that states, rather than having to respond to a singular misdemeanour, would find themselves in new territory where the general taboo on nuclear use, or tradition of non-use, had lost its grip. This is why there has been such insistence on treating all nuclear weapons as belonging to a single indivisible class.” Walker, William 2010: The absence of a taboo on the possession of nuclear weapons, in: Review of International Studies 36, S. 865-876, hier S. 870.

<sup>2117</sup> „Some proponents of the new nuclear policy might argue (...) that a policy of increasing the risk of the use of nuclear weapons is morally acceptable now. Whereas it would not have been during the first nuclear age, because any use of nuclear weapons now would carry the risks of escalation to large-scale nuclear war that it did during the cold war.” Beckman, Peter R./Crumlish, Paul W./Dobkowski, Michael N./Lee, Steven P. 2007: Nuclear Weapons, Nuclear States, and Terrorism, Cornwall-on-Hudson, S. 314.



Dieser neue Logik wurde in neuen Strategiedokumenten Ausdruck verliehen, wie sie ausgehend von den Feldern „*Aktion*“ / „*NPR*“ beschrieben werden: Die NPR aus dem Jahr 2002 und ihre Folgedokumente schrieben die Neuerungen der räumlichen und strategischen Ausweitung der Rolle von Nuklearwaffen sowie das Verwischen der *bright line*, die Nuklearwaffen bisher treffscharf von konventionellen Waffen unterschied und aufgrund derer eine klare Sonderstellung von Nuklearwaffen erst möglich wurde, fest. Dem von Mitgliedern der US-Administration geäußerten Argument, Nuklearwaffen würde insofern noch immer eine Sonderrolle beigemessen, als ihr Einsatz weiterhin als *ultima ratio* angesehen würde (hier in *grün* dargestellt), hielten TabuschützerInnen entgegen, dass dieses Argument nur seine Gültigkeit vor dem Hintergrund einer geänderten Definition dessen, was als *ultima ratio* zu bezeichnen sei, erlange (wieder in *rot*; Feld „*Gegenargumentation Tabuschützer*“). Hierzu zählten nach der neuen Lesart nämlich auch Präemptivschläge gegen „Schurkenstaaten“ mit nuklearen Ambitionen – und damit keinesfalls nur Situationen, in denen die Existenz der USA akut gefährdet sei. Entscheidend für die Gültigkeit des nuklearen Tabus war damit nicht mehr die Frage, *ob* diese Waffen noch als letzte Chance gesehen, sondern *wann* und *unter welchen Umständen* ihr Einsatz in Erwägung gezogen wurde.

Hochinteressant ist der – allerdings nur von sehr wenigen DebattenteilnehmerInnen geäußerte – Gedanke, das Tabu zerstöre sich auf lange Sicht selbst, da die Folgen des Atombombenabwurfs nach und nach in Vergessenheit gerieten.<sup>2118</sup> Diese Argumentationslinie ist ab dem Feld „*gerät in Vergessenheit*“ dargestellt.

### *Das Einsatztabu: Bruch nötig und möglich?*

Mit Blick auf die das Einsatztabu betreffende Diskussion wird klar, warum Präemptivschläge einigen DebattenteilnehmerInnen als neue *ultima ratio*-Situationen galten. Blicken wir zunächst auf die linke, *rote* Seite des *MindMaps* ab dem Feld „*Besitztabu*“ / „*einschränken*“. Die Begründung für diese Forderung, das Besitztabu einzuschränken, findet sich im nächsten Feld: „*Terroristen/Schurkenstaaten halten sich nicht daran*“. Diese Annahme wurde wiederum zum einen damit begründet, dass es das Ziel der neuen Feinde der USA sei, möglichst große Panik zu verbreiten und sie deshalb – wenn möglich – zu einem Nuklearschlag greifen würden (Feld: „*Ziel: Panik verbreiten...*“) und zum anderen damit, dass eine Abschreckung eines solchen Einsatzes nicht mehr möglich sei (Feld: „*Abschreckung eines Einsatzes nicht mehr möglich*“).

---

<sup>2118</sup> So befürchtet Kokoshin: „*A shift in psychology relative to the use of nuclear weapons, both among the elite and among the masses, can be observed in a number of countries, but above all in the United States. The nuclear ‘taboo’ has once again ceased to exist, and the devastating consequences of nuclear war have been half-forgotten, despite the extremely strong effect that they during the cold war.*“ Kokoshin, Andrei 2006: A Nuclear Response to Nuclear Terror: Reflections of Nuclear Preemption, in: Allison, Graham (Hrsg.): Confronting the specter of nuclear terrorism, The Annals of the American Academy of Political and Social Science, 67/2006, Thousand Oaks, S. 59-63, hier S. 63.

Da das nukleare “Totem” nicht länger in der Lage sei, die Feinde allein durch seine furchteinflößende Präsenz abzuschrecken, müsse es wohl oder übel aktiviert, d.h. präventiv gegen die Feinde eingesetzt werden, um ein noch größeres Übel für die eigene Gemeinschaft zu verhindern. Aufgrund dieser Schlussfolgerung wurden mehrere *Aktionen* (s. die Argumentationsstränge ab dem gleichnamigen Feld) ausgeführt bzw. gefordert.

Eine dieser *Aktionen* war die Neuformulierung der *NPR und ihrer Folgedokumente* (s. gleichnamiges Feld), eine andere die konkrete Planung von Präemptivschlägen gegen vermeintliche „Schurkenstaaten“ (s. Feld „*Planungen*“). Um die Gefahr eines nuklearen Anschlags bzw. Angriffs auf die USA zu minimieren, sei es tatsächlich die *ultima ratio*, die Feinde ihrer Massenvernichtungswaffen zu berauben. Hierzu sei höchstwahrscheinlich der Einsatz von Nuklearwaffen nötig, um die verbunkerten Lagerstätten von Massenvernichtungswaffen zu zerstören und die darin gelagerten Arsenale restlos zu verbrennen. Selbst wenn man also prinzipiell dafür wäre, das Einsatztabu zu wahren, so sprächen doch die gegenwärtigen Sachzwänge gegen diese moralische Überzeugung – zumal die USA nicht nur die eigene Bevölkerung, sondern auch ihre Alliierten vor den Aktionen der *nuclear madman* schützen müssten.

Ein solcher Bruch des Einsatztabus würde zudem zu einem probaten Mittel, da mit den zu bauenden neuen Nuklearwaffen, wie dem RNEP, die technischen Voraussetzungen für solche Einsätze zur Verfügung gestellt würden und gleichzeitig das Risiko eines nuklearen Vergeltungsschlags des Gegners und somit einer unkontrollierbaren Eskalation des Nuklearkriegs nur sehr klein ausfiele. Galt also während des Kalten Krieges die Maxime, dass der Nicht-Einsatz von Nuklearwaffen vor einem Krieg apokalyptischen Ausmaßes schütze, so gelte heute, dass *nuclear non-use* einen nuklearen Angriff auf die USA viel wahrscheinlicher machen würde.<sup>2119</sup>

Für den Fall, dass es den Feinden der USA dennoch gelingen sollte, das nukleare Einsatztabu zu brechen, müssten jedoch auch *Notfallpläne* entwickelt werden sowie – zur Prävention eines nuklearen Terroranschlags – Vorsichtsmaßnahmen wie strenge *Grenzkontrollen* eingeführt werden (s. gleichnamige Felder in den oberen Mitte).

Wenden wir uns nun der wesentlich kleiner ausfallenden, *grünen* Seite des *MindMaps* zu. Hier finden sich die Positionen von DebattenteilnehmerInnen, die die hinter den Argumenten der EinsatzbefürworterInnen stehenden Ängste vor Nuklearterrorismus und „nuklearen Irren“ für übertrieben hielten und deshalb das Einsatztabu – aufgrund der Sonderstellung von Nuklearwaffen – *wahren* wollten:

---

<sup>2119</sup> “During the Cold War deterrence did work, because the actors were predictable to each other. Today, with new weapon types being developed, and with additional, less predictable players, the role of nuclear weapons may change from a means of deterrence to weapons of actual use.” Eriksson, Magnus 2008: Introduction, in: Eriksson, Magnus/Osland, Kari M. (Hrsg.): Nuclear Weapons in the 21st Century. Old Players, New Game – New Players, Old Game, Norwegian Institute of International Affairs (NUPI), S. 5-10, S. 5.

- Feld: „*wäre unnötig, da sich Schurkenstaaten von Einsatz abschrecken lassen*“: Die VertreterInnen dieses Debattenlagers wollten den Horrorvorstellungen von *nuclear madman* keinen Glauben schenken – auch solche Herrscher seien nicht so lebensmüde, sich nicht von den USA von einem Bruch des Einsatztabus abschrecken zu lassen.
- Feld: „*Präemptiver Nukleareinsatz wäre inakzeptabel*“: Dementsprechend wäre ein präemptiver Bruch des Einsatztabus durch die USA ein völlig übereilter, moralisch nicht zu rechtfertigender Schritt, der – als klare Verletzung des Völkerrechts – den bereits angekratzen Ruf der USA endgültig ruinieren würde.<sup>2120</sup>
- Feld: „*wenn Schurkenstaaten mit Einsatz bedroht werden...*“: Ohnehin würde die Drohung mit einem Nuklearschlag solche Regime keinesfalls dazu bringen, ihre Nuklearprogramme aufzugeben, sondern sie vielmehr dazu verleiten, möglichst schnell nuklear aufzurüsten, um ihrerseits die USA effektiv abschrecken zu können.<sup>2121</sup>
- Feld: „*Es darf keine einsetzbaren Nukes geben*“: Darüber hinaus seien die von EinsatzbefürworterInnen vorgebrachten Argumente bezüglich der Durchführbarkeit solcher Nuklearschläge nicht zu halten: Der erhoffte *clean use* sei ebenso wenig möglich, wie die Eingrenzung eines Nuklearkrieges – denn selbst wenn es nicht sofort zu einem nuklearen Schlagabtausch käme, würde man mit dem Einsatz von Nuklearwaffen doch einen Präzedenzfall schaffen, in dessen Folge Nuklearwaffen ihre Sonderstellung nach und nach einbüßen und zu immer einsetzbareren Waffen würden.

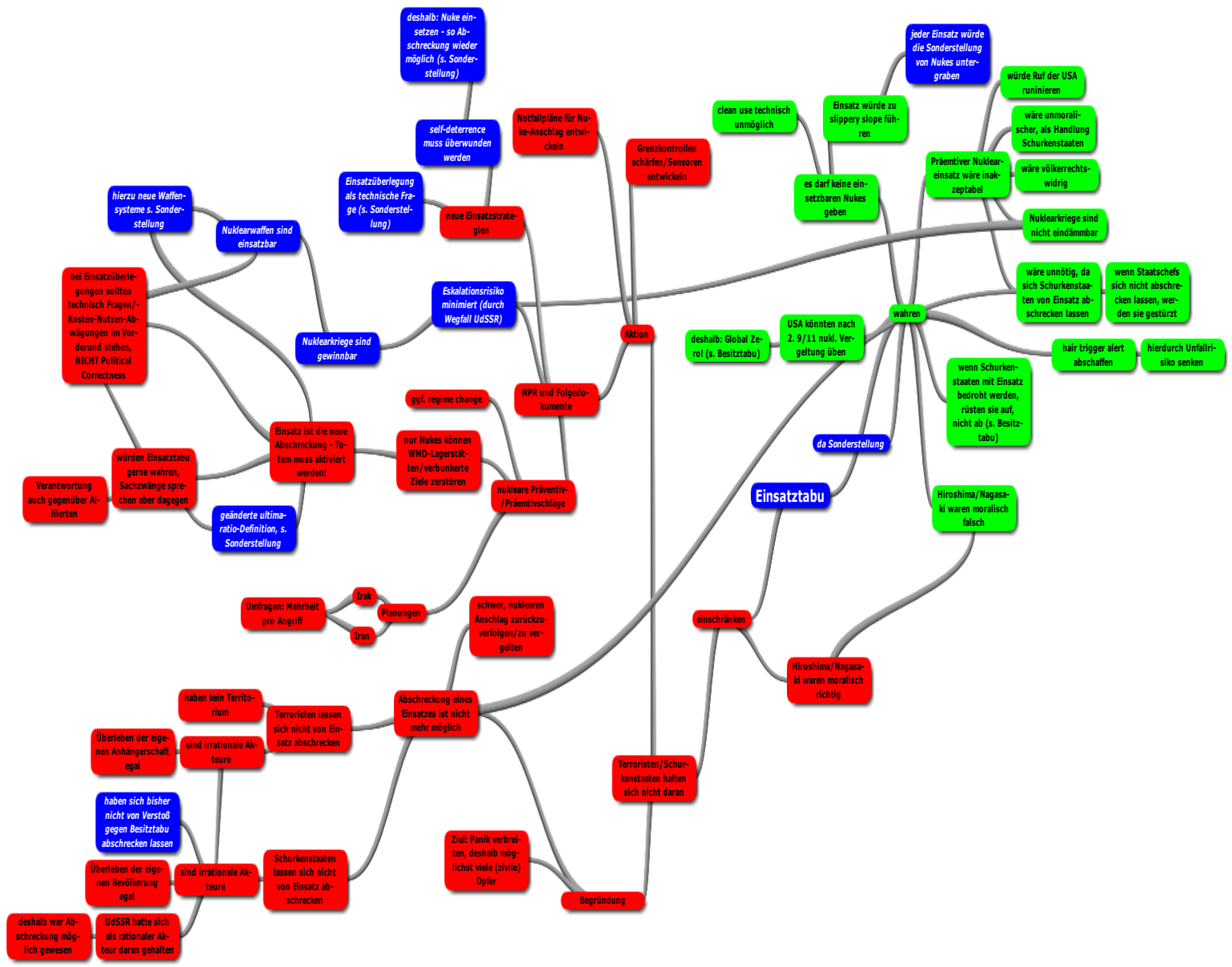
Neben dieser auf zukünftige Einsätze gerichteten Debatte ergab sich nach dem Tod Tibbets bezüglich des zurückliegenden, ersten Einsatzes in Hiroshima eine kleine Nebendebatte (Felder: „*Hiroshima/Nagasaki waren moralisch falsch*“ bzw. „*...waren moralisch richtig*“).

---

<sup>2120</sup> “The collateral damage from reduced-yield nuclear weapons might well exceed the expectations of optimists and, in the process, also bring into question American or NATO motives and ethics.” Cimbala, Stephen J. 2010: Nuclear Weapons and Cooperative Security in the 21st Century: The New Disorder, London, S. 69.

<sup>2121</sup> “Refusal to rule out the use of small, ‘tactical’ nukes (...) evokes the prospect of U.S. atomic bombs killing large numbers of civilians, and it could convince other nations that the only path forward is to arm themselves against the United States.” Editorial der *USA Today* vom 11.06.2007 mit dem Titel “Loose talk about nukes could sink U.S. interests”.

**Folgende Seiten: Abb. 5: Das Einsatztabu**



### Das Besitztabu – beibehalten, ausweiten oder umschreiben?

Die weitaus meisten Argumente wurden in Bezug auf das Besitztabu ausgetauscht, so dass das *MindMap* hierzu die größte Anzahl von Stichpunkten aufweist. Dies ist nicht weiter verwunderlich, lassen sich unter diesem Tabuelement doch die für die US-Nukleardebatte zentralen Fragen zusammenfassen, ob und wie die USA nuklear aufrüsten sollten, welche Staaten besitzberechtigt sein sollten und ob eine vollkommene nukleare Abrüstung möglich sei.

Auf der *grünen Seite* des *MindMaps* finden sich in diesem Fall ausschließlich Positionen der BefürworterInnen des "klassischen" nuklearen Tabus, ausgehend von dem Feld „*Nukes sind per se schlecht*“. Aus diesem Grundsatz folgen die Überzeugungen, dass *kein Staat besitzberechtigt* sei und dass die Welt umso *sicherer* würde, je *weniger* Nuklearwaffen es gäbe. Aufgrund dieser Annahmen wurde eine Reihe von *Aktionen* eingeleitet bzw. gefordert (s. gleichnamigen Debattenstrang):

- Feld „*Abrüstungsabkommen*“: Im Zentrum der Debatte stand dabei einer Stärkung der einschlägigen Abrüstungsabkommen, die nicht nur die Beibehaltung des bestehenden Besitztabus (wie es insbesondere durch den NPT formuliert worden war) sichern, sondern helfen sollten, das Besitztabu auf sämtliche Staaten und Nuklearwaffen auszuweiten (s. Felder zu „*NPT*“, „*Teststopp*“ und „*FMCT*“).
- Feld „*Entwicklung nuclear transfer taboo*“: Zusammen mit der Stärkung internationaler Abrüstungsverträge sollte die Entwicklung eines „*nuclear transfer taboos*“, welches u.a. die Sicherung aller *loose nukes* umfassen sollte, den Weg zu einer nuklearwaffenfreien Welt ebnen.
- Feld „*Begründung*“: Aus diesen Überzeugungen und der Ansicht, dass das Verhalten der USA in Nuklearfragen die Handlungen anderer Staaten direkt beeinflussen könne, leiteten sie zwei grundlegende Forderungen für die Nuklearpolitik ihres Landes ab: Es nötig, Nuklearwaffen durch *de-emphasizing* für alle weniger erstrebenswert zu machen (z.B., indem man die Waffen nicht mehr auf *hair trigger alert*-Status hielt)....
- Feld „*keine eigenen Nukes bauen!*“: ...und entsprechend kontraproduktiv, selbst auf-, statt abzurüsten und damit andere Staaten – insbesondere solche, die sich durch die USA bedroht sahen – ebenfalls zum Aufrüsten zu animieren. Dementsprechend wandten sich SchützerInnen des Besitztabus zunächst gegen die Forschung und Entwicklung von RNEPs und *mini-nukes*. Das Argument der BefürworterInnen dieser Rüstungsprojekte, dass diese kleineren Nuklearwaffen aufgrund ihrer technischen Eigenschaften nicht unter das nukleare Tabu fallen würden, wiesen sie ebenso entschieden zurück, wie die Überzeugungen, dass für die Entwicklung dieser Bomben keine Nukleartests nötig seien, ihr Bau mit den

Vorgaben des NPT in Einklang zu bringen sei und keinen Einfluss auf die Rüstungsbestrebungen anderer Staaten hätte.<sup>2122</sup> Dieser argumentative Austausch wiederholte sich wenige Jahre später in Bezug auf den RRW, welcher überdies vor dem Hintergrund des SSP und der Tatsache, dass das alternde US-Arsenal für etwaige Vergeltungsschläge völlig ausreichend sei, als überflüssig angesehen wurde.

- Felder „*Abolitionismus*“ / *grün*: Die Frage nach einer evtl. Modernisierung des US-Nukleararsenals befruchtete die Abolitionismus-Diskussion Ende der 2000er Jahre, für die es zehn Jahre zuvor bereits eine Vorläuferdebatte gegeben hatte (s. Argumentationsstränge ab den Feldern „*1990er Jahre*“ bzw. „*ab 2007*“). In beiden Debatten wurde die Ansicht vertreten, Nuklearwaffen seien typische Waffen des Kalten Krieges, deren Existenzberechtigung heute nicht mehr gegeben sei. Diese Sicht wurde in der späteren Debatte mit dem Argument untermauert, dass mit einer Abschreckungswirkung dieser Waffen auf die aktuellen Feinde der USA nicht mehr zu rechnen sei (was der Überzeugung vieler BefürworterInnen des Einsatztabus widersprach), sie also ihren früheren Hauptzweck heute nicht mehr erfüllen könnten. Zudem erlangte in der Debatte ab 2007 die Überzeugung an Bedeutung, dass eine vollständige Abrüstung der einzige Weg sei, die außer Kontrolle geratene, horizontale Proliferation von Nuklearwaffen wieder einzudämmen. Da es zudem mittlerweile überzeugende konventionelle Alternativen zu Nuklearsprengköpfen gebe, sei die auch von Präsident Obama vertretene Abolitionismus-Forderung *“a hard-nosed, realistic approach: U.S. leadership on reducing the number of nuclear weapons in the world is essential to achieving U.S. security.”*<sup>2123</sup>

GegnerInnen der dieser Abolitionismus-Forderungen, deren Argumente in *rot* gekennzeichnet sind und sich aus dem Feld „*Gegenarg*“ ableiten, sahen diese Überzeugungen v.a. als Ausdruck eines traumtänzerischen Idealismus an, welcher mit realpolitischen Gegebenheiten nicht in Einklang zu bringen sei. So seien Nuklearwaffen keinesfalls „Sonderwaffen“ des Kalten Krieges, die nach dessen Ende auf den Sondermüll gehörten, sondern hätten auch in der Zeit vor und nach dem Ost-West-Konflikt eine wichtige Rolle gespielt (Feld: „*Nukes gab es schon vor dem Kalten Krieg*“). Zudem sei es keineswegs so, dass die Welt durch die Abschaffung von Nuklearwaffen friedlicher würde (so wie sie vor dem Bau der ersten Atombombe nicht besonders friedlich gewesen sei), zumal das Wissen über die Konstruktion dieser Waffen mit ihrer Abrüstung nicht verloren ginge, das Problem eines Ausbrechens aus Abrüstungsvereinbarungen also nur auf die Ebene des Wissens und der

<sup>2122</sup> *“Even if a strong case can be made for new U.S. nuclear weapons, development and production of these weapons would undermine U.S. commitments under the nuclear Non-Proliferation Treaty.”* Pena, Charles V. 2003: Mini-Nukes and Preemptive Policy. A Dangerous Combination, in: CATO Institute Policy Analysis, Nr. 499, S.5.

<sup>2123</sup> Leserbrief in Reaktion auf Obamas Prager Rede von Gonlund, Lisbeth 2009: Security and Nuclear Talks, in: WP, 12.04.2009.

Infrastruktur zum schnellen Bau einer neuen, ersten Bombe verschoben würde (Feld: „*man kann das Wissen...*“). Zudem waren TabukritikerInnen auch hier davon überzeugt, dass die nuklearpolitischen Aktionen der USA diejenigen anderer Staaten nicht in dem von TabubefürworterInnen gewünschten Maße beeinflussen könne (Felder: „*andere Haves...*“ und „*andere Staaten...*“): Andere *haves* zeigten keinerlei Interesse, sich die Abrüstungsphantasien des US-Präsidenten zu eigen zu machen, sondern würden, ebenso wie alliierte *have-nots*, eher zu verstärkter Aufrüstung motiviert.

Abolitionismus-BefürworterInnen und -gegnerInnen operierten also in der Frage, ob andere Staaten eher auf- oder abrüsten würden, wenn die USA sich einer Welt ohne Nuklearwaffen verschrieben, mit völlig konträren Annahmen. Während Obama häufig betonte, das es *“is naive for us to think (...) that we can grow our nuclear stockpiles, the Russians continue to grow their nuclear stockpiles, and our allies grow their nuclear stockpiles, and that in that environment we’re going to be able to pressure countries like Iran and North Korea not to pursue nuclear weapons themselves”*,<sup>2124</sup> war es aus Sicht der Abolitionismus-GegnerInnen angesichts der neuen, ebenso unklaren wie unsicheren Bedrohungssituation der USA geradezu idiotisch, sich im Alleingang seiner stärksten Waffen zu berauben. Entsprechend lehnten sie auch die Stärkung von Abrüstungsverträgen, die als Zwischenschritte hin zu einer nuklearwaffenfreien Welt angesehen wurden, entschieden ab.

Nur ein Argument für eine nuklearwaffenfreie Welt fand auch in Kreisen des Militärs einige UnterstützerInnen, nämlich der Hinweis, dass die USA aufgrund ihrer enormen konventionellen Überlegenheit nur durch Nuklearangriffe wirklich gefährdet werden könnten (Feld: „*wg. konventioneller Überlegenheit...*“).

Wenden wir uns nun der linken, durchweg *roten Seite* des *MindMaps* zu. Hier findet sich, wie schon bei der Übersicht zur Sonderstellung von Nuklearwaffen, die Grundannahme, dass Nuklearwaffen nur dann etwas Schlechtes seien, wenn sie in die falschen Hände gerieten (Feld: „*Nukes sind nicht per se schlecht*“). Nuklearen Hohepriestern, zu denen sich die USA als *responsible nuclear power* selbstverständlich selbst zählten, stünde der Besitz dieser prestigeträchtigen und für die Weltsicherheitsarchitektur überaus bedeutenden Waffen zweifellos zu (Feld: „*bestimmte Staaten...*“). Hieraus leiteten sich wiederum zwei Grundüberzeugungen ab, nämlich erstens, dass „nuklearen Irren“ der Besitz von Nuklearwaffen um jeden Preis untersagt werden sollte (Debattenstrang „*Proliferation in die falschen Hände unterbinden*“) und zweitens, dass die USA und ihre Verbündeten auch nuklear aufrüsten könnten, ja sollten (Debattenstrang „*Proliferation in die richtigen Hände ok*“). Mehr Nuklearwaffen könnten damit – in den richtigen Händen – zu *größerer* internationaler Sicherheit führen, zumal sich horizontale Proliferation an „nukleare Irre“ nur durch vertikale Proliferation in den USA verhindern ließe.

---

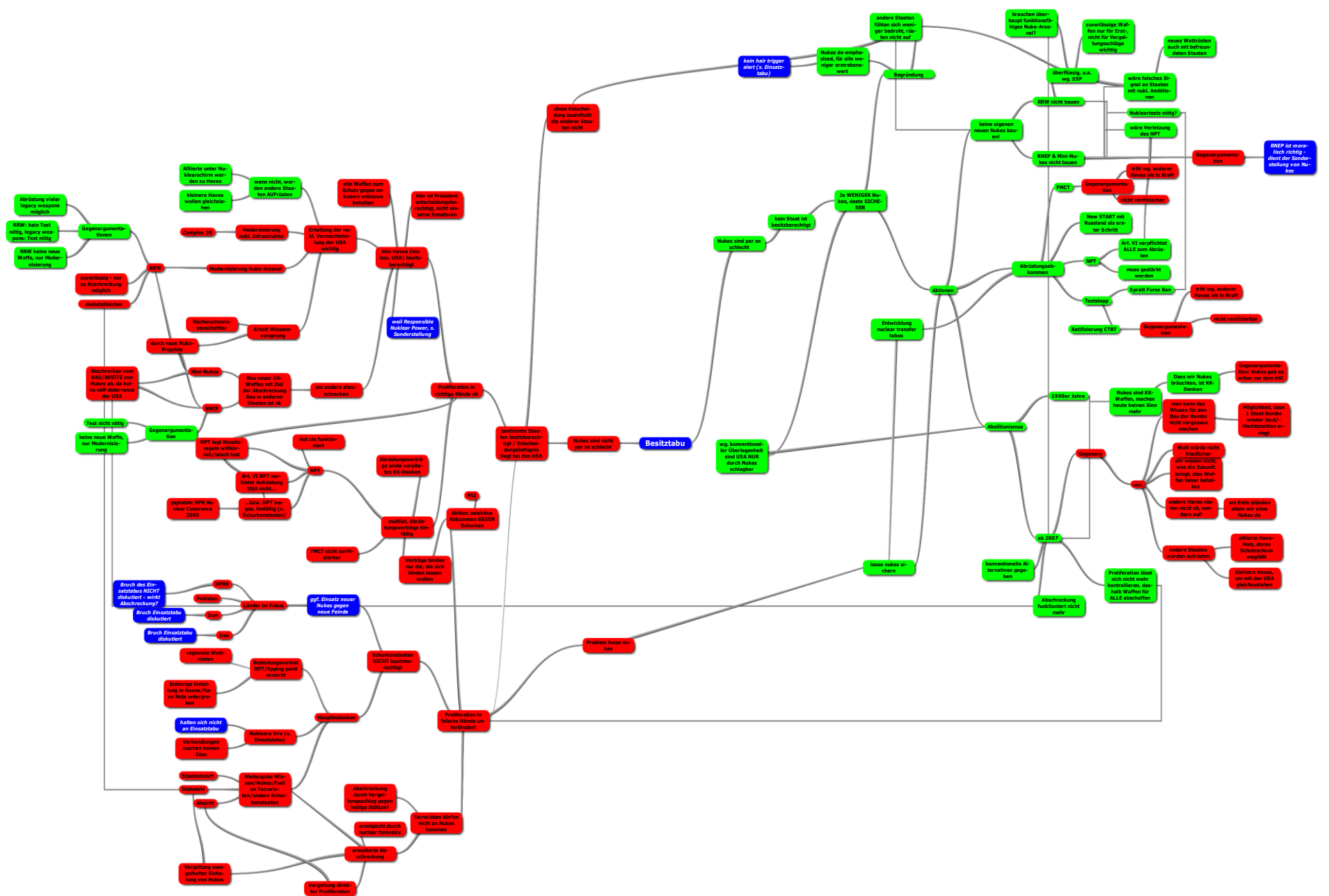
<sup>2124</sup> Zitiert in: Broad, William J./Sanger, David E. 2009: The Long Arc of a Nuclear-Free Vision, in: NYT, 05.07.2009.



Der letztgenannte Debattenstrang („*Proliferation in die richtigen Hände ok*“) teilte sich allerdings in mehrere Unterstränge: Es gab unterschiedliche Ansichten in der Frage, ob das Ziel der US-Nuklearpolitik die Beibehaltung des Besitztabus in seiner bisherigen Form – also insbesondere die durch den NPT vorgenommene Einteilung in *haves* und *have-nots* – sei sollte (Strang „*Alte Haves (insbes. USA) besitzenberechtigt*“) oder ob eine Neugestaltung des Besitztabus entlang der Einteilung in *responsible nuclear powers* und „nukleare Irre“ angezeigt sei (Strang „*NPT legt Besitzregeln willkürlich / falsch fest*“). In Verbindung mit letzterer Ansicht stand die Überzeugung, dass die Entscheidung, welche anderen Mitglieder der internationalen Staatengemeinschaft ein Anrecht auf Mitgliedschaft im nuklearen Club hätten, in erster Linie bei den USA liege. In Verbindung mit der erstgenannten Ansicht stand die Forderung, die althergebrachte nukleare Hierarchie müsse sich auch innerhalb der USA insofern niederschlagen, als dem US-Präsidenten die Entscheidung über Nuklearfragen zustehe (Feld: „*hier ist Präsident...*“). Die USA sollten darauf bedacht sein, ihre nukleare Vormachtsstellung zu behalten, bzw. sogar auszubauen, indem sie ihre Wissenschaftselite, ihre nukleare Infrastruktur und ihr Arsenal auf dem neusten Stand hielten (Feld: „*Erhaltung der nuklearen Vormachtsstellung der USA wichtig*“). Dass diese Forderung häufig von Mitarbeitern bzw. der Führungsebene der *National Laboratories* erhoben wurde, ist vor dem Hintergrund der Entstehungsgeschichte des nuklearen Tabus besonders interessant: Während ein Teil der am *Manhattan-Project* beteiligten Physiker einst aufgrund der Verzweiflung über die Folgen der eigenen Innovation eine maßgebliche Rolle bei der Entstehung des nuklearen Tabus gespielt hatte,<sup>2125</sup> haben ihre heutigen Nachfolger mit ihren Argumenten zur Erosion des nuklearen Tabus beigetragen. Die „Hohepriester“ der Wissenschaft waren nicht nur beschäftigungslos geworden, sondern fürchteten auch ein Aussterben ihres „Standes“, weil das nukleare Totem an Bedeutung verloren hat – die Reaktivierung des Totems, also die Modernisierung des US-Arsenals, schien als ein naheliegender Weg aus der eigenen Überflüssigkeit. Geschehe dies nicht, würden andere Staaten dies als Ansporn verstehen, selbst aufzurüsten und für die eigene nukleare Sicherheit zu sorgen, bzw. mit den USA gleichzuziehen. Außerdem bestehe die Gefahr, die Abschreckungsfähigkeit der USA einzubüßen – wobei bei der Debatte über den RNEP und *mini-nukes* eher mit einem erweiterten Abschreckungskonzept, das Staaten mit nuklearen Ambitionen von Bau und Besitz dieser Waffen abhalten sollte, hantiert wurde, während bei der Debatte über den RRW eher ein klassischer Abschreckungsbegriff zu Grunde gelegt wurde (dessen Gültigkeit nach Ende des Kalten Krieges entsprechend angezweifelt wurde).

## Folgende Seiten: Abb. 6: Das Besitztabu

<sup>2125</sup> Vgl. S. 228ff. der Arbeit.



Bezüglich der Frage, inwiefern sich diese Ansichten mit internationalen Abrüstungsverträgen verträglich, waren die Meinungen geteilt:

- *Grüne* Felder zu den Projekten des RNEP und des RRW: Diejenigen DebattenteilnehmerInnen, die die Idee eines allgemeinen Besitztabus nicht grundsätzlich ablehnten, pochten darauf, dass Rüstungsprojekte wie der RNEP und der RRW keine Verstöße gegen internationale Abkommen darstellten, da es sich nicht um neuentwickelte Waffen, sondern lediglich um modernisierte Varianten alter Sprengköpfe handele, die zudem nicht getestet werden müssten, also keinen Bruch des (nicht in Kraft getretenen) CTBT oder des nationale Teststoppmoratoriums nötig machen würden (s.). Auch würden diese Projekte keinen Verstoß gegen Art. VI des – ausdrücklich als Rüstungskontrollvertrags interpretierten – NPT darstellen.
- Feld „*multilat. Abrüstungsverträge* *hinfällig*“: Auf der anderen Seite des “roten” Spektrums standen diejenigen DebattenteilnehmerInnen, die internationale Verträge entweder als Relikte des Kalten Krieges, die heute keinerlei Nutzen mehr brächten, abtaten oder nie an deren Sinn geglaubt hatten, da sich ohnehin nur diejenigen Mitglieder der Völkergemeinschaft solchen Regelwerken unterwerfen würden, die ein Interesse an der Einhaltung dieser Verträge hätten – “Schurkenstaaten” und Terroristen würden den Verträgen fern bleiben oder sie brechen.

In Bezug auf das Besitztabu warfen sich TabubefürworterInnen und –gegnerInnen also gegenseitig vor, in den Denkstrukturen des Kalten Krieges verhaftet zu sein: Während die VertreterInnen der “roten Seite” das Setzen auf multilaterale Abrüstungsverträge als längst nicht mehr zeitgemäß ansahen (rotes Feld: „*Abrüstungsverträge sind veraltetes Kalter Kriegs-Denken*“),<sup>2126</sup> pochten VertreterInnen der “grünen Seite” darauf, dass Nuklearwaffen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts generell ihre Funktion eingebüßt hätten (grünes Feld: „*Nukes sind Kalter Kriegs-Waffen, machen heute keinen Sinn mehr*“).<sup>2127</sup> Hierbei ist besonders interessant, dass die nun von beiden Seiten negativ besetzten Denkstrukturen des Ost-West-Konfliktes natürlich auch diejenigen des aus dieser Epoche stammenden nuklearen Tabus waren. Hieran rüttelten TabugegnerInnen u.a., indem sie forderten, die Regeln des Besitztabus müssten, unabhängig von bestehenden Verträgen, grundsätzlich neu gefasst werden. Dabei wurde insbesondere der NPT kritisiert, da der Vertragstext sich nicht an der

<sup>2126</sup> So wurden z.B. Obamas vorsichtige Versuche, den CTBT ratifizieren zu lassen (sic!), als heute gefährliches Kaltes-Kriegs-Denken zurückgewiesen: “*America needs an informed and rigorous national debate before adopting defense budget cuts and arms control initiatives that reflect nostalgia for a world now gone -- but that risk blowing up the one we now inhabit.*” Gaffney, Frank 2009: The Cold War is over; Opposing view: Threat of nuclear proliferation is no longer just about U.S., Russia, in: USA Today, 14.04.2009.

<sup>2127</sup> Keine der beiden Ansichten ist historisch korrekt: Einerseits wurden wichtige Abrüstungsverträge wie der CTBT erst nach dem Ende des Kalten Krieges ausgehandelt, andererseits fanden Atombomben bekanntlich zunächst am Ende des Zweiten Weltkrieges Verwendung.

Frage, welche Nationen als *responsible nuclear power* gewertet werden könnten, orientierte. Als Gegenentwurf wurde die PSI als *ein* neues Mittel präsentiert, um Nuklearwaffen aus den Händen von „Schurken“ und Terroristen fernzuhalten (Feld: „PSI“).

Einig waren sich alle DebattenteilnehmerInnen des „roten“, tabugefährdenden Lagers darin, dass es unbedingt gelte, *Proliferation in die „falschen“ Hände zu unterbinden* (s. gleichnamigen Debattenstrang), wobei in Maßnahmen gegen „Schurkenstaaten“ und Maßnahmen gegen *Terroristen* unterschieden werden kann (s. gleichnamige Stränge). Eine horizontale Proliferation in „Schurkenstaaten“ sei um jeden Preis zu verhindern, da nicht mit einem rationalen Umgang mit diesen Waffen von Seiten dieser Staaten zu rechnen sei und sie (Achtung, Widerspruch!) das NPT-Regime an den Rand des Zusammenbruchs brächten. Um zu verhindern, dass Terroristen in den Besitz von Nuklearwaffen kämen, wurde zudem das Konzept der erweiterten Abschreckung (also der Abschreckung von der Weitergabe von Nuklearwaffen) erdacht und mit der (Weiter-)Entwicklung der nuklearen Forensik untermauert.

Einer der wenigen Punkte, in denen BefürworterInnen und GegnerInnen eines allgemeinen Besitztabus übereinstimmten, war die Notwendigkeit der Sicherung von *“loose nukes”*, wobei die auf der „grünen“ Seite zu verorteten DebattenteilnehmerInnen, wie z.B. Präsident Obama, diesem Schritt weitaus größere Bedeutung zumaßen (s. rotes Feld *„Problem loose nukes“* und grünes Feld *„loose nukes sichern“*).

### *Das Sprachtabu: die Diskussion aus der Vogelperspektive*

*“On Nukes, We Need to Talk.”<sup>2128</sup>*

Einige der Unterdiskurse wurden von den DebattenteilnehmerInnen selbst aus der Metaperspektive betrachtet, d.h. in ihrer Gesamtheit gefordert oder kritisiert. Hierbei ergab sich häufig die interessante Konstellation, dass BefürworterInnen des nuklearen Tabus eine Debatte über einzelne Themen mittragen oder sogar forderten, was (unbeabsichtigt) zulasten des Sprachtabus ging. Dieser besonderen Debattenkonstellation entsprechend habe ich das entsprechende Schaubild nicht in eine linke, rote Seite und eine rechte, grüne Seite eingeteilt, sondern diese Einteilung auf (blau markierte) einzelne Aspekte der Debatte bezogen. Dabei finden sich in den grünen „Sprechblasen“, derjenigen, die eine Diskussion ablehnten und – im Sinne des Sprachtabus – die Position der TabuschützerInnen wiedergeben sollten, überraschend häufig Argumente der TabugegnerInnen.

### **Folgende Seiten: Abb. 7: Das Sprachtabu**

<sup>2128</sup> Gottemoeller, Rose 2002: On Nukes, We Need to Talk, in: WP, 02.04.2002.



- Grüne Felder „*neue nuke Projekte*“, „NPR“ und „*nuclear threshold*“: Eine solche Debattenkonstellation fand sich z.B. am Beginn meines Untersuchungszeitraums in Bezug auf die Unterdebatten zum RNEP und zu *mini-nukes* sowie zur NPR und der durch die neue Strategie möglicherweise gesenkten *nuclear threshold*: Die überwiegende Mehrzahl der BefürworterInnen dieser Projekte (inklusive der US-Administration) versuchte, die Debatte hierüber möglichst zu unterbinden und zu delegitimieren – etwa mit dem Argument, die Diskussion über die US-Nuklearstrategie spiele den Feinden in die Hände oder die Diskussion sei völlig überzogen, da es gar nicht um die Neuentwicklung von Waffen gehe. Die US-Administration nutzte die – spätestens seit dem Durchsickern der NPR recht breit geführte – Diskussion als *nicht* als *window of opportunity*, um die eigenen Standpunkte argumentativ zu untermauern, obwohl sie damit, wenige Jahre nach “9/11”, möglicherweise Erfolg gehabt hätte. Stattdessen wurden Argumente, die die eine neue US-Nuklearstrategie, inklusive neuer Waffen, offensiv begründeten, meist von konservativen *think tanks* und JournalistInnen vertreten.
- Rote Felder „*neue nuke Projekte*“, „NPR“ und „*nuclear threshold*“: Am Laufen gehalten wurde die Debatte aber vor allem von KritikerInnen dieser Projekte, die alles daran setzten, diese politischen Ansätze öffentlich zu skandalisieren und lautstark *naming and shaming* zu betreiben – gerade weil sie das Handeln der US-Administration als Gefährdung des nuklearen Tabus wahrnahmen. Da sie sich hierbei häufig auf Argumentationen über strategische oder technische Aspekte von Nuklearwaffen einließen (z.B., ob ein RNEP tatsächlich verbunkerte Anlagen zerstören könne), erweckten sie zudem den – für das nukleare Tabu fatalen – Eindruck, dass der Einsatz von Nuklearwaffen diskursiv (neu) ausgehandelt werden könne. Statt sich also auf die Position zurückziehen, dass ein solcher Einsatz aufgrund der Sonderstellung von Nuklearwaffen von vornherein undenkbar sei, kamen sie ihren “DebattengegnerInnen” entgegen, indem sie (unbeabsichtigt) die hinter solchen Argumenten stehenden Annahme “kauften”, dass es Situationen geben könne, in denen der Bau einsetzbarer Nuklearwaffen und deren tatsächlicher Abwurf legitim und nützlich sei.

Einigen TabubefürworterInnen war möglicherweise bewusst, dass ihre “DiskussionskollegInnen” hiermit selbst gegen das nukleare Tabu verstießen und tragischerweise zu *entrepreneurs* der Normerosion wurden (Debattenstrang: „*Sonderstellung generell*“): Einige, wenige Stimmen lehnten die direkt gegen das Sprachtabu gerichtete Forderung der TabugegnerInnen, man müsse den Bau und Einsatz von Nuklearwaffen aufgrund der neuen Sicherheitsrisiken offen erwägen dürfen, ohne auf die Einhaltung überkommener und lästiger Grundsätze der *political correctness* achten zu müssen,<sup>2129</sup> ab. Sie

<sup>2129</sup> Das *political correctness*-Argument findet sich u.a. bei Banescu, Chris 2004: Pro-Osama Nuclear Policy, Center for Security Policy, 06.10.2004. Ähnlich beschwerte sich Jack Spencer (*Heritage Foundation*) über die

beharrten auf ihrem Grundsatz, dass hinter dieser *political correctness* wichtige ethische Grundsätze stünden, die nicht zugunsten einer vermeintlich offeneren Debatte über Bord geworfen werden dürften. Hierbei wurde (allerdings sehr selten) sogar direkt auf das Sprachtabu verwiesen: *“Surely nukes won’t be used in Iraq. But by noisily weighing their options, officials are undermining the taboo against such arms.”*<sup>2130</sup> (Nur) an dieser Stelle erkannten einige TabubefürworterInnen also, dass sie, wenn sie sich auf eine Diskussion ohne Tabus über Bau und Einsatz neuer Nuklearwaffen einließen, ihre normativen Grundsätze bereits verraten hatten und die Debatte somit wahrscheinlich zu ihren Ungunsten ausgehen würde.

Eher mit dem Sprachtabu in Einklang zu bringen waren die Positionen der TabubefürworterInnen in Bezug auf die kleine Debatte über die Einordnung des Atombombenabwurfs über Hiroshima nach dem Tod Tibbets (Feld: „*Hiroshima*“), die sie ablehnten und sich kaum an ihr beteiligten.

Bezüglich des Diskurses über Nuklearterrorismus versuchten TabubefürworterInnen ebenfalls, das Sprachtabu zu wahren, indem sie die Debatte als “gehyped” bezeichneten, was TabugegnerInnen wiederum als skandalöse Missachtung der Sicherheitsbedürfnisse der USA auslegten (s. Feld „*Nuklearterrorismus*“).

Interessanterweise drehte sich die Situation bezüglich der Frage, ob das Führen einer Nukleardebatte eher den TabubefürworterInnen oder den TabugegnerInnen in die Hände spielte, gegen Ende meines Untersuchungszeitraums völlig: In den frühen Jahren meines Untersuchungszeitraums hatten, wie oben gesehen, v.a. die BefürworterInnen einer tabugefährdenden Nuklearstrategie eine Debatte “ohne Tabus” gefordert, um von der Richtigkeit und Notwendigkeit neuer Waffen (RNEP/*mini-nukes*) und neuer Strategien (NPR und Nachfolgedokumente) sachlich überzeugen zu können. In der durch das Erscheinen des Abolitionismus-Artikels der *Gang of Four* angestoßenen Debatte seit ca. 2007 bedeutete das Führen einer US-Nukleardebatte “ohne Tabus” jedoch das genaue Gegenteil (Argumentationsstrang: „*Grundsatzdebatte Nuklearstrategie*“): Mit einer Debatte „ohne Tabus“ war nun die Aufforderung an KritikerInnen des Einsatz- und Besitztabus gemeint, ihre Überzeugungen, dass Nuklearwaffen für die Sicherheit der USA und die Stabilität des internationalen Systems (weiterhin) unverzichtbar seien, kritisch zu hinterfragen und sich auf die sachlichen Argumente der Abolitionismus-BefürworterInnen, dass eine Welt ohne Nuklearwaffen für alle sicherer sei, einzulassen. Je breiter diese Debatte geführt (und nicht sofort als naiv abgetan) wurde, desto mehr wurde das nukleare Tabu *gestärkt*. Dies erscheint im Hinblick auf die Annahme, dass ein Tabu automatisch geschwächt wird, wenn offen darüber diskutiert werden kann, als äußerst seltsame Konstellation. Mit Blick darauf, welche

---

Hemmungen in der Debatte aus Angst vor einem schlechten Ruf der USA, zitiert in: Struck, Doug 2003: U.S. Focuses On N. Korea’s Hidden Arms, in: WP, 23.06.2003.

<sup>2130</sup> Kristof, Nicholas D. 2003: Flirting With Disaster, in: NYT, 14.02.2003. Auch John Isaacs vom *Council for a Livable World* stellte fest, dass es sich bei der Erörterung neuer Einsatzoptionen um “*very, very dangerous talk*” handele. Zitiert in: Richter, Paul 2002: U.S. Works Up Plan for Using Nuclear Arms, in: Los Angeles Times, 09.03.2002.

Überzeugungen in der Abolitionismus-Debatte der 2000er Jahre jedoch *nicht* zur Debatte standen, lässt sich dieser scheinbare Widerspruch jedoch schnell auflösen: Wie auf den zuvor beschriebenen *MindMaps* zum Besitztabu zu sehen war, wurde in der Debatte als gültig vorausgesetzt und entsprechend nicht diskutiert, dass Nuklearwaffen *per se* moralisch verwerflich seien und ihnen eine Sonderstellung eingeräumt werden müsse, die ihren Einsatz selbstverständlich verbiete. Die Kernelemente des nuklearen Tabus wurden in dieser Debatte also überhaupt nicht hinterfragt – was sich vor dem Hintergrund der Debatten über die Nuklearpolitik Bushs, in denen all diese Themen plötzlich auf den Prüfstand gestellt worden waren, als erstaunliche Wende ausnimmt. Offensichtlich wurden all diese zentralen Themen schon vor dem Regierungswechsel im Weißen Haus zunehmend retabuisiert.

#### 6.2.4 Empiriefazit: erst Erosion, dann Retabuisierung

Vergleicht man die bisher dargestellten Entwicklungen mit den Erosionskriterien, die ich aus dem einführenden Kapitel zum nuklearen Tabu abgeleitet hatte,<sup>2131</sup> so fallen zwei Aspekte auf: Erstens hat sich ein Großteil der Erosionskriterien leider tatsächlich bewahrheitet. Zwar sind einige wenige der genannten Kriterien nicht, dafür jedoch über die formulierten Kriterien hinaus noch einige weitere tabuschädliche Entwicklungen aufgetreten. Trotz dieser Normerosion hat, zweitens, gegen Ende meines Untersuchungszeitraums ein Prozess der Retabuisierung eingesetzt, so dass die im Folgenden kurz benannten Erosionstendenzen wenn nicht umgedreht, so doch zumindest gestoppt werden konnten. Dementsprechend ist auch dieses Empiriefazit zweigeteilt: Zunächst werde ich vor dem Hintergrund der Erosionskriterien die eingetretenen Erosionstendenzen zusammenfassen und interpretieren, um mich in einem zweiten Abschnitt dem Prozess der Retabuisierung zuzuwenden.

##### *Abgleich mit Erosionskriterien: mehrheitlich eingetreten*

Die aus dem Einführungskapitel abgeleiteten *Erosionskriterien zur Sonderstellung* von Nuklearwaffen sind, bis auf eines, eingetreten: Es kam sowohl zu einer “sprachlichen Konventionalisierung” von Nuklearwaffen durch die häufige Verwendung von Euphemismen, die bestimmte Sprengköpfe als weniger unmoralisch erscheinen ließen, wie auch zu Ansätzen einer technischen Konventionalisierung dieser Waffen, im Sinne eines Baus von kleinen Nuklearwaffen, die – gemäß der neuen, auf solche Kriege zugeschnittenen Strategien – wie konventionelle Bomben eingesetzt werden sollten. Dies bedeutete, wie ebenfalls im Einführungskapitel angedeutet, dass eine Differenzierung innerhalb der Kategorie dieser “Sonderwaffen” vorgenommen wurde: Nicht mehr alle Nuklearwaffen sollten von vornherein als unmoralisch und somit tabu gelten, sondern nur noch ein Teil dieser Waffen. Diese Ausdifferenzierung, die von TabuschützerInnen äußerst kritisch kommentiert wurde, führte jedoch nicht, wie befürchtet, zu einem “*kritische[n] Blick auf die Irrationalität der eigenen Tabuvorstellungen*” in dem Sinne, dass eine Begründung für die

---

<sup>2131</sup> Vgl. S. 244 der Arbeit.



Sonderstellung *sämtlicher* Nuklearwaffen gefordert und dieses Element des Tabus insgesamt in Frage gestellt worden wäre.<sup>2132</sup> Dagegen trat wiederum die Befürchtung ein, dass TabukritikerInnen verstärkt auf die – im Vergleich zu Zeiten des Kalten Krieges – weit weniger dramatischen Folgen eines Nuklearschlags durch die USA hinwiesen. Solche Horrorvorstellungen waren in der Vergangenheit eine wichtige Grundlage des nuklearen Tabus gewesen.

Es sei allerdings darauf verwiesen, dass diese unter TabukritikerInnen weit geteilte, erosionsfördernde Annahme aus meiner Sicht fragwürdig ist, da die USA noch immer mit einem apokalyptischen Szenario zu rechnen hätten, sollten sie jemals einen Nuklearangriff auf Russland oder China wagen (wozu momentan wenig Anlass besteht). Ein solches Weltuntergangsszenario ist also v.a. deshalb aus dem Bereich des Wahrscheinlichen gerückt, weil die USA die Ziele evtl. Nuklearschläge, wie etwa durch die NPR, eigenmächtig verändert, d.h. in erster Linie kleinere *have-nots*, die eben nicht zu Zweitschlägen mit katastrophalen Konsequenzen in der Lage wären, ins Visier genommen haben.<sup>2133</sup> Aus Sicht der Autorin ist das verminderte Eskalationsrisiko von US-Nuklearkriegen deshalb weniger eine glückliche Fügung der Geschichte, die sich die USA im Sinne eines verstärkten Einsatzes dieser Waffen zu Nutze machen sollten, als ein Ausdruck der von vornherein unmoralischen Politik, *have-nots* mit Nuklearschlägen zu bedrohen.

In Bezug auf die *Erosionskriterien bezüglich des Einsatztabus* bleibt zunächst festzuhalten, dass Nuklearwaffen in keinem der Kriege, die die USA während meines Untersuchungszeitraums führten, eingesetzt wurden. Auch die befürchtete “Salamitaktik”, die Öffentlichkeit z.B. durch nukleare Sprengungen zu zivilen Zwecken langsam auf den Einsatz dieser Waffen vorzubereiten, wurde nicht verfolgt. Das Einsatztabu kam somit (glücklicherweise) nur rhetorisch unter Druck, dies allerdings gleich in doppelter Hinsicht: Erstens wurde der Einsatz von Nuklearwaffen auf höchster politischer Ebene ernsthaft diskutiert und versucht, widersprechende Stimmen mundtot zu machen. Zeitweise wären Nuklearschläge auch seitens der Öffentlichkeit mehrheitlich befürwortet worden. Zweitens wurde das mit dem Einsatztabu verknüpfte Sprachtabu hinterfragt und somit stark beschädigt, da die BefürworterInnen von Nuklearschlägen das unbedingte Festhalten am Einsatztabu als kleinliche Angst vor dem Übertreten der *political correctness* lächerlich machten.

Deutlicher als in Bezug auf das Einsatztabu zeigte sich die Erosion des nuklearen Tabus in Bezug auf das *Besitztabu*. Auch hier trat ein, allerdings von vornherein als recht unwahrscheinlich eingestuftes, Erosionskriterium nicht ein, nämlich die Möglichkeit, dass Nuklearwaffen zunehmend als ganz normale Waffen angesehen und ihr Besitz somit jedem Mitglied der Staatengemeinschaft freigestellt würden. Tatsächlich traf das genaue Gegenteil

---

<sup>2132</sup> S. 244 der Arbeit.

<sup>2133</sup> Ob die UdSSR einen “begrenzten” Nuklearschlag der USA gegen einen kleinen *have-not* nuklear beantwortet hätten, hätte stark von der jeweiligen Situation abgehungen, so dass diese Szenarien hier nicht ausführlich diskutiert werden können.

dieser Entwicklung ein, das ich ebenfalls als möglichen Erosionsfaktor abgeleitet hatte: Die *haves*, allen voran die USA, pochten heftig auf ihren Sonderstatus und zeigten sich nicht nur nicht bereit, eine abrüstungskonforme Auslegung des NPT zu akzeptieren, sondern hoben auch ihr Recht auf eine vertikale Proliferation, d.h. eine kontinuierliche Modernisierung und Erweiterung ihres Nukleararsenals, hervor. Nicht nur in den USA wurde dies u.a. mit dem – sich selbst zugeschriebenen – Status einer *responsible nuclear power* begründet, für die das Besitztabu nicht gelte. Dieses diskursive Konstrukt erwies sich als in doppelter Hinsicht fatal für das nukleare Tabu: Erstens wurde damit suggeriert, dass Nuklearwaffen nicht *per se* problematisch seien, sondern nur, wenn sie in die falschen Hände gerieten und – um letzteres zu verhindern – ein Bruch des Einsatztabus erwogen, wie oben dargestellt wurde.

### *Erosionstendenzen über die Erosionskriterien hinaus*

Leider sind über die von mir abgeleiteten Erosionskriterien hinaus noch fünf weitere, erosionsfördernde Tendenzen im US-amerikanischen Nukleardiskurs aufgetreten, von denen einige auf der Hand lagen, einige weniger offen zu Tage traten:

Sehr deutlich wurde, dass die Rolle von Nuklearwaffen eine starke Ausweitung erfuhr – sowohl im Hinblick auf ihre globale Einsetzbarkeit, als auch auf die in verschiedenen Kriegsszenarien. Darüber hinaus sollte auch die Nuklearwaffen zugeschriebene Abschreckungswirkung ausgeweitet werden, v.a. im Hinblick auf die Abschreckung des Baus und der Weitergabe nuklearer Sprengköpfe.

Hinter dieser Ausweitung stand eine Neudefinition derjenigen Situationen, in denen Nuklearwaffen legitim als *weapons of last resort* eingesetzt werden konnten, welche eng mit der Formulierung einer Strategie von Präventiv- bzw. Präemptivschlägen verknüpft war und welche – angesichts neuer, nicht länger abschreckbarer Feinde – als alternativlos angesehen wurde.

Angesichts sehr eingeschränkter sicherheitspolitischer Handlungsmöglichkeiten, die sich aus der neuen Bedrohungslage ergäben, wie auch technischer Sachzwänge zum Einsatz von Nuklearwaffen (Stichwort: verbunkerte Nuklearanlagen) und der Überzeugung, dass ein *clean use* dieser Waffen möglich sei, formulierten TabugegnerInnen die Ansicht, dass nicht die unbedingte Einhaltung des nuklearen (Einsatz-)Tabus die moralisch “richtige” Position, sondern dass umgekehrt das automatische und unreflektierte Festhalten an einer solchen Position unmoralisch und für die USA höchst gefährlich sei. Somit wurde das Denk- und Sprachtabu, dass das nukleare Tabu lange geschützt hatte, nicht nur hinterfragt, sondern direkt angegriffen und als unmoralisch hingestellt. Die Moral hatte, aus Perspektive der TabugegnerInnen, die Seiten gewechselt.

Durch diese neue Konstellation wurde die Einhaltung des nuklearen Tabus durch die USA nicht mehr mit Stolz betrachtet und als Kriterium herangezogen, sich nicht nur als *responsible nuclear highpriest*, sondern auch als führendes Mitglied der Gruppe zivilisierter Staaten innerhalb der Weltgemeinschaft zu präsentieren – sprich, durch die Einhaltung einer

bestimmten Norm die Zugehörigkeit zu einer bestimmten, als moralisch überlegen angesehenen *in-group* zu demonstrieren. Stattdessen wurde das Tabu als lästige Einschränkung von Handlungsoptionen wahrgenommen (wie Normen sie immer *auch* sind), welche es angesichts der neuen Gefahren im Sinne der eigenen Sicherheit zu durchbrechen galt.

Diese Haltung schlug sich auch gegenüber der (schwachen) rechtlichen Fassung des nuklearen Tabus nieder, wobei insbesondere der NPT “in die Schusslinie” geriet. Zwar war die Auslegung des Art. VI – ganz im Sinne einer *norm contestedness* – schon lange umstritten gewesen, doch wurde nun auch hinterfragt, ob der durch den NPT festgeschriebene, exklusive Club der *haves* auf normativ richtigen Grundlagen oder nicht vielmehr auf Zufall beruhte und somit als hinfällig betrachtet werden müsse. Diese Haltung erlaubte es wiederum, von der bisher traditionell als legitim akzeptierten Einteilung der Welt in *haves* und *have-nots* abzurücken, d.h. neue *haves* (wie Indien) als legitime Mitglieder des “nuklearen Clubs” anzusehen, wie auch (was seltener geschah) die bisher anerkannte Mitgliedschaft von Staaten wie China in diesem “Club” zu hinterfragen. Darüber hinaus wurde die Möglichkeit, nukleare Gefahren durch internationale Verträge einzudämmen, generell stärker *contested* und als “Kalter-Kriegs-Denken” abgetan, womit sich der Kreis zur Frage, wie man den neuen Sachzwängen begegnen müsse und welche Instrumente inzwischen hinfällig seien, schließt.

#### *Debattenverlauf: Erosion ja, aber wie?*

Nicht nur die Inhalte, sondern auch der Ablauf der erosionsfördernden Debatte überrascht in mehrfacher Hinsicht.

Ganz im Gegensatz zur Folterdiskussion setzte der Nukleardiskurs bereits vor den Terroranschlägen vom 11. September 2001 ein. So wurden nicht nur wichtige Rüstungsprojekte (wie *bunker buster*) vor diesem Datum geplant, sondern auch strategische Neuausrichtungen wie die NPR. Rückblickend erscheint die Suche nach dem Umgang mit einer neuen nuklearen Bedrohungssituation, die schließlich in den Ruf nach einsetzbaren Nuklearwaffen, nuklearen Präemptivschlägen und neuen Instrumenten der Proliferationsverhinderung mündete, als (verspätete?) Antwort auf die radikal gewandelte Sicherheitslage nach dem Ende des Kalten Krieges bzw. auf die Erkenntnis, dass die zunächst erhoffte nukleare Friedensdividende – auch aufgrund des Verhaltens der USA – ausblieb und man sich stattdessen mit neuen Fällen nuklearer Proliferation “herumschlagen” musste. Die hierauf entwickelten, durchaus in sich geschlossenen und logischen Gedankengerüste zum Umgang mit den neuen Feinden wurden durch “9/11” allenfalls insofern bestärkt, als nach diesem Ereignis umso deutlicher wurde, dass die bisherigen Abschreckungsdoktrinen zumindest gegenüber einem Teil der neuen Feinde völlig ins Leere liefen, was es einfacher machte, die Forderung nach Präemptivschlägen argumentativ zu untermauern. Darüber hinaus hat die Perzeption dieser Anschläge wohl auch dazu beigetragen, dass sich bei der Mehrzahl der US-AmerikanerInnen keinesfalls ein Gefühl verstärkter Sicherheit einstellte, obwohl – selbst wenn man die Sorge, dass ein nuklearer

Terroranschlag in den USA recht wahrscheinlich ist, teilt – die Gefahr, durch eine Nuklearexplosion zu sterben, für die Einwohner der USA im Vergleich zur Zeit des Kalten Krieges deutlich geringer geworden ist. Ob diese (übertriebene?) Angst mit der durch die ständige Bedrohung des Kalten Krieges geprägte psychologische Grunddisposition vieler US-AmerikanerInnen zusammenhängt, kann hier nur spekuliert werden, erscheint mir jedoch vor dem Hintergrund der einleitenden Bemerkungen über die psychologischen Auswirkungen “der Bombe” als recht plausibel.<sup>2134</sup>

Obwohl die neuen Strategien maßgeblich innerhalb der US-Administration entwickelt wurden, kann die Erosion des nuklearen Tabus nicht als *top-down* Prozess bezeichnet werden. Ganz im Gegenteil schien das nukleare Tabu bei diesen Akteuren zumindest am Beginn meines Untersuchungszeitraums instrumentell (!) zu greifen, da die VertreterInnen der US-Regierung sich sehr bemühten, ihre neuen Strategien und Ansichten vor der Öffentlichkeit zu verbergen. Selbst als diese neuen Ansätze, wie die NPR, “durchsickerten”, bemühten sich die meisten RegierungsvertreterInnen nicht, ihre Position argumentativ zu untermauern, was durchaus möglich gewesen wäre, sondern versuchten geradezu krampfhaft, sich an die Vorgaben der *political correctness* zu halten und ihre Überlegungen als im Einklang mit dem nuklearen Tabu stehend, als bloße Gedankenspiele oder leichte Modernisierung altbekannter Strategien abzutun. Von dieser Seite wurde das nukleare Tabu also nicht offen *contested*, sondern allenfalls deutlich, dass jene Akteure ein ganz anderes Verständnis dessen, was das nukleare Tabu für die USA bedeutet, hatten, als ihre AmtsvorgängerInnen.

Während die VertreterInnen der US-Regierung mit diesem Verhalten wohl ein *window of opportunity* zur Durchsetzung ihrer Ansichten verpassten, wurden letztere umso offensiver durch MitarbeiterInnen (mehrheitlich konservativer) *think tanks* und Printmedien sowie von WissenschaftlerInnen an den *National Laboratories* vertreten. Diese Akteure wurden die wahren Entrepreneure der Normerosion, die offen tabukritische Positionen vertraten. Leider lässt sich (von Ausnahmen wie Tibbets abgesehen) in Bezug auf diese “Erosionsentrepreneurs” kaum feststellen, ob sie das nukleare Tabu vorab internalisiert hatten und einen Sinneswandel durchmachten oder sich schon früher nur instrumentell an diese normativen Vorgaben gehalten hatten. Angesichts der stark zunehmenden Anzahl tabukritischer Argumente im US-Diskurs wird aber deutlich, dass es diesen Akteuren zunehmend als *möglich* und auch als *legitim* erschien, ihre Ansichten offen zu äußern. Die Angst vor einer sozialen Stigmatisierung bei einer Übertretung des Sprachtabus nahm offensichtlich deutlich ab.

Dies ist umso tragischer, als der Nukleardiskurs, in dem solche Argumente fielen, von den BefürworterInnen des nuklearen Tabus nicht von vornherein als illegitim und unmoralisch eingestuft und entsprechend früh “abgewürgt” wurde, sondern sich die vermeintlichen TabuschützerInnen auf die Debatte mit ihren GegnerInnen einließen. Somit

---

<sup>2134</sup> Vgl. zur “Bombe im Unterbewusstsein” S. 201 der Arbeit.

hielten sie nicht nur das (von Regierungsseite verschmähte) *window of opportunity* zur Präsentation tabu-feindlicher Argumente weiterhin offen, sondern erweckten, insbesondere durch das Einlassen auf den Austausch technologischer Argumente, auch den Eindruck, dass sich der Bau und der Einsatz von Nuklearwaffen vor dem Hintergrund von Kosten-Nutzen-Rechnungen (neu) aushandeln ließen und möglicherweise nur eine Frage technischer Machbarkeit (wie Bunkertiefe oder *fallout*-Kontrolle) seien. Dieser Eindruck erwies sich als fatal für das nukleare Tabu. Wann genau der Tiefpunkt dieses Erosionsprozesses erreicht war, lässt sich nur schwer sagen, da er sich kaum an einzelnen Geschehnissen festmachen lässt. Als plausible "Eckdaten" für einen solchen Tiefpunkt könnten höchstens die Finanzierungsentscheidungen für den RNEP 2003/2004 und damit verbunden der Fall des *Spratt-Furse-Bans* im Jahr 2003 angesehen werden. So bedauerte der Direktor des *Henry L. Stimson Centers*, Michael Krepton, die Erosion des nuklearen Tabus im Jahr 2003 mit den Worten: "*This was probably the most important taboo in the history of warfare.*"<sup>2135</sup>

### *Interpretation: fünf tabu-feindliche Entwicklungen*

Aus den in diesem Kapitel dargestellten Unterdiskursen, die ich nach und nach zusammenfassend interpretiert habe, lassen sich im Hinblick auf die Frage, wie das nukleare Tabu erodierte, fünf Schlussfolgerungen ziehen:

Erstens wurde der *moralische Kern* des nuklearen Tabus *contested*. Die dem Tabu zugrunde liegenden moralischen Überzeugungen (z.B. die zivilisierter Staatlichkeit) wurden einer neuen Moral gegenübergestellt, der zufolge eine Einhaltung des nuklearen Tabus um jeden Preis (und das von sich Geben bloßer Plattitüden zur Unterstützung dieser Haltung) unmoralisch sei. Nicht nur bringe eine solche Haltung das Leben vieler US-AmerikanerInnen und ihrer Alliierten in Gefahr, unter Umständen sei sie auch für die Bevölkerungen feindlicher Länder schädlich – z.B., wenn auf den nuklearen Angriff eines "Schurkenstaats" mit überdimensionierten, "dreckigen", alten Nuklearwaffen geantwortet werden *müsse*, weil keine kleinen, sauberen, zivile Opfer vermeidenden "*nukes*" zur Verfügung stünden. Somit kam es zu einer *Gegenüberstellung verschiedener Moralvorstellungen*, die allein schon deutlich machte, dass die BefürworterInnen des althergebrachten Tabus sich nicht länger auf die Position zurückziehen konnten, die Moral für sich gepachtet zu haben.

Zweitens wurden die *einzelnen Elemente* des nuklearen Tabus, die sich früher gegenseitig verstärkt hatten, als *zunehmend inkompatibel* dargestellt und diskursiv gegeneinander ausgespielt: Wollte man nicht den Bruch des Besitztabus durch "nukleare Irre" riskieren, so müsse man das Einsatztabu brechen – wenn möglich allerdings mit Nuklearsprengköpfen, die sich aus dem Status der früher auf alle Nuklearwaffen bezogenen Sonderstellung herausdefinieren ließen. Da allein Besitz des "nuklearen Totems" keine Sicherheit (in Form von Abschreckung) mehr versprach, sollte das Totem gegen die Feinde aktiviert werden.

<sup>2135</sup> Zitiert in: Schmemmann, Serge 2003: Nuclear War Strategists Rethink the Unthinkable, in: NYT, 19.01.2003, Herv. SoSchi.

Diskursiv in seine Einzelteile zerlegt, brach das komplexe Gebilde des nuklearen Tabus in sich zusammen.

Hinter diesem Aspekt stand jedoch nicht nur die Furcht vor einem nuklearen Angriff auf die USA, sondern auch, drittens, der beharrliche Wunsch, die eigene *Vormachtstellung als nuclear high priest* zu wahren. Das Prestige dieser Waffen, welches sich aus ihrer Sonderstellung ableiten lässt, erwies sich als zusätzlicher Anreiz, den "nuklearen Club" so klein wie möglich zu halten, sprich, eine horizontale Proliferation (ggf. durch Bruch des Einsatztabus) zu verhindern. Gleichzeitig beförderte diese tabutypische Einstellung auch die *vertikale Proliferation* in den USA, deren Regierung nicht tatenlos zusehen wollte, wie ihre hochspezialisierte Nuklearelite nachwuchslos in Rente ging, ihre nukleare Infrastruktur vor sich hin rostete und ihr mächtiges Arsenal immer altersschwächer wurde. Aufgrund der Weigerung, das Besitztabu auch auf sich selbst zu beziehen, brachten die USA dieses Element des nuklearen Tabus jedoch global gesehen ins Wanken, da sich andere Staaten (Alliierte wie "Schurken") in ihren Aufrüstungsplänen bestärkt sahen – oder zumindest ihren Glauben an den NPT als Abrüstungsvertrag verloren. Ich bin nicht die einzige, die darauf hinweist, dass das nukleare Prestige (als Teil des nuklearen Tabus) einer Verwirklichung von *global zero* (als ultimativer Ausweitung des Tabus) diametral entgegensteht. Hier steht sich das nukleare Tabu gewissermaßen selbst im Weg.

Viertens wirken sich zwei Entwicklungen negativ auf die Einhaltung des Einsatztabus aus: Das stark *gesunkene Eskalationsrisiko* nach einem nuklearen Ersteinsatz beruht, wie oben aufgeführt, nicht allein auf dem Ende der Supermächtskonfrontation, sondern auch auf der Tatsache, dass nukleare *have-nots*, denen ein nuklearer Gegenschlag nicht möglich wäre, zunehmend ins Visier der USA gerieten. Die Befürchtung, dass die fürchterlichen *Folgen eines Nukleareinsatzes* immer mehr *in Vergessenheit* geraten, je länger die Abwürfe über Hiroshima und Nagasaki zurückliegen, wurde teilweise sogar im Diskurs selbst geäußert. An dieser Stelle wirkt sich die Stärke des Einsatztabus paradoxerweise als dessen Schwäche aus: Je länger das Einsatztabu gehalten wird, desto mehr schwindet die Furcht vor dessen Übertretung, wobei diese Entwicklung durch das verminderte Eskalationsrisiko noch gestärkt wird.

Fünftens hat das nukleare Tabu auch deshalb die Tendenz, sich auf lange Sicht selbst zu zerstören, weil die Feinde der USA immer *weniger daran glauben, dass die USA zum Bruch des Einsatztabus bereit* wären. Tatsächlich wurde im Diskurs die Position vertreten, man müsse das Einsatztabu brechen, um den Feinden deutlich zu machen, dass die nukleare Abschreckung der USA kein "Papiertiger" sei. Auch hier erweist sich die bisherige Stärke des Tabus also als eine Schwäche: Die Identität der USA als "zivilisierte" Nation, welche nicht zum Abwurf von Nuklearsprengköpfen bereit ist, wirkt aus dieser Perspektive als ein zu überwindendes Hindernis, da sie bei den Feinden den fatalen Eindruck erweckt, die USA könnten sich ihrer stärksten Waffen aufgrund normativer *self-deterrence* nicht bedienen.

### *Wellen der Normentwicklung: Retabuisierungstendenzen*

Wie in diesem Kapitel bereits beschrieben wurde, setzte gegen Ende meines Untersuchungszeitraums ein Prozess der Retabuisierung ein. Hierunter verstehe ich den *gesamtgesellschaftlichen* Prozess einer zunehmenden Tabuisierung bestimmter Positionen, der – als gegenteilige Entwicklung zur Erosion eines Tabus – in einer Verschärfung des Sprachtabus und somit in einer Verengung des jeweiligen Diskursraums zur Geltung kommt. Dabei gehe ich nicht davon aus, dass sich all diejenigen Akteure, die sich zuvor tabukritisch geäußert hatten, von der Richtigkeit des Tabus überzeugen lassen, auch wenn dies natürlich möglich ist. Vielmehr reicht es aus, wenn diese Akteure sich (wieder) instrumentell an das Tabu, d.h. ihre Positionen aus Angst vor sozialer Stigmatisierung für sich (be-)halten. Auf diese Weise wird es zunehmend als illegitim angesehen, bestimmte Vorgaben des jeweiligen Tabus zu hinterfragen – und idealerweise gerät die Möglichkeit, das Tabu überhaupt anzuzweifeln, wieder in Vergessenheit, so dass erneut von einer automatischen Einhaltung des Tabus gesprochen werden kann.

Zwischen dem oben dargestellten Erosions- und dem danach einsetzenden Retabuisierungsprozess gibt es interessanterweise zwei Parallelen: Erstens setzte auch die Retabuisierung bereits vor einem Ereignis ein, das intuitiv aus Ausgangspunkt der Entwicklung angesehen werden könnte, nämlich in diesem Fall der Wahl Barack Obamas zum US-Präsidenten. Zweitens (und damit im Zusammenhang stehend) war auch die Retabuisierung kein *top-down* Prozess.

Bezüglich des Einsetzens der Retabuisierung ist zunächst einmal interessant, dass es nach der offensichtlich fehlgeschlagenen Suche nach Massenvernichtungswaffen im Irak nicht zu Retabuisierungstendenzen kam. Zwar wurde nach der Offensive vielfach hinterfragt, wie es zur fehlerhaften Einschätzung der US-Geheimdienste und der US-Regierung, der Irak besäße WMD, hatte kommen können – und wieso sich so viele VertreterInnen der Medien, des Kongresses und der Öffentlichkeit unkritisch auf diese Einschätzungen verlassen hatten. Die im Hinblick auf das nukleare Tabu wichtigste Frage, ob es sinnvoll sei, die neuentwickelte Strategie der Eindämmung nuklearer Proliferation mit Waffengewalt beizubehalten, wurde jedoch kaum gestellt. So wurde die Erosion nicht zu einem recht frühen Zeitpunkt gestoppt, sondern lief noch einige Jahre weiter, wobei der erosionsfördernde Diskurs trotz, bzw. gerade wegen der lautstarken Proteste der TabugegnerInnen anhielt.

Nach dem endgültigen Finanzierungsstopp für den RNEP und dem (offiziellen) Zurückziehen der nuklearpolitisch sehr weitgehenden *Doctrine for Joint Operations* im Jahr 2005 begann, zumindest die US-Regierung, die Rückkehr zu einer konservativeren US-Nuklearpolitik zu signalisieren. In der Debatte über den RRW, die gegen Ende meines Untersuchungszeitraums, vor der Amtsübernahme Obamas, dominierte, wurden “nur noch” Argumente laut, die eine Belastung für das nukleare *Besitztabu* darstellten, während in den vorangegangenen Debatten über den RNEP sowie die NPR und ihre Folgedokumente

reihenweise Positionen vertreten worden waren, die nicht nur dieses Tabuelement betroffen, sondern auch das *Einsatztabu* kritisiert und die generelle *Sonderstellung* von Nuklearwaffen hinterfragt hatten.

Das nuklearpolitische “Zurückrudern” nütze den BefürworterInnen neuer Sprengköpfe innerhalb der US-Regierung jedoch wenig: Das RRW-Projekt wurde nicht nur vom Kongress gestoppt, sondern auch zu einem der Auslöser einer breiten Debatte über die Frage, ob die USA überhaupt noch Nuklearwaffen bräuchten. Dieses deutliche Anzeichen einer Retabuisierung erscheint rückblickend als nicht wirklich überraschend – denn schließlich war spätestens zur Jahrtausendwende deutlich geworden, dass die alten Nuklearstrategien aus der Zeit des Kalten Krieges angesichts der neuen Bedrohungen wenig hilfreich waren, woraufhin mit der NPR und ihren Folgedokumenten eine neue Strategie entwickelt werden sollte. Nachdem die in der NPR angelegte Strategie sich jedoch politisch nicht hatte durchsetzen können und ab 2005 zunehmend in der Versenkung verschwand, erschien eine Rückkehr zu Strategien und Sprengkopftypen des Kalten Krieges, wie sie mit dem RRW signalisiert wurde, vielen verständlicherweise nicht als erfolgversprechender Lösungsansatz. Vor dem Hintergrund dieser allgemeinen nuklearpolitischen Ratlosigkeit erschien die Empfehlung der *Gang of Four*, sich ganz von Nuklearwaffen loszusagen, einer großen Anzahl von DebattenteilnehmerInnen nun als gangbare Alternative. Diese Position, deren Durchsetzung das Tabu letztlich überflüssig machen würde, zielt nicht nur auf die maximale Ausweitung des Besitztabus und damit die Delegitimierung des bisherigen Status der *nuclear haves*. Vielmehr wird hier auch beim Unterstützen der Diskursposition die Sonderstellung von Nuklearwaffen nicht mehr hinterfragt, wie es während des Erosionsprozesses der Fall war – Nuklearwaffen sind so *besonders* und schrecklich, dass sie ein für allemal verboten werden müssen. Selbstverständlich verbietet sich aus dieser Perspektive auch der Bruch des Einsatztabus (z.B. durch Proliferationsverhinderung) von selbst. Mit der Haltung der *Gang of Four*, die auf erstaunlich großen Widerhall stieß, kehrte also auch das alte Grundverständnis von Nuklearwaffen als unhinterfragt tabuisierter Waffenkategorie zurück – und zog schließlich mit Barack Obama wieder ins Weiße Haus ein.

Wollte man die US-Nukleardebatte, wie sie sich während meines Untersuchungszeitraums darstellte, in ganz groben Strichen zeichnen, so könnte man sagen, dass am Ausgangspunkt des Endes des Kalten Krieges zwei grundverschiedene Haltungen miteinander konkurrierten: die, dass Abolitionismus *möglich* sei und die, dass es angesichts der chaotisch-bedrohlichen Sicherheitslage sinnvoller sei, alle Waffen in den Arsenalen zu behalten. Während die VertreterInnen der ersten Haltung zunehmend verstummten, entwickelte sich aus der zweiten die neue Nuklearstrategie der ersten Jahre nach der Jahrtausendwende. Angesichts zunehmender Zweifel, dass diese neue Strategie tatsächlich eine gangbare Lösung zur Eindämmung zunehmender Proliferationstendenzen und zur Abschreckung bzw. Abwehr neuer Feinde sein könnte, erhielt ein neu formulierter Abolitionismus Auftrieb, demzufolge die einzige Möglichkeit, sich dauerhaft gegen



verstärkte Proliferation und die Gefahr eines nuklearen Angriffs oder Anschlags auf die USA abzusichern, die Aufgabe sämtlicher Nuklearwaffen, Abolitionismus also *nötig* sei.

Dass die letztgenannte Position zu einer des politischen *mainstreams* wurde, kann wiederum nicht als *top-down* Prozess eingeordnet werden, da sie gegen Ende der Regierungszeit Bushs auftrat und selbstverständlich nicht von ihm oder seiner Administration angestoßen wurde. Vielmehr fand die Position zunächst in den Reihen derjenigen Kongressabgeordneten, die den RRW finanziell auf Eis legten sowie bei den UnterstützerInnen der *Gang of Four* ihren Widerhall und wurde daraufhin von VertreterInnen von *think tanks*, Medien und NGOs aber auch von nicht professionell mit Nuklearfragen befassten BürgerInnen weiter verbreitet. Barack Obama, der den neuen Abolitionismus bereits vor seiner Wahl verteidigt hatte, bemühte sich in seinem Amt als US-Präsident jedoch bald, sich an die Spitze der neuen Bewegung zu stellen. Es bleibt zu hoffen, dass er sich mit seinen Vorstellungen gegen die weiterhin vorhandenen, erheblichen politischen Widerstände durchsetzen kann.

### 6.3 Zwischenfazit: Empirische Ergebnisse zweier diskursiver Tabubrüche

“*The Physicists have known sin, and this is a knowledge which they cannot lose,’ reflected Oppenheimer on the dropping of the atomic bombs in Japan (...) When the Justice Department torture memos were initially leaked to the press, Oppenheimer’s line floated through my mind.*”<sup>2136</sup>

Wie in der Einleitung zu den beiden Kapiteln des Erosionsverlaufs bereits angeführt, unterscheiden sich die beiden von mir untersuchten Erosionsprozesse deutlich hinsichtlich der Struktur, des Beginns sowie der “Breite” der geführten Diskurse (Punkt 1.1.1). Umso erstaunlicher ist, dass sich bezüglich der Positionierung von Akteur(sgrupp)en (Punkt 1.1.2) und argumentativer Figuren (Punkt 1.1.3) deutliche Parallelen feststellen lassen und sich die beiden völlig unabhängig voneinander gewählten Fälle sogar an einem Punkt “treffen”. Hinsichtlich der Frage einer Retabuisierung weichen die beiden Fälle, wie bereits beschrieben, wiederum deutlich voneinander ab (Punkt 1.1.4).

#### 6.3.1 Unterschiede I: Diskursstruktur, Datenmenge und Diskursverlauf

Der für die Darstellung meiner Analyse wichtigste Unterschied bezüglich der gewählten Fälle bezog sich auf die Struktur der beiden Diskurse: Während die Folterdebatte letztlich immer um die gleiche, erosionsfördernde Frage – dürfen Terrorverdächtige gefoltert werden? – kreiste, die allenfalls hinsichtlich ihres Zeitbezugs umformuliert wurde (abstrakt gestellt, in Bezug auf konkrete “Fälle”, rückblickend usw.), kamen die Fragen, die zur Erosion des nuklearen Tabus führten, in ganz unterschiedlicher Form daher. Sie reichen von der Notwendigkeit des Baus neuartiger Nuklearwaffen wie des RNEP über die Frage, ob Demokratien die besseren *haves* sind, bis hin zur Formulierung neuer Abschreckungsstrategien, wobei auch jeweils unterschiedliche Ebenen des nuklearen Tabus (Sonderstellung, Einsatz- und Besitztabu) betroffen waren, wie ich anhand der *Mind Maps* zu verdeutlichen versucht habe.

Möglicherweise mit dieser Feststellung verknüpft ist die unterschiedliche “Breite” der Diskurse: Während die Nukleardiskussion immer wieder an verschiedenen Stellen “aufflackerte”, wobei jedoch bei nur wenigen Unterdiskursen eine größere Beteiligung der Bevölkerung zu verzeichnen war (dies war v.a. bezüglich des Umgangs mit nuklearbewaffneten “Schurkenstaaten” und des Abkommens mit Indien der Fall), gab es umgekehrt bei der Folterdiskussion nur wenige Debattenjahre, in denen die Bevölkerung nicht eine treibende Kraft des Diskurses war, wobei sich die Debatte immer dann ausweitete, wenn sie besonders konkret wurde – z.B. hinsichtlich der Gefangennahme hochrangiger Verdächtiger oder der Veröffentlichung von Fotos oder *memos*. Letzteres könnte auch ein Grund für die eher geringe Anteilnahme der Bevölkerung am Nukleardiskurs sein: Einerseits kreiste er

<sup>2136</sup> Kutz, Christopher 2006: *The Lawyers Know Sin: Complicity in Torture*, in: Greenberg, Karen J. (Hrsg.): *The Torture Debate in America*, Cambridge, S. 241-246, hier S. 241.

größtenteils über recht abstrakte Fragen, wie die technischen Fähigkeiten neuer Sprengköpfe, andererseits gab es keine visuellen Zeugnisse eines Tabubruchs. Zwar gelangten mit der NPR und den *memos* in beiden Fällen geheime Regierungsdokumente, in denen die Absicht zur realen Normverletzung unübersehbar war, an die Öffentlichkeit und führten zu Debatten, eine Entsprechung für die grauenhaften Bilder aus *Abu Ghraib* gab es im Nukleardiskurs jedoch (zum Glück) nicht. So ist nachzuvollziehen, warum mir im Folterdiskurs nicht nur weit mehr Quellen vorlagen, obwohl ich auf eine Auswertung der *Washington Post* aufgrund der "Datenflut" verzichten musste, sondern diese auch häufiger aus der Mitte der Bevölkerung (Umfragen, Leserbriefe etc.) und generell von einem weit diverseren Personenkreis stammten.

Ein hochinteressanter Unterschied betrifft den Zeitraum, in dem die beiden Debatten einsetzten: Während der Folterdiskurs ganz klar als Reaktion auf "9/11" und den folgenden *war on terror*, in dem tausende von Verdächtigen festgenommen wurden, zu sehen ist und sich fast sämtliche Aussagen in irgendeiner Form auf dieses einschneidende Ereignis bezogen, lässt sich dieser Zusammenhang in der Nukleardebatte nicht so einfach feststellen. Sie ist meiner Einschätzung nach als (verspätete?) Reaktion auf die neuen globalen Entwicklungen nach dem Ende des Kalten Krieges zu sehen, namentlich den Aufstieg der *nuclear poor*, der das Besitztabu ins Wanken brachte und die Frage nach einem Einsatz von Nuklearwaffen gegen als feindlich eingestufte Nuklearwaffenprogramme aufwarf, sowie auf das (vermeintliche?) Versagen althergebrachter Abschreckungsstrategien gegenüber "nuklearen Irren". Dieser Unterschied mag auch eine Erklärung dafür sein, warum die Wurzeln der Normerosion im Fall des nuklearen Tabus viel häufiger in den 1990er Jahren verortet wurden (wie etwa das Projekt eines *bunker busters* oder der Fokus auf "Schurkenstaaten"), als im Fall der Folterdiskussion, wo dieser Punkt nur bezüglich der *rendition*-Praxis thematisiert wurde. Ein Zusammenhang zwischen "9/11" und Nukleardiskurs besteht selbstverständlich dennoch in konkreten Fragen, wie etwa der Abwehr mit *dirty bombs* bewaffneter Terroristen oder der generellen Grundeinstellung eines Klimas der Panik und der Angst, nachdem die Anschläge die eigene Verwundbarkeit deutlich gemacht hatten. Letzteres nährte auch den beiden Debatten zu Grunde liegenden Wunsch, solch schreckliche Ereignisse möglichst präventiv bzw. präemptiv abzuwehren – indem man "Schurkenstaaten" unschädlich machte (mit dem Einsatz von Nuklearwaffen und/oder durch die konventionelle Zerstörung ihrer WMD-Arsenale) und von Terrorverdächtigen die Herausgabe von Informationen über geplante Anschläge erpresste. Insgesamt gesehen liefen beide Debatten also vor dem Hintergrund einer – aus der Sicht der allermeisten DebattenteilnehmerInnen – radikal neuen Weltlage, die neue (radikale) Antworten erforderlich machte, ab.

### 6.3.2 Gemeinsamkeiten I: Positionierung von Akteursgruppen

Überraschenderweise kann keiner der beiden Diskursverläufe als "*top-down*"-Prozess bezeichnet werden. Obwohl innerhalb der Regierung George W. Bushs in beiden Fällen unübersehbar der Wunsch bestand, die beiden Tabus zu brechen, versuchte sie, diese

Ansichten geheim zu halten – was ihr nicht lange gelang. Dies ist umso erstaunlicher, als Umfragen belegen, dass ein großer Teil der Bevölkerung bereit gewesen wäre, die neue Sichtweise der Regierung bezüglich des Einsatzes von Nuklearwaffen und Folter mitzutragen und sogar mehrfach gefordert wurde, die Regierung solle ihre Geheimniskrämerei unterlassen und argumentativ in die Offensive gehen. In beiden Fällen verpasste die Regierung somit ein *window of opportunity*, ihre Politik zumindest im innenpolitischen Kontext zu verteidigen und legitimieren zu lassen. Ein offener Dialog mit der Bevölkerung fand so gut wie gar nicht und mit dem US-Kongress nur in sehr beschränkter Form statt. Neben dieser überraschenden Parallele besteht ein Unterschied darin, dass die Diskussionen innerhalb der Regierung und der Bevölkerung in der Folterfrage sehr ähnlich verliefen, wenn sie auch nebeneinander geführt wurden. Eine Entsprechung eines solchen “Paralleldiskurses” in der Bevölkerung gab es in der Nukleardebatte nicht.

Weitere Ähnlichkeiten zeigten sich jedoch hinsichtlich der Positionierung der Akteure innerhalb von Regierung und Administration, wobei erstere v.a. mit einem Namen verknüpft ist: Colin Powell. Der frühere Außenminister zeigte sich sowohl vor und nach seiner Amtszeit als Befürworter des Abolitionismus, wie auch während seiner Amtszeit als Gegner der *memos* und insbesondere der Verdrehung der Genfer Konventionen. Tragischerweise lässt sich eine direkte Verknüpfung der beiden Fälle dennoch ausgerechnet mit seiner Person in Verbindung bringen – denn es war Colin Powell, der im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen nachdrücklich die These vertrat, der Irak besitze Massenvernichtungswaffen, deren er schleunigst beraubt werden müsse, welche auf dem von der CIA erforderten und dennoch als glaubwürdig eingestuften Geständnis al-Libis beruhte. Neben Powell wendeten sich interessanterweise in beiden Fällen hochrangige Militärs gegen den Kurswechsel der Bush-Regierung, welche auch in beiden Fällen nach einigen Debattenjahren begannen, ihre Kündigung einzureichen.

Außerhalb der Administration lassen sich – abgesehen von der Bevölkerung als Ganzer – ebenfalls große Übereinstimmungen hinsichtlich der Debattenteilnehmer feststellen. Teilweise engagierten sich in beiden Fällen sogar die gleichen Personen, wie etwa James Schlesinger, der einen vergleichsweise kritischen Untersuchungsbericht zum *Abu Ghraib*-Skandal verfasste, wie auch einen – positiven – zur Notwendigkeit des Baus des RRW. Ein zweites Beispiel ist John McCain, der sich, nach dem Teilerfolg seines *amendments* 2005, während des Präsidentschaftswahlkampfes 2007/2008 deutlich von seinen republikanischen Mitbewerbern absetzte, indem er sowohl den Einsatz von Folter, als auch Nuklearschläge gegen “Schurkenstaaten” ablehnte, nachdem zwei seiner Berater, die gleichzeitig Mitglieder der *Gang of Four* waren, ihn von dieser Haltung überzeugt hatten. Während es in der Folterfrage leider keine *Gang of Four* gab, die sich zu Wortführern einer Retabuisierung gemacht hätte, gab es bezüglich des *McCain Amendments* im Nukleardiskurs die ähnliche und bereits für sich genommen erstaunliche Entwicklung, dass es einigen republikanischen Senatoren gelang, den republikanisch dominierten Kongress von einem Finanzierungsstopp des RNEP-Projekts zu bewegen.

Vor diesem Hintergrund ist auch die beiden Fällen gemeine Interpretation der Debatten als Machtprobe zwischen US-Kongress und Präsident zu sehen: Während die Regierung im Fall des Nukleardiskurses kritisierte, es stehe SenatorInnen nicht zu, sich in die Nuklearpolitik ihres Landes einzumischen, deren Festlegung allein dem Oberbefehlshaber obliege, wurde in der Folterdiskussion auch die weit tiefer reichende, demokratietheoretische Frage der Eingriffsmöglichkeiten der Exekutive in die Privatsphäre der BürgerInnen sowie die Möglichkeit der Geheimhaltung solcher Schritte vor dem US-Kongress verhandelt. Die Judikative spielte in der Folterdiskussion eine (erstaunlich) geringe, in der Nukleardiskussion überhaupt keine Rolle.

Außerhalb der Sphäre der drei Staatsgewalten zeigten sich weitere Parallelen. So waren es, angesichts des recht beharrlichen Schweigens der Regierung, v.a. konservative *think-tanks* und ExpertInnen sowie die JournalistInnen des *Wall Street Journal*, die die Regierungslinie offensiv vertraten. Die Position der NormkritikerInnen der *National Laboratories* kann zudem mit denen der (vermeintlichen) VerhörspezialistInnen verglichen werden: Beide "im Feld" arbeitenden Expertengruppen betonten, dass ein Abrücken von der Norm unausweichlich sei, um die Sicherheit der USA zu gewährleisten. Allerdings fanden sich im Nukleardiskurs keine herausragenden *norm challenger* vom Format Ignatieffs oder Dershowitz'.

Auf der Seite der NormbefürworterInnen fanden sich in beiden Fällen prominente Journalisten, die das Regierungshandeln aufdeckten und meist auch kritisierten (wie Seymour Hersh in *beiden* Fällen). Ihre Erkenntnisse wurden durch ebenso nuklearwaffen-, wie folterkritische Medien weiterverbreitet, wobei sich insbesondere die *New York Times* als links-liberaler Meinungsführer in beiden Debatten hervortat, in der auch die meisten Leserbriefe zu den zwei Themen abgedruckt wurden. Sehr aktiv und v.a. – gegenüber allen anderen Akteursgruppen – sehr geschlossen traten thematisch spezialisierte NGOs auf, die das Regierungshandeln mit typischen Methoden des *naming and shaming* anprangerten. Ebenfalls in beiden Fällen ähnlich war die Positionierung von bestimmten Berufsgruppen, wobei sich hier nicht alle Betroffenen einheitlich positionierten.

### 6.3.3 Gemeinsamkeiten II: Argumentationsmuster

Dass beide Diskurse nur vor einem gemeinsamen Hintergrund zu verstehen sind, nämlich dem der Angst vor neuen Anschlägen bzw. Angriffen auf die USA, die es präventiv zu verhindern galt, ist bereits angesprochen worden. Die rhetorische Verdichtung dieser als ebenso bedrohlich wie neuartig wahrgenommenen Situation stellte das *ticking-bomb-scenario* dar, das in beiden Fällen eine wichtige Rolle bei der Etablierung einer "Gegenmoral" der *norm challenger* spielte. In der Folterdiskussion, wie auch in der über mögliche Präventivschläge gegen sich nuklear bewaffnende "Schurkenstaaten", sollte anhand solcher Szenarien aufgezeigt werden, dass es keine Letztbegründung für die vertretenen Tabus geben könne, ja, dass es ab einem gewissen Grad der Bedrohung unzähliger Menschenleben, die durch das tabuisierte Mittel (sprich Folter oder Nuklearschlag) gerettet werden könnten, *unmoralisch* sei, auf der Einhaltung der Tabus zu beharren – was sowieso niemand tun würde.

Letztlich basieren beide *ticking-bomb-scenarien* auf den gleichen zwei Prämissen, aufgrund derer gedankliche Alternativen aus dem Blickfeld gerieten: Erstens wurde immer wieder betont, *ticking-bomb-scenarien* entsprächen der neuen Realität, so dass man sich notgedrungen mit ihnen auseinandersetzen müsse. Das Gegenargument, dass Szenarien solcher Folterverhöre (v.a. von Terroristen mit einer Nuklearwaffe im Koffer) höchstens nach Hollywood gehörten, ging in den Debatten ebenso unter, wie die – berechnete – Frage, ob die vermeintlichen “Schurkenstaaten” tatsächlich irgendein Interesse hätten, die USA ernsthaft zu bedrohen oder gar anzugreifen. Zweitens schließen die beiden *ticking-bomb-scenarien* die Möglichkeit einer Verhandlungslösung mit den Feinden von vornherein aus, da diese als völlig irrational und nur an ihrem eigenen Märtyrertum interessiert konzipiert wurden. Zwar wäre es in dem typischerweise im Folterdiskurs konstruierten *ticking-bomb-scenario* (wie es während meines Untersuchungszeitraums höchstwahrscheinlich nie eingetreten ist!) möglicherweise tatsächlich schwierig, mit einem Terroristen zu verhandeln, die tatsächlich geführten Verhöre mit hochrangigen Gefangenen hätten jedoch – laut den wirklichen VerhörspezialistInnen des FBI – weitaus effektiver geführt werden können, wenn man sein Gegenüber als Menschen mit “normalen” Bedürfnissen (wie einem guten Gesprächspartner oder einem US-amerikanischen Pass) wahrgenommen hätte und nicht als “*subhuman being*”, aus dem man nur mit Gewalt Informationen herauspressen kann. Ähnlich verhält es sich wohl mit vermeintlichen “Schurkenstaaten”, die zumindest für die Bush-Administration von Beginn an nicht als rationale Gesprächspartner in Frage kamen, sondern ebenso als völlig “abgedreht” eingeschätzt wurden.

Aufgrund des Ausschlusses solcher alternativer Konzepte erschien es der überwiegenden Mehrzahl der DebattenteilnehmerInnen schließlich wichtig, sich mit den durch die *ticking-bomb-scenarien* aufgeworfenen Fragen auseinanderzusetzen, d.h. einen Diskurs über die beiden vormals tabuisierten Themen zu führen. Die Möglichkeit, eine Diskussion mit dem Verweis auf das Schweigetabu von vornherein abzublocken, die sowieso nur äußerst wenige TabuschützerInnen als wichtig wahrnahmen, wurde somit aus der Hand gegeben. Vielmehr “kauften” auch TabuschützerInnen auf diese Weise die Prämisse, die Sicherheit der USA könne, ja müsse gegen ihre vormaligen Grundwerte abgewogen werden. Diese Abwägungsüberlegungen betrafen im Fall der Folter v.a. eine neu zu findende Balance zwischen Sicherheit (von US-BürgerInnen) und Folterfreiheit (von “*people who chop heads off*”) bzw. eine Balance zwischen diesen beiden Grundwerten und der Frage der öffentlichen und demokratischen Aushandlung von Ausnahmeregelungen vom Folterverbot. Eine Teilidentität (die, als zivilisierte Nation selbstverständlich Folter zu verabscheuen) geriet somit scheinbar in Konflikt mit der Gesamtidentität der USA, deren Sicherheit insgesamt bedroht schien, inklusive der internalisierten Bürgerrechte, die nach einem zweiten Terroranschlag bereitwillig aufgegeben worden wären. Im Fall des nuklearen Tabus ging es ebenfalls um die Abwägung von Teilidentität (sich als würdiger *nuclear high priest* zu zeigen) gegenüber der Gesamtidentität des Staates, jedoch ebenso um eine Abwägung einzelner Aspekte des nuklearen Tabus untereinander, die plötzlich nicht mehr zusammen passen

wollten (wie etwa die Frage, ob nukleare Proliferation nur durch Bruch des Einsatztabus aufzuhalten sei).

Diese Suche nach einer neuen Balance führte die DebattenteilnehmerInnen letztlich zu einer Kosten-Nutzen-Abwägung (ist Folter/sind “*nukes*” wirklich ein geeignetes Mittel, um unser Sicherheitsbedürfnis zu befriedigen?), in der die NormschützerInnen nur verlieren konnten, ließen sie sich doch hier auf einen nicht zu entscheidenden Streit ein, der im Folterdiskurs mit Beispielen und Gegenbeispielen, im Nukleardiskurs (bezüglich neuer Rüstungsprojekte) mit Machbarkeitsstudien und Gegengutachten geführt wurde.

Viele DebattenteilnehmerInnen “schluckten” jedoch nicht nur die Prämissen des *ticking-bomb-scenarios*, sondern auch die von *norm challengern* neu in die Debatte eingeführten Begriffe, die die (scheinbare) Einsicht in die Notwendigkeit vielleicht weniger dramatisch erscheinen ließen. So wurde darauf gepocht, man halte sich, wie eh und je, in der Nukleardiskussion an den Grundsatz, diese Waffen nur als *last resort* einzusetzen – wobei das Szenario dieses einzig legitimen Nuklearschlags mehr oder weniger geheim zu dem eines Präventivschlages gegen einen (wenn überhaupt) mit einem sehr kleinen Nukleararsenal ausgestatteten “Schurkenstaat” umdefiniert wurde. Ganz ähnlich hielt die US-Administration unter Bush, wie auch weite Teile ihrer UnterstützerInnen, bis zum Schluss an der Aussage fest, sie würde Folter nicht zulassen – wobei ebenso insgeheim das, was noch als Folter angesehen wurde, immer enger (und im radikalen Widerspruch zu früheren Einschätzungen) definiert wurde.

Zwar haben sich Begriffe wie “Schurkenstaaten” und “nukleare Irre” mittlerweile in der Debatte festgesetzt, dennoch waren die NormgegnerInnen in der Folterdebatte mit der Einführung neuer, sprachlicher Kategorien und der gleichzeitigen Ent-Totemisierung in der Folterdebatte wesentlich erfolgreicher, als in der Nukleardebatte. Verharmlosende Begriffe wie der geradezu niedlich anmutenden *mini nuke* verschwanden spätestens nach dem Regierungswechsel aus der Debatte. Die Zwischenkategorie von der “*coercive interrogation methods*” oder ähnlicher Bezeichnungen hat sich dagegen in vielen Köpfen festgesetzt, auch wenn insbesondere Menschenrechts-NGOs immer wieder darauf hinwiesen, dass sie fachlich wie rechtlich nicht haltbar sind. Zudem müssen sich nun auch NormschützerInnen der früher niemals aufgeworfenen Frage, in welche der Kategorien eine bestimmte “Verhörmethode” nun fällt, stellen.

Der Versuch, solche Begriffe in beiden Fällen einzuführen, zeigte auch deutlich die in beiden Fällen ähnliche Herangehensweise der NormgegnerInnen, allen voran der Bush-Regierung, an die im jeweiligen Feld existierenden Abkommen (wie die Genfer Konventionen oder den NPT). Diese wurden nicht mehr als Schutz wichtiger Normen, deren Durchsetzung im Interesse der USA sei, angesehen, sondern als Hindernis, das es entweder zu umgehen (z.B. durch *memos*), durch das gezielte Torpedieren ihrer Mechanismen zu zerstören (wie die Überprüfungskonferenzen des NPT) oder durch die Schaffung eines neuen “Rechts”, das das alte überflüssig machen sollte, zu entwerten galt (Stichwort: PSI).

Dahinter stand die Annahme, dass den USA in der Auseinandersetzung mit ihren neuen Gegnern, die all diese Verträge missachteten oder zu unterhöhlen versuchten, gravierende Nachteile entstünden, müsste sie, gebunden an Recht und Gesetz, „mit einer Hand auf dem Rücken“ kämpfen. Während vor diesem Hintergrund in der Folterdiskussion eine Angleichung der Kampfmethoden an die der neuen Feinde gefordert wurde, lag der Schwerpunkt in der Debatte über das nukleare Tabu auf dem Argument, die Handlungen irrationaler „Schurken“ wie Nordkorea sowieso nicht durch ein vorbildliches Verhalten in Fragen des internationalen Rüstungskontrollrechts beeinflussen zu können. In dieser Haltung der Anwendung von Völkerrechtsnormen „à la carte“ kam jedoch auch, wiederum in beiden Fällen, zum Ausdruck, dass einige NormgegnerInnen den USA (implizit) eine Art geistiges Eigentumsrecht an den Verträgen einräumten, die sie selbst (mit-)geschaffen hatten – was auch mit der Amerikazentriertheit der Debatte in Verbindung zu bringen ist, die v.a. in der Folterdiskussion frappierend war.

Beide Debatten waren jedoch, so die Annahme der NormgegnerInnen, auch insofern amerikazentriert, als die Feinde der USA wüssten, welche *self-deterrence* das Land in beiden Fällen übe. So wären sich gefangengenommene Terroristen darüber im Klaren, dass sie bei Befragungen schweigen könnten, ohne, dass die VerhörspezialistInnen eine Möglichkeit hätten, die Kooperationsverweigerung zu sanktionieren und so könnten auch „Schurkenstaaten“ seelenruhig ihre Nuklearprogramme in dem Wissen vorantreiben, dass die Hemmschwelle, die entsprechenden Anlagen mit einem nuklearen Angriff zu zerstören, in den USA viel zu hoch sei. Um ihr Image als „Papiertiger“ abzulegen, sollten die USA aus Sicht der *norm challenger* diese beiden Tabus also allein schon deshalb übertreten, um zu demonstrieren, dass sie zu diesem Schritt in der Lage seien – ein beängstigender Gedanke, der sich aber sowohl in Aussagen von CIA-AgentInnen wiederfand, wie auch in der berüchtigten *Doctrine for Joint Operations*. Die Stärke des Tabus und das mutmaßliche Wissen der Feinde darüber, bot hier also einen Anreiz zum Tabubruch. Neben dem Wunsch, das Tabu um des Bruches selbst willen zu brechen, wurde im Folterdiskurs auch gezielt versucht, das Tabu als irrational hinzustellen (etwa durch Vergleiche mit dem „finalen Rettungsschuß“), wozu es erstaunlicherweise in der Nukleardiskussion keine Parallele gab.

All diesen argumentativen Angriffen versuchten NormschützerInnen v.a. mit einer Verbreiterung der Perspektive entgegenzuwirken. So verwiesen sie z.B. auf den Ruf der USA als international verlässliche „Führungskraft“, den es nicht zu gefährden gelte, schon allein, um die eigenen Alliierten nicht zu verprellen. Im Folterdiskurs setzten sie darauf, den *Global War On Terror* als langfristigen Kampf der Ideen darzustellen, der nur zu gewinnen sei, wenn die USA ihre hohen moralischen Werte und Menschenrechtstandards aufrechterhielten. Der Verrat der eigenen Ideale würde den Terrorgruppen nicht nur mehr Zulauf verschaffen, sondern sei darüber hinaus auch ihr eigentliches Ziel – zwei Gründe, weshalb man mit Folter den Krieg nur verlieren könne. Hinsichtlich der Nuklearpolitik sollten die USA einerseits als Abrüstungsvorbild dienen und damit den Wert des Besitzes von Nuklearwaffen (und anderen WMD) schmälern sowie entsprechende Vertragsmechanismen stärken, denn nur auf



diesem Weg könnten sie glaubwürdig gegen die, die nationale Sicherheit gefährdende Proliferation eintreten. Die ultimative Ausweitung der Perspektive bedeutete in diesem Fall, das Fernziel einer nuklearwaffenfreien Welt zu skizzieren – was bei der Retabuisierung half.

### 6.3.4 Unterschiede II: Retabuisierungstendenzen

*“If history is our guide, then the dismissal of torture will rely on the discovery of a new way of thinking about our world, not one that is reactive but one that emerges over time, through thought, debate, and the adoption of new ways of understanding in altered context.”<sup>2137</sup>*

Der Prozess, den Karen Greenberg, Herausgeberin des Sammelbandes *“The Torture Debate in America”* hier beschreibt, ist im Fall des Folterdiskurses leider nicht eingetreten. Ihr Zitat macht dennoch deutlich, was hätte geschehen müssen, um Folter zu retabuisieren – nämlich nicht das einfache Zurückdrehen der Geschichte in die Zeit, in der ein Tabu unangefochten bestand, sondern das Finden einer neuen, der Situation, vor deren Hintergrund das Tabu hinterfragt wurde, angemessenen Lösung.

Interessanterweise wurden sowohl im Fall des nuklearen Tabus wie dem des Folterverbots Zeitpunkte für eine frühe Retabuisierung verpasst, nämlich nach der Aufdeckung des *Abu Ghraib* Skandals und nach der Entdeckung, dass der Irak keine Massenvernichtungswaffen besaß, die hätte zeigen können, dass die aggressive Politik Bushs gegenüber vermeintlich nuklear ambitionierten “Schurkenstaaten” auf falschen Prämissen beruht hatte.

Dennoch war, wie bereits beschrieben, ein solcher Prozess der Retabuisierung in Bezug auf nukleare Tabus in späteren Debattenjahren zumindest teilweise zu verzeichnen – und zwar nicht, wie man erwarten könnte, quasi “automatisch” mit der Amtsübernahme des Nuklearwaffengegners Barack Obama, sondern schon im Jahr zuvor, durch das Einsetzen einer neuen Abolitionismusbewegung, die in den USA von der prominenten *Gang of Four* angeführt wurde. Mit ihrem Vorschlag einer nuklearwaffenfreien Welt wurde nicht einfach eine jahrzehntealte Forderung der Abrüstungsbewegung wiederbelegt, sondern eine schlichte und logische Antwort auf Probleme gegeben, die das nukleare Tabu ins Wanken gebracht hatten: Wenn es nicht möglich ist, die weltweite Proliferation einzudämmen (zumindest nicht, ohne die Horrorvision von einsetzbaren Nuklearwaffen Wirklichkeit werden zu lassen), wenn wir befürchten müssen, von so unkontrollierbaren Elementen wie mit *dirty bombs* bewaffneten Terroristen angegriffen zu werden und wenn uns darüber hinaus unsere nuklearen Arsenale weniger nützen, weil sich unsere neuen Feinde nicht mehr nuklear abschrecken lassen und wir allein mit konventionellen Streitkräften allen anderen Nationen militärisch weiterhin haushoch überlegen wären – wäre dann für uns eine nuklearwaffenfreie Welt nicht sicherer? Die Abolitionismus-Forderung der *Gang of Four* und ihrer vielen AnhängerInnen bot somit einen Ausweg aus dem scheinbar unausweichlichen Dilemma der

<sup>2137</sup> Greenberg, Karen J. 2006: Introduction: The Rule of Law Finds Its Golem: Judicial Torture Then and Now, in: Greenberg, Karen J. (Hrsg.): *The Torture Debate in America*, Cambridge, S. 1-9, hier S. 6.

Abwägung von eigener Sicherheit und dem Bau und Einsatz neuartiger Nuklearwaffen, der überdies viel eher im Einklang mit der Identität der USA zu stehen schien, als die Forderung nach einsetzbaren *mini-nukes*.

Bei der Umsetzung dieser Vision bestehen nach wie vor riesige Schwierigkeiten – so scheint es z.B. im US-Kongress keine Mehrheit für eine Ratifizierung des CTBT zu geben und allein die Aushandlung von *New START* glich weniger einem optimistischen Startschuss für das Projekt “nuklearwaffenfreie Welt”, als einem Verhandlungsmarathon über technische Details und rüstungspolitisches Geplänkel. Zwar bemängelten gerade vor diesem Hintergrund viele TabugegnerInnen, die Vision von *global zero* sei an Naivität kaum zu überbieten – und brachten dafür einige handfeste Gründe vor – dennoch sind sie es nun, die, nach Jahren der von *ticking-bomb-scenarien* geprägten Debatte, argumentativ in die Defensive geraten sind. Diese Entwicklung ist umso erstaunlicher, als sie insbesondere in der Debatte über den RRW, also ein neues Rüstungsprojekt der Bush-Ära, ihren inneramerikanischen Ausgang nahm: Hier entwickelte sich aus der Diskussion, ob man noch modernisierte, jedoch für typische Aufgaben des Kalten Krieges vorgesehene Sprengköpfe wie den RRW brauche, nach und nach die Frage, ob man *überhaupt* noch auf Nuklearwaffen angewiesen sei. Wichtig an dieser neuen “Diskurskonstellation” ist jedoch v.a., dass die während der Hochzeit der Debatte umstrittenen Grundsätze wie der, das Nuklearwaffen und insbesondere deren Einsatz grundsätzlich moralisch verwerflich sind, nun kaum noch angefochten werden.

Eine solche Wendung der Diskussion gab es in der Folterfrage nicht – im Gegenteil: Hier hatten FoltergegnerInnen nicht nur weiterhin mit der nunmehr weit verbreiteten Ansicht, der Einsatz von Folter sei im Hinblick auf bestimmte Sicherheitssituationen alternativlos sowie mit der mittlerweile ebenso verbreiteten Überzeugung zu kämpfen, es gehe letztlich nicht um den Einsatz von Folter, den die USA niemals gutheißen würden, sondern “nur” um verschärfte Verhörmethoden, sondern sie standen auch scheinbar ratlos vor Fragen, die früher niemals gestellt worden wären und mit deren Beantwortung sie automatisch die Gültigkeit des Tabus weiter untergruben: Wie sollte es für die Obama-Administration möglich sein, bestimmte Verhörtechniken als legal, halblegal oder klar illegal einzustufen, ohne den Prozess der Ent-Totemisierung von Folterpraktiken weiter voranzutreiben? Bis heute haben sich also nicht nur keine Alternativkonzepte zu Folter durchgesetzt, die der neuen Lage – wenn sie denn tatsächlich so neu ist – Rechnung tragen würden, sondern die FoltergegnerInnen sehen sich auch mit neuen Fragen und Kategorien konfrontiert, mit denen sie sich im Sinne des Tabus gar nicht auseinandersetzen dürften. Zwar ist die Debatte unter Barack Obama etwas abgeflaut, doch kann sie jederzeit wieder aufflammen, wie z.B. die wenige Monate vor der Fertigstellung dieser Arbeit erfolgte Tötung Osama bin Ladens gezeigt hat, dessen Spur höchstwahrscheinlich durch Folter erpresst worden ist.

## 7. Fazit<sup>2138</sup>

Im folgenden Kapitel werde ich die soeben beschriebenen, aus der Empirie gewonnenen Erkenntnisse an die einleitenden theoretischen Überlegungen zurückbinden. Die Struktur meines Fazits gleicht daher dem Aufbau der Arbeit als ganzer. So werde ich zunächst die Fragen beantworten, welche Rückschlüsse meine Fallstudien auf die politikwissenschaftliche Normtheorie und die dort klaffende Forschungslücke bezüglich der Erosion internationaler Normen nahelegen (7.1) und mich dann Rückschlüssen im Hinblick auf das Akteur-Struktur-Problem (7.2) und dem Ansatz der *contestedness* (7.3) zuwenden. Da der Ansatz der *contestedness* einen unübersehbar normativen Gehalt hat, bietet es sich an, hier auch kurz auf die normativen Rückschlüsse einzugehen, die sich im Rahmen meiner Fallstudien ergeben haben, bevor ich mich Rückschlüssen auf den Stellenwert von Sprache (7.4) und auf das Konzept von Tabus (7.5) zuwende. Die vor dem Hintergrund meiner Forschungsfrage wichtigsten Erkenntnisse, nämlich die zur Möglichkeit einer Erosion von Tabus und speziell internalisierten Normen, beschreibe ich unter Punkt 7.6 sowie, im Anschluss daran (unter Punkt 7.7), meine Erkenntnisse bezüglich einer möglichen Retabuisierung bereits erodierter Normen, wie sie zumindest in einer meiner Fallstudien zum Teil eingetreten ist.

Wie im Abschnitt zu meiner Vorgehensweise beschrieben, geht es mir hierbei nicht darum, Schlüsse zu ziehen, die für alle ähnlichen Fälle Gültigkeit besitzen müssten oder gar ein Modell der Normerosion zu entwickeln. Ein solches Ziel wäre nicht nur angesichts der (wenn auch detaillierten) Auswertung zweier Fallstudien vermessen, sondern auch vor dem Hintergrund meines generellen Verständnisses einer Theoriebildung im Sinne des IB-Konstruktivismus unangebracht.<sup>2139</sup> Ich sehe den IB-Konstruktivismus als einen Ansatz, dem es, wie der Name schon sagt, nicht darum geht, durch die Reduktion möglichst vieler Fälle auf einige, wenige Variablen *überzeitliche Gesetzmäßigkeiten* aufzudecken, sondern der die *komplexe Konstruiertheit* unserer geteilten Wahrnehmung von Welt aufzeigt und damit bewusst macht, dass auch eine ganz andere Konstruktion möglich (gewesen) wäre. So zeigen auch meine beiden – bewusst als “von innen verstehende” Studien angelegten – Fälle, dass Erosionsprozesse nicht nur im direkten Vergleich höchst unterschiedlich verlaufen, sondern dass sie auch *ganz anders hätten ablaufen können*. Dort, wo meine Fallstudien Rückschlüsse auf bereits existierende Modelle des *mainstream*-Konstruktivismus, wie etwa den *Norm Life Cycle*, zulassen, werde ich sie natürlich dennoch nicht verschweigen.

---

<sup>2138</sup> Jeweils einige Abschnitte der Unterkapitel 7.1.1 und 7.6 beruhen auf Kapiteln, die Elvira Rosert und ich im Rahmen unserer Magisterarbeit gemeinsam verfasst haben. Die Unterkapitel sind jedoch grundlegend überarbeitet worden.

<sup>2139</sup> Vgl. S. 120ff. der Arbeit.

## 7.1 Rückschlüsse auf die politikwissenschaftliche Normtheorie

### 7.1.1 Lücken der Normtheorie aus empirischer Perspektive

Den Ausgangspunkt meiner Überlegungen stellten zwei von mir identifizierte “blinde Flecken” der Normtheorie dar: Zum Einen die theorieinhärente Fortschrittsbias, die darin zum Ausdruck kommt, dass ausschließlich aus (westlich geprägter) normativer Sicht wünschenswerte Normen zum Untersuchungsgegenstand auserkoren werden und zum anderen die “einbahnstraßenartige” Fokussierung der Normtheorie auf *voranschreitende* Normentstehungs- und –durchsetzungsprozesse. Der zweite Punkt schließt u.a an die von Marsh/Payne geäußerte Kritik an, insbesondere die beiden Modelle der Normdurchsetzung, das Spiralmodell und der *Norm Life Cycle*, seien geradezu teleologisch angelegt und es gäbe keine Möglichkeit, den Prozess fortschreitender Normdurchsetzung aufzuhalten oder umzukehren. Hofferbert/Weber ergänzen dies mit der Frage, ob es nach dem Erreichen des *tipping points* im *Norm Life Cycle* kein Zurück mehr gibt und der Prozess der Normdurchsetzung unaufhaltsam voranschreitet.<sup>2140</sup>

Dass ich mich entschieden habe, eine “Gegenspur” in diese Einbahnstraße einzubauen und somit den zweiten Aspekt der festgestellten Fortschrittsbasis zu bearbeiten, impliziert selbstverständlich, dass der erste Kritikpunkt – das Untersuchen ausschließlich “guter” Normen – auch auf mich selbst zutrifft. Entstehungs- und Durchsetzungsprozesse als negativ erachteter Normen (wie etwa der *Sharia*) bleiben hiermit ein wichtiges Forschungsdesiderat.

Meine zweite fortschrittsskeptische Vorannahme, dass auch internalisierte Normen ihre Qualität der “*taken-for-grantedness*” – d.h. automatischer *compliance* und diskursiv unangetasteter Gültigkeit der Norm – verlieren und in eine Abwärtsbewegung geraten können, hat sich aber als richtig erwiesen. Dementsprechend lautet mein erster Befund: Internalisierte Normen können erodieren. Mit dem nuklearen Tabu und dem Folterverbot befinden sich sogar zwei universelle Normen im Erosionsprozess, die als besonders stark internalisiert galten und konstitutiv für die Identität “zivilisierter” Mitglieder der internationalen Gemeinschaft im Allgemeinen und der Vereinigten Staaten von Amerika im Besonderen waren bzw. immer noch sind.

Die Feststellung, dass auch internalisierte Normen erodieren können, impliziert natürlich die Annahme, dass Normen überhaupt das Stadium einer “*taken-for-grantedness*” erreichen können, d.h. stabil *von selbst* wirken und Akteurshandeln prägen könnte. Diese Annahme, die v.a. sehr volunaristisch geprägten Ansätzen, die Normen als permanent fragil und “dem Akteur ausgeliefert” ansehen, zuwiderläuft, hat sich mit den von mir untersuchten Normen klar bestätigt: Darauf, dass beide Normen internalisiert waren, deutet nicht nur die unhinterfragte Normbefolgung vor dem Einsetzen des Internalisierungsprozesses hin,

---

<sup>2140</sup> Vgl. S. 55 der Arbeit. Allerdings beziehen sich, wie beschrieben, diese sehr berechtigten Kritiken auf die Phase der Normdurchsetzung vor ihrer Internalisierung.

sondern auch die vielen Aussagen derjenigen DiskursteilnehmerInnen, die allein das diskursive Hinterfragen der Gültigkeit dieser Normen als höchst außergewöhnlich einstufen: Eine offene *contestation* dieser Normen war, wie es ein Debattenteilnehmer ausdrückte “*beyond the pale*”.<sup>2141</sup>

Für meine Untersuchung sehr bedauerlich war allerdings, dass, wie einige AutorInnen des Spiralmodells rückblickend selbst anmerkten, das Internalisierungsstadium in den Modellen der Normdurchsetzung nur skizzenhaft ausgeführt wurde – was im Fall des Spiralmodells auch damit zusammenhing, dass keiner der untersuchten Staaten die Internalisierungsphase überhaupt erreichte.<sup>2142</sup> Finnemore/Sikkink vermuteten dagegen, dass die nur sehr geringe Aufmerksamkeit, die internationale Normen in politikwissenschaftlichen Studien erfahren, gerade dem Umstand ihrer Selbstverständlichkeit geschuldet ist, der dazu führe, dass entsprechende Normen den WissenschaftlerInnen gar nicht als Untersuchungsgegenstand in den Sinn kämen (wobei hier das nukleare Tabu, welches allerdings bisher nicht im Zusammenhang mit der Normtheorie als internalisierte Norm dargestellt worden ist, eine Ausnahme bildet).

So scheint in Bezug auf das Stadium Norminternalisierung die implizite Annahme zu bestehen, dass sich Antworten auf entscheidende Fragen intuitiv ergeben und keiner detaillierten Beschreibung bedürfen. Durch das Hinzuziehen anderer AutorInnen, die sich mit der Frage der Internalisierung von Normen auseinandergesetzt haben, wie Peter Berger mit seinem eindrücklichen Beispiel eines ererbten, “onkelhaften” Verhaltens, konnte ich zumindest Hinweise auf die Internalisierung einer Norm bei Individuen erhalten.<sup>2143</sup> Bezüglich der Frage, ab wann eine Norm innergesellschaftlich als internalisiert beschrieben werden kann, blieben Antworten – mit Ausnahme der Feststellung, internalisierte Normen verschwinden, wie Tabus, aus dem öffentlichen Diskurs – jedoch aus. Bereits meine Fallauswahl wäre jedoch erleichtert worden, wenn ich Hinweise darauf gehabt hätte, ob z.B. bestimmte Akteursgruppen (neben der Regierung) für die innerstaatliche Internalisierung besonders wichtig sind oder ob dies immer vom Einzelfall abhängt – oder woran diese besondere Qualität zu erkennen ist. Schließlich ist fraglich, ob, in meinem Fall, jeder einzelne Einwohner der USA die von mir untersuchten Normen hätte internalisiert haben müssen, um von einer gesamtgesellschaftlichen Internalisierung sprechen zu können, oder nicht.

Vor dem Hintergrund meiner empirischen Studien erscheint es mir als durchaus möglich, dass einige der in den späteren Erosionsprozess involvierten Akteure die beiden Normen nicht internalisiert hatten, sich nur instrumentell daran hielten und ihre Ansichten entsprechend verschwiegen. In Bezug auf das nukleare Tabu kämen hier v.a. die an ihrer Weiterexistenz interessierten WissenschaftlerInnen aus den *National Laboratories* in Frage, in Bezug auf das Folterverbot einige Mitglieder der Bush-Administration, wie Dick Cheney und

---

<sup>2141</sup> Herbert, Bob 2006: *The Stranger in the Mirror*, in: NYT, 19.06.2006; vgl. auch S. 371 der Arbeit.

<sup>2142</sup> Vgl. S. 55 der Arbeit.

<sup>2143</sup> Vgl. S. 47 der Arbeit.

vielleicht auch Intellektuelle wie Alan Dershowitz. Möglicherweise sahen sie in der beginnenden Erosionsdebatte ein willkommenes *window of opportunity*, um ihre geheim gehaltenen Ansichten öffentlich, bzw. im Fall Cheneys regierungsimern, zu präsentieren und um Unterstützung zu werben. Da aus dem Zeitraum vor dem Einsetzen der Normerosion – der Internalisierung der Norm entsprechend – keine Veröffentlichungen, Interviews oder Meinungsumfragen vorliegen, lässt sich diese These jedoch nicht empirisch belegen. Interessant ist jedoch, dass die öffentlichen, normschwächenden Debatten in beiden Fällen nicht von diesen Akteuren losgetreten wurden, sondern im Fall des nuklearen Tabus v.a. von aufgebrachten NormschützerInnen, die sich über die “durchgesickerte” NPR echauffierten und im Fall des Folterverbots von MedienvertreterInnen, die in der Bevölkerung bereits kurz nach “9/11” auftretenden Diskussionen aufgriffen und weiterverbreiteten.

Neben der vernachlässigten Akteursqualität innenpolitischer Gruppen blieb in der einschlägigen Literatur auch das Verhältnis zwischen der Gültigkeit einer Norm (*validity*) und ihrer Einhaltung (*compliance*) in der Internalisierungsphase ungeklärt, was sich im Hinblick auf die von mir untersuchten Normen als problematisch erwiesen hat. So waren in den USA während des gesamten Zeitraumes der Norminternalisierung durchaus von Teilen der US-Administration geduldete Fälle von *non-compliance* trotz *validity* der Anti-Folter-Norm zu verzeichnen. Auch global wird ihr auf der deklaratorischen Ebene eine sehr hohe Gültigkeit bescheinigt, jedoch ohne diese proklamierte Überzeugung auch in die Tat umzusetzen. Für das nukleare Tabu lässt sich ebenfalls ein – wenn auch umgekehrtes – Spannungsverhältnis zwischen den beiden Komponenten Gültigkeit und Einhaltung konstatieren: Der seitens der US-Regierungen niemals uneingeschränkt bestätigten *validity* steht mehr als ein halbes Jahrhundert der absoluten Einhaltung des Einsatztabus gegenüber.

Die Hinweise auf die Relevanz unterschiedlichster Gruppen und das mögliche Auseinanderklaffen zwischen Normeinhaltung und Normgültigkeit sowie das Ausbrechen normschwächender Debatten verdeutlichen, dass die Phase der Internalisierung von Normen einen komplexen, keineswegs immer linear und bei allen Akteuren synchron verlaufenden *Prozess* darstellt. Dementsprechend wird am Verlauf dieses Prozesses v.a. zweierlei ersichtlich: Erstens scheinen Akteure auch in dieser Phase in der Lage zu sein, als Reaktion auf bestimmte Ereignisse “aus eigenem Antrieb” die Gültigkeit der für sie lange Zeit selbstverständlichen Überzeugungen zu hinterfragen. Zweitens liegt die Vermutung nahe, dass unterschiedliche Internalisierungsgrade bei unterschiedlichen Akteuren ebenfalls zu einer Gefahr für die internalisierte Norm werden können, da Akteure miteinander in Interaktionen treten und sich im Sinne eines “*shared knowlegde*”, wie es für die Entstehung einer Norm als wichtig beschrieben wird, wohl auch darauf einigen können, dass es wichtig sei, eine bestehende Norm vor dem Hintergrund eines neuen Weltbildes zu hinterfragen und ggf. zu verwerfen.<sup>2144</sup> Entsprechend können Normen auf dem Weg zu einem – vermutlich empirisch niemals erreichbaren – Endpunkt ihrer Internalisierung a) potentiell durch jeden

---

<sup>2144</sup> Vgl. zum “*shrareed knowlegde*“ S. 26 der Arbeit.

gesellschaftlich relevanten Akteur oder b) durch diejenigen Akteure, die bei der Internalisierung langsamer (oder gar nicht?) voranschritten, im Diskurs in Frage gestellt werden, sobald diese meinen, ein *window of opportunity* zu erkennen, um ihre (normschwächenden) Ansichten vorzubringen. Solche Handlungen seitens der *norm challengers* können wiederum Zweifel bei denjenigen auslösen, die die Norm bereits internalisiert hatten. Schließlich kann c) das Handeln von Akteuren außerhalb des innenpolitischen Internalisierungsbereichs (Terroristen, nach Massenvernichtungswaffen strebende Staaten), eine diskursive Normschwächung notwendig erscheinen lassen.

Bezüglich der politikwissenschaftlichen Normtheorie lauten also meine ersten empirischen Befunde, dass bei bestimmten Normen durchaus von einem Stadium der Internalisierung gesprochen werden kann, dies jedoch keinesfalls das Ende einer immer vorwärts gerichteten und schließlich in der Ungreifbarkeit einer Norm mündenden Entwicklung sein muss: Fasst man die Internalisierungsphase als einen durch Uneinheitlichkeit, Ungleichzeitigkeit und Umkehrbarkeit gekennzeichneten *Prozess* auf, erscheint eine in diesem Stadium befindliche und damit vermeintlich überzeitlich stabile Norm unter bestimmten Umständen als noch immer fragil.

### 7.1.2 Nebenbefunde zur Entstehung und Durchsetzung von Normen

Neben diesen vor dem Hintergrund meiner Fragestellung zentralen Erkenntnissen haben sich, wie in den entsprechenden Kapiteln bereits angedeutet, auch einige Einsichten bezüglich der Entstehung und Durchsetzung von Normen ergeben, auf die ich kurz eingehen möchte:

Im Kapitel zur Normtheorie hatte ich verschiedene Ansichten darüber aufgeführt, warum Normen überhaupt entstehen und hier einen funktionalistischen Ansatz, demzufolge Normen aufgrund eines (extern und objektiv gegebenen oder subjektiv wahrgenommenen) Bedürfnisses geschaffen werden, von der Vermutung unterschieden, dass Normen rein zufällig entstehen, wenn Akteure immer wieder die gleiche Handlung vollführen und sich diese nach und nach zu einer sozialen Norm verfestigt.<sup>2145</sup> Wie vor dem Hintergrund der Beschreibung der Entstehung des nuklearen Tabus und des Folterverbots vielleicht bereits vermutet, lassen meine Fallstudien Rückschlüsse auf beide Ansichten zu: Das Folterverbot wurde zunächst als "normale" (Rechts-)Norm bewusst gesetzt, während sich die heutige Stärke des nuklearen Einsatztabus nur unter Rückgriff auf die seit 1945 praktizierte *tradition of non-use* erklären lässt, die teilweise mit viel Glück und Zufällen fortgeführt wurde und dennoch die Hemmschwelle für einen Nuklearbombenabwurf ständig steigen ließ. Selbstverständlich bestätigen diese beiden Normen die Annahme Kowert/Legros, dass die Beachtung von Normen sowohl als Maßstab für die Zugehörigkeit eines Mitglieds in eine *in-group* von Staaten herangezogen werden kann, als auch innerhalb einer Gruppe bewusst als

---

<sup>2145</sup> Vgl. S. 26 der Arbeit.

Standards gesetzt werden kann, der diese von einer *out-group* deutlich unterscheidet (zivilisierter oder despotisch-folternder Staat/nuklearer Irrer oder *responsible nuclear power*).

Bezüglich des frühen Durchsetzungsstadiums einer Norm gehen die Autorinnen des *Norm Life Cycle* davon aus, dass die *norm entrepreneurs* der ersten Stunde, die in meinen Fällen tatsächlich Betroffene waren,<sup>2146</sup> ein gezieltes *framing* betreiben und aktiv darauf hinwirken, ein Problembewusstsein bei ihren MitbürgerInnen zu schaffen, damit diese die Notwendigkeit der Etablierung einer neuen Norm zur Verregelung dieses Problems anerkennen. Diesen Prozess habe ich in meinen beiden Studien zur Entstehung des nuklearen Tabus wie des Folterverbots ebenso wiederfinden können, wie die dahinterstehende Annahme, dass neu entstehende Normen dann “verfangen”, wenn sie einem sich im Wandel begriffenem Weltbild entsprechen: So entwickelten sich die ersten europäischen Folterverbote gleichzeitig mit den Anfängen moderner Rechtsstaatlichkeit, welche den Bürger als im Mittelpunkt stehendes Subjekt auffasst, dessen Schutz der Staat zu garantieren hat. Diesem gewandelten Staatsbild, in dem Folter keinen Platz mehr haben konnte, entspricht das nach dem ersten Einsatz von Nuklearwaffen radikal gewandelte Kriegsbild. Durch die Aussicht eines möglichen Weltuntergangs im Zuge eines nuklear geführten Dritten Weltkrieges wurde der Wunsch, Kriege insgesamt oder zumindest den Einsatz der nun stärksten Waffen darin zu verhindern, zu einer “Steilvorlage” für die Etablierung des nuklearen Tabus. Wie von Finnemore/Sikkink beschrieben, betrieben frühe *norm entrepreneurs* ihr *framing* dabei durch die (gezielte?) Etablierung bestimmter Begriffe, wie etwa den der Massenvernichtungswaffen als neuartiger und *besonderer* Waffenkategorie. Im Fall des nuklearen Tabus lagen die Autorinnen auch mit ihrer These richtig, dass *norm entrepreneurs*, um ihren Druck dauerhaft aufrecht zu erhalten, eine organisierte Plattform wie die der UN benötigten. Solche Plattformen zur Normdurchsetzung existierten Mitte des 18. Jahrhunderts selbstredend noch nicht, diese Einschätzung scheint also, wenn überhaupt, auf die Normentstehung der heutigen Zeit begrenzt zu sein. Dagegen findet sich der von den Autorinnen diskutierte *tipping point* ausschließlich in der europäischen Durchsetzung des Folterverbots wieder – wobei hier, neben dem Druck der eigenen Bevölkerung und der Angst vor einem rückwärtsgewandten Image, so unberechenbare Sachverhalte wie der Verwandtschaft der Herrscherhäuser eine Rolle spielte. Für das nukleare Einsatztabu, das ja nur sehr wenige Staaten betrifft, spielte dieser Aspekt offensichtlich keine Rolle.

## 7.2 Deep structures und Machthierarchien: Rückschlüsse auf das Akteur-Struktur-Problem

Ein häufiger Kritikpunkt an den Modellen der Normdurchsetzung wie an normtheoretischen Arbeiten des *mainstream*-Konstruktivismus generell lautet, dass Normen wie Strukturen aufgefasst werden, die von Akteurshandeln kaum zu beeinflussen sind – etwa

---

<sup>2146</sup> Vgl. S. 44 der Arbeit. In Bezug auf Folter gilt dies für die politische Verfolgung und Folterung (der Familie) früher Foltergegner, in Bezug auf das nukleare Tabu für einige Wissenschaftler aus *Los Alamos*.



bei der Frage, ob Menschenrechtsnormen, die in neue Länder “übertragen” werden, von diesen Ländern (mit einem anderen kulturellen Hintergrund) auf ihre jeweiligen Bedürfnisse angepasst werden. Dabei werden Akteure, ganz im Sinne der konstruktivistischen Normtheorie generell prägenden Akteur-Struktur-Problems, als Individuen oder Gruppen angesehen, denen in einer Situation eine Auswahl an Handlungsalternativen zusteht, zwischen denen sie eine Entscheidung treffen können. Demgegenüber kann eine Struktur wie eine internalisierte Norm niemals “wählen”, ob sie beachtet werden möchte oder nicht.

Während ich die Frage, ob sich im Zuge einer internationalen Normdurchsetzung eine Norm wandelt, nicht beurteilen kann, so lässt sich doch vor dem Hintergrund meiner Studien feststellen, dass speziell internalisierte Normen und Tabus tatsächlich wie Strukturen wirken: Sie schränken die Wahl- und Entscheidungsfreiheit von Akteuren, also das Kriterium, an dem sich *agency* bemisst, erheblich ein, da sie eine mögliche Handlungsalternative (in meinem Fall den Bruch des Folterverbots oder des nuklearen Tabus oder allein die Möglichkeit, diese Tabus zu hinterfragen) von vornherein ausschließen – und zwar ohne dass dies dem betroffenen Akteur überhaupt bewusst wäre. Insbesondere Tabus scheinen beinahe gänzlich ohne *agency* auszukommen: So stimmt die einschlägige Literatur verschiedener Disziplinen darin überein, dass die Ursprünge von Tabus für von ihnen betroffene Akteure im Dunkeln liegen, dass sie ebenso unbewusst wie unhinterfragbar sind und dass sie sich selbst rächen können. Damit sind die Konzepte der internalisierten Norm und des Tabus eng mit dem in der Akteur-Struktur-Debatte diskutierten Konzept der *deep structures* verwandt. Auch *deep structures* sind den sich nach ihnen richtenden Akteuren nicht bewusst, z.B. weil diese Strukturen “ererb”t, d.h. von Beginn an als gegeben erlebt wurden.<sup>2147</sup>

Dennoch sind, wie auch meine Untersuchungen gezeigt haben, selbst solche *deep structures* nicht völlig unabhängig von *agency*: Erstens sind die von mir untersuchten Normen durch Akteurshandeln etabliert worden, wobei insbesondere der aktiven Unterstützung der *norm entrepreneurs* eine wichtige Rolle zukam, und erst danach in einem langwierigen Prozess der Internalisierung zu *deep structures* geworden. Zweitens mussten auch die von mir untersuchten internalisierten Normen von Akteuren stabil reproduziert werden, um weiter zu gelten, indem sie eine Handlungsalternative von vornherein ausschlossen – ein Prozess, der sich z.B. schön an Aussagen bezüglich eines evtl. Nuklearwaffeneinsatzes im Golfkrieg 1991 zeigte: “[T]he assumption was simply that conventional forces would be used.”<sup>2148</sup> Diesem Mechanismus zu Grunde liegt, drittens, ein Prozess der Verdrängung, der sich insbesondere mit psychologischen und psychoanalytischen Ansätzen bezüglich einer Verdrängungsleistung als Grundlage von Tabus deckt. In Bezug auf das Verhältnis von *deep structure* und *agency* ist vor dem Hintergrund meiner Fallstudien v.a. die Frage entscheidend, aber im Rahmen einer

<sup>2147</sup> Vgl. S. 66 der Arbeit.

<sup>2148</sup> Zitiert in: Tannenwald, Nina 1999: The Nuclear Taboo: The United States and the Normative Basis of Nuclear Non-Use, in: *International Organization* 53:3, S. 433-468, hier S. 459.

politikwissenschaftlichen Arbeit nicht beantwortbar, ob ein individueller oder kollektiver, im Unterbewusstsein ablaufender Verdrängungsprozess als *agency* eingeordnet werden kann – oder ob das Konzept der *agency* nur bewusste Handlungen und Entscheidungen umfassen sollte. Viertens und für meine Untersuchung entscheidend ist die bereits im Akteur-Struktur-Diskurs vorgebrachte Annahme, dass auch *deep structures* ihren Status als unangefochtene Strukturen verlieren können, wenn es einem Akteur gelingt, sich zunächst wieder bewusst zu machen, dass sein Handlungsspielraum von entsprechenden Vorannahmen eingeschränkt wird. Durch eine Bewusstmachung der *deep structures* wird also eine bewusste Entscheidung über die Einhaltung oder den Bruch einer Norm wieder möglich. Unter welchen Bedingungen es zu einer solchen Bewusstmachung kommen kann, wird in der Akteur-Struktur-Debatte allerdings nur angerissen. Hier sei noch einmal auf die These von Hays verwiesen, die sich zumindest in meinen Fällen als völlig richtig erwiesen hat:

“Structurally transformative agency (...) is made possible under particular historical circumstances – when portions of what were once deeper social structures become particularly malleable and provide occasion for significant collective refashioning.”<sup>2149</sup>

Gleichzeitig mit diesen “besonderen historischen Umständen”, die von Hays nicht weiter ausgeführt werden, hat es sich in meinen Fällen als zentral für das Auslösen einer Normerosion erwiesen, dass das oben angesprochene Moment einer bewussten Entscheidung sich nicht nur auf die Frage bezog, ob *eine* wieder bewusst gewordene Norm eingehalten oder gebrochen werden sollte, sondern die betroffenen Akteure hier – so die Sicht der meisten DebattenteilnehmerInnen – eine bewusste Abwägungsentscheidung darüber treffen mussten, welcher von *mehreren*, scheinbar unvereinbaren Normen, sie den Vorzug geben wollten. Auf die vierte der nach der *logic of appropriateness* von March/Olsen gestellten Standardfragen “*Do what is most appropriate?*” waren also mehrere Antworten gleichermaßen denkbar –<sup>2150</sup> und Akteure erhielten ihre *agency* im Sinne einer Entscheidungsfreiheit zurück, indem sie nicht mehr unbewusst immer die gleiche Norm einhielten, sondern sich, aus ihrer Sicht, zwischen verschiedenen Alternativen entscheiden konnten. NormschützerInnen pochten dagegen, wie gesehen, heftig darauf, dass eine solche Abwägung z.B. zwischen Folter und der eigenen Sicherheit sachlich falsch, juristisch inkorrekt und moralisch höchst bedenklich sei. Sie plädierten somit für eine Einschränkung der eigenen *agency* im Sinne der unhinterfragten Aufrechterhaltung einer bestimmten Struktur. Im Verlauf der Debatte erkannten jedoch auch viele NormschützerInnen an, dass es für die von ihnen favorisierten Strukturen keine Letztbegründungen gab und die so unumstößlich geglaubten Strukturen tatsächlich hinterfragbar waren.

Als Auslöser dieser möglichen *agency* vor dem Hintergrund eines wahrgenommenen Abwägungszwangs kamen in meinen beiden Fällen, grob vereinfacht, sowohl als neu

<sup>2149</sup> Hays, Sharon 1994: Structure and Agency and the Sticky Problem of Culture, in: Sociological Theory 12:1, S. 57-72, hier S. 63, auch S. 67 der Arbeit.

<sup>2150</sup> March, James G./Olsen, Johan P. 1989: Rediscovering Institutions. The Organizational Basis of Politics, New York., S. 23, s. auch S. 30 der Arbeit.

wahrgenommene Akteure wie auch gewandelte Strukturen in Betracht: Während in der Folterfallstudie in erster Linie auf das Verhalten von Terrorverdächtigen abgehoben wurde, deren mutmaßliche Anschlagpläne es zu durchkreuzen galt, stand bei der Fallstudie zum nuklearen Tabu die gewandelte nukleare Sicherheitsstruktur des internationalen Systems im Zentrum, in dem die alte Einteilung in *haves* und *have-nots* sowie Sicherheitskonzepte wie das der traditionellen Abschreckung zunehmend in Frage gestellt wurden.

Neben diesen zentralen Schlussfolgerungen hat sich noch eine interessante bezüglich der in der Akteur-Struktur-Debatte immer wieder geäußerten These ergeben, dass Strukturen auch *agency* beeinflussten, indem sie Akteure mit unterschiedlich viel Macht zur Änderung von Strukturen ausstatteten. Diese These hat sich bezüglich des Verhaltens der USA auf *internationaler Ebene* als zutreffend erwiesen. Offensichtlich ging zumindest die US-Regierung unter Bush davon aus, gewisse “geistige Eigentumsrechte” an maßgeblich von den USA mitgestalteten Strukturen, wie dem nuklearen Tabu und grundlegenden Menschenrechten, zu besitzen und überdies über eine so hervorgehobene Stellung im internationalen System zu verfügen, dass sie es sich erlauben konnten, diese Normen nach Gutdünken umzudefinieren (wie den Begriff der Folter) oder durch die Schaffung neuer Normen zu umgehen (wie die Etablierung der PSI gegenüber dem NPT). Die Zementierung von Machthierarchien im internationalen System spielte insbesondere in der Fallstudie zum nuklearen Tabu eine große Rolle, spielte sich diese Fallstudie doch vor dem Hintergrund der strukturellen und sprachlich gefestigten Zweiteilung der Welt in *haves* und *have-nots*, wie sie insbesondere Daase beschrieben hat, ab.<sup>2151</sup> Gleichzeitig bot diese hierarchische Strukturierung der Welt einen Anreiz, die Struktur selbst aufzuweichen, nämlich insofern, als mehr Staaten (Stichwort: *nuclear poor*) in den exklusiven Club der *haves* drängten und dessen Exklusivität somit zu schwinden begann – hier stand sich eine internationale Struktur also selbst im Weg.

Dagegen schien es auf *innenpolitischer Ebene* kaum eine Rolle zu spielen, wieviel “strukturelle Macht” einem Debattenteilnehmer zukam. Möglicherweise hätten die Mitglieder der Bush-Regierung mehr “diskursives Gewicht” besessen, als andere DebattenteilnehmerInnen, doch spielten sie dieses nicht aus und verschanzten sich stattdessen hinter einer Fassade des Schweigens bzw. der Abwiegelung nach außen. So kam es, dass die Debatten maßgeblich “aus der Mitte der Bevölkerung” bzw. von MedienvertreterInnen losgetreten und am Laufen gehalten wurden – was angesichts der Forderung, Diskurse in einer Demokratie möglichst hierarchiefrei zu gestalten, erfreulich sein mag.

Durch die letzte Aussage wird bereits deutlich, dass ich der Frage, ob man Staaten in der Politikwissenschaft als Strukturen oder als Akteure auffassen sollte, sehr offen gegenüberstehe. Einerseits habe ich Staaten vereinfachend als Akteure betrachtet, wenn es etwa um die Frage ging, ob die USA zu dem Kreis der zivilisierten Staaten gezählt wurden.

---

<sup>2151</sup> Vgl. S.225 der Arbeit.

Andererseits habe ich mich bei der Untersuchung der erosionsfördernden Diskursverläufe teilweise bis auf die Ebene individueller *norm challenger* begeben. Rückblickend muss ich sagen, dass sich dieser Wechsel aus meiner Sicht nicht nur als unproblematisch erwiesen hat, sondern ich meine Fallstudien auch kaum anders hätte durchführen können.

Dieser Hinweis deutet wiederum darauf hin, dass ich mich Wendts Konzept des Umgangs mit dem ASP in empirischen Studien angeschlossen habe:<sup>2152</sup> Das es *die eine* Lösung für das ASP sowieso nicht geben kann, erscheint es sinnvoll, einen der jeweiligen Fallstudie angemessenen Umgang damit zu finden. Da meine Studien die Frage beantworten sollten, was Akteure mit einer Norm tun können (etablieren und insbes. zerstören), fallen meine Fallstudien naturgemäß eher akteurslastig aus, zumal ich durch die Fokussierung auf die von DebattenteilnehmerInnen vorgebrachten Argumente auch eher die Perspektive verschiedener Akteure eingenommen habe. Lediglich in Unterkapiteln zur Entstehung der von mir untersuchten Normen habe ich diese Perspektive umgedreht und die Frage gestellt, wie die beiden Tabus auf Akteurshandeln wirken. Dieser Versuch einer Trennung von Akteuren und (identitätsstiftenden) Normen impliziert, dass ich zumindest in dieser Untersuchung eher dem Konzept eines Dualismus von *agency* und Strukturen nach Archer oder Calsnaes gefolgt bin. Dies war aufgrund meiner Forschungsfrage zwar angebracht, hatte jedoch den Nachteil, dass ich mir selbst den Blick auf die Frage, welche Rückwirkung eine Normerosion, also ein "Strukturwandel", wiederum für die betroffenen Akteure hatte, verstellt habe – zumindest, solange DebattenteilnehmerInnen nicht selbst betonten, dass sie eine Änderung ihrer eigenen Identität oder der ihres Landes feststellten. Über solche Aussagen hinaus beurteilen zu wollen, welche Wandlungsprozesse die Normen im Prozess ihrer Schwächung durch Akteure bei (diesen) Akteuren ausgelöst hätten, wäre im Rahmen meiner Untersuchung jedoch vermessen gewesen.

Zuletzt möchte ich vor dem Hintergrund meiner Fallstudien noch der Kritik von Suganami zustimmen, dass auch der Prozess einer Normerosion nicht nur von einem Wechselspiel zwischen Akteuren und Strukturen geprägt ist, sondern auch eine Reihe anderer Faktoren, insbesondere *Zufälle*, eine wichtige Rolle spielten, wie z.B. der, dass wichtige Regierungsdokumente (NPR, *memos*) an die Öffentlichkeit gerieten.<sup>2153</sup> In eine weitere mögliche Zwischenkategorie zwischen Akteuren und Strukturen fallen *Dinge*, über deren Status in der Akteur-Struktur-Debatte am Rande diskutiert wird. Hier lässt sich einerseits sagen, dass Nuklearwaffen – als von Akteuren geschaffene, als "besonders" wahrgenommene und entsprechend (nicht) eingesetzte – Gegenstände tatsächlich die Sicherheitsstrukturen des internationalen Systems radikal gewandelt haben. Andererseits kann Dingen, genau wie Strukturen, selbstverständlich keine *agency* zugesprochen werden, da sie nicht in der Lage sind, Handlungsalternativen wahrzunehmen und sich bewusst zwischen ihnen zu entscheiden.

---

<sup>2152</sup> Vgl. S. 72f. der Arbeit.

<sup>2153</sup> Vgl. S. 75 der Arbeit.

Letztlich hat sich also ergeben, dass die Akteur-Struktur-Debatte einen wichtigen Hintergrund meiner Untersuchung, wie auch der Normtheorie generell, bildet, dass Akteure und Strukturen aber eben nicht alles sind, worauf es bei einer normtheoretischen Untersuchung ankommt.

### 7.3 Gemischter Befund mit normativen Fragezeichen: Rückschlüsse auf die *norm contestedness*

#### 7.3.1 Empirische Befunde

Wie bereits im entsprechenden Theoriekapitel vermutet, hat sich vor dem Hintergrund meiner Fallstudien die Hälfte der Annahmen der *norm contestedness* als richtig erwiesen – nämlich die, dass keine Norm ewig hält und jede wieder *contested* werden kann – und die Hälfte als unzutreffend – nämlich die, dass jede Norm permanent *contested* ist.

Die erste Hälfte der Annahmen ist, wie oben bereits skizziert, ein zentraler Punkt meiner Arbeit, der in den bisherigen Ausführungen der Normtheorie, insbes. zu internalisierten Normen und auch Tabus, übersehen worden ist. So entspricht der Ansatz der *contestedness* auch viel eher der konstruktivistischen Grundauffassung einer wechselseitigen Konstruiertheit von Akteuren und Strukturen, welche die Annahme, dass manche Strukturen für Akteure für immer unangreifbar sind, ausschließt.

VertreterInnen dieses sehr voluntaristisch anmutenden Ansatzes gehen jedoch davon aus, dass der Gehalt von Normen seitens der Akteure *ständig* neu bestimmt wird und Normen keinesfalls Strukturen gleichen, sondern lediglich *meaning in use* sind.<sup>2154</sup> Würden Normen nicht diskursiv immer neu ausgelegt, blieben sie ein toter Text, der nicht implementiert würde. Diese Thesen mögen auf viele Normen in verschiedenen “Entwicklungsstadien” zutreffen, für internalisierte Normen jedoch nicht. Wie oben gesehen, steht hier nicht die Einhaltung einer Norm im Zentrum, die ein bestimmtes Tun (wie z.B. Klimaschutz) verlangen würde und über dessen Gehalt man sich diskursiv austauschen könnte, sondern die unbewusste Befolgung einer Verbotsnorm, die eine Handlungsalternative stabil ausschließt. Insofern werden entsprechende Normen selbstverständlich ständig “implementiert”, ohne, dass sie diskursiv bestritten würden. Um eine Norm diskursiv *contesten* zu können, muss diese logischerweise dem betreffenden Akteur bewusst sein. Dies wäre jedoch bereits ein Anzeichen dafür, dass es sich hierbei nicht um eine internalisierte Norm, ein Tabu oder eine der oben erwähnten *deep structures* handeln kann, bzw. ein Hinweis darauf, dass eine solche Norm im Erosionsprozess begriffen ist.

Einer der Gründe, der für die permanente Neuinterpretation von Normen angegeben wird, ist, dass diese ständig auf einen neuen Kontext bezogen werden müssten. Dies ist, wie gerade anhand der Folterfallstudie zu sehen war, in den USA bis zum Einsetzen der Erosion jedoch nicht der Fall gewesen: Akteure, die plötzlich vor dem Problem standen, die Anti-

---

<sup>2154</sup> Vgl. auch für das Folgende, S. 80 der Arbeit.

Folternorm erstmals auslegen zu müssen, beklagten gerade, dass “*America had virtually no history in this area of law.*”<sup>2155</sup> Der andere von den AnhängerInnen der *norm contestedness* genannte Faktor, dass niemals alle Mitglieder einer Gesellschaft eine Norm gleich auslegen würden, trifft zweifelsohne zu. Hier sei jedoch wiederum darauf verwiesen, dass die Norm den meisten BürgerInnen nicht bewusst war und diejenigen, die sie dennoch bewusst hinterfragten, ihre Ansichten – mit Rücksicht auf das gesamtgesellschaftliche Schweigetabu – für sich behielten. Hätten einzelne *norm challengers* ihre Meinung während der Phase der Tabuisierung der beiden Normen kundgetan, wären sie wahrscheinlich als nicht “diskursfähig” abgestempelt worden. So wies selbst ein Debattenteilnehmer darauf hin, dass es selbst in demokratischen Diskursen unmöglich sei, gegen bestimmte Normen, wie z.B. das Verbot von Vergewaltigungen, zu argumentieren.<sup>2156</sup> Die zurückgehaltene, kritische Einstellung der *norm challenger* wurde jedoch, wie oben angeführt, zu einem wichtigen Faktor beim Erosionsprozess der untersuchten Normen.

Im Erosionsprozess selbst nutzten *norm challenger* allerdings in der Tat sehr häufig Strategien der *contestation* im Sinne einer vermeintlich legitimen und üblichen (Neu-) Auslegung von Normen. Hier tat sich die typische, jedoch von den AutorInnen des Ansatzes der *contestedness* nicht beantwortete Frage auf, wo eine legitime Auslegung kodifizierter Normen ihr Ende hat und Rechtsverdrehung beginnt. Auch DebattenteilnehmerInnen stritten sich darüber, ob es sich bei dem Streit über die Interpretation der Normen um normale “*political disagreements*” handele,<sup>2157</sup> oder ob es den *norm challengern* darum ging, ihren Handlungsspielraum bis zur Unkenntlichkeit der Norm auszudehnen, so dass z.B. “*Deterrence’ has become to be defined as whatever it is that nuclear weapons do.*”<sup>2158</sup>

Wichtig und auf die von mir untersuchten Fälle zutreffend sind die Annahmen dazu, wann Normen besonders, bzw. in meinem Fall internalisierte Normen überhaupt, *contested* werden, nämlich in Krisensituationen: Da Normen in diesen Situationen auf völlig neuartige Einzelfälle bezogen werden müssten, käme es zu einer besonders heftigen Diskussion über ihre Auslegung. Dies war in den von mir geschilderten Fällen eindeutig der Fall, da die Tabus vor dem Hintergrund als völlig neu wahrgenommener Bedrohungen – nuklearer Irrer und bei Verhören schweigender Terroristen – ins Wanken gerieten, zumal die Antworten auf die Frage, ob dies überhaupt neue Situationen seien und wenn ja, wie man mit ihnen am besten umgehen sollte, sehr weit auseinanderklafften.

<sup>2155</sup> Mayer, Jane 2008: *The Dark Side. The Inside Story of How the War on Terror Turned into a War on American Ideals*, New York, S. 296, s. auch S. 267 der Arbeit.

<sup>2156</sup> Vgl. Zizek, Slavoj 2007: *Knight of the Living Dead*, in: NYT, 24.03.2007 sowie S. 328 der Arbeit.

<sup>2157</sup> Cheney, Dick 2009: Rede vor dem American Enterprise Institute, 21.05.2009, online unter <[http://www.huffingtonpost.com/2009/05/21/cheneys-speech-obama-dese\\_n\\_206165.html](http://www.huffingtonpost.com/2009/05/21/cheneys-speech-obama-dese_n_206165.html)>, rev. 02.02.2012; vgl. auch S. 305 der Arbeit.

<sup>2158</sup> Kristensen, Hans M./Norris, Robert S./Oelrich, Ivan 2009: *From Counterforce to Minimal Deterrence: A New Nuclear Policy on the Path Toward Eliminating Nuclear Weapons*, in: Federation of American Scientists & The Natural Resources Defense Council, Occasional Paper No. 7, S. 14; vgl. auch S. 407 der Arbeit.

Die Annahme, dass Normen weniger *contested* sind, je stärker sie rechtlich verregelt werden, trifft dagegen zumindest auf das nukleare Einsatztabu (ganz im Gegensatz zum Art. VI-Streit bezüglich des Besitztabus) nicht zu: Es wird seit über 60 Jahren von allen betroffenen Akteuren gehalten, ohne, dass es jemals kodifiziert worden wäre.

Ebenfalls unzutreffend ist die Annahme, dass Normen umso stärkere Wirkung entfalten, je mehr sie *contested* werden. Hinter dieser These steht die Annahme, dass Normen mehr Legitimität erlangen, je umstrittener sie sind, da sich größere Teile der Gesellschaft an ihrer Aushandlung und Anpassung an neue Situationen beteiligen – und demzufolge auch bereit sind, die Norm in den diskutierten Situationen anzuwenden. Dies mag wiederum auf einige Normen zutreffen, jedoch nicht auf internalisierte Normen und Tabus, die ihre Stärke ja gerade dadurch erfahren, dass sie völlig unumstritten sind. Dies zeigte sich in meinen Fallstudien u.a. daran, dass die von mir untersuchten Normen in dem Moment, in dem sie diskursiv hinterfragt wurden, auch deutlich an Wirkung bezüglich der *compliance* der betroffenen Akteure verloren – die *black sites* der CIA und die Überlegungen zum Bau einsetzbarer Nuklearwaffen sind traurige Beispiele hierfür.

### 7.3.2 Normative Erwägungen

Neben diesen empirischen Rückschlüssen hat mich der Ansatz der *contestedness* auch vor ein normatives Dilemma gestellt, mit dem teilweise auch die DebattenteilnehmerInnen in meinen Fallstudien haderten. Wie oben angeführt, gehen VertreterInnen des Ansatzes der *contestedness* davon aus, dass eine Norm umso legitimer wird, je länger und breiter sie in einem demokratischen Diskurs ausdiskutiert wird und dass dies auch die Akzeptanz einer Norm bei ihrer Umsetzung erhöhe. Deshalb nehmen VertreterInnen der *norm contestedness* an, dass es normativ wünschenswert sei, die Gültigkeit und die Auslegung von Normen in der Öffentlichkeit breit zu diskutieren. Dem scheint auf den ersten Blick nichts entgegenzusetzen zu sein, ist doch ein möglichst unbeschränkter und “herrschaftsfreier” Diskurs über Fragen, die im ureigensten Interesse der Bevölkerung liegen, ein hohes demokratisches Gut. Demgegenüber scheint sich das (unbewusste) Beharren auf unhinterfragbaren Normen, deren ursprüngliche Bedeutung seit langem vergessen wurde und heute vielleicht gar nicht mehr zutrifft, überhaupt nicht mit unserem Selbstbild aufgeklärter und reflektierter BürgerInnen zu vertragen – entsprechend antiquiert und schädlich wirken viele Tabus, wie z.B. das der Homosexualität oder der Ehe zwischen verschiedenen Religionen, die im vergangenen Jahrhundert zunehmend überwunden wurden. Andererseits macht der Bruch so wichtiger Normen wie des nuklearen Tabus und des Folterverbots, deren Erosion bereits durch ihre diskursive Hinterfragung eingeläutet wurde, stutzig. So stellt sich die Frage, ob es tatsächlich ein Anzeichen demokratischen Fortschritts wäre, wenn Themen wie die Zulassung von Kannibalismus, Vergewaltigung oder Sklaverei wieder offen und kontrovers diskutiert würden – oder ob wir es nicht gerade als zivilisatorische Errungenschaft ansehen können, diese Frage vor langer Zeit tabuisiert zu haben.

Die Abwägung zwischen einem offenen Diskurs und einer Tabuisierung stellte sich zwar auch beim nuklearen Tabu, viel häufiger jedoch in Bezug auf das Folterverbot – zumal hier die Frage, ob der US-Kongress Ausnahmen von der bestehenden Norm in einem demokratischen Verfahren beschließen sollte, weitaus virulenter war. Dabei lässt sich die Frage, ob es rückblickend tatsächlich besser gewesen wäre, nach den Anschlägen vom 11. September 2001 eine Sonderregelung für Verhöre von Terrorverdächtigen zu erlassen, nur schwer beantworten, da die Geschichte beider Seiten recht zu geben scheint: GegnerInnen einer Ausnahme hatten vor einer *slippery slope* gewarnt: Würde man “ein bisschen” Folter bei bestimmten Personen und unter bestimmten Umständen erlauben, dürfe man sich nicht wundern, wenn es zu einem Dambruch käme und immer brutalere Methoden immer häufiger angewendet würden. Genau das scheint nicht nur in *Abu Ghraib*, sondern auch in mehr oder weniger geheimen “Verhörzentren” weltweit eingetreten zu sein, wie mysteriöse Todesfälle und Interviews mit Überlebenden nahelegen. BefürworterInnen einer Ausnahmeregelung hatten ebenfalls vor genau solchen Szenarien gewarnt – allerdings mit dem Argument, dass es viel besser sei, selbst einige Ausnahmen zu definieren, an die dann auch die US-Regierung gebunden wäre, statt darauf zu setzen, dass die Regierung selbst in *ticking-bomb-scenarien* nicht auf Folter zurückgreifen würde. Das Aufrechterhalten eines absoluten Verbots würde nur dazu führen, dass die Exekutive sich ihre eigenen – vermutlich weit schlimmeren – Richtlinien zurechtlegen würde. Auch diese Befürchtung ist, bekanntermaßen, eingetreten.

Wie durch Anmerkungen im Text wohl bereits deutlich geworden ist, sympathisiere ich, zumindest in den beiden von mir untersuchten Fällen, klar mit dem Lager der TabuschützerInnen. Mir wäre es eindeutig lieber gewesen, wenn diese beiden Sprachtabus nicht gebrochen worden wären. Andererseits habe ich durch die Auseinandersetzung mit der langen Phase der *contestation* beider Normen erkannt, dass es ernstzunehmende Argumente gegen eine unbedingte Gültigkeit dieser Normen selbst und gegen ein tabutypisches Schweigen gibt. Insofern scheint die Frage, auf welche Seite des Diskurses man sich schlägt, letztlich von ethischen Grundüberzeugungen abzuhängen, die schwer zu begründen sind und eher intuitiv verankert zu sein scheinen.

Diese “Einsicht” vorweggeschickt, haben mich zwei Entwicklungen insbesondere im Hinblick auf die Debatte über das Folterverbot sehr stutzig gemacht: Erstens hat die – mit Höhen und Tiefen – nunmehr seit zehn Jahren andauernde, sehr offen und sehr breit geführte Debatte bisher keinerlei Ergebnisse, geschweige denn einen neuen gesamtgesellschaftlichen Konsens hinsichtlich der Anpassung der bestehenden Verbotsnorm ergeben. Ganz im Gegenteil ist das Tabu zwar auf absehbare Zeit zerstört, die Fronten zwischen den beiden Debatten-”Lagern” haben sich jedoch zunehmend verhärtet, so dass die Gesellschaft keineswegs auf den Weg zu einem neuen Konsens gebracht worden, sondern vielmehr tief gespalten ist. Vor dem Hintergrund der Literatur zur Funktion von Tabus kann dieser Befund eigentlich nicht verwundern, wird doch hier immer wieder betont, dass Tabus dabei helfen, durch gemeinsame “blinde Flecken” die Identität einer Gruppe zu



sichern.<sup>2159</sup> Durch den Wegfall eines Tabus können innere Konflikte einer Gesellschaft wieder aufbrechen und deren Zusammenhalt gefährden.<sup>2160</sup>

Zweitens operierten auch diejenigen DebattenteilnehmerInnen, die es als richtig und wichtig ansahen, das Folterverbot zu *contesten*, mit unhinterfragten Vorannahmen, wie denen, dass Folter generell zu mehr Sicherheit führe, dass *ticking-bomb-scenarien* tatsächlich vorkämen, dass es in Terrorverhören keine Alternative zu “harten Verhörmethoden” oder dass es einen klaren Unterschied zwischen den letztgenannten Methoden und Folter gäbe. Tragisch ist dabei nicht nur, dass diese Thesen sich größtenteils als falsch erwiesen haben, sondern dass sie von den *norm challengern* so häufig als unumgängliche, also *unconstestable*, Wahrheiten hingestellt wurden, dass sich selbst immer mehr TabuschützerInnen diesen unhinterfragten Prämissen anschlossen. Zwar handelt es sich hierbei um Grundannahmen, nicht um Normen, doch zeigt dieses Beispiel, dass eine wirklich offene *contestation* von Normen, in denen alle Annahmen in einem – hoffentlich fruchtbaren – Diskurs zur Sprache kämen, kaum denkbar ist.

#### **7.4 Neues Weltbild, neue Begriffe: Rückschlüsse auf den Stellenwert von Sprache**

Die oben diskutierte *contestation* findet selbstverständlich als sprachliche Auseinandersetzung statt. Mehr noch als die *logic of arguing* ist die *logic of contestedness* somit ein konstruktivistischer Ansatz, der die Bedeutung von Sprache für das Aushandeln und die Gültigkeit von Normen betont. Umgekehrt ist insbesondere im Einleitungskapitel zu Tabus und in den Kapiteln zur Entstehung der beiden von mir untersuchten Normen betont worden, wie sehr Tabus die Grenzen des Sagbaren einschränken. Dass es etwas Außergewöhnliches ist, offen über den Einsatz von Folter oder Nuklearwaffen zu sprechen, wurde, wie angeführt, auch mehrfach von DebattenteilnehmerInnen betont – sei es, dass sie eine offene Debatte ohne Denkverbote forderten oder dass sie kritisierten, allein das Führen einer solchen Debatte rüttele an moralischen Grundüberzeugungen. Dass Tabus im Medium der Sprache hinterfragt und gebrochen werden, wird umso deutlicher, wenn man sich klarmacht, dass das offene Sprechen über ein Thema immer eine Bewusstwerdung über das Subjekt bedeutet – das Unbewusst-Lassen von Tabus oder *deep structures* und eine ungehemmte Diskussion schließen sich per Definition aus.

Das Hinterfragen und Zerstören von Tabus qua Sprache ist ein schönes Beispiel für das Konzept des Sprechhandelns, also der Ansicht, dass Sprache nicht als *cheap talk* abgetan werden kann, sondern Änderungen unserer Wahrnehmung oder sogar unseres Weltbildes zur Folge haben kann. So wenig, wie sich *agency* und Struktur voneinander getrennt denken lassen, so wenig ließe sich auch Sprache von unserer jeweiligen “Wirklichkeit” separieren.

---

<sup>2159</sup> Vgl. S. 100 der Arbeit.

<sup>2160</sup> Vgl. S. 98ff. der Arbeit.

In beiden meiner Fallstudien hat sich gezeigt, dass eine solche sprachliche Neubeschreibung einer Situation und die Neukonstruktion einer Weltansicht maßgeblich zur Erosion des Folterverbots und des nuklearen Tabus beigetragen haben. Meine Entscheidung, auf die Argumentationsweisen der DebattenteilnehmerInnen zu achten, hat sich somit als sehr sinnvoll erwiesen. Dabei hat sich gezeigt, dass die *norm challenger* Sprache sehr bewusst instrumentell genutzt – ähnlich, wie es für die *norm entrepreneurs* bei der Durchsetzung von Normen in der Theorie beschrieben worden ist und wie ich es in meinen Fallstudien nachvollziehen konnte. Interessant, wenn auch sicherlich nicht zu verallgemeinern, ist der Befund, dass diese instrumentellen Sprachkonstrukte bei der Erosion des Folterverbots viel eher “verfingen”, als bei der Erosion des nuklearen Tabus: Hier wurden die entsprechenden Begriffe und dahinterstehenden Ansichten auch von NormbefürworterInnen übernommen, die sie bestimmt nicht länger als instrumentelles Mittel der Normschwächung, sondern als “normalen” Teil des Diskurses wahrnahmen – einer der Gründe, warum das Foltertabu insgesamt stärker erodierte und auch nicht retabuisiert wurde. Dies ist umso erstaunlicher, als sich die neuen Sprachkonstruktionen in beiden Fällen frappierend ähnelten und sich gleichermaßen in drei Gruppen einteilen lassen: Erstens wurden, wie bereits im Abschnitt zu *contestedness* erwähnt, bestehende Begriffe neu interpretiert, d.h. bis zur Unkenntlichkeit ausgeweitet. Dies traf insbesondere auf den Begriff “Folter” auf der einen und auf die Begriffe der “Abschreckung” und der “*(weapons of) last resort*” auf der anderen Seite zu. Neben dieser Weiterverwendung von Begriffen, deren Inhalt verändert wurden, wurden, zweitens, für alte Inhalte auch neue Begriffe entwickelt, nämlich Euphemismen wie “*coercive interrogation*” oder “*low yield weapons*”. In Bezug auf diese Euphemismen ist einerseits überraschend, dass sie im Fall des nuklearen Tabus vom Lager der NormbefürworterInnen nicht übernommen wurden, obwohl mit dem sog. “*nukespeak*” bereits während des Kalten Krieges viele Umschreibungen von Nuklearwaffen im Umlauf gewesen waren, die es den Betroffenen ermöglicht hatten, mit dem permanenten Damoklesschwert der eigenen nuklearen Vernichtung umzugehen.<sup>2161</sup> Andererseits war es am Beginn des nuklearen Zeitalters (und lange bevor sich der IB-Konstruktivismus mit solchen Fragen auseinandersetzte) bereits der Versuch Eisenhowers und Dullas’ missglückt, das nukleare Tabu durch “sprachliche Konventionalisierung” der Waffen zu unterlaufen.<sup>2162</sup> Als am wichtigsten für die Herausbildung einer neuen Problemwahrnehmung und damit dem Hintergrund, vor dem eine Hinterfragung meiner Tabus in weiten Kreisen erst möglich wurde, hat sich die Konstruktion von bestimmten Grundannahmen bezüglich einer – vermeintlich – nach “9/11” völlig gewandelten Situation erwiesen, die im Fall des nuklearen Tabus wie auch im Fall des Folterverbots von vielen NormschützerInnen übernommen wurde. So erschien es vor dem Hintergrund der Prämisse, dass es sich sowohl bei den Despoten an der Spitze der “*nuclear rogues*”, wie auch bei den Terrorverdächtigen in CIA-

---

<sup>2161</sup> Vgl. S. 203 der Arbeit.

<sup>2162</sup> Vgl. S. 233 der Arbeit.

Gewahrsam um völlig “abgedrehte” Irre handele, als logisch, dass Verhandlungen und nukleare Abschreckung bzw. normale Verhörmethoden und Anreize (wie z.B. die US-amerikanische Staatsbürgerschaft) nicht mehr zeitgemäß seien. Die Annahmen, dass “Schurkenstaaten”, wenn ihnen die Möglichkeit gegeben würde, die USA sofort nuklear angreifen würden und dass man Terroristen festsetzen und verhören könne, die bereits eine Bombe in New York versteckt hatten, legitimierte einerseits die Forderung, sich innovative Lösungen für solche Szenarien zu überlegen und bot andererseits eine Steilvorlage für die Forderung nach “Rettungsfolter” und präemptiven, wenn aus technischen Gesichtspunkten nötig auch nuklear geführten, Angriffen auf die Nuklearprogramme von “Schurkenstaaten”. In den skizzierten Fällen könnte man es sich angesichts der neuen, bedrohlichen Weltlage einfach nicht leisten, an vielleicht lieb gewonnenen, aber letztlich naiven normativen Vorstellungen festzuhalten. Nur vor dem Hintergrund dieser Annahmen war es für *norm challenger* auch möglich, ihre DiskussionsgegnerInnen durch eine Art *rhetorical entrapment* auflaufen zu lassen: Konfrontiert mit dilemmatischen Situation erschien auch NormbefürworterInnen ein Bruch der von ihnen verteidigten Norm letztlich alternativlos – oder zumindest als rational nachvollziehbar. Hatten sie dies erst einmal zugegeben und ihren Grundsatz verraten, “*all that’s left is to haggle about is the price.*”<sup>2163</sup>

Wie bereits mehrfach angedeutet, waren diese Grundverständnisse jedoch keineswegs so alternativlos, wie sie hingestellt wurden. Dennoch wurden sie in beiden Fallstudien auch von vielen NormbefürworterInnen nicht hinterfragt. Im Unterschied zur Erosion des Folterverbots gelang es im Fall des nuklearen Tabus jedoch den TabuschützerInnen, alternative Lösungen zu entwickeln, die den genannten Grundverständnissen Rechnung trugen, wie ich unten ausführen werde.

## 7.5 Normtheoretisch unterbelichtet: Rückschlüsse auf das Konzept der Tabus

### 7.5.1 Tabus als Ergänzung politikwissenschaftlicher Normtheorie

Angesichts des geringen Interesses, dass internalisierten Normen in der konstruktivistischen Normtheorie entgegengebracht wird, ist es nicht verwunderlich, dass auch Tabus, denen eine sehr ähnliche Stellung zukommen, nur sporadisch als Thema der IB aufgegriffen worden sind – und wenn, dann selten mit explizitem Bezug auf die Normtheorie.<sup>2164</sup> Dies ist bedauerlich, weisen doch die (undetaillierten) Konzepte von internalisierten Normen und Tabus ganz erhebliche Schnittmengen auf und ließen sich mit der Fokussierung auf diese am stärksten wirkenden Normen doch interessante Erkenntnisse in Bezug auf verschiedene Fragen der Normtheorie gewinnen.

<sup>2163</sup> Editorial der *New York Times* vom 11. Dezember 2005 mit dem Titel “*Case Study: Terrorist Hides Bomb. Terrorist Is Captured, but Won’t Speak. Is Torture O.K.?*”

<sup>2164</sup> Eine Ausnahme bilden v.a. die Publikationen von Nina Tannenwald, vgl. S. 95 der Arbeit.

Hinter dieser Ansicht stehen meine Feststellung, dass sich die interdisziplinär (außer in den IB!) recht umfangreiche Literatur zu Tabus nahtlos an die ebenso umfangreiche Normdiskussion der IB anschließen lässt und die Erkenntnis, dass Tabus, so, wie sie in der einschlägigen Literatur beschrieben werden, als eine Unterkategorie von Normen aufgefasst werden können. So können Tabus problemlos unter meine Arbeitsdefinition von Normen (*“Normen sind kollektive Erwartungen bezüglich des angemessenen Verhaltens von Akteuren innerhalb einer sozialen Gruppe”*) gefasst werden.<sup>2165</sup> Dabei handelt es sich bei Tabus, wie bei allen internalisierten Normen, deren Geltung nicht mehr hinterfragt wird, selbstverständlich um konstitutiv wirkende Normen, die die Identität eines Akteurs mitprägen – und somit einen lohnenswerten Untersuchungsgegenstand für Studien bieten, die sich mit der Konstruktion oder dem Wandel von Akteursidentitäten befassen. In Zusammenhang mit dieser konstitutiven Wirkung steht auch die Feststellung, dass Tabus, wie viele, aber nicht alle Normen, einen moralischen Kern haben. Neben dieser Kategorisierung als moralische, konstitutiv wirkende Normen fallen Tabus noch in eine zweite Unterkategorie, nämlich in die der Verbotsnormen, welche bestimmte Handlungsalternativen ausschließen, statt einem Akteur ein bestimmtes aktives Verhalten nahelegen. Wie viele andere Verbotsnormen auch dienen sie dabei insbesondere der Abwehr von Gefahren.

Bei näherem Hinsehen ergibt sich hier allerdings bereits ein Alleinstellungsmerkmal von Tabus als eigenständiger, besonderer Normkategorie: Während viele, in den IB häufig diskutierte Normen Gefahren der Umwelt eines Akteurs verregeln sollen (Klimawandel, Überfischung der Meere, unklare Grenzziehungen), zielen Tabus immer auf Gefahren ab, die durch Triebe in uns selbst angelegt sind – wie den, absolute Macht über andere Menschen auszuüben oder den Zerstörungstrieb. Um sie zu bändigen, wirken Tabus nicht primär durch Verschriftlichung in Verträgen, sondern zunächst durch individuelle oder kollektive Verdrängungsprozesse. Mit diesem Verdrängungsprozess ins Unterbewusstsein erklären sich auch andere Alleinstellungsmerkmale von Tabus im Kreis der Normen: Die Ambivalenz zwischen dem Wunsch der Übertretung des Verbots und der Angst hiervor macht sie zu einzigartig komplexen sozialen Konstrukten. Dabei ist die Herkunft und Begründung eines Tabus, gerade aufgrund dieser Unbewusstheit, für Betroffene schwer zu erklären. Zuletzt ist es auch tabutypisch, dass bei Übertretung eines Tabus “innere Sanktionen” in Form eines anhaltenden Schuldbewusstseins und schlimmeren psychischen Folgen eintreten, so dass sich das Tabu selbst zu rächen scheint – unabhängig davon, ob auch gesellschaftliche Sanktionsmechanismen (strafrechtliche Konsequenzen o.ä.) bestehen, wie sie für andere Normen üblich sind.

Nach Abschluss meiner Fallstudien bin ich umso überzeugter, dass sich die Ansätze zur Beschreibung von Tabus aus verschiedenen, an die Politikwissenschaft “angrenzenden” Disziplinen und die Normforschung der IB viel zu sagen hätten. In meiner Untersuchung konnten einige solcher für die Normforschung interessante und wichtige Themen nur

---

<sup>2165</sup> Vgl. S. 22 bzw. S. 94 der Arbeit.

angerissen werden, da sie nicht im Zentrum meines Forschungsinteresses standen. Hierzu gehören z.B. die Fragen nach dem Zusammenhang von Norm(setzung) und Machtstrukturen, nach der – unbewussten – Weitergabe von Normen über Generationen hinweg oder auch nach der normativen Abwägung, wann Tabus und internalisierte Normen einer Gesellschaft eher schaden, als nutzen.

### 7.5.2 Empirische Rückschlüsse auf Tabukonzepte

Vor dem Hintergrund der oben geschilderten Kriterien lassen sich die von mir untersuchten Normen klar als Tabus einordnen, worauf im Fall des nuklearen Tabus ja bereits der Name hindeutet. Die empirischen Rückschlüsse, die meine Fälle auf die außerhalb der IB vorgelegten Tabu-Konzepte zulassen, mögen in einer politikwissenschaftlichen Arbeit weniger interessieren – dennoch seien hier einige interessante Punkte benannt:

Wie in der Literatur beschrieben, haben die beiden von mir untersuchten Tabus ganz eindeutig zur Identitätsbildung des von mir untersuchten Akteurs beigetragen. So definieren sich die USA seit ihrer Gründung als Vorreiteration in Sachen Menschenrechte, deren Gründungseltern häufig vor Folter und politischer Willkür geflohen waren und gleichermaßen als *responsible nuclear power*, die ebenso stolz auf ihre Vormachtstellung als größter *have*, wie auf den verantwortlichen Umgang mit ihren “*nukes*” sind. Insbesondere im ersten Fall, dem des Folterverbots, wurde deutlich, dass sich Tabus, wie es das Konzept internalisierter Normen ebenfalls nahelegt, aus “einfachen”, regulativ wirkenden Normen entwickeln können: Zu Beginn ein kodifiziertes Verbot, über das noch offen gestritten werden konnte, wurden Folterverbote mit der Zeit immer üblicher, unhinterfragbarer und schließlich tabuisiert.

Ebenso v.a. an der Folterfallstudie deutlich wurde die in der Literatur beschriebene Unterdrückung gesellschaftlich unerwünschter Gefühle und Triebe, die Tabus zu Grunde liegt. Hier wurde offen darüber diskutiert, ob hinter der scheinbar so rationalen Forderung, Folter schweren Herzens in Einzelfällen zuzulassen, nicht Hass und Rachegefühle gegenüber den neuen, barbarischen Feinden standen. Ob solche Motive auch hinter Angriffsplänen auf den Irak und andere “Schurkenstaaten” standen, sei dahingestellt – entsprechende Aussagen fanden sich zumindest in den von mir ausgewerteten Dokumenten nicht.

Das nukleare Tabu hat sich hingegen als besonders komplexes soziales Konstrukt erwiesen, das auf mehrere Aspekte des “Totems” Nuklearwaffen zu beziehen ist. Dabei begründet die Sonderstellung, die Nuklearwaffen zugeschrieben wird, gleichzeitig ein Einsatz- und ein Besitztabu, wobei ersteres absolut und letzteres hierarchisch gegliedert ist. Eine Entsprechung für diese verschiedenen Tabuebenen gab es beim Folterverbot nicht – und ich habe in der interdisziplinären Literatur auch keine Hinweise auf solch komplexe Gebilde gefunden. Interessant am nuklearen Tabu ist auch das Spannungsverhältnis zwischen der latenten Androhung eines Tabubruchs, ohne die Abschreckung unglaublich würde, die das Ziel hat, das Einsatz- und ggf. auch das Besitztabu zu wahren, da die

Drohung allein ausreichte, um einen nuklearen Angriff oder bereits den Beginn eines eigenen Nuklearwaffenprogramms in einem “feindlichen” Staat zu verhindern.

Sehr uneinheitlich scheint sich bei Tabus, wie auch bei anderen Normen, das Verhältnis von rhetorischer Anerkennung (nukleares Tabu: niedrig/Folterverbot: sehr hoch) und *compliance* (nukleares Tabu: sehr hoch/Folterverbot: global gesehen sehr niedrig) zu gestalten. Der gleiche Befund ergibt sich mit Blick auf das Verhältnis von schriftlicher Kodifizierung (Folterverbot: absolutes Verbot/nukleares Tabu: nur ansatzweise kodifiziert) und Einhaltung. Leider hat sich die Tabuliteratur noch nicht mit dieser Frage auseinandergesetzt.

Selbstverständlich sind sowohl das nukleare Tabu wie auch das Folterverbot moralisch begründete Verbotsnormen. Dabei wirkte sich die Tatsache, dass beide bestimmte Handlungsalternativen ausschließen, im Erosionsprozess insofern nachteilig aus, als bezüglich der Frage der *norm challenger*, welche Alternativen sich denn zu der tabuisierten Handlung anböten, meist große Ratlosigkeit herrschte – bis im Falle des nuklearen Tabus Retabuisierungstendenzen einsetzten.

Die Frage zu beantworten, ob sich der Bruch der beiden Tabus selbst gerächt hat, wie es in der Tabuliteratur betont wird, ist zu diesem Zeitpunkt vielleicht verfrüht. Dennoch lassen sich v.a. in Bezug auf das stärker und länger erodierte Folterverbot entsprechende Tendenzen feststellen, nämlich in Form eines tiefen gesellschaftlichen Dissens und der offenen Missachtung, die den USA in islamischen Ländern aber auch unter Alliierten aufgrund der Bilder aus *Abu Ghraib* und *Guantanamo Bay* entgegenschlug. Die TabubrecherInnen – zumindest die, die von der Gesellschaft eindeutig als solche eingeordnet werden – sind mittlerweile selbst tabu geworden und leiden erheblich unter diesem Status. So kämpft z.B. Lyndie England, die als eine der wenigen im *Abu Ghraib*-Skandal verurteilt wurde, gleichzeitig für die Wiederherstellung ihres Rufes wie auch gegen Depressionen und posttraumatische Belastungsstörungen.

Im Gegensatz zur Frage, wie sich Tabus selbst rächen können ist die, wie sie erodieren können, in der einschlägigen Literatur kaum thematisiert worden. Meine Erkenntnisse hierzu führe ich im folgenden Unterkapitel auf.

## 7.6 Wie erodieren Tabus?

Bevor ich mich den Details dieser Frage zuwende, sei noch einmal darauf hingewiesen, dass sie nur für die von mir untersuchten Fälle aussagekräftig sind. Vergleiche mit anderen Tabuerosionen bieten sich zwar an, wahrscheinlich sind diese jedoch ganz anders verlaufen. So kann ich mir z.B. kaum vorstellen, dass die Erosion des Tabus der Homosexualität durch einen Wandel der internationalen Sicherheitsarchitektur befördert wurde.

Wie in den Kapiteln zur Erosion der beiden Tabus gesehen, hat eine ganze Reihe von Faktoren zu deren Schwächung beigetragen. Deshalb werde ich zunächst fünf Aspekte vorstellen, die vermutlich auch bei der Schwächung anderer Normen eine Rolle spielen

können (Punkte 1.6.1 bis 1.6.5) und dann auf vier weitere, die, wenn überhaupt, nur bei der Erosion anderer internalisierter Normen und Tabus anzutreffen sein sollten, eingehen (Punkte 1.6.6 bis 1.6.9).

### 7.6.1 Infragestellung durch neue Situation

Normen sind selbstverständlich immer in einen komplexen sozialen Kontext eingebettet und lassen sich – außer zum Zweck politikwissenschaftlicher Studien, in denen es kaum anders zu bewerkstelligen ist – nicht isoliert betrachten. Dies gilt, im Kleineren, auch für “Sets” von Normen, deren Grundverständnis und Wirkung eng miteinander verknüpft sind. So hat es mir z.B. Kopfzerbrechen bereitet, die Erosion des Folterverbots zu beschreiben, ohne detailliert auf die ebenfalls sehr breiten Diskussionen zum Status von Kriegsgefangenen einzugehen, welche gemeinsam mit der Frage des Geltungsbereichs der Genfer Konventionen debattiert wurde oder auf die erheblichen Einschränkungen bürgerlicher Freiheiten in den USA durch die Anti-Terrorgesetzgebung, welche insgesamt als Beleg der Stärkung des Staates auf Kosten der Freiheit seiner BürgerInnen gesehen wurde. Dem ähnlich stand die Erosion des nuklearen Tabus in Zusammenhang mit dem militärischen Strategiewechsel, insbesondere der Bush-Administration im Rahmen der sog. *Revolution in Military Affairs*, die eine neue, schnellere und “sauberere” Art der Kriegführung vorsah, welche weniger auf den massiven Einsatz von (Boden-)Truppen, als auf rasche “Enthauptungsschläge” des Feindes setzte, in deren Rahmen natürlich dessen verbunkerte Kommandozentralen und WMD-Lagerstätten hätten zerstört werden müssen.

Meine vielleicht offensichtlichste Schlussfolgerung bezüglich des Erosionsprozesses lautet deshalb, dass Normen dann erodieren können, wenn das sie umgebende *norm set* in einer starken Wandlung begriffen ist, was wiederum mit einem Wandel der Wahrnehmung des gesamtgesellschaftlichen Kontexts durch die Akteure in Zusammenhang steht. Interessanterweise werden diese eigentlich auf der Hand liegenden Fälle sozialen Wandels in der Literatur zur Entstehung von Normen und auch in der zur Entstehung von Tabus durchaus häufig diskutiert.<sup>2166</sup> So beschreiben Kowert/Legro den Ansatz der *external shocks*, also (wahrgenommener) tiefgreifender Änderungen des Umfelds durch plötzlich und unerwartet eintretende Ereignisse oder durch einen langsamen Anpassungsprozess der eigenen Ansprüche an die wahrgenommene Realität, die zur Herausbildung neuer, der Situation aus Sicht der Akteure angemessener, Normen beitragen.<sup>2167</sup> Der naheliegende Schritt, zu beschreiben, wie Normen untergehen, die nicht mehr in dieses als neu wahrgenommene Umfeld passen, ist jedoch erstaunlicherweise noch nicht erfolgt.

Tatsächlich können die beiden von mir untersuchten Normerosionen als – zum Teil – diesen beiden Arten von *external shocks* geschuldet angesehen werden: Das nukleare Tabu wurde eher langsam, als Antwort auf eine sich nach dem Ende des Kalten Krieges radikal

<sup>2166</sup> Vgl. S. 25 bzw. S. 101 der Arbeit.

<sup>2167</sup> Vgl. S. 26 der Arbeit.

wandelnde Sicherheitsarchitektur in Frage gestellt. Da die frühere Version der Abschreckungspolitik gegen die aufstrebenden “*nuclear rogues*” nicht mehr anwendbar erschien, wurde die Stellung von Nuklearwaffen im Gesamtkonzept sukzessive umdefiniert, nämlich von unverzichtbaren “Totems” zur Abwehr feindlicher Angriffe hin zu einem aktiv einsetzbaren Mittel der Verhinderung von Proliferation in die “falschen Hände”. Auf die alte Form des nuklearen Tabus mit seiner Gleichzeitigkeit von Einsatzverbot und der Festschreibung nuklearer Hierarchien, die bereits unterlaufen wurden, zu setzen, erschien vielen Akteuren als zunehmend weniger zeitgemäß. Während dieser Prozess des Auslotens einer neuen nuklearen Sicherheitsarchitektur teilweise bereits unter Clinton einsetzte, fällt die Erosion des Folterverbots eher in die Kategorie plötzlich und unerwartet auftretender *external shocks*. Einige DebattenteilnehmerInnen verfielen scheinbar intuitiv nur wenige Tage nach den Anschlägen vom 11. September 2001 auf diese Frage, ohne, dass das Problem in US-Gewahrsam schweigender Terrorverdächtiger bereits *de facto* aufgetreten war und ohne, dass sich intellektuelle *norm challenger* wie Alan Dershowitz, der diese Norm möglicherweise nie internalisiert hatte, an ihre Spitze gestellt hätten. Ebenso intuitiv verlangen Mitglieder der US-Administration kurz nach den Anschlägen eine Ausweitung ihres Handlungsspielraums auf Kosten dieser Norm. Schon bald wurden solche Überlegungen mit “mantra-artig” wiederholten Hinweisen auf die Natur der neuen Feinde (nicht verhörfähig, zu allem entschlossen, selbst nicht an Normen gebunden) sowie mit der gestiegenen Notwendigkeit, Informationen im *war on terror* möglichst früh zu erpressen, begründet.

Im Fall einer solchen schnellen Ausweitung von Denkräumen als Reaktion auf einen plötzlichen *external shock* wie die Terroranschläge vom 11. September 2001 kann vielleicht von einem “Domino der *Unthinkables*” gesprochen werden: Als Reaktion auf ein Ereignis, das die Grenzen der eigenen Vorstellungskraft dessen, was denkbar und möglich erschien, sprengte, weitete sich der Denkraum dessen, welche Gegenmaßnahmen nun *thinkable* und angemessen erschienen, ebenfalls aus. Ein solcher “Dominoeffekt” der Ausweitung von Denkräumen lässt sich teilweise an Stellungnahmen von NormgegnerInnen ablesen, wie der, dass “*an exceptional nation fighting an exceptional war against an exceptional enemy must be allowed to use exceptional means.*”<sup>2168</sup>

Müssen also *external shocks* das Normgebäude von Akteuren erschüttern und etablierte Normen ins Rutschen bringen? War es tatsächlich “logisch” und vielleicht unvermeidbar, dass das nukleare Tabu und das Folterverbot in den USA vor dem Hintergrund des skizzierten Wandels hinterfragt und gebrochen wurden? Wie beschrieben, versuchten viele *norm challenger* genau diesen Eindruck zu erwecken (wobei sie vermutlich selbst davon überzeugt waren) – und hatten damit leider viel Erfolg. Aus politikwissenschaftlicher Sicht hieße dies, dass der Wandel von Strukturen des internationalen Systems einen Akteur dazu zwingen könnte, bestimmte, strukturell wirkende Normen unter “Anpassungsdruck”

---

<sup>2168</sup> Cananaugh, William T. 2006: Making Enemies. The Imagination of Torture in Chile and the United States, in: *Theology Today* 63:Oktober, S. 307-323, hier S. 317; vgl. auch S. 345 der Arbeit.



aufzugeben. Dies erscheint sowohl vor dem Hintergrund des ASP, wie auch vor dem meiner empirischen Erkenntnisse, als äußerst fragwürdig: Erstens zeigt ein Blick in die Geschichte, dass an der als radikal gewandelt wahrgenommenen Situation durchaus nicht alles neu war. So sind Terroranschläge, auch, wenn sie mit “9/11” eine neue Dimension erreichten, asymmetrische Kriegsführung, in denen sich ein Gegner nicht an völkerrechtliche Normen hält oder der Aufstieg neuer, als feindlich und irrational angesehener Nuklearmächte beileibe keine Neuentwicklungen des 21. Jahrhunderts. So wurde das nukleare Tabu im Angesicht des “Aufstiegs” des als ebenso undurchsichtig wie aggressiv eingeschätzten China zur Nuklearmacht in den 1960er Jahren nicht gebrochen. Selbst die Entwicklung hin zur “Informationsfolter” ist nicht neu, sondern u.a. prominent von Foucault – rückblickend – bereits in den 1970er Jahren beschrieben worden.<sup>2169</sup> Dennoch wurde diese Art der Folter nach den ersten Anschlägen auf das *World Trade Center*, damals noch selbstverständlich, ebensowenig eingesetzt, wie nach ersten islamistisch motivierten Anschlägen Ende der 1990er Jahre. Zweitens hätten sich, selbst wenn man unterstellt, dass die Situation nach dem 11. September 2001 als völlig neuartig beschrieben werden sollte, Alternativen zu den eingeschlagenen Handlungswegen finden lassen – worauf NormschützerInnen im Fall des nuklearen Tabus konstant, im Fall des Folterverbots zumindest sporadisch hinwiesen. Letzteres taten gegen Ende meines Untersuchungszeitraums v.a. FBI-Beamte, die mit “normalen” Verhörmethoden ganz zu Beginn des *war on terror* gute Erfolge erzielt hatten und die die Bekämpfung des Terrorismus, ganz im Sinne des Aufbaus dieses Geheimdienstes, eher als Kriminal- und Polizeiarbeit, denn als Krieg auffassten. Bezogen auf das nukleare Tabu wurde u.a. darauf verwiesen, dass es für die USA sicherer sei, vermeintliche “Schurkenstaaten” als Verhandlungspartner ernst zu nehmen oder jedenfalls nicht zu beleidigen und (nuklear) zu bedrohen, sowie mit gutem Beispiel voranzugehen und ihr Nuklearpotential zu “*de-emphasieren*”.

*External shocks* und die Wahrnehmung grundlegender Wandlungsprozesse können somit nicht als alleiniger Faktor angesehen werden, mit dem sich das Handeln von Akteuren im Sinne einer Hinterfragung bestehender Normen verstehen lässt. Auch, wenn sie in bestimmten Fällen einen großen Einfluss haben mögen, bedarf es zur Auslösung einer Normerosion doch noch einer Reihe weiterer – im Einzelfall höchst unterschiedlicher – Aspekte.

### 7.6.2 Inkompatible Normen

Einer dieser weiteren Aspekte, der allerdings mit dem oben beschriebenen, wahrgenommenen Wandel in engem Zusammenhang steht, ist, dass die von mir untersuchten Normen zunehmend als inkompatibel mit anderen Werten der USA angesehen wurden. Das Thema der Normkonkurrenz ist ebenfalls an einigen Stellen der politikwissenschaftlichen Normtheorie angerissen, jedoch nicht vertieft, geschweige denn auf

---

<sup>2169</sup> Vgl. S. 184 der Arbeit.

Fälle bezogen worden, in denen eine der Normen schließlich aufgegeben wurde. So hat Kratochwil bereits das Spannungsverhältnis von Sicherheit von Freiheit angesprochen, welches auch im Fall des Folterverbots ein zentrales Thema war, und dabei die Frage aufgeworfen, ob Staaten potentiell widersprüchliche Normen internalisieren können.<sup>2170</sup> Diese Frage kann ich vor dem Hintergrund meiner Fallstudien klar bejahen – so steht schon das unbewusste Fortbestehen von Tabus (wie im Abschnitt zur *norm contestedness* beschrieben) im Widerspruch zur von liberalen Demokratien internalisierten Grundhaltung, wichtige Werte im offenen Diskurs zu diskutieren. Auch in der Literatur zu Tabus ist darauf hingewiesen worden, dass...

“[s]elbst wenn man einen gemeinsamen Grundbestand von Prinzipien besitzt, man sich darüber uneins sein [kann], welche Rangordnung sie einnehmen, ob etwa die Lebenserhaltung eines Kranken über seiner Schmerzensfreiheit steht oder umgekehrt.”<sup>2171</sup>

Diese Widersprüchlichkeit scheint jedoch unproblematisch zu sein, solange sie nicht offen zu Tage tritt, d.h. Fälle auftreten, in denen Tabus direkt konfliktieren. Genau dies ist jedoch bei den von mir untersuchten Tabus eingetreten: Während im Fall des Folterverbots das “normative Dreiecksverhältnis” von Einhaltung des Folterverbots, Sorge um die eigene Sicherheit und die Frage der öffentlichen Aushandlung einer neuen Balance zwischen diesen Werten im Zentrum stand, wurde das nukleare Tabu sowohl nach außen, wie auch nach innen neu abgewogen. Nach außen erschien es für die USA z.B. nun mehr Sicherheit zu bringen, Nuklearwaffen frühzeitig einzusetzen, als auf ihren Einsatz zu verzichten. Nach innen lagen hierbei die Durchsetzung der bisherigen Form des Besitztabus und die weitere Einhaltung des Einsatztabus im Widerstreit. Ebenso “selbst im Weg” standen sich Aspekte des nuklearen Tabus in der Frage der Modernisierung des US-Nukleararsenals: Einerseits war es, worauf auch Barack Obama pochte, im Sinne des Besitztabus, keine neuen Nuklearsprengköpfe zu fertigen. Andererseits erschien es angesichts des nuklearen Prestiges vielen DebattenteilnehmerInnen als undenkbar, dass der *nuclear highpriest* USA in Zukunft nur noch über ein unzuverlässiges “Schrottarсенal” verfügen und nicht einmal mehr das nötige *know how* besitzen könnte, um sich durch neue Forschungen ggf. schnell wieder an die Weltspitze der Nukleartechnologie zu stellen.

Wichtig in Bezug auf Tabus ist, dass solche Situationen, wie im Abschnitt zum Akteur-Struktur-Problem beschrieben, eine bewusste Entscheidung verlangen – was impliziert, dass die vormals unbewusst befolgte Norm zunächst einmal wieder ins Bewusstsein gerückt werden muss. Ich habe mir diesen Prozess, vielleicht psychologisch (zu) stark vereinfacht, so

<sup>2170</sup> Vgl. Kratochwil, Friedrich V. 1989: Rules, Norms and Decisions: On the Conditions of Practical and Legal Reasoning in International Relations and Domestic Affairs, Cambridge, S. 62 sowie S. 53 der Arbeit.

<sup>2171</sup> Kaufmann, Matthias 2002: Gefahr und Chance durch Grenzüberschreitung. Tabus und Tabuverletzungen im Recht, in: Brugger, Winfried/Haverkate, Görg (Hrsg.) 2002: Grenzen als Thema der Rechts- und Sozialphilosophie. Referate der Tagung der deutschen Sektion der Internationalen Vereinigung für Rechts- und Sozialphilosophie vom 22. bis 23. September 2000 in Heidelberg, Stuttgart, S. 23-36, hier S. 32; vgl. auch S. 107 der Arbeit.

vorgestellt, dass das Unterbewusstsein eines Akteurs automatisierte Verhaltensweisen (wie z.B. das Halten an einer roten Ampel) reproduziert, ohne dass dies dem Akteur notwendigerweise bewusst wäre. Stößt das Unterbewusstsein jedoch auf einen Normkonflikt, für den keine eingeübte Verhaltensweise vorliegt (die Ampel leuchtet gleichzeitig rot und grün), „funkt“ es die Notwendigkeit einer Entscheidungsfindung „nach oben“ ins Bewusstsein, wo eine – mehr oder weniger – rationale Abwägungsentscheidung getroffen werden kann (z.B. Schluss, dass die Ampel defekt sein muss und Suche nach einem Verkehrspolizisten, der mir die Entscheidung zwischen Fahren und Bremsen abnehmen könnte). Auf diesen oder psychologisch viel komplexeren Wegen gelangt der Akteur ggf. zu der Einsicht, dass er sich lange unbewusst an eine Norm gehalten hat, die seinem Verständnis eines „angemessenen Verhaltens“ vielleicht gar nicht mehr entspricht – z.B., weil sich inzwischen ein tiefgreifender gesellschaftlicher Wandel vollzogen hat. Derart exponiert ist das Tabu zur Erosion freigegeben.

### 7.6.3 Tabus umgehen

Angesichts einer dilemmatischen Situation der Entscheidung zwischen zwei Normen erschien es vielen DebattenteilnehmerInnen in meinen Fällen als sinnvoll, die beiden Tabus zu umgehen, d.h. zu versuchen, sich sowohl der neuen Situation, wie auch dem Tabu gegenüber angemessen zu verhalten. Ob dies bewusst oder unbewusst geschah, ob manche *norm challenger* das Ziel hatten, NormschützerInnen auf diese Weise auf ihre Seite zu ziehen oder ob es ihrer eigenen Gewissensberuhigung diene und ob sie tatsächlich der Ansicht waren, ihr Handeln stünde noch im Einklang mit den Tabus, kann ich kaum entscheiden. Allerdings erscheinen mir Aussagen wie die, dass “[e]ine Tabuverletzung (in der eigenen Gesellschaft) (...) in der Regel ein bewußter und willentlicher Akt, möglicherweise gezielte Provokation” sei, als zu pauschal.<sup>2172</sup> So dürfte es unmöglich sein, festzustellen, ob die Mitglieder der Bush-Administration tatsächlich glaubten, nicht für Folterfälle verantwortlich zu sein, da sie im Sinne einer sehr, aus meiner Sicht zu weit gehenden *contestation* das Folterverbot einfach anders auslegten oder ob sie das Verbot in vollem Wissen brachen und diesen Schritt nur nach außen hin zu leugnen versuchten. In Bezug auf dieses Leugnen, welches auch im Spiralmodell des Menschenrechtswandels eine Rolle zukommt,<sup>2173</sup> sei hierbei angemerkt, dass die Bush-Regierung damit zwar tatsächlich die weiterhin bestehende Gültigkeit der Norm implizit anerkannte – sie verstrickte sich aber nicht in einer rhetorischen Falle, durch deren Zuschnappen eine “Weiterentwicklung” bzw. Retabuisierung der Norm eingesetzt hätte. Vielmehr leugnen ihre (ehemaligen) Mitglieder bis heute trotz großen außen- und innenpolitischen Drucks, das Folterverbot gebrochen zu haben. Ganz ähnlich wurde auch versucht, die Neuausrichtung der US-Nuklearstrategie als sowohl im Einklang mit dem nuklearen Tabu stehend, als auch der neuen Situation angemessen zu präsentieren: So

<sup>2172</sup> Seibel, Karin 1990: Zum Begriff des Tabus. Eine soziologische Perspektive, Frankfurt am Main, S. 16; vgl. auch S. 104 der Arbeit.

<sup>2173</sup> Vgl. S. 40 der Arbeit.

würden diese Waffen weiterhin nur als *weapons of last resort* eingesetzt, oder seien *low yield weapons*, die in einem *clean use* eingesetzt werden könnten, ebensowenig “richtige”, tabuisierte Nuklearwaffen, wie *waterboarding* “richtige”, tabuisierte Folter. Insbesondere bei der Diskussion über den Bau des RRW wurde von Seiten der BefürworterInnen des Rüstungsprojekts explizit darauf hingewiesen, dass es sich hier nicht um eine Gefährdung des nuklearen Tabus handele, da der neue Sprengkopf als Abschreckungswaffe des alten Typs konzipiert sei – wobei aus Sicht der GegnerInnen des Projekts geflissentlich übersehen wurde, dass vertikale Proliferation ebenfalls das nukleare Tabu untergräbt. Dass solche mentalen Umgehungsstrategien jahrzehntelang funktionieren können, hat in den USA der Präzedenzfall der Sklaverei gezeigt, die lange Zeit nicht als Verletzung grundlegendster Menschenrechte, sondern als Privatangelegenheit eingeordnet wurde.<sup>2174</sup>

Egal, ob in den von mir untersuchten Fällen bewusste Überzeugungsstrategien der DiskursgegnerInnen oder die Beruhigung des eigenen Gewissens im Vordergrund standen, erwies es sich in meinen Fällen letztlich als fatal, dass NormbefürworterInnen diese Sichtweisen “tabukompatiblen” Verhaltens teilweise übernahmen.

#### 7.6.4 Multiple Identitäten

Der Wunsch, Tabus wenn möglich zu umgehen, statt sie direkt zu brechen, ergibt sich auch aus ihrer in der einschlägigen Literatur beschriebenen Funktion, eine geteilte Identität zu stabilisieren, die in gemeinsamen “blinden Flecken” und geteilten Sichtweisen zum Ausdruck kommt. Wie wichtig die identitätsstiftende Wirkung der beiden von mir untersuchten Tabus für die USA war, habe ich im jeweiligen Einleitungskapitel beschrieben.<sup>2175</sup> Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass TabuschützerInnen während der Erosionsprozesse der beiden Normen den gesellschaftlichen Konsens ihres Landes in Frage gestellt sahen. Fragen wie “*Where am I?*”<sup>2176</sup> oder “*Is that who we really are?*”,<sup>2177</sup> die darauf hindeuteten, dass man sich der eigenen Gesellschaft nicht mehr zugehörig fühlte, durchzogen die Debatten ebenso, wie die häufigen Hinweise, dass tabuverletzende Verhaltensweisen “*unamerican*” seien. Wie aber konnte es dazu kommen, dass die USA mit dem Bruch des Folterverbots und des nuklearen Tabus einen unumstößlich geglaubten Teil ihrer eigenen Identität verrieten?

Neben den oben aufgeführten Umgehungsversuchen ist das Wort “Teil” hier bereits ein Indiz für einen Abwägungsprozess, der dem oben skizzierten zwischen verschiedenen Normen ähnelt: Aufgrund der vorherrschenden Panik nach “9/11” sahen viele *norm challenger*

<sup>2174</sup> Vgl. S. 183 der Arbeit.

<sup>2175</sup> Vgl. S. 181ff. und 193ff. bzw. S. 236ff. der Arbeit.

<sup>2176</sup> Diana Priest in: Neuborne, Burt/Priest, Diana/Lewis, Anthony/Dratel, Joshua/Mori, Major Michael/Gillers, Stephen 2006: Panel Diskussion: Torture: The Road to Abu Ghraib and Beyond, in: Greenberg, Karen J. (Hrsg.): The Torture Debate in America, Cambridge, S. 13-32, hier S. 15; vgl. auch S. 301 der Arbeit.

<sup>2177</sup> James Ross, Rechtsberater bei *Human Rights Watch* zitiert nach: Diamond, John/Willing, Richard 2004: U.S. interrogators face ‘gray areas’ with prisoners, in: USA Today, 13.05.2004; vgl. auch S. 341 der Arbeit.

das Überleben der USA an sich – also der *Gesamtidentität* ihrer Gesellschaft – in Gefahr. Diese hätte sich sicherlich nach einem gegen die USA gerichteten Nuklearschlag durch “Schurkenstaaten”, aber auch nach einem weiteren großen Terroranschlag radikal gewandelt, worauf insbesondere Igantieff hinwies.<sup>2178</sup> Vor diesem Hintergrund zeigten sich die *norm challenger* dazu bereit, einige *Teilidentitäten* wie eben das nukleare Tabu oder das Folterverbot aufzugeben, um damit die Gesamtidentität ihres Landes schützen zu können.

Neben dieser erneuten Abwägungsentscheidung stellt sich angesichts der Erosionsprozesse allerdings auch die Frage, ob sich der Orientierungsrahmen, an dem die USA ihre Identität ausrichteten, grundsätzlich verschoben hatte. Wie auch in der Literatur zu konstitutiv wirkenden Normen häufig angeführt, werden Tabus als Maßstab der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe, in diesem Fall der der zivilisierter Nationen bzw. speziell der der *responsible nuclear powers* angesehen. Durch die selbstverständliche Einhaltung einer Norm oder eines Tabus signalisieren Staaten, wie Individuen, ihre Zugehörigkeit zu einer bestimmten *in-group*, wobei dieses Zugehörigkeitsgefühl einen wichtigen Bestandteil ihres Selbstverständnisses ausmacht und ihre Identität (durch Selbst- und Fremdwahrnehmung) stabilisiert.<sup>2179</sup> Insbesondere zwei Aspekte weisen jedoch aus meiner Sicht darauf hin, dass sich der “Identifikationsrahmen” der USA verschoben haben könnte (ich schreibe “verschoben”, nicht “verändert”, weil diese Aspekte auch vor den einsetzenden Erosionsprozessen bereits zu finden waren):

Erstens wurden die USA von *norm challengern* häufig als so “*exceptional*” dargestellt, dass sie eine Ausrichtung ihres Verhaltens an welcher Gruppe von Staaten auch immer überhaupt nicht nötig hätten. Die in der Normliteratur formulierte Sorge, dass bedeutende Staaten sich einem Druck von außen nicht beugen könnten, hat sich hier also als zutreffend erwiesen.<sup>2180</sup> Die Ansicht spiegelte sich deutlich im Umgang mit (völkerrechtlichen) Normen, auf die die *norm challenger* bis in die Regierungsebene eine Art geistiges Eigentumsrecht einforderten – waren es doch die USA gewesen, die das nukleare Tabu erst geschaffen und das Folterverbot maßgeblich mitgestaltet hatten. Neben dem Umgang mit Rechtsnormen “*à la carte*”, ist auch die USA-Zentriertheit beider Debatten ein deutliches Indiz. Was die Weltgemeinschaft vom Verhalten der USA denken könnte, schien den *norm challengern* – zur Bestürzung der NormschützerInnen – herzlich egal zu sein, zumal die *norm challenger* wiederum in beiden Fällen häufig darauf pochten, dass sie das Verhalten anderer Nationen durch ein etwaiges “gutes Beispiel” sowieso nicht beeinflussen könnten: Weder würden sich die “nuklearen Irren” in Iran und Nordkorea Abrüstungsabsichten der USA anschließen, noch würde *al Qaida* aufhören, die USA zu bekämpfen, wenn diese *Guantanamo Bay* schlossen. Aus der Perspektive vieler *norm challenger* stellten sich die USA somit als isolierter Akteur dar, der sich weder nach den Standards anderer Staaten zu richten hatte, noch mit seinen Standards

<sup>2178</sup> Vgl. S. 283 der Arbeit.

<sup>2179</sup> Vgl. S. 31ff. der Arbeit.

<sup>2180</sup> Vgl. S. 52 der Arbeit.

andere Staaten beeinflussen konnte. Für das konstruktivistische Konzept geteilter Werte und gemeinsamer Identitäten ist eine solche Akteurshaltung natürlich fatal.

Zweitens, und damit in Zusammenhang stehend, ging eine Reihe von *norm challengern* mit Präsident Bush an der Spitze nicht unbedingt davon aus, dass die USA völlig isoliert handeln würden, dass es ihr als herausragender und schwer getroffener Macht jedoch zustehe, eine neue, flexible *in-group* zu formen, deren Zugehörigkeit sich nach Kriterien bemaß, die allein die USA setzten. Drei häufig wiederholte Schlagworte, die zu Parolen dieser Einstellung geworden sind, waren die der *“coalition of the willing”*, die Lossagung von *“old Europe”* (und damit implizit die Aufgabe der westlichen Wertgemeinschaft) und, am prominentesten, die Formel *“Either you are with us, or you are with the terrorists”*, die George W. Bush bereits am 20. September 2001 vor dem US-Kongress formulierte.<sup>2181</sup> In der Debatte über das nukleare Tabu zeigte sich diese Einstellung überdeutlich in der Schaffung der PSI als einem exklusiven *“Anti-Proliferationsclub”* in Abgrenzung zum NPT, dessen Ziel es ist, möglichst alle Staaten an einen Tisch zu bringen sowie in der Überzeugung einiger *norm challenger*, es stehe den USA zu, darüber zu entscheiden, welche Staaten in den *“Club”* der *nuclear haves* gehörten (wie etwa Indien) und welche nicht. Dass Staaten, die die USA aufgrund des Bruchs des Folterverbots kritisierten, nicht mehr zur Gruppe der Freunde der USA zählen konnten, wurde ebenso deutlich gemacht.<sup>2182</sup>

Hinter dieser Wandlung des Identitätsrahmens könnte (!) ein Mechanismus stehen, der ebenfalls in der Literatur zu (internalisierten) Normen und Tabus beschrieben wird: Durch die Einhaltung von Normen und die Zugehörigkeit zu einer als positiv angesehenen Gruppe grenzen sich Akteure nach außen gegenüber als negativ wahrgenommene *out-groups* ab. So beugten Tabus *“einer Identitätsdiffusion vor, da das bedrohliche, als unintegrierbar geltende Fremde ausgegrenzt wird.”*<sup>2183</sup> Normalerweise werden die Mechanismen einer Identitätsstabilisierung nach innen und einer Abgrenzung nach außen als miteinander verzahnte Prozesse angesehen, die nicht gewichtet werden. Ich möchte hier jedoch die zugegeben sehr spekulative These wagen, dass in den USA nach *“9/11”* die Bedeutung und Möglichkeit einer Abgrenzung nach außen so groß wurde, dass die Bedeutung des inneren Zusammenhalts aufgrund gemeinsam geteilter Werte dagegen ins Hintertreffen geraten konnte. Die völlige Abgrenzung gegenüber unberechenbaren, irrational und barbarisch handelnden islamistischen Terroristen als dem *“evil”* schlechthin, deren schreckliche Charakterzüge sich sehr ähnlich in der Beschreibung *“nuklearer Irrer”* wie Ahmadinejad und Kim Jong Il spiegelten, schien für die Konstruktion der eigenen Identität zunächst wichtiger und vielleicht ausreichend zu sein, als die Einigkeit über Wertvorstellungen nach innen. Wie

<sup>2181</sup> Bush, George W. 2001: Address to a Joint Session of Congress and the American People, 20.09.2001, online unter: <<http://www.americanrhetoric.com/speeches/gwbush911jointsessionspeech.htm>>, rev. 15.07.2011.

<sup>2182</sup> Vgl. S. 287 der Arbeit.

<sup>2183</sup> Kraft, Hartmut 2008: Nigger und Judensau. Tabus heute, in: Benthien, Claudia/Gutjahr, Ortrud (Hrsg.): Tabu. Interkulturalität und Gender, München, S. 261-273, hier S. 265; vgl. auch S. 100 der Arbeit.

im Abschnitt zur Sprache beschrieben, waren es auch entsprechende, auf dem Wunsch einer scharfen Abgrenzung nach außen beruhende, diskursive Konstrukte, die eine Verhandlung mit “nuklearen Irren” oder ein “normales” Verhören von Gefangenen als unmöglich erscheinen ließen.

### 7.6.5 Unglückliche Diskurskonstellation

In Zusammenhang mit den bereits unter Punkt 7.4 dargestellten sprachlichen Konstrukten waren es auch die Diskurskonstellationen, die maßgeblich zur Erosion des nuklearen Tabus und des Folterverbots beitrugen. Dabei ist interessant, dass sowohl die TabugegnerInnen, wie auch die TabuschützerInnen größtenteils unklug vorgingen.

In Bezug auf das Foltertabu versäumten es die TabuschützerInnen in der Öffentlichkeit zu Beginn des Diskurses, diesen mit Verweis auf das bestehende Tabu frühzeitig zu unterbinden. Mit dem Hinweis, allein Folter zu diskutieren sei höchst inakzeptabel, hätten sie die aufkeimende Debatte möglicherweise abblocken oder zumindest eindämmen können, zumal diese bis zur Verhaftung hochrangiger *al Qaida*-Mitglieder 2002 noch nicht sehr breit geführt wurde. Aufgrund der noch sehr vereinzelt auftretenden Wortmeldungen begingen VertreterInnen von Menschenrechts-NGOs und damit der Gruppe, die von Anfang bis Ende meines Untersuchungszeitraums offensiv und geschlossen für das Folterverbot eintrat, den Fehler, die beginnende Debatte als “Gerede” einzelner BürgerInnen abzutun, welches sich mit der Zeit wieder legen würde. Gleichmaßen lehnten einige MedienvertreterInnen eine Berichterstattung mit dem Hinweis darauf ab, dass nur eine Minderheit eher unseriös arbeitender KollegInnen das Thema aufgegriffen hätte. Zwar wäre es nicht im Sinne des Tabus gewesen, wenn diese MedienvertreterInnen sich des Themas Folter auch angenommen hätten, ein deutlicherer Hinweis, dass eine Auseinandersetzung mit dieser Frage in der Medienlandschaft der USA nichts zu suchen habe, wäre jedoch wünschenswert gewesen. Sowohl Medien-, wie auch NGO-VertreterInnen hielten ein stärkeres “Dagegenhalten” auch deshalb nicht für nötig, weil sie davon ausgingen, dass diese Frage in Regierungskreisen selbstverständlich weiterhin tabu sei. Sie konnten sich – aufgrund des ihr Leben lang bestehenden Tabus – schlicht nicht vorstellen, dass ein US-Präsident und seine MinisterInnen im Weißen Haus über die Legalisierung von Foltermethoden diskutieren könnten.

Die Fehleinschätzung auf Seiten der NormschützerInnen, eine ernsthafte Auseinandersetzung über Folter könne es in den USA überhaupt nicht geben, wiederholte sich auf Regierungsebene. Insbesondere Colin Powell und seine MitarbeiterInnen, gingen angesichts der ersten *memos* zunächst von einem Missverständnis aus, das man mit einem Hinweis auf die selbstverständliche Gültigkeit der Genfer Konventionen leicht ausräumen könnte. Auch sie versäumten es, rechtzeitig und heftig argumentativ “gegenzuhalten” oder evtl. sogar an die Öffentlichkeit zu gehen. Allerdings wurden sie aufgrund ihres “Störpotentials” bald nicht mehr über den Fortgang der Diskussionen informiert. Andere, der Regierung nahestehende Personen, die mehr Zugang zu Informationen hatten und zu

Beginn der Debatte zumindest sehr darauf bedacht waren, sich nicht die Finger schmutzig zu machen, behielten ihr Wissen ebenfalls für sich. Dies traf v.a. auf den damaligen Leiter des FBI, Robert Mueller, zu, der sich beeilte, alle gefangengenommenen Verdächtigen an die CIA zu überstellen und seine Verhörteams (teilweise gegen deren Willen) zurückzog, jedoch auch auf hochrangige Militärs, die zwar heftig, aber nur intern, gegen die Aushöhlung der Genfer Konventionen protestierten.

Rückblickend erscheint völlig unverständlich, dass selbst die Abgeordneten im *House Intelligence Committee*, die 2002 über die von der CIA angewendeten Foltertechniken exklusiv unterrichtet wurden – darunter Nancy Pelosi als explizite Foltergegnerin – weder hinter verschlossenen Türen protestierten, noch einen öffentlichen Skandal provozierten. Da der *Supreme Court* zunächst lange Zeit im Unklaren über das Handeln der Regierung war und später, trotz veröffentlichter *memos* und *Abu Ghraib*-Skandal, erst 2006 und damit viel zu spät aktiv in die Folterdiskussion eingriff, bleibt festzuhalten, dass weder von einer der drei Staatsgewalten, noch von FBI und Militär ernsthaft versucht wurde, die Diskussion über eine Legalisierung von Folter oder auch Folterpraktiken selbst frühzeitig zu stoppen – teilweise aus Unwissenheit, teilweise, weil sie eine solche Entwicklung für undenkbar hielten und teilweise (wie im Fall Pelosis) aus Gründen, die sie vielleicht mit ins Grab nehmen werden. Tragischerweise verkannten auch VertreterInnen der “vierten Gewalt” und Angestellte von NGOs die Bedeutung des beginnenden Diskurses.

Von der Welle des zunächst nicht für möglich gehaltenen Diskurses überrollt und von *ticking-bomb-scenarien* argumentativ in die Ecke gedrängt, versuchte die Mehrzahl der FoltergegnerInnen in der Öffentlichkeit, Kosten-Nutzen-Argumente gegen den Einsatz von Folter vorzubringen, womit sie ihre Position zusätzlich angreifbar machten, da sie Gegenbeispiele geradezu herausforderten und implizit den Eindruck erweckten, dass eine effektive Form “harter Verhörmethoden” eine gangbare Option sei. Durchdachte normative oder auch staatsrechtliche Gegenargumente, wie z.B. nachdrückliche Hinweise auf die unveräußerliche Menschenwürde als Gründungsprinzip der USA, traten erst in der zweiten Hälfte meines Untersuchungszeitraums und Hinweise auf mögliche Alternativen zu Folterverhören erst in den letzten beiden Untersuchungsjahren auf, als das Tabu längst erodiert war.

Hätte es also für das Folterverbot im Hinblick auf die Diskurskonstellation gar nicht schlimmer kommen können? Wahrscheinlich wäre das Folterverbot noch stärker erodiert, wenn sich die *norm challenger* innerhalb der US-Regierung strategisch günstiger verhalten hätten. Möglicherweise unterschätzen die Regierungsmitglieder, ganz ähnlich wie die Bevölkerung, die der Regierung eine ernsthafte Diskussion über die Folterfrage nicht zutraute, ihrerseits die Bereitschaft der Bevölkerung, das Foltertabu über Bord zu werfen. Sie verlegten sich deshalb sehr frühzeitig darauf, ihre Ansichten nur intern zu diskutieren und nach außen zu schweigen bzw. aufkommende Vorwürfe vehement abzustreiten. Damit verpassten sie ein *window of opportunity*, öffentlich für Ausnahmen vom Folterverbot zu



werben und dies mit Argumenten zu untermauern, die von *norm challengern* in der Bevölkerung ganz offen vertreten wurden. Mit der Zustimmung von BürgerInnen, prominenten Intellektuellen und konservativen MedienvertreterInnen im Rücken sowie angesichts des nicht vorhandenen Widerstands im *House Intelligence Committee* hätte eine entsprechend "zurechtgestutzte" Gesetzesvorlage in den panikerfüllten Monaten nach "9/11" möglicherweise sogar den US-Kongress passiert. Durch die, vielleicht auch im Blick auf die Ansichten der Alliierten, von Beginn an gewählte Strategie des Schweigens und Leugnens vergaben sich die Regierungsmitglieder jedoch die Möglichkeit, später in die Offensive zu gehen, ohne sich damit vollends unglaubwürdig zu machen. So wurde eine offene Stellungnahme der Regierung bis zu deren Abwahl von vielen *norm challengern* eingefordert, erfolgte jedoch nie.

Insbesondere diese, ausnahmsweise für die *norm challenger* nachteilige, Konstellation ähnelt frappierend den Unterdiskursen über den RNEP und die NPR und ihre Nachfolgedokumente, welche zentral für die Erosion des nuklearen Tabus waren. Auch hier versuchten Regierungsmitglieder, die geheimen Dokumente nach ihrem Bekanntwerden möglichst herunterzuspielen, statt die hinter ihnen stehenden Überlegungen bezüglich einer nuklearen Sicherheitsstrategie nach dem Ende des Kalten Krieges zu rechtfertigen. Angesichts der in der Bevölkerung weit verbreiteten Angst vor der nuklearen Bewaffnung von "Schurkenstaaten", wie sie in der Zustimmung zum Irakkrieg 2003 sichtbar wurde, aber auch vor nuklearen Terroranschlägen auf eigenem Boden, wäre es der Regierung wohl nicht schwer gefallen, offensiv für ihr Konzept einer Proliferationsverhinderung durch Gewalt zu werben. Und angesichts des Jubels, der nach der juristisch höchst zweifelhaften Tötung Osama Bin Ladens fast zehn Jahre nach "9/11" unter einem links-liberalen Präsidenten in der Bevölkerung ausbrach, ist kaum anzunehmen, dass sich die Mehrheit der US-BürgerInnen im Dezember 2001 dagegen ausgesprochen hätte, die Höhlen von Tora Bora mittels einer kleineren Nuklearbombe in Schutt und Asche zu legen. Darauf, dass viele DebattenteilnehmerInnen bereit waren, das Einsatztabu zu brechen, wiesen auch recht hohe Zustimmungsraten bei Umfragen bezüglich eines nuklear geführten Angriffs auf den Iran hin. Da die Regierungsmitglieder den selben Fehler des Schweigens und Leugnens begingen, wie in der Folterdiskussion, wurde ihre Haltung in der Öffentlichkeit jedoch hauptsächlich von konservativen JournalistInnen, *Think Tank*-MitarbeiterInnen und ForscherInnen der *National Laboratories* vertreten.

Eine weitere Parallele zur Diskurskonstellation des Folterverbots ist, dass die NormbefürworterInnen in der Bevölkerung zumindest bezüglich neuer Waffentechnologien wie dem RNEP und *mini-nukes* eher auf Kosten-Nutzen-Argumente, wie Fragen der technischen Machbarkeit, denn auf moralische Grundsätze hinwiesen. Zudem versäumten auch sie, die tabuschwächende Debatte in Expertenzirkeln und dem interessierten Teil der Öffentlichkeit umgehend abzublocken. Ganz im Gegenteil waren sie es, die die Debatte durch lautstarkes und fortgesetztes *naming and shaming* der Regierung am Laufen hielten und

sich so – unfreiwillig – als DiskussionspartnerInnen der *norm challenger* in einem Diskurs anboten, der eigentlich nie hätte geführt werden dürfen.

Das strategisch unkluge Verhalten von Öffentlichkeit und Regierungsebene, von *norm challengern* und NormschützerInnen in beiden Fällen wirft letztlich die Frage auf, inwiefern einzelne DebattenteilnehmerInnen (unabhängig von ihrer Position) überhaupt in der Lage sind, einen aufkommenden Diskurs richtig einzuordnen, sich strategisch zu verhalten und somit zu versuchen, die Debatte zu steuern. Zumindest meine beiden Fallstudien legen nahe, dass dies, wenn überhaupt, nur sehr schwer möglich ist. Die von mir untersuchten Diskurse glichen keinesfalls einem (wie auch immer) geordnetem Austausch mit Bedacht gewählter Argumente, in dessen Rahmen sich die “besseren” Argumente durchgesetzt hätten und an dessen Ende ein neuer, von möglichst vielen mitgetragener Konsens gestanden hätte, sondern vielmehr einem diskursiven Chaos, das v.a. von Zufällen und verpassten Chancen auf beiden Seiten geprägt war und während seines nunmehr zehnjährigen Bestehens die Gesellschaft eher tiefer gespalten, als hinter einem neuen Konsens vereint hat.

### 7.6.6 Die Schwächen des Alters

Dass die TabuschützerInnen in beiden Erosionsfällen von den *norm challengern* diskursiv “überrumpelt” wurden, scheint mir kein Zufall zu sein, sondern mit dem Wesen von Tabus – im Unterschied zu “einfachen” Normen – zusammenzuhängen. Zwar können Tabus, wie skizziert, durchaus aus Normen entstehen, die einmal aus guten Gründen zur Verregelung von Problem(wahrnehmung)en gesetzt worden sind. Das Wissen über diese früheren Begründungen gerät aber beim Prozess der Tabuisierung, d.h. des nicht-Hinterfragens und somit auch nicht-Belegens des eigenen Handelns, zunehmend in Vergessenheit. Da sich sowieso alle tabukonform verhalten und dies als selbstverständlich ansehen, gibt es für einen Akteur keinen Grund, sein Handeln argumentativ zu rechtfertigen. Genau dieses Handeln ohne Begründungszwang ist es, das Tabus, solange sie stabil reproduziert werden, so stark macht, dass sie nicht ernsthaft in Frage gestellt werden können. Dieser Mechanismus erwies sich jedoch als “Einfallstor” für die *norm challenger*, als die beiden von mir untersuchten Tabus plötzlich doch wieder ernsthaft in Frage gestellt wurden: Die TabuschützerInnen, gewohnt, die Moral auf ihrer Seite zu haben, standen in der überwiegenden Mehrheit ohne gute Gegenargumente da. Um es mit Reemtsma als deutschem Foltergegner auszudrücken: Wenn “*das Selbstverständliche nicht mehr als selbstverständlich wahrgenommen wird, (...) stellt sich das Wissen darüber, wie man (...) einmal dazu gekommen ist, nicht einfach wieder ein.*”<sup>2184</sup> Dies ist möglicherweise einer der Gründe dafür, warum so viele NormschützerInnen in beiden Debatten zunächst auf naheliegende Kosten-Nutzen-Argumentationen verfielen. Selbst wenn sie sich jedoch auf die von Reemtsma angeführten, ursprünglichen Argumente für die Tabuisierung von Nuklearwaffen und Folter besannen, wie es im späteren Debattenverlauf häufiger der Fall

<sup>2184</sup> Reemtsma, Jan Philipp 2004: Fratze im Spiegel. Zur Diskussion der Folter, in: Internationale Politik 59: 6, S. 95-100, hier S. 97.

war, so wurden die NormschützerInnen doch mit der “Einsicht” konfrontiert, dass ihre Argumentation vielleicht früher richtig gewesen, nun jedoch nicht mehr zeitgemäß war. So laufe die Forderung nach einer Aufrechterhaltung des nuklearen Einsatztabus, wie es im Kalten Krieg bestanden hatte, angesichts eines dramatisch gesunkenen Eskalationsrisikos oder durch die Möglichkeit eines ZivilistInnen schonenden *clean use* zunehmend ins Leere. FoltergegnerInnen hätten dagegen nicht bedacht, dass die Praktiken, die vor langer Zeit verboten und tabuisiert worden waren, sich gegen Verhörmethoden zur Erlangung von Geständnissen nach einer bereits begangenen Tat gerichtet hätten und nicht mit der heutigen, präventiven “Informationsfolter” zu verwechseln seien. Angesichts solcher Beschreibungen einer völlig neuen Ausgangssituation half es wenig, sich auf alte Argumentationsweisen zurückzubesinnen. Hilfreich für die “Seite” der NormbefürworterInnen waren dagegen Argumente, die diesen (vermeintlich) neuen Realitäten Rechnung trugen und vor diesem Hintergrund dennoch eine Retabuisierung nahelegten, wie sie im Fall des nuklearen Tabus entwickelt wurden.

Neben diesen tabutypischen Begründungsproblemen gibt es zwei weitere Mechanismen, die dazu führen können, dass Tabus mit ihrem Alter immer stärker und unhinterfragbarer wirken, die sich jedoch ins Negative verkehren, wenn ein althergebrachtes Tabu wieder hinterfragt wird. Beide sind von TabuschützerInnen in der Debatte, wenn auch nur sehr selten, selbst benannt worden:

Erstens werden mit Tabubrüchen meist schreckliche Konsequenzen in Verbindung gebracht, welche auch teilweise erst dazu führen, eine Norm überhaupt erst einzuführen, die später tabuisiert wird. Die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki, die sich nach und nach als schreckliche Horrorszenarien in das Gedächtnis der Menschheit einbrannten, sind Beispiele für eine solche Entwicklung. Je schrecklicher die Konsequenzen eines Tabubruchs wahrgenommen werden und je größer demnach die Angst vor einer Übertretung ist, desto stärker wirkt ein Tabu. Ebenso wie beim in-Vergessenheit-Geraten von Argumentationsmustern, wie es in meinen Fällen insbesondere beim Folterverbot zu beobachten war, erwies es sich insbesondere für das nukleare Tabu als Problem, dass auch diese schrecklichen Konsequenzen nach und nach in Vergessenheit gerieten. Andere Schreckensereignisse haben die Bilder der völlig zerstörten japanischen Städte und das Gefühl permanenter Bedrohung des Kalten Krieges längst verdrängt.

Zweitens kann sich ein alterndes und zu stark wirkendes Tabu selbst im Weg stehen – nämlich dann, wenn die “Feinde” seiner Gesellschaft um seine Existenz wissen und diese Schwachstelle einer *self deterrence* ausnutzen wollen, oder dies zumindest auf der Seite des Akteurs selbst so wahrgenommen wird. Die Befürchtung, wegen der Einhaltung übermächtiger Tabus zum “Papiertiger” zu werden, plagte die *norm challenger* in den USA in beiden Fällen: Im Fall des Folterverbots fürchteten VerhörspezialistInnen, dass ihre Gefangenen von vornherein schweigen würden, weil sie wüssten, dass ihre Kooperationsverweigerung keine Konsequenzen für sie haben würde. Größere Kreise zog

die Angst vor zu starker *self deterrence* im Fall des nuklearen Tabus, wo die Angst, die Abschreckung der USA könne völlig unnütz werden, weil keiner der neuen Feinde der Drohung eines Bruchs des Einsatztabus noch Glauben schenkte, sogar in der *Doctrine for Joint Nuclear Operations* berücksichtigt wurde. Hier wurde aus Angst vor einem “Papiertigerstatus” gefordert, das Einsatztabu allein schon deshalb zu brechen, um zu demonstrieren, dass die USA zu diesem Schritt im Stande seien.

### 7.6.7 Dambruch statt Denkverbot

Die oben beschriebene Situation, dass TabuschützerInnen plötzlich in Erklärungsnot gerieten und sich vielleicht selbst nicht mehr erklären konnten, warum sie so lange unhinterfragt an Tabus festgehalten hatten, führte teilweise in der Debatte über das nukleare Tabu, hauptsächlich jedoch in der über das Folterverbot, zu einem Dambruch der bestehenden Denkverbote. Der radikale Bruch mit dieser Denkgewohnheit beendete eine mehr als 250 Jahre alte Tradition des “Westerns”, hatte sich, wie im Einleitungskapitel zum Folterverbot beschrieben, Montesquieu doch bereits 1748 selbst ein Denkverbot über die Frage einer möglichen Legitimierung von Folter erteilt.<sup>2185</sup>

Wiederum im Fall der Erosion des Foltertabus trat hierbei ein Effekt auf, den man in Anlehnung an Finnemore/Sikkinks *nom cascade* bei der schnellen Durchsetzung von Normen als “Informationskaskade” beschreiben könnte: Hat ein Debattenteilnehmer das Denktabu erst einmal gebrochen und die unbedingte Gültigkeit und den Sinn eines Tabus angezweifelt, wird es für andere “Tabugläubige” schwierig, ihre (meist unbewusste) Überzeugung einer Nichthinterfragbarkeit von Tabus aufrecht zu erhalten. Ist die (dünne) Eisschicht eines Denkverbots erst einmal angeknackst und die Möglichkeit eines Hinterfragens des Tabus bewusst, bricht die Tabustruktur schnell in sich zusammen und offenbart, dass unter der lange unhinterfragten Überzeugung ein argumentativer Abgrund verborgen lag.

Zum Aufbrechen von Denkverboten trugen – nun wiederum in beiden Fällen – in besonderer Weise Irrationalisierungen des früheren “Tabuglaubens” bei, die die Denkgewohnheiten der TabuschützerInnen als unreflektiert erscheinen ließen. Im Fall des nuklearen Tabus fiel z.B. die kritische Frage in diese Kategorie, wieso man den Besitz von Nuklearwaffen nach dem völlig zufällig festgelegten Kriterium des Datums des ersten Nukleartests erlauben oder verbieten solle, wie es der NPT tut, anstatt auf “sinnvollere” Kriterien wie einen verantwortungsbewussten Umgang mit diesen Waffen und ein transparentes und demokratisches System Wert zu legen. Dahinter stand die die Sonderstellung von Nuklearwaffen untergrabende Annahme, dass Nuklearwaffen *per se* nichts Schlechtes seien und nur ein Problem darstellten, wenn sie in die falschen Hände gerieten. In der Folterdebatte wurden dagegen v.a. Vergleiche mit der Todesstrafe, dem finalen Rettungsschuss oder auch der Tötung von Terrorverdächtigen im Krieg herangezogen, um zu demonstrieren, dass die Aufrechterhaltung eines absoluten

---

<sup>2185</sup> Vgl. S. 179 der Arbeit.

Folterverbots eine irrationale Forderung sei, die im Gesamtkontext US-amerikanischen (Kriegs-)Rechts keinen Sinn mehr mache.

Neben solchen "Irrationalisierungen" forderten *norm challenger* ihre diskursiven Widersacher auch dazu auf, ihre Wertmaßstäbe kritisch zu überprüfen, indem sie diese als bloßes Festhalten an einer inhaltsleeren *political correctness* lächerlich machten. Feststellungen mit einem ironischen Unterton nach dem Motto "Ihr glaubt doch nicht wirklich, dass..." fanden sich insbesondere häufig in Leserbriefen. So wurde angemerkt, man könne ja wohl nicht ernsthaft davon ausgehen, dass sich "Schurkenstaaten" wie Iran oder Nordkorea wirklich von dem guten Beispiel der USA leiten ließen, wenn diese zu einer nuklearen Abrüstung überginge. Ebenso absurd sei die Forderung nach einer sehr weiten Auslegung des Folterverbots, die es generell verbieten würde, Terrorverdächtige in Angst zu versetzen: "*Will we next be prohibited from jumping out of a closet and shouting, 'Boo'?*"<sup>2186</sup>

Indem sie bestehende Denkverbote als irrational, absurd und lächerlich darstellten, stellten *norm challenger* – bewusst oder unbewusst – eine ganze Reihe rhetorischer Fallen auf, die für TabuschützerInnen kaum zu umgehen waren und somit zu einem "Dambruch der Denkverbote" führten.

### 7.6.8 Das Ausbleiben schrecklicher Konsequenzen

Eine der wenigen Möglichkeiten zur Zerstörung eines Tabus, die in der einschlägigen Literatur diskutiert wird, ist es, zu demonstrieren, dass auf einen Tabubruch keine fürchterlichen Konsequenzen folgen, sich ein Tabu also nicht von selbst rächt.<sup>2187</sup> Trotz ihrer prominenten Erwähnung kam diesem Tabuzerstörungsmechanismus eine eher untergeordnete, teilweise direkte und teilweise indirekte Funktion in meinen beiden Fällen zu:

In der Debatte über das nukleare Einsatztabu spielte dieser Aspekt insofern eine Rolle, als von Seiten der NormgegnerInnen ins Feld geführt würde, dass nach dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr mit einer unkontrollierbaren Eskalation eines nuklearen Konflikts zu rechnen, Nuklearkriege deshalb führbar und gewinnbar seien. Hier wurde also antizipiert, dass ein Bruch des Tabus nicht mehr die schrecklichen Konsequenzen mit sich bringen würde, die zu der Zeit gedroht hatten, in der das Tabu geschaffen worden war.

Neben dieser indirekten, von den Akteuren selbst ins Feld geführten Wirkung ist die Frage, inwiefern der diskursive Bruch des Einsatz- und des Besitztabus durch die Bush-Administration tatsächlich schlimme Konsequenzen nach sich zog, für mich schwer zu beurteilen, da ich im Rahmen meiner Arbeit nicht untersuchen konnte, ob z.B. die Drohungen gegenüber "Schurkenstaaten" dort zu verstärkten Bemühungen geführt haben, möglichst schnell nuklear aufzurüsten oder ob das Drängen auf die Entwicklung neuer,

<sup>2186</sup> Leserbrief von Zahn, Bert W. 2007: Waterboarding is necessary in some situations, in: USA Today, 19.11.2007; vgl. auch S. 364 der Arbeit.

<sup>2187</sup> Vgl S. 105 der Arbeit.

innovativer Sprengköpfe die Einhaltung des Besitztabus auch in anderen Ländern geschwächt hat, wie es SchützerInnen des nuklearen Tabus befürchtet hatten. Das *worst case scenario*, dass die USA tatsächlich eine kleine Nuklearwaffe eingesetzt hätten und schreckliche Konsequenzen ausgeblieben wären, woraufhin es in einer Art “Salomitaktik” zu einem immer argloseren Umfang mit nuklearer Kriegsführung gekommen wäre, ist jedoch glücklicherweise nicht eingetreten.

Bezüglich des Folterverbots fällt die Bilanz ebenfalls gemischt aus: Zunächst ergab sich insofern eine Parallele zur Diskussion über das nukleare Foltertabu, als die Konsequenzen eines Tabubruchs für sich selbst als weniger schlimm antizipiert wurden: Wie im Kapitel zur Entstehung des Foltertabus beschrieben, besteht einer der Gründe für die affektive Ablehnung von Folter darin, dass man sich automatisch mit dem Folteropfer identifiziert und seinen Horror nachvollziehen kann.<sup>2188</sup> In dem Moment, in dem jedoch nicht mehr Mitglieder der eigenen Gesellschaft zu Folteropfern werden, sondern von vornherein klar ist, dass nur ausländische Übeltäter betroffen sein werden, die ihre Menschenrechte vielleicht bereits verwirkt haben, funktioniert dieser auf Angst vor den Konsequenzen eines Tabubruchs basierende Mechanismus nicht mehr. Der große Unterschied, den die Staatsbürgerschaft der potentiellen Folteropfer ausmacht, wurde auch in Umfragen deutlich, in denen die Zustimmungsraten zu Verhörmethoden deutlich sanken, wenn den Befragten klar gemacht wurde, dass hiervon auch US-AmerikanerInnen betroffen sein könnten.<sup>2189</sup>

Die Frage, ob durch den Bruch des Foltertabus dennoch schlimme Konsequenzen, wenn vielleicht auch nicht direkt für unbescholtene, an Meinungsumfragen teilnehmende US-BürgerInnen, eintraten, ist wiederum schwer zu beurteilen. Sicher ist, erstens, dass sich der Bruch des Foltertabus bei den verurteilten TäterInnen von *Abu Ghraib* selbst gerächt hat. Sie sind mittlerweile sozial völlig isoliert, was schlimme psychische Konsequenzen nach sich gezogen hat. Aus meiner Sicht fast ebenso sicher ist, dass sich, zweitens, das Aushöhlen des Folterverbots auf höchster politischer Ebene durch einen *slippery slope*-Prozess gerächt hat: Waren zunächst wahrscheinlich nur wenige “harte Verhörmethoden” für hochrangige Gefangene genehmigt worden, weitete sich die Folterpraxis sowohl bezüglich des betroffenen Personenkreises (von der *al Qaida*-Führung bis zu Unschuldigen), der geographischen Reichweite (von *Camp X-Ray* zu CIA-Gefängnissen rund um den Globus), als auch der Folterverhöre durchführenden Personen (vom CIA-Personal in *Guantanamo* bishin zur “*night shift*” in *Abu Ghraib*, die selbst keinerlei Verhöre durchführte) stark aus. Unklar und rückwirkend wohl kaum zu entscheiden ist jedoch, wie oben angedeutet, ob das Festlegen klar umrissener Ausnahmen vom Folterverbot qua Gesetz diesen *slippery slope*-Prozess hätte verhindern können. Drittens ist es wiederum unbestritten als eine Folge des Tabubruchs anzusehen, dass das Image der USA als Vorreiteration in Sachen

---

<sup>2188</sup> Vgl. S. 170 der Arbeit.

<sup>2189</sup> Vgl. S. 282 der Arbeit.

Menschenrechte auf lange Zeit angekratzt ist. Die Beliebtheitswerte der USA sanken zumindest vor der Wahl Barack Obamas sowohl in westlichen Ländern, wie auch bei arabischen Alliierten in den Keller, teilweise schlug ihnen aus der arabischen Öffentlichkeit nach der Veröffentlichung der Bilder aus *Abu Ghraib* blanker Hass entgegen – sicherlich kein gutes Mittel um “*hearts and minds*” im Kampf gegen den Terrorismus zu gewinnen, worauf FoltergegnerInnen immer wieder hinwiesen. Angesichts dieser häufig vorhergesagten und tatsächlich eingetretenen Konsequenzen ist es umso bedauerlicher, dass, viertens, gerade die Obama-Administration eine Aufarbeitung begangener Folterfälle und eine Strafverfolgung der TäterInnen abgelehnt hat. Dabei geht die einschlägige theoretische Literatur zu Tabus, wie oben gesehen, davon aus, dass es für das Bestehen eines Tabus sehr wichtig ist, Verstöße dagegen zu ahnden, um Nachahmertaten zu unterbinden.<sup>2190</sup> Implizit zu verstehen zu geben, dass es unter besonderen Umständen, wie eben nach “9/11”, in Ordnung sein kann, das Folterverbot zu hinterfragen und Foltermethoden zu erlauben, ist ein fatales Signal, das für eine evtl. Retabuisierung von Folter wenig hilfreich ist – zumal denjenigen DebattenteilnehmerInnen, die bis heute nicht von ihrer Haltung abgerückt sind, dass Folter unter diesen Umständen richtig war oder noch immer angemessen ist, sich indirekt bestätigt sehen können. Die Nicht-Aufarbeitung, also der implizite Hinweis, dass der Bruch des Foltertabus auf höchster Ebene keine Konsequenzen nach sich zieht, trägt eher zur weiteren Erosion des Foltertabus bei – auch, weil sich die Obama-Administration hiermit selbst eines Verstoßes gegen die UN-Antifolterkonvention schuldig macht, die eine Strafverfolgung und Sanktionierung der Täter vorschreibt. Hier stehen offensichtlich politische Interessen einer “Rächung” des gebrochenen Tabus entgegen.

### 7.6.9 Die Überwindung der Angst aus Angst

Die Annahme der *norm challenger*, dass schlimme Konsequenzen nach einem Tabubruch (Möglichkeit, selbst Folteropfer zu werden oder in einem eskalierenden Nuklearkrieg zu sterben) ausbleiben würden, mag in meinen beiden Fallstudien nur ein Nebenaspekt gewesen sein. Sie steht allerdings im Zusammenhang mit einem weiteren Faktor, der zur Erosion speziell von Tabus beitragen kann und den man, in Anlehnung an die oben beschriebene Normkonkurrenz, als “Angstkonkurrenz” bezeichnen könnte. Hierbei sei zunächst daran erinnert, dass Tabus meist auf Angst basieren:

“[S]ie markieren affektiv hoch besetzte Grenzen, deren Scherung prekär ist. Denn Tabus beziehen sich zu einem Gutteil auf zu kanalisierende aggressive und sexuelle Energien und können als angstbesetzte Schwellenphänomene verstanden werden, weil sie wegen ihrer potentiellen Kraft zur Zerstörung und Vernichtung, zu Exzess und Auflösung überhaupt erst etabliert wurden.”<sup>2191</sup>

<sup>2190</sup> Vgl. S. 351 der Arbeit.

<sup>2191</sup> Gutjahr, Ortrud 2008: Tabus als Grundbedingungen von Kultur. Sigmund Freuds Totem und Tabu und die Wende in der Tabuforschung, in: Benthien, Claudia/Gutjahr, Ortrud (Hrsg.): Tabu. Interkulturalität und Gender, München, S. 19-50, hier S. 48, vgl. auch S. 98 der Arbeit.

Neben der abnehmenden Angst vor den Konsequenzen eines Tabubruchs stellte sich für meine Fälle ein Faktor auf der anderen Seite der “Angst-Waagschale” als viel gravierender heraus – nämlich die Angst vor den Folgen, die im Fall eines Nicht-Bruchs der beiden Tabus eintreten würden. Dass Angst ein treibender Faktor hinter beiden von mir untersuchten Diskursen war, haben immer wieder NormschützerInnen hervorgehoben, die sich frustriert darüber zeigten, dass ein “rationaler” Diskurs im Klima der Panik nicht möglich sei – und sie sich automatisch verdächtig machten, wenn sie die Vermutung zu äußern wagten, die Angst vor der Explosion einer *dirty bomb* in Fresno oder auch die vor der nuklearen Vernichtung der USA durch Nordkorea könne leicht übertrieben sein.<sup>2192</sup> Die geradezu hysterische Angst vor nuklear bewaffneten “Schurkenstaaten”, welche im Vorfeld des Irakkriegs noch geschürt wurde, nimmt sich vor dem Hintergrund des Endes des Kalten Krieges und damit dem Ende der ständigen Bedrohung, demnächst in einem nuklear geführten Dritten Weltkrieg zu sterben, einerseits besonders seltsam aus. Andererseits habe ich in meinem Kapitel zur Entstehung des nuklearen Tabus darauf hingewiesen, dass die “*duck and cover*”-Generation von US-AmerikanerInnen, die den 11. September 2001 als erwachsene BürgerInnen erlebte, häufig während ihrer Kindheit gerade von diesen Horrorszenarien des Kalten Krieges geprägt worden und somit psychisch vorbelastet war.<sup>2193</sup> Gegenüber dieser riesigen Angst vor der Bedrohung durch *nuclear rogues* erschien es vielen DebattenteilnehmerInnen wohl als weniger gefährlich, den Iran oder auch Nordkorea nuklear anzugreifen und insbesondere deren (entstehende) Nukleararsenale zu zerstören, bevor sie auf die USA gerichtet werden konnten. In dem Punkt der Panik vor einem nuklear geführten Terroranschlag trafen sich die beiden angstbesetzten Debatten über das Folterverbot und das nukleare Tabu. Die Furcht davor, in einem solchen Anschlag ums Leben zu kommen, weil Terrorverdächtige in US-Gewahrsam nicht “hart” genug befragt worden waren, war unter den DebattenteilnehmerInnen weit verbreitet. Dass es möglich sei, ein solches Anschlagsszenario durch Folter abzuwenden, wurde zudem in immer mehr Fernsehsendungen suggeriert. So erschien die Angst vor der Übertretung des Tabus schließlich kleiner als diejenige, auf der die Einhaltung des Tabus basierte.

Möglicherweise spielte neben der skizzierten, abnehmenden Angst vor den Konsequenzen eines Tabubruchs und der größer werdenden Angst vor den Folgen einer Tabueinhaltung ein dritter Faktor bei der Überwindung der Angst vor einem Tabubruch eine Rolle, auf die das Zitat am Beginn dieses Abschnitts hinweist: Wenn Tabus tatsächlich v.a. aggressive Triebe in Zaum halten sollen, wie es nach Freud beinahe alle AutorInnen beschrieben haben, die sich mit Tabus auseinandergesetzt haben,<sup>2194</sup> dann ist selbstverständlich denkbar, dass der Aggressionstrieb der betroffenen Akteure so stark wurde, dass er schließlich die Angst vor einem Tabubruch überwog. V.a. in der

---

<sup>2192</sup> Vgl. S. 325 bzw. 393 der Arbeit.

<sup>2193</sup> Vgl. S. 202 der Arbeit.

<sup>2194</sup> Mich eingeschlossen, vgl. S. 92 der Arbeit.



Folterfallstudie finden sich Hinweise auf diese These. Ohne Rachegeleüste sind die unaussprechlich brutalen und sadistischen Folterfälle in *Abu Ghraib*, die es in ähnlicher Form wohl auch in *Bagram* und anderen CIA-Geheimgefängnissen gegeben hat, kaum zu erklären. Auf solche Rachephantasien weisen auch einige Leserbriefe hin, in denen Rachegeleüsten nur schwer verborgen schienen (*“We should have let them starve and granted them their martyrdom. It would have been a lot cheaper for us.”*<sup>2195</sup>) oder in denen das eigene Handeln selbstkritisch beleuchtet wurde: *“We as a nation (...) allowed the Bush administration to act out our darkest desires for vengeance on the bodies of other human beings.”*<sup>2196</sup> Ich möchte allerdings nicht unterstellen, dass jeder *norm challenger*, der sich mit der Frage einer Legalisierung von Folter (oder auch der einen Nuklearbombenabwurf auf die neuen Feinde) auseinandersetzte, letztlich von Rachegeleüsten getrieben war und solche Mittel legitimieren wollte, gerade weil sie das “brutalstmögliche Mittel” zur Aufklärung geplanter Verbrechen waren.

### 7.6.10 Auswegslose Erosion?

Die vorgestellten neun Faktoren oder “Faktorenbündel”, die ich als Hauptursachen für die Erosion der beiden von mir untersuchten Tabus ansehe, wobei mal mehr das Folterverbot, mal mehr das nukleare Tabu betroffen waren, zeigen, wie komplex und einzigartig Normerosionen verlaufen können. Teilweise waren die Faktoren eng miteinander verknüpft, wie z.B. das Vergessen von Begründungsmustern für Tabus mit einem “Dammbruch der Denkverbote”, teilweise schienen sie aneinander vorbeizulaufen, wie der krampfhafteste Versuch, das eigene Verhalten als im Einklang mit der eigenen Identität stehend zu demonstrieren und die gleichzeitige Verschiebung des eigenen Identitätsrahmens, in dem die Einhaltung der Tabus als weniger wichtig erschien. Kamen diese Handlungen auf der Seite der *norm challenger* zum Tragen, wurde, vielleicht überraschend, auch deutlich, dass den TabuschützerInnen durch ihr strategisch unkluges Verhalten im Diskurs ebenfalls eine beachtliche, wenn auch unabsichtliche, Rolle im Erosionsprozess zukam.

Wichtig erscheint mir der erneute Hinweis darauf, dass man bei jedem der neun beschriebenen Faktoren einhaken und feststellen kann, dass die Entwicklung auch einen anderen Verlauf hätte nehmen können: Angefangen von der Feststellung, dass die Situation, in der die USA handelten, vielleicht nicht so neu war, wie sie wahrgenommen wurde und dass es auch Alternativen zu dieser “Neukonstruktion von Welt” hätte geben können, über die Mahnungen der NormschützerInnen, man müsse *“reject as false the choice between our safety and our ideals,”*<sup>2197</sup> und man dürfe sich nicht vormachen, sich an ein Tabu zu halten, dessen

---

<sup>2195</sup> Riga, Peter 2002: Guantanamo turban strike sign of religious double standard, in: USA Today, 07.03.2002; vgl. auch S. 354 der Arbeit.

<sup>2196</sup> Leserbrief von Martinez, Tom 2009: The Uproar Over the C.I.A. and Torture, in: NYT, 18.04.2009; vgl. auch S. 355 der Arbeit.

<sup>2197</sup> Barack Obama zitiert in: Yoo, John 2009: Obama made a rash decision on Guantanamo, in: WSJ, 29.01.2009, vgl. auch S. 325 der Arbeit.

inhaltlicher Gehalt völlig umdefiniert worden sei, bis hin zur Überbewertung von Gefahren, die schließlich dazu führte, aus Angst frühere Wertmaßstäbe über Bord zu werfen.

Selbst wenn Normerosionen jedoch einen so dramatischen Verlauf nehmen, wie es bei den von mir untersuchten Tabus der Fall war, heißt dies jedoch nicht, dass sie völlig aufgegeben werden müssen. Ebensovienig wie die Internalisierung oder Tabuisierung einer Norm bedeutet, dass ein Akteur keine Zugriffsmöglichkeiten auf sie mehr hat, bedeutet eine Normerosion nicht, dass eine angegriffene Struktur nicht auch wieder gefestigt werden kann.

## 7.7 Möglichkeiten einer Retabuisierung

Ebenso wie die Möglichkeit einer Normerosion wird auch die einer wellenartigen Bewegung von Normstärkung und –schwächung in der Literatur zur politikwissenschaftlichen Normtheorie und zu Tabus nur sehr selten erwähnt,<sup>2198</sup> so dass ich mich hier nicht von der Theorie leiten lassen konnte. Unter Retabuisierungstendenzen verstehe ich, als gegenläufigen Prozess zur Normerosion, die Einschränkung der von einem Akteur wahrgenommenen Handlungsoptionen, wobei bestimmte Handlungsalternativen unhinterfragt ausgeschlossen und auch im Diskurs nicht mehr offen diskutiert werden. Ich gehe allerdings nicht davon aus, dass alle Akteure, die im vorangegangenen Prozess der Erosion eine Norm hinterfragt hatten, wieder beginnen, an deren Gültigkeit zu glauben. Es reicht aus, wenn sie sich, wie vielleicht bereits während der ersten Internalisierungsphase, instrumentell an die Norm und ihre abweichenden Ansichten für sich behalten. Idealerweise gerät so in Vergessenheit, dass man die Norm überhaupt hinterfragen könnte und dass die Handlungsalternative eines Normbruchs besteht, so dass wieder ein vollständiges Tabu entsteht.

### 7.7.1 Empirische Rückschlüsse auf förderliche Bedingungen

Da es bedauerlicherweise nur in meiner Fallstudie zum nuklearen Tabu zu Retabuisierungstendenzen gekommen ist, seien hier kurz die Faktoren benannt, die aus meiner Sicht bei diesem Prozess am relevantesten waren:

Erstens wurden die *Annahmen, die dem nuklearen Tabu zugrunde liegen, nicht mehr contested*, obwohl die Debatte in den letzten Jahren meines Untersuchungszeitraums nahtlos an die erosionsfördernde der früheren Jahre anschloss. Wie bereits im Abschnitt zur *norm contestedness* beschrieben, ist es kaum möglich, in einem laufenden Diskurs sämtliche Grundannahmen gleichzeitig zu hinterfragen. Während in den zurückliegenden Jahren tabutypische Grundannahmen auf dem Prüfstand gestanden hatten, wie die, ob man sich die Einhaltung des Einsatztabus noch leisten könne und ob Nuklearwaffen tatsächlich eine Sonderrolle einnehmen oder nur in den falschen Händen zu einer Bedrohung würden, wurde im Anschluss an die Diskussion über den Bau des RRW zwar weiter die Frage diskutiert, wie die zukünftige Nuklearstrategie der USA aussehen sollte – die oben aufgeführten,

---

<sup>2198</sup> Vgl. S. 108 der Arbeit.

tabukritischen Fragen wurden jedoch von keiner der beiden Seiten (NormschützerInnen und –gegnerInnen) mehr gestellt.

Zweitens bedeutete diese neue Debatte und die damit einhergehende *uncontestedness* von tabutypischen Grundannahmen jedoch *nicht einfach ein Zurück* zu der Form des nuklearen Tabus, wie es vor der Nuklearpolitik der Bush-Administration bestanden hatte. Vielmehr gelang es den NuklearwaffengegnerInnen, ihre Vision einer nuklearwaffenfreien Welt als logische Antwort auf all die Probleme darzustellen, welche – vor dem oben beschriebenen Hintergrund einer als völlig neu wahrgenommenen Situation – seit dem Ende des Kalten Krieges aufgeworfen worden waren. Dabei wählten sie also nicht den Weg, die von den *norm challengern* verbreiteten Annahmen (mit den neuen “nuklearen Irren” sind Verhandlungen nicht möglich, die alte Abschreckungslogik versagt etc.) zu hinterfragen, wie es durchaus möglich gewesen wäre, sondern nahmen diese “Neubeschreibung von Welt” an. Statt jedoch die scheinbar naheliegenden Schlussfolgerungen der *norm challenger* aus diesen Prämissen zu teilen, entwickelten sie selbst ein alternatives, ihnen zufolge risikoloserer Szenario: Je irrationaler die Chefs der nuklear ambitionierten “Schurkenstaaten” agierten, je mehr alte Mechanismen der Proliferationsverhinderung versagten und je unabwendbarer ein nuklearer Terroranschlag erschien, desto vernünftiger wäre es, sämtliche Nuklearwaffen abzuschaffen. Auch das skizzierte Klima der (übertriebenen?) Angst spielte bei der Formulierung der Ideen einer völligen Abrüstung eine Rolle: Ebenso, wie eine neue “Angstbalance” es möglich machte, die Angst vor den Konsequenzen eines Tabubruchs zu überwinden, bedurfte es wohl eines starken “Angst-Anreizes”, um überhaupt die Idee in Erwägung zu ziehen, die USA könnten sich von ihrer herausgehobenen Stellung eines *nuclear high priests* verabschieden.

Dabei schien diese Suche nach Alternativlösungen im Nukleardiskurs viel eher verankert zu sein, als in dem über die Legalisierung von Folter, wurde doch bereits zuvor versucht, z.B. mit dem Gedankenexperiment einer erweiterten Abschreckungslogik nukleare Terroranschläge zu verhindern oder als Alternative zum Neubau des RRW auf die Alternative des *Stockpile Stewardship Program* hingewiesen.

Drittens stellte sich das interessante Phänomen ein, dass *das Tabu gestärkt wurde, je breiter die Debatte über eine globale Abrüstung geführt wurde*. Durch die Ausweitung der Debatte wurde einerseits erreicht, dass die wachsende Zahl der DebattenteilnehmerInnen sich mit Argumentationsmustern auseinandersetzten, in denen eine Hinterfragung des nuklearen Tabus, wie oben skizziert, überhaupt nicht mehr enthalten war – möglicherweise ohne, dass ihnen dieser Umstand bewusst gewesen wäre. Zweitens stellte sich auch hier eine Art “Informationskaskade” ein: Je mehr Debattenteilnehmer sich aktiv mit der Möglichkeit einer nuklearwaffenfreien Welt auseinandersetzten, desto denkbarer erschien es weiteren BürgerInnen, sich für deren Umsetzung einzusetzen, ohne gleich als völlig blauäugig verlacht zu werden.

Hierbei war, viertens, das *Vorbild prominenter norm entrepreneurs* entscheidend (welchen erstaunlicherweise im Erosionsdiskurs keine große Rolle zugekommen war), die als fachliche

und moralische Autoritäten auf ihrem Gebiet galten und teilweise aufgrund eines Sinneswandels, den die selbst im Hinblick auf die Bedeutung von Nuklearwaffen durchgemacht hatten, auch von vielen früheren *norm challengern* nicht sofort als naive Spinner eingestuft wurden. Neben den Statements der prominenten *Gang of Four*, Präsident Obamas selbst und weiterer hochrangiger Persönlichkeiten, die sich für die (allerdings weniger beachtete) *Global Zero*-Perspektive ausgesprochen hatten, mag hier auch das fachliche Urteil einiger Militärs bedeutsam gewesen sein – auch wenn die Aussagen nuklearwaffenkritischer Militärs etwa während der Debatten über den RNEP und die NPR geflissentlich ignoriert worden waren. Sie pochten darauf, dass es militärstrategisch sinnvoll sein könne, auf *Global Zero* zu setzen, da die USA im konventionellen Bereich allen anderen Nationen haushoch überlegen und nur noch durch einen Nuklearangriff wirklich zu gefährden seien.

Neben solchen fachlichen Argumenten fanden sich, fünftens, auch *Ansätze einer „Neubeschreibung von Welt“* im Sinne der TabuschützerInnen, ähnlich denen, die den Erosionsdiskurs durchzogen hatten. Potential, zu einer unhinterfragten Floskel zu werden, hat aus meiner Sicht v.a. die von Präsident Obama verwendete (historisch fragwürdige) Annahme, dass die Ära der Nuklearwaffen mit der von ihnen geprägten des Kalten Krieges zu Ende gegangen sei und diese nun automatisch auf den Müllhaufen der Geschichte gehörten.

Ein sechster Punkt bezieht sich auf ein gleichzeitig mit dem Abolitionismus-Diskurs auftretendes Phänomen, bei dem ich mir jedoch nicht sicher bin, ob hier ein Zusammenhang mit dem Beginn der Debatte besteht, zumal ein solcher Zusammenhang von den DebattenteilnehmerInnen selbst nicht herausgestellt wurde und somit – zumindest in der Selbstbeschreibung der USA – keine Bedeutung zu haben scheint: Interessanterweise weitete sich der Diskurs über die Möglichkeiten einer völligen nuklearen Abrüstung genau zu dem Zeitpunkt aus, an dem das *nukleare Prestige zu schwinden* begann: Die Exklusivität des nuklearen Clubs wurde durch die Nukleartests Nordkoreas und das scheinbar unaufhaltsam voranschreitende Programm des Iran zunehmend in Frage gestellt, wobei mit dem Aufstieg der *“nuclear poor“* die bisher typische Verknüpfung von Nuklearwaffenbesitz mit Macht, Ansehen und wissenschaftlicher Fortschrittlichkeit einer Nation aufgebrochen wurde.

Mit dem nuklearen Prestige ist auch bereits einer der Gründe benannt, die – trotz der Unumstrittenheit der Grundannahmen des Tabus, der Entwicklung von Alternativlösungen, der „Verbreiterung“ der Debatte, dem Auftreten prominenter *norm entrepreneurs* und Ansätzen einer neukonstruierten Wahrnehmung – einer Retabuisierung im Weg standen.

### 7.7.2 Empirische Rückschlüsse auf hinderliche Bedingungen

Der Hinweis auf das nukleare Prestige zeigt bereits, wie „tabuindividuell“ Retabuisierungstendenzen und ihnen entgegenstehende Entwicklungen sein können. Die herausgehobene Stellung, die den *haves* (bisher) zukommt und die Ausdruck der Ambivalenz ist, welche sich hinter dem „Totem“ Nuklearwaffen verbirgt, erschwert es vielen

DebattenteilnehmerInnen, sich eine absolute Ausweitung des Besitztabus vorzustellen. Hier widersprechen sich wiederum zwei Aspekte des nuklearen Tabus – es steht seiner eigenen Ausweitung im Weg.

Ein sehr viel “bodenständigerer” Effekt, der auf beide von mir untersuchten Fälle zutraf, war die politische Umsetzbarkeit der im Zuge einer Retabuisierung geäußerten Forderungen. Längst nicht alle DebattenteilnehmerInnen waren hinter den Visionen einer nuklearwaffenfreien Welt oder einer folterfreien USA zu vereinen, was angesichts der (zurückliegenden) Erosionsdiskurse – welcher im Fall des Folterverbots auch ungleich breiter und länger geführt worden war, als der über das nukleare Tabu – kaum verwundern kann. Diese Widerstände spiegelten sich in der Obama-Administration ebenso, wie im US-Kongress. So wurde z.B. die Schließung von *Guantanamo Bay* im US-Kongress verhindert, weil einzelne Abgeordnete fürchteten, Gefangene könnten in ihre Wahlkreise überstellt werden oder eine Vorlage zur Verabschiedung des CTBT gar nicht erst eingebracht, u.a. weil die SenatorInnen, in deren Bundesstaaten sich die *National Laboratories* befanden, sich diesem Schritt vehement widersetzt hätten.

Wichtiger als dieses politische Tauziehen erschienen im Hinblick auf die ausbleibende Retabuisierung des Folterverbots jedoch vier grundlegende Hindernisse:

Erstens hatten sich, wie beschrieben, *neue Gedankengerüste durchgesetzt*, die Folter unter den neuen Umständen als alternativlos hinstellten. Ein “Zurück” zur alten Tabustruktur, wie es auch im späteren Verlauf der Diskussion noch von vielen NormschützerInnen eingefordert wurde, erschien so kaum noch möglich. Die wenigen Stimmen, die die Prämissen, auf denen diese neue Problemwahrnehmung beruhte, hinterfragten (etwa mit dem Hinweis, dass man einen *ticking-bomb*-Terroristen nie rechtzeitig festsetzen oder dass man auch *al Qaida*-Mitglieder “normal” verhören könne), waren zu vereinzelt und kamen viel zu spät, als dass sie gegen die laufende Neukonstruktion von Gedankengerüsten noch etwas hätten ausrichten können.

Wie im Fall des nuklearen Tabus gesehen, muss dies jedoch nicht das Aus für sämtliche Retabuisierungsmöglichkeiten bedeuten, da TabuschützerInnen noch immer die Flucht nach vorne antreten, d.h. aufbauend auf der bedauerlicherweise verbreiteten, neuen Problemwahrnehmung *Handlungsalternativen vorschlagen* können, die im Sinne des Tabus wären. Dies ist jedoch leider im Fall des Folterverbots nicht ansatzweise gelungen. Interessanterweise ergibt sich hier eine historische Parallele zu der Zeit vor der Einführung der ersten Folterverbote: Auch damals war durchaus bekannt, dass Folter zu falschen Geständnissen führen konnte und dass sie moralisch höchst bedenklich war, zumal auch Unschuldige betroffen sein konnten. (Allein) Aufgrund des Mangels an gangbaren Alternativen zur Aufklärung von Verbrechen und zur Begründung von Urteilen gegen (vermeintliche) TäterInnen wurde sie jedoch weiterhin angewandt. Als mit der Bildung staatlicher Polizeieinheiten und der Entwicklung neuartiger Ermittlungsmethoden wie

Fingerabdrücken und Obduktionen von Opfern Alternativen zur Aufklärung von Verbrechen gegeben waren, konnten sich Folterverbote schnell europaweit durchsetzen.<sup>2199</sup>

Dem redlichen Versuch der Obama-Administration, Folter wieder zu tabuisieren, stand daneben auch die bereits weit fortgeschrittene *Enttotemisierung* einzelner Foltermethoden entgegen. Das Bild von Präsident Obama, dem es einfach nicht gelingen will, die “Büchse der Pandora” erlaubter oder verbotener Verhörmethoden wieder zu schließen, deren Deckel sein Amtsvorgänger gelüftet hatte, mag übertrieben wirken. Tatsache ist jedoch, dass die Frage, die sich aufgrund des Foltertabus früher niemand in den USA gestellt hätte, wo legitimierbare Verhörmethoden enden und wo Folter beginnt, über Jahre hinweg in weiten Kreisen der Bevölkerung, der Medien und der Politik ausgebreitet wurde – wobei sich insbesondere am *waterboarding* die Geister schieden. Wie sollte es der Obama-Administration möglich sein, Folter, wie im Wahlkampf angekündigt, zu verbieten, wenn Tausende, vielleicht Millionen US-AmerikanerInnen sich in den vergangenen Jahren eine eigene Meinung dazu gebildet hatten, was Folter sei? Durch die nun unvermeidliche Auseinandersetzung mit der Frage, welche Methoden (*waterboarding*, simulierte Erschießungen?) auf jeden Fall wieder in die Büchse der Pandora gehörten und welche (Schlafentzug, extreme Temperaturen?) vielleicht nicht, hatte die Obama-Administration keine andere Wahl, als sich mit früher tabuisierten Fragen auseinanderzusetzen und die Norm so weiter zu beschädigen.

Sehr wohl eine Wahl hatte sie hinsichtlich einer *Aufklärung und Sanktionierung* der Folterfälle unter der Bush-Administration. Hier wählte sie jedoch, zum Ärger der NormschützerInnen, den politisch bequemeren Weg, Beweismaterialien wie weitere *memos*, Fotos und Verhörprotokolle, geheim zu halten, bis sie gerichtlich zur Herausgabe einiger Dokumente gezwungen wurde, welche ein bisschen Licht in die Frage des Handelns und der Positionierung von Mitgliedern der Vorgängerregierung brachten. Die Frage einer Strafverfolgung, wie sie durch internationales Recht gefordert wird, wurde nicht ernsthaft diskutiert. So undenkbar es früher gewesen war, dass ein US-Präsident Folter legitimieren würde, so war es doch noch undenkbarer, dass ein neuer US-Präsident seinen Vorgänger der Justiz auslieferte. Dies wäre sicherlich ein politisch ungeheuerlicher und eben deshalb höchst unrealistischer Vorgang – es sei dennoch daran erinnert, dass nicht nur das internationale Recht Folter als “Weltverbrechen” einstuft, das überall auf der Welt geahndet werden kann,<sup>2200</sup> sondern die Demonstration, dass der Bruch eines Tabus schlimme Konsequenzen nach sich zieht, essentiell ist, um zu verhindern, dass ein Tabu immer weiter unterhöhlt wird.

In dieser Situation scheint es, als kämen die FoltergegnerInnen weder vor, zu neuen Alternativen, noch zurück zum alten Tabu und als wäre es ihnen kaum möglich, die früher tabuisierte Grenze zwischen vermeintlich existierenden “harten Verhörmethoden” und Folter selbst zu ziehen, ohne das Foltertabu damit noch mehr zu beschädigen. Diejenigen,

---

<sup>2199</sup> Vgl. S. 174 der Arbeit.

<sup>2200</sup> Vgl. S. 192 der Arbeit.

die diesen Schlamassel einer Normerosion angerichtet haben, genießen derweil nahezu unbehelligt ihren Ruhestand.

## Literaturverzeichnis

### Literatur theoretische Abschnitte

- Acharya, Amitav 2004: How Ideas Spread: Whose Norms Matter? Norm Localization and Institutional Change in Asian Regionalism, in: *International Organization*, 58:2, S. 239- 275.
- Achen, Christopher/Snidal, Duncan 1989: Rational Deterrence Theory and Comparative Case Studies, in: *World Politics* 41:2, S. 143-169.
- Adler, Jeremy/Fardon, Richard (Hrsg.) 2008: Franz Baermann Steiner: Zivilisation und Gefahr. Wissenschaftliche Schriften, Göttingen.
- Agricola, Rebecca 2008: Von Lücken und Brücken. Zur Konzeptionalisierung von Sprache in den Theorien der Internationalen Beziehungen, Diplomarbeit, Frankfurt am Main.
- Ahmad, Salah/Müller Schöll, Wiltrud 2002: Heilung durch Begegnung. Systematische Familientherapie mit Folterüberlebenden, in: Birck, Angelika/Pross, Christian/Lansen, Johan (Hrsg.): *Das Unsagbare. Die Arbeit mit Traumatisierten im Behandlungszentrum für Folteropfer Berlin*, Berlin.
- Akerlof, George 1980: A Theory of Social Custom, of Which Unemployment May Be One Consequence, in: *Quarterly Journal of Economics* 94:4, S. 749-775.
- Alderson, Kai 2001: Making Sense of State Socialization, in: *Review of International Studies* 27:3, S. 415-433.
- Alemann, Ulrich/Tönnemann, Wolfgang 1995: Grundriß Methoden in der Politikwissenschaft, in: Von Alemann, Ulrich (Hrsg.): *Politikwissenschaftliche Methoden. Grundriß für Studium und Forschung*, Opladen, S. 17-138.
- Allan, Keith/Burridge, Kate 2006: *Forbidden Words. Taboo and the Censoring of Language*, Cambridge.
- Allen, Jonathan 2005: Warrant to Torture? A Critique of Dershowitz and Levinson, in: *ACDIS Occasional Paper* 2005:1.
- Amnesty International 1975: *Bericht über die Folter*, Frankfurt am Main.
- Amnesty International 2002: *Combating Torture. A Manual for Action*, online unter: <<http://www.amnesty.org/en/library/asset/ACT40/001/2003/en/1b2dee39-d760-11dd-b024-21932cd2170d/act400012003en.pdf>>, rev. 02.02.2012.
- Amnesty International 2003: *United States of America: Memorandum to the US Government on the rights of people in US custody in Afghanistan and Guantanamo Bay*.
- Almond, Gabriel/Verba, Sidney 1963: *The Civic Culture*, Princeton.
- American Presidency Projects-Website: Online unter: <<http://www.presidency.ucsb.edu/data/turnout.php>>, rev. 02.02.2012.
- Archer, Margaret S. 1985: Structuration versus Morphogenesis, in: Eisenstadt, Samuel. N./Helle, Horst Jürgen (Hrsg.): *Macro Sociological Theory*, Thousand Oaks, S. 58-88.
- Archer, Margaret 1988: *Culture and Agency: The Place of Culture in Social Theory*, Cambridge.



- Archer, Margaret 1996: *Culture and Agency: The Place of Culture in Social Theory*, Cambridge.
- ARTE 2010: Tschernobyl – Die Natur kehrt zurück, gesendet am 03.07.2010, Beschreibung online unter: <<http://www.arte.tv/de/Die-Welt-verstehen/Bedrohte-Vielfalt/3183232.html>>, rev. 02.02.2012.
- Ashley, Richard K./Walker, R. B. J. 1990: Introduction: Speaking the Language of Exile. Dissident Thought in International Studies, in: *International Studies Quarterly* 34:3, S. 259-268.
- Aspin, Leslie 1992: From Deterrence to Denuking. A New Nuclear Policy for the 1990s, in: *Shaping Nuclear Policy for the 1990s: A Compendium of Views. Report of the Defense Policy Panel of the Committee on Armed Services*, 17.12.1992.
- Atkinson, Carol 2010: Using Nuclear Weapons, in: *Review of International Studies* 36:4, S. 839-851
- Axelrod, Robert 1986: An Evolutionary Approach to Norms, in: *American Political Science Review* 80:4, S. 1095-1111.
- Bagaric, Mirko/Clarke, Julie 2007: *Torture. When the Unthinkable is Morally Permissible*, Albany.
- Bailey, Jennifer L. 2008: Arrested Development: The Fight to End Commercial Whaling as a Case of Failed Norm Change, in: *European Journal of International Relations* 14:2, S. 289–318.
- Baldauf, Dieter 2004: *Die Folter. Eine deutsche Rechtsgeschichte*, Köln.
- Balle, Christel 1990: *Tabus in der Sprache*, Frankfurt am Main.
- Bank, Roland 1996: *Die internationale Bekämpfung von Folter und unmenschlicher Behandlung auf den Ebenen der Vereinten Nationen und des Europarates. Eine vergleichende Analyse von Implementation und Effektivität der neueren Kontrollmechanismen*, Freiburg.
- Barry, John 1991: The Nuclear Option: Thinking the Unthinkable, in: *Newsweek*, 14.01.1991.
- Bates, Stephen R. 2006: Making Time for Change. On Temporal Conceptualizations within (Critical Realist) Approaches to the Relationship between Structure and Agency, in: *Sociology* 40:1, S. 143-162.
- Baudisch, Paul (Hrsg.) 1945: *Roosevelt spricht. Die Kriegsreden des Präsidenten*, St. Gallen, S. 124-130.
- Beckman, Peter R./Crumlish, Paul W./Dobkowski, Michael N./Lee, Steven P. 2007: *Nuclear Weapons, Nuclear States, and Terrorism*, Cornwall-on-Hudson.
- Behnke, Natalie 2004: *Ethik in Politik und Verwaltung. Entstehung und Funktion ethischer Normen in Deutschland und den USA*, Baden-Baden.
- Benthien, Claudia/Gutjahr, Ortrud (Hrsg.) 2008: *Tabu. Interkulturalität und Gender*, München.
- Berger, Peter L. 1973: *Zur Dialektik von Religion und Gesellschaft. Elemente einer soziologischen Theorie*, Tübingen.
- Bernheim, Douglas B. 1994: A Theory of Conformity, in: *The Journal of Political Economy* 102:5, S. 841-877.
- Bernstein, Adam 2007: Paul Tibbets Jr.; Piloted Plane That Dropped First Atom Bomb, in: *Washington Post*, 02.11.2007.

- Bernstein, Carl 2004: History lesson: GOP must stop Bush, in: USA Today, 24.05.2004.
- Bettelheim, Peter/Streibel, Robert (Hrsg.) 1994: Tabu und Geschichte. Zur Kultur des kollektiven Erinnerns, Wien.
- Beyer, Jessica L./ Hofmann, Stephanie C. 2005: Is Neutrality Out of Fashion? The Decline of the Norm of Neutrality in Austria, Finland, Ireland, and Sweden, Paper presented at the Annual Meeting of the International Studies Association in Honolulu, Hawaii, March 2005.
- Bielefeldt, Heiner 2005: Folter und Recht. Ein Menschenrechtsprinzip in der Krise?, in: Psychosozial 28:2, S. 19-26.
- Bieler, Andreas/Morton, Adam David 2001: The Gordian Knot of Agency-Structure in International Relations: A Neo-Gramscian Perspective, in: European Journal of International Relations 7:1, S. 5-36.
- Bikchandani, Sushil/Hirshleifer, David/Welch, Ivo 1992: A Theory of Fads, Fashion, Custom, and Cultural Change as Informational Cascades, in: The Journal of Political Economy 100:5, S. 992-1026.
- Birdsall, Andrea 2009: The International Politics of Judicial Intervention. Creating a More Just Order, London.
- Bolton, John 2009: A Fast Way to Lose the Arms Race, in: NYT, 25.05.2009.
- Börzel, Tanja 2001: Non-Compliance in the European Union. Pathology or Statistical Artefact?, in: Journal of European Public Policy 8:5, S. 803-824.
- Brabandt, Heike 2007: Gender Mainstreaming in der Asyl- und Flüchtlingspolitik in Großbritannien und Deutschland. Ein Beispiel für erfolgreiche Politikdiffusion?, in: Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 38/2007, S. 297-326.
- Braun, Michael (Hrsg.) 2007: Tabu und Tabubruch in Literatur und Film, Würzburg.
- Braungart, Wolfgang/Ridder, Klaus/Apel, Friedmar (Hrsg.): Wahrnehmen und Handeln. Perspektiven einer Literaturanthropologie, Bielefeld, S. 297-327.
- Brian, Innes 1998: Die Folter. Ein dunkles Kapitel in der Geschichte der Menschheit, Köln.
- Brugger, Winfried 1987: Grundrechte und Verfassungsgerichtsbarkeit in den Vereinigten Staaten von Amerika, Tübingen.
- Brugger, Winfried 2002: Demokratie, Freiheit, Gleichheit. Studien zum Verfassungsrecht der USA, Berlin.
- Brugger, Winfried/Haverkate, Görg (Hrsg.) 2002: Grenzen als Thema der Rechts- und Sozialphilosophie. Referate der Tagung der deutschen Sektion der Internationalen Vereinigung für Rechts- und Sozialphilosophie vom 22. bis 23. September 2000 in Heidelberg, Stuttgart, S. 23-36.
- Bruha, Thomas/Steiger, Dominik 2006: Das Folterverbot im Völkerrecht, Stuttgart.
- Brysk, Alison 1993: From Above and Below: Social Movements, the International System and Human Rights in Argentina, in: Comparative Political Studies 26:3, S. 259-285.
- Bull, Hedley 1977: The Anarchical Society: A Study of Order in World Politics, London.

- Buzan, Barry/Little, Richard/Jones, Charles (Hrsg.) 1993: *The Logic of Anarchy. Neorealism to Structural Realism*, New York.
- Cananaugh, William T. 2006: *Making Enemies. The Imagination of Torture in Chile and the United States*, in: *Theology Today* 63:October, S. 307-323.
- Cancian, Francesca M. 1975: *What are norms? A Study of Beliefs and Action in a Maya Community*, Cambridge.
- Carlsnaes, Walter 1992: *The Agency-Structure Problem in Foreign Policy Analysis*, in: *International Studies Quarterly* 36:3, S. 245-270.
- Carlsnaes, Walter/Smith, Steve (Hrsg.) 1994: *European Foreign Policy*, London.
- Carus, W. Seth 2006: *Defining "Weapons of Mass Destruction"*, in: *Center for the Study of Weapons of Mass Destruction*, Occasional Paper 4.
- Chayes, Abram/Chayes, Antonia Handler 1993: *On Compliance*, in: *International Organization* 47:2, S. 175-205.
- Checkel, Jeffrey T. 1997: *International Norms and Domestic Politics: Bridging the Rationalist-Constructivist Divide*, in: *European Journal of International Relations* 3:4, S. 473-495.
- Checkel, Jeffrey T. 2001: *Why Comply? Social Learning and European Identity Change*, in: *International Organization* 55:3, S. 553-588.
- Checkel, Jeffrey/Strom, Kaare 2000: *Book Reviews: Thomas Risse, Stephen Ropp, and Kathryn Sikkink (Eds.), The Power of Human Rights: International Norms and Domestic Change*, in: *Comparative Political Studies* 33:10, S. 1337-1343.
- Cheney, Dick 2009: *Rede vor dem American Enterprise Institute*, 21.05.2009, online unter: [http://www.huffingtonpost.com/2009/05/21/cheneys-speech-obama-dese\\_n\\_206165.html](http://www.huffingtonpost.com/2009/05/21/cheneys-speech-obama-dese_n_206165.html), rev. 02.02.2012.
- Cillessen, Bret J. 1998: *Embracing the Bomb: Ethics, Morality, and Nuclear Deterrence in the U.S. Air Force, 1945-55*, in: *Journal of Strategic Studies* 21:1, S. 96-134.
- CNN 2003: *Dershowitz: Torture could be justified*, 04.03.2003, online unter: <http://edition.cnn.com/2003/LAW/03/03/cnna.Dershowitz>, rev. 02.02.2012.
- Cooren, François/Thompson, Fiona/Canestraro, Donna/Bodor, Tamás 2006: *From Agency to Structure. Analysis of an Episode in a Facilitation Process*, in: *Human Relations* 59:4, S. 533-566.
- Crawford, Neta 2002: *Argument and Change in World Politics*, Cambridge, S. 97.
- Czempiel, Ernst-Otto 1979: *Amerikanische Außenpolitik*, Stuttgart.
- Daase, Christopher 2003: *Der Anfang vom Ende des nuklearen Tabus. Zur Legitimitätskrise der Weltnuklearordnung*, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 10:1, S. 7-41.
- Daase, Christopher 2003: *Nonproliferation und das Studium internationaler Legitimität. Eine Antwort auf meine Kritiker*, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2/2003, S. 351-364.
- Danner, Mark 2004: *Torture and Truth. America, Abu Ghraib, and the War on Terror*, New York.

- Dany, Charlotte 2010: *The Ambiguity of Participation. Limits of NGO Influence at the World Summit on the Information Society*, Bremen.
- Déclaration des Droits de l'Homme et du Citoyen 1789: Online unter: <<http://archiv.jura.uni-saarland.de/BIJUS/constitution58/decl1789.htm>>, rev. 02.02.2012.
- De Tocqueville, Alexis 1984 [1835/1840]: *Über die Demokratie in Amerika*, München.
- Deitelhoff, Nicole 2006: *Überzeugen in der Politik. Grundzüge einer Diskurstheorie internationalen Regierens*, Frankfurt am Main.
- Deitelhoff, Nicole 2009: *The Discursive Process of Legalization: Charting Islands of Persuasion in the ICC Case*, in: *International Organization* 63:1, S. 33–65.
- Dépelteau, François 2008: *Relational Thinking. A Critique of Co-Deterministic Theories of Structure and Agency*, in: *Sociological Theory* 26:1, S. 51-73.
- Depenheuer, Otto (Hrsg.) 2003: *Recht und Tabu*, Wiesbaden.
- Dershowitz, Alan M. 2002: *Why Terrorism Works. Understanding the Threat, Responding to the Challenge*, New Haven.
- Dessler, David 1989: *What's at Stake in the Agent-Structure Debate?*, in: *International Organization* 43:3, S. 441-473.
- Deutsch, John 2005: *A Nuclear Posture for Today*, in: *Foreign Affairs* 84:1, S. 49-60.
- Diamond, John/Willing, Richard 2004: *U.S. interrogators face 'gray areas' with prisoners*, in: *USA Today*, 13.05.2004.
- Diez, Thomas 1999: *Speaking 'Europe': the Politics of Integration Discourse*, in: *Journal of European Public Policy* 6:4, S. 598-613.
- Doty, Roxanne Lynn 1997: *Aporia. A Critical Exploration of the Agent-Structure Problematique in International Relations Theory*, in: *European Journal of International Relations* 3:3, S. 365-392.
- Doty, Roxanne Lynn 1999: *A Reply to Colin Wight*, in: *European Journal of International Relations* 5:3, S. 387-390
- Durkheim, Emile 1972 [1922]: *Erziehung und Soziologie*, Düsseldorf.
- Durkheim, Emile 1981: *Die elementaren Formen des religiösen Lebens*, Frankfurt/Main.
- Eden, Lynn 2010: *The Contingent Taboo*, in: *Review of International Studies* 36, S. 831-837.
- Editorial der New York Times 2005: *Case Study: Terrorist Hides Bomb. Terrorist Is Captured, but Won't Speak. Is Torture O.K.?*, in: *NYT* 11. 12. 2005.
- Eggert, Hartmut 2002: *Thesen zur Eröffnung der Diskussion*, in: Eggert, Hartmut/Golec, Janusz (Hrsg.): *Tabu und Tabubruch: Literarische und sprachliche Strategien im 20. Jahrhundert. Ein deutsch-polnisches Symposium*, Stuttgart, S. 15-24
- Elgström, Ole 1998: *Norm Negotiations. The Construction of New Norms Regarding Gender and Development in EU Foreign Aid Policy*, in: *Journal of European Public Policy* 7:3, S. 457-76.
- Elster, Jon 1989: *The Cement of Society. A Study of Social Order*, Cambridge.

- Enzensberger, Hans Magnus 2004: Michel de Montaigne: Essais. Erste moderne Gesamtübersetzung von Hans Stilett, Frankfurt am Main.
- Epstein, Joshua 2001: Learning to Be Thoughtless: Social Norms and Individual Computation, in: *Computational Economics* 18:1, S. 9-24.
- Evans, Tony 2001: Review: The Power of Human Rights, in: *The Journal of Modern African Studies* 39:2, S. 380-387.
- Farberow, Norman 1963: Introduction, in: Farberow, Norman (Hrsg.): *Taboo Topics*, New York, S. 1-7.
- Farrell, Theo/Lambert, Hélène 2001: Courting Controversy: international law, national norms and American nuclear use, in: *Review of International Studies* 27:3, S. 309-326.
- Fearon, James 1999: What Is Identity (as We Use the Word)?, draft manuscript, Stanford University, S. 4, online unter (<http://www.stanford.edu/~jfearon/papers/iden1v2.pdf>), rev. 07.01.2012.
- Finnemore, Martha 1996: *National Interests in International Society*, Ithaca/London.
- Finnemore, Martha/Sikkink, Kathryn 1998: International Norm Dynamics and Political Change, in: *International Organization* 52:4, S. 887-917.
- Fierke, Karin 2003: Breaking the Silence. Language and Method in International Relations, in: Debrix, François (Hrsg.): *Language, Agency, and Politics in a Constructed World*, London
- Fierke, Katrin 2007: Constructivism, in: Dunne, Tim/Kurki, Milja/Smith, Steven: *International Relations Theory. Discipline and Diversity*, Oxford, S. 166-184.
- Fleck, Dieter (Hrsg.) 1994: *Handbuch des humanitären Völkerrechts in bewaffneten Konflikten*, München.
- Flockhart, Trine 2006: Complex Socialization: A Framework for the Study of State Socialization, in: *European Journal of International Relations* 12:1, S. 89-118.
- Florini, Ann 1996: The Evolution of International Norms, in: *International Studies Quarterly* 40:3, S. 363-389.
- Forschungsgruppe Menschenrechte 1998: Internationale Menschenrechtsnormen, transnationale Netzwerke und politischer Wandel in den Ländern des Südens, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 5:1, S. 5-41.
- Foucault, Michel 1994 [1976]: *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*, Frankfurt am Main.
- Fraenkel, Ernst 1981: *Das amerikanische Regierungssystem. Eine politologische Analyse*, Braunschweig.
- Freud, Sigmund 1990 [1956]: *Totem und Tabu. Einige Übereinstimmungen im Seelenleben der Wilden und der Neurotiker*, Frankfurt am Main.
- Freud, Sigmund 2010 [1930]: *Das Unbehagen in der Kultur*, Frankfurt am Main.
- Freud, Sigmund 1940: *Totem und Tabu. Einige Übereinstimmungen im Seelenleben der Wilden und der Neurotiker*, London.

- Frey, Karsten 2006: Nuclear Weapons as Symbols. The Role of Norms in Nuclear Policy Making, in: IBEI Working Papers 3/2006.
- Friedman, Gil/Starr, Harvey 1997: Agency, Structure, and International Politics. From Ontology to Empirical Inquiry, London.
- Fukuyama, Francis 1992: The End of History and the Last Man, New York.
- Gabel, Josiane 2004: The Role of U.S. Nuclear Weapons after September 11, in: The Washington Quarterly 28:1, S. 181-195.
- Gaddis, John Lewis 1989: Long Peace: Inquiries Into the History of the Cold War, Oxford.
- Gawlick, Günter/Kreimendahl, Lothar 2003: Pierre Bayle: Historisches und kritisches Wörterbuch. Eine Auswahl, Hamburg.
- Gearty, Conor 2005: We must keep the last taboo, in: The Guardian, 19.04.2005.
- Gerson, Joseph 1995: With Hiroshima eyes. Atomic War, Nuclear Extortion, and Moral Imagination, Philadelphia.
- Gerson, Joseph 2007: Empire and the Bomb. How the US Uses Nuclear Weapons to Dominate the World, London.
- Gertz, Bill 1991: U.S. can do battle with „tactical nukes“, in: Washington Times, 29.01.1991.
- Giddens, Anthony 1979: Central Problems in Social Theory, London.
- Giddens, Anthony 1984: The Constitution of Society: Outline of the Theory of Structuration, Berkeley.
- Giridharadas, Anand 2005: '63 Tapes Reveal Kennedy and Aides Discussed Using Nuclear Arms in a China-India Clash, in: New York Times, 26.08.2005.
- Glanz, James 2004: Torture Is Often a Temptation And Almost Never Works, in: NYT, 09.05.2004.
- Glasstone, Samuel/Dolan, Philip J. 1977: The Effects of Nuclear Weapons, Kent.
- Gleason, Philip 1980: American Identity and Americanization, in: Thernstrom, Stephan (Hrsg.): Harvard Encyclopaedia of American Ethnic Groups, Cambridge, S. 31-58
- Goertz, Gary/Diehl, Paul F. 1992: Toward a Theory of International Norms: Some Conceptual and Measurement Issues, in: Journal of Conflict Resolution, S. 634-664.
- Gordon, Michael R. 2002: Nuclear Arms. For Deterrence or Fighting?, in: NYT, 11.03.2002.
- Govier, Trudy 2000: A Practical Study of Argument, Calgary.
- Gränzer, Sieglinde/Jetschke, Anja/Risse, Thomas/Schmitz, Hans Peter 1998: Internationale Menschenrechtsnormen, transnationale Netzwerke und politischer Wandel in den Ländern des Südens, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 5:1, S. 5-35.
- Greenberg, Karen J. (Hrsg.) 2006: The Torture Debate in America, Cambridge.
- Greenberg, Karen J./Dratel, Joshua L. (Hrsg.) 2005: The Torture Papers. The Road to Abu Ghraib, Cambridge.

- Greenwald, David S./Zeitlin, Steven J. 1987: No Reason to Talk About It. Families Confront the Nuclear Taboo, New York.
- Grizewski, Peter 1996: From winning weapon to destroyer of worlds: the nuclear taboo in international politics, in: *International Journal* 51:3, S. 397-419.
- Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland: Online unter: <[http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art\\_21.html](http://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_21.html)>, rev. 02.02.2012.
- Haas, Daniela 1997: Folter und Trauma – Therapieansätze für Betroffene, Oldenburg.
- Haas, Eberhard Th. 2002: Ist Totem und Tabu ein exotischer Tagtraum oder Grundlage einer allgemeinen Kulturtheorie?, in: *Psyche* 56/2002, S. 139-144.
- Habermas, Jürgen 1973: Wahrheitstheorien, in: Fahrenbach, Helmut (Hrsg.): *Wirklichkeit und Reflexion. Walter Schulz zum 60. Geburtstag*, Pfullingen, S. 211-265.
- Habermas, Jürgen 1992: *Faktizität und Geltung*, Frankfurt am Main.
- Hafner-Burton, Emilie M. 2008: Sticks and Stones: Naming and Shaming the Human Rights Enforcement Problem, in: *International Organization* 62:3, S. 689–716.
- Hajer, Maarten 2004 [2003]: *Argumentative Diskursanalyse. Auf der Suche nach Koalitionen, Praktiken und Bedeutung*, in: Keller, Reiner/Hirsland, Andreas/Schneider, Werner/Viehöver, Willy (Hrsg.): *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 2: Forschungspraxis*, Wiesbaden, S. 271-298.
- Hanrieder, Tine 2008: Moralische Argumente in den Internationalen Beziehungen. Grenzen einer verständigungsorientierten „Erklärung“ moralischer Debatten, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 15:2, S. 161-186.
- Harknett, Richard J./Wirtz, James J./Paul, Thazha V. (Hrsg.): *The Absolute Weapon Revisited. Nuclear Arms and the Emerging International Order*, Michigan.
- Hasenclever, Andreas/Mayer, Peter/Rittberger, Volker 1997: *Theories of International Regimes*, Cambridge.
- Hawkins, Darren 2004: Explaining Costly International Institutions: Persuasion and Enforceable Human Rights Norms, in: *International Studies Quarterly* 48:4, S. 779–80.
- Hays, Sharon 1994: Structure and Agency and the Sticky Problem of Culture, in: *Sociological Theory* 12:1, S. 57-72.
- Helbing, Franz 2004: *Die Tortur. Geschichte der Folter im Kriminalverfahren aller Völker und Zeiten*, Erfstadt.
- Helle, H. J. (Hrsg.): *Macro-sociological Theory: Perspectives on Sociological Theory*, Vol. 1, Newbury Park, X 4688, Bd. 1.
- Heller, Francis H. 1987: *USA. Verfassung und Politik*, Wien.
- Hellmann, Gunther/Weber, Christian/Sauer, Frank/Schirmbeck, Sonja 2008: Vokabularanalyse – Ein sprachanalytischer Ansatz zur Erforschung außenpolitischer Identität, in: Hellmann, Gunther/Weber, Christian/Sauer, Frank (Hrsg.) 2008: *Die Semantik der neuen deutschen Außenpolitik. Eine Analyse des außenpolitischen Vokabulars seit Mitte der 1980er Jahre*, Wiesbaden, S. 9-28.

- Herbert, Bob 2006: The Stranger in the Mirror, in: NYT, 19.06.2006.
- Herborth, Benjamin 2004: Die via media als konstitutionslogische Einbahnstraße. Zur Entwicklung des Akteur-Struktur-Problems bei Alexander Wendt, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 11:1, S. 61-88.
- Herring, Eric 1997: Nuclear Totem and Taboo: Or how we learned to Stop loving the Bomb and start worrying, Paper presented at the British International Studies Association (BISA) Annual Conference, Leeds, unveröffentlichtes Manuskript.
- Herrmann, Richard/Shannon, Vaughn 2001: Defending International Norms: The Role of Obligation, Material Interest, and Perception in Decision Making, in: International Organization 55:3, S. 621–654.
- Heymann, Philip B./Kayyem, Juliette N. 2005: Long-Term Legal Strategy Project for Preserving Security and Democratic Freedoms in the War on Terrorism, National Memorial Institute for the Prevention of Terrorism, Harvard.
- Voice of Hibakusha-Website: Online unter: <<http://www.inicom.com/hibakusha/>>, rev. 02.02.2012.
- Hofferberth, Matthias/Weber, Christian 2009: Lost in translation – Constructivist norm research and its conceptual limits, Paper to be presented at the 5th ECPR General Conference, 10 - 12 September 2009.
- Hoffmann, Arne 2003: Das Lexikon der Tabubrüche, Berlin.
- Hoffmann, Matthew J.: Entrepreneurs and Norm Dynamics: An Agent-Based Model of the Norm Life Cycle, im Reviewverfahren der American Political Science Review, S. 3.
- Hofstadter, Richard 1973 [1948]: The American Political Tradition and the Men Who Made It, New York.
- Hollis, Martin/Smith, Steve 1990: Explaining and Understanding International Relations, Oxford.
- Hollis, Martin/Smith, Steve 1991: Beware of Gurus: Structure and Action in International Relations, in: Review of International Studies 17:4, S. 393-410.
- Hollis, Martin/Smith, Steve 1994: Two Stories about Structure and Agency, in: Review of International Studies 20:3, S. 241-251.
- Hollis, Martin/Smith, Steve 1996: A Response: Why Epistemology Matters in International Theory, in: Review of International Studies 22:1, S. 111-116.
- Holsti, Ole 1992: Public Opinion and Foreign Policy: Challenges to the Almond-Lippmann Consensus, in: International Studies Quarterly 36, S. 439-466.
- Hondrich, Karl Otto 2003: Wie sich Gesellschaft schafft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.06.2003.
- Hooghe, Lisbet 2005: Several Roads Lead to International Norms, but Few Via International Socialization: A Case Study of the European Commission, in: International Organization 59:3, S. 861–898.
- Horn, Hans-Peter. 2003: Brauchen wir Tabus? Antwort auf die Preisfrage der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung vom Jahr 2000, Göttingen.



- Hübner, Emil 2003: Das politische System der USA. Eine Einführung, München.
- Hurd, Ian 2008: States and Rules, Norms and Interests, in: Research Group in International Security, Universität Montreal: Working Paper 26.
- Ignatieff, Michael 2004: The Lesser Evil. Political Ethics in an Age of Terror, Edinburgh.
- Internationaler Gerichtshof: Das Urteil des Internationalen Gerichtshofes vom 20.02.1969 über den deutschen Anteil am Festlandsokel in der Nordsee, in: Zeitschrift für ausländisches Öffentliches Recht und Völkerrecht, 29/1969, S. 476-52.
- Internationaler Gerichtshof 1996: Advisory Opinion of 8 July 1996, Legality of the Use by a State of Nuclear Weapons in Armed Conflict, online unter <<http://www.icj-cij.org/docket/index.php?p1=3&p2=4&k=e1&p3=4&case=93>>, rev. 01.10.2010.
- Jäger, Siegfried 1999: Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung, Münster.
- Jäger, Wolfgang/Haas, Christoph M./Welz, Wolfgang (Hrsg.) 2007: Regierungssystem der USA. Lehr- und Handbuch, München.
- Jellinek, Georg 1996 [1904]: Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte, Schutterwald.
- Jetschke, Anja/Liese, Andrea 2009: The Spiral Model: How Does It Score After Ten Years?, Paper presented for the Workshop: The Power of Human Rights – Ten Years After Workshop at the University of Wyoming Conference Center, Laramie WY, August 27-29, 2009, online unter <[http://faculty.maxwell.syr.edu/hpschmitz/Human\\_Rights\\_2009/JetschkeLiese\\_Spiral%20Model\\_Review.pdf](http://faculty.maxwell.syr.edu/hpschmitz/Human_Rights_2009/JetschkeLiese_Spiral%20Model_Review.pdf)>, rev. 02.02.2012.
- Joseph, Jonathan 2008: Hegemony and the Structure-Agency Problem in International Relations. A Scientific Realist Contribution, in: Review of International Studies 34:1, S. 109-128.
- Kaase, Max 1983: Sinn oder Unsinn des Konzepts „Politische Kultur“ für die Vergleichende Politikforschung, oder auch: Der Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln, in: Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980, Opladen S. 144-171.
- Katzenstein, Peter 1996: Cultural Norms and National Security, Ithaca/London.
- Keck, Margaret E./Sikkink, Kathryn 1998: Activists beyond Borders. Advocacy Networks in International Politics, Ithaca/London.
- Keller, Gustav 1991: Die Psychologie der Folter, Frankfurt am Main.
- Keller, Reiner 2004: Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen, Opladen.
- Keller, Rudi 1987: Worttabu und Tabuwörter, in: Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht 60, S. 2-9.
- Kelley, Judith 2008: Assessing the Complex Evolution of Norms: The Rise of International Election Monitoring, in: International Organization 62:1, S. 221-255.
- Kelso, William A. 1978: American Democratic Theory. Pluralism and its Critics, Westport.
- Kenoe, Andrew F. 2005: Gonzales and the Torture Question, in: NYT, 08.01.2005.

- Kersbergen, Kees van/Verbeek, Bert Jan 2007: The Politics of International Norms: Subsidiarity and the Imperfect Competence Regime of the European Union, in: *European Journal of International Relations* 13:2, S. 217-238.
- Klaidman, Daniel/Thomas, Evan/Taylor, Stuart Jr. 2006: Palace Revolt, in: *Newsweek*, 06.02.2006.
- Klingst, Martin 2004: Ein bisschen Folter gibt es nicht, in: *Die Zeit*, 49/2004, online unter <<http://www.zeit.de/2004/49/Folter>>, rev. 02.02.2012.
- Klotz, Audie 1995: Norms Reconstituting Interests: Global Racial Equality and U.S. Sanctions Against South Africa, in: *International Organization* 49:3, S. 451-478.
- Klotz, Audie 1996: *Norms in International Relations. The Struggle Against Apartheid*, Ithaca.
- Knorr, Klaus 1957: Nuclear Weapons: „Haves“ and „Have-Nots“, in: *Foreign Affairs* 36:1, S. 167-178.
- Koslowski, Rey/Kratochwil, Friedrich V. 1994: Understanding Change in International Politics. The Soviet Empire's Demise and the International System, in: *International Organization* 48:2, S. 215-247.
- Kraft, Hartmut 2004: *Tabu. Magie und soziale Wirklichkeit*, Düsseldorf.
- Krasner, Stephen 1983 (Hrsg.): *International Regimes*, Ithaca/London.
- Kratochwil, Friedrich V. 1991 [1989]: *Rules, Norms, and Decisions. On the Conditions of Practical and Legal Reasoning in International Relations and Domestic Affairs*, Cambridge.
- Kratochwil, Friedrich/Ruggie, John Gerald 1986: International Organization: a state of the art on an art of the state, in: *International Organization* 40: 4, S. 753-775.
- Krauthammer, Charles 2005: The Truth about Torture; It's time to be honest about doing terrible things, in: *The Weekly Standard*, 05.12.2005.
- Krauthammer, Charles 2008: Detering the Undeterrable, in: *WSJ*, 18.04.2008.
- Krepon, Michael 2009: *Better Safe Than Sorry: The Ironies of Living With the Bomb*, Stanford.
- Kristensen, Hans M./Norris, Robert S./Oelrich, Ivan 2009: From Counterforce to Minimal Deterrence: A New Nuclear Policy on the Path Toward Eliminating Nuclear Weapons, in: *Federation of American Scientists & The Natural Resources Defense Council, Occasional Paper No. 7*.
- Kroeber, A.L. 1920: Totem and Taboo: An Ethnologic Psychoanalysis, in: *American Anthropologist* 22:1, S. 48-55.
- Kroeber, A.L. 1939: Totem and Taboo in Retrospect, in: *The American Journal of Sociology* 45:3, S. 446-451.
- Kubik, Gerhard 2004: *Totemismus. Ethnopsychologische Forschungsarbeiten und Interpretationen aus Ost- und Zentralafrika, 1962-2002*, Münster.
- Kübler, Dorothea 2001: On the Regulation of Social Norms, in: *The Journal of Law, Economics & Organization* 17:2, S. 449-476.
- Kuhn, Fritz 1987: Tabus, in: *Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht* 60, S. 19-35.

- Kurki, Milja 2006: Causes of a Divided Discipline: Rethinking the Concept of Cause in International Relations theory, in: *Review of International Studies* 32:2, S. 189-216.
- Landolt, Laura 2004: Feature Review: (Mis)constructing the Third World? Constructivist analysis of norm diffusion, in: *Third World Quarterly* 25:3, S. 579-591.
- Laursen, Andreas: Israel's Supreme Court and International Human Rights Law: The Judgement on 'Moderate Physical Pressure', in: *Nordic Journal of International Law* 69:4, S. 413-447.
- Lee, Steven P. 1993: *Morality, prudence and nuclear weapons*, Cambridge.
- Lewis, Paul A. 2002: Agency, Structure and Causality in Political Science: A Comment on Sibeon, in: *Politics*, 22:1, S. 17-23.
- Liese, Andrea 2006: *Staaten am Pranger. Zur Wirkung internationaler Regime auf innerstaatliche Menschenrechtspolitik*, Wiesbaden.
- Lieven, Anatol/Hulsman, John 2006: *Ethical Realism: A Vision for America's Role in the World*, New York.
- Lochbihler, Barbara 2005: Für eine Welt frei von Folter, in: *Psychosozial* 28:2, S. 65-69.
- Magna Charta 1215: online unter <<http://www.bl.uk/treasures/magnacarta/index.html>>, rev. 02.02.2012.
- Magnum: Zeitschrift für das moderne Leben, August 1960, Heft 31.
- March, James G./Olsen, Johan P. 1989: *Rediscovering Institutions. The Organizational Basis of Politics*, New York.
- March, James G./Olsen, Johan P. Olsen 1995: *Democratic Governance*, New York,
- March, James/Olsen, Johan 1998: The Institutional Dynamics of International Political Orders, in: *International Organization* 52:4, S. 943-969.
- Marsh, Christopher/Payne, Daniel P. 2007: The Globalization of Human Rights and the Socialization of Human Rights Norms, in: *Brigham Young University Law Review* 2007:3, S. 665-687.
- Martinez, Tom 2009: The Uproar Over the C.I.A. and Torture, in: *NYT*, 18.04.2009.
- Mayer, Jane 2008: *The Dark Side. The Inside Story of How the War on Terror Turned into a War on American Ideals*, New York.
- Mayring, Philipp 1995: *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken*, Weinheim.
- McCoy, Alfred W. 2005: *Foltern und Foltern lassen. 50 Jahre Folter-Forschung und -praxis von CIA und US-Militär*, Frankfurt am Main.
- McCoy, Alfred W. 2006: *A Question of Torture. CIA Interrogation, From the Cold War to the War on Terror*, New York.
- McKeown, Ryder 2009: Norm Regress: US Revisionism and the Slow Death of the Torture Norm, in: *International Relations* 23:5, S. 5-25.
- Mead, George H. 1973 [1934]: *Identität*, in: Mead, George H. (Hrsg.): *Geist, Identität und Gesellschaft*, Frankfurt am Main.

- Medick, Monika 1973: Das Konzept des „Military-Industrial Complex“ und das Problem einer Theorie demokratischer Kontrolle, in: Politische Vierteljahresschrift, 14: 4, S. 499-526.
- Meiser, Ute 1994: Sie leben mit den Ahnen. Krankheit, Adoption und Tabukonflikt in der polynesisch-tonganischen Kultur, Hanau.
- Mellor, Alec 1961: La torture. Son histoire – son abolition – sa réapparition au XXe siècle, Paris.
- Milgram, Stanley 1995: Das Milgram-Experiment: zur Gehorsamsbereitschaft gegenüber Autorität, Hamburg.
- Milliken, Jennifer 1999: The Study of Discourse in International Relations. A Critique of Research and Methods, in: European Journal of International Relations 5:2, S. 225-254.
- Montesquieu, Charles 1799 [1748]: De l'esprit des lois VI,17, Paris.
- Müller, Harald 1994: Internationale Beziehungen als kommunikatives Handeln. Zur Kritik der utilitaristischen Handlungstheorien, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1:1, S. 15-45.
- Müller, Harald 2009: Die Zukunft der nuklearen Ordnung, in: Staak, Michael (Hrsg.): Die Zukunft der nuklearen Ordnung, Bremen, S. 12-25.
- Müller, Harald/Schaper, Annette 2003: US-Nuklearpolitik nach dem Kalten Krieg, HSFK-Report 3/200.
- Müller, Harald/Sohnius, Stephanie 2006: Intervention und Kernwaffen. Zur neuen Nukleardoktrin der USA, HSFK-Report 1/2006, Frankfurt am Main.
- Müller, Harald/Wolff, Jonas 2006: Democratic Peace: Many Data, Little Explanation? in: Geis, Anna/Brock, Lothar/Müller, Harald (Hrsg.): Democratic Wars. Looking at the Dark Side of Democratic Peace, New York.
- Müller, Harald/Becker, Una 2008: Technology, Nuclear Arms Control, and Democracy: Reflections in the Light of Democratic Peace Theory, in: Evangelista, Matthew/Müller, Harald/Schörning, Niklas: Democracy and Security. Preferences, Norms and Policy-Making, London, S. 102-119.
- Mueller, John 2010: Atomic Obsession: Nuclear Alarmism from Hiroshima to Al Qaeda, Oxford.
- Musolff, Andreas 1987: Sind Tabus tabu? Zur Verwendung des Wortes Tabu im öffentlichen Sprachgebrauch, in: Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht 60, S. 10-18.
- Nadelmann, Ethan 1990: Global Prohibition Regimes: The Evolution of Norms in International Society, in: International Organization 44:4, S. 479-526.
- Neustadt, Richard E. 1980 [1960]: Presidential Power, New York.
- Oberreuter, Gabriele 2006: Zur Schau gestellt? Über den Umgang mit Tabus beim Kunstgenuss, in: Radeck, Heike (Hrsg.): Tabu. Welche Grenzen sollen wir überschreiten?, Hofgeismar, S. 65-89.
- Onuf, Nicolas G. 1989: World of Our Making: Rules and Rule in Social Theory and International Relations, Columbia.
- Onuf, Nicolas G. 1994: The Construction of International Society, in: European Journal of International Law 5:1, S. 1-19.

- Onuf, Nicolas G. 1998: *Constructivism: A User's Manual*, in: Kubáľková, Vendulka/Onuf, Nicholas G./Kowert, Paul (Hrsg.): *International Relations in a Constructed World*, Armonk.
- Orsi Battaglini, Andrea/Mazzoni, Cosimo M. (Hrsg.) 1993: *Scientific Research in the U.S.A. Scientific Freedom, State Intervention and the Free Market*, Baden-Baden.
- Oye, Kenneth A. 1986 (Hrsg.): *Cooperation Under Anarchy*, Princeton.
- Pace, Gerald Robert 2001: *Human Rights from Paper to Practice: How Far Have We Come?*, in: *Human Rights & Human Welfare* 1:1, S. 9-11.
- Panke, Diana/Petersohn, Ulrich 2012: *Why Some International Norms Disappear*, in: *European Journal of International Relations* Parsons, in Press.
- Talcott 2003 [1972]: *Das System moderner Gesellschaften*, München.
- Paul, Thazha V. 1995: *Nuclear Taboo and War Initiation in Regional Conflicts*, in: *Journal of Conflict Resolution* 39:4, S. 696-717.
- Paul, T. V. 2009: *The Tradition of Non-Use of Nuclear Weapons*, Stanford.
- Payne, Rodger A. 2001: *Persuasion, Frames and Norm Construction*, in: *European Journal of International Relations* 7:1, S. 37-61.
- Peters, Edward 2003: *Folter. Geschichte der Peinlichen Befragung*, Hamburg.
- Pfetsch, Barbara 2003: *Politische Kommunikationskultur. Politische Sprecher und Journalisten in der Bundesrepublik und den USA im Vergleich*, Wiesbaden.
- Posner, Richard A. 2006: *Not a Suicide Pact. The Constitution in a Time of National Emergency*, Oxford.
- Porsche-Ludwig, Markus 2007: *Die Abgrenzung der sozialen Normen von den Rechtsnormen und ihre Relevanz für das Verhältnis von Recht(swissenschaft) und Politik(wissenschaft)*, Baden-Baden.
- Powell, Colin 1996: *Mein Weg*, München.
- Precht, Richard David 2007: *Wer bin ich und wenn ja, wie viele? Eine philosophische Reise*, München.
- Price, Richard 1995: *A Genealogy of the Chemical Weapons Taboo*, in: *International Organization* 49:1, S. 73-103.
- Price, Richard M. 1997: *The Chemical Weapons Taboo*, Ithaca.
- Price, Richard 2008: *Moral Limit and Possibility in World Politics*, in: *International Organization* 62:1, S. 191-220.
- Puetter, Uwe/Wiener, Antje 2007: *Accommodating Normative Divergence in European Foreign Policy Co-ordination: The Example of the Iraq Crisis*, in: *Journal of Common Market Studies*, 45:5, S. 1065-1088.
- Quester, George H. 2005: *If the Nuclear Taboo Gets Broken*, in: *Naval War College Review* 58:2, S. 70-91.

- Rada, Roberta 2001: Tabus und Euphemismen in der deutschen Gegenwartssprache. Mit besonderer Berücksichtigung der Eigenschaften von Euphemismen, Budapest.
- Rademacher, Cay 2005: Nagasaki ging wegen Treibstoffmangels unter, in: Der Spiegel, 22.05.2005, online unter: <<http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,352694-2,00.html>>, rev. 02.02.2012.
- Raess, Markus 1989: Der Schutz vor Folter im Völkerrecht, Zürich.
- Rajagopalan, Rajesh 1999: Nuclear Strategy and Small Nuclear Forces: The Conceptual Components, in: Strategic Analysis. A Monthly journal of the IDSA, XXIII:7.
- Reaching Critical Will-Website: online unter <<http://www.reachingcriticalwill.org/legal/ctbt/ctbtindex.html>>, rev. 02.02.2012.
- Reemtsma, Jan Philipp 2004: Fratze im Spiegel. Zur Diskussion der Folter, in: Internationale Politik 59:6, S. 95-100.
- Rhodes, Richard 1986: The Making of the Atomic Bomb, New York.
- Riga, Peter 2002: Guantanamo turban strike sign of religious double standard, in: USA Today, 07.03.2002.
- Risse, Thomas 2000: Let's argue! Communicative Action in World Politics, in: International Organization 54:1, S. 1-39.
- Risse, Thomas/Ropp, Stephen/Sikkink, Kathryn (Hrsg.) 1999: The Power of Human Rights: International Norms and Domestic Change, Cambridge.
- Risse, Thomas/Jetschke, Anja/Schmitz, Hans Peter 2002: Die Macht der Menschenrechte. Internationale Normen, kommunikatives Handeln und politischer Wandel in den Ländern des Südens, Baden-Baden.
- Rösing, Ina 2005: Die zehn Geschlechter von Amarete, in: Spektrum der Wissenschaft 07/2005, S. 70-75.
- Rosert, Elvira/Schirmbeck, Sonja 2006: Das Ende der Selbstverständlichkeit. Zur Erosion internationaler Normen. Folterverbot und nukleares Tabu, Magisterarbeit, Frankfurt am Main.
- Rosert, Elvira/Schirmbeck, Sonja 2007: Zur Erosion internationaler Normen: Folterverbot und nukleares Tabu in der Diskussion, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 14:2, S. 253-287.
- Rouleau, Mark/Cioffi-Revilla, Claudio 2008: International Norm Complexity: Modeling the Evolution of Norms, Communities, and Action in the European Union, Presentation to the DIMETIC Maastricht Session 16 October 2008, online unter <[http://dimetic.dime-eu.org/dimetic\\_files/RouleauText.pdf](http://dimetic.dime-eu.org/dimetic_files/RouleauText.pdf)>, rev. 02.02.2012.
- Russell, James/Wirtz, James J. 2002: A Quiet Revolution: The New Nuclear Triad, in: Strategic Insight, 01.05.2002.
- Salmond, Anne 2009: Tod auf Hawai'i, in: Kunst- und Ausstellungshalle der Bundesrepublik Deutschland GmbH/Kunsthistorisches Museum mit Museum für Völkerkunde und Österreichisches Theaternuseum, Wien/Historisches Museum Bern (Hrsg.): James Cook und die Entdeckung der Südsee, München, S. 37-38,

- Sandholtz, Wayne 2008: Dynamics of International Norm Change: Rules against Wartime Plunder, in: *European Journal of International Relations* 14:2, S. 101-131.
- Schell, Jonathan 2007: *The Seventh Decade: the New Shape of Nuclear Danger*. New York.
- Schelling, Thomas 1980 [1960]: *The Strategy of Conflict*, Cambridge.
- Schelling, Thomas 1994: The Role of Nuclear Weapons, in: Ederington, Benjamin L./Mazarr, Michael J: *Turning Point. The Gulf War and U.S. Military Strategy*, Boulder, S. 105-116.
- Schelling, Thomas 2000: The Legacy of Hiroshima: A Half-Century Without Nuclear War, in: *Journal for Philosophy and Public Policy* 20:2/3.
- Schelling, Thomas C. 2002: Foreword, in: Larsen, Jeffrey A. (Hrsg.): *Arms Control and a Changing Environment*, Boulder.
- Schmemmann, Serge 2003: Nuclear War Strategists Rethink the Unthinkable, in: *NYT*, 19.01.2003.
- Schimmelfennig, Frank 2001: The Community Trap. Liberal Norms, Rhetorical Action, and the Eastern Enlargement of the European Union, in: *International Organization* 55:1, S. 47–80.
- Schmoeckel, Mathias 2000: *Humanität und Staatsraison. Die Abschaffung der Folter in Europa und die Entwicklung des gemeinen Strafprozeß- und Beweisrechts seit dem hohen Mittelalter*, Köln.
- Schwarz, Rolf 2002: *Staat, Macht und Menschenrechte in Algerien. Eine Dekonstruktion konstruktivistischer Erklärungsversuche*, Münster.
- Schwarz, Frederik A. O. Jr./Huq, Aziz Z. 2007: *Unchecked and Unbalanced. Presidential Power in a Time of Terror*, New York.
- Searle, John R. 1995: *The Construction of Social Reality*, New York.
- Seibel, Karin 1990: *Zum Begriff des Tabus. Eine soziologische Perspektive*, Frankfurt.
- Sending, Ole Jacob 2002: Constitution, Choice and Change: Problems with the 'Logic of Appropriateness' and its Use in Constructivist Theory, in: *European Journal of International Relations* 8:4, S. 443-470.
- Sewell, William H. 1992: A Theory of Structure: Duality, Agency, and Transformation, in: *American Journal of Sociology* 98:1, S. 1-29.
- Shattuck, Roger 2000: *Tabu. Eine Kulturgeschichte des verbotenen Wissens*, München.
- Shilling, Chris 1999: Towards an Embodied Understanding of the Structure-Agency Relationship, in: *The British Journal of Sociology*, 50:4, S. 543-562.
- Shor, Eran 2008: Conflict, Terrorism, and the Socialization of Human Rights Norms. The Spiral Model Revisited, in: *Social Problems* 55:1, S. 117-138.
- Shultz, Georg P./Perry, William J./Kissinger, Henry J./Nunn, Sam 2007: For a World Without Nuclear Weapons, in: *WSJ*, 04.01.2007.
- Sibeon, Roger 1999: Agency, Structure and Social Chance as Cross-disciplinary Concepts, in: *Politics* 19:3, S. 139-144.
- Sieveke, Franz G. (Hrsg.) 1995: *Aristoteles: Rhetorik*, München.

- Sjoberg, Gideon 1995: Review of Sztomka, Piotr 1995: Agency and Social Structure. Reorienting Social Theory, in: Social Forces 73:4.
- Smith, Steve 2000: Wendt's World, in: Review of International Studies 26:1, S. 151-163.
- Steinberg, Claudia 2007: Auch ich war ein Teufel, in: Cicero 9/2007.
- Stephanson, Anders 1995: Manifest Destiny. American Expansion and the Empire of Right, New York.
- Suganami, Hidemi 1999: Agents, Structures, Narratives, in: European Journal of International Relations 5:3, S. 365-386.
- Sugden, Robert 1989: Spontaneous Order, in: Journal of Economic Perspectives 3:4, S. 85-97.
- Sullivan, John 2000: The World; American Justice Tackles Rights Abuses Abroad, in: The NYT, 03.09.2000.
- Sundquist, James L. 1981: The Decline and Resurgence of Congress, Washington D.C.
- Tannenbaum, Amie Godman 1987: Pierre Bayle's 'Philosophical Commentary'. A Modern Translation and Critical Interpretation, New York.
- Tannenwald, Nina 1999: The Nuclear Taboo: The United States and the Normative Basis of Nuclear Non-Use, in: International Organization 53:3, S. 433-468.
- Tannenwald, Nina 2005: Ideas and Explanation: Advancing the Theoretical Agenda, in: Journal of Cold War Studies 7: 2, 13-42.
- Tannenwald, Nina 2005: Stigmatizing the Bomb. Origins of the Nuclear Taboo, in: International Security 29:4, S. 5-49
- Tannenwald, Nina 2007: The Nuclear Taboo. The United States and the Non-Use of Nuclear Weapons Since 1945, Cambridge.
- Taureck, Bernhard 1986: Friedrich der Große und die Philosophie. Texte und Dokumente, Stuttgart.
- The Pew Research Center's Project for Excellence in Journalism 2010: State of the News Media 2010. An Annual Report on American Journalism.
- Timmermann, Marina 2000: Die Macht kollektiver Denkmuster. Werte, Wandel und politische Kultur in den USA und Japan, Opladen.
- Thies, Cameron G. 2003: Sense and Sensibility in the Study of State Socialisation: a Reply to Kai Alderson, in: Review of International Studies 29:4, S. 543-550.
- Tomuschat, Christian 1989: Rechtlicher Schutz gegen Folter? Zum Verhältnis von nationalen und internationalen Rechtsnormen, in: Schulz-Hageleit, Peter (Hrsg.): Alltag-Macht-Folter. Elf Kapitel über die Verletzung der Menschenwürde, Düsseldorf, S. 95-118.
- Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons 1968: online unter <<http://www.un.org/en/conf/npt/2005/npptreaty.html>>, rev. 02.02.2012.
- UN-Generalversammlung 1948: Allgemeine Erklärung der Menschenrechte online unter <<http://www.ohchr.org/EN/UDHR/Pages/Language.aspx?LangID=ger>>, rev. 02.02.2012.



- UN-Generalversammlung 1966: Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, online unter <<http://www2.ohchr.org/english/law/ccpr.htm>>, rev. 02.02.2012.
- UN-Generalversammlung 1975: Resolution A/Res/3452, online unter <<http://www2.ohchr.org/english/law/declarationcat.htm>>, rev. 02.02.2012.
- UN-Generalversammlung 1984: Konvention gegen Folter und andere grausame und unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, online unter <<http://www2.ohchr.org/english/law/cat.htm>>, rev. 02.02.2012.
- Underwood, Doug 1998: Market Research and the Audience for Political News, in: Graber, Doris/McQuail, Denis/Norris, Pippa (Hrsg.): *The Politics of News – The News of Politics*, Washington: Congressional Quarterly.
- U.S. Alien Tort Claims Act 1789: online unter <<http://cyber.law.harvard.edu/torts3y/readings/update-a-02.html>>, rev. 02.02.2012.
- U.S. Congress 1789: Bill of Rights: Online unter <[http://www.archives.gov/exhibits/charters/bill\\_of\\_rights\\_transcript.html](http://www.archives.gov/exhibits/charters/bill_of_rights_transcript.html)>, rev. 02.02.2012.
- U.S. Congress, Committee on the Judiciary 2005: Statement of Douglas Johnson, Executive Director Center of Victims of Torture, 06.01.2005.
- U.S. Constitution of the United States of America: online unter <[http://www.archives.gov/exhibits/charters/constitution\\_transcript.html](http://www.archives.gov/exhibits/charters/constitution_transcript.html)>, rev. 02.02.2012.
- U.S. Declaration of Independence 1776: online unter <[http://www.archives.gov/exhibits/charters/declaration\\_transcript.html](http://www.archives.gov/exhibits/charters/declaration_transcript.html)>, rev. 02.02.2012.
- U.S. Department of State 1999: Initial Report of the United States of America to the U.N. Committee Against Torture, online unter <[http://www.state.gov/www/global/human\\_rights/torture\\_intro.html](http://www.state.gov/www/global/human_rights/torture_intro.html)>, rev. 02.02.2012.
- U.S. Protection for Victims of Torture Act 1991: online unter <[http://www.law.cornell.edu/uscode/html/uscode28/usc\\_sec\\_28\\_00001350---000-notes.html](http://www.law.cornell.edu/uscode/html/uscode28/usc_sec_28_00001350---000-notes.html)>, rev. 02.02.2012.
- U.S. Supreme Court 1936: Urteil *United States versus Curtiss-Wright Export Corporation* (299 U.S. 304).
- U.S. Supreme Court 1952: Urteil *Youngstown Sheet & Tube Co. v. Sawyer* (343 U.S. 579).
- Uthmann, Jörg 1988: *Volk ohne Eigenschaften. Amerika und seine Widersprüche*, Stuttgart.
- Van Evera, Stephen 1997: *Guide to Methods for Students of Political Science*, Ithaca.
- Voltaire, François-Marie Arouet 1986 [1766]: Kommentar zu dem Buch „Über Verbrechen und Strafen“ von einem Anwalt aus der Provinz, in: Mensching, Günther: *Voltaire. Republikanische Ideen*, Frankfurt am Main, S. 33-88.
- Walker, William 2000: Nuclear Order and Disorder, in: *International Affairs* 76:4, S. 703-724.
- Walker, William 2009: President-elect Obama and Nuclear Disarmament. Between Elimination and Restraint, in: *IFRI Proliferation Papers Winter 2009*.

- Walker, William 2010: The absence of a taboo on the possession of nuclear weapons, in: *Review of International Studies* 36, S. 865-876.
- Wæver, Ole 2003: Discursive Approaches, in: Wiener, Antje/Dietz, Thomas (Hrsg.): *European Integration Theory*, Oxford, S. 197-216.
- Webster, Hutton 1942: *Taboo. A Sociological Study*, Stanford.
- Weinberg, Alvin 1985: The Sanctification of Hiroshima, in: *Bulletin of the Atomic Scientists*, 41:12, S. 34.
- Weiner, Tim 1995: New C.I.A. Chief Wants to Revamp U.S. Spying Overseas, in: *NYT*, 13.07.1995.
- Wendt, Alexander 1987: The Agent-Structure Problem in International Relations Theory, in: *International Organization* 41:3, S. 335–370.
- Wendt, Alexander 1992: Anarchy is what states make of it: the social construction of power politics, in: *International Organization* 46:2, S. 391-425.
- Wendt, Alexander 1998: On Constitution and Causation in International Relations, in: *Review of International Studies* 24:5, S. 101-117.
- Wendt, Alexander 2000: On the Via Media. A Response to the Critics, in: *Review of International Studies* 26:1, S. 165-180.
- Wendt, Alexander 2004: The State as Person in International Relations Theory, in: *Review of International Studies* 30:2, S. 289-316.
- Westle, Bettina (Hrsg.): *Methoden der Politikwissenschaft*, Baden-Baden.
- Wiener, Antje 2004: Contested Compliance: Interventions on the Normative Structure of World Politics, in: *European Journal of International Relations* 10:2, S. 189–234.
- Wiener, Antje 2006: Demokratischer Konstitutionalismus jenseits des Staates? Perspektiven auf die Umstrittenheit von Normen, in: *WZB Discussion Papers* 2006-13.
- Wiener, Antje 2007: Making Normative Meaning Accountable in International Politics, in: *WZB Discussion Papers SP IV* 2007-305.
- Wiener, Antje 2007: Contested Meanings of Norms: A Research Framework, in: *Comparative European Politics* 2007/5, S. 1–17.
- Wiener, Antje 2007: The Dual Quality of Norms and Governance beyond the State: Sociological and Normative Approaches to ‘Interaction’, in: *Critical Review of International Social and Political Philosophy* 10:1, S. 47-69.
- Wiener, Antje 2008: *The Invisible Constitution of Politics: Contested Norms and International Encounters*, Cambridge.
- Wiener, Antje 2008: Contested Norms and Democratic Governance Beyond the State, in: Kohler-Koch, Beate/Larat, Fabrice (Hrsg.): *Efficient and Democratic Governance in the European Union*, S. 189-210.
- Wiener, Antje 2009: Enacting Meaning in Use: Qualitative Research on Norms and International Relations, in: *Review of International Studies* 35:1, S. 175-193.

- Wight, Colin 1999: They Shoot Dead Horses Don't They? Locating Agency in the Agent-Structure Problematique, in: *European Journal of International Relations*, 5:1, S. 109-142.
- Wight, Colin 2000: Interpretation All the Way Down? A Reply to Roxanne Lynn Doty, in: *European Journal of International Relations* 6:3, S. 423-430.
- Wight, Colin 2002: Philosophy of Social Science in International Relations, in: Carlsnaes, Walter/Risse, Thomas/Simmons, Beth A. (Hrsg.): *Handbook of International Relations*, London, S. 23-51.
- Yoo, John 2009: Obama made a rash decision on Guantanamo, in: *WSJ*, 29.01.2009.
- Younger, Stephen M. 2009: *The Bomb: A New History*, New York.
- Zahn, Bert W. 2007: Waterboarding is necessary in some situations, in: *USA Today*, 19.11.2007.
- Zehfuß, Maja 1998: Sprachlosigkeit schränkt ein. Zur Bedeutung von Sprache in konstruktivistischen Theorien, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 5:1, S. 109-138.
- Zehfuß, Maja 2002: *Constructivism in International Relations. The Politics of Reality*, Cambridge.
- Zizek, Slavoj 2007: Knight of the Living Dead, in: *NYT*, 24.03.2007.
- Zulaika, Joseba/Douglas, William A. 1996: *Terror and Taboo. The Follies, Fables, and Faces of Terrorism*, New York.

### **Erosion des Folterverbots: Dokumente (Kapitel 6.1)**

- Acaster, David V. 2004: The President and the War: American Voices, in: *NYT*, 26.05.2004.
- Allen, Jonathan 2005: Warrant to Torture? A Critique of Dershowitz and Levinson, in: *ACDIS Occasional Paper* 2005: 1.
- Alter, Jonathan 2001: „It's a new world, and survival may well require old techniques that seemed out of the question.“, in: *NYT*, 05.11. 2001.
- Alter, Jonathan 2001: Time to think about torture. It's a new world, and survival may well require old techniques that seemed out of the question, in: *Newsweek*, 05.11.2001.
- Alvarez, Lisette 2003: British Troops: Photos Raise Allegations Of Torture, in: *NYT*, 31.05.2003.
- Amnesty International 2003: United States of America: Memorandum to the US Government on the rights of people in US custody in Afghanistan and Guantanamo Bay.
- Amnesty International 2006: United States of America: Military Commissions Act of 2006 – Turning bad policy into bad law, online unter: <http://www.amnesty.org/en/library/info/AMR51/154/2006/en>, rev. 02.02.2012.
- Anderson Hedberg, C./Steven S. Sharfstein, Steven. S./Levan, Ronald F. 2005: Torture Detainees? Not in Our Name, in: *NYT*, 04.11.2005.
- Anderson, Kenneth 2006: It's Congress's War, Too, in: *NYT*, 03.09.2006.
- ARTE 2010: Folter – Made in USA, ausgestrahlt am 21.06.2011.
- Ashcroft, John 2002: Remarks of Attorney General John Ashcroft, U.S. Attorneys Conference, New York City, 01. Oktober 2002.

- Associated Press 2005: Carter Says U.S. Should Close Detention Center at Guantanamo, in: NYT, 08.06.2005.
- Austen, Ian 2008: Canadian Manual Has U.S. on Torture List, in: NYT, 18.01.2008.
- Bagaric, Mirko/Clarke, Julie 2007: Torture. When the Unthinkable is Morally Permissible, Albany.
- Baker, Peter 2009: Banned Techniques Yielded 'High Value Information,' Memo Says, in: NYT, 22.04.2009.
- Baker, Ross K. 2009: Obama's left flank; Anti-war Democrats make president vulnerable on national security, in: USA Today, 01.07.2009.
- Balis, Gary 2005: Torture Detainees? Not in Our Name, in: NYT, 04.11.2005.
- Bierman, Mark 2004: Lesser Evils, in: NYT, 16.05.2004.
- Black, Cofer, zitiert nach: Priest, Diana/Gellman, Barton 2002: U.S. Decries Abuse but Defends Interrogations; 'Stress and Duress' Tactics Used on Terrorism Suspects Held in Secret Overseas Facilities, in: Washington Post, 26.12.2002.
- Bloche, Gregg/Marks, Jonathan H. 2005: Doing Unto Others as They Did Unto Us, in: NYT, 15.11.2005.
- Blount-Lyon, Robert 2005: „Interrogating Ourselves” in: NYT, 26. 06. 2005.
- Bloom, Julian 2008: Waterboarding As Art, in: NYT, 30.07.2008.
- Blum, Stephen 2004: The Torture Memo, and the Outcry, in: NYT, 09.06.2004.
- Boot, Max 2003: The Lessons of a Quagmire, in: NYT, 16.11.2003.
- Bowden, Mark 2005: Is there another way to get information?, in: WSJ, 07.11.2005.
- Boxer, Sarah, 2006: „Torture Incarnate, and Propped on a Pedestal”, in: NYT, 13.06.2006.
- Bradford, William 2009: The Uproar Over the C.I.A. and Torture, in: NYT, 18.04.2009.
- Bravin, Jess 2004: Pentagon Report Set Framework for Use of Torture. Security or Legal Factors Could Trump Restrictions, Memo to Rumsfeld Argued, in: WSJ, 07.06.2004.
- Bravin, James 2005: Gonzales to Face Prisoner-Policy Questions, in: WSJ, 03.01.2005.
- Bravin, Jess 2005: US Maintains It Obeys UN Torture Rules, in: WSJ, 06.05.2005.
- Brown, Jeff/Rizzo, Tom/Swoffield, Bruce C. 2001: Prisoners don't deserve special handling, in: USA Today 17.01.2001.
- Brzezinski, Matthew 2002: Hady Hassan Omar's Detention, in: NYT, 27.10.2002.
- Bush, George W. 2003: „President's State of the Union Message to Congress and the Nation”, in: NYT 23.01.2003.
- Bush, George W. 2003: Rede vor dem American Enterprise Institute in Washington vom 26. Februar 2003, in: NYT 26.02.2003.
- Bush, George W. 2003: Bericht über ein Interview der USA Today mit Bush vom 02. April 2003 und seine Stellungnahme im irakischen Fernsehen gemeinsam mit Tony Blair, in: NYT, 11.04. 2003.

- Bush, George W. 2003: Statement on United Nations International Day in Support of Victims of Torture, Ansprache des Präsidenten am 26.06.2003.
- Bush, George W. 2003: State of the Union Address vom 07. 09.2003, in: NYT, 08.09.2003.
- Bush, George W. 2004: State of the Union Address, President's State of the Union Message to Congress and the Nation, in: NYT 21. 01. 2004.
- Cananaugh, William T. 2006: Making Enemies. The Imagination of Torture in Chile and the United States, in: Theology Today 63:October, S. 307-323.
- Carver, Geoff 2006: Bush, the Prisoners and Our Rights, in: NYT, 20.10.2006.
- Cheney, Dick 2009: Rede vor dem American Enterprise Institute, 21.05.2009, online unter <[http://www.huffingtonpost.com/2009/05/21/cheneys-speech-obama-dese\\_n\\_206165.html](http://www.huffingtonpost.com/2009/05/21/cheneys-speech-obama-dese_n_206165.html)>, rev. 02.02.2012.
- Cheney, Dick 2009: Fernsehinterview Fox News 2009: Transkript der Sendung „Fox Newy Sunday“, 30.08.2009.
- CNN 2001: Target Terrorism: Forcing Suspects to Talk, Transkript der Sendung CNN Crossfire vom 25. Oktober 2001.
- CNN 2002: Reid: „I am at war with your country“, 30. Januar 2003.
- Coffin, William S./Lewis, Ira/Falda, Nathaniel/Flatrow, Stephen M./Gaudreau, Holly/Pahwa, Sumit/Salzmann, Robert/Schmidt, Sandra L./Thompson, Thayer/Wedgwood, Ruth 2001: Liberty and Security in the Age of Terror, in: NYT 18.11.2001.
- Colyer, Dale 2004: Torture: Condemned or Condoned?, in: NYT, 25.06.2004.
- Cooper, Michael 2005: Giuliani Questioned On Torture, in: NYT, 25.10.2007.
- Corn, David 2002: The ‚Suicide Pact‘ Mystery Who coined the phrase? Justice Goldberg or Justice Jackson?, in: Slate, 04.01.2002.
- Cornyn, John 2005: ‚Good man‘ follows the law, in: USA Today, 25.01.2005.
- Crossette, Barbara 2002: U.S. Fails in Effort to Block Vote On U.N. Convention on Torture, in: NYT, 25.07.2002.
- Danner, Mark 2004: Torture and Truth. America, Abu Ghraib, and the War on Terror, New York,
- Danner, Mark 2005: We are all torturers now, in: NYT, 07.01.2005.
- David F./Risen, James 2003: The Struggle for Iraq; Weapons Search; President Says Report on Arms Vindicates War, in: NYT, 04.10.2003.
- Decker, Bill 2005: Are we „too sensitive“ to win the war?, in: WSJ, 11.11.2005.
- Decker, Bill 2006: Trampling Rights to Fight Terrorism, in: NYT, 29.09.2006.
- Dershowitz, Alan D. 2002: Why Terrorism Works. Understanding the Threat, Responding to the Challenge, New Haven.
- Dershowitz, Alan 2007: When Torture Is Normalized, in: WSJ, 27.03.2007.
- Dershowitz, Alan 2007: Democrats and Waterboarding, in: WSJ, 07.11.2007.

- Dershowitz, Alan M. 2008: *Is There a Right to Remain Silent? Coercive Interrogation and the Fifth Amendment after 9/11*, Oxford.
- Dewlow, Donald L. 2005: *Silence on Torture*, in: NYT, 02.03.2005.
- Diamond, John/Locy, Toni/Willing, Richard 2003: *Interrogation is tough but not torture*, in: USA Today, 06.03.2003.
- Diamond, John/Willing, Richard 2004: *U.S. interrogators face 'gray areas' with prisoners*, in: USA Today, 13.05.2004.
- Diamond, John 2005: *CIA chief: Methods 'unique' but legal*, in: USA Today, 20.05.2005.
- Diamond, John 2005: *Lawmakers: Interrogators not using techniques to full benefit*, in: USA Today, 20.11.2005.
- Diamond, John 2006: *Compromise on CIA interrogations possible; Key GOP senators, Bush at odds*, in: USA Today, 18.09.2006.
- Dobkin, Jonathan J. 2009: *How Far Should a Torture Inquiry Go?*, in: NYT, 28.08.2009.
- Dowd, Maureen 2005: *„Torturing The Facts“*, in: NYT, 07.12.2005.
- Earley, Pete 2002: *Witness protection can help destroy al-Qaeda*, in: USA Today, 14.02.2002.
- Editorial der New York Times 1996: *„Making the C.I.A. Accountable“*, in: NYT, 18.08.1996.
- Editorial der New York Times 2001: *Disappearing in America*, in: NYT, 10.11.2001.
- Editorial der New York Times 2002: *Diluting the Geneva Convention*, in: NYT, 09.02.2002.
- Editorial der New York Times 2004: *The Torture Photos*, NYT 05.05.2004.
- Editorial der New York Times 2004: *The Military Archipelago*, in: NYT, 07.05.2004.
- Editorial der New York Times 2004: *The Abu Ghraib Spin*, in: NYT, 12.05.2004.
- Editorial der New York Times 2004: *A Vote for Control*, in: NYT, 02.07.2004.
- Editorial der New York Times 2004: *Not in America*, in: NYT 01.10.2004.
- Editorial der New York Times 2004: *Abu Ghraib, Caribbean Style*, in: NYT, 01.12.2004.
- Editorial der New York Times 2005: *Ban Torture. Period*, in: NYT, 16.12.2005.
- Editorial der New York Times 2005: *Mr. Cheney's Imperial Presidency*, in: NYT, 23.12.2005.
- Editorial der New York Times 2006: *Un-American by Any Name*, in: NYT, 06.05.2006.
- Editorial der USA Today 2004: *Cruelty is never justified*, in: USA Today, 13.05.2004.
- Editorial der USA Today 2004: *Pentagon doesn't get it: Buck stops higher up*, in: USA Today, 25.10.2004.
- Editorial der USA Today 2009: *Memos confirm torture, but what was the yield?*, in: USA Today, 22.04.2009.
- Editorial des Wall Street Journal 2004: *Tortured Arguments*, in: WSJ, 25.06.2004.
- Editorial des Wall Street Journal 2004: *Geneva for Demagogues*, in: WSJ, 07.05.2004.

- Editorials des Wall Street Journal 2005: Good intelligence requires aggressive interrogation, in: WSJ 12.11.2005.
- Editorial des Wall Street Journal 2005: Tortuous Progres, in: WSJ, 13.12.2005
- Editorial des Wall Street Journal 2006: Osama in Genevaland, in WSJ, 13.07.2006.
- England, Daniel B. 2005: Torture? Not in my Name, in: NYT, 01.11.2005.
- Eisenstein, James 2005: "Gonzales and the Torture Question", in: NYT, 08.01.2005.
- Fay, George R. 2004: AR 15-6 Investigation of the Abu Ghraib Detention Facility and 205th Military Intelligence Brigade („Fay Report“), 25.08.2004, online unter: <news.findlaw.com/hdocs/docs/dod/fay82504rpt.pdf>, rev. 02.02.2012
- Farrish, John 2005: "When Americans Torture and Kill", in: NYT, 30.03.2005.
- Feinstein, Dianne 2009: Let the Senate Investigate the Interrogations, in: WSJ, 25.04.2009.
- Fisher, Ian 2005: Pope Condemns Both Terror And Violations Of Geneva Pact, in: NYT, 14.12.2005.
- Ferguson, Niall 2008: War Plans, in: NYT, 13.04.2008.
- Franklin, Michael 2009: After Torture: What's the Road Ahead?, in: NYT, 08.05.2005.
- Gawlinski, Edward M. 2005: Torture Is an Issue? What's Become of My Country?, in: NYT, 17.12.2005.
- Gary, Bruce 2004: World is watching, in: USA Today, 07.05.2004.
- Gellmann, Barton/Priest, Dana 2002: U.S. Decries Abuse but Defends Interrogations; ‚Stress and Duress‘ Tactics Used on Terrorism Suspects Held in Secret Overseas Facilities, in: Washington Post, 26.12.2002.
- Gewen, Barry 2002: Thinking the Unthinkable, in: NYT, 15.11.2002.
- Gibney, Alex 2007: Taxi to the Dark Side.
- Glassmann, Mark 2004: U.S. Religious Figures Offer Abuse Apology on Arab TV, in: NYT, 11.06.2004.
- Glanz, James 2004: Torture Is Often a Temptation And Almost Never Works, in: NYT, 09.05.2004.
- Golden, Tim/Natta, Don van 2004: U.S. Said to Overstate Value Of Guantanamo Detainees, in: NYT, 21.06.2004.
- Gonzales, Alberto 2004: Terrorists are different, in: USA Today, 10.06.2004.
- Gorman, Siobhan/Fields, Gary 2009: Probe of CIA Imperils the Interagency Trust, in: WSJ, 26.08.2009.
- Green, Adam 2005: Normalizing Torture, One Rollicking Hour At a Time, in: NYT, 22.05.2005.
- Greenberg, Karen J. (Hrsg.): The Torture Debate in America, Cambridge.
- Griesman, Henry 2004: The Legal Memos About Torture, in: NYT, 13.06.2004.
- Haberman, Clyde 2007: Bearing Witness To Torture, in: NYT, 29.10.2007.

- Hale, Ellen 2001: Ex-commando warns of Afghanistan perils, in: USA Today, 02.10.2001.
- Harazin, A.E. 2009: Obama, Cheney and the Terror Fight, in: NYT, 23.05.2009.
- Harden, Cindy 2006: Memo to Democrats: Just Take a Stand, in: NYT, 15.05.2006.
- Harwood, John 2004: New Values Debate over Prisoner abuse could hurt Bush, in: WSJ, 23.06.2004.
- Hausner, Melvin 2006: Torture Is Not the American Way, in: NYT, 20.09.2006.
- Herbert, Bob 2005: America, A Symbol Of..., in: NYT, 30.05.2005.
- Herbert, Bob 2005: Who Isn't Against Torture?, in: NYT, 10.10.2005.
- Herbert, Bob 2005: Secrets and Shame, in: NYT, 03.11.2005.
- Herbert, Bob 2005: Dangerous Territory, in: NYT, 19.12.2005.
- Herbert, Bob 2006: The Law Gets a Toehold, in: NYT, 13.07.2006.
- Herbert, Bob 2006: The Stranger in the Mirror, in: NYT, 16.09.2006.
- Herbert, Bob 2007: The Real Patriots, in: NYT, 19.02.2007.
- Herbert, Bob 2008: Madness and Shame, in: NYT, 22.07.2008.
- Herschkopf, Isaac Steven/Iacopino, Vincent/Willment, A.C. 2001: In Desperate Times, Talking of Torture", in: NYT 08.11. 2001.
- Hersh, Seymour M. 2004: The Gray Zone: How a secret Pentagon program came to Abu Ghraib, in: The New Yorker, 24.05.2004.
- Heymann, Philip B./Kayyem, Juliette N. 2005: Long-Term Legal Strategy Project for Preserving Security and Democratic Freedoms in the War on Terrorism, National Memorial Institute for the Prevention of Terrorism, Harvard.
- Hislop, Anne-Marie 2009: America, What Comes After Torture?, in: NYT, 24.04.2009.
- Hochschild, Adam 2004: What's in a Word? Torture, in: NYT, 23.05.2004.
- Hoge, Warren 2005: Annan Defends U.N. Official Who Chided U.S., in: NYT, 09.12.2005.
- Holmes, Michael H. 2005: When Americans Torture and Kill, in: NYT, 30.03.2005.
- Hoyt, Clark 2009: Telling the Brutal Truth, in: NYT, 26.04.2009.
- Human Rights First-Website: <<http://www.humanrightsfirst.org/our-work/law-and-security/torture-on-tv/what-can-be-done/>>, rev. 02.02.2012.
- Hunsinger, George 2007: Torture and the Shame of a Nation, in: NYT, 10.10.2007.
- Hyypia, Jorma 2004: The Torture Memo, and the Outcry, in: NYT, 09.06.2004.
- Iacopino, Vincent 2001: In Desperate Times, Talking of Torture, in: NYT, 08.11.2001.
- Ignatieff, Michael 2004: Lesser Evils, in: NYT, 02.05.2004.
- Ignatieff, Michael 2004: Mirage in The Desert, in: NYT, 27.06.2004.
- Internationales Komitee vom Roten Kreuz 2004: Iraq: ICRC explains position over detention report and treatment of prisoners, Pressekonferenz, 08.05.2004.



- International Policy Attitudes 2004: Americans on Detention, Torture and the War on Terrorism, in: Pipa Papers Juli 2004.
- Jackson, David 2006: Congress pressed for laws to meet 'new era' threats; President says no suspects tortured, in: USA Today, 07.09.2006.
- Jackson, David/Wolf, Richard 2009: Obama revamps rules on detainees; Orders prison closed at Guantanamo Bay, in: USA Today, 13.01.2009.
- James, Caryn 2002: Critic's Notebook; TV's Take on Government In a Terror-Filled World, in: NYT, 30.04.2002.
- Jehl, Douglas 2004: Files Show Rumsfeld Rejected Some Efforts to Toughen Prison Rules, in: NYT, 23.06.2004.
- Jehl, Douglas 2005: Report Warned C.I.A. on Tactics In Interrogation, in: NYT, 09.11.2005.
- Jehl, Douglas/Johnston, David 2004: C.I.A. Expands Its Inquiry Into Interrogation Tactics, in: NYT, 29.08.2004.
- Jehl, Douglas/Neil, Lewis A. 2004: U.S. Military Disputed Protected Status of Prisoners Held in Iraq, in: NYT, 22.05.2004.
- Johnston, David 2009: Bitter Start to a Hearing on Interrogation Tactics, in: NYT, 14.05.2009.
- Jones, Jaqueline 2004: Foreign Policy And the Candidates, in: NYT, 22.06.2004.
- Jones, Jeffrey M. 2009: Slim Majority Wants Bush-Era Interrogations Investigated, in: Gallup Poll, 27.04.2009, online unter: <<http://www.gallup.com/poll/118006/Slim-Majority-Wants-Bush-Era-Interrogations-Investigated.aspx>>, rev. 02.02.2012.
- Kaplan, Robert D. 2005: Hard Questions, in: NYT, 23.01.2005.
- Kakutani, Michiko 2005: Following A Paper Trail To the Roots Of Torture, in: NYT, 02.08.2005.
- Karnik, Atul M. 2009: Obama, Cheney and the Terror Fight, in: NYT, 23.05.2009.
- Keen, Judy 2004: White House responds to critics with policy disclosure, in: USA Today, 23.06.2004.
- Kenoe, Andrew F. 2005: Gonzales and the Torture Question, in: NYT, 08.01.2005.
- Keller, Allan S. 2001: Torture Is Un-American, in: NYT, 12.11.2001.
- Keller, Allen S. 2003: „Torture Is Barbarism” in: NYT 10. 03. 2003.
- Keller, Allen S. 2004: “Cries of Outrage Over Guantanamo” in: NYT 02. 12. 2004.
- Kiely, Kathy/Diamond, John 2005: Abu Ghraib inflamed the debate over abuse, in USA Today, 10.11.2005.
- Kiely, Kathy/Johnson, Kevin 2006: At issue: How suspects are treated, in: USA Today, 18.09.2006.
- Kraus, Julie/Kraus, Mark 2005: Some tactics aren't torture, in: USA Today, 09.11.2005.
- Krauthammer, Charles 2005: The Truth about Torture; It's time to be honest about doing terrible things, in: The Weekly Standard, 05.12.2005.
- Kristof, Nicholas D. 2009: Time To Come Clean, in: NYT, 26.04.2009.
- Krugman, Paul 2004: America's Lost Respect, in: NYT, 01.10.2004.

- Krugman, Paul 2007: Don't Blame Bush, in: NYT, 18.05.2007.
- Kwawer, Jay S. 2005: Doctors' Conduct at Guantanamo, in: NYT, 27.06.2005.
- Lawrence, Jill 2009: Poll: Bush methods deserve inquiries; Focus on wiretaps, torture allegations, 12.02.2009.
- Lelyveld, Joseph 2005: Interrogating Ourselves, in: NYT, 12.06.2005.
- Letherton, Dale 2007: Destroyed: The C.I.A. Torture Tapes, in: NYT, 11.12.2007.
- Levant, Ronald F. 2005.: Codes of Ethics and Detention, in: NYT, 07.07.2005.
- Levinson, Sanford (Hrsg.) 2004: Torture. A Collection, Oxford.
- Lewis, Anthony 2005: Guantanamo's Long Shadow, in: NYT, 21.06.2005.
- Lewis, Neil A. 2004: Justice Memos Explained How to Skip Prisoner Rights, in: NYT, 21.05.2004.
- Lewis, Neil A. 2004: Ashcroft Says the White House Never Authorized Tactics Breaking Laws on Torture, in: NYT, 09.06.2004.
- Lewis, Neil A. 2004: Ex-Military Lawyers Object To Bush Cabinet Nominee, in: NYT, 16.12.2004.
- Lewis, Neil A. 2005: Military's Opposition to Harsh Interrogation Is Outlined, in: NYT, 28.07.2005.
- Lewis, Neil A./Schmitt, Eric 2004: Lawyers Decided Bans on Torture Didn't Bind Bush, in: NYT, 08.06.2004.
- Lewis, Neil A. 2006: Furor Over Cheney Remark on Tactics for Terror Suspects, in: NYT, 28.10.2006.
- Lichtblau, Eric/Liptak, Adam 2003: Questioning to Be Legal, Humane and Aggressive, The White House Says, in: NYT, 04.03.2003.
- Lichtblau, Eric 2005: Gonzales Says Humane-Policy Order Doesn't Bind C.I.A., in: NYT, 19.01.2005.
- Lipps, Eric B. 2005: Abuse of Detainees: Not in Our Name, in: NYT, 03.08.2005.
- Liptak, Adam 2003: U.S. Courts' Role In Foreign Feuds Comes Under Fire, in: NYT, 03.08.2003.
- Liptak, Adam 2004: Legal Scholars Criticize Memos on Torture, in: NYT, 05.06.2004.
- Liptak, Adam 2004: How Far Can a Government Lawyer Go?, in: NYT, 27.06.2004.
- Lithwick, Dahila 2001: Tortured Justice, in: Slate, 24.10.2001.
- Lithwick, Dalia 2006: Redefining Torture, in: NYT, 10.12.2006.
- Long, Bob 2009: We Must Investigate, Not Justify, the Use of Torture, in: NYT, 29.04.2009.
- Maas, Peter 2003: The World: Torture, Tough or Lite; If a Terror Suspect Won't Talk, Should He Be Made To?, in: NYT, 09.03.2003.
- MacFarquhar, Neil 2004: Revulsion at Prison Abuse Provokes Scorn for the U.S., in: NYT, 05.05.2004.
- Mahmood, Elahi 2002: Change POW laws – or the designations, in: USA Today, 20.02.2002.
- Martinez, Tom 2009: The Uproar Over the C.I.A. and Torture, in: NYT, 18.04.2009.

- Mayer, Jane 2008: *The Dark Side. The Inside Story of How the War on Terror Turned into a War on American Ideals*, New York.
- Mazzetti, Mark 2009: Panetta Open to Tougher Methods in Some C.I.A. Interrogation, in: NYT, 06.02.2009.
- Mazzetti, Mark/Shane, Scott 2008: Notes Show Confusion on Interrogation Methods, in: NYT, 18.06.2008.
- Mazzetti, Mark/Shane, Scott 2009: Memos spell out brutal C.I.A. mode of interrogation, in: NYT, 17.04.2009.
- MacFarquhar, Neil 2004: Revulsion at Prison Abuse Provokes Scorn for the U.S., in: NYT, 05.05.2004.
- McCain, John 2005: Torture's Terrible Toll, in: Newsweek, 21.11.2005.
- McCarthy, Andrew 2006: Intelligence comes first, in: USA Today, 20.09.2006.
- McCarthy, Andrew C./Clifford D. May, Clifford D. 2005: Misguided morality; Policy should be clear, accountable, yet also yield results to save U.S. lives, in: USA Today, 15.12.2005.
- McDonald, Heather 2005: To nice for our own good, in: WSJ, 06.01.2005.
- McGurn, William 2009: Congress's Phony War on Torture, in: WSJ, 03.02.2009.
- McKenzie, E.L. 2007: Destroyed: The C.I.A. Torture Tapes, in: NYT, 11.12.2007.
- McKinnon, John D. 2009: Torture Cases Would Face Legal Hurdles, in: WSJ, 23.04.2009.
- McWorther, Diane 2009: Don't punt on torture, in: USA Today, 11.02.2009.
- Mezoff, Carl 2004: Abu Ghraib And Guantanamo, in: NYT, 10.05.2004.
- Miller, Jack 2005: „Prisoner abuse scandal points to failure in U.S. leadership“, in: USA Today 07. 05. 2005.
- Minet, Thomas J. 2004: When Al Qaeda Is Interrogated, in: NYT, 14.05.2004.
- Minzesheimer, Bob 2002: Dershowitz explains ‚Why Terrorism Works‘, in: USA Today, 29.08.2003.
- Naniche, George 2007: Democrats, Torture and Upcoming Elections, in: WSJ, 12.11.2007.
- Natta, Don van 2003: Interrogations: Questioning Terror Suspects In a Dark and Surreal World, in: NYT, 09.03.2003.
- Navarro, Mireya 2008: We're Friends, Right?, in: NYT, 02.10.2008.
- Obama, Barack 2009: „Not a Company Man“, in: NYT 10.01.2009.
- Obama, Barack 2009: Protecting Our Security and Our Values, Rede im National Archive, 21.05.2009.
- O'Bryan, Felice 2004: The Torture Memo, and the Outcry, in: NYT, 09.06.2004.
- Oishi, Gene 2005: The U.S. and Torture, in: NYT, 06.12.2005.
- OpEd der New York Times 1999: Louima Case Jeopardized, Lawyers Say, in: NYT, 17. 02. 1999.
- OpEd der New York Times 2005: Time for an Accounting in: NYT, 19.02.2005.

- OpEd der New York Times 2005: Legalized Torture, Reloaded, in: NYT, 26.10.2005.
- OpEd der New York Times 2005: Playing with Fire, in: NYT, 12.11.2005.
- OpEd der New York Times 2005: Illegal, Immoral and Pointless, in: NYT, 10.12.2005.
- OpEd der New York Times 2005: Terrorist Hides Bomb. Terrorist Is Captured, but Won't Speak. Is Torture O.K.?, in: NYT, 11.12.2005.
- OpEd der New York Times 2005: Ban Torture. Period, in: NYT, 16.12.2005.
- OpEd der New York Times 2007: Torture and the Attorneys General, in: NYT, 01.11.2007.
- OpEd der New York Times 2008: Because They Said So, in: NYT, 02.10. 2008.
- OpEd der New York Times 2009: The Torture Debate: The Missing Voices, in: NYT, 05.05.2009.
- OpEd der USA Today 2004: Pentagon too slow to decry shameful U.S. acts in Iraq, in: USA Today, 04.05.2004.
- OpEd der USA Today 2004: How innocent Iraqis came to be abused as terrorists, in: USA Today 10.06.2004.
- OpEd der USA Today 2007: Going to extremes, in: USA Today, 01.06.2007.
- OpEd der USA Today 2007: Waterboarding illegal? Time for Congress to end the debate, in: USA Today, 13.11.2007.
- OpEd des Wall Street Journal 2004: The Torture Canard, in: WSJ 11.06.2004.
- OpEd des Wall Street Journal 2005: Torture' Showdown, in: WSJ, 06.01.2005.
- OpEd des Wall Street Journals 2005: Rendering Al Qaeda, in: WSJ, 11.03.2005.
- OpEd des Wall Street Journal 2005: London and Guantanamo, in: WSJ, 13.07.2005.
- OpEd des Wall Street Journal 2005: Condi's European Torture, in: WSJ, 07.12.2005.
- OpEd des Wall Street Journals 2005: Tortuous Progress, in: WSJ, 13.12.2005.
- OpEd des Wall Street Journal 2006: The Red Cross and Congress, in: WSJ, 15.06.2006.
- OpEd des Wall Street Journal 2007: Tortured Arguments, in: WSJ 09.10.2007.
- OpEd des Wall Street Journal 2009: The Real „Torture“ Disgrace, in: WSJ, 19.01.2009.
- OpEd des Wall Street Journals 2009: The Jack Bauer Exemption, in: WSJ 23.01.2009.
- OpEd des Wall Street Journal 2009: Obama and Cheney Face off over Fight Against Terrorism, in: WSJ 22.05.2009.
- OpEd des Wall Street Journal 2009: The Pursuit of John Yoo, in: WSJ 24.06.2009.
- Organization of American States 1967: Charter of the Organization of American States, online unter: [http://www.oas.org/dil/treaties\\_A-41\\_Charter\\_of\\_the\\_Organization\\_of\\_American\\_States.htm](http://www.oas.org/dil/treaties_A-41_Charter_of_the_Organization_of_American_States.htm), rev. 02.02.2012.
- Overholser, Mark 2005: „Let military investigate“, in: USA Today 07.05.2005.
- Pelli, Denis 2004: „The Legal Memos about Torture“, in: NYT 13.06.2004.

- Pew Research Center/Council on Foreign Relations 2004: Eroding Respect for America Seen as Major Problem. Foreign Policy Attitudes now Driven by 9/11 and Iraq, August 2004.
- Pew Research Centre 2007: Trends in Political Values and Core Attitudes: 1987-2007, online unter: <<http://people-press.org/reports/pdf/312.pdf>>, rev. 02.02.2012.
- Posner, Richard A. 2002: The Best Offense, in: The New Republic, 02.09.2002.
- Posner, Richard A. 2006: Not a Suicide Pact. The Constitution in a Time of National Emergency, Oxford.
- Powell, Colin 1996: Mein Weg, München.
- Priest, Dana/Gellman, Barton 2002: U.S. Decries Abuse but Defends Interrogations; ‚Stress and Duress’ Tactics Used on Terrorism Suspects Held in Secret Overseas Facilities, in: Washington Post, 26.12.2002.
- Program on International Policy Attitudes 2004: Americans on Detention, Torture and the War on Terrorism, in: Pipa Papers, Juli 2004.
- Prunick, Joyce 2002: Court System As a Mirror Of Public View, in: NYT, 23.09.2002.
- Reip, Bob 2009: ‚Interrogating Ourselves,“ in: NYT, 26.06.2005.
- Reuters 2004: Iraqi Journalists Report Abuse As Detainees in U.S. Hands, in: NYT, 18.05.2004.
- Reuters 2004: World Briefing Europe: Britain: Ex-Guantanamo Inmates File Suit, in: NYT, 28.10.2004.
- Rich, Frank 2005: ‚We Do Not Torture’ and Other Funny Stories, in: NYT, 13.11.2005.
- Rich, Frank 2007: The ‚Good Germans’ Among Us, in: NYT, 14.10.2007.
- Rich, Frank 2009: Who Is to Blame for the Next Attack?, in: NYT, 31.05.2009.
- Rieff, David 1999: The Precarious Triumph of Human Rights, in: NYT, 08.08.1999.
- Riga, Peter 2002: Guantanamo turban strike sign of religious double standard, in: USA Today, 07.03.2002.
- Rinner, Robert 2004: The Torture Memo, and the Outcry, in: NYT, 09.06.2004.
- Rivkin, David B. Jr./Casey, Lee A. 2005: The McCain Amendment is Flawed, in: WSJ, 10.12.2005.
- Rohde, David 2002: Threats and Responses; Afghans Freed from Guantanamo Speak of Heat and Isolation, in: NYT, 28.10.2002.
- Rohde, David 2004: U.S. Rebuked On Afghans In Detention, in: NYT, 08.03.2004.
- Rosen, Jeffrey 2004: The Struggle Over the Torture Memos, in: NYT, 15.08.2004.
- Roth, Kenneth 2003: Brutality in Iraq: Don’t Feed the Resentment, in: NYT, 23.11.2003.
- Roth, Kenneth 2004: Torture, Terror, and the Law, in: NYT, 19.05.2004.
- Rubenstein, Leonard S. 2005: Doctors’ Conduct at Guantanamo, in: NYT, 27.06.2005.
- Rutenberg, Jim 2001: Torture Seeks into Discussion by News Media, in: NYT, 05.11.2001.
- Safire, William 2004: Rumsfeld should stay, in: NYT, 10.05.2004.

- Sanger, David E. 2005: In address, Bush says he ordered domestic spying, in: NYT, 18.12.2005.
- Sanger, David E./Schmitt, Eric 2005: Bush Says He's Confident That He and McCain Will Reach Agreement on Interrogation Policy, in: NYT, 13.12.2005.
- Santora, Marc 2007: 3 Top Republican Candidates Take a Hard Line on the Interrogation of Detainees, in: NYT, 03.11.2007.
- Santora, Marc 2007: McCain's Stance on Torture Becomes Riveting Issue, in: NYT, 16.11.2007;
- Savage, Charlie 2009: Obama's War on Terror May Resemble Bush's in Some Areas, in: NYT, 18.02.2009.
- Scott, A. O. 2008: Taking a Long, Bumpy Ride to Systematic Brutality, in: NYT, 18.01.2008.
- Schepers, Kees 2006: Bush, the Prisoners and Our Rights, in: NYT, 20.10.2006.
- Schlesinger, James 2004: Final Report of the Independent Panel To Review DOD Detention Operations, online unter: <http://www.defenselink.mil/news/Aug2004/d20040824finalreport.pdf>, rev. 02.02.2012.
- Schlesinger, James 2004: The Truth About Our Soldiers, in WSJ, 04.09.2004.
- Schmierer, John 2005: Torture Is an Issue? What's Become of My Country?, in: NYT, 17.12.2005.
- Schmitt, Eric 2002: There are Ways to Make Them Talk, in: NYT, 20.06.2002.
- Schmitt, Eric: Army, in manual, limiting tactics of interrogation, in: NYT, 28.04.2005.
- Schmitt, Eric 2005: Senate Moves to Protect Military Prisoners Despite Veto Threat, in: NYT, 06.10.2005.
- Schmitt, Eric 2005: House Defies Bush and Backs McCain on Detainee Torture, in: NYT, 15.12.2005.
- Schmitt, Eric/Golden, Tim 2005: Detainee Policy Sharply Divides Bush Officials, in: NYT, 02.11.2005.
- Schmitt, Eric/Shanker, Tom 2005: U.S., Citing Abuse In Iraqi Prisons, Holds Detainees, in: NYT, 25.12.2005.
- Schmitt, Eric/Sanger, David E. 2005: White House And McCain Are Near Deal On Torture Bill, in: NYT, 07.12.2005.
- Schwarz, Frederik A. O. Jr./Huq, Aziz Z. 2007: Unchecked and Unbalanced. Presidential Power in a Time of Terror, New York.
- Seelye, Katharine Q./Erlanger, Steven 2002: Captives: U.S. Suspends the Transport Of Terror Suspects to Cuba, in: NYT, 24.01.2002.
- Shaker, Tom, Steinberg, Jaques 2004: „Bush Voices ‘Disgust’ at Abuse of Iraqi Prisoners” in: NYT 01. 05. 2004.
- Shane, Scott 2006: Terror and Presidential Power: Bush Takes a Step Back, in: NYT, 12.07.2006.
- Shane, Scott 2007: On Torture, 2 Messages And a High Political Cost, in: NYT, 30.10.2007.

- Shane, Scott 2008: Book Reveals Red Cross Report on C.I.A. Torture of Qaeda Prisoners, in: NYT, 11.07.2008.
- Shane, Scott 2009: The Unstudied Art of Interrogation, in: NYT, 09.03.2009.
- Shane, Scott 2009: Torture versus War, in: NYT, 19.04.2009.
- Shane, Scott/Johnston, David/Risen, James 2007: Secret U.S. Endorsement Of Severe Interrogations, in: NYT, 04.10.2007.
- Shane, Scott/Mazzetti, Mark 2009: In Adopting Harsh Tactics, No Inquiry Into Past Use, in: NYT, 22.04.2009.
- Shane, Scott/Savage, Charlie 2011: Bin Laden Raid Revives Debate on Value of Torture, in: NYT, 03.05.2011.
- Shenon, Philip 2002: Intelligence: Officials Say Qaeda Suspect Has Given Useful Information, in: NYT, 26.05.2002.
- Shenon, Philip 2003: The Terror Suspect; Man Charged in Sept. 11 Attacks Demands That Qaeda Leaders Testify, in: NYT, 22.03.2003.
- Shenon, Philip 2003: Judge Bars 9/11 Suspect From Being Own Lawyer, in: NYT, 15.11.2003.
- Shenon, Philipp 2005: 9/11 Panel Issues Poor Grades for Handling of Terror, in: NYT, 06.12.2005.
- Slackman, Michel 2004: What's Wrong With Torturing a Qaeda Higher-Up?, in: NYT, 16.05.2004.
- Smith, Paul J. 2002: Transnational Terrorism and the al Qaeda Model: Confronting New Realities, in: Parameters, Sommer 2002.
- Smith, Wayne S. 2005: To Advance Rights, Lead by Example, in: NYT, 16.12.2005.
- Sorrentino, Christopher 2007: Torture Chamber, in: NYT, 01.04.2007.
- Steinfels, Peter 2004: „The ethical questions involving torture of prisoners are lost in the debate over the war in Iraq” in: NYT 04.12.2004.
- Steinfels, Peter 2005: Topic in the Air That Politicians Didn't Touch: Torture, in: NYT, 11.11.2006.
- Stolberg, Sheryl 2004: Prisoner Abuse Scandal Puts McCain in Spotlight Once Again, in: NYT, 10.05.2004.
- Sontag, Susan 2004: Regarding The Torture Of Others, in: NYT, 23.05.2004.
- Sorrentino, Christopher 2007: Torture Chamber, in: NYT, 01.04.2007.
- Stephens, Bret 2007: So be it?, in: WSJ, 09.10.2007.
- Stern, Jessica 2004: Terrorists' own words can help us stop them, in: USA Today, 24.06.2004.
- Stillwater, Jame 2005: Case against Iraq overlooks U.S. values, in: USA Today, 06.02.2006.
- Stitleman, Jane 2005: „Torture Is an Issue? What's Become of My Country?“, in NYT 17.12.2005.
- Sullivan, Andrew 2005: The Abolition of Torture, in: The New Republic, 19.12.2005.
- Sullivan, John 2000: The World; American Justice Tackles Rights Abuses Abroad, in: The NYT, 03.09.2000.

- Swarns, Rachel L. 2003: Lawmakers Attack Immigrants' Use of Antitorture Law to Block Deportation, in: NYT, 12.07.2003.
- Tabuga, Antonio 2004: 'The "Taguba Report" On Treatment of Abu Ghraib Prisoners In Iraq, online unter: <<http://news.findlaw.com/nytimes/docs/iraq/tagubarpt.html>>, rev. 02.02.2012.
- Tanter, Raymond 2005: Guantanamo outrage hinges on 5 myths, in: USA Today, 20.07.2005.
- The Economist 2003: Why America should shut down the Guantanamo prison camp, 08.05.2003.
- Thiessen, Marc A. 2009: The eye of the storm, in: USA Today, 20.05.2009.
- Truskey, Mark 2002: Guantanamo turban strike sign of religious double standard, in: USA Today, 07.03.2002.
- Turker, Michael 2007: Is It Torture? The Nominee Won't Say, in: NYT, 20.10.2007.
- Umansky, Eric 2004: Only photos made story of abuse front-page news, in: USA Today, 17.05.2004.
- UN Pressemitteilung 2004: Human Rights Press Conference on Requests Visits to Detention Centers, 28.10.2004.
- U.S. Congress 2004: Abuse of Iraqi Prisoners, Statement von Senator Durbin, 10.05.2004.
- U.S. Congress 2005: Executive Session: Nomination of Alberto R. Gonzales to be Attorney General, Statement von Senator Jeff Sessions, 01.02.2005
- U.S. Congress 2005: Executive Session, Nomination of Alberto R. Gonzales to be Attorney General, Statement von Senator Orrin Hatch, 01.02.2005.
- U.S. Congress 2006: Military Commission Act, online unter <<http://thomas.loc.gov/cgi-bin/bdquery/z?d109:S.3930:>>, rev. 02.02.2012.
- U.S. Congress 2008: Hearing to receive testimony on the origins of aggressive interrogation techniques, Statement von Senator Collins, 17.06.2009.
- U.S. Congress 2008: Hearing to Receive Testimony on the Origins of Aggressive Interrogation Techniques, Statement von Senator Lindsey Graham, 17.06.2008.
- U.S. Congress, House of Representatives 2005: Smart Security and Torture, Statement von Jon Kyl, 16.06.2005.
- U.S. Congress, House of Representatives 2005: Smart Security and Torture, Statement von Lynn Woolsey, 17.06.2005.
- U.S. Congress, House of Representatives, Committee on Armed Services 2004: Operations and Reconstruction Efforts in Iraq, 07.05.2004.
- U.S. Congress, House of Representatives, Committee on Armed Services 2004: Operations and Reconstruction Efforts in Iraq, Hearing of Donald Rumsfeld, 07.05.2004.
- U.S. Congress, Senate 2004: Abuse of Iraqi Prisoners, 10.05.2004.
- U.S. Congress, Senate Committee on Armed Services 2004: Operations and Reconstruction Efforts in Iraq, Statement von Donald Rumsfeld, 07.05.2004.
- U.S. Congress, Senate Armed Services Committee 2008: Statement von Alberto Mora, 17.06.2008.



- U.S. Congress, Senate Armed Services Committee 2004: Transcript of Senator Inhofe's Remarks, 05/11/2004, Hearing on Iraqi Prisoner, Treatment (Panel 1), online unter: <<http://inhofe.senate.gov/pressapp/record.cfm?id=221389>>, rev. 02.02.2012.
- U.S. Congress, Senate Committee on the Judiciary 2004: Statement of John Ashcroft, Attorney General, before the United States Senate Oversight of the Department of Justice, Terrorism and Other Topics, 08.06.2004.
- U.S. Congress, Senate Committee on the Judiciary 2005: Statement von Admiral John Hutson, 06.01.2005.
- U.S. Congress, Senate Committee on the Judiciary 2005: Statement von Douglas Johnson, Executive Director Center of Victims of Torture, 06.01.2005.
- U.S. Congress, Senate Committee on the Judiciary, Subcommittee on Administrative Oversight and the Courts 2009: Testimony of Ali Soufan, 13.05.2009.
- U.S. Congress, Senate Committee on the Judiciary, Subcommittee on Administrative Oversight and the Courts 2009: Statement von Philip Zelikow, 13.05.2009.
- U.S. Supreme Court: Urteil Hamdan v. Rumsfeld, 29.06.2006, online unter: <<http://www.law.cornell.edu/supct/html/05-184.ZS.html>>, rev. 02.02.2012.
- Watman, Kenneth 2009: Shining a Bright Light on Torture, in: NYT, 20.05.2009.
- Waldron, Jeremy 2002: The Great Defender, in: NYT, 03.02.2002.
- Weisman, Steven R. 2005: Bush Confidante Finds Latest Role to Be Uphill Battle, in: NYT, 26.12.2005.
- Welch, Liz 2004: Veterans Speak Out, in: NYT, 30.05.2004.
- Williams, John 2009: Pictures of Torture, the Fact of Torture, in: NYT, 15.05.2009.
- Willing, Richard/Diamond, John 2004: U.S. interrogators face 'gray areas' with prisoners, in: USA Today, 13.05.2004.
- Willment, A. C. 2001: In Desperate Times, Talking of Torture, in: NYT, 08.11.2001.
- Winik, Jay 2001: Security Comes Before Liberty, in: WSJ, 23.10.2001.
- Yoo, John 2005: Terrorists are not POWs, in: USA Today, 02.11.2005.
- Yoo, John 2009: Obama made a rash decision on Guantanamo, in: WSJ, 29.01.2009.
- Zahn, Bert W. 2007: Waterboarding is necessary in some situations, in: USA Today, 19.11.2007.
- Zeiss Stange, Mary 2009: Witch hunts and torture, in: NYT, 29.06.2009.
- Zizek, Slavoj 2007: Knight of the Living Dead, in: NYT, 27.03.2007.

### **Erosion des nuklearen Tabus: Dokumente (Kapitel 6.2)**

- AAAS 2007: The United States Nuclear Weapons Program. The Role of the Reliable Replacement Warhead, Washington DC, S. 8.
- Abolition 2000-Website: Online unter: <<http://www.abolition2000.org>>, rev. 02.02.2012.

- Abramowitz, Michael 2006: War's Critics Abetting Terrorists, Cheney Says; He Cites Allies' 'Doubts' About U.S. Will, in: Washington Post, 11.08.2006.
- Alevezos, Ted 2007: Paul Tibbets at Hiroshima: What Is His Legacy?, in: NYT, 19.11.2007.
- Allison, Graham (Hrsg.) 2006: Confronting the specter of nuclear terrorism, *The Annals of the American Academy of Political and Social Science*, 67/2006, Thousand Oaks.
- Allison, Graham 2006: Deterring Kim Jong Il, in: Washington Post, 27.10.2006.
- Applebaum, Anne 2009: Yes, We Can . . . Disarm?; Obama's Quixotic Rallying Cry for the World, in: Washington Post, 07.04.2009.
- Arkin, William 2003: The Nuclear Option in Iraq, in: Los Angeles Times, 26.01.2003.
- Associated Press 2007: What Obama Actually Said, 03.08.2008, online unter [http://firstread.msnbc.msn.com/\\_news/2007/08/03/4427093-what-obama-actually-said](http://firstread.msnbc.msn.com/_news/2007/08/03/4427093-what-obama-actually-said), rev. 02.02.2012.
- Associated Press 2008: France: Seeking End To A-Bombs, in: NYT, 10.12.2008.
- Armitage, Richard L./Nye, Joseph S. Jr. 2007: Stop Getting Mad, America. Get Smart, in: Washington Post, 09.12.2007.
- Ayres, Alyssa/Ganguly, Sumit 2006: On the Right Side of History, in: WSJ, 04.03.2006.
- Baev, Pavel K. 2006: Thinking the Unthinkable on Iran, in: NYT, 01.03.2006.
- Baker, Peter/Wright, Robin 2007: U.S. and Russia Vow Further Cuts In Nuclear Arms; They Also Agree To Aid Nations In Power Projects, in: Washington Post, 04.07.2007.
- Banescu, Chris 2004: Pro-Osama Nuclear Policy, Center for Security Policy, 06.10.2004.
- BBC News 2004: N Korea allows blast site visit, 23.09.2004, online unter <http://news.bbc.co.uk/2/hi/asia-pacific/3650702.stm>, rev. 02.02.2012.
- Beckman, Peter R./Crumlish, Paul W./Dobkowski, Michael N./Lee, Steven P. 2007: Nuclear Weapons, Nuclear States, and Terrorism, Cornwall-on-Hudson.
- Bernstein, Adam 2007: Paul Tibbets Jr.; Piloted Plane That Dropped First Atom Bomb, in: Washington Post, 02.11.2007.
- Biden, Joe 2007: CSI: Nukes, in: WSJ, 04.06.2007.
- Bolton, John 2009: A Fast Way to Lose the Arms Race, in: NYT, 26.05.2009.
- Broad, William J. 2005: Panel Finds Flaws in Plan For Weapon, in: NYT, 28.04.2005.
- Broad, William J. 2006: New Team Plans to Identify Nuclear Attackers, in: NYT, 02.02.2006.
- Broad, William J. 2009: The Rocket Science of Missile Threats, in: NYT, 24.05.2009.
- Broad, William J./Sanger, David E. 2009: The Long Arc of a Nuclear-Free Vision, in: NYT, 05.07.2009.
- Brockmann, Bill 2009: We mice must carefully consider belling nuclear cat, in: WSJ, 07.01.2007.
- Broder, Jonathan 2001: A Challenge To Israel's Nuclear Blind Spot, in: Washington Post, 11.03.2001.

- Bruno, Michael 2006: RNEP funds not requested for FY '07, but similar program boosted, in: Aerospace Daily & Defense Report, 10.02.2006.
- Bumiller, Elisabeth 2008: Bush and McCain seem to diverge in Foreign Policy, in: NYT, 26.07.2008.
- Bush, George W. 2001: Rede vor der National Defense University, abgedruckt in: NYT, 02.05.2001.
- Bush, George W. 2002: State of the Union Address („Axis of Evil Speech“), 29.01.2002, online unter <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2002/01/20020129-11.html>, rev. 02.02.2012.
- Bush, George W./Kerry, John 2004: Transcript of the Candidates' First Debate in the Presidential Campaign, NYT, 01.10.2004.
- Carney, Brian M. 2006: How to Explain War to a Child? Keep it Simple, in: WSJ, 05.05.2006.
- CBS 2002: Secretary of State Colin Powell discusses the violence in the Middle East and the war on terrorism, Transkript der Sendung „Face the Nation“, 10.03.2002.
- CIA 2002: Untitled CIA estimate provided to Congress on November 19, 2002, online unter: <http://www.fas.org/nuke/guide/dprk/nuke/cia11902.html>, rev. 02.02.2012.
- Christ, Michael 2009: Zero Nuclear Weapons, in: NYT, 03.04.2009.
- Cimbala, Stephen J. 2010: Nuclear Weapons and Cooperative Security in the 21st Century: The New Disorder, London.
- Cohen, Richard 2006: Judicious Double Standards, in: Washington Post, 07.03.2006.
- Cohen, Richard 2007: In the Reach of Madmen, in: Washington Post, 18.04.2007.
- Cohen, William 2005: A Pretty Good Deal for America, in: WSJ, 05.04.2005.
- Cooper, Robert N. 2006: Islam, Terror and the Second Nuclear Age, in: NYT, 12.11.2006.
- Crowley, Michael 2003: The 3rd Annual Year in Ideas; Bite-Size Nukes, in: NYT, 14.12.2003.
- Crowley, Michael 2007: The Stuff Sam Nunn's Nightmares Are Made of, in: NYT, 25.02.2007.
- Curtis, Charles 2006: Curbing the Demand for Mass Destruction, in: The Annals of the American Academy of Political and Social Science, 607:1, S. 27-32.
- Dahl, Ardis 2002: Dr. Strangelove Is Living in the White House“ in: Los Angeles Times, 28.01.2003.
- David, Jack 2009: There's no Reason for a Nuclear Test Ban, in: WSJ, 21.02.2009.
- David, Steven R. 2006: Nuclear Dreaming, in: NYT, 25.04.2006.
- Defense Science Board 2004: Report of the Task Force on Future Strategic Strike Forces.
- Dobbs, Michael 2004: The world's most terrifying danger, then and now, in: Washington Post, 17.10.2004.
- Editorial der New York Times 2001: India and the Bomb, in: NYT 28.08.2001.
- Editorial der New York Times 2005: Destabilizing Bit Of Research, in: NYT 06.03. 2005.
- Editorial der New York Times 2007: Busywork for Nuclear Scientists in: NYT 15.01.2007
- Editorial der New York Times 2008: New and Unnecessary, in: NYT 13.10.2008.

- Editorial der New York Times 2009: Rules of the Game, in: NYT 30.01.2009.
- Editorial der New York Times 2009: The Test Ban Treaty, in: NYT 25.05.2009.
- Editorial der New York Times: Mr. Obama and Mr. Medvedev, in: NYT 04.07.2009.
- Editorial der New York Times: START and Beyond, in: NYT 19.12.2009.
- Editorial der USA Today 2007: Loose talk about nukes could sink U.S. interests, in USA Today, 11.06.2007.
- Editorial der USA Today 2009: Look at the bright side, in: USA Today 28.05.2009.
- Editorial der Washington Post 2002: The Nuclear Posture Post, in: Washington Post 13.03.2002.
- Editorial des Wall Street Journal 2004: Bunker Busting Myths, in: WSJ 20. 10. 2004.
- Editorial des Wall Street Journal 2005: Hobson's Choice, in: WSJ 03. 03. 2005.
- Editorial des Wall Street Journal 2006: Iranian Bomb Scare, in: WSJ 12.04.2006.
- Editorial des Wall Street Journal 2006: In the Nuclear Casino, Iran Gambles Dangerously, in WSJ, 12.04.2006.
- Editorial des Wall Street Journal 2006: Asia's WMD Laggards, in: WSJ 24.07.2006.
- Editorial des Wall Street Journal 2008: Leap of nuclear Faith, in: WSJ 27.06.2008.
- Editorial des Wall Street Journals 2008: Disarming Ourselves, in: WSJ 15.12.2008.
- Editorial des Wall Street Journal 2009: The Disarmament Illusion, in: WSJ 27.09.2009.
- Eisler, Peter 2008: Critical nuclear weapons decision awaits Obama; At issue: Whether to pursue Bush plan for new warheads, in: USA Today, 09.12.2008.
- Eriksson, Magnus/Osland, Kari M. (Hrsg.): Nuclear Weapons in the 21st Century. Old Players, New Game – New Players, Old Game, Norwegian Institute of International Affairs (NUPI), S. 5-10.
- Farell, Theo 2010: Nuclear non-use: constructing a Cold War history, in: Review of International Studies 36, S. 819-829.
- Federal Document Clearing House Congressional Testimony, Fiscal 2004 Defense Authorization: Strategic Forces, 08.04.2003.
- Feinstein, Dianne 2004: Bunker Buster Take Us Down a Dangerous Path, in: WSJ, 27.10.2004.
- Feinstein, Dianne 2009: Let's Commit to a Nuclear-Free World, in: WSJ, 03.01.2009.
- Feldman, Noah 2006: Islam, Terror, and the Second Nuclear Age, in: NYT, 29.10.2006.
- Feldmann, Noah 2008: Buildup to The Next War, in: NYT, 10.08.2008.
- Fineman, Howard 2002: 'I Sniff Some Politics', in: Newsweek, 27.02.2002.
- Frank, Thomas 2009: Panel: Electrical grid open to threat, in: USA Today, 17.09.2009.
- Frey, Karsten 2006: Nuclear Weapons as Symbols. The Role of Norms in Nuclear Policy Making, in: IBEI Working Papers 3/2006, Barcelona.
- Friedman, Thomas L. 2006: Iraq II or a Nuclear Iran?, in: NYT, 19.04.2006.

- Frum, David 2006: Mutually Assured Disruption, in: NYT, 10.10.2006.
- Gaffney Jr., Frank 2002: Nuclear Reform Overdue, in: USA Today 13. März 2002.
- Gaffney, Frank 2009: The Cold War is over; Opposing view: Threat of nuclear proliferation is no longer just about U.S., Russia, in: USA Today, 14.04.2009.
- Gallup 2002: Umfrage „March Wave 4“, 22.03.2002-24.03.2002.
- Gallup 2005: Umfrage „January Wave 1“, 07.01.2005-09.01.2005.
- Gates, Robert 2008: Nuclear Weapons and Deterrence in the 21st Century, Rede vor dem Carnegie Endowment for International Peace, 28.10.2008, online unter: <<http://carnegieendowment.org/2008/10/28/gates-nuclear-weapons-and-deterrence-in-21st-century/99x>>, rev. 02.02.2012.
- Gerson, Joseph 2007: Empire and the Bomb. How the US Uses Nuclear Weapons to Dominate the World, London.
- Gingrich, Newt 2003: Consider Enemy Threat, in: USA Today, 13.08.2003.
- Goldberg, Jeffrey 2008: On Nov. 4, Remember 9/11, in: NYT, 09.09.2008.
- Gottemoeller, Rose 2002: On Nukes, We Need to Talk, in: Washington Post, 02.04.2002.
- Gordon, Michael R. 2002: Nuclear Arms. For Deterrence or Fighting?, in: NYT, 11.03.2002.
- Gordon, Michael R. 2002: A Nation Challenged: Diplomacy, in: NYT, 12.03.2002.
- Gonlund, Lisbeth 2009: Security and Nuclear Talks, in: Washington Post, 12.04.2009.
- Gueron, Henri M. 2006 : How Can Iran's Nuclear Ambitions Be Deterred?, in: NYT, 21.04.2006.
- Harrison, Selig S. 2006: How to Regulate Nuclear Weapons; The U.S. Deal With India Could Be a Good Starting Point, in: Washington Post, 23.04.2006.
- Hartung, Willam 2009: Obama's Weapons Policy is Sensible, in: WSJ, 14.07.2009.
- Herbert, Bob 2006: Nuclear Madness, in: NYT, 06.03.2006.
- Hersh, Seymour 2006: The Iran Plans. Would President Bush go to war to stop Teheran from getting the bomb?, in: The New Yorker, 17.04.2006.
- Hess, Pamela 2007: Experts Worried About Irradiation Machines; Replacement Urged to Thwart Terrorists, in: Washington Post, 10.10.2007.
- Hickman, James 2006: Sensible Policy Nukes, in: Washington Post, 09.03.2006.
- Hitchens, Theresa 2001: The U.S. Nuclear Debate: Issues of Concern. Mini-Nukes, Testing and National Missile Defense, in: British American Security Information Council: Occasional Papers on International Security Studies Nr. 35, Washington.
- Hoagland, Jim 2002: Nuclear Deceit, in: Washington Post, 10.11.2002.
- Huessy, Peter 2005: Nukes For Peace, Kommentar des Center for Security Policy, 14.02.2005.
- Hutchinson, Ralf 2007: Let's not Play the Deadly Deterrent Game, in: WSJ, 06.09.2007.
- Ignatius, David 2006: Good Nukes, Bad Nukes, in: Washington Post, 01.03.2006.

- Ignatius, David 2006: We need a New Deterrent, in: Washington Post, 11.10.2006.
- Ignatius, David 2007: The Myth of the Mad Mullahs, in: Washington Post, 05.12.2007.
- Johnson, Glen 2000: In Iowa, Candidates Show Tendency to Trip on Words, in: Boston Globe, 23.08.2000.
- Joint Chiefs of Staff 2005: Doctrine for Joint Nuclear Operations, 15.03.2005.
- Joint Working Group of the American Physical Society and the American Association for the Advancement of Science 2008: Nuclear Forensics. Role, State of the Art, and Program Needs, USA.
- Kagan, Robert 2006: India Is Not a Precedent; Circumstances Justify the 'Double Standard' of Our Nuclear Deal, in: Washington Post, 12.03.2006.
- Kagan, Robert 2009: Woodrow Wilson's Heir, in: Washington Post, 07.06.2009.
- Kean, Thomas H./Hamilton, Lee H. 2007: Are we safer today?; Six Years After 9/11 and Three Years After the 9/11 Report, Is the U.S. Ready to Get Serious About Terrorism?, in: Washington Post, 09.09.2007.
- Keller, Bill 2003: The Thinkable, in: NYT; 04.05.2003.
- Kempe, Frederick 2006: Thinking Global. The New Atomic Ages Requires New Nonproliferation Strategy, in: WSJ, 18.07.2006.
- Keppel, David 2009: No Nuclear Weapons. Why Not?, in: NYT, 17.05.2009.
- Kessler, Glenn 2009: U.N. Wrangling Spotlights Gaps Between Nuclear Hopes, Reality, in: NYT, 25.09.2009.
- Khosla, Vinod 2006: A Nuclear Hand of Friendship, in: WSJ, 29.06.2006.
- Kimball, Daryl 2005: Congress Cuts Nuclear Bunker Buster, Carnegie Endowment for International Peace, Proliferation Analysis.
- Kirkpatrick, Melanie 2008: Sounding the Nuclear Alarm, in: WSJ, 22.11.2008.
- Koppel, Ted 2006: An Offer Tehran Can't Refuse, in: NYT, 02.10.2006.
- Kornblut, Anne E. 2007: Clinton Demurs On Obama's Nuclear Stance; She Says It Is Unwise to Rule Out Using the Arms Against Terrorists, in: Washington Post, 03.08.2007.
- Krauthammer, Charles 1995: The Strategic Logic of Hiroshima, in: Washington Post, 21.07.1995.
- Krauthammer, Charles 2006: World War II is Over, in: Washington Post, 20.10.2006.
- Krauthammer, Charles 2008: The Holocaust Declaration, in: Washington Post, 11.04.2008.
- Krauthammer, Charles 2008: Deterring the Undeterrable, in: WSJ, 18.04.2008.
- Krepinevich, Andrew 2002: The Real Problems With Our Nuclear Posture, in: NYT, 14.03.2002.
- Krepon, Michael 2009: Better Safe Than Sorry: The Ironies of Living With the Bomb, Stanford.
- Kristensen, Hans M. 2005: The Role of U.S. Nuclear Weapons: New Doctrine Falls Short of Bush Pledge, in: Arms Control Today, September 2005, online unter <[http://www.armscontrol.org/act/2005\\_09/Kristensen](http://www.armscontrol.org/act/2005_09/Kristensen)>, rev. 02.02.2012.

- Kristensen, Hans M./Norris, Robert S./Oelrich, Ivan 2009: From Counterforce to Minimal Deterrence: A New Nuclear Policy on the Path Toward Eliminating Nuclear Weapons, in: Federation of American Scientists & The Natural Resources Defense Council, Occasional Paper No. 7.
- Kristof, Nicholas D. 2003: Flirting With Disaster, in: NYT, 14.02.2003.
- Kristof, Nicholas D. 2006: Talking to Evil, in: NYT 13.08.2006.
- Kristol, William 2009: Nuclear Fantasy; Disarmament Requires a World Without War, in: Washington Post, 07.04.2009.
- Kroenig, Matthew 2009: Look at the bright side, in: USA Today, 28.05.2009.
- Kyi, Jon/Perle, Richard 2009: Our Decaying Nuclear Deterrent, in: WSJ, 29.07.2009.
- Lancaster, John 2006: U.S. Troops on Front Line Of Expanding India Ties, in: Washington Post, 25.01.2006.
- Langewiesche, William 2007: The Atomic Bazaar. The Rise of the Nuclear Poor, New York.
- Lenson, David 2007: Paul Tibbets at Hiroshima: What Is His Legacy?, in: NYT, 19.11.2007.
- Levi, Michael A. 2004: Deterring Nuclear Terrorism, in: Issues in Science and Technology Spring 2004.
- Levi, Michael A. 2007: On nuclear terrorism, Cambridge.
- Levi, Michael 2008: Fear and the nuclear terror threat; The mushroom cloud scenario has become a political fixture, as myths seem to be driving the debate, in: USA Today, 09.01.2008.
- Levy, Clifford J. 2009: Arms Treaty With Russia Will Expire, But Not Talks, in: NYT, 05.12.2009.
- Lieven, Anatol/Hulsman, John 2006: Ethical Realism: A Vision for America's Role in the World, New York.
- Linzer, Dafna 2006: Optimism Turns to Anxiety On Curbing Nuclear Arms, in: Washington Post, 03.11.2006.
- Lipton, Eric 2007: House Democrats' Security Bill Draws Doubt, Even Inside Party, in: NYT, 09.01.2007.
- Lipton, Eric 2007: New York to Test Ways to Prevent Nuclear Terror, in: NYT, 09.02.2007.
- Loretz, John 2008: Ban All Nuclear Weapons, in: NYT, 11.06.2008.
- Lowry, Richard 2009: Obama trip plays to mixed reviews, in: USA Today, 10.04.2009.
- Maas, Peter 2006: Nuclear nationalism, in: NYT, 22.10.2006.
- Martin, Kevin 2006: The Shock Waves From North Korea, in: NYT, 11.10.2006.
- Martin, Kevin 2008: Wrong Direction on Nuclear Weapons, in: Washington Post, 12.10.2008.
- Mayer, Jane 2008: The Dark Side. The Inside Story of How the War on Terror Turned into a War on American Ideals, New York.
- McCally, Michael 2007: Use diplomacy, not nuclear weapons in dealing with Iran, in: USA Today, 15.06.2007.

- McCarthy, Colman 1996: General's Conversion a Non-Bombshell, in: Washington Post, 17.12.1996.
- McGrory, Mary 1996: Unofficial Leadership, in: Washington Post 12.12.1996.
- McGrory, Mary 1997: Poisoning the Atmosphere, in: Washington Post, 10.04.1997.
- McNamara, Robert 2005: Apocalypse soon, in: Foreign Policy 148, S. 29-35.
- Milbank, Dana 2002: Policy Changes? What Policy Changes?, in: Washington Post, 26.03.2002.
- Miller, Greg 2002: Democrats Divide Over Nuclear Plan, in: Los Angeles Times 13.03.2002.
- Monroe, Robert R. 2004: New Threats, Old Weapons, in: Washington Post, 16.11.2004.
- Myers, R. B. 2006: Kim Jong-il's Suicide Watch, in: NYT, 12.10.2006.
- NBC 2002: Condoleezza Rice discusses the war on terrorism and violence in the Middle East, Transkript der Sendung „Meet the Press“ vom 10.03.2002, CBS 2002: Secretary of State Colin Powell discusses the violence in the Middle East and the war on terrorism, Transkript der Sendung „Face the Nation“ vom 10.03.2002.
- NBC 2003: Andrew Card discusses the State of the Union, the situation in Iraq, affirmative action and Title IX, Transkript der Sendung „Meet the Press“ vom 26.01.2003.
- Nagy, George R. Lt. Col. (select) USAF 2007: Nuclear Deterrence and the American Way of War: A New Look for the Post 9/11-Era?, in: Price, Owen C. W./Mackby, Jenifer (Hrsg.): Debating 21st Century Nuclear Issues, Center for Strategic and Interantional Studies, Washington DC, S. 203-225.
- Obama, Barack 2007: Renewing American Leadership, in: Foreign Affairs 86:4, S. 2-16.
- Obama, Barack 2009: Remarks by President Barack Obama, Hradcany Square, Prague, 05.04.2009.
- Obama, Barack 2009: “Responsibility for our Common Future”, Address to the United Nations General Assembly, 23.09.2009.
- O'Hanlon, Michael 2008: A New Old Nuclear Arsenal, in: Washington Post, 25.12.2008.
- OpEd der USA Today 2008: Nuclear Return Address, in: USA Today 08.04.2008.
- Page, Susan 2006: Many fear Iran would use nukes against U.S., Israel; Poll shows public conflicted over how to deal with threat, in: USA Today, 14.02.2006.
- Palmer, Shirley 2002: Carrying Out a Nuclear Attack, in: Los Angeles Times, 16.03.2002.
- Paul, T. V. 2009: The Tradition of Non-Use of Nuclear Weapons, Stanford.
- Payne, Keith B. 2004: Precise and Powerful. Low-Yield Nukes May Be the Deterrent We Need, in: National Review Online, 17.02.2004.
- Payne, Keith B. 2005: The Nuclear Posture Review. Setting the Record Straight, in: The Washington Quarterly 28:3, S. 135-151.
- Pena, Charles V. 2003: Mini-Nukes and Preemptive Policy. A Dangerous Combination, in: CATO Institute Policy Analysis, Nr. 499.
- Perry, Willam J./Carter, Ashton B./May, Michael M. 2007: After the Bomb, in: NYT, 12.06.2007.



- Perry, William J./Schlesinger, James R. 2009: America's Strategic Posture. The Final Report of the Congressional Commission on the Strategic Posture of the United States, Washington DC.
- Pew Research Center 2005: America's place in the world. An investigation of the attitudes of American opinion leaders and the American public about international affairs.
- Pincus, Walter 2001: Nuclear Strike on Bunkers Assessed, in: Washington Post vom 20.12.2001.
- Pincus, Walter 2003: Future of U.S. Nuclear Arsenal Debated, in: Washington Post, 04.05.2003.
- Pincus, Walter 2005: Rumsfeld Seeks to Revive Burrowing Nuclear Bomb, in: Washington Post, 01.02.2005.
- Pincus, Walter 2006: U.S. Plans to Modernize Nuclear Arsenal, in: Washington Post, 04.03.2006.
- Pincus, Walter 2006: U.S. Prepares to Overhaul Arsenal of Nuclear Warheads, in: Washington Post, 15.04.2006.
- Pincus, Walter 2006: Cold War Relict in Pieces, but Next Generation Looms, in: Washington Post, 29.06.2006.
- Pincus, Walter 2006: New Nuclear Weapons Program To Continue, in: Washington Post, 02.12.2006.
- Pincus, Walter 2007: U.S. Selects Design for New Nuclear Warhead, in: Washington Post, 03.03.2007.
- Pincus, Walter 2007: Nuclear Warhead Plan Draws Opposition; Some Lawmakers Are Against New Weapon, While Others Seek Justification, in: Washington Post, 04.03.2007.
- Pincus, Walter 2007: Nuclear Weapons Rarely Needed, General Says, in: Washington Post, 10.03.2007.
- Pincus, Walter 2007: Congress Skeptical of Warhead Plan; Lawmakers and Experts Question Necessity, Implications of a New Nuclear Weapon, in: Washington Post, 22.04.2007.
- Pincus, Walter 2007: Bipartisan Panel Will Review Nuclear Posture, in: Washington Post, 03.05.2007.
- Pincus, Walter 2008: Making a Pitch for Nuclear Warhead Program, in: Washington Post, 06.10.2008.
- Pincus, Walter 2008: Panel Cites 'Tipping Point' On Nuclear Proliferation, in: Washington Post, 16.12.2008.
- Pincus, Walter 2009: Obama Is Set to Speak on Global Arms Control, in: Washington Post, 05.04.2009.
- Pinkerton, James P. 2002: Unthinkable, but Not Unusual, Los Angeles Times, 12.03.2002.
- Pletka, Danielle 2009: Why Iran can't be contained, in: Washington Post, 15.12.2009.
- Potter, William C. 2010: In Search of the Nuclear Taboo: Past, Present, and Future, in: Proliferation Paper No. 31:1.
- Powell, Colin 1996: Mein Weg, München.
- Proliferation Security Initiative 2003: Interdiction Principles, online unter: <<http://www.state.gov/t/isn/c27726.htm>>, rev. 02.02.2012.
- Rademaker, Stephen 2007: Blame America First, in: WSJ, 05.05.2007.

- Ramberg, Bennett 2006: Deterrence Works With North Korea, in: Washington Post, 27.06.2006.
- Reuters 2009: US Watch – Washington, DC: Pentagon Wants to Hasten “Bunker-Buster” Development, in: WSJ, 03.08.2009.
- Rich, Frank 2007: Noun + Verb + 9/11 + Iran = Democrats’ Defeat?, in: NYT, 04.11.2007.
- Rich, Frank 2009: The Banality of Bush White House Evil, in: NYT, 26.04.2009.
- Richter, Frank 2008: Upgrading Warheads, in: WSJ, 01.12.2008.
- Richter, Paul 2002: U.S. Works Up Plan for Using Nuclear Arms. Military: Administration, in a secret report, calls for a strategy against at least seven nations: China, Russia, Iraq, Iran, North Korea, Libya and Syria, in: Los Angeles Times, 09.03.2002.
- Ricks, Thomas E./Loeb, Vernon 2002: Bush Developing Policy of Striking First, in: Washington Post, 10.06.2002.
- Rosenfeld, Stephen S. 1995: New Age Nukes, in: Washington Post, 10.02.1995.
- Rosert, Elvira/Schirmbeck, Sonja 2006: Das Ende der Selbstverständlichkeit. Zur Erosion internationaler Normen: Folterverbot und nukleares Tabu, Frankfurt am Main.
- Russell, James/Wirtz, James J. 2002: A Quiet Revolution: The New Nuclear Triad, in: Strategic Insight, 01.05.2002.
- Saga Foundation 2008: White Paper: Nuclear Terrorism: Local Effects, Global Consequences.
- Sam Nunn zitiert in: Crowley, Michael 2007: The Stuff Sam Nunn’s Nightmares Are Made of, in: NYT, 25.02.2007.
- Sanger, David E. 2006: We Are (Aren’t) Safer With India in the Nuclear Club, in: NYT, 05.03.2006.
- Sanger, David E. 2006: Don’t Shoot. We’re Not Ready, in: NYT, 25.06.2006.
- Sanger, David E. 2009: Hints of Obama’s Strategy in a Telling 8 Days, in: NYT, 08.04.2009.
- Sanger, David E./Shanker, Thom 2007: U.S. Debates Deterrence For Terrorist Nuclear Threat, in: NYT, 08.05.2007.
- Sanger, David E./Broad, William J. 2009: The Long Arc of a Nuclear-Free Vision, in: NYT, 05.07.2009.
- Schell, Jonathan 2007: The seventh decade: the new shape of nuclear danger, New York.
- Schmemann, Serge 2003: Nuclear War Strategists Rethink the Unthinkable, in: NYT, 19.01.2003.
- Schmitt, Eric/Shaker, Tom 2008: U.S. Adapts Cold-War Idea to Fight Terrorists, in: NYT, 18.03.2008.
- Schoenfeld, Gabriel 2009: Why Should We Underwrite Russian Rearmament?, in: WSJ, 24.08.2009.
- Scott Tyson, Ann 2005: ‚Bunker Buster’ Casualty Risk Cited, in: Washington Post, 28.04.2005.
- Scott Tyson, Ann 2006: Pentagon to Test a Huge Conventional Bomb, in: Washington Post, 31.03.2006.
- Scott Tyson, Ann 2006: Pentagon Clarifies Nevada Intent; Explosives Test Not ‘Nuclear’, in: Washington Post, 07.04.2006.

- Seager, Richard 2007: We Can't Just Duck and Cover, in: NYT, 17.06.2007.
- Shrader, Katherine 2007: A Nuclear Bomb in the Bag? Not Likely.; Weapons in Suitcases More Apt to Be Found in Movies or on TV, Experts Say, in: Washington Post, 09.12.2007.
- Shultz, George P./Perry, William J./Kissinger, Henry A./Nunn, Sam 2008: Toward a Nuclear-Free World, in: WSJ, 15.01.2008.
- Siebold, John, 2007: Biden's Deterrence Plan: Who Do We Attack After the Next 9/11?, in: WSJ, 11.06.2007.
- Singer, David E. 2007: Deciding On the Enemy Worth Talking To, in: NYT, 18.02.2007.
- Slaughter, Anne-Marie/Weight, Thomas 2007: Punishment to Fit the Nuclear Crime, in: Washington Post, 02.03.2007.
- Spencer, Jack 2003: A Strong National Defense Commands New Nuclear Research Funding, Heritage Foundation, 12.08.2003.
- Spencer, Jack S. 2003: Congress's Vital Role in Building a Strong National Defense, Heritage Foundation Backgrounder, 06/2003.
- Squitieri, Tom 2003: Senate OKs ending ban on nuclear research, in: USA Today, 21.05.2003.
- Stephens, Bret 2006: Paging Dr Strangelove, in: Wall Street Journal, 17.10.2006.
- Stephens, Bret 2007: Who Needs Nukes?, in: WSJ, 20.03.2007.
- Stephens, Bret 2008: Let's Buy Pakistan's Nukes, in: WSJ, 16.12.2008.
- Stolz, Martin 2007: National Briefing Washington: Defense Agency Cancels Weapons Test, in: NYT, 23.02.2007.
- Struck, Doug 2003: U.S. Focuses On N. Korea's Hidden Arms, in: Washington Post, 23.06.2003.
- Tamura, Hideko 2007: 62 years after Hiroshima, nuclear weapons still unacceptable, in: USA Today, 09.08.2007.
- The Norwegian Nobel Committee 2009: Announcement. The Nobel Peace Prize for 2009, 09.10.2009.
- Thompson, Loren B. 2002: How To Stop Worrying and Love the Bomb, in: Wall Street Journal, 13.03.2002.
- Trachtenberg, David/Pry, Peter 2005: Understanding American Nuclear Weapons Policy and Strategy. A Citizen's Guide To the Nuclear Posture Review and The Role of Nuclear Weapons in the 21st Century, Washington D.C.
- Traub, James 2006: Why Not Build A Bomb?, in: NYT, 29.01.2006.
- Traub, James 2006: Old World Order, in: NYT, 12.11.2006.
- U.S. Congress 2006: Conference Report on H.R. 5682, Henry J. Hyde, United States-India Peaceful Atomic Energy Cooperation Act of 2006, 08.12.2006.
- U.S. Congress, 2007: National Security and Nuclear Weapons, Maintaining Deterrence in the 21st Century, Statement by the Secretary of Energy, Secretary of Defense and Secretary of State, 01.07.2007.

- U.S. Congress, House of Representatives 2007: Energy and Water Development and Related Agencies Appropriations Act, 2008, Statement of Mr. Wilson, 19.06.2007.
- U.S. Congress, House of Representatives 2007: Energy and Water Development and Related Agencies Appropriations Act, 2008, Statement of Peter J. Visclosky, Chairmans of the House Appropriations Subcommittee, 19.06.2007.
- U.S. Congress, House of Representatives 2007: Energy and Water Development and Related Agencies Appropriations Act, 2008, Statement of Mr. Markey, 19.06.2007.
- U.S. Congress, Senate 2008: U.S.-India Nuclear Cooperation Agreement, Senator Casey, 02.10.2008.
- U.S. Congress, Senate Committee on Homeland Security and Governmental Affairs 2008: Hearing on Nuclear Terrorism: Assessing the Threat to the Homeland, Testimony of Matthew Bunn, 02.04.2008.
- U.S. Congress, Senate Committee on Homeland Security and Governmental Affairs 2008: Hearing on Nuclear Terrorism: Assessing the Threat to the Homeland, Testimony of Gary Anthony Ackerman, Research Director, National Consortium for the Study of Terrorism and Responses to Terrorism (START), 02.04.2008.
- U.S. Congress, Senate Committee on Homeland Security and Governmental Affairs 2008: Hearing on Nuclear Terrorism: Assessing the Threat to the Homeland, Statement of Rolf Mowatt-Larssen, Director of the Office of Intelligence and Counterintelligence, United States Department of Energy, 02.04.2008.
- U.S. Congress, Senate Foreign Relations Committee 2006: Remarks of Secretary of State Condoleezza Rice on the U.S.-India Civil Nuclear Cooperation Initiative, 05.04.2006.
- U.S. Congress, Senate Foreign Relations Committee 2006: Statement of Mr. Einhorn, Senior Adviser, Center for Strategic and International Studies, 26.04.2006.
- U.S. Congress, Senate Foreign Relations Committee 2006: Testimony of Gary Milhollin, Director, Wisconsin Project on Nuclear Arms Control And Professor Emeritus, University of Wisconsin Law School, 26.04.2006.
- U.S. Department of Energy/U.S. Department of Defense 2008: National Security and Nuclear Weapons in the 21st Century, online unter <http://www.defense.gov/news/nuclearweaponspolicy.pdf>, rev. 02.02.2012.
- U.S. Joint Chiefs of Staff 2005: Doctrine for Joint Nuclear Operations, 15.03.2005.
- Van den Brook, Tom 2008: U.S. arsenal is adding more bunker busters; Air Force cites urgent need for massive bomb, in: USA Today, 15.09.2008.
- Vergano, Dan 2008: Can we get the nuclear genie back in the bottle?; Scientists focus on 21st-century perils, in: USA Today, 15.12.2008.
- Walker, Martin 2007: Smoking Guns and Mushroom Clouds, in: NYT, 25.11.2007.
- Walker, William 2009: President-elect Obama and Nuclear Disarmament. Between Elimination and Restraint, in: IFRI Proliferation Papers Winter 2009.
- Walker, William 2010: The absence of a taboo on the possession of nuclear weapons, in: Review of International Studies 36, S. 865-876.

- 
- Wallace, Charles 2006: An Unacceptable Risk, in: NYT, 08.10.2006.
- Waltz, Kenneth N. 2003: More May Be Better, in: Sagan, Scott D./Waltz, Kenneth N.: The Spread of Nuclear Weapons. A Debate Renewed, S. 3-46.
- Warrick, Joby 2008: Spread of Nuclear Capability Is Feared; Global Interest in Energy May Presage A New Arms Race, in: Washington Post, 12.05.2008.
- Wayman, Rick 2008: A World Free of Nuclear Weapons, in: NYT, 20.10.2008.
- Weisman, Jonathan/Solomon, Jay 2009: UN Adopts Narrow Anti-Nuclear Resolution, in: WSJ, 25.09.2009.
- Weitzner, Ari, 2006: Bush and the Nuclear Subcontinent, in: NYT, 08.03.2006.
- Wert, Mary 2004: Wrong Song, Sung by the Wrong Senator”, in: WSJ, 02.11.2004.
- Wilson, Scott/Shear, Michael D. 2009: Obama, Medvedev Pledge Cooperation; Leaders Open Talks on Arms-Control Treaty, in: Washington Post, 02.04.2009.
- Wright, Nicholas T. 2009: Nuclear Disarmament Is an Issue of Morality, in: Washington Post, 03.10.2009.
- Younger, Stephen M. 2009: The Bomb: A New History, New York.
- Zeleny, Jeff 2007: Clinton, Too, Ruled Out A-Bomb Use, in: NYT, 10.08.2007.